

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 1.

Dienstag, den 1. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelne Exemplare à 20 Heller im Redactionslocale im Rathhause.

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 13. December 1900.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vize-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Mauer,
Brauneiß, Nissaweg,
Büsch, Schreiner,
Dr. Deutschmann, Schuh,
Fiedler, Tomola,
Hipp, Dr. Wähner,
Hörmann, Weitmann,
Praba, Wessely,
Oppenberger, Zayka.

Entschuldigt: St.-R. Ferdinand Gräf, Dr. Krenn, Dr. Mayreder.

Krank: St.-R. Sebastian Grünbeck.

Experte: Gem.-Rath Cigner.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Hans Böttger.

Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(14364.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen der Aloisia Roth um Löschungserklärung bezüglich des auf dem bereits demolierten Hause VII., Kaiserstraße 113, einverleibten Demolierungsreverses und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(14351.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Max Wössl und Consorten, sowie des Karl und der Francisca Blaha um Löschungserklärung bezüglich der auf den Realitäten

Einl.-Z. 718 und 1253 des Grundbuches Neubau haftenden Real-lasten der Verpflichtung zur Straßengrundübergabe und Niveauherstellung und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(14265.) St.-R. Weitmann referiert über das Offert des Franz Buschmann auf Ankauf eines Theiles der städtischen Cat.-Parc. 1691, Einl.-Z. 423, und 1696/2, Einl.-Z. 431 VII. Bezirk, und beantragt die Wahl eines stadträthlichen Comité's behufs Verhandlung mit dem Offerenten. (Angenommen.)

Es werden in das Comité gewählt: die St.-R. Weitmann, Mauer und Hörmann.

(14416.) St.-R. Weitmann referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Vergebung der Erdarbeiten zur Abdeckung der zu den städtischen Steinbrüchen in Marbach einzubeziehenden Waldgründe an den Unternehmer der Aftregulierung Franz Schreiner in Schwertberg, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(14193.) St.-R. Hörmann referiert über den Magistratsbericht, betreffend das Ansuchen der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen um Baubewilligung für die Realität Einl.-Z. 1371 und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung unter der Bedingung, daß das aufzuführende Object nur bis 31. December 1901 benützt, daß der Betrieb in demselben mit diesem Tage eingestellt und daß das Object innerhalb weiterer vier Monate sammt seinem Zugehör beseitigt werde, sowie daß diese Verbindlichkeiten mittels eines auf Kosten der Gesuchsteller grundbücherlich einzuverleibenden Reverses auf der Realität Einl.-Z. 1371, Cat.-Parc. 1286 III. Bezirk, sichergestellt werde. (Angenommen.)

(14352.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des Martin Verolzheimer um Löschungserklärung bezüglich der auf dem Hause Einl.-Z. 2824 III. Bezirk haftenden Realast, betreffend die Verpflichtung zur Übergabe des Straßengrundes im richtigen Niveau, und beantragt, die Ausstellung der Löschungserklärung auf Kosten der Partei zu bewilligen. (Angenommen.)

(14230.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen der Eheleute Matthias und Charlotte Wotroubek um Zusammenlegung der Realitäten Einl.-Z. 1986 und 2037 des Grundbuches Landstraße, III. Bezirk, und beantragt, die Vereinigung der beiden Realitäten unter Einbeziehung des in den vorliegenden Plänen bezeichneten Theiles der Cat.-Parc. 3132 öffentliches Gut im Ausmaße von 1259 m² gemäß dem Magistrats-Antrage zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14288.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen der Prager Maschinenbau-Aktiengesellschaft um Terminverlängerung zur Vollenbung der Kühlanlage im Schlachthause St. Marx und Ausbezahlung einer 5percentigen Abschlagszahlung für die fertiggestellten maschinellen Arbeiten und beantragt:

1. Es sei die Frist für die Vollenbung der Kühlanlage im Schlachthause St. Marx bis zum 15. December 1900 zu verlängern, beziehungsweise für den Fall, als zu diesem Zeitpunkte die Luftleitungen und der Eisgenerator noch nicht betriebsfähig sein sollten, für die Vollenbung dieser Einrichtungen eine weitere Frist von vier Wochen zu genehmigen.

2. Es sei zu bewilligen, daß die qualitätsmäßige Collaudierung der maschinellen Arbeiten, welche nach der speciellen Vorschrift für die maschinelle Anlage nach Vollenbung sämtlicher Arbeiten vorzunehmen ist, schon zu dem Zeitpunkte vorgenommen werde, wo die maschinellen Arbeiten mit Ausnahme der Luftleitungen und des Eisgenerators vollendet sind, und daß bei befriedigendem Ergebnisse dieser Collaudierung der Firma eine Abschlagszahlung in der Höhe von 50 Percent der Verdienstsomme, welche auf die vollendet vorgefundenen Arbeiten entfällt, ausbezahlt werden kann.

(Angenommen.)

(14407.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des Ludwig Schuß um Grundabs- und Zuschreibung bezüglich der Realitäten Einl.-Z. 74 und 182 Landstraße, III. Bezirk, und um Ausstellung einer Lösungs-erklärung und beantragt die lastenfreie Abtrennung des in den Originalplänen mit A B (roth) O G F E A (roth) bezeichneten Theiles von der Realität Einl.-Z. 74 des Grundbuches Landstraße behufs Vereinigung desselben mit der Realität Einl.-Z. 182 des Grundbuches Landstraße zu bewilligen und die Ausstellung einer Lösungs-erklärung auf Kosten des Gesuchstellers bezüglich der auf dem abzutrennenden Grund lastenden Reallasten.

(Angenommen.)

(14205.) St.-R. Hörmann referiert über eine Zuschrift des Pfarramtes Aggsbach, Niederösterreich, mit welcher dem Stadtrathe für die geschenkweise Überlassung des alten heiligen Grabes der städtischen Patronatskirche St. Othmar im III. Bezirke der Dank ausgesprochen wird, und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(14328.) St.-R. Hörmann referiert über die Benennung zweier neu eröffneter Gassen im III. Bezirke und beantragt, die von der Schlachthausgasse abzweigende Gasse Cat.-Parc. 2815/6 „Barthgasse“ und die von der Landstraße Hauptstraße abzweigende Gasse, Cat.-Parc. 1298/6 provisorisch „Oberzellergasse“ zu benennen.

(Angenommen.)

(14285.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des E. Wagenführer um Nachsicht des Pönales für die Terminüberschreitung und Verlängerung des Liefertermines für Pflastersteine pro 1901, und beantragt:

1. Es wäre von der Verhängung eines Pönales gegen E. Wagenführer wegen Nichterhaltung des mit demselben zufolge

Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. März 1900, Z. 2572, wegen Lieferung von Pflastersteinen abgeschlossenen Vertrages Umgang zu nehmen, und wäre demnach das aus diesem Anlasse bisher aufgelaufene Pönale gänzlich nachzusehen. Dagegen wäre aber die im Sinne des § 17 der Bedingungen für die Lieferung von Pflastersteinen mit h. ä. Decrete vom 18. September 1900, Z. 104121, bereits verfügte Einziehung der Caution des Herrn E. Wagenführer per 3015 K zu bestätigen, und wäre letztere an die eigenen Gelder der Gemeinde abzuführen.

2. Dem E. Wagenführer wäre der für die am 8. September 1900 gelieferten Steine entfallende Betrag von 4019 K 24 h, welcher bisher zur Deckung des Pönales zurückbehalten wurde, nunmehr flüssig zu machen.

3. Der mit E. Wagenführer im Grunde des oberwähnten Gemeinderaths-Beschlusses abgeschlossene Steinlieferungsvertrag wäre im Hinblick auf den mit 30. September 1900 bereits abgelassenen Liefertermin und auf die Unwahrscheinlichkeit einer von demselben noch zu effectuierenden Lieferung ohne einen weiteren Anspruch gegen denselben mit dem genannten Tage als aufgelöst zu erklären, und wäre daher das Begehren um eine Verlängerung dieses Vertrages abzuweisen.

(Angenommen.)

(13757.) St.-R. Hörmann referiert über die Systemisierung des erforderlichen Personales für den Betrieb der Kühlanlage im Schlachthause St. Marx und beantragt:

Es sei für die Kühlanlage im Schlachthause St. Marx im III. Bezirke das nachstehende Personal zu systemisieren:

1. Eine Maschinistenstelle I. Classe mit 2000 K Jahresgehalt und 600 K Quartiergeld, und eine Maschinistenstelle II. Classe mit 1800 K Jahresgehalt und 540 K Quartiergeld.

Die Anstellung erfolgt provisorisch gegen einmonatliche Kündigung.

Nach zweijähriger zufriedenstellender Dienstleistung kann die definitive Anstellung erfolgen. Sämtliche Bezüge sind während der Dauer des Provisoriums monatlich im vorhinein auszubehalten.

Diese Stellen werden durch den Stadtrath besetzt.

Bewerber müssen österreichische Staatsbürger, unter 40 Jahre alt sein, haben den Besuch der Volksschule und einer gewerblichen Fortbildungsschule, ferner eine längere Werkstättenpraxis als Monteur, Maschinenschlosser oder Mechaniker, sowie die Verwendung beim Betriebe von Kältemaschinen nachzuweisen und Zeugnisse über die abgelegte Prüfung als Heizer und Dampfkesselwärter beizubringen.

Die Besetzung erfolgt im Wege einer öffentlichen Ausschreibung.

2. Zwei Heizerstellen mit 4 K Taglohn und eine Hilfsarbeiterstelle mit 3 K 40 h Taglohn.

Bewerber haben den Besuch der Volksschule, österreichische Staatsbürgerschaft, Alter unter 40 Jahren, Ablegung der Prüfung als Dampfkesselheizer nachzuweisen.

Die Aufnahme erfolgt gegen beiden Theilen zustehende vierzehntägige Kündigung durch das Stadtbauamt.

Die Maschinisten, die Heizer und der Hilfsarbeiter erhalten als Dienstkleidung jährlich zwei blaue Leinwandblousen und zwei gleiche Hosen nebst einer Dienerkappe.

3. Zwei Tagelöhner für die Manipulation bei der Eis-Erzeugung mit 3 K Taglohn.

Die Aufnahme erfolgt gegen beiden Theilen zustehende einwöchentliche Kündigung durch den bauamtlichen Betriebsleiter.

4. Der bauamtliche Betriebsleiter hat im Falle, als ein Bediensteter der Kühlanlage durch Krankheit oder anderweitig an der Ausübung seines Dienstes verhindert ist, sogleich im Wege des Stadt-

bauamtes die Anzeige an den Magistrat zu erstatten, und in einem solchen Falle, wenn nöthig, vorläufig bis zur weiteren Verfügung durch den Magistrat eine geeignete Aushilfskraft aufzunehmen.

Die Entlohnung eines Aushilfsmaschinisten wird mit 6 K für die Betriebschicht bestimmt.

5. Das übrige Aushilfspersonal ist in derselben Weise wie das gleichartige ständige Personal der Kälhanlage zu entlohnen.

Dieses Aushilfspersonal ist ohne Festsetzung einer Kündigung (somit lediglich im Taglohnverhältnisse) aufzunehmen.

6. Dem mit der Leitung und Aufsicht betrauten Bauamtsbeamten (Betriebsleiter) wird widerruflich ein Betrag von 800 K jährlich als Vergütung unter der Bedingung bewilligt, daß die Aufrechnung von Wagensgebühren, Kostgeldern und dergleichen für die Inspection der Kälhanlage und für die Intervention bei Commissionen zu entfallen hat; der betreffende Bauamtsbeamte hat ein im Bauamte ausliegendes kurzes Gestionsprotokoll über seine Wahrnehmungen und Verfügungen bei den Inspectionen und ein in der Kälhanlage ausliegendes und von ihm jeweilig zu fertigendes Anwesenheits-Protokoll zu führen.

7. Für die Aufsicht und Reinigung in den Kälhallen, sowie zur Bedienung der elektrischen Beleuchtung daselbst werden drei Diener (Kälhallendiener) mit dem Taglohne von 3 K bestellt. Die Aufnahme dieses Personales hat gegen eine beiden Theilen zustehende vierzehntägige Kündigung durch das städtische Veterinäramt zu erfolgen.

8. Die Entlohnung des Personales der Kälhanlage für Überstunden wird pro Stunde mit 10 Percent des für einen Tag entfallenden Lohnes desselben festgesetzt.

9. Von den systemisirten Stellen sind jene der Maschinisten, der Heizer und des Hilfsarbeiters vom 1. Februar 1901 an zu besetzen, die Aufnahme des übrigen Personales, sowie die Bestellung des Betriebsleiters hat vom 1. März 1901 an zu erfolgen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(12207.) **St.-R. Sipp** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner auf Ankauf der dem Georg Kovarik gehörigen Realität XVII., Laatzgasse, Einl.-Z. 822, 552 und 557, behufs Erweiterung des städtischen Depots für Straßensauberungszwecke im XVII. Bezirke und beantragt die Wahl eines stadträthlichen Comité's behufs Verhandlung mit dem Grundeigentümer wegen Herabsetzung des Kaufpreises, wozu auch Gem.-Rath Josef Grünbeck als Experte beizuziehen ist.

(Angenommen.)

Es werden in das Comité gewählt: die St.-R. Sipp, Hörmann und Ferdinand Graf.

(Bei der Berathung dieses Gegenstandes hat Gem.-Rath Eigner als Experte fungiert.)

(14301.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Verpachtung der Abtheilungen II a und II b der Fondsguts-Parcelle 368/1 in Kaiser-Ebersdorf an der Donau und beantragt, die Abtheilung II a der Fondsguts-Parcelle 368/1 im Ausmaße von 1 Joch 220 □° an Franz Herodes und die Abtheilung II b derselben Parcelle im Ausmaße von 1 Joch 219 □° an Albert Gallin vom 1. November 1900 an auf die Dauer von sechs Jahren, d. i. bis 31. October 1906, zum Zwecke des Gemüsebaues gegen einen Jahrespachtzins von je 130 K unter den sonst üblichen Pachtbedingungen in Bestand zu geben.

(Angenommen.)

(13535.) **St.-R. Oppenberger** referiert über den Recurs der Lina Krall gegen den Austrag des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk vom 23. Mai 1899 zur Zahlung von Zins- und Schulkreuzern im Betrage von 14 fl. 38 kr. und beantragt die Abweisung des Recurses.

(Angenommen.)

(13887.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren und Herstellung einer eigenen Bleirohrleitung für die Volks- und Bürgerschule II., Kleine Sperlgasse 2, und beantragt, die Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebühr per 276 K 80 h, sowie die Herstellung einer eigenen Bleirohrleitung für das bezeichnete Schulgebäude mit dem Kostenbetrage von 1700 K und die Legung eines 80 m langen, 80 mm kalibrigen Hauptrohres mit dem Kostenfordernisse von 1000 K zu bewilligen.

(Angenommen.)

(13966.) **St.-R. Oppenberger** referiert über das Ansuchen des Georg Adlerstein um Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebühr für das Haus II., Praterstraße 11, pro I. Quartal 1900 und beantragt die Abweisung des Ansuchens.

(Angenommen.)

(13685.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Schlussrechnung über den Schulbau XX., Jägerstraße 54, und beantragt, die Schlussrechnung und den Ausweis über die anlässlich dieser Vauführung erwachsenen Commissionsgebühren und Zehrgelder genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(13346.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Vermehrung des Straßenaufsichtspersonales für den II. Bezirk und beantragt, das gegenwärtig aus einem Aufseher I. Classe und einem Aufseher II. Classe bestehende Straßenaufsichtspersonale des II. Bezirkes, Leopoldstadt, um einen Aufseher II. Classe mit dem Taglohne von 3 K 30 h zu vermehren und das diesfällige Jahresfordernis von 1204 K 50 h zu genehmigen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14348.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Victor Capek um Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebühren für das Haus XI., Felsgasse 8, pro I. Quartal 1899 und beantragt, die Wassermehrverbrauchsgebühren per 33 K 94 h auf 21 K 21 h zu ermäßigen.

(Angenommen.)

(8833.) **St.-R. Braun** referiert über den Magistratsbericht betreffend die Ausschreibung eines Concursets zur Besetzung der Verwaltungsstelle im Wiener Central-Friedhofe, und beantragt, zu genehmigen, daß die vom Magistrate vorgelegte Concursaussschreibung unter Anordnung einer sechswohentlichen Frist für die Überreichung der Gesuche im Amtsblatte der Gemeinde Wien, im amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, im „Deutschen Volksblatt“ und in der „Deutschen Zeitung“ je dreimal verlautbart und dem Vereine „Christliche Familie“ übermittelt werde.

(Angenommen.)

(14444.) **St.-R. Tomola** referiert über die Bewilligung von Weihnachts-Subventionen pro 1900 und beantragt, die nachstehenden Subventionen zu bewilligen.

II. Bezirk.

Leopoldstädter Kinderschutz 100 K. (Angenommen.)

Humanitärer Geselligkeitsverein „Rudolfsbund“ 50 K.

(Angenommen.)

„Freudenauer Kinderfreunde“ 40 K. (Angenommen.)

Berein der Kinderfreunde im II. Bezirke 200 K.

St.-R. Oppenberger beantragt 300 K.

Antrag Oppenberger abgelehnt; Referenten-Antrag angenommen.

Erster Kaisermühlener Humanitätsverein 100 K.

(Angenommen.)

III. Bezirk.

Berein zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke (Erdberg) 200 K. (Angenommen.)

Verein zur Bekleidung und Unterstützung armer und wü. diger Schüler der städtischen Doppelschule III., Eslerngasse 3, 100 K. (Angenommen.)

V. Bezirk.

Humanitärer Verein Weihnachtsbaum „Die Biene“ 200 K. (Angenommen.)

Humanitärer Verein „Christkindl“ 60 K. (Angenommen.)

Erster Margarethener humanitärer Verein „Nikolobrüder“ 200 K. (Angenommen.)

„Weihnachtsbaum“ 100 K. (Angenommen.)

VI. Bezirk.

„Gumpendorfer Kinderfreunde“ 200 K. (Angenommen.)

IX. Bezirk.

Erster Rosbauer Spar-, Humanitäts- und Geselligkeitsclub „Edelweiß“ 40 K. (Angenommen.)

XII. Bezirk.

Humanitärer Verein „Wilhelmsdorfer Kinderfreunde“ 100 K. (Angenommen.)

„Kinderfreunde in Hitzendorf“ 100 K. (Angenommen.)

XIII. Bezirk.

Erster Neu-Penzinger Humanitätsverein „Herz und Sinn“ 40 K. (Angenommen.)

„Penzinger Kinderfreunde“ 100 K. (Angenommen.)

Wohltätigkeitsverein „Kinderliebe“ 200 K. (Angenommen.)

XIV. Bezirk.

„Weihnachtsbaum der armen Kleinen“ 100 K. (Angenommen.)

Frauenverein für Arbeitsschulen 200 K. (Angenommen.)

XV. Bezirk.

Erster Fünsharfer Wohltätigkeitsverein „D'Höllensteiner“ 200 K. (Angenommen.)

Geselligkeitsverein „Fröhlichkeit“ 40 K. (Angenommen.)

XVI. Bezirk.

Verein der Kinderfreunde in Neulerchenfeld 300 K.

XVII. Bezirk.

Humanitätsverein „Austria“ 200 K. (Angenommen.)

Wohltätigkeitsverein „Mercur“ 200 K. (Angenommen.)

XVIII. Bezirk.

Humanitärer Geselligkeitsverein „Schuljugendfreund“ 100 K. (Angenommen.)

XIX. Bezirk.

Kloster vom „armen Kinde Jesu“ 200 K. (Angenommen.)

XX. Bezirk.

Christlich-humanitärer Verein „Kinderliebe“ 40 K.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14410.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der mit dem Öffentlichkeitsrechte versehenen Privat-Volkschule der Schulschwester in Wien, III., Apostelgasse 5, um unentgeltliche Überlassung von Armen-Lernmitteln und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(14314.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Vereines „Werk des heil. Philipp Neri“ um Überlassung eines zweiten Lehrzimmers an der Mädchen-Volkschule XIV., Kröllgasse 20, für Zwecke der Kinderpatronage und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(14242.) St.-R. Tomola referiert über die vom Wiener Bezirkschulrath provisorisch verfügte Versetzung der Johanna Freiin v. Murmann-Marchfeld, definitive Lehrerin an der Allgemeinen Volksschule für Mädchen X., Uhländgasse 1, an die Allgemeine Volksschule für Mädchen XII., Ruckergasse 42, und beantragt, die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(14261.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der städtischen Markt-Commissärswitwe Natalie Eckler um Anweisung der Pension und des Erziehungsbeitrages für ihren Sohn Erich und beantragt:

1. Auf Grund des § 13 der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien: Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahresbetrage von 1200 K mit Rücksicht auf die letzte Rangklasse VI des verstorbenen Gatten vom 1. December 1900 an unter gleichzeitiger Einstellung der Activitätsbezüge des Verstorbenen.

2. Auf Grund des § 17 obiger Pensionsvorschrift Anweisung eines Erziehungsbeitrages von 130 K jährlich für den Sohn Erich (geboren am 17. Mai 1896) bis zum vollendeten 21. Lebensjahre, eventuell bis zu einer früher eintretenden Versorgung.

(Angenommen; 17 Anwesende.)

(14263.) St.-R. Tomola referiert über die Bewilligung einer Gnadengabe für die Steueramts-Officialswaise Anna Lunzer und beantragt, der Genannten eine Gnadengabe von jährlich 240 K von 1. Jänner 1901 bis Ende des Jahres 1903, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14262.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Barbara Nieder, Straßenaufseherwitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14273.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Katharina Deglmann, Schuldienerwitwe, um Erhöhung der Gnadengabe und beantragt, das Ansuchen der Genannten um Erhöhung der ihr auf die Dauer der Wittwenschaft zuerkannten Gnadengabe von jährlich 400 K abzulehnen. (Angenommen.)

(14224.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Anna Huber, Sanitätsaufsehergattin, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe von jährlich 240 K vom 1. Jänner 1901 auf die Dauer eines Jahres oder bis zu einer etwaigen früheren Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14225.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Marie Büchl, Canalaufsehergattin, um eine Gnadengabe für sich und ihren Sohn Maxentius und beantragt, der Genannten eine Gnadengabe von jährlich 300 K und für ihren am 19. October 1887 geborenen Sohn Maxentius eine Gnadengabe von jährlich 72 K vom 1. October 1900 bis Ende des Jahres 1901, eventuell bis zur Genesung des Gatten, beziehungsweise bis zur Erlangung eines Dienstpostens seitens desselben zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14299.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Franz Schromm, k. k. Schulrath und Ober-Realschul-Professor i. P., um Anweisung des halben Quartiergeldes anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand und beantragt:

1. Es sei im Sinne der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 24. Jänner 1893, Z. 297, und vom 20. Jänner 1899, Z. 11977, dem Ansuchen des Genannten um Belassung des halben Quartiergeldes anlässlich seiner mit Landeschulraths-Erlass vom 27. October 1900, Z. 13192/L.-Sch.-N., erfolgten Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge zu geben.

2. Diese Quartiergeldhälfte sei unter Zugrundelegung jenes kommunalen Quartiergeldes, welches dem Genannten zur Zeit seines Übertrittes in den Staatsdienst, respective vor diesem Übertritte gebürte, sohin mit dem Jahresbetrage von 660 K zu bemessen und vom 1. November 1900 angefangen, als dem Tage, an welchem die staatliche Pensionierung in Kraft trat, unter den bei kommunalen Pensionsbezügen üblichen Modalitäten flüssig zu machen.

(Angenommen.)

(14243.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 30. November 1900, Z. 4635, betreffend die Versetzung des Josef Scheiwein, Bürgerschullehrers an der Bürgerschule für Knaben XX., Staudingergasse 6, an die Bürgerschule für Knaben XVII., Calvarienberggasse 33, und beantragt, die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(14411.) St.-R. Tomola referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Bewilligung von Remunerations-Vorschüssen seitens des Wiener Bezirksschulrathes an sechs Lehrpersonen, und beantragt, die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(14368.) St.-R. Tomola referiert über den Erlass des k. k. n.-ö. Landeschulrathes vom 12. November 1900, Z. 13080, betreffend die Besetzung einer weiteren Lehrstelle für die Gegenstände der sprachlich-historischen Fachgruppe an der Knaben-Bürgerschule V., Bachergasse 14, und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(14392.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen einer provisorischen Unterlehrerin um einen dreimonatlichen Remunerationsvorschuss per 300 K und beantragt, die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(14312.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen des Leopold Neudorfer um Baubewilligung für einen Zubau und für Adaptierungen bei dem Hause XIII., Pinzerstraße 474, und beantragt, es in diesem Falle bei einem Minimalabstande von 2 m bewenden zu lassen und sohin die Baubewilligung zu bestätigen.

(Angenommen.)

(13636.) St.-R. Bauer referiert über das Offert des Julius Frankl auf Verkauf der Baugründe Einl.-Z. 604 und 606 Ober-St.-Weit, XIII. Bezirk, an die Gemeinde und beantragt die Ablehnung des Offertes.

(Angenommen.)

(13895.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen der Anna Maria Geißel um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebühr für die Realitäten Dr.-Nr. 144 und 164 Hieginger Hauptstraße, XIII. Bezirk, und beantragt die Abweisung des Ansuchens.

(Angenommen.)

(13896.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen der Karoline Hanusch um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebühr für die Realität XIII., Hieginger Hauptstraße 57, und beantragt die Abweisung des Ansuchens.

(Angenommen.)

(13894.) St.-R. Bauer referiert über die Vermietung des Cabinetes top. Nr. 19 (früher Nr. 7) in dem städtischen Hause, XIII., Diefnerweggasse 3, und beantragt, die Vermietung dieses

Cabinetes an den städtischen Amtsdienner Thomas Schimmel vom 1. Jänner 1898 an um den Jahreszins von 150 K zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2633 ex 1899.) St.-R. Bauer referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Systemisierung einer Aufseherstelle für das städtische Schöpfwerk beim Baumgartener Badehause und beantragt, von der Systemisierung einer solchen Stelle Umgang zu nehmen.

(Angenommen.)

(14376.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Bayerischen Granit-Actiengesellschaft in Regensburg um Ausfolgung der Caution und Zurücknahme der Magistratsverfügung vom 17. September 1900, Z. 103860, bezüglich Einbeziehung derselben wegen Nichteinhaltung des Lieferungsvertrages für Pflastersteinmaterialie und beantragt, die Conventionalstrafe im vollen Umfange aufrecht zu erhalten und das vorliegende Ansuchen erst dann in Verhandlung zu nehmen, wenn die weiteren Lieferungen von Pflastersteinmaterialie für die Gemeinde prompt effectuirt werden.

(Angenommen.)

(14289.) St.-R. Wessely referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Vergebung des Baues eines hölzernen Unterstandsobjectes für 200 Schlächterpferde auf dem städtischen Pferdemarkte und beantragt:

1. Die Zimmermannsarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 8769 K 88 h zur Herstellung eines hölzernen Unterstandsobjectes für 200 Schlächterpferde am städtischen Pferdemarkte im V. Bezirke seien an den Stadt-Zimmermeister Stephan Stangl gegen einen Nachlass von 18.7 Percent von den Einheitspreisen zu vergeben.

2. Die aus dem gleichen Anlasse sich ergebenden Granulitpflasterarbeiten um den veranschlagten Kostenbetrag per 8700 K sind der Firma G. A. Wahß & Comp. zu übertragen.

(Angenommen.)

(14196.) St.-R. Wessely referiert über das Offert der Firma A. Poschacher auf Verkauf von gebrauchten Pflastersteinen (Mauthausener Würfelsteine) an die Gemeinde und beantragt, das Offert der genannten Firma auf Verkauf von 60 bis 70.000 Stück gebrauchter Mauthausener Würfelsteine zum Preise von 388 K per 1000 Stück anzunehmen und die Einfriedung des Depotplatzes mit einer Holzplanke (circa 200 K Herstellungskosten) zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14473.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des humanitären Vereines „Weihnachtsbaum“ um Überlassung des Turnsaales der städtischen Bürgerschule V., Embelgasse 46, für den 15. December 1900 nachmittags behufs Abhaltung einer Christbaumfeier und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(14441.) St.-R. Schuh referiert über die Hereinbringung rückständiger Wassermehrbezugsgebühren nach Dr. Hermann Hillischer und beantragt:

1. Es sei das dem Dr. Hermann Hillischer für das Haus XIX., Billrothstraße 53, auf Widerruf gewährte Wasserbezugsrecht auf täglich 25 hl Hochquellenwasser für den außergewöhnlichen Bedarf zu widerrufen und vom Tage der Verständigung dieses Widerrufs der fragliche Wasserbezug einzustellen.

2. Es sei sohin die Drosselung der Hausleitung in der Weise durchzuführen, dass täglich nur das zum normalen Haushaltungsbedarfe angemeldete Wasserquantum von täglich 5 hl die Hausleitung passieren kann.

3. Es seien die Rückstände, falls die Drofflung zu keinem Resultate führen sollte, im Klagewege einzubringen und für die gerichtliche Intervention seitens der Gemeinde der Magistrats-Commissär Anton Dösterreicher zu bevollmächtigen.

4. Es sei das Bezirksamt ein- für allemal zu bevollmächtigen, für den Fall eines neuerlich sich ergebenden Rückstandes ohne weitere Anrufung des Stadtrathes mit den sub 1 bis 3 beantragten Maßregeln gegen Dr. Hermann Hillischer vorzugehen.

(Angenommen.)

(14471.) **St.-R. Fiedler** referiert über die gerichtliche Schadloshaltungs-Erhebung für Salzgrub Nr. 27 und beantragt, für diesen Rechtsstreit sammt Beweisicherung den Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Robert Swoboda zu bestellen, mit der Weisung, daß derselbe als Sachverständiger der Gemeinde in erster Linie den Baumeister Cajetan Misrowsky, in zweiter Linie den Baumeister Theodor Neumayer namhaft zu machen hat. (Angenommen.)

(14414.) **St.-R. Fiedler** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Aufstellung eines Bahnwächters an der Zufahrtsstraße zu dem Verhaftplatze der Fischergeschirre am Wiener Donaucanal, und beantragt:

1. Es sei die Beistellung eines Bahnwächters durch die Dampf-Tramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. an der zum Haftplatze der Fischergeschirre führenden Zufahrtsstraße, welche die Geleiseanlage der Dampf-Tramway in der Oberen Donaustraße kreuzt, während des stärkeren Verkehrs in der Weihnachts- und Osterwoche mit einer jährlichen Auslage von 42 K zu genehmigen.

2. Es sei der Ersatz für diese Auslage von der Commission für Verkehrsanlagen zu beanspruchen. (Angenommen.)

(14473.) **St.-R. Fiedler** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Erwerbung des Franz-Josef-Thores im I. Bezirke, und beantragt, von der Erwerbung dieses Thores abzusehen.

(Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(14475.) **St.-R. Hörmann** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Vergebung der currenten Arbeiten und Lieferungen pro 1901 bis inclusive 1903, und beantragt, den Magistrat anzuweisen, sogleich mit den bisherigen Erstehern der currenten Arbeiten und Lieferungen wegen Verlängerung der bezüglichen Verträge bis 31. März 1901 zu verhandeln und jene Arbeiten und Lieferungen, bezüglich deren ein solches Einverständnis nicht zustande kommt, bis zum gleichen Zeitpunkte in kurzem Wege sicherzustellen.

Für jene Arbeiten, für welche gar kein oder kein gültiges Offert vorliegt, ist sogleich eine neue Offertverhandlung auszuschreiben; eine Einvernahme der Offerenten wegen ausdrücklicher Verlängerung der Gültigkeit ihrer Offerte hat zu unterbleiben. (Angenommen.)

(Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

(14093.) **St.-R. Wessely** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrichts im XX. Bezirke pro 1901, und beantragt die Ausschreibung einer neuen Offertverhandlung. (Angenommen.)

(Der Bürgermeister übernimmt den Vorsitz und constatirt die Anwesenheit von mehr als 16 Stadträthen.)

(12999.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Besetzung der auf Grund des Gemeinderaths-Beschlusses vom 4. Mai 1900, B. 4223, ausgeschriebenen Unterschafferstelle für den städtischen Fuhrwerksbetrieb der Straßenpflege und beantragt, diese Stelle dem k. u. k. Regimentschmiedmeister des Artillerie-Regimentes Nr. 2, Franz Blaha, zu verleihen. (Angenommen.)

(10408.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Besetzung von definitiven Schuldienerstellen und beantragt:

I. Es sei die erledigte Schuldienerstelle I. Bezugsclasse mit dem systemisierten Grundgehalt von 1400 K und Naturalquartier — eventuell 420 K Jahresquartiergeld — im Beförderungswege dem Schuldiener II. Bezugsclasse an der Knaben-Bürgerschule IX., Gasergasse 8, Josef Fuhrmann zu verleihen.

II. 1. Es seien zu definitiven Schuldienern II. Bezugsclasse mit dem systemisierten Jahresgrundgehalt von 1100 K und Naturalquartier — eventuell 360 K Jahresquartiergeld — zu ernennen:

Der stabile Aushilfsdiener Eduard Pillelmüller an der k. k. Staatsrealschule XVIII., Schopenhauerstraße 49, und die provisorischen Schuldiener Berthold Holfeld, XIV., Goldschlagstraße 103 (Knaben- und Mädchen-Volksschule) und Josef Janauschek, X., Herzgasse 27, (Mädchen-Bürger- und Mädchen-Volksschule).

2. Gleichzeitig sei diesen drei Dienern die erforderliche Altersnachfrist zu ertheilen. (Angenommen.)

(13388.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Besetzung von städtischen Amtsdienststellen II. Bezugsclasse und beantragt, zu städtischen Amtsdienern II. Bezugsclasse zu ernennen: Julius Kastner, Friedrich Kreuzberger, Friedrich Wolfsgruber und Karl Luch. (Angenommen.)

(12556.) **Vize-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Besetzung von Rechnungs-Assistentenstellen bei der Stadtbuchhaltung und beantragt, zu Rechnungs-Assistenten in der VIII. Rangclasse zu ernennen: die Rechnungs-Praktikanten Karl Wiedemann, Karl Klein, Ludwig Hinterberger und Heinrich Känzl. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XIV. Gemeindebezirk, Rudolfsheim.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 18. December 1900.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Eduard Kunz**.

Einläufe.

(7239.) Antrag des XVII. Bezirkes, betreffend Maßregeln zur Hintanhaltung von Benachteiligungen des Publicums bei Lieferung von Kohle.

Angenommen.

(7269.) Antrag des III. Bezirkes auf Errichtung städtischer Sparcassen.

Angenommen.

(7305.) Antrag des IX. Bezirkes auf Einführung von Localpostkarten zu 2 h für das Gemeindegebiet von Wien.

Angenommen.

(5464.) Antrag des XIII. Bezirkes auf Berücksichtigung der in dem Bezirke wohnenden Gewerbetreibenden bei Vergebung der currenten Arbeiten seitens der Commune.

B.-R. Stix beront, daß der Zweck dieses Antrages nicht zu ersehen sei und beantragt, denselben zur näheren Begründung an den XIII. Bezirk zurückzusenden.

Angenommen.

Anträge.

Der **Vorsitzende** stellt den Antrag, die vor dem Hause Nr. 76 Sechshäuserstraße, XIV. Bezirk, befindliche Gaslaterne Nr. 137 vor das vis-à-vis gelegene Gebäude Nr. 57 Sechshäuserstraße zu versetzen.

Angenommen.

Der **Vorsitzende** stellt ferner den Antrag, daß das Trottoir in der Mariahilferstraße längs des Marktplatzes von der Dablergasse bis zur Reichsapfelgasse, welches infolge Verlegung des Tramwaygleises verbreitert wird, in der ganzen Breite aus Asphalt hergestellt werde.

Angenommen.

B.-R. Dolejš berichtet über den bisherigen Verlauf der Action, welche von Seite der Bezirksvertretung zur Errichtung eines öffentlichen Platzes an Stelle der in Privatbesitz befindlichen Gärten zwischen der Dablergasse und Reindorfstraße unternommen wurde, insbesondere über das Ergebnis der in dieser Angelegenheit mit den Interessenten abgehaltenen Commission; es hat sich hierbei ergeben, daß sämtliche an diesem Projecte theilnehmenden Hauseigentümer sich demselben geneigt zeigten und bei der voraussichtlichen Erhöhung des Wertes der Baugründe auch gegenüber der Commune sich zu angemessenen Offerten herbeilassen werden.

B.-R. Höck ersucht, die Straßenübergänge in dem gegen den XIII. Bezirk gelegenen Bezirkstheile, insbesondere Bedmanungasse, Flachgasse etc. pflastern zu lassen.

Wird zugesichert.

B.-R. Höck stellt ferner den Antrag, daß in diesem Bezirkstheile, und zwar auf dem Wieningerplatz ein Postamt errichtet werde.

Es wird beschlossen, eine Action unter der Bevölkerung zu diesem Zwecke einzuleiten.

(XV. Gemeindebezirk, Fünfhaus.)

Protokoll

der ordentlichen öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom **18. December 1900.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Dr. Josef Mattis.**

Nach Constatierung der Beschlußfähigkeit und Verificierung des Protokolles der letzten Sitzung macht der **Vorsitzende** folgende Mittheilungen.

Der am 10. October 1900 in Wien, XV., Fünfhausgasse 5 verstorbene Hausbesitzer Vincenz North hat den Armen des hiesigen Bezirkes testamentarisch 1000 K vermacht, welche durch den Bezirksvorsteher an 250 Arme zu vertheilen sind.

Für die Weihnachtstheilung armer Schulkinder des XV. Bezirkes sind folgende Spenden bewilligt worden:

- a) von der Communal-Sparcassa Rudolfsheim . . . 200 K
- b) von der Gasanstalt Wien-Gaudenzdorf 200 K
- c) vom Gemeinderathe der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien 2000 K

B.-R. Hermann Stolle hat um einen Krankheitsurlaub in der Dauer von acht Wochen angeführt.

Wird bewilligt.

B.-R. Florian Lechner hat in einem an den Bezirksvorsteher gerichteten Schreiben erklärt, daß er mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit und auf seine Berufsgeschäfte seine Mandate als Bezirksrath, Ortsschulrath und Armenrath des XV. Bezirkes niederlege.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Florian Lechner für den Eifer und die Gewissenhaftigkeit, mit welcher er seine Mandate aus-

geübt habe, und ersucht die Mitglieder der Bezirksvertretung, um diesem Danke Ausdruck zu verleihen, sich von ihren Sitzen zu erheben.

Geschicht.

Der **Vorsitzende** erklärt, daß er die Obmänner des Ortsschulrathes und Armeninstitutes des XV. Bezirkes von diesem Mandatsverzicht officiell in Kenntniß setzen werde.

Wahl.

Auf Grund der Zuschrift des Wiener Magistrates vom 6. November 1900, Z. 29859, wird Herr Franz Palessch, Drechslermeister, Felberstraße 20, einstimmig zum Armenrath des XV. Bezirkes gewählt.

Einläufe.

(2330, 2500, 2899.) Betreffend die Gründung eines Local-Hilfscomités des Österreichischen Völkervereines, die Ausgabe von Gründungskarten für diesen Verein etc.

Der **Vorsitzende** läßt die eingelangten Exemplare der an den Bürgermeister gerichteten Zuschrift dieses Vereines, betreffend den Zweck, die Organisirung dieses Vereines und die Ausgabe von Gründungskarten, vertheilen und ersucht jene Herren, welche dem Local-Hilfscomité beitreten wollen oder bereit sind, Gründungskarten des Österreichischen Völkervereines zu verkaufen, sich bei ihm zu melden.

Zur Kenntniß.

(3281.) Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend Einführung von Postkarten zu 2 h für den Local-Postverkehr Wiens.

Beschluß: Die Bezirksvertretung Fünfhaus schließt sich diesem Antrage vollinhaltlich an.

(3240.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend Creierung einer städtischen Sparcassa und Errichtung je einer Filiale in den größeren Bezirken Wiens.

Beschluß: Die Bezirksvertretung Fünfhaus schließt sich diesem Antrage vollinhaltlich an und spricht sich für die Errichtung einer Sparcassa-Filiale auch im XV. Bezirke aus.

(3085.) Antrag der Bezirksvertretung Hernals, betreffend Erwirkung eines Verbotes, daß die den Kohlenwägen beigegebenen Kohlenabträger auf diesen Wägen sitzen, sowie betreffend eine besonders strenge Überwachung dieser Kohlenwägen durch die k. k. Sicherheitswachorgane und die städtischen Marktamtsbeamten.

Beschluß: Die Bezirksvertretung Fünfhaus schließt sich diesem Antrage an.

(2596.) Antrag der Bezirksvertretung Hiezing, betreffend Berücksichtigung der im Bezirke wohnenden Geschäftsleute bei Vergebung der currenten Arbeiten für diesen Bezirk.

Beschluß: Die Bezirksvertretung Fünfhaus schließt sich diesem Antrage vollinhaltlich an.

(2231.) Antrag der Bezirksvertretung Neubau, es sei dahin zu wirken, daß jede unnöthige Signalgebung mit der Warnungsglocke im elektrischen Straßenbahnbetriebe zumindestens in der Zeit von 10 Uhr abends an hintangehalten werde.

Beschluß: Die Bezirksvertretung Fünfhaus schließt sich diesem Antrage vollinhaltlich an.

(2231.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend die Errichtung einer Stadtkapelle seitens der Gemeinde Wien.

Beschluß: Die Bezirksvertretung Fünfhaus schließt sich diesem Antrage an.

(2242.) Petition wegen Vermehrung des Verkehrs der Omnibus- und Tramwaywagen in der Burggasse, um auf diese Weise eine bessere Verbindung eines großen Theiles von Fünfhaus mit der Inneren Stadt herbeizuführen.

Beschluss: Es sei im Sinne der Ausführungen dieser Petition an den Stadtrath mit dem Ersuchen heranzutreten, derselbe wolle dahin wirken, dass eine Vermehrung des Omnibus- und Tramway-Verkehrs in der Burggasse herbeigeführt werde.

(2238.) Der Magistrat gibt bekannt, dass der Stadtrath die Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Pfarrer von Schottenfeld P. Urban Lorig in den Gartenanlagen auf dem Urban Lorig-Platz im XV. Bezirke beschlossen hat.

Zur Kenntnis.

(2395.) Zuschrift des Herrn Bürgermeisters, betreffend die von der Bezirksvertretung Fünfhaus beantragte Zuweisung eines Theiles des aus dem Gebarungüberschusse der Wiener Communal-Sparcassa Rudolfsheim zur Vertheilung an die Armen alljährlich gewidmeten Betrages an die Armen des XV. Bezirkes.

Zur Kenntnis.

(3251.) K. k. Bahnerhaltungs-Section Wien I, betreffend die über h. ä. Anregung angeordnete Freihaltung des Zuganges zum Dsteingange des Administrationsgebäudes der Westbahn auch zur Nachtzeit.

Zur Kenntnis.

(3269.) Die Magistrats-Direction übermittelt 20 Exemplare der Bestimmungen des neuen Gemeindestatutes, beziehungsweise der neuen Gemeindevahlordnung über die Bezirksvertretungen mit dem Beifügen, dass der Entwurf der neuen Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen demnächst dem Stadtrathe zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird.

Zur Kenntnis.

Anträge.

B.-R. Hössl beantragt, an den Stadtrath das Ersuchen zu stellen, derselbe wolle die Firma Hochstöger verhalten, dass diese Firma nach Thunlichkeit jedem Besteller von Coaks bekanntgebe, an welchem Tage ihm der bestellte Coaks abgeliefert werde.

Angenommen.

B.-R. Holzwarth beantragt, die Erledigung des von ihm in der Sitzung vom 19. Juni 1900 gestellten und angenommenen Antrages, betreffend den Viehtrieb in Wien, zu betreiben.

Angenommen.

Derselbe beantragt, die Erledigung des von ihm in der Sitzung vom 24. April 1900 gestellten und angenommenen Antrages, betreffend die Einführung der mitteleuropäischen Zeit auf den öffentlichen Uhren in Wien zu betreiben und um dieser Betreibung größeren Nachdruck zu verleihen, den seinerzeit angenommenen Antrag allen Bezirksvertretungen Wiens zur Kenntnis und Stellungnahme zu übermitteln.

Angenommen.

Derselbe beantragt, der Bezirksvorsteher wolle das Geeignete veranlassen, dass die oberhalb des Eingangsthores zum Festsaal des Gemeindehauses XV., Rosinagasse 4, befindliche Amtstafel mit der Aufschrift „Bezirksvertretung des XV. Bezirkes“ renoviert werde.

Angenommen.

B.-R. Weinheimer beantragt, dahin zu wirken, dass der Wiener Magistrat den Unternehmer des Canalbaues in der Mariahilferstraße verhalte, den Straßenübergang von der Clementinengasse zur Karmeliterhofgasse ordnungsgemäß zu pflastern. Ferner sei der Magistrat zu ersuchen, derselbe wolle dahin wirken, dass die Mariahilferstraße eine geringe Wölbung erhalte.

Angenommen.

(XI. Gemeindebezirk, Simmering.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering vom 19. December 1900.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Georg Albin Hirsch**.

Einläufe.

(4231, 4384.) Den Beschlüssen der Bezirksvertretungen Fünfhaus und Josefstadt, betreffend Ermittlung eines Lagerplatzes zur Aufstapelung von Coaks in der Nähe der städtischen Gaswerke, beziehungsweise Stellungnahme gegen die Coaksausfuhr, wird zugestimmt.

(4472.) Anregung der Bezirksvertretung Landstraße auf Errichtung einer städtischen Musikkapelle.

Zur Kenntnis.

(4777.) Betreffend die Verbesserung des Briefpost-Zustellungsdienstes in den entlegeneren Theilen des XI. Bezirkes.

Zugestimmt.

(4941.) Zuschrift der Bezirksvertretung Hiezing, betreffend die Berücksichtigung der im Bezirke wohnhaften Geschäftsleute bei Vergütung der currenten Arbeiten.

Zugestimmt.

(6075.) Anregung der Bezirksvertretung Alsergrund auf Einführung von 2 Heller-Postkarten im Gemeindegebiete von Wien.

Zugestimmt.

Anträge und Anfragen.

B.-R. Kossbora stellt den Antrag, competenten Ortes dahin zu wirken, dass die Wassergebühren-Agenden einer rascheren Erledigung zugeführt werden, insbesondere aber seien die Bestimmungen über den Bezug von Hochquellenwasser dahin abzuändern, dass bloß der von richtig functionierenden Wassermessern angezeigte factische Wasserverbrauch vergütet werde.

Wird mit dem Zusätze, dass hievon auch die übrigen Bezirksvertretungen zur Kenntnis- und Stellungnahme zu verständigen seien, angenommen.

B.-R. Weigl beantragt, es sei wegen Entschädigung jener Gärtner, welche die von ihnen benützten Gartengründe nebst Wohnhütten aus Anlass der Erbauung der städtischen Electricitätswerke im XI. Bezirke bis 1. Jänner 1901 zu räumen haben, das Erforderliche zu veranlassen.

Zugestimmt.

Derselbe urgiert die von ihm seinerzeit angeregte Verbreiterung der Kaiser-Ebersdorferstraße.

B.-R. Haupe macht auf die Gefahren aufmerksam, die dem Bezirkstheile Kaiser-Ebersdorf im Falle einer Überschwemmung durch die Fluten des die Grenze gegen Albern bildenden Schwedathaches drohen und beantragt die Erhöhung des linksseitigen Ufers und die Ausbesserung der schadhafte Uferstellen.

Zugestimmt.

B.-R. Fischer urgiert die Einführung der öffentlichen Beleuchtung auf der bisher nicht beleuchteten Strecke der Hörteggasse bis zum geschlossenen Gebiete von Kaiser-Ebersdorf.

B.-R. Rigner wünscht die Ablenkung des Schwerfuhrwerks-Verkehrs von der Friedhoffstraße durch die Gehringergasse.

Der **Vorsitzende** erklärt, sich in diesem Sinne verwenden zu wollen.

W.-P. Weiß beantragt, es sei das Erforderliche zu veranlassen, damit an Stelle des gegenwärtig über die Hochleitner'sche Realität führenden, steil abfallenden Fußweges eine ordentliche Verbindung zwischen der Simmeringer Hauptstraße und Kaiser-Ebersdorferstraße mit Rücksicht auf die Passierung dieser Stelle seitens zahlreicher Schulkinder hergestellt werde.

Zugestimmt.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 23. bis 29. December 1900.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	211.055 kg	Davon aus:	
		Wien	135.934 kg
		dem sonst. Niederösterreich . . .	20.242 "
		Oberösterreich	267 "
		Steiermark	733 "
		Mähren	11.567 "
		Galizien	36.623 "
		Ungarn	4.889 "
		Bosnien	800 "
Kalbfleisch . . .	12.091 "	Davon aus:	
		Wien	2.574 kg
		dem sonst. Niederösterreich . . .	355 "
		Böhmen	27 "
		Mähren	420 "
		Galizien	8.715 "
Schafffleisch . .	6.234 "	Davon aus:	
		Niederösterreich	54 kg
		Galizien	3.805 "
		Bukowina	2.375 "
Schweinefleisch .	135.613 "	Davon aus:	
		Wien	54.244 kg
		dem sonst. Niederösterreich . . .	2.223 "
		Mähren	4.038 "
		Böhmen	1.200 "
		Galizien	66.890 "
		Ungarn	5.650 "
		Croatien	1.368 "
Kälber	1.914 Stück	Davon aus:	
		Wien	365 St.
		dem sonst. Niederösterreich . . .	43 "
		Oberösterreich	3 "
		Mähren	155 "
		Böhmen	1 "
		Galizien	1.326 "
		Ungarn	21 "
Schafe	113 "	Davon aus:	
		Wien	104 St.
		dem sonst. Niederösterreich . . .	5 "
		Galizien	4 "
Schweine	1.062 "	Davon aus:	
		Wien	232 St.
		dem sonst. Niederösterreich . . .	13 "
		Mähren	24 "
		Böhmen	4 "
		Galizien	612 "
		Ungarn	3 "
		Bosnien	174 "

Kammer	11 Stück	Davon aus:	
		dem sonst. Niederösterreich . . .	3 St.
		Oberösterreich	8 "

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	{ Siedfleisch	von K —50 bis	1.48 per Kg.
	{ Roßbraten u. Nieden " "	1.12 " "	2.— " "
Kalbfleisch	" "	—68 " "	1.48 " "
Schafffleisch	" "	—44 " "	—90 " "
Schweinefleisch	" "	—88 " "	1.40 " "
Kälber	" "	—72 " "	1.20 " "
Schafe	" "	—60 " "	—96 " "
Schweine	" "	—88 " "	1.28 " "
Kammer	" "	6.— " "	10.— per Stück

Die Zufuhr an Fleischwaren war schwächer als in der Vorwoche; insolgedessen sowie der lebhaften Nachfrage anlässlich der Feiertage machte sich eine allgemeine Steigerung der Preise bemerkbar. Es wurde Schafffleisch um 4 h, Kalb- und Schweinefleisch um 8 h, Kälber um 6 h und Schweine um 16 h per Kilogramm theurer verkauft als in der Vorwoche.

* * *

Pferdemarkt vom 28. December 1900.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 444 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 180—900 K per Stück
" Schlachtpferde 35—135 " " "

Der Markt war flau.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 29. December 1900.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 74—81 kg) von	7 K 45 h bis	8 K 35 h
Roggen (" " 1 " 71—75 ") " "	7 " 40 " "	7 " 85 "
Gerste	5 " 75 " "	9 " 75 "
Mais	5 " 10 " "	6 " 65 "
Hafer	5 " 75 " "	6 " 75 "

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlproducte.

Grieß	von	12 K 80 h bis	14 K — h
Weizenmehl, Wiener Type	" "	7 " 50 " "	13 " 50 "
Futtermehl	" "	5 " 10 " "	6 " 10 "
Roggenmehl	" "	8 " 50 " "	12 " 75 "
Weizenkleie	" "	4 " 50 " "	4 " 70 "
Roggenkleie	" "	4 " 90 " "	5 " 05 "

(per 50 Kilogramm).

Städtisches Lagerhaus.

Vom 20. bis 27. December 1900.

Waren eingelagert 35.027 Meter-Centner
" ausgelagert 30.385 "

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 16.353 Meter-Centner.

Lagerstand vom 27. December 1900: 427.328 Meter-Centner, und zwar:
142.297 Meter-Centner Weizen, 79.533 Meter-Centner Roggen,
53.077 " Gerste, 101.636 " Hafer,
7.752 " Mais, 843 " Dlsaaten,
10.648 " Mehl u. Kleie, 2.257 " Wein,
158 " Zucker, 872 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Affecuranzwert dieser Waren stellte sich auf 7,368.870 K.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Kaffeesieder.) Bei der am 5. December 1900 in Anwesenheit des Genossenschafts-Commissärs Magistrats-Commissärs Dr. Wilhelm Hecke vorgenommenen Wahl des Vorstehers der Genossenschaft der Kaffeesieder wurde Herr Johann Eichinger, Kaffeesieder und Handelskammerrath, IV., Wiedener Hauptstraße 11, zum Vorsteher gewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 27. bis 31. December 1900.

Für Neubauten:

- V. Bezirk: Haus, Wienstraße 61, von Ferdinand Berehina, Wienstraße 91, für F. Hammer Schmidt, Bauführer Seitl & Klee (9248).
XVIII. Bezirk: Dreiflüchiges Wohnhaus, Währing, Kreuzgasse 52, von Jakob und Katharina Kohn, XVII., Antonigasse 59, Bauführer Josef Schimel (47533).

Für Zubauten:

- II. Bezirk: Handelsquai 48, von der Neuchâtelser Asphalt-Compagnie A. m., Giselstraße 5, Bauführer E. Frauenfeld (9237).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Am Hof 6/7, von der I. L. priv. österr. Creditaustalt für Handel und Gewerbe (9214).
III. Bezirk: Obere Bahngasse 4, von Wilhelm Kattus (9222).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 1c, von der Wiener Baugesellschaft (9244).
XVIII. Bezirk: Gersthoferstraße 146, von Paul Oberst, ebenda (46801).
" " Währing, Cottagegasse 3, von Anton Kof, ebenda, Bauführer Karl Zahn (47417).
" " Währing, Martinsstraße 76, von Gottlieb Porritz, Martinsstraße 76/78 (49243).

Für diverse (geringere) Bauten:

- II. Bezirk: Bordsch, Castellgasse 2, von Georg Riebauer, noe. Karl Reiß'sche Stiftung (9245).
" " Abort, Praterhütte 55, von Alois Evec, Bauführer J. Woturla (9235).
XVIII. Bezirk: Reg.-Bahn, Pöbleinsdorferstraße 47, von Ferdinand und Marie Strobl (46651).
" " Einfriedungsplanke, Neuhof am Walde 45, von Karl Göstl, I., Annagasse 3 b (47467).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- II. Bezirk: Dresdnerstraße 83/85, von Ignaz Oser, Hegelgasse 6 (9221).
III. Bezirk: Ungargasse 16, von Leopold Wanko (9220).
VII. Bezirk: Lindengasse 35, Einl.-Z. 718, M. Eugel noe. Angela Sautschische Erben, Elisabethstraße 13 (9217).
XVI. Bezirk: Ottakring, Einl.-Z. 1856 und 3167, Hettentofergasse, Ecke der Hasnerstraße, von Benzel Trester (66561).
XVIII. Bezirk: Währing, Einl.-Z. 330, von Emil Delhacs, Martinsstraße 95 (46999).
" " Währing, Einl.-Z. 148, 149, 156 und 1730, von Jakob Gerlach, Genygasse 8 (47221).
" " Währing, Edelhofgasse 3, von Heinrich Sikora, ebenda (48222).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Dptm. VI, Z. 121942 ex 1900.

28. December 1900.

Installationsarbeiten für die elektrische Beleuchtung des Bürgerladfondshauses I., Wollzeile 28, Niermeggasse 1 und 3.

Schmidt Paul — 8400 K.
Scheiber & Quayser — Alternative I 5338 K 75 h, Alternative II 5531 K 36 h, Alternative III 5744 K 14 h.

Internationale Electricitäts-Gesellschaft

— 7940 K 30 h
Salzer & Thie — 12.230 K 43 h.
Siemens & Halske — Eigener Kostenschlag 5555 K, amtlicher Anschlag Nachlaß 25%.
Brafch Robert und Ernestine — Kostenschlag 16.700 K mit 40% Nachlaß von vorstehender Summe.
Sturm & Comp. — 7130 K 12 h.
Reuter & Comp. — 10.580 K.
Stögermayer A. — 11.867 K 94 h
Österreichische Schuckertwerke — 6154 K 60 h.

* * *

B.-D.-Z. 6471 ex 1900.

28. December 1900.

Bestandgabe der im Restaurationsgebäude im städtischen Central-Gaswerke in Simmering befindlichen Gasthaus- und Wohnlocalitäten zum Betriebe des Gast- und Schaufgewerbes.

Mietzins:

Singer Anton J. & Berthold Leopold — 6000 K.
Löw Georg Florian — 5000 K.
Nofel Adolf — 14.000 K.
Koch Franz & Held Jean — 8000 K.
Guttig Alfred — 10.000 K.
Kurz Friedrich — 8000 K.
Mantner Ad. Jg. & Sohn — 12.000 K.
Meißl Th. G. — 5000 K.
Baum Franz — 9000 K für das erste und zweite Jahr und 12.000 K für das dritte, vierte und fünfte Jahr.
Konvalina Josef — 4500 K.
Wendel Caspar — 4800 K, eventuell 2 K per Hektoliter Abzugsbier (per Liter 28 h).
Niemeß Georg — Mietzins wie der Bestbieter und überdies Überlassung eines Privilegiums, betreffend Glasisolierung für elektrische Drähte.
Mozer Franz — 4800 in Ziffern ausgeschrieben 5000 K.
Hofenauer Johann — 3500 K im ersten Jahre, 5000 K im zweiten Jahre, 6000 K (falls 2000 hl Bier übersteigt im dritten Jahre und jedem folgenden Jahre).
Neußner Raimund — 6000 K.
Slamal Josef — 4000 K.
Preisler Josef — 4000 K.
Gollwitzer Hans — 4000 K.
Huschauer Josef — 7200 K.

* * *

Mag.-Dptm. VIII, Z. 96247.

28. December 1900.

Lieferung und Verfertigung von Gruftgewänden und Gruftdeckeln aus Granit zur Herstellung von einfachen und Doppelgrüsten im Wiener Central-Friedhofe, und zwar für die Jahre 1901, 1902 und 1903.

Sommer & Weniger — 298 K für eine einfache Gruft.
460 K für eine Doppelgruft.
Häuser Eduard — 314 K für eine einfache Gruft.
470 K für eine Doppelgruft.
Cementwarenfabrik und Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel — 226 K für eine einfache Gruft.
345 K für eine Doppelgruft.
Beide in Betongranit-Fimitation.
Poh Wendelin — 310 K für eine einfache Gruft.
476 K für eine Doppelgruft.
Aufhäuser Franz sen. — 320 K für eine einfache Gruft. Granitmuster Nr. 1.
300 K für eine einfache Gruft. Granitmuster Nr. 2.
490 K für eine Doppelgruft. Granitmuster Nr. 1.
440 K für eine Doppelgruft. Granitmuster Nr. 2.

* * *

Mag.-Dptm. IV, Z. 111034.

29. December 1900.

Beistellung des für Zwecke der städtischen Garten-Administration im Jahre 1901 nötigen Fuhrwerkes.

Wanko Alois — Zweispänniges Fuhrwerk:
Für den ganzen Tag 14 K.
Für den halben Tag 8 K.
Zweispänniger Möbelwagen:
Für den ganzen Tag 15 K.
Für den halben Tag 8 K.

- Karg Robert
 — Einspanniges Fuhrwerk:
 Für den ganzen Tag 8 K.
 Für den halben Tag 5 K 40 h.
 — Zweispänniges Fuhrwerk und Wasserwagen:
 Für den ganzen Tag 13 K 90 h.
 Für den halben Tag 9 K.
 Zweispänniger Möbelwagen:
 Für den ganzen Tag 14 K.
 Für den halben Tag 9 K.
 Einspanniges Fuhrwerk:
 Für den ganzen Tag 9 K 80 h.
 Für den halben Tag 6 K.
 Birg Josef
 — Zweispänniges Fuhrwerk:
 Für den ganzen Tag 12 K.
 Für den halben Tag 7 K.
 Wasserwagen:
 Für den ganzen Tag 14 K.
 Für den halben Tag 8 K.
 Zweispänniger Möbelwagen:
 Für den ganzen Tag 16 K.
 Für den halben Tag 9 K.
 Einspanniges Fuhrwerk:
 Für den ganzen Tag 8 K.
 Für den halben Tag 5 K.

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Lieferung der in sämtlichen städtischen Friedhöfen erforderlichen gußeisernen Gräberpföde, Gruppen- und Reihensänder vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903.

- Lovrek Wilhelm
 — Mit einseitiger schwarzer Schrift 23 K 25 h per Gruppenänder.
 Mit doppelseitiger schwarzer Schrift 24 K per Gruppenänder.
 Mit einseitiger schwarzer oder rother Schrift 3 K 80 h per Reihensänder.
 Mit doppelseitiger schwarzer oder rother Schrift 4 K per Reihensänder.
 Mit einseitiger schwarzer oder rother Schrift 60 h per Gräberpflof.
 Mit doppelseitiger schwarzer oder rother Schrift 61 h per Gräberpflof.

Vergabung der currenten Professionistenarbeiten und Lieferungen für das städtische Versorgungshaus in Ybbs an der Donau pro 1901 bis inclusive 1903.

- Baumeister, Deichgräber, Stuccaturer und Steinmetzarbeiten.
 Schoberlechner Johann in Ybbs an der Donau
 — Nachlaß 13.5%.
 Canalräumungsarbeiten.
 Mitsche Rudolf in Ybbs — 270 K Jahrespauschale.
 Zimmermeisterarbeiten.
 Sattlauer Franz in Ybbs
 — Nachlaß 5%.
 Spenglerarbeiten.
 Eihonigly Franz in Ybbs
 — Nachlaß 20%.
 Schieferdeckerarbeiten.
 Niernsee Karl in Ybbs — Aufzahlung 18%.
 Kupferschmiedarbeiten.
 Mayer August in Ybbs — Aufzahlung 18%.
 Bautischlerarbeiten.
 Brunglik Franz in Ybbs — Aufzahlung 5%.
 Schlosserarbeiten.
 Lenk Eduard in Ybbs — Aufzahlung 10%.
 Anstreicherarbeiten.
 Thilo Karl in Ybbs — Nachlaß 32%.
 Glaserarbeiten.
 Telezhinsky Eduard in Ybbs
 — Aufzahlung 20%.
 Hafnerarbeiten.
 Wenger Johann in Ybbs
 — Aufzahlung 10%.

- Zimmermeisterarbeiten.
 Thilo Karl in Ybbs — Nachlaß 32%.
 Tapezierer- und Riemearbeiten.
 Wieland Ferdinand in Ybbs
 — Nachlaß 27%.
 Brunnenmeisterarbeiten.
 Sattlauer Franz in Ybbs — Nachlaß 5%.
 Möbeltischlerarbeiten.
 Brunglik Josef in Ybbs — Tarifpreise.
 Bürstenbinderarbeiten.
 Kirch Franz in Ybbs — Aufzahlung 10%.
 Buchbinderarbeiten.
 Schay Elise in Ybbs — Aufzahlung 25%.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 15. December 1900.

(Fortsetzung.)

- May Anna Pauline — Verschleiß von Schulheften, Preislisten zc., Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — XVII., Barbamerplatz 6.
 Merl Ferdinand — Kurzwaren-Verschleiß — XVII., Ladnergasse 38.
 Metelka Ferdinand — Verschleiß von Hüten und Hutartikeln — VII. Schottenfeldgasse 55.
 Neumann Johann — Fleisch-Verschleiß (Fisiale) — XVI., Schellhammergasse 7.
 Pflüger Josef — Verabreichung eines gemeinsamen Mittagstisches — IX., Borschtegasse 4.
 Prjatelj Johann — Verschleiß von Sodawasser, Fruchtsäften und Canditen (zweite Verkaufsstelle) — II., An der Augartenbrücke.
 Reiner Anna — Canditen-Verschleiß (Fisiale) — IX., Allersstraße 48.
 Reise Anton — Friseur- und Rasenwerkzeuge — VIII., Florianig. 13.
 Sawagki Otto, Bartsch Wilhelm in Firma Sawagki & Bartsch, Geschäftsführer gemäß § 3 G.D. Deutsch Julius — Gemischtwarenhandel — VII., Kirchengasse 26.
 Schmidt Adelheid — Schul- und Gebetbücher, Kalender- und Heiligenbilder-Verschleiß — XVI., Dttatringerstraße 49.
 Schodl Ferdinand — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VII., Richterergasse 9.
 Senold Josef — Hufschmiedgewerbe — II., Rothen Sternergasse 35.
 Stoda Johann — Sodawasser-, Badwerk- und Canditen-Verschleiß — IV., Wienflussseinerwöschung gegenüber dem Hause Wienstraße 19.
 Spitzer Anton Franz — Christbaum-Verschleiß — XVII., Junere Gürtelstraße, Ecke der Dttatringerstraße.
 Steininger Josef — Fialer-Licenz Nr. 30 — XVII., Weißgasse 50.
 Sulzer Josef — Christbaumhandel — XIV., Centralmarkt.
 Tulla Josef — Gastwirt — XVII., Waggasse 74.
 Wagner Margarete — Zeitungs-Verschleiß — II., Stuererstraße 16
 Weber Johann — Automatische Personenwage — II., K. I. Augarten Dianabad, Franz Josefplatz.
 Weisleder Karl Friedrich Martin — Verschleiß von Schulheften, Preislisten zc., Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — XVII., Wachtelgasse 65.
 Zwider Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß und Manufacturwaren — II., Krummbaumgasse 10.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 17. December 1900.

- Burianek Johann — Tabak-Kleintrafik, Zeitungs-Verschleiß und Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Dreihausgasse 9.
 Diez Anna Katharina — Verschleiß von Zuderbäckerwaren — XVII. Dttatringerstraße 18.
 Dilg Therese — Christbaum-Verschleiß — XVII., Dornierplatz, Markt.
 Eisler Christine — Christbaum-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 51 (im Hofe).
 Eszl Josef — Victualien-Verschleiß — XVII., Gschwandnergasse 9.
 Ferber Wilhelmine — Verschleiß von Seifen, Kerzen und Parfümcrem — IV., Frankenberggasse 13.
 Forkner August — Herausgabe der Zeitschrift „Die Feitsche“ — V., Johannagasse 3.
 Gang Irene — Pachtbetrieb des Brantweinschanke — XIX., Heiligenstädterstraße 103.
 Glogmann Josefa — Christbaum-Verschleiß — XVII., Dornierplatz, Markt.
 Hörler Ignaz — Flaschenbier-Verschleiß — VI., Hofmühlgasse 15.
 Hofstätter Johann — Sauerkräuter — XVII., Dornierplatz 4, Hütte 2.
 Holzschuh Leopold — Fabrikmäßige Erzeugung von Büsten und Auslage-Einrichtungen — VI., Mariahilferstraße 35.
 Horeis Emil Sandor — Juwelen-Agentur — VI., Gumpendorferstraße 92.

Hysel recte Salon Franz — Christbaumhandel — V., Margarethenhof.
 John Emil — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Getreidemarkt 17.
 John Franz — Kaffeefieder — VI., Gumpendorferstraße 138.
 Knapp Katharina — Victualien-Verschleiß — VI., Bürgerspitalgasse 28.
 Kovanda Marie — Christbaum-Verschleiß — XVII., Dornierplatz.
 Kraus Josef — Waschen und Trocknen von fertig bezogenen Hüpfelzen — XIV., Flachgasse 38.
 Lawitscha Gottfried — Sattler — XII., Schönbrunnerstraße 242.
 Maichin Georg — Handel mit geräucherten Fischen — VI., Magdalenenstraße 32.
 Matoschowsky Robert — Pachtweiser Betrieb des radicierten Gast- und Schantgewerbes der Eheleute Adolf und Katharina Ruster — XIV., Mariahilferstraße 196.
 Medic Franz — Agentie — VIII., Lerchenfelderstraße 92.
 Medic Leopold — Agentie — VIII., Lerchenfelderstraße 92.
 Mendl Heinrich, Mendl Fritz — Wiener Brot- und Gebäckfabrik (Filiale) — XIV., Kürnbirnergasse 7.
 Mendl Heinrich, Mendl Fritz — Wiener Brot- und Gebäckfabrik (Filiale) — XIV., Goldschlagstraße 65.
 Mira Johann — Christbaum-Verschleiß — XVII., Markt am Dornierplatz.
 Müller Marie — Victualienhandel — VI., Kafernengasse 9.
 Nemeth Rudolf — Fleischhauer (Filiale) — XIV., Ullmannstraße 57.
 Nowotny Johann — Kammachergewerbe (Hilfsanstalt) — XIV., Pfeiffergasse 3.
 Olat-Blau Mathilde — Christbaum-Verschleiß — XVII., Markt am Dornierplatz.
 Pöckl Josef — Tischlergewerbe — XII., Bohlgasse 25.
 Prosch Karl — Christbaum-Verschleiß — XVII., Taubergasse, Ecke der Hernaller Hauptstraße.
 Rigl Leopold — Trödlergewerbe — XIX., Döblinger Hauptstraße 88.
 Salzmann Salomon, recte Schlichter — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Schwendergasse 37.
 Schön Rosalia — Kleidermachergewerbe — VI., Stumpfergasse 35.
 Simona Karoline — Victualien-Verschleiß — V., Siebenbrunneng. 72.
 Stephan Franz Victor — Mechanikergewerbe — VI., Münzwardeingasse 8.
 Tomel Anna — Photographische Vergrößerung — VI., Liniengasse 22.
 Travnicek Ferdinand — Kammachergewerbe — XIV., Pfeiffergasse 3.
 Vadalma Johann — Victualienhandel im Umherziehen — XIV., Piller-gasse 16.
 Valvoda Josefina, geb. Trobl — Pfaidlergewerbe — VIII., Josefsstädterstraße 11.
 Wagner Martin — Kafeur- und Friseurgewerbe — VI., Engelgasse 7.
 Weißgramm Katharina — Christbaum-Verschleiß — XIV., Am Centralmarkte.
 Windpassinger Johanna — Vermittlung des Kaufes, Verkaufes und Tausches von Realitäten und Gewerbe-Etablissements, sowie von Hypothekendarlehen — VI., Hornbofelgasse 4.
 Wondra Marie, geb. Langer — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefsstädterstraße 1.
 * * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 18. December 1900.

Abrahamel Eva — Victualien-Verschleiß im Umherziehen im Wiener Gemeindegebiete — X., Knüllgasse 7.
 Altenburger Josef — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — X., Absberggasse 23.
 Baar Johann — Pachtbetrieb der Einspänner-Licenz Nr. 215 — VIII., Auerspergstraße.
 Bader Franz — Milchmeierei — X., Schröttergasse 37.
 Ballarin Julius — Friseurgewerbe — X., Lozenburgerstraße 27.
 Baltzarek Adam Johann — Schuhmachergewerbe — X., Hasengasse 26.
 Barnum & Bailey — Circusunternehmung — II., K. I. Prater (Rotunde).
 Baumgartner Josef Karl, Engel Katharina (Firma: J. Baumgartner & Cie.) — Pfaidlergewerbe — II., Obere Donaustraße 85.
 Breška Antonia — Christbaumhandel — X., Eugenplatz.
 Chalupny Thomas — Huf- und Wagenschmiedgewerbe — X., Welden-gasse 51.
 Deutsch Bernhard — Schuhwaren-Verschleiß — X., Himbergerstr. 11.
 Duldinger Anna — Christbaum-Verschleiß — XVI., Koflerplatz (Stand).
 Eckert Jakob — Pachtweiser Continientbetrieb — K. I. Arsenal, Object III.
 Edlinger Eduard — Milchmeier — X., Wielandplatz 2.
 Eller Marie — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — X., Humboldt-gasse 25.
 Fischer Franz — Gas- und Wasserleitungsinstallateur — IX., Wasa-gasse 23.
 Franc Karl — Gast- und Schantgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G. D. ohne Villard) — X., Eckertgasse 14.
 Firma S. Friedmann jun. — Spengler — I., Ballgasse 4.

Friedrich Juliana — Christbaum-Verschleiß — XVI., Grundsteingasse 43. im Garten.
 Gerstner Anton, Gerstner Barbara — Zuckerbäcker — I., Kärnthnerstr. 6.
 Grajer Luise — Papierwaren-Verschleiß — I., Bräunerstraße 10.
 Griechisch Marie — Feilbieten von Würfeln und Gebäck im Umher-ziehen — X., Schröttergasse 42.
 Haas Fidor — Gast- und Schantgewerbe, Ausschank von Brantwein und Verabreichung von warmem Thee — X., Himbergerstraße 93.
 Hack Alois — Christbaum-Verschleiß — VIII., Platz bei der Altkirch-en-felderkirche.
 Hainschinkl Josef — Gast- und Schantgewerbe, Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, sowie von Liqueuren aller Art und zur Haltung erlaubter Spiele — X., Lozenburger-straße 9.
 Harous Johann — Christbaumhandel — XVI., Haberplatz.
 Hirschall Marie — Christbaum-Verschleiß — X., Erlachgasse.
 Hofmann Josef — Tapezierergewerbe — II., Darwingasse 6.
 Horvath Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Hasnerstr. 99.
 Huber Katharina — Christbaum-Verschleiß — X., Columbusplatz.
 Hübner Florian — Christbaumhandel — XVI., Bauplatz Ecke Haberl-und Koppstraße.
 Hufnagl Anton — Handel mit Victualien im Umherziehen im Gemeinde-gebiete von Wien — XVI., Hippgasse 38.
 Hufschel Emerich — Kleinfuhrgewerbe — X., Gellertgasse 29.
 Hysel Johann — Schuhmacher — XII., Sönygasse 56.
 Jachoda Moriz (Moses Löb) — Buchdrucker — VII., Burggasse 87.
 Jiran Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Schottenring 33.
 Jiricek Alois — Fleischhauer — X., Waldgasse 31.
 Kabla (Kobla) Franz — Zeitungs-Verschleiß — III., Stadtbahnstation Praterstern.
 Kalab Marie — Flaschenbier-Verschleiß — X., Katharinengasse 9.
 Karner Leopold — Kleinhandel mit Holz, Kohlen zc. — V., Vießauf-gasse 21.
 Karp Samuel — Sammeln von Pränumeranten — II., Adamberger-gasse 2.
 Kinast Karl — Aufstellen von Musik-Automaten in Gast- und Kaffeehäusern — X., Columbusgasse 38.
 Keschemet Alexander — Handel mit Leinen- und Wirkwaren — X., Arsenal, Object 3.
 Firma Klaber & Regenauer — Handel mit Pferdeketten (Filiale) — II., Praterstraße 74.
 Klima Anna — Handel mit Christbäumen — X., Eugenplatz.
 Klinger Ignaz — Verschleiß von Kurz- und Bijouteriewaren — II., Jubiläum-Ausstellung.
 Kohant Barbara — Einspänner-Licenz Nr. 140 — IV., Technikerstraße vor Nr. 3.
 Kolarik Johann — Selchwaren-Erzeugung — X., Eitenreichgasse 10.
 Kramer Katharina — Fischhandel — II., Fischmarkt Obere Donaustr.
 Kraja Wenzel — Christbaumhandel — XVI., Friedmanngasse, Gasthaus-garten des J. Brand.
 Krchnal Anna — Feilbieten von Obst und Grünzeug im Umherziehen — X., Arzingergasse 71.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Stadtrath:	
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 13. December 1900 . . .	1
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim vom 18. December 1900	6
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Fünf-haus vom 18. December 1900	7
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Sim-mering vom 19. December 1900	8
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionnement:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 23. bis 29. December 1900	9
Pferdemarkt vom 28. December 1900	9
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 29. December 1900	9
Städtisches Lagerhaus	9
Gewerbe-Angelegenheiten:	
Genossenschaft der Kaffeefieder	10
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 27. bis 30. December 1900 . .	10
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	10
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	11
Eintragungen in das Gewerbe-Register	11
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Magistratsrath Dr. Friedrich Edler v. Radler.

Papier aus der k. l. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Rinz & R. Liebhart, vormals J. B. Wallishausser.

Zusertaten-Aunahme bei Haaseustein & Bogler (Otto Maack), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen. 1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
5. Jänner 10 Uhr	Departement XIX a (Mag.-Rath Bilimef, VI. Stiege, Mezzanin)	W. Z. 115953. Demolierung des städtischen Schöpf- werkes in der Pillergasse im XIV. Be- zirke und Übernahme des gesammten hiebei sich ergebenden Altmateriales inclusive eines 6 HP. vollständig ge- brauchsfähigen Gasmotors, einer voll- ständigen Pumpanlage, zweier eiserner Reservoirs, eines großen Holz- bottichs zc. 3-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Kostenanschläge zc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h erhältlich.

Offerten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten behält sich die Gemeinde vor.

Z. 7484 ex 1900.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Von der im städtischen Gaswerke in Simmering im Jahre 1901 zu gewärtigenden Gesamtproduktion von circa 170 t Retortengraphit gelangt ein Quantum von 160 t zur Abgabe.

Behufs Erzielung von diesfälligen Anboten wird von der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ am Donnerstag den 10. Jänner 1901, präcise 12 Uhr mittags, im Bureau der Verwaltungs-Direction der städtischen Gaswerke, I., Doblhoffgasse 6 (1. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ übernimmt keine Garantie für Stückgröße und Qualität und behält sich das

Recht vor, kleinere Nachfragen vom Plake und aus der Umgebung zu befriedigen.

Den Offerten steht es frei, auf das ganze Quantum per 160 t oder nur auf ein Theilquantum zu offerieren, und ist der Preis für unausgeklaubte Ware, franco Wagon städtisches Gaswerk in Simmering, staubfrei, mit der Coaksgabel verladen, netto Cassa zu stellen.

Die einzubringenden Offerte sind mit einer 1 K-Stempelmarke und in einem Couvert verschlossen mit der Aufschrift: „Offerte auf Retortengraphit“ zu versehen und vor der für den Beginn der Offertverhandlung festgesetzten Stunde zu überreichen.

Jeder Offertent hat vor Überreichung seines Offertes das vorgeschriebene Badium in der Höhe von 5 Percent der nach Maßgabe seines Offertes sich ergebenden Jahreskaufsumme bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen und die Bestätigung über den Erlag der Offertverhandlungs-Commission vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten vorbehalten.

„Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“.

Wien, am 21. December 1900.

Der Verwaltungs-Director:

3-8

Hofner.

Ad Prot.-Nr. 103545 ex 1900.

IV. 2504.

Kundmachung.

(Offertauschreibung für einen Theil der städtischen currenten Arbeiten und Lieferungen.)

Wegen Bestellung ständiger städtischer Unternehmer für die folgenden currenten Arbeiten und currenten Lieferungen, welche bei der Wiener Gemeindeverwaltung innerhalb der Bezirke I bis XX in den Jahren 1901, 1902 und 1903 zur Ausführung kommen, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Montag den 7. Jänner 1901, um 10 Uhr vormittags, eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung in der Volkshalle des Neuen Rathhauses abgehalten werden:

- Tarif Nr. 1 Erd- und Baumeisterarbeiten für die Bezirke I, II, III, VII, VIII, IX, X, XVI und XX.
 „ „ 2 Deichgräberarbeiten für die Bezirke I, II, VII, VIII, IX, XIV, XV und XX.
 „ „ 13 Glaserarbeiten für den XX. Bezirk.
 „ „ 30 b Schriftenmalerarbeiten für den V. und IX. Bezirk.
 „ „ 33 Wagnerarbeiten für die Bezirke VI, XI und XII.
 „ „ 34 Schmiedearbeiten für den VI. Bezirk.

Die Übernahme der Anbote seitens der Offertverhandlungs-Commission findet an dem angegebenen Tage bis zur bezeichneten Stunde, und zwar ebenfalls in der Volkshalle des Neuen Rathhauses statt.

Die Vergebung der Arbeiten und Lieferungen erfolgt auf Grundlage der vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom 19. October 1900, Z. 11726, genehmigten Bedingnisse, und zwar:

Für die in den Preistarifen Nr. 1 und 2 enthaltenen Arbeiten und Lieferungen auf Grundlage der Preistarife vom

Jahre 1895 und den Nachträgen zu den vorgenannten Preistarifen vom Jahre 1901;

für die in den Preistarifen Nr. 13, 33 und 34 enthaltenen Arbeiten und Lieferungen auf Grundlage der Preistarife vom Jahre 1895;

für die im Preistarife Nr. 30 b enthaltenen Arbeiten und Lieferungen auf Grundlage des neuen Preistarifes vom Jahre 1901.

Unternehmungslustige können die Preistarife sammt Regulationen und die Bedingungen für die Bestellung ständiger städtischer Unternehmer im Stadtbauamte, Abtheilung für Hochbau, sowie in den Bauamts-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter X bis XIX während der Amtsstunden einsehen und bei der städtischen Hauptcassa, sowie den Hauptcassa-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter II bis VII und IX bis XX zu den festgesetzten Verkaufspreisen erwerben.

Die unter den obigen Tarifnummern verzeichneten currenten Arbeiten und currenten Lieferungen werden bezirksweise vergeben. Bewerber, welche Angebote für mehrere Bezirke in einem Angebote stellen, müssen sich daher die Zuweisung einzelner Bezirke gefallen lassen, wenn nicht eine entgegenstehende Erklärung in dem Angebote enthalten ist.

Die Angebote sind in der Weise abzufassen, daß der Bewerber auf einer bei der städtischen Hauptcassa zum Preise von 10 h erhältlichen Druckform für Angebote in die leergelassenen Stellen den Bezirk oder die mehreren Bezirke, die Nummer des Preistarifes und die Arbeitsgattung, sowie den angesprochenen Preis, und zwar den Prozentsatz in Buchstaben und einheitlich für sämtliche Postnummern des betreffenden Preistarifes einsetzt, diese Druckform mit seinem Namen und unter Beisehung seines Berufes und Wohnortes unterfertigt und mit dem gesetzmäßigen Stempel von 1 K versehen in verschlossenem Umschlage, auf welchem letzterem die Tarifnummer und die Arbeitsgattung ersichtlich zu machen sind, der Offertverhandlungs-Commission überreicht.

Das im § 9 der Bedingungen für jede Arbeitsgattung bestimmte Badium ist vor Beginn der Offertverhandlung bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen; der Erlagchein ist der Offertverhandlungs-Commission vorzuweisen; ausnahmsweise kann auch das Badium zu Händen der Offertverhandlungs-Commission erlegt, beziehungsweise dem Angebote angeschlossen werden.

Auf Angebote von Gewerbetreibenden, die nicht gewerbebehördlich berechtigt sind, dann auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Angebote, insbesondere daher auch auf solche, in welchen nicht für alle Posten des betreffenden Tarifes der gleiche Percentualnachlaß oder Zuschuß angeboten erscheint, wird keine Rücksicht genommen.

Ebenso ist es unzulässig, sich auf Cautionen zu berufen, welche für die in den Jahren 1898 bis 1900 in Ausführung gekommenen currenten Arbeiten und Lieferungen erliegen, da dieselben dermalen vom Cautionbande noch nicht frei sind.

Die Gemeinde behält sich die freie Wahl unter den Bewerbern, ebenso die Ablehnung aller Angebote vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,

am 15. December 1900.

3—3

Prot.-Nr. 108689 ex 1900.

IV. 2727.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von Amtsmöbeln für ein neues Zimmer des Planarchivs des Stadtbauamtes im Neuen Rathhause mit dem Kostenanschlagspreise von 2671 K 20 h wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag den 18. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Bureau des Herrn Magistrats-Secretärs Dr. Spaeth im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Skizze, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigefügten allgemeinen und speciellen Bedingungen im Stadtbauamte (Kanzlei der Rathhaus-Verwaltung) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Angebote sind auf einem Briefpapierbogen, und zwar in Form eines an den Magistrat gerichteten stempelfreien Geschäftsbriefes zu stellen. Derselbe hat zu lauten:

„Stempelfrei nach Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes.

An den löblichen Magistrat

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Ich habe die im Wiener Stadtbauamte für die Offertverhandlung am 8. Jänner 1901 zur M.-Z. 108689 ex 1900, betreffend die Vergebung der Lieferung von Amtsmöbeln für ein neues Zimmer des Planarchivs des Stadtbauamtes aufgelegenen Behelfe, als: Skizze, Kostenanschlag, und die allgemeinen und speciellen Bedingungen genau eingesehen und offeriere der Gemeinde Wien die Ausführung der ausgeschriebenen Lieferung, wobei ich mich den von der Gemeinde gestellten Bedingungen vollinhaltlich unterwerfe, zu dem im Kostenanschlage angeführten Preise und gewähre einen Nachlaß von _____ Percent zu den Einheitspreisen (oder verlange eine Aufzahlung von _____ Percent zu denselben).

(Datum, Unterschrift, Wohnort.)“

Das vorgeschriebene Badium, welches mit 5 Percent der amtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, ist bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen oder der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Posten der Lieferung wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Die Annahme des Angebotes wird dem Ersterer vom Magistratsreferenten mündlich bekanntgegeben; der Ersterer ist sohin verpflichtet, die erfolgte Verständigung ebenfalls in Form eines nach Tarif-Post 44 a und 60, Punkt 4 Gebührengesetz stempelfreien Geschäftsbriefes zu bestätigen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. December 1900.

3—3

G. Z. 2451.

VII.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung, Verletzung und Instandhaltung von 175 Stück geachteten Wassermessern für die Wien-thalwasserleitung im veranschlagten Kostenbetrage von 18.000 K wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag den 11. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Zaitner im Alten Rathhause (I., Wipplingerstraße 8, 2. Stiege, 2. Stock) eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossenen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Anbote sind vom Offerenten unter Angabe seines Berufes und Wohnortes persönlich zu fertigen und mit einem 1 K. Stempel versehen, versiegelt zu überreichen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. December 1900. 3—3

Prot.-Nr. 131093 ex 1900.

IV. 3694.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der folgenden Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer Doppel-Volkschule im XVI. Bezirke, Gruber-gasse 4, und zwar:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten,
2. Lieferung der hydraulischen Bindemittel,
3. Stuccaturerarbeiten,
4. Steinmearbeiten,
5. Zimmermannsarbeiten,
6. Spenglerarbeiten,
7. Bautischlerarbeiten,
8. Schlosserarbeiten,
9. Anstreicherarbeiten,
10. Glaserarbeiten,
11. Asphaltiererarbeiten,
12. Lieferung der Isolierplatten,
13. Holzcement-Eindeckung.
14. Herstellung des Terrazzopflasters,
15. Lieferung der Steinzeug-, Thon- und Chamottefabrikate,
16. Möbeltischlerarbeiten,
17. Lieferung der Schulbänke,

18. Bildhauerarbeiten,
 19. Herstellung eines Einfriedungsgitters,
 20. Herstellung einer Niederdruckdampfheizung,
 21. Lieferung der Regulierfüllöfen,
 22. Installation der Gasbeleuchtung,
 23. Installation der Wasserleitung und Lieferung der Closete
- wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 19. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Neuen Rathhauses eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossene allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Die bei dieser Offertverhandlung einzubringenden Anbote sind auf einem Briefpapierbogen in Form eines an den Magistrat gerichteten stempelfreien Geschäftsbriefes zu stellen, welcher zu lauten hat:

„Stempelfrei nach den Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes.

An den löblichen Magistrat

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Ich habe die im Stadtbauamte für die Offertverhandlung am 19. Jänner 1901, zur M. Z. 131093, aufgelegenen Pläne, Kostenanschläge, allgemeinen und speciellen Bedingungen für den Bau einer Doppel-Volkschule im XVI. Bezirke, Gruber-gasse 4, eingesehen und offeriere der Gemeinde Wien die ausgeschriebenen

wobei ich mich den von der Gemeinde gestellten Bedingungen vollinhaltlich unterwerfe, gegen einen Nachlass (Zuschuss) von zu den Kostenanschlagspreisen. (Datum, Unterschrift.)“

Die Verständigung der Ersteher von der Annahme ihrer Offerte erfolgt mündlich und ist von ihnen mittels eines stempelfreien Geschäftsbriefes zu bestätigen.

Jedem mit einer 1 K. Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der amtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen oder der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 29. December 1900. 1—3

M. D. Z. 3354.

Currende

(für die Herren Magistrats-Secretäre, Magistrats-Ober-Commissäre, Magistrats-Commissäre, Magistrats-Concipisten und Magistrats-Concepts-Praktikanten).

Infolge der voraussichtlichen Beförderung eines Magistrats-rathes zum Magistrats-Vice-Director, ferner infolge der Pensionierung des Magistratsrathes Ferdinand Philipp und der Dienstesresignation des Magistrats-Concipisten Dr. Josef Najits gelangen im Status der rechtskundigen Beamten

2 Magistrats-Raths-Stellen in der III. Rangklasse,
2 Magistrats-Secretärs-Stellen in der IV. Rangklasse,
2 Magistrats-Ober-Commissärs-Stellen in der V. Rangklasse,
2 Magistrats-Commissärs-Stellen in der VI. Rangklasse und
3 Magistrats-Concipisten-Stellen in der VII. Rangklasse,
und zwar sämtliche Stellen mit den systemisierten Bezügen zur
Ausbeschreibung.

Diejenigen der obbezeichneten Herren Conceptsbeamten und
Concepts-Praktikanten, welche sich um eine dieser Stellen be-
werben wollen, haben ihre Competenzgesuche im Dienstwege, das
ist mit der Äußerung des unmittelbaren Amtsvorstandes ver-
sehen, längstens bis einschließlich Mittwoch den 9. Jänner 1901,
mittags 12 Uhr, im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-
Direction zu überreichen.

Auf später eintreffende Gesuche wird keine Rücksicht ge-
nommen.

Wien, am 27. December 1900.

Der Magistrats-Director:

Preyer.

1—1

Ad M. B. 91177 ex 1900.

VIII.

Concursauschreibung.

(Verwalterstelle für den Central-Friedhof.)

Zufolge der Stadtraths-Beschlüsse vom 4. Juli 1900, Z. 5603,
und vom 13. December 1900, Z. 8833 ex 1900, gelangt die
systemisierte Verwalterstelle für den Wiener Central-Friedhof zur
Besetzung.

Mit dieser in der IV. Rangklasse der städtischen Beamten
stehenden Stelle ist ein Jahresgehalt von 4000 K nebst zwei
Quadrantenzulagen à 400 K und der Genuss einer Natural-
wohnung im Administrationsgebäude, sowie der bis auf Widerruf
zugestandene Bezug des Beheizungsmaterials verbunden.

Der Verwalter steht ferner im Bezuge eines Wagenpanschales
von 600 K pro Jahr und einer jährlichen Diensteszulage von
720 K für das Gräberaus schmückungsge schäft.

Bewerber um diese Stelle haben ihre mit dem Taufscheine,
beziehungsweise mit dem Geburtszeugnisse, dem Heimatscheine,
ferner den Nachweisen über ihre zurückgelegten Studien und
Prüfungen, insbesondere über umfassende theoretische und praktische
Kenntnisse im Baufache und Straßenbauwesen, sowie in der für
technische Arbeiten bestehenden Verrechnungsweise, dann über die
bisherige Dienstleistung belegten Gesuche längstens bis inclusive
15. Februar 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magi-
strates zu überreichen. (Sämtliche vorbezeichneten Gesuchsbeilagen
sind im Originale beizubringen.)

Bewerber, welche nicht in Wien wohnen, haben außerdem
ein behördliches Leumundzeugnis und ein von einem Amtsärzte
ausgestelltes Zeugnis über die körperliche Eignung anzuschließen.

Die Gesuche haben eine kurze Schilderung des Lebenslaufes
zu enthalten und sind mit einer 1 K-Stempelmarke für jeden
Bogen zu versehen.

Den nicht in deutscher oder lateinischer Sprache abgefassten
oben bezeichneten Belegen ist eine beglaubigte deutsche Übersetzung
beizulegen, widrigenfalls das Gesuch als nicht gehörig belegt be-
trachtet werden würde.

Bereits im städtischen Dienste stehende Bewerber haben ihre
Gesuche im Dienstwege zu überreichen.

Auf diese Anstellung finden die §§ 1 bis 3 der Dienst-
pragmatik für die Wiener Gemeindebeamten Anwendung.

Die Stelle wird vorläufig provisorisch und erst nach zu-
friedenstellender einjähriger Dienstleistung definitiv verliehen.

Auf nicht gehörig belegte oder nicht rechtzeitig eintreffende
Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,

am 20. December 1900.

2—3



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen,
Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coaks-
heizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegethoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten
Centrale: **Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.**

P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand
in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser
Wiener Warenhaus I, Stock-im-Eisenplatz Nr. 6
auch äußerlich vollständig neu ausgestattet haben, und erlauben uns zu dessen
Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie
immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:
Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Zur constanten Besorgung
aller im
Coursblatte
notierten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen:

Wechselstube des Bankhauses Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 2.

Freitag, den 4. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelne Exemplare à 20 Heller im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 11. Jänner 1901, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 9. Jänner 1901.

Donnerstag, den 10. Jänner 1901.

Freitag, den 11. Jänner 1901.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 14. December 1900.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Oppenberger,
Brauneiß, Rauer,
Büsch, Rissaweg,
Dr. Deutschmann, Schreiner,
Fiedler, Schuh,
Gräf Ferdinand, Tomola,
Hipp, Dr. Wähner,
Hörmann, Weitmann,
Praba, Wessely,
Dr. Krenn, Zakla,
Dr. Mayreder,

Beurlaubt: St.-R. Sebastian Grünbeck.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Künzler.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(14434.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Georg Feil um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause Dr.-Nr. 42 Piaristengasse, VIII. Bezirk, im IV. Quartale 1898 vorgeschriebenen Gebühr per 37 fl. 53 kr. und beantragt die Abschreibung der Gebühr per 75 K 6 h gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(14435.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen der Adelheid Schwehla um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause Dr.-Nr. 23 Piaristengasse, VIII. Bezirk, im IV. Quartal 1898 vorgeschriebenen Gebühr per 10 fl. 41 kr. und beantragt die Abschreibung der Gebühr per 20 K 82 h gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(14419.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen der Firma R. Gabriel & Comp. durch Dr. Leopold Ploderer Hof- und Gerichtsadvocaten, um Belassung des Reclame-Kioskes am Graben, I. Bezirk, und beantragt, das Ansuchen gemäß dem Bezirksamts-Antrage abzulehnen. (Angenommen.)

(13737.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Anerbieten des Ernst Hochschartner zur käuflichen Überlassung eines Bildes (Die Kapelle des Militär-Invalidenhauses) und beantragt die Ablehnung des Offertes gemäß dem Antrage des Directors der städtischen Sammlungen. (Angenommen.)

(14404.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Norbert Hepp, Wäschers, um Erhöhung des zum industriellen Bedarfe im Hause Dr.-Nr. 22 Friedlgasse, XIX. Bezirk, abgegebenen Hochquellenwasserquantums und beantragt, die Erhöhung des Wasserquantums von 5 hl auf 10 hl täglich gemäß dem Magistrats-Antrage zu bewilligen. (Angenommen.)

(14446.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Dr. Freiherrn v. Widerhofer, k. k. Hofrathes und Universitäts-Professors, um Rückvergütung eines Theiles der Grabstellgebühr für die durch Erhumierung leer gewordene Doppelgruft Gruppe XVI, Nr. 6 D am Hieginger Friedhose und beantragt, dem Gesuchsteller von der

Gebür per 2800 K einen Theilbetrag von 2214 K gemäß dem Magistrats-Antrage rückzuvergüten. (Angenommen.)

(14405.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Einschränkung der Trinkwasserzufuhr nach Ober-Sievering, XIX. Bezirk, und beantragt, die Trinkwasserzufuhr nach Ober-Sievering provisorisch für den Winter gemäß dem Magistrats-Antrage in der Weise zu beschränken, daß das Hochquellenwasser nur in jene Häuser abgegeben wird, welche dasselbe dermalen beziehen. (Angenommen.)

(14377.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des V. Bezirkes um Aufnahme der Pflasterung der Wimmergasse (in der Strecke zwischen der Maßleinsdorferstraße und der Stolberggasse) in das Pflasterungs-Präliminare pro 1901 und beantragt, die Aufnahme der Pflasterung der Wimmergasse (in der Strecke zwischen der Maßleinsdorferstraße und Stolberggasse) mit dem Kostenbetrage per 52.000 K in das Präliminare pro 1901 zu genehmigen.

Es wird beschlossen, das Ansuchen gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen.

(14375.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des V. Bezirkes um Zuweisung von 100 m³ Gebirgsschlägelschotter und beantragt, die Zuweisung von 100 m³ Gebirgsschlägelschotter mit dem Kostenbetrage von 760 K (über das für den V. Bezirk bereits genehmigte Gesamtquantum im Kostenbetrage von 26.980 K 40 h) zu bewilligen. (Angenommen.)

(14271.) St.-R. Büsch referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 23. November 1900, Z. 9922, betreffend die Flüssigmachung der Remuneration für die Ertheilung des israelitischen Religionsunterrichtes an der Sammelstation für Knaben XII., Kosasgasse 8, in der Zeit vom 16. September 1899 bis 28. Mai 1900 und beantragt, der Flüssigmachung der Remuneration im Betrage von 100 K 40 h zuzustimmen. (Angenommen.)

(14266.) St.-R. Büsch referiert über das Kaufoffert des August Mathis, betreffend die Baustelle Einl.-Z. 984 (an der Ecke der Rucker- und Nymphengasse) Unter-Weidling, XII. Bezirk, und beantragt, das Offert wegen des zu geringen Angebotes abzulehnen, dagegen ein Comité zur Verhandlung mit dem Offerenten einzusetzen. (Angenommen.)

(14437.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Depot XII., Weidlinger Hauptstraße 30, im I. und II. Quartal 1900 vorgeschriebenen Gebür per zusammen 2639 K 6 h und beantragt, das Ansuchen abzulehnen.

St.-R. Weitmann beantragt, das Bezirksamt sei zu beauftragen, zu berichten, warum während einer so langen Zeit ein Wassermehrverbrauch stattfinden konnte, ohne daß man die Gründe desselben erhoben hat, trotzdem nachgewiesenermaßen der Wassermesser geprüft und für richtig befunden wurde; ferner sind mit Rücksicht darauf, daß der Wassermehrverbrauch durch das Rohrbrechen allein nicht gerechtfertigt erscheint, die Gründe anzugeben, welche das Bezirksamt bewogen haben, die Abschreibung zu beantragen.

Es wird der Antrag des St.-R. Weitmann angenommen.

(14212.) St.-R. Büsch referiert über den Recurs der Helene Stanek wider die mit Bezirksamts-Erledigung vom 10. November 1900, Z. 39304, erfolgte Ablehnung ihres Ansuchens um Bewilligung zur Wiederaufstellung eines transportablen Verkaufstandes vor dem Hause Dr.-Nr. 11 Franzensgasse, V. Bezirk, zum Betriebe des Grünwarenhandels und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

(Angenommen.)

(14487.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Verkaufsoffert des Ludwig Zazka bezüglich der ihm gehörigen Cat.-Parc. 318, Einl.-Z. 361 Breitensee, sowie über das Ansuchen desselben um Überlassung von drei Gruftplätzen am Hiezinger Friedhofe und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien erwirbt die dem Ludwig Zazka gehörige Cat.-Parc. 318, Einl.-Z. 361 Breitensee, per 1353,6 m² um den Pauschalbetrag von 6000 K. Der Grund ist lastenfrei zu übergeben.

Die mit der Vertragsausfertigung verbundenen Kosten trägt der Verkäufer, die Übertragungsgebühren die Gemeinde.

2. Dem Ludwig Zazka werden die Gruftplätze 31, 32 und 33 der Gruppe XVII am Hiezinger Friedhofe um den Preis von 6000 K unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen überlassen.

Ferner sei dem Gesuchsteller noch je ein 60 cm breiter Streifen der Gruftplätze 30 und 34 zu überlassen, unter der Bedingung, daß diese Streifen bepflanzt werden.

3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Skizze für die Abtheilung des mit den Buchstaben a b c d a umschriebenen Baublockes vorzulegen. (Angenommen.)

(14458.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ergebnis der von der Bezirksvertretung des XVIII. Bezirkes am 16. November 1900 vorgenommenen Ergänzungswahl von zwei Armenräthen für das Armeninstitut.

Es wurden (mit der Functionsdauer bis Ende des Jahres 1900) gewählt:

Schwarz Leopold, Großfuhrmann, Herbedstraße 63;

Binder Franz, Fleischhauer, Karl Beckgasse 8.

Referent beantragt, die vorgenommenen Wahlen zu bestätigen.

(Angenommen.)

(14298.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bewilligung von Zuschusscrediten zu den Ausgabe-Rubriken XXXVII 15 k „Kleidung, Instandhaltung und Nachschaffung von Wäsche und Bettfournituren für die fünf städtischen Versorgungsanstalten“ und XXXVII 15 t „Verpflegung und Wartung der Kranken in den fünf städtischen Versorgungsanstalten“ und beantragt die Bewilligung eines Zuschusses von 5000 K beziehungsweise 17.800 K gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(14296.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Magistratsbericht, betreffend die erfolgte Aufnahme eines Aushilfsdieners für das Bürgerversorgungshaus, und beantragt, anlässlich der Aufnahme eines Aushilfsdieners im Bürgerversorgungshause (für die Zeit vom November 1900 bis Ende Jänner 1901) einen Zuschusscredit von 146 K 40 h pro 1900 und von 74 K 40 h pro 1901 zur Rubrik X 4 gemäß dem Magistrats-Antrage zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14295.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits zur Ausgabe-Rubrik XXXVII 9 c „Erhaltungsbeiträge für zur gänzlichen Versorgung geeignete Pfändner“ und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredits von 81.400 K gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14362.) St.-R. Branneiß referiert über das Ansuchen der Leopoldine Mayer um gemeinschaftliche Abrechnung der Wasserbezugsgebühren bezüglich der Häuser Dr.-Nr. 2/4 Arnsteingasse, XIV. Bezirk, und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(14356.) **St.-R. Rissaweg** referiert über den Magistratsbericht, betreffend das Ansuchen der Ortsgruppe „Wieden“ des Vereines zur Pflege des Jugendspiels um Bewilligung zur Benützung des Spielplatzes im Alois Drasche-Park, IV. Bezirk, als Eislaufplatz, und beantragt die Bewilligung des unentgeltlichen Wasserbezuges aus dem auf dem Spielplatz befindlichen Auslaufbrunnen für den Betrieb der Eisbahn. (Angenommen.)

(14408.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen des Johann Schönbichler um Bestimmung der Schadloshaltung für den bei dem Hause Dr.-Nr. 10 Alferstraße im IX. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 2.67 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 200 K gemäß dem Magistrats-Antrage zu bestimmen. (Angenommen.)

(14214.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen der Hausadministration von Franz Lohner's Erben um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause Dr.-Nr. 10 Müllnergasse, IX. Bezirk, im II. Quartal 1897 vorgeschriebenen Gebühr per 58 fl. 30 kr. und beantragt die Abschreibung der Gebühr gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(14409.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen des Alois und der Victoria Schwarz um Bestimmung der Schadloshaltung für den bei dem Hause Dr.-Nr. 3 Spitalgasse im IX. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung gemäß § 12 der Wiener Bauordnung noch vor der Bauausführung auf Kosten der Partei zu bewilligen und die Giltigkeit der Schadloshaltungsbestimmung auf die Dauer von zwei Jahren einzuschränken. (Angenommen.)

(14187.) **St.-R. Hipp** referiert über die Anschaffung von elektrischen Lustern für den Vorsaal zum Stadtraths-Sitzungs-saal (Steinernen Saal) und beantragt:

1. Die Anbringung von zwei dreiflammigen elektrischen Lustern im Vorsaal des Stadtraths-Sitzungs-saales gemäß der vom Stadtbauamte verfaßten Situationsstizze wird genehmigt.

2. Die Lieferung dieser beiden Luster wird der Firma H e s s, Wolf & Comp., IX., Porzellangasse 49, in Genehmigung der von ihr vorgelegten Zeichnung zum Gesamtpreise von 670 K unter Normierung einer sechswöchentlichen Liefer- und einer zweijährigen Haftzeit übertragen. Vom Erlage einer Caution wird abgesehen. (Angenommen.)

(14181.) **St.-R. Hipp** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Erwerbung von Gründen der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft an der Schöffelgasse, XVIII. Bezirk, und beantragt, von der mit Stadtraths-Beschluss vom 4. August 1896, Z. 6175, genehmigten Erwerbung mehrerer der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft gehörigen Grundflächen an der Schöffelgasse im XVIII. Bezirke im Ausmaße von 69.72 m² um den Einheitspreis von 5 fl. 8 kr. per Quadratmeter abzusehen. (Angenommen.)

(14488.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über die Anregung des Ingenieurs Engelbert Sprongl, betreffend die Ausnützung des Donaucanals als Kraftquelle, beziehungsweise die Einbauung von Wasserrädern im Donaukanal zum Betriebe von Elektromotoren, und beantragt, die Anregung gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen. (Angenommen.)

(14124.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über die Zuschrift der k. und k. Inspection des k. k. Praters vom 29. November 1900, Z. 1426, betreffend die Wiederbepflanzung der durch die Verschüttung

des alten Donaucanals angeschütteten Grundflächen in der Freudenau, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(14320.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über das Ansuchen der Cäcilie Frankfurter um Grundüberlassung zur Arrondierung der Baustelle Einl.-Z. 594 Grundbuch Ober-Döbling (an der Nodlergasse, Ecke der Weinberggasse), XIX. Bezirk, und beantragt, das Offert der Cäcilie Frankfurter auf Überlassung des zur Arrondierung ihrer Baustelle I nothwendigen Grundtheiles um den Betrag von 25 K per Quadratmeter, sowie eines zur Herstellung der halben Straßenbreite zwischen den Achsen der Weinberg- und Nodlergasse gelegenen Grundtheiles um 2 K per Quadratmeter abzulehnen. (Angenommen.)

(14403.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über die Abtretung von städtischen Grundstücken an das k. k. Eisenbahn-Arvar anlässlich der Reconstruction der Donauuferbahn und beantragt, es sei der k. k. Staatsbahn-Direction Wien in Erwiderung auf ihre Zuschrift vom 19. Juni 1900, Z. 34/136, bekanntzugeben, dass die Gemeinde Wien für die vom k. k. Eisenbahn-Arvar zu Zwecken der Donauuferbahn enteigneten Grundstücke im Ausmaße von 1567 m² eine Entschädigung von 22 K per Quadratmeter beanspruche und außerdem die Bedingung stelle, dass sämtliche Kosten der Durchführung dieser Grundeinlösung von der k. k. Staatsbahn-Direction zu tragen seien. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14161.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die im Jahre 1901 stattfindende Hauptversammlung des Vereines der deutschen Gas- und Wasserfachmänner, und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, sich mit dem Vereine deutscher Gas- und Wasserfachmänner wegen der von demselben geplanten Veranstaltungen ins Eilvernehmen zu setzen und Vorschläge für die seitens der Gemeinde anlässlich des Empfanges dieses Vereines zu treffenden Vorbereitungen, sowie über die Kosten derselben zu berichten. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** macht folgende Mittheilung:

St.-R. Dr. Deutschmann läßt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen dringender Berufsgeschäfte entschuldigen.

(Zur Kenntniss.)

(14481.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen der Karoline Krempel, Witwe des Bürger Schul-Directors Simon Krempel, um Anweisung der Witwenpension, sowie des Sterbequartals und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 1266 K 66 h jährlich, sowie das Sterbequartal per 950 K gemäß dem Magistrats-Antrage zuzuerkennen. (Angenommen.)

(14497.) **St.-R. Tomola** referiert über das neuerliche Verkaufsoffert der Eheleute Wilhelmine und Wenzel Mezeß, betreffend einen Theil ihrer Grundstücke im XIX. Bezirke, „Krimm“, und beantragt:

1. den Ankauf der den Eheleuten Wilhelmine und Wenzel Mezeß gehörigen Gründe Einl.-Z. 557, 565 und 590 in Ober-Döbling, soweit sie für den Schulbau erforderlich sind, um den offerierten Preis von 25 fl. per Quadratklaster zu genehmigen und den Magistrat zu beauftragen, die Vertragsbedingungen schleunigst festzusetzen;

2. der Magistrat sei in Abänderung des Beschlusses vom 5. d. M. weiters zu beauftragen, über die eingelangten Offerte schleunigst Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(14456.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Bezirks-schulrathes der Stadt Wien vom 22. November 1900, Z. 8849, be-

treffend die mit Landes Schulraths-Erlaß vom 10. November 1900, Z. 12765, definitiv genehmigte Versetzung der definitiven Unterlehrerin Marie Heller von der Allgemeinen Volksschule für Mädchen XV., Hackengasse 13, an die allgemeine Volksschule für Knaben XII., Rucker-gasse 42, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(14457.) St.-R. Tomola referiert über die Zuschrift der Direction des Wiener Lehrer-Pädagogiums, betreffend das Verzeichnis der Hörer und Hörerinnen im Schuljahre 1900/01, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(14482.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Engelbert Haubfleisch, Directors der Bürgerschule für Mädchen VII., Zieglergasse 49, um Anweisung der Pension und beantragt, dem Gesuchsteller die normalmäßige Pension im Jahresbetrage von 3150 K, sowie die mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 31. August 1900, Z. 9931, zugesicherte Pensionszulage im Jahresbetrage von 1050 K gemäß dem Magistrats-Antrage zuzuerkennen.

Das Ansuchen um gnadenweise Zuerkennung des halben Quartier-gelbes sei aus principiellen Gründen abzulehnen. (Angenommen.)

(14483.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirks schulrathes der Stadt Wien vom 9. November 1900, Z. 7973, betreffend die erfolgte Bewilligung einesurlaubes für den Bürger-schullehrer Adolf Bissl (für die Zeit vom 8. October 1900 bis 15. September 1901) und beantragt, die erfolgte Urlaubsbewilligung für den Bürgerschullehrer Adolf Bissl (behufs Versetzung einer Lehr-stelle am katholischen Lehrer-Seminar in Währing) zur Kenntnis zu nehmen, dagegen das Anerbieten der Centralleitung des Katholischen Schulvereines für Oesterreich, die erwachsenden Supplierungs-kosten unmittelbar aus eigenem zu entrichten, gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen. (Angenommen.)

(Ad 14285.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des E. Wagnführer um Abstandnahme von der Auflösung des Vertragsverhältnisses, betreffend die Lieferung von Pflastersteinen auf Rechnung dieses Vertrages, und beantragt, das Ansuchen um Über-nahme von Pflastersteinen auf Rechnung des zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 9. März 1900, Z. 2572, mit demselben abgeschlossenen Vertrages abzulehnen. (Angenommen.)

(14451.) St.-R. Hörmann referiert über das Ansuchen des f. l. Notars Dr. Alois Fuka noc. der Eigentümer der Realitäten Einl.-Z. 2194, Cat.-Parc. 2680/2, und Einl.-Z. 2195, Cat.-Parc. 2680/1, 2680/3 Grundbuch des III. Bezirkes (Erbberger-mois) um politische Bewilligung zur Abtheilung dieser Realitäten und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(14493.) St.-R. Oppenberger referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Hütker wegen Verlängerung des Rohrstranges der Hochquellenleitung in der Ragnerer Reichsstraße und beantragt, die Verlängerung des Rohrstranges der Hochquellenleitung in der Ragnerer Reichsstraße bis zum Hause Conscr.-Nr. 393 um 400 m, ferner die Aufstellung eines Auslaufbrunnens am Ende des Rohrstranges mit dem (bedeckten) Kostenbetrage von 5200 K gemäß dem Magistrats-Antrage zu genehmigen. (Angenommen.)

(13872.) St.-R. Oppenberger referiert über das Offert-verhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Revision der auf städtischen Gebäuden befindlichen Blitzableiter für die Jahre 1901 bis 1903, und beantragt, die Revision der Blitzableiter für die Zeit vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903 der Firma Nikola

Bostelmann zu dem von ihr offerierten Einheitspreise von 6 K (für jedes einzelne Gebäude) gemäß dem Magistrats-Antrage zu vergeben. (Angenommen.)

(14442.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Josef Kuhn, XX. Bezirk, um Nachsicht der Hundesteuer pro 1899 per 8 K und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(14484.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Fischhändler, betreffend den Engros-Verkauf von Fischen, und beantragt, zuzustimmen, daß der Engros-Verkauf von Fischen auf den Fischergeschirren stattfinden darf. (Angenommen.)

(13753.) St.-R. Oppenberger referiert über die Verbesserung der Beleuchtung auf der Stephaniebrücke und beantragt, zu genehmigen, daß die auf der Fahrbahn der Stephaniebrücke befindlichen zwei Candelaber mit Doppelflammen versehen werden. (Angenommen.)

(6069.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über die Zuschrift des f. l. Landesgerichtes in Straßachen Wien vom 10. December 1900, Z. 8831, betreffend die erfolgte Einstellung des Strafverfahrens wider Rudolf Holzappel, Bauunternehmer, Josef Meuser und Anton Klopsch, städtische Wasserleitungsaufsesser, betreffend unberechtigten Wasserbezug anlässlich der Erbauung der Häuser XIV., Wiener-platz 7 und Sturzgasse 4 a, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(13700.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Verleihung von Stiftpätzen am Wiener Conservatorium und beantragt:

1. Es seien folgenden Conservatoristen je ein kommunaler Stiftpatz am Conservatorium, vorläufig nur für das Schuljahr 1900/01, zu verleihen:

Borschte Adolf (Orgel);
Kollenberger Josef (Contrapunkt, II. Jahrgang);
Potyka Bertha (Violine, II. Ausbildung);
Reichel Johann (Oboe, I. Ausbildung);
Zanetti Anton (Oboe, II. Vorbildung);
Fichna Helene (Gesang, I. Ausbildung);
Pfeidl Bertha (Gesang, II. Ausbildung).

2. Es sei der Stifftling Karl Hieß (welcher die infolge Krank-heit verschobene Schlussprüfung bestanden hat) im Genuße des Stiftpatzes im Schuljahre 1900/01 zu belassen.

Es wird der Referenten-Antrag angenommen.

(14186.) St.-R. Dr. Arenn referiert über die Entscheidung des Preisrichter-Collegiums, betreffend die eingereichten Entwürfe zur Errichtung eines Monumentalbrunnens auf dem Mozartplatze im IV. Bezirke, und beantragt:

1. Der Bericht des Bezirksvorstehers für den IV. Bezirk über das Resultat der Preisausschreibung und die erfolgte Preiszuerkennung für die eingelangten Entwürfe zur Errichtung eines Monumental-brunnens auf dem Mozartplatze im IV. Bezirke, sowie das diesbezüg-liche Gutachten des Preisrichter-Collegiums werden zur Kenntnis genommen und wird den Mitgliedern des Preisrichter-Collegiums für ihre Bemühungen der Dank ausgesprochen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, mit den Verfassern des zur Ausführung beantragten Entwurfes wegen der wirklichen Ausführung desselben nach Bornahme der vom Preisrichter-Collegium als noth-wendig erachteten Änderungen, sowie mit den Verfassern der beiden zum Ankaufe empfohlenen Entwürfe wegen allfälliger Erwerbung der-selben für die Gemeinde Wien die Verhandlungen zu pflegen.

3. Das Gutachten des Preisrichter-Collegiums ist im Amtsblatte der Stadt Wien zu veröffentlichen. (Angenommen.)

(14284.) **St.-R. Dr. Wähler** referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 3. November 1900, Z. 75155, betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen bei Glätteis und beantragt:

Es sei an die Vorsteher des I. bis XX. Bezirkes das Ersuchen zu richten, im Falle der Glätteisbildung auch nach Schluß der normalen Arbeitszeit, d. i. von 5 Uhr nachmittags bis zur Sperrstunde, erforderlichenfalls auch während der Morgenstunden vor Beginn der üblichen Arbeitszeit, die Bestreuerung der Straßenübergänge durch die städtischen Tagelöhner zu veranlassen.

Die Entlohnung der zu dieser Dienstleistung herangezogenen Arbeiter hat in der bei der Leistung von Überstunden üblichen Weise, d. i. mit 10 Percent des Arbeitslohnes pro Stunde, zu geschehen.

Die Verrechnung der bei solchen Anlässen ausbezahlten Beträge hat abgesondert unter Berufung auf die diesfällige Verfügung zu erfolgen.

Gleichzeitig sei an die Vorsteher das Ersuchen zu richten, durch zweckentsprechende Verteilung der Arbeiten auf die einzelnen Partien den erforderlichen Aufwand auf das unumgänglich Nothwendige zu beschränken. (Angenommen.)

(14359.) **St.-R. Dr. Wähler** referiert über die Eingabe der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen, betreffend die Statuten der gesellschaftlichen Pensionsfonds, und beantragt:

1. Es sei an den mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 20. November 1900, Z. 12710, genehmigten Abänderungen der Statuten für das Pensionsinstitut der Beamten, deren Witwen und Waisen, sowie der weiblichen Angestellten und der Statuten der Pensions- und Unterstützungscassa für die Bediensteten der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien festzuhalten.

2. Es sei zur Kenntnis zu nehmen, daß mit Rücksicht auf den vom Gemeinderathe beschlossenen Zusatz zu Artikel 5 des erstgenannten und zu § 3 des zweiten Statutes die diesen Zusätzen widersprechenden Bestimmungen am Schlusse des Artikels 22 des ersten, beziehungsweise § 25 des zweiten Statutes sinngemäß gestrichen werden müssen.

3. Die vorstehenden Beschlüsse seien der Gesellschaft mitzutheilen, beziehungsweise an das k. k. Eisenbahnministerium zur entsprechenden Würdigung zu berichten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14463.) **St.-R. Dr. Wähler** referiert über das Ansuchen des Directors der städtischen Sammlungen um Zustimmung zum Ankauf von Steinreliefs des in Demolierung begriffenen Hauses Dr.-Nr. 25 Salzgras, I. Bezirk, und beantragt, den Director der städtischen Sammlungen zu ermächtigen, wegen Erwerbung der Plastiken, und zwar auf Grund eines Angebotes von 150 bis 300 fl. zu verhandeln.

St.-R. Bäsch beantragt, das Angebot mit dem Maximalbetrage von 100 K zu bestimmen.

Es wird der Referenten-Antrag, sowie der Antrag des **St.-R. Bäsch** abgelehnt.

(14521.) **St.-R. Zayka** referiert über das Ansuchen des Stationsvorstandes der Nordbahn um leihweise Überlassung von zwei städtischen Kohlenrutschen bis Ende Mai 1901 und beantragt die Erledigung dieses Ansuchens im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(14297.) **St.-R. Zayka** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Eisgewinnung im Teiche der städtischen Versorgungsanstalt in Liesing, und beantragt:

1. den Bericht der Versorgungshaus-Verwaltung in Liesing zur Kenntnis zu nehmen;

2. das Eislaufen auf dem Anstaltssteiche — sei es gegen Entgelt oder unentgeltlich — wird nicht gestattet, und hat das Eis lediglich zur Füllung der Eisgrube und zu Zwecken der eigenen Regie verwendet zu werden. (Angenommen.)

(14180.) **St.-R. Zayka** referiert über das Project für die Auspflasterung von Strecken der Wienflußsohle zwischen Fiezing und Hütteldorf-Bad und beantragt:

1. Es sei die Auspflasterung, beziehungsweise Versicherung der Wienflußsohle vom Badhausteg bis zum Verbindungspfeiler, dann entlang der Stadtbahnmauer vom Grundwehre unterhalb des Bischofsteges bis in die Nähe der Franz-Karl-Brücke, endlich bei der Haltestelle „Hütteldorf-Bad“ nach dem vorliegenden Projecte mit dem Kostenbetrage von 206.266 K 46 h vorbehaltlich der Adjustierung seitens der Stadt-Buchhaltung zu genehmigen.

2. Es seien die zur Ausführung der sub 1 bezeichneten Herstellung erforderlichen Arbeiten und Lieferungen der Bauunternehmung Peter Faccanoni und Karl Brizzi unter Annahme ihres vorliegenden Offertes vom 27. November 1900, ergänzt am 4. December 1900, zu übertragen. (Angenommen.)

(14500.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Josef und der Francisca Krzschka um Bewilligung zur Erbauung eines Stalles aus Kiegelwänden, sowie eines hölzernen Schupfens auf der Realität XI., Ezginggasse 7, und beantragt, die beabsichtigte Bauführung auf Grund des § 105, Punkt 5 der Bauordnung für Wien (unter erleichterten Bedingungen) gegen Ausstellung eines intabulationsfähigen Demolierungsreverses, sowie unter der Bedingung zuzugestehen, daß alle von der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen, sowie von der Direction der k. k. priv. österr.-ungar. Staatsbahn-Gesellschaft gestellten Bedingungen seitens der Gesuchsteller erfüllt werden. (Angenommen.)

(14355.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über die Bewertung der Realitäten Dr.-Nr. 20/22 Fleischmarkt, Dr.-Nr. 15 Schönlaterngasse, I. Bezirk, und beantragt:

1. Die Abtheilung der Realitäten Dr.-Nr. 20/22 Fleischmarkt und Dr.-Nr. 15 Schönlaterngasse, I. Bezirk, nach der vom Magistrat vorgelegten Skizze auf die Baustellen:

I per circa 773 m²,

II per circa 830 m²

III per circa 448 m² —

wird genehmigt.

2. Der Magistrat sei zu beauftragen, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes behufs Ertheilung der Bewilligung zur Veräußerung nachstehender Baugründe am nachbezeichnete Minimalpreise sofort das Erforderliche zu veranlassen:

Baustelle I im Ausmaße von circa 773 m² um 360 K per Quadratmeter;

Baustelle II im Ausmaße von circa 830 m² um 500 K per Quadratmeter;

Baustelle III im Ausmaße von circa 448 m² um 300 K per Quadratmeter.

3. Die Bereitwilligkeit der Gemeinde, die drei angeführten Baustellen zu verkaufen, ist bis auf weiteres im Amtsblatte der Stadt Wien zu veröffentlichen und auch in Wiener Tagesblätter, ferner in die „Bautechniker-Zeitung“ und in die „Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines“ je dreimal einzurücken.

Der Situationsplan über die Baustellen ist zu vervielfältigen und Interessenten über eventuelle Anfragen zur Verfügung zu stellen; hievon hat in der Verlautbarung Erwähnung zu geschehen.

Der Magistrat wird ermächtigt, innerhalb der vom Bauamte ermittelten Verkaufspreise mit allfälligen Differenzen zu verhandeln.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(14486.) St.-R. Dr. Mahreder referiert über die Bewertung der durch die Abtheilung der Realitäten Dr.-Nr. 31, 33, 35, 37 Nothenturmstraße, Dr.-Nr. 1 Am Bergl und Dr.-Nr. 3 Rabenplatz, I. Bezirk, entstehenden Baustellen und beantragt:

1. Das Offert des Samuel und Wilhelm Schallinger auf Ankauf der Baustelle IV an der Ecke der Koblmeßer- und Seitentengasse, I. Bezirk, per 619·57 m² um den Preis von 446 K per Quadratmeter sei wegen des zu geringen Angebotes abzulehnen; die Verhandlungen seien jedoch fortzusetzen.

2. Es sei an den n.-ö. Landesausschuß wegen Erwirkung eines Landesgesetzes heranzutreten, mit welchem die Minimalpreise für die durch die Abtheilung der Realitäten Dr.-Nr. 31, 33, 35, 37 Nothenturmstraße, Dr.-Nr. 1 Am Bergl und Dr.-Nr. 3 Rabenplatz, I. Bezirk, entstehenden Baustellen folgendermaßen festgesetzt werden:

für Baustelle I im Ausmaße von circa 601·22 m² 900 K per Quadratmeter;

für Baustelle II im Ausmaße von circa 699·47 m² 900 K per Quadratmeter;

für Baustelle III im Ausmaße von circa 676·63 m² 1100 K per Quadratmeter;

für Baustelle IV im Ausmaße von circa 619·57 m² 500 K per Quadratmeter.

3. Die Bereitwilligkeit der Gemeinde, die vier angeführten Baustellen zu verkaufen, ist bis auf weiteres im Amtsblatte der Stadt Wien zu veröffentlichen und auch in Wiener Tagesblätter, ferner in die „Bautechniker-Zeitung“ und in die „Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines“ je dreimal einzurücken.

Der Situationsplan über die Baustellen ist zu vervielfältigen und Interessenten über eventuelle Anfragen zur Verfügung zu stellen; hievon hat in der Verlautbarung Erwähnung zu geschehen.

Der Magistrat wird ermächtigt, innerhalb der vom bereits genehmigten Landesgesetz bestimmten Minimal-Verkaufspreise mit den allfälligen Differenzen zu verhandeln.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(14232.) St.-R. Dr. Mahreder referiert über das Project der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn, betreffend Hochbauten der Donaucanallinie, sowie der Verbindungscurve zur Gürtellinie, und beantragt, die von den Vertretern der Gemeinde bei der commissionellen Begutachtung am 11. December 1900 abgegebene Erklärung nachträglich zu genehmigen. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** macht folgende Mittheilung:

Der Wiener Goethe-Verein ladet den Gemeinderath zur Theilnahme an der am 15. December 1900 stattfindenden feierlichen Enthüllung des an der Ausmündung der Albrechtgasse in den Opernring errichteten Goethe-Denkmales ein. (Zur Kenntniß.)

(12749.) St.-R. Büsch referiert über die Eingabe der Barbara Sikora, Witwe nach dem Bauunternehmer Anton Sikora, betreffend die Fortführung und Vollenbung der demselben übertragenen Canalbauten, und beantragt:

1. Die Erklärung der Witwe nach dem Bauunternehmer und Maurermeister Anton Sikora, daß sie die Canalbauten in der Hartmann- und Kliebergasse im V. Bezirke und in der Ufergasse im VI. Bezirke auf Rechnung der Verlassenschaft unter der verantwortlichen Leitung des Bauunternehmers und Maurermeisters Heinrich Sikora fortführen und beenden werde, wird zur Kenntniß genommen.

2. Der Eintritt der Betonbauunternehmung H. Kella & Comp., VIII., Schmidgasse 4, in den von der Gemeinde Wien mit dem verstorbenen Bauunternehmer und Maurermeister Anton Sikora abgeschlossenen Vertrag, betreffend die Canalisterung des im Niederschlagsgebiete des Halterbaches gelegenen Theiles von Hütteldorf im XIII. Bezirke unter den mit dem Genannten vereinbarten Bedingungen wird genehmigt. (Angenommen.)

(14498.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Johann Stubböck um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause Dr.-Nr. 22 Schottenfeldgasse, VII. Bezirk, im 3. Quartal 1899 vorgeschriebenen Gebühr per 338 K 38 h und beantragt die Abschreibung der Gebühr gemäß dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(14499.) St.-R. Weitmann referiert über den Recurs des Friedrich Winter, sowie über die Vorstellung des Eduard Witting wider das Bezirksamts-Decret vom 17. Jänner 1900, Z. 1644, beziehungsweise 5. Februar 1900, Z. 3715, betreffend feuerpolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses VII., Mariahilferstraße 120 beziehungsweise Zieglergasse 27, und beantragt, dem Recurse, beziehungsweise der Vorstellung Folge zu geben. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 19. December 1900.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun,	Dppenberger,
Brauneiß,	Kauer,
Büsch,	Kissaweg,
Dr. Deutschmann,	Schreiner,
Fiedler,	Tomola,
Gräff Ferdinand,	Dr. Wähner,
Hörmann,	Weitmann,
Praba,	Wessely,
Dr. Krenn,	Zajka.
Dr. Mahreder,	
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.	

Entschuldigt: St.-R. Hipp, Schuh.

Krank: St.-R. Sebastian Grünbeck.

Experte: Baudirector Berger und Magistrats-Secretär Dr. Max Weiß.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Hans Böttger.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mittheilung:

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 15. December 1900:

Reservefond	1,000.000 K — h
Effective Belastung	2,668.933 K 93 h
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits ge- nehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Aus- lagen	1,278.986 „ 29 „
	zusammen . 3,947.920 „ 22 „
	daher um . 2,947.920 K 22 h

und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XX à 1000 K zu reservierenden 20.000 „ — „
eigentlich um 2,967.920 K 22 h
überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesamtbetrage von 982.253 K 27 h in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntniss.)

(14792.) **Bürgermeister Dr. Lueger** referiert über das Übereinkommen zwischen dem Hof-Ärzt und der Gemeinde Wien behufs Beilegung der zwischen diesem und der Gemeinde Wien obschwebenden Streitfragen und beantragt:

1. Das in dem vorliegenden Protokolle vom 8. December 1900 niedergelegte Übereinkommen zwischen dem Hof-Ärzt und der Gemeinde Wien wird sowohl im eigenen Namen der Gemeinde, als auch namens der Commission für Verkehrsanlagen in Wien genehmigt.

2. Das Erfordernis für das im Artikel I des Übereinkommens vereinbarte Project der Ausgestaltung der Einwölbung vor dem Lustschlosse Schönbrunn ist vorläufig aus dem Credite für die Wienflussregulierung zu bestreiten, und wird die etwa nothwendige Schaffung einer gesonderten Bedeckung für diese Auslage einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

3. Zur Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für das Project hat der Magistrat auf Grund der von ihm aufzustellenden Bedingungen eine öffentliche Offertverhandlung abzuhalten und über das Ergebnis derselben zu berichten.

4. Der Magistrat wird mit Rücksicht auf Artikel XXI des Übereinkommens beauftragt, sämtliche Verhandlungen in Betreff der Siebenbrunner Hofwasserleitung durchzuführen und über das Ergebnis derselben zu berichten.

5. Endlich hat der Magistrat mit dem Obersthofmeisteramte Verhandlungen wegen unentgeltlicher Erwerbung der Gründe, auf welchen sich die Maschinenhalle des städtischen Lagerhauses befindet, einzuleiten.

6. Dem Stadtbau-Director Franz Berger, dem städtischen Bauvathe Wilhelm Lehnerl und dem Magistrats-Secretär Dr. Max Weiß wird für ihre ersprießliche Thätigkeit in dieser Angelegenheit der Dank und die vollste Anerkennung ausgesprochen.

(Angenommen; Punkte 1 und 6 an den Gemeinderath.)

Über Anregung des St.-R. Oppenberger wird dem Bürgermeister für seine hingebungsvolle und aufopfernde Thätigkeit in dieser Angelegenheit durch Erheben von den Sigen der Dank votiert.

Bei der Berathung über diesen Gegenstand haben Stadtbau-Director Berger und Magistrats-Secretär Dr. Max Weiß als Experten fungiert.

(11634, 13845.) **St.-R. Graba** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Betheiligung der Gemeinde Wien an der im

Jahre 1901 in Berlin stattfindenden internationalen Ausstellung für Feuerwehr- und Rettungswesen und beantragt:

1. Die Stadt Wien beschickt die im Jahre 1901 in Berlin stattfindende internationale Ausstellung für Feuerschutz- und Rettungswesen.

2. Das Feuerwehr-Commando wird angewiesen, einen Kostenvoranschlag für die hiedurch erwachsenden Auslagen binnen vier Wochen vorzulegen. (Angenommen.)

(14544.) **St.-R. Zahka** referiert über den Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 9. October 1900, Z. 36498, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für die Wiedererrichtung der Ölgasanstalt auf dem Bahnhofe Hütteldorf-Hacking, und beantragt:

1. Es sei die mit dem Erlasse des k. k. Eisenbahnministeriums vom 9. October 1900, Z. 36498, erfolgte Ertheilung des Bauconsenses für die Wiederherstellung der Ölgasanstalt auf dem Bahnhofe Hütteldorf-Hacking zur Kenntnis zu nehmen.

2. Es sei gegen jenen Theil des Erlasses, mit welchem die Forderung der Gemeinde abgewiesen wurde, daß der den Betrieb dieser Anstalt führenden Unternehmung im Bauconsense die Erwirkung der gewerbebehördlichen Betriebsbewilligung zur Pflicht gemacht werde, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(14682.) **St.-R. Rissaweg** referiert über das Ansuchen des Franz Prokopp um Erstreckung des Räumungstermines für seinen Bürgerhospitalfonds-Pachtgrund im X. Bezirke, Gudrunstraße, Cat.-Parc. 1366/I und städtische Cat.-Parc. 2266, bis 1. März 1901 und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen.)

(14550.) **St.-R. Büsch** referiert über die Note des k. k. Bezirksgerichtes Neubau vom 14. Juli 1900, G. A. I. 387/2 ex 1900, betreffend die letztwillige Widmung der Karoline Thiel zur Erhaltung ihres Grabes im Magleinsdorfer Friedhofe, und beantragt, die Mittheilung des obgenannten Bezirksgerichtes zur Kenntnis zu nehmen, wonach die Ausbezahlung des Betrages von 500 K an die evangelische Gemeinde A. C. zur Erhaltung des Grabes der Karoline Thiel im evangelischen Magleinsdorfer Friedhofe und der Testamentsausweis diesbezüglich abhandlungsbehördlich genehmigt wurde.

(Angenommen.)

(14455.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über die Entscheidungen des Wiener Bezirksschulrathes vom 7. December 1900, Z. 9978 und 9979, mit welchen der Bürgerschullehrerin Katharina Zucker und der Volksschullehrerin Gisela Zach die zweite Dienstalterszulage vom 16. Februar 1900 an zuerkannt wurde, und beantragt:

1. daß von Seite der Gemeinde Wien als Verwalterin und Dotantin des Wiener Bezirksschulfondes gegen die beiden vorerwähnten Entscheidungen der Recurs an den k. k. n.-ö. Landes-schulrath ergreifen werde;

2. daß bis zur rechtskräftigen Entscheidung dieses Recurses der Katharina Zucker und Gisela Zach die zweite Dienstalterszulage provisorisch vom 1. März 1901 angefangen aus dem Wiener Bezirksschulfonde flüssig gemacht werde. (Angenommen.)

(14791.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 13. December 1900, Z. 111627, betreffend die Errichtung der Adolf und Simon Fischhof-Stiftung für verunglückte und verarmte politische Schriftsteller österreichischer oder ungarischer Staatsbürgerschaft, und beantragt, der k. k. n.-ö. Statthalterei bekanntzugeben, daß die Gemeinde Wien bereit sei, das Stiftungscapital der Adolf und Simon Fischhof-

Stiftung bei der Hauptcassa der Stadt Wien, und zwar bei den Stiftungsdepositen aufzubewahren, daß sich aber die Gemeinde Wien vorbehalte, Anträge wegen stiftungsbehördlicher Zuerkennung von 5procentigen Verwaltungsauslagen insoweit, als ihr keinerlei weitere Rechte an der Stiftung als jenes der Verwahrung des Capitals zustekt, sowie wegen stiftungsbehördlicher Zuweisung des Rechtes der Verleihung der Stiftung durch den Wiener Stadtrath für den Fall, als die Direction des Wiener Schriftstellervereines „Concordia“ die Übernahme der Stiftung verweigern oder der Verein zu bestehen aufhören sollte, da dieses Recht für den obgenannten Fall testamentarisch keinem Organe ausdrücklich zugewiesen ist, bei der k. k. n.-ö. Statthalterei einzubringen. (Angenommen.)

(14677.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction Wien vom 10. November 1900, Z. 67517, betreffend den Erwerbsteuer-Zahlungsauftrag der k. k. Steuer-Administration für den I. Bezirk vom 12. September 1900, Nr. 105, Z. 19507, bezüglich der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien im XIV. Bezirke, und beantragt:

1. gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen und mit der Vertretung der Gemeinde Wien in dieser Angelegenheit den Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Wolfgang Kiegler zu betrauen;

2. den Leiter der Pfandleihanstalt anzuweisen, alle auf Rechtsfragen Bezug habenden Angelegenheiten dem Magistrate sofort zur competenten Amtshandlung abzutreten.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(14546.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Pauline Spitz um pachtweise Überlassung eines Theiles des Bürgerhospitalfondsgrundes in der Kopalgasse, XI. Bezirk, anstoßend an den Pachtgrund des B. Nowotny, in einem Ausmaße von $251.6 \text{ m}^2 = 905 \text{ m}^2$, behufs Herstellung eines Magazins und eines Schuppens zur Einlagerung von altem Eisen und beantragt, der Gesuchstellerin den bezeichneten Grund um den Jahrespachtzins von 251 K 60 h (1 K per Quadratlast) vom 1. November 1900 an gegen jederzeit vierteljährliche Kündigung und unter den sonst üblichen allgemeinen, sowie unter den für diese Gründe geltenden speciellen Bedingungen auf unbestimmte Zeit in Bestand zu geben. (Angenommen.)

(14559.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Canal- und Senkgrubenräumer in Wien um Zuweisung eines Unrathsableerplatzes für Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, und beantragt:

1. Der in Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk, ausgehobene Senkgrubeneinhalt ist vom städtischen Unternehmer auf den beim Localaugenscheine vom 11. December 1900 ausgemittelten Ableerplatz in der Nordwestecke der städtischen Baumschule in Albern zu verfahren, woselbst er in einer vorher ausgehobenen Grube zu bergen und mit Erde zu bedecken ist.

2. Bei der Verführung des Unrathes ist jede Beschädigung der Baumschule sorgsamst zu vermeiden, und hat der Unternehmer für jeden etwa verursachten Schaden aufzukommen; auch ist derselbe gehalten, von jeder Räumung die städtische Gartenaufsicht in der Baumschule rechtzeitig zu verständigen und mit derselben überhaupt in allen auf die Verführung und Verwendung des Aushubes bezughabenden Fragen stets das Einvernehmen zu pflegen.

3. Durch diese Verfügungen wird auf die von der k. k. n.-ö. Statthalterei mit dem Erlaße vom 26. Juli 1900, Z. 48151, der

Gemeinde Wien erteilte Bewilligung zur Entleerung des Senkgrubenaushubes von Kaiser-Ebersdorf in den Donaustrom nicht verzichtet. (Angenommen.)

(14789.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Anton Miklan, Schulleiter der Volksschule für Mädchen, XIV., Dabergasse 16, um Überlassung des Turnsaales dieser Schule für den 21. d. M. nachmittags behufs Abhaltung einer Christbaumfeier und beantragt die Gefuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(14675, 14681.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Bürgerschullehrer Gustav Krüßner, Rudolf Eckhart und Leopold Forster um Überlassung des Turnsaales der Knaben-Volksschule und Bürgerschule XVIII., Schopenhauerstraße 79, behufs Abhaltung einer Christbaumfeier am 22. d. M. und beantragt die Gefuchsgewährung. (Angenommen.)

(14676.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Leitung der städtischen Volksschule XIX., Managettgasse 1, um Überlassung des Turnsaales an dieser Volksschule für Donnerstag den 20. d. M. nachmittags behufs Abhaltung einer Weihnachtsfeier und beantragt die Gefuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(4688.) St.-R. Tomola referiert über die Erwerbung eines Schulbauplatzes im XIX. Bezirke, Krimm, und beantragt:

1. Es sei von Julius Frankl der im vorgelegten Plane mit den Buchstaben a c f o a h begrenzte Theil der Cat.-Parc. 740, Einl.-Z. 550 in Ober-Döbling, im beiläufigen Ausmaße dieser Theilfläche von $264 \text{ m}^2 = 950 \text{ m}^2$ im gegenwärtigen Zustande um den Einheitspreis von 50 K per Quadratlast = 13 K 88.8 h per Quadratmeter parcellierten Baugrundes käuflich zu erwerben.

2. Es sei von den Eheleuten Wenzel und Wilhelmine Mezel der in dem vorgelegten Plane mit den Buchstaben a b d c a umgrenzte Theil der Cat.-Parc. 739, Einl.-Z. 565, 735, Einl.-Z. 590, und 733/1, 733/2, Einl.-Z. 557 in Ober-Döbling, im beiläufigen Ausmaße dieser Theilflächen von $1142 \text{ m}^2 = 1590 \text{ m}^2$ im gegenwärtigen Zustande sammt allen darauf befindlichen unbeweglichen Objecten (ein kleines Gärtnerhaus [Cat.-Parc. 733/2] und ein Ziehbrunnen) um den Einheitspreis von 50 K per Quadratlast = 13 K 88.8 h per Quadratmeter parcellierten Baugrundes käuflich zu erwerben.

3. Die Kauffchillinge seien den unter 1 und 2 bezeichneten Verkäufern erst nach grundbücherlicher Durchführung des Kaufvertrages und Übergabe des Grundes in den physischen Besitz der Gemeinde Wien nach Maßgabe des factischen Ausmaßes flüssig zu machen und vom Tage der Vertragsausfertigung bis zum Tage der Auszahlung mit 4 Percent zu verzinsen.

4. Die Vertragsausfertigung hat erst nach Durchführung der Parcellierung und sohin Abschreibung der durch dieselbe entstehenden öffentlichen Straßen- und Platztheile, Übergabe derselben im richtigen Niveau an die Gemeinde, ferner nach vollkommen lasten- und servitutsfreier Übergabe der unter 1 und 2 bezeichneten Baugründe in den physischen Besitz der Gemeinde Wien zu erfolgen.

5. Die Vertragstempel und Übertragungsgebühren werden durch die Gemeinde bestritten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14687.) St.-R. Tomola referiert über die Projectskizze für den Ausbau der Schule XVIII., Alseggerstraße 12 bis 16, und beantragt:

1. Es sei die vorgelegte Projectskizze für den theilweisen Ausbau des Schulhauses in Gersthof, XVIII., Alseggerstraße 12 bis 16, in-

sofern dieselbe die Errichtung einer neuen Bürgerschule betrifft, gemäß dem Magistrats-Antrage mit dem Kostenbetrage für Bau und Einrichtung von rund 295.000 K zu genehmigen.

2. Diese neue Bürgerschule sei bis zum Beginne des Schuljahres 1901/02 fertigzustellen und daher das Stadtbauamt zu beauftragen, das Detailsproject für diesen Schulbau ungesäumt zu verfassen und vorzulegen, so daß mit dem Schulbau, sobald es die Witterungsverhältnisse gestatten, begonnen werden kann.

3. Der in der vorgelegten Projectskizze enthaltene Ausbau der Knaben- und der Mädchen-Volksschule XVIII., Alseggerstraße 12 bis 16, sei einem späteren Zeitpunkte vorzubehalten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14691.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Leitung der Volksschule IV., Rainergasse 13, um Herstellung eines geräuschlosen Pflasters vor dem Schulgebäude und beantragt die Ablehnung dieses Ansuchens. (Angenommen.)

(14683.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes vom 14. December 1900, Z. 4282, betreffend den Dienstaustausch der Bürgerschullehrer Johann Gold und Ludwig Arnhart, und beantragt, die Zustimmung zu diesem Dienstaustausch zu verweigern. (Angenommen.)

(14678.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Central-Vereines zur Befähigung armer Schulkinder in Wien um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention im Betrage von 60.000 K pro 1901.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(13422, 14638.) St.-R. Tomola referiert über die Bewilligung von Subventionen für Bildungs- und wissenschaftliche Zweck: pro 1900.

Es werden nachstehende Subventionen bewilligt:

Raimund Friedrich, Inhaber der Ersten Bienenzuchtanstalt, XVIII., Gersthoferstraße 34, 100 K.

Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens 2000 K.

Verein für Knaben-Handarbeit in Oesterreich 1200 K.

K. k. zoologisch-botanische Gesellschaft in Wien, I., Wollzeile 12, 1000 K.

Privat-Mädchen-Volksschule der Barmherzigen Schwestern vom heil. Vincenz von Paul in Wien, XVIII., Antonigasse 72 (Oberin Cyrilla Schwentner), 1000 K.

Bund der Deutschen Nord-Mährens 200 K.

Congregation der christlichen Schulbrüder in Fünfhau, XV., Tellgasse 4/6, 3000 K.

Germanisches Nationalmuseum in Nürnberg 200 K.

Verein zur Förderung einer deutschen Schule in Abbazia 200 K.

Verein für österreichische Volkskunde 1200 K.

K. k. geographische Gesellschaft 600 K.

Verein für Landeskunde in Niederösterreich 600 K.

Wiener pädagogische Gesellschaft 400 K.

Verein österreichischer Zeichenlehrer 400 K.

Wissenschaftlicher Verein „Skiopikon“ 400 K.

Centralverein für Faulmann'sche Stenographie, VII., Schottenfeldgasse 1 (Abweisung).

Technologisches Gewerbemuseum 6000 K.

Adolf Mahayhofer, Inhaber einer von der Statthalterei concessionierten Zeichen- und Malerschule, IV., Wiedener Hauptstraße 51, 100 K.

Verein „Volkslesehalle“ in Wien, VIII., Blindengasse 33, 1000 K.

Verein zur Pflege des Jugendspiels in Wien 2000 K.

Vereinigung österreichischer bildender Künstler und Künstlerinnen, VII., Mariahilferstraße 8, 200 K.

Schulverein für Beamtenstöchter, VIII., Länggasse 47, 1200 K.

Congregation der Schulschwestern vom 3. Orden des heil. Franz Seraphicus (Schwester Cornelia Mittersachs-Möller) 1000 K.

Wiener Volksbildungsverein, I., Tegetthoffstraße 4, 1000 K für die Einrichtung von Volksbibliotheken.

Ausschuß des Deutschen Studentenheimes in Pettau (Abweisung).

Verein zur Pflege der körperlichen Erziehung in Wien XII (Abweisung).

Privat-Mädchenschule der Congregation der Töchter des göttlichen Heilandes, X., Waldgasse 25 (Schwester Coralie Reinhardt) 400 K.

Privat-Volks- und Bürgerschule der Congregation der Töchter des göttlichen Heilandes, VII., Kenyongasse 6 (General-Oberin M. Generosa Erhard) 400 K.

Presbyterium der evangelischen Gemeinde A. B. in Wien, I., Dorotheergasse 18, 20.000 K. (An den Gemeinderath.)

(14525.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Mari: Rath, Volksschullehrerwitwe, um Erhöhung ihrer Gnadengabe und beantragt, der Genannten vom 1. Jänner 1901 an unter gleichzeitiger Einstellung der bisherigen Gnadengabe von jährlich 400 K eine Gnadengabe im erhöhten Betrage von 600 K zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14577.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Leopold Frey, städtischer Amtsbdiener, um Quartiergeld-Ergänzungszulage und beantragt, es sei dem Genannten vom 1. August 1900 an eine Ergänzungszulage von jährlich 120 K, d. i. in der Höhe der Differenz zwischen dem Werte seiner Naturalwohnung (240 K) und dem Quartiergelde eines Amtsbdieners II. Classe (360 K) zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14586.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Katharina Hild, Kanzlei-Praktikantenswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und des Erziehungsbeitrages für ihren Sohn Emil Karl und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe von jährlich 408 K, sowie des Erziehungsbeitrages von jährlich 72 K für den am 2. April 1896 geborenen Sohn der Genannten Emil Karl vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903, oder bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14526.) St.-R. Tomola referiert über die Besetzung der Stelle einer leitenden Kindergärtnerin am städtischen Kindergarten XII., Schönbrunnerstraße 187, und beantragt:

1. Es sei der Adele Seeliger die zur Besetzung gelangende Stelle einer leitenden Kindergärtnerin am städtischen Kindergarten XII., Schönbrunnerstraße 187, mit dem Bezuge von 1200 K dem ihr in Folge ihrer definitiven Anstellung bereits zustehenden Ansprache auf fünf Quinquennalzulagen zu je 120 K und dem Naturalquartier zu verleihen, und zwar in Gemäßheit der für die städtischen Kindergärten gegenwärtig bestehenden Normen.

2. Es sei im Sinne des § 14 der Ministerial-Verordnung vom 22. Juni 1872, Z. 4711, N.-G.-Bl. Nr. 108, der Oberlehrer an der Knaben-Volksschule XII., Schönbrunnerstraße 189, Josef Stark als pädagogischer Leiter dieses Kindergartens zu bestellen, und sei demselben für die unentgeltliche Übernahme dieser Vertrauensstelle der Dank auszusprechen.

3. Es sei die sohin vacant werdende Stelle einer Kindergärtnerin II. Kategorie an diesem Kindergarten im Wege eines Concurses auszusprechen.
(Angenommen.)

(14523.) **St.-R. Graba** referiert über das Ansuchen der städtischen Steueramts-Controllorwitwe Therese Kotty um Anweisung der Pension und der Erziehungsbeiträge für ihre Kinder und beantragt:

1. Auf Grund des § 13 der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien: Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahresbetrage von 1600 K mit Rücksicht auf die letzte (IV.) Rangklasse des verstorbenen Gatten vom 1. November 1900 unter gleichzeitiger Einstellung der Pensionsbezüge des Vorstorbenen.

2. Auf Grund des § 17 obiger Pensionsvorschrift: Anweisung eines Erziehungsbeitrages von je 200 K jährlich für die Kinder Josefine, geboren am 5. Jänner 1884, und Stephan, geboren am 23. November 1886, bis zur Erreichung des Normalalters, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung.

(Angenommen.)

(14579.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des Johann Weinhauser, Wasserleitungs-Aufscher in Pottschach, um eine Gnadengabe und beantragt, dem Genannten mit Rücksicht auf seine 30jährige Dienstzeit eine jährliche Gnadengabe von 840 K vom 1. Jänner 1901 an auf Lebensdauer zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14578.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen der Marie Brenner, Gattin des gewesenen Waisenhausvaters Jakob Brenner, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe von jährlich 600 K auf ein weiteres Jahr, d. i. vom 1. Jänner 1901 bis Ende des Jahres 1901, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14591.) **St.-R. Tomola** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Demolierung des Hauses Dr.-Nr. 66 Erdbergstraße, III. Bezirk, und beantragt, die Demolierung dieses Hauses bis zum Mai-Termin 1901 zu verschieben. (Angenommen.)

(14554.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Wiener Bezirkschulrathes vom 4. December 1900, Z. 8121, betreffend die Beurteilung der Bürgereschullehrerin Petronella Knaslich gegen Carenz der Bezüge, und beantragt, die erfolgte Beurteilung der genannten Lehrerin mit dem Vorbehalte zur Kenntnis zu nehmen, daß eine weitere Beurteilung derselben aus dem Anlasse der Versetzung ihres Ehegatten außerhalb Wiens vermieden werde.

(Angenommen.)

(14580.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des städtischen Markt-Commissärs Emanuel Fiedler um Versetzung in den zeitlichen Ruhestand und beantragt:

1. Auf Grund des § 107 lit. c der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien Versetzung in den zeitlichen Ruhestand über Ansuchen.

2. Bemessung des Ruhegehaltes unter Zugrundelegung der nach der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien anrechenbaren Dienstzeit von 17 Jahren, 1 Monat, 22 Tagen, 57.5 Percent des letzten Activitätsgehaltes, das ist mit 1495 K, vom ersten des auf die Versetzung in den zeitlichen Ruhestand nächstfolgenden Monats an und mit der Hälfte des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, d. i. 400 K, vom Mai-Termin 1901 an, zusammen daher mit 1895 K.

3. Der Magistrat wird beauftragt, nach Ablauf eines Jahres über die Dienstfähigkeit des Quiescenten zu berichten.

(Angenommen; 17 Anwesende.)

(14515.) **St.-R. Tomola** referiert über die Kundmachung des Wiener Bezirkschulrathes vom 4. December 1900, Z. 10351, betreffend den Concurrs zur Besetzung der erledigten Oberlehrerstelle an der Allgemeinen Volksschule für Mädchen in Wien, II., Vorgartenstraße 193, und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(14597.) **St.-R. Tomola** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Versetzung der Obstbäume auf dem vormals Sauerischen Grunde neben dem Gersthofer Friedhofe, XVIII. Bezirk, und beantragt, zu genehmigen, daß sämtliche auf den behufs Erweiterung des Gersthofer Friedhofes angekauften Theilen der Cat.-Parc. 717/1 und 717/2 befindlichen Obstbäume gefällt werden und das gewonnene Holz dem Vorsteher des XVIII. Bezirkes behufs Vertheilung an Arme zur Verfügung gestellt werde. (Angenommen.)

(14406.) **St.-R. Tomola** referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 1. December 1900, Z. 99036, betreffend die Genehmigung der Abänderung der inneren baulichen Eintheilung des Diaconissenheims im XVIII. Bezirke und beantragt, gegen diese neuerliche Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei den Recurs zu ergreifen. (Abgelehnt.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Protokoll

der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung des XVIII. Bezirkes, Währing, vom **14. December 1900.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Anton Baumann.**

Interpellation.

Die **B.-R. Willersdorfer, Argauer, Kirchner** und **Weißgram** interpellieren den Vorsitzenden wegen des noch immer pachtweise ausgeübten Betriebes der Gastwirtschaft des **B.-R. Dziadek**, obwohl die Bezirksvertretung der Verpachtung nur für die Dauer der Erkrankung der Gattin des Genannten zustimmte und letztere bereits seit längerer Zeit von ihrer Krankheit genesen sein soll.

Der **Vorsitzende** weist zunächst darauf hin, daß eine directe Einflußnahme in dieser Angelegenheit nur der Gewerbebehörde zustünde, verspricht jedoch für den Fall, als die Angaben thatsächlich auf Wahrheit beruhen, bei der zuständigen Behörde auf die Unzulässigkeit des weiteren Pachtbetriebes aufmerksam zu machen, damit es nicht den Anschein erwecke, als ob die Bezirksvertretung gegenüber den Mitgliedern derselben weniger streng vorgehe als gegenüber anderen Parteien.

Antrag.

B.-R. Schiner stellt den Antrag, es sei an Stelle der Markthalle Michelbeuern eine Haltestelle der Stadtbahn zu errichten, eine Brücke über die Stadtbahn in der Richtung vom XVIII. in den IX. Bezirk herzustellen und weiters die innere Gürtelstraße in der Strecke zwischen der Severins- und Czermakgasse zu eröffnen.

Einstimmig angenommen.

Wahl.

Als Mitglieder beziehungsweise als 1. und 2. Ersatzmann des Ortsschulrathes für den XVIII. Bezirk werden für den Rest der bis 28. Februar 1904 laufenden Funktionsperiode gewählt:

A. Als Mitglieder:

- Argauer Rudolf, Bezirksrath und Kaufmann, Argauer-
gasse 3, mit 10 Stimmen;
Bock Josef, Gemeinderath, Bäckermeister und Hausbesitzer,
Kutschergasse 26, mit 10 Stimmen;
Brenta Johann, Wäscher und Hausbesitzer, Herbeckstraße 47,
mit 10 Stimmen;
Dechant Friedrich, Gemeinderath, Kutschergasse 24, mit
10 Stimmen;
Henriquez Gustav, Ritter v., Ober-Controllor, Schulgasse 2,
mit 10 Stimmen;
Kulhanek Albert, k. k. Ober-Rechnungsrath, Schopenhauer-
straße 55, mit 10 Stimmen;
Pacher Hermann, Gemeinderath, Währingergürtel 35, mit
10 Stimmen;
Laub Josef, Bezirksrath, Antonigasse 39, mit 10 Stimmen;
Schiner Johann, Oberlehrer, Gertrudplatz 3, mit 10 Stimmen;
Spitschan Georg, Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Währinger-
straße 101, mit 10 Stimmen;
Trumler Theodor, k. k. Post-Controllor, Staudgasse 5, mit
10 Stimmen;
Urban Thomas, Gemeinderath, Antonigasse 5, mit 10 Stimmen;

B. Als 1. Ersatzmann:

Sron Josef, Fachlehrer, Währingergürtel 91, mit 10 Stimmen.

C. Als 2. Ersatzmann:

Krenek Rudolf, Lehrer, Lacknergasse 96, mit 9 Stimmen.

Referate.

B.-R. Schiner beantragt, den Anträgen der Bezirksvertretungen des XIII. beziehungsweise VII. und III. Bezirkes wegen Vergebung der currenten städtischen Arbeiten an Gewerbetreibende des betreffenden Bezirkes, wegen Einstellung der Glockensignalgebung der elektrischen Tramway zur Nachtzeit und wegen Creierung städtischer Sparcassen beizutreten.

Einstimmig angenommen.

B.-R. Laub referiert über den Beschluss der Bezirksvertretung des XVII. Bezirkes, es sei zum Zwecke der Hintanhaltung der Übervorteilung der Käufer beziehungsweise betrügerischer Manipulationen dahin zu wirken, dass mit Ausnahme des Kutschers der Kohlenwägen den Abträgern das Verweilen auf den Kohlenwägen nicht gestattet werde.

Einstimmig angenommen.

(XIII. Gemeindebezirk, Siezing.)

Protokoll

der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Siezing
vom **29. December 1900.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Georg Gusenleithner.**

Der **Vorsitzende** macht der Versammlung nachstehende

Mittheilungen.

Die Erben nach dem am 29. November 1900 verstorbenen Hausbesitzer Erhard Pfadenhauer haben für Arme des Bezirks-
theiles Penzing einen Betrag von 1200 K gespendet.

Ein ungenannt sein wollender Wohlthäter hat der Bezirks-
vorsteherung den Betrag von 200 K zur Vertheilung an Arme des
XIII. Bezirkes übergeben.

Die Versammlung spricht durch Erheben von den Sigen den
Dank für diese Spenden aus.

Anträge.

(4727.) Antrag der Bezirksvertretung Neubau, betreffend die
Hintanhaltung jeder unnötigen Signalgebung im elektrischen Straßen-
bahnbetriebe in der Zeit von 10 Uhr abends an.

Beschluss: Übergang zur Tagesordnung.

(5152.) Antrag der Bezirksvertretung Hernals, es sei an die
Polizeibehörde das Ersuchen zu richten, dass den Abträgern das
Sigen auf den Kohlenwägen verboten werde.

Beschluss: Übergang zur Tagesordnung.

(5205.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße auf Creierung
einer städtischen Sparcassa und Errichtung von Filialen in den
größeren Bezirken.

Wird zur Kenntnis genommen.

(5254.) Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund, betreffend die
Einführung von Local-Postkarten à 2 h für das Gemeindegebiet von
Wien.

Beschluss: Die Bezirksvertretung schließt sich dem Antrage an.

(5323.) Antrag des **B.-R. Söllwarth** auf Durchführung der
Rohrlegung für die Wienthalwasserleitung, damit es den Fabrikanten
und Geschäftsleuten ermöglicht werde, ihren Bedarf an Nutzwasser
aus dieser Leitung zu decken.

Angenommen.

(5324.) **B.-R. Rohrbacher** beantragt die Herstellung von
zwei oder wenigstens eines gepflasterten Straßenüberganges vor den
Häusern des Josef Zeilinger im XIII. Bezirke, Kuhof-
straße 186 a bis e.

Angenommen.

(5386.) **B.-R. St. Kargl** führt Beschwerde, dass der Warte-
raum der Dampftramway-Station „Neue Welt“ in den Abendstunden
geschlossen ist, und beantragt, die geeigneten Schritte zu unternehmen,
dass wenigstens während dieser Zeit zur Orientierung des Publicums
an der Wand des Stationsgebäudes eine Tafel angebracht werde,
welche den Abgang des nächsten Zuges anzeigt.

Angenommen.

(5383.) **B.-R. Gusenleithner** beantragt, die Bezirksvertretung
beschließe, competenten Ortes das Ansuchen zu stellen, dass die
Penzingerstraße in der Strecke von der Nisselgasse bis zur Einwang-
gasse gepflastert werde.

Angenommen.

(5384.) **B.-R. Karlinger** beantragt, neuerlich das Ersuchen
zu stellen, dass die Cumberlandstraße zwischen der Diesterweggasse
und Einwanggasse gepflastert werde.

Angenommen.

(5385.) **B.-R. Gusenleithner** beantragt, an den Stadtrath
das Ersuchen zu richten, dass den Bezirksvorstehern hinsichtlich der
Straßenpflege insofern eine größere Machtbefugnis eingeräumt werde,
als ihnen in dringenden Fällen gestattet werden solle, ohne Ansuchen
um Genehmigung das zur Instandsetzung und Reinigung der Straßen
erforderliche Aushilfsarbeiterpersonale aufnehmen zu dürfen.

Einstimmig angenommen.

Verzeichnis

der Publicationen des Magistrates, welche im Druck erschienen sind und im Commissionsverlage durch die k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhandlung Wilhelm Braumüller, I., Graben 21, erhältlich sind.

Bezeichnung	Jahrgang	Ladenpreis
1. Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien	1888 bis 1898	à 10 K — h
2. Verwaltungsbericht der Stadt Wien	1871/78 1874/76 1877/79 1880/82 1883 1884 1885 1886 1887 1888 1889/93 1894/96 1897	je 20 " — " je 6 " — " je 10 " — " 6 " — "
3. Statistische Daten über die Stadt Wien	1891 bis 1898	à — " 40 "
4. Die Armenpflege im Wiener Armenbezirke von Dr. Stephan Sedlaczek	1888	1 " — "
5. Die definitiven Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1890. Bearbeitet von Dr. Steph. Sedlaczek		1 " 20 "
6. Die Wohnverhältnisse in Wien. Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1890. Bearbeitet von Dr. Stephan Sedlaczek		4 " — "
7. Das Unterrichtswesen in Wien, von Dr. Wilhelm Löwy: I. Volks- und Bürgerschulen . . . II. Mittel- und Hochschulen . . .	1890 1891	1 " 20 " 1 " 20 "
8. Wien. Statistischer Bericht über die wichtigsten demographischen Verhältnisse. Bearbeitet von Dr. Steph. Sedlaczek und Dr. Wilhelm Löwy.	1887	2 " — "
9. Finanz- und Steuerverhältnisse der Stadt Wien in den Jahren 1861 bis 1884. Bearbeitet von Dr. Wilhelm Löwy		2 " — "
10. Der Fremdenverkehr in Wien 1874 bis 1890. Bearbeitet von G. L. Grieszeli	1890 bis 1900	à 16 " — "
11. Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien	1890 bis 1899	à 16 " — "
12. Hauptrechnungsabschluss der Gemeinde Wien	1894	20 " — "
13. Gerätelehre der Wiener Berufsfeuerwehr von Wilibald Chitil	1895	6 " — "
14. Exercier-Reglement der Wiener Berufsfeuerwehr, von Eduard Müller	1879, 1880 1881 1882	je 4 " — " 8 " — " je 10 " — "
15. Bericht des Wiener Stadtphysikates	1883/84 1885/86 1887/90 1891/93 1894/96	je 12 " — "
16. Verzeichnis der Sanitätspersonen	1894 bis 1900	à 1 " 20 "
17. Bericht der im April 1896 zum Studium elektrischer Straßenbahnen entsendeten Delegierten der Gemeinde Wien: Magistratsrath Ludwig Linsbauer, Bau Rath Friedrich Ehlers, und Ingenieur Gustav Klose		3 " — "
18. Das Armenwesen, die öffentliche Armenpflege in Wien und deren geschichtliche Entwicklung. Für die Jubiläums-Ausstellung in Wien 1898 über Auftrag des Gemeinderathes verfaßt vom Armen-Departement		2 " 40 "
19. Nachweisung der während der Regierung Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. von der Stadt Wien in den Jahren 1849 bis 1896 bestrittenen Auslagen für Bauten, öffentliche Anlagen und Herstellungen etc.		3 " 80 "
20. Sammlung von Schulgesetzen etc. von Franz Landsteiner. 1899, 1. Band		1 " 40 "

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

December 1900.

Eingelegt wurden von 3264 Parteien . . . 1,209.666 K 93 h
Rückgezahlt an 3251 Parteien 1,624.674 " 92 "

Im abgelaufenen Jahre 1900.

Eingelegt wurden von 47.401 Parteien . . 14,402.264 K
Rückgezahlt wurden an 36.867 Parteien . . 14,624.746 " 83 "
Stand am 31. December 1900 inclusive capitalisierte Zinsen:
Gesamt-Einlagen auf 24.699 Conti . . 22,695.424 K 61 h
Hypothekar-Darlehen 15,733.454 " 91 "
Das Cassa-Revirement belief sich im laufenden Jahre 1900 auf 41,392.307 " 40 "

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

December 1900.

Eingelegt von 1858 Parteien 534.567 K 78 h
Rückgezahlt an 1956 Parteien 845.856 " 56 "

Stand am 31. December 1900:

Gesamt-Interessen-Guthaben nach Zuschreibung der halbjährigen Zinsen 15,843.476 K 67 h
Hypothekar-Darlehen 10,346.889 " 17 "

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

December 1900.

Eingelegt wurden von 490 Parteien . . . 148.032 K 67 h
Behoben wurden von 518 Parteien 238.085 " 86 "

Es ergibt sich daher ein Minus von . . . 90.053 K 19 h
Dieses abgerechnet vom Stande mit Ende November 1900 per 4,417.888 " 42 "
gibt mit Ende December 1900 bei 5685 offenen Conti einen Stand von . . . 4,327.835 K 23 h
Inclusive der capitalisierten Zinsen mit 78.222 " 37 "
Einlagenstand per 31. December 1900 . . 4,406.057 K 60 h
Der Stand der Hypothekar-Darlehen beträgt mit Ende December 1900 2,821.293 K 68 h

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt: Markthalle Währingergürtel.

In der Markthalle Währingergürtel eingelangte Fleischwaren vom 23. bis 29. December 1900.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch 2.504 kg	Davon aus:	
	Wien	2.049 kg
	Galizien	455 "
Kalbfleisch 133 "	Davon aus:	
	Wien	116 "
	Galizien	17 "

Schafffleisch . . .	110 kg	Davon aus:	
		Wien	55 kg
		Galizien	55 "
Schweinfleisch . .	2.913 "	Davon aus:	
		Wien	2.913 "
Rälber	26 Stück	Davon aus:	
		Wien	16 St.
		Galizien	10 "
Schweine	21 "	Davon aus:	
		Wien	21 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch	von K — 72 bis	1.28 per Kg.
	Rostbraten u. Nieden " "	1.20 " "	1.40 " "
Kalbfleisch	" "	1. — " "	1.36 " "
Schafffleisch	" "	— 60 " "	— 96 " "
Schweinfleisch	" "	— 88 " "	1.70 " "

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche in Rindfleisch um 545 kg und in Schafffleisch um 310 kg geringer. Trotz der verminderten Zufuhr war vorderes Rindfleisch um 4 h und Schweinfleisch um 8 h billiger, während alle übrigen Fleischwaren die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

* * *

Vorstenviehmärkte vom 31. December 1900 und 3. Jänner 1901.

1. Auftrieb auf dem freien Markte.

Jungschweine (Fleischschweine)	6978 Stück
Fettschweine	6384 "

Summe 13362 Stück.

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 401 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	10574 Stück
für das Land	— "
unverkauft blieben	2788 "

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität	von 76 bis 80 h (extrem bis 90 h)
II. "	68 " 74 "
III. "	60 " 66 "

Fettschweine:

I. Qualität	von 85 bis 90 h (extrem bis 92 h)
II. "	77 " 84 "
III. "	70 " 76 "

Auf den dieswöchentlichen Schweinemärkten wurden um 830 Stück mehr als in der Vorwoche aufgetrieben. Bei flauer Tendenz notierten Jungschweine, sowie Fettschweine um 4 h per Kilogramm billiger.

* * *

Pferdemarkt vom 31. December 1900.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 318 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	150—800 K per Stück
" Schlachtpferde	30—100 " " "

Der Markt war sehr flau.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 31. December 1900
(einschließlich des Contumazmarktes vom 29. December 1900)

1. Gesamtauftrieb: 3682 Stück, und zwar:

Maßvieh	2849 Stück
Beinlvieh	833 "
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen	
Donnerstagmarkte	225 "

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	2735 Stück	Rühe	543 Stück
Stiere	386 "	Büffel	18 "

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	2210 Stück
" Galizien	733 "
" dem sonstigen Osterreich	726 "
" dem Auslande	13 "

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht:

Aus und über Ungarn:

Ochsen I Qualität	von 72 bis 86 K (extrem bis — K)
" II. "	62 " 71 "
" III. "	52 " 61 "

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 74 bis 80 K (extrem bis — K)
" II. "	66 " 73 "
" III. "	52 " 65 "

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 80 bis 86 K (extrem bis 87 K)
" II. "	72 " 79 "
" III. "	60 " 71 "

Stiere	von 54 bis 68 K (extrem bis 70 K)
Rühe	50 " 66 " (" " 74 ")
Büffel	34 " 48 " (" " — ")
Beinlvieh	32 " 52 "

b) Preis per Stück:

Beinlvieh von 71 bis 160 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3064 Stück
" " " auswärts	425 "
Unverkauft blieben	193 "

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 23. bis 29. December 1900 für Wien angekauft 412 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 874 Stück mehr aufgetrieben.

Bei sehr schwerfälligem Verkehr sind in den ersten Marktstunden die Preise aller Qualitäten um 1 bis 2 K per Metercentner gestiegen. Zu Marktschluss waren jedoch kaum die vorwöchentlichen Preise zu erreichen.

Schwere Stiere waren um 2 K per Metercentner theurer.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 3. Jänner 1901.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	20	Schafe lebend	1698
Kälber ausgeweidet	4374	Schafe ausgeweidet	339
Lämmer ausgeweidet	699	Schweine ausgeweidet	3537

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):			
II. Qualität	von 70 bis 90 h (extrem bis — h)		
Kälber ausgeweidet (per 1 kg):			
I. Qualität	von 86 bis 116 h (extrem bis 124 h)		
II. "	72 " 84 "		
III. "	60 " 70 "		
Lämmer ausgeweidet (per Paar):			
I. Qualität	von 20 bis 24 K (extrem bis 30 K)		
II. "	14 " 18 "		
III. "	10 " 12 "		
Schafe ausgeweidet (per 1 kg):			
I. Qualität	von 74 bis 80 h (extrem bis — h)		
II. "	60 " 72 "		
III. "	50 " 64 "		
Schweine ausgeweidet (per 1 kg):			
I. Qualität	von 88 bis 100 h (extrem bis 112 h)		
II. "	74 " 86 "		
III. "	60 " 72 "		
Schafe lebend (per 1 kg):			
I. Qualität	von 44 bis 46 h (extrem bis — h)		
II. "	38 " 40 "		
III. "	— " 32 "		

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 739 Stück Kälber mehr zugeführt. Infolge der den Bedarf weitaus übersteigenden Zufuhr gestaltete sich der Absatz sehr schwierig und war die Tendenz durchaus flau. Prima Kälber waren um 4 h, gute Mittelware bis 8 h, mindere Sorten bis 12 h per Kilogramm billiger. Weidner Schafe notierten im allgemeinen unverändert. Fette Weidner Scheine notierten um 4 bis 6 h, Weidner Jungschweine um 8 bis 12 h per Kilogramm niedriger und blieb trotzdem ziemlichlicher Überstand.

Auf dem Schafmarkte wurden um 607 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Bei vorwöchentlichen Preisen war wenig lebhafter Verkehr.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 3. Jänner 1901 301 Stück Mast- und 168 Stück Beinvieh aufgetrieben.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städtischen Volksbäder im December 1900.

	männliche Personen	weibliche Personen
III. Bez., Apostelgasse 18	7816, davon 7147	669
(Eröffnet August 1891.)		
IV. Bez., Klagbaumgasse 4	5748, " 4765	983
(Eröffnet Juni 1893.)		
V. Bez., Einsiedlerplatz	7746, " 6585	1161
(Eröffnet August 1890.)		
VI. Bez., Eßterházygasse 2	7555, " 6257	1298
(Eröffnet August 1892.)		
VII. Bez., Wondscheingasse 9	5280, " 4527	753
(Eröffnet December 1887.)		
VIII. Bez., Florianigasse 30	8063, " 6885	1178
(Eröffnet August 1892.)		

		männliche Personen	weibliche Personen
IX. Bez., Wiejengasse 17	5172, davon 4350	822	
(Eröffnet August 1892.)			
X. Bez., Gudrunstraße 163 a	8337, " 7251	1086	
(Eröffnet August 1890.)			
XI. Bez., Geißelbergstraße	1638, " 1498	140	
(Eröffnet August 1900.)			
XIV. Bez., Heinekgasse 3	5723, " 5032	691	
(Eröffnet December 1894.)			
XV. Bez., Reithoferplatz 4	4775, " 4128	647	
(Eröffnet Juli 1900.)			
XVI. Bez., Fried. Kaiserg. 11	7172, " 6168	1004	
(Eröffnet März 1897.)			
XVIII. Bez., Klostergasse 27	4515, " 3561	954	
(Eröffnet Mai 1899.)			
XX. Bez., Treustraße 60	5931, " 5178	753	
(Eröffnet August 1892.)			
Zusammen		85471, davon 73332	12139

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 31. December 1900 bis 3. Jänner 1901.

Für Neubauten:

VIII. Bezirk: Haus, Biaristengasse 20, von Karl Rieß, Baumeister, für die Wohnungs-Genossenschaft „Libertas“ (9272).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Dresdenerstraße 83/85, von Ignaz Diers, Bauführer C. Kirchem (9294).

X. Bezirk: Columbusgasse 77, von Franz Krassa (70821).

" " Bürgerplatz 11, von Rudolf Geßl, Bauführer W. Stadler (70820).

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 55, von Josef und Magdalena Wagner, Bauführer Johann F. Haubenhöfer (7982).

Für Adaptierungen:

II. Bezirk: Obere Augartenstraße 2, von Dr. Clemens Kochens, Bauführer A. Sallatmeyer (9256).

V. Bezirk: Leitzelgasse 11, von Georg Hummer, Bauführer A. Niederhöfer (9277).

XI. Bezirk: Kaiser-Ebersdorf, Kaiser-Ebersdorferstraße, Conscr.-Nr. 14, Einl.-Z. 12, von Karl Sindl, XI., Seblitzgasse 13, Bauführer Ferdinand Rindl, Stadtbaumeister (24051).

XVI. Bezirk: Ottakring, Eisnergasse 11, von Anton Gebauer, Bauführer Thomas Mann (67981).

Für diverse (geringere) Bauten:

XIX. Bezirk: Canalisation, Ober-Döbling, Weinberggasse 72, von Karl Helmbacher, Bauführer Ferdinand Fbl (26542)

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

X. Bezirk: Stendelgasse 9, von Ludwig Viber, Bauführer A. Schumacher (70818).

Gesuche um Parzellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Brigittenuerlände, Einl.-Z. 2186, 2187, 4744, 4745, 4746, von J. und C. Neder, Brigittenuerlände 217 (9253).

III. Bezirk: Rennweg 2, von Franz und Johann Friedrich durch Gustav Faber (9286).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

V. Bezirk: Schönbrunnerstraße, Einl.-Z. 427, 635 und 1267, von Dr. S. Bruckner, Lerchenfelderstraße 4, noc. Hermann und Franz Silberstern (9251).

" " Schönbrunnerstraße 137, von Franz Hartmann (5259).

X. Bezirk: Walsgasse 4, von Josef und Franz Feimer (70986).

XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Döblinger Hauptstraße, von Michael Ritsacz (26647).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Dptm. IV, 3. 124984.

28. December 1900.

Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer Knaben-Volksschule,
XIV., Goldschlagstraße.

Erd- und Baumeisterarbeiten.

- Gießhammer & Comp. — Aufzahlung 18,5% für Baumeister- und Stuccaturerarbeiten; letztere nur bei Übertragung der ersten.
- Matafel Joh. Witwe — Aufzahlung 13,5%.
- Gutmann Friedrich — Aufzahlung 5%.
- Laste D. & Fiala B. — Aufzahlung 11,5%.
- Aufzahlung 18,5% für Regie-Tagelöhne und Materiallieferungen.
- Langer Adolf — Aufzahlung 5,5%.
- König Benzel — Aufzahlung 6,9%.
- Löwitsch Georg — Aufzahlung 6%.
- Kröpfel Gabriel — Aufzahlung 13%.
- Zweifina Adolf — Aufzahlung 8,2%.
- Allgemeine Österreichische Baugesellschaft — Aufzahlung 14,5%.

Hydraulische Bindemittel.

- Actiengesellschaft der Kalkentgebener Kalk- und Cementfabrik — Romancement 2 K 50 h, beziehungsweise 2 K 30 h.
- Portlandcement 4 K 80 h, beziehungsweise 4 K 50 h.
- Habenicht Karl — Marke Klumatschan Portland 4 K 80 h, beziehungsweise 4 K 36 h.
- Scheidt, Torad & Comp. — Nachlaß 10%, Marke Waldmühle Romancement beziehungsweise Nachlaß 17%.
- Nachlaß 20%, Portlandcement, beziehungsweise Nachlaß 25%.
- Actiengesellschaft Perlmoos — Nachlaß 18,5%, Lilienfelder Romancement, beziehungsweise Nachlaß 22%.
- Nachlaß 22%, Perlmooser Portlandcement, beziehungsweise Nachlaß 28%.
- Lichy Josef — Marke Ramsau, Romancement um 2 K 30 h, beziehungsweise 2 K 10 h.
- Egger Michael — Romancement um 2 K 56 h.
- Portlandcement um 5 K 20 h.

Traversen.

- Waagner N. P. — Nachlaß 23%.
- Ehinger & Fernau — Nachlaß 29%.
- Nachlaß 25% Profil 350 bis 400.
- Nachlaß 20%, Schienen.
- Frankl A. Herm. & Söhne — Nachlaß 25%.
- Schienen und Stiegenconstruction zu den Voranschlagspreisen.
- Wahlberg Max — Nachlaß 23%.
- Zuhos Jul. & Comp. — 18 K 20 h.
- 19 K 20 h, Profil 350 bis 400.
- Schienen 14 K.
- Aufzahlung 20 h für jedes Loch über 4 Böcher per Träger.

Stuccaturerarbeiten.

- Chwatal Franz — Nachlaß 11%.
- Aufzahlung 25% für Regiearbeiten.
- Regabel Anton — Nachlaß 10%.
- Probst Jakob Witwe — Nachlaß 15%.
- Hauschulz Karl — Nachlaß 15%.
- Fricci Franz — Nachlaß 6%.
- Aufzahlung 25% für Regiearbeiten.
- Wapenit Franz — Nachlaß 16%.
- Aufzahlung 25% für Regiearbeiten.

Steinmearbeiten.

- Pog Wendelin — Aufzahlung 4% nur wenn Posten 16 und 20 auch zur Ausführung kommen.
- Nachlaß 27%.
- Bittel Adolf — Aufzahlung 9,6% aus Kaiserstein.
- Union-Baugesellschaft — Nachlaß 3% aus böhmischem Granit.
- Konheiser Johann — Aufzahlung 7% für Posten 4 b, 5 c, 6, 10, 12, 20 bis 22, 30 bis 33.
- Aufzahlung 20% für Posten 16, 26 und 28.
- Hausner Ed. — Aufzahlung 4,9%.
- Schäftner Leopold — Aufzahlung 5%.
- Aufhauser Franz sen. — Aufzahlung 8%.
- Nachlaß 8% aus Reklawinker Stein.

Allgemeine Österreichische Baugesellschaft

- Aufzahlung 0,75%.
- Dach Leopold — Aufzahlung 8%, beziehungsweise zu den Einheitspreisen.

Zimmermannsarbeiten.

- Grimm Rudolf — Nachlaß 6%.
- Bezhleba Franz jun. — Nachlaß 8%.
- Reubauer Martin — Nachlaß 9,1%.
- Pollak Emil — Nachlaß 6% Arbeiten außer dem Kostenschlag.
- Aufzahlung 6% zum Preistarif.
- Chromy Adalbert — Nachlaß 3%.
- Aufzahlung 2 K per Quadratmeter für Post 28
- Aufzahlung 1 K per Meter für Post 24.
- Stangl Stephan — Nachlaß 8,1%.
- Trefster Benzel — Nachlaß 8%.

Spenglerarbeiten.

- Holzel Karl — Nachlaß 2%.
- Güller Karl — Aufzahlung 3%.
- Polansky Josef — Zu den Einheitspreisen.
- Rivny Agidius — Aufzahlung 5%.
- Weinkopf J. K. — Aufzahlung 3%.
- Verch Karl — Aufzahlung 3%.
- Ziegler Karl — Nachlaß 6%.
- Rechenmacher Johann — Aufzahlung 14%.
- Urban Eduard — Zu den Einheitspreisen auch für Installation und Aborte.

Bautischlerarbeiten.

- Allgemeine österreichische Baugesellschaft — Nachlaß 16,7%.
- Stepanel Karl — Nachlaß 14%, Bau- oder Möbelschlerarbeiten.
- Post 7 nach Preistarif 37.
- Hadrus Jul. — Nachlaß 12%.
- Ditmanns Andreas — Nachlaß 16%.

Bauschlosserarbeiten.

- Bidla Franz — Nachlaß 17,5%.
- Leitner Josef — Nachlaß 17%.
- Barnert Albert — Nachlaß 9%.
- Kriszt Ernst — Nachlaß 10,75%.
- Krejci Franz — Nachlaß 18%.
- Wieser Anton — Nachlaß 19,5%.
- Lopaur Joh. — Nachlaß 18%.
- Heger Karl — Nachlaß 16%.

Anstreicherarbeiten.

- Beste Ludwig — Nachlaß 6%.
- Brunners Joh. Witwe — Nachlaß 30%.
- Weibel Karl — Nachlaß 16%.
- Langs Franz Witwe — Nachlaß 28%.
- Bauer Joh. — Nachlaß 20%.
- Nadba Josef — Nachlaß 10%.
- Storch Johann — Nachlaß 21%.
- Schöpflein Joh. Aug. — Nachlaß 31%.

Glaserarbeiten.

- Bschierer Franz — Nachlaß 8%.
- Ellend Bernhard — Nachlaß 2%.
- Kirshofer Franz — Nachlaß 2%.
- Zimmervoll Vincenz — Nachlaß 2%.

Terrazzobodenherstellung.

- Kella F. & Comp. — Nachlaß 2%, Mannersdorfer Portlandcement.

Bildhauerarbeiten.

- Banigl Josef — Post 1, 2, 9 und 10 Nachlaß 30%, Post 3 bis 5, 7, 8, 11, 12, 22, 23, 25 und 26 Aufzahlung 65%, die übrigen Posten zu den Einheitspreisen.
- Bilohoubek Ludwig — Nachlaß 35%.
- Böckl August — Nachlaß 18%.
- Krempel Wilhelm — Nachlaß 5%.

Steinzeugwaren.

- Lederer & Messenhi — Nachlaß 10,5%.
- Schattner Thonwarenfabrik — Nachlaß 9%.
- Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft — Nachlaß 8,5%.
- Fürstlich Liechtenstein'sche Thonwarenfabrik — Nachlaß 20,5%.
- Steiner S. — Nachlaß 12,5%.
- Gebrüder Andräe — Nachlaß 15,1%.

Möbelschlerarbeiten.

- Stepanel Karl — Nachlaß 14%.
- Ditmanns Andreas — Nachlaß 17%.

- Miesitz Gustav — Nachlass 14%.
 Scheiber Johann — Nachlass 18% (bei gemeinsamer Übertragung auch der Schulbänke).
- Schulbanklieferung.
 Ostmanns Andreas — Nachlass 18%.
 Brüder Schlimp — Nachlass 17%.
- Einfriedungsgitter.
 Meerkatz Johann — 447 K 50 h.
 Futter & Schrantz — Aufzahlung 10%.
- Niederdruck-Dampfheizung.
 Haag Johannes — 14.000 K inklusive Ventilationsverschlüsse.
 Kelling & Comp. — 12.573 K 15 h.
 Brögler Franz — Nachlass 5% seines Kostenanschlages, das ist 12.531 K 23 h.
- Hannoversche Centralheizungs- und Apparate-Bauanstalt
 — 13.211 K 22 h,
 Alternativ um 900 K mehr.
- Regulieröfen.
 Bode Max & Comp. — 376 K.
 Leichetich Josef — 391 K 50 h.
 Schnepp Philipp — Nachlass 10%.
- Gasleitung.
 Fröhlich Stephan — Nachlass 18%.
 Arocker Friedrich — Nachlass 17%.
 Maluschel & Comp. — Nachlass 13%.
 Horichy Josef — Nachlass 13%.
- Wasserleitung.
 Arocker Friedrich — Nachlass 16%.
 Maluschel & Comp. — Nachlass 14%.
 Horichy Josef — Nachlass 13%.
 Fröhlich Stephan — Nachlass 18%.
 Rechenbacher Johann — Aufzahlung 8%.
- Closete.
 Arocker Friedrich — Nachlass 16%.
 Maluschel & Comp. — Nachlass 14%.
 Horichy Josef — Nachlass 13%.
 Fröhlich Stephan — Nachlass 18%.
 Rechenbacher Johann — Aufzahlung 8%.
- Spissoire.
 Arocker Friedrich — Nachlass 16%.
 Maluschel & Comp. — Nachlass 14%.
 Horichy Josef — Nachlass 13%.
 Fröhlich Stephan — Nachlass 18%.
- * * *

III. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Übernahme von 112 alten Grabdenkmälern im Wiener Central-Friedhofe.
 Aufhäuser Franz sen. — 671 K Pauschalpreis.

* * *

Lieferung von Pelargonien für den Central-Friedhof pro 1901.

- Safer Jakob — 5000 Stück 21 K per 100 Stück.
 Lettner Jakob — 5000 Stück 22 K per 100 Stück.
 Kläring Karl — 4000 Stück 20 K per 100 Stück.
 Berger Johann — 23.000 Stück 20 K per 100 Stück.
 Schöberl Karl, Brud a. d. Leitba — 2000 Stück 19 K per 100 Stück.
 Dirlk Leopold sen. — 6000 Stück 20 K per 100 Stück.
 Ramharter Simon — 3000 Stück 20 K per 100 Stück.
 Preis Ferdinand — 3000 Stück 20 K per 100 Stück.
- * * *

Currente Professionistenarbeiten und Lieferungen für das städtische Versorgungshaus in Mauerbach pro 1901 bis inclusive 1903.

- Baumeisterarbeiten.
 Ginner Johann in Mauerbach — Aufzahlung 15%.
- Stuccaturerarbeiten.
 Ginner Johann in Mauerbach — Aufzahlung 15%.
- Steinmearbeiten.
 Ginner Johann in Mauerbach — Aufzahlung 15%.

Zimmermannsarbeiten.
 Kesseldorfer Josefa in Mauerbach — Nachlass 20%.

Brunnenmeisterarbeiten.
 Kesseldorfer Josefa in Mauerbach — Nachlass 5%.

Spenglerarbeiten.
 Nößler Johann — Nachlass 11%.

Ziegeldeckerarbeiten.
 Gotsh Anton in Purkersdorf — Zu den Tarifpreisen.

Kupferschmiedarbeiten.
 Meck Robert — Zu den Tarifpreisen.

Bautischlerarbeiten.
 Glas Franz in Mauerbach — Aufzahlung 5%.

Schlosserarbeiten.
 Siegmund Adolf in Mauerbach — Zu den Tarifpreisen.

Glaserarbeiten.
 Hoppner Josefa in Königstetten — Aufzahlung 20%.

Safnerarbeiten.
 Eckl Johann — Zu den Tarifpreisen.

Binderarbeiten.
 Götz Georg in Mauerbach — Aufzahlung 40%.

* * *

Lieferung von Maschinenbestandtheilen zur Herstellung von Abzweigleitungen der Hochquellen- und Bienthalwasserleitung.

- Gebauer & Lehrner — Nachlass 4% für Bestandtheile der Gruppen 1 und 2 des Kostenanschlages.
 Nachlass 7% für Gruppe 3 bis 7.
- Zendloff C. & Th. Dittrich — Nachlass 25-2% der Gesamtlieferung.
- Armaturen- und Maschinenfabrik-Actiengesellschaft, vorm. J. A. Hilpert — Nachlass 16-5% der Gesamtlieferung.
- Heinrich H. — Nachlass 23-6% der Gesamtlieferung.
- * * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 18. December 1900.

(Fortsetzung.)

- Kühmayer Anna — Christbaum-Verschleiß — VIII, Laus von der Leckensfelderlinie, städtische Realität, Einl.-Z. 103.
- Kühn Ferdinand — Mechaniker — X., Dajengasse 7.
- Laacko Franz — Handel mit Gold und Silber — X., Angeligasse 67.
- Lehner Engelbert — Verkauf von Christbäumen — X., Eugenplatz.
- Leutner Leopold — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — X., Bürgerplatz 5.
- Liz Rosalia — Einspänner-Licenz Nr. 580 — X., Columbusgasse 71.
- Ludwig Lucia — Schuhmachergewerbe — X., Goethegasse 14.
- Malzer Karl — Feilbieten von Würsteln, Brot, Kuchenbäckerei im Umherziehen — X., Welschgasse 4.
- Mareda Marie — Pferdefleisch- und Pferdefleischwaren-Verschleiß — X., Himbergerstraße 16.
- Mayer Adolf — Verkauf von Christbäumen — X., Südbahnstraße 15.
- Meinl Julius — Gemischtwarenhandel — II., Favoritstraße 26.
- Michalecz Marie — Feilbieten von Obst und Grünzeug im Umherziehen — X., Trostgasse 46.
- Mörsner Johann — Einspänner-Licenz Nr. 1067 — IV., Technikergasse; Wohnort: X., Buchengasse 130.
- Mücke Emilie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — II., Castellgasse 16.
- Müller Johann — Einspänner-Licenz Nr. 1745 — Wohnort: X., Rudlichgasse 29.
- Nächt Karl — Hufschmiedgewerbe — X., Quellengasse 215.
- Nische Stephan — Kesselfiedergewerbe — I., Schottenring 18.
- Nowotny Eduard — Christbaum-Verschleiß — I., Schanzl, Markt.
- Rußbaum Rupert — Braten von Kastanien, Äpfeln und Kartoffeln — X., Vor dem Hause Nr. 138 Gubrunstraße.
- Pasch Josef — Stadtwäger — X., Raaberbahngasse 21.
- Pauer Anna — Marktvegetabilien-Verschleiß — X., Eugenplatz.

Bannzen Leopold — Bäcker — X., Leibnizgasse 46.
 Beitz Josef — Gastwirt — II., Kleine Pfarrgasse 8.
 Beltschel Marie — Christbaumhandel — X., Engenplatz.
 Pfeiffer Ida — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Siccardsburggasse 43.
 Pfanniger Rosa — Christbaumhandel — X., Engenplatz.
 Philipp Isidor — Uhrmacher — X., Quellengasse 137.
 Bildl Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — X., Trostgasse 23.
 Biowati Leopold — Selchwaren-Verschleiß — II., Schreigasse 1.
 Polata Elisabeth — Tischlergewerbe — XII., Schönbrunnerstraße 168.
 Pollak Anton — Fächtung eines radicierten Gast- und Schankgewerbes — II., Schwarzingergasse 8.
 Pollak Josef Karl — Betrieb eines Mal-Ateliers — II., Rembrandtstraße 19.
 Pollak Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Spertlg. 3.
 Pollak Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Große Pfarrgasse 10.
 Polster Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Humboldtstraße 31.
 Popper Julius — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Wiener Differenzenblatt“ — II., Kleine Wobengasse 7.
 Preisl Josef — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G.-D. ohne Billard) — X., Hafengasse 24.
 Primus Adalbert — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — X., Thavonatgasse 2.
 Psenek Franz — Schuhmacher — X., Eckertgasse 14.
 Pürzl Johann — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — X., Reisingergasse 12.
 Pulley Karl — Maschinenschlosser — X., Raaberbahngasse 19.
 Rada Johann — Christbaum-Verschleiß — XVI., Habertplatz.
 Rippel Francisca — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 121.
 Ristic Milan — Verabreichung von Sodawasser und Fruchtsäften — I., Elisabethbrücke (Hütte).
 Rosipal Josef — Bildhauer — X., Herzgasse 72.
 Schlefinger Abraham vulgo Adolf — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Liqueuren aller Art und Haltung erlaubter Spiele — II., Kleine Schiffgasse 2.
 Schlefinger Jakob — Gast- und Schankgewerbe (Anschank von gebrannten geistigen Getränken und von Thee) — X., Sonnenweggasse 30.
 Schönbaum Samuel — Provisionsagent — II., Blumauergasse 22.
 Schrapfeneder Alois — Christbaum-Verschleiß — XIV., Am Centralmarkte.
 Schüßwald Susanne — Kaffeesiedergewerbe — I., Herrngasse 3.
 Schula Julie — Schuhwaren-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 113.
 Schwänzl Johann — Wiederbetrieb der Fiaker-Lizenz Nr. 735 — I., Wollzeile.
 Schweiger Franz — Christbaum-Verschleiß — II., Czerninmarkt.
 Singer Franz — Milchmeier — X., Inzersdorferstraße 77.
 Smel Clara — Kastanien-, Apfel- und Kartoffelbratergewerbe — X., Vor dem Hause Nr. 6 Foxenburgerstraße.
 Steidinger Vincenz — Spirituosenhandel — X., Erlachgasse 129.
 Stöckl Rosalia — Temporärer Verschleiß von Haus- und Küchengeräten — X., Leibnizgasse 13.
 Thurn Jas — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Kleine Schiffgasse 29.
 Tomaschel Johann — Stempel- und Postwertzeichen-Verschleiß — I., Schwarzenbergplatz 3.
 Uehlein Leopold — Musikautomat — II., Weintraubengasse 1.
 Urban Bertha, geb. Sauer — Fragnergewerbe — X., Quellengasse 101.
 Virilli Anna, geb. Stala — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — X., Leebgasse 48.
 Vogel Jakob Michael — Pränumerantensammler — II., Schmelzgasse 5.
 Firma Dr. Wagner & Comp.; Dr. Edmund v. Wagner, Emil v. Wagner, Dr. H. und W. Wandler, Stephan Frum's Nachfolger, „Hygieia“-Metallindustrie-Aktiengesellschaft in Budapest, Millacher & Wagner, Erste ungarische Mineralwasser-Apparate-, Siphonmontierungs- und Sodawasserfabrik in Budapest als Commanditist (Vertreter Wilhelm Vid) — Fabrikmäßige Erzeugung von Siphons und Zusammenlegung von Sodawasser-, Sauerstoffwasser- und Bier-schant-Apparaten — XVIII., Schopenhauerstraße 20.
 Wehe Wilhelm August — Photographengewerbe — II., Praterstraße 76.
 Wesselatz Theresie — Verschleiß von Christbäumen — I., Schanzmarkt.
 Wolek Francisca — Wäschepulbergewerbe — XIV., Holohergasse 21.
 Wruß Josefa — Fortbetrieb des Brautweinschantes für die Dauer der Wittwenschaft nach dem am 17. Juni 1900 verstorbenen Theodor Wruß — X., Stendelgasse 6.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 19. December 1900.

Beiermeister Johanna — Anfertigung von Herrenkrügen — XV., Kranzgasse 20.
 Capel Anna — Tabak-Trafit, Zeitungs-Verschleiß und Verschleiß von Kurzwaren — XV., Hütteldorferstraße 35.
 Dakl Albert — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Weiglasse 15.
 Deim Marie — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — XV., Herklogasse 26.
 Desak Aloisia — Masserin — XV., Turnergasse 30.
 Faseth Philomena — Gastwirts-gewerbe — V., Einstecklerplatz 2.

Fleischmann Emanuel — Agentie in Rohleder und Fettwaren — II., Große Wobengasse 44.
 Frankl Alexander, Dr. — Advocat — XIII., Altgasse 5.
 Franzher Josef — Christbaum-Verschleiß — II., Czerninplatz und Volkertplatz.
 Frucht Jakob — Ausübung der thierärztlichen Praxis — X., Leebgasse 39.
 Gabler Franz — Filiale der fabrikmäßigen Erzeugung von Bändern, Borten, Schnüren zc. — XV., Moeringgasse 20.
 Götz Wilhelm — Radfabrikule — II., Karmelitergasse 5.
 Griesz Marie — Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — VIII., Strozsigasse 40.
 Hofer Josef — Arzneiheilkunde — XV., Goldschlagstraße 3.
 Hohenslocher Aloisia — Pretiosen- und Uhren-Verschleiß — XV., Mariahilfergürtel 37.
 Huber Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XV., Mariahilferstraße 170.
 Hurton Johann — Feilbieten von Obst und Gemüse im Umherziehen — X., Schröttergasse 37.
 Husnik Wenzel — Flaschenbier-Verschleiß — XV., Geyßlaggerg. 14.
 Kamp Johann — Fleischhauer — X., Quellengasse 88.
 Kats Szajc Mendel — Fleisch-Verschleiß — X., Stendelgasse 8.
 Kiefhaber Urania — Tabak-Trafit, Zeitungs- und Kurzwaren-Verschleiß — XV., Palmgasse 12.
 Koch Josef — Galanteriewaren-Verschleiß — II., Jubiläum's-Ausstellung.
 Kohn Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Laborstr. 39.
 Kopp Francisca — Metallschlägergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 7.
 Krieger Epher — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Glodengasse 8.
 Kuska Anton — Möbel-Verschleiß — XV., Sechshauerstraße 18.
 Martinowik Anna — Wiederbetrieb des Gast- und Schankgewerbes mit der Berechtigung zum Anschank von gebrannten geistigen Getränken und Thee — XIV., Storchengasse 19.
 Mayer Johann — Kleinfuhrwerk — XX., Othmargasse 30.
 Mähler Raimund — Stadtlohnfuhrwerk — X., Alzingerergasse 42.
 Müller Karl — Wildpret- und Geflügelhandel — XIV., Schwendergasse 68.
 Paschasty Karl — Musiker — XV., Pelzgasse 9.
 Bellmann Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Märzür. 108.
 Pšeniczka Anton — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. f und g G.-D. und Verabreichung von Liqueuren aller Art), Kaffeesieder — X., Landgutgasse 15.
 Renner Josef, Dr. — Arzneiheilkunde — XV., Mariahilferstraße 157.
 Ritter Julie — Damenkleidmachersin — IV., Favoritenstraße 1.
 Sauer Vincenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Urban Voritzplatz 1.
 Schall Barbara — Christbaum-Verschleiß — VIII., Piristengasse 56.
 Schmidt Albin — Closetpapier-Verschleiß durch Automaten — V., Diverse Gast- und Kaffeehäuser.
 Schromm Euard — Gastwirt — V., Schönbrunnerstraße 69.
 Schuster Auguste — Arbeitsschule — XIII., Breitensteierstraße 15.
 Schweiger Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Neubaugürtel 22.
 Sedel Amalia — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern und Kalendern — XV., Thalasse 3.
 Smolik Alois — Pränumerantensammler — IV., Lambrechtsgasse 8 a.
 Steffel Johann — Christbaumhandel — X., Engenplatz.
 Steiner Salomon — Fleischhauer — II., Große Stadtgutgasse 8.
 Tichny Franz — Flaschenbier-Verschleiß — XV., Friesgasse 7.
 Weinberg Israel David — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie Liqueuren aller Art — II., Große Mohrgasse 11.
 Weinrother Anna — Lohnfuhrwerksgewerbe — XIII., Sprifingerstraße 13.
 Jüdischer Schulverein für hebräische Sprache, Obmann Josef Straßberg — Privatschule für liturgischen hebräischen Unterricht — X., Hafengasse 7.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 20. December 1900.

Altman Josef — Christbaum-Verschleiß — X., Engenplatz.
 Banernschmidt Marie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — V., Kohlasse 41.
 Bergmann Siegmund — Herausgabe des „Jüdischen Volksblatt“ — VIII., Schlüsselgasse 11.
 Brezina Maria Anna — Christbaumhandel — X., Engenplatz.
 Cecler Heinrich — Bäcker-gewerbe (Filiale) — XII., Schönbrunnerstraße 201.
 Cip Anton — Schuhmachergewerbe — VII., Landgasse 32.
 Dotter Karl — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XIII., Reingasse 22.
 Fraßler Heinrich — Holzbildhauer — XII., Kriechbaumgasse 27.
 Grabner Marie — Marktviertelhandeln und Verkauf von Obst und Naturblumen — XI., Simmeringer Hauptstraße 139.
 Gregorio Albert, v. — Hütte- und Rappen-Commissions-Verschleiß — XII., Bierstergasse 1.
 Hoffstätter Barbara — Schießflinten-Zuhaberin — IV., Große Neugasse 36.

Hofmann Karl — Christbaum-Verschleiß — X., Eugenplatz.
 Kobliczel Arpad — Eisleur — VIII., Blindengasse 7.
 Koutel Franz — Kleidermacher — XIV., Reindorfsgasse 12.
 Kropf Richard — Musiker — V., Anzengruber-gasse 10.
 Kuzo Stephan — Wirt — IV., Schwindgasse 16.
 Moder Anna — Kranken- und Leichenvereins-Agentur — V., Schönbrunnerstraße 127.
 Morin Adele — Zeitungs-Verschleiß — IV., Wiedener Hauptstraße 76.
 Moses Jutie — Schuhwaren-Verschleiß — XI., Simmeringer Hauptstraße 99.
 Neuwirth Karl — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Lerchengasse 11.
 Paupie Therese — Christbaum-Verschleiß — X., Eugenplatz.
 Richter Josef — Christbaumhandel — V., Einsiedlerplatz.
 Romeinius Giustiani — Stellvertretung für den Cantinenbetrieb — XIX., Cobenzgasse 78.
 Schattner Juliana — Milch-, Gebäck- und Zuckerwaren-Verschleiß — XIX., Obkirchergasse 15.
 Scheschart Johann — Christbaumhandel — X., Eugenplatz.
 Steiner Alois — Brennmaterialien-Verschleiß — XII., Bierthaler-gasse 7.
 Svoboda Rudolf — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c, d, f, g G.-D.) — XIII., Linzerstraße 403.
 Syracansky Theodor — Christbaum-Verschleiß — IV., Karolinenplatz.
 Sjöff Stephan — Verladung von Coals — XI., Städtisches Gaswerk.
 Tonfar Francisca — Victualien-Verschleiß — XIII., Hütteldorferstr. 131.
 Wedral Adolf — Herausgabe der Druckschrift: „Christliche Sonntagspost“ — X., Einsiedlergasse 29.
 Wiesinger Therese — Fortbetrieb des Gast- und Schankgewerbes nach dem am 24. Juli 1900 verstorbenen Lorenz Wiesinger für die Dauer der Wittwen-schaft — X., Humbergerstraße 42.
 Wolfgruber Elisabeth — Pferdefleisch- und Seldwaren-Verschleiß — XIII., Schanzstraße 63.
 Zanner Barbara — Verschleiß von Flaschenbier — XIII., Helbigergasse 15.
 Zögernitzer Karl — Schlosser — XIII., Linzerstraße 100.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 21. December 1900.

Anderwald Therese — Nagelpflege — I., Kärnthnerstraße 29.
 Babor Marianne — Christbaum-Verschleiß — XVII., Viaduct der Gürtelbahn an der Ottakringerstraße.
 Bangerl Barbara — Fiaker-Licenz Nr. 229 — XVII., Hornmarg. 18.
 Bauer Anna — Handel mit Kartoffeln und Zwiebel — XIII., Weigl-gasse 21.
 Bednar Franz — Christbaum-Verschleiß — I., Am Scharzel.
 Beran Katharine — Feilbieten von Reibband und Wascheim im Umherziehen im Gemeindegebiete von Wien — XVII., Leitemayergasse 18.
 Brochmann Adolf — Fiaker-Licenz Nr. 780 — V., Pilgramgasse 9/11; Wohnort: II., Taborstraße 61.
 Drucker Johann — Wäschepulvergewerbe — XVII., Beronilagasse 4.
 Dworak Josefa — Übernahme zur chemischen Färberei — IV., Margarethenstraße 13.
 Fochler Bruno — Bettwaren-Erzeugung — IV., Große Neugasse 44.
 Glanz Robert Alois — Christbaumhandel — XV., Neubaugürtel.
 Gößlinger Chana — Gemischtwarenhandel — I., Börsegasse 7.
 Gößlinger Chana — Pfäbderei — I., Börsegasse 7.
 Gruber Karl — Concession (§ 16, lit. b, c und g G.-D.) mit Ausnahme des Billardspieles — II., Taborstraße 58.
 Herndlhofer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Wallmanngasse 15.
 Hohenberg Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rembrandtstraße 17.
 Ivanoff Blasse — Marktfierantengewerbe — IV., Schleismühlgasse 15.
 Jandera Juliana — Victualien-Verschleiß — XVII., Beronilagasse 29.
 Kapeller Heinrich — Erzeugung physikalischer und metrologischer Instrumente — V., Kettenbrückengasse 9.
 Klouer Franz — Wirt — XIII., Auhofstraße 167.
 Konrath Franz — Feilbieten von Obst im Umherziehen von Haus zu Haus und auf der Straße im Gemeindegebiete von Wien — XII., Krichbaumgasse 13.
 Kosak Ludmilla — Damenkleidermacherin — I., Jasomirgottstraße 8.
 Löw Bernhard (Inhaber der Firma Brüder Löw) — Pfäbdlergewerbe — II., Praterstraße 30.
 Löwenstein Ludwig Adolf — Verschleiß von Perlen und Edelsteinen — I., Hotel Meißl & Schradn.
 Lutewitz Victor — Friseurgewerbe — V., Anzengruber-gasse 24.
 Marquies Mendel — Webergewerbe — II., Große Schiffgasse 30.
 Mühlhock Joel — Uhrmachergewerbe — II., Novaragasse 39.
 Nebensführ Franz — Stadträger — I., Tuchlauben 8.
 Novatschel Josef — Christbaum-Verschleiß — IV., Wiedenergürtel (auf dem der Südbahn gehörigen Grunde).

Popel Magdalena — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Liqueuren aller Art und Haltung von erlaubten Spielen — II., Auperngasse 1.
 Rijs Edmund — Christbaum-Verschleiß — XVII., Clemens Hofbauerplatz.
 Rotter Margit — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Freysinger-gasse 1.
 Schiebaly Marie — Pfäbdlerin — XIII., Auhofstraße 132.
 Schlamm Josef — Handel mit Rohmaterialien für Bürstebinder — II., Obere Dornaustraße 61.
 Schögl Anna — Schuhmachergewerbe — XIII., Risselgasse 8.
 Schnatter & Mühlfhofer — Baumeistergewerbe — XIII., Trantmanndorfsgasse 17.
 Schwarzenbrunner Elisabeth — Wäschepulvergewerbe — XVII., Horneg-gasse 10.
 Schweiger Ottilie — Feigentkaffee-Erzeugung und Kaffeebrennerei — II., Leopoldigasse 15 a.
 Smetana Cäcilie — Färberei und chemische Färberei (Filiale) — II., Taborstraße 4.
 Stach Cäcilie — Zeitungs-Verschleiß — II., Sturverstraße 10.
 Steiner Emil — Agentie für eine Versicherungsgesellschaft — II., Große Mohrengasse 36.
 Strauch Marie Amalia — Herrenkleidermachergewerbe — XVII., Pezsgasse 31.
 Süßmann Theodor — Gasthauspächter — XVII., Hauptstraße 120.
 Szary Anna — Victualienhandel — XVII., Ottakringerstraße 70.
 Tomanel Eva — Pferdefleisch- und Seldwaren-Verschleiß — XVII., Rosensteingasse 14.
 Vasarhelye Oskar — Pränumerantensammler — II., Praterstraße 15.
 Weissenböck Adalbert — Christbaumhandel — XIV., Sechshausferstr. 59.
 Weißer Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Franzensbrückenstraße 17.
 Wolfgruber Michael — Handwagen-Verkauf — I., Ballgasse 8.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 22. December 1900.

Ast Eduard, Gröger Hugo (Ed. Ast & Comp.) — Betonbau-Unternehmung und Cemenwaren-Erzeugung — IX., Porzellangasse 25.
 Angestly Fritz — Herausgabe der „Allgemeinen Kürschner-Zeitung“ — IX., Währingerstraße 14.
 Angestly Fritz — Kürschner — IX., Rufsborferstraße 4.
 Barthel Arthur — Seidenbandhandel — I., Pestatozzigasse 4.
 Bazil Mathias — Putzmacher (Filiale) — XVI., Hasnerstraße 64.
 Bettelheim Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 98.
 Binder Johann — Verschleiß optischer Instrumente — I., Schotteng. 2.
 Blaha Alois — Schlosser — XII., Haberplatz 1.
 Bollag Gebrüder (Firma Borarlberger Stickerfabrik) — I., Kohlmessergasse 6.
 Brousil Johann — Schuhmacher — XVI., Haymerlegasse 37.
 Brunner Ferdinand — Pantoffel-Erzeugung — XVI., Wurligergasse 9.
 Durst Adolf — Direction der Oöterr. nationalen Unfallversicherungsgesellschaft — I., Brandstätte 5.
 Etsner Ignaz — Friseur und Rasier (Filiale) — XVI., Ottakringerstraße 185.
 Gebrüder Fritz — Haltung eines Magazins — II., Schreigasse 4.
 Goldmann Ignaz — Provisionsreisender — II., Glockengasse 83.
 Gröbel Josef — Herausgabe der „Volksstimme“ — IX., Liechtensteinstraße 1.
 Firma Heymann J. D. — Verkaufsstelle der daselbst erzeugten Bronzewaren — I., Schottenring 10.
 Jananischka Josefine — Gastwirtin — V., Nitoldorfergasse 5.
 Jordanel Josefine — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Berggasse 22.
 Klejer Hans, Dr. — Herausgabe der „Wiener polit. Nachrichten“ — IX., Währingerstraße 49.
 Klob Karl Maria — Herausgabe der Druckschrift „Deutsche Dichterbilder aus alter und neuer Zeit“ — IX., Nothhausgasse 8.
 Köhler Franz, Dr. — Advocatie — I., Giselasstraße 5.
 Kriwa Franz — Straßenhandel mit Artikeln des täglichen Verbraches (Gemeinde Wien) — XVI., Speckbacher-gasse 43.
 Kubarth Karl — Photograph — I., Kärnthnerstraße 28.
 Lion Ludwig, Atlas Alexander (Firma Lion & Comp.) — Gemischtwarenhandlung — I., Gönzaga-gasse 4.
 Mattner Anna — Verkauf von Christbäumen — X., Columbusplatz.
 Firma M. Münz, Verlag Allgemeine Tarifanzeiger — Herausgabe der Druckschrift „Allgemeiner Tarifanzeiger, Auskunft in Transport-Angelegenheiten“ — I., Graben 13.
 Parafski Leopoldine — Christbaumhandel — X., Columbusplatz.
 Pawlicel Anna, Weiß Marie — Modistengewerbe — I., Johannesgasse 2.
 Philipp Adolf — Lohnfuhrwerks-Licenz Nr. 589 — XVI., Ottakringerstraße 119.

Prevor Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Cumberlandstraße 79.
 Kauf Josifine — Tabakverschleiß-Automat — XVI., Veronitagasse 17.
 Hofmüller Luise — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Haberlgasse 43.
 Schupp Johann — Concession nach § 16, lit b, c, g G.-D. mit Ausnahme des Billardspieles — II., Volkertplatz 15.
 Schlesinger Otto — Herausgabe der „Allgemeinen Textil-Zeitung“ — IX., Lichtensteinstraße 11.
 Schmid Anna — Filiale der Cigarettenhülsen-Erzeugung — I., Spiegelgasse 4.
 Schöber Katharina — Kuchenbäckergewerbe — XVI., Gaußachergasse 37.
 Simon Franz — Christbaum-Verschleiß — IX., Althanplatz.
 Stala Juliana — Überziehen von Metallschrauben mit Leder — XVI., Römergasse 21.
 Steitz Thaddäus — Friseur-Filiale — XVI., Spedbachergasse 25.
 Stenzl Rudolf — Fiaker-Licenz Nr. 872 — XVI., Wachtelgasse 48.
 Stieber Marcus — Kartoffel-Verschleiß — II., Landelmarktgasse 6.
 Vesilka Gregor — Victualien-Verschleiß — IX., Frankgasse 17.
 Wagner Emilie, Hafelost Barbara (Firma A. Wagner) — Gemischtwarenhandel — I., Seilerstätte 14.
 Weingartner Felix — Victualien-Verschleiß (Filiale) — XVI., Oppengasse 3.
 Weiß Miksa Marcus — Holzhandel — IX., Ruszdorferstraße 16.
 Weiß Adolf — Provisions-Agentie — II., Kleine Schiffgasse 3.
 Werner Eduard F. — Herausgabe der Zeitschrift „Maschinen- und Metallindustrie-Zeitung“, „Architekten- und Baumeister-Zeitung“ — I., Ribbelungengasse 15.
 Willinger Josef — Kleidermäckergewerbe — XVI., Heibststraße 62.
 Wolfgruber Elisabeth — Handel mit Christbäumen und Christbaumschmuck — IX., Servitengasse, bei der Kirche.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 24. December 1900.

Adler Adolf — Glaser — XX., Jägerstraße 6.
 Aichinger Barbara — Geflügelhandel (Filiale) — XX., Brigittaplatz, Markt.
 Bolecky Hermann — Herrenkleidermacher — XX., Wintergasse 38.
 Bremer Franz, Dr. — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österreichisches Arztekammerblatt“ — VIII., Widenburggasse 13.
 Bresse Luis — Herausgabe des „Petit journal de Vienne“ — VIII., Langegasse 19.
 Bressnik Philipp Franz — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Der Volksfriede“ und „Slavisch-rumänische Correspondenz“ — VIII., Lerchengasse 25.
 Buzgl Simon — Handel mit ausländischen gebrauchten Briefmarken — VIII., Schöffelgasse 11.
 Busch Theresia — Frachttentransport — XX., Wintergasse 38.
 Caba Friedrich — Pränumerantensammler — VIII., Piaristengasse 35.
 Degen Leopoldine — Gastwirts-gewerbe (Verlassenschaft) — II., K. t. Prater 176.
 Dofrenzer Anna — Victualien-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 21.
 Eger Albine — Tabak-Traffik — XX., Dresdnerstraße 60.
 Eichinger Georg — Pränumerantensammler — VIII., Lederergasse 23.
 Eigel Rudolf — Herausgabe der „Wiener Rathhaus-Correspondenz“ — VIII., Blindengasse 35.
 Engel Ignaz — Hutmäckergewerbe (Filiale) — XX., Wallensteinstraße 5.
 Frank Franz — Herausgabe der „Herr. ungar Musiker-Zeitung“ — VIII., Bennogasse 4.
 Frisla Karl — Zeitungs-Verschleiß — XX., Trenstraße 42.
 Gerber Regine — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XX., Trenstraße 13.
 Goldner Sandor — Pachtweiser Betrieb eines Schankgewerbes — II., Praterstraße 8 (Hotel Central).
 Grigner Christine, geb. Holmer — Schuhwaren-Verschleiß — XVI., Fräbelgasse 20.
 Großer Friedrich — Liqueur- und Essig-Erzeugung auf kaltem Wege — V., Kliebergasse 5.
 Hala Marie — Christbaum-Verschleiß — XX., Wallensteinplatz.
 Hochstätter August — Handel mit Coaks — XX., Trenstraße; Wohnort: IX., Türkenstraße 8.
 Humer Paul — Kleinhandel mit Brennmaterial — XX., Wolfsgang 3.
 Jerabel Juliana — Christbaum-Verschleiß — XX., Brigittaplatz.
 Kautzer Pauline — Pfaidergewerbe — VIII., Josefstädterstraße 97.
 Kias Franz — Wäscheputzerei — VIII., Uhlplatz 1.
 Knapp Marie — Gips-Verschleiß — VIII., Stolzthalergasse 17.
 Kraus Sidonie, Kraus Alfred (Geschäftsführer Ignaz Goldmann) — Ausschank von gebrannten geistigen Getränken — XIV., Märzstraße 85.

Krämer Hermann — Verabreichung von Kaffee, Thee und Chocolate, anderen warmen Getränken und Erfrischungen, sowie von Liqueuren etc. und Haltung von erlaubten Spielen — II., Praterstraße 66.
 Kubisnal Katharina — Christbaum-Verschleiß — XX., Brigittaplatz.
 Kumpost Marie — Bronzearbeiter-gewerbe — VIII., Lederergasse 30.
 Kuntner Dominik — Christbaum-Verschleiß — XX., Brigittaplatz.
 Lipp Johann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Wiener Geschiedten“ — XX., Rauscherstraße 37.
 Löwenthal Ignaz — Herrenkleidermacher — XX., Klosterneuburgerstraße 19.
 Maczeija Theresie — Victualien-Verschleiß — V., Schönbrunnerstr. 79.
 Mehlner Samuel — Abhaltung von Versammlungen — XX., Traunfelsgasse 7.
 Monat Abraham Herich — Colportage — XX., Wallensteinstraße 58.
 Mühlberger August — Filiale seines Friseurgeschäftes — XX., Marchfelderstraße 15.
 Ronak Marie — Fortbetrieb des Buchbindergewerbes und Schulbücher-Verschleißes — XVI., Kirchstettergasse 47.
 Paffa Barbara — Victualien-Verschleiß — XVI., Hubergasse 10.
 Pogacar Johanna — Verschleiß von Pfaidlerwaren — VIII., Josefstädterstraße 54.
 Radziwiler David — Gemischtwaren-Verschleiß (Canditenverkauf durch Automaten) — Tanzschule Durant im XX. Bezirke.
 Raifer Franz — Schlosser — XX., Klosterneuburgerstraße 67.
 Rausch Josef — Christbaum-Verschleiß — XX., Mathildenplatz.
 Ravagin Johann, Caragna Ottilio (Firma: S. Nello & Comp.) — Bauunternehmung — VIII., Schmidgasse 4.
 Remilong Theodor — Friseur-gewerbe — XX., Rauscherstraße 5.
 Riebl Anna — Kaffeesiedergewerbe — VIII., Josefstädterstraße 65.
 Römer Heinrich — Agent — XX., Rauscherstraße 6.
 Roller Franz — Christbaum-Verschleiß — XX., Brigittaplatz.
 Rosenfeld Piele — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XX., Trenstraße 3.
 Rosenzweig Josef — Gemischtwaren-Verschleiß (Modewaren) — XX., Wallensteinstraße 36.
 Rosenzweig Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß (Modewaren) — XX., Wallensteinstraße 30.
 Schay Rudolf — Fisch-Verschleiß — XVI., Gaußachergasse, Stand.
 Schmid Julian — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Denisgasse 37.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzung des Gemeinderathes	13
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	13
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 14. December 1900	13
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 19. December 1900	18
Bezirksvertretungen:	
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung für den XVIII. Bezirk Währing vom 14. December 1900	22
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Hiezing vom 29. December 1900	23
Allgemeine Nachrichten:	
Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1867	24
Silber- beziehungsweise Gold-Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1874	24
Verzeichnis der Publicationen des Magistrates, welche im Drucke erschienen sind und im Commissionsverlage durch die k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhandlung Wilhelm Braumüller, I, Graben 21, erhältlich sind	25
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals	25
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing	25
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling	25
Approvisionierung:	
Täglicher Fleischmarkt (Markthalle Währingergürtel) vom 23. bis 29. December 1900	25
Borstenviehmärkte vom 31. December 1900 und 3. Jänner 1901	26
Pferdemarkt vom 31. December 1900	26
Schlachtviehmarkt vom 31. December 1900	26
Zug- und Stechviehmarkt vom 3. Jänner 1901	27
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Besuch der städtischen Volksbäder im December 1900	27
Baubewegung:	
Genehmigung um Baubewilligungen vom 31. December 1900 bis 3. Jänner 1901	27
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	28
II. Vergabung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	29
Eintragungen in das Gewerbe-Register	29
Rundmachungen.	

Offert-Ausschreibungen.

1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
18. Jänner 10 Uhr	Departement XIX b (Mag.-Secr. Dr. Nüchtern, V. Stiege, Mezzanin)	M. Z. 131517. Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Reconstruction der Sohle des Alsbachcanales in der Strecke von der Acker- bis zur Bleichergasse im IX. Bezirke, und zwar: 1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 12.944 K 16 h, 2. der Lieferung der Klinkerziegel im veranschlagten Kostenbetrage von 14.774 K 40 h und 3. der Lieferung des Portlandcementes im veranschlagten Kostenbetrage von 8755 K 20 h. 1-3
18. Jänner 11 Uhr	detto	M. Z. 128655. Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Neubau eines Hauptunrathcanales in der Haasgasse im II. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4716 K 23 h. 1-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigegebenen Bedingungen können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingungen können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Anbote sind unter Verwendung der ebenfalls bei der städtischen Hauptcassa zu dem Betrage von 10 h erhältlichen Drucksorte zu stellen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift des § 4 der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet eintreffende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Prot.-Nr. 131093 ex 1900.

IV. 3694.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der folgenden Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer Doppel-Volksschule im XVI. Bezirke, Grubergasse 4, und zwar:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten,
 2. Lieferung der hydraulischen Bindemittel,
 3. Stuccaturerarbeiten,
 4. Steinmeharbeiten,
 5. Zimmermannsarbeiten,
 6. Spenglerarbeiten,
 7. Bautischlerarbeiten,
 8. Schlosserarbeiten,
 9. Anstreicherarbeiten,
 10. Glaserarbeiten,
 11. Asphaltiererarbeiten,
 12. Lieferung der Isolierplatten,
 13. Holzcement-Eindeckung.
 14. Herstellung des Terrazzopflasters,
 15. Lieferung der Steinzeug-, Thon- und Chamottefabrikate,
 16. Möbeltischlerarbeiten,
 17. Lieferung der Schulbänke,
 18. Bildhauerarbeiten,
 19. Herstellung eines Einfriedungsgitters,
 20. Herstellung einer Niederdruckdampfheizung,
 21. Lieferung der Regulierfülllöfen,
 22. Installation der Gasbeleuchtung,
 23. Installation der Wasserleitung und Lieferung der Closete
- wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 19. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Neuen Rathhauses eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigegebene allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Die bei dieser Offertverhandlung einzubringenden Anbote sind auf einem Briespapierbogen in Form eines an den Magistrat gerichteten stempelfreien Geschäftsbriefes zu stellen, welcher zu lauten hat:

„Stempelfrei nach den Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes.

An den löblichen Magistrat

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Ich habe die im Stadtbauamte für die Offertverhandlung am 19. Jänner 1901, zur M. Z. 131093, aufgelegenen Pläne, Kostenanschläge, allgemeinen und speciellen Bedingungen für den Bau einer Doppel-Volksschule im XVI. Bezirke, Grubergasse 4, eingesehen und offeriere der Gemeinde Wien die ausgeschriebenen

wobei ich mich den von der Gemeinde gestellten Bedingungen vollinhaltlich unterwerfe, gegen einen Nachlaß (Zuschuß) von zu den Kostenanschlagspreisen. (Datum, Unterschrift.)“

Die Verständigung der Ersther von der Annahme ihrer Offerte erfolgt mündlich und ist von ihnen mittels eines stempelfreien Geschäftsbriefes zu bestätigen.

Jedem Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der amtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen oder der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 29. December 1900. 2—3

G. Z. 2451.

VII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung, Verrechnung und Instandhaltung von 175 Stück geachteten Wassermessern für die Wienthalwasserleitung im veranschlagten Kostenbetrage von 18.000 K wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag den 11. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Keitler im Alten Rathhause (I., Wipplingerstraße 8, 2. Stiege, 2. Stock) eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenausschlag und die dem Projecte beigezeichneten Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Anbote sind vom Offerenten unter Angabe seines Berufes und Wohnortes persönlich zu fertigen und mit einem 1 K-Stempel versehen, versiegelt zu überreichen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. December 1900. 1—2

M. Z. 98686 ex 1900.

III.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für die Hauptrechnungsabschlüsse der Stadt Wien, betreffend die Jahre 1900, 1901, 1902, 1903 und 1904, und für die Hauptvoranschläge nebst den allgemeinen Erläuterungen der Stadtbuchhaltung, dem Abstimmungs-Protokolle des Magistrates und dem

Nachtrage zu den Hauptvoranschlägen nach den Beschlüssen des Stadtrathes, betreffend die Jahre 1902, 1903, 1904, 1905 und 1906, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 31. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer im Rathhause (5. Stiege, 2. Stock) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Vergebung der Arbeiten erfolgt entweder an einen oder an zwei verschiedene Unternehmer, und zwar im letzteren Falle in der Weise, daß der eine den 1. und 3. Band des Hauptrechnungsabschlusses, sowie den 1. Band des Hauptvoranschlages sammt den oben bezeichneten Anhängen, der andere den 2. und 4. Band des Hauptrechnungsabschlusses, sowie den 2. und 3. Band des Hauptvoranschlages herzustellen hat.

Um zu vermeiden, daß alle Offerenten etwa auf dieselbe Partie offerieren, behält sich die Gemeinde vor, den Erstehern die eine oder die andere Partie zuzuweisen; es hat daher jeder Offerent die Preisansätze gesondert für beide Partien in das Offert aufzunehmen und zu erklären, ob er auch gegebenenfalls die Übertragung beider Partien annehmen würde. Für den letzteren Fall können wieder besondere Preisansätze gestellt werden.

Unternehmungslustige können Musterbände und die Original-Bedingnisse im vorbezeichneten Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichlichen Bedingungen können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den oberwähnten Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beige gedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke per Bogen versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 26. December 1900. 1—3

Z. 3481 ex 1900.

Kundmachung.

(Verpachtung der Eisgewinnung.)

Die Donauregulierungs-Commission nimmt neuerliche Offerte für die Pachtung der Eisgewinnung auf mehreren Wasserflächen des alten Donaubettes oberhalb der Kagraner Reichsstraßenbrücke für die Zeit vom 15. April 1901 bis 15. April 1906 entgegen und werden Pachtlustige eingeladen, ihre Offerte bis längstens Samstag den 19. Jänner 1901, 12 Uhr mittags, im Einreichungs-Protokolle der Donauregulierungs-Commission in Wien, I., Kaiser-Ferdinandsplatz 2, 3. Stock, einzubringen.

Dieselbst können die Pachtbedingungen und der Plan, auf welchem die betreffenden Wasserflächen genau ersichtlich gemacht sind, eingesehen werden.

Das Badium beträgt 200 K.

Die Donauregulierungs-Commission.

Wien, im December 1900.

1—1

M. B. 126417.

X.

Currende.

(Erledigte Schuldienerstellen.)

Infolge mehrerer Pensionierungen gelangen im Status der definitiven Schuldiener zur Besetzung:

- a) eine Stelle I. Bezugsclasse mit dem systemisierten Grundgehalte von jährlich 1400 K und 420 K Quartiergeld, eventuell Naturalquartier;
- b) vier Stellen II. Bezugsclasse mit dem systemisierten Grundgehalte von 1100 K und 360 K Quartiergeld, eventuell Naturalquartier.

Bewerber um eine dieser Stellen haben, insofern sie nicht ohnehin bei der letzten Concurrenz vom 9. April 1900 ein diesfälliges Gesuch beim Wiener Magistrate überreicht, ihre vorchriftsmäßig, bei den Competenten um die Stellen sub b insbesondere mit dem Nachweise der Zuständigkeit nach Wien belegten Gesuche bis längstens 15. Jänner 1901 im Dienstwege, das heißt durch die Schulleitung, mit einer Äußerung derselben versehen, im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 18. December 1900.

Schnitt,

Magistratsrath.

3—3

M. B. 17209 ex 1900.

Mag. Dep. XIX a.

Concursauschreibung.

(Inspector-Assistentenstelle bei der Straßenpflege im I. Wiener Gemeindebezirke.)

Bei der Gemeinde Wien gelangt die Stelle eines Inspector-Assistenten bei der Straßenpflege in Wien provisorisch zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist ein Jahresgehalt von 1600 K und ein Quartiergeld von 600 K pro Jahr verbunden.

Bewerber um diese Stelle dürfen nicht jünger als 24 und nicht älter als 40 Jahre sein, müssen Kenntnisse in der Straßenpflege und Versiertheit im Kanzleiwesen besitzen.

Unterofficiere von technischen Truppen und nach Wien zuständige Bewerber erhalten vor den übrigen den Vorzug.

Die Gesuche um Verleihung dieser Stelle müssen mit den entsprechenden Nachweisen über Alter, Schulbildung, Militärdienst

und besondere Fähigkeiten belegt und gehörig gestempelt sein und sind bis 1. Februar 1901 beim Wiener Magistrate einzubringen. Nicht gehörig belegte und verspätet eingebrachte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 30. December 1900.

1—1

Ad M. B. 118355 ex 1900.

XV. Kundmachung.

(Maschinistenstellen.)

Bei der städtischen Kühlanlage im Schlachthause St. Marx gelangen eine Maschinistenstelle I. Classe mit 2000 K Jahresgehalt und mit 600 K Quartiergeld und eine Maschinistenstelle II. Classe mit 1800 K Jahresgehalt und mit 540 K Quartiergeld zur Besetzung.

Die Anstellung erfolgt provisorisch gegen einmonatliche Kündigung. Nach zweijähriger zufriedenstellender Dienstleistung kann die definitive Anstellung erfolgen.

Bewerber um eine solche Stelle müssen österreichische Staatsbürger, unter 40 Jahren alt sein, haben den Besuch der Volksschule und einer gewerblichen Fortbildungsschule, ferner eine längere Werkstättenpraxis als Monteur, Maschinenschlosser oder Mechaniker, sowie die Verwendung beim Betriebe von Kältemaschinen nachzuweisen und Zeugnisse über die mit Erfolg abgelegte Prüfung als Heizer und Dampffesselwärter beizubringen.

Die gehörig belegten Gesuche sind bis einschließlich 14. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf verspätet eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 31. December 1900.

1—1

Ad M. B. 91177 ex 1900.

VIII.

Concursauschreibung.

(Verwalterstelle für den Central-Friedhof.)

Infolge der Stadtraths-Beschlüsse vom 4. Juli 1900, B. 5603, und vom 13. December 1900, B. 8833 ex 1900, gelangt die systemisierte Verwalterstelle für den Wiener Central-Friedhof zur Besetzung.

Mit dieser in der IV. Rangclasse der städtischen Beamten stehenden Stelle ist ein Jahresgehalt von 4000 K nebst zwei Quadriennalzulagen à 400 K und der Genuß einer Naturalwohnung im Administrationsgebäude, sowie der bis auf Widerruf zugestandene Bezug des Beheizungsmateriales verbunden.

Der Verwalter steht ferner im Bezuge eines Wagenpauischales von 600 K pro Jahr und einer jährlichen Diensteszulage von 720 K für das Gräberaus schmückungsge schäft.

Bewerber um diese Stelle haben ihre mit dem Taufscheine, beziehungsweise mit dem Geburtszeugnisse, dem Heimatscheine, ferner den Nachweisen über ihre zurückgelegten Studien und Prüfungen, insbesondere über umfassende theoretische und praktische Kenntnisse im Baufache und Straßenbauwesen, sowie in der für

**

technische Arbeiten bestehende Verrechnungsweise, dann über die bisherige Dienstleistung belegten Gesuche längstens bis inclusive 15. Februar 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen. (Sämmtliche vorbezeichneten Gesuchsbeilagen sind im Originale beizubringen.)

Bewerber, welche nicht in Wien wohnen, haben außerdem ein behördliches Zeugnis und ein von einem Amtsarzte ausgestelltes Zeugnis über die körperliche Eignung anzuschließen.

Die Gesuche haben eine kurze Schilderung des Lebenslaufes zu enthalten und sind mit einer 1 K-Stempelmarke für jeden Bogen zu versehen.

Den nicht in deutscher oder lateinischer Sprache abgefaßten oben bezeichneten Belegen ist eine beglaubigte deutsche Übersetzung beizulegen, widrigenfalls das Gesuch als nicht gehörig belegt betrachtet werden würde.

Bereits im städtischen Dienste stehende Bewerber haben ihre Gesuche im Dienstwege zu überreichen.

Auf diese Anstellung finden die §§ 1 bis 3 der Dienstpragmatik für die Wiener Gemeindebeamten Anwendung.

Die Stelle wird vorläufig provisorisch und erst nach zufriedenstellender einjähriger Dienstleistung definitiv verliehen.

Auf nicht gehörig belegte oder nicht rechtzeitig einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im selbständigen Wirkungskreise,
am 20. December 1900. 3-3

M. B. 122748.

XVII.

Kundmachung.

(Citation.)

Am 21., 22. und 23. Jänner 1901, allenfalls auch an den folgenden Werktagen werden Pretiosen, Chinasilberwaren, Taschen-, Stand- und Pendeluhren, Geschäftseinrichtungen, Möbel, Spiegel, Glaswaren, feuerfeste Cassen, Ölgemälde, Farbendruckbilder, Druckwerke, Strickmaschinen, Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke, Lampen, Küchengeräthschaften, Kleider, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Teppiche, Pfaidlerwaren, Leinenwaren, Damenjacken und Hüte, Schmuckfedern, Kunstblumen, Galanterie- und Papierwaren, Operngläser, Reißzeuge, Fahrräder, Revolver, Schildkrotwaren, Vordruckmodelle, Eisenbeschläge für Thüren und Fenster, Stahlstangen, Leder, Wägen u. s. w. im Wege der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden gegen bare Bezahlung hintangegeben werden.

Kauflustige wollen sich an den genannten Tagen im Rathshaus, I., Felderstraße, VI. Hof, Parterre, einfinden.

Die Auktion findet von 1/2 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im übertragenen Wirkungskreise,
am 26. November 1900.

B. 113502

ex 1900.

Kundmachung.

Mit Stadtraths-Beschluss vom 7. December 1900, B. 14147, wurde nachfolgender Tarif der k. k. priv. Gasbeleuchtungs-Anstalt der Imperial-Continental-Gas-Association in Betreff der

nach § 33 des Gasbeleuchtungsvertrages der Gesellschaft vorbehaltenen Arbeiten und Lieferungen für Herstellung der Gaszuleitung vom Straßenrohre bis zum Gasmesser, sowie für die Aufstellung des letzteren pro 1901 genehmigt.

Preis-Tarif

der k. k. priv. Gasbeleuchtungs-Anstalt der Imperial-Continental-Gas-Association für Herstellung der Gaszuleitung vom Straßenrohre bis zum Gasmesser, sowie für die Aufstellung des letzteren pro 1901.

Gusseiserne Rohre und Verbindungsstücke	153	102	76	51
	Durchmesser in Millimetern			
	K h	K h	K h	K h
Rohre sammt Dichtungsmaterial ohne Legerlohn per Meter	12	7	5	3
Kniestücke per Stück	13	7	5	2
Auslaß	18	13	8	5
Kreuzstücke	25	17	12	6
Siphon sammt Saugrohr und Klotz	50	45	20	37
Schlussstücke	3	2	1	1
Doppelmuffen	8	5	4	2
Verjüngungrohre	9	6	4	—
Bonnets (Hauben)	5	4	3	—
Schleusen, complet	100	70	60	50
Flanschmuffen	11	7	5	2
Flanschrohre sammt Schraube und Bleischeibe	—	9	6	5
Flanschauslaß	21	12	8	10

Bleirohre u. messingene Verbindungsstücke	76	63	51	38	25	19	16	13
	Durchmesser in Millimetern							
	K h	K h	K h	K h	K h	K h	K h	K h
Bleirohre . . . per Meter	15	8	6	5	3	1	20	96
Kupferrohre	—	—	—	—	—	—	2	2
Messingrohre	—	—	—	—	—	—	2	2
Messingene Fugestücke f. Eisenverbindungen . . . per Stück	33	21	9	7	4	2	—	1
Messingene Fugestücke zwischen Eisen- und Bleirohren	29	12	7	4	3	2	—	1
Messingene Fugestücke für Bleirohre	—	—	—	4	2	1	20	1
Messingene Übersetzungsstücke für Eisenverbindungen	—	11	5	3	2	60	2	—
Hahnklappen	—	—	—	—	—	—	40	—
Hähne für Eisenrohre sammt Hahn Schlüssel	—	43	22	13	6	4	—	2
Hähne für Eisenrohre mit Holzländer	—	52	31	18	8	5	—	3
Hähne mit Flanschen	—	60	—	—	—	—	—	—
Hähne mit Flanschen und Holzländer f. Eisenrohre	—	65	—	—	—	—	—	—
Hähne mit Hahnklappen	—	49	26	14	6	4	30	2
Flügelhähne	—	—	—	—	—	—	4	3
Auslaß m. Fugestücken	—	—	—	—	2	90	1	1
Kreuzstück	—	—	—	—	—	1	90	1

Schmiedeeiserne Rohre und Verbindungsstücke	76	63	51	38	25	19	13
	Durchmesser in Millimetern						
	K h	K h	K h	K h	K h	K h	K h
Rohre per Meter	6	4 80	3 20	2 90	1 40	1	— 70
Langgewinde mit Rück- schrauben per Stück	5	4	2	1 08	66	50	40
Bogenrohre mit Muffen " "	8	5 50	2 50	1 50	70	50	40
Kniestücke, scharfe " "	7	4	1 50	1 10	60	40	32
T-Stücke " "	7 40	4 20	1 70	1 10	50	40	30
Kreuzstücke " "	10	7 40	2 60	1 60	1 10	80	56
Hähne, eiserne " "	46 30	24 40	12 20	7 60	4 60	3	2 20
Verzängte Muffen " "	2 50	1 40	60	40	28	24	20
Kappen " "	2	1 20	70	40	24	18	14
Pfropfen " "	2 20	1 20	70	50	24	18	12
Schraubenstücke " "	1 50	1	50	30	16	14	10
Rückschrauben " "	1	80	50	30	12	10	08

Laternenstüben, Säulen und Laternen.		K	h
Große } Mittlere } Kleine }	gusseiserne Laternenstübe sammt Laterne, complet, ohne Rohrleitung	46	—
	per Stück	40	—
	31	—	
Große } Kleine }	gothische Laternenstübe mit Sockel-Laterne, complet	84	—
	" "	64	—
Große } Kleine }	Westminster-Laterne	340	—
	" "	240	—
Lambeth-Laterne " "	" "	160	—
	Großer Candelaber, franz. Modell (ohne Laterne) " "	444	—
Gusseiserner Presspfahl " "	20	—	
Große Laterne von Weißblech " "	23	—	
" " " für Auerlicht " "	26	—	
Kleine " " " für Auerlicht " "	18	—	
" " " für Auerlicht " "	21	—	
Pissoir-Laterne (bronzirt), ohne Unterschied der Form und Größe, sammt Verglasung und mit der Aufschrift „Hier“ versehen, sammt Montieren " "	36	—	
Seitentafel " "	1 10	—	
Seitentafel mit der eingebrannten rothen Aufschrift „Rettungsanstalt“ nebst Bezeichnung der Gasse und Hausnummer " "	7	—	
Thürtafel " "	90	—	
Dachtafel " "	70	—	
" roth für Signalisierungszwecke " "	2	—	
Bodentafel " "	30	—	

Gasmesserbretter.		K	h
Für 3 Licht Gasmesser per Stück	—	50	—
" 5 " " " "	—	64	—
" 10 " " " "	—	90	—
" 20 " " " "	—	1 20	—
" 30 " " " "	—	1 60	—
" 45 " " " "	—	2	—
" 60 " " " "	—	2 20	—
" 80 " " " "	—	2 60	—
" 100 " " " "	—	3 50	—
" 150 " " " "	—	6	—
" 200 " " " "	—	6	—
Pflastererarbeit mit Gussrohr per Meter	2 50	—	—
" Schmiedeeisenrohr " "	1 50	—	—
" in Cement " "	3	—	—
" Pechausguss " "	4	—	—
" mit Holzstückelpflaster " "	—	—	—
Deichgräberarbeit mit Schmiedeeisenrohr " "	1	—	—
" Gussrohr " "	2	—	—

Fitterarbeit,
d. i. Legen der Eisenrohre, Hauf, Minium, Gewindeschneiden, Werkzeugabnützung für Arbeit in Accord ohne Grab- und Stenmarbeit per Meter — 76

Legen von Bleirohren,
d. i. Füttern, Zinn, Kohle, Werkzeugabnützung für Arbeit in Accord ohne Stenmarbeit per Meter — 70
Stenmarbeit und Berputz " — 76
Berputz allein für Gips und Mörtel " — 26

Verschiedene Gegenstände.		K	h
Laternenhähne für Eisenrohr per Stück	2	—	—
Wassersackschrauben " "	30	—	—
Rohr- und Mauerhaken " "	06	—	—
Eiserne Gasmesser und Hahnstüben per Kilo	1 60	—	—
Anzündleiter mit eisernen Spitzen und Haken per Stück	15	—	—
Anzündlaterne " "	3 80	—	—
Flaschenstiphon f. Saugrohr, Klotz und Kappe " "	18	—	—
Siphonstoph " "	9	—	—
Siphontappe " "	60	—	—
Eine Pöthstelle für Zinn und Kohle " "	12	—	—
Schleusen Schlüssel " "	8	—	—
Schleusenauflage per Stück	4	—	—
Fügelhahn " "	2 10	—	—
Pendantscheiben, große, f. Brett " "	2 60	—	—
Pendantscheiben, kleine, f. Brett " "	1 50	—	—
Pendantscheiben mit Muffe " "	2 20	—	—
Arbeitslohn sammt Werkzeugabnützung			
	pro Tag	pro Stunde	
	K h	K h	
Fitter	6	— 60	
Maurer	4	— 40	
Tagelöhner	4	— 40	
Pflasterer	3 20	— 32	
Deichgräber	3 20	— 32	

Dieser Tarif wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht und können Exemplare dieser Kundmachung in den Gemeindefanzleien der Bezirke II bis XX, in der Inneren Stadt dagegen im stadtbanämlichen Beleuchtungsbureau, Neues Rathaus, Mezzanin, Stiege 8, gegen Erlag eines Betrages von 4 h per Stück bezogen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im selbständigen Wirkungskreise, am 3. December 1900. 1—1

Kundmachung.

(Einwendungen gegen die Wählerlisten.)

Behufs Durchführung der mit der Kundmachung der k. k. Statthaltereie vom 28. November 1900 im Sinne des § 14 des Gesetzes vom 27. November 1896, N.-G.-Bl. Nr. 218, und der Ministerial-Verordnung vom 23. April 1898, N.-G.-Bl. Nr. 56, ausgeschriebenen Ergänzungswahlen für das k. k. Gewerbegericht Wien aus den zur Gruppe II (Keramische Industrie und Baugewerbe), zur Gruppe IV (Leder-, Textil-, Bekleidungs- und chemische Industrie) und zur Gruppe VI (Handel) gehörigen gewerblichen Betrieben im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und der Gemeinden Floridsdorf und Stadlau wird Folgendes bekanntgemacht:

Die nach den Bestimmungen des § 8 des Gesetzes vom 27. November 1896, N.-G.-Bl. Nr. 218, und der §§ 4 und 5 der Ministerial-Verordnung vom 23. April 1898, N.-G.-Bl. Nr. 56, verfaßten Wählerlisten der Unternehmer und der Arbeiter der den Gruppen II, IV und VI angehörigen Gewerbe liegen in Wien vom Freitag den 4. Jänner 1901 an durch acht Tage, d. i. bis einschließlich 11. Jänner 1901 zu jedermanns Einsicht bei jenen magistratischen Bezirksämtern auf, in deren Amtsbezirke sich die betreffenden Betriebe befinden.

Gemäß § 6 der Ministerial-Verordnung vom 23. April 1898, N.-G.-Bl. Nr. 56, können Reclamationen gegen die Wählerliste von den Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkörpers innerhalb der oberwähnten Frist von acht Tagen, vom 4. Jänner 1901 an gerechnet, mündlich oder schriftlich bei den magistratischen Bezirksämtern eingebracht werden.

Diese Reclamationen können sich entweder auf die Nichtberücksichtigung des eigenen Wahlrechtes oder auf die Aufnahme dritter, nicht wahlberechtigter Personen beziehen und müssen im ersteren Falle mit den zur Beurtheilung des Rechtsgrundes der Reclamation dienlichen Belegen und Urkunden versehen sein. Es ist sonach von Seite reclamierender Unternehmer der Gewerbeschein, der Steuerschein oder das Concessions-Decret, von Seite reclamierender Arbeiter aber der Nachweis des am 30. November 1900 zurückgelegten 20. Lebensjahres, sowie die Bescheinigung, daß der Reclamant an diesem Tage im Sprengel des Gewerbegerichtes, und weiters seit mindestens einem Jahre im Zustande in Arbeit stand, beizubringen.

Mündliche Reclamationen werden bei den magistratischen Bezirksämtern, und zwar Freitag den 4. Jänner 1901 und Sonntag den 6. Jänner 1901 von 9 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags, an den übrigen in die Reclamationsfrist fallenden Tagen von 6 bis 8 Uhr abends zu Protokoll genommen; schriftliche Einwendungen können ebendasselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden überreicht werden.

Auf nach Ablauf der oberwähnten Fallfrist eingebrachte Reclamationen kann keine Rücksicht genommen werden.

Über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen entscheidet die Gewerbebehörde I. Instanz, und werden hievon die Betheiligten verständigt.

Gegen die Entscheidung der Gewerbebehörde I. Instanz steht innerhalb der Frist von drei Tagen die Beschwerde an die k. k. n.-ö. Statthalterei offen, welche endgiltig entscheidet.

Die näheren Bestimmungen über Ort und Zeit der Wahlen werden seinerzeit zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 31. December 1900. 1-1

3. 6211 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Mantner v. Markhof'sche Stiftung.)

Am 27. Juni 1901 gelangen die Zinsen der Mantner v. Markhof'schen Stiftung des Jahres 1900 im Betrage von 630 K an einen schuldslos verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Gewerbetreibende, welche schuldslos verarmt sind, insbesondere solche, die infolge länger andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Cur bedürftig sind, ihre Gewerbe in Wien ausüben, in Wien wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen. Die Verleihung steht dem Wiener Stadtrathe zu und ist eine wiederholte Verleihung an dieselbe Person zulässig.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, den Gewerbeschein und den Steuerbogen, den Heimatschein, die Tauf- respective Ge-

urtszettel der Kinder, endlich ein legales Armutszugnis, in welchem der Umstand, daß der Bittsteller schuldslos verarmt ist, bestätigt erscheint, beizulegen.

Jene Bittsteller, die sich auf ihre Krankheit berufen, haben auch ein armenärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem die Dauer der Krankheit angegeben und die Nothwendigkeit eines Curgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit rücksichtlich Arbeitskraft ausgesprochen ist.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. December 1900.

1-3

3. 5028 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Georg Rittmann'sche Stiftung.)

Am 1. Februar 1901 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 2210 K zur Vertheilung.

Anspruch auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alter oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen, ohne Unterschied der Religion, welche mit keinem oder nur mit einem Institutengelde in dessen mindestem Betrage von 6 K pro Monat theilhaft sind.

Bewerber können sich in der Zeit vom 2. bis inclusive 20. Jänner 1901 (ausschließlich der Sonntage) in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags, ohne Mitbringung eines Gesuches, unter Vorlage eines legalen Armutszugnisses, in welchem der Umstand, daß sie durch Unglücksfälle verarmt sind, bestätigt wird, eines armenärztlichen Zeugnisses, ferner des Zuständigkeitsausweises, des Tauf-(Geburts-)Scheines, des Steuerscheines, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Todtenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Rathschlages, endlich des etwaigen Pfründenbüchels im Stiftungs-Departement des Magistrates einfinden und daselbst ihre Bitte mündlich anbringen.

Auf eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Wiener Magistrate,

am 7. November 1900.

3. 4898.
XIII.

Kundmachung.

(Franz Pretschgo'sche Armenstiftung.)

Am 1. März 1901 gelangen die Interessen der Franz Pretschgo'schen Stiftung für Arme im ehemaligen Gemeindegebiete von Dornbach im Betrage von 350 K zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben notorisch dürftige, nach Wien zuständige Personen, welche im ehemaligen Gebiete von Dornbach ansässig sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- oder Geburtschein, den Heimatschein und ein legales Armutszeugnis über ihre notorische Bedürftigkeit anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 10. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. November 1900.

3. 5139.
XIII.

Kundmachung.

(Waldstein-Wartenberg'sche Armenstiftung.)

Am 18. April 1901 gelangen die Interessen der Graf Georg Waldstein-Wartenberg'schen Stiftung für Arme und arme Kranke per 5000 K zur einen Hälfte an würdige Arme oder arme franke Bewohner von Wien und zur anderen Hälfte an anderswo wohnende würdige arme oder arme franke Österreicher (von welchen die im Gebiete Dux und Oberlentendorf wohnenden Personen, sowie die gewesenen Beamten des Stifters und deren Nachkommen ausgeschlossen sind) in Beträgen von nicht unter 100 K und auf einmal nicht über 600 K zur Vertheilung.

Bewerber um diese Stiftung haben ihre Gesuche mit dem Tauf(Geburts)scheine, dem Heimatscheine, Trauungscheine, Tauf- oder Geburtscheinen des Ehegatten und der Kinder, endlich mit einem legalen Armutszeugnisse oder auch einem amt- oder armenärztlichen Krankheitszeugnisse, Witwen außerdem noch mit dem Todtenscheine des verstorbenen Gatten zu belegen und bis 15. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen oder bis zu diesem Tage unter Mitnahme der obigen Belege im Armenstiftungs-Departement des Wiener Magistrates an Wochentagen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags mündlich anzufuchen.

Gewesene Beamte des Stifters und deren Nachkommen, sowie die im Gebiete Dux und Oberlentendorf wohnhaften armen Personen haben ihre Gesuche um Unterstützung aus der Graf Georg Waldstein-Wartenberg'schen Stiftung beim Bürgermeisteramte in Dux oder Oberlentendorf im Sinne der dortigen Ausschreibung zu überreichen.

Auf später eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird kein Bedacht genommen und werden nach dem obigen Tage hierämtlich erscheinende Bewerber nicht mehr berücksichtigt.

Vom Wiener Magistrate,
am 12. November 1900.

3. 6133 ex 1900.
XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Erustenau'sche Stiftung.)

Am 1. März 1901 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Erustenau'schen Stiftungscapitales im Betrage von 168 K zur Vertheilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, dürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen ConfeSSIONen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufchein und ihre sonstigen Documente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 15. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 14. December 1900. 2-3

3. 5199 ex 1900.
XIII.

Kundmachung.

(Max Springer'sche Stiftung.)

Am 13. April 1901 gelangen die Interessen der Max Springer'schen Stiftung aus dem Jahre 1900 im Betrage von 7050 K zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Angehörige der arbeitenden und dienenden Classe ohne Unterschied der Confession, welche in Wien oder dessen Vororten geboren oder dorthin zuständig sind und welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle arbeitsunfähig geworden sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen außer dem Nachweise, daß sie der dienenden oder arbeitenden Classe angehören oder angehört haben, den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein und die Tauf- respective Geburtscheine der Kinder, ferner ein legales Armutszugnis und ein armenärztliches Parere über ihre Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit, dann ihren Heimatschein beizubringen.

Wiener Eiswerke

II., Alte Donau und I., Schulhof Nr. 6.

Gegründet 1872.

Telegramm-Adresse: Eiswerke Wien. — Telephon Nr. 253.

Grosses Diplom und Medaille der Jubiläums-Ausstellung Wien 1898. — Ehrendiplom und silberner Pokal Kochkunst-Ausstellung Wien 1884.

Donau-Block-Eis

von höchster Kühllkraft, Haltbarkeit und Reinheit.

Regelmässige Lieferung während des ganzen Jahres. — Ganze Wagenladungen nur plombiert unter Garantie richtigen Gewichtes.

Leutner & Riedl

Wien, IV., Hauptstrasse 30.

Telephon 541.

Specialgeschäft in Gegründet 1802.



Baurequisiten,
Werkzeugen und Maschinen.



Kein Kaufzwang.

K. k. landespriv. Teppich- und Möbelstoff-Fabriken

Kein Kaufzwang.

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten
Centrale: Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.

P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser **Wiener Warenhaus I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6** auch äusserlich vollständig neu ausgestattet haben, und erlauben uns zu dessen Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:
Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Kein Kaufzwang.

Kein Kaufzwang.

Zur constanten Besorgung
aller im
Coursblatte
notierten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. November 1900.



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen, Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coakheizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegetthoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.

Asphalt-Unternehmung Carl Günther

Wien, I., Bauernmarkt Nr. 3. — Telephon Nr. 12776.

Strassen- u. Trottoir-Asphaltirungen

mit Naturasphalt nach Communalvorschrift.

Alle anderen Arten von Naturasphalt-Arbeiten.

Heim's MEIDINGER-ÖFEN

vom Erfinder
PROF. DR. MEIDINGER
AUSCHL. AUTOR. FABRIK.

K. u. K. HOF-

LIEFERANT.

H. HEIM

"Hestia"-Öfen.

HEIM'S Dauerbrand-Regulir-Ventilations-Öfen.
ÜBER 60.000 IN VERWENDUNG.

Dauerbrand - Kamine und CENTRALHEIZUNGEN

ALLER SYSTEME.

FÜR JEDEN BRENNSTOFF MIT RAUCHFREIER FEUERUNG.
EIN KAMIN KANN MEHRERE RÄUME UNABHÄNGIG BEHEIZEN.

Ventilations-Anlagen

TROCKEN-ANLAGEN JEDER ART.
Beste Referenzen. Prospekte u. Kostenanschläge gratis u. franco.

WIEN-DÖBLING

ECHT ZU BEZIEHEN
NUR AUS DER FABRIK
ODER DEN FILIALEN:



WIEN, I., KOHLMARKT 7.
BUDAPEST, THONETHOF.
PRAG, HYBERNERG. 7.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 3.

Dienstag, den 8. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelne Exemplare à 20 Heller im Redaction locale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 4. Jänner 1901 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ihre k. und k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Auguste, Gemahlin Seiner k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Josef August, ist Donnerstag den 3. d. M. in Voloska von einem Erzherzog glücklich entbunden worden.

Ich habe aus Anlass dieses freudigen Ereignisses im Allerhöchsten Kaiserhause Seiner k. und k. Apostolischen Majestät und dem Höchsten Elternpaare die ehrerbietigsten Glückwünsche der Stadt Wien unterbreitet.

2. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen die Herren Gem.-Räthe Ströbl, R. J. Müller, Professor Sturm und Rogan wegen Unwohlsein, ferner Herr Gem.-Rath Weimann und Herr Gem.-Rath Dechant wegen eines Krankheitsfalles in seiner Familie.

3. Ich erlaube mir den Geschäftsausweis des Wiener Gemeinderathes und des Stadtrathes pro 1900 zur Kenntnis zu bringen (liest):

„Gemeinderath.

Öffentliche Sitzungen des Gemeinderathes fanden 42
vertrauliche Sitzungen des Gemeinderathes fanden 36
statt.

Dem Gemeinderathe wurden 1047 Acten zur Berathung zugewiesen, von welchen in öffentlicher Sitzung 740 „ in vertraulicher Sitzung 307 „ erledigt wurden.

Interpellations-Beantwortungen und sonstige Mittheilungen seitens des Vorsitzenden fanden 518 statt.

Interpellationen wurden gestellt 219 und Anträge eingebracht 203

Stadtrath.

Im Einreichungs-Protokolle des Gemeinderathes, Stadtrathes und Magistrats-Präsidiums sind im Jahre 1900 15.307 Acten eingelangt, von welchen 13.214 „ der Erledigung zugeführt wurden.

Sitzungen des Stadtrathes wurden 143 abgehalten.

Comité-Sitzungen, Local-Commissionen und sonstige Verhandlungen, bei welchen Mitglieder des Gemeinderathes und Stadtrathes intervenierten, fanden 106 statt.

Im Präsidium sind an Spenden 264.353 K und 6063 fl. eingelaufen, welche den betreffenden Stiftungen und humanitären Zwecken zugeführt wurden.

Für die städtischen Sammlungen wurden im abgelaufenen Jahre verschiedene wertvolle Objecte gespendet.“

4. Ich habe den mir aus der A. M. Pollak, Ritter v. Rudin'schen Familien-Stiftung zukommenden Präsenzbetrag per 600 K für wohlthätige Zwecke gewidmet.

5. Von einem Ungenanntfeinwollenden wurde mir für verschämte Arme der Gemeinde Wien der Betrag von 500 K übermittlelt.

6. Unter der Chiffre „N. N.“ wurde mir zur Unterstützung Armer Wiens nach meinem Ermessen ein Betrag von 200 K übersendet.

7. Frau Anna Schögl hat für die Armen von Fünfhaus und Rudolfsheim auch heuer den Betrag von 140 K gespendet. Die Versammlung spricht für die drei letztgenannten Spenden den Dank aus.

8. Herr Dr. Wilhelm Kosak, Hof- und Gerichtsadvocat, richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„In dem Testamente des am 25. November d. J. in Wien, I., Hoher Markt 29, verstorbenen Fräuleins Elisabeth Winkler ist nachstehende Anordnung getroffen worden:

„III. Aus meinem Nachlasse sind folgende Legate auszubezahlen:

3. Für christliche Arme Wiens 200 fl. Nominale in 4·2percentigen einheitlichen Notenrenten.

4. Für jüdische Arme Wiens 200 fl. Nominale in 4·2percentigen Notenrenten.“

Als Testamentsexecutor nach Fräulein Winkler beehre ich mich, Ihnen beigeschlossen 400 fl., in Worten vierhundert Gulden Nominale in 4·2percentigen einheitlichen Notenrenten sammt Coupons per 1. Februar 1901 mit dem höflichen Ersuchen zu übermitteln, diese Renten im Sinne der vorstehend bekanntgegebenen letztwilligen Anordnung des Fräuleins Winkler zu verwenden, über die erfolgte Verwendung mir seinerzeit gütigst Mittheilung zu machen und mir über den Empfang dieser Wertpapiere unter Verwendung der mitfolgenden Stempelmarken eine Quittung zukommen zu lassen.

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Bürgermeister, die Versicherung vorzüglichster Hochachtung, womit ich zeichne“ u. s. w. Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

9. Der Obmann des Armenrathes des XIII. Bezirkes richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„Der ergebenst gefertigte Obmann beehrt sich hiemit die höfliche Anzeige zu erstatten, daß Herr Josef Georg Müller, Hausbesitzer und Industrieller, XIII., Wattmangasse 6, für die Armen des Bezirkstheiles Hiezing den Betrag von 100 K zu Händen des gefertigten Obmannes erlegt hat.

Dieser Betrag wurde von dem Gefertigten quittiert und wird nach erfolgter Ausgabe der städtischen Buchhaltung verrechnet werden.

Wien, am 22. December 1900.

Mit dem Ausdrucke der ergebensten Hochachtung

Der Obmann des Armenrathes des XIII. Bezirkes:
Karl Bayer.“

Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

10. Der Obmann desselben Armenrathes richtet an mich weiter folgende Zuschrift (liest):

„Der ergebenst gefertigte Obmann erstattet hiemit die höfliche Anzeige, daß von den Geschwistern Klein, XII., Trauttmansdorffgasse 16, wohnhaft, der Betrag von 60 K zu Händen des Gefertigten erlegt wurde, und zwar mit der Bestimmung, daß dieser Betrag am 24. December, als am heiligen Abend zur Vertheilung gelange.

Nach erfolgter Ausgabe wird dieser Betrag der städtischen Buchhaltung ordnungsgemäß verrechnet.

Wien, am 23. December 1900.

Mit dem Ausdrucke der vorzüglichsten Hochachtung

Der Obmann des Armenrathes des XIII. Bezirkes:
Karl Bayer.“

Die Versammlung spricht auch hiefür den Dank aus.

11. Die Firma R. Wagner & Comp. in Erlaa bei Wien richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„Die ergebenst Gefertigten beehren sich, 15.000 Portionen Erbsenjuppe mit der Bitte zu übersenden, selbe gütigst an bedürftige Arme vertheilen lassen zu wollen.“

Die Versammlung spricht hiefür ihren Dank aus.

12. Der Bezirksvorsteher des VI. Bezirkes richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Der Gefertigte erlaubt sich mitzutheilen, daß Frau Anna Pressl, Badhausbesitzerin, VI., Gumpendorferstraße 39, 1000 Laibe Brot für die Armen des VI. Bezirkes gespendet hat, welche am 31. December zur Vertheilung gelangen.

Hochachtungsvoll

F. J. Schadel.“

Die Versammlung spricht auch hiefür ihren Dank aus.

13. „Die Direction des Circus Barnum & Bailey hatte für Freitag den 28. December 1900, nachmittags, eine Einladung an die städtischen Waisenhäuser zum Besuche einer besonderen Kindervorstellung gerichtet.

Infolge der Ablehnung seitens des Departements XII wurde die Vorstellung bereitwilligst auf Samstag den 29. December verlegt. Es nahmen die Kinder sämtlicher städtischen Waisenhäuser daran theil und wurden seitens der Direction in freundlichster Weise empfangen.

Nach Aussage eines Delegierten des Departements hatten die Kinder ein hervorsteckend gutes Aussehen und haben sich auch musterhaft und artig benommen.

Dr. Seltz, am
Magistratsrath.“

Die Versammlung nimmt diese Mittheilung dankend zur Kenntnis.

14. Der Obmann des Armeninstitutes des XIX. Gemeindebezirkes Döbling richtet folgende Zuschrift an das Gemeinderaths-Präsidium (liest):

„Die Armeninstituts-Vorstellung des XIX. Bezirkes Döbling beehrt sich zur Kenntnis zu bringen, daß der im XIX. Bezirke, Billrothstraße 16, sichhabende Verein „Weihnachtsbaum“ hieramts 20 K — zur Vertheilung an Arme des Bezirkes — erlegt hat, welcher Betrag seiner Bestimmung zugeführt werden wird.

Gleichzeitig wird berichtet, daß eine ungenannt sein wollende Baronin 42 K und ein ungenannt sein wollender Herr 23 K an die Insassen des Armenhauses Ober-Döbling am Weihnachtsabende zur Vertheilung brachten.

Hochachtungsvollst

Der Obmann:
Wilhelm Bauhofer.“

Die Versammlung spricht den Dank aus.

Ich ersuche um Verlesung der eingelangten Interpellationen.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

15. Anfrage des Gem.-Rathes Geyer:

In der Sitzung vom 4. December v. J. hat der löbliche Gemeinderath bei der Budgetberatung beschlossen, die Markthalle Michelbeuern aufzulassen. Hierdurch wird im dortigen Frachtenbahnhofe die geräumige Halle sammt Nebenträumen verfügbar, und es wäre die Gelegenheit geboten, den dringenden Wunsch des größeren Theiles der Bevölkerung des XVIII. Bezirkes zu erfüllen, das in der Station Michelbeuern eine Personenhaltestelle der Stadtbahn errichtet werde.

Thatsächlich sind derzeit die Bewohner des ganzen westlichen Theiles von Währing mit den dahinter liegenden Theilen von Weinhaus und Gersdorf, wenn sie die Stadtbahn benutzen wollen, gezwungen, entweder bis zur Haltestelle „Währingerstraße“ oder „Alserstraße“ zu gehen, während doch das Stationsgebäude Michelbeuern, wo durch die Kreuzgasse und ihre Nebengassen der stärkste Verkehr einmündet, zur Personenhaltestelle wie geschaffen ist.

Schon ursprünglich bestand die Absicht, hier eine Personen-Haltestelle zu errichten, und ich selbst habe vor einigen Jahren einen diesbezüglichen Antrag im löblichen Gemeinderathe eingebracht.

Die Stadtbahn würde durch eine solche Haltestelle nur gewinnen, denn an derselben sind mehr als 70.000 Menschen interessiert, von welchen jetzt viele lieber die Tramway benutzen als das sie den lästigen Umweg machen.

Aus diesen Gründen erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Wäre der Herr Bürgermeister geneigt, bei der Commission für Verkehrsanlagen dahinzuwirken, das in der Station „Michelbeuern“ der Gürtellinie der Stadtbahn ehemöglichst eine Personenhaltestelle errichtet wird?

Bürgermeister: Ich bin ja gar nicht berechtigt als Bürgermeister der Stadt Wien diesen Einfluss auszuüben. Wenn der geehrte Herr Interpellant in dieser Beziehung eine Intervention wünscht, so würde es sich am besten empfehlen, wenn er diesbezüglich einen Antrag im Gemeinderathe einbringt und einen diesbezüglichen Beschluss des Gemeinderathes provociert.

Ich mache aber darauf aufmerksam, dass diese Frage schon zu wiederholtenmalen Gegenstand der Berathung gewesen ist, zu wiederholtenmalen, und es bisher immer abgelehnt worden ist, dort eine Personenhaltestelle zu errichten.

Aufrichtig gesagt, sind die beiden Personenhaltestellen, welche sich oberhalb und unterhalb der Station „Michelbeuern“ befinden, so nahe gelegen, dass man zu Fuß beinahe schneller hinkommt als mit der Eisenbahn. Aber wie gesagt, ich bitte, einen diesbezüglichen Antrag einzubringen.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

16. Interpellation des Gem.-Rathes Mender:

Im Monate November v. J. wurde der städtische Kutscher Matthias Fischhammer vom Straßenreinigungsdepot Margarethen mit noch zwei Bediensteten dieses Depots entlassen.

Als Kutscher Fischhammer um den Grund dieser Entlassung fragte, erklärte ihm der Oberschaffer, dass er auf Grund eines Stadtraths-Beschlusses entlassen wurde.

Diese Behauptung beruht nun auf Unwahrheit, da in keinem Protokolle über die Stadtraths-Sitzungen die ganze Zeit her von einem solchen Beschlusse etwas zu finden ist.

Der Kutscher Fischhammer hat bisher in tadelloser Weise seinen Dienst verrichtet und konnte ihm auch bei seiner Entlassung ein Vergehen in seinen dienstlichen Obliegenheiten nicht nachgewiesen werden.

Es liegt daher der Verdacht nahe, dass der betreffende Kutscher und mit ihm die beiden anderen nur deswegen entlassen wurden, weil sie es gewagt haben, bei mir vorzusprechen, um mich um Intervention bezüglich Gewährung eines Ruhetages und Regelung des Dienstes bei den Kutschern der städtischen Straßenreinigung, sowie bessere Behandlung von Seite des Oberschaffers zu bitten.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

1. Ist derselbe geneigt, in dieser Sache ehestens eine Untersuchung einzuleiten, und wenn sich ein Verschulden der betreffenden Kutscher im Dienste nicht ergibt, dieselben sofort wieder in den Dienst zu stellen?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den maßgebenden Organen bekanntzugeben, dass städtische Bedienstete, wenn sie sich in irgend einer Angelegenheit, den Dienst betreffend, bittlich an

einen Gemeinderath wenden, deswegen nicht entlassen werden dürfen?

Bürgermeister: Ich habe diese Interpellation dem Magistrate zur Berichterstattung übermittelt und erhalte hierüber folgenden Bericht (liest):

„Dem Kutscher Matthias Fischhammer, welcher beim städtischen Fuhrwerksbetriebe für Straßenpflege, V., Siebenbrunnensfeld 3, bedienstet gewesen ist, wurde auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 31. October, J. 12652, das Dienstverhältnis vierzehntägig gekündigt, und zwar deswegen, weil derselbe zu jenen Rädelführern gehörte, welche unter der Leitung des gewesenen Unterschaffers Leopold Schweiger das gesammte Personal des genannten Fuhrwerksbetriebes gegen den Schaffer Michael Niedermayer, als Leiter dieses Betriebes aufhetzten und diesen Vorgesetzten in der böswilligsten Weise verleumdeten, so dass er sogar in Untersuchung gezogen wurde, aus der er aber schuldlos hervorging. Die in der vorliegenden Interpellation ausgesprochene Behauptung, dass der Entlassung des Kutschers Fischhammer kein Stadtraths-Beschluss zugrunde läge, gründet sich daher ebensowenig auf Thatsachen, wie die daselbst zum Ausdruck gebrachte Vermuthung, Fischhammers Entlassung sei nur deswegen erfolgt, weil er sich mit einigen anderen Kameraden an den Herrn Interpellanten um Intervention wegen Verbesserung der Lage der städtischen Kutscher beim erwähnten Fuhrwerksbetriebe gewendet habe.“

Das Weitere verlese ich nicht; das geht den Magistrat nichts an, was ich zu thun habe.

Die zweite Frage lautet (liest):

„Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den städtischen Organen bekanntzugeben, dass Bedienstete der Gemeinde nicht entlassen werden dürfen, falls sie sich in einer dienstlichen Angelegenheit bittlich an einen Herrn Gemeinderath wenden?“

Diese Frage beantworte ich damit, dass ich diesen Auftrag nicht erlassen werde, und zwar aus folgenden Gründen. Ich kann unter keiner Bedingung zugeben, dass städtische Bedienstete mit Übergehung ihrer Vorgesetzten und insbesondere des Bürgermeisters sich an einen oder den anderen Herrn Gemeinderath wenden. Wenn sie es thun und dabei die Wahrheit sagen, so wird ihnen selbstverständlich kein Haar gekrümmt werden. Wenn sie es aber thun und nicht die Wahrheit sagen, werde ich in entsprechender Weise vorgehen, aus dem Grunde, weil Ordnung im Hauswesen sein muss und ich entschlossen bin, dieselbe nach allen Richtungen aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

17. Interpellation des Gem.-Rathes Auhn und Genossen:

Auf Grund des Landesgesetzes vom Jahre 1868 steht denjenigen sachlichen Fortbildungsschulen, welche den Schulzwang aufrecht erhalten und auch sonst den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, eine 75procentige Rückvergütung des von den Gewerbetreibenden als Zuschlag zu ihrer Erwerbsteuer entrichteten Beitrages zum Gewerbeschulffonde zu.

Der Betrag dieser Rückvergütung stellt das im nachhinein fällig werdende Betriebscapital der sachlichen Fortbildungsschulen vor, indem die genannten Schulen erst nach einjährigem Bestande einen Anspruch auf die Zuschläge zur Erwerbsteuer aus dem Vorjahre genießen.

Es waren daher die Schulausschüsse der sachlichen Fortbildungsschulen von jeher bestrebt, den ihnen zukommenden Rückvergütungsbetrag so früh als möglich flüssig zu machen und sie haben sich daher nach Einholung der entsprechenden Bewilligung nicht selten unter Aufwendung bedeutender Kosten bemüht, diese Verzeichnisse sich auf halbamtlichem Wege zu verschaffen.

Um die bei der präferen finanziellen Lage der Schulen nicht gerechtfertigte Auslage für die halbamtliche Herstellung der Verzeichnisse zu ersparen, wurde von maßgebender, den Schulen wohlthönder Seite vor 1½ Jahren

der Erlaß provociert, daß die Magistratsbeamten die Verzeichnisse auf amtlichem Wege kostenfrei für die Schulen herzustellen haben.

Durch die nunmehr angeordnete Herstellung dieser Verzeichnisse im Amtswege jedoch erhalten die Schulen dieselben nicht mehr wie bisher in den dem Rechnungsjahre folgenden Monaten Jänner und Februar, sondern zumeist erst im November oder December. Nachdem die Schulen über kein eigenes Betriebscapital, verfügen, ja ihr Betriebscapital, das heißt die mehrfach erwähnte 75percentige Rückvergütung sogar ohnehin erst im nachhinein erhalten, sind sie durch diesen Erlaß, unverschuldeter und unbeabsichtigter Weise, großen finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt worden, so daß den meisten Schulen besser gedient war, als sie noch die seinerzeit für die halbamtliche Herstellung aufgewandten Beträge zu zahlen hatten, als jetzt, wo sie die zur Behebung der Rückvergütung nötigen Verzeichnisse erst am Jahresende erhalten.

Ich erlaube mir daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Frage zu stellen:

Ist er, in Anbetracht seines wiederholt den Fortbildungsschulen bewiesenen Wohlwollens, nicht geneigt, zu veranlassen, daß diese Verzeichnisse mit möglichster Beschleunigung, das heißt womöglich bis Jänner oder Februar hergestellt würden, umso mehr, als durch die an dieser Stelle leider wiederholt erwähnte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zufolge Einschreitens des Herrn Gem.-Rathes Lucian Brunner die den Schulen, seitens der Commune Wien gewährten Subventionen gleichfalls wesentlich später als bisher zur Auszahlung gelangen, wodurch sich die finanzielle Gebarung an den genannten Schulen nicht schwieriger gestaltet?

Bürgermeister: Ich habe auch diese Interpellation dem Magistrate zur Berichterstattung zugemittelt und habe infolgedessen folgenden Bericht erhalten (liest):

„In Beantwortung der von Seite des Herrn Gem.-Rathes Kuhn und Genossen gestellten Interpellation, betreffend die Verzögerung der Rückvergütung der Gewerbeschulbeiträge, wird Nachstehendes berichtet:

Der bei der Berechnung dieser Beträge berichtete Vorgang besteht darin, daß in den einzelnen Genossenschaften Theilverzeichnisse, nach Gemeindebezirken geordnet, mit dem Rückvergütungsansuchen der Gewerbeschul-Commission vorgelegt und von dieser an den Magistrat übersendet werden, um hierauf der Bearbeitung von Seite der einzelnen Steueramts-Abtheilungen zugeführt zu werden. Von diesen muß sodann, da die geleisteten Zahlungen sowohl in den Zahlungs-Documenten der Partei als auch in den steueramtlichen Hauptbüchern nur summarisch verbucht, nämlich die gezahlten Steuern einschließlich aller Umlagen eingetragen sind, aus diesen Gesamtsummen erst die Summe der gezahlten Gewerbeschulbeiträge herausgezogen werden. Daß nun bei dieser Methode die schlüsselmäßige Berechnung — und eine andere Art der Ermittlung gibt es nicht bei einer größeren Postenzahl — die Anfertigung der in Rede stehenden Auszüge aus den Steuerbüchern längere Zeit erfordert, ist umso mehr zu erklären, als infolge der Festsetzung verschiedener Umlagepercente für die Landesumlage zur Erwerbsteuer jene Zahlungen besonders auszuweisen sind, welche die Zeit von 1898 betreffen oder von den Angehörigen der I. und II. Erwerbsteuerklasse geleistet wurden, so daß zu unterscheiden sind:

1. Zahlungen für das Jahr 1898 und von Erwerbsteuerepflichtigen der III. und IV. Klasse pro 1899;

2. Zahlungen pro 1899 für die Angehörigen der I. und II. Erwerbsteuerklasse;

3. Zahlungen pro 1897 und die früheren Jahre.

Zu diesen Schwierigkeiten kommt noch der Umstand, daß von Seite einer größeren Zahl von Genossenschaften in die Verzeichnisse überhaupt keine Contozahlen eingesetzt werden, so daß die seit der Steuer-

reform ohnedies übermäßig in Anspruch genommenen Steueramts-Abtheilungen auch diese Zahlen vorerst im amtlichen Wege erheben müssen.

Was schließlich die vom Herrn Interpellanten gemachte Anregung betrifft, daß die in Rede stehenden Verzeichnisse womöglich bis Ende Jänner oder Februar fertiggestellt werden mögen, so dürfte die Durchführung dieser Anregung nicht von dem Zeitpunkte an möglich sein — das ist für alle Herren, welche bei Genossenschaften thätig sind, wichtig — „wenn von Seite aller in Betracht kommenden Genossenschaften die Verzeichnisse nicht, wie bisher, nach und nach, sondern alle gleichzeitig überreicht werden.

Der Magistrat wird überigens sofort veranlassen, das die in Rede stehenden Berechnungen ohne Verzug durchgeführt werden.“

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

18. Interpellation des Gem.-Rathes A. J. Müller:

In der „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 1 vom 1. Jänner 1901 ist ein Artikel, enthaltend: die Arbeiten und Leistungen der Lagerhausarbeiter, die Bezahlung und Behandlung derselben durch die Arbeitgeber im allgemeinen.

In diesem Artikel ist aber ganz speciell in sehr harter und scharfer Weise die Commune angegriffen, ja geradezu im Vergleich zu den Lagerhausarbeitern anderer gleicher Unternehmungen, man kann sagen, beleidigender, herausfordernder Art.

Ich habe mir auch erlaubt, diese Kritik im Anhang beizuschließen, und glaube, daß es das Ansehen der Gemeinde erfordert, diese Anschuldigungen auf ihre Richtigkeit prüfen und allenfalls richtigstellen zu lassen.

Ich erlaube mir daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist ihm der Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ mit der Spitzmarke „Am Donauquai“ in der Nr. 1 vom 1. Jänner 1901, betreffend die Lagerhausarbeiter und speciell die der Commune Wien, bekannt und ist er auch geneigt, sich hierüber Bericht erstatten zu lassen und denselben dem geehrten Gemeinderathe dann zur Kenntnis zu bringen, und bei dieser Gelegenheit auch weiter geneigt, auf die von mir seit Jahren bei verschiedenen Anlässen gestellten Anträge, dieselbe Frage (das städtische Lagerhaus und dessen Angestellte und die Arbeiterfrage) betreffend, gütigst zurückzukommen?

Dieselben gipfelten in dem Wunsche, daß die Gemeinde für ihre Bediensteten und Arbeiter entsprechend große, lustige, im Winter heizbare Unterkunftsräume schafft, wo der Arbeiter sich vor Beginn und am Schlusse der Arbeit, ebenso auch während der Ruhepausen und der Mittagszeit aufhalten kann, wo er Schutz vor den Unbilden der Witterung findet; wo er sein Mittagsbrot, welches ihm seine Frau oder Kinder bringen, unter gedecktem Raum genießen kann; es seien weiters Wasch- und Baderäume herzustellen, in welchen der Arbeiter sich nach des Tages Last und Mühe, nach gethauer Arbeit reinigen und stärken kann, bevor derselbe zu seiner Familie heimwärts wandert; es sei weiters ein Raum zu schaffen, wo bei plötzlicher Erkrankung oder einem Unglücksfalle die erste Hilfe demselben zutheil wird, ein Raum, in welchem alle hiezu nötigen Utensilien vorhanden sind und wo entweder der Arbeiter wieder arbeits- oder aber transportfähig gemacht werden kann.

Würde von Seite der Gemeinde schon längst auf alle diese Anträge eingegangen worden sein, so wäre es nicht möglich, daß solche Brandartikel, wie der eingangs erwähnte beiliegende der „Arbeiter-Zeitung“, erscheinen, die Gemeinde stünde als Muster für ähnliche Betriebe da. (Siehe die städtischen Gaswerke.)

Bürgermeister: Von Seite des Herrn Lagerhaus-Directors wird mir über diese Angelegenheit Folgendes berichtet (liest):

„Die Angaben des Artikels in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. Jänner 1901 beruhen größtentheils auf Unwahrheiten und Übertreibung.

Zum Verschieben sind drei eigene Verschubpartien mit zusammen 38 bis 40 Mann, nach Bedarf auch mehr vorhanden, die die Zustellung und Abholung der Waggonen besorgen und vollständig ausreichen. Sie fangen schon eine Stunde vor Beginn der Arbeitszeit mit dem Verschieben an und verschieben auch in den Arbeitspausen, damit jeder Aufenthalt vermieden werde. Eine Arbeitsunterbrechung wegen Waggonmangel findet nur dann statt, wenn die zur Verladung nöthigen Waggonen von den Bahnen dem Lagerhause nicht in ausreichender Menge beigelegt werden.

Zur Wage werden in der Regel nur die älteren Wochenarbeiter verwendet, die 10 fl. und Dienstaterszulagen bis zu 2 fl. wöchentlich beziehen; daß auch jüngere Kräfte, die 9 fl. beziehen, verwendet werden, kommt nur selten und nur dann vor, wenn diese sich einschulen sollen.

Den Wochenarbeitern ist die Annahme von Trinkgeldern und Getränken streng verboten. Es ist nicht festgestellt worden, daß die Wochenarbeiter bei der Wage an den Schleppen solche Trinkgelder von den Accordarbeitern (im Betrage von 1 K nebst Getränk) annehmen, sonst wären sie entlassen worden.

Es sind 22.000 Lagerhausfächer vorhanden, die sich in brauchbarem Zustande befinden und regelmäßig geflickt oder erneuert werden; daß sie durch die Arbeit leiden und hier und da reißen, ist naturgemäß.

Die Accordlöhne wurden mit den Accordarbeitern im Februar 1896 vereinbart und sind in den Lohnbestimmungen festgesetzt; in diesem Jahre wurden sie theilweise erhöht.

Der Durchschnittsverdienst eines Accordarbeiters beträgt 3 fl. bis 4 fl. pro Arbeitstag von circa acht Stunden; ist also gewiß nicht gering.

Werden die anderen Auslagen, welche das Lagerhaus bei der Schiffsaufladung zu bestreiten hat (Beistellung des Waggonmeisters, Verschieben der Waggonen, Säcke, Wagen, Gewichte und sonstiges Ausladegerät, Beitrag zur Kranken- und Unfallversicherung, allgemeine Regie u. s. w.) den Accordlöhnen hinzugerechnet, so ergibt dies fast genau jenen Betrag, welcher an Gebühren von den Parteien eingehoben wird; das Lagerhaus hat daraus keinerlei Gewinn.

Der Magistrat fügt Folgendes bei (liest):

„Der Antrag wegen Herstellung einer Wartehalle ist im Stadtbauamte anhängig und wird die Berichterstattung hierüber urgirt werden.“

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

19. Interpellation der Gem.-Räthe Dr. Reisch und Almeder:

Laut Mitteilung des Amtsblattes wurde im Stadtrathe zur Zahl 13447 über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Besorgung der Abfuhr des Marktlehrichts, sowie der Fuhrwerksleistungen zum Zwecke der Reinigung und Instandhaltung der Straßen, Gassen und Plätze etc. referirt und diese Arbeiten vergeben.

Die Beschlusfassung hierüber erfolgte getrennt in der Sitzung vom 21. November 1900 betreffs der anderen Bezirke und erst am 29. November 1900 betreffs des IX. Bezirkes.

Für diesen Bezirk lagen zwei Offerte vor.

Das Offert A enthielt in den vier Hauptposten gegenüber dem Offerte B erheblich niedrigere Einheiten, und zwar lauteten die Offerte, wie folgt:

1. Für Abfuhr von Marktlehricht und Straßenstaub: Offert A 2 K 50 h, Offert B 3 K.
2. Für Abfuhr von Erde, Schutt in Erdenwagen: Offert A 2 K, Offert B 2 K 80 h.
3. Für Abfuhr von Schnee zu Abladeplätzen: Offert A 1 K 90 h, Offert B 2 K.
4. Für Abfuhr von Schnee zu Canalshächten: Offert A 1 K 20 h, Offert B 1 K 30 h.

Bezüglich der Regieführen enthielt das Offert B geringere Aufätze gegenüber dem Offerte A.

Nach den bei der Bezirksbehörde gepflogenen Erhebungen stellt sich das Ergebnis derart, daß die oben sub 1 bis 4 aufgeführten Einheitspreise des Offertes B nach dem Erfahrungsjahre einen Mehrbetrag von etwa 12.000 K gegenüber dem Offerte A ergeben, während aus den niedrigeren Einheitspreisen im Offerte B ein Minderbetrag von nur etwa 100 K resultiert, so daß bei Vergleichung der beiden Offerte sich das Offert A gegenüber dem Offerte B für die Gemeinde um circa 12.000 K günstiger stellt.

Der Stadtrath hat trotzdem in der Sitzung vom 29. November 1900 die Fuhrwerksleistungen für den IX. Bezirk nicht an den Offerten A, dessen Vertrauenswürdigkeit außer Zweifel steht und der unmittelbar früher städtischer Contrahent gewesen, vergeben, sondern an den Offerten B, und erscheint durch diese Vergebung die Commune Wien um den obangeführten Betrag von über 12.000 K geschädigt.

Die Geseftigten erlauben sich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Entsprechen obangeführte Ziffern den Thatfachen?

2. Wie vermag der Herr Bürgermeister den Vorgang bei der Vergebung der Fuhrwerksleistungen im IX. Bezirke und die dadurch herbeigeführte Schädigung der Gemeindeinteressen zu rechtfertigen?

Bürgermeister: Ich wäre nicht verpflichtet, diese Interpellation zu beantworten, weil die Angelegenheit ausschließlich in den Wirkungskreis des Stadtrathes fällt. Ich nehme aber keinen Anstand, den Sachverhalt, wie er sich actenmäßig darstellt, den Herren bekanntzugeben.

In der Sitzung des Stadtrathes vom 21. November wurde, und zwar über das von Herrn St.-R. Wessely erstattete Referat beschloffen, das Offert des Severin Schreiber für den IX. Bezirk anzunehmen. In der Sitzung vom 29. November wurde beschloffen, den soeben erwähnten Beschlus zu reassumieren. Hierauf wurde von Seite des Referenten beantragt, die betreffende Arbeit an den Fuhrwerksbesitzer Karl Röttner zu den Offertpreisen zu übertragen. Am 6. December wurde der Gegenstand neuerdings reassumirt, und es hat sich darüber eine längere Debatte entsponnen, an deren Ende der Antrag des St.-Rathes Hipp mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen wurde, wonach die Vergebung der Fuhrwerksleistungen an Karl Röttner aufrecht bleibt.

Soviel ich mich an die zuletzt erwähnte Debatte erinnere, bestand der Hauptbeweggrund darin, daß es im Interesse der Gemeinde liegt, kleinere Offerten aufrecht zu erhalten, damit die Concurrnz auch aufrecht erhalten werden kann. Es ist das ein Grundsatz, der im Stadtrathe immer, soweit ich mich zurückerrinnern kann, durchgeführt worden ist. Nachdem nun der Fuhrwerksbesitzer Karl Röttner, wie berichtet wurde, ein sogenannter kleiner Geschäftsmann ist, und er, wenn er die Arbeiten nicht bekommen hätte, eventuell zugrunde gegangen wäre, so wurde die Vergebung der Arbeiten an ihn beschloffen. Das ist der ganze Sachverhalt.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

20. Antrag des Gem.-Rathes Fuhr:

Der Abtrieb der mittels Bahn am hiesigen Frachtenbahnhofe (Rustdorf) ankommenden und für das Rustdorfer Schlachthaus bestimmten Rinder erfolgte seit Jahren durch das rückwärtige, dem Donaucanal zu gelegene Bahnhofthor, durch den Durchlaß in die Eisenbahnstraße und durch das rückwärtige Gitterthor in das Schlachthaus.

Dieser Vorgang wurde zur Zeit des Schleusenbaues wegen Passagehindernisses und größtentheils wegen Absperrung des Bauplatzes eingestellt, was auch gerechtfertigt war.

Als der genannte Bau beendet war, fand der Abtrieb der Schlachtrinder wie früher wieder statt, nämlich durch die Eisenbahnstraße, aber nur auf kurze Zeit, denn seit circa einem Jahre wird der Abtrieb in einer Weise vorgenommen, welcher aus Gründen der persönlichen Sicherheit als äußerst gefährlich bezeichnet werden muß, nachdem der Abtrieb jetzt vom Frachtenbahnhofe aus direct auf die Heiligenstädterstraße geschieht, der starke Verkehr von Wagen der Dampftramway etc. und da an manchen Stellen diese Straße nur

8 bis 10 Meter breit ist, erscheint es erklärlich, daß auch schon zu wiederholtenmalen Unfälle vorkamen. Es kann öfter beobachtet werden, daß Kinder in solche Viehtriebe gerathen und durch Schrecken und Verwirrung direct auf das Geleise der Dampftramway laufen, wo bei einem dahersahrenden Zuge ohne Verschulden des Maschinführers solche Kinder überfahren werden können, wie es auch schon geschehen ist.

Wenn andererseits diesen Viehtriebfern das Recht zusieht, in jede beliebige Gasse, welche zu dem Schlachthause führt, das Vieh abzutreiben, kann ermeßten werden, welche Zustände dieses mit sich bringt.

Es ist daher unbegreiflich, daß der Transport nicht mehr eingehalten wird wie früher. Wenn dieser Straßenzug Eisenbahnstraße—Schlachthaus nicht bestehen würde, müßte er geradezu geschaffen werden, um den Abtrieb des Schlachtviehes vom Bahnhofe zum Schlachthause in so ganz abgeschlossener, bedeutend kürzerer Weise durchführen zu können.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Der Magistrat werde beauftragt, den Viehtrieb vom Frachtenbahnhofe Nußdorf zum Schlachthause daselbst in der Weise zu ordnen, daß diese Abtriebe in der früher stattgehabten Weise wieder eingehalten werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

21. Antrag des Gem.-Rathes Dr. Mayreder und Genossen:

Nach dem bisherigen Stande der Gemeinderaths-Beschlüsse hat es den Anschein, als ob eine ausgiebige Regulierung und Verbreiterung der Naglergasse niemals durchgeführt würde. Umso dringlicher wird dadurch eine ausgiebige Regulierung und Verbreiterung der Vognergasse und des Überganges vom Graben zu dieser.

Die Gefertigten beantragen daher:

Die Abänderung der für die Vognergasse, den Graben, den Kohlmarkt und die Tuchlauben bestimmten Baulinien in diesem Sinne und legen zu diesem Zwecke eine Skizze bei.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

22. Antrag des Gem.-Rathes Dr. Mayreder und Genossen:

In der Sitzung vom 31. August 1900 hat der Gemeinderath den Antrag Altmeder auf Subventionierung des Kress'schen Luftschiffes abgelehnt und sich in seinem Votum vielleicht durch ein Schreiben Lucian Brunners bestimmen lassen, welcher das Kress'sche Unternehmen als ein auf Gewinn berechnetes hingestellt hat, für welches die Interessenten voraussichtlich auch die Geldmittel beschaffen bläßen. Diese Voraussetzung Brunners hat sich nicht erfüllt. Inzwischen hat zwar Seine Majestät der Kaiser dem Unternehmen 5000 K zugewandt, daselbe ist aber materiell noch immer nicht gesichert.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Wiener Gemeinderath beschließe, dem Ingenieur Wilhelm Kress für die Zwecke und die Fertigstellung seines Luftschiffes den Betrag von 2000 K zu widmen.

Bürgermeister: Geht ebenfalls an den Stadtrath.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung.

Die Schriftführer constatieren, daß mehr als 100 Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind.

Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Tomola, das Referat, aber vorläufig nur über sogenannte Hunderterstücke zu erstatten.

23. Referent Gem.-Rath Tomola: Zur Zahl 15159, Beilage Nr. 4, liegt ein Offert der Josefa Pichler auf käufliche Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 153 Währing vor. Es ist dies der auf der Rückseite des Antrages in dem Plan schraffierte Grund. Derselbe stellt in Wirklichkeit eine Böschung vor, welche Frau Pichler erwerben will. Der größte Theil der Böschung fällt in den Straßengrund und nur der kleinere Theil derselben wird zu Vorgärten verwendet.

Es wird der Antrag gestellt, gegen gegenseitige Compensation mit den Pichler'schen Gründen und gegen Anzahlung von 11.000 K seitens Frau Pichler dieses Geschäft abzuschließen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Zifferer contra!

Gem.-Rath Zifferer: Ich finde in den vorliegenden Anträgen nur eines bedenklich. Es heißt nämlich in dem Punkte 1 der Anträge, daß der Betrag von 11.000 fl. binnen 14 Tagen nach Verständigung von der erfolgten grundbücherlichen Durchführung dieser Transaction bezahlt werden soll. Ich glaube, das muß bezahlt werden, bevor die grundbücherliche Transaction durchgeführt wird. Es müßte heißen: „14 Tage nach der Verständigung“; aber daß wir den Betrag erst bezahlt bekommen, wenn der Grund im Grundbuche an die andere Partei übertragen ist, das wäre ein Novum. Wir können doch nicht die Übertragung vornehmen lassen und sagen, wir haben das Geld bekommen, trotzdem dies noch nicht geschehen ist. Es müßte also im Punkte 1 heißen: „der Betrag von 11.000 fl. ist binnen 14 Tagen nach Verständigung zu bezahlen“, aber nicht nach Durchführung im Grundbuche. Diese kann erst erfolgen, wenn der Betrag bezahlt ist. Ich bitte, diesen Punkt in der Weise abzuändern.

Referent: Ich glaube, es wird kein Anstand sein, der Anregung des Herrn Gem.-Rathes Zifferer Folge zu geben.

Bürgermeister: Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Zifferer geht, glaube ich, dahin, daß der Betrag binnen 14 Tagen nach der Verständigung von der erfolgten Beschlußfassung des Gemeinderathes an zu bezahlen ist.

Wenn kein Widerspruch stattfindet, werde ich den Antrag des Stadtrathes zugleich mit der vom Herrn Gem.-Rath Zifferer beantragten Abänderung zur Abstimmung bringen. (Zustimmung.)

Es wünscht niemand mehr das Wort. Ich bitte also jene Herren, welche den nach dem Antrage Zifferer abgeänderten Stadtraths-Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich constatire, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt der Josefa Pichler behufs Arrondierung der Realität Einl.-Z. 114 Währing einen Theil der Cat.-Parc. 153, Einl.-Z. 1502 Währing, Figur a b c d e a, per circa 77 m² und überträgt den zwischen dem Punkte A und der Achse der Haizingergasse gelegenen Theil dieser Parcellen per circa 463 m² ins Verzeichniß für das öffentliche Gut, wogegen die Genannte sämmtliche von der Realität Einl.-Z. 114 Währing zu Straßenzwecken entfallenden Grundflächen unentgeltlich und lastenfrei an die Gemeinde abtritt und einen Betrag von 11.000 K an die Gemeinde bezahlt. Diese Transaction wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Der Betrag von 11.000 K ist binnen 14 Tagen nach der Verständigung fällig.

2. Die Übergabe beziehungsweise Übernahme der mit den Buchstaben a b c d e a und f g h i f umschriebenen Grundtheile findet sofort nach Bezahlung des obenwähnten Betrages statt.

3. Josefa Pichler verpflichtet sich, die von der Gemeinde zur grundbücherlichen Abschreibung zu bringenden Theilflächen der Cat.-Parc. 153, sowie die von der Realität Einl.-Z. 114 Währing zur Gutzgasse und Türkenschanzstraße entfallenden Flächen binnen drei Jahren nach vollzogener grundbücherlicher Durchführung dieser Transaction, die von der genannten Realität zur Hofstatt- und Haizingergasse

abzutretenden Grundtheile mit Ausnahme der Figur f g h i f nach Maßgabe der Verbauung der angrenzenden, durch die Abtheilung der Realität Einl.-Z. 114 Währing entstehenden Baustellen ins richtige Niveau zu bringen. Diese Verpflichtung ist auf der Realität Einl.-Z. 114 Währing als Reallast zu Gunsten der Gemeinde zu intabulieren.

4. Sämmtliche mit der Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten trägt Josefa Pichler, die Übertragungsgebühren jeder Contrahent bezüglich der von ihm zu erwerbenden Flächen, wobei bemerkt wird, daß die von Josefa Pichler abzutretenden Flächen mit Ausnahme der Figur f g h i f ins Verzeichnis für das öffentliche Gut zu übertragen sein werden.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Büsch zum Referate.

24. Referent Gem.-Rath Büsch: Zur Zahl 15167 beantragt der Stadtrath die Bewilligung einer Subvention von 720 fl. pro 1900 an die Freiwillige Feuerwehr in Ober-Meidling zur Entlohnung eines Telegraphisten. Die genannte Feuerwehr wurde schon durch mehrere Jahre mit dieser Subvention vom Gemeinderathe bedacht und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ange nom men.

Beschluß: Es wird eine Subvention von 720 K pro 1900 an die Freiwillige Feuerwehr Ober-Meidling zur Entlohnung eines Telegraphisten bewilligt.

Bürgermeister: Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Hörmann zum Referate.

25. Referent Gem.-Rath Hörmann: Zahl 11289, Beilage 468. Abänderung der Baulinien für die Apostelgasse und Erdbergstraße bei der Kirche St. Peter und Paul im III. Bezirke.

Wie Sie aus dem Plane ersehen, soll die Kirche nach rückwärts beim Thurme freigestellt werden, und sind zu diesem Zwecke auch schon zwei Häuser eingestößt worden. Es soll die Grenze von dem Nachbarhause Nr. 7 als Baulinie nach rückwärts gelten und soll senkrecht auf die Erdbergstraße fallen; ebenso soll in der Apostelgasse die Baulinie fortgeführt werden und ein kleiner Platz, der parallel mit der Kirchenflucht geht, soll zu dem Hause Nr. 3 kommen.

Eine Bestimmung ist auch getroffen, daß circa 14 m in die Apostelgasse hinein vier Stock hoch verbaut, während der unmittelbar an die Kirche anstoßende Theil der Realität nur in einer Höhe von 12-15 m verbaut werden darf.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht hiezu einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall und ich ersuche die Herren, welche den Antrag annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Unter Aufassung der durch nachstehende Anträge berührten, derzeit genehmigten Baulinien werden als Baulinien neu bestimmt:

1. Für den Platz bei der Kirche St. Peter und Paul im III. Bezirke die im Originalplane roth schraffirten Linien A B — C D — D E und E F.

2. Die Ausgestaltung des Kirchenplatzes hat nach der im Plane (Z. 1322/XR ex 1900) skizzirten Weise zu erfolgen.

3. Die im Originalplane blau eingeschriebenen Niveaucoten werden genehmigt.

4. Der Verkauf der zur Arrondierung gegen den Platz nothwendigen Fläche der Cat.-Parc. 3073 an der Apostelgasse 3 ist an die Bedingung zu knüpfen, nur einen im Maximum 14 m tiefen Theil der Realität an der Apostelgasse vier Stock hoch zu verbauen und den anderen unmittelbar an die Kirche stoßenden Theil derselben (auch an der Linie C D), was die Geschosshöhe anbelangt, nur bis zum Hauptgesimse der Kirche zu verbauen, d. h., es sind die Hauptgesimse der Kirche und des zu erbauenden Hauses in gleicher Höhe (12-15 m) anzulegen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Tomola!

26. Referent Gem.-Rath Tomola: Zahl 85. Der Act betrifft die Normierung der Vertrauensmänner für die Wahlen in der sogenannten Städtecurie, welche am 14. Jänner 1901 stattfinden. Es ist hier derselbe Modus zu beobachten wie bei der gestern stattgefundenen Wahl. Von den sieben Mitgliedern werden drei seitens des Gemeinderathes, drei von Seite des Statthalters ernannt, während das siebente Mitglied seitens der sechs versammelten Commissionsmitglieder gewählt wird.

Es liegen hier aus allen Bezirken die Listen jener Commissionsmitglieder vor, welche dem Gemeinderathe vorgeschlagen werden sollen.

Außerdem wird noch der Antrag gestellt, es sei der Herr Bürgermeister zu ermächtigen, im Falle des Bedarfes aus eigener Machtvollkommenheit Ersatzmitglieder zu ernennen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht jemand hiezu das Wort? — Herr Gem.-Rath Eltbogen!

Gem.-Rath Eltbogen: Es ist sehr schwer, über den Antrag abzustimmen, wenn man nicht weiß, wer die Mitglieder sind. Ich beantrage daher, daß die Liste vorgelegt, und daß dann darüber abgestimmt wird. Wenn man nicht weiß, worüber man abstimmen soll, so kann man nicht abstimmen.

Referent: Von allen 20 Bezirken soll ich die Listen verlesen? (Rufe: Ja! — Gem.-Rath Drel: Die Listen hätten gedruckt werden können! — Rufe: Das Verlesen dauert eine Stunde! — Abstimmen!)

Bürgermeister: Wenn es einer verlangt, muß ich es thun. (Abstimmen lassen!) Da gibt es keine Abstimmung.

Gem.-Rath Eltbogen: Ich würde beantragen, das Referat bis zum Schluß der Sitzung zu lassen und unterdessen die Liste vorzulegen. Wir werden sie einsehen.

Bürgermeister: Das geht nicht. Wenn Sie aber wollen, unterbreche ich die Sitzung auf fünf Minuten, und Sie sehen die Listen ein. Wenn nicht, so lasse ich sie verlesen.

Herr Gem.-Rath Dr. Mechansky hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Mechansky: Der Herr College Eltbogen hat einen Umstand gerügt, den ich schon das letztemal gerügt habe. Es könnte dem dadurch abgeholfen werden, daß vorher den Gemeinderäthen Gelegenheit geboten wird, eine solche Liste einzusehen. Die Herren müssen zugeben, es entbehrt nicht eines Beigeschmackes von Romil, daß man über eine Liste abstimmen

läßt, von der man nichts gesehen und bezüglich deren Einsicht man gar keine Gelegenheit bekommen hat.

Ich würde nun beantragen, daß diese Unterbrechung vielleicht auf 10 Minuten ausgedehnt wird; werden wir früher mit der Durchsicht fertig, so kann die Sitzung früher wieder aufgenommen werden.

Bürgermeister: Ich unterbreche die Sitzung auf 10 Minuten. Ich bitte, die Listen einzusehen.

(Die Sitzung wird um 5 Uhr 55 Minuten unterbrochen.)

* * *

(Wieder-Eröffnung der Sitzung um 6 Uhr 5 Minuten.)

Bürgermeister: Ich erkläre die Sitzung wieder für eröffnet.

Das Wort contra hat Herr Gem.-Rath **Eltbogen**.

Gem.-Rath Eltbogen (contra): Ich kenne die Vorgangsweise bei der Zusammenstellung dieser Listen nicht. Ich weiß nicht, wo und wie sie gemacht werden, aber ich bezweifle, daß sie im Magistrate gemacht werden, und zwar aus folgenden Gründen:

Ich weiß, daß der Magistrat die Listen immer von den Herren Bezirksvorstehern verlangt. Zufälligerweise ist mir nun die Liste des II. Bezirkes bekannt, und ich erkläre, meine Herren, daß auch nicht ein einziger von diesen Herren in der Liste vorkommt, welche Sie vorschlagen. (Hört!)

Es muß auch Ihnen, meine Herren, daran gelegen sein, eine objective und ruhige Wahl zu haben. In dieser Weise aber geht es nicht. Ich bin überzeugt, daß die meisten Herren aus dieser Liste die Leopoldstädter Wähler nicht kennen.

Die Bezirksvertretung muß es viel besser wissen, wen sie hinzusetzen hat, als derjenige — ich weiß nicht, wer es ist — der diese Liste hier gemacht hat.

Sie wissen, wie es bei den Agnoszierungen im II. Bezirke zugeht. Es ist der reinste Scandal. Es kommen Functionäre des Bezirkes zur Wahl, um zu agnoszieren, und niemand kennt sie. Es ist ganz merkwürdig, es sitzen lauter fremde Leute dort. Vielleicht will man sie nicht kennen. Ich glaube, es ist nichts Böses, wenn ich sage, daß es wenigstens der Anstand erfordert hätte, die alte Usance einzuhalten und zum mindesten die Leopoldstädter Gemeinderäthe als Vorsitzende zu nehmen, nicht aber fremde Herren, welche mit dem Bezirke gar nichts zu thun haben.

Ich beantrage, den Vorschlag für den II. Bezirk dahin abzuändern, daß die Liste der Bezirksvertretung genommen werde, und daß die Gemeinderäthe des II. Bezirkes als Vorsitzende nominirt werden.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. **Nečansky** contra!

Gem.-Rath Dr. Nečansky: Soweit ich die Listen durchgesehen habe, ist daraus zu entnehmen, daß die Mitglieder der Commissionen, welche vorgeschlagen sind, lediglich einer Partei, nämlich der clericalen angehören. (Lebhafter Widerspruch und Rufe: Es gibt hier keine clerical Partei! Christlichsocial!) Meine Herren! Sie können sich selber täuschen, aber mich werden Sie nicht täuschen! (Anhaltende Unruhe. — Der Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.)

Meine Herren! Nicht nur der Takt, sondern auch die Erfordernisse der Wahl selbst sind danach, daß eine Wahl-Commission nicht einseitig nur aus einer politischen Partei zusammengesetzt werden soll, denn es müssen doch auch Leute in dieser Commission sein, welche Wähler der anderen Parteien zu agnoszieren in der Lage sind.

Die einseitige Zusammensetzung dieser Wahl-Commissionen hat bis jetzt ergeben, daß die Agnoszierung von Bürgern und Wählern, welche lange in einem Bezirke gewohnt haben, nicht möglich war, weil die Mitglieder der Wahl-Commission sowohl die Wähler nicht gekannt haben als auch diejenigen, welche diese Wähler zur Agnoszierung vor die Wahl-Commission geführt haben; ob sie sie auch nicht kennen wollten, das lasse ich dahingestellt. Nun, meine Herren, eine Wahl-Commission soll unparteiisch sein; da soll man nicht politisch gefärbte Männer hinesezen, denn aus der Wahl-Commission soll die Leidenschaft der Agitation ausgeschaltet sein; dort sollen nur Männer sitzen, die nach Recht und Gesetz vorgehen. Damit das geschehe, ist es, möchte ich sagen, physikalisch nothwendig, daß diese Kräfte parallelisirt werden, daß man also nicht einseitig nur clerical-christlichsocial Antisemiten hinesezt. Nachdem das aber nicht der Fall ist, so beantrage ich, daß diese Liste an den Stadtrath zurückverwiesen werde, mit dem Auftrage, daß die Listen so zusammengestellt werden, daß auch die Mitglieder der anderen Parteien eine entsprechende Berücksichtigung in der Wahl-Commission finden.

Bürgermeister: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Gem.-Rath **Dürbeck**.

Gem.-Rath Dürbeck: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt.

Jene Herren, welche dafür stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath **Allmeyer**.

Gem.-Rath Allmeyer: Meine Herren! Ich kann mich kurz fassen. Ich möchte bezüglich der Agnoszierung der Wähler eine Bemerkung machen. Bei den letzten Gemeinderathswahlen war ein Vorsitzender, der hier im Saale ist, und der wurde ersucht, einen Wähler zu agnoszieren. Zwei Herren sind für den Betreffenden eingestanden. Beide Herren waren ihm ganz genau bekannt; weil sie aber krumme Nasen gehabt haben (Heiterkeit), hat er sie nicht kennen wollen. (Heiterkeit.) Für eine solche Zusammensetzung der Listen gibt es nur einen Ausdruck, ich will ihn aber nicht gebrauchen, er ist nicht parlamentsfähig. Stolz dürfen Sie auf diese Listen nicht sein.

Bürgermeister: Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Es ist möglich, daß die Zusammenstellung der vorliegenden Liste nicht nach dem Geschmack des einen oder anderen Herrn ist, aber gestern haben wir gesehen, daß im ganzen und großen bei der Menge von 260 Wahl-Commissionen sich verhältnismäßig sehr wenig Anstände ergeben haben. Die meisten Herren reißen sich nicht um das Geschäft, den ganzen Tag in der Commission zu sitzen. (Sehr richtig!) Es ist das wirklich nichts Angenehmes. Eines möchte ich bemerken. Es wird jetzt mindestens ebenso unparteiisch vorgegangen, wie es in früherer Zeit unter den Liberalen gewesen ist. (Sehr richtig!)

Im XVIII. Bezirke hat man früher als Vorsitzende bei den Gemeinderathswahlen Gemeinderäthe aus dem I. Bezirke hingschickt. Herr **Markel** war Vorsitzender bei der Wahl im 2. Wahlkörper im XVIII. Bezirke. Wen sollte der im XVIII. Bezirke agnoszieren? So war es früher. Jetzt kommen derartige Fälle nicht vor.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Herr Gem.-Rath Dr. **Nečansky** hat den Antrag gestellt, daß die seitens des Stadtrathes vorgelegte Liste an den Stadtrath zurückgeleitet und ihm der Auftrag erteilt werde, daß alle

Parteien, die in Wien existieren, in den betreffenden Commissionen ihre Vertretung finden.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Antrage des Stadtrathes zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: 1. Die vom Referenten namhaft gemachten Vertrauensmänner werden genehmigt.

2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Falle sich die Nothwendigkeit ergeben sollte, nachträglich Vertrauensmänner der Gemeindevertretung in die Commissionen zu delegieren, wegen dieser Delegierung, und zwar sowohl im Falle eines Abganges von Mitgliedern vor der Wahl, als auch im Falle des Abganges solcher Mitglieder beim Beginne der Constitutionierung der Wahl-Commissionen, Vorsorge zu treffen.

27. Referent Gem.-Rath Tomola: Zahl 14818 ex 1900 betrifft ein Referat, welches Herr Gem.-Rath Sebastian Grünebeck zu erstatten hätte, bezüglich Ansuchen von Weinbauvereinen um Bewilligung von Subventionen pro 1900. Auf Beilage 3 ist das Verzeichnis jener Weinbauvereine, welche subventioniert werden sollten. Ich bemerke zu Post 3, daß für den Weinbauverein im XVIII. Bezirke, Salmannsdorf, Neustift und Bögleinsdorf, auch eine Nachtrags-Subvention von 400 K für das Jahr 1899 eingesetzt erscheint. Der Verein hat voriges Jahr versäumt, um die Subvention einzukommen. Die Weinbauverhältnisse gerade in diesem Bezirke sind aber so trübe, daß die Weinbautreibenden den Entgang der Subvention des Jahres 1899 sehr spüren möchten. Ich bitte um die Annahme der Vorlage.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall; die Herren, welche dem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Ich erkläre, daß die betreffenden Subventionen erst nach Ablauf der Frist von 60 Tagen, welche Frist zur Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof offen steht, werden ausbezahlt werden.

Beschluß: Den nachstehend verzeichneten Weinbauvereinen werden folgende Beträge pro 1900 bewilligt, und zwar hinsichtlich der ersten fünf Vereine in der Weise der Berichtigung der von den Vereinen vorgelegten Rechnungen von Seite des betreffenden Bezirksvorstehers aus den Verlagsgeldern.

Weinbauverein Ottakring	1000 K
Weinbauverein für den XVII. Bezirk	800 „
Weinbauverein für den XVIII. Bezirk (Nachtrags-Subvention pro 1899 400 K)	800 „
Weinbauverein Unter- und Ober-Sievering	600 „
Weinbauverein Grinzing	1600 „
Verein zum Schutze des österreichischen Weinbaues	200 „

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rath Schreiner!

28. Referent Gem.-Rath Schreiner: Zahl 15008 ex 1900. Beilage 2, betrifft den Winterfahrplan der elektrisch zu betreibenden städtischen Straßenbahnlinie „Wiedener Hauptstraße—Makleinsdorferstraße“.

Der Winterfahrplan für diese Linie liegt vor, und es wird von Seite des Stadtrathes vorge schlagen, folgenden Antrag zu beschließen (liest):

„Der Gemeinderath wolle den von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien im Nachhange zu ihrer Zuschrift vom 19. December 1900, Z.-Nr. 11081/12172, vorgelegten Winterfahrplan für die städtische Straßenbahnlinie „Wiedener Hauptstraße—Makleinsdorferstraße“, welcher dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 26. October 1900, Z. 11801, entspricht, zur Kenntnis nehmen, dagegen die Bau- und Betriebs-Gesellschaft bezüglich der in der gleichen Eingabe erwähnten Wageninstradierungen der Linie „Perchenfelderstraße—Thaliastraße“ auf diesen Gemeinderaths-Beschluß verweisen.“

Dieser Fahrplan hat nur bis 15. April 1901 zu gelten, so daß bis zu diesem Zeitpunkte ein neuer Fahrplan genehmigt sein muß.“

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Pause.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gelangte Referenten-Antrag.

29. Referent Gem.-Rath Schreiner: Zahl 14891. Winterfahrplan pro 1900/01 für die neuen städtischen Straßenbahnlinien „Laborstraße—Jnnstraße“, „Rajumoffskygasse—Sechstrügelgasse“, beziehungsweise „Sophienbrückengasse—Rochusgasse“ und „Schwarzenbergplatz—Heugasse—Südbahnhof“.

Die Herren haben den Antrag des Stadtrathes in Händen. Ich bitte, ihn anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Pause.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Der Gemeinderath genehmigt die von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien mit Zuschrift vom 19. December 1900, Z. 11081/12172, vorgelegten Winter-Fahrpläne für die neu zu eröffnenden städtischen Straßenbahnlinien „Laborstraße—Jnnstraße“, „Rajumoffskygasse—Sechstrügelgasse“, beziehungsweise „Sophienbrückengasse—Rochusgasse“ und „Schwarzenbergplatz—Heugasse—Südbahnhof“ mit folgenden Abänderungen beziehungsweise Bemerkungen:

1. Der Verkehr von der Laborstraße zur Engerthstraße hat um 6 Uhr früh zu beginnen.

2. Der letzte Wagen der Linie „Südbahnhof—Heugasse—Schwarzenbergplatz“ hat nicht vor 11 Uhr 30 Minuten nachts vom Südbahnhofe, als der äußeren Endstation der Linie, abzugehen.

3. Als äußere Endstation der auf der Linie „Rajumoffskygasse—Sechstrügelgasse“ beziehungsweise „Sophienbrückengasse—Rochusgasse“ nach dem vorgelegten Fahrplane instradierten Motorzüge hat die Station „Prater-Hauptallee“ zu gelten.

4. Dieser Fahrplan hat nur bis 15. April 1901 zu gelten, so daß bis zu diesem Zeitpunkte ein neuer Fahrplan genehmigt sein muß.

Bürgermeister: Ich ersuche Herrn Dr. Kreun zum Referate.

30. Referent Gem.-Rath Dr. Kreun: Ich habe die Ehre, zur Zahl 14600 zu berichten. Der Fahrpost-Unternehmer Adolf Berger in Mauerbach ersucht um eine Subvention. Es

ist dies jener Fahrpost-Unternehmer, der unsere Pfründner um den halben Preis von der Bahnstation Weidlingau nach Mauerbach führt. Ich bitte, ihm auch heuer wieder, wie alljährlich, eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Pause.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Fuhrwerksbesitzer Adolf Berger in Mauerbach wird für die Zeit vom 1. November 1900 bis 31. October 1901 eine Subvention von 400 K (zahlbar in zwei Raten, am 1. April und 31. October 1901) unter der Bedingung gewährt, daß derselbe seinen protokollarischen Erklärungen vom 14. November 1900 bezüglich der Begünstigung der städtischen Pfründner bei Benützung seiner Fahrpost-Unternehmung Weidlingau—Mauerbach bis zum Ablaufe der Subventionsperiode pünktlich nachkommt.

31. Referent Gem.-Rath Dr. Arenn: Zahl 25019. Bericht des Curatoriums für die Verwaltung des zur Errichtung und Erhaltung eines Josefine v. Königswarter'schen Kinderspitales bestimmten Capitales über seine Thätigkeit im Jahre 1900.

Nach den Bestimmungen des Stiftbriefes ist dem Gemeinderathe alljährlich insbesondere über den Stand des Capitals Bericht zu erstatten. Ich erlaube mir daher zu berichten, daß das Legat sich nach dem Ausweise der städtischen Hauptcassa derzeit auf 879.200 K beläuft.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Bürgermeister: Es wurde auch der Beschluß gefasst, sich um einen Platz umzusehen, beziehungsweise einen solchen zu erwerben.

Die Herren, die diesen Bericht zur Kenntnis nehmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Beschluß: Der Bericht des Curatoriums für die Verwaltung des zur Errichtung und Erhaltung eines Josefine von Königswarter'schen Kinderspitales bestimmten Capitales über seine Thätigkeit im Jahre 1900 wird zur Kenntnis genommen.

32. Referent Gem.-Rath Dr. Arenn: Zahl 15044, Magistratsbericht, betreffend den Ablauf der Functionsdauer der Armenräthe mit Ende December 1900.

Die Functionsdauer sämtlicher Armenräthe war mit 31. December 1900 zu Ende, und es hätten jetzt im Jänner Neuwahlen stattfinden sollen.

Im Hinblick auf die Reichsrathswahlen, auf die Volkszählung und auf den Umstand, daß unsere Instructionen, respective unsere Vorschriften für die Armenräthe sehr veraltet sind und der Magistrat gerade daran geht, eine neue Geschäftsordnung auszuarbeiten, hat der Magistrat beantragt, es mögen einstweilen die Functionäre ersucht werden, ihr Amt zu behalten, bis die Reform durchgeführt, respective die neue Geschäftsordnung ausgearbeitet ist.

Ich stelle daher den Antrag (liest):

„Es sei die Functionsdauer sowohl der Armenräthe, wie der Functionäre der Armeninstitute bis zur Neuwahl auf Grund der neuen Vorschriften über die Armenpflege in Wien zu verlängern.“

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eltbogen contra!

Gem.-Rath Eltbogen: Ich habe bis heute den Magistratsbericht erwartet, damit man weiß, für was man stimmen soll. Ich habe aus dem Berichte auch nicht entnommen, wie das zusammenhängt, wie die Wahl der Armenräthe und Functionäre mit der Reform der Armenpflege im Zusammenhang steht, und ich möchte den Herrn Referenten bitten, mir diesbezüglich Aufklärung zu geben. Denn, meine Herren, es geht nicht, die Functionsdauer zu verlängern, ohne zu wissen, auf wie lange.

Es heißt „einstweilen.“ Das kann eigentlich auch lebenslänglich dauern. (Heiterkeit und Widerspruch.) Es sollte gesagt werden, wie lange; zwei, drei oder vier Monate.

Gegen den Referenten-Antrag selbst habe ich eigentlich nichts einzuwenden, und ich werde vielleicht auch dafür stimmen; aber ich erwarte von Ihnen, daß Sie das Recht anerkennen werden, daß Gesetze und Statute da sind, um gehalten, und nicht, um nicht gehalten zu werden.

Ich erlaube mir nun in erster Linie die Frage zu stellen: Halten Sie es für möglich, daß es in Wien einen Obmann des Armenrathes gibt, der überhaupt nicht Armenrath ist? Die Frage muß entschieden mit „Nein“ beantwortet werden. So gut, wie jemand nicht Bürgermeister werden kann, ohne daß er dem Gemeinderath angehört, so kann jener auch nicht Obmann eines Armenrathes sein, ohne dem Armenrath anzugehören. Ein solcher Fall existiert aber im II. Bezirke. Dort haben wir an der Spitze des Armenrates einen Mann, der schon seit eineinhalb oder zwei Jahren nicht mehr Armenrath ist. Sie müssen doch zugeben, daß das ungesetzlich ist. Das existiert doch in der ganzen Welt nicht. (Ruf: Lebt er noch?) Ja. (Ruf: Dann ist es doch kein solches Unglück! — Heiterkeit.)

Ich wundere mich, daß der Armen-Referent, Herr Dr. Weiskirchner, nicht da ist. Ich glaube kaum, daß der Herr Bürgermeister diesen Fall genau kennt. Denn wenn er sich auch immer auf den Stadtrath und den Magistrat ausredet (Widerspruch und Unruhe), in diesem Falle halte ich ihn doch für objectiv genug, um zuzugeben, daß es nicht gesetzlich ist, daß ein solcher Fall überhaupt existieren kann. Der Herr Magistrats-Referent Dr. Weiskirchner wird mir sagen: Wir haben ohnehin zweimal eine Wahl ausgeschrieben und es hat sich nicht die nöthige Zweidrittel-Majorität gefunden.

Ich bin überzeugt, daß auch das dem Herrn Bürgermeister nicht bekannt ist, daß ein Mitglied des Armenrathes des II. Bezirkes — ich möchte den Ausdruck nicht gebrauchen, der darauf paßt — den groben Unfug getrieben hat, an die Armenräthe Circulare auszuschießen, deren Inhalt ich nicht erwähnen will, weil es zu gemein wäre, das zu erwähnen, und die Herren von der Wahl ferngehalten hat. (Unruhe.) Das eine müssen Sie mir zugeben, daß im Armenrath keine Politik getrieben werden darf. Die Armut kennt keine Grenzen. Ob es ein Christ, ein Jude, ein Gezehe ist, die Armut thut weh — also plaudern Sie nicht! Ich habe mir vorgenommen, mit Ihnen nicht zu scharf ins Zeug zu gehen, ich will mich ruhig verhalten, weil ich den Versuch machen will, ob Sie, wenn ich ruhig bin, im Sinne meiner Ausführungen Recht und Gesetz anerkennen werden. Ich will den Versuch machen, und werde meine Schlüsse daraus ziehen.

Ich ersuche also den Herrn Bürgermeister zu veranlassen, daß eine Wahl im II. Bezirke vorher ausgeschrieben werde mit dem Bemerkten, daß jede Anzahl, die erscheint, den Obmann wählt. Das ist recht und gesetzlich.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schlechter contra!

Gem.-Rath Schlechter: Soviel ich mich erinnere, ist ein ähnlicher Antrag wie der heutige, schon mehrmals im Gemeinderathe gestellt worden. Aber jedesmal war ein bestimmter Termin angegeben, wie lange der Beschluss zu gelten hätte. Das ist auch vollkommen natürlich. Heute nun nimmt man davon vollständig Umgang, und sagt einfach, die Mandatsdauer wird für solange als verlängert erklärt, bis die Reform des Armenwesens und die neue Instruction da ist. Versprochen ist diese Instruction und die Reform des Armenwesens schon sehr lang, und wir haben jetzt ein neues Heimatsgesetz, welches bedeutenden Einfluss auch auf das Armenwesen üben wird, aber von einer Neuregelung des Armenwesens wissen wir noch nicht einmal die Grundzüge. Glauben Sie also, dass es nicht anders geht, als nochmals zu bewilligen, dass vorläufig die Mandatsdauer verlängert werde, so müssen Sie doch mindestens zu dem Usus zurückkehren, dass ein fest bestimmter Termin gesetzt werde.

Ich stelle daher den Antrag, dass diese Verlängerung für das ganze Jahr 1901 zu gelten hat, beziehungsweise bis zu einer früheren Neuregelung des Armenwesens oder Erlassung der neuen Instruction, dass aber, wenn das Jahr 1901 zu Ende sein sollte unter allen Umständen ein neuer Beschluss des Gemeinderathes wieder einzuholen ist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Helbig contra!

Gem.-Rath Helbig: Ich bin gerade nicht contra, im großen und ganzen bin ich dafür, weil ich einsehe, dass es unbedingt nothwendig ist. Ich möchte nur den Ausführungen des Herrn Collegen Eltbogen etwas hinzufügen. Wir können im II. Bezirke alle, welcher Partei wir immer angehören, nicht gut dafür stimmen, weil dort wirklich eine Ausnahme ist. Wie uns Herr Colleague Eltbogen gesagt hat, functioniert dort jemand als Obmann, der schon 2½ Jahre nicht mehr Armenrath ist. Aber merkwürdigerweise existiert auch kein Obmann-Stellvertreter. Wenn also der Obmann einmal krank ist, existiert keiner, der ihn vertreten könnte. Man müsste also wenigstens die Wahl eines Obmann-Stellvertreters vornehmen, damit, wenn dem Obmann etwas passiert, jemand da ist, der der Armenverwaltung vorsteht, da sonst die ganze Geschichte stocken würde. Ich würde also den Herrn Bürgermeister bitten, diese Wahl möglichst bald vornehmen zu lassen, dann kann die Mandatsdauer verlängert werden, sonst könnten wir absolut nicht für die Verlängerung stimmen; das sind unhaltbare Zustände.

Bürgermeister: Ich habe den Herrn Magistrats-Secretär Dr. Weiskirchner rufen lassen, um den Herren Auskünfte in dieser Angelegenheit zu ertheilen; leider ist er nicht anwesend. Ich habe zu wiederholtenmalen über diesen Gegenstand Erhebungen gepflogen, kann mich aber momentan nicht genau erinnern, wie diese Sache eigentlich begründet wird. Ich werde dies neuerdings thun und werde trachten, die Sache in Ordnung zu bringen.

Nachdem niemand mehr zum Worte gemeldet ist, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Referenten das Schlusswort.

Referent: Die Sache steht sehr einfach. Es sind jetzt Reichsrathswahlen und es findet die Volkszählung statt, da ist also die Wahl der Armenräthe nicht am Plage. Das ist aber nicht der Hauptgrund, sondern der scheint der zu sein, dass der Magistrat gerade mit der Ausarbeitung eines neuen Statutes für die Armeninstitute beschäftigt und im Begriffe ist, dasselbe in

kurzer Zeit vorzulegen. Ich habe nichts dagegen, wenn der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Schlechter angenommen wird. Er ist sogar meiner Ansicht nach recht gut, obwohl mir die Dauer eines ganzen Jahres bis 1902 zu lange erscheint. Ich bin überzeugt, dass der Magistrat in einigen Wochen schon die Sache referieren wird und dass wir vielleicht schon nach Ablauf des ersten Vierteljahres in stande sein werden, das neue Elaborat vorzulegen.

Bürgermeister: So schnell geht es nicht, denn es muss auch im Gemeinderathe durchberathen werden, das ist keine Kleinigkeit.

Referent: Ich meine, dass der Magistrat das Statut an den Stadtrath zu dieser Zeit vorlegen wird.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Herr Gem.-Rath Schlechter hat einen Zusatz-Antrag gestellt, dahingehend, dass die Verlängerung der Mandatsdauer der Armenräthe nur für das Jahr 1901 als längster Termin gelten soll, beziehungsweise, wenn die Armenreform früher durchgeführt wird, bis zu dem Zeitpunkte, wo dieselbe durchgeführt erscheint. Ich glaube, ich habe den Antrag richtig formuliert.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Schlechter einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe erscheint ebenfalls, angenommen.

Beschluss: Die Functionsdauer sowohl der Armenräthe, wie der Functionäre der Armeninstitute ist bis zur Neuwahl auf Grund der neuen Vorschriften über die Armenpflege in Wien zu verlängern.

Die Verlängerung der Mandatsdauer hat nur für das Jahr 1901 als längsten Termin zu gelten, beziehungsweise, wenn die Armenreform früher durchgeführt wird, bis zu dem Zeitpunkte, wo dieselbe durchgeführt erscheint.

33. Referent Gem.-Rath Dr. Arenn: Zur Zahl 14559 sucht das Actions-Comité der Wasserinteressenten am Schwarzaflusse um einen Beitrag zu den Kosten der Schwarzaregulierung an. Es hat sich ein Comité gebildet, welches sowohl aus den Bürgermeistern der einzelnen Gemeinden . . . (Unruhe. — Rufe: Ein bisschen lauter!) Noch lauter? Ich schreie so genug.

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, um Ruhe, sonst kann sich der Herr Referent nicht verständlich machen. Es ist das eine Angelegenheit, die sehr stark in das Geld der Gemeinde einschneidet.

Referent: Dieses Comité ist sowohl an die Regierung als auch an das Land herantreten, um jenen Betrag aufzubringen, der zur Schwarzaregulierung nothwendig ist. Nun haben sowohl die Städte als das Land erklärt, dass sie bereit sind, einen Beitrag zu leisten, wenn auch die Interessenten das Ihrige dazu beitragen.

Nun hat man einen gewissen Calcul aufgestellt, man braucht im ganzen 750.000 fl., davon sollen die Interessenten 20 Percent aufbringen, das sind 150.000 fl., und nun tritt dieses Comité an die Gemeinde Wien heran, um bei der Auftheilung die Gemeinde Wien als Hauptinteressentin bei der ganzen Geschichte hinzustellen.

Nun sagten das Bauamt und auch der Magistrat sehr gut, dass die Gemeinde Wien durchaus nicht die Hauptinteressentin

ist, und daß die Gemeinde Wien nicht gewillt sein soll, sich derart zu belasten, daß sie sich die Hälfte der 20 Percent aufhalsen läßt.

Es sind da ganz interessante Äußerungen des Stadtbauamtes und des Magistrates, wovon ich Ihnen Einzelnes vorlesen werde (liest):

„Das Actions-Comité hat sich ferner mit der Frage der Auftheilung dieses 20percentigen Beitrages beschäftigt und für gut befunden, die Gemeinde Wien mit Rücksicht auf die Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung und das Pottschacher Schöpfwerk als Hauptinteressentin an der Regulierung zu bezeichnen und wegen ihrer Geldkraft mit der Hälfte des zu leistenden Beitrages, d. i. mit 75.000 fl. zu bedenken. Die andere Hälfte per 75.000 fl. wird zu gleichen Theilen von je 25.000 fl. auf drei Gruppen vertheilt, und zwar:

I. Gruppe: Gemeinde Reichenau bis Gloggnitz inclusive Wasserinteressenten;

II. Gruppe: Gemeinde Gloggnitz bis Pottschach inclusive Wasserinteressenten;

III. Gruppe: Gemeinde Pottschach bis inclusive Neunkirchen einschließlich Wasserinteressenten.

Das Actions-Comité hat sich nun unter Vorlage dieses eben erwähnten Vorschlages und seiner Begründung an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen gewendet, im Sinne des gemachten Vorschlages an der 20percentigen Quote sich in Form einer Subvention betheiligen zu wollen.

Nun ist es gewiß, daß wir ein Interesse haben, wenn auch nicht das Hauptinteresse; dieses haben jedenfalls jene großen Gewerkschaften, die leider nicht so tief in den Sack greifen wollen, wie man der Gemeinde Wien zumuthet; und da ist man zu einem Ausweg gekommen, der in Form des Antrages, den ich vorlesen werde, ganz entsprechend erscheint. Nämlich (liest):

„Der Stadtrath spricht die principielle Geneigtheit aus, das Project der Schwarzaregulierung von Hirschwang bis Neunkirchen durch eine Subvention zu unterstützen, und behält sich vor, wegen des Subventionsbeitrages nach Vorlage des Projectes und der Kostenberechnung und nach Bekanntgabe der vom Staate und vom Lande zu leistenden Subvention mit dem Actions-Comité in Verhandlung zu treten. Schon jetzt aber muß dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß die Gemeinde Wien als Hauptinteressent an der Schwarzaregulierung bezeichnet und unter diesem Titel ihr die Hälfte der von allen Gemeinden und Wasserinteressenten zu leistenden Beiträge aufgelastet werde.“

Der Antrag scheint mir den Umständen zu entsprechen, und ich bitte um die Annahme desselben.

Das Bauamt hat übrigens ausgerechnet, daß die jährlichen Kosten, die wir zur Erhaltung unserer Wasserwerke benötigen, auch circa 8000 K betragen; es würde dies einem Capitale von vielleicht 60.000 K entsprechen; aber das Ganze leisten zu sollen, wie es die Interessenten verlangen, während die eigentlichen Fabriksbesitzer nur in sehr geringem Maße in ihren Geldsack greifen wollen, bestimmt uns, daß wir heute vielleicht den Beschluß fassen, wie ich ihn Ihnen jetzt vorgelesen habe.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky contra!

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Wenn ich Ihnen in dem Falle etwas rathen soll, ist es, daß wir zur Schwarzaregulierung gar nichts geben. Ich muß fragen, inwiefern sind wir interessiert von Hirschwang bis nach Neunkirchen. In dem Gebiete von

Hirschwang, wo wir vielleicht interessiert sind, wird mit der Regulierung nicht viel geschehen, dort ist die Schwarza in einem tiefen Felsenbette, soviel ich mich erinnere, und ich weiß nicht, ob eine Regulierung dort überhaupt vorgenommen werden soll und ob diese Regulierung so viel kosten würde. Der große Theil der Kosten der Regulierung wird auf das Stück von Hirschwang in die Ebene hinaus bis Neunkirchen kommen. Da ist die Gemeinde Wien aber nicht mehr interessiert, und ich fürchte sehr, wenn die Gemeinde Wien durch die Annahme des Stadtraths-Antrages den kleinen Finger gibt, wird man die ganze Hand haben wollen. Das Actions-Comité will schon jetzt den größten Theil der Lasten auf die Gemeinde Wien wälzen. Was haben die Schwarza-Interessenten alles von der Gemeinde Wien schon bekommen! Wenn die Gemeinde Wien aus der Schwarza Wasser gepumpt hat, mußte jeder Hektoliter ihnen gezahlt werden, die Wasserrechtsentschädigungen haben Hunderttausende und Millionen betragen, und jetzt wollen diese Schwarza-Interessenten auch noch, daß die Gemeinde Wien den größten Theil der Schwarzaregulierung macht. Ist die Schwarzaregulierung nothwendig, dann möge sie auf einer Grundlage durchgeführt werden, welche das Gesetz gibt, und ist die Gemeinde Wien wirklich ein Interessent, dann möge ihr Antheil nach dem gesetzlichen Schlüssel ausgemessen werden. In eine freiwillige Geschichte möchte ich mich als Gemeinde Wien nicht einlassen, und ich rathe Ihnen daher, lehnen Sie den Stadtraths-Antrag ab. (Beifall.)

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Drel.

Gem.-Rath Drel: Auf mich macht das Referat den Eindruck, als wollte das Comité, welches sich zur Regulierung der Schwarza gebildet hat, den Säckel der Stadt Wien etwas nach unten regulieren. Die Herren auf dem flachen Lande sind überhaupt, möchte ich sagen, immer geneigt, denen in der Stadt das Geld abzuzapfen; hier geht es thatsächlich, weil es sich um Wasser handelt.

Die ganze Angelegenheit macht auf mich den Eindruck, daß diese Gelegenheit dazu benützt werden soll, einige Hunderttausende oder wenigstens ein Hunderttausend von der Stadt Wien herauszuschlagen. Ich muß sagen, daß die Ausführungen des Herrn Collegen Dr. Nechansky meiner Ansicht vollständig entsprechen und auch juristisch richtig sind, obwohl ich kein Jurist bin, und welche dahin gehen, sich principiell zu nichts herbeizulassen, sondern nur das zu bezahlen, wozu man schließlich verpflichtet sein wird.

Die Geneigtheit zu zahlen, müssen wir unter allen Umständen, insbesondere bei den heutigen Verhältnissen ganz außeracht lassen.

Ich bin daher auch der Ansicht, daß der Stadtraths-Antrag abgelehnt werden soll, nicht etwa aus irgend einem parteipolitischen Grunde, sondern deshalb, weil er den wirklich thatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht und weil er wirklich eine Gefahr in sich birgt, wenn wir im vorhinein geneigt sind, zu zahlen, und schon das ist eine Gefahr, die wir nur dadurch abwenden können, wenn wir den Stadtraths-Antrag ablehnen. (Beifall.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Zahka!

Gem.-Rath Zahka: Bekanntermaßen werden aus der Hochquellenleitung in Naswald 30.400 m³ Wasser entnommen.

Durch eine schroffe Ablehnung des Antrages würden wir uns für die Zukunft schaden.

Ich beantrage daher, daß das Referat von der Tagesordnung abgesetzt werde.

Bürgermeister: Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Ich möchte auf Folgendes aufmerksam machen. Es kann sich nicht, wie Herr Gem.-Rath Drel gesagt hat, um Hunderttausend handeln, denn sie verlangen von uns ein für allemal 75.000 fl. (Gem.-Rath Drel: 150.000 K!) Ich bitte aber Folgendes zu bedenken.

Ich werde Ihnen das Referat der städtischen Buchhaltung vorlesen, nämlich den Ausweis über die in den letzten fünf Jahren für Hochwasserchäden verausgabten Beträge.

Nach diesem Ausweise entfallen trotz der Auslagen anlänglich der Hochwasser in den Jahren 1897 und 1899 im Durchschnitte auf ein Jahr 8820 K, während die 5percentigen Zinsen des verlangten Subventionsbetrages von 150.000 K 7500 K betragen. Also, meine Herren, dass wir ein Interesse an der Schwarzaregulierung haben, sehen Sie aus dieser Ziffer. Wenn wir alljährlich 8820 K verausgaben, so muss auch die Schwarzaregulierung unseren Werken Schaden zufügen.

Wir haben ein eminentes Interesse daran, an der Schwarzaregulierung theilzunehmen.

Ich möchte auch gar nicht für die Vertagung stimmen. Ich würde Sie bitten, die principielle Geneigtheit auszusprechen, denn wir binden uns ja gar nicht. Es wird ja ausdrücklich verlangt, dass sowohl die Projecte vorgelegt werden, als auch die Quote bekanntgegeben werden muss, welche Staat und Land zahlen, bevor wir uns zu einer Zahlung herbeilassen. Wir binden uns gar nicht mit dem, aber die nackte Ziffer, die da steht und uns sagt, dass wir alle Jahre über 8000 K Auslagen haben, muss uns bestimmen, etwas zu thun.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky zu einer thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich berichtige thatsächlich, dass es nicht wahr ist, dass wir uns nicht binden. Wenn die Gemeinde Wien principieell die Geneigtheit ausspricht, so ist sie, mag es auch juristisch nicht richtig sein, in ihrer Ehre gebunden, auch wirklich beizutragen. Ich würde mir also auf diesen thatsächlichen Irrthum des Herrn Referenten aufmerksam zu machen erlauben.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Herr Gem.-Rath Zajka stellt den Antrag, die Verathung dieses Gegenstandes zu vertagen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Vertagungs-Antrag ist angenommen.

Zum Referate Herr Gem.-Rath Dr. Mayreder.

34. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 14360, Beilage 467 ex 1900. Äußerung der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vom 4. December 1900, Z. 1212/11547, über den mit Gemeinderaths-Beschluss vom 20. November 1900, Z. 12802, abgeänderten Entwurf einer Dienst- und Arbeitsordnung, sowie einer Geschäftsordnung für die Disciplinarkammer sammt Durchführungs-Bestimmungen für das Disciplinarverfahren.

Die Bau- und Betriebs-Gesellschaft hat auf Grund der mit ihr gepflogenen Verhandlungen einen Theil unserer Forderungen bereits zugestanden, aber einen großen Theil abgelehnt. Der Stadtrath hat sich nicht mehr bemüht gesehen, ein weiteres Entgegenkommen zu beweisen, und legt Ihnen folgenden Antrag vor (liest):

„1. Es sei an den mit den Gemeinderaths-Beschlüssen vom 19. October 1900, Z. 11828, beziehungsweise vom 20. November 1900, Z. 12802, genehmigten Abänderungen der von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vorgelegten Entwürfe einer Dienst- und Arbeitsordnung, sowie einer Geschäftsordnung für die Disciplinarkammer festzuhalten.

2. Vorstehender Beschluss sei der Bau- und Betriebs-Gesellschaft mitzutheilen und an das k. k. Eisenbahnministerium unter Verweisung auf § 17 der Gesellschaftsstatuten zu berichten.“

Im § 17 der Gesellschaftsstatuten heißt es unter anderem (liest):

„Der Verwaltungsrath bestimmt die Dienstordnung, welche, soweit sie die Bediensteten der von der Gesellschaft betriebenen Bahnlinsen betrifft, der Genehmigung des k. k. Eisenbahnministeriums unterliegt, und soweit sie die der Gemeinde Wien concessionierten Bahnlinsen betrifft, überdies der vertragsmäßigen vorgängigen Zustimmung der Gemeinde Wien bedarf.“

Es ist also kein Zweifel, dass das Eisenbahnministerium in der Lage ist, die Anerkennung des von der Gemeinde genehmigten Statuts zu erzwingen.

Ich bitte um Annahme der Stadtraths-Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Neumann contra!

Gem.-Rath Neumann: Der Beschluss, die Angelegenheit dem Eisenbahnministerium zuzuweisen, ist auf § 17 der Gesellschaftsstatuten zurückzuführen. Dass aber das Ministerium die Zustimmung zur Dienstordnung verweigern könne, ist in diesem § 17 nicht enthalten. Das Eisenbahnministerium kann die Verweigerung aussprechen, wenn gewisse Bestimmungen, die im § 17 enthalten sind, nicht in der Dienstordnung der Bau- und Betriebs-Gesellschaft enthalten sind. Ich möchte an den Herrn Referenten die Frage richten, was er sich eigentlich vorstellt, dass geschehen wird, wenn der Gemeinderath heute beschließt, an den früheren Beschlüssen festzuhalten.

Ich mache Sie aufmerksam, dass den Bediensteten der Bau- und Betriebs-Gesellschaft damit durchaus nicht geholfen ist. Gegenwärtig ist es Thatsache, dass die Bediensteten unter der alten Betriebsordnung leiden, und dass es äußerst nothwendig ist, eine neue Betriebsordnung zu schaffen. Der Gemeinderath und der Stadtrath sollen nun beschließen, an den früheren Beschlüssen festzuhalten und das dem Eisenbahnministerium bekanntzugeben. Damit wird aber die Sache eigentlich ganz und gar nicht erledigt.

Ich habe bereits ausgeführt, dass die Gemeinde Wien, respective die Gemeindevertretung sich eine schwere Unterlassung zu Schulden kommen ließ, indem im Jahre 1898 beim Abschlusse des Vertrages nicht präzisere Bestimmungen aufgenommen wurden. Es heißt auch ausdrücklich im § 17: „Der Verwaltungsrath bestimmt die Dienstordnung, welche, soweit sie die Bediensteten der von der Gesellschaft betriebenen Bahnlinsen betrifft, der Genehmigung des k. k. Eisenbahnministeriums unterliegt und soweit sie die der Gemeinde Wien concessionierten Bahnlinsen betrifft, überdies der vertragsmäßigen vorgängigen Zustimmung der Gemeinde Wien bedarf.“

Nun ist im ganzen Vertrage keine Vorsorge dafür getroffen, was dann zu geschehen hat, wenn die Bau- und Betriebs-Gesellschaft eine Dienstordnung nicht acceptiert, die die Zustimmung der Gemeinde Wien nur unter bestimmten Cautelen fand. Das ist eben jene Lücke, über die wir schließlich hinwegkommen müssen.

Meine Ansicht ist die, daß es erforderlich ist, neuerlich mit der Bau- und Betriebs-Gesellschaft in Fühlung zu treten und bei dieser Gelegenheit auch die Vertreter der Bediensteten neuerlich zusammenzurufen, damit schließlich ein Ausweg gefunden und eine gegenseitige Vereinbarung getroffen werden kann, die einerseits die Zustimmung der Bau- und Betriebs-Gesellschaft, andererseits auch die der Bediensteten findet, damit endlich eine Dienstordnung geschaffen werde, die so nothwendig im Interesse der Bediensteten liegt.

Ich meine daher, daß die Angelegenheit so behandelt werden soll, daß der Gemeinderath allerdings beschließt, er halte vorläufig an seinen Beschlüssen fest, daß aber trotzdem nicht ausgeschlossen sei, daß neue Verhandlungen mit der Gesellschaft gepflogen und das Ergebnis derselben neuerlich dem Gemeinderathe vorgelegt werde.

Wenn Sie der Meinung sind, daß die Gemeinde Wien dann die Macht habe, die Gesellschaft zu zwingen, das anzuerkennen, was hier im Gemeinderathe beschlossen wird, so müssen Sie heute den Beschluß fassen, die Gesellschaft wird aufgefordert, Ihre Statuten im Sinne der Beschlüsse des Gemeinderathes binnen dieser oder jener Zeit, sagen wir binnen 14 Tagen, abzuändern. Wenn sie es nicht thut, wird sie von dieser Zeit an mit einem täglichen Pönale von 300 K, wie es im Vertrage heißt, belegt — wenn Sie nämlich dieses Machtmittel haben. Nachdem Sie bis heute einen solchen Antrag nicht vorgelegt haben, läßt dies darauf schließen, daß Sie selbst anerkennen, daß die Fassung des Vertrages derart unklar ist, daß ein solches Recht des Gemeinderathes nicht feststeht und daß Sie insolge dessen nichts verlangen können. Es ist also damals dieser Fehler geschehen, jetzt muß ein Ausweg gefunden werden, und ich glaube, daß er auf diese Weise gefunden werden kann.

Ich habe schon einmal gesagt, ich würde sehr wünschen, daß der Herr Bürgermeister sich selbst über diese Angelegenheit äußert. Der Herr Bürgermeister ist doch sonst so redselig (Heiterkeit); daß er sich diesmal in so tiefes Schweigen hüllt, wundert mich umsomehr, als er es gerade ist, bei dem wiederholt Abordnungen der Bediensteten der Gesellschaft vorgeprochen haben, und als er selbst diesen Abordnungen gewisse Versprechungen gemacht hat. Ich glaube, er muß ein lebhaftes Interesse daran haben, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß er sich dieser Versprechungen erinnert, daß er sie einhalten will. Das könnte aber nur dadurch geschehen, wenn er Aufklärung darüber geben würde, wie weit nach seiner Ansicht das Recht der Gemeinde Wien auf Grund des Vertrages geht, ob die Gemeinde Wien auf Grund des Vertrages wirklich einen solchen bestimmten Einfluß auf die Dienstordnung der Tramway-Bediensteten hat, daß sie sich diesem Achtfundentag so weit nähern kann, wie Herr Dr. Mayr der selbst einmal hier angeführt hat, indem er sagte, die Socialdemokraten sehen, wir nähern uns bereits dem Achtfundentag. (Ruf rechts: Aber langsam!)

Meine Herren! Mit einer bloßen Erklärung, daß Sie den Achteinhalbfundentag wünschen, ist den Bediensteten absolut nicht geholfen. Sie haben es so weit gebracht, daß die christlichsocialen Tramway-Bediensteten unter den Bediensteten dafür agitieren, daß sie erklären sollen, sie wollen den Zwölfundentag haben. Das ist ein geradezu kolossales Fiasco des Gemeinderathes oder der Majorität.

Ich bitte Sie, daß wirklich dasjenige geschehe, was nothwendig ist, daß eine Dienstordnung geschaffen werde, die jenen Interessen entspricht, die von den Tramway-Bediensteten verfolgt werden. Ich bitte Sie, heute endgiltig eine Erklärung abzugeben, wie weit Ihrer Ansicht nach Ihre Rechte gehen. Ich bitte auch, daß der Herr Bürgermeister selbst heute eine Erklärung in dieser Richtung abgebe, damit auch die Tramway-Bediensteten wissen, was sie zu erwarten haben. Als seinerzeit die Dienstordnung im Gemeinderathe berathen wurde, machte sich unter den Tramway-Bediensteten, ganz aufrichtig gesagt, eine freundige Erregung bemerkbar, sie meinten, jetzt werde endlich jene Zeit kommen, wo die so sehr erwünschte verkürzte Dienstzeit eintritt. Ich glaube, in diesem Saale hat ein Tramway-Bediensteter erklärt, daß gerade jetzt, wo der animalische Betrieb in den motorischen umgewandelt wird, die Verkürzung der Dienstzeit für die Tramway-Bediensteten ungemein nothwendig sei. Ich kann mir nun nicht erklären, warum jetzt die Tramway-Bediensteten urplötzlich wieder zu der Einsicht gelangen sollten, daß der Zwölfundentag für sie so unbedingt nothwendig sei, daß selbst christlichsocialen Tramway-Bedienstete dafür agitieren, daß von Seite der Tramway-Bediensteten der Zwölfundentag gefordert werde.

Ich glaube nicht zu irren, wenn ich sage, daß diese Anregung von Seite der Gemeinderaths-Majorität ausgegangen ist, damit man schließlich im Gemeinderathe sagen kann: Die Bediensteten selbst verlangen den Zwölfundentag! Ich weiß, daß die Tramway-Bediensteten dringend die verkürzte Dienstzeit wünschen. Wenn der Gemeinderath es jetzt dahin bringen würde, daß diese verkürzte Dienstzeit eintritt, so wäre das eine kolossale Errungenschaft; zur Zeit, als der Vertrag abgeschlossen wurde, wäre das leichter möglich gewesen. Die Herren sagen zwar, damals seien ganz bedeutende Schwierigkeiten vorhanden gewesen, man habe dies damals nicht fordern können, sonst wäre dieser für die Gemeinde Wien so vortheilhafte Vertrag überhaupt nicht zustande gekommen. Wenn Sie sich damals Mühe gegeben und es zustande gebracht hätten, hätte man Ihnen heute einen Vorwurf nicht machen können. Sie haben sich aber die Mühe nicht gegeben. Über Antrag des Herrn Bürgermeisters als Referenten sind die Anträge der Gem.-Räthe Dr. J e m a n n und S o n n t a g abgelehnt worden.

Herr Gem.-Rath S o n n t a g hat gewünscht, daß ganz präcise Bestimmungen in Bezug auf die Dienstzeit aufgenommen werden. Die Zwischenrufe, die von Ihrer Seite gefallen sind, haben erwiesen, daß Sie selbst gegen die verkürzte Dienstzeit sind. Erst jetzt haben Sie Ihr Herz für die Tramway-Bediensteten entdeckt, diese kurze Dienstzeit eingeführt und hier in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung gesagt: Seht, wie arbeiterfreundlich wir sind! Wir nähern uns sogar dem Achtfundentag! Wenn es sich um städtische Bedienstete handelt, dann nähern Sie sich allerdings nicht dem Achtfundentag, dann nähern Sie sich dem Bierzehnfundentag. Aber wenn es sich um Bedienstete anderer Gesellschaften handelt, da nähern Sie sich dem Achtfundentag. Nun wird es sich wieder zeigen, daß Ihnen diese liebevolle Annäherung an den Achtfundentag gar nichts nützt, weil Sie nicht Vor Sorge dafür getroffen haben, daß dieser Achtfundentag auch eingeführt werde. (Lebhafter Widerspruch.) Ich bitte Sie, seien Sie ruhig, Ihre Arbeiterfreundlichkeit kennen wir ganz genau! (Unruhe.) Der Herr Dr. K l o y b e r g hat seine Arbeiterfreundlichkeit anläßlich der Fleischhauer-Debatte gezeigt.

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Es wird sich ja alles mit der Zeit herausstellen.

Gem.-Rath Schuhmeier: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns auch endlich Thaten sehen! (Anhaltende Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Ich bitte nochmals um Ruhe! Der Neumann und der Schuhmeier werden auch nicht ewig sein! Es wird alles wieder gut werden.

Herr Gem.-Rath Drel contra!

Gem.-Rath Drel: Hier handelt es sich, glaube ich, nicht darum, was hätte geschehen sollen, sondern darum, was jetzt geschehen soll. Als die Arbeits- und Betriebsordnung hier dem Gemeinderathe vorgelegen ist, habe ich es mit Rücksicht auf die herrschende Stimmung in der Majorität vermieden, das Wort zu ergreifen und gegen die Vorlage zu sprechen, das heißt gegen jene Bestimmungen, welche der Bau- und Betriebs-Gesellschaft so furchtbare Lasten auferlegt haben und von denen ich im vorhinein gewußt habe, daß sie unmöglich von einer Erwerbsgesellschaft angenommen werden können. Ich bitte, das damit zu erklären, daß ich ja, ich möchte sagen, den größten Theil meines Lebens in einer großen Industrie verbracht habe, in Erwerbsgenossenschaften von großer Bedeutung, daß ich daher zu beurtheilen weiß, welche Lasten man einer Erwerbsgenossenschaft aufhalsen kann, und daß ich also auch beurtheilen kann, daß, wenn man solche Lasten einer Erwerbsgenossenschaft aufhalsen will und sie dieselben nicht anzunehmen gezwungen ist, sie dieselben ablehnt.

Nun, nach dem Vertrage ist die Bau- und Betriebs-Gesellschaft nicht gezwungen, die ihr durch den Beschluß des Gemeinderathes anlässlich der Berathung der Arbeits- und Betriebsordnung auferlegten Lasten anzunehmen. Daß sie sich dagegen wehrt, nehmen Sie ihr nicht übel. Ich nehme es aber auch den Vertretern der Arbeiterschaft nicht übel, daß sie dafür eintreten und daß sie, ich möchte sagen, bestrebt sind, principiell den Achtstundentag einzuführen. Ich bin ein Gegner des Achtstundentages, das heißt ein Gegner der gesetzlichen Festlegung dieses Achtstundentages und muß das hier ganz offen bekennen, damit darüber gar kein Zweifel herrscht. Es gibt Betriebe, meine Herren, wo man den Achtstundentag fordern kann, es gibt Betriebe, wo auch acht Stunden zu viel sind (Sehr richtig!), darüber besteht kein Zweifel. Wenn in einem Bergbau mit Braunsfeldern, wo eine Temperatur von 45 oder 50° Celsius herrscht, ein Zehnstunden- oder Zwölfstundentag gefordert werden wollte, so wäre das nicht nur unmenschlich, das wäre dumm. (Rufe: Soll der Neumann hingehen arbeiten! — Lebhaftige Zwischenrufe. — Gem.-Rath Neumann: Weisen Sie solche Zeugnisse auf, wie ich. Ich habe ein zehnjähriges Zeugnis, mein Lieber!) Ich wiederhole also, daß das gegen das Interesse des Arbeitgebers wäre, weil in kurzer Zeit alle Leute die er hinstellt, sterben müßten. Das wäre also inhuman und wäre auch gegen sein Interesse. Das ist gar keine Frage. Da sind auch sechs Stunden zu viel, das kann man nicht fordern. Aber die Forderung nach dem Achtstundentage im allgemeinen muß ich ganz entschieden bekämpfen.

Ich hätte dies schon damals vorgebracht, aber ich habe mir gedacht, ich bin ganz neu und ich möchte nicht wünschen, daß bei der herrschenden Stimmung mir hier gesagt werde: „Das ist auch so einer, der die Bau- und Betriebs-Gesellschaft vertritt; vielleicht hat er irgend ein Interesse.“ Es war vielleicht nicht gut von mir, daß ich das damals nicht gesagt habe; jetzt kommen die Konsequenzen. Die Bau- und Betriebs-Gesellschaft lehnt also das,

was wir hier beschlossen haben, ab; und ich bin überzeugt, daß die Bau- und Betriebs-Gesellschaft bis ans Ende, solange sie kann, die ihr octroyierte Arbeits- und Betriebsordnung ablehnen wird, und zwar in ihrem Interesse, im Interesse ihres Bestandes — ich spreche hier nicht als Theilnehmer der Bau- und Betriebs-Gesellschaft, sondern lediglich als Industrieller — ablehnen muß.

Es wurde hier schon zu wiederholtenmalen auf die Mangelhaftigkeit des Vertrages hingewiesen, ob mit Recht oder mit Unrecht, weiß ich nicht. Es wäre ja ganz bestimmt besser gewesen, wenn diesbezüglich präzisere Bestimmungen aufgenommen worden wären, inwiefern der Gemeinderath das Recht, welches er sich vorbehalten hat, auch wirklich durchsetzen kann.

Eine solche Bestimmung ist allerdings nicht darinnen und es bleibt daher nichts anderes übrig, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Der Gemeinderath kann vorläufig nach meiner Auffassung nichts anderes thun, als an dem von ihm eingenommenen Standpunkte festhalten, wenn er sich nicht, jagen wir einer Blamage aussetzen will. Aber ich muß wieder sagen, daß ich heute, wenn ich zu entscheiden hätte, ganz bestimmt neue Verhandlungen mit der Bau- und Betriebs-Gesellschaft nicht suchen würde, weil das auch mehr als ein Zeichen von Schwäche wäre. Das darf der Gemeinderath, wenn er überhaupt auf ein moralisches Ansehen seiner Beschlüsse hält, nicht thun. Das ist meine persönliche, individuelle Auffassung. Es geht meiner Ansicht nach nicht anders, als der Gemeinderath bleibt bei seinen Beschlüssen, die er gefaßt hat, stehen, und es wird schließlich dem Eisenbahnministerium überlassen, ob dieses die Betriebsordnung gegen die Auffassung der Gemeinde oder in der Auffassung derselben bestätigen wird.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Martin Schneeweiß zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rath Martin Schneeweiß: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt worden.

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Zum Worte gelangen noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Rechansky contra und Urban pro.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Dr. Rechansky.

Gem.-Rath Dr. Rechansky: Mich interessiert bei dem vorliegenden Referate die Frage, ob es mit dem Vergleichs-Antrage, welcher von Seite des Gemeinderathes gestellt worden ist, sein Ende gefunden hat oder nicht. Das letztmal hat mir der Referent Dr. Wähler eine ausweichende Antwort gegeben und hat gemeint, wir können das in Schwebe lassen. Mit Unrecht. Ich habe damals gegen diesen Antrag nicht gesprochen aus ähnlichen Gründen, wie sie mein Vorredner entwickelt hat. Ich bin der Anschauung, daß dieser Proceß gleichsam zwischen dem Stadtrathe und der Bau- und Betriebs-Gesellschaft durchgeführt werden soll. Die Bau- und Betriebs-Gesellschaft versteht es schon, sich gegen Zumuthungen zu wahren, die ihr schädlich sind. Soll das also die Bau- und Betriebs-Gesellschaft machen, wir haben da nichts dreinzureden, wenn wir uns auch unsere eigenen Gedanken bezüglich mancher Forderung gemacht haben.

Das eine aber habe ich verwerflich gefunden, daß man in dem Augenblicke, als es den Anschein gewonnen hat, daß man bei der Bau- und Betriebs-Gesellschaft nichts erreicht, zu dem

Mittel gegriffen hat, sich die Einwilligung der Bau- und Betriebs-Gesellschaft dadurch zu erkaufen, daß man ihr Geld gibt. Dagegen habe ich gestimmt, und dagegen bin ich auch heute.

Aus diesem verwerflichen Beschlusse, den der Gemeinderath gefaßt hat, muß er zu der Zeit herauszukommen trachten, wo er herauskommen kann, und das ist in dem Augenblicke, wo die Bau- und Betriebs-Gesellschaft die Forderungen des Gemeinderathes abgelehnt hat. Wenn die Bau- und Betriebs-Gesellschaft es abgelehnt hat, dasjenige aufzunehmen, was der Gemeinderath bezüglich der Pensionsvorschriften und bezüglich der Betriebs- und Arbeitsordnung gewünscht hat, dann ist der Gemeinderath aus seinem Antrage heraus. Unser Offert haben wir gemacht, daselbe ist abgelehnt und damit ist die Geschichte fertig. Und diesen Augenblick müssen wir benützen, um aus diesem unseligen Beschlusse herauszukommen, und ich beantrage auch, daß wir heute erklären, daß dieser Beschlusse des Gemeinderathes hinfällig ist. Ich weiß augenblicklich nicht das Datum und die Zahl des Beschlusses, aber es ist nicht mißzuverstehen, wenn ich beantrage, daß dieser Gemeinderaths-Beschlusse, in welchem der Bau- und Betriebs-Gesellschaft ein Betrag von 48.000 K jährlich geboten worden ist, als hinfällig erklärt werde.

Ich beantrage, daß in diesem Sinne ein Beschlusse des Gemeinderathes im Anschlusse an den Stadtraths-Antrag gefaßt werde.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Urban pro.

Gem.-Rath Urban: Meine Herren! Es wäre jedenfalls sehr interessant, die Meinung des Herrn Gem.-Rathes Neumann über die Ausführungen seines Nachredners einzuholen. Er hat sehr viel über den Antrag des Stadtrathes gesprochen, aber einzig und allein zu agitatorischen Zwecken, obwohl es heute schon zu spät ist. Ich habe nicht alles verstanden, was er gesprochen hat, weil er in den Wähler-Versammlungen sich zu sehr angestrengt hat. (Oho-Rufe.)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, dieses Thema unberührt zu lassen.

Gem.-Rath Urban: Ich weiß aber das eine, daß Herr Neumann die Tramwayfrage als sein Steckenpferd betrachtet, und vielleicht mit Recht; aber wünschen würde ich, daß er uns irgend ein Mittel an die Hand gibt, wodurch wir seinen Intentionen und Anschauungen entsprechen könnten. Der Stadtraths-Antrag ist so beschaffen, daß er gar nicht anders sein kann, und es war daher das viele Reden ganz unnöthig.

Herr Gem.-Rath Drel hat selbstverständlich — und das muß hier constatirt werden — den richtigen Standpunkt eingenommen bezüglich des Achtstundentages, den Herr Neumann für die Tramway-Bediensteten so vertritt.

Wir werden — und das will ich hier betonen — nicht Gegner des Achtstundentages sein; wenn wir ihn irgendwie einführen oder etwas dazu beitragen können, daß er eingeführt werden wird, so wird er auch eingeführt werden. Aber auch Herr Dr. Nechansky, der schließlich und endlich gegen den Antrag nichts einzuwenden hat, war bei einer Sache sehr kleinlich. Er erklärte, daß wir unsere Zustimmung zu dem Pensionsstatut von der Gesellschaft mit 48.000 K erkaufen wollten.

Ich muß das mit aller Entschiedenheit zurückweisen, weil wir uns die Neigung der Tramway-Gesellschaft nicht dadurch erkaufen, daß wir ihr 48.000 K zur Verfügung stellen. Wir beweisen damit, daß uns die Interessen und das Wohl der Tramway-Bediensteten

am Herzen liegen, und daß uns die Tramway-Bediensteten auch thatächlich 48.000 K wert sind. Damit beweisen wir unsere Arbeiterfreundlichkeit.

Gegen den Antrag des Stadtrathes ist gar nichts einzuwenden. Ich möchte daher um die Annahme desselben bitten.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand mehr vorgemerkt. Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent: Was die Ausführungen des Herrn Dr. Nechansky anlangt, so halte ich dafür, daß durch die Ablehnung unseres Offertes seitens der Bau- und Betriebs-Gesellschaft die Angelegenheit an und für sich schon erledigt ist. Wenn das Offert abgelehnt wird, so bleibt es selbstverständlich nicht für alle Zukunft mehr aufrecht, sondern die Frage ist damit an sich erledigt.

Was die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Drel anbelangt, so muß ich bemerken, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um die gesetzliche Feststellung des Achtstundentages, sondern um eine specielle praktische Anwendung desselben handelt. Es wurde die achteinhalbstündige Arbeitszeit festgesetzt, und es widerspricht seinen Anschauungen über die Zulässigkeit, den Achtstundentag einfach gesetzlich festzustellen, keineswegs, weil hier derselbe bereits eine ganz specielle praktische Anwendung findet, deren Tragweite vollkommen zu überblicken ist, während ich im übrigen vollkommen der Meinung bin, daß die Einführung des Achtstundentages einerseits zu weitgehend und unzulänglich erscheinen muß. Wenn seitens der beiden liberalen Herren Gegenredner erwähnt wurde, daß im Vertrage manches enthalten sei, dessen Annahme seitens der Bau- und Betriebs-Gesellschaft vielleicht unmöglich ist, so ist es ganz richtig, was Herr Dr. Nechansky gesagt hat, daß man es dieser Gesellschaft überlassen müsse, sich zur Wehre zu setzen. Sie hat es gethan, und in der zweiten Verhandlung hat der Stadtrath auch thatächlich einige Nachgiebigkeit bewiesen, um es der Bau- und Betriebs-Gesellschaft möglich zu machen, eine Betriebsordnung vorzulegen, welche auch dem Gemeinderathe genehm ist. Wenn nun Herr Gem.-Rath Neumann beantragt, wir sollen neuerlich mit der Gesellschaft in Verkehr treten, so muß ich sagen, mir ist dieser Antrag zu wenig radical, zu wenig social, er ist mir zu capitalistisch und zu gesellschaftsfreundlich. Es geht nicht an, daß wir mit der Gesellschaft — ich möchte sagen — uns unter eine Decke stecken, unter der es vielleicht recht warm ist. Wenn wir das thun würden, würden Herr Neumann und die sonstigen socialistischen Führer daherkommen und würden sagen, die sitzen mit den Feinden der Arbeiterschaft an einem Tische und brauen gemeinschaftlich die Sache aus. Wir haben mit offenem Visier mit der Arbeiterschaft gesprochen und Bestimmungen aufgestellt, welche von der Arbeiterschaft angenommen wurden. Wir haben nichts anderes zu thun, als was wir hier vorschlagen, nämlich bei den gefaßten Beschlüssen zu verharren.

In dem Statute der Gesellschaft selbst ist der Richter vorgesehen, der über diese Angelegenheit zu entscheiden hat, das ist das Eisenbahnministerium. Zu wiederholtenmalen spielen Sie die Regierung gegen uns aus und rufen die Regierung an und stellen uns hin, als ob wir nicht arbeiterfreundlich genug gesinnt seien, während vielleicht die österreichische Beamtenchaft sich wiederholt auf Ihre Seite schlägt, und ich habe die feste Überzeugung, daß ein guter Theil der Stimmen für Sie nicht von den Lobmeyers und anderen abgeklärten liberalen Größen, sondern von der Beamtenchaft abgegeben wurde. Verschützen Sie sich nicht hinter der Arbeiterschaft, sondern lassen Sie die Regierung den Richter

in der Frage sein. Der Eisenbahnminister soll das Bistier herabziehen und erklären, ob er auf Seite des Capitales tritt oder ob er der volksfreundliche Eisenbahnminister ist, als welcher er gilt. Das Eisenbahnministerium soll den Richter spielen. Was schert sich die Gesellschaft um eine Strafe von ein paar hundert Kronen, wie dies Herr Neumann vorschlägt. Die Executionsgewalt steht nicht auf Seite des Gemeinderathes, sie steht auf Seite der Regierung. Die Regierung soll executieren und die Entscheidung herbeiführen. Wir sind das zu thun nicht in der Lage.

Bürgermeister: Verschützen Sie sich nicht hinter der österreichischen Beamten-Gesellschaft, die Sie so oft zur Bundesgenossenschaft anrufen. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Nehmen Sie die Anträge des Stadtrathes an und lehnen Sie alle anderen Zusatz-Anträge ab.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Drel zur thathächlichen Berichtigung. (Zwischenrufe.) Ich bitte, keine Gespräche, es ist viel angenehmer, wenn Sie nichts reden.

Gem.-Rath Drel: Ich möchte thathächlich bemerken, daß es mir vollständig bekannt war, daß es sich hier im Gemeinderathe nicht um die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages handelt. Ich habe nur mit Rücksicht auf die Ausführungen des Gem.-Rathes Neumann gesagt, warum ich dieser Auffassung bin. Im allgemeinen bin ich nicht ein Freund, sondern ein Gegner des Achtstundentages und wünsche eine gesetzliche Festlegung desselben nicht.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Es liegt nur ein Gegen-Antrag vor, den Herr Gem.-Rath Neumann gestellt hat, dahingehend, der Gemeinderath beschließt, der Stadtrath sei zu beauftragen, neuerliche Unterhandlungen unter Zuziehung der Vertrauensmänner der Bediensteten zu pflegen und über das Resultat derselben an den Gemeinderath Bericht zu erstatten.

Dieser Antrag kommt zuerst zur Abstimmung. Wird er abgelehnt, kommt der Stadtraths-Antrag zur Abstimmung. (Unterbrechungen und Zwischenrufe rechts und links.) Es ist gut, daß der Antrag gestellt ist, es ist ausgezeichnet für uns, aber nicht für die Herren. Das geht uns nichts an, jeder thut eben, was er für zweckmäßig hält.

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage des Gem.-Rathes Neumann einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Er ist mit außerordentlich großer Majorität abgelehnt, es hat nämlich der Antragsteller selbst nicht dafür gestimmt. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Neumann: Ich constatiere, daß ich dafür gestimmt habe.

Bürgermeister: Ich habe es nicht gesehen; also gut, Sie haben dafür gestimmt.

Gem.-Rath Neumann: Constatieren Sie ein andermal besser.

Bürgermeister: Die Herren, die mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Er ist mit großer Majorität angenommen.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ich habe den Antrag gestellt, daß der Gemeinderath ausdrücklich erkläre, daß der Beschluß des Gemeinderathes . . .

Bürgermeister: Ich erkläre, daß der Beschluß des Gemeinderathes vollständig hinfällig geworden ist.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Das genügt mir, aber es hat der frühere Referent Dr. Wähler das letztmal die entgegengesetzte Erklärung abgegeben.

Bürgermeister: Meine persönliche Anschauung geht dahin, daß der Gemeinderaths-Beschluß deswegen hinfällig geworden ist, weil die Bestimmungen, an welche er geknüpft wurde, nicht erfüllt wurden. Das ist meine Anschauung. Aber wenn es Ihnen angenehm ist, werde ich auch über diesen Punkt den Stadtrath berathen lassen, damit die Sache ordnungsmäßig erledigt werde. Eigentlich gehört das nicht zu diesem Antrage. Sind Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky damit einverstanden?

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Ja!

Beschluß: 1. An den mit den Gemeinderaths-Beschlüssen vom 19. October 1900, Z. 11828, beziehungsweise vom 20. November 1900, Z. 12802, genehmigten Abänderungen der von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vorgelegten Entwürfe einer Dienst- und Arbeitsordnung, sowie einer Geschäftsordnung für die Disciplinarkammer wird festgehalten.

2. Vorstehender Beschluß ist der Bau- und Betriebs-Gesellschaft mitzuthemen, und an das k. k. Eisenbahnministerium unter Verweisung auf § 17 der Gesellschaftsstatuten zu berichten.

Bürgermeister: Nun bitte ich, fortzufahren.

35. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 15011 vom Vorjahre, Beilage Nr. 473. Es wurde seitens eines Consortiums unter Zustimmung und Befürwortung der k. k. General-Direction der Allerhöchsten Privat- und Familienfonde ein Project für eine elektrische Kleinbahn vom Bahnhofe Hütteldorf zum Wolfersbergwalde vorgelegt. In diesem Walde befindet sich nämlich ein Gut der genannten General-Direction, welches zur Parcellierung kommen soll. Bevor diese Parcellierung und die villenartige Verbauung durchgeführt wird, soll diese Kleinbahn hingeführt werden, um den Personenverkehr zu ermöglichen. Das besagte Gut liegt bereits außerhalb der Gemeindegrenze und liegt daher ein unmittelbares, materielles Interesse an dieser Kleinbahn und der Erschließung dieses Gutes für die Stadt Wien nicht vor.

Es soll in den vorliegenden Anträgen kein besonderer Einwand gegen die genannte Kleinbahn erhoben werden, jedoch werden jene Forderungen und Bedingungen gestellt, welche wir bei ähnlichen Gelegenheiten bereits aufgestellt haben, daß die Concession seitens der Gemeinde erworben wird und ein Bau- und Betriebsvertrag abgeschlossen wird, bezüglich dessen die Gemeinde Wien weiteren Vorschlägen entgegensteht, und endlich auch, daß bezüglich der Lieferung des elektrischen Stromes mit der Gemeinde Wien ein Vertrag abgeschlossen werde. Schließlich wird in Bezug auf die Trace verlangt, daß die ursprünglich vorgeschlagene Linie eingehalten werde.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky contra.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Aus dem Antrage ist mir nicht klar, warum die Gemeinde verlangt, daß sie die Concession erwirbt, nachdem der Herr Referent gesagt hat, daß diese Strecke schon außerhalb des Gemeindegebietes liegt.

Referent: Die Linie liegt noch innerhalb der Gemeindegrenzen, der Wolfersbergwald ist außerhalb.

Gem.-Rath Dr. Tschansky: Wir können aber auf Grund des Kleinbahngesetzes die Concession nur innerhalb des Gemeindegebietes erwerben.

Referent: Das Gut grenzt unmittelbar an das Gemeindegebiet.

Gem.-Rath Dr. Tschansky: Also die Bahn ist noch im Gemeindegebiete; dann bin ich genügend aufgeklärt.

Bürgermeister: Die Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluss: Der k. und k. General-Direction der Allerhöchsten Privat- und Familienfonde, sowie dem Consortium für die Erbanung einer elektrischen Kleinbahn vom Bahnhofe Hütteldorf-Hacking auf den Wolfersberg ist bekanntzugeben, daß die Gemeinde Wien gegen die Ausführung dieses Projectes im Principe keine Einwendung erhebt, jedoch bedingt, daß die ursprüngliche, entlang des Halterbaches projectierte Trace beibehalten, daß die Concession von der Gemeinde Wien erworben und ein Bau- und Betriebsvertrag abgeschlossen wird, bezüglich dessen die Gemeinde Wien weiteren Vorschlägen entgegensteht; endlich, daß auch bezüglich der Lieferung des elektrischen Stromes mit der Gemeinde ein Vertrag abgeschlossen wird.

36. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 14134 betrifft einen Recurs des Johann Österreicher gegen eine Baulinienbestimmung. Es dreht sich eigentlich um eine unbedeutende Abänderung. Es wurde nämlich seinerzeit eine platzähnliche Erweiterung im Zuge der Karl Ludwigstraße projectiert, welche für ihn zu besonderen Möglichkeiten führen würde, weil er schon, und zwar unverhältnismäßig theuer, seine Grundstücke nach der ursprünglichen Baulinie arrondiert hat und infolgedessen einen doppelten Nachtheil hatte, indem er nicht nur um seine bedeutenden Auslagen käme, sondern ihm auch die Kopfgründe infolge der dort jederzeit auf den Bänken stattfindenden Ansammlungen von Menschen verschlechtert würden.

Der Stadtrath hat aus Billigkeitsrücksichten sich entschlossen, Ihnen den Vorschlag zu machen, auf die ursprüngliche Baulinie zurückzugehen.

Ich bitte um die Annahme des Stadtraths-Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Zifferer contra!

Gem.-Rath Zifferer: Ich bin mit dem Antrage vollkommen einverstanden, nur glaube ich, daß man die Gelegenheit benützen sollte, die Bestimmung zu treffen, daß der Platz gegen dem abgegeben werde, daß die Vegagasse in einer Breite von 15 m durchgeführt werde, weil die Hardtgasse so, wie sie bestimmt ist, voraussichtlich längere Zeit nicht bis zur Döbblinger Hauptstraße durchgeführt wird. Würde also die Vegagasse nicht durchgeführt, so würde hier wahrscheinlich eine Sackgasse entstehen. Der Block ist auch so groß, daß es wünschenswert erscheint, daß die Vegagasse durchgeführt wird, und zwar in der Weise, daß die Eigenthumsgrenze die Mitte der Straße bildet, so daß jeder Theil die halbe Straßenbreite abzutreten hätte. Es ist kaum abzusehen, wann das Haus Nr. 37 in der Billrothstraße zum Umbau gelangen wird. Die Unannehmlichkeit einer solchen Sackgasse gerade im Cottage wird jedermann zugeben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Drel!

Gem.-Rath Drel: Ich möchte den Antrag des Herrn Collegen Zifferer wärmstens unterstützen. Als langjähriger Bewohner des XIX. Bezirkes, beziehungsweise des Cottage weiß ich das zu beurtheilen. Es wäre ein Fehler, wenn bei dieser Gelegenheit nicht dieser Beschluss gefasst würde. Im Gegentheile wäre es für die Bewohner des Cottage sehr wichtig, wenn die Vegagasse bis zur Hardtgasse durchgeführt wird. Es ist dies eine Sackgasse. Wenn man zur Längsfront kommt, muß man herunterfahren und in die nächste Gasse wieder hinauffahren. Die Durchführung der Vegagasse schadet gar niemandem und hat große Vortheile für den Verkehr. Ich glaube also, daß der Herr Referent sich mit diesem Amendement des Herrn Collegen Zifferer einverstanden erklären und der Gemeinderath mit voller Beruhigung für denselben stimmen könnte.

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Ich habe gegen diesen Zusatz-Antrag nichts einzuwenden. Ich habe einen Plan aus einem größeren Gebiete bei der Hand, in welchem diese Durchführung eingetragen erscheint.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Jene Herren, welche für den Stadtraths-Antrag stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Herr Gem.-Rath Zifferer hat beantragt, daß die sogenannte Vegagasse — ich würde vorschlagen — in senkrechter Richtung auf die Hardtgasse verlängert werde.

Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluss: 1. Der mit Gemeinderaths-Beschluss vom 23. Juli 1897 genehmigte 28 m breite, freie Platz an der Karl Ludwigstraße im XIX. Bezirke ist aufzulassen und sind die Baulinien für die verlängerte Hardtgasse, die Karl Ludwigstraße und die Lanerstraße unter Festhaltung der für diese Straßen bereits genehmigten Breiten von 19 m beziehungsweise 15-17 m nach den Linien a b, c d zu ergänzen.

2. Längs der Baulinie b c ist analog wie im oberen Theile der Karl Ludwigstraße ein 5 m tiefer Vorgarten, längs der Baulinie c d ein 4 m tiefer Vorgarten anzulegen.

3. Bezüglich der Verbauung bleiben die Beschlüsse des Gemeinderathes vom 23. Juli 1897 unverändert aufrecht. (Offene Bauweise, zwei Stock hoch.)

4. Die Vegagasse ist in senkrechter Richtung auf die Hardtgasse zu verlängern.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rath Zayka.

37. Referent Gem.-Rath Zahka: Zahl 14630. Eine gewisse Frau Sachs hat um Baubewilligung in der Hüttelbergstraße, Einl.-Z. 610, angefragt. Zufolge eines Gemeinderaths-Beschlusses vom Jahre 1899 sollen in dieser Straße bloß Häuser gebaut werden, welche einen 5 m breiten Seitenabstand haben. Sie will nun zwar freistehend bauen, aber nur um 3-20 respective 4-12 m zurückbleiben. Es wird daher von Seite des Magistrates und auch des Bauamtes beantragt, das zu genehmigen. Der Stadtrath hat sich diesem Antrage angeschlossen und ich bitte um Ihre Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluss: Für das Project der Marie Sachs zur Erbauung einer Villa auf der Realität Cat.-Parc. 758/6, Einl.-Z. 610 Grundbuch Hütteldorf, an der Hüttelbergstraße im XIII. Bezirke, ist von der Einhaltung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 3. März 1899, Z. 11670 ex 1898, nach welchem wenigstens gegen eine Nachbargrenze ein 5 m breiter Seitenabstand unverbaut zu belassen ist, abzusehen, und werden die beiderseitigen Seitenabstände von 3·20 m, beziehungsweise 4·12 m genehmigt.

38. Referent Gem.-Rath Zahka: Zur Zahl 14784 wird beantragt (liest):

„Es sei zu genehmigen, dass der jeweils vom Gemeinderathe genehmigte Preistarif der englischen Gasgesellschaft auch den Berechnungen des städtischen Gaswerkes zugrunde gelegt wird.“

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluss: Der jeweils vom Gemeinderathe genehmigte Preistarif der englischen Gasgesellschaft ist auch den Berechnungen des städtischen Gaswerkes zugrunde zu legen.

Bürgermeister: Herr Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer zum Referate.

39. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zur Zahl 13647 wird vom Stadtrathe beantragt, dass mit Rücksicht auf die nun eintretende Wirkung des Gesetzes vom September des Jahres 1896 über das Heimatsrecht das Personale, insbesondere im Conscriptiionsamte etwas vermehrt wird. Es wird der Antrag gestellt, 18 Praktikanten neu aufzunehmen, und zwar im Sinne des 2. Absatzes dieses Antrages dergestalt, dass diese Stellen nur successive besetzt werden, weil ja der Bedarf nicht sofort eintritt.

Es wurde von einer Seite die Anregung gegeben, dass nur Diurnisten aufgenommen werden. (Gem.-Rath *Hrabka:* Von wem?) Dr. *Kronawetter* hat das gemeint. Aber es ist selbstverständlich, dass man hier Beamte nehmen muss, welche beedigt sind, und welche den Grad ihrer Verantwortlichkeit gehörig vor Augen haben.

Ich bitte Sie daher, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall, ich bitte jene Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) *Angenommen.*

Beschluss: 1. Der Status der städtischen Praktikanten wird um 18 Stellen vermehrt und sind die infolgedessen aufzunehmenden Praktikanten dem Conscriptiionsamte zur Bewältigung der vom Jahre 1901 an infolge der Heimatsgesetz-Novelle vom 5. December 1896, N.-G.-Bl. Nr. 222, zu gewärtigenden Mehrarbeiten zuzuweisen.

Diese 18 Praktikanten sind nach Bedarf successive aufzunehmen.

2. Diese Stellen sind erst nach Ermittlung des wirklichen Bedarfes, also nach Ablauf von circa drei Jahren auf die benötigten Beamtenstellen aufzuteilen.

40. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zur Zahl 13538 liegt der Bericht über einen Statthaltereie-Erlass vom Juli des heurigen Jahres vor. In diesem Statthaltereie-Erlasse wird darauf hingewiesen, dass trotz der Anordnung des § 39 des Gemeindestatutes, nach welchem Concepts-, technische, Sanitäts- und Veterinärbeamte des Magistrates zur diesfälligen Geschäftsführung nach den für Staatsbedienstete des bezüglichen Dienstzweiges geltenden Vorschriften befähigt sein müssen, fast zwei Drittel der Conceptsbeamten dennoch nicht im Besitze des nach § 2 der kaiserl. Verordnung vom Jahre 1854 erforderlichen Zeugnisses über die Ablegung der politisch-praktischen Prüfung sich befinden.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass die dormalen gültige Dienstpragmatik nicht durchaus im Einklange mit dem Gemeindestatute steht, insbesondere mit der Bestimmung des § 39 des Gemeindestatutes, indem dieselbe bezüglich der Sanitätsbeamten keine Vorschriften über die Ablegung der Physikatsprüfung und bezüglich der Veterinärbeamten überhaupt keine Normen enthält. In Handhabung des § 106 des Gemeindestatutes nun wird von der Statthaltereie das Ersuchen gestellt, das Erforderliche einzuleiten, damit die Bestimmungen der Dienstpragmatik entsprechend dem § 39 des Gemeindestatutes abgeändert werden, und es wurde zu diesem Zwecke der Termin bis Ende des vergangenen Jahres gestellt. Der Termin ist nun abgelaufen.

Es wird aber nicht möglich sein, sofort in die Berathung über den gesammten Entwurf einzugehen, den der Magistrat schon vor einiger Zeit vorgelegt hat, und die neue Dienstpragmatik sohin in Wirksamkeit treten zu lassen; denn diese bedarf einer eingehenderen Berathung. Es ist auch mit Rücksicht darauf diese Berathung heute noch nicht möglich, weil von Seite der Referenten der Hauptcassa und des Steueramtes, die angewiesen worden sind, über die Einführung einer besonderen Cassaprüfung bis Ende des Monats November Bericht zu erstatten, noch kein Bericht eingelangt ist. Deswegen wird es wohl nicht möglich sein, dem ersten Theile des Antrages des Magistrates stattzugeben, welcher dahingehet, den ganzen Entwurf anzunehmen, wohl aber den § 4 dieses Entwurfes, welcher den Anforderungen der Statthaltereie vorläufig vollständig entspricht.

Ich bitte Sie daher, den Antrag des Stadtrathes in der Richtung anzunehmen, dass der § 4 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien dem vorgelegten Entwurfe gemäß in Zukunft zu lauten habe.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. *Nechausky* contra!

Gem.-Rath Dr. Nechausky: Es wird hier eine Abänderung der Dienstpragmatik beantragt, welche ich nicht für gerechtfertigt halte, und von welcher es mich wundert, dass sie beantragt wurde. In der früheren Dienstpragmatik hat es geheißen, dass, wenn ein Beamter, der im Conceptsdienst angestellt worden ist, die praktisch-politische Prüfung mit gutem Erfolge innerhalb vier Jahren nicht ablegt, er ohneweiters seines Dienstes entlassen werden kann. Es hat sich die Gemeindeverwaltung die Hand freigehalten und sich die Möglichkeit gegeben, je nach dem Falle die Entscheidung zu treffen. Die gegenwärtige Fassung soll lauten, dass derjenige, welcher binnen drei Jahren vom Tage der Beedigung die praktische Prüfung für politische Geschäftsführung mit gutem Erfolge nicht ablegt, entlassen wird. Es heißt nämlich, er hat die Prüfung abzulegen, widrigenfalls er aus dem Conceptsdienste zu entlassen wäre, das heißt, es ist imperativ angeordnet, dass derjenige, der die Prüfung innerhalb drei Jahren nicht macht oder nicht besteht,

entlassen wird. Ich finde das unsagbar hart. Wir Leute, die sehr viele Prüfungen gemacht haben, wissen, was eine Prüfung zu bedeuten hat.

Ich leugne nicht, dass in einer großen Verwaltung die Regelung der Studien nothwendig ist, aber einen solchen Wert darf man auf eine Prüfung nicht legen, dass ein Conceptsbeamter, der vier Jahre schon in der Gemeinde, ein Probejahr und drei Jahre, gedient hat, weil er das Unglück gehabt hat, eine Prüfung nicht zu bestehen, aus dem Dienste der Gemeinde entlassen werden muss. Das finde ich unsagbar hart, denn jeder weiß, dass einem bei einer Prüfung ein Malheur passieren kann, wenn man auch befähigt und fleißig ist. Es kann Einer praktisch sehr gut verwendbar sein und die Prüfung schlecht machen, und es kann andererseits Einer die Prüfung mit Auszeichnung gemacht haben und ein praktisch unverwendbarer Beamter sein. Das wissen nur alle diejenigen, die Prüfungen und praktische Erfolge zu beobachten Gelegenheit gehabt haben.

Es muss sich daher die Gemeindeverwaltung die Hand frei lassen, nach dem Falle zu entscheiden. Es muss dem Beamten auch die Möglichkeit gegeben werden, dass er die Prüfung wiederholen kann; soviel ich weiß, kann man auch die praktische Prüfung wiederholen. Wie das hier steht, müssten Sie jemanden, der das erstemal gefallen ist, weil er in den drei Jahren die Prüfung nicht gemacht hat — denn wenn er gefallen ist, hat er sie nicht gemacht — entlassen. Das finde ich nicht den Verhältnissen entsprechend, das finde ich hart.

Dieselbe Bestimmung findet sich dann beim Baudienst wieder.

In beiden Fällen würde ich daher beantragen, dass es nicht so laute, wie der Stadtrath vorschlägt, sondern vielmehr: „widrigensfalls er aus dem Conceptsdienste, insbesondere bei nicht befriedigender praktischer Verwendung, entlassen werden kann.“

Denn ich sage mir, wenn einer sich als ein unpraktischer, unverwendbarer Beamter in den drei Jahren gezeigt hat, dann auch die Prüfung nicht macht oder nicht besteht, dann soll die Gemeindeverwaltung darüber nachdenken, ob sie nicht auf die Mitwirkung eines solchen Beamten lieber verzichtet. Wenn einer aber sich praktisch bewährt hat und die Prüfung das erstemal nicht besteht, dann muss man ihm Gelegenheit geben, dass er sie wiederholt, dann muss die Entscheidung offen gelassen werden, und soll er nicht unter allen Umständen entlassen werden müssen.

Ich beantrage in beiden Fällen, sowohl für den Conceptsdienst als für den Stadtbauamtsdienst die Abänderung in dem von mir genannten Wortlaute. (Beifall.)

Bürgermeister: Es ist niemand zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Meine Herren! Mir ist es auch bekannt, dass in der alten Dienstpragmatik die Stilisierung des § 4 etwas anders geartet ist. Es heißt dort: „widrigens er ohnweiters aus dem städtischen Dienste entlassen werden kann.“

Aber auch die Stilisierung in der nunmehr vorliegenden Fassung ist nicht viel anders.

Es heißt da, dass der Betreffende aus dem Conceptsdienste „zu entlassen“ wäre.

Ich möchte sogar behaupten, dass die Stilisierung in der alten Dienstpragmatik etwas schärfer ist, weil es eben dort heißt, er habe die politisch-praktische Prüfung mit gutem Erfolge abzulegen, widrigens u. s. w.

Also diese Verschärfung ist auch überflüssig, und der Herr College weiß recht gut, dass es ja nur eine Frist ist, welche, wie zum Beispiel die alten Fristen in der Processordnung erstreckbar ist. Wenn ein Candidat unter berücksichtigungswürdigen Umständen um eine Erstreckung der Frist zur Ablegung der Prüfung ansucht, so ist es schon oft bewilligt worden.

Ich glaube also, dass man das recht gut der Billigkeit und den Verhältnissen überlassen kann. Eine Änderung in dieser Beziehung ist gewiss nicht nothwendig.

Ich bitte daher, den Antrag des Stadtrathes unverändert anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky zu einer thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Meine Herren! Ich mache nur darauf aufmerksam, dass ein grammatischer Unterschied ist zwischen „zu entlassen wäre“ und „entlassen werden kann.“ Das muss jeder zugeben. Wenn es heißt, dass einer „zu entlassen wäre“, so heißt das, er muss entlassen werden.

Bürgermeister: Meine Herren! Die Statthalterei verlangt das leider. Es ist traurig; ich habe mich ohnehin dagegen gewehrt. Wir schreiten nun zur Abstimmung.

Ich bringe zuerst den Antrag des Herrn Dr. Nechansky zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche dafür stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Minorität.

Diejenigen Herren, welche dem Stadtraths-Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluss: Der § 4 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien hat, wie folgt, zu lauten:

§ 4.

Besondere Erfordernisse für die Anstellung.

Hier werden nur die Erfordernisse für die Erlangung der in der Rang- und Bezugsclassen-Eintheilung angeführten Dienststellen verzeichnet. Bezüglich der Erfordernisse für die Anstellung der übrigen Gemeindebediensteten gelten die von Fall zu Fall von dem Gemeinderathe festgesetzten Bestimmungen.

Die in diesem Paragraphen bezeichneten Studien und Prüfungen müssen an Lehranstalten der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder absolviert, beziehungsweise abgelegt worden sein.

1. Für den Conceptsdienst.

Zur Anstellung als Conceptsaspirant ist der Nachweis über die vollständige Zurücklegung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien und über die mit gutem Erfolge abgelegten theoretischen Staatsprüfungen erforderlich.

Die Anstellung als Conceptspraktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollkommen befriedigender Probepraxis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status der rechtskundigen Beamten ist erforderlich, dass die Conceptspraktikanten in dieser Eigenschaft mindestens sechs Monate im Gemeindedienste zugebracht und die praktische Prüfung für die

politische Geschäftsführung mit günstigem Erfolge abgelegt haben.

Binnen drei Jahren vom Tage der Beeidigung als Conceptspraktikant hat der Angestellte die praktische Prüfung für die politische Geschäftsführung mit gutem Erfolge abzulegen, widrigenfalls er aus dem Conceptsdienste zu entlassen wäre.

2. Für den Stadtbauamtsdienst.

a) Für die technischen Beamten.

Zur Anstellung als Bauaspirant ist erforderlich, daß der Bewerber an einer technischen Hochschule die Diplomprüfung oder die zweite Staatsprüfung aus einem der bestehenden vier Fächer (Ingenieurbaufach, Hochbaufach, Maschinenbaufach, chemisch-technisches Fach) mit gutem Erfolge abgelegt hat.

Die Anstellung als Baupraktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollkommen befriedigender Probepraxis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status der technischen Beamten ist erforderlich, daß die Baupraktikanten in dieser Eigenschaft mindestens sechs Monate im Gemeindedienste zugebracht haben und entweder die Eignung zu einer besoldeten Anstellung im Staatsbaudienste erworben oder die dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 9. Jänner 1894, Z. 5, entsprechende praktische Prüfung für den Stadtbauamtsdienst mit gutem Erfolge abgelegt haben.

Binnen drei Jahren vom Tage des Eintrittes in den Gemeindedienst hat der Angestellte die vorbezeichnete Prüfung mit gutem Erfolge abzulegen, widrigenfalls er aus dem Stadtbauamtsdienste zu entlassen ist.

b) Für das Personale des Beleuchtungs-, Beheizungs-, Wasserleitungs- und Bauaufsichtsdienstes.

Bewerber um eine Stelle im Beleuchtungs-, Beheizungs-, Wasserleitungs- und Bauaufsichtsdienste haben das Reifezeugnis einer Ober-Realschule oder einer höheren Staatsgewerbeschule oder einer gleichwertigen Lehranstalt und den Nachweis über eine zweijährige praktische Verwendung in dem betreffenden Fache beizubringen.

Die Anstellung erfolgt auf ein Jahr provisorisch. Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

3. Für den ärztlichen Dienst.

Bewerber um die Stelle eines städtischen Arztes, sowie eines Arztes, beziehungsweise Assistenten in den städtischen Versorgungsanstalten haben sich mit dem Diplome eines graduierten Doctors der gesammten Heilkunde und über eine mindestens zweijährige spitalärztliche Praxis nach Erlangung des Doctorgrades, die Bewerber um eine sonstige Stelle im Status des Stadtphysikates außerdem noch mit dem Zeugnisse über die

mit gutem Erfolge abgelegte ärztliche Physikatprüfung auszuweisen.

Die Anstellung erfolgt auf ein Jahr provisorisch.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

4. Für den Dienst in den städtischen Sammlungen (Bibliothek und Historisches Museum) und im Archiv.

Bewerber um eine der für die städtischen Sammlungen oder für das Archiv systemisierten Stellen haben den Nachweis über die Absolvierung der philosophischen oder juristischen Facultät beizubringen, oder ihre literarischen und bibliographischen, kunsthistorischen beziehungsweise archivariischen Kenntnisse durch die praktische Verwendung im Dienste öffentlicher Sammlungen, beziehungsweise Archive nachzuweisen und überdies die hinreichende Kenntnis einer zweiten lebenden, insbesondere der französischen, englischen oder italienischen Sprache nachzuweisen.

Die Anstellung erfolgt auf die Dauer eines Jahres provisorisch.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

5. Für den Dienst in der Stadtbuchhaltung.

a) Für die Beamten der Stadtbuchhaltung.

Zur Anstellung als Rechnungsaspirant ist die Beibringung des Zeugnisses eines öffentlichen Gymnasiums oder einer Ober-Realschule über die mit gutem Erfolge abgelegte Maturitätsprüfung erforderlich.

Das Magisterium der Pharmacie ist für den Fall, als die Aufnahme eines pharmaceutisch gebildeten Beamten oder Praktikanten nothwendig ist, den angeführten Studien gleichzuhalten.

Die Anstellung als Rechnungspraktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollständig befriedigender Probepraxis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status der Buchhaltungsbeamten ist erforderlich, daß die Bewerber mindestens ein Jahr als Rechnungspraktikanten in vollkommen befriedigender Weise im Gemeindedienste zugebracht und die Prüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft mit gutem Erfolge abgelegt haben.

b) Für die Beamten des Wasserbezugs-Revisorates.

Bewerber um eine der für das Wasserbezugs-Revisorat systemisierten Stellen haben den Nachweis über die zur Anstellung im Concretalstatus der Praktikanten erforderliche Vorbildung (vergl. Punkt 14) beizubringen und müssen sich der für die Aufnahme in diesen Status erforderlichen Prüfung mit gutem Erfolge unterzogen haben.

Die Anstellung erfolgt auf ein Jahr provisorisch.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

6. Für den Dienst in der Hauptcassa und im Steueramte.

Bewerber um eine der für die Hauptcassa und für das Steueramt systemisirten Beamtenstellen müssen zur diesfälligen Geschäftsführung nach den für Staatsbedienstete der bezüglichen Dienstzweige geltenden Vorschriften befähigt sein.

7. Für den Dienst im Marktamte.

Die dem Marktamte zugewiesenen Praktikanten haben im ersten Jahre ihrer Dienstleistung im Marktamte die Prüfungen a) über Vieh- und Fleischbeschau, b) über die mikroskopische Fleischbeschau und c) über die Kenntniss der Nahrungs- und Genußmittel, sowie der Giftpflanzen und Pilze; im zweiten Jahre der Dienstleistung die Prüfungen a) über chemische Technologie der Nahrungsmittel, b) über das Nachweisen mit gutem Erfolge abzulegen.

Die Marktamts-Accessisten, welche auf die Beförderung in die VII. Rangklasse Anspruch machen, müssen die praktische Prüfung über die Brot- und Mehlbeschau und die nach Inhalt des Magistrats-Decretes vom 2. September 1895, Z. 180121 ex 1893 (Nr. 19 der Beilage IX zum Amtsblatte der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Nr. 78), vorzunehmende Prüfung über die für den Marktamtsdienst jeweilig geltenden Normalien und Dienstesvorschriften mit gutem Erfolge abgelegt haben.

8. Für den Dienst im Veterinär-amte.

Für den Eintritt in den Dienst des Veterinär-amtes ist die Beibringung des an einer thierärztlichen Hochschule erlangten Diplomes eines Thierarztes erforderlich.

Die Anstellung als Veterinär-amts-Praktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollständig befriedigender Probepraxis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status des Veterinär-amtes ist erforderlich, daß die Veterinär-amts-Praktikanten in dieser Eigenschaft mindestens sechs Monate im Dienste der Gemeinde zugebracht haben und die zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden mit Ministerial-Berordnung vom 21. März 1873, R.-G.-Bl. Nr. 37, vorgeschriebene thierärztliche Physikatprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben.

Diese Prüfung ist von dem Angestellten binnen drei Jahren vom Tage des Eintrittes in den Gemeindedienst mit gutem Erfolge abzulegen, widrigenfalls er aus dem Gemeindedienste entlassen werden kann.

9. Für den Dienst im Conscripti-ons-amte.

Bewerber um eine der für das Conscripti-onsamt systemisirten Beamtenstellen müssen die für die Erlangung dieser Stellen mit Magistrats-Decret vom 22. August 1887, M.-D.-Z. 324 (Magistratisches Verordnungsblatt, Jahrgang 1887, Seite 139) vorgeschriebene Fachprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben.

10. Für den Dienst in der Kanzlei.

Zur Erlangung einer der für den Status der Kanzlei systemisirten Beamtenstellen ist die Ablegung einer Fachprüfung nicht erforderlich.

11. Für den Dienst im Execution-s-amte.

Bewerber um eine der für das Execution-samt systemisirten Beamtenstellen müssen die Absolvierung der Bürgerichule oder von mindestens zwei Classen eines Gymnasiums, einer Realschule oder einer diesen gleichwertigen Lehranstalt nachweisen und sich einer Prüfung über Schön- und Schnell-schreiben, Rechts-schreibung, schriftlichen Gedankenausdruck und die Lösung einfacher Rechnungsaufgaben mit gutem Erfolge unterzogen haben.

Diese Prüfung entfällt, wenn ein Bewerber bei der Aufnahme in den Gemeindedienst eine Prüfung gleicher Art bereits abgelegt hat.

Die Anstellung erfolgt auf zwei Jahre provisorisch. Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war und wenn der Angestellte die für das Execution-samt vorgeschriebene Fachprüfung mit gutem Erfolge abgelegt hat.

12. Für den Dienst in den Humanitäts-anstalten.

Bewerber um eine der für die Versorgungs-anstalten oder für das Asyl- und Werkhaus systemisirten Beamtenstellen müssen die Prüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft und die vorgeschriebene Fachprüfung über den Verwaltungsdienst in den bezeichneten Anstalten mit gutem Erfolge abgelegt haben.

Die Bestimmungen über die Anstellung des ärztlichen Personales in den Versorgungsanstalten sind im § 4, Punkt 3, enthalten.

13. Für den Dienst der Verwaltung des Central-Friedhofes.

Zum Eintritte in den Dienst der Verwaltung des Central-Friedhofes sind von den Bewerbern die für die Aufnahme in den Kanzleidienst vorgeschriebenen Erfordernisse nachzuweisen.

Bei Besetzung einer Controlorstelle in der V. Rangklasse ist auf Bewerber, welche eine technische Vorbildung besitzen, besonders Rücksicht zu nehmen.

Zur Erlangung der Stelle des Verwalters des Central-Friedhofes ist die Absolvierung einer technischen Hochschule erforderlich.

Die Befetzung der Stellen erfolgt auf zwei Jahre provisorisch, wobei die bereits im Gemeindedienste zugebrachte Dienstzeit einzurechnen ist.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

14. Für die Anstellung im Concretalstatus der Praktikanten.

Sämmtliche Praktikanten der Hauptcassa, des Steueramtes, des Marktammtes, des Conserptionsamtes und der Kanzlei bilden einen Concretalstatus, aus welchem der Bedarf an Praktikanten in dem für die bezeichneten Ämter systemisirten Ausmaße gedeckt wird.

Bewerber um eine Praktikantenstelle müssen eine sechsmonatliche, vollkommen befriedigende Probepraxis als Aspiranten zurückgelegt haben. Praktikanten, welche sich um eine Anstellung in der niedersten Rangklasse eines der oben bezeichneten Ämter bewerben, müssen mindestens zwei Jahre als Praktikanten im Dienste der Gemeinde zugebracht haben.

Zur Aufnahme als Aspirant ist erforderlich, daß der Bewerber entweder das Unter-Gymnasium, die Unter-Realschule oder eine Lehranstalt, mit deren Absolvierung das Recht zum einjährigen Präsenzdienste verbunden ist, vollständig und mit gutem Erfolge absolviert hat, oder den Auszug aus den Classificationslisten über die abgelegte Prüfung zum Berufscadetten oder das Zeugnis der Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwilligen-Aspiranten über die mit gutem Erfolge abgelegte Prüfung beibringt.

Außerdem müssen sich die Bewerber einer Aufnahmeprüfung über Schön- und Schnellschreiben, Rechtschreiben, schriftlichen Gedankenausdruck und die Lösung von Rechnungsaufgaben, welche dem Lehrziele eines Unter-Gymnasiums oder einer Unter-Realschule entsprechen, mit gutem Erfolge unterzogen haben.

Bei der Befetzung von Aspirantenstellen ist auf die bereits im Dienste der Gemeinde stehenden Diurnisten und Kanzlisten, welche die erforderliche Vorbildung besitzen, sowie auf Bewerber, welche der Stenographie kundig sind, besonders Rücksicht zu nehmen.

15. Für den Dienst der städtischen Feuerwehr.

Bewerber um eine der für die städtische Feuerwehr systemisirten Beamtenstellen haben nachzuweisen, daß sie entweder die zu einer besoldeten Anstellung im Staatsbaudienste vorgeschriebene Eignung besitzen, oder an einer technischen Hochschule die Prüfungen aus einem der bestehenden vier Fächer (Ingenieurbaufach, Hochbaufach, Maschinenbaufach, chemisch-technisches Fach) mit gutem Erfolge abgelegt oder in einer technischen Truppe als Officiere gedient haben.

Die Anstellung erfolgt auf die Dauer eines Jahres provisorisch, wobei die bereits im Gemeindedienste zugebrachte Dienstzeit einzurechnen ist.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

Die physische Eignung zum Feuerwehrdienste ist durch ein Zeugnis des Stadtphysikates auch von jenen Bewerbern nachzuweisen, welche bereits im Gemeindedienste stehen.

16. Erfordernisse zur Erlangung einer der in der Bezugsclassen-Eintheilung angeführten Dienststellen.

Bewerber um eine der in der Bezugsclassen-Eintheilung angeführten Dienststellen müssen durch eine vor dem Director des Expedites abzulegende Prüfung eine ausreichende Fertigkeit im Lesen und Schreiben erweisen und von kräftiger und gesunder Körperbeschaffenheit sein.

Für die nachbezeichneten Dienststellen sind außerdem folgende Erfordernisse nachzuweisen:

- a) Bewerber um die Stelle eines Zeugwartes für das Historische Museum müssen das Schloffer-, Büchsenmacher-, Mechaniker- oder Schwertfegergewerbe erlernt haben und die Kenntnis der Behandlung von Waffen nachweisen;
- b) Bewerber um die Stelle eines Markthallendieners haben sich beim Director des Marktammtes einer Prüfung über ihre Fertigkeit im Schreiben und Rechnen zu unterziehen, ferner ihre Befähigung zum Wagdienste durch die Ablegung der Wagmeisterprüfung (Ministerial-Verordnung vom 12. October 1876, R.-G.-Bl. Nr. 126) nachzuweisen. Die Anstellung erfolgt auf die Dauer von fünf Jahren provisorisch. Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war;
- c) Bewerber um die Stelle eines Schlachtbrückenauffsehers müssen das Fleischgewerbe erlernt und die Prüfung über Vieh- und Fleischbeschau, sowie die Wagmeisterprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben;
- d) Bewerber um die Stelle eines Hausaufsehers in den Schlachthäusern müssen das Maurergewerbe erlernt haben;
- e) Bewerber um die Stelle eines Nachtwächters in den Schlachthäusern müssen das Fleischgewerbe erlernt haben.

Bürgermeister: Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung ist erschöpft; ich erkläre dieselbe für geschlossen. Es findet noch eine kurze vertrauliche Sitzung statt.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr 45 Minuten abends.)

Beschluss-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der
k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
vom 4. Jänner 1901.

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Lueger.

1. (13603.) **Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer** beantragt, es sei den mit Stadtraths-Beschluss vom 28. December 1900 ernannten drei städtischen Bau-Adjuncten die im § 9, Absatz 3 der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten vorgeschriebene Wartezeit von sechs Monaten nachzusehen. (Angenommen.)

2. (15097.) **Derselbe** beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredits im Betrage von 960 K zur Ausgabe-Kubrik III 14 c pro 1900, anlässlich der Gewährung von Remunerationen an die Beamten und Diener des statistischen Departements für die Herausgabe des statistischen Jahrbuches pro 1898. (Angenommen.)

3. (15000.) **Gem.-Rath Tomola** beantragt für Aloisia Knoch, Exerciermeisterswitwe, den Fortbezug der Pensionszulage von jährlich 200 K für die Zeit vom 1. April 1901 bis 31. December 1903 oder bis zu einer etwa früher eintretenden anderen Versorgung. (Angenommen.)

4. (15001.) **Derselbe** beantragt für Anna Brechka, Diurnistenwitwe, den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 72 K für ihre am 23. März 1885 geborene Tochter Gabriele, für die Zeit vom 1. Jänner 1901 auf die Dauer eines Jahres oder bis zu einer etwaigen früheren Versorgung. (Angenommen.)

5. (1502.) **Derselbe** beantragt für Anna Scharinger, Heizergehilfenswitwe, den Fortbezug einer Gnadengabe im erhöhten Betrage von jährlich 420 K vom 1. November 1900 bis Ende des Jahres 1902, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung. (Angenommen.)

6. (15164.) **Derselbe** beantragt, es sei dem Bezirksschulinspector Josef Bözl in Würdigung seiner langjährigen, vorzüglichen Thätigkeit im Dienste der Schule das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Rücksicht der Taxen zu verleihen. (Angenommen.)

7. (15123.) **Derselbe** beantragt für Marie Wollek, Gattin des gewesenen Executionsamtsofficials Alois Wollek, den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K, sowie des gnadenweisen Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Marie von jährlich 72 K für die Zeit vom 1. November 1900 bis 31. December 1901, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung. (Angenommen.)

8. (15124.) **Derselbe** beantragt, für Marie Hockauf, Schlachthausbrückenaufseherwitwe, den Fortbezug der Gnadengabe von 480 K jährlich vom 1. Februar 1901 bis 31. December 1903 oder bis zu einer früheren anderweitigen Versorgung. (Angenommen.)

9. (15282.) **Derselbe** beantragt für Barbara Rudolf, Schuldienerwitwe, die neuerliche Bewilligung der Gnadengabe von jährlich 240 K, und zwar vom 31. Jänner 1901 bis 31. December 1902, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung. (Angenommen.)

10. (14935.) **Derselbe** beantragt für Franz Linhof, gewesenen Anstalts-Schuldiener, die Bewilligung einer Gnadengabe

vom 1. October 1900 angefangen bis 31. December 1902 von jährlich 240 K. (Angenommen.)

11. (15190.) **Derselbe** beantragt für den Kanzlei-Oberofficial Friedrich Fuchsthaler, anlässlich seiner Pensionierung die Gewährung von 92 Percent seines zuletzt bezogenen Quartiergeldes. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 20. December 1900.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun,	Oppenberger,
Brauneiß,	Rauer,
Büsch,	Rissaweg,
Dr. Deutschmann,	Schreiner,
Fiedler,	Schuh,
Gräf Ferdinand,	Tomola,
Hörmann,	Dr. Wähner,
Praba,	Weitmann,
Dr. Krenn,	Wejjely,
Dr. Mayreder,	Zajka.
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.	
Vice-Bürgermeister Josef Strobach.	

Krank: St.-R. Sebastian Grünbeck.

Experte: Gem.-Rath Pichler.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Commissär H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(13520.) **St.-R. Braun** referiert über den Recurs des Alexander und der Barbara Rossbora gegen sanitätspolizeiliche Aufträge XI., Kinnböckstraße 31, und beantragt, dem Recurse stattzugeben.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(14595.) **St.-R. Braun** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Lieferung von Gräberpflocken, Gruppen- und Reihenständen für den Central-Friedhof und beantragt, die Lieferung der in sämtlichen Friedhöfen der Stadt Wien erforderlichen gusseisernen Gräberpflocke, Gruppen- und Reihenstände, und zwar vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903 dem Wilhelm Lovrek in Genehmigung seines Offertes und unter Anwendung der bezüglichlichen Lieferungsvorschrift zu folgenden Preisen zu vergeben:

1. Für Gruppenstände:

- a) mit einseitiger schwarzer Schrift 23 K 25 h;
- b) mit doppelseitiger Schrift 24 K.

2. Reihenstände per Stück:

- a) mit einseitiger schwarzer oder rother Schrift 3 K 80 h;
- b) mit doppelseitiger schwarzer oder rother Schrift 4 K.

3. Gräberpflocke per Stück:

- a) mit einseitiger schwarzer oder rother Schrift 60 h;
- b) mit doppelseitiger schwarzer oder rother Schrift 61 h.

In Zukunft sind derartige Offertverhandlungsergebnisse früher vorzulegen. (Angenommen.)

(14551.) St.-R. Braun referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Lieferung von Pelargonien für den Central-Friedhof pro 1901 und beantragt:

dem Jakob Safer 5000 Stück zum Preise von 21 K per 100 Stück;

dem Jakob Lettner 5000 Stück zum Preise von 22 K per 100 Stück;

dem Karl Kläring 4000 Stück zum Preise von 20 K per 100 Stück;

dem Johann Berger 23.000 Stück zum Preise von 20 K per 100 Stück;

dem Karl Schöberl 2000 Stück zum Preise von 19 K per 100 Stück;

dem Leopold Dirl 6000 Stück zum Preise von 20 K per 100 Stück;

dem Simon Hammharter 3000 Stück zum Preise von 20 K per 100 Stück;

dem Ferdinand Preis 3000 Stück zum Preise von 20 K per 100 Stück zu übertragen und die übrigen Offerte abzulehnen.

(Angenommen.)

(14447.) St.-R. Schuß referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Pachner wegen Abänderung der Baulinie für einen Theil der Plenergasse im XVIII. Bezirke und beantragt, den Gemeinderaths-Beschluss vom 19. Jänner 1900, Z. 11856, aufrechtzuhalten.

Gem.-Rath Pachner wird als Experte einvernommen.

St.-R. Tomola beantragt, die frühere Straßenbreite von 13.17 m wieder herzustellen.

Der Antrag des St.-R. Tomola wird angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(14574.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des St. Vincentius-Vereines um Überlassung des Turnsaales der Knaben-Volksschule VIII., Josefstädterstraße 93, für den 23. December 1900, nachmittags, und beantragt die Besuchsgewährung.

(Angenommen.)

(14637.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Wiener Taubstummen-Unterstützungsvereines um eine Subvention pro 1900 und beantragt die ausnahmsweise Bewilligung einer Subvention von 200 K pro 1900 wie im Vorjahre, jedoch mit dem Bedenken, daß in Zukunft verspätet überreichte Eingaben nicht berücksichtigt werden.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14851.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die von der Forstverwaltung Mariabrunn angeregte Bewilligung von Neujahrsgebern und beantragt die Bewilligung des Betrages von 34 K und außerdem die Verabfolgung von Neujahrsgebern an Bedienstete der Gemeinde im Hochquellengebiet wie im Vorjahre zusammen mit 150 K.

(Angenommen.)

(14593.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Holzfällungs-Antrag pro 1900/01 über die vorzunehmenden Schlägerungen im Bürgerhospitalfondsförste Schußbrecherin im Hadersdorfer Wald und beantragt, den vorgelegten Fällungs-Antrag (Beilage A) mit einer Gesammtholzmenge von 144 Festmetern, ferner die Züher- und Haderlöhne (Beilage B) zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14686.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des F. Aufhauser um Enthebung seiner Verbindlichkeit aus dem Offerte für alte Grabdenkmäler im Central-Friedhofe und beantragt, diesem Ansuchen keine Folge zu geben; jedoch wird der offerierte Übernahmepreis ausnahmsweise aus Billigkeitsrücksichten und unpräjudicial

des Rechtsweges von 1060 K auf 671 K unter der Bedingung ermäßigt, daß Gesuchsteller diesen Kaufpreis binnen acht Tagen nach erfolgter Verständigung von der Beschlußfassung des Stadtrathes bei der städtischen Hauptcassa erlegt, widrigenfalls diese Zusage erlischt.

(Angenommen.)

(14689.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Vergebung der Professionistenarbeiten im Versorgungshause zu Hbbs pro 1901 bis 1903 und beantragt:

1. diese Arbeiten an die vom Magistrate vorgeschlagenen Bestbeziehungsweise Alleinbieter zu den in der vorgelegten Tabelle ersichtlichen Preisen zu übertragen;

2. bezüglich der Wagner-, Binder-, Schmied- und Pflasterungsarbeiten, sowie die Lieferung hölzerner Werkzeuge wird der Anstaltsverwaltung die Ermächtigung ertheilt, diese Arbeiten von Fall zu Fall durch vertrauenswürdige Geschäftsleute ausführen zu lassen.

(Angenommen.)

(14238.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Alfred und Otto Berger um grundbücherliche Löschung Einl. Z. 950 und 1243, VI. Bezirk, und beantragt, die Ausstellung der Löschungserklärung über die auf der Einl. Z. 950 und 1243 des VI. Bezirkes lastende, nunmehr gegenstandslose Realkast, „daß bei Berechnung der Schadloshaltung für den zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund diese Realität in nicht abgetheiltem Zustande zur Grundlage genommen werde“, auf Kosten der Partei zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14422.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Erstattung der Gegenschrist der Beschwerde des Wenzel Tichy über die ihm aufgetragene Einleitung des Hochquellenwassers in das Haus XII. Schönbrunnerallee 39, und beantragt:

1. die Gegenschrist in der vorgelegten Fassung zu erstaten;

2. die Administrativ-Acten an den Verwaltungsgerichtshof zu leiten.

(Angenommen.)

(14797.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Ausschreibung des Maria Theresia Grabmayer'schen Handstipendiums und der Johann Georg Ferdinand v. Stein'schen Studenten-Stiftung und beantragt die Kenntnisnahme des Magistratsberichtes.

(Angenommen.)

(10864.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Bewilligung einer Gnadengabe für die Forstauffseherwitwe Anna Nold und von Erziehungsbeiträgen für ihre beiden Kinder und beantragt, es sei der Genannten eine Gnadengabe von jährlich 400 K und ein Erziehungsbeitrag von jährlich je 100 K für ihre beiden Kinder vom 1. August 1900 bis Ende des Jahres 1902, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14461.) St.-R. Schuß referiert über die Zuweisung von 500 m³ Gebirgsschotter für den IX. Bezirk, sowie die Bewilligung eines Zuschusscredits von 3640 K zur Ausgabe-Nubrik XXII 2 a und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen.)

(14491.) St.-R. Schreiner referiert über die provisorische Gleiseeinbindung der städtischen Straßenbahnen auf der Ringstraße nächst der Dperngasse während des Einbaues der Einbindungscurve daselbst und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(14793.) St.-R. Weitmann referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den Vorstand des humanitären Vereines „D'Hainbacher“ Julius Komrowsky und beantragt, es sei dem Genannten in Anerkennung seines vielseitigen und verdienstvollen Wirkens

auf dem Gebiete der Wohlthätigkeit die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14852.) **St.-R. Fiedler** referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den Vorsteher der Genossenschaft der Fischhändler, Peter Hamerschmidt, und beantragt, es sei dem Genannten in Anerkennung seiner vieljährigen, verdienstvollen Thätigkeit als Vorsteher die goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen.)

(14853.) **St.-R. Tomola** referiert über die Bestimmung der Mitglieder für die Wahl-Commissionen bei den Reichsrathswahlen für die allgemeine Wählerklasse 1901 und beantragt:

1. Genehmigung der vom Referenten namhaft gemachten Vertrauensmänner.

2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Falle sich die Nothwendigkeit ergeben sollte, nachträglich Vertrauensmänner der Gemeindevertretung in die Commissionen zu delegieren, wegen dieser Delegation, und zwar sowohl im Falle eines Abganges von Mitgliedern vor der Wahl, als auch im Falle des Abganges solcher Mitglieder beim Beginne der Constituierung der Wahl-Commissionen Vorsorge zu treffen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14800.) **St.-R. Graba** referiert über die Aufbesserung der Mannschaftsmenagen der städtischen Feuerwehr am heiligen Abend und am Neujahrstage und beantragt, ausnahmsweise und ohne Präjudiz für die Zukunft dem Feuerwehr-Commando den Betrag von 452 K für obigen Zweck zu bewilligen. (Angenommen.)

(14794.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des Frauen-Wohlthätigkeitsvereines „Kosbau“ um Bewilligung einer Weihnachts-Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 100 K pro 1900.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14712.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des gewesenen Bürgerschullehrers Josef Schmidt um Rückzahlung der geleisteten Pensionsfondsbeiträge und beantragt, diesem Ansuchen aus principiellen Gründen keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(14711.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen der Volksschullehrerwitwe Emma Schöpflenthner um einen Erziehungsbeitrag für ihren Sohn Emerich und beantragt, denselben in Gewährung dieses Ansuchens vom 25. September 1900 angefangen unter gleichzeitiger Einstellung des bisherigen Erziehungsbeitrages für die Kinder Emma und Emerich per zusammen 400 K einen Erziehungsbeitrag von 300 K jährlich zuerkennen zu wollen.

(Angenommen.)

(14594.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung von Desinfectionsmitteln pro 1901 und beantragt:

1. Die Lieferung der rohen, flüssigen Carbonsäure nach vorgelegtem Muster im beiläufigen Quantum von 50.000 kg zum Preise von 14 K per 100 kg netto und Rückvergütung von 1 K 60 h per 1 leeres Faß;

2. die Lieferung der reinen krystallisierten Carbonsäure nach vorgelegtem Muster im beiläufigen Quantum von 3000 kg zum Nettopreise von 296 K per 100 kg bei Lieferung in Zinkflaschen à 5 kg, 306 K per 100 kg bei Lieferung in Zinkflaschen à 2,5 kg, 316 K per 100 kg bei Lieferung in Zinkflaschen à 1 kg, wobei für leere Zinkflaschen à 5 kg 20 h, für leere Zinkflaschen à 2,5 kg 14 h und für leere Zinkflaschen à 1 kg 10 h rückvergütet werden, dem Wilhelm Neuber;

3. die Lieferung des Lysols nach Muster im beiläufigen Quantum von 2500 kg zum Nettopreise von 200 K per 100 kg bei Lieferung in Glasflaschen à 1 kg, von 190 kg Lysol in Flaschen à 5 kg und von 180 kg Lysol in Flaschen à 50 kg, wobei für leere Flaschen à 1 kg 12 h, à 5 kg 10 h und à 50 kg 2 K rückvergütet werden, der Firma Schülke & Mahrs Nachfolger Dr. Raupenstrauch;

4. die Lieferung des Formalins nach Muster im beiläufigen Bedarfe von 100 kg zum Preise von 210 K per 100 kg brutto in Ballons à 50 kg und von 2 K 50 h per Kilogramm brutto in Glasflaschen à 1 kg, wobei für einen leeren Ballon 2 K und für eine leere Flasche 8 h rückvergütet werden, der Firma Josef Fuß Nachfolger W. Pensens, und zwar für sämtliche Lieferungen pro 1901 zu übertragen. (Angenommen.)

(14600.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des Fahrpost-Unternehmers Adolf Berger in Mauerbach um einen Beitrag für die Gewährung von Begünstigungen für die städtischen Pfründner und beantragt, demselben für die Zeit vom 1. November 1900 bis 31. October 1901 einen Beitrag von 400 K, zahlbar in zwei Raten, am 1. April und 31. October 1901, unter der Bedingung zu gewähren, daß derselbe seinen protokollarischen Erklärungen vom 14. November 1900 bezüglich der Begünstigung der städtischen Pfründner bei Benützung seiner Fahrpost-Unternehmung Weidlingau—Mauerbach bis zum 31. October 1901 pünktlich nachkommt. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14547.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen des Karl Wurz, Forstwart des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau in Ruhwirt, um eine Krankenaushilfe und beantragt, demselben aus Billigkeitsgründen eine Aushilfe per 144 K 71 h aus den Fondsgeldern zu bewilligen. (Angenommen.)

(14502.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über das Ansuchen der Marie Hoch um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren per 35 K 90 h, XVIII., Martinsstraße 83, und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(14496.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Drucklegung der Beobachtungen über die Grundwasserstände und Regenhöhen im Wiener Gemeindegebiete pro 1900 und beantragt hierfür den Kostenbetrag von 1680 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(14353.) **St.-R. Oppenberger** referiert über die Abänderung der Parcellierung der sogenannten Sperl-Realität im II. Bezirke und beantragt:

1. In Abänderung des mit Stadtraths-Beschluß vom 12. October 1900, Z. 11532, genehmigten Abtheilung des an der Ecke der Stephaniestraße und Kleine Sperlgasse gelegenen Grundcomplexes ist die mit den Buchstaben a b c' a umschriebene Theilfläche der Cat.-Parc. 92/1 aus der Baustelle II auszuscheiden um die Grundbucheinlage-Z. 1925 zu belassen.

2. Für jenen Theil der Einlage 1925, auf welchem sich das Gebäude des k. k. Staatsgymnasiums und der für Zwecke des letzteren in Verwendung stehende Garten Figur A' B' C' D' E' F' G' H' A' befinden, ist eine separate Grundbucheinlage zu eröffnen und auf letzterer das Gebrauchsrecht zu Gunsten des k. k. Arars grundbücherlich auszuzeichnen.

3. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, jenen Theil der Baustelle III, welcher im Sinne der mit Gemeinderaths-Beschluß vom 26. October 1900, Z. 11522, genehmigten Projectskizze für die Erbauung eines Wohnhauses auf diesem Grunde nicht verbaut werden soll, dauernd unverbaut zu lassen, und willigt ein, daß diese Ver-

pflichtung zu Gunsten des k. k. Arars auf der Baustelle III grundbüchlich sichergestellt werde.

4. Dem k. k. n.ö. Landesschulrath ist mitzutheilen, daß die Gemeinde nicht in der Lage ist, auf den im Commissions-Protokolle vom 28. November 1900 enthaltenen Vorschlag, betreffend die Veränderung der Begrenzung des in Benützung des k. k. Staatsgymnasiums stehenden Gartens einzugehen. (Angenommen.)

(14197.) **St.-R. Brauneiß** referiert über die Zuweisung von 1000 m³ Gebirgsschlägel- und Kieselschotter für den XIV. Bezirk, sowie die Bewilligung eines Zuschusscredits von 3780 K zur Ausgabe-Nubrit XXII 2 a anlässlich der Genehmigung eines Mehrquantums von 6000 m³ Gebirgsschlägel- und Kieselschotter für den XIV. Bezirk und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14631.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen des Alois Popaur um Bewilligung zur Aufstellung von provisorischen Materialschuppen, XIV. Bezirk, Heindegasse, Einl.-Z. 226, und beantragt, den Bauconsens hiefür unter den vom magistratischen Bezirksamte für den XIV. Bezirk gestellten Bedingungen zu bestätigen. (Angenommen.)

(14540.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Offert des Emil Weber auf Einplankung der Ortnergasse im XIV. Bezirke und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(14524.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Ausspeisung armer Schulkinder im III. Bezirke um Subvention pro 1900 und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 200 K wie im Vorjahre, jedoch mit dem ausdrücklichen Bedenken, daß in Zukunft das Gesuch rechtzeitig einzubringen ist, widrigenfalls dasselbe nicht berücksichtigt werden würde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14796.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen des Leopold Frey um pachtweise Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 383/I, III., Vorderer Zollamtsstraße 7 a, als Eislaufplatz und beantragt, demselben von dem städtischen Grunde Einl.-Z. 1896, Cat.-Parc. 383/I, III. Bezirk, den für städtische Zwecke nicht in Verwendung stehenden Theil des freien Platzes per circa 3000 m², sowie den für städtische Zwecke nicht verwendeten Theil der daselbst bestehenden ehemaligen „Skating Rink Hall“ zur Ausübung des Eislauf-, eventuell Radfahr- und Lawn Tennis-Sportes sofort auf unbestimmte Zeit gegen eine jederzeit mögliche sechs wöchentliche Kündigung um den Gesamtjahreszins von 2000 K (1000 K für den freien Platz und 1000 K für die Benützung der Halle) unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen in Bestand zu geben. (Angenommen.)

(14588.) **St.-R. Hörmann** referiert über die Übergabe von alten Rohren und Beleuchtungsgegenständen an die Betriebs-Direction der städtischen Gaswerke und beantragt, den Beschluss des Gemeinderaths-Ausschusses für die städtische Gasbeleuchtung vom 13. November 1900, Z. 13222, wonach die vom Magistrate bezeichneten alten Rohre und Beleuchtungsgegenstände der Betriebs-Direction der städtischen Gaswerke gegen eine Vergütung von 8 h per Kilogramm zu übergeben sind, zu genehmigen. (Angenommen.)

(14714.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Offert des Anton Poschacher wegen Lieferung von Pflastersteinen und beantragt:

1. Das Anbot des Anton Poschacher auf die Lieferung von 26.000 Stück kurzen 7/7"igen Würfeln und 3000 Stück langen sogenannten eineinhalbmaligen 7/7"igen Steinen zum Preise von 540 K pro Mille aus Mauthausener Granit, weiters von 8000 Stück kurzen und 3200 Stück langen 7/7"igen Würfeln zum Preise von

600 K pro Mille aus Schwertberger und Berger Granit gegen Einhaltung der bestehenden Lieferungsbedingungen nach den bereits vorliegenden Mustern loco Steinlagerplatz II., Treustraße 35, mit einem Liefertermin von acht Tagen nach erfolgter Verständigung von der Annahme des Offertes zu genehmigen; seitens der genannten Firma sei eine Caution von 1200 K, welche bis zur gänzlichen Abfuhr der Steine zu erliegen habe, zu deponieren.

2. Die Erklärung des Offerenten bezüglich der Gestattung der kostenfreien Lagerung der übernommenen Steine auf seinem Lagerplatz II., Treustraße 35, bis Ende Mai 1901, sei mit dem Bemerkten zur Kenntnis zu nehmen, daß derselbe auch für die erforderliche Überwachung der Steine zu sorgen hätte. (Angenommen.)

(12419.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Peter Faccanoni & Karl Brizzi um Bewilligung zur Einlagerung von Materialien auf dem städtischen Grunde Cat.-Parc. 216/1 Gaudenzdorf und beantragt die Gesuchsgewährung gegen Zahlung eines Pachtbillsings von monatlich 20 K gegen Vorbehalt des Widerrufsrechtes und gegen die Verpflichtung zur Wiederherstellung des früheren Standes. (Angenommen.)

(14137.) **St.-R. Büsch** referiert über die Planauswechslung zur Herstellung von Zubauten beim städtischen Depot am Pferdemarkt, V., Siebenbrunnensfeld 3, und beantragt, die Bewilligung zur Planauswechslung zu erteilen. (Angenommen.)

(14272.) **St.-R. Büsch** referiert über die Verrechnung der Kosten für Herstellungen beim Kindergarten XII., Bierthalergasse 17, und beantragt, den Betrag von 2311 K 1 h auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(14211.) **St.-R. Büsch** referiert über den Recurs der Anna Wigner wegen verweigerter Aufstellung eines Verkaufstandes bei der Nevillebrücke und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(12455.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen der Firma M. Kella & Kesse um Nachsicht der Terminüberschreitung von zwölf Arbeitstagen beim Canalbau in der Kohl- und Fendigasse im V. Bezirke und beantragt, dem Ansuchen keine Folge zu geben, sondern über dieselbe das in den Bedingungen vorgesehene Pönale von 720 K zu verhängen. (Angenommen.)

(13687.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Johann Raumann um Nachsicht des Lagerzinses für die verspätete Abfuhr von Altmateriale und beantragt die gnadenweise Nachsicht des Lagerzinses von 129 K 36 h. (Angenommen.)

(12081.) **St.-R. Büsch** referiert über den Recurs der Pauline Sobotka gegen den sanitätspolizeilichen Auftrag V., Kettenbrückengasse 13, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(14456.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Victor Peschl um Abtheilung der Realität Einl.-Z. 693 Margarethen und beantragt, die Abtheilung obiger Realität auf zwei Baustellen zu bewilligen. (Angenommen.)

(14571.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Franz Pohl um Abschreibung von Wassergebühren für V., Siebenbrunnengasse 71, und beantragt die Reducierung des Betrages per 504 K auf 251 K. (Angenommen.)

(14494.) **St.-R. Fiedler** referiert über die Anschaffung von durch die Niveau Regulierung in der verlängerten Kärnthnerstraße zum Schutze des 160 mm-Rohrstranges der Hochquellenleitung nothwendig gewordenen Schutzkästen und beantragt die Genehmigung der Anschaffung mit dem Betrage von 2200 K bei der Firma M. Ph. Wagner im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(14628.) St.-R. Fiedler referiert über die Errichtung eines Auslaufbrunnens kleinster Type bei Dr.-Nr. 10 Bartensteingasse, I. Bezirk, und beantragt, die Errichtung dieses Brunnens mit den Kosten von 500 K zu genehmigen und für diesen Brunnen ein Wasserquantum von 114 hl zu bewilligen.

St.-R. Büsch beantragt, einen alten Brunnen aus dem städtischen Vorrathe zu verwenden.

Referent accommodiert sich dem Antrage.

Modificirter Referenten-Antrag angenommen.

(14708.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des A. Lang & Comp. um Bestimmung der Schadloshaltung VIII, Lerchenfelderstraße 78/80, Einl.-Z. 537 und 538 per 44·80 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 25 K per Quadratmeter, d. i. mit 1120 K zu bestimmen. Die Kosten der Durchführung des Rechtsgeschäftes, sowie die Plananfertiigung hat die Partei zu tragen.

(Angenommen.)

(14449.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen des Josef Rothmüller um Unterabtheilung der Realitäten Einl.-Z. 1093 und 1231 IV. Bezirk und beantragt, die Abtrennung des in den Plänen mit h m n h bezeichneten Theiles von der Realität Einl.-Z. 1231 Grundbuch Wieden behufs Vereinigung desselben mit der Realität Einl.-Z. 1093 daselbst, ferner des mit n f g b c k i n umschriebenen Theiles von der Realität Einl.-Z. 1093 behufs Vereinigung desselben mit der Realität Einl.-Z. 1231 zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14698.) St.-R. Rissaweg referiert über das Ansuchen des Josef Fiedler um Baubewilligung X., Gudrunstraße, Cat.-Parc. 1366/1, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter der Bedingung, daß das Object jederzeit sofort auf Verlangen Gemeinde Wien ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung wieder beseitigt werde.

(Angenommen.)

(14459.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Stiftsbrief-Entwurf für die Karl Knauer'sche Stiftung für arme Schulkinder in Hütteldorf und beantragt, den im Sinne des Statthaltereierlasses vom 3. December 1900, Z. 106696, geänderten Entwurf des Stiftsbriefes zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14452.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Ferdinand Erm um Ausstellung einer Freilassungs-Erklärung Einl.-Z. 2871 Landstraße und beantragt, die Ausstellung der vorgelegten Freilassungs-Erklärung auf Kosten des Gesuchstellers zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14240.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Richtigstellung des Gutsbestandes der beiden Hofmuseen, Einl.-Z. 9 und 10 I. Bezirk, und beantragt, die Gemeinde Wien willigt in die Ausschreibung der Cat.-Parc 1561/3, 1562/3 und 1809 aus dem Verzeichnisse des öffentlichen Gutes des I. Bezirkes und in die Übertragung desselben in das Grundbuch unter Einverleibung des Eigenthumsrechtes des k. k. Hofjägers ein.

(Angenommen.)

(14189.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des städtischen Bezirksarztes Dr. Karl Groß um gnadenweise Nachsicht des restlichen Schadenersatzbetrages anlässlich der Malversationen des Sanitätsaufsehers Gottwald und beantragt, demselben den Betrag von 568 K 5 h im Gnadenwege nachzusehen.

(Angenommen.)

(14210.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Melanie Weiter um Bewilligung zur Aufstellung eines Holzpavillons auf dem Karlsplatz und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(14269.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Zuschrift der k. k. Bau-Direction der Wiener Stadtbahn um grundbücherliche Lösung Einl.-Z. 342 Ober-Baumgarten und beantragt, die Ausstellung einer Lösungserklärung betreffs der auf den Cat.-Parc. 182/2 und 9/4 in Ober-Baumgarten Einl.-Z. 342 haftenden Servitut der Duldung der herzoglich Albertinischen Wasserleitung unter der Bedingung zu bewilligen, daß die k. k. Bau-Direction der Wiener Stadtbahn die Kosten dieser Erklärung trägt.

(Angenommen.)

(14239.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Friedrich Zehetner um grundbücherliche Lösung Einl.-Z. 321 Ober-Baumgarten und beantragt, dem Ansuchen auf Kosten der Partei stattzugeben.

(Angenommen.)

(14268.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Erklärung der Eheleute Michael und Josefa Schauer, betreffend den Grenzstreit bezüglich der Fondsparzellen 243 und 200 in Schwallenbach, und beantragt, die aus dieser Erklärung zu entnehmende Vereinbarung, welche dem Stadtraths-Beschlusse vom 7. März 1892, Z. 1014, entspricht, zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14184.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Entscheidung des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 20. September 1900, Z. 25554, betreffend die Bestreitung und Aufbringung der Hand- und Zugkosten für Herstellungen an der Kirche und an dem Pfarrhose zu St. Rochus im III. Bezirke, und beantragt, es sei gegen diese Entscheidung die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen und der Hof- und Gerichtsadvocat Dr. Pattai als Vertreter zu bestellen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14700.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Julius Endlicher um Bewilligung zur Anbringung von sechs Annoncentafeln im XV. Bezirke und beantragt die Bewilligung im Sinne des magistratischen Bezirksamtes für den XV. Bezirk.

(Angenommen.)

(14539.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Anton Lournier um Nachsicht der Hundesteuerstrafe und beantragt die Nachsicht beziehungsweise Abschreibung der Strafe per 16 K.

(Angenommen.)

(14555.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen der Bürgerschul-Directorswitwe Karoline Kempel um Weiterbenützung der Naturalwohnung XV., Zindgasse 12/14, und beantragt die Weiterbenützung der Wohnung bis 12. Mai 1901, jedoch vom 6. Februar 1901 angefangen gegen jederzeitigen Widerruf zu gestatten.

(Angenommen.)

(14501.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Karl Schieferl um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren XV., Spergasse 21, und beantragt die Reducierung derselben von 92 K 83 h auf 58 K 2 h aus Billigkeitsrücksichten.

(Angenommen.)

(14632.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Johann Kopecky um Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren per 39 K XV., Kranzgasse 2, und beantragt die Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebühren durch Berechnung des mehr verbrauchten Wassers zum Preise von 9 K per Hektoliter.

(Angenommen.)

(14439.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Philipp Dresdner um Nachsicht der vierteljährigen Kündigungsfrist bezüglich des Industriewassers XV., Gasgasse 6, und Abschreibung von Wassergebühren und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(14440.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen der Julie Weiner um nachträgliche Genehmigung der im Hause XV., Kranzgasse 5, angebrachten Annoncentafeln und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(13868.) St.-R. Schreiner referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den Obmann-Stellvertreter Heinrich Perna und den Cassier Leopold Eschböck des Armeninstitutes für den XV. Bezirk und beantragt, es sei den Genannten in Würdigung ihrer vieljährigen verdienstlichen Thätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege, sowie der Privatwohlthätigkeit die goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(12645.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Kosten der Betheilung von Schulkindern mit Polizien aus der städtischen Kaiser-Franz-Josef-Jubiläums- und Rentenversicherungsanstalt am 2. December 1900 und beantragt, den Betrag von 1071 K 50 h nachträglich zu genehmigen und diese Auslage auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen.)

(14445.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Winter-Fahrplan der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft und beantragt, die Entscheidung des Eisenbahnministeriums vom 3. December 1900, Z. 55785/20, mit welchem das genannte Ministerium sich außer Stand setzt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen, gegen welche eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof unzulässig erscheint, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(14490.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Project der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen zur doppelten Geleiseverbindung der Straßenbahnlinie in der Spittelauer-gasse mit jener in der Rusdorferstraße durch die Viriotgasse und beantragt, vorbehaltlich der eisenbahnbehördlichen Genehmigung des von der Siemens & Halske Actien-Gesellschaft namens der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen mit Zuschrift vom 4. November 1900, Z. 29534, vorgelegte Project unter der Bedingung zu genehmigen, daß auf diese Geleiseverbindung der Bau- und Betriebsvertrag vom 28. October 1899 Anwendung zu finden und diese Geleiseverbindung als ein Bestandtheil der in der Beilage 2 des Vertrages unter A Nr. 24 angeführten städtischen Straßenbahnlinie zu gelten hat. (Angenommen.)

(14557.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Magistratsbericht über den Bericht des Dr. Alexander Pupovac in dem Strafproceß gegen Amalia Sandner und beantragt, das Anbot der Amalia Sandner, zur Liberierung ihrer erlegten Caution per 500 fl. der Gemeinde eine Entschädigung von 300 K behufs Befriedigung aller Ansprüche, welche die Gemeinde etwa aus Anlaß der vom Vorsteher des III. Bezirkes entdeckten Unregelmäßigkeiten bei der Kobischverrechnung erheben könnte, zu bezahlen, nicht anzunehmen.

Der Magistrat wird jedoch ermächtigt, diese Caution freizugeben, wenn die Genannte der Gemeinde eine Entschädigung von 600 K bezahlt. (Angenommen.)

(14641.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Bewilligung von Weihnachts- beziehungsweise Neujahrs-Gratificationen für das Personale im städtischen Rathhauskeller und beantragt, für das Kellerpersonale Gratificationen im Gesamtbetrage von 2930 K zu bewilligen und nach dem Vorschlage des Magistrates zur Vertheilung zu bringen. (Angenommen.)

(14679.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen der Vereinigung der bildenden Künstler Österreichs um Bewilligung

zur provisorischen Aufstellung der Marc Anton-Gruppe von Arthur Straßer vor dem Ausstellungsgebäude am Getreidemarkt und beantragt, über das Ansuchen der Vereinigung bildender Künstler Österreichs wird die Aufstellung der Marc Anton-Gruppe von Arthur Straßer in dem stadtfseitigen Hemicycle neben dem Gebäude der Seceßion unter der Bedingung gestattet, daß die Längsachse der Gruppe zu der Ecke der rechtsseitigen Gartenanlage gerichtet werde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

Antrag des St.-R. Schreiner: Die städtische Bau- und Betriebs-Gesellschaft sei mit Rücksicht auf den vorläufigen Abschluß der Arbeiten in der Mariahilferstraße, Sriggasse, Siebensterngasse, Breitegasse und Bellaria zu beauftragen, diejenigen Waggon, welche über den Franz-Josefsquai verkehren, nicht mehr über die Babenbergerstraße, sondern wieder über die Bellariastraße zu leiten.

(An den Magistrat.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 21. December 1900 (vormittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Josef Strobach.

Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun,	Mauer,
Brauneiß,	Missaweg,
Büsch,	Schreiner,
Fiedler,	Schuh,
Gräf Ferdinand,	Tomola,
Hörmann,	Dr. Wähner,
Graba,	Weitmann,
Dr. Krenn,	Wessely,
Dr. Mayreder,	Zajka.
Oppenberger,	

Entschuldigt: St.-R. Dr. Deutschmann, Hipp.

Krant: St.-R. Sebastian Grünbeck.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Commissär Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(14819.) St.-R. Graba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits per 1060 K zur Ausgabe-Rubrik IV 21 b für die Ausgaben an Postporto, eines Zuschusscredits per 2440 K zur Rubrik IV 21 c für die Lieferung und Reparatur von Stampiglien, Siegelpressen, Durchschlagmaschinen und Stempeln und eines Zuschusscredits von 1900 K für die Anschaffung von Kanzleirequisiten zur Rubrik IV 21 d pro 1900 und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen.)

(14820.) St.-R. Graba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits per 700 K zur Ausgabe-Rubrik IV 5 für die Reinigung der Amtlocalitäten pro 1900 und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen.)

(14821.) St.-R. Graba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits per 8776 K 64 h zur Ausgabe-Rubrik IV 7 für die Beschaffung von Schreib- und Druckpapier pro 1900 und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen.)

(14822.) St.-R. Graba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits per 6800 K zur Ausgabe-Rubrik IV 11 „Zeichen-

requisiten, Vermessung und Mappierung“ pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(14584.) St.-R. Fraba referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthaltereie vom 1. December 1900, Z. 107769, betreffend die Flüssigmachung einer weiteren Abschlagszahlung von 300.000 K zum Baue des Kaiser Franz Josef-Regierungsjubiläums-Kinderospitales der Gemeinde Wien, und beantragt, die Flüssigmachung dieses Vertrages zu genehmigen. (Angenommen.)

(14589.) St.-R. Fraba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von 10.200 K zur Rubrik IV 2 a für Reparaturen, Neuanfassungen und Nachschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die Amtlocalitäten im Neuen Rathhause pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(14583.) St.-R. Fraba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von 3500 K zur Ausgabe-Rubrik III 14 b „Remunerationen für Übersetzungen aus fremden Sprachen“ pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(14639.) St.-R. Fraba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von 90.000 K zur Ausgabe-Rubrik IV 18 a pro 1900 zur Deckung des im Jahre 1900 aufgelaufenen Mehrerfordernisses an Wagenauslagen, Commissionsgebühren, Reisekosten und Diäten städtischer Functionäre und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14522.) St.-R. Fraba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von 2000 K zur Ausgabe-Rubrik III 13 „Zeitliche Aushilfen an active Beamte und Diener“ pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(14531.) St.-R. Fraba referiert über den Antrag des Feuerwehr-Commandos, betreffend die Indrucklegung der „Vorschriften für den Branddienst für die Feuerwehr der Stadt Wien“, und beantragt, die Indrucklegung dieser Vorschriften mit dem Kostenverfordernisse von 700 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(14585.) St.-R. Fraba referiert über die Einbringung einer Petition an das k. k. Finanzministerium anlässlich der beabsichtigten gänzlichen Einziehung der Zweihellerstücke und beantragt:

Es sei an das k. k. Finanzministerium eine Petition zu richten, in welcher die Bitte gestellt wird, von der angeblich beabsichtigten gänzlichen Einziehung der Zweihellerstücke Umgang zu nehmen und dies wie folgt zu begründen:

Laut der Äußerung des Marktamtes sind im geschäftlichen Kleinverkehre insbesondere auf den Märkten die Münzen zu 2 h die gangbarsten.

Die Einhellerrstücke sind sehr klein und unhandsam, fordern daher bei der Auszahlung von Beträgen unter 10 h eben wegen ihrer Kleinheit mehr Aufmerksamkeit und Mühe.

Im Publicum wird schon jetzt allgemein darüber geklagt, daß infolge der Einziehung des Papiergeldes, insbesondere der Noten zu 1 fl. und 5 fl. in den Geldtäschchen ungewohnte Mengen von Metallmünzen mitgetragen werden müssen. Diese Unbequemlichkeiten würden durch die Einziehung der Zweihellerstücke noch mehr gesteigert werden.

Auch bei der n.-ö. Handels- und Gewerbekammer sind Klagen, betreffend die einseitige Einstellung der Ausgabe von Zwanzigheller- und Zweihellerstücken eingelaufen.

Die Kammer hat denn auch auf Grund des Plenarsitzungs-Beschlusses vom 4. October 1900 eine bezügliche Eingabe an das k. k. Finanzministerium gerichtet und unter anderem darauf hingewiesen, daß die Warenpreise bisher so ziemlich nirgends in ungeraden Heller-

ziffern erstellt werden, so daß diese Geldsorte gegenwärtig nur eine untergeordnete Rolle neben dem Zweihellerstücke spiele.

In der That ist der Kreuzer während der Dauer der früheren Währung die kleinste gangbare Münze gewesen, halbe Kreuzer kamen im Verkehre äußerst selten vor und spielten bei den Preisansätzen keine Rolle. Es ist nicht anzunehmen, daß die seit so vielen Jahren eingebürgerten Preisbestimmungen anlässlich der Einführung der Kronenwährung eine Änderung dahin erfahren werden, daß nun der Heller eine Bedeutung erlangen sollte.

Es wird daher das Bedürfnis nach Zweihellerstücken nach wie vor fortbestehen und der Mangel an solchen keinen anderen Erfolg als den einer Beeinträchtigung und Erschwerung des Geldverkehrs nach sich ziehen.

Es sei hier darauf hingewiesen, daß die kleinste gangbare Münze in den Ländern des lateinischen Münzvereines das Fünfscentimesstück ist und im Deutschen Reiche neben dem Einpfennig- auch das Zweipfennigstück im Umlaufe ist.

Die Gemeinde Wien glaubt deshalb aus den angeführten Erwägungen sich für die Belassung der Zweihellerstücke im Verkehre im Interesse der Bevölkerung auszusprechen zu müssen.

Im Laufe der Debatte wird beantragt, in dieser Petition noch folgende Bitten zu stellen:

1. Beschränkung der Ausgabe der Zehnhellerstücke und Belassung beziehungsweise Vermehrung der Zwanzighellerstücke.

2. Es möge künftighin die Entscheidung über die Ausprägung von Münzen in sachkundigere Hände gelegt werden.

3. Einsetzung einer kaufmännischen Enquete über die der derzeitigen Währung anhaftenden Mängel und über den tatsächlichen Wert der einzelnen Münzen im Verkehre.

Sämmtliche Anträge angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(14582.) St.-R. Fraba referiert über das Ansuchen des Simon Abraham, städtischer Gartenarbeiter, um eine Gnadengabe und beantragt, es sei dem Genannten eine Gnadengabe von jährlich 240 K bis Ende des Jahres 1903, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14629.) St.-R. Fraba referiert über die Auszahlung von Remunerationen an die im Lagerhause der Stadt Wien in Verwendung stehenden Staatsbahn-Bediensteten per 840 K, sowie von Neujahrgeldern an sonstige Bedienstete per 557 K für das Jahr 1901 und beantragt, die Flüssigmachung dieser Gelder zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14545.) St.-R. Fraba referiert über die Zuschrift der Ersten österreichischen Sparcassa, betreffend die Erhöhung des Zinsfußes für die am Hause X., Quellengasse 73 (Andreas Lehr'sche Stiftungsrealität), haftende Saupost von $4\frac{1}{4}$ auf $4\frac{1}{2}$ Percent und beantragt, die Abgabe der diesbezüglichen Zustimmungserklärung zu genehmigen.

(Angenommen.)

(5751, 6869.) St.-R. Fraba referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Klobberg, betreffend die doppelte Anrechnung des Jahres 1900 bei der Pensionsbemessung und der graduellen Vorrückung der definitiven städtischen Beamten und Diener anlässlich der Feier der Vollendung des 70. Lebensjahres Sr. Majestät des Kaisers, sowie über die Anregung wegen Sicherung der zweiten Quartiergeldhälfte und beantragt:

1. Der Antrag Dr. Klobberg, betreffend die doppelte Anrechnung des Jahres 1900 bei der Pensionsbemessung und der graduellen

Vorrückung in den Gehaltsstufen der definitiven städtischen Beamten und Diener, sei abzulehnen.

2. Der Absatz 2 des § 7 der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten hätte zu lauten:

„Bei der Pensionierung eines Beamten oder sonstigen Angestellten der Gemeinde erhält derselbe außer der normalmäßigen Pension auch einen Mietzinsbeitrag; derselbe beträgt ebensoviele Percente des zuletzt bezogenen, beziehungsweise mit 30 Percent des Gehaltes zu berechnenden Quartiergeldes, als bei Ermittlung der Pension in Anrechnung gebracht wurden.“

Der Mietzinsbeitrag darf aber für die mit dem Tage des bezüglichen Gemeinderaths-Beschlusses bereits definitiv angestellten Beamten, beideten Praktikanten und definitiv angestellten Diener in keinem Falle weniger als die Hälfte des zuletzt bezogenen, beziehungsweise zu berechnenden Quartiergeldes betragen und ist in gleicher Weise wie die Quartiergelder der activen Angestellten auszubehalten.

Der Bezug des Mietzinsbeitrages beginnt, wenn der in den Ruhestand tretende Angestellte ein Quartiergeld bezog, mit dem Tage, welcher dem Zinsquartale folgt, für welches er das Quartiergeld bereits bezogen hat, und wenn derselbe im Genusse einer Amts- oder Naturalwohnung stand, vom Tage der Räumung derselben.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14816.) **St.-R. Dr. Arenn** referiert über das Ansuchen des Wiener Thierschutzvereines um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 2400 K pro 1900 für die Beschaffung von auf der Straße verunglückten noch lebenden Pferden.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14817.) **St.-R. Tomola** referiert über verspätet eingebrachte Gesuche um Bewilligung von Weihnachtssubventionen pro 1900 und beantragt:

1. Es seien den nachstehend verzeichneten Vereinen beziehungsweise Corporationen zc. die angeführten Subventionsbeträge pro 1900 zu bewilligen, und zwar:

„Senefelderbund“, X. Bezirk	150 K
Wohltätigkeitsverein „Kinderwohl“, XVI. Bezirk	100 „
Frauen-Wohltätigkeitsverein im Bezirke Wieden	60 „
„Kernige Brigittenauer“	200 „
Humanitärer Verein der Kinderfreunde im XIV. Bezirke	200 „
Humanitärer Spar-, Gesang- und Geselligkeitsverein „Das Christkind der weißen Tauben“, XVII. Bezirk	60 „
Leopoldstädter Humanitätsverein	200 „
Mädchenschule der Barmherzigen Schwestern vom heiligen Vincenz von Paul, XVIII. Bezirk	200 „
Verein „Gedenket der armen Schulkinder“, XIV. Bezirk. Abweisung	
Christbaumfeier-Comité der Buchdrucker- und Schriftgießerwaisen	100 K
Verein „D' Reindorfer“, XIV. Bezirk	Abweisung
Humanitätsverein „Die guten Hirten“	Abweisung
Verein „Die Pilger von Währing“	200 K
Christlicher Verband der Kleidermachegehilfen und Gehilfinnen	50 „
Humanitätsverein „Nikolaus“, XVI. Bezirk	360 „
Verein „Urbanitas“, II. Bezirk	50 „
Katholischer Arbeiterverein für Niederösterreich	100 „
Knaben-Beschäftigungsanstalt, VII., Bernardgasse 27	50 „
St. Marien-Knabenasyl, VII., Bernardgasse 27	50 „
St. Antonius-Verein der Pfarre Altlerchenfeld (für die Mädchen-Arbeitschule, VII., Bernardgasse 27)	Abweisung

St. Antonius-Verein der Pfarre Altlerchenfeld (für die Kinder-Bewahranstalt, VII., Bernardgasse 27)	Abweisung
Verein „Nächstenliebe“, XVIII. Bezirk	200 K
Verein „Vorwärts“, II. Bezirk	Abweisung
Frauen-Wohltätigkeitsverein in Währing	100 K
Verein „Rofsauer Blüten“	100 „
Verein zur Bekleidung armer Kinder von Lichtenthal und Himmelpfortgrund	100 „
Frauen-Wohltätigkeitsverein der Pfarre Altlerchenfeld	100 „
Humanitätsverein „Zum Armenvater“, II. Bezirk	50 „
Alpine humanitäre Gesellschaft „D'Haller“	Abweisung
Spar- und Vorschussverein „Gemüthlichkeit“	Abweisung

2. Diejenigen der vorgenannten Vereine, welche Subventionen erhalten, seien darauf aufmerksam zu machen, daß die verspätet überreichten Subventionsgesuche nur ausnahmsweise und zum letztenmale aufrecht erledigt werden, und seien die Vereine aufzufordern, in Zukunft ihr Gesuch rechtzeitig, d. i. vor dem 30. April zu überreichen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14813.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des Karl Hofmann, Vorstand des Centralvereines für Faulmann'sche Stenographie, um Überlassung eines Lehrzimmers der Mädchen-Bürgerchule XVIII., Schopenhauerstraße 79, und beantragt, das Ansuchen abzuweisen, gleichzeitig den Wiener Bezirkschulrath zu ersuchen, den in der Äußerung des Bezirkschulrathes Section XI erwähnten Landeschulraths-Erlass vom 26. September 1899, Z. 9348, wonach es nicht gestattet ist, schulpflichtige Kinder in der Faulmann'schen Stenographie zu unterrichten, den Schulleitungen neuerlich in Erinnerung zu bringen.

(Angenommen.)

(14713.) **St.-R. Wessely** referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die theilweise Sicherstellung des Steinbedarfes pro 1901, und beantragt, die Vergabung der Steinlieferung auf Grund der vorliegenden Offerte des Leopold Heindl nach Offert 1 und 2, Leopold Straßer nach Offert 3 und 4, Anton Poschacher nach Offert 5 und Gebrüder Kerber nach Offert 6 in der vom Magistrat beantragten Weise zu genehmigen.

Wegen Sicherstellung des Abganges von 230.000 Stück 7" Würfeln, von 43.000 Stück 5"7"7" Steinen und 53.000 Stück 5"7"7" doppeltgerigten Steinen härterer Gattung aus den Steinbrüchen von Schärding, Stud, Zumberg u. dgl. wäre eine neue Offertverhandlung auszuschreiben.

(Angenommen.)

(14558.) **St.-R. Wessely** referiert über das beim Canalbau in der Ufergasse, VI. Bezirk, aufgelaufene Mehrererforderniß von 1172 K 1 h und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(14573.) **St.-R. Wessely** referiert über den Recurs der Anna Raus und des Florian Meißner gegen feuerpolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses VI., Eßterhazygasse 8, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

(Angenommen.)

(12283.) **St.-R. Wessely** referiert über die Vorstellung des Leopold Ferstl gegen den Beschluß des Stadtrathes vom 12. September 1900, Z. 10249, betreffend die Bestimmung der Schadloshaltung für die Realität VI., Stumpergasse, Eink.-Z. 976 (36 K per Quadratmeter), und beantragt, den citierten Stadtraths-Beschluß aufrecht zu halten.

(Angenommen.)

(14601.) **St.-R. Wessely** referiert über die Gewährung von Remunerationen anlässlich der Vorlage der Schlussrechnung für den Erweiterungsbau der Großmarkthalle und beantragt, dem Magistrats-Secretär Hanel die volle Anerkennung auszusprechen und demselben

und dem Bau-Inspector Josef Klingsbigl Remunerationen von je 500 K und dem Magazineur Friedrich Willomiger eine Remuneration per 300 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(14602.) St.-R. Wessely referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthaltereie vom 6. December 1900, Z. 107517, womit der neue Marktgebühren-Tarif für den täglichen Fleischmarkt in der Großmarkthalle genehmigt wird, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(3049.) St.-R. Wessely referiert über die Verleihung einer communalen Auszeichnung an den Bezirksvorsteher-Stellvertreter des VI. Bezirkes Gottfried Endres und beantragt, es sei dem Genannten in Anerkennung seiner vieljährigen verdienstvollen Thätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege und des öffentlichen Lebens überhaupt die große goldene Salvator-Medaille zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14213.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Morz Friedmann um Nachsicht der vierteljährigen Kündigungsfrist bezüglich der angesuchten Reducierung des außergewöhnlichen Wasserbezuges für das Haus VI., Mariahilferstraße 117, und beantragt die Genehmigung der Nachsicht.

(Angenommen.)

(14537.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Johann Schmid, Appreteur, VI., Mollardgasse 73, um Nachsicht der vierteljährigen Kündigungsfrist bezüglich der angesuchten Reducierung des Wasserbezuges für den industriellen Bedarf und beantragt die Genehmigung der Nachsicht.

(Angenommen.)

(14150.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Stand der Verhandlungen wegen Errichtung einer städtischen Großschlächtereie, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(14365.) St.-R. Schuh referiert über das Ansuchen des Franz Albertini um Verlängerung des Termines zur Demolierung der zur Straßenverbreiterung erforderlichen Gebäudetheile des Hauses IX., Säulengasse 13/15, und beantragt:

1. dem Ansuchen um Verlängerung der im Parcellierungsconsens vom 13. Mai 1897 bedungenen dreijährigen Frist zur Demolierung des auf der dermaligen Realität Einl.-Z. 825 des IX. Bezirkes über die Baulinie der Säulengasse und des Sobieskiplatzes vorspringenden alten Gebäudes Nr. 13 und 15 Säulengasse um weitere drei Jahre, d. i. bis zum 18. Mai 1903 mit dem Vorbehalte Folge zu geben, daß die Gemeinde berechtigt ist, im Falle eines Umbaues eines der drei Häuser Nr. 10, 12 oder 14 Säulengasse die Demolierung des vorbezeichneten alten Gebäudes binnen sechs Monaten zu fordern;

2. die ehrenwörtlich abgegebene Erklärung, daß der von obiger Realität in die Löblichgasse fallende Gebäudetheil vom 12. Mai 1901 ab binnen acht Tagen demoliert und die bezügliche Grundfläche ins vorgeschriebene Niveau gebracht werden wird, zur Kenntnis zu nehmen;

3. die Genehmigung dieser Zufristungen jedoch nur unter der Bedingung zu erteilen, daß binnen zwei Wochen der bereits freigelegte Theil der Löblichgasse in das vorgeschriebene Niveau gebracht und der Gemeinde in den physischen Besitz übergeben wird, und daß die Baustellen VII, VIII, IX und X gegen die Löblichgasse abgeplant werden.

(Angenommen.)

(14814.) St.-R. Schuh referiert über den Wassermehrverbrauchsgebühren-Nachstand des Dr. Hermann Blumenfeld per 68 K 78 h für das Haus XIX, Heiligenstädterstraße 142, und beantragt, es sei das magistratische Bezirksamt für den XIX. Bezirk zu ermächtigen, die Gebühr von 68 K 78 h im gerichtlichen Wege

einzutreiben und die Drofflung der Hausleitung in der Weise vorzunehmen, daß nur das für den normalen Bedarf vorgeschriebene Quantum zur Abgabe kommt.

(Angenommen.)

(14548.) St.-R. Schuh referiert über die Trinkwasserzufuhr für Ober-Sievering, Heiligenstädterlände, Neusift am Walde und Salmannsdorf im Jahre 1901 und beantragt, die Trinkwasserzufuhr für die erwähnten Gebiete für das Jahr 1901 mit dem Betrage von 9400 K zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14538.) St.-R. Schuh referiert über das Ansuchen der Marie v. Klinkowstroem um Abschreibung einer Wassermehrverbrauchsgebühr per 403 K 72 h für das Haus IX., Berggasse 15, und beantragt, die Abschreibung wegen constatirten Rohrgebrechens zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14576.) St.-R. Schuh referiert über den Recurs des Dr. Eduard Coumont als gerichtlich bestellter gemeinsamer Verwalter des Hauses XIX., Hammerschmidtgasse 18, gegen sanitäts- und sicherheitspolizeiliche Aufträge bezüglich dieses Hauses und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(14911.) St.-R. Tomola referiert über den Bescheid des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 10. December 1900, Z. 5485, betreffend die Anberaumung der mündlichen Verhandlung über die Beschwerde des Siegmund Pick puncto Canaleinmündungsgebühr für den 29. December 1900, und beantragt, mit der Vertretung der Gemeinde Wien vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe den Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Robert Swoboda zu betrauen.

(Angenommen.)

(14912.) St.-R. Tomola referiert über die Bewilligung von Neujahrsgratificationen für das Stationspersonale und die Post- und Telegraphen-Bediensteten in der Aquaductstrecke der Hochquellenleitung und beantragt, die Auszahlung der vom Stadtbauamt wie alljährlich in Vorschlag gebrachten Neujahrsgehälter im bedeckten Gesamtbetrage von 162 K zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14360.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Äußerung der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vom 4. December 1900, Z. 1212/11547, über den mit Gemeinderaths-Beschluß vom 20. November 1900, Z. 12802, abgeänderten Entwurf einer Dienst- und Arbeitsordnung, sowie einer Geschäftsordnung für die Disciplinarkammer sammt Durchführungs-Bestimmungen für das Disciplinarverfahren und beantragt:

1. Es sei an den mit den Gemeinderaths-Beschlüssen vom 19. October 1900, Z. 11828, beziehungsweise vom 20. November 1900, Z. 12802, genehmigten Abänderungen der von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vorgelegten Entwürfe einer Dienst- und Arbeitsordnung, sowie einer Geschäftsordnung für die Disciplinarkammer festzuhalten.

2. Vorstehender Beschluß sei der Bau- und Betriebs-Gesellschaft mitzutheilen und an das k. k. Eisenbahnministerium unter Verweisung auf § 17 der Gesellschaftsstatuten zu berichten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14527.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Baulinien- und Niveaubestimmung für einen Theil der Unteren Donaustraße und Schüttelstraße, für eine neue Gasse zwischen der Ferdinandsstraße und der Czerningasse und für den Czerninplatz, für die Ulrichs-, Tempel- und Aasperngasse, dann für einen Theil der Praterstraße und für die Blöcke B₁, B₂ auf den Gründen der Kaiser Franz Josef-Kaserne im II. beziehungsweise I. Bezirke.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(14236.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über den Theil-Entwurf des General-Regulierungsplanes für das Gebiet des XIX. Bezirkes bis 900 m nördlich der Hammerschmidtgasse und 800 m westlich der Franz Josef-Bahn.

Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(14685.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Ansuchen der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien um neuerliche Verlängerung der Bewilligung zur Vornahme von Kabellegerungen für Straßenbahnzwecke bis 22. December 1900 und beantragt, dieses Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(14680.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Bewertung der 18 Jahre steuerfreien Realität Einl.-Z. 131 Ottakring und beantragt, die vom Magistrate vorgeschlagene Abtheilung dieser Realität auf drei Baustellen zu genehmigen. (Angenommen.)

(14529.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Wurm, betreffend eine Baulinienänderung für das Gebiet beim Schwarzenbergplatz, und beantragt, von einer abermaligen Änderung des Regulierungsplanes für dieses Gebiet Umgang zu nehmen.

St.-R. Schuh beantragt, nach Aufstellung entsprechender Schablonen eine Enquête abzuhalten, um die Richtigkeit der vorgelegten Perspective zu prüfen.

Antrag Schuh abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(14267.) Vice-Bürgermeister Strobach beantragt die Reassumierung der Verhandlung über die Sicherstellung des Bedarfes an Traversen in den Jahren 1901 bis inclusive 1903.

Die Verhandlung wird wieder aufgenommen.

Baudirector Berger wird als Experte einberufen.

In Abänderung des gestern gefassten Beschlusses wird die Aufrechthaltung des Beschlusses vom 12. December 1900 beschlossen.

(12207.) St.-R. Weitmann referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner auf Ankauf der dem Georg Kovarik gehörigen Realität XVII., Paschgasse, Einl.-Z. 822, 552 und 557, für Zwecke der Erweiterung des bestehenden Depots für die Straßenpflege XVII., Rainzgasse 3, und beantragt:

Die Gemeinde erwirbt den im Plane grün umrandeten, dem Georg Kovarik gehörigen Grund im ungefähren Ausmaße von 1008 m² um den Preis von 64 K per Quadratlast = 17 K 78 h per Quadratmeter, d. i. um den Preis von 17.922 K 24 h, wobei der Verkäufer den zu der Realität gehörigen Grundstreifen Figur F als Straßengrund der Gemeinde unentgeltlich im derzeitigen Niveau überläßt.

Die mit diesem Kaufgeschäfte verbundenen Gebühren hat die Gemeinde Wien allein zu tragen. (Angenommen.)

(14265.) St.-R. Weitmann referiert über das Offert des Franz Buschmann auf Theile der Cat.-Parc. 1691 und 1696/2 VII. Bezirk und beantragt, die Überlassung der in Rede stehenden Grundtheile per zusammen 197.69 m² um den Pauschalbetrag von 5400 K und unter den vom Magistrate formulierten Bedingungen zu genehmigen. (Abgelehnt.)

(14684.) St.-R. Büsch referiert über das Offert der Anna Bernhart auf Verkauf des ihr gehörigen Sechstel-Antheiles des Hauses Dr.-Nr. 83 Untere Bräuhausgasse, Einl.-Z. 585 II. Bezirk, und beantragt:

1. Die Gemeinde erwirbt den der Anna Bernhart gehörigen Sechstel-Antheil des genannten Hauses lastensfrei um den Preis von

3333 K 33 h und trägt die Vertragskosten und Übertragungsgebühren.

2. Mit den anderen Miteigenthümern der genannten Realität sei wegen Verkauf ihrer Antheile durch das bereits bestehende Comité weiter zu verhandeln. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 21. December 1900 (nachmittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Josef Strobach.

Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Rauer,
Brauneiß, Rissaweg,
Büsch, Schreiner,
Fiedler, Dr. Wähner,
Gräf Ferdinand, Weßel, h,
Graba, Zalka,
Oppenberger,

Schriftführer: Magistrats-Ober-Commissär Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Strobach eröffnet die Sitzung.

(14913.) St.-R. Graba referiert über das Erfordernis an Bargeld für die Zeit vom 21. bis 31. December 1900 und beantragt, der Bürgermeister sei zu ermächtigen, im Falle des Bedarfes und nur nach Maßgabe des Bedarfes Gelder aus dem baren Cassarreste des 35 Millionen-Kronen-Wasserleitungs-Anlehens unter der Bedingung zu entnehmen, daß die entlehnten Beträge nach Maßgabe der Möglichkeit, längstens aber bis 20. Februar 1901 wieder zurückbezahlt werden. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

Gemeinderaths - Ausschuss

für die

Verleihung des Heimatsrechtes und des Bürgerrechtes.

Bericht

über die Sitzung des Gemeinderaths-Ausschusses für die Verleihung des Heimatsrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 20. December 1900.

Vorsitzende: Obmann Gem.-Rath Josef Rauer.

Obmann-Stellvertreter Gem.-Rath Ferd. Gräf.

Anwesende: Die Gem.-Räthe:

Beckmann, Hallmann,
Breuer, Hölzl,
Dany, Nagler,
Dechant, Oppenberger,
Dürbeck, Pilder,
Fickels, Poyer,

Burscht, Wessely,
 Rain, Wimberger,
 Schneeweiß, Martin, Boder.
 Sturm,
 Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: Gem.-Räthe Geyer, Bötz, Rundi, Swoboda.
 Schriftführer: Magistrats-Commissär Hans Böttger.

Obmann-Stellvertreter Gem.-Rath Ferdinand Gräf
 eröffnet die Sitzung.

(13962.) **G.-R. Rain** referiert über Gesuche von Parteien aus dem VIII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Beranek, Vergoldermeister;
 Adalbert Gall, Schuhmachermeister;
 Josef Hasek, Schneidergehilfe;
 Ferdinand Heide, Hausbesorger;
 Josef Hornik, Schneidermeister;
 Josef Horyna, Kammerdiener;
 Thomas Huda, Schneidermeister;
 Theresia Lechner, Hausbesorgerin;
 Josef Loos, Zimmermalermmeister;
 Karl Dkrouhly, Schlossergehilfe;
 Elisabeth Krejsa, Bedienerin. (Angenommen.)

(14428.) **G.-R. Rain** referiert über das Gesuch des Franz Stuhler, absolvierter Mediciner, um Zusage der Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14418.) **G.-R. Rain** referiert über das Gesuch des Tibor Rijs v. Erment, Hilfsbeamter im k. k. Postsparcassentamte, um Zusage der Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14303.) **G.-R. Rain** referiert über Gesuche von Parteien aus dem VIII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusage der Aufnahme an:

Josef Antl, Hausbesorger;
 Josef Braunnüller, Fiakertutscher;
 Anastasia Skladal, Handarbeiterin. (Angenommen.)

(14568.) **G.-R. Rain** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Karl Seinocha, Trödler und Kleidermacher;
 Theodor Bonnowarth, Steindruckereibesitzer;
 Johann Stenger, Privatbeamter. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(8682.) **G.-R. Rain** referiert über das Gesuch des Karl Kuglweih, Koffeeschenter, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(13918.) **G.-R. Rain** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Anton Nemeček, Schuhmachermeister;
 Adolf Wendl, Holz- und Kohlenhändler. (VIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14307.) **G.-R. Bözl** referiert über Gesuche von Parteien aus dem XIX. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Leopoldine Endelweber, Wäscherin;
 Alois Pleszl, Kutscher;
 Theresia Loos, Private;
 Francisca Haidl, Erzieherin;
 Adrian Trentini, städtischer Baupraktikant.

(Angenommen.)

(13917.) **G.-R. Breuer** referiert über Gesuche von Parteien aus dem IV. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusage der Aufnahme an:

Josef Hojdek, Tischlergehilfe;
 Johann Ripa, Regimentschmied im k. u. k. Train-Regimente Nr. 1;

Joannes Bucher, Schuhmachermeister. (Angenommen.)

(14417.) **G.-R. Breuer** referiert über Gesuche von Parteien des IV. Bezirkes um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Medlitsch, Damenschneidermeister;
 Josef Prokes, Tischlermeister;
 Josef Rogner, Hausbesorger;
 Barbara Hajer, Naturblumen-Verschleißerin;
 Franz Kieger, Gastwirt;
 Wilibald Wieneshamer, Aufseher;
 Franz Hellstern, Geschäftsdienner;
 Matthias Kadensky, Selchwaren-Verschleißer;
 Josef Kudrna, Schneidermeister;
 Johann Tschner, Tagelöhner;
 Franz Bouzalik, Gemischtwaren-Verschleißer.

(Angenommen.)

(13262.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch der Emilie Müller, Pfaidlerin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(13151.) **G.-R. Breuer** referiert über das Gesuch der Christine Holzer, Kinderwärterin, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(14349.) **G.-R. Hallmann** referiert über Gesuche von Parteien aus dem V. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Eduard Franz, Geschäftsdienner;
 Marie Středa, Näherin;
 Josef Barba, Tischlergehilfe;
 Johann Gaba, Schuhmachermeister. (Angenommen.)

(14694.) **G.-R. Dürbeck** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Ferdinand Eberl, Buchbinder;
 Alois Zimm, Goldarbeiter;
 Johann Kozá, Schuhmacher;
 Franz Krappf, Korbflechter;
 Franz Jakubec, Kleidermacher. (IX. Bezirk.) (Angenommen.)

(14695.) **G.-R. Dürbeck** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Leopold Köberl, Zimmerputzer;
 Bernhard Wefelsky, Zimmerwärter;
 Albin Abel, Privatier;

Anton Kautsky, Stadträger;
 Georg Turek, Zuckerbäcker;
 Johann Binder, Optiker. (IX. Bezirk.) (Angenommen.)
 (14861.) G.-R. Fickens referiert über Gesuche von Parteien
 aus dem XI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und
 beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Bauer, Einspänner;
 Lorenz Scherzer, Grünwarenhändler;
 Camillo Mitbauer, Hilfsarbeiter;
 Leopold Groß, Küchengärtner;
 Anton Slosar, Kesselschmied;
 Johann Kizlink, Eisengießer;
 Friedrich Dügler, Farbenreiber;
 Wilhelmine Koller, Handarbeiterin;
 Johann Bauer, Hausbesorger;
 Franz Flegl, Fabrikarbeiter;
 Wenzel Novacek, Gastwirt;
 Eduard Jenicek, städtischer Laternenwärter;
 Karl Panagl, Aushilfswächter;
 Caspar Trsek, Stallwächter;
 Johann Strenc, Gemischtwaren-Verschleißer;
 Michael Hobiger, Haus- und Grundbesitzer;
 Michael Polas, Fuhrwerksbesitzer;
 Ignaz Seydl, Gärtner und Hausbesitzer;
 Franz Stauffer, Kutscher;
 Johann Meyer, Hilfsarbeiter;
 Theresia Wieser, Wirtschaftlerin;
 Johann Hochreiter, Gemüsegärtner;
 Marie Herzig, Haushälterin;
 Raimund Strhcek, Hilfsarbeiter. (Angenommen.)

(13961.) G.-R. Nagler referiert über Gesuche um Verleihung
 des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürger-
 rechtes an:

Leopold Novohradsky, Schuhmachermeister;
 Ferdinand Hrazdilek, Schuhmachermeister;
 Karl Drechsel, Zuckerbäckermeister;
 Anton Pohl, Fragner;
 Ferdinand Erthal, Bäckermeister. (III. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(14215.) G.-R. Nagler referiert über Gesuche um Verleihung
 des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürger-
 rechtes an:

Theodor Fanka, Handschuhmachermeister;
 Maurus Klepisch, Viehalienhändler;
 Vincenz Klein, Schuhmachermeister. (III. Bezirk.)
 (Angenommen.)

(14216.) G.-R. Nagler referiert über Gesuche von Parteien
 aus dem III. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und
 beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Eduard Mayer, Markthelfer;
 Jakob Zall, Einspännerkutscher;
 Georg Holler, Spenglergehilfe. (Angenommen.)

(14803.) G.-R. Pilder referiert über das Gesuch des Vincenz
 Uldrich, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes
 und beantragt die Gesuchsgewährung. (X. Bezirk.) (Angenommen.)

(14804.) G.-R. Pilder referiert über Gesuche von Parteien
 aus dem X. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und
 beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Franz Wimler, Modelltischlergehilfe;
 Anton Sidannich, Kutscher;
 Paul Bugl, Kutscher. (Angenommen.)
 (13963.) G.-R. Pilder referiert über Gesuche von Parteien
 aus dem X. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und be-
 antragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Slerka, Schlossergehilfe;
 Ernest Kreiza, Canditen-Verschleißer;
 Karl Lomoz, Schuhmachermeister;
 Katharina Slanec, Wäscherin;
 Josef Vogel, städtischer Straßenkehrer;
 Johann Münster, Schuhmachermeister;
 Johann Hanisch, Tischlermeister;
 Leopold Neulinger, Fuß- und Wagenschmiedmeister;
 Andreas Stummer, Hilfsarbeiter;
 Wolfgang Aschenbrenner, Fabrikarbeiter;
 Anton Werner, Wagenputzer;
 Mathias Chladet, Schuhmachermeister;
 Jakob Trilety, Seifensieder;
 Josef Lauber, Werkführer. (Angenommen.)

(13897.) G.-R. Pilder referiert über Gesuche von Parteien
 aus dem X. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und be-
 antragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Georg Nobl, Schmiedgehilfe;
 Josef Svoboda, Schuhmachergehilfe;
 Anton Penz, Nachtwächter;
 Anton Diete-Wendl, Holzhändler;
 Adalbert Nemeec, Werkführer;
 Josef Novak, Bohrist;
 Johann Vejblit, Kesselschmiedhelfer;
 Johann Brana, Schmiedhelfer;
 Anton Malecek, Spenglergehilfe. (Angenommen.)

(14635.) G.-R. Pilder referiert über Gesuche von Parteien
 aus dem X. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und
 beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Michael Neuwirth, Saaldiener der Staatsbahn-Gesell-
 schaft;

Franz Prager, Schlossermeister;
 Josef Firla, Tischlergehilfe;
 Franz Hostieracky, Tischlermeister;
 Franz Scholz, Gemischtwaren-Verschleißer;
 Wenzel Svoboda, Schmiedgehilfe;
 Josef Firat, Gemischtwaren-Verschleißer;
 Franz Moutka, Schlossergehilfe;
 Josef Woracek, Maurergehilfe;
 Josef Kern, Metallgießergehilfe;
 Josef Kaesmaier, Schlossergehilfe;
 Franz Kral, Schlossergehilfe. (Angenommen.)

(14429.) G.-R. Pilder referiert über Gesuche von Parteien
 aus dem X. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und
 beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Kriz, Schlossermeister;
 Wenzel Fischer, Bäckergehilfe;
 Josef Innemann, Hof-Monteu;
 Josef Ziederspenger, Schweizer;
 Franz Rutil, Werkführer;
 Franz Heiligenbrunner, Kellerbinder;
 Jakobine Pfanzagl, Postamtsdienerswitwe;

Wilhelm Suchan, Gold- und Silberarbeitergehilfe;

Franz Dorschner, Schuhmachermeister;

Wilhelm Häfelin, städtischer Ausmessergehilfe, unter Abweisung des Ansuchens desselben um Bewilligung zur Zahlung der Zuständigkeitsgabe per 400 K in Raten. (Angenommen.)

(14802.) G.-R. Breuer referiert über das Gesuch des Karl Barbely, Kommerdiener, um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (IV. Bezirk.) (Angenommen.)

(14642.) G.-R. Nauer referiert über das Ansuchen des Johann Hefel, Kaffeehändler, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (I. Bezirk.) (Angenommen.)

(14603.) G.-R. Nauer referiert über das Ansuchen der Francisca und Theresia Soutschek, Private, um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(14696.) G.-R. Nauer referiert über den Bericht des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk, betreffend das Ansuchen der Barbara Sernoch um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(14859.) G.-R. Nauer referiert über Gesuche von Parteien aus dem I. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Elisabeth Schustek, Bedienerin;

Marie Ries, Köchin. (Angenommen.)

(13964.) G.-R. Nauer referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Franz Gründl, Musiker;

Karl Kummelhart, Fuhrwerksbesitzer;

Wenzel Pražak, Victualienhändler;

Leopold Morawec, Fleischselcher;

Franz Söllubitsch, Borstenviehändler. (XII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14305.) G.-R. Nauer referiert über Gesuche von Parteien aus dem XII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Andreas Laniczek, Tagelöhner;

Josef Mühl, Kürschnermeister;

Josef Brtiska, Färbergehilfe;

Franz Schobert, Inspectionist der städtischen Gaswerke;

Adolf Jecny, Steinmetzmeister;

Franz Voček, Hausbesorger;

Martin Schmidt, Kutscher;

Karl Hofmann, Schriftsetzergehilfe;

Franz Dangler, Kutscher;

Anna Bisjak, Private;

Josef Schiroky, Schildermalergehilfe;

Alois Sießl, Kellner;

Michael Thaler, Hauseigentümer;

Leopold Gaidatsch, Fiakerkutscher;

Heinrich Nawrath, Stein- und Kupferdruckergehilfe;

Anton Haberl, Drechslermeister;

Christoph Schobert, Rothgerbergehilfe;

Anton Souka, Tischlergehilfe;

Johanna Hofbauer, Psaidlerin;

Wenzel Dlast, Tischlermeister;

Franz Ruffbaumer, Fragner;

Eduard Paukner, Drechslermeister. (Angenommen.)

(14430.) G.-R. Nauer referiert über Gesuche von Parteien aus dem XII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Ferdinand Novotny, Schlossergehilfe;

Sebastian Müller, Tapezierermeister;

Josefa Feser, Bedienerin;

Johann Kottler, Tischlermeister;

Michael Lackner, Marmorerschleifer;

Victorin Cupač, Tischlermeister;

Josef Hirlein, Fabrikarbeiter;

Johann Kericha, Schlossergehilfe;

Johann Strnad, Drechsler;

Franz Stary, Tischlergehilfe;

Eduard Knabe, Schuhmachergehilfe;

Katharina Smutny, Bedienerin;

Augustin Prunner, Tischlergehilfe. (Angenommen.)

(14306.) G.-R. Zoder referiert über Gesuche von Parteien aus dem XIV. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Wenzel Svierač, Baupolier;

Johann Wankl, Tapezierermeister;

Anton Pechinger, Fuhrwerker;

Eduard Smetaczek, Geschäftsführer;

Matthias Schmid, Sattler- und Lackierergehilfe;

Johann Stocel, Schneidergehilfe;

Karl Grimm, Zimmerpußer;

Johann Klus, Hilfsarbeiter;

Michael Schilcher, Bandmachergehilfe;

Rudolf Fritsch, Privatier;

Anton Kollendorfer, Bindermeister;

Marie Zak, Fransenknäpferin. (Angenommen.)

(14570.) G.-R. Zoder referiert über Gesuche von Parteien aus dem XIV. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Franz Felinek, Schuhmachermeister;

Wenzel Feichlinger, Schuhmachergehilfe;

Anton Zsch, Schlosser. (Angenommen.)

(14569.) G.-R. Zoder referiert über das Gesuch des Jakob Geisz, Friseur, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIV. Bezirk.) (Angenommen.)

(14860.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien aus dem VIII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Eduard Kastinger, Anstreichermeister;

Marie Felinek, Milch- und Gebäck-Berschleiferin;

Anton Schütz, Schneidermeister;

Josef Toman, Fleischaugermeister;

Anna Müllner, Köchin;

Thomas Baumann, Comptoirist;

Wilibald Eigner, Fleischaugermeister;

Leopoldine Schlemmer, Lehramts-Candidatin.

(Angenommen.)

(14801.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien aus dem IV. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Josef Jedlička, Schneidergehilfe;
Matthias Hartl, Marqueur;
Anton Tely, Schneidermeister. (Angenommen.)

(14805.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Maximilian Kühn, Appreteur;
Johann Neumann, Tramwaykutscher. (Angenommen.)

(14858.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien aus dem I. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Anna Feichtmayer, Victualienhändlerin;
Anna Meindl, Private. (Angenommen.)

(12974.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien aus dem XX. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Jakob Hoeder, Milchhändler;
Karl Durant, Tanzschul-Inhaber;
Anton Kreuzer, Maurergehilfe. (Angenommen.)

(12324.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien aus dem XX. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Schartner, Maschinist;
Johann Kozlik, Schlossergehilfe;
Ludwig Appel, Schlossergehilfe;
Michael Karrer, Weinagent. (Angenommen.)

(13463.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien des XX. Bezirkes um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Karl Willersdorfer, Magazinsarbeiter;
Laurenz Stepien, Kohlenarbeiter;
Anton Cihelka, Hilfsarbeiter;
Josef Blaha, Schuhmacher. (Angenommen.)

(13924.) G.-R. Sturm referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Victoria Koleczek, Köchin;
Francisca Wottawa, Handarbeiterin;
Johann Zieger, Wildbret-Verschleißer;
Josef Cabil, Hilfsarbeiter;
Michael Bykydal, Bautischlermeister;
Marie Schaffer, Papier-Verschleißerin. (Angenommen.)

(14301.) G.-R. **Wesmann** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Paul Gode, Obst- und Südfrüchtenhändler;
Franz Dolezal, Hauseigentümer. (VII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14302.) G.-R. **Wesmann** referiert über Gesuche von Parteien aus dem VII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Ludwig Schiffl, Taschnergehilfe;
Victor Furaschel, Fabriks-Buchhalter. (Angenommen.)

(14534.) G.-R. **Purscht** referiert über das Gesuch des Emil Szedoglaris, Rauchfanglehrergehilfe, um Zusicherung der

Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14350.) G.-R. **Purscht** referiert über das Gesuch des Wolfgang Woels, Fuhrwerksbesitzer, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14535.) G.-R. **Purscht** referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Marie Provaznik, Wäscherin;
Katharina Daenemark, Private;
Josef Huber, Typographengehilfe. (Angenommen.)

(14804.) G.-R. **Purscht** referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

August Schaffer, Inspector der städtischen Gaswerke;
Karl Hein, Schmied;
Franz Aigner, Maurergehilfe;
Josef Peschke, Kellner;
Josef Petradel, Schuhmachergehilfe;
Alois Slonek, Gastwirt;
Franz Konhäuser, Holzdrechslergehilfe;
Michael Zehetmayer, Kutscher. (Angenommen.)

(14431.) G.-R. **Dany** referiert über das Gesuch des August Steckdaub um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(14432.) G.-R. **Dany** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Anton Kruschka, Hutmachermeister und Hausbesitzer;
Johann Wolfram, Restaurateur. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(13922.) G.-R. **Dany** referiert über Gesuche von Parteien des XVI. Bezirkes um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Gustav Danjard, Einspannerkutscher;
Eduard Remeza, Zahlkellner. (Angenommen.)

(14014.) G.-R. **Dany** referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Anna Schöner, Einwäscherin;
Michael Müller, Spenglergehilfe. (Angenommen.)

(13919.) G.-R. **Dany** referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Benedikt Wilfer, Hilfsarbeiter;
Alois Kratochwil, Schuhmachermeister;
Marie Bollbracht, Handarbeiterin;
Peter Ledinsky, Schuhmachergehilfe;
Anton Werner, Gipsfiguren-Erzeuger. (Angenommen.)

(13920.) G.-R. **Dany** referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Stefan, Schuhmachergehilfe;
Eduard Weiskern, Schuhmachermeister;
Alois Rowanda, Bildhauergehilfe;
Wenzel Nowotny, Marktviactualien-Verschleißer;
Wenzel Lukeš, Schuhmachergehilfe;

Franz Hauer, Fabrikarbeiter;
 Johann Ziegenfuß, Schuhmachergehilfe;
 Richard Cumpfe, Schwertfegergehilfe. (Angenommen.)

(14503.) G.-R. Dany referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Francisca Stepan, Holz- und Kohlen-Verschleiferin;
 Franciska Dragler, Franzenknüpferin;
 Josef Hluze, Schuhmachermeister;
 Josefa Elinger, Bedienerin. (Angenommen.)

(13965.) G.-R. Poyer referiert über das Gesuch des Johann Fangl, Geflügelhändler, um Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband für sich, seine Gattin Anna, geb. Nowotny, und seine zwei minderjährigen Kinder Johann und Marie und beantragt die Gesuchsgewährung. (XIII. Bezirk.) (Angenommen.)

(14217.) G.-R. Poyer referiert über Gesuche von Parteien des XIII. Bezirkes um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Anna Williger, Handarbeiterin;
 Crescentia Demicheli, Druckerin;
 Josef Cejna, Monteur;
 Heinrich Leeb, Tischlergehilfe;
 Ernst Smola, Wasserleitungsaufscher. (Angenommen.)

(14567.) G.-R. Wessely referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Julius Harramach, Schneidermeister;
 Karl Weigkriech, Tischlermeister;
 Schartinger Josef, Fleischerhauer;
 Anton Raschel, Zimmermaler;
 Franz Kalsner, Webermeister;
 Franz Emmert, Schriftenmaler;
 Karl Meier, Goldarbeiter;
 Edmund Voit, Graveur;
 Rudolf Tautenhayn, Graveur. (VI. Bezirk.) (Angenommen.)

(14692.) G.-R. Wessely referiert über Gesuche von Parteien aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Johann Sternberg, Zimmermaler;
 Alois Wächter, Schuhmachergehilfe;
 Ernest Alleran, Damenschneidermeister;
 Josef Belebný, Kaufmann;
 Josef Leser, Stuhlmachermeister. (Angenommen.)

(Obmann G.-R. Kauer übernimmt den Vorsitz.)

(14634.) G.-R. Wessely referiert über Gesuche von Parteien aus dem VI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Josef Poula, Schuhmachergehilfe;
 Gottlieb Rejebse, Pfaidler;
 Franz Schoderböck, Bäckergehilfe;
 Ignaz Kudrnac, Federnschmücker;
 Isidor Gröger, Webergehilfe;
 Johann Prinz, Musterzeichner. (Angenommen.)

(14098.) G.-R. Martin Schneeweiß referiert über Gesuche von Parteien aus dem III. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Heinrich Homa, Einspannerlutscher;
 Josef Weiser, Holz- und Kohlenhändler;
 Anton Groiß, Geschäftsdienere;
 Franz Mandl, pensionierter Tafelbeder;
 Franz Peterka (im Gemischtwarengeschäfte seiner Gattin thätig);
 Wenzel Slama, Hilfsarbeiter;
 Wadimir Steiskal, Diurnist;
 Franciska Müller, Hausbesorgerin;
 Franz Sereinig, Hausbesorger;
 Wenzel Zanata, Modelltischler;
 Wenzel Wrhel, Hilfsarbeiter;
 Johann Strakos, Diener;
 Marie Czermak (ohne Beschäftigung);
 Richard Czermak, Schmucketuimachergehilfe. (Angenommen.)

(10292.) G.-R. Oppenberger referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Franz Zobenek, Schneidermeister;
 Wilhelm Müller, Schneidermeister. (XX. Bezirk.) (Angenommen.)

(124.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Martin Göth, Schuhmachermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (II. Bezirk.) (Angenommen.)

(13523.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch der Babara Dinka, Wäscherin, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.) (Angenommen.)

(13313.) G.-R. Oppenberger referiert über das Gesuch des Arnold Sniçotta, Modellmeister, um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung. (XX. Bezirk.) (Angenommen.)

(14862.) G.-R. Ferdinand Gräf referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Verleihung des Bürgerrechtes an:

Karl Brazda, Schuhmachermeister;
 Christian Schroll, Milchmeier. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(14863.) G.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Gesuch des Karl Maurer, Drechlermeister, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (XVI. Bezirk.) (Angenommen.)

(13923.) G.-R. Ferdinand Gräf referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVI. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Johann Grella, Schuhmachergehilfe;
 Heinrich Kaufmann, Tagelöhner;
 Josef Zischel, Mechanikergehilfe;
 Johann Borek, Tischlermeister. (Angenommen.) (Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Ernennungen.

Zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 30. October 1900, B. 12004, wurden ernannt im Status der Kanzlei:
 zum Kanzlei-Directions-Adjuncten: der Kanzlei-Ober-Official August Jedliczka;

zu Kanzlei-Ober-Officialen: die Kanzlei-Officielle Hermann Hartmann, Anton Karl Krug und Alexander Brinke;
zu Kanzlei-Officialen: die Kanzlei-Accessisten Moriz Rosmanith, Wilhelm Maschek, Otto Rittner und Johann Prohaska.

Weiters wurden zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 28. December 1900, Z. 12004, im Status der Kanzlei ernannt:

zu Kanzlei-Accessisten: die Kanzlei-Praktikanten Otto Malsch, Karl Müllner, Ignaz Hütner, Eduard Grohmann und August Koppits.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 30. December 1900 bis 5. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	289.521 kg	Davon aus:	
		Wien	171.338 kg
		dem sonst. Niederösterreich	27.380 "
		Oberösterreich	567 "
		Steiermark	224 "
		Böhmen	624 "
		Mähren	14.672 "
		Galizien	65.643 "
		Bukowina	1.921 "
		Ungarn	7.152 "
Kalbfleisch	21.156 "	Davon aus:	
		Wien	4.191 kg
		dem sonst. Niederösterreich	45 "
		Oberösterreich	36 "
		Böhmen	16 "
		Mähren	329 "
		Galizien	16.519 "
		Ungarn	20 "
Schafffleisch	7.779 "	Davon aus:	
		Wien	44 kg
		Niederösterreich	47 "
		Galizien	7.480 "
		Bukowina	200 "
		Ungarn	8 "
Schweinefleisch	195.302 "	Davon aus:	
		Wien	56.937 kg
		dem sonst. Niederösterreich	2.982 "
		Oberösterreich	196 "
		Steiermark	355 "
		Böhmen	301 "
		Mähren	5.626 "
		Galizien	96.731 "
		Ungarn	31.303 "
		Croatien	871 "
Kälber	2.490 Stück	Davon aus:	
		Wien	264 St.
		dem sonst. Niederösterreich	16 "
		Oberösterreich	7 "
		Mähren	128 "
		Galizien	2.025 "
		Ungarn	50 "
Schafe	85 "	Davon aus:	
		Wien	74 St.
		dem sonst. Niederösterreich	9 "
		Mähren	1 "
		Galizien	1 "

Schweine	1.769 Stück	Davon aus:	
		Wien	289 St.
		dem sonst. Niederösterreich	19 "
		Mähren	68 "
		Galizien	1.224 "
		Ungarn	169 "
Lämmer	42 "	Davon aus:	
		Ungarn	42 St.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	{ Siedfleisch	von K — 50 bis	1.48 per Kg.
	{	Rostbraten u. Nieden " "	1.12 " 2.— " "
Kalbfleisch	" "	— 60 " "	1.48 " "
Schafffleisch	" "	— 44 " "	1.— " "
Schweinefleisch	" "	— 80 " "	1.64 " "
Kälber	" "	— 76 " "	1.20 " "
Schafe	" "	— 60 " "	— 96 " "
Schweine	" "	— 76 " "	1.28 " "
Lämmer	" "	8.— " "	12.— per Stück.

Die Zufuhr an Fleischwaren war bedeutend stärker als in der Vorwoche; die Nachfrage erst gegen Wochenabschluss lebhafter. Es wurden Kalbfleisch und Schweinefleisch um 8 h, Schweine um 12 h per Kilogramm billiger, hingegen Kälber um 4 h per Kilogramm theurer als in der Vorwoche verkauft.

* * *

Der tägliche Fleischmarkt: Markthalle Währingergürtel.

In der Markthalle Währingergürtel eingelangte Fleischwaren vom 30. December 1900 bis 5. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	4.138 kg	Davon aus:	
		Wien	2.889 kg
		Galizien	1.249 "
Kalbfleisch	87 "	Davon aus:	
		Wien	87 "
Schafffleisch	14 "	Davon aus:	
		Wien	14 "
Schweinefleisch	2.968 "	Davon aus:	
		Wien	2.968 "
Kälber	50 Stück	Davon aus:	
		Wien	48 St.
		Galizien	10 "
Schweine	55 "	Davon aus:	
		Wien	55 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	{ Siedfleisch	von K — 80 bis	1.28 per Kg.
	{	Rostbraten u. Nieden " "	1.28 " 1.40 " "
Kalbfleisch	" "	1.— " "	1.40 " "
Schafffleisch	" "	— 60 " "	— 84 " "
Schweinefleisch	" "	1.— " "	1.70 " "

Die Zufuhr an Fleischwaren war in Rindfleisch um 1634 kg, in Kälbern um 24 Stück und in Schweinen um 34 Stück größer. Rindfleisch (vorderes) war trotz der größeren Zufuhr um 8 h, Kalbfleisch um 4 h und Schweinefleisch um 12 h theurer, während Schafffleisch (hinteres) um 12 h billiger verkauft wurde. Alle übrigen Fleischwaren behaupteten die vorwöchentlichen Preise. Tendenz sehr lebhaft.

* * *

Pferdemarkt vom 4. Jänner 1901.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 409 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 180—850 K per Stück
 „ Schlachtpferde 30—110 „ „ „
 Der Markt war flau.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 7. Jänner 1901

(einschließlich des Contumazmarktes vom 5. Jänner 1901).

1. Gesamtauftrieb: 4597 Stück, und zwar:

Maßvieh	3789 Stück
Beinlvieh	808 „
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte	82 „

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen 3476 Stück	Rühe 425 Stück
Stiere 658 „	Büffel 38 „

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	2715 Stück
„ Galizien	1146 „
„ dem sonstigen Österreich	728 „
„ dem Auslande	8 „

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht:

Aus und über Ungarn:

Ochsen I Qualität	von 72 bis 84 K (extrem bis 86 K)
„ II. „	64 „ 71 „
„ III. „	54 „ 63 „

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 70 bis 76 K (extrem bis 83 K)
„ II. „	65 „ 69 „
„ III. „	59 „ 64 „

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 78 bis 84 K (extrem bis 86 K)
„ II. „	68 „ 77 „
„ III. „	55 „ 67 „

Stiere	von 54 bis 66 K (extrem bis 70 K)
Rühe	54 „ 66 „ („ „ — „)
Büffel	36 „ 46 „ („ „ — „)
Beinlvieh	36 „ 54 „

b) Preis per Stück:

Beinlvieh von 71 bis 180 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3911 Stück
„ „ „ auswärts	640 „
Unverkauft blieben	46 „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung des-
selben, wurden in der Woche vom 30. December 1900

bis 5. Jänner 1901 für Wien angekauft 413 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 915 Stück mehr
aufgetrieben.

Der Markt eröffnete in matter Stimmung und wurden die
ersten Verkäufe zu um 1 bis 2 K per Metercentner ermäßigten

Preisen abgeschlossen. Namentlich galizische Mittelware tendierte
flau. Im weiteren Marktverlaufe stellte sich jedoch regere Kauflust
ein und schloß der Markt in fester Tendenz bei gegenüber der
Vorwoche im allgemeinen unveränderten Preisen. Untergeordnete
Qualitäten notierten eher um 1 bis 2 K per Metercentner höher.
Stiere waren um 1 bis 2 K per Metercentner billiger geblieben.

* * *

**Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche
Producte in Wien vom 5. Jänner 1901.**

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 74—81 kg) von	7 K 55 h bis 8 K 50 h
Roggen („ „ 1 „ 71—75 „)	7 „ 55 „ „ 7 „ 90 „
Gerste	5 „ 75 „ „ 9 „ 75 „
Mais	5 „ 20 „ „ 6 „ 60 „
Hafer	5 „ 90 „ „ 7 „ — „

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlproducte.

Griß	von 12 K 80 h bis 14 K 10 h
Weizenmehl, Wiener Type	7 „ 50 „ „ 13 „ 60 „
Futtermehl	5 „ 60 „ „ 6 „ 10 „
Roggenmehl	8 „ 50 „ „ 12 „ 75 „
Weizenkleie	4 „ 60 „ „ 4 „ 75 „
Roggenkleie	5 „ — „ „ 5 „ 10 „

(per 50 Kilogramm).

Städtisches Lagerhaus.

Vom 27. December 1900 bis 3. Jänner 1901.

Waren eingelagert	44.182 Meter-Centner
ausgelagert	37.633 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf
16.363 Meter-Centner.

Lagerstand vom 3. Jänner 1901: 433.877 Meter-Centner, und zwar:

140.469 Meter-Centner Weizen,	83.329 Meter-Centner Roggen,
57.129 „ Gerste,	96.939 „ Hafer,
6.815 „ Mais,	823 „ Dlsaaten,
11.409 „ Mehl u. Kleie,	2.745 „ Wein,
692 „ Zucker,	1.423 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Asscuranzwert dieser Waren stellte sich auf 7,506.920 K.

* * *

Vom 1. bis 31. December 1900.

Waren eingelagert	202.450 Meter-Centner
„ ausgelagert	180.649 „

Der Lagerstand betrug am 31. December 437.652 Meter-
Centner im Asscuranzwerte von 7,562.270 K gegen 344.266 Meter-
Centner im Werte von 6,002.900 K in der gleichen Zeit des
Vorjahres; darunter waren:

139.241 Meter-Centner Weizen	gegen 51.968
86.009 „ Roggen	32.876
57.564 „ Gerste	86.899
95.771 „ Hafer	108.972
7.295 „ Mais	5.876
825 „ Dlsaaten	7.085
11.344 „ Mehl und Kleie	13.543
2.747 „ Wein	1.696
700 „ Zucker	2.435 und
1155 Hektoliter à 100% Spiritus	5.083 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monats
December bezifferte sich auf 16.656 Meter-Centner;

es wurden 39 Lager Scheine ausgegeben und bei 1 Lager Scheine im Versicherungswerte von 3.000 K eine Lombardierung von 1.456 „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht: vom 3. bis 7. Jänner 1901.

Für Neubauten:

- III. Bezirk: Haus, Landstraße Hauptstraße 86, von Matthias und Josefa Baza, Bauführer F. Gutmann (10).
- IX. Bezirk: Haus, Spitalgasse 1, von Alois und Victoria Schwarz, Bauführer F. Grünbeck (23).
- XI. Bezirk: Haus, Kaiser-Ebersdorf, Schmidgungsgasse 81, Parc. 289, von Franz Hammer, III., Reutlinggasse 10, Bauführer Anton Heindl, Stadtbaumeister (24079).

Für Zubauten:

- IX. Bezirk: Georg Siglgasse 4, von Ed. Veschl, Kirchengasse 37, Bauführer Laste & Fiala (13).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Nebelungengasse 1, von Th. Kazda, Maurermeister (5).
- „ „ Wollzeile 6/8, von Hugo Ehrenfeld, Bauführer F. Ziesler (11).
- „ „ Universitätsstraße 4, von Donat Zifferer, Baumeister (22).
- „ „ Rothenthurmstraße 23, von der Witwen- und Waisen-Societät des Medicinischen Doctoren-Collegiums, Bauführer M. Lindauer (32).
- III. Bezirk: Apostelgasse 13, von Friedrich Gutmann, Baumeister (9).
- IV. Bezirk: Rainergasse 8, von Josef Leitner, Maurermeister (26).
- „ „ Wiedener Hauptstraße 20 a, von Jakob Kain, Bauführer A. Klement (55).
- VII. Bezirk: Reutlinggasse 102, von Fanni Zipperer, Bauführer M. Haupt (46).
- VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 9, von Arthur Ignaz Mayer, Bauführer F. Protesch (35).
- IX. Bezirk: Kolingasse 9, von W. Klingenberg, Baumeister (41).
- XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Hasnerstraße 42, von Clemens Strobl, Bauführer Josef Böscho (661).
- XVII. Bezirk: Hernalz, Kulmgasse 14, von Josef Manner und Johann Niedl, Bauführer Karl Haas (58).
- „ „ Hernalz, Rattergasse 23, von Max Bernig, ebenda. (400).
- „ „ Hernalz, Farhamerplatz 7, von Johann Sider, ebenda, Bauführer Franz Haslinger, XVII., Lobenhauerngasse 42 (541).

Für diverse (geringere) Bauten:

- XI. Bezirk: Provisorischer Schuppen und Veranda, Simmering, Simmeringer Hauptstraße 102, von Michael und Katharina Martischik, ebenda, Bauführer Karl Wicker, Stadt-Zimmermeister (118).
- „ „ Senkgrube, Simmering, Scherrgasse 1, von Marie Kronlachner, ebenda, Bauführer Anton Heindl, Stadtbaumeister (290).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- VII. Bezirk: Burggasse 41, von der Congregation Notre Dame de Sion, Burggasse 37 (3).
- XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gauklachergasse 9, von Aloisia Hanika und Emanuel Margold (68181).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- IX. Bezirk: Salzergasse 13, von Franz Klein, Baumeister (29).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Dptm. XIX a, Z. 115943 ex 1900.

5. Jänner 1901.

Demolierung des städtischen Schöpfwerkes XIV., Bissergasse, und Übernahme des sich hiebei ergebenden Altmateriales.

Weiniger Bernh. & Sohn — Offertierter Preis 1405 K.
Schallinger Johann — Offertierter Preis 1100 K.
Hartmann Othmar F. — Offertierter Preis 730 K.

* * *

Mag.-Dptm. IV, Z. 103545 ex 1900.

7. Jänner 1901.

Bergebung folgender currenter städtischer Arbeiten und Lieferungen pro 1901 bis 1903, respective eingelangte Offerte für

Tarif I. Erd- und Baumeisterarbeiten (Bezirke I bis III, VII bis X, XVI, XX).

Daxelmüller Franz — Aufzahlung 9,5% für die Bezirke I bis III, VIII, IX, XX.

Mitschke Julius — Aufzahlung 15% für den XVI. Bezirk.

Kamenitzky Emanuel — Aufzahlung 19% für den XVI. Bezirk.

Freigl F. & Schuller Karl — Aufzahlung 12,5% für die Bezirke VII, VIII, X.

Tarif II. Deichgräberarbeiten (Bezirke I, II, VII bis IX, XIV, XV, XX).

Kein Offert eingelangt.

Tarif XIII. Glasernerarbeiten (XX. Bezirk).

Anderer Georg — Nachlaß 3%.

Tarif XXX b. Schriftenmalerarbeiten. (Bezirke V, IX).

Ritter Julius Karl — Nachlaß 5%.

Tarif XXXIII. Wagnerarbeiten. (Bezirke VI, XI, XII).

Sonnscheit Johanna — Aufzahlung 30% für die Bezirke VI, XI, XII, getheilt oder nicht getheilt.

Fiedler Johann — Aufzahlung 95% für den XII. Bezirk.

Tarif XXXIV. Schmiedearbeiten (VI. Bezirk).

Kein Offert eingelangt.

* * *

II. Bergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Bergebung der für die Herstellung der Bekleidungsstücke für die städtischen Kostkinder und Asylpfleglinge im Asyl für verlassene Kinder, V., Laurenzgasse 1, erforderlichen Schneider-, Faidler- und Schuhmacherarbeiten und für die Lieferung der Lodenhüte.

Schimanet Johann — Knabenpaletots 2 K 70 h.

Bauch Anton — Sacco 1 K 70 h.

Hose 80 h.

Weste 80 h.

Waltz Wilhelmine — Mädchenpaletots 3 K 20 h.

Rossi Albertine — Mädchen-Barchentkleider 1 K 70 h.

Mädchen-Waschkleider 1 K 70 h.

Biya Josef — Knaben-Schulrüsche per Paar 6 K 60 h.

Mädchen-schuh per Paar 6 K.

Rawratil Anna — Lodenhüte 2 K 50 h.

* * *

Bergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer Knaben-Volksschule XIV., Goldschlagstraße.

(Stadtraths-Beschluß vom 2. Jänner 1901.)

Erd- und Baumeisterarbeiten.

Guttmann Friedrich — Aufzahlung 5%.

Lieferung der hydraulischen Bindemittel.

Perkmooser Actiengesellschaft

— Nachlaß 18,5% für Romanement.

Nachlaß 22% für Portlandcement.

Lieferung der Traversen.

Schinger & Fernau — Nachlaß 29% bis 320 mm.

Nachlaß 25% von 350 und 400 mm.

Nachlaß 20% für Schienen.

* * *

Einsammlung und Abfuhr des Hausabfalls im XX. Bezirke.

Köfler S. & Söhne — 8450 K unter Verwendung von Patentwagen der Österreichischen Transport-Gesellschaft; 9000 K, wenn der Abfall im Eigenthum der Gemeinde verbleibt.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 24. December 1900.

(Fortsetzung.)

Schmidt Albin — Automatenbetrieb zum Verschleiß von Closetpapier — XVI., In Restaurants und Cafés; Wohnort: XVIII., Dittesgasse 5.
Schmidl Anna — Wäschepuderei — XX., Hellwagstraße 9.
Schwarzl Johann — Fiaker-Licenz Nr. 374 — I., Hefsgasse.
Siegel Josef — Zeitungs-Verschleiß — V., Arbeitergasse 8.
Stalik Therese — Grünwarenhandel — VIII., Buchfeldgasse 10.
Stenarz Gustav — Tapezierergewerbe — XX., Staudingerstraße 11.
Topitsch Marie — Christbaum-Verschleiß — XX., Wallensteinplatz.
Traube Franz — Christbaum-Verschleiß — XX., Brigittaplatz.
Wagner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Gablenzgasse 26.
Warnus Alois, Ebdler v. — Herausgabe einer periodischen Druckschrift — XX., Engerthstraße 203.
Weldner Sophie — Trödlerei — XX., Wintergasse 9.
Wellner Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Jägerstraße 45.
Wesely Josef — Christbaum-Verschleiß — XX., Wallensteinplatz.
Wodak Julius — Gemischtwaren-Verschleiß — XX., Jägerstraße 29.
Wissling Anton — Christbaum-Verschleiß — XX., Bei der Brigittakirche.
Wolfram Franz — Fleischselcher — XX., Jägerstraße 10.
Zelinka Rudolf — Ausübung eines Patentes (Herstellung von künstlichen Stein- und Holzmassen) — XX., Dresdenerstraße 62/64.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 27. December 1900.

Abeltner Franz — Tischler — XVIII., Ladenburggasse 30.
Bacs Veronika — Christbaum-Verschleiß — XVII., Dornierplatz.
Brenner Anton — Gastgewerbe — XVIII., Sternwartestraße 3.
Erben Othmar — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Selbsthilfe“ — XVIII., Hoffstättgasse 18.
Ernst Francisca — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Bischof Faberplatz 8.
Fritz Siegmund Robert, Dr., Sachsel Hans, Dr. (Firma: Chemische Fabrik Dr. Fritz & Dr. Sachsel) — XX., Jägerstraße 58 c.
Gefäl Rosa — Handel mit rohem und gebratenem Geflügel — XVIII., Sternwartestraße 16.
Hawlich Florentine — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVIII., Antonigasse 88.
Heisinger Josef — Christbaumhandel — XVIII., Stand auf dem Markte in Gersthof.
Hirsch Arnold — Pfaidler — XVIII., Staudgasse 60.
Hlabil Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Reinhartgasse 30.
Janowsky Marie — Christbaum-Verschleiß — XVII., Eiterleinplatz 8.
Kaiser Franz — Schlossergewerbe — XVIII., Schulgasse 29.
Kandl Hermann — Goldarbeiter — XVI., Liebhardtsgasse 8.
Kilian Amalia — Fiaker-Licenz Nr. 869 — XVIII., Herbedstraße 45.
Kindler Karl — Milchmeier (Zentrale) — XIII., Goldschlagstraße 134.
Kriegler Jakob — Fleischhauer — XVIII., Markt am Johann Nepomut Boglplatz.
König Jakob — Herausgabe und Verlag der periodischen Druckschrift „Central-Zeitung für Eisen- und Metallwaren“ — XVI., Herbststraße 2.
Kray Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Lustlandgasse 52.
Kwapil Alois — Gastwirts-gewerbe — XVIII., Gersthoferstraße 34.
Letko Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Beheimgasse 57.
Mitz Margarete — Victualien-Verschleiß — XVII., Leopold Ernstgasse 11.
Merna Karl — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Weidmannsgasse 42.
Neugebauer Josef — Vereinsagent — XVII., Geblergasse 15.
Peterfeil August — Verabreichung von Speisen, Anskänk von Bier, Wein und Obstwein, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — XX., Salzachstraße 27.
Peterilla Gisela — Verschleiß von Schulheften, Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren zc. — XVII., Calvarienberggasse 10.
Rohrbeck Heinrich — Bierläse-Erzeugung — XVIII., Schopenhauerstraße 77.
Rossi Adolf jun. — Baumeister — XVIII., Edelhofgasse 17.
Roth Leopold — Wiederbetrieb des Baumeister-gewerbes — XVI., Wilhelmstrasse 143.
Sauer Wendelin — Victualien- und Zuckerwaren-Verschleiß — XVIII., Rieglergasse 14.
Schmid Leopold — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Staudgasse 47.

Schneider Anton — Taxameter-Einspänner-Licenz Nr. 1786, 1787 — XVIII., Währingergürtel vis-à-vis der Stadtbahn.
Schuckert Rosalia — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Staudgasse 75.
Singer Franz — Milch- und Victualien-Verschleiß — XVIII., Schugasse 49.
Stenzl Rudolf — Fiaker-Licenz Nr. 713 — I., Hoher Markt.
Walter Rosina — Fleisch-Verschleiß — XII., Mismayergasse 56.
Weigl Bertha — Fortbetrieb des Friseur- und Rasierergewerbes auf die Dauer des Witwenstandes — XVIII., Herbedstraße 8.
Witrofsky Max — Spirituosen-Agentie — XVIII., Karl Bedgasse 10.
Witrofsky Max — Häufers-agentie — XVIII., Karl Bedgasse 10.
Zelnitz Rudolf — Leichenbestattungs-Unternehmung mit Ausschluss der Bestattung und des Transportes, sowie der Erhumierung von an Infektionskrankheiten Verstorbenen — XIV., Herkloßgasse 42.
Zrnowsky Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Deinhartstein-gasse 25.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 28. December 1900.

Abramowicz Heinrich — Hausadministration — IX., Altmüllergasse 4.
Augner Agnes, geb. Hahn — Erzeugung von Gold- und Silberinschriften auf Sammt und Seide — XVI., Stefanieplatz 2.
Bauer Friederike — Papier-, Schreib- und Zeichenrequisiten-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 78.
Bauer Kurt — Projectverfassung für elektrische Bahnen — IX., Schubertgasse 5.
Berl Anna — Victualien-Verschleiß — VII., Zollergasse 35.
Bierbaum Robert — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VII., Hermannsgasse 31.
Bleching Anna — Victualien-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 23.
Böhm Hermine — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 94.
Bösl Marie — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Weißnähen — XII., Bürgerplatz 12.
Brand Jfdor recte Israel — Trödlerei — VII., Perchensfelderstraße 141.
Breicha Johann — Fisch-Verschleiß — IX., Alferbachstraße 7.
Breinhälder Karl — Fabrikmäßiger Betrieb des Mechanikergewerbes — IX., Pramerergasse 6.
Cizel Katharina — Fleisch-Verschleiß — III., Hohlweggasse 27.
Gzerwenka Leopold — Vermittlung von Annoncen durch Anbringung derselben auf den der k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörigen Schiffen und Objecten — III., Hintere Zollamtsstraße 1.
Degen Leopoldine — Gastwirts-gewerbe (Verlassenschaft) — II., R. f. Prater 176.
Dolezal Therese — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — III., Parkgasse 13.
Ederer Ferdinand — Gastwirt — V., Kleinprechtsdorferstraße 47.
Fautl Arthur, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — IX., Währingerstraße 76.
Fenzl Marie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III., Baumgasse 10.
Fischer August — Verabreichung von kalten Speisen — XVI., Ottakringerstraße 177.
Gawlik Johann — Christbaum-Verschleiß — III., St. Marx, Barcelle 6.
Gerbert v. Hornau Therese — Stellfuhr-gewerbe mittels vier Automobili-Omnibussen — II., Engerthstraße 235.
Goldstein Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß (mit Petroleum) und Flaschenbier-Verschleiß — IV., Phorusplatz 8.
Gregorz Agnes — Verschleiß von Brantwein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XIV., Pfeiffergasse 6.
Habich Fritz — Provisions-agentie (Platzagent) — IX., Böblichgasse 1.
Hafran Max — Anstreicher — III., Rudolfsgasse 26.
Hagenauer Robert, Hagenauer Maria Anna, Firma Robert Hagenauer & Comp. — Buchbinder-gewerbe — VII., Mondschein-gasse 4.
Hetschingl Johann Richard, Firma D. Counté — Färberei und chemische Putzerei — IX., Forzellangasse 4.
Hetschingl Johann Richard, Firma D. Counté — Färberei und chemische Putzerei — IX., Alferstraße 30.
Hetschingl Johann Richard, Firma D. Counté — Färberei und chemische Putzerei — IX., Währingerstraße 57.
Kivaly Wilhelm — Uhrmacher (Zentrale) — IX., Alferbachstraße 10.
Klang Franz — Verkauf von Grabsteinen und Kreuzen — XI., Hauptstraße 104.
Kontsky Franz — Concession zur Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate und anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie zur Haltung von erlaubten Spielen mit Ausnahme des Billards — VII., Schottenfeldgasse 76.
Kramer Wilhelm — Buchbinder — XX., Porzellangasse 22 a.
Kurz Lorenz — Bildbret-, Geflügel- und Fischhandel — XIV., Am Rudolfsheimer Marktplatz in der von der Commune gemieteten Markthütte. Conser.-Nr. 648 bei der Mondschein-stiege.
Lehner Rosa — Victualien-Verschleiß — IV., Winder-gasse 4.

Linde Julius, Firma Linde & Dey — Handel mit Schornsteinaufsätzen und Ausübung des Patentes des Rudolf Dey auf neuartige Schornsteine und Ventilationsaufsätze — VII., Rantlgasse 3.
 Löw Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Liechtensteinstraße 84.
 Löwenbach Leopold — Comptoir und Musterlager der Malcer Weberei — IX., Peregringasse 3.
 Mayerhofer Pauline — Modistengewerbe (Filiale) — VII., Westbahnstraße 2.
 Medina Theresie — Fleischhauergewerbe — III., Großmarkthalle.
 Medina Theresie — Fleischcommissionshandel — III., Großmarkthalle.
 Medzaf Marie — Mechanische Strickerei — IX., Lazarethgasse 30.
 Medvenitsch Marie — Trödlerei — III., Gärtnergasse 12.
 Nevilsofenny Josef — Einspänner-Licenz Nr. 1051 — VI., Mariahilferstraße 79.
 Niederle Richard — Victualien-Verschleiß — V., Schwarzthorngasse 14.
 Perl Emma — Pfadlergewerbe — IX., Clusiusgasse 2.
 Pögl Michael — Stadträger — I., Trattnerhof.
 Profop Emilie — Verschleiß von Obst, Grünzeug und Gebäck im Umherziehen — III., Mohsgasse 7.
 Profop Francisca — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — III., Sophienbrückengasse 5.
 Reidinger Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Badhausgasse 3.
 Reinsch Karl — Mechanikergewerbe — X., Lorenburgerstraße 79.
 Riedel Johann Gottlob — Hallentrödlergewerbe — IX., Trödlerballe, Zelle 44.
 Robinsohn Ignaz, Dr. — Advocacie — VII., Kaiserstraße 76.
 Schiefel Elisabeth — Strohhandel — XI., Rinnböckstraße 43.
 Schneider Johann — Schuhmacher — VII., Burggasse 22.
 Schmitzer Adolf — Posamentierer — VII., Schrantgasse 1.
 Simon Siegfried — Aufstellung von Cigarren-Automaten — IX., Türkenstraße 23.
 Spitzhüll Martin — Markt victualienhandel — XI., Entplatz.
 Spraidler Josef — Tabak-Traffic — XI., Schmidgungasse 41.
 Stiller Josef — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XI., Hauptstraße 138.
 Stipani Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Wälischgasse 19.
 Streitenberger Elisabeth — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VII., Mariahilferstraße 88 b.
 Tribl Rupert — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III., Mohsgasse 35.
 Tschanner Katharina — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Lazarethgasse 17.
 Wallner Ignaz — Pränumerantensammler auf Drucksorten — V., Augengrubergasse 10.
 Wammuth Marie — Zuckerbäckergewerbe-Verschleiß — VII., Kaiserstr. 106.
 Wawerka Francisca — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VII., Siebensterngasse 25.
 Weninger Bertha, geb. Schmeißer — Zuckerbäckergewerbe und Canditen-Verschleiß — VII., Lerchensfeldstraße 65.
 Wertheimer Mano — Handel mit Sattler- und Riemenwaren — IX., Kolingasse 3.
 Wiska Antonia — Pfadlergewerbe — IX., Fahngasse 14.
 Zemann Anton — Radfahrerschule — IX., Liechtensteinstraße 32/34.
 Alpine Gesellschaft „Enzian“ — Periodische Druckchrift — V., Wehr-gasse 3.
 Verein der Tapezierer und Decorateure Wiens — Herausgabe einer Druckchrift — V., Wienstraße 55.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 29. December 1900.

Brozek Franz — Verschleiß von Zuckerbäckergewerbe und Canditen — II., Gabelsbergergasse 5.
 Eisner Marie — Petroleumhandel — II., Kaiser Josefstraße 36.
 Erzherzog Friedrich'sches Central-Milchdepot — Verschleißstellen: V., Griesgasse 21 und Pilgramgasse 17.
 Hillebrand Richard — Wildbret- und Geflügelhandel-Filiale — II., Im Werb, Markt.
 Hirschfeld Ludwig — Herausgabe der Druckchrift „Int. Heilquellen“ — II., Nordbahnstraße 28.
 Klein Cäcilie — Musikautomat — II., Franzensbrückenstraße 24.
 Klein Rosalia — Verabreichung von Speisen — II., Große Sperlg. 28.
 Klement Katharina — Victualien-Verschleiß — II., Rothe Kreuzgasse 1.
 Matha Josef — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Blumauer-gasse 22.
 Morberger Marcell — Getreideagent — II., Productenbörse.
 Nowak Josefa — Zuckerbäckergewerbe und Canditen-Verschleiß — V., Nikolsdorfergasse 13.
 Pöhl Alfred — Agentur in Rohproducten — II., Czerningasse 13.
 Post Salomon Jakob — Tischlergewerbe — II., Große Sperlgasse 30.
 Rabochka Marie — Victualien-Verschleiß — II., Laborstraße 46.
 Schepß Friedl — Anstreicher — II., Laborstraße 51.
 Schlader Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Volkertplatz 3.

Schuhmann Aaron — Markt-frantie — II., Haidgasse 11.
 Weiß Alfred — Herausgabe der Druckchrift „Wiener Leben“ — II., Czerningasse 13.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 31. December 1900.

Bayer Franz — Tischler — XVI., Hasnerstraße 104.
 Bohnic Francisca — Gastwirts-gewerbe — VI., Magdalenenstraße 42.
 Dauba Theresie — Sesselflehtergewerbe — VI., Liniengasse 42.
 Fuchs Philipp — Fabrikmäßige Erzeugung von Drechslerwaren — VI., Stumpergasse 7.
 Gäch Heinrich — Glaser (Lic.-Nr. 278) — XVII., Rosensteingasse 40.
 Haack Paul Mich. Perm. — Glasbläser (Filiale) — IX., Garnisong. 7.
 Heimann Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Mispelplatz 12.
 Klein Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 29.
 Klinger Francisca — Betrieb eines Marionetten-Theaters — VI., Gumpendorferstraße 118 a.
 Kosal Aloisia — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 133.
 Kraus Francisca, geb. Kormunda — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c, g G.-D.) — XVI., Neumayergasse 1.
 Kruntoriád Johana — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XX., Salzachstraße 34.
 Leib Alois — Wildbret- und Geflügelhandel — XVI., Bunnengasse 56.
 Marmorel Fidor, Dr., Hermann Moses — Herausgeber der Zeitschrift „Die Welt“ — IX., Türkenstraße 9.
 Meßner Elisabeth — Christbaum-Verschleiß — IX., Althanplatz.
 Morosi Pauline — Pfadlergewerbe — VI., Sandwirtgasse 9.
 Mühlensfordt Peter Josefa — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 93.
 Ondral Johann — Tischlergewerbe — XIV., Pfreysgasse 20 a.
 Pefinsky Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß (ohne Flaschenbier) — VII., Neubaugasse 43.
 Peterka Elisabeth — Christbaumhandel — X., Eugenplatz.
 Pils Konstantin — Tapezierer — VII., Breitegasse 5.
 Poforny Richard — Zeitungs-Verschleiß — VII., Kirchengasse 42.
 Reindl Elise — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Breitegasse 9.
 Riewel Ludmilla — Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IX., Aferbachstraße 8.
 Sad Josefine — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Liniengasse 49.
 Schimmerengl Karl — Flaschenbierhandel — VI., Engelgasse 1.
 Seewald Josef, Seewald Karl (Firma: Michael Seewald); verantwortl. Geschäftsführer Josef Seewald — Fabrikmäßige Erzeugung von Metallwaren — VI., Königsberggasse 5.
 Steiner Hans — Eisankplatz — VII., Westbahnstraße 19.
 Umfried Anna — Habernhandel — XVII., Balderichgasse 15.
 Bischof Eugen Maria, Dr. — Herausgabe der Zeitschrift „Die Reform“ — IX., Schubertgasse 14.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 2. Jänner 1901.

Anisa Ladislav — Tapezierergewerbe — I., Bauernmarkt 12.
 Baumann Ludwig — Verschleiß von Kinderpiel- und Korbwaren — I., Wollzeile 36.
 Bayer Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Tuchlauben 14.
 Billig Maurus — Zucasso-Besorger — I., Kohlmarkt 3.
 Brill Wilma — Pfadlergewerbe — I., Laurenzberg 3.
 Cerbeam Max — Herausgeber der periodischen Druckchrift „Wiener industrielles Offertenblatt“ — I., Fleischmarkt 12.
 Findling Moriz — Zeitungs-herausgabe — I., Graben 12.
 Friedmann Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Stock-im-Eisenplatz 4.
 Gellner Engelbert — Spediteur — I., Prediger-gasse 3.
 Guttmann Moriz — Druckchrift „Wiener Confectionär“ — I., Werberthorgasse 12.
 Hagel Hermann Josef — Pränumerantensammler auf Druckwerke — V., Nikolsdorfergasse 11.
 Harant Anna — Kaffeestederin — VIII., Schlüsselgasse 13.
 Hirschler Lazar David — Handel mit hebräischen Büchern und israelitischen Gebetbüchern — I., Rabenplatz 2.
 Hofmann Ludwig — Trödlergewerbe — XVI., Ottakingerstraße 112.
 Husfalowski Anton — Privat-geschäfts-Vermittlungsbureau — I. Bezirk.
 Kestler Ludwig, Dr. — Druckchrift „Urania Mittheilungen“ — I., Wollzeile 36.
 Kosal Jakob — Gastwirt — VIII., Benuoplatz 2.
 Kohn D. F. — Handschuh-Verschleiß (Filiale) — I., Graben 17.
 Lederer Ferdinand — Erzeugung von Schuhwische, Lederfarbe zc. — V., Spengergasse 7 a.
 Link Emil, Dr. — Herausgeber der Druckchrift „Österr. Justiz-Gesetzblatt“ — I., Hohenstaufengasse 2.
 Linzhuber Anna — Wohnungsvermietung — I., Blutgasse 9.

Logermann Franz — Handschuhmacher — I., Rabenplatz 2.
 Pürer Anton — Klaviermacher — V., Anzengruberstraße 23.
 Reizabel Theresie — Gastwirtsgerber — III., Pragerstraße 7.
 Schmid Anton — Christbaumhandel — III., Strobgasse.
 Schmutz Anton — Fiaker-Licenz Nr. 832 — XVII., Joh. Nepomuk
 Bergerplatz 12.

(Das Weitere folgt.)

I n h a l t		Seite
Gemeinderath:		
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 4. Jänner 1901.		
Inhalt:		
Mittheilungen des Vorsitzenden:		
1. Beglückwünschungen anlässlich der glücklichen Niederkunft der Erzherszogin Auguste	33	
2. Entschuldigung der Gem.-Räthe Ströbl, R. J. Müller, Sturm, Rogan, Weitmann und Dechant	33	
3. Geschäftsausweis des Stadtrathes und Gemeinderathes pro 1900	33	
4. Zuwendung des dem Bürgermeister zukommenden Präsenzbeitrages aus der Pollak Ritter v. Rudin'schen Familienstiftung für wohltätige Zwecke	33	
5. Spende eines Ungenanntseiwollenden	33	
6. Spende unter Chiffre „R. R.“	34	
7. Spende der Frau Anna Schöbal	34	
8. Legat nach Fräulein Elisabeth Winkler	34	
9. Spende des Herrn Josef Georg Müller	34	
10. Spende der Geschwister Klein	34	
11. Spende der Firma R. Wagner & Comp. in Erlaa	34	
12. Spende der Frau Anna Pressl	34	
13. Magistratsbericht, betreffend die für die Waisenkinder veranstaltete Vorstellung im Circus Barnum & Bailey	34	
14. Spende des Vereines „Weihnachtsbaum“ im XIX. Bezirke	34	
Interpellationen:		
15. Gem.-Rath Geyer, betreffend die Errichtung einer Personenhaltestelle in der Station „Mischelbeuern“ der Stadtbahn	35	
16. Gem.-Rath Mender, betreffend die Entlassung einiger Bediensteten des städtischen Straßenräuberdepots in Margarethen	35	
17. Gem.-Rath Kuhn, betreffend die Verzögerung der Rückvergütung der Gewerbeschulbeiträge an die einzelnen Genossenschaften	35	
18. Gem.-Rath R. J. Müller, betreffend einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ über die Arbeiten und Leistungen der Lagerhausarbeiter und deren Bezahlung und Behandlung	36	
19. Gem.-Räthe Reisch und Altmeder, betreffend die Vergebung der Fuhrwerksbeistellung zur Versorgung der Abfuhr des Kehrstrichs zc. im IX. Bezirke	37	
Anträge:		
20. Gem.-Rath Kuhn, betreffend den Viehtrieb vom Frachtenbahnhofe Rusdorf zum Schlachthause daselbst	37	
21. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend die Abänderung der Baulinien für die Vognergasse, den Graben, den Kohlmarkt und die Tuchlauben	38	
22. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Ingenieurs Wilhelm Kress für die Zwecke und Herstellung seines Luftschiffes	38	
Referate:		
23. Gem.-Rath Tomola, betreffend den Verkauf eines Theiles der Cat.-Parc. 153 Wähling an Josefa Fichler	38	
24. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Subventionierung der Freiwilligen Feuerwehr Ober-Weidling	39	
25. Gem.-Rath Hörmann, betreffend die Abänderung der Baulinien für die Apostelgasse und Erdbergstraße bei der Kirche St. Peter und Paul im III. Bezirke	39	
26. Gem.-Rath Tomola, betreffend die Bestimmung der Mitglieder für die Wahl-Commissionen bei den Reichsrathswahlen für die Wählerklasse der Städte 1901	39	
27. Derselbe, betreffend die Subventionierung mehrerer Weinbauvereine	41	
28. Gem.-Rath Schreiner, betreffend den Winterfahrplan der städtischen Straßenbahnlinie „Wiedener Hauptstraße—Magleinsdorferstraße“	41	
29. Derselbe, betreffend den Winterfahrplan der städtischen Straßenbahnlinien „Taborsstraße—Jussstraße“, „Majumosskygasse—Sechstrügelgasse“ beziehungsweise „Sophienbrückengasse—Nochsngasse“ und „Schwarzenbergplatz—Heugasse—Südbahnhof“	41	
30. Gem.-Rath Dr. Krenn, betreffend die Subventionierung der Fahrpost-Unternehmung Mauerbach—Weidlingau	41	
31. Derselbe, betreffend den Bericht des Curatoriums für die Verwaltung des zur Errichtung und Erhaltung eines Josefine v. Königswarter'schen Kinderspitales bestimmten Capitalcs über seine Thätigkeit im Jahre 1900	42	

32. Derselbe, betreffend die Verlängerung der Functionsdauer der Armenräthe bis zu ihrer Neuwahl auf Grund der neuen Vorschriften über die Armenpflege	42	Seite
33. Derselbe, betreffend Stellungnahme zum Verlangen des Actions-Comités der Wasserinteressenten am Schwarzajflusse um einen Beitrag zu den Kosten der Schwarzajregulierung (Absehung von der Tagesordnung)	43	43
34. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend Stellungnahme zur Äußerung der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien über die mit Gemeinderath-Beschluss vom 20. November 1900, Z. 12802, genehmigten Abänderungen der von ihr vorgelegten Entwürfe einer Dienst- und Arbeitsordnung, sowie einer Geschäftsordnung für die Disciplinar-Kammer zc.	45	45
35. Derselbe, betreffend Stellungnahme zum Projecte für eine elektrische Kleinbahn vom Bahnhofe Hütteldorf-Haching zum Wolfersbergwald	49	49
36. Derselbe, betreffend die Vorstellung eventuell Recurs des Johann Österreicher gegen die Bestimmung der Baulinie für seine Realität	50	50
37. Gem.-Rath Zajka, betreffend die Verbaumodalitäten für die Realität XIII, Hütteldorf, Hüttelbergstraße, Cat.-Parc. 758/6, Cnl.-Z. 610, der Marie Sachs	50	50
38. Derselbe, betreffend die Festsetzung des Preistarifes pro 1901 für die Herstellung von Gasleitungen	51	51
39. Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend eine Personalvermehrung im Conscriptiousamte	51	51
40. Derselbe, betreffend die Abänderung des § 4 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien im Sinne des § 39 des Wiener Gemeindefatutes vom Jahre 1900	51	51
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 4. Jänner 1901.		
Inhalt:		
1. Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend Nachsicht der Wartezeit für drei städtische Bau-Adjuncten	56	56
2. Derselbe, betreffend Remunerationen anlässlich der Herausgabe des statistischen Jahrbuches	56	56
3., 4., 5. Gem.-Rath Tomola, betreffend Gnadengaben an Aloisia Knoch, Exerciermeisterswitwe; Gabriele Br eycha, Diurnistenswitwe; Anna Scharinger, Heizergehilfenswitwe	56	56
6. Derselbe, betreffend Bürgerrecht mit Rücksicht der Toxen an den Bezirksschulinspector Josef Fölzl	56	56
7., 8., 9., 10. Derselbe, betreffend Gnadengaben an Marie Wolke, Officialsgattin, und deren Tochter Marie Wolke; Marie Podan, Aufseherwitwe; Barbara Rudolf, Schuldienerwitwe; Franz Linhof, Anstalts-Schuldiener	56	56
11. Derselbe, betreffend Zuerkennung von 92 Percent Quartiergeld an den pensionierten Kanzlei-Oberofficial Friedrich Fuchs-thaller	56	56
Stadtrath:		
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 20. December 1900	56	56
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 21. December 1900 (vorm.)	61	61
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 21. December 1900 (nachm.)	65	65
Gemeinderaths-Ausschuss:		
Bericht über die Sitzung des Gemeinderaths-Ausschusses für die Verleihung des Heimatsrechtes und Bürgerrechtes der Stadt Wien vom 20. December 1900	65	65
Allgemeine Nachrichten:		
Ernennungen	70	70
Approvisionnement:		
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 30. December 1900 bis 5. Jänner 1901	71	71
Täglicher Fleischmarkt (Markthalle Währingergürtel) vom 30. December 1900 bis 5. Jänner 1901	71	71
Pferdemarkt vom 4. Jänner 1901	72	72
Schlachtviehmarkt vom 7. Jänner 1901	72	72
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 5. Jänner 1901	72	72
Städtisches Lagerhaus	72	72
Baubewegung:		
Gefuche um Baubewilligungen vom 3. bis 7. Jänner 1901	73	73
Städtische Arbeiten und Lieferungen:		
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	73	73
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	73	73
Eintragungen in das Gewerbe-Register	74	74
Rundmachungen	74	74

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Magistratsrath Dr. Friedrich Eder v. Radler.

Papier aus der k. l. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei C. Rainz & N. Liebhart, vormals J. B. Wallischhauser.

Anzeigen-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Waack), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.

1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
18. Jänner 10 Uhr	Departement XIX b (Mg.-Secr. Dr. Nüchtern, V. Stiege, Mezzanin)	M.-Z. 131517. Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Reconstruction der Sohle des Alsbachcanales in der Strecke von der Acker- bis zur Bleichergasse im IX. Bezirke, und zwar: 1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 12.944 K 16 h, 2. der Lieferung der Klinkerziegel im veranschlagten Kostenbetrage von 14.774 K 40 h und 3. der Lieferung des Portlandcementes im veranschlagten Kostenbetrage von 8755 K 20 h. 2-3
18. Jänner 11 Uhr	detto	M.-Z. 128655. Vergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Neubau eines Hauptunrathscanales in der Haasgasse im II. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4716 K 23 h. 2-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichneten Bedingungen können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingungen können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Anbote sind unter Verwendung der ebenfalls bei der städtischen Hauptcassa zu dem Betrage von 10 h erhältlichen Drucksorte zu stellen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift des § 4 der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Prot.-Nr. 131093 ex 1900.

IV. 3694.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der folgenden Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer Doppel-Volksschule im XVI. Bezirke, Grubergasse 4, und zwar:

1. Erd- und Baumeisterarbeiten,
 2. Lieferung der hydraulischen Bindemittel,
 3. Stuccaturarbeiten,
 4. Steinmearbeiten,
 5. Zimmermannsarbeiten,
 6. Spenglerarbeiten,
 7. Bautischlerarbeiten,
 8. Schlosserarbeiten,
 9. Anstreicherarbeiten,
 10. Glaserarbeiten,
 11. Asphaltierarbeiten,
 12. Lieferung der Isolierplatten,
 13. Holzcement-Eindeckung.
 14. Herstellung des Terrazzopflasters,
 15. Lieferung der Steinzeug-, Thon- und Chamottefabrikate,
 16. Möbeltischlerarbeiten,
 17. Lieferung der Schulbänke,
 18. Bildhauerarbeiten,
 19. Herstellung eines Einfriedungsgitters,
 20. Herstellung einer Niederdruckdampfheizung,
 21. Lieferung der Regulierfüllöfen,
 22. Installation der Gasbeleuchtung,
 23. Installation der Wasserleitung und Lieferung der Closete
- wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am 19. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, in der Volkshalle des Neuen Rathhauses eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichnete allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen. Die bei dieser Offertverhandlung einzubringenden Anbote sind auf einem Briefpapierbogen in Form eines an den Magistrat gerichteten stempelfreien Geschäftsbriefes zu stellen, welcher zu lauten hat:

„Stempelfrei nach den Tarifposten 44 aa und 60, Punkt 4 des Gebührengesetzes.

An den löblichen Magistrat

der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Ich habe die im Stadtbauamte für die Offertverhandlung am 19. Jänner 1901, zur M.-Z. 131093, aufgelegenen Pläne, Kostenanschläge, allgemeinen und speciellen Bedingungen für den Bau einer Doppel-Volksschule im XVI. Bezirke, Grubergasse 4, eingesehen und offeriere der Gemeinde Wien die ausgeschriebenen.....

wobei ich mich den von der Gemeinde gestellten Bedingungen vollinhaltlich unterwerfe, gegen einen Nachlaß (Zuschuß) von..... zu den Kostenanschlagspreisen. (Datum, Unterschrift.)“

Die Verständigung der Erstehrer von der Annahme ihrer Offerte erfolgt mündlich und ist von ihnen mittels eines stempelfreien Geschäftsbriefes zu bestätigen.

Jedem Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der ämtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen oder der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 29. December 1900.

3-3

G.-Z. 2451.

VII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung, Verletzung und Instandhaltung von 175 Stück geachteten Wassermessern für die Wien-thalwasserleitung im veranschlagten Kostenbetrage von 18.000 K wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Freitag den 11. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Keitler im Alten Rathhause (I., Wipplingerstraße 8, 2. Stiege, 2. Stock) eine öffentliche, schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigefügten Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Anbote sind vom Offerenten unter Angabe seines Berufes und Wohnortes persönlich zu fertigen und mit einem 1 K-Stempel versehen, versiegelt zu überreichen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. December 1900.

2-2

M.-Z. 98686 ex 1900.

III.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für die Hauptrechnungsabschlüsse der Stadt Wien, betreffend die Jahre 1900, 1901, 1902, 1903 und 1904, und für die Hauptvoranschläge nebst den allgemeinen Erläuterungen der Stadtbuchhaltung, dem Abstimmungs-Protokolle des Magistrates und dem

Nachtrage zu den Hauptvoranschlägen nach den Beschlüssen des Stadtrathes, betreffend die Jahre 1902, 1903, 1904, 1905 und 1906, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 31. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer im Rathhause (5. Stiege, 2. Stock) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Vergebung der Arbeiten erfolgt entweder an einen oder an zwei verschiedene Unternehmer, und zwar im letzteren Falle in der Weise, daß der eine den 1. und 3. Band des Hauptrechnungsabschlusses, sowie den 1. Band des Hauptvoranschlages sammt den oben bezeichneten Anhängen, der andere den 2. und 4. Band des Hauptrechnungsabschlusses, sowie den 2. und 3. Band des Hauptvoranschlages herzustellen hat.

Um zu vermeiden, daß alle Offerenten etwa auf dieselbe Partie offerieren, behält sich die Gemeinde vor, den Erstehern die eine oder die andere Partie zuzuweisen; es hat daher jeder Offerent die Preisansätze gesondert für beide Parteien in das Offert aufzunehmen und zu erklären, ob er auch gegebenenfalls die Übertragung beider Parteien annehmen würde. Für den letzteren Fall können wieder besondere Preisansätze gestellt werden.

Unternehmungslustige können Musterbände und die Original-Bedingnisse im vorbezeichneten Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingungen können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den oberwähnten Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke per Bogen versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 26. December 1900.

2-3

Prot.-Nr. 116425 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 26 Meidlinger Hauptstraße, XII. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 22. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Differenzen haben ein derartiges Exemplar mit der ausliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versiehenden Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 600 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Differenzen vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. Jänner 1901. 1-3

Prot.-Nr. 103609 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 21 Dürergasse, Einl.-Z. 137 VI. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Montag den 21. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrate-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Differenzen haben ein derartiges Exemplar mit der ausliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versiehenden Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 500 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Differenzen vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 2. Jänner 1901. 1-3

Ad Prot.-Nr. 110170 ex 1900.

2781. IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Übertragung des Rechtes zur Aufstellung von Leihesseln in städtischen Gartenanlagen, auf der Ringstraße und auf dem Plage vor dem Neuen Rathhause für die Zeit bis Ende December 1905 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Mittwoch den 23. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Bureau des Herrn Magistrats-Secretärs Späth im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Verzeichnis der städtischen Gartenanlagen und die für diese Vergebung geltende Vorschrift im Stadtbauamte (Bureau des Herrn Baurathes Helmerich) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versiehenden Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums von 200 K beizuschließen oder der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Differenzen vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. Jänner 1901. 1-3

Ad Prot.-Nr. 108118 ex 1900.

Ref. VIII. 5232.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Buchdruckerarbeiten für den Bericht des Wiener Stadtphysikates über seine Amtsthätigkeit und die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien in den Jahren 1897 bis 1899 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 22. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Jaitner im Neuen Rathhause (3. Stiege, Hochparterre) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingungen und das Musterwerk im obbezeichneten Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und die Bedingungen begeben.

Die Unternehmer haben ihre in Gemäßheit der Bedingungen eingerichteten Offerte am obigen Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben, beziehungsweise vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. Jänner 1901. 1—3

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bewilligung des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 3. Jänner 1901, Z. 44051, wird die öffentliche Versteigerung der bei der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate April 1900 verpfändeten und nicht ausgelösten Pretiosen von Pfand Nr. 16343 bis Pfand Nr. 21353 inclusive und Effecten von Pfand Nr. 28941 bis Pfand Nr. 38667 inclusive am 25. und 26. Jänner 1901, jedesmal von 8 Uhr vormittags angefangen, im Pfandleihanstalts-Gebäude XIV., Kürnberggasse 5, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation an den oben angegebenen Tagen nicht beendet werden könnte, wird sie an dem dem zweiten Licitationstage nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 8. Jänner 1901. 1—3

Z. 80841.

Kundmachung.

(Einbringung der im § 202 des Gesetzes vom 25. October 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220, angeordneten Bekenntnisse behufs Veranlagung der Personaleinkommensteuer und Besoldungssteuer für das Jahr 1901.)

Zum Zwecke der Bemessung der Personaleinkommensteuer und der Besoldungssteuer für das Jahr 1901 haben die Steuerpflichtigen, ohne erst eine specielle Aufforderung seitens der Steuerbehörde abzuwarten, bis längstens 15. Februar 1901 ein Bekenntnis über ihr steuerpflichtiges Einkommen, beziehungsweise auch über das ihrem eigenen Einkommen gemäß § 157 des Gesetzes vom 25. October 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220, zuzurechnende Einkommen der Angehörigen ihrer Haushaltung unter Benützung eines amtlichen Formulars, welches seitens der Steuerbehörden und Steuerämter unentgeltlich verabfolgt wird, abzugeben.

Die Bekenntnisse sind bei der zuständigen Steuerbehörde erster Instanz, sohin in der Regel bei derjenigen Steuerbehörde, in deren Sprengel der Steuerpflichtige seinen ordentlichen Wohnsitz hat, einzubringen, sonach in Wien bei den zuständigen k. k. Steuer-Administrationen, und zwar:

- für den I. Bezirk in Wien, I., Fleischmarkt 19;
- für den II. und XX. Bezirk in Wien, II., Große Pfarrgasse 28;
- für den III. und XI. Bezirk in Wien, III., Boerhavegasse 9;
- für den IV., V. und X. Bezirk in Wien, IV., Gufshausstraße 27;
- für den VI. und VII. Bezirk in Wien, VII., Neubaugasse 21;

für den VIII. und IX. Bezirk in Wien, IX., Lackierergasse 1 a;

für den XII. und XIII. Bezirk in Wien, XIV., Ullmannstraße 54;

für den XIV. und XV. Bezirk in Wien, XIV., Kellinggasse 2;

für den XVI. und XVII. Bezirk in Wien, XVII., Esterleinsplatz 14;

für den XVIII. und XIX. Bezirk in Wien, XVIII., Währingerstraße 124;

und auf dem Lande bei den zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaften; von den letzteren können auch k. k. Steuerämter zur Entgegennahme der Bekenntnisse delegiert werden.

Im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen ist behufs Vermeidung allfälliger zeitraubender Einvernehmungen auf der ersten Seite der Bekenntnisse links oben immer zu bemerken, ob und bei welcher Steuerbehörde bisher die Veranlagung einer Personaleinkommensteuer stattgefunden hat, dann unter welcher Catasternummer (Zahlungsauftragsnummer) die Personaleinkommensteuer vorgeschrieben wurde.

Sämtliche in die Bekenntnisse einzustellenden Geldbeträge sind in Kronen anzugeben.

Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen 2000 K nicht überschreitet, sind von der Abgabe eines Bekenntnisses in der Regel befreit, und sind dazu nur verpflichtet, sobald eine besondere Aufforderung der Steuerbehörde oder des Vorsitzenden der Schätzungscommission an sie ergeht; jedoch sind auch diese Personen in jedem Falle berechtigt, Bekenntnisse einzubringen.

Diejenigen Personen, deren gesamtes Einkommen, auf ein Jahr berechnet, den Betrag von 1200 K nicht übersteigt, sind von der Personaleinkommensteuer überhaupt befreit.

Als einzubekennendes Einkommen gilt die Summe aller in Geld oder Geldeswert bestehenden Einnahmen der einzelnen Steuerpflichtigen — demnach insbesondere die Einnahmen aus Grund- und Gebäudebesitz, aus selbständigen Unternehmungen und Beschäftigungen, aus Dienst- und Lohnbezügen und Ruhegenüssen, Capitalvermögen u. s. w. — mit Einschluss des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause oder sonstiger freier Wohnung, sowie des Wertes der im Haushalte verbrauchten Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft und des eigenen Gewerbsbetriebes, ferner sonstiger dem Steuerpflichtigen allenfalls zukommender Naturaleingänge abzüglich der auf Erlangung, Sicherung und Erhaltung dieser Einnahmen verwendeten Ausgaben, sowie etwaiger Schuldzinsen, auch insofern diese nicht zu den soeben bezeichneten Ausgaben gehören, nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 160 bis 171 des citierten Gesetzes.

Hiebei sind Einnahmen aus Grund- und Gebäudebesitz, sofern dieselben unter die schwankenden (veränderlichen) Einnahmen gehören, sowie alle anderen schwankenden (veränderlichen) Einnahmen, z. B. Erträgnisse aus Handel und Gewerbe, Rente, Dividenden von Actien, Tantiemen, Zeit-, Stück- und Accordlöhne u. s. w. nach dem Durchschnitte der Jahre 1898, 1899 und 1900, alle feststehenden Einnahmen hingegen z. B. nach bestimmten Jahres- oder Monatsätzen oder nach wie immer gearteten anderen Maßstäben zugesicherte Besoldungen, in bestimmter Höhe vereinbarte Zinsen, Pachtzinslinge, das Einkommen aus Zinsencoupons u. s. w. mit dem Betrage, den sie im Jahre 1900 thatsächlich erreicht haben, einzubekennen.

Der Mietzins ist in der Regel als feststehende Einnahme nach dem im Jahre 1900 erzielten Betrage anzusetzen.

Haben die feststehenden Einnahmen noch nicht durch ein Jahr, die veränderlichen Einnahmen aus Grund- und Gebäudebesitz, beziehungsweise alle anderen veränderlichen Einnahmen noch nicht durch drei Jahre bestanden, so sind dieselben nach dem Durchschnitte des Zeitraumes ihres Bestehens, nöthigenfalls nach dem muthmaßlichen Jahresertrage einzubekennen.

Die Bekenntnisse können schriftlich eingebracht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden.

Diejenigen Personen, welche gemäß § 227 des citirten Gesetzes durch Zugang in das Geltungsgebiet des Gesetzes oder durch Erlangung fester Dienstbezüge von steuerpflichtiger Höhe im Laufe des Jahres 1901 in die Steuerpflicht treten, haben binnen vierzehn Tagen nach Eintritt des die Steuerpflicht begründenden Ereignisses die Anzeige an die zuständige Steuerbehörde (Steuer-Administration, Bezirkshauptmannschaft) unter Anschluss eines Bekenntnisses zu erstatten.

Zur Einbringung der hiemit angeordneten Bekenntnisse können die Steuerpflichtigen durch Ordnungsstrafen verhalten werden; überdies machen sie sich gemäß § 243 des Gesetzes vom 25. October 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220, durch Unterlassung der pflichtmäßigen Einbringung des Bekenntnisses einer nach § 244 dieses Gesetzes zu ahndenden Steuerverheimlichung schuldig, und wird insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß die Pflicht zur Überreichung des Bekenntnisses und die Folgen der allenfalls unterlassenen Einbringung desselben von der Zustellung der nach § 204 des Gesetzes seitens der Steuerbehörden zu bewerkstelligenden individuellen Aufforderung an die Steuerpflichtigen nicht abhängig sind, und daß sich somit gegen eine allfällige spätere Verfolgung wegen Steuerverheimlichung niemand darauf berufen könne, daß ihm kein Formular für das Bekenntnis zugekommen sei.

Steuerhinterziehungen durch unrichtige Angaben oder Verschweigungen im Sinne des § 239 des Gesetzes vom 25. October 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220, unterliegen den daselbst im § 241 festgesetzten Strafen.

Vom Präsidium der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction.

Wien, am 1. December 1900.

1—1

3. 80841.

Kundmachung.

(Einbringung der im § 138 des Gesetzes vom 25. October 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220, über die directen Personalsteuern vorgeschriebenen Bekenntnisse behufs Veranlagung der Rentensteuer für das Jahr 1901.)

Zum Zwecke der Bemessung der Rentensteuer für das Jahr 1901 haben die Steuerpflichtigen bezüglich aller der Rentensteuer unterliegenden Bezüge, mit Ausnahme jener, von denen der Abzug der Rentensteuer bei dem Schuldner stattfindet (§ 133 des Gesetzes) und insoweit die rentensteuerpflichtigen Bezüge entweder für sich allein oder in Verbindung mit dem anderweitigen Einkommen der Steuerpflichtigen den Betrag von 1200 K jährlich übersteigen, bei jener Behörde, welche zur Empfangnahme der Bekenntnisse zur Personaleinkommensteuer zuständig ist, ohne erst eine specielle Aufforderung seitens der Steuerbehörde abzuwarten, ein Bekenntnis zu überreichen oder mündlich zu Protokoll zu geben.

Von der Überreichung dieses Bekenntnisses sind gemäß § 139 des Gesetzes jene Steuerpflichtigen (sofern sie nicht von der Steuerbehörde insbesondere dazu aufgefordert werden) befreit, welche erstens im vorangegangenen Steuerjahre bereits Rentensteuer entrichtet, zweitens inzwischen ihren Wohnsitz nicht verändert und drittens keine Vermehrung der Bezüge erlangt haben. Die Steuerbemessung findet in diesem Falle ebenso statt, als ob die genannten Personen die Fortdauer ihrer Bezüge in dem im letztvergangenen Jahre bestandenen Ausmaße unbekannt hätten.

Die Bekenntnisse haben den Namen, Stand und Wohnort des Steuerpflichtigen, die nähere Bezeichnung der steuerpflichtigen Bezüge, insbesondere ob dieselben in Geld oder Naturalien, Sachnutzungen oder sonstigen Leistungen bestehen und, insofern es sich nicht um Escomptezinsen handelt, auch die Bezeichnung der Schuldner zu enthalten. Bei Capitalsforderungen ist der Capitalbetrag und der Zinsfuß, bei Annuitäten der Gesamtbetrag der Annuität und der darin enthaltenen Capitalrückzahlung anzugeben; endlich sind in dem Bekenntnisse die vom Steuerpflichtigen auf Grund des § 130 des Gesetzes etwa in Anspruch genommenen Abzüge (insoweit dieselben überhaupt gesetzlich zulässig sind) anzugeben.

Die Bekenntnisse sind bis längstens 15. Februar 1901 bei der zuständigen Steuerbehörde, und zwar in Wien bei den zuständigen Steuer-Administrationen, nämlich:

für den I. Bezirk, I., Fleischmarkt 19;

„ „ II. und XX. Bezirk, II., Große Pfarrgasse 28;

„ „ III. und XI. Bezirk, III., Boerhavegasse 9;

„ „ IV., V. und X. Bezirk, IV., Gujshausstraße 27;

„ „ VI. und VII. Bezirk, VII., Neubaugasse 21;

„ „ VIII. und IX. Bezirk, IX., Lackerergasse 1a;

„ „ XII. und XIII. Bezirk, XIV., Ullmannstraße 54;

„ „ XIV. und XV. Bezirk, XIV., Kellinggasse 2;

„ „ XVI. und XVII. Bezirk, XVII., Elterleinplatz 14;

„ „ XVIII. und XIX. Bezirk, XVIII., Währingerstraße 124; und auf dem Lande bei den zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaften, eventuell bei den von diesen delegierten k. k. Steuerämtern abzugeben.

Zum Zwecke der Ausfertigung der Bekenntnisse sind amtliche Formularien mit der Bezeichnung H zu verwenden, welche bei den Steuerbehörden unentgeltlich erhältlich sind.

In dem Bekenntnisse für das Jahr 1901 sind die feststehenden Bezüge mit dem Betrage, den sie im Jahre 1900 thatsächlich erreicht haben, die veränderlichen Bezüge nach dem Durchschnitte der Jahre 1898, 1899 und 1900 anzugeben. Haben Einnahmen der letztgedachten Art noch nicht so lange Zeit oder feststehende Einnahmen noch nicht durch ein ganzes Jahr bestanden, so sind sie nach dem Durchschnitte des Zeitraumes ihres Bestehens, nöthigenfalls nach dem muthmaßlichen Jahresertrage in Ansatz zu bringen.

Sämmtliche in die Bekenntnisse einzustellenden Geldbeträge sind in Kronen anzugeben.

Nach § 124 des Gesetzes vom 25. October 1896, N.-G.-Bl. Nr. 220, unterliegt der Rentensteuer, wer aus Vermögensobjecten oder Vermögensrechten Bezüge empfängt, welche nicht schon durch die Grund-, Gebäude-, Erwerb- und Besoldungssteuer unmittelbar getroffen sind.

Hienach sind insbesondere einzubekennen:

1. Die Zinsen von Hypotheken, sowohl auf steuerfreien, als auch steuerpflichtigen Realitäten.

2. Die Zinsen von anderen verbrieften oder unverbrieften Darlehen aller Art, Schuldforderungen oder sonstigen Capitalsforderungen, Kauffchillingsresten, Contocorrentforderungen, Cauttionen und Depositen.

3. Die die Stelle von Zinsen vertretenden Escomptegewinne.

4. Die Pachtzinse aus der Verpachtung von Gewerben, Gewerbsrechten und anderen, weder der Grund- noch der Gebäudesteuer unterliegenden Objecten.

5. Renten aller Art mit Ausnahme derjenigen, welche ein unmittelbares Entgelt für geleistete Dienste bilden, wie Leibrenten, Zeitrenten, Erbrenten, Ablösungs- und Entschädigungsrenten, Auszugseinkünfte und Leibgedinge, Bezüge aus Nutzungsrechten und ähnlichen Berechtigungen u. s. w.

6. Sonstige fortlaufende Zahlungen, Leistungen und Unterstützungen, insofern der Geber zu deren Verabreichung sich rechtsgiltig verbindlich gemacht hat oder kraft des Gesetzes oder richterlichen Urtheiles verpflichtet ist; die Alimentationsleistungen, welche zwischen anderen als den im § 125, Z. 8 des citierten Gesetzes bezeichneten Personen zur Auszahlung gelangen, ferner Bezüge für die Unterlassung von Berechtigungen oder für die Gestattung der Ausübung von Berechtigungen, Patenten u. dgl. durch einen anderen.

7. Die Zinsen und Dividenden von ausländischen Wertpapieren (§ 124, Z. 7 des Gesetzes).

Hingegen sind nicht einzubekennen:

1. Der Ertrag der Grundstücke einschließlich des Pachtzinses für verpachtete, der Grundsteuer unterliegende Grundstücke; der Ertrag der steuerpflichtigen, sowie der aus dem Titel der Bauführung oder der Widmung von der Gebäudesteuer befreiten Gebäude.

2. Der Ertrag der der Erwerbsteuer nach dem I. oder II. Hauptstücke dieses Gesetzes unterliegenden Unternehmungen und Beschäftigungen.

3. Die Zinsen und Dividenden der Actien, Prioritäten und ähnlicher Theilschuldverschreibungen, Genossenschaftsantheile, Ruxe u. s. w. von Unternehmungen, welche ganz oder auch nur von einem Theile ihres Betriebes der hierländigen Erwerbsteuer im Sinne des zweiten Hauptstückes dieses Gesetzes unterliegen, und zwar auch dann, wenn diese Unternehmungen von der Erwerbsteuer zeitlich befreit sind.

4. Die Dienst- und Lohnbezüge, und zwar auch dann, wenn sie die Höhe von 6400 K nicht erreichen.

5. Die Zinsen von Spareinlagen in der k. k. Postsparkassa, dann die Dividenden der Österreichisch-ungarischen Bank, welche kraft ausdrücklicher gesetzlicher Verfügung von der Rentensteuer befreit sind.

Jene Personen, hinsichtlich welcher der Eintritt in die Steuerpflicht durch Zugang in das Geltungsgebiet dieses Gesetzes begründet wird, haben in Gemäßheit des § 145 des Gesetzes binnen 14 Tagen nach Zugang bei der zuständigen Steuerbehörde hievon die Anzeige zu erstatten und ein Bekenntnis über die dem Steuerpflichtigen während des Restes des Steuerjahres zustehenden festen Renten einzubringen.

Zur Einbringung der Bekenntnisse können die Steuerpflichtigen durch Ordnungsstrafen verhalten werden.

Überdies unterliegen unrichtige Angaben oder Verschweigungen in den Bekenntnissen, sowie die Unterlassung der Einbringung der Bekenntnisse und Anzeigen den in den §§ 241 und 244 des Gesetzes festgesetzten Strafen.

Es liegt im Interesse der Parteien, im Bekenntnisformulare (möglichst auf der dritten Seite) anmerkungsweise anzugeben, bei welcher Steuerbehörde bisher das Bekenntnis eingebracht wurde.

Vom Präsidium der k. k. u.-ö. Finanz-Landes-Direction.

Wien, am 1. December 1900.

1-1

G.-Z. 127201.

XVI.

Kundmachung.

(Anzeige des Pferdestandes für das Jahr 1901.)

Nach § 3 der Durchführungs-Bestimmungen zum Pferdestellungsgesetze vom 16. April 1873 sind sämtliche Pferdebesitzer verpflichtet, in jenen Jahren, in welchen keine Classification der Pferde stattfindet, im Monate Jänner den Stand der in ihrem Besitze befindlichen Pferde und Tragthiere anzuzeigen.

Zu diesem Zwecke haben sich die Pferdebesitzer der Anzeigezettel zu bedienen, von welchen je ein Exemplar rechtzeitig in jedes Haus zugestellt werden wird.

Die Anzeigezettel sind längstens bis 31. Jänner 1901 gewissenhaft auszufüllen und von den Pferdebesitzern eigenhändig zu unterfertigen. Die Rubriken 5 und 6 im Anzeigezettel sind leer zu lassen.

Am 1. Februar 1901 wird die Einsammlung der ausgefüllten Anzeigezettel durch städtische Diener erfolgen.

Pferdebesitzer, welche die rechtzeitige Anzeige ihres Pferdestandes unterlassen, ohne sich genügend zu rechtfertigen, sind nach der Ministerial-Berordnung vom 30. September 1857 (N.-G.-Bl. Nr. 198) zu bestrafen. Desgleichen werden jene Pferdebesitzer, welche bei der Anzeige unrichtige Angaben über ihren Pferdebestand machen, nach den bestehenden Gesetzen hiefür zur Verantwortung gezogen.

Von der jährlichen Anzeige sind nur befreit:

- die zur Hofhaltung Seiner Majestät des Kaisers und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses bestimmten Pferde;
- die Pferde der kaiserlichen Hofgestüte und der Zuchtanstalten des Staates;
- die Pferde des Militär-Arars und die im Besitze von activen Officieren befindlichen, zur Vernehmung ihres Dienstes nothwendigen eigenen Pferde;
- die Pferde der Gesandten fremder Mächte und des Gesandtschaftspersonales.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im übertragenen Wirkungskreise,

am 3. Jänner 1901.

1-1

3. 6133 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Marie Ernst v. Crustenan'sche Stiftung.)

Am 1. März 1901 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Crustenan'schen Stiftungscapitales im Betrage von 168 K zur Vertheilung.

Zum Genusse dieser Stiftung sind sechs alte, dürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Confessionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutszugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Documente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 15. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. December 1900.

3—3

3. 6357.

XIII.

Kundmachung.

(Johann Anton Eckhart'sche Stiftung.)

Der am 3. Juni 1856 verstorbene Herr Johann Anton Eckhart hat in seinem Testamente eine Stiftung für erwerbsunfähige Gewerksleute gegründet, nach welcher so viele Stiftplätze gebildet werden sollen, als das jeweilige Erträgnis des Stiftungscapitales 30 fl. C.-M. oder 63 K liefern wird, und hat zugleich bestimmt, daß die Vertheilung dieser Stiftplätze durch eine alljährlich im Monate März stattfindende Verlosung zu geschehen habe.

Zu diesem Stiftungsgenusse sind berufen: alle in Wien anfähigen, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen Gewerksleute, die ein handwerksmäßiges Gewerbe betreiben oder betrieben haben, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, ohne Unterschied der Religion, die mit keiner oder keiner höheren als 6 fr. C.-M. täglich betragenden Armenpfründe theilhaft sind.

Für das Jahr 1901 entfallen 26 Stiftplätze, jeder zu 63 K.

Diejenigen, welche sich um einen solchen Stiftplatz bewerben wollen, können sich, ohne Beibringung eines Gesuches und nur mit den nachfolgenden Ausweisen versehen, im Rathhause, im Armenstiftungs-Departement, vom 1. bis inclusive 16. Februar 1901, mit Ausnahme des Sonntages, von 10 bis 12 Uhr vormittags melden, wo diese Ausweise angenommen werden und jedem, der die Erfordernisse für diese Stiftung nachgewiesen hat, ein Los ausgefolgt wird.

Die beizubringenden Ausweise sind:

1. Der Ausweis über die Zuständigkeit nach Wien, der Tauf- oder Geburtschein, der polizeilich vidirte Meldzettel.
2. Meister haben das Gewerbeedict oder den Gewerbeschein, oder falls sie das Geschäft bereits zurückgelegt hätten, die

Bestätigung über die erfolgte Gewerbezurücklegung, Gesellen das Arbeitsbuch (Wanderbuch) oder den Lehrbrief, oder in Ermanglung dessen ein von der Genossenschaft ausgestelltes Zeugnis über die erfolgte Freisprechung beizubringen.

3. Ein legales, von der Armeninstituts-Vorstellung des Wohnortes bestätigtes Armutszugnis und ein armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Die Ziehung der Lose erfolgt am 8. März 1901 um 10 Uhr vormittags öffentlich im Rathhause, I. Stock, im Beratungszimmer des Gemeinderathes (Aufgang über Stiege 7), und es werden die gezogenen Nummern durch die „Wiener Zeitung“ und durch Anschlag am Rathhause und an den Gemeinbehäusern veröffentlicht werden, wonach vom 15. bis inclusive 30. März 1901 der Stiftungsbetrag gegen Beibringung des Originallooses an jeden Inhaber eines gezogenen Loses von der städtischen Hauptcassa ausbezahlt wird.

Die bis inclusive 30. März 1901 nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 21. December 1900.

1—3

3. 6211 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Mautner v. Markhof'sche Stiftung.)

Am 27. Juni 1901 gelangen die Zinsen der Mautner v. Markhof'schen Stiftung des Jahres 1900 im Betrage von 630 K an einen schullos verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Gewerbetreibende, welche schullos verarmt sind, insbesondere solche, die infolge länger andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Cur bedürftig sind, ihre Gewerbe in Wien ausüben, in Wien wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen. Die Verleihung steht dem Wiener Stadtrathe zu und ist eine wiederholte Verleihung an dieselbe Person zulässig.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, den Gewerbeschein und den Steuerbogen, den Heimatschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, endlich ein legales Armutszugnis, in welchem der Umstand, daß der Bittsteller schullos verarmt ist, bestätigt erscheint, beizulegen.

Jene Bittsteller, die sich auf ihre Krankheit berufen, haben auch ein armenärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem die Dauer der Krankheit angegeben und die Nothwendigkeit eines Curgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit rücksichtlich Arbeitskraft ausgesprochen ist.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. December 1900.

2—3

3. 4898.

XIII.

Kundmachung.

(Franz Pretschgo'sche Armenstiftung.)

Am 1. März 1901 gelangen die Interessen der Franz Pretschgo'schen Stiftung für Arme im ehemaligen Gemeindegebiete von Dornbach im Betrage von 350 K zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben notorisch dürftige, nach Wien zuständige Personen, welche im ehemaligen Gebiete von Dornbach ansässig sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- oder Geburtschein, den Heimatschein und ein legales Armutszugnis über ihre notorische Bedürftigkeit anzuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 10. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 13. November 1900.

3. 5028 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Georg Rittmann'sche Stiftung.)

Am 1. Februar 1901 gelangen die Interessen der Georg Rittmann'schen Stiftung im Betrage von 2210 K zur Vertheilung.

Anspruch auf eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben alle nach Wien zuständigen, im VI. oder VII. Gemeindebezirke durch mindestens ein Jahr wohnhaften, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alter oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen, selbständigen oder selbständig gewesenen Gewerbsleute (Meister) und deren Witwen, ohne Unterschied der Religion, welche mit keinem oder nur mit einem Institutengelde in dessen mindestem Betrage von 6 K pro Monat betheilt sind.

Bewerber können sich in der Zeit vom 2. bis inclusive 20. Jänner 1901 (ausschließlich der Sonntage) in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags, ohne Mitbringung eines Gesuches, unter Vorlage eines legalen Armutszugnisses, in welchem der Umstand, daß sie durch Unglücksfälle verarmt sind, bestätigt wird, eines armenärztlichen Zeugnisses, ferner des Zuständigkeitsausweises, des Tauf-(Geburts-)Scheines, des Steuerscheines, des polizeilichen Meldungszettels, eventuell des Todtenzettels des Gatten, des Gewerbezurücklegungs-Rathschlages, endlich des etwaigen Prüfenbüchels im Stiftungs-Departement des Magistrates einfinden und dabelbst ihre Bitte mündlich anbringen.

Auf eingebrachte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Wiener Magistrate,
am 7. November 1900.

3. 5199 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Max Springer'sche Stiftung.)

Am 13. April 1901 gelangen die Interessen der Max Springer'schen Stiftung aus dem Jahre 1900 im Betrage von 7050 K zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Angehörige der arbeitenden und dienenden Classe ohne Unterschied der Confession, welche in Wien oder dessen Vororten geboren oder dorthin zuständig sind und welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle arbeitsunfähig geworden sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen außer dem Nachweise, daß sie der dienenden oder arbeitenden Classe angehören oder angehört haben, den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein und die Tauf- respective Geburtscheine der Kinder, ferner ein legales Armutszugnis und ein armenärztliches Parere über ihre Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit, dann ihren Heimatschein beizubringen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. November 1900.



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen, Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coak-heizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegetthoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.

K. k. landespriv. Teppich- und Möbelstoff-Fabriken

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten
Centrale: **Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.**
P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser **Wiener Warenhaus I, Stock-im-Eisenplatz Nr. 6** auch äußerlich vollständig neu ausgestattet haben, und erlauben uns zu dessen Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:
Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Zur constanten Besorgung
aller im
Coursblatte
notierten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen!

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 4.

Freitag, den 11. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelne Exemplare à 20 Heller im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 18. Jänner 1901, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 16. Jänner 1901.

Donnerstag, den 17. Jänner 1901.

Freitag, den 18. Jänner 1901.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **27. December 1900.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Mauer,
Brauneis, Rissaweg,
Büsch, Schreiner,
Fiedler, Tomola,
Hipp, Dr. Wähner,
Hörmann, Weitmann,
Dr. Krenn, Wessely,
Dr. Mayreder, Bakla,
Oppenberger,
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Deutschmann, Schuh.

Beurlaubt: St.-R. Sebastian Grünbeck.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Künzl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mittheilung:

Die St.-R. Dr. Deutschmann und Schuh entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung. (Zur Kenntniss.)

(14873.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen der Gemeinde Gloggnitz um Abstandnahme von der anlässlich der Zustimmung zur Canalisation der Silberbergstraße in Gloggnitz gestellten Bedingung, betreffend die Lichtweite der Canäle, und beantragt, von der Bedingung, dass der 53.2 m lange Rohrcanal in der Silberbergstraße von Station 2768 m bis Station 6 auf 50 cm Lichtweite erweitert werde, Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(15019.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Bericht des Curatoriums für die Verwaltung des zur Errichtung und Erhaltung eines Josefine v. Königswarter'schen Kinderospitales bestimmten Capitals über seine Thätigkeit im Jahre 1900 und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14552.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Beschwerde des Gem.-Rathes Dr. Moriz Haas, betreffend die Abänderung der Bezeichnung der Todesursache, und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, darauf zu achten, dass die Todesursachen so, wie sie der Arzt angibt, auch mit möglichster Genauigkeit beibehalten werden.

(Angenommen.)

(15030.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der currenten Professionistenarbeiten und Lieferungen für das städtische Versorgungshaus in Mauerbach pro 1901 bis 1903, und beantragt, die Vergebung der Arbeiten an die vom Magistrat in Vorschlag gebrachten Offerten beziehungsweise Bestbieter zu genehmigen. (Angenommen.)

(15032.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Personierung der Karl Enzinger'schen Waisenstiftung für ein Mädchen des Ersten städtischen Waisenhauses im Jahre 1901 und beantragt, die im Jänner 1901 verfügbaren Interessen der Karl Enzinger'schen Stiftung per 33 K 60 h dem Zögling des Ersten städtischen Waisenhauses Hermine Grimme zu verleihen. (Angenommen.)

(15044.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Ablauf der Functionsdauer der Armenräthe, und beantragt, die Functionsdauer sowohl der Armenräthe wie der Functionäre der Armeninstitute sei bis zur Neuwahl auf Grund der neuen Vorschriften über die Armenpflege in Wien zu verlängern.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14875.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Expropriationsverhandlung wider Johanna Karwauz, betreffend die Enteignung der Cat.-Parc. 933, Einl.-Z. 595, behufs Erweiterung des Ober-Döblinger Friedhofes und beantragt:

I. Das gelegentlich der Enteignungsverhandlung vom 26. November 1900 von Karl Karwauz noc. seiner Gattin Johanna Karwauz vergleichsweise erklärte Offert auf Verkauf des der letzteren eigenthümlichen Grundes Cat.-Parc. 933, Grundb.-Einl.-Z. 595 in Ober-Döbling im beiläufigen Ausmaße von 4125 m² an die Gemeinde sei unter nachfolgenden Bedingungen anzunehmen:

1. Der Kaufpreis beträgt 15 K per Quadratlast = 4 K 16 h per Quadratmeter.

2. Der Grund wird frei von allen Lasten, Gebühren und Steuer rückständen, wie insbesondere von jedem Pachte, übergeben.

3. Der Grund ist vor Übergabe durch das Stadtbauamt in Gegenwart der Dfferentin zu vermessen.

4. Der Kaufschilling bestimmt sich nach dem Ergebnis dieser Naturalvermessung und ist ohne Aufschub nach erfolgter Übergabe des Grundes auszuzahlen.

5. Die Kosten der Plananfertigung, der grundbücherlichen Umschreibung, die Übertragungsgebühren, sowie die übrigen aus dem Kaufgeschäfte erwachsenden Kosten trägt die Gemeinde Wien.

II. Nachdem der Kaufschilling im Budget pro 1901 (Rubrik XXXIII 14) nicht bedeckt ist, wird zu dieser Rubrik ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses von circa 18.000 K unter Verweisung auf den Reservefond bewilligt. (Angenommen.)

(14872.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Matthias Danz um käufliche Überlassung der Parc. 658/2 und 658/3 Mitterberg in Baden um den Preis von 360 K und beantragt, das Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(14823.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Josef Jennewein, Pächters der Restauration im Türkenchampsparke, um Zustimmung zur Schließung der Restauration für die Wintermonate und beantragt die Besuchsgewährung. (Angenommen.)

(14549.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Actions-Comités der Wasserinteressenten am Schwarzastflusse um einen Beitrag zu den Kosten der Schwarzaregulierung und beantragt:

Es sei die principielle Geneigtheit auszusprechen, das Project der Schwarzaregulierung von Hirschwang bis Neunkirchen durch eine Subvention zu unterstützen. Die Gemeinde Wien behält sich vor, wegen des Subventionsbeitrages nach Vorlage des Projectes und der Kostenberechnung und nach Bekanntwerden der vom Staate und dem Lande zu leistenden Subvention mit dem Actions-Comité in Verhandlung zu treten; schon jetzt aber muß dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß die Gemeinde Wien als Hauptinteressentin an der Schwarzaregulierung bezeichnet und unter diesem Titel ihr die Hälfte der von allen Gemeinden und Wasserinteressenten zu leistenden Beiträge aufgelastet werde. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14827.) St.-R. Braun referiert über den Magistratsbericht, betreffend die erfolgte Vertheilung des im Jahre 1900 im Wiener Central-Friedhofe beim Beschneiden der Bäume und Sträucher ge-

wonnenen Abfallholzes an Friedhofsbedienstete, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(14826.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Anton Lupomesky um Bewilligung zum nachträglichen Erlage der Renovationsgebür für das am 19. Juni 1898 heimgefallene eigene Grab der am 17. Juni 1878 verstorbenen Anna Lupomesky am Wiener Central-Friedhofe und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

Der **Vorsitzende** bringt zur Kenntnis die Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 22. December 1900:

Reservefond	1,000.000 K — h
Effective Belastung	2,738.700 K 70 h
Belastung durch in Aussicht	
stehende, bereits ge-	
nehmigte, jedoch noch	
nicht effectuierte Aus-	
lagen	1,210.324 „ 02 „
	zusammen 3,949.024 „ 72 „

daher um 2,949.024 K 72 h

und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene

Auslagen bei den Bezirken I bis XX

à 1000 K zu reservierenden 20.000 „ — „

eigentlich um 2,969.000 K 72 h

überschritten.
Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesamtbetrage von 1,012.649 K 27 h in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(14831.) St.-R. Braun referiert über die Verbesserung der Beleuchtung des Überganges über die Aspangbahn im Zuge der Dampfmühlgasse, XI. Bezirk, und beantragt, die Versetzung des in der Dampfmühlgasse, Ecke der Straße „Am Canal“ befindlichen Condelaßers auf den mit A bezeichneten Punkt der vorliegenden Plan-skizze gemäß dem Magistrats-Antrage zu genehmigen. (Angenommen.)

(14988.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Paul Bauer um Verpachtung der der Gemeinde Wien gehörigen, derzeit an Franz Schipani um den jährlichen Pachtshilling von 260 K 32 h verpachteten Gartenparcette Nr. 1275/1, 25/3 in Simmering im Ausmaße von 1626° 5' 4" und beantragt die Genehmigung der Pachtübertragung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(14990.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Johann Mayer um Verlängerung des Pachtverhältnisses bezüglich der der Gemeinde Wien gehörigen Gartenparcetten Nr. 1293/5/VI Simmering im Ausmaße von 1600 □° und beantragt, die Garten-

parcette Nr. 1293/5/VI dem Gesuchsteller um den jährlichen Pachtzins von 256 K auf die Dauer von weiteren sechs Jahren gemäß dem Bezirksamts-Antrage zu verpachten. (Angenommen.)

(14989.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Johann Fuchs um Verpachtung der der Gemeinde Wien gehörigen Bau- beziehungsweise Gartenparcetten Nr. 783 per 122 m², 1272/4, I. Abtheilung per 2507 m² und 1272/6, I. Abtheilung per 3485 m² im Gesamtausmaße von 6114 m² und beantragt, die Verpachtung der genannten Parcetten an den Gesuchsteller um den jährlichen Pachtshilling von 244 K 56 h auf die Dauer von sechs Jahren gemäß dem Bezirksamts-Antrage zu genehmigen. (Angenommen.)

(14699.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Josef Heimel um Baubewilligung zur Erbauung eines Wohnhauses auf der Realität Parcellen (Garten) 1449, Einl.-Z. 333 Grundbuch Kaiser-Ebersdorf, an der Kaiser-Ebersdorferstraße, sowie am Kaiser-Ebersdorfer Friedhofswege, XI. Bezirk, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gemäß dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(14596.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Friedrich Wieszcjakowski um Bewilligung zum nachträglichen Erlage der Renovationsgebür für das heimgefallene eigene Grab des Andreas Koroschek am Wiener Central-Friedhofe und beantragt, den erfolgten nachträglichen Erlag der Gebür per 41 K 41 h gemäß dem Magistrats-Antrage zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14931.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Hermine Traunwieser um Bewilligung zum nachträglichen Erlage der Renovationsgebür für das am 19. December 1895 heimgefallene Grab der am 17. December 1876 verstorbenen Eleonore Nagel am Wiener Central-Friedhofe und beantragt, der Gesuchstellerin den nachträglichen Erlag der Renovationsgebür per 40 K gemäß dem Magistrats-Antrage zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14874.) St.-R. Braun referiert über die Note des k. k. Bezirksgerichtes Margarethen vom 28. September 1900, Z. 1107/5, betreffend die Graberhaltungswidmung der am 25. Juli 1900 verstorbenen Frau Johanna Wedl und beantragt, die testamentarische Widmung des Betrages von 200 K durch die am 25. Juli 1900 verstorbene Frau Johanna Wedl für die Erhaltung von zwei Gräbern mit Rücksicht auf das zur Erhaltung der Gräber nicht ausreichende Widmungscapital und den Umstand, daß die Gräber noch nicht auf Friedhofbestand erworben sind, gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen.

(Angenommen.)

(14939.) St.-R. Brauneiß referiert über die Herstellung eines neuen Pissoirs an Stelle des bestehenden hölzernen Wandpissoirs in der Felberstraße bei deren Einmündung in die Linzerstraße im XIV. Bezirke und beantragt, die Errichtung eines eisernen, vierständigen Wandpissoirs an Stelle des in der Felberstraße bei deren Einmündung in die Linzerstraße im XIV. Bezirke befindlichen, zu costierenden hölzernen Wandpissoirs um das einmalige Erfordernis von 2200 K für die Errichtung und um das jährliche Erfordernis von 600 K für die Instandhaltung, ferner die Übertragung der Errichtung und Instandhaltung dieses Pissoirs an Wilhelm Beeß auf Grund des diesfalls von ihm eingebrachten Angebotes, endlich die Umwandlung der vor dem Pissoir bestehenden öffentlichen halbnächtigen Gasglühlichtflamme in eine ganznächtige zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14993.) St.-R. Zaskka referiert über das Ansuchen der Wilhelmine Lang und Charlotte Melhardt um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Dr.-Nr. 170 Hütteldorferstraße im XIII. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 70.86 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 5 K per Quadratmeter, d. i. mit zusammen 354 K 30 h zu bestimmen.

(Angenommen.)

(14784.) St.-R. Zaskka referiert über die Festsetzung des Preistarifes pro 1901 für die Herstellung von Gaszuleitungen und beantragt, zu genehmigen, daß der Preistarif der englischen Gasgesellschaft auch den Berechnungen für das städtische Gaswerk zugrunde gelegt wird.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14994.) St.-R. Zaskka referiert über das Ansuchen des Franz Ritter v. Neumann um Bestimmung der Schadloshaltung für den

von der Realität Einl.-Z. 26 Grundbuch Hiezing, Dr.-Nr. 1/3 Auhofstraße, Dr.-Nr. 34 Hiezing Hauptstraße, XIII. Bezirk, zur Verbreiterung der Hiezing Hauptstraße, zum projectierten Plaze und zur Auhofstraße abzutretenden Grund im Ausmaße von circa 140 m², beziehungsweise 611 m², beziehungsweise 272 m² und beantragt, die Erhebung und Verhandlung über die Schadloshaltung gemäß § 12 der Wiener Bauordnung noch vor der Bauausführung auf Kosten der Partei zu bewilligen und die Giltigkeit der Schadloshaltungsbestimmung auf die Dauer von zwei Jahren einzuschränken.

(Angenommen.)

(14926.) St.-R. Zaskka referiert über den Fortbezug von Coaks aus den städtischen Gaswerken für städtische Heizwecke und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, auch in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1901 von den städtischen Gaswerken ein Quantum von 20.000 q Coaks für städtische Heizwecke unter den bisherigen, mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 18. October 1900, Z. 11495 und 11976, festgestellten Bedingungen zu beziehen.

(Angenommen.)

(14664.) St.-R. Zaskka referiert über die Kosten für die Räumung der Urrothsubjecte der städtischen Gaswerke und beantragt:

Die für die zweite monatliche Räumung des Ofenhauscanales und der Schlammfäcke im Ofenhaus der städtischen Gaswerke, XI. Bezirk, ersfallenden Kosten werden auf monatlich 24 K, d. i. 288 K pro Jahr festgesetzt. Es berechnet sich daher die jährliche Gesamträumungsgebür für die städtischen Gaswerke mit 1823 K 35 h, welcher Betrag vom 1. December 1900 an unter Lösung der bisherigen Jahresgebür von 1535 K 35 h bei der städtischen Hauptcassa vorzuschreiben und in halbjährig verfallenen Raten seitens der städtischen Gaswerke daselbst einzubezahlen ist.

(Angenommen.)

(14630.) St.-R. Zaskka referiert über das Ansuchen der Marie Sachs um Baubewilligung zur Erbauung einer Villa auf der Realität Cat.-Parc. 758/6, Einl.-Z. 610 Grundbuch Hütteldorf, an der Hüttelbergstraße, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. die Bauerleichterung rücksichtlich des projectierten Dachbodenzimmers zuzugestehen;
2. für das vorliegende Bauproject von der Einhaltung des Seitenabstandes von 5 m gegen wenigstens eine der Nachbargrenzen abzusehen und die beiderseitigen Seitenabstände von 3.20 m bis 4.12 m zu genehmigen;
3. die Baubewilligung zu bestätigen.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(15017.) St.-R. Zaskka referiert über das Ansuchen der Osterreichischen Gasbeleuchtungs-Actiengesellschaft um nachträgliche Genehmigung der Gasrohrlegung durch den Hochquellenleitungs-Aquäduct in der Langeasse in Liesing und beantragt, die erfolgte Legung eines 40 cm weiten Gasrohres unter dem 17. Aquäductbogen der Hochquellenleitung in Liesing gemäß dem Magistrats-Antrage nachträglich zu genehmigen, den Magistrat jedoch zu beauftragen, dahin zu wirken, daß derlei Ansuchen in Zukunft rechtzeitig vorgelegt werden.

(Angenommen.)

(15012.) St.-R. Weitmann referiert über die Zuschrift der Ersten österreichischen Sparcassa, betreffend die Erhöhung des Zinsfußes für die auf dem Hause Dr.-Nr. 77 Lerchenfelderstraße, VII. Bezirk, haftende Sappost im restlichen Betrage von 29.664 K 81 h, und beantragt, die von der Ersten österreichischen Sparcassa gewünschte Erklärung nicht abzugeben, sondern die Sappost im restlichen Betrage von 29.664 K 81 h noch vor dem 12. Jänner 1901 rückzuzahlen.

(Angenommen.)

(14633.) St.-R. **Weitmann** referiert über das Ansuchen des Franz Hiller um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause Dr.-Nr. 7/9 Westbahnstraße, VII. Bezirk, im III. Quartale 1899 vorgeschriebenen Gebür per 96 fl. 76 kr. und beantragt die Abschreibung der Gebür per 193 K 52 gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(14709.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des Johann und der Emilie Hushauer um Bewilligung zur Planauswechslung, betreffend den Bau eines Wohnhauses auf der Realität Einl.-Z. 3039 des III. Bezirkes, Dr.-Nr. 1 a Linke Bahngasse, III. Bezirk, und beantragt, die Bewilligung zur Planauswechslung unter der Bedingung zu bestätigen, daß für die Zustimmung der Gemeinde zur Erkeranlage ein Betrag von 210 K per Quadratmeter der Ausladefläche (per 6·26 m²), das ist ein Betrag von 1314 K 60 h vor Ausfertigung des Consenses zu den eigenen Geldern der Gemeinde erlegt wird. (Angenommen.)

(14043.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des M. Wotrubeck, Fleischselchers, um Baubewilligung zur Adaptierung der Realitäten Einl.-Z. 1986 und 2037 Grundbuch des III. Bezirkes im Erdbergermals (Dr.-Nr. 155 Erdbergstraße) behufs Unterbringung einer Fleischselcherei und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(13879.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des Bernhard Freiherrn v. Hauser um Baubewilligung zur Erbauung eines ebenerdigen Hoftractes auf der Realität Dr.-Nr. 90 Landstraße Hauptstraße, III. Bezirk, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(15035.) St.-R. **Hörmann** referiert über das neuerliche Ansuchen des C. Wagenführer um Ausfolgung der für die Lieferung von Pflastersteinen erlegten Caution, sowie um Bewilligung zur Lieferung von Steinmaterial auf Rechnung des für die Steinlieferung pro 1899 abgeschlossenen Vertrages und beantragt, das Ansuchen gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen. (Angenommen.)

(14943.) St.-R. **Hörmann** referiert über den Antrag des St.-R. Fiedler, sowie über die Petition von Geschäftsleuten wegen Herstellung eines Verkehrsweges über das Areal der Franz Josef-Kaserne von der Ringstraße zum Hauptpostamtgebäude und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(15026.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Stumpf um Bewilligung zur Erbauung von zwei Glashäusern, sowie von zwei Schuppen auf der Realität Einl.-Z. 2072 Grundbuch des III. Bezirkes, Erdbergermals, und beantragt, die zu erteilende Baubewilligung gemäß dem Magistrats-Antrage zu bestätigen. (Angenommen.)

(15027.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Stumpf um Baubewilligung für die Realität Einl.-Z. 1983 Grundbuch des III. Bezirkes, und beantragt, die Baubewilligung für das geplante Object zu bestätigen. (Angenommen.)

(Ad 14188.) St.-R. **Hörmann** referiert über die Anträge der Bezirksvertretungen der Bezirke V, VII, XIII, XVIII, betreffend die Vergebung der currenten Arbeiten an die im Bezirke wohnhaften Geschäftsleute, und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(14927.) St.-R. **Hörmann** referiert über Mehrkosten für die Umgestaltung der offenen Abortanlagen in den Kunz'schen Eftungshäusern, III., Rennweg 38, 40 und 42, Stanislausgasse 5/7,

und beantragt, die gegenüber dem veranschlagten Kostenfordernisse von 3500 K sich ergebenden Mehrkosten per 755 K 55 h zu genehmigen. (Angenommen.)

(14877.) St.-R. **Hörmann** referiert über das Ansuchen des Wilhelm Beez um Bewilligung zur Abtragung der nächst dem Stadtparke an der Kreuzung der Ringstraße mit der Wollzeile bestehenden Bedürfnisanstalt, sowie um Bewilligung zur Aufstellung einer neuen, ein Pissoir enthaltenden Bedürfnisanstalt daselbst und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(15011.) St.-R. **Dr. Mayreder** referiert über das Project eines Consortiums, sowie der k. und k. General-Direction der Allerhöchsten Privat- und Familienfonde für eine elektrische Kleinbahn vom Bahnhofe Hütteldorf-Hacking zum Wolfersbergwalde und beantragt:

Der k. und k. General-Direction der Allerhöchsten Privat- und Familienfonde, sowie dem Consortium für die Erbauung einer elektrischen Kleinbahn vom Bahnhofe Hütteldorf-Hacking auf den Wolfersberg ist bekanntzugeben, daß die Gemeinde Wien gegen die Ausführung dieses Projectes im Principe keine Einwendung erhebt, jedoch bedingt, daß die ursprüngliche Trace, entlang dem Halterbache, gewählt wird, daß die Concession von der Gemeinde Wien erworben und ein Bau- und Betriebsvertrag abgeschlossen wird, bezüglich dessen die Gemeinde Wien weiteren Vorschlägen entgegensteht.

(Angenommen; an den Gemeinderath)

(14134.) St.-R. **Dr. Mayreder** referiert über die Vorstellung eventuell den Recurs des Johann Österreicher, Realitätenbesitzer, wider das Bezirksamts-Decret vom 11. October 1900, Z. 17863, betreffend die Bestimmung der Baulinie für die Realität Einl.-Z. 856, Cat.-Parc. 667/37 an der Karl Ludwigstraße, XIX. Bezirk, und beantragt die Ablehnung des Ansuchens, beziehungsweise Belassung der bereits bestimmten Baulinie.

St.-R. **Tomola** beantragt:

1. Der mit Gemeinderaths-Beschluß vom 23. Juli 1897 genehmigte 28 m breite freie Platz an der Karl Ludwigstraße im XIX. Bezirke sei aufzulassen und seien die Baulinien für die verlängerte Hardtgasse, die Karl Ludwigstraße und die Lannerstraße unter Festhaltung der für diese Straßen bereits genehmigten Breiten von 19 m beziehungsweise 15·17 m nach den Linien a, b, c, d zu ergänzen.

2. Längs der Baulinie b, c sei analog wie im oberen Theile der Karl Ludwigstraße ein 5 m tiefer Vorgarten, längs der Baulinie c, d ein 4 m tiefer Vorgarten anzulegen.

3. Bezüglich der Verbauung bleiben die Beschlüsse des Gemeinderathes vom 23. Juli 1897 unverändert aufrecht. (Offene Bauweise, zwei Stock hoch.)

Es wird der Antrag des St.-R. **Tomola** angenommen. (An den Gemeinderath.)

(13699.) St.-R. **Dr. Mayreder** referiert über das Project des Architekten Arnold Loz für einen „Kaiser Franz Josef-Jubiläumspfad“ in Wien und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien spricht sich im Princip für die Durchführung des vom Architekten Arnold Loz vorgelegten Projectes eines Kaiserjubiläumspfad aus.

2. Dieselbe ist bereit, nach Sicherstellung der erforderlichen Geldmittel die Baulinien vorbehaltlich der Einzelheiten im Sinne des Projectes hinauszugeben.

3. Für Zwecke der Einlösungen nach dem vom Stadtbauamte erweiterten Projecte leistet die Gemeinde einen in zehn Jahresraten

zu je 700.000 K fälligen, unverzinsten Pauschalbeitrag von 2.000.000 K Die erste Rate wird fällig, sobald die materielle Sicherstellung des ganzen Projectes der Gemeinde bis längstens 1. März 1901 nachgewiesen erscheint.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15009.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Anerbieten des Michael Wanko, Ersteres der Demolierungsarbeiten für die Franz Josef-Kaserne, zur künstlichen Überlassung des Franz Josef-Thores und beantragt:

Das Offert Wanko auf 20.000 K wird angenommen und als Platz für die Wiederaufstellung der nächst der Marzergasse (Plan I) vorgeschlagene Platz genehmigt. Für die Wiederaufstellung wird ein Betrag von 83.000 K bewilligt; wegen Bedeckung dieser Kosten sind vom Magistrate eigene Vorschläge zu erstatten.

Es wird beschlossen, das vorliegende Offert mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten abzulehnen.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 28. December 1900.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Dr. Mayreder,
Brauneiß, Oppenberger,
Büsch, Rauer,
Dr. Deutschmann, Rissaweg,
Fiedler, Schreiner,
Gräf Ferdinand, Schuh,
Grünbeck Sebastian, Tomola,
Hipp, Dr. Wähner,
Hörmann, Weitmann,
Praba, Wessely.
Dr. Krenn,

Entschuldigt: St.-R. Zayka.

Experte: Gem.-Rath Dr. Reisch.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Hans Böttger.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(14923.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Gründungs-Comités des Spar- und Vorschuß-Consortiums für den XII. Bezirk und Umgebung um Überlassung eines Lehrzimmers der Knaben- und Mädchen-Bürgerschule XII., Hegendorferstraße 66, zu Consortialzwecken und beantragt die Abweisung des Ansuchens.

(Angenommen.)

(14929.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Adolf Franz um pachtweise Überlassung eines Theiles des Fuchsenfeldes im XII. Bezirke und beantragt, dem Genannten vom Februar-Termin 1901 an einen Theil des Fuchsenfeldes im XII. Bezirke im Ausmaße von 297·8⁰ oder 1071·4 m² um den Pachtzins von 357 K 36 h jährlich, d. i. um 1 K 20 h per Quadratlast und Jahr, auf unbestimmte Zeit gegen jederzeit mögliche vierteljährliche Kündigung zur Aufstellung seiner Fuhrwerkswägen unter den üblichen Bedingungen und gegen Erlag einer Caution in der Höhe des Halbjahrespachtzinses in Bestand zu geben.

(Angenommen.)

(14928.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Marie Königstorfer um pachtweise Überlassung eines Theiles der städtischen Cat.-Parc. 706/1 und 2, V. Bezirk, Johannagasse, behufs Errichtung eines Eislaufplatzes für die Wintermonate und eines Variété-Theaters in den Sommermonaten und beantragt:

Es sei der Marie Königstorfer ein Theil der städtischen Cat.-Parc. 706/1 und 2 im V. Bezirke längs der Johannagasse im Ausmaße von 2050 m² um den Jahrespachtzins von 1066 K, d. i. um 52 h per Quadratmeter und Jahr zu dem oberwähnten Zwecke vom 1. Februar 1901 an auf unbestimmte Zeit gegen jederzeit mögliche einmonatliche Kündigung und unter den sonst üblichen Bedingungen, weiters unter der besonderen Bedingung in Bestand zu geben, daß zur Sicherung des Pachtzinses und der Herstellung des früheren Zustandes nach Auflösung des Pachtverhältnisses ein Vierteljahreszins als Caution zu erlegen ist.

(Angenommen.)

(14703.) St.-R. Büsch referiert über die Vergebung der Lackierarbeiten zur Wiederherstellung der Schlauchtrommelwägen für die Straßenbespitzung und beantragt, diese Arbeiten dem Lackiermeister Josef Pils gegen Übernahme einer einjährigen Haftpflicht und Erlag einer Caution von 40 K zu übertragen. (Kosten 832 K.)

(Angenommen.)

(14991.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Josef Wallner um Löschung der für das Haus XII., Breitenfurterstraße 15, vorgeschriebenen Canal- und Senkgrubenräumungskosten für die Zeit vom 1. Jänner 1892 bis 31. August 1893, und zwar per 192 K 78 h pro 1892 und per 140 K 80 h für die Zeit vom 1. Jänner 1893 bis 31. August 1893 und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(14437.) St.-R. Büsch referiert über den Bericht des Bezirksamtes für den XII. Bezirk, betreffend die Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren für das Depot der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft, XII., Meidlinger Hauptstraße 30, pro I. und II. Quartal 1900, und beantragt, die Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebühren pro I. Quartal 1900 von 1201 K 18 h auf 750 K 74 h, pro II. Quartal 1900 von 1431 K 88 h auf 898 K 68 h, zusammen 1649 K 42 h (d. i. Berechnung des Wassers zum Preise von 9 K per Hektoliter und Jahr) zu bewilligen.

Für das III. Quartal 1900 wird die Abschreibung oder Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren im vorhinein abgelehnt.

(Angenommen.)

(15029.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Karl und der Josefine Keller um Baubewilligung für die Erbauung eines Wohnhauses auf den Realitäten Einl.-Z. 766 und 2200 V. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung unter folgenden Bedingungen zu bestätigen:

1. daß vor Ausfertigung des Bauconsenses seitens der Eigentümer der Realitäten Einl.-Z. 766 und 767 ein auf Kosten derselben auf den bezüglichen Realitäten grundbücherlich einzuverleibender Revers ausgestellt werde, wonach sich die Genannten verpflichten, im Falle eines Umbaues des Hauses Dr.-Nr. 24 beziehungsweise Nr. 26 Maxleinsdorferstraße den zur Verbreiterung der letzteren entfallenden Grund ihrer Realitäten unentgeltlich, gebühren- und lastenfrei in das Verzeichnis über öffentliches Gut zu übertragen und in den physischen Besitz der Gemeinde Wien im richtigen Niveau zu übergeben;

2. daß für die Zustimmung der Gemeinde zur Erkeranlage vor Ausfertigung des Consenses ein Betrag von 80 K per Quadratmeter der Ankladefläche von 5·70 m², somit zusammen 456 K zu den eigenen Geldern der Gemeinde Wien erlegt werden. (Angenommen.)

(14988.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Francisca Pifesch um grundbücherliche Löschung der auf der Realität Einl.-Z. 544 Hengendorf, XII. Bezirk, haftenden Reallast und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(15014.) St.-R. Büsch referiert über die Anregung der Vorsetzung des XII. Bezirkes auf Cassierung des öffentlichen Auslaufbrunnens Ecke der Meidlinger Hauptstraße und Zeeberggasse und beantragt, dieser Anregung dermalen keine Folge zu geben.

(Angenommen.)

(15025.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Karl Schweizer um Baubewilligung für die Herstellung eines Hofstrasses auf der Realität Dr.-Nr. 34 Johannagasse, V. Bezirk, und beantragt, die Baubewilligung gemäß dem Magistrats-Antrage zu bestätigen.

(Angenommen.)

(15139.) St.-R. Dr. Wähner und Genossen stellen folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Es seien dem Dichter Franz Keim anlässlich seines 60. Geburtstages die herzlichsten Glückwünsche des Stadtrathes auf telegraphischem Wege bekanntzugeben.

Es wird die Dringlichkeit einstimmig beschlossen und der Antrag in merito einstimmig angenommen.

(15020.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Adolf Hofbauer um Baubewilligung für die Erbauung eines Wohnhauses auf der Baustelle III, Einl.-Z. 1630 V. Bezirk, Einsiedlergasse, Ecke der Fendiggasse, und beantragt:

1. die Baubewilligung zu bestätigen;

2. den zur Anlage zweier Risalite von je 3-60 m Länge und 15 cm Vorsprung erforderlichen Grund im Ausmaße von 1-08 m² um den Einheitspreis von 80 K per Quadratmeter an den Gesuchsteller zu überlassen. (Angenommen.)

(15023.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Adolf Hofbauer um Baubewilligung für die Erbauung eines Wohnhauses auf der Baustelle I, Cat.-Parc. 732/1, Ecke der Embel- und Fendiggasse im V. Bezirke und beantragt:

1. die Baubewilligung zu bestätigen;

2. den zur Anlage zweier Risalite von 5-75 m beziehungsweise 5-60 m Länge und 15 cm Vorsprung erforderlichen Grund im Ausmaße von 1-70 m² um den Einheitspreis von 80 K per Quadratmeter an den Gesuchsteller zu überlassen. (Angenommen.)

(Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(14489.) St.-R. Schuß referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Reisch, betreffend die Ausschmückung der leeren Pfeilerfläche bei der Stadtbahnbrücke nächst der ehemaligen Rusendorferlinie, und beantragt die Ablehnung des vorliegenden Antrages.

Über Antrag des Bürgermeisters Dr. Lueger wird beschlossen, die Angelegenheit an den Magistrat mit der Weisung zurückzuleiten, darüber zu berichten, ob es sich nicht empfehlen würde, an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien mit dem Ersuchen heranzutreten, wegen zweckmäßiger Verkleidung dieser nackten Mauerfläche das Erforderliche zu veranlassen.

Bei der Berathung über diesen Gegenstand hat Gem.-Rath Dr. Reisch als Experte fungiert.

(13538.) Vice-Bürgermeister Dr. Kenmayer referiert über den Statthaltereierlass vom 3. Juli 1900, Z. 2669/Pr., betreffend die Abänderung des § 4 der Dienstpragmatik für die Gemeinde-Beamten und -Diener der Stadt Wien im Sinne des § 39

des Wiener Gemeindefstatutes vom 24. März 1900, L.-G.-Bl. Nr. 17, und beantragt:

Der § 4 der Dienstpragmatik für die Gemeinde-Beamten und -Diener der Stadt Wien hat wie folgt zu lauten:

§ 4.

Besondere Erfordernisse für die Anstellung.

Hier werden nur die Erfordernisse für die Erlangung der in der Rang- und Bezugsclassen-Eintheilung angeführten Dienststellen verzeichnet. Bezüglich der Erfordernisse für die Anstellung der übrigen Gemeindebediensteten gelten die von Fall zu Fall von dem Gemeinderathe festgesetzten Bestimmungen.

Die in diesem Paragraphen bezeichneten Studien und Prüfungen müssen an Lehranstalten der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder absolviert beziehungsweise abgelegt worden sein.

1. Für den Conceptsdienst.

Zur Anstellung als Concept-Aspirant ist der Nachweis über die vollständige Zurücklegung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien und über die mit gutem Erfolge abgelegten theoretischen Staatsprüfungen erforderlich.

Die Anstellung als Concept-Praktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollkommen befriedigender Probepraxis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status der rechtskundigen Beamten ist erforderlich, dass die Concept-Praktikanten in dieser Eigenschaft mindestens sechs Monate im Gemeinbedienste zugebracht und die praktische Prüfung für die politische Geschäftsführung mit günstigem Erfolge abgelegt haben.

Binnen drei Jahren vom Tage der Beeidigung als Concept-Praktikant hat der Angestellte die praktische Prüfung für die politische Geschäftsführung mit gutem Erfolge abzulegen, widrigenfalls er aus dem Conceptsdienste zu entlassen wäre.

2. Für den Stadtbauamtsdienst.

A. Für die technischen Beamten.

Zur Anstellung als Bau-Aspirant ist erforderlich, dass der Bewerber an der technischen Hochschule die Diplomprüfung oder die zweite Staatsprüfung aus einem der bestehenden vier Fächer (Ingenieurbaufach, Hochbaufach, Maschinenbaufach, chemisch-technisches Fach) mit gutem Erfolge abgelegt hat.

Die Anstellung als Bau-Praktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollkommen befriedigender Probepraxis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status der technischen Beamten ist erforderlich, dass die Bau-Praktikanten in dieser Eigenschaft mindestens sechs Monate im Gemeinbedienste zugebracht haben und entweder die Eignung zu einer besoldeten Anstellung im Staatsbaudienste erworben oder die dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 9. Jänner 1894, Z. 5, entsprechende praktische Prüfung für den Stadtbauamtsdienst mit gutem Erfolge abgelegt haben.

Binnen drei Jahren vom Tage des Eintrittes in den Gemeinbedienst hat der Angestellte die vorbezeichnete Prüfung mit gutem Erfolge abzulegen, widrigenfalls er aus dem Stadtbauamtsdienste zu entlassen ist.

B. Für das Personale des Beleuchtungs-, Beheizungs-, Wasserleitungs- und Bauaufsichtsdienstes.

Bewerber um eine Stelle im Beleuchtungs-, Beheizungs-, Wasserleitungs- und Bauaufsichtsdienste haben das Reifezeugnis einer Ober-

Realschule oder einer höheren Staatsgewerbeschule oder einer gleichwertigen Lehranstalt und den Nachweis über eine zweijährige praktische Verwendung in dem betreffenden Fache beizubringen.

Die Anstellung erfolgt auf ein Jahr provisorisch. Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

3. Für den ärztlichen Dienst.

Bewerber um die Stelle eines städtischen Arztes, sowie eines Arztes beziehungsweise Assistenten in den städtischen Versorgungsanstalten haben sich mit dem Diplome eines graduierten Doctors der gesammten Heilkunde und über eine mindestens zweijährige spitalärztliche Praxis nach Erlangung des Doctorgrades, die Bewerber um eine sonstige Stelle im Status des Stadtphysikates außerdem noch mit dem Zeugnisse über die mit gutem Erfolge abgelegte ärztliche Physikatsprüfung auszuweisen.

Die Anstellung erfolgt auf ein Jahr provisorisch.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

4. Für den Dienst in den städtischen Sammlungen (Bibliothek und Historisches Museum) und im Archiv.

Bewerber um eine der für die städtischen Sammlungen oder für das Archiv systemisierten Stellen haben den Nachweis über die Absolvierung der philosophischen oder juridischen Facultät beizubringen, oder ihre literarischen und bibliographischen, kunsthistorischen beziehungsweise archivariischen Kenntnisse durch die praktische Verwendung im Dienste öffentlicher Sammlungen beziehungsweise Archive nachzuweisen und überdies die hinreichende Kenntnis einer zweiten lebenden, insbesondere der französischen, englischen oder italienischen Sprache nachzuweisen.

Die Anstellung erfolgt auf die Dauer eines Jahres provisorisch.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

5. Für den Dienst in der Stadtbuchhaltung.

a) Für die Beamten der Stadtbuchhaltung

Zur Anstellung als Rechnungsaspirant ist die Beibringung des Zeugnisses eines öffentlichen Gymnasiums oder einer Ober-Realschule über die mit gutem Erfolge abgelegte Maturitätsprüfung erforderlich.

Das Magisterium der Pharmacie ist für den Fall, als die Aufnahme eines pharmaceutisch gebildeten Beamten oder Praktikanten nothwendig ist, den angeführten Studien gleichzuhalten.

Die Anstellung als Rechnungs-Praktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollständig befriedigender Probeprozis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status der Buchhaltungsbeamten ist erforderlich, daß die Bewerber mindestens ein Jahr als Rechnungs-Praktikanten in vollkommen befriedigender Weise im Gemeindedienste zugebracht und die Prüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft mit gutem Erfolge abgelegt haben.

b) Für die Beamten des Wasserbezugs-Revisorates.

Bewerber um eine der für das Wasserbezugs-Revisorat systemisierten Stellen haben den Nachweis über die zur Anstellung im Concretalstatus der Praktikanten erforderliche Vorbildung (vergl. Punkt 14) beizubringen und müssen sich der für die Aufnahme in diesen Status erforderlichen Prüfung mit gutem Erfolge unterzogen haben.

Die Anstellung erfolgt auf ein Jahr provisorisch.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

6. Für den Dienst in der Hauptcassa und im Steueramte.

Bewerber um eine der für die Hauptcassa und für das Steueramt systemisierten Beamtenstellen müssen zur diesfälligen Geschäftsführung nach den für Staatsbedienstete der bezüglichen Dienstzweige geltenden Vorschriften befähigt sein.

7. Für den Dienst im Marktamte.

Die dem Marktamte zugewiesenen Praktikanten haben im ersten Jahre ihrer Dienstleistung im Marktamte die Prüfungen: a) über Vieh- und Fleischbeschau, b) über die mikroskopische Fleischbeschau und c) über die Kenntnis der Nahrungs- und Genussmittel, sowie der Giftpflanzen und Pilze; im zweiten Jahre der Dienstleistung die Prüfungen: a) über chemische Technologie der Nahrungsmittel, b) über das Viehwesen mit gutem Erfolge abzulegen.

Die Marktamts-Accessisten, welche auf die Beförderung in die VII. Rangklasse Anspruch machen, müssen die praktische Prüfung über die Brot- und Mehlbeschau und die nach Inhalt des Magistrats-Decretes vom 2. September 1895, Z. 180121 ex 1893 (Nr. 19 der Beilage IX zum Amtsblatte der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Nr. 78), vorzunehmende Prüfung über die für den Marktamtsdienst jeweilig geltenden Normalien und Dienstesvorschriften mit gutem Erfolge abgelegt haben.

8. Für den Dienst im Veterinär-amte.

Für den Eintritt in den Dienst des Veterinär-amtes ist die Beibringung des an einer thierärztlichen Hochschule erlangten Diplomes eines Thierarztes erforderlich.

Die Anstellung als Veterinär-amts-Praktikant kann erst nach sechsmonatlicher, vollständig befriedigender Probeprozis erfolgen.

Zur Erlangung einer Anstellung in der niedersten Rangklasse im Status des Veterinär-amtes ist erforderlich, daß die Veterinär-amts-Praktikanten in dieser Eigenschaft mindestens sechs Monate im Dienste der Gemeinde zugebracht haben und die zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden mit Ministerial-Verordnung vom 21. März 1873, N.-G.-Bl. Nr. 37, vorgeschriebene thierärztliche Physikatsprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben.

Diese Prüfung ist von dem Angestellten binnen drei Jahren vom Tage des Eintrittes in den Gemeindedienst mit gutem Erfolge abzulegen, widrigensfalls er aus dem Gemeindedienste entlassen werden kann.

9. Für den Dienst im Conscripti-onsamte.

Bewerber um eine der für das Conscripti-onsamt systemisierten Beamtenstellen müssen die für die Erlangung dieser Stellen mit Magistrats-Decret vom 22. August 1887, M.-D.-Z. 324 (Magistratisches Ordnungsblatt, Jahrgang 1887, Seite 139) vorgeschriebene Fachprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben.

10. Für den Dienst in der Kanzlei.

Zur Erlangung einer der für den Status der Kanzlei systemisierten Beamtenstellen ist die Ablegung einer Fachprüfung nicht erforderlich.

11. Für den Dienst im Executionsamte.

Bewerber um eine der für das Executionsamt systemisirten Beamtenstellen müssen die Absolvierung der Bürgerschule oder von mindestens zwei Classen eines Gymnasiums, einer Realschule oder einer diesen gleichwertigen Lehranstalt nachweisen und sich einer Prüfung über Schön- und Schnellschreiben, Rechtschreibung, schriftlichen Gedankenausdruck und die Lösung einfacher Rechnungsaufgaben mit gutem Erfolge unterzogen haben.

Diese Prüfung entfällt, wenn ein Bewerber bei der Aufnahme in den Gemeindedienst eine Prüfung gleicher Art bereits abgelegt hat.

Die Anstellung erfolgt auf zwei Jahre provisorisch. Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war, und wenn der Angestellte die für das Executionsamt vorgeschriebene Fachprüfung mit gutem Erfolge abgelegt hat.

12. Für den Dienst in den Humanitätsanstalten.

Bewerber um eine der für die Versorgungsanstalten oder für das Asyl- und Werkhaus systemisirten Beamtenstellen müssen die Prüfung aus der Staatsrechnungswissenschaft und die vorgeschriebene Fachprüfung über den Verwaltungsdienst in den bezeichneten Anstalten mit gutem Erfolge abgelegt haben.

Die Bestimmungen über die Anstellung des ärztlichen Personales in den Versorgungsanstalten sind im § 4, Punkt 3, enthalten.

13. Für den Dienst der Verwaltung des Central-Friedhofes.

Zum Eintritte in den Dienst der Verwaltung des Central-Friedhofes sind von den Bewerbern die für die Aufnahme in den Kanzleidienst vorgeschriebenen Erfordernisse nachzuweisen.

Bei Besetzung einer Controlorstelle in der V. Rangklasse ist auf Bewerber, welche eine technische Vorbildung besitzen, besonders Rücksicht zu nehmen.

Zur Erlangung der Stelle des Verwalters des Central-Friedhofes ist die Absolvierung einer technischen Hochschule erforderlich.

Die Besetzung der Stellen erfolgt auf zwei Jahre provisorisch, wobei die bereits im Gemeindedienste zugebrachte Dienstzeit einzurechnen ist.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

14. Für die Anstellung im Concretalstatus der Praktikanten.

Sämmtliche Praktikanten der Hauptcassa, des Steueramtes, des Marktamtes, des Conscriptiionsamtes und der Kanzlei bilden einen Concretalstatus, aus welchem der Bedarf an Praktikanten in dem für die bezeichneten Ämter systemisirten Ausmaße gedeckt wird.

Bewerber um eine Praktikantenstelle müssen eine sechsmonatliche, vollkommen befriedigende Probeprozess als Aspiranten zurückgelegt haben. Praktikanten, welche sich um eine Anstellung in der niedersten Rangklasse eines der oben bezeichneten Ämter bewerben, müssen mindestens zwei Jahre als Praktikanten im Dienste der Gemeinde zugebracht haben.

Zur Aufnahme als Aspirant ist erforderlich, daß der Bewerber entweder das Untergymnasium, die Unterrealschule oder eine Lehranstalt, mit deren Absolvierung das Recht zum einjährigen Präsenzdienste verbunden ist, vollständig und mit gutem Erfolge absolviert hat, oder den Auszug aus den Classificationlisten über die abgelegte

Prüfung zum Berufscadetten oder das Zeugnis der Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwilligen-Aspiranten über die mit gutem Erfolge abgelegte Prüfung beibringt.

Außerdem müssen sich die Bewerber einer Aufnahmeprüfung über Schön- und Schnellschreiben, Rechtschreibung, schriftlichen Gedankenausdruck und die Lösung von Rechnungsaufgaben, welche dem Lehrziele eines Untergymnasiums oder einer Unterrealschule entsprechen, mit gutem Erfolge unterzogen haben.

Bei der Besetzung von Aspirantenstellen ist auf die bereits im Dienste der Gemeinde stehenden Diurnisten und Kanzlisten, welche die erforderliche Vorbildung besitzen, sowie auf Bewerber, welche der Stenographie kundig sind, besonders Rücksicht zu nehmen.

15. Für den Dienst der städtischen Feuerwehr.

Bewerber um eine der für die städtische Feuerwehr systemisirten Beamtenstellen haben nachzuweisen, daß sie entweder die zu einer besoldeten Anstellung im Staatsbaudienste vorgeschriebene Eignung besitzen, oder an einer technischen Hochschule die Prüfungen aus einem der bestehenden vier Fächer (Ingenieurbaufach, Hochbaufach, Maschinenbaufach, chemisch-technisches Fach) mit gutem Erfolge abgelegt oder in einer technischen Truppe als Officiere gedient haben.

Die Anstellung erfolgt auf die Dauer eines Jahres provisorisch, wobei die bereits im Gemeindedienste zugebrachte Dienstzeit einzurechnen ist.

Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.

Die physische Eignung zum Feuerwehrdienste ist durch ein Zeugnis des Stadtphysikates auch von jenen Bewerbern nachzuweisen, welche bereits im Gemeindedienste stehen.

16. Erfordernisse zur Erlangung einer der in der Bezugsclassen-Eintheilung angeführten Dienststellen.

Bewerber um eine der in der Bezugsclassen-Eintheilung angeführten Dienststellen müssen durch eine vor dem Director des Expedites abzulegende Prüfung eine ausreichende Fertigkeit im Lesen und Schreiben erweisen und von kräftiger und gesunder Körperbeschaffenheit sein.

Für die nachbezeichneten Dienststellen sind außerdem folgende Erfordernisse nachzuweisen:

- a) Bewerber um die Stelle eines Zeugwartes für das Historische Museum müssen das Schlosser-, Büchsenmacher-, Mechaniker- oder Schwertfegergewerbe erlernt haben und die Kenntniss der Behandlung von Waffen nachweisen.
- b) Bewerber um die Stelle eines Markthallendieneres haben sich beim Director des Marktamtes einer Prüfung über ihre Fertigkeit im Schreiben und Rechnen zu unterziehen, ferner ihre Befähigung zum Wagdienste durch die Ablegung der Wagmeisterprüfung (Ministerial-Verordnung vom 12. October 1876, N. G. Bl. Nr. 126) nachzuweisen. Die Anstellung erfolgt auf die Dauer von fünf Jahren provisorisch. Die definitive Anstellung kann nur dann erfolgen, wenn die provisorische Dienstleistung eine vollkommen befriedigende war.
- c) Bewerber um die Stelle eines Schlachtbrückenaussseheres müssen das Fleischergewerbe erlernt und die Prüfung über Vieh- und Fleischbeschau, sowie die Wagmeisterprüfung mit gutem Erfolge abgelegt haben.

- d) Bewerber um die Stelle eines Hausaufsehers in den Schlachthäusern müssen das Maurergewerbe erlernt haben.
 e) Bewerber um die Stelle eines Nachtwächters in den Schlachthäusern müssen das Fleischgewerbe erlernt haben.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(13647.) Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über die Personalermehrung im Conscriptionsamte und beantragt:

1. Es sei der Status der städtischen Praktikanten um 18 Stellen zu vermehren und seien die infolgedessen aufzunehmenden Praktikanten dem Conscriptionsamte zur Bewältigung der vom Jahre 1901 an infolge der Heimatsgesetznovelle vom 5. December 1896, N. G. Bl. Nr. 22, zu gewärtigenden Mehrarbeiten zuzuweisen.

Diese 18 Praktikanten seien nach Bedarf successive aufzunehmen.

2. Diese Stellen seien erst nach Ermittlung des wirklichen Bedarfes, also nach Ablauf von circa drei Jahren auf die benötigten Beamtenstellen aufzutheilen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(12585.) Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über die Befetzung einer Accessistenstelle im Status des städtischen Steueramtes und beantragt, zum städtischen Steueramts-Accessisten in der VIII. Rangklasse den Kanzlei-Accessisten Anton P an e s ch zu befördern.

(Angenommen; 17 Anwesende.)

(14815.) St.-R. Dr. Deuschmann referiert über das Ansuchen des Josef v. Baechle um Ausstellung einer Freilassungserklärung bezüglich der auf dem Hause I., Wipplingerstraße 20, zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Reallast und beantragt die Ausstellung der Freilassungserklärung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(15091.) St.-R. Dr. Arenn referiert über die Dienstresignation des provisorischen städtischen Arztes Dr. Armin Langer und Bestellung eines Supplenten für denselben und beantragt:

1. Die Dienstresignation des provisorischen städtischen Arztes Dr. Armin Langer vom 1. Jänner 1901 ab wird im Sinne des § 115 der Dienstpragmatik mit den Rechtsfolgen des § 118 der Dienstpragmatik angenommen.

2. Als Supplent für denselben wird vom 1. Jänner 1901 ab Dr. Friedrich Steuer unter den in dem vorliegenden Protokolle vom 25. December 1900, Z. 130901, aufgestellten Bedingungen gegen ein monatliches, in im nachhinein fälligen Raten zahlbares Honorar von 150 K bestellt.

(Angenommen.)

(12004.) Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über die Befetzung von Accessistenstellen (VIII. Rangklasse) im Status der Kanzlei und beantragt, zu Accessisten zu ernennen: die Praktikanten Otto Malsch, Karl Mällner, Ignaz Hütner, Eduard Grohmann und August Koppits.

Weiters wird dem Magistrate der Erlass vom 6. Februar 1900, Z. 1389, in Erinnerung gebracht, wonach die Beamten in dem Ressort, für welches sie ernannt werden, den Dienst zu leisten haben.

(Angenommen; 17 Anwesende.)

(13603.) Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer referiert über die Befetzung von Adjunctenstellen im Status des Stadtbauamtes und beantragt, zu städtischen Bauamts-Adjuncten zu ernennen die städtischen Bauamts-Praktikanten Edmund Göbl, Max Ast und Friedrich Siegmann unter Ertheilung der Nachsicht der im § 9, Abs. 3 der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten (Gemeinderaths-Beschluß vom 19. Juli 1898, Z. 4642) vorgeschriebenen Wartezeit von sechs Monaten.

(Angenommen; an den Gemeinderath; 17 Anwesende.)

(14922.) St.-R. Oppenberger referiert über die Note der k. k. Dicasterialgebäude-Direction vom 9. Juni 1899, Z. 4738, betreffend die Wasserbemessung für das ararische Gebäude IX., Waisenhausgasse 18, und beantragt:

1. Das Ansuchen der k. k. Dicasterialgebäude-Direction in Wien, bei Bemessung des Normalwassers für das Haus IX., Waisenhausgasse 18 (Polizei-Commissariat Alsergrund und Sicherheitswachkaserne) in die Zahl der ständigen Einwohner auch die Wachstubenmannschaft, das Journaldienst- und Bereitschaftsdienstpersonal einzubeziehen, wird abgewiesen, da diese Personen keine Einwohner sind.

2. Dagegen wird dem weiteren Ansuchen, den Arrestatendurchschnitt von zehn Personen bei Berechnung des Normalwassers in die Zahl der ständigen Einwohner einzurechnen, stattgegeben.

(Angenommen.)

(15024.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Firma A. Hermann Frankl & Söhne um Grundab- und Zuschreibung bezüglich der Realitäten Einl.-Z. 1616 und 1253, II. Bezirk, und beantragt, die politische Bewilligung unter den vom Magistrat aufgestellten Bedingungen zu erteilen, von der Realität Einl.-Z. 1616 des II. Bezirkes, Cat.-Parc. 687/12, die gelb angelegt, mit a b f e (a) umschriebene Grundfläche abzutrennen, das mit a b c d a) umschriebene, provisorisch mit 687/15 bezeichnete Trennstück der anstoßenden Realität Einl.-Z. 1253 des II. Bezirkes, Cat.-Parc. 687/8, zuzuschreiben, für das mit d o f c (d) umschriebene, provisorisch mit 687/16 bezeichnete Trennstück jedoch eine eigene Einlage zu eröffnen.

(Angenommen.)

(15090.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Rudolf Chalupner um Bewilligung zur Eisgewinnung im oberen städtischen Bade und beantragt, dem Genannten die Eisgewinnung unter den gleichen Bedingungen (1 K per Fuhre Eis und Erlag einer Caution von 100 K) zu gestatten, wie dieselbe mit Stadtraths-Beschluß vom 5. Jänner 1900, Z. 49 dem Karl Manosch bewilligt wurde.

(Angenommen.)

(14997.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Wiener Bau-Gesellschaft um grundbücherliche Löschung der Realitäten Einl.-Z. 1597 und 4932 bis 4934 im II. Bezirke (Leopoldstadt) haftenden Reallasten und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(14697.) St.-R. Oppenberger referiert über die Zuschrift des k. k. Handelsministeriums, betreffend die Abschreibung der für die Weltausstellungsgebäude pro 1899 und 1900 vorgeschriebenen Gemeindevormlagen, und beantragt, die für das Rotundenviereck vorgeschriebenen städtischen Zuschläge sammt Zins- und Schulkreuzern pro 1899 per 3288 K 28 h, den Militäreinquantierungsbeitrag pro 1899 per 23 K 48 h, ferner den Communalbeitrag sammt Zins- und Schulkreuzern pro 1900 per 3288 K 28 h und den Militäreinquantierungsbeitrag pro 1900 per 23 K 48 h, zusammen 6623 K 52 h zur Abschreibung zu bringen.

(Angenommen.)

(14705.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Ersten österreichischen Actiengesellschaft für Lagerhäuser um Abgabe des Trinkwassers für die neu erbauten Magazine durch Abzweigung von der neuen Hydrantenleitung anstatt der Herstellung einer eigenen Abzweigung und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(14704.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Gemeinde Ragran um Abgabe von Hochquellenwasser und beantragt, dieses Ansuchen abzuweisen, zugleich aber den Magistrat zu

ermächtigen, mit dieser Gemeinde wegen Abgabe von Wasser aus der zweiten Hochquellenleitung in Verhandlung zu treten.

(Angenommen.)

(14663.) St.-R. Oppenberger referiert über das Project für den Neubau eines Hauptunrathcanales in der Haasgasse im II. Bezirke und beantragt, das vorliegende Project mit dem bedeckten Kostenverfordernisse per 5974 K 59 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14541.) St.-R. Oppenberger referiert über den Recurs der Agnes Ehlop gegen die ablehnliche Erledigung ihres Ansuchens um Bewilligung zur Aufstellung eines Kräuterverkaufsstandes vor dem Hause Dr.-Nr. 3 Innstraße, II. Bezirk, und beantragt die Abweisung des Recurses.

(Angenommen.)

(15097.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Gewährung von Remunerationen für die Mitarbeiter am Statistischen Jahrbuche pro 1898 und beantragt, den Beamten, Diurnisten und Dienern des statistischen Magistrats-Departements Remunerationen im Gesamtbetrage von 2360 K zu gewähren und zur Bedeckung des präliminarmäßig nicht vorgesehenen Betrages per 960 K einen Zuschusscredit zur Ausgabe-Nubrik III 14 c in dieser Höhe pro 1899 zu bewilligen.

(Angenommen; puncto Zuschusscredit an den Gemeinderath.)

(15010.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Zuschrift der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vom 18. December 1900, Nr. 8334/12201, betreffend die Ankündigungen an den Verglasungen der Lüftungsklappen der städtischen Straßenbahnwagen, und beantragt, den Magistrat anzuweisen, diese Angelegenheit in Evidenz zu halten.

St.-R. Fiedler beantragt, an dem zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 21. November 1900, Z. 12870, zum Ausdrucke gebrachten Standpunkte festzuhalten.

Antrag Fiedler angenommen.

(14618.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen des Industriellen-Ballcomités, sowie der Firma Nagel, Hanusch & Comp. um leihweise Überlassung der in den städtischen Sammlungen befindlichen vier Bilder: Dianasaal, Redoutensaal, Sophiensäle und Musikvereinsäle zur Reproduction behufs Anfertigung der Damenpende für den Industriellen-Ball 1901 und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Antrage der Direction der städtischen Sammlungen.

(Angenommen.)

(14590.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Beistellung von Tramwaykarten an städtische Bedienstete pro 1901, und beantragt, um eine Karte für die zur Creierung gelangende Stelle eines Assistenten zur Überwachung der Einhaltung des Bau- und Betriebsvertrages seitens der Gesellschaft zu erübrigen, für die Diener der Zustellungs-Abtheilung des Magistrates anstatt wie im laufenden Jahre sechs, vom Jahre 1901 ab bis auf weiteres nur fünf solche Karten auszufolgen.

(Angenommen.)

(14466.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen des Präsidiums des Comités der Centenarfeier für Domenico Cimaro um leihweise Überlassung mehrerer Objecte aus den städtischen Sammlungen behufs Veranstaltung einer Ausstellung und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Antrage der Direction der städtischen Sammlungen.

(Angenommen.)

(14369.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Zuschrift der k. k. statistischen Central-Commission vom 25. Juni 1900,

Z. 7513, betreffend die Bornahme statistischer Erhebungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Wiener Schulkinder, und beantragt die Kenntnisknahme.

(Angenommen.)

(14924.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Verwendung der aus dem Francisca Seis'schen Legate verfügbaren Interessen per 1604 K 40 h und beantragt, von diesen Interessen den Betrag von 800 K an die im Magistratsberichte namhaft gemachten Zöglinge des I., II., III. und IV. städtischen Waisenhauses zu vertheilen und den Restbetrag per 804 K 40 h den currenten Einnahmen des allgemeinen Versorgungsfondes zuzuführen.

(Angenommen.)

(14204.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Bericht der Direction der städtischen Sammlungen, betreffend die Erwerbung des von der ehemaligen Johanneskapelle auf der Hohen Brücke herstammenden Eisengitters, und beantragt, den Director der städtischen Sammlungen zu ermächtigen, mit dem derzeitigen Eigentümer dieses Gitters wegen Verkaufes zu unterhandeln und ein Anbot von 300 K zu stellen.

(Angenommen.)

(9678, 13904.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen der k. k. Central-Commission für kunst- und historische Denkmale um Restaurierung des im Hiesinger Friedhose befindlichen Grabdenkmales der Freiin v. Pillerseck und beantragt, die Restaurierung dieses Grabdenkmales auf Kosten der Gemeinde im Sinne des Bauamtsberichtes zu genehmigen und hiesfür den Betrag von 1240 K zu bewilligen.

An die noch lebenden Mitglieder der Familie v. Pillerseck sei die Einladung zu richten, diese Kosten zu decken oder doch wenigstens einen Beitrag zu leisten.

(Angenommen.)

(12431.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Ausweise der k. k. Polizei-Direction über die in den Monaten Juli, August und September 1900 wegen Übertretung des Überfüllungsverbotes für die Straßenbahn-, Tramway- und Stellwagen verhängten Strafen und beantragt die Kenntnisknahme.

(Angenommen.)

(11930.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Note der n.-ö. Landes-Brandschaden-Versicherungsaustalt vom 6. Juli 1900, Z. 11547, betreffend den der Gemeinde satzungsgemäß zukommenden Antheil an dem Gebahrungüberschusse für das Verwaltungsjahr 1899 im Betrage von 6244 K 82 h, und beantragt die Kenntnisknahme.

(Angenommen.)

(11510.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen der Pfarre Pichtenthal um Ankauf von mehreren Bildern für die städtischen Sammlungen und beantragt, die angebotenen Bilder um den Gesamtbetrag von 200 K für die städtischen Sammlungen anzukaufen.

(Angenommen.)

(11139.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen des Professors Ladislaus Toldy, Vorstand des Archivs der k. Reichshaupt- und Residenzstadt Ofen-Pest, um tauschweise Überlassung eines Exemplares des von dem städtischen Archiv herausgegebenen Verzeichnisses der Original-Urkunden und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(11138.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Bericht des städtischen Ober-Archivars, betreffend den Ankauf mehrerer Urkunden, und beantragt die Genehmigung des Ankaufes dieser Urkunden um den Gesamtbetrag von 76 K.

(Angenommen.)

(11061.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Anbot des Heinrich Eder auf Verkauf seines Patentes auf eine Neuerung in der Stromzuführung für Accumulatorenbetrieb an die Gemeinde und beantragt, diese Angelegenheit einem von der Bau- und Betriebs-

Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien unabhängigen Sachverständigen, eventuell einem Mitgliede der Expertise zur Begutachtung namentlich in der Richtung vorzulegen, ob nicht die Aufenthaltszeit in den Haltestellen für die Ladung zu kurz sein würde.

St.-R. Wessely beantragt, auch den Gem.-Rath Moessen um eine gutachtliche Äußerung in dieser Angelegenheit zu ersuchen.

Referenten-Antrag mit dem Zusätze Wessely angenommen.

(10755.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Mayreder wegen Vermeidung von unnötigen Stempelauslagen für Bauwerber, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(10312.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Bericht der Direction der städtischen Sammlungen, betreffend die Vorschläge des H. G. Ströhl wegen Änderung der Fahne der Stadt Wien, und beantragt, zur Verathung dieser Frage ein dreigliedriges stadträthliches Comité mit dem Auftrage einzusetzen, hierüber H. G. Ströhl, Gaston Graf Pöttich v. Pettenegg und andere Sachverständige einzuvernehmen. (Angenommen.)

Es werden in das Comité gewählt: die St.-R. Dr. Wähner, Dr. Krenn und Graba.

(10308.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Stangelberger und Genossen auf Verlegung der Haltestelle „Langegasse“ der städtischen Straßenbahnlinie „Josefstädterstraße“ zur Pirastengasse, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(9897.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Verwendung von Schreibmaschinen in den städtischen Kanzleien, und beantragt:

1. Der Magistrat wird angewiesen, im Laufe des Jahres 1901 das gesammte Mundierungsverfahren der belangreicheren städtischen Ämter auf Maschinenschrift umzugestalten.

2. Zum Zwecke der Beschaffung der erforderlichen Schreibmaschinen ist eine allgemeine öffentliche Concurrenz auszuschreiben und sind die Bedingungen derselben ehestens dem Stadtrathe zur Genehmigung vorzulegen.

3. Nach Ablauf des Jahres 1901 ist über den Erfolg der Reform an den Stadtrath Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(9588.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen des Vorstandes der österreichischen Gruppe für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte um Unterstützung seiner Bestrebungen durch die Gemeinde Wien und beantragt die Anschaffung der „Beiträge zur österreichischen Erziehungs- und Schulgeschichte“ für die 14 Bezirkslehrerbibliotheken aus den bezüglichen Jahresdotationen per je 400 K jährlich zu genehmigen. (Angenommen.)

(9211.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Anzeige des Orgelbaumeisters Josef Ullmann von der Reparaturbedürftigkeit der Orgel in der Pfarrkirche zu Simmering und um Übertragung der Reparatur derselben auf Kosten der Gemeinde und beantragt, dieses Ansuchen mit Rücksicht auf die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. März 1899, Z. 1570, abzulehnen.

(Angenommen.)

(5751.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Bericht der Magistrats-Direction, betreffend die Versicherung der zweiten Quartiergeldhälften der städtischen Beamten, und beantragt, diese Angelegenheit mit Rücksicht auf den Stadtraths-Beschluss vom 21. December 1900, Z. 5751 und 6869, als gegenstandslos anzusehen.

(Angenommen.)

(8702 und 4714 ex 1898, 7930 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Oberzeller auf Anschaffung von Abzeichen für die Functionäre und Bediensteten der Gemeinde Wien, sowie über den Antrag des Gem.-Rathes Schedifka und der Vorsteherung des XV. Bezirkes, denselben Gegenstand betreffend, und beantragt die Ablehnung dieser Anträge. (Angenommen.)

(15099.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Pächters des städtischen Cursalons, Julius Behr, um Bewilligung zur Verabreichung warmer Speisen bei den am 3., 5., 12., 19. und 26. Jänner 1901 daselbst stattfindenden Festlichkeiten und beantragt die Gefuchsgewährung. (Angenommen.)

(14942.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Besetzung der beim städtischen Fuhrwerksbetriebe für Straßenpflege erledigten Unterschafferstelle, und beantragt, behufs Besetzung dieser Stelle einen allgemeinen Concurs in der für solche Stellen üblichen Weise auszuschreiben. (Angenommen.)

(14575.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen des Anton Ludescher um pachtweise Überlassung der städtischen Gasthausrealität XIII., Speisfingerstraße 51, sammt der darauf befindlichen Schankgerechtigkeit und beantragt, die Verpachtung dieser Realität sammt Schankgerechtigkeit auf die Dauer von sechs Jahren, d. i. vom 1. November 1900 bis 31. October 1906 an den Genannten um den Jahrespachtzins von 1820 K gemäß dem Bezirksamts-Antrage zu genehmigen. (Angenommen.)

(15098.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen der Pächter des städtischen Baumgartener Bades, Karl Brustmann und Alois Huber, um Abgabe von Wasser für das erwähnte Bad während der Winterszeit und beantragt, die Wasserabgabe an das Baumgartener Bad während des Winters zum Zwecke der besseren Erhaltung der Badebassin, jedoch mit Ausschluss der regelmäßigen Eisgewinnung zu Consumzwecken unter der Bedingung zu gestatten, dass die Pächter den durch den längeren Betrieb des Gasmotors sich ergebenden Mehrconsum an Gas der Gemeinde rückvergüten.

(Angenommen.)

Bürgermeister Dr. Lueger dankt den Mitgliedern des Stadtrathes für ihre hingebungsvolle Thätigkeit im abgelaufenen Jahre und beglückwünscht dieselben anlässlich der Jahrhundertwende.

(Schluss der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(III. Gemeindebezirk, Landstraße.)

Protokoll

der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 19. December 1900.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Paul Spitaler.

Einläufe.

(9148.) Dem Antrag der Bezirksvertretung des XIII. Bezirkes, den Stadtrath zu ersuchen, bei Vergebung von currenten Arbeiten nur Geschäftsleute des Bezirkes zu berücksichtigen, wird mit dem Zusatz-Antrage beigetreten, dass die Geschäftsleute des Bezirkes nach Thunlichkeit berücksichtigt werden.

(12219.) Antrag der Bezirksvorstehung Hernals auf Abstellung eines herrschenden Unfuges bei Verführung von Kohle in plombierten Säcken.

Wird zugestimmt.

(12336.) Zuschrift des Magistrates über die Bezeichnung neuer Gassen.

Es wird beschlossen, die Lustgasse aufzulassen und die Verlängerungen mit „Hainburgerstraße“ und „Rübengasse“ zu benennen.

Die Benennung des Straßenzuges vor dem Hauptzollamts-Bahnhose der Stadtbahn wird in suspenso gelassen.

Hierauf werden Zuschriften mehrerer Bezirksvorstehungen verlesen, welche die Mittheilung über die Abhaltung der Armen- respective Bürgerbälle enthalten.

Bei der Zuschrift des V. Bezirkes macht der **Bezirksvorsteher** die Bemerkung, daß in diesem Bezirke merkwürdigerweise der Armenball bereits wiederholt für denselben Tag anberaumt wird, wie im III. Bezirke, wodurch es dem Bürgermeister, respective den Vize-Bürgermeistern unmöglich wird, beide dieser Bälle zu besuchen.

Dies wird von der Bezirksvertretung mit Bedauern zur Kenntnis genommen.

Anträge.

B.-B. Höllthaler stellt den Antrag, an den Stadtrath das Ersuchen zu richten, die Straßen, in welchen die elektrische Tramway verkehrt, mittels Hydranten im Sommer besprühen zu lassen.

Angenommen.

Derselbe theilt mit, daß das Hochquellenwasser in den Häusern Hauptstraße 51, 53 und Erdbergstraße 1 und 3 schlecht sei, und ersucht den Bezirksvorsteher, die Anzeige wegen Abhilfe zu erstatten.

Wird zugesagt.

B.-B. Antscherl stellt den Antrag, daß der 5 kr.-Tarif auf der Strecke der Erdberger Wagen aufrecht erhalten werde; ferner daß die Wagen von St. Marx nach beiden Richtungen über den Ring verkehren und daß der Pendelverkehr eingestellt werde.

B.-B. Pabst stellt den Zusatz-Antrag, daß jene Wagen, welche über den Ring zum Rennweg verkehren, auch die Bezeichnung „Rennweg“ erhalten.

Beide Anträge angenommen.

Mittheilungen.

Zum Schlusse der Sitzung erstattet der **Bezirksvorsteher** in längerer Rede einen Bericht über die Thätigkeit der Bezirksvertretung im abgelaufenen Jahre, führt aus, was alles für den Bezirk geschaffen wurde, was unterblieb, dankt den Mitgliedern der Bezirksvertretung für ihre Thätigkeit und die Unterstützung und wünscht allen frohe Weihnachten und ein glückliches Neujahr.

B.-B. Höllthaler dankt namens der Bezirksräthe dem Vorsteher für sein eifriges Wirken und erwidert die Weihnachts- und Neujahrswünsche.

Allgemeine Nachrichten.

(Auftreten der Reblaus.) In der Gemeinde Stranang des im einheitlichen Infectionsgelände gelegenen Gerichtsbezirkes Eggenburg (des politischen Bezirkes Horn) wurde das Auftreten der Reblaus (*Phylloxera vastatrix*) constatirt. (Statth.-Z. 114848.)

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim.

December 1900.

Eingelegt wurden von 3323 Parteien . . . 1,262.923 K 67 h
Rückgezahlt wurden an 3280 Parteien . . . 1,917.081 „ 80 „

Im abgelaufenen II. Semester 1900:

Eingelegt wurden von 22.095 Parteien . . . 7,376.407 K 06 h
Rückgezahlt wurden an 19.173 Parteien . . . 8,291.934 „ 72 „

Stand mit Ende December 1900:

Gesamteinlagen (inclusive der capitalisirten
Zinsen per 630.659 K 13 h) auf
33.646 Conti 35,396.777 K 04 h
Hypothekar-Darlehen 28,062.017 „ 32 „
Das Cassa-Revirement beliebig im II. Semester
1900 auf £0,521.441 „ 68 „

Approvisionnement.

Vorstensviehmärkte vom 8. und 10. Jänner 1901.

1. Auftrieb auf dem freien Markte.

Jungschweine (Fleischschweine) 7130 Stück
Fettischweine 7145 „

Summe . 14275 Stück.

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 2737 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien 11506 Stück
für das Land 10 „
unverkauft blieben 2759 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):
I. Qualität von 68 bis 74 h (extrem bis 88 h)
II. „ „ 60 „ 66 „
III. „ „ 52 „ 58 „
Fettischweine:
I. Qualität von 81 bis 86 h (extrem bis 92 h)
II. „ „ 72 „ 80 „
III. „ „ 64 „ 71 „

Auf den dieswöchentlichen Schweinemärkten wurden gegen die Vorwoche um 913 Stück Schweine mehr aufgetrieben. Bei sehr flauer Tendenz giengen die Preise der Fettischweine um 4 h, die der Jungschweine um 8 h per Kilogramm zurück.

* * *

Pferdemarkt vom 8. Jänner 1901.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 453 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 150—800 K per Stück
„ Schlachtpferde 30—100 „ „ „

Der Markt war sehr flau.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 10. Jänner 1901.

1. Auftrieb bezw. Zufuhr.

Kälber lebend	18	Schafe lebend	2060
Kälber ausgeweidet	3807	Schafe ausgeweidet	352
Lämmer ausgeweidet	793	Schweine ausgeweidet	3197

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

II. Qualität	von 70 bis 90 h (extrem bis — h)
------------------------	----------------------------------

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 88 bis 116 h (extrem bis 124 h)
II. "	" 74 " 86 "
III. "	" 60 " 72 "

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

I. Qualität	von 20 bis 24 K (extrem bis 26 K)
II. "	" 16 " 18 "
III. "	" 12 " 14 "

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 74 bis 80 h (extrem bis 92 h)
II. "	" 66 " 72 "
III. "	" 50 " 64 "

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 86 bis 96 h (extrem bis 112 h)
II. "	" 74 " 84 "
III. "	" 64 " 72 "

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von 44 bis 48 h (extrem bis 54 h)
II. "	" 38 " 42 "

Schafe lebend (per Paar):

II. Qualität	von — bis 38 K (extrem bis — K)
------------------------	---------------------------------

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 569 Stück Kälber weniger zugeführt. Für Prima-Qualitäten war schwieriger Absatz und konnten die vorwöchentlichen Preise nur schwer behauptet werden. Mittlere und mindere Sorten waren namentlich gegen Marktschluss etwas besser gefragt und eher um ein geringes theurer. Weidnerschafe hatten ruhigen Verkehr zu lehtwöchentlichen Preisen. Weidner-Fettschweine waren leichter verkäuflich, für Weidner-Jungschweine war jedoch selbst bei um 4 h per Kilogramm ermäßigten Preisen ungenügende Nachfrage.

Auf dem Schafmarkte wurden um 362 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Tendenz und Kauflust waren etwas lebhafter. Die Preise waren um 2 h per Kilogramm höher.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 10. Jänner 1901 116 Stück Mast- und 118 Stück Beinvieh aufgetrieben.

Militär-Angelegenheiten.

(Assentierung.) Bei der am 5. Jänner 1901 vorgenommenen Ziehung jenes Buchstabens, mit welchem die Lösung der in Wien heimatsberechtigten Stellungspflichtigen der ersten Altersklasse (Geburtsjahr 1880) zu beginnen hat, wurde vom Bürgermeister Dr. Karl Lueger der Buchstabe „P“ gezogen.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Wiener Central-Friedhof.

Ausweis pro 1900.

A. Beerdigungen vom 1. Jänner bis 31. December 1900.
a) Auf dem allgemeinen Theile des Central-Friedhofes:

im Monate	Jänner	1.554
" "	Februar	1.391
" "	März	1.889
" "	April	1.874
" "	Mai	1.785
" "	Juni	1.527
" "	Juli	1.586
" "	August	1.538
" "	September	1.252
" "	October	1.353
" "	November	1.359
" "	December	1.550

zusammen . 18.658

b) In der israelitischen Abtheilung:

im Monate	Jänner	170
" "	Februar	175
" "	März	214
" "	April	199
" "	Mai	205
" "	Juni	158
" "	Juli	150
" "	August	152
" "	September	149
" "	October	173
" "	November	182
" "	December	167

zusammen . 2094

Es wurden daher im Jahre 1900 beerdigt, und zwar:

auf dem allgemeinen Theile	18.658
in der israelitischen Abtheilung	2.094
zusammen	20.752
gegen das Vorjahr	20.423
somit mehr um	329

Von diesen Leichen wurden beerdigt, und zwar:

in gemeinsamen Gräbern	16.112
in Einzelgräbern	4.359
in Gräbern	281
zusammen	20.752

Exhumierungen wurden vorgenommen 259.

Leichentheile wurden beerdigt in 1332 Särgen auf 670 Grabstellen.

Die Infectionskleinhalle war an 63 Tagen leer.

Bis zum 31. December 1900 waren von den vorhandenen 36 Arcadengrüften folgende 34 vergeben, und zwar Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35 und 36.

In den Ehrengräbern, d. i. in den Anlagen mit den Ruhestätten historisch berühmter Personen wurden im Jahre 1900 bestattet:

Am 27. October 1900, Karl Millöcker, Componist.

Weiters in den für historisch denkwürdige Personen bestimmten Gräbern längs der linksseitigen Friedhofsmauer:

Am 18. Mai 1900 Franz Ritter v. Pauer, t. t. Hofrath;

" 13. Juni 1900 Simon Sechter, Componist;

" 4. December 1900 Thierry Freiherr de Baux, t. t. Feldzeugmeister;

" 6. December 1900 Dr. Theodor Fuschmann, t. t. Hofrath und ordentlicher Universitäts-Professor.

B. Sonstige bemerkenswerte Vorkommnisse.

Personenfrequenz 401.290, mit Ausnahme der Tage Allerheiligen und Allerseelen, an welchen Tagen die sonst durch die Thorwächter vorgenommene Zählung unmöglich ist.

Wagenverkehr: 54.840.

Öffentliche Sicherheit.

Im Monate December 1900 betrug die Zahl der vom Wiener Magistrate abgeschobenen Individuen	585
dem Wiener Magistrate zugeschobenen (zuständigen) Individuen	61
Durchschüßlinge	288
Gesamtzahl	934

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestrichelten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 7. bis 10. Jänner 1901.

Für Neubauten:

- III. Bezirk: Haus, Ungargasse 16, von Leopold Wanko, Bauführer J. Prokop (116).
 IV. Bezirk: Haus, Eisnergasse 5, von Karoline v. Mikuli, Brahmplatz 2, Bauführer P. Zimmermann (82).
 VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 35, von G. L. Herz, Bauführer Anton Gürlisch (131).
 X. Bezirk: Landgutgasse, Einl.-Z. 2540, von Leopold Goldschmidt, Bauführer Johann Kloiber (1623).

Für Zubauten:

- XII. Bezirk: Einstöckiger Seitentract, Meidling, Bendlgasse 15, von Johann Wührer, Bierthalergasse 16, Bauführer Josef Hartl (36726).
 " " Ebenerdiger Seitentract, Meidling, Bierthalergasse 53, von Karl Rutter, ebenda, Bauführer Rudolf Steffel (37335).

Für Adaptierungen:

- II. Bezirk: Praterstraße 34, von Julius Schwarz, Bauführer M. Nicheroli (89).
 V. Bezirk: Arbeitergasse 41, von Jakoba Dizian, Bauführer Franz Kohl (79).
 VI. Bezirk: Kasernengasse 24, von Josef Winterstein, Bauführer D. Laake (106).
 VII. Bezirk: Seidengasse 33/35, von August Deuk, Bauführer A. Schumacher (64).
 VIII. Bezirk: Strozsigasse 40, von Josef Rieger, Bauführer N. Brenner (101).
 XII. Bezirk: Meidling, Fabriksgasse 4/6, von Göschl & Moesmer, ebenda, Bauführer D. Barta & Joh. Potorny (35994).
 " " Meidling, Rundergasse 51, von Josef Krel, XIV., Salzergasse 20, Bauführer Josef Schwarz (37184).
 " " Meidling, Gierstergasse 5, vom Niederösterreichischen Arbeiter-Consumverein, Bauführer Josef Keller (37508).
 " " Meidling, Meidlinger Hauptstraße 1, von Josef Pomberger, ebenda (37592).
 " " Hengendorf, Hengendorferstraße 132, von Josef Raudekta, ebenda, Bauführer Alois Schauffler (38968).
 " " Meidling, Bohnygasse 9, von Franz Schytil, Bauführer Hugo Mann (39357).
 XVI. Bezirk: Dttakring, Lindbaurgasse 34, von Drachenberg, Bauführer Johann Binder (961).

Für diverse (geringere) Bauten:

- XI. Bezirk: Herstellung eines Rauchfanges zur Schlosserwerkstätte, Simmering, Kaiser-Eberdorferstraße 10, von J. Motycka, ebenda, Bauführer Karl Reichstätter (331).
 XII. Bezirk: Meidling, Rosaliagasse 17, von Karl Schuh, Rosaliagasse 17 (36430).
 " " Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 49, von der Staatsbahn-Direction, Bauführer Gustav Böss (36464).
 " " Meidling, Diefenbachgasse 33, von Jakob Straßer, ebenda, Bauführer Karl Palisa (37715).
 " " Hengendorf, Schönbrunner-Allee 31, von der Actiengesellschaft der Riesinger Brauerei, Bauführer Alois Schauffler (37888).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- X. Bezirk: Landgutgasse, Einl.-Z. 2540, von Leopold Goldschmidt (1621).
 XII. Bezirk: Meidling, Bendlgasse 15, von Johann Wührer, Bierthalergasse 16 (38003).
 XVII. Bezirk: Hernals, Zöggersstraße 56, von Franz Häußler, XIX., Sieveringerstraße 205 (980).
 " " Hernals, Zöggersstraße 58, von Franz Häußler, XIX., Sieveringerstraße 205 (979).
 XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Einl.-Z. 1153, Dittesgasse, von Dr. Emil und Feslicie Auguste Eizenschitz (103).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- XII. Bezirk: Meidling, Einl.-Z. 77, Niederhofstraße 34, von Franz Peydl, XIII., Jagdschloßgasse 57, Demolierender derselbe (36336).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

B.-D.-Z. 7484 ex 1900.

10. Jänner 1901.

Bergebung von 160 Tonnen Retortengraphit.

- Schiff & Comp., Schwedhat bei Wien
 — 14 K 10 h per 100 kg netto Cassa, eventuell 2% Untergewicht.
 Gronewaldt Karl, Berlin
 — 9 K 85 h per 100 kg, 2% Sconto.
 Fühlich Amand
 — 14 K 10 h per 100 kg netto Cassa, eventuell 2% Untergewicht.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Bergebung der Rauchfangkehrerarbeiten für das Versorgungshaus St. Andra an der Traisen für die Jahre 1901 bis 1903.

- Gruby Josef in Herzogenburg
 — 240 K Pauschale, 10 K jährlich Neujahrsgeheim für die Gehilfen, je 1 K für das Ausbrennen der zwei Gylinderrauchfänge, 12 K für die Reinigung des Heißwasserfesselherdes sammt Rauchfang der Badeanstalt pro Jahr.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 2. Jänner 1901.

(Fortsetzung.)

- Schuch Theresia — Fiaker-Licenz Nr. 135 — VIII., Schlüsselgasse vor Nr. 21.
 Schurga Robert — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — VIII., Tigergasse 14.
 Schwarz Adolf — Herausgeber der Druckschrift „Die Malzindustrie“ — I., Wollzeile 34.
 Sieber Theresia — Fiaker-Licenz Nr. 768 — XVII., Leopold Grastg. 7.
 Sines Julius — Munitionshandel — I., Walfischgasse 3.
 Solak Antonia — Gastwirts-gewerbe — V., Stolberggasse 47.
 Wieder Josef — Affichierung von Zeitungsannoncen — Ecke Kumpfgasse und Schulerstraße.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 3. Jänner 1901.

- Baumann P. — Protokollierter Kaufmann — II., Ladorstraße 3.
 Beiler Jaak Efig — Zeitbieten von Butter im Umherziehen im Wiener Gemeindegebiete außer f. f. Prater — II., Ladorstraße 96.
 Blumenschein Julius — Gemischtwarenhandel — XIV., Reindorfsg. 32.
 Dittler Adolf, Penker Josef — (Firma Dittler & Comp.) — Verschleißniederlage (Zweigniederlassung) der Betriebe: Kollgerstefabrik, Dampfmühle, Schälberbe- und Brotfabrik, sowie Productenhandel im Kleinen — XII., Schönbrunnerstraße 173.
 Engel Alois, protokollierte Firma A. & M. Engel — Handel mit Taschenuhren, Gold- und Silberwaren — I., Kaiser Ferdinandplatz 2.
 Forster Karl — Gemischtwarenhandel — I., Singerstraße 32.
 Frankensbuch Ernst — Fleischaugewerbe — II., Circusgasse 34.
 Wessely Robert, Vertreter der Firma Eduard Friedlands Nachfolger — Seidenwarenhandel — I., Hoher Markt 6.
 Gergel Emma Karoline — Handel mit gebrauchten Briefmarken — II., Große Sperlgasse 1.
 Gerhardt Katharina — Sattler-gewerbe — II., Praterstraße 58.
 Gigas Emma — Modistengewerbe — I., Bauernmarkt 11.
 Glässer Marie — Übernahme von Wäsche und Kleidern zum hemischen Putzen — VII., Burggasse 24.
 Griessde Renje Anna — Zeitungs-Verschleiß — II., Darwingasse 11.
 Gruber Arthur — Lederagentur gegen Provision — II., Untere Donaustraße 27.
 Grün Leopold Julius — Holzhandel — I., Giselstraße 6.
 Hanauka Rudolf — Handelsagentur — VII., Neubaugasse 7.
 Heim Ignaz — Handelsagentur — XIV., Arnsteingasse 14.
 Hermann Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Hütteldorferstraße 113.
 Hilfreich Adolf — Schnitt- und Wirkwarenhandel — I., Franz Josefsquai 31.
 Höhl Francisca — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — I., Salzgasse 7.

Hoffmann Karl — Pfadlergewerbe — I., Kärnthnerstraße 12.
 Fanch Robert — Fialer-Licenz Nr. 490 — I., Neuer Markt.
 Jung Johann — Commissionswarenhandel — I., Wipplingerstraße 30.
 Kasper Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchengasse 7.
 Kaufmann Leon, Dr. — Ärztliche Praxis — XII., Breitenfurterstr. 66.
 Kautz Regine, geb. Figuli — Damenkleidermachergewerbe — VII., Seidengasse 39 b.
 Kirchbaum Max — Fleisch-Verschleiß — I., Salzgras 7.
 Koller Hermann — Handelsagent — I., Annagasse 3 a.
 Leibel Marcus — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Liqueuren aller Art und Haltung von erlaubten Spielen — VIII., Lerchengasse 1.
 Leitner Karl recte Julius, Leitner Adolf recte Abraham Eliser — Handel mit Bedarfsartikeln für Cartonagenwaren-Erzeuger — II., Untere Donaustraße 39.
 Machacek Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Seckshausenstraße 80.
 Melnik Oskar — Commissionshandel mit Galanterie-, Kurz- und Modewaren — II., Stephaniestraße 3.
 Mendl Heinrich, Mendl Fritz — Brot- und Gebäckfabrik — XII., Maggziplatz 3.
 Nawratil Karl, Dr. — Theoretisch musikalischer Unterricht — XVIII., Schopenhauerstraße 5.
 Löwenbein Leopold (Firma Leopold Löwenbein) — Möbelhandel — I., Habsburgergasse 10.
 Pauter Ernst — Handelsagentie — I., Fegelsasse 19.
 Rottenburger Johann — Marktactualienhandel — XIV., Am Markte Schwendergasse, Stand Nr. 82.
 Rudolf Karl — Schuhmacher — II., Josefinengasse 5.
 Schein Samuel — Fabrikmäßige Erzeugung aller zur Wohnungseinrichtung und Zinuedecoration notwendigen Gegenstände und fabrikmäßiger Betrieb des Tapezierergewerbes — I., Bauernmarkt 12.
 Schleifer Franz — Verschleiß von Edelmetallen (Platin, Gold und Silber) — VII., Zieglergasse 63.
 Schmidl Cäcilie — Marinieren von Rüssen — II., Czerningasse 16.
 Schnabel Eduard, Goldberger Karl, Goldberger Moriz, Inhaber der Firma Moriz Pintas & Comp. — Handel mit Gerbstoffen und Leder — II., Lilienbrunnengasse 18.
 Schürer Josef — Fleischfischer — I., Drahtgasse 2.
 Schulhof Antonia — Zeitungs-Verschleiß — II., Ausstellungsstraße 21.
 Schwarz Fritz — Warenagentur — II., Circusgasse 27.
 Schwarz Therese — Damenkleidermacherin — I., Bauernmarkt 9.
 Selus Anna Magdalena — Spielartenputzerei — II., Josefinengasse 5.
 Töbe Alois — Bronzarbeiter — VII., Bernardgasse 19.
 Tobiasch Josef — Fialer-Licenz Nr. 15 — I., Michaelerplatz.
 Unger Karl — Agentur in Futterwaren — II., Gabelsberggasse 4.
 Weil Gottfried — Commissionshandel mit Börse-Effecten — I., Neutorgasse 15.
 Weiß Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Reindorfstraße 32.
 Winteritz Paul, Dr. — Commissionswaren-Verschleiß — I., Schottengasse 3.
 Wodak Wenzel — Lederzurichter- und Einwallergewerbe — XII., Gaudenzdorfergürtel 23.
 Zalus Karoline, geb. Martini — Verkauf von Schul- und Gebetbüchern, Kalendern zc. — XII., Schönbrunnerstraße 188.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 4. Jänner 1901.

Alexa Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Landstraße Hauptstraße 2.
 Alt Eugen — Spengler — III., Seckstrügelgasse 8.
 Berger Ignaz — Verschleiß von Gerätschaften und Maschinen für Hauswirtschaft und Comptoirbedarf — I., Wipplingerstraße 29.
 Beschlag Johannes Otto (Firma: Opel & Beschlag) — Radfahrerschule — IV., Paisengasse 30.
 Blaslo Leopoldine, geb. Schaup — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Roseggergasse 28.
 Blecha Anton — Musikergewerbe — XIX., Muthgasse 129.
 Blodet Leon — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Wiedener Hauptstraße 22.
 Breben Ademar, Knapp Gustav — Erzeugung von Schaumwein — III., Erdbergstraße 19.
 Brunn Georg — Photograph (Filiale) — IV., Margarethenstraße 22.
 Buzgel Friedrich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakringerstraße 128.
 Chomet Abraham Chaim — Handelsagentie mit Schirmstoffen und Schirmbestandtheilen — I., Fleischmarkt 12.
 Christ Ferdinand — Betrieb eines Eislaufplatzes — IV., Wiedener Hauptstraße 2.
 Chudy Matthias — Actualien-Verschleiß — XIX., Döblinger Hauptstraße 2.
 Dittler & Comp. — Verkauf von Kollgerste (Filiale) — IV., Kärnthnerthormarkt.

Dollschina Franz — Verschleiß von Sodawasser und Zuckerwaren (Filiale) — IV., Lastenstraße gegenüber dem Hause Nr. 7 der Lastenstraße.
 Dopler Franz — Gastwirt — III., Eislaufplatz des Wiener Eislaufvereines.
 Ernst Bertha geb. Pawlitzky — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVI., Neumayergasse 6.
 Freundmann Adolf Leopold, Ledesko Paul (Firma: Alexander Herzogs Nachfolger) — Fabrikmäßige Erzeugung von eisernen Öfen und eisernen Sparherden — XVII., Weigsteiggasse 36/38.
 Gerson Eduard — Herausgabe der „Deutschen Correspondenz“ — IX., Hölzergasse 4.
 Grün Edmund — Herausgabe des Coursberichts für exotische Wertpapiere — IX., Kollingasse 10.
 Grill Miklos — Actualien-Verschleiß — IX., Seidengasse 11.
 Hajek Johann — Schuhwarenverkauf — IV., Kärnthnerthormarkt.
 Hartmann Eduard — Milch-Verschleiß — I., Maria Theresienstr. 18.
 Haszál Marie — Actualien-Verschleiß — XVII., Esterleinplatz 7.
 Stöckl Marcus (Firma: Hansner Salz & Comp.) — Expedition und Möbeltransport — I., Hohenstaufengasse 9.
 Havel Johann — Kleinhandel mit Holz und Kohle — I., Tiefen Graben 21.
 Heller Anna — Christbaum- und Christbaumschmuckhandel — IX., Althanplatz 129.
 Reindorfer Bierbrauerei, Robert und Ernst Herzfelder & Comp. — Verkaufsstelle für Bier — IV., Paniglgasse 19.
 Hofmann Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 42.
 Hofmeister Susanna — Fischhandel (Filiale) — IV., Kärnthnerthormarkt.
 Hrbacek Leopoldine — Maschinenstrickerei und Wirkwaren-Verschleiß — XVI., Hofferplatz 9.
 Holada Wenzel — Fleisch-Verschleiß (Filiale) — IV., Mittersteig 9.
 Jeray Siegmund — Hützwertstätte zum Tischlereibetrieb — IV., Wehringergasse 33.
 Jocny Marie, geb. Fleischmann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Eßlingergasse 11.
 Jiraušek Josef — Buchbinder und Leder-Galanteriewaren-Erzeuger — XVI., Eurentelstraße 31.
 Keiser Johann — Verschleiß von Bürstenbinder- und von Toiletteartikeln (Filiale) — IV., Margarethenstraße 17.
 Knall Adolf, Dr. — Advocatur — IV., Theresianumgasse 2 a.
 Kohn Moriz — Commissionswarenhandel mit landwirtschaftlichen Producten — IX., Garnisonstraße 7.
 Kovarik Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Weigasse 17.
 Krainer Johann — Tapezierergewerbe — IV., Favoritenstraße 33.
 Krünes Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Koppstr. 66.
 Krünes Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Kirchstetterngasse 20.
 Lampel Edmund — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörsen.
 Landau Saul Rafael — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Färbergasse 6.
 Machat Anna, verheh. Silberberg — Pfadlergewerbe — I., Dorotheergasse 12.
 Mayer Heinrich — Webwarenzurichter — XIV., Reindorfstraße 27.
 Metzer Adolf — Herausgabe der „Braner- und Mäzger-Zeitung“ (früher „Braumeister-Journal“) — IX., Liechtensteinstraße 80.
 Molitor Marie — Friseurgewerbe — IV., Lambrechtsgasse 11.
 Mons Elise — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Reichsapfelgasse 31.
 Muche August — Naturblumen-Verkauf — IV., Favoritenstraße 20 a.
 Öhrner Josef — Fleischerhauer — XVII., Gublergasse 93.
 Ostrozky geb. Ostrowsky Judith — Obst-, Grünwaren-, Orangen- und Citronen-Verschleiß im Umherziehen, Marke Nr. 4245 — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Pabst Johann — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Reformblatt der Gemischtwaren-Verschleißer“ — IV., Paniglgasse 19 a.
 Pflugner Martina — Hebamme — III., Wassergasse 17.
 Prisching Franz — Inhaber einer Privat-Clavierschule — VIII., Lerchenfelderstraße 138.
 Prohaska Rudolf — Behördl. autor. und beideter Civil-Geometer — IV., Johann Straußgasse 27.
 Prosch Robert — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Kröllgasse 30.
 Quastler Johann — Papier-, Kurz- und Galanteriewaren-Verschleiß, Verschleiß von Anichts- und Beglückwünschungsarten, insofern diese nicht als künstliche Erzeugnisse angesehen werden können — IV., Mühlgasse 7.
 Rix Julius (Firma: Anton Rix & Bruder) — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — IV., Margarethenstraße 5.
 Ruziczka geb. Groch Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Breitenfurterstraße 9.
 Sabatky Ascher — Theater-Agentur — IV., Gusshausstraße 3.
 Schenter Josef — Bäcker — I., Wipplingerstraße 8.
 Schier Johann — Schuhwaren-Verschleiß (Filiale) — IV., Favoritenstraße 54.
 Schroth Marie — Modistin — III, Hauptstraße 53.
 Sobotta Josef — Verschleiß von heißen Würsteln und Gebäck im Umherziehen im Gemeindegebiete von Wien — XIV., Pillerergasse 15.
 Spiegel Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Calvarienberggasse 71.
 Spörer Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Gublergasse 124.

Spitzka Elisabeth — Wäscherei und Wäscheputzerei — XVI., Friedrich Kaiserergasse 36.
 Stanel Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Schönbrunnerstraße 207.
 Stepan Marie, verwitwete Greileber, geb. Auer — Papiersack-Erzeugung — XII., Meidlinger Hauptstraße 47.
 Stork Julius — Patent zur Erzeugung von Pressungen, Leisten und Rahmen — IV., Allergasse 37.
 Tephly Johann — Taschnergewerbe (Filiale) — IV., Heumühlgasse 1.
 Thöne Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Teinfaltstraße 4.
 Tsapa Karoline — Taschnergewerbe — IV., Favoritenstraße 27.
 Walafel Josef — Fassbinder — XVI., Feistgasse 12.
 Walter Karl jun. — Fialer-Licenz Nr. 246 — XIX., Eidesdorfgasse 21.
 Wandl Josefina — Naturlilienhandel — III., Reisknerstraße 9.
 Wawerka Karl — Kaffeefieder — III., Ungargasse 57.
 Wellschmid Marie — Gemischtwaren-, Petroleum- und Flaschenbier-Verschleiß — XII., Schumanngasse 59.
 Wintersberg Adelheid — Pfärderei — XVI., Reustiftgasse 145.
 Wittzens Josef — Presshese-Erzeugung — XVI., Grundsteingasse 18.
 Zell Marie — Kaffeefieder (§ 16, lit. d, f, g G.-D.), — IX., Nordberggasse 2.
 Zuckermann Wilhelm, Grünberg Leo — Anbringung von Dachpappe — IV., Wienstraße 21.
 Deutscher Gabelsberger-Stenographen-Verein in Wien — Herausgabe der Stenographischen Correspondenz — IX., Auserstraße 12, bei Hugo Christen.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 5. Jänner 1901.

Anst Rudolf Josef — Stadilohnluthergewerbe — XIV., Goldschlagstraße 102.
 Paic (Baich) Lukas v. — Viehhandel — III., Central-Viehmart.
 Bartels Heinrich, Reisenleitner Anton, Richard Mauch's Nachfolger Bartels & Reisenleitner, Concessionärinhaber Heinrich Bartels — Gas- und Wasserleitungs-Zustaltungs-gewerbe — III., Weißgärberlande 38.
 Baudisch Theresia — Leinen-Verschleiß — V., Gassergasse 24.
 Baumgartner Anna — Zuckerwaren- und Canditen-Verschleiß — V., Arbeitergasse 21.
 Benesch Katharina — Niedermachergewerbe — XI., Hauptstraße 15.
 Binder Michael Josef — Pachtw. Fialer-Licenz Nr. 547 — XIV., Burmsergasse 6.
 Bittner August — Industriemaler — XVI., Hippgasse 6.
 Bly Ignaz, Jgel Samuel (Firma Bly & Jgel) — Kohlenhandel — III., Stammgasse 7.
 Borovansky Jaromir — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Ullmannstraße 69.
 Burgert Franz — Selchwaren-Verschleiß — XI., Kaiser-Ebersdorferstraße 51.
 Burgert Franz — Fleischnauergewerbe — XI., Kaiser-Ebersdorferstr. 31.
 Deinhart Marie — Einspänner-Licenz Nr. 390 — III., Ungarg. 10/12.
 Drachler Ludwig — Friseur — II., Laborstraße 102.
 Eigner Barbara — Einspänner-Licenz Nr. 986 — VI., Magdalenenstraße vor Nr. 2.
 Epstein Nina — Tröddlerin — VIII., Lenangasse 1a.
 Frankl Jakob — Fleischnauer (Filiale) — IX., Fahngasse 30.
 Geder Johann — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß und Petroleum (Filiale) — II., Sterneckplatz 21.
 Geinsheimer Heinrich — Verschleiß von Seife, Kerzen, Ölen, Petroleum und Pflanzölen — II., Lichtenauergasse 4.
 Geiß Franz — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VIII., Florianigasse 44.
 Goschler Henriette, geb. Schmieder — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Koppstraße 30.
 Graupner Martina — Einspänner-Licenz Nr. 444 — Standplatz: III., Hinterer Zollamtsstraße-Nadestypstah; Wohnort: V., Tichtelgasse 14.
 Größ Theresia, geb. Niedinger — Victualien-Verschleiß — XVI., Abolegasse 30.
 Grünbeck Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Grundsteingasse 21.
 Hawlik Franz — Mineralwasser-Verschleiß — V., Leitgebasse 11.
 Heim Leopold — Handelsagent — XIV., Arnsteingasse 14.
 Hofinka Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Hofochera. 11.
 Heppers Antonia — Markt victualien- und Christbaumhandel — XVI., Brunnergasse, Markt.
 Hrdina Karl — Kürschnergewerbe — VIII., Josefsstädterstraße 59.
 Hügl Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schloßgasse 6.
 Irersberger Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Friedmann-gasse 20.
 Jacob Theresie — Schlossergewerbe — III., Hauptstraße 5.

Jungwirth Karl — Victualien-Verschleiß — II., Rneppgasse 18.
 Kaspar Alois — Commissionswarenhandel — XIX., Ruiswaldgasse 15.
 Kay Salomon — Feilbieten von Obst im Umbezichen im Wiener Gemeindegebiete an der f. l. Prater — II., Haidgasse 3.
 Kern Franz — Verschleiß (Magazin) von Gips, Cement und Kalk — IX., Franz Josefs-Bahnhof.
 Kirchenhofer Franz — Glasergewerbe und Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XVI., Thaliastraße 101.
 Klarfeld Cecilia — Handel mit Eber, Rum und Brantwein in verschlossenen Gefäßen — XVI., Speckbacherergasse 10.
 Klansner Elisabeth — Milchweiergewerbe — XVI., Wichte Igasse 35.
 Klein Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hohlweggasse 19.
 Koch Gustav — Pretiosen-Verschleiß — II., Tempelgasse 8.
 Kolbot Franz — Friseur und Rasier — II., Rneppgasse 19.
 Kral Anna — Markt victualienhandel — XVI., Johann Nep. Bergerplatz.
 Kronberger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 12.
 Kurz Antonia — Maschinenrickerei — III., Obere Biaductgasse 10.
 Lampl Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß (Wirkwaren, Geschirr etc.) — II., Circusgasse 43.
 Manifico Ludwig — Erzeugung eines Gelatoid-Gelatinsplatten-Apparates zum Schattieren von Zeichnungen auf Stein etc. etc. — V., Obere Amtshausgasse 6.
 Marešch Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — V., Brandmayergasse 21.
 Mayer Marie — Wäschergewerbe — XIX., Grinzingergasse 88.
 Mittler Eugenie — Clavier-Unterricht — IX., Grünethorgasse 12.
 Nussbaum Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Grundsteingasse 13.
 Österreicher Franz — Fleischnauergewerbe — V., Grohgasse 8.
 Panzer Francisca — Milch-Verschleiß — XVI., Friedrich Kaiserergasse 73.
 Pawlik Josef — Herrenkleidmacher — XX., Wallensteinstraße 46.
 Pawlowsky Edmund — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 20.
 Pfäfer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Deinhardsteing. 32.
 Pollak Hermann — Betrieb des graphischen Reproductionsverfahrens und des Lichtdruckes — II., Haasgasse 10.
 Puhrer Marie, geb. Hoffmann — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 4.
 Regenbogen Adolf — Kleinfuhrwerksgewerbe — XX., Heisergasse 6.
 Reicher Ferdinand — Musikinstrumentenhandel und Musikinstrumenten-faiten-Erzeugung — XVI., Ottalingerstraße 170.
 Rosner Leon — Tröddlergewerbe — XIX., Döblinger Hauptstraße 16.
 Sach Franz — Kleidermacher — VIII., Schmidgasse 11.
 Schaffer Barbara — Erzeugung eines Schönheitswassers und einer Gesichtspomade — V., Obere Amtshausgasse 39.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzung des Gemeinderathes	77
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	77
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 27. December 1900	77
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 28. December 1900	81
Bezirksvertretungen:	
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße vom 19. December 1900	87
Allgemeine Nachrichten:	
Auftreten der Neblaus	88
Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Rudolfsheim	88
Approvisionnement:	
Vorkennewiehwa:te vom 8. und 10. Jänner 1901	88
Ferdbemarkt vom 8. Jänner 1901	88
Jung- und Stechviehmarkt vom 10. Jänner 1901	89
Militär-Angelegenheiten:	
Affentierung	89
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Wiener Central-Friedhof (Ausweis pro 1900)	89
Öffentliche Sicherheit	89
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 3. bis 7. Jänner 1901	90
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	90
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	90
Eintragungen in das Gewerbe-Register	90
Rundmachungen.	
Beilage:	
Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro November 1900.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Magistratsrath Dr. Friedrich Edler v. Radler.

Papier aus der f. l. priv. Pittener Papierfabrik. — Buchdruckerei G. Rainz & N. Liebhart, vormalig J. B. Wallishausser.

Inseraten-Aannahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maas), Wien, I., Wallischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen. 1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
18. Jänner 10 Uhr	Departement XIX b (Mag.-Secr. Dr. Mächtern, V. Stiege, Mezzanin)	M.-Z. 131517. Bergebung der Arbeiten und Lieferungen für die Reconstruction der Sohle des Alsbachcanales in der Strecke von der Acker- bis zur Bleichergasse im IX. Bezirke, und zwar: 1. der Erd- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 12.944 K 16 h, 2. der Lieferung der Klinkerziegel im veranschlagten Kostenbetrage von 14.774 K 40 h und 3. der Lieferung des Portlandcementes im veranschlagten Kostenbetrage von 8755 K 20 h. 3-3
18. Jänner 11 Uhr	detto	M.-Z. 128655. Bergebung der Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Neubau eines Hauptunrathscanales in der Haasgasse im II. Bezirke mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 4716 K 23 h. 3-3
28. Jänner 10 Uhr	detto	M.-Z. 127732 ex 1900. Bergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Umbau des linksseitigen Wienflussammelscanales in der Mollardgasse zwischen Brücken- und Schwarzgasse im VI. Bezirke, und zwar: 1. der Erd- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 11.624 K 70 h; 2. der Lieferung der Thonwaren im Kostenbetrage von 1850 K 74 h. 1-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichneten Bedingungen können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingungen können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Anbote sind unter Verwendung der ebenfalls bei der städtischen Hauptcassa zu dem Betrage von 10 h erhältlichen Druck-

sorte zu stellen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift des § 4 der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Prot.-Nr. 129186 ex 1900.

Mcf.-Nr. 3615. IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der nachbenannten Arbeiten zur Herstellung eines Einfriedungsgitters für den im Frühjahr 1901 zu errichtenden Kaiser-Franz-Josef-Jubiläumskinderspielplatz zwischen der März- und Johnstraße und Suezgasse im XIV. Bezirke, und zwar:

- der Erd- und Baumeisterarbeiten mit einem Kostenanschlage von 8711 K 40 h;
- der Steinmearbeiten mit einem Kostenanschlage von 6876 K 60 h;
- der Schlosserarbeiten mit einem Kostenanschlage von 2560 K —

wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 24. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichnete allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingungen im Stadtbauamte (Bureau des Herrn Baurathes Refo) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der ämtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Jänner 1900. 1-3

M.-Z. 98686 ex 1900.

III.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten für die Hauptrechnungsabschlüsse der Stadt Wien, betreffend die Jahre 1900, 1901, 1902, 1903 und 1904, und für die Hauptvoranschläge nebst den allgemeinen Erläuterungen der Stadtbuch-

haltung, dem Abstimmungs-Protokolle des Magistrates und dem Nachtrage zu den Hauptvoranschlägen nach den Beschlüssen des Stadtrathes, betreffend die Jahre 1902, 1903, 1904, 1905 und 1906, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 31. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Silberbauer im Rathhause (5. Stiege, 2. Stock) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Die Vergebung der Arbeiten erfolgt entweder an einen oder an zwei verschiedene Unternehmer, und zwar im letzteren Falle in der Weise, daß der eine den 1. und 3. Band des Hauptrechnungsabschlusses, sowie den 1. Band des Hauptvoranschlages sammt den oben bezeichneten Anhängen, der andere den 2. und 4. Band des Hauptrechnungsabschlusses, sowie den 2. und 3. Band des Hauptvoranschlages herzustellen hat.

Um zu vermeiden, daß alle Offerenten etwa auf dieselbe Partie offerieren, behält sich die Gemeinde vor, den Erstehern die eine oder die andere Partie zuzuweisen; es hat daher jeder Offerent die Preisansätze gesondert für beide Parteien in das Offert aufzunehmen und zu erklären, ob er auch gegebenenfalls die Übertragung beider Parteien annehmen würde. Für den letzteren Fall können wieder besondere Preisansätze gestellt werden.

Unternehmungslustige können Musterbände und die Original-Bedingnisse im vorbezeichneten Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit den oberwähnten Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke per Bogen versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 26. December 1900. 3-3

Prot.-Nr. 116425 ex 1900.

IV. Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 26 Meidlinger Hauptstraße, XII. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 22. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der ausliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 600 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. Jänner 1901. 2-3

Prot.-Nr. 103609 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 21 Dürergasse, Einl.-Z. 137 VI. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Montag den 21. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der aufliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 500 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 2. Jänner 1901. 2-3

Ad Prot.-Nr. 110170 ex 1900.
2781. IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Übertragung des Rechtes zur Aufstellung von Leihstühlen in städtischen Gartenanlagen, auf der Ringstraße und auf dem Plage vor dem Neuen Rathhause für die Zeit bis Ende December 1905 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Mittwoch den 23. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Bureau des Herrn Magistrats-Secretärs Späth im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Verzeichnis der städtischen Gartenanlagen und die für diese Vergebung geltende Vorschrift im Stadtbauamte (Bureau des Herrn Baurathes Helmreich) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums von 200 K beizuschließen oder der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. Jänner 1901. 2—3

Ad Prot.-Nr. 108118 ex 1900.
Ref. VIII. 5232.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Buchdruckerarbeiten für den Bericht des Wiener Stadtphysikates über seine Amtsthätigkeit und die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien in den Jahren 1897 bis 1899 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 22. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Jaitner im Neuen Rathhause (3. Stiege, Hochparterre) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingungen und das Musterwerk im obbezeichneten Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und die Bedingungen beheben.

Die Unternehmer haben ihre in Gemäßheit der Bedingungen eingerichteten Offerte am obigen Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben, beziehungsweise vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 4. Jänner 1901. 2—3

Ad G. Z. 2475.
VII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von 20.000 m geschwefelter Bleirohre zur Herstellung der Abzweigleitungen für die Hochquellen- und Wienthalwasserleitung, ferner zur Erzielung eines Angebotes wegen Rückübernahme der alten Bleirohre und Abfälle wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 24. Jänner 1901, präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Reitler im Alten Rathhause, I., Wipplingerstraße 8 (2. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Ausmaße und die Bedingungen im Stadtbauamte (Abtheilung VII a, Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, 3. Stock) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Angebote sind von dem Offerenten unter Beisehung seiner Beschäftigung und des Wohnortes eigenhändig zu fertigen und mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, versiegelt der Offertverhandlungs-Commission zu überreichen.

Dem Angebote ist das vorgeschriebene Badium von 2000 K anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 5. Jänner 1901. 1—3

M. Z. 129695 ex 1900.
Mag.-Dep. XIX a.

Concursauschreibung.

(Unterschafferstelle.)

Zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 28. December 1900, Z. 14942, gelangt bei der Gemeinde Wien die Stelle eines Unterschaffers für die eigene Fuhrwerksregie für die Straßenpflege provisorisch zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist ein Jahresgehalt von 2000 K und ein jährliches Quartiergeld von 400 K verbunden. Es kann aber auch gegen Einstellung des Quartiergeldes eine Dienstwohnung zugewiesen werden.

Während der Dauer des Provisoriums kann das Dienstverhältnis beiderseits gegen einmonatliche Kündigung gelöst werden.

Die Bewerber um diese Stelle dürfen nicht unter 28 und nicht über 35 Jahre alt sein. Sie müssen genügende allgemeine Bildung besitzen und sich auf die Manipulation beim Fuhrwerks-geschäfte, auf Kanzleiarbeiten und auf die Handhabung und Conservierung des Wagen- und Geschirrmateriales verstehen. Ferner müssen dieselben auch mit der Behandlung und Pflege der Pferde vollkommen vertraut sein. Cur Schmiede der Artillerie und Train-truppe, ausgediente Unterofficiere, welche die entsprechende Eignung für diese Stelle besitzen, sowie nach Wien zuständige Bewerber erhalten bei sonst gleicher Qualification den Vorzug.

Die Gesuche sind mit einer Stempelmarke von 1 K zu versehen und, mit den erforderlichen Personal-Documenten und Nachweisen über Schulbildung und bisherige Verwendung belegt, bis längstens 15. Februar 1901 an den Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu richten.

Auf verspätet einlangende oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 5. Jänner 1901. 1—1

Kundmachung.

(Licitation.)

Zusolge Bewilligung des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 3. Jänner 1901, Z. 44051, wird die öffentliche Versteigerung der bei der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate April 1900 verpfändeten und nicht ausgelösten Pretiosen von Pfand Nr. 16343 bis Pfand Nr. 21353 inclusive und Effecten von Pfand Nr. 28941 bis Pfand Nr. 38667 inclusive am 25. und 26. Jänner 1901, jedesmal von 8 Uhr vormittags angefangen, im Pfandleihanstalts-Gebäude XIV., Kürnberggasse 5, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation an den oben angegebenen Tagen nicht beendet werden könnte, wird sie an dem dem zweiten Licitationstage nächstfolgenden Werktag fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 8. Jänner 1901. 2—3

W.-Z. 1291.

XVI.

Kundmachung.

(Die berichtigten Verzeichnisse der zur Hauptstellung des Jahres 1901 berufenen in Wien heimatsberechtigten Wehrpflichtigen und die Losung der im Jahre 1880 Geborenen betreffend.)

Nach den Bestimmungen des § 30 der Wehrvorschriften, I. Theil, werden die von amtswegen ergänzten und berichtigten Verzeichnisse der zur diesjährigen Hauptstellung berufenen Einheimischen aller drei Altersklassen am 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21. und 22. Jänner 1901 im Conscriptionsamte des Magistrates, I. Bezirk, Rathhausstraße Nr. 12, zu ebener Erde links, zur freien Einsicht ausliegen.

Dies wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß jedermann, welcher

- a) eine Auslassung oder unrichtige Eintragung wahrnimmt, oder
- b) gegen Ansuchen um die Bewilligung zur Stellung außerhalb des zuständigen Stellungsbezirktes oder um eine Begünstigung in der Erfüllung der Dienstplicht Einwendung erheben will, aufgefordert wird, die Anzeige (Einsprache) im Conscriptionsamte zu erstatten.

Im Falle der Einbringung einer derartigen Anzeige ist jedoch deren Begründung nachzuweisen.

Was die Losung anbelangt, so wird dieselbe, mit dem gezogenen Buchstaben P beginnend, am 21., 22., 23., 24., 25. und 26. Jänner 1901 in der Volkshalle des Rathhauses in nachbezeichneter Ordnung vorgenommen werden:

Montag den 21. Jänner 1901 die Buchstaben P, Q, R, S.

Dienstag den 22. Jänner 1901 die Buchstaben Sch, St, T, U, V, W, X, Y.

Mittwoch den 23. Jänner 1901 die Buchstaben Z, A, B, C, D, E.

Donnerstag den 24. Jänner 1901 die Buchstaben F, G, H.

Freitag den 25. Jänner 1901 die Buchstaben I, J, K, L.

Samstag den 26. Jänner 1901 die Buchstaben M, N, O.

Mit der Ziehung der Losnummern wird täglich um 9 Uhr vormittags begonnen.

Da die Zustellung besonderer schriftlichen Vorladungen zur Losung an die hiezu Verpflichteten nicht stattfindet, so werden die diesfalls berufenen, in dem Jahre 1880 geborenen Wehrpflichtigen oder deren Vertreter aufgefordert, an den oben angegebenen Tagen vor der Losungs-Commission zu erscheinen. Bei Abwesenheit des Losungspflichtigen wird die Losnummer durch ein Mitglied der Commission gezogen werden.

Zu Betreff der Zeit und des Ortes der Hauptstellung (Assentierung) wird später eine Kundmachung erlassen werden.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 7. Jänner 1901. 1—1

Z. 5916 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung.)

Am 11. Juni 1901 gelangen die Interessen der Josef Edlen v. Schroll'schen Stiftung im Betrage von 600 K an zwei verarmte Wiener Bürger zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Bürger ohne Unterschied der Confession.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, ferner das Bürgerrechts-Decret und ein legales Armutzeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind bis längstens 30. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departement zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. Jänner 1901. 1—3

3. 6133 ex 1900.

XIII. Kundmachung.

(Marie Ernst v. Erstenau'sche Stiftung.)

Am 1. März 1901 gelangt ein Drittel der Jahresinteressen des Marie Ernst v. Erstenau'schen Stiftungscapitales im Betrage von 168 K zur Vertheilung.

Zum Genuße dieser Stiftung sind sechs alte, dürftige, krüppelhafte, in Wien wohnende, einer der christlichen Confectionen angehörige Personen berufen.

Bewerber um eine Unterstützung aus dieser Stiftung haben ihren Gesuchen ein legales Armutzeugnis, ein armenärztliches Zeugnis über ihre Krüppelhaftigkeit, ihren Taufschein und ihre sonstigen Documente beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 15. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 14. December 1900.

3. 6357.

XIII.

Kundmachung.

(Johann Anton Eckhart'sche Stiftung.)

Der am 3. Juni 1856 verstorbene Herr Johann Anton Eckhart hat in seinem Testamente eine Stiftung für erwerbsunfähige Gewerbsleute gegründet, nach welcher so viele Stiftpfätze gebildet werden sollen, als das jeweilige Erträgnis des Stiftungscapitales 30 fl. C.M. oder 63 K liefern wird, und hat zugleich bestimmt, daß die Vertheilung dieser Stiftpfätze durch eine alljährlich im Monate März stattfindende Verlosung zu geschehen habe.

Zu diesem Stiftungsgenuße sind berufen: alle in Wien anässigen, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrecchen arbeitsunfähigen Gewerbsleute, die ein handwerksmäßiges Gewerbe betreiben oder betrieben haben, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, ohne Unterschied der Religion, die mit keiner oder keiner höheren als 6 fr. C.M. täglich betragenden Armenpspründe theilhaft sind.

Für das Jahr 1901 entfallen 26 Stiftpfätze, jeder zu 63 K.

Diejenigen, welche sich um einen solchen Stiftpfatz bewerben wollen, können sich, ohne Verbringung eines Gesuches und nur mit den nachfolgenden Ausweisen versehen, im Rathhause, im Armenstiftungs-Departement, vom 1. bis inclusive 16. Februar 1901, mit Ausnahme des Sonntages, von 10 bis 12 Uhr vormittags melden, wo diese Ausweise angenommen werden und jedem, der die Erfordernisse für diese Stiftung nachgewiesen hat, ein Los ausgefolgt wird.

Die beizubringenden Ausweise sind:

1. Der Ausweis über die Zuständigkeit nach Wien, der Tauf- oder Geburtschein, der polizeilich vidirierte Meldezettel.
2. Meister haben das Gewerbedecret oder den Gewerbechein, oder falls sie das Geschäft bereits zurückgelegt hätten, die

Bestätigung über die erfolgte Gewerbezurücklegung, Gesellen das Arbeitsbuch (Wanderbuch) oder den Lehrbrief, oder in Ermanglung dessen ein von der Genossenschaft ausgestelltes Zeugnis über die erfolgte Freisprechung beizubringen.

3. Ein legales, von der Armeninstituts-Vorstellung des Wohnortes bestätigtes Armutzeugnis und ein armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Die Ziehung der Lose erfolgt am 8. März 1901 um 10 Uhr vormittags öffentlich im Rathhause, 1. Stock, im Beratungszimmer des Gemeinderathes (Aufgang über Stiege 7), und es werden die gezogenen Nummern durch die „Wiener Zeitung“ und durch Anschlag am Rathhause und an den Gemeindegäußern veröffentlicht werden, wonach vom 15. bis inclusive 30. März 1901 der Stiftungsbetrag gegen Verbringung des Originalloses an jeden Inhaber eines gezogenen Loses von der städtischen Hauptcassa ausbezahlt wird.

Die bis inclusive 30. März 1901 nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 21. December 1900. 2—3

3. 6211 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Mautner v. Markhof'sche Stiftung.)

Am 27. Juni 1901 gelangen die Zinsen der Mautner v. Markhof'schen Stiftung des Jahres 1900 im Betrage von 630 K an einen schuldlos verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Gewerbetreibende, welche schuldlos verarmt sind, insbesondere solche, die infolge länger andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Cur bedürftig sind, ihre Gewerbe in Wien ausüben, in Wien wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen. Die Verleihung steht dem Wiener Stadtrathe zu und ist eine wiederholte Verleihung an dieselbe Person zulässig.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, den Gewerbechein und den Steuerbogen, den Heimatschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, endlich ein legales Armutzeugnis, in welchem der Umstand, daß der Bittsteller schuldlos verarmt ist, bestätigt erscheint, beizulegen.

Jene Bittsteller, die sich auf ihre Krankheit berufen, haben auch ein armenärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem die Dauer der Krankheit angegeben und die Nothwendigkeit eines Curgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit rüchlichlich Arbeitskraft ausgesprochen ist.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 18. December 1900. 3—3

Zur coulanten Besorgung
aller im
Coursblatte
notierten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterra.

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger und hervorragender schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen.

Vorschriftsmäßig belegte, eventuell mit Kunstproben versehene Gesuche sind zu überreichen bis 31. März 1901 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I., Lichtenseelgasse 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, am 2. Jänner 1901.

1-3

PATENTE

in allen Ländern besorgt Ingenieur

W. Theodorovič, beeid. Patentanwalt

Stephansplatz Nr. 8, Wien, I., Jasomirgottstrasse Nr. 2.

Seit 1877: 18.000 Patente besorgt. — Ausführliche Preis-Courante gratis und franco.



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen, Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coak-Heizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegetthoffstrasse 1, Ecke Neuer Markt.

Wiener Eiswerke

II., Alte Donau und I., Schulhof Nr. 6.

Gegründet 1872.

Telegramm-Adresse: Eiswerke Wien. — Telephon Nr. 253.

Grosses Diplom und Medaille der Jubiläums-Ausstellung Wien 1898. — Ehrendiplom und silberner Pokal Kochkunst-Ausstellung Wien 1884.

Donau-Block-Eis

von höchster Kühlkraft, Haltbarkeit und Reinheit.

Regelmässige Lieferung während des ganzen Jahres. — Ganze Wagenladungen nur plombiert unter Garantie richtigen Gewichtes.

K. k. landespriv. Teppich- und Möbel-toff - Fabriken

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten
Centrale: **Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.**

P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser **Wiener Warenhaus I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6** auch äusserlich vollständig neu ausgestattet haben, und erlauben uns zu dessen Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:
Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Niederösterr. Landes-Hypotheken-Anstalt.

KUNDMACHUNG.

Bei der in Gemäßheit des § 18 der Anstaltsstatuten am 7. Jänner d. J. vorgenommenen öffentlichen Verlosung, und zwar: der **XIX. der 4%igen** und der **VII. der 3½%igen Pfandbriefe**, dann der **II. der 4%igen** und der **V. der 3½%igen Landes-Communal-Schuldscheine** der n.-ö. Landes-Hypotheken-Anstalt wurden gezogen:

A. 4%ige Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 104.850 fl. = 209.700 K.

à 5000 fl.: Nr. 278 497 623 1326 1714 2234 2289 2818 2946 3431 4668.
à 1000 " " 724 725 726 727 1010 1318 2144 2416 2509 3422 3423 3424 3425 3504 3819 3820 3821 3822 3833 4304 4915 5904 6015 7423
à 500 " " 7723 7910 7918 8323 8418 8535 8858 8897 9079 9323 9403 9884 9885 9886 10043 10190 10604.
à 100 " " 12 450 522 1110 1505 1518 1910 2044 2335 2410.
à 50 " " 112 113 691 714 715 716 727 1390 1523 1714 2133 2134 2135 2136 2137 2232 2810 3615 4247 4313 4925 5233 5234 5235 5236
5237 5613 5716 6026 6312 6510 6615 6912 7415 7718.
à 50 " " 11 197 249 413 441 446 537.

B. 3½%ige Pfandbriefe im Gesamtbetrage von 5500 K.

à 2000 K: Nr. 32 60. à 1000 K: Nr. 44. à 200 K: Nr. 18 24. à 100 K: Nr. 7.

C. 4%ige Landes-Communal-Schuldscheine im Gesamtbetrage von 13.800 K.

à 10.000 K: Nr. 866. à 2000 K: Nr. 522.

à 200 K: Nr. 85 619 664 979 1021 1215 1238 1422 1522.

D. 3½%ige Landes-Communal-Schuldscheine im Gesamtbetrage von 10.400 K.

à 10.000 K: Nr. 1128. à 200 K: Nr. 2040 2041.

Die Zahlung dieser gezogenen Pfandbriefe und Landes-Communal-Schuldscheine, sowie der für die 3½%igen Papiere festgesetzten 2%igen Prämien erfolgt nach § 20 der Anstaltsstatuten sechs Monate nach der Ziehung, sonach am 1. Juli 1901 in Wien durch die Anstaltscaassa gegen Rückstellung der verlostten Stücke sammt Couponbogen und Talon. Verlostte Anstaltspapiere werden jederzeit gegen neue umgetauscht, hiebei bereits behobene Coupons vom Capitale nicht in Abzug gebracht; eventuell ist die hiebei zu Lasten der Anstalt eingetretene Zinsendifferenz zu ersetzen. Dem Besitzer verlostter Stücke, welcher bei deren Einlösung das Capital beehrt, werden vom Verfallstage an 3% Zinsen vergütet. — Von den bei früheren Verlosungen gezogenen Anstaltspapieren sind noch nicht zur Einlösung gelangt:

A. 4%ige Pfandbriefe.

à 5000 fl.: Nr. 307 375 918 1469 1511.
à 1000 " " 45 46 47 48 49 115 225 274 295 300 352 363 453 476 481 489 490 491 883 1211 1684 1860 1878 2115 2591 2762 2795 3363 3364.
à 500 " " 16 44 279 330 2374.
à 100 " " 173 181 261 868 906 2572 6866 7891 7919 10340.
à 50 " " 45 60 152 186.

B. 3½%ige Pfandbriefe.

à 2000 K: Nr. 37 47. à 1000 K: Nr. 21

C. 4%ige Landes-Communal-Schuldscheine.

à 10.000 K: Nr. 46.

D. 3½%ige Landes-Communal-Schuldscheine.

à 2000 K: Nr. 705 706 772 903. à 200 K: Nr. 21 273 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2047.

Die nächste Verlosung findet am 8. Juli 1901 statt.

Durch Rückzahlung, Rückkauf und Verlosung wurden bis Ende December 1900 aus dem Verkehre gezogen 21.699.900 K Pfandbriefe, 329.400 K Communal-Schuldscheine, wovon auf das Jahr 1900 entfallen 3.470.600 K Pfandbriefe und 170.000 K Communal-Schuldscheine.

Die Anstalt zahlt die Rentensteuer von den Pfandbriefzinsen aus eigenem, und werden daher die Coupons abzugfrei eingelöst.

Wien, am 7. Jänner 1901.

Vom Curatorium der n.-ö. Landes-Hypotheken-Anstalt

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 5.

Dienstag, den 15. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelne Exemplare à 20 Heller im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 11. Jänner 1901 unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen die Herren Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer und Gem.-Rath Professor Sturm wegen einer gleichzeitig stattfindenden wichtigen Sitzung des Landeslehrathes, der sie bewohnen müssen; ferner die Herren Gem.-Räthe Bärthl, Panosch, Baumgartner, Schlögl, Wolny, Obrist und Bässler.

2. Von Seite der k. u. k. Cabinets-Direction ist mir folgende Zuschrift zugekommen (liest):

„Im Allerhöchsten Auftrage beehre ich mich mit Beziehung auf die schätzbare Zuschrift vom 4. d. M., Pr.-B. 14, Euerer Hochwohlgeboren den Allerhöchsten Dank Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät für die allerunterthänigsten Glückwünsche der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anlässlich der Entbindung Ihrer k. u. k. Hoheit der Durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Augusta ergebenst bekanntzugeben.“

Wien, 5. Jänner 1901.

Der k. u. k. Cabinets-Director:
Schiefl.“

3. Von Seite des Dienstkammerers Seiner k. u. k. Hoheit des Durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Josef August erhalte ich folgende Zuschrift (liest):

„Hochgeehrter Herr Bürgermeister!

Ich beehre mich, dem hohen Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien aus Anlass der glücklichen Entbindung Ihrer k. u. k. Hoheit der Frau Erzherzogin Augusta dargebrachten Glückwünsche den Dank Seiner k. u. k. Hoheit des Durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Josef August und Ihrer k. u. k. Hoheit der Durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Augusta zu übermitteln. Womit ich verbleibe mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren ergebener

Volosca, am 8. Jänner 1901.

Graf Szapary,
Kammerherr.“

4. Die Direction des Kaiserjubiläums-Stadttheaters hat das Reinerträgnis der Wohlthätigkeits-Vorstellungen am 26. December 1900 im Betrage von 1907 K für die Armen Wiens gespendet. Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

5. Von Seite des Deutschmeister-Schützencorps erhalte ich folgende Zuschrift (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Unter höchlicher Bezugnahme auf unsere beiden Zuschriften vom 12. Juli 1900, womit wir 42.000 K und vom 9. November 1900, womit wir 25.000 K abgeführt haben, beehren wir uns, aus dem Erträgnisse der Deutschmeister-Denkmal-Lotterie einen weiteren Betrag von 14.000 K nominale Wiener Gasanleihe mit der ergebenen Bitte zu übermitteln, denselben dem dortigen Deutschmeister-Denkmalfonds einzuverleiben.

Wir haben sonach bis heute 81.000 K nominale Wiener Gasanleihe an den besagten Fond abgeführt.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, den Ausdruck unserer besonderen Hochachtung und Wertschätzung, womit wir zeichnen

Praba,
Commandant.

Albert de Crignis,
Schriftführer.“

Meine Herren! Ich habe mir erlaubt, gleichzeitig einen Ausweis bringen zu lassen, wie es denn eigentlich mit dem betreffenden Fonde bestellt ist. Nach diesem Ausweise ergibt sich, daß der Fond jetzt schon 155.862 K 20 h beträgt. Ich werde dem Magistrate den Auftrag geben, Vorschläge zu erstatten, um die Idee der Errichtung des Deutschmeister-Denkmales zur Durchführung zu bringen.

6. Von Seite der Gebrüder Gutmann erhielt ich folgende Zuschrift (liest):

„Wir erlauben uns, Ihnen zur Vertheilung an Arme der Stadt Wien ohne Unterschied der Confession ein Quantum von 2000 Zollcentner Kohle zur Verfügung zu stellen und bitten, uns mitzutheilen, in welchen Theilquantitäten und an welche Bezirksämter, respective sonstige Adressen dieses Quantum zuzustellen sein wird.“

Mit vorzüglicher Hochachtung

Gebrüder Gutmann.“

Ich habe diesbezüglich bereits Auftrag erteilt und es wird entsprechend den Wünschen der Geschenkgeber vorgegangen werden.

Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

7. Herr Gem.-Rath Eigner hat schon vor längerer Zeit an mich eine Interpellation wegen Ablagerung von Straßen- und Marktkehricht auf dem Schafberge im XVII. und XVIII. Bezirke gerichtet. Ich habe diesbezüglich bereits am 19. October und 27. November 1900 dem Gemeinderathe Mittheilungen gemacht und erlaube mir, folgende Ergänzung vorzubringen (liest):

„In Entsprechung des an den Magistrat ergangenen Präsidial-Auftrages vom 23. October 1900, Z. 12239, betreffend die Ablagerung von Straßen- und Marktkehricht auf dem Schafberge im XVII. und XVIII. Bezirke, berichtet das magistratische Bezirksamt des X. und XVII. Bezirkes, daß bereits am 20. October 1900 zur Zahl 35501 an den Eigenthümer der Parcellen 703/2, Einl.-Z. 855 Grundbuch Dornbach, und am 20. November 1900, beziehungsweise am 21. November 1900 zur Zahl 41112 ex 1900 an die mittlerweile eruierten Eigenthümer der in Betracht kommenden und im XVII. Bezirke gelegenen Parcellen 706, Einl.-Z. 4 Grundbuch Dornbach und 702/1, Einl.-Z. 532 Grundbuch Dornbach, der Auftrag ergangen ist, den auf den bezeichneten Parcellen gelagerten Straßen- und Marktkehricht zu entfernen und in Zukunft die Ablagerung eines solchen dortselbst zu unterlassen.“

Die Überwachung der Durchführung dieser Aufträge wurde der Stadtbauamts-Abtheilung für den XVII. Bezirk aufgetragen, und über Bericht derselben der Eigenthümer der erstbezeichneten Parcellen wegen Nichtbefolgung des hierämtlichen Auftrages mit Erkenntnis vom 16. November 1900 zu einer Geldstrafe von 6 K verurtheilt.“

Ich ersuche um Verlesung der eingelaufenen Interpellationen.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):

8. Interpellation des Gem.-Rathes Bok:

Seit einer Reihe von Jahren besteht bei der Tramway der Unfug, daß bei Schneefall und Frost die Schienenreinigung durch Salzstreuen vorgenommen wird. Dies hat schon wiederholte Beschwerden des Publicums, besonders der Pferdebesitzer, zur Folge gehabt. Auch im löblichen Gemeinderathe ist bereits mehrmals die Abstellung dieses argen Uebelstandes begehrt worden. Leider besteht dieser noch immer fort. Im vorigen schneereichen Winter ist durch dieses Salzstreuen ein außerordentlich großer Schaden an den Pferden hervorgerufen worden. Auch heuer zeigt sich trotz des geringen Schneefalles, daß die Tramwayschienen nach wie vor durch Salzstreuen gereinigt werden.

Es geht doch auf die Dauer nicht an, daß Hunderte und Tausende an ihren Thieren, Wagen und Schuhwerke Schaden leiden, damit ein paar Actionäre einer großen Transport-Unternehmung Arbeiter und Geldauslagen ersparen.

Auf eine in diesem Gegenstande vor mehreren Jahren im löblichen Gemeinderathe eingebrachte Interpellation wurde damals, so viel ich mich erinnere, geantwortet, daß der Tramway-Gesellschaft nach Verbrauch ihres noch auf Lager befindlichen Salzquantums die fernere Anwendung von Salz zum Schneereinigen untersagt werden wird. Seither ist aber der Vorrath gewiß schon längst verbraucht, es ist eine neue Gesellschaft entstanden, der alte Schlenbrian ist aber geblieben.

Der große Schaden besteht in der an den Pferden abnorm zahlreich auftretenden Maulke, einem im Fesselgelenke auftretenden Ekzem, welches im vorgeschrittenen Stadium der Entwicklung als „wilde Maulke“ oder „Brandmaulke“ bezeichnet wird, eine langwierige, oft Monate hindurch währende Behandlung erfordert, nicht selten die Untauglichkeit des Pferdes zum Dienste mit sich bringt und dessen Schlachtung nothwendig macht und bei besonders ungünstigen Umständen oder nicht genug sorgfamer Pflege in „Blämie“ ausartet und das Verenden des Thieres zur Folge hat.

Nach den übereinstimmenden Erfahrungen der Herren Amtsthierärzte und vielbeschäftigter Privatthierärzte war im letztvergangenen Winter der größte Percentsatz aller kranken Pferde an Maulke erkrankt, und zwar waren es nicht leichte, sondern sehr hartnäckige Fälle von Maulke, welche der eingreifendsten Behandlung durch viele Wochen, ja Monate, getrozt haben.

Leider existiert hierüber keine Statistik.

Eine solche würde, was die Genossenschaften der Schwenfwerkwerfer, Kleinfuhrleute, Fiaker, Einspänner, Lohndiener, aber auch das andere Geschäft- und Privatfuhrwerk anbetrifft, ein staunenswerthes Resultat ergeben haben. Aber auch die Pferdebesitzer hätten die Daten über den außerordentlichen Zuwachs an Schlachtopferden im vergangenen Winter liefern.

Die Ursache dieser abnorm zahlreichen Maulke-Erkrankungen — darüber dürfte in Wiener Veterinärkreisen eine Meinung herrschen — liegt in der schädlichen Einwirkung des auf die Schienen gestreuten Salzes, eigentlich der daraus entstandenen Lösung. Die salzige Jauche breitet sich aus, wird auseinander getreten, auseinander geleert, fließt wieder zurück, vermengt sich mit dem Straßenlothe und gelangt so in aller Form auf den Thierkörper.

Wenn man nun bedenkt, daß die Pferde der Wiener Fiaker und Einspänner oft 14 Stunden des Tages und noch mehr in ununterbrochener Verwendung stehen und während dieser Zeit gar keine Gelegenheit ist, die Pferde entsprechend zu reinigen, nachdem dies auf den Fiaker- und Einspänner-Standplätzen geradezu polizeilich verboten ist, so erscheint es bei so lange dauernder Einwirkung des schädlichen Einflusses auf den thierischen Körper wohl erklärlich, warum namentlich den Fiakern und Einspannern im vergangenen Winter Pferde im Werte von mehreren Tausenden von Gulden an Maulke zugrunde giengen.

Wären doch bei der Tramway selbst, wo eine musterhafte Stallwirtschaft besteht, wo die Pferde nur wenige Stunden im Tage in Verwendung sind und nach derselben sogleich wieder sorgfältig gereinigt werden, ungeachtet aller vorhandenen Vorsichtsmaßregeln diesen Winter erwiesenermaßen mehrere hundert Pferde an Maulke erkrankt.

Zu dieser enormen Schädigung an Pferdmaterial kommt noch die Schädigung der Wagen, deren Lackierung durch die Einwirkung der hinaufspritzenden, mit dem Kothe der Schienen vermengten Salzjauche zerstört wird. Auch das Schuhwerk und die Kleider der Passanten leiden unter der Einwirkung der ätzenden Flüssigkeit.

Endlich muß erwähnt werden, daß auch die Hunde Entzündungen und Geschwüre infolge der Ätzung durch die Salzjauche davontragen.

Wenn die Behörde sonstige Straßenverunreinigungen, zum Beispiel durch das Ausleeren von Spülwasser verbietet und bestraft, so sollte auch der Tramway gegenüber mit demselben Maße gemessen werden.

Ich erlaube mir daher die Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, daß dem so schädlichen Bestreuen der Straßenbahnschienen mit Salz durch ein strenges Verbot endlich ein Ende bereitet wird?

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren! Sie werden es begreiflich finden, daß ich auf eine solche Anfrage nicht sofort Antwort zu erteilen in der Lage bin. Ich werde den Gegenstand neuerdings einer genauen Prüfung unterziehen. Ich fürchte sehr, wenn nicht gestreut wird und der Verkehr der Tramway irgend unterbrochen werden muß, daß dann noch mehr Klagen sich geltend machen werden. Ich kann nur sagen, ich werde die Sache genauestens prüfen, vielleicht findet sich irgendein anderes Mittel, um eine solche Reinigung der Schienen herbeiführen zu können, damit der Verkehr aufrecht erhalten werden kann. Aber die Aufrechthaltung des Verkehrs ist die erste Nothwendigkeit. (Beifall.) Das glaube ich wohl im allgemeinen Interesse sagen zu müssen.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):**9. Anfrage des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck:**

Wie mir von Seite des Herrn Bezirksvorsehers Helbling und der Bezirksräthe Schwach und Steinmay berichtet wird, hat die Oesterreichische Omnibus-Gesellschaft den seit mehr als 40 Jahren bestehenden Stellwagenverkehr vom Hof nach Dornbach-Neuwaldegg am 9. Jänner eingestellt und es verkehrt nur jede Stunde ein Wagen von der Nordwestbahn bis Hernals, Kulmgasse, und von da ein Umsteigewagen nach Dornbach.

Dass dieser Verkehr der Dornbacher und Neuwaldegger Bevölkerung großen Schaden verursacht, ist ja selbstverständlich, und nimmt mich Wunder, dass die hohe k. k. Statthalterei so ruhig zuseht und durch dieses Zusehen die Bevölkerung arg schädigt.

Ich stelle daher an den sehr geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage: ob er nicht geneigt wäre, die Gesellschaft zu veranlassen, dass der früher ohnehin sehr beschränkte Verkehr in selber Weise wie er war vom Hof—Dornbach-Neuwaldegg wieder hergestellt werde.

Bürgermeister: Meine Herren! Ich habe diese Anfrage, welche rechtzeitig eingebracht wurde, dem Magistrat zugemittelt und erhalte von letzterem folgenden Bericht (liest):

„Die Oesterreichische Omnibus-Gesellschaft hat mit Eingabe vom 5. December 1900 beim Magistrate als politischer Behörde I. Instanz das Ersuchen gestellt, ihr entweder die Außerbetriebsetzung der Stellwagenstrecke Neuwaldegg—Hof während der Wintermonate, das ist bis inclusive 30. April 1901, oder aber die Einschränkung des Verkehrs und die Abtürzung obiger Strecke auf die Theilstrecke Neuwaldegg—Kulmgasse für obige Zeit bewilligen zu wollen, wobei sie auf den bestehenden Umsteigerverkehr hinwies, welcher es den Fahrgästen ermöglicht, bei der Kulmgasse in andere Gesellschaftswagen umzusteigen und die Fahrt bis zur Inneren Stadt fortzusetzen.“

Dieses Ansuchen hat der Magistrat als Gewerbebehörde nach gepflogenen Einvernehmen mit der k. k. Polizei-Direction unter dem 5. d. M. ad M.-Z. 126116 dahin erledigt, dass der obigen Gesellschaft die Bewilligung erteilt werde, bis inclusive 30. April 1901 mit den von Neuwaldegg ab verkehrenden Stellwagen statt bis zum Hof nur bis zur Kulmgasse zu fahren.

Es handelt sich sonach bloß um eine zeitliche, durch die Verhältnisse begründete Beschränkung des Verkehrs, welche der gänzlichen Einstellung des Betriebes auf obiger Stellwagen-Route, zu welcher die Gesellschaft bei Einhaltung der vierwöchentlichen Betriebspflicht des § 53 der Gewerbeordnung berechtigt gewesen wäre, vorgezogen werden mußte.“

Ich werde demnach diese Interpellation nochmals dem Magistrate mit dem Auftrage zumitteln, diesen Gegenstand einer neuerlichen Erwägung zu unterziehen; vielleicht läßt sich noch irgend etwas ändern.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):**10. Antrag des Gem.-Rathes Gsottbauer und Genossen:**

Bei Berücksichtigung des Umstandes, dass die Stadtsäuberung jährlich eine namhafte Summe verschlingt für die Reinigung der Straßen, sowie Abfuhr des sich aus denselben ergebenden Urathes und der in die Canäle geleiteten Abfälle, erscheint es als eine dringende Aufgabe, für eine rationelle Abgarmachung und Verwertung solcher Producte zu sorgen, um die großen Auslagen einigermaßen zu compensieren.

Oesterreichischen Chemikern ist es gelungen, in der ange deuteten Richtung einen beachtenswerten Fortschritt vorzunehmen zu dürfen.

Nach einem sachmännischen Berichte, welchen Herr Professor Max König in Brünn an den dortigen Gemeinderath erstattet hat, haben Versuche ergeben, dass mit geringem Kostenaufwand die Stickstoffe aus den Canälen zur Gas-Erzeugung geeignet sind; ein großer Theil der städtischen Beleuchtung könne auf diese Weise gedeckt werden.

Auf Grund des citirten Berichtes erlaube ich mir zu beantragen:

Das Stadtbauamt werde beauftragt, über den Wert der erwähnten Proben in Brünn Erhebungen zu pflegen und in möglichst

kürzester Frist an den Gemeinderath der Stadt Wien Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):**11. Antrag des Gem.-Rathes Seih und Genossen:**

Anlässlich der stattfindenden Reichsrathswahlen hauptsächlich der V. Curie wurden über 200.000 von Wahllegitimationen und Stimmzetteln durch die k. k. Post innerhalb einiger Tage expediert.

Auch zu der am 7. d. M. stattgefundenen Stichwahl im II. Wiener Wahlkreis mußten 68.000 Stimmzettel den Wählern binnen zwei Stunden zugestellt werden. Die Zustellung dieser Druckforten wurde seitens der Post-Bediensteten trotz ihres gewiß sehr anstrengenden Dienstes rasch und gewissenhaft durchgeführt.

Mit Rücksicht auf die gleichzeitig überdies große Neujahrs-Expedition von Briefen muß den k. k. Briefträgern für ihre aufopfernde Thätigkeit vollste Anerkennung und Bewunderung ausgesprochen werden.

Mit Hinweis auf die vorgesezte große und überanstrengende Dienstleistung stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Der Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle beschließen, den k. k. Briefträgern für ihre aufopfernde Thätigkeit als Anerkennung eine Remuneration zukommen zu lassen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wieninger (liest):**12. Antrag des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck und Genossen:**

Das immer weitere Vordringen großer, bedeutender und bevorzugter Verkehrsmittel verursacht unter den kleinen Fuhrwerkbesitzern, Fiakern und Einspannern eine Concurrenz, dass dieselben mit dessen Existenz bedroht erscheinen. Verschiedenen Anforderungen der Neuzeit entsprechend, wie Gummireifen, Lohn-erhöhung, gesteigerte Stallmiete, erhöhte Standplatzpreise, sowie fortwährenden Steigerungen des Fütterungsmaterials (Hafer, Stroh) bilden den Kampf ums Dasein seitens der Fiaker und Einspanner; von einer Einrichtung (Taxameter), die dem ohnehin stark bedrängten Stand zum vollständigen Ruine verhelfen soll, gar nicht zu sprechen; weiters eine ganz planlose Licenz-erweiterung etc.

Um jedoch nicht leere Worte zu gebrauchen und wenigstens helfend beizustehen, beantrage ich:

Jenen Licenzinhabern (Inhaberinnen), welche nur bis zu drei Licenzen haben, sei die Licenzgebühr nachzusehen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung.

Herr Gem.-Rath Zajka wird an Stelle des Gem.-Rathes Dr. Deutschmann die auf der Tagesordnung befindlichen Referate des Letzteren erstatten.

13. Referent Gem.-Rath Zajka: Zahl 14867. Der Magistrat ist schon seit längerer Zeit bestrebt, die Beseitigung jener Brückenobjecte im oberen Wienflussgebiete zu erwirken, die so construirt sind, dass ein Abschwimmen derselben bei einem Hochwasser eintreten kann, weil in diesem Falle die von der Gemeinde im Vollmachtsnamen der Commission für Verkehrsanlagen ausgeführten Regulierungsbauten gefährdet werden könnten. Nun hat aber die k. k. Bezirkshauptmannschaft Hiezing-Umgebung drei solcher Holzstege des Franz Wojtech, Johann Meier und der Rosa Holzner in Purkersdorf zu belassen bewilligt. Allerdings hat sie besondere Bedingungen an die Belassung dieser Objecte geknüpft. Nichtsdestoweniger bleiben aber die Objecte stehen. Die Gemeinde hat dagegen den Recurs ergriffen. Das Ackerbauministerium hat dem Recurse jedoch keine Folge gegeben. Ein weiterer Instanzenzug ist nicht mehr möglich. Es wird daher beantragt, der Gemeinderath wolle die Entscheidung des Ackerbauministeriums zur Kenntnis nehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Drel contra!

Gem.-Rath Drel: Nicht contra! Es scheint ein Irrthum hier vorzuliegen. Der Herr Referent stellt den Antrag, die Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen . . .

Bürgermeister: Das war der Antrag des Magistrates. Im Stadtrath ist aber entgegen diesem Antrage beschlossen worden, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Referent: Nein, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Aber ich weiß es bestimmt. Ich war heute in der Stadtraths-Sitzung. Der Beschluss ist auf Grund des Antrages gefasst worden, den Herr Vice-Bürgermeister Strobach gestellt hat. (Zustimmung.)

Vice-Bürgermeister Strobach: Es ist ganz merkwürdig, dass von Seite der Behörden gestattet werden soll, dass diese Holzstege oberhalb des Gemeindegebietes belassen werden sollen. Sie wissen ja, die Wien ist eingewölbt, und wenn auch das Profil ein solches ist, dass wir annehmen können und dürfen, dass nicht leicht etwas geschehen kann, so wird dadurch, dass diese Holzstege gestattet und geduldet werden, immerhin eine eminente Gefahr bei Hochwasser herbeigeführt. Es ist daher merkwürdig, dass das Ackerbauministerium die Belassung dieser Stege gestatten will. Die Gemeinde Wien kann aber, glaube ich, unter gar keinen Umständen dulden, dass eine derartige Gefahr draußen bestehen gelassen wird, und ich habe daher in der heutigen Stadtraths-Sitzung entgegen dem Magistrats-Antrage beantragt, die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Bürgermeister: Es ist dies auch nicht einstimmig angenommen worden.

Gem.-Rath Mayer: Ich bin selbstverständlich für den Antrag. Man misst mit verschiedenen Maßen und das braucht die Gemeinde sich nicht gefallen zu lassen. Nur eines möchte ich wissen, wie motiviert der Magistrat sein Verhalten?

Vice-Bürgermeister Strobach: Das Stadtbauamt war zuerst dagegen, dann hat das Ackerbauministerium so entschieden, und es hat sich der Magistrat dem Stadtbauamt dann angeschlossen.

Referent: Der Magistrat hat seinerzeit gegen diese Entscheidung den Recurs ergriffen, das Ackerbauministerium hat mit Entscheidung von 18. Februar 1900 diesem Recurse keine Folge gegeben.

Der Magistrat sagt weiter (liest):

„Da der Instanzenzug nunmehr erschöpft ist, glaubt der Magistrat mit Rücksicht darauf, dass es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nach dem freien Ermessen der Behörde zu beurtheilen ist, empfehlen zu sollen, dass ein weiterer Recurs nicht mehr ergriffen werden solle.“

Gem.-Rath Mayer: Eine sonderbare Auffassung.

Bürgermeister: Ich bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, dass die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen wird, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluss: Gegen den Erlaß des k. k. Ackerbauministeriums vom 18. November 1900, Z. 24795, betreffend die Belassung der Stege des Franz Wojtech, Johann Mayer und der Rosa Holzer in Burkensdorf, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

14. Referent Gem.-Rath Zahka: Zahl 157 betrifft den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 20. November 1900, Z. 30548, betreffend die Bestreitung einiger Kirchenerfordernisse und des Messnergehaltes bei der Pfarrkirche in Kaiser-Ebersdorf.

Es wird beantragt, es sei gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Wünscht jemand, das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich erjuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluss: Gegen den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 20. November 1900, Z. 30548, betreffend die Bestreitung einiger Kirchenerfordernisse und des Messnergehaltes bei der Pfarrkirche in Kaiser-Ebersdorf, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

15. Referent Gem.-Rath Zahka: Zahl 156 betrifft den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 26. November 1900, Z. 32472, betreffend die Leistung der Hand- und Zugarbeitskosten bei Herstellungen an der Pfarrkirche zu St. Johann in Wien, II. Bezirk.

Es wird beantragt, es sei gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Mayer!

Gem.-Rath Mayer: Meines Wissens — ich glaube mich nicht zu täuschen — gehört die Kirche St. Johann von Nepomuk unter die Verwaltung der Statthaltereie.

Bürgermeister: Gewiß!

Gem.-Rath Mayer: Wie kommen wir dazu, dass man uns so etwas aufträgt, das muß doch irgendwie motiviert werden, warum so etwas nicht a limine abgewiesen wird, begreife ich überhaupt nicht.

Bürgermeister: Da müßte die ganze Geschichte wieder aufgewickelt werden, es ist besser wir reden nichts darüber, es sind schon ungezählte Beschwerden bei dem Verwaltungsgerichtshof anhängig, endlich wird eine entschieden werden und dann wissen wir, wie wir daran sind.

Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich erjuche diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Beschluss: Gegen den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 26. November 1900, Z. 32472, betreffend die Leistung der Hand- und Zugarbeitskosten bei Herstellungen an der Pfarrkirche zu St. Johann in Wien, II. Bezirk, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

16. Referent Gem.-Rath Zahka: Zahl 215 betrifft den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 6. December 1900, Z. 33341, betreffend die Entlohnung der Kirchenbediensteten und die Bestreitung der Kirchenerfordernisse bei der Pfarrkirche in Rudolfsheim.

Es wird beantragt, es sei gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Ich bitte um die Annahme.

Gem.-Rath Mayer: Wer hat das Patronat?

Referent: Ich glaube, die Statthaltereie.

Bürgermeister: Gewiß nicht die Gemeinde.

Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Gegen den Erlass des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 6. December 1900, Z. 33341, betreffend die Entlohnung der Kirchenbediensteten und die Bestreitung der Kirchnerfordernisse bei der Pfarrkirche in Rudolfsheim, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

Bürgermeister: Ich ersuche nunmehr den Herrn Kollegen Tomola, jene Referate zu erstatten, als deren Referent Herr Gem.-Rath Dr. Wähler auf der Tagesordnung angeführt erscheint.

17. Referent Gem.-Rath Tomola: Zur Zahl 11208 liegt ein Antrag des gewesenen Gem.-Rathes Herrn Herold vor, dahingehend, es sei der Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr zu subventionieren, oder wenn dies nicht angehe, so sei dem statistischen Departement der Stadt Wien eine Dotation in der Höhe von 300 fl. zuzuweisen (Zwischenrufe: Kronen!) — in dem Antrage Herold heißt es Gulden — damit ein Verzeichnis der in Wien angekommenen Fremden in den Blättern veröffentlicht werde. Der Magistrat berichtet über diesen Antrag, von mir kurz zusammengefaßt, dahingehend daß eine Zusammenstellung der Fremdenliste durch viele Jahre seitens der Polizei-Direction vorgenommen wird und hektographierte Exemplare derselben den Tagesblättern und zwei Exemplare auch dem statistischen Departement zugewiesen werden, so daß sich eine Erhöhung der Dotation für das statistische Departement als überflüssig ergibt. In Anbetracht aber des im übrigen so wohlthätigen Wirkens des Vereines hat der Stadtrath sich entschlossen, dem Gemeinderath zu empfehlen, dem Verein eine Subvention in der Höhe von 300 K zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche den Antrag des Stadtrathes annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Wiener Vereine für Stadtinteressen und Fremdenverkehr wird eine Subvention von 300 K pro 1901 bewilligt.

18. Referent Gem.-Rath Tomola: Zur Zahl 4254 liegt eine Eingabe des Vereines des Kaiserjubiläums-Stadttheaters in Betreff des Orchesterraumes vor. Dieser Orchesterraum wurde ursprünglich in einer Breite von 3.95 m angelegt.

Es hat sich herausgestellt, daß ein so großer Orchesterraum für diese Bühne nicht nothwendig ist, weil musikalische Stücke, Opern und Operetten, nicht aufgeführt werden. Deswegen wurde gleich mit Beginn des Theaters provisorisch das Orchester in der Weise verkleinert, daß mittels Träger eine neue Sirkreihe über dem Orchester geschaffen worden ist. Es wird von Seite des Stadttheater-Vereines das Ersuchen gestellt, diese seinerzeit provisorisch verfügte Umgestaltung in eine definitive zu verwandeln. Endlich wird bemerkt, daß die Zurückrückung des Orchesters, beziehungsweise dessen Vergrößerung jederzeit möglich gemacht werden kann.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Drel!

Gem.-Rath Drel: In dem schriftlichen Referate, welches hier vorliegt, heißt es, daß diese Verengerung entgegen einem

Gemeinderaths-Beschlusse vorgenommen worden ist, während der Referent hier ausgeführt hat, es sei gleich im Anfange das provisorisch gemacht worden. Also, es reimt sich das nicht ganz. Wenn es entgegen dem Gemeinderaths-Beschlusse geschehen ist, so könnte man das nicht einfach zur Kenntnis nehmen, weil, wenn etwas entgegen einem Gemeinderaths-Beschlusse geschieht, es nicht das richtige Mittel ist, wenn das Entgegenhandeln einfach zur Kenntnis genommen wird. Es müßte Vorseeung getroffen werden, daß dem Bühnenvereine gesagt wird, welche Maßregel ergriffen wird, wenn gegen einen Beschluß des Gemeinderathes gehandelt werden sollte.

Bürgermeister: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Der Herr Referent zum Schlußworte.

Referent: Aus der Eingabe des Vereines ist nicht zu entnehmen, daß ein Beschluß des Gemeinderathes verlegt worden ist. Es wird sich lediglich auf einen Beschluß des Stadtrathes bezogen. Richtig ist nach der Actenlage, die ich vor mir habe, daß die eine Sirkreihe thatsächlich provisorisch schon besteht, während der Verein jetzt erücht, dieselbe in eine definitive umzuwandeln. Der Orchesterraum wird nicht verkleinert, sondern er bleibt in der jetzigen Größe bestehen. Es ist eine ernstliche Einwendung nicht zu erheben.

Es wird deswegen Ihre Zustimmung beantragt.

Bürgermeister: Ich glaube, der Antrag ist so aufzufassen, daß in den Bestimmungen, welche der Gemeinderath bezüglich des Baues des Theaters getroffen hat, ein größerer Orchesterraum ins Auge gefaßt wurde, als wirklich hergestellt wurde. (Gem.-Rath Drel: Dann ist es nicht ganz klar gewesen!)

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Der entgegen dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 11. März 1898, Z. 2228, durchgeführten Verkleinerung des Orchesterraumes des Kaiserjubiläums-Stadttheaters wird zugestimmt.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schuch wird das Referat erstatten, als dessen Referent auf der Tagesordnung Herr Gem.-Rath Fiedler angeführt erscheint. Herr Gem.-Rath Fiedler ist heute deswegen nicht anwesend, weil seine Tochter erkrankt ist.

19. Referent Gem.-Rath Schuch: Ich habe die Ehre, zur Zahl 15162 zu referieren. Baulinienbekanntgabe für die dem niederösterreichischen Findelhausfonde gehörige Realität Alserstraße 21 bis 23 und Laudongasse 12.

Das vorliegende Ansuchen des niederösterreichischen Landesauschusses kann nur mit großer Freude begrüßt werden, weil infolge des nunmehr ermöglichten Durchbruches der Längengasse einerseits der große Verkehr durch die Skodagasse von der Spitalgasse her abgelenkt, andererseits aber eine Durchzugslinie bis zur Längengasse und Lerchenfelderstraße geschaffen wird.

Ich ersuche daher, dem in Ihren Händen befindlichen Plane Ihre Zustimmung zu geben, daß die Baulinie nach den angezeigten Buchstaben fixiert wird.

Ich bitte um Genehmigung des Stadtraths-Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluss: 1. Zur Verbindung der Alserstraße mit der Laudongasse im Zuge der Spitalgasse beziehungsweise Lange-gasse wird ein 19 m breiter Straßengrund nach den im Originalplane roth schraffierten Linien A B — C D genehmigt.

2. Das neue Straßenniveau ergibt sich als stetige Verbindung der Niveaus der Alserstraße und Laudongasse.

Bürgermeister: Es wird nunmehr wieder Herr Gem.-Rath Tomola jene Referate erstatten, als deren Referent auf der Tagesordnung Herr Gem.-Rath Dr. Krenn angeführt erscheint. (Gem.-Rath Mayer: Mir scheint, die Stadträthe streifen heute alle, oder es ist ihnen zu kalt!) Ich weiß selbst nicht, was es ist. Ich bin auch nicht darüber entzückt.

20. Referent Gem.-Rath Tomola: Zahl 315. Es wird hier ein Act vorgelegt, welcher bezweckt, daß Vorkehrungen behufs Einschränkung des Wasserconsums aus Anlaß des verminderten Zuflusses aus den Hochquellen getroffen werden.

Die Herren können sich denken, daß durch das Eintreten von Frostwetter, welches nun seit 1. Jänner 1901 ungeschwächt andauert, der Zufluß in unsere Reservoirs sich um eine ziemliche Quantität vermindert hat.

Es ist allerdings vorläufig keine Gefahr, daß die Stadt Wien Wassermangel leiden wird, wohl aber ist es nothwendig, einige Verfügungen zu treffen, um gegen alle Eventualitäten geschützt zu sein.

Es wird deswegen zunächst beantragt (liest):

„1. Der Herr Bürgermeister sei zu ersuchen, eine Kundmachung im Sinne des vorgelegten Entwurfes zu erlassen.“

Dieselbe lautet (liest):

„Infolge des andauernden Frostes im Quellengebiete ist die Ergiebigkeit der Hochquellenleitung neuerlich derart gesunken, daß seit einer Reihe von Tagen der Wasserverbrauch den Zufluß weit übersteigt und der Wasserstand in den Reservoirs in rapider Weise sinkt.

Dieser außerordentlich große Wasserverbrauch ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß, um das Einfrieren der Hausleitungen zu verhindern, in vielen Fällen die Ausläufe derselben offen gelassen werden, während es in der Regel genügt, bei dem Auslaufe im obersten Stockwerke einen dünnen Wasserstrahl ausfließen zu lassen. Die Ausflußhähne können überdies durch Umhüllung mit Stroh, Berg, Tuchenden u. dgl. oder auch durch ein Wintergehäuse geschützt werden.

Um einen weitergehenden Wassermangel hintanzuhalten, ergeht im Interesse der ungestörten Wasserversorgung an die Bewohner Wiens das dringendste Ersuchen, den Wasserverbrauch auf das Nothwendigste zu beschränken, da sonst das Wasser für den normalen Hausbedarf durch Abperrung der Stockwerksleitungen und andere empfindliche Maßregeln gesichert werden müßte.

Ich vertraue auf den Gemein Sinn der Bewohner Wiens und hege die zuversichtliche Erwartung, daß jedermann bestrebt sein wird, die zur Verminderung des Wasserverbrauches eingeleiteten Maßnahmen wirksamst zu unterstützen.“

„2. Der Herr Bürgermeister sei zu ermächtigen, bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen mit dem Ansuchen einzuschreiten, der Gemeinde Wien für die Dauer des dringendsten Bedarfes die provisorische Bewilligung zu erteilen, jenes Überflußquantum aus den Quellen oberhalb des Kaiserbrunnens, welches gegenüber dem concedierten Quantum täglicher 36.400 m³ verbleibt,

bis zur Maximalhöhe von 8000 bis 10.000 m³ in Anwendung der §§ 33 und 34 W.-G. und vorbehaltlich der späteren Verhandlung mit den beteiligten Wasser-Interessenten, nach Wien einleiten zu dürfen.

Diese zu erwirkende Bewilligung hätte bis 15. April 1901 wirksam zu sein.“

Bürgermeister: Hier steht, bis zur Maximalhöhe von 8000 bis 10.000 m³; sagen wir gleich bis zur Maximalhöhe von 10.000 m³! Herr Gem.-Rath Mayer!

Gem.-Rath Mayer: Zu Punkt 1 brauchen wir eigentlich gar nicht unsere Zustimmung zu geben, denn es liegt ja im Ermessen und in der Machtvollkommenheit des Herrn Bürgermeisters, daß er eine Kundmachung erläßt, in welcher auf Sparsamkeit hingewiesen wird.

Bei Punkt 2 möchte ich mit Rücksicht auf die hierbei in Betracht kommenden Interessen mir große Vorsicht anferlegen und daher nur an den Herrn Referenten die Frage stellen, ob man vielleicht schon weiß, wie sich die Wasser-Interessenten aus jener Gegend hiezu verhalten werden, damit nicht wieder ungemessene Forderungen gestellt werden, wie es schon oft geschehen ist.

Bürgermeister: Nichts ist geschehen. Ich rechne dabei darauf, daß auch diesmal das nämliche Verfahren beobachtet werde, welches wir schon einmal bei einer ganz gleichen Angelegenheit beobachtet haben. Billig ist das Auskunftsmittel nicht, aber es muß ergriffen werden, und der Umstand, daß dieses Referat erstattet worden ist, rechtfertigt gewiß die Action wegen der zweiten Kaiser Franz Josef-Hochquellenwasserleitung, die von mancher Seite bestritten worden ist. Wenn wir diese nicht bekommen, werden wir recht bald, vielleicht schon nach fünf Jahren, unter keiner Bedingung mehr auskommen, wenn eine halbwegs andauernde Hitze oder eine langandauernde Kälte eintritt.

Ich muß Sie heute bitten, in diesen saueren Apfel zu beißen.

Gem.-Rath Mayer (fortfahrend): Würden Sie, Herr Bürgermeister, es nicht rätlich finden, sich mit den Herren ein Bißchen ins Einvernehmen zu setzen?

Bürgermeister: Ich glaube nicht, daß es etwas nützen würde; je mehr man redet, desto schlechter ist es.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Schlechter.

Gem.-Rath Schlechter: Wenn ich den Referenten recht verstanden habe, so hat er gesagt, daß eine unmittelbare Gefahr bezüglich der Wasserversorgung nicht vorhanden sei.

Bürgermeister: O ja!

Gem.-Rath Schlechter (fortfahrend): Aber das hat ja der Herr Referent betont, ich habe doch richtig verstanden. Nun, ich muß sagen, daß ich mich darüber freue und auch ganz Wien wird sich darüber freuen, wenn wir hören, daß eine unmittelbare Gefahr bezüglich der Wasserversorgung nicht vorhanden ist. Aber was ich ganz besonders hervorheben will, ist noch ein zweites erfreuliches Moment, und ich bin offen genug, dies anzuerkennen, wenn es nämlich möglich wäre, es auf diese Weise durchzuführen. Wir hatten in früheren Jahren auch wiederholt Wassermangel, namentlich in einem strengen Winter, wenn Frost eingetreten ist.

Das ist ja kein Wunder. Es gefriert ja auch in Wien, warum soll es nicht im Nase- und Hüllenthal gefrieren. Nur haben wir damals zu einem sehr unangenehmen Auskunftsmittel greifen müssen, nämlich dazu, Wasser mittels Dampfmaschinen aus dem offenen Gerinne der Schwarza zu schöpfen und in den Aquädukt einzuleiten. Das war zwar ein sehr fatales Auskunftsmittel-

mittel, aber wir müßten dazu greifen, weil wir damals die höher gelegenen Quellen noch nicht in unserem Besitze gehabt haben.

Aus der Fassung dieses Antrages geht aber hervor, daß es sich hier nicht um das Schöpfen von Wasser aus dem offenen Gerinne handelt, sondern lediglich um jenes Überquantum, welches aus den Quellen genommen werden kann und das über dem concedierten Quantum von 36.400 m³ übrig bleibt. Ich glaube, das ist immerhin ein sehr erfreuliches Zeichen. Es wird dies auch zur Beruhigung der Bevölkerung dienen, und ich muß sagen — ich habe damals selbst der Wasserversorgungs-Commission des Gemeinderathes angehört — für uns war es damals auch recht unangenehm, daß wir zu diesem Mittel greifen, nämlich aus dem offenen Gerinne schöpfen lassen müßten; es blieb uns eben damals nichts anderes übrig, weil ja die oberen Quellen noch nicht eingeleitet waren. Ich glaube daher, es soll nochmals betont werden, daß es unter allen Umständen erfreulich ist, daß durch die Einbeziehung der im oberen Raisthale befindlichen Quellen es ermöglicht ist, ein solches Mehrquantum zu gewinnen, ohne daß man aus dem Flusse schöpfen mußte. In dieser Beziehung stimme ich mit dem Herrn Referenten überein.

Bürgermeister: Ich muß öffentlich mittheilen, daß die Reservoirs beinahe schon bis zur Hälfte geleert sind; sie sind nur etwas mehr als über die Hälfte gefüllt. Daher ist es dringend notwendig, daß die Bevölkerung unter jeder Bedingung mit dem Wasser spart, damit nicht eine noch größere Calamität heraufbeschworen werde. Das halte ich mich für verpflichtet, hier öffentlich bekanntzugeben. Es wäre mir höchst unangenehm — das können Sie sich denken — wenn vielleicht zu Schritten gegriffen werden müßte, welche für die Bevölkerung mit unglaublichen Unannehmlichkeiten verbunden sind, wenn ich zum Beispiel gezwungen wäre, die Leitungen in den Stockwerken abzusperren; das wäre furchtbar. Ich möchte öffentlich bitten, daß mit dem Wasser nach allen Richtungen hin gespart werde.

Das Wort hat Herr Gem.-Rath Eigner.

Gem.-Rath Eigner: Ich möchte anfragen, ob die Verordnung auch in den Stockwerken und Gängen, und zwar über den Auslaufhähnen der Wasserleitung so angeschlagen werden wird, daß die Parteien sicher davon Kenntnis nehmen können?

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Die Kundmachungen werden zu dem Zwecke erlassen, damit in jedes Haus eine Kundmachung oder so viele Kundmachungen kommen als Stockwerke sind.

Zum Punkte 2 möchte ich beruhigend bemerken, daß eine ähnliche Zustimmung seitens des Gemeinderathes wiederholt gegeben wurde. Auch im vorigen Jahre wurde die Zustimmung gegeben, daß im Falle des Bedarfes von oberhalb des Kaiserbrunnens Wasser hergenommen werde. Ein Gebrauch ist von dieser Ermächtigung nicht gemacht worden, und wir wollen hoffen, daß das auch heuer nicht notwendig sein wird. Es wird nur im dringendsten Nothfalle zu diesem Auskunftsmittel gegriffen werden.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche die Stadtraths-Anträge annehmen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Ich constatire, daß die Anträge einstimmig zum Beschlusse erhoben worden sind.

Beschluss: 1. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, eine Kundmachung im Sinne des vorgelegten Entwurfes zu erlassen.

2. Der Herr Bürgermeister wird ermächtigt, bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen mit dem Ansuchen einzuschreiten, der Gemeinde Wien für die Dauer des dringendsten Bedarfes die provisorische Bewilligung zu ertheilen, jenes Überflusquantum aus den Quellen oberhalb des Kaiserbrunnens, welches gegenüber dem concedierten Quantum täglicher 36.400 m³ verbleibt, bis zur Maximalhöhe von 10 000 m³ in Anwendung der §§ 33 und 34 W.-G. und vorbehaltlich der späteren Verhandlung mit den beteiligten Wasserinteressenten, nach Wien einleiten zu dürfen.

Diese zu erwirkende Bewilligung hat bis 15. April 1901 wirksam zu sein.

21. Referent Gem.-Rath Tomola: Ich habe einen Act zu den Zahlen 7922 und 14622, betreffend die Berichte des Hochquellenleitungs-Gemeinderathsausschusses, welche den Herren ohnehin zugekommen sind. Der Inhalt derselben wurde mit Gemeinderaths-Beschluss vom 27. März und 9. Juni im Gemeinderathe ohnehin erledigt. Es sind auch dem Gemeinderaths-Ausschusse, welcher gewählt worden ist, soviele Rechte eingeräumt worden, daß es vielleicht gar nicht notwendig wäre, ein mündliches Referat über diese Angelegenheit zu erstatten. Das gedruckte Referat befindet sich in den Händen der Herren; die diesbezüglichen Berichte sind noch so mager, und dem Inhalte nach den Herren aus dem Gemeinderathe ohnehin bekannt, und so beantrage ich deshalb, dieselben zur Kenntnis zu nehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Drel zu einer Anfrage.

Gem.-Rath Drel: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wann der in der Sitzung vom 4. Juli über Antrag des Herrn Dr. Mahreder gefasste Beschluss, daß eine Karte oder Zusammenstellung über die erfolgten Ankäufe für die zweite Hochquellenleitung in Druck gelegt und den Mitgliedern des Gemeinderathes zugestellt werden soll, effectuiert wird; das ist interessant zu wissen, weil sich die Sache jetzt entwickelt; das ist der erste Punkt.

Zweitens möchte ich mir die Anfrage erlauben, ob und wo Einsicht in die geschlossenen Kaufverträge über die Erwerbungen von Grundstücken genommen werden kann.

Bürgermeister: Das Letztere beantworte ich dahin, daß ich den Herren Collegen, wenn er sich an mich wendet, die Einsicht ohne weiters gestatte. (Gem.-Rath Drel: Ich danke!)

Herr Gem.-Rath Schlechter contra!

Gem.-Rath Schlechter: Ein altes Sprichwort jagt zwar: „Was Dich nicht brennt, das blase nicht.“ Mich brennt die Sache nicht, aber ich möchte doch ein wenig blasen. (Heiterkeit.) Es handelt sich um Folgendes: Ich mache darauf aufmerksam, daß wir ein neues Gemeindestatut haben und eine neue Geschäftsordnung für die Gemeinderaths-Ausschüsse besitzen, und ich glaube, daß dieses Statut bei Berathungen dieses Gemeinderaths-Ausschusses auch anzuwenden ist. Ich finde aber, daß eine eigenthümliche Gebarung herrscht. Es sagt uns die Geschäftsordnung für die Gemeinderaths-Ausschüsse in § 13 ausdrücklich Folgendes (liest):

„Der Obmann hat die Ausschuss-Sitzung anzuordnen, die einlaufenden Geschäftsstücke entweder selbst zur Berichterstattung zu übernehmen oder Ausschussmitgliedern zu diesem Behufe zuzuweisen.“

Wenn man nun die Protokolle hernimmt, so steht einfach darin, daß bei der Eröffnung der Sitzung der Herr Bürgermeister

dem Magistratsrathe Dr. Keitler das Wort erteilt und dass dieser über die zu verhandelnden Gegenstände Bericht erstattet. Ich bitte, nicht vielleicht eine Animosität gegen den Herrn Magistratsrath Dr. Keitler zu vermuthen, der heute hier anwesend ist; nicht im geringsten. Ich kann mir denken, dass er als Referent des Wasserleitungs-Departements am allermeisten informiert und versiert ist, aber dieser Vorgang darf in Zukunft nicht eingehalten werden, und wenn ich Mitglied der Commission wäre, würde ich mich natürlich dagegen wehren. Ich mache aber gerade die Mitglieder dieses Ausschusses aufmerksam, dass es in ihrem Interesse liegt, auf die Durchführung des Statuts zu dringen, und zwar aus folgendem Grunde: Ein Magistratsreferat besteht eigentlich in der Regel aus drei Theilen. Wenn es sich um eine technische Angelegenheit handelt, wird zuerst das Stadtbauamt gefragt; das gibt einen langwächtigen Bericht. Nach dem Bauamt kommt die Buchhaltung, die gibt auch oft einen Bericht, der nicht viel kürzer ist als der des Bauamtes, und dann kommt der Magistrat. Der nimmt beides zusammen und da wird der Bericht noch etwas länger. Mit diesem Berichte kommt nun der Herr Magistratsrath in die Commission. Wenn aber ein Mitglied der Commission referieren würde, so hätte er das Angenehme, drei Gutachten kennen zu lernen und würde daher viel unbefangener abstimmen, als wenn er lediglich den Herrn Magistratsrath hört, wobei ich nicht sagen will, dass dadurch lediglich seine Anschauung zum Ausdruck kommt.

Ich sage nochmals, wenn ich Mitglied der Commission wäre, würde ich verlangen, dass der Obmann die Referate austheilt und dass die Mitglieder nicht vielleicht für 3 Uhr zur Sitzung geladen werden, dann kommt der Magistratsrath, liest sein Referat vor und um $\frac{1}{4}$ Uhr sind die Herren fertig! So gemüthlich soll man es doch nicht halten. Übrigens habe ich keine Veranlassung, einen Antrag in der Richtung zu stellen; ich bin überzeugt, dass der Herr Bürgermeister, nachdem ich das in formeller Hinsicht bemängelt habe, gewiss in Zukunft so vorgehen wird. Ich mache aber die Mitglieder der Commission aufmerksam, sie sollen auf ihrem Rechte beharren. Wenn es mich einmal treffen würde, dass ich doch in eine Commission gewählt werde, so möchte ich wirklich von den Bestimmungen des Gemeindestatuts und der Geschäftsordnung Gebrauch machen. Dass sich bisher noch niemand gerührt hat, wundert mich. Allerdings im Gemeinderaths-Ausschuss für Verleihung der Zuständigkeit und des Bürgerrechtes wird in der Weise vorgegangen. Dabei bekommt jedes einzelne Mitglied die Referate. Die können sie studieren. So viel ich weiß, studieren sie auch sehr die Religion, die bei jedem angemerkt ist. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Da ist es natürlich gut, wenn sie die Acten in der Hand haben (Unruhe und Rufe: Candidat in Mariahilf!), aber bei anderen Acten ist es auch sehr wünschenswert, dass sie sie in die Hand bekommen.

Ich habe keine Veranlassung, einen Antrag zu stellen, weil ich fest überzeugt bin, dass der Herr Bürgermeister in Zukunft so vorgehen wird. Es ist übrigens theilweise schon im Statute dem Rechnung getragen worden, und zwar in einer anderen Richtung. Wenn Sie die Protokolle anschauen, so erscheint da einmal beispielsweise Herr Magistrats-Director T a c h a n als Ausschuss-Mitglied, was ja jetzt auch absolut nicht mehr möglich ist, abgesehen davon, dass er gegenwärtig pensioniert ist. Auch der gegenwärtige Magistrats-Director kann nicht Ausschuss-Mitglied sein, weil das Statut ausdrücklich sagt, die Ausschüsse werden

aus der Mitte des Gemeinderathes gewählt. Die Geschichte ist halt ein bisschen neu. In einem Jahre wird schon alles wieder in Ordnung sein. Ein Unglück ist ja dabei nicht geschehen. (Auf: Nun also!) Ich habe also nur die Gelegenheit benützen wollen, damit in Zukunft genau nach dem Statute vorgegangen wird. Den Zwischenruf „Mariahilf“ quittiere ich dankend. Was ich in Mariahilf thue, geschieht nicht im Rathhause. Das ist der VI. Bezirk, und hier ist der I., und für den VI. Bezirk bin ich befugt zu thun, was ich will, ohne den sehr geehrten Collegen P i c h l e r fragen zu müssen. (Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Da niemand mehr das Wort wünscht, erkläre ich die Debatte für geschlossen.

Zur Beruhigung des Herrn Gem.-Rathes S c h l e c h t e r erlaube ich mir mitzutheilen, dass der sogenannte Ausschuss für die Durchführung der Hochquellenleitung aus sechs Mitgliedern besteht, welche der Gemeinderath wählt, aus vier aus seiner Mitte gewählten Ersatzmännern, aus dem Magistrats-Director, dem Bau-director und dem Ober-Stadtbuchhalter als stimmberechtigten Mitgliedern. Nach dem Beschlusse des Gemeinderathes vom 6. April 1900 und unter Zugrundelegung des mit Gemeinderaths-Beschluss vom 9. Juni 1899 genehmigten Statutes. Weiters mache ich auf Folgendes aufmerksam: Nach § 4 leitet die Geschäfte des Ausschusses der Vorsitzende, die Berichterstattung im Ausschusse erfolgt nach der Anordnung des Vorsitzenden entweder durch die stimmberechtigten Mitglieder oder durch die angewiesenen Hilfskräfte. Bezüglich des Herrn Referenten ist seine Bemerkung richtig, das wird in Zukunft gewiss vermieden werden.

Zu einer thatsächlichen Berichtigung Herr Gem.-Rath S c h l e c h t e r.

Gem.-Rath S c h l e c h t e r: Das Gemeindestatut ist vom 24. März, und am 6. April konnte der Gemeinderath keinen Beschluss fassen, welcher dem Gemeindestatut entgegensteht. Übrigens war der damalige Beschluss in folgender Weise provociert worden. Der Herr St.-Rath Dr. M a y r e d e r ist an den Referententisch getreten und hat gesagt, es müsse in Zukunft auch eine neue Wasser-Commission eingesetzt werden. . .

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist keine thatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rath S c h l e c h t e r (fortfahrend): . . . und da werde an dem Statut jene Änderung vorzunehmen sein, welche sich nach diesem neuen Statut ergibt. Es war also vorauszusetzen, dass dies geschehen werde.

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Bezüglich der Anfrage des Herrn Gem.-Rathes D r e l möchte ich Folgendes bemerken. Diejenigen Herren, welche am 27. März 1900 im Gemeinderathe anwesend waren, als die Beschlüsse über den Gebietsankauf zum Zwecke der Durchführung der neuen Hochquellenleitung hier gefasst wurden, haben eine sehr genaue Karte, und zwar eine General-Stabskarte erhalten, in welcher die anzukaufenden Gründe mit verschiedenen Farben bezeichnet waren. Natürlich haben diejenigen Mitglieder des Gemeinderathes, welche damals ihre Mandate niedergelegt hatten oder damals noch nicht Mitglieder des Gemeinderathes waren, diesen Plan nicht bekommen. Weiters möchte ich bemerken, dass am 10. und 11. August, als der Ausflug unternommen wurde, jeder von den Herren ein Büchlein bekommen hat, welchem auch eine Karte beigeislossen war. In dieser Beziehung ist gewiss alles geschehen.

Bürgermeister: Sie haben sie bekommen, wie jeder andere. Ich bitte, nur zu Hause nachzusehen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Berichte zur Kenntnis nehmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluß: Der I. und II. Bericht des Gemeinderaths-Ausschusses zur Durchführung des Baues einer zweiten Hochquellenleitung und der Bauten für die Ergänzung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung über seine geschäftliche Thätigkeit in der Zeit vom 23. September 1899 bis 6. April 1900 und vom 6. April 1900 bis 31. October 1900 wird zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister: Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von mehr als 100 Mitgliedern des Gemeinderathes.

Ich ersuche Herrn Dr. Mayreder um Erstattung des Referates, zu dessen Erledigung die Anwesenheit von 100 Mitgliedern erforderlich ist.

22. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zur Zahl 15082 liegt ein Offert der Eheleute Anna und Bartholomäus Longin vor, welches sich auf einen Theil der Cat.-Parc. 530 im V. Bezirke bezieht. Es ist dies eines jener Baustellenfragmente, welche die 18jährige Steuerfreiheit genießen, und auf welche sich mehrere principielle Beschlüsse, die der Stadtrath und auch der Gemeinderath gefaßt hat, beziehen, bezüglich deren der Magistrat beauftragt worden ist, an die Verwertung derselben zu schreiten.

Nachdem an eine selbständige Verbauung nur schlecht gedacht werden kann — die Parcellen hat 216 m² und schneidet schief von der Straße hinein — so wurde mit den Anrainern wegen allfälliger Erwerbung derselben in Verhandlung getreten. Diese Verhandlung hat zu dem Resultate geführt, daß die Anrainer einen Pauschalbetrag von 20.600 K bieten; es ist dies circa 95 K per Quadratmeter. Von Seite des Bauamtes wird dieser Preis, wenn auch nicht als ein hoher, doch als ein genügender erachtet und ich betrage daher die Annahme dieses Offertes.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Zifferer contra!

Gem.-Rath Zifferer: In der vorliegenden Zeichnung finde ich eine Unklarheit. Wir verkaufen ausschließlich die Parcellen a c b p. Was soll nun dieser Zwickel, das kleine Dreieck bedeuten, welches ausgeschlossen ist? Ist dieses Dreieck m p mit einem dritten unbenannten Punkte unser Eigenthum, oder muß es abgelöst werden?

Referent: Es ist hier in dem Plane mehr eingezeichnet, als auf den gegenständlichen Antrag Bezug hat. Es ist der Versuch gemacht worden, eine bessere Arrondierung der Nachbarparcels durchzuführen. Das von Herrn Gem.-Rath Zifferer erwähnte Dreieck gehört nicht zum vorliegenden Antrage, sondern dieser betrifft lediglich das Baustellenfragment a c b p, wie es in dem vorliegenden Antrage bezeichnet ist. Die übrige graphische Darstellung bezieht sich nur auf den Arrondierungsversuch, welcher vom Bauamte gemacht wurde.

Gem.-Rath Zifferer: Wie theuer wurde die Realität von der Gemeinde erworben?

Referent: Dieselbe ist ungefähr zu dem gleichen Einheitspreise per Quadratmeter gekauft worden, als er jetzt verkauft werden soll. Es ist kein günstiges Geschäft.

Gem.-Rath Zifferer: Wenn es also richtig ist, daß wir den Grund so theuer gekauft haben, so müßte, nachdem die Untere Bräuhausgasse eine so kolossale Verbreiterung erfahren hat, meiner

Ansicht nach, der heutige Preis zum mindesten etwas höher sein als der Ankaufspreis.

Referent: Es ist kein Zweifel, daß das Geschäft an sich kein gutes ist. Der Magistrat berichtet hierüber, daß wir verhältnismäßig theuer diese Realität erworben haben, welche seinerzeit angekauft worden ist, um möglichst rasch das Verkehrshindernis, welches dieselbe in der Unteren Bräuhausgasse bildet, zu beseitigen, und daher verhältnismäßig theuer in die Hände der Gemeinde gelangt ist. Nachdem sich der Rest dieser Realität selbständig schlecht verwerten läßt, und wir von den Anrainern in gewissem Sinne abhängig sind, ist es nicht zu bezweifeln, daß dieselbe nicht besonders gut verkauft wird.

Ich bitte aber dennoch um Annahme dieser Anträge, weil etwas besseres in nächster Zeit nicht in Aussicht steht.

Bürgermeister: Ich bitte diejenigen Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dieselben sind mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt den Eigenthümern der Realität Einl.-Z. 104 V. Bezirk, Bartholomäus und Anna Longin, einen Theil der Cat.-Parc. 530, Einl.-Z. 103 V. Bezirk, Figur a c d p a, per circa 216·17 m² um den Pauschalbetrag von 20.600 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Dieser Betrag ist bis 31. Jänner 1901 fällig.
2. Sämmtliche mit der Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, sowie die Übertragungsgebühren tragen die Käufer.
3. Letztere übernehmen die grundbücherlich sicherzustellende Verpflichtung, das Haus Dr.-Nr. 82 Untere Bräuhausgasse, V. Bezirk, bis längstens 1. April 1903 zu demolieren und den von der Realität Einl.-Z. 103 zu Straßenzwecken entfallenden Grund, insoweit er dermalen noch verbaut ist, im richtigen Niveau bis zu dem obgenannten Zeitpunkt der Gemeinde zu übergeben.

Der Preis für das in das Eigenthum der Käufer übergehende alte Materiale ist in dem oberwähnten Pauschalbetrage inbegriffen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Mayreder wird die Güte haben, auch für Herrn Collegen Fiedler zu referieren.

23. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zur Zahl 14191 liegt ein Act vor, welcher sich mit der Schadloshaltung der Realität I., Fleischmarkt 16 und Drachengasse 1 bis 3, sowie mit Einbeziehung eines Grundstreifens in der Drachengasse befaßt. Die Baulinien sind schon mehrfach hier erörtert worden und sie sind im Zuge der bekannten Akademiestraße gelegen. Es handelt sich um Einbeziehung einer nahezu gleich großen Fläche, als abgetreten wird.

Es sollen nämlich im ganzen 102·81 m² abgetreten und 119 m² einbezogen werden. Die Anzahlung, welche im Wege der Comité-Verhandlung erzielt worden ist, beträgt 20.000 K, welche der Banwerber zu zahlen bereit ist. Die Angelegenheit zieht sich sehr lange hin, weil die Baulinie in diesem Gebiete verhältnismäßig Gegenstand der verschiedensten Verhandlungen gewesen und wiederholt zurückgenommen und wieder hinausgegeben worden ist.

Ich bitte Sie, endlich der Angelegenheit damit ein Ende zu machen, daß Sie die vorliegenden Anträge annehmen, welche

dahin gehen, daß der Gesuchswerber eine Anzahlung von 20.000 K leistet, wofür ihm die entsprechende Einbeziehung gewährt wird, und er die entsprechende Grundabtretung zugesteht; außerdem werden ihm kleine Zugeständnisse in Bezug auf Nebenfragen, Risikolite-Angelegenheiten, Lichteinfallöffnungen u. s. w. gemacht.

Ich bitte Sie um die Annahme der Stadtraths-Anträge.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen angenommen.

Beschluß: Die im nachstehenden Protokolle enthaltenen Bestimmungen werden unter Festsetzung einer zweijährigen Gültigkeitsdauer derselben genehmigt.

Protokoll vom 21. December 1900.

Herr W. Brill erklärt im eigenen und im Namen seiner Gattin sein Einverständnis dahin abzugeben, daß bei Abtretung des nach der neuen Baulinie von den Realitäten Einl.-Z. 210 und 284 Innere Stadt zur Straßenverbreiterung abzutretenden und bei Einbeziehung des nach dieser Baulinie zur Bauarea fallenden Grundes der Drachengasse von den Eigenthümern dieser Realitäten an die Gemeinde eine Anzahlung von 20.000 K, zahlbar vor Ausfertigung des Bauconsenses, geleistet wird, wobei diese Eigenthümer die Vereinbarung mit den Eigenthümern von Dr.-Nr. 7 und 7 a Schönlaterngasse wegen der Verbauung des von diesen Realitäten zur heute bestehenden Drachengasse bestehenden Ausganges auf sich zu nehmen haben, während andererseits für das Aufgeben der Keller am Fleischmarkt seitens der Eigenthümer die Gemeinde Wien die Herstellung von Lichteinfallöffnungen, beziehungsweise Holz-, Kohlen- und Kellerablaßöffnungen in der Gesamtlänge von höchstens 20 m im Lichten und mit dem Maximalvorsprunge von 80 cm von der Baulinie, ferner die Herstellung von zwei Wetterschutzdächern beim Hoteleingange und Saaleingange (eventuell Hoteleingang und Hauseingang), endlich die Herstellung eines Balcons am Fleischmarkt ohne weiteres Entgelt beziehungsweise Platzzins gestattet, insofern diese Objecte bauordnungsmäßig als zulässig erkannt werden.

Bemerkt wird, daß die Grundeinbeziehung von der Drachengasse hienach inclusive des an die Nachbar-Realität Dr.-Nr. 7 und 7 a Schönlaterngasse grenzenden Theiles verstanden ist.

Die Kosten der Plananfertigung, sowie des Vertrages und die Übertragungsgebühren tragen die Eigenthümer von Nr. 1 bis 5 Drachengasse.

24. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 14229, Baulinienbestimmung für Theile der Singerstraße, Seilerstätte und Liebenberggasse im I. Bezirke.

Es handelt sich hier hauptsächlich um eine Verbindung der Nierergasse und Seilerstätte. Es ist dieser Straßenzug ein verhältnismäßig wichtiger und die bisherigen Vorschläge haben meist daran gegipfelt, daß an der Ecke der Nierergasse und Seilerstätte mehrere Realitäten vollständig auf Straßengrund gefallen wären, wenn man die Nierergasse mit der Seilerstätte in dieser

Weise, wie sie vorgeschlagen wurde, hätte verbinden wollen. Der heutige Vorschlag geht dahin, daß die Nierergasse in nahezu geradliniger Richtung, wie sie heute vorgeschlagen wird, in einer Breite von 14 m durchgeführt werden soll bis zur Weihburggasse beziehungsweise Seilerstätte.

Es ist dies bei der Wichtigkeit des Straßenzuges ein verhältnismäßig geringes Opfer, und es wird dann noch ein Dreieck, ein sehr wertvoller Bauplatz, künftig entstehen.

Es dreht sich zunächst nicht um die oben besprochenen Realitäten, sondern um das Eckhaus Singerstraße 25 und Nierergasse 16, für welches um die Baulinie angefragt wird, und für welches die Baulinie in dem Sinne hinausgegeben werden soll, wie bisher in den Plänen dieselbe immer eingezeichnet war.

Ich bitte Sie um die Annahme der Stadtraths-Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wurm!

Gem.-Rath Wurm: Ich bin der Meinung, daß diese Baulinien nicht für die nächste Zeit zu bestimmen sind, sondern für die weitere Zukunft, vielleicht für ein Jahrhundert und in dieser Beziehung enthält der vorliegende Plan etwas, was mir nicht angenehm erscheint. Es ist doch gewiß, daß die Gartenbau-Gesellschaft und das Palais Coburg nicht ewig bestehen werden, und in den Regulierungsplänen, welche bisher verfaßt wurden, hat man darauf Rücksicht genommen, daß vielleicht einmal eine Gasse durchgezogen wird, so daß die Singerstraße eine geradlinige Verlängerung gegen den Ring zu erhalten könnte. Diesen Gedanken hat auch die Enquête aufgenommen, und es wäre sehr schade, wenn jetzt ein neues Hindernis geschaffen würde, diesen Gedanken seinerzeit einmal durchzuführen. Sie wissen, ich stehe auf dem Standpunkte, daß auch die Liebenberggasse durchgeführt werden soll. Der einzige Grund, welcher gegen die Durchführung der Liebenberggasse angeführt wurde, war, daß das Gebäude der Staatsschuldencassa besteht. Dieses Gebäude wird nur rückwärts tangiert, und ich bin überzeugt, daß, wenn die Liebenberggasse verlängert wird, mit der Dicastrialgebäude-Direction irgend eine Vereinbarung getroffen werden könnte, so daß einmal die Sache durchgeführt werden kann. Ebenso ist es mit dem Palais Coburg unter der Gartenbau-Gesellschaft und ich möchte wünschen, daß nicht ein Baublock geschaffen wird, wodurch die geradlinige Verlängerung der Singerstraße gegen den Ring unmöglich gemacht wird und ich möchte daher bitten, daß der Punkt 2, der auch die Baulinie für die Seilerstätte bestimmt, welche ja heute nicht so dringend ist — es ist gar keine Veranlassung, diese Baulinie heute zu bestimmen — vorläufig in suspenso gelassen werde.

Ich möchte also bitten, daß Punkt 2 heute fallen gelassen wird.

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Herr Gem.-Rath Wurm nimmt heute die entgegengekehrte Stellung ein, wie gewöhnlich. Heute liegt ihm ein groß concipierter Plan vor, der zu viel Baulinien auf einmal bestimmt, und er möchte, daß lediglich für ein einzelnes Haus dieselbe bestimmt werde.

Wenn wir diese Praxis hier einführen, die er heute wünscht, dann macht er uns wieder den Vorwurf, daß wir, ohne an die Nachbarschaft zu denken, für ein einzelnes Haus die Baulinie vorlegen.

Für den Fall, als der Umbau des Palais Coburg seinerzeit in Betracht käme, noch bevor die hier berührten Häuser allen-

falls umgebaut werden sollten, wäre eine Abänderung der heute hier zu genehmigenden Baulinie immer noch denkbar.

Der Stadtrath mußte Ihnen aber einen Plan vorlegen, der die ganze Straßenkreuzung und die ganze Partie in Betracht zieht. Deshalb glaube ich, ist es besser, Sie nehmen die Stadtraths-Anträge unverändert an und lehnen die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Wurm ab.

Bürgermeister: Ich werde so vorgehen, daß ich über den Punkt 2 besonders abstimmen lassen werde; Herr Gem.-Rath Wurm wird damit einverstanden sein.

Diejenigen Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes vorbehaltlich der Abstimmung über Punkt 2 einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Nun schreiten wir zur Abstimmung über Punkt 2. Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wurm ist ein negativer, ich muß daher den positiven zuerst zur Abstimmung bringen.

Die Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe ist ebenfalls **angenommen.**

Beschluss: Unter Zugrundelegung des mit St.-Z. 1745/XR. ex 1900 bezeichneten Planes B werden folgende Baulinien bestimmt:

1. Für die Singerstraße unter Annahme einer Straßenbreite von 15 m die Linien AB, CDE, FG.
2. Für die Seiserstätte bei einer Straßenbreite von 16 m die Linien I' H G' G, L M.
3. Für die Liebenberggasse bei einer Breite von 16 m und unter Festhaltung der Baufluchten auf Seite der ungeraden Nummern die Linie M N.
4. Für die Fortsetzung der Niemergasse mit einer Breite von 14 m bis zur Seiserstätte die Linien EK, F I I'.

Die genehmigten Niveaus nach den im Originalplane roth eingeschriebenen Coten bleiben unverändert.

Bürgermeister: Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung ist erschöpft; es findet noch eine kurze vertrauliche statt.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 6 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 11. Jänner 1901.

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Lueger.**

1. (262.) Gem.-Rath Dr. Mayreder referiert über eine Eingabe der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen, betreffend den Schutz des Straßenverkehrs gegen die Ableitung des Betriebsstromes der städtischen Straßenbahnen durch gerissene Schwachstromleitungen und wegen eventueller Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof.

Der Referent beantragt, es sei gegen den Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 17. November 1900, Z. 51713/22, die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof unter der Bedingung zu ergreifen, daß alle hieraus erwachsenden Kosten und entstehenden

Rechtsfolgen von Seite der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen getragen werden, und daß die genannte Gesellschaft jenen Advocaten namhaft macht, welcher mit der Verfassung und Überreichung der Beschwerdeschrift, sowie mit der weiteren Vertretung betraut werden soll. (Angenommen.)

2. (219.) Gem.-Rath Tomola beantragt für Therese Borstke den Fortbezug der Gnadengabe für ihre Tochter Laura von jährlich 400 K vom 1. Jänner 1901 bis Ende des Jahres 1903. (Angenommen.)

3. (152.) Derselbe beantragt für Leopoldine Petrasch, Steueramts-Controllorswaise, den Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K vom 11. December 1900 bis Ende des Jahres 1903. (Angenommen.)

4. (14581 ex 1900.) Derselbe beantragt, es sei dem Steueramts-Director Adalbert Wedel anlässlich seiner Pensionierung in Anerkennung seiner vieljährigen pflichteifrigen ersprießlichen Dienstleistung eine Personalzulage in der Höhe des halben Quartiergeldes, das ist im Betrage von 700 K jährlich zu verleihen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 2. Jänner 1901.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun,	Dr. Mahreder,
Brauneiß,	Oppenberger,
Büsch,	Rauer,
Dr. Deutschmann,	Rissaweg,
Fiedler,	Schreiner,
Gräf Ferdinand,	Schuh,
Grünbeck Sebastian,	Tomola,
Hipp,	Dr. Wähner,
Hörmann,	Weitmann,
Praba,	Wejßel,
Dr. Kreun,	Zajka.
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.	

Schriftführer: Magistrats-Ober-Commissär H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

Der **Vorsitzende** bringt zur Kenntnis:

1. Geschäftsausweis des Stadtrathes pro December 1900:
 Einlauf im Monate December 1900 1296 Acten.
 Von diesen Acten erledigten der Stadtrath 538 Acten,
 die Gemeinderaths-Ausschüsse 68 " ,
 wurden dem Magistrate zugewiesen 295 " ,
 befanden sich noch am Schlusse des Monats in Berathung 395 " .
 Weiters erledigte der Stadtrath im Monate December 1900 aus den Vormonaten 293 Acten ;
 daher insgesamt im Monate December 1900 831 Acten.
 Gesamteinlauf vom 1. Jänner bis inclusive 31. December 1900 15304 Acten.

Recapitulation aus dem Monate November 1900:

Einlauf im Monate November	1298 Acten.
Von diesen Acten erledigte der Stadtrath	424 Acten,
die Gemeinderaths-Ausschüsse	93 " ,
wurden dem Magistrate zugewiesen	353 " ,
befanden sich noch in Verathung	428 " ,

Außerdem erledigte der Stadtrath im Monate November
1900 aus den Vormonaten 116 Acten,
daher insgesammt im Monate November 540 Acten.

In Verathung befinden sich noch aus den Monaten:

Jänner 1900	24 Acten,
Februar "	38 " ,
März "	69 " ,
April "	125 " ,
Mai "	170 " ,
Juni "	108 " ,
Juli "	212 " ,
August "	151 " ,
September "	320 " ,
October "	317 " ,
November "	161 " .

Im Jahre 1900 hielt der Stadtrath 143 Sitzungen ab.

(Zur Kenntniss.)

2. Verzeichniss der im Monate December 1900 stattgehabten Comités-Verathungen, Local-Commissionen etc., an welchen Mitglieder des Stadtrathes theilgenommen haben. (Zur Kenntniss.)

(15229 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über die gerichtliche Eintreibung von Wassergebühren nach Josef Sucharipa, IX., Vorschlagasse 4 und Lazarethgasse 10, und beantragt, den ausstehenden Rückstand per 15.307 K 37 h einzuklagen und die Durchführung der Klage dem Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Robert Swoboda zu übertragen.

Referenten-Antrag mit dem Zusatz angenommen:

Das magistratische Bezirksamt für den IX. Bezirk wird beauftragt, umgehend zu berichten, welche Vorkehrungen zu treffen sind, um ein weiteres Anhäufen der Gebührrückstände zu verhüten.

(15232 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen des Franz Petermichl-Buchmann um Strafnachsicht wegen nicht bezahlter Musikimpfgebühren und beantragt, demselben die gegen denselben verhängte Strafe von 7 K gegen Vergleichung der einfachen Gebühr von 1 K 40 h im Gnadenwege nachzusehen.

(Angenommen.)

(15181 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen des Friedrich Wimmer um Bewilligung von Raten zur Zahlung der Wassermehrverbrauchsgebühren IX., Nussdorferstraße 30, und beantragt, demselben zur Tilgung des Rückstandes per 133 K 84 h Monatsraten à 10 K zu bewilligen; das Ansuchen um Nachsicht der Hälfte des Rückstandes sei abzuweisen. (Angenommen.)

(15233 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Pflege des Jugendspiels (Ortsgruppe „Döbling“) um Enthebung von der Entrichtung einer Armenfondsgebühr für das Sommerfest 1900 und beantragt die Besuchsgewährung.

(Angenommen.)

(15275 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über die Uueinbringlichkeit eines Pachtzinsrückstandes nach Marie Neugebauer per 764 K 40 h und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(15086 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen des Franz Führer um Änderung des Nachlasses bei den Spenglerarbeiten für den Schulbau IX., Grünethorgasse 9, und beantragt, demselben die Verrechnung eines 6percentigen statt des ursprünglich vereinbarten 16percentigen Nachlasses zu gestatten.

(Angenommen.)

(14944 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über die Herstellung eines Hauptunrathscanales im Aussichtsweg, XIX. Bezirk, in der Strecke zwischen der Hohen Warte und dem Haase Nr. 9 und beantragt, die Herstellung dieses Canales mit den Kosten per 4200 K zu genehmigen, dagegen von der Ausführung einer weiteren Canalisterung dieses Weges abzusehen. (Angenommen.)

(15203 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über die Erhaltung des Grabes des Malers Josef Feid im Weidlingauer Friedofe und beantragt den Ankauf der Grabstätte um den Betrag von 240 K.

(Angenommen.)

(14138 ex 1900.) **St.-R. Schuh** referiert über das Ansuchen des Johann Hermanek und der Emma Friedländer um Parcellierung der Realitäten Einl. = Z. 55 Unter = Döbling, 606 Grinzing und 484 und 486 Unter = Siebring und beantragt, die angeforderte Parcellierung unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu genehmigen.

St.-R. Sebastian Grünbeck beantragt, den Act zurückzuweisen, da die Bauparcellen für die freistehende Verbauung zu klein sind.

Antrag des **St.-R. Sebastian Grünbeck** angenommen.

(14891 ex 1900.) **St.-R. Schreiner** referiert über den Winter-Fahrplan pro 1900/01 für die neuen städtischen Straßenbahnlinien Taborstraße—Innsstraße, Nasumoffskygasse—Sechskrügelgasse beziehungsweise Sophienbrückengasse—Kochusgasse und Schwarzenbergplatz—Heugasse—Südbahnhof und beantragt:

Der Gemeinderath wolle die von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien mit Zuschrift vom 19. December 1900, Z. 11081/12172, vorgelegten Winter-Fahrpläne für die neu zu eröffnenden städtischen Straßenbahnlinien Taborstraße—Innsstraße, Nasumoffskygasse—Sechskrügelgasse, beziehungsweise Sophienbrückengasse—Kochusgasse und Schwarzenbergplatz—Heugasse—Südbahnhof mit folgenden Änderungen, beziehungsweise Bemerkungen genehmigen:

1. Der Verkehr von der Taborstraße zur Engerthstraße hat um 6 Uhr früh zu beginnen.

2. Der letzte Wagen der Linie Südbahnhof—Heugasse—Schwarzenbergplatz hat nicht vor 11 Uhr 30 Minuten nachts vom Südbahnhofe, als der äußeren Endstation der Linie, abzugehen.

3. Als äußere Endstation der auf der Linie Nasumoffskygasse—Sechskrügelgasse, beziehungsweise Sophienbrückengasse—Kochusgasse nach dem vorgelegten Fahrplane instruiereten Motorzüge hat die Station „Prater-Hauptallee“ zu gelten.

4. Dieser Fahrplan hat nur bis 15. April 1901 zu gelten, so dass bis zu diesem Zeitpunkte ein neuer Fahrplan genehmigt sein muss. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15008 ex 1900.) **St.-R. Schreiner** referiert über den Winter-Fahrplan der elektrisch zu betreibenden städtischen Straßenbahnlinie Wiedener Hauptstraße—Nasleinsdorferstraße und beantragt:

Der Gemeinderath wolle den von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien im Nachhange zu ihrer Zuschrift vom 19. December 1900, Z.-Nr. 11081/12172, vorgelegten Winter-Fahrplan für die städtische Straßenbahnlinie Wiedener Hauptstraße—Nasleinsdorferstraße, welcher dem Gemeinderaths-Be-

schlusse vom 26. October 1900, Z. 11801, entspricht, zur Kenntnis nehmen, dagegen die Bau- und Betriebs-Gesellschaft bezüglich der in der gleichen Eingabe erwähnten Wageninstradierungen der Linie Perchenfelderstraße—Thaliastraße auf diesen Gemeinderaths-Beschluss verweisen.

Dieser Fahrplan hat nur bis 15. April 1901 zu gelten, so daß bis zu diesem Zeitpunkte ein neuer Fahrplan genehmigt sein muß. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14870 ex 1900.) St.-R. Schreiner referiert über die Eingabe des B.-R. Friedrich Kracic wegen Veränderung der Gartenanlage am Phorusplatz anlässlich der Herstellung der Straßenbahnlinie Margarethenplatz—Heugasse und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(15194 ex 1900.) St.-R. Brauneiß referiert über die Erneuerung des Mietvertrages bezüglich der Localitäten des Bezirks-Polizei-Commissariates Rudolfsheim im Hause XIV., Kellinggasse 2, und beantragt die Reassumierung des Stadtraths-Beschlusses vom 16. November 1900, Z. 13165.

St.-R. Fraba beantragt, die Reassumierung abzusehen. Referenten-Antrag abgelehnt.

(15231 ex 1900.) St.-R. Brauneiß referiert über das Ansuchen des Josef Fally um Abschreibung von Wassermeherverbrauchsgebühren von 323 K 58 h und um Reducierung einer Gebür von 898 K 5 h auf 561 K 29 h, XIV., Sechshausstraße 11, und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(14924 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Siegmund Bank um Anbringung einer Gaslaterne am Hause XIV., Mariahilferstraße 193, und beantragt die Gesuchsgewährung.

St.-R. Weitmann beantragt die Ablehnung. Referenten-Antrag abgelehnt.

(2.) St.-R. Brauneiß referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Schulbau XIV., Goldschlagstraße, und beantragt:

1. Die Erd- und Baumeisterarbeiten an Friedrich Guttmann (Aufzahlung 5 Percent zu den Preisen des Kostenschlages).

2. Die Lieferung der hydraulischen Bindemittel an die Direction der Perlmoofer Actiengesellschaft, und zwar Lilienfelder Romancement gegen einen Nachlaß von 18.5 Percent und Perlmoofer Portlandement gegen einen Nachlaß von 22 Percent und Lieferung in Fässern (specifisches Gewicht 760 beziehungsweise 1100 g).

3. Die Lieferung der Traversen aus den Werken von Witkowitz, Rudno, Teplitz oder Donnawitz an die Firma Schinger & Fernau gegen einen Nachlaß von 29 Percent bei Traversen bis 320 mm Höhe, von 25 Percent bei 350 bis 400 mm Höhe, von 20 Percent bei Eisenbahnschienen.

St.-R. Büsch beantragt die Vertagung.

Dieser Antrag wird zurückgezogen und der Referenten-Antrag angenommen.

(15211 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Benützung der erforderlichen Localitäten der Mädchen-Bürgerschule XII., Rudergasse 40, für die neu zu errichtende Fortbildungsschule und beantragt, die Mitbenützung der erforderlichen Schullocalitäten obiger Schule seitens der daselbst neu zu errichtenden gewerblichen Fortbildungsschule für in einem Lehr- oder Arbeitsverhältnisse stehende Mädchen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(15230 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Sodawasserfabriken der Wiener Gastwirte um Abgabe von 40 hl Hochquellenwasser täglich XII., Schönbrunnerstraße 171, und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(15167 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über die Bewilligung einer Subvention von 720 K pro 1900 an die Freiwillige Feuerwehr Ober-Meidling zur Entlohnung eines Telegraphisten und beantragt, es sei der Freiwilligen Feuerwehr Ober-Meidling zur Entlohnung eines Telegraphisten eine Subvention von 720 K pro 1900 zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15197 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über die Demolierung der auf der Theresienbad-Realität im XII. Bezirke stehenden Gebäude und beantragt:

1. Die Demolierung sei bis auf weiteres zu verschieben, Vermietungen sind jedoch nur gegen 14tägige Kündigung durchzuführen.

2. In dem Tracte, in welchem die Executionsamts-Abtheilung untergebracht ist, werden zugewiesen: die Wohnungen Nr. 31 und 32 dem Armeninstitute, dann als Naturalquartier die Wohnung Nr. 35 dem Wasserleitungsaufsicher Jakob Dobeš, die Wohnung Nr. 36 dem Maschinistengehilfen Wenzel Kuchreit, die Wohnung Nr. 37 dem Gärtner Karl Schmann, die Wohnung Nr. 38 der Badecassierin Margarete Rober, die Wohnung Nr. 39 dem Maschinisten Ludwig Avanzini; die Wohnung Nr. 30 ist als Handmagazin der Wasserleitungsaufsicher zu verwenden.

Die erforderlichen Adaptierungs- und Reconstructionsarbeiten im Betrage von 800 K werden genehmigt. (Angenommen.)

(12813 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über die Uncinbringlichkeit von Wassergebühren per 300 K nach Josef Wagner und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(12063 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über den Recurs des Franz Mikowiz gegen sanitätspolizeiliche Aufträge, XII., Wertheimgasse 12, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(14038 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Victor Peschl um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 693 V. Bezirk, Dr.-Nr. 20 Krongasse, Dr.-Nr. 55 Margarethenstraße, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund, sowie um Baubewilligung für ein Wohn- und Geschäftshaus und beantragt:

1. Die Schadloshaltung für den zur Margarethenstraße abzutretenden Grund per 32.90 m² mit 60 K per Quadratmeter, d. i. zusammen 1974 K und die Schadloshaltung für den zur Krongasse abzutretenden Grund per 167.80 m² sei mit 45 K per Quadratmeter, d. i. zusammen mit 7551 K, sohin mit dem Gesamtbetrage von 9525 K zu bestimmen, wobei die Kosten der Plananfertigung, des Rechtsgeschäftes und der Durchführung desselben der Gesuchsteller zu tragen hat.

2. Die zu erteilende Baubewilligung für die beiden projectierten Häuser sei unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Erkerentschädigung per 283 K 50 h von der Schadloshaltung in Abrechnung gebracht wird. (Angenommen.)

(11783 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über die Anbringung von Geländern längs des Wienflusses in der Ufergasse und Magdalenenstraße und beantragt, mit Rücksicht darauf, daß hierfür keine Bedeckung im Budget vorhanden ist, diese Gitter bei der Regulierung der bezüglichen Straßen auch die Geländer anzubringen und bei diesem Anlasse für die Bedeckung dieser Auslage vorzusorgen.

(Angenommen.)

(15216 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Lieferung und Anfertigung von Schuhen, Lodenhüten und Kleidern für das Asyl für verlassene Kinder, V., Laurenzgasse 1, und beantragt, die Übertragung nachstehender Lieferungen pro 1901 im Sinne des Magistrats-Antrages zu genehmigen, und zwar:

1. die Anfertigung der Knaben-Paletots dem Johann Schimaneck zum Preise von 2 K 70 h per Stück;

2. die Anfertigung der Knaben-Saccos, Hosen und Westen dem Anton Bauch zum Preise von 1 K 70 h (Sacco), 80 h (Hose) und 80 h (Weste);

3. die Anfertigung der Mädchen-Paletots der Wilhelmine Waig zum Preise von 3 K 20 h;

4. die Anfertigung der Mädchen-Waschkleider der Albertine Rossi zum Preise von 1 K 70 h;

5. von Knaben-Schnürschuhen zum Preise von 6 K 60 h und von Mädchen-Schnürschuhen zum Preise von 6 K dem Josef Biza;

6. die Lieferung von Knaben-Lodenhüten der Anna Nawratil zum Preise von 2 K 50 h.

St.-R. Dppenberger beantragt, die Anfertigung der Kleider sub 1 und 2 der Schneider-Genossenschaft zu übertragen.

Der Antrag des **St.-R. Dppenberger** wird abgelehnt. Referenten-Antrag angenommen.

(15182 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen des Johann Leitgeb um Baubewilligung für eine Ringelspielhütte im Laerwalde, X. Bezirk, und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Hütte jederzeit sofort auf Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf irgendeine Entschädigung wieder beseitigt wird. (Angenommen.)

(15288 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen der Firma A. Herzog & Söhne um pachtweise Überlassung des Urselbrunnenaekers im X. Bezirke und beantragt, derselben einen Theil obigen Ackers, wo derselbe mit dem Acker „in der oberen Mühren“ zusammenstößt, im Ausmaße von rund 100 □^o zu dem Jahrespachtzinse von 1 K 60 h per Quadratlast zur Anlage eines Holzlagerplatzes vom 1. Jänner 1900 an auf unbestimmte Zeit gegen jederzeit mögliche vierteljährliche Kündigung und unter den sonst üblichen Bedingungen zu verpachten. (Angenommen.)

(15183 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen der Firma A. Herzog & Söhne um Baubewilligung Einl.-Z. 93 Ober-Laa (Stadt) und beantragt, den Bauconsens für einen Wagenchupfen auf obiger Realität unter der Bedingung zu bestätigen, daß das Object jederzeit sofort auf Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf irgendeine Entschädigung beseitigt und zur Sicherstellung dieser Verbindlichkeit eine Caution von 200 K erlegt werde. (Angenommen.)

(11057 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen der Firma M. Kella & Neffe um Nachsicht der Terminüberschreitung bei dem Canalbau in der Katharinengasse im X. Bezirke und beantragt, das Ansuchen abzulehnen; das Pönale per 600 K wird jedoch im Gnadenwege mit Rücksicht auf die im bittstellerischen Gesuche angeführte abnormale Bodenbeschaffenheit auf 200 K herabgemindert. (Angenommen.)

(14310 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen des Vereines „Werk des heil. Philipp Neri“ um tauschweise Überlassung des Turnsaales X., Knöllgasse 61, und beantragt, demselben an Stelle des mit Beschluß vom 30. November 1899, Z. 11665, überlassenen Turnsaales X., Knöllgasse 59, den Turnsaal der Allge-

meinen Volksschule für Mädchen X., Knöllgasse 61, unter den gleichen Bedingungen bei Absehung von einem Cautionserlage im Sinne des Beschlusses vom 18. Mai 1900, Z. 5920, zu überlassen.

(Angenommen.)

(14421 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über die Zurückziehung des Ansuchens des Männer-Gesangvereines Favoriten um Weiterbenützung des Turnsaales X., Himbergerstraße 30, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(14828 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen des Schuldieners Hubert Schallhofer um Bewilligung zur Entnahme des Brennmaterials aus den Vorräthen der Mädchen-Volksschule X., Knöllgasse 61, und beantragt, demselben ausnahmsweise die unentgeltliche Entnahme des communalen Brennmaterials zur Ausheizung seiner Naturalwohnung im neuen Schulgebäude X., Knöllgasse 61, für den Rest der Heizperiode 1900/01, d. i. bis 14. April 1901 zu bewilligen. (Angenommen.)

(14934 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen des Volksschullehrers Ludwig Hartmann um Bewilligung zur entgeltlichen Entnahme von Brennmaterialien aus den Vorräthen der Knaben- und Mädchen-Volksschule X., Laerstraße 274, und beantragt, demselben für die Dauer seiner Verwendung an dieser Schule eine jährliche Zulage von 50 K zu bewilligen und demselben diesen Betrag zu Beginn der Heizperiode auszubezahlen.

St.-R. Sebastian Grünbeck beantragt die Gesuchsgewährung.

St.-R. Tomola beantragt die Ablehnung. Es sei jedoch dem Bezirksschulrath zu empfehlen, dem Genannten aus obigem Anlasse eine Aushilfe zu bewilligen.

Antrag des **St.-R. Tomola** angenommen.

(14599 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über die Erhöhung der Zahl der dem Arbeiterstande entnommenen Schreiber von drei auf vier und ihres Taggelbes von 60 h auf 80 h im städtischen Asyl- und Werkhause und beantragt die Genehmigung dieses Ansuchens der Verwaltung des Asyl- und Werkhauses. (Angenommen.)

(14420 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über das Ansuchen um Abschreibung respective Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren aus dem IV. Bezirke und beantragt, die bezügliche Anträge auf Abschreibung beziehungsweise Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebühren im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den IV. Bezirk zu genehmigen. (Angenommen.)

(15228 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über den Recus der Ernestine Hülles gegen feuerpolizeiliche Aufträge IV., Favoritenstraße 43, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(4603, 599, 5656, 11698 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über die Uneinbringlichkeit von Lizenzgebühren und beantragt, die Rückstände nach Kunigunde Mayer per 104 K 16 h, nach Wilhelm Hauke per 377 K 32 h, nach Josefa Kurz per 16 K 24 h und nach Sebastian Freimüller per 110 K 58 h huzuschreiben. (Angenommen.)

(11589 ex 1900.) **St.-R. Riffaweg** referiert über die Abgung eines Lizenzgebührenrückstandes seitens der Katharina Fohletner und beantragt die Nachsicht des Betrages von 100 K 24 h in dem Gebührenrückstände per 156 K 24 h unter gleichzeitiger Bewilligung monatlicher Theilzahlungen von 6 K des Restbetrages per 7 K.

(Angenommen.)

(15207 ex 1900.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 22. Decer 1900, Z. 10550, betreffend das Ansuchen des Eduard Bauer definitiven Unterlehrers an der Knaben-Volksschule II, Czerninplatz 3, um

Gewährung einesurlaubes behufs Vorbereitung zur Ablegung der Lehramtsprüfung für Zeichnen an Mittelschulen, und beantragt, der Ertheilung einesurlaubes für die Zeit vom 16. September 1900 bis 15. Juli 1901 unter Belassung der Bezüge zuzustimmen.

(Angenommen.)

(15190 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Friedrich Fuchsthaller, Kanzlei-Oberofficials, um Pensionierung und beantragt die Veretzung desselben in den bleibenden Ruhestand und Bemessung des Ruhegehaltes unter Zugrundelegung einer anrechenbaren Dienstzeit von 36 Jahren, 3 Tagen mit 92 Percent des letzten Activitätsgehaltes und des Quartiergeldes, zusammen mit 3496 K vom ersten des auf die Veretzung in den bleibenden Ruhestand nächstfolgenden Monates.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(11936 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Pensionierung der Volksschullehrerin Karoline Deltl und beantragt, der Volksschullehrerin Karoline Deltl anlässlich ihrer auf Grund des Erlasses des k. k. n.-ö. Landes-Schulrathes vom 19. November 1900, Z. 13671, erfolgten Veretzung in den bleibenden Ruhestand die normalmäßige Pension im Jahresbetrage per 2250 K, vom 1. December 1900 angefangen, nach Einstellung des Gehaltes und der Quinquennien mit 30. November 1900 und des Quartiergeldes mit Ende Jänner 1901 aus der Wiener Lehrpensionscassa gegen feinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrpensionscassa zuerkennen zu wollen.

(Angenommen.)

(14925 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Beschwerde des Rudolf Freiherrn v. Doblhoff an den Verwaltungsgerichtshof gegen den Stadtraths-Beschluss vom 4. Juli 1900, Z. 7469 ex 1900, betreffend die Vorschreibung von Kanzlei- und Baulinien-taxen Einl.-Z. 22 Weinhaus, und beantragt, die vorgelegte Gegenschrist zu genehmigen.

(Angenommen.)

(15132 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die definitive Einreichung von Lehrkräften in den Status der Mädchen-Volksschule II., Borgartenstraße 191, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(15089 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Congregation der Barmherzigen Schwestern vom heil. Karl Borromäus um Enthebung von der Verpflichtung zur Trottoirherstellung in der Gengzgasse, XVIII. Bezirk, und beantragt, in Gewährung dieses Ansuchens zu genehmigen, dass diese Congregation von der ihr in den Bauconsensen des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk vom 22. November 1900, Z. 42633, gemäß § 61 der Wiener Bauordnung auferlegten Verpflichtung zur Herstellung eines neuen, vorschriftsmäßigen Trottoirs entlang der aus Anlass des Baues der städtischen Straßenbahn in der Gengzgasse auszuführenden neuen Einfriedungsmauer und zu adaptierenden Hausfront des Greifenastyles Dr.-Nr. 106/108 in der Gengzgasse unter der Bedingung entbunden werde, dass die Congregation den gegen die bezogenen Bauconsense beim magistratischen Bezirksamte überreichten Recurs zurückzieht. Im Falle des Eintrittes dieser Bedingung sind die Herstellungskosten des Trottoirs in die Kosten der anlässlich der Legung des zweiten Straßenbahngleises von der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien und der Gemeinde Wien gemeinschaftlich vorzunehmenden provisorischen Straßenregulierung einzubeziehen.

(Angenommen.)

(15130 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Karl Thra um Vergütung der pro August 1900 bezahlten Wohnungsmiete und beantragt, aus Billigkeitsrücksichten zu

genehmigen, dass dem Gesuchsteller der Betrag von 137 K aus den eigenen Geldern vergütet werde.

(Angenommen.)

(15159 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Offert der Josefa Pichler auf käufliche Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 153 Währing und beantragt:

Die Gemeinde Wien überlässt der Josefa Pichler behufs Arrondierung der Realität Einl.-Z. 114 Währing einen Theil der Cat.-Parc. 153, Einl.-Z. 1502 Währing, Figur a b c d e a, per circa 77 m² und überträgt den zwischen dem Punkte A und der Achse der Haizingergasse gelegenen Theil dieser Parcellen per circa 463 m² ins Verzeichniss für das öffentliche Gut, wogegen die Genannte sämtliche von der Realität Einl.-Z. 114 Währing zu Straßenzwecken entfallenden Grundflächen unentgeltlich und lastenfrei an die Gemeinde abtritt und einen Betrag von 11.000 K an die Gemeinde bezahlt.

Diese Transaction wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Der Betrag von 11.000 K ist binnen 14 Tagen nach Verständigung von der erfolgten grundbücherlichen Durchführung dieser Transaction fällig.

2. Die Übergabe beziehungsweise Übernahme der mit den Buchstaben a b c d e a und f g h i f umschriebenen Grundtheile findet sofort nach Bezahlung des oberwähnten Betrages statt.

3. Josefa Pichler verpflichtet sich, die von der Gemeinde zur grundbücherlichen Abschreibung zu bringenden Theilflächen der Cat.-Parc. 153, sowie die von der Realität Einl.-Z. 114 Währing zur Gengzgasse und Türkenchanzstraße entfallenden Flächen binnen drei Jahren nach vollzogener grundbücherlicher Durchführung dieser Transaction, die von der genannten Realität zur Hofstatt- und Haizingergasse abzutretenden Grundtheile mit Ausnahme der Figur f g h i f nach Maßgabe der Verbauung der angrenzenden, durch die Abtheilung der Realität Einl.-Z. 114 Währing entstehenden Baustellen ins richtige Niveau zu bringen. Diese Verpflichtung ist auf der Realität Einl.-Z. 114 Währing als Reallast zu Gunsten der Gemeinde zu in-tabulieren.

4. Sämtliche mit der Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten trägt Josefa Pichler, die Übertragungsgebühren jeder Contrahent bezüglich der von ihm zu erwerbenden Flächen, wobei bemerkt wird, dass die von Josefa Pichler abzutretenden Flächen mit Ausnahme der Figur f g h i f ins Verzeichniss für das öffentliche Gut zu übertragen sein werden.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15209 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Zuschrift der Leitung der Privatschule der Schulschwestern III., Apostelgasse 5, womit der Dank für die unentgeltliche Überlassung von Schuldruck-forten ausgesprochen wird, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(15124 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Marie Hockau, Schlachtbrückenauffseherswitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe von jährlich 480 K vom 1. Februar 1901 bis 31. December 1903 oder bis zu einer früheren anderweitigen Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15213 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Wieder-einrichtung einer Excurrendo-Station in Josefsdorf am Rahlberge und beantragt die Kenntnissnahme der bezüglichlichen Zuschrift des Bezirks-Schulrathes vom 30. November 1900, Z. 10254.

(Angenommen.)

(15208 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Verlegung der israelitischen Religionsstation von der Bürgerschule VII., Zoller-gasse 41 nach Neubaugasse 42, und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(15212 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Schuldienerwitwe Johanna Golsfer um einen Erziehungsbeitrag für ihren nachgeborenen Sohn Ernst und beantragt:

1. Die städtische Hauptcassa sei anzuweisen, der Gesuchstellerin vom 1. Mai 1900 angefangen eine Witwenpension von 477 K 64 h und für jedes ihrer vier Kinder: Johanna, Josefine, Hermine und Ernst einen Erziehungsbeitrag von je 86 K 84 h, zusammen sonach neuerlich den normalmäßig zulässigen Höchstbetrag von 825 K pro Jahr unter gleichzeitiger Einstellung der früheren Witwenpension per 543 K 75 h und der Erziehungsbeiträge von zusammen 281 K 25 h in der üblichen Weise aus den eigenen Geldern flüssig zu machen.

2. Der Johanna Golsfer sei gleichzeitig zu bedeuten, daß sie, im Falle eines ihrer vier Kinder das Normalalter erreicht, eine anderweitige Versorgung früher erreicht oder stirbt, wieder um Neubemessung ihrer Pension und ihrer Erziehungsbeiträge anzusuchen hat.

(Angenommen.)

(15272 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Katholischen Schulvereines für Österreich um Überlassung eines Lehrzimmers an der Mädchen-Bürgerschule IV., Stachenberggasse 8, und beantragt die Gesuchsgewährung ab 1. October 1900 im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den IV. Bezirk.

(Angenommen.)

(15282 ex 1890.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Barbara Rudolf, Schuldienerwitwe, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, es sei der Genannten die Gnadengabe von jährlich 240 K neuerlich, und zwar vom 31. Jänner 1901 bis 31. December 1902, eventuell bis zu einer früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen und aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien in der üblichen Weise flüssig zu machen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15210 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Verurlaubung des Volksschullehrers Stanislaus Cieslik und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(15131 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Auflösung von Parallelklassen an den Schulen IV., Neumanngasse und Phorusgasse 10, und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(15123 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Marie Wollek, Gattin des gewesenen Executionsamts-Officials Alois Wollek, um Fortbezug der Gnadengabe und des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Marie und beantragt, es sei der Genannten der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 600 K, sowie des gnadeweisen Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Marie von jährlich 72 K für die Zeit vom 1. November 1900 bis 31. December 1901, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15186 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über den Recurs der Mathilde und des Siegfried Katz gegen feuerpolizeiliche Aufträge XIX., Heiligenstädterstraße 46, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(15164 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Verleihung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirksschulinspector Josef Böhl und beantragt, es sei dem Genannten in Würdigung

seiner langjährigen, vorzüglichen Thätigkeit im Dienste der Schule das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Rücksicht der Taxen zu verleihen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15054 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Wenzel Wild um Rückvergütung des pro Mai 1900 bezahlten Mietzinses und beantragt, demselben den Betrag von 183 K aus Billigkeitsrücksichten rückzuvergüten.

(Angenommen.)

(14878 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Knabenbeschäftigungsanstalt der Congregation der Frommen Arbeiter vom heil. Josef um unentgeltliche Überlassung von Lehrbüchern und beantragt, derselben je ein Exemplar der im vorgelegten Verzeichnisse enthaltenen Lehrbücher ausnahmsweise zu überlassen.

(Angenommen.)

(15042 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Versetzung des Volksschullehrers Josef Reinißch und beantragt, zu dieser Versetzung die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(15004 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Franz Langner um Beitragsleistung zu den Krankheits- und Begräbniskosten seines Sohnes Hermann Langner, städtischen Accessisten, und beantragt die gnadeweise Bewilligung eines Beitrages von 400 K.

(Angenommen.)

(15043 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Versetzung der Volksschullehrerin Marie Soltofcovic und beantragt, zu dieser Versetzung die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(15003 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Kathedienerswitwe Josefa Ritsch um Beitragsleistung zu den Begräbniskosten ihres Gatten und beantragt, derselben gnadeweise einen Betrag von 150 K zu gewähren.

(Angenommen.)

(15000 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Aloisia Rnoch, Exerciermeisterswitwe, um Fortbezug der Pensionszulage und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Pensionszulage von jährlich 200 K für die Zeit vom 1. April 1901 bis 31. December 1903 oder bis zu einer etwa früher eintretenden anderen Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15001 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Anna Breyha, Diurnistenwitwe, um Fortbezug der Gnadengabe für ihre Tochter Gabriele und beantragt, es sei der Genannten der Fortbezug der Gnadengabe von jährlich 72 K für ihre am 23. März 1885 geborene Tochter Gabriele für die Zeit vom 1. Jänner 1901 auf die Dauer eines Jahres oder bis zu einer etwaigen früheren Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15002 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Anna Scharinger, Heizergehilfenswitwe, um Fortbezug und Erhöhung der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung einer Gnadengabe im erhöhten Betrage von jährlich 420 K vom 1. November 1900 bis Ende des Jahres 1902, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14935 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Franz Linhof, gewesenen Aushilfs-Schuldieners, um eine Gnadengabe und beantragt, es sei dem Genannten vom 1. October 1900 angefangen bis zum 31. December 1902, eventuell bis zu einer früheren anderweitigen Versorgung eine Gnadengabe von jährlich 240 K zu bewilligen und aus den eigenen Geldern der Gemeinde Wien in der üblichen Weise flüssig zu machen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14938 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Eröffnung von Parallelclassen an Schulen im II. Bezirke und beantragt, zur Eröffnung der in der Note des Bezirksschulrathes vom 7. November 1900, Z. 7727, bezeichneten Parallel-Abtheilungen die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(14919 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Zuschrift der Gesellschaft zur Errichtung eines österreichischen Reichs-Schulmuseums, womit der Dank für die Überlassung von Localitäten im städtischen Schulhause IX., Hahngasse, ausgesprochen wird, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(14898 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Versetzung des Bürgereschullehrers Johann Köhler und beantragt, zu dieser Versetzung die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(14835 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Entlohnung des Portiers des Rufsborfer Schlachthaus für die Bedienung des Gasmotors im Schöpfwerke für die Straßenbespizung und beantragt, demselben eine Pauschal-Entschädigung von 30 K per Bespizungsfaison zu gewähren. (Angenommen.)

(14995 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Heinrich Sikora um Baubewilligung und Bestimmung der Schadloshaltung XVIII. Bezirk, Edelhofgasse, Einl.-Z. 60, und beantragt, als Schadloshaltung für den von der Realität Einl.-Z. 60 Währing zur Verbreiterung der Edelhofgasse abzutretenden Grund den einheitlichen Betrag von 14 K per Quadratmeter zu genehmigen und dem Bauwerber die Ausführung von zwei Erkern bei dem Neubau auf dieser Realität mit einem Vorsprunge von je 1 m über die Baulinie und 2.40 m Breite, daher mit einer Ausladefläche von je 2.40 m², zusammen 4.80 m² unter der Bedingung zu bewilligen, daß die gesammte Ausladefläche der beiden Erker per 4.80 m² von dem zur Straßenverbreiterung gegen Entschädigung abzutretenden Grunde im dreifachen Ausmaße in Abzug gebracht werden, und die Ertheilung der Baubewilligung zu bestätigen. (Angenommen.)

(14937 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Hilda v. Falzl, gewesene provisorische Unterlehrerin, um Abfertigung und beantragt, dem Ansuchen um gnadenweise Gewährung einer Abfertigung aus principiellen Gründen keine Folge zu geben. (Angenommen.)

(14830 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Zuerkennung einer Remuneration an den Oberlehrer der Mädchen-Volksschule XVII., Kindermannngasse, Josef Hirsch, anlässlich der Ertheilung von Spätunterricht und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(14829 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über die Eröffnung einer zweiten Parallelklasse zur I. Classe der Mädchen-Bürgererschule VII., Neustiftgasse 100, und beantragt, hiezu die Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen.)

(14886 ex 1900.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Franz Härdich um weitere Benützung eines Straßengrundstreifens beim Vorgarten des Hauses XVIII., Scheidlstraße 10, und beantragt, demselben die weitere Benützung des communalen Grundstreifens gegen Bezahlung eines Anerkennungsziueses von 10 K jährlich im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk zu bewilligen. (Angenommen.)

(14892 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung von Verbandstoffen für die städtischen Rettungsanstalten und beantragt:

Die Lieferung von Verbandstoffen und sonstigen Requisite für die städtischen Rettungsanstalten und Sanitätsstationen für die Dauer

der nächsten drei Jahre, d. i. vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903 auf Grund der der Offertverhandlung zugrunde gelegten Lieferungsvoorschrift und des die angegebenen Artikel und Einheitspreise enthaltenden Verzeichnisses sei an nachstehende Differenzen zu übertragen, und zwar:

1. die Lieferung der Gruppe I (Verbandmittel, welche eine chemische Zubereitung erfordern, der Firma Saus & Peschka (Nachlaß 15 Percent von den Einheitspreisen);

2. die Lieferung der Gruppe II (gewöhnliche Verbandmittel und andere Behelfe) der Firma Georg Schlect (Nachlaß 20 Percent von den Einheitspreisen);

3. die Lieferung der Artikel Gruppe III (mit Ausnahme der Post 100) und Gruppe IV dem Moriz Esterl (Nachlaß 5 Percent für Gruppe III und 25 Percent Aufschlag für Gruppe IV);

4. die Lieferung der Rettungskasten Gruppe V den Josef Leitner zu dem offerierten Preise von 94 K per Stück.

(Angenommen.)

(14880 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Persolvierung der Sebastian Heydhart'schen Stiftung für Wiener Bürger pro 1901 und beantragt:

a) den noch besteuerten Bürgern:

Wenzel Köhler, Schneider;

Josef Pilecky, Schneider;

Johann Hartmann, Schuhmacher;

Stephan Koschowitz, Tischler — Unterstützungen von je 200 K;

b) nachstehenden Bürgerpfründnern und Bürgerpfründnerinnen Unterstützungen per je 100 K zu bewilligen, und zwar den Bürgern und Bürgerpfründnern:

Franz Zajicek, gew. Uhrmacher;

Johann Baumann, gew. Weber;

Karl Fauler, gew. Fragner;

Johann Dolezal, gew. Schneider;

Josef Wesely, gew. Schneider;

Josef Böhm, gew. Gemischtwaren-Verschleißer;

Matthias Ruggl, gew. Schuhmacher;

Ernst Benniger, gew. Gastwirt;

Anton Steiger, gew. Vergolder;

Thomas Lepamer, gew. Schneider;

Johann Böck, gew. Waffenschmied;

Nikolaus Branks, gew. Tischler;

Franz Schubert, gew. Silberschneider;

Johann Balth, gew. Zimmermaler;

Johann Wyt, gew. Optiker;

Franz Sorger, gew. Bauflosser;

Franz Krapp, gew. Schuhmacher;

Anton Mucha, gew. Schuhmacher;

Josef Schneider, gew. Hausierer;

Georg Scharrer, gew. Vergolder;

Johann Neubauer, gew. Schuhmacher;

Leopold Traxler, gew. Milchverschleißer;

Michael Zehetmayer, gew. Fragner;

c) den Bürgerwitwen und Pfründnerinnen:

Antonie Radda, Goldarbeiterswitwe;

Katharina Lipp, Fragnerwitwe;

Francisca Heiduk, Tischlerswitwe;

Eleonore Kurzweil, Schneiderswitwe;

Anna Hofmann, Gastwirtsmitwe;

Therese Kuzicka, Schuhmacherswitwe;
 Anna Waas, Gastwirtschwitwe;
 Francisca Prenz, Geschirrhändlerschwitwe;
 Fanni Malala, Tischlerschwitwe;
 Victoria Sobczyk, Hutmacherschwitwe;
 Elisabeth Wöfl, Gastwirtschwitwe;
 Josefa Badusich, Handelsangestelltenchwitwe.

(Angenommen.)

(15016 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Daniel Inthaler um käufliche Überlassung der Baracke Nr. 75 in Hinter-Maszwald und um Bewilligung zur Aufstellung bei dem städtischen Hause Nr. 25 und beantragt, demselben obige Baracke um den Betrag von 260 K käuflich zu überlassen und die Aufstellung derselben lediglich zu Wohnzwecken im verkleinerten Maßstabe nach der Hütte des Wasserleitungs-Ausschüßers Lichtenegger zu gestatten. Die Baracke soll jedoch soweit von der Hütte Lichteneggers entfernt sein, daß eine Feuergefahr für beide Hütten auf das minimalste reducirt wird; auch ist eine Senkgrube anzulegen.

(Angenommen.)

(15214 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Albert Rosenfeld um Nachsicht der für Karl Gryziacki im Versorgungshause zu Ybbs aufgelaufenen Verpflegungskosten und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(15185 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen der Johanna Leuthner um Bewilligung zur Anbringung einer Firmatafel XVIII., Rutschberggasse 33, und beantragt die Gesuchsgewährung im Sinne des Antrages des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk.

(Angenommen.)

(15162 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Jakob Schwent um Wasserabgabe XVIII., Dittesgasse 13, und beantragt, demselben die Abgabe von 5 hl Hochquellenwasser zum industriellen Bedarf auf Widerruf und unter Ausschluss jeder Kündigungsfrist gegen Bezahlung der normierten Gebühren zu bewilligen. Der Wasserbezug ist beim magistratischen Bezirksamte für den XVIII. Bezirk anzumelden.

(Angenommen.)

(15283 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Ausfolgung eines Erziehungsbeitrages für Katharina Raab und beantragt, gegen die Ausfolgung eines Betrages von 150 K aus deren Vermögen keine Einwendung zu erheben.

(Angenommen.)

(10925 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Präliminare für die Betriebserfordernisse des Pottschacher Schöpfwerkes und beantragt, das vom Magistrate vorgelegte Präliminare der Betriebserfordernisse des Pottschacher Schöpfwerkes im Jahre 1901 zu genehmigen und die Offerte der Contrahenten W. Weber & Comp., Aug. Kohl und Johann Martin anzunehmen, sowie die Besorgung des Kernzuschlusses und der ad Post 6 aufgestellten Betriebserfordernisse im Handeinkaufe (bedeckte Auslage).

(Angenommen.)

(15163 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über die Zuschrift des n.-ö. Landesauschusses vom 14. October 1900, Z. 51044, betreffend die Baulinienbekanntgabe für die dem n.-ö. Findelhausfonde gehörige Realität Alferstraße 21/23 und Laudongasse 12, und beantragt:

1. Zur Verbindung der Alferstraße mit der Laudongasse im Zuge der Spitalgasse beziehungsweise Langegasse sei ein 19 m breiter Straßenzug nach den im Originalplane roth schraffirten Linien A B, C D zu genehmigen.

2. Das neue Straßenniveau ergibt sich als stetige Verbindung der Niveaus der Alferstraße und Laudongasse.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15176 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen der Adolfinie Lobichart um Zahlungsübernahme der für ihre Magd Marie Nohringer aufgelaufenen Verpflegungskosten seitens der Dienftboten-Krankencassa und beantragt, die Hälfte der Verpflegungskosten per 42 K zur Zahlung zu übernehmen.

(Abgelehnt.)

(14986 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Franz Josef Kruml um Abschreibung einer Augenscheinstaxe per 10 K 40 h und beantragt die Nachsicht der Taxe.

(Angenommen.)

(14818 ex 1900.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen von Weinbauvereinen um Bewilligung von Subventionen pro 1900 und beantragt:

Es seien den nachstehend verzeichneten Weinbauvereinen folgende Beträge pro 1900 zu bewilligen, und zwar hinsichtlich der sub Post 1 bis 5 genannten Vereine in der Weise der Berichtigung der von den Vereinen vorgelegten Rechnungen von Seite des betreffenden Bezirksvorstehers aus den Verlagsgeldern:

1. Weinbauverein Ottakring 1000 K;
2. Weinbauverein für den XVII. Bezirk 800 K;
3. Weinbauverein für den XVIII. Bezirk: Nachtrags-Subvention pro 1899 400 K, pro 1900 400 K;
4. Weinbauverein Unter- und Ober-Sievering 600 K;
5. Weinbauverein Grinzing 1600 K;
6. Verein zum Schutze des österreichischen Weinbaues 200 K.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14996 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen der Firma Ed. Oberleithners Söhne um grundbücherliche Löschung Einl.-Z. 795 I. Bezirk, und beantragt die Bewilligung des Ansuchens und Ausfertigung der Löscherklärung auf Kosten der Partei.

(Angenommen.)

(14868 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über die Interpellation des Gem.-Rathes Leitner wegen Gründung von Consumvereinen unter den Beamten und Bediensteten der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen und beantragt, den Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(14932 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen der Firma Dehm & Dibrich um Bestimmung der Schadloshaltung I., Fleischmarkt 6, und Grashofgasse 1 a, und beantragt, die Schadloshaltung für 76.02 m² abzutretenden Grund unter Ablehnung der Forderung von 300 K per Quadratmeter mit 240 K per Quadratmeter festzusetzen.

(Angenommen.)

(14999 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Josef und der Marianne Kranz um grundbücherliche Löschung Einl.-Z. 598 I. Bezirk, und beantragt, die angeführte Löschung auf Kosten der Gesuchsteller, sowie die Abschreibung des Platzzinses per 406 K zu genehmigen.

(Angenommen.)

(15177, 15178 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebühren nach 35 Parteien aus dem I. Bezirke und beantragt, die diesbezüglich gestellten Anträge des magistratischen Bezirksamtes für den I. Bezirk zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14191 ex 1900.) St.-R. Fiedler referiert über die Festsetzung der Schadloshaltung für die Grundabtretung, sowie des Übernahmepreises für die Grundeinbeziehung beim Umbaue des Hauses I. Bezirk, Einl.-Z. 210 und 284, Dr.-Nr. 16 Fleischmarkt, Dr.-

Nr. 1 beziehungsweise 3 Drachengasse, und beantragt die Genehmigung der im nachstehenden Protokolle enthaltenen Bestimmungen unter Festsetzung einer zweijährigen Gültigkeitsdauer derselben.

Protokoll

vom 21. December 1900.

Herr M. Brill erklärt im eigenen und im Namen seiner Gattin sein Einverständnis dahin abzugeben, daß bei Abtretung des nach der neuen Baulinie von den Realitäten Einl.-Z. 210 und 284 Innere Stadt zur Straßenverbreiterung abzutretenden und bei Einbeziehung des nach dieser Baulinie zur Bauarea fallenden Grundstückes der Drachengasse von den Eigenthümern dieser Realitäten an die Gemeinde eine Aufzahlung von 20.000 K., zahlbar vor Ausfertigung des Bauconsenses, geleistet wird, wobei diese Eigenthümer die Vereinbarung mit den Eigenthümern von Dr.-Nr. 7 und 7 a Schönlaterngasse wegen der Verbauung des von diesen Realitäten zur heute bestehenden Drachengasse bestehenden Ausganges auf sich zu nehmen haben, während andererseits für das Aufgeben der Keller am Fleischmarkt seitens der Eigenthümer die Gemeinde Wien die Herstellung von Lichteinfallöffnungen beziehungsweise Holz-, Kohlen- und Kellerablaßöffnungen in der Gesamtlänge von höchstens 20 m im Pichten und mit dem Maximalvorsprunge von 80 cm von der Baulinie, ferner die Herstellung von zwei Wetterschutzdächern beim Hoteleingange und Saaleingange (eventuell Hoteleingang und Hauseingang), endlich die Herstellung eines Balkons am Fleischmarkt ohne weiteres Entgelt beziehungsweise Platzzins gestattet, insofern diese Objecte bauordnungsmäßig als zulässig erkannt werden.

Bemerkt wird, daß die Grundeinbeziehung von der Drachengasse hienach inclusive des an die Nachbar-Realität 7 und 7 a Schönlaterngasse grenzenden Theiles verstanden ist.

Die Kosten der Plananfertigung, sowie des Vertrages und die Übertragungsgebühren tragen die Eigenthümer von 1 bis 5 Drachengasse. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14229 ex 1900.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über die Baulinienbestimmung für Theile der Singerstraße, Seilerstätte und Liebenberggasse und beantragt:

Unter Zugrundelegung des mit der St.-Z. 1745/XR ex 1900 bezeichneten Planes B seien folgende Baulinien zu bestimmen:

1. Für die Singerstraße unter Annahme einer Straßenbreite von 15 m die Linien A B — C D E — F G.

2. Für die Seilerstätte bei einer Straßenbreite von 16 m die Linien I' H G' G — L M.

3. Für die Liebenberggasse bei einer Breite von 16 m und unter Festhaltung der Bauflächen auf Seite der ungeraden Nummern die Linie M N.

4. Für die Fortsetzung der Niemergasse mit einer Breite von 14 m bis zur Seilerstätte die Linien R K — F I I'.

Die genehmigten Niveaus nach den im Originalplane roth eingeschriebenen Coten bleiben unverändert.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15104 ex 1900.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über das Ansuchen des E. L. Firsch um Bewilligung zur Herstellung eines Anschlusses für Kraftübertragung vom Kabel der Wiener Electricitätsgesellschaft in der Burggasse zum Hause Nr. 30 und beantragt, die Herstellung des Anschlusses zu gestatten, jedoch zu bedingen, daß die Arbeiten nur bei frostfreiem Wetter an einem vom Stadtbauamte zu bestimmenden Tage ausgeführt werden dürfen. (Angenommen.)

(15154 ex 1900.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über das Offert des Dr. Friedrich Kohl Edlen v. Kohlenegg und der Albertine v. Koller auf Verkauf der Realität I., Schulhof 4, an die Gemeinde und beantragt, das Offert abzulehnen und von weiteren Verhandlungen abzusehen; den Offerten ist bekanntzugeben, daß die Gemeinde die Erwerbung dieses Objectes nicht beabsichtigt.

(Angenommen.)

(15018 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung von Bleirohren zur Herstellung von Wasserleitungsabzweigungen und beantragt die Annullierung der Offertverhandlung und Ausschreibung einer neuen Offertverhandlung, zu welcher außer der Firma Winwartner & Königstein auch die Bleiberger Bergwerk-Union in Klagenfurt einzuladen ist.

St.-R. Bäsch beantragt, mit den einzelnen Unternehmern in Verhandlung zu treten.

Der Antrag des **St.-R. Bäsch** wird abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(14832 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über die Entnahme von Hochquellenwasser aus dem Feuerhydranten durch die freiwillige Feuerwehr in Rufsdorf zu Übungszwecken und beantragt, die freiwillige Feuerwehr in Rufsdorf zu verständigen, daß die Entnahme von Wasser aus plombierten Privatfeuerhydranten ausnahmslos verboten sei, daß jedoch die Entnahme von Hochquellenwasser aus den öffentlichen Feuerhydranten unter der vom Magistrate beantragten Bedingung zu Übungszwecken als zulässig erklärt wird.

(Angenommen.)

(14532 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über die Lohnaufbesserung der vier vom bestandenem Bezirksstraßen-Ausschuß Sechshaus übernommenen Wegeinräumer und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(14882 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Unter-Weidling um Beistellung von Ausrüstungsgegenständen, sowie einer ständigen Pferdebereitschaft und beantragt, den bezüglichen Magistratebericht zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(14834 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über den Verkauf eines leichten Zugpferdes des städtischen Fuhrwerksbetriebes und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(14836 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über den Verkauf des Pferdebürgers aus den städtischen Depots für die eigene Fuhrwerksregie (Straßenpflege, XVI., Arnetzgasse 28, und XVII., Rainzgasse 3, und beantragt, den sich für beide Depots, in welchen dormalen 24 Stück Pferde eingestellt sind, ergebenden Stalldünger dem Vincenz Gehringer in Ulrichskirchen zum Preise von 2 h per Tag und Pferd unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu überlassen.

(Angenommen.)

(15161 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über den Statthaltereierlass vom 26. Juni 1900, Z. 55101, betreffend die Zulässigkeit der Verwendung verzinnter und galvanisierter Guss- und Schmiedeeisenrohre bei Abzweigungsleitungen der Wasserleitung, und beantragt, den Erlaß zur Kenntnis zu nehmen, den § 8 der Kundmachung über die Wasserabgabe jedoch nicht abzuändern.

(Angenommen.)

(15169 ex 1900.) **St.-R. Hipp** referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Drafsenhofen um käufliche Überlassung eines Wasserwagens und einer Saugdruckpumpe und beantragt die Annahme des Kaufanbotes für den Wasserwagen (60 K) und Ablehnung des Verkaufes für die Handspitze.

St.-R. Zayka beantragt die Ablehnung des Verkaufes des Wasserwagens.

Der Antrag des St.-R. Zayka und im übrigen der Referenten-Antrag angenommen.

(15184 ex 1900.) St.-R. Hipp referiert über das Ansuchen des Anton Schamburek um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgeldern, XVIII., Währingerstraße 90, und beantragt die Abschreibung der infolge eines Rohrgebrechens entstandenen Mehrgebür von 37 K 28 h. (Angenommen.)

(11084 ex 1900.) St.-R. Hipp referiert über das Offert des Julius Grattenthaler auf die Cat.-Parc. 263, Einl.-Z. 53 in Neuwaldbegg, und beantragt den Verkauf um den Pauschalbetrag von 1400 K im Sinne des Magistrats-Antrages.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(15279 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Gustav Richter, Pächter des Bürgerspitalfondsgrundes Cat.-Parc. 2857/9, 10, 11, III. Bezirk, um nachträgliche Genehmigung von Astermietern und beantragt, die Astervermietungen nicht zu genehmigen und dem Pächter sofort zu kündigen. (Angenommen.)

(15122 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Bartholomäus Bottolch um Nachsicht der Grabstell-Ergänzungsgeld für ein eigenes Grab im Simmeringer Friedhofe und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(15158 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über das Offert des Karl Stübner auf Verkauf seiner Realität XI., Hallergasse 30, und beantragt die Ablehnung. Dem Differenten ist mitzuthemen, daß die Gemeinde die Erwerbung der fraglichen Realität nicht beabsichtigt. (Angenommen.)

(15066 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über den Recurs der Rosa Müllner gegen feuerpolizeiliche Aufträge, XI., Kopalgasse 23, und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen.)

(15121 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Österr.-ungar. Staatsbahn-Gesellschaft um Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgeldern, XI., Grillgasse 48, und beantragt, den Betrag von 280 K 37 h wegen eines Rohrgebrechens abzuschreiben. (Angenommen.)

(15173 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Th. und G. Reichl wegen Pflasterung der Dittmanngasse im XI. Bezirke und beantragt, das Nachtragsoffert dieser Firma, neuerlich 500 K zu obigem Zwecke beizutragen, zu genehmigen und den Magistrat anzuweisen, wegen nachträglicher Genehmigung des etwa thatsächlich resultierenden Mehrerfordernisses Bericht zu erstatten. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XII. Gemeindebezirk, Meidling.)

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des XII. Wiener Gemeindebezirkes Meidling vom 27. December 1900.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Josef Kassin.

Der **Vorsteher** berichtet über die Spende des „Wiener Journal“ (50 Mädchenkleider, 35 Stoffe für Knabenkleider und 37 Paar Schuhe).

Es wird der Dank ausgesprochen.

Ferner wird beschlossen, anlässlich der Neuerrichtung der Pfarrkirche dem Prälaten und dem Pfarrer den Dank auszusprechen.

Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, die Stellungnahme gegen die Verschiebung der Zinsquartale betreffend.

Zugestimmt.

Antrag der Bezirksvertretung Alsergrund auf Einführung von Localpostkarten.

Zugestimmt.

Antrag der Bezirksvertretung Hiezing, der Stadtrath möge bei Vergebung von Arbeiten die im Bezirke wohnhaften Geschäftsleute berücksichtigen.

Zugestimmt.

Antrag der Bezirksvertretung Neubau auf Einschränkung der Signale seitens der elektrischen Tramway.

Beschluss: Übergang zur Tagesordnung.

Antrag der Bezirksvertretung Hernals auf Verhinderung der Übervertheilung der Kohlenkäufer.

Beschluss: Übergang zur Tagesordnung.

Antrag der Bezirksvertretung Landstraße auf Beschleunigung der Errichtung einer städtischen Sparcassa.

Beschluss: Übergang zur Tagesordnung.

Antrag der Bezirksvertretung Fünshaus auf Erhöhung der Kosten für die Beföstigung der Wahl-Commissionen.

Beschluss: Übergang zur Tagesordnung.

Das Ansuchen mehrerer Hausbesitzer in einer noch unbenannten Gasse in Hietzing um Benennung dieser Gasse, Straßenherstellung und Beleuchtung wird befürwortend an den Magistrat geleitet.

Zu Armenräthen mit der Amtsdauer bis Ende des Jahres 1900 werden gewählt:

Mois Vincenz, Büstenbinder, Steinhagegasse 10, mit 9 Stimmen;

Josef Bauer, Bergolder, Korbergasse 6, mit 9 Stimmen;

Albert de Gregorio, Hutmacher, Schönbrunnerstraße 287, mit 7 von 9 abgegebenen Stimmen.

Nachdem noch einige Anfragen an den Vorsteher gerichtet und von diesem zur Zufriedenheit der Anfragenden beantwortet wurden, beantragt der **Vorsteher**, dem Leiter des magistratischen Bezirksamtes Magistratsrath Dr. Frimmel, ferner den Beamten des Bezirksamtes, dem Kanzleileiter Magistrats-Obercommissär Richter, sowie den der Bezirkskanzlei zugetheilten Beamten für ihre aufopfernde Thätigkeit den Dank der Bezirksvertretung auszudrücken.

Einstimmig angenommen.

Zum Schluß der öffentlichen Sitzung wünscht der **Vorsteher** allen Anwesenden ein glückliches Neujahr.

(XIX. Gemeindebezirk, Döbling.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom 27. December 1900.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher Peter Langweber.

Einläufe.

(3799.) Die Mittheilung der Magistrats-Direction vom 7. December 1900, Z. 3155, wonach der in Ausarbeitung befindliche Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen demnächst dem Stadtrathe zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird, wird zur Kenntnis genommen.

Allgemeine Nachrichten.

(3847.) Die Zuschrift des Magistrates vom 21. December 1900, Z. 125374, wonach eine Pflasterung der Heiligenstädterstraße vom Hause Nr. 15 bis zur vormaligen Rufsborferlinie derzeit nicht vorgenommen werden kann, nachdem nach den bereits genehmigten Baulinien diese Straße in dem bezeichneten Theile einer Umlegung unterzogen werden wird, welche in nicht zu ferner Zeit in Angriff genommen werden dürfte, nachdem die Interessenten in jüngster Zeit Schritte zur Beschleunigung der Ausführung des genehmigten Regulierungsprojectes unternommen haben, wird zur Kenntnis genommen.

(3126.) Dem Antrage der Bezirksvertretung Neubau, betreffend Abstellung der unnöthigen, lärmenden Signalgebung seitens der Motorführer der elektrischen Straßenbahn in den Nachstunden, wird beigetreten.

(3174.) Dem Antrage der Bezirksvertretung Hiezing, betreffend Berücksichtigung der im betreffenden Bezirke ansässigen Geschäftsleute bei Vergabe currenter Arbeiten und Beachtung der Vertrauenswürdigkeit der Offerenten, stimmt die Bezirksvertretung zu.

(3827.) Dem Antrage der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend Stellungnahme gegen die von einigen Hausbesitzervereinen geplante Verlegung der Zinstermine auf 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. October, schließt sich die Bezirksvertretung an.

Anträge.

(3815.) **B.-B. Mayer** beantragt die Errichtung eines Lagerplatzes für Coaks und Kohlen an der Borortelinie der Wiener Stadtbahn zwischen der Station „Ober-Döbling“ und der Krottenbachstraße.

B.-B. Dröbner stellt den Zusatz-Antrag: Es sei an der bezeichneten Stelle ein Frachtenbahnhof zu errichten.

Beide Anträge werden angenommen; an den Magistrat.

(3862.) **B.-B. Dolefschall** beantragt die Regulierung der Rnthgasse.

Der **Bezirksvorsteher** theilt mit, daß bezüglich der Regulierung dieser Straße schon seit mehreren Jahren Verhandlungen gepflogen werden und daß bis zu deren Beendigung durch Regelung des Fuhrwerksverkehrs in der Rnthgasse und Rufswaldgasse eine Abhilfe gegen die derzeit daselbst bestehenden ungünstigen Passagerverhältnisse geschaffen werden könnte.

Der **Bezirksvorsteher** wird ersucht, in dieser Richtung das Erforderliche zu veranlassen.

Nach Erledigung der Tagesordnung ergreift der **Bezirksvorsteher** das Wort zu einem Rückblicke über das verflossene Jahr, welches nicht als ein ungünstiges bezeichnet werden könne, nachdem durch die Thätigkeit der Bezirksvertretung mancherlei Erfolge für den Bezirk erzielt worden seien. So sei mit Freuden der erst in jüngster Zeit erfolgte Ankauf eines Platzes für den Bau einer neuen Schule in der sogenannten „Krimm“ zu begrüßen.

Der **Bezirksvorsteher** dankt den Mitgliedern der Bezirksvertretung, deren Arbeitskraft in Folge des Ausscheidens mehrerer Bezirksräthe in immer größerem Umfange in Anspruch genommen werde, für ihre pflichteifrige Thätigkeit und wünscht, daß das neue Jahr allen nur Glück bringen möge.

B.-B. Mayer spricht dem **Bezirksvorsteher** die herzlichsten Glückwünsche der Bezirksvertretung zum Jahreswechsel, sowie den Dank für seine den Interessen des Bezirkes gewidmete, aufopferungsvolle Thätigkeit und seine unparteiische Leitung der Sitzungen aus, welche dank dieser Leitung stets in nachahmungswürdig ernster und ruhiger Weise verlaufen.

(Eröffnung der Kühlanlage im Schlachthause St. Marx.)
Es wird hiemit zur Kenntnis gebracht, daß die von der Gemeinde Wien im städtischen Schlachthause St. Marx im III. Bezirke errichtete Kühlanlage am 1. März 1901 eröffnet und der Benützung übergeben werden wird.

Städtisches Lagerhaus.

Vom 3. bis 10. Jänner 1901.

Waren eingelagert 15.078 Meter-Centner
ausgelagert 34.973 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 8342 Meter-Centner.

Lagerstand vom 10. Jänner 1901: 413.982 Meter-Centner, und zwar:
136.615 Meter-Centner Weizen, 78.260 Meter-Centner Roggen,
56.307 „ Gerste, 84.808 Hafer,
6.967 „ Mais, 719 „ Olsaaten,
13.004 „ Mehl u. Kleie, 2.713 Wein,
1.157 „ Zucker, 1.757 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assuranzwert dieser Waren stellte sich auf 7,221.220 K.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Ausweis über die im Monate December 1900 durch die städtischen Sanitäts-Stationen und Depots ausgeführten Kranken- und Leichentransporte.

Station oder Depot	Zahl der Transporte von			Zusammen
	gewöhnlichen	Infectionskranken	Reichen	
Depot, III., Fasangasse 29	40	—	8	48
Station, V., Untere Bräuhausgasse 61	310	87	22	419
Depot, XI., Landen 7	1	4	10	15
Station, XIV., Pillergasse 21	203	48	64	315
Depot, XVI., Thaliastraße 113	67	19	66	152
Depot, XVI., Kirchstetterngasse 57	43	7	31	81
Depot, XVII., Rößergasse 31	83	10	28	121
Depot, XVIII., Sommarugagasse 4	29	9	18	56
Station, XX., Gerhardusgasse 3/5	221	99	156	476
Zusammen	997	283	403	1683
	1280			

Städtisches Arbeitsvermittlungsamt Wien

XV., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Bermittlungsthätigkeit vom 5. bis 11. Jänner 1901.

Vorgemertt wurden Arbeitjuchende . 1267 und 58 als Lehrlinge.
Angemeldet wurden freie Plätze . . 627 „ 73 für „
Bermittelt wurden freie Stellen . . 600 „ 25 Lehrlinge.

Aufnahme von Arbeitskräften.

M ä n n l i c h e: 1 Wagenfchmied-Fenerburfch, 16 Schuhmacher auswärts, 1 Buchbinder auswärts, 2 Glasäger, 1 Kappenfchirmmacher nach Ungarn, Steinnufstknopfdrechsler auswärts, 2 Wagner

auswärts, 1 Bein- und Galanteriedrechsler auswärts, 1 Kofshaarspinner auswärts.

Weibliche: Näherinnen aller Art, Ladenmädchen für Fleischselcher.

Lehrklinge werden mit Ausnahme von Mechanikern und Maschinenschlossern in allen Branchen gesucht.

Angebot von Arbeitskräften.

Männliche: Eisen- und Metallgießer, Werkzeugmacher, Bauschlosser, Spengler, Eisen- und Metallbreher, Maschinenschlosser und Monteure, Heizer und Maschinisten, Bau- und Möbeltischler, diverse Drechsler, Sattler und Riemer, Tapezierer, Herren- und Damenschneider, Friseure, Fleischselcher, Austreicher und Lackierer, Geschäftsdiener, Laufburschen, Kutscher, Tagelöhner und Hilfsarbeiter.

Weibliche: Metall-Hilfsarbeiterinnen aller Art, Wäscherinnen, Buchbinderei- Arbeiterinnen, weibliches Dienstpersonal für das Schaufgewerbe, Fabrikarbeiterinnen aller Art.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 10. bis 14. Jänner 1901.

Für Neubauten:

- III. Bezirk: Haus, Keimergasse 30, von Theresia Sulger, Bauführer C. Michna & J. Herzberg (180).
 V. Bezirk: Haus, Schönbrunnerstraße 135, von Johann Moog, Bauführer Kobl & Löwitsch (178).
 XIII. Bezirk: Einfödiges Wohnhaus, Hiebing, Einl.-Z. 131, von Hugo Specht, Bauführer Ferd. Kaiser (731).
 XVI. Bezirk: Haus, Neulerchenfeld, Grundsteingasse 39, von Victor und Marie Nicoladoni, Bauführer Johann Weidl (1842).

Für Zubauten:

- VI. Bezirk: Hoftract, Hofmühlgasse 13, von Theresia Fessinger und Marie Slavik, Hiebing Hauptstraße 148, Bauführer H. Stagl (179).
 VIII. Bezirk: Hoftract, Lederergasse 25, von der Sodawasserfabrik der Wiener Gastwirte, Bauführer Seidl & Klee (186).
 " " Hoftract, Josefsstädterstraße 53, von Karl Schumann (198).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Himmelfortgasse 20, von Friedrich Kohn, Bauführer B. Schwadron (159).
 " " Kohlmarkt 10, von der Wiener Baugesellschaft (160).
 " " Johannesgasse 20, von Emil Mauthner, Bauführer E. Kamenicky (161).
 VII. Bezirk: Reussitzgasse 28, von Julius Meini, Fleischmarkt 17, Bauführer R. Reichelt (184).
 " " Bandgasse 28, von Ed. Dicker, Baumeister (181).
 " " Schottenfeldgasse 1, von Leonhard Weiß, Bauführer M. Draxelmayer (204).
 XIII. Bezirk: Hütteldorf, Einl.-Z. 108, Pinzerstraße 410, von Josef Wolf, Bauführer Matth. Bohdal (628).
 XVI. Bezirk: Ottalring, Römberggasse 72, von Hugo v. Zallner, Bauführer Johann Binder (1923).

Für diverse (geringere) Bauten:

- IX. Bezirk: Hofeindeckung, Schlickgasse 3, von Eduard Basch, Bauführer J. Wittner (149).
 XIII. Bezirk: Steingrobreanal, Penzing, Pinzerstraße 169, von Ignaz und Joh. Mayerl, Bauführer Eduard Horu (866).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- I. Bezirk: Wollzeile 25, von Heinrich Frank noe. de Paul'sche Stiftung (138).
 " " Wollzeile 17, von der „Elbemühl“ (164).

III. Bezirk: Krummgasse 10 und 12, von Dominik Heim und Rudolf Hermann, Seidengasse 43 (136).

IX. Bezirk: Säulengasse 9, von Karl Bluntschli, Marzergasse 6 (185).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Neulerchenfelderstraße 55, von Johann F. Haubenhofer (1631).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Dptm. VII, Z. 2451.

11. Jänner 1901.

Lieferung, Verfassung und Instandhaltung von 175 Stück geachteten Wassermessern für die Wienhalbwasserleitung.

Bernhardt's G. Söhne -- System „Bernhardt“ (exklusive Nachgebür):

60 Stück 13 mm à 48 K,
 60 Stück 25 mm à 54 K,
 50 Stück 50 mm à 150 K.

Einbauung per Stück;
 13 mm 4 K,
 25 mm 6 K,
 50 mm 8 K.

Die Instandhaltung per Stück nach Ablauf der zweijährigen Haftzeit auf die Dauer weiterer fünf Jahre gegen ein Jahrespauschale von
 4 K 20 h für 13 mm
 4 K 20 h für 25 mm
 8 K für 50 mm.

Nebearbeiten nach dem städtischen Tarif. Lieferfrist für die 13 und 25 mm circa 8 Wochen, 50 mm circa 12 Wochen.

Leopolder & Sohn -- System „Leopolder“ (exklusive Nachgebür):

60 Stück 13 mm à 50 K,
 60 Stück 25 mm à 63 K,
 50 Stück 80 mm à 127 K,
 5 Stück 80 mm à 248 K.

Einrichtung der Wassermesser per Stück:
 13 mm 4 K,
 25 mm 4 K,
 50 mm 5 K 60 h,
 80 mm 8 K.

Lieferzeit 10 Wochen.

Nebearbeiten nach den städtischen Tarifen.

Instandhaltung nach Ablauf der zweijährigen Haftpflicht exklusive der Nachzahlung.

13 mm 4 K 20 h per Stück und höher,
 25 mm 6 K per Stück und höher,
 50 mm 6 K per Stück und höher,
 80 mm 14 K per Stück und höher.

Schinzl Eduard

— Patent „Schinzl“:

60 Stück 13 mm à 47 K 50 h,
 60 Stück 25 mm à 60 K,
 50 Stück 50 mm à 120 K ohne Schlammkasten,
 5 Stück 80 mm à 240 K ohne Schlammkasten.

Hierzu gußeiserne Schlammkasten

50 Stück 50 mm Wassermesser à 35 K,
 5 Stück 80 mm Wassermesser à 45 K.

Preise exklusive Nachgebür.

Instandhaltung nach Ablauf der Haftzeit auf weitere 5 bis 10 Jahre:

13 mm 4 K 20 h per Stück,
 25 mm 6 K per Stück,
 50 mm 10 K per Stück,
 80 mm 20 K per Stück.

Einbauung der Wassermesser per Stück:

13 mm 4 K,
 25 mm 5 K,
 50 mm 8 K 50 h,
 80 mm 14 K.

Lieferzeit zehn Wochen.

„Danubia“, Actiengesellschaft für Gaswerk-, Beleuchtungs- und Messapparate

System „Stern“ per Stück:

60 Stück 13 mm à 48 K,
 60 Stück 25 mm à 80 K,
 50 Stück 50 mm à 226 K,
 5 Stück 80 mm à 316 K.

Nachgebür für die Gesamtlieferung 1451 K 70 h. Lieferfrist 6 Wochen an das Nachamt.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Vergabung der Zimmerputzarbeiten in den Bezirken I bis XIX für ein oder drei Jahre ab 1. Jänner 1901.

(Stadtraths-Beschluß vom 9. Jänner 1901, 33. 15160 ex 1900, 105 ex 1901.)

- Ertl Johann — Für den I. Bezirk 54 h per 100 m² für die harten Fußböden.
 2 K per 100 m² für die weichen Fußböden.
 Bauer Otto — Für den II. und XI. Bezirk 80 h per 100 m².
 Ronge August — Für den III. bis V. Bezirk 80 h per 100 m².
 Scholz Ludwig — Für den VI. und X. Bezirk 80 h per 100 m².
 Weiskany Jakob — Für den VII. und VIII. Bezirk 86 h per 100 m².
 Weismann Karl — Für den IX. Bezirk 90 h per 100 m².
 Urbanek Johann — Für den XII. und XIII. Bezirk 80 h per 100 m².
 Lang Franz — Für den XIV. und XV. Bezirk 90 h per 100 m².
 Lazar Alois — Für den XVI. Bezirk 80 h per 100 m².
 Lachmeier Karl — Für den XVII. bis XIX. Bezirk 80 h per m².

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 5. Jänner 1901.

(Fortsetzung.)

- Schamaneck Clementine — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — V., Wolfganggasse 46.
 Schipp Josef — Kleidermachergewerbe — XI., Simmeringer Hauptstraße 95.
 Schmidt Albin — Verschleiß von Cigarettenpapier mittels Automaten im VIII. und IX. Bezirke — XVIII., Dittesgasse 5.
 Schön Johann — Drechslergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 50.
 Scholl Josef — Pfaidlergewerbe — II., Taborstraße 9.
 Schubert Franz — Feilbetten von Blumen im Umherziehen, Marke Nr. 109 — V., Einsiedlergasse 30.
 Schweiger Leopoldine — Zeitungs-Verschleiß — XVI., Richard Wagnerplatz 2.
 Silbermann Jakob — Agent — II., Untere Augartenstraße 25.
 Simon Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Leberergasse 28.
 Sindl Benzel — Victualien- und Canditen-Verschleiß — II., Thugutstraße 5.
 Skoda Marie — Braten von Kastanien, Äpfeln und Erdäpfeln — VIII., Allersstraße, Ecke der Feldgasse.
 Studebky Maximilian — Agent — II., Lichtenauergasse 7.
 Sprongl Franz — Kleidermacher — XVI., Liebhartsstraße 25.
 Starzinger Crescentia — Tabak-Verkauf — XIX., Chimanistraße 27.
 Stoček Benzel — Schuhmacher — XIV., Stättermayergasse 6.
 Stula Johann — Obst-, Grünwaren-, Orangen- und Citronen-Verschleiß im Umherziehen, Marke Nr. 4246.
 Suk Julius — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — V., Arndtstraße 19.
 Tiefenbach Johann — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Deinhartsteingasse 10.
 Trögl Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Friedrich Kaiserergasse 25.
 Voigtländer Elise — Photographengewerbe — V., Stolberggasse 13.
 Wagner Cäcilie — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XVI., Hasnerstraße 99.
 Wallner Marie — Pfaidlerei — III., Hauptstraße 116.
 Waltuch Herrsch Ascher — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Reinhardtstraße 8.
 Wittel Helene — Wäschwaren-Erzeugung — XVI., Habichergasse 50.
 Wollner Leopold — Stadtkolnfuhrwerk — VIII., Breitenfeldergasse 13.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 7. Jänner 1901.

- Achsenes Robert — Frachtransport mit dem Kleinfuhrwerk Lizenz-Nr. 736 — II., Nordbahnhof.
 Barany Franz, v. — Eisiseur — VII., Lindengasse 7.
 Baumgartner Karl — Verschleiß von Gold-, Silberwaren und Uhren — XII., Tivoligasse 35.
 Blaha Franz — Herrenkleidermacher — XVII., Lanberggasse 10.
 Braun Leopold — Versicherungsgesellschaft — IX., Georg Siglgasse 3.
 Braun Sigmund, Vihán Rudolf (Firma Braun & Comp.) — Öffentliche Handelsgesellschaft in Wien — VII., Zieglergasse 96.
 Brüll Bertha — Modistin — II., Krummbaumgasse 10.
 Czech Richard — Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XII., Grieshofgasse 8.

- Ernst Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Roesnergasse 1.
 Faltner Anna — Gemischtwaren-Verschleiß (Spezerei) ohne Flaschenbier — II., Erzherzog Karlsplatz 15.
 Friedmann Salomon — Gemischtwarenhandel mit Blechgalanteriewaren für Küchen und Haushaltungen — II., Obere Donaustraße 105.
 Golda Josef — Gemischtwaren-Verschleiß (ohne Flaschenbier) — VII., Neuhofgasse 23.
 Goldberger Rosa — Kaffeehändler — IX., Pechtensteinstraße 56.
 Grantl Georg — Kleinhandel mit Brennmaterial — XVI., Liebhartsstraße 46.
 Graus Engelbert — Gastwirt — IX., Schlickgasse 1.
 Groß Theresia — Verschleiß von Schul- und Gebetbüchern — IX., Ruisdorferstraße 62.
 Großbard Aaron recte Arnold — Verschleiß von neuen Möbeln — IX., Habungasse 81.
 Hausberger Karoline — Victualien-Verschleiß — XVI., Gablenzgasse 34.
 Hedel Marie — Gewerbemäßiges Zeitungsaustragen — IX., Schubertgasse 12.
 Heim Josef — Milchmeier — XII., Weidinger Hauptstraße 14.
 Helleck Josef — Schuhmacher — II., Vereinsgasse 33.
 Hinterker Anton — Milchmeier — XIV., Storchengasse 24.
 Hrubá Thomas — Wagner — XII., Tivoligasse 35.
 Huslik Johann — Tischler — II., Hartortstraße 1.
 Jonas Moses, Jonas Jfaat (Firma M. & J. Jonas) — Gemischtwarenhandel mit plastischen Bildern mit Musfl. Galanteriewaren — II., Vereinsgasse 7.
 Kalivoda Ignaz — Schuhmacher — XVI., Hasnerstraße 40.
 Katscher Josef — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIV., Schwendergasse 41.
 Kohn Adolf — Pfaidler — II., Schwarzingerergasse 8.
 Kohn Marcus — Schuhmacher — II., Novaragasse 31.
 Kollmann Leopold — Fleischerhändler — II., Haidgasse 7.
 Krainer Adolf — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VII., Burggasse 58.
 Kraus Ludwig — Gemischtwaren-Verschleiß (Manufactur) — II., Am Labor 13.
 Kreuzer Eduard — Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate und anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Liqueuren aller Art und Haltung von erlaubten Spielen — VII., Mariabilderstraße 56.
 Krüttlinger Franz — Mechaniker — VII., Halbgasse 3.
 Kubach Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Pillerergasse 16.
 Kunik Johann — Textilzeichner — II., Pazmanitengasse 14.
 Leiner Adolfine — Damenkleidermacherin — II., Praterstraße 21.
 Lewy (auch Löwy) Hermann — Verabreichung von Kaffee, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, sowie von Liqueuren aller Art und Haltung von erlaubten Spielen — II., Kaiser Josefstraße 25.
 Lorber Moriz — Kaffeebrennerei und Surrogatkaffee-Erzeugung, Kaffee-Verschleiß — VII., Neubaugasse 64.
 Marik Thomas — Schuhmacher — IX., D'Orfagasse 6.
 Napravil Albertina — Cravatten-Erzeugung — VII., Burggasse 60.
 Noszjan Marcus — Victualien-Verschleiß — VII., Seidengasse 35.
 Pecháček Alois — Schuhmacher — IX., Severingasse 6.
 Reutter Otto — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Reindorfstraße 20.
 Ristič Milan — Sodawasser-Verschleiß — IX., Universitätsstraße.
 Roppold Josef — Puppen-Erzeugung — XVI., Perchenfeldergürtel 8.
 Rotter Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß ohne Flaschenbier — VII., Kirchengasse 42.
 Ruther Vincenz — Wagner — IX., Lazarethgasse 13.
 Schäfer Mathilde — Maschinenstrickerei — VII., Kirchengasse 39.
 Scherz Theresie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Weidmannsgasse 17.
 Schreckinger Rosa — Gemischtwaren-Verschleiß (ausgeschlossenen Lebensmittel) — II., Obere Augartenstraße 38.
 Schrimpl Robert — Stadträger — I., Wippingerstraße (bei der Polizeidirection).
 Schulz Johanna — Metallpolierergewerbe — VII., Zieglergasse 57.
 Schussheim (falsche Weingarten) Sigmund — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernaller Hauptstraße 94.
 Schuster Johann — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VII., Lindengasse 15.
 Sipel Elisabeth — Damenkleidermacherin — II., Leopoldsgasse 31.
 Sokolicek Eleonore — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Pestingasse 1.
 Spitz Heinrich, Eiser Johann (Firma Eiser & Comp.) — Gemischtwarenhandel — IX., Berggasse 29.
 Stasta Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 18.
 Teichner Ernst — Milchhändler — II., Fugbachgasse 12.
 Tittsch Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Lobenhauerergasse 38.
 Tringella Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 45.
 Bouk Marie — Victualien-Verschleiß — V., Brandmeierergasse 2.
 Wallauschel Bertha — Haarwasser-Erzeugung — IX., Pechtensteinstraße 83.
 Weiß Marcus — Verschleiß von Gold- und Silberwaren — II., Circusgasse 36.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 8. Jänner 1901.

Amigo Lozar Abraham — Knopfhandel — I., Ruprechtsplatz 2.
 Angetter Johann — Schuhmacher — VI., Liniengasse 35.
 Anberger Karl — Zuckerbäckerwaren-Verschleißer — XVII., Haupt-
 straße 78.
 Balak Vincenz — Kleidermachergewerbe — VI., Magdalenenstraße 51.
 Beck Antonia — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — V.,
 Maglensdorferstraße 74.
 Berger Karl — Lederhandel — VI., Mollardgasse 12 b.
 Biering Antonia — Gastwirts-gewerbe — VI., Gumpendorferstraße 91.
 Braun Moses Matthias — Handel mit Holz und Fournieren — V.,
 Schönbrunnerstraße 137.
 Brunner Marie — Wäschewaren-Erzeugung — VI., Barnabiten-gasse 7.
 Busley Friedrich Karl — Privat-Lehranstalt für Malen und Zeichnen —
 VI., Getreidemarkt 13.
 Duol Johann — Tambourierergewerbe — XIV., Cardinal Rauscherplatz 3.
 Ebel Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Schönbrunnerstr. 140.
 Chat Francisca — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — VI., Maria-
 hilferstraße 79.
 Deuts Anton — Tischler-gewerbe — II., Ladorstraße 60.
 Dostal August — Drechsler-gewerbe — V., Leitgeb-gasse 3.
 Duschel Clementine — Stoffknopf-Erzeugung — VI., Garberg-gasse 11.
 Fehrl Cäcilia — Damenkleidermachergewerbe — II., Novaragasse 32.
 Feninger Theresia — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß —
 VI., Gumpendorferstraße 63.
 Frankl Bernhard (Firma: Bernhard Frankl & Comp.) — Gemischt-
 warenhandel — I., Wildpretmarkt 6.
 Fuzel Theodor — Tischler — VI., Wallgasse 33.
 Francil Wenzel — Fleisch-Verschleiß — V., Arbeitergasse 19.
 Francil Wenzel — Selbwaren-Verschleiß — V., Arbeitergasse 19.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Gemeinderath:	Seite
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 11. Jänner 1901.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Entschuldigung des Vice-Bürgermeisters Dr. Neumayer und der Gem.-Räthe Sturm, Bärthl, Panošch, Baumgartner, Schögl, Wolny, Obrist und Bässler wegen Fernbleibens	93
2. Dank Seiner Majestät des Kaisers für die Beglückwünschung der Gemeinde Wien anlässlich der glücklichen Entbindung der Erzherzogin Augusta	93
3. Dank der k. u. k. Hoheiten Erzherzog Josef August und Erzherzogin Augusta aus dem gleichen Anlasse	93
4. Spende des Reinerträgnisses zweier Wohltätigkeits-Vorstellungen seitens der Direction des Kaiserjubiläums-Stadttheaters	93
5. Übermittlung eines weiteren Theilbetrages aus dem Erträgnisse der Deutschmeister-Denkmal-Lotterie seitens des Deutschmeister-Schützencorps	93
6. Spende der Gebrüder Gutmann (Kohlen für Arme)	94
7. Magistratsbericht anlässlich der Interpellation des Gem.-Rathes Eigner wegen Ablagerung von Straßen- und Marktfebricht auf dem Schafberge im XVII. Bezirke	94
Interpellationen:	
8. Gem.-Rath Voč, betreffend das schädliche Bestreuen der Straßenbahnschienen mit Salz	94
9. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend den Stellwagenverkehr nach Dornbach-Neuwaldegg	95
Anträge:	
10. Gem.-Rath Sottbauer, betreffend die Verwertung des Rehrichs und des Canalrathes auf Grund der vom Prof. Max König in Brünn gemachten Versuche	95
11. Gem.-Rath Seig, betreffend die Remuneration der k. k. Briefträger anlässlich der vorzüglichen Zustellung der Wahllegitimationen durch die k. k. Post	95
12. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend Nachsicht der Lizenzgebühr für die höchsten drei derlei Lizenzen-besitzenden Fuhrwerksbesitzer	95
Referate:	
13. Gem.-Rath Zajka, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Ackerbauministeriums puncto Belassung der Stege des Franz Wojtech, Johann Mayer und der Rosa Holzer in Purkersdorf	95

14. Derselbe, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Ministeriums für Cultus und Unterricht puncto Bestreitung von Kirchenfordernissen und des Messnergehaltes bei der Pfarrkirche in Kaiser-Ebersdorf	96
15. Derselbe, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Ministeriums für Cultus und Unterricht puncto Leistung von Hand- und Zugkosten bei Herstellungen an der Pfarrkirche zu St. Johann in Wien	96
16. Derselbe, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Ministeriums für Cultus und Unterricht puncto Entlohnung der Kirchenbediensteten und die Bestreitung der Kirchenfordernisse bei der Pfarrkirche in Rudolfsheim	96
17. Gem.-Rath Tomola, betreffend die Subventionierung des Wiener Vereines für Stadtinteressen und Fremdenverkehr	97
18. Derselbe, betreffend Zustimmung zur Verkleinerung des Orchester-raumes des Kaiserjubiläums-Stadttheaters	97
19. Gem.-Rath Schuh, betreffend die Baulinienbestimmung für die Realität VIII., Aiserstraße 22/23, Laubongasse 82 (n. ö. Landes-Findelanstalt); Verlängerung der Lange-gasse bis zur Aiserstraße	97
20. Gem.-Rath Tomola, betreffend Vorkehrungen behufs Einschränkung des Wasserconsums aus Anlaß des verminderten Zuflusses aus den Hochquellen	98
21. Derselbe, betreffend den I. und II. Bericht des Gemeinderaths-Ausschusses zur Durchführung des Baues einer II. Hochquellenleitung und der Bauten für die Ergänzung der I. Hochquellenleitung über seine geschäftliche Thätigkeit in der Zeit vom 23. September 1899 bis 6. April 1900 und vom 6. April 1900 bis 31. October 1900	99
22. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend den Verkauf eines Theiles der Cat.-Parc. 530, Eint.-Z. 103 im V. Bezirke, Untere Bräuhansgasse 82	101
23. Derselbe, betreffend die Bestimmung der Schadloshaltung und des Uebernahmepreises beim Umbau des Hauses I., Fleischmarkt 16, Dragengasse 1 und 3	101
24. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für Theile der Singerstraße, Seilerstätte, Liebenberggasse und die Verlängerung der Riemergasse bis zur Seilerstätte	102
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 11. Jänner 1901.	
Inhalt:	
1. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen den Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 17. November 1900, Z. 5173 (Schutz des Straßenverkehrs gegen die Ableitung des elektrischen Stromes der städtischen Straßenbahnen)	103
2., 3. Gem.-Rath Tomola, betreffend Guadengaben für Laura Borschke und Leopoldine Petrasch, Controlorswaise	103
4. Derselbe, betreffend Personalzulage für den pensionierten Steueramts-Director Adalbert Wedel	103
Stadtrath:	
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. Jänner 1901	103
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Meidling vom 27. December 1900	112
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Döbling vom 27. December 1900	112
Allgemeine Nachrichten:	
Eröffnung der Kühlanlage im Schlachthause St. Marx	113
Städtisches Lagerhaus	113
Sanitäts-Angelegenheiten:	
Ausweis über die im Monate December 1900 durch die städtischen Sanitäts-Stationen und Depots ausgeführten Kranken- und Leichentransporte	113
Städtisches Arbeitsvermittlungsammt in Wien:	
Bermittlungsthätigkeit vom 5. bis 11. Jänner 1901	113
Faubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 10. bis 14. Jänner 1901	114
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offertverhandlungs-Ergebnisse	114
II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	115
Eintragungen in das Gewerbe-Register	115
Kundmachungen.	

Offert-Ausschreibungen. 1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
23. Jänner 10 Uhr	Departement XIX a (Mag.-Rath Bilimek)	M.-Z. 104545 ex 1900. Vergabung der Erd- und Pflasterungs- arbeiten für die Neupflasterung der Geiselbergstraße im XI. Bezirke mit der Ausrufsumme von 3396 K 60 h und 250 K Pauschale. 1-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Kostenanschläge zc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingnisse sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingnisse mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
28. Jänner 10 Uhr	Departement XIX b (Mag.-Secr. Dr. Nüchtern, V. Stiege, Mezzanin)	M.-Z. 127732 ex 1900. Vergabung der Arbeiten und Lieferungen für den Umbau des linksseitigen Wien- flusssammelcanales in der Mollard- gasse zwischen Brücken- und Schwarz- gasse im VI. Bezirke, und zwar: 1. der Erd- und Baumeister- arbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im ver- anschlagten Kostenbetrage von 11.624 K 70 h; 2. der Lieferung der Thon- waren im Kostenbetrage von 1850 K 74 h. 2-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigefügten Bedingnisse können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingnisse können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Anbote sind unter Verwendung der ebenfalls bei der städtischen Hauptcassa zu dem Betrage von 10 h erhältlichen Drucksorte zu stellen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift des § 4 der allgemeinen Bedingnisse einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Prot.-Nr. 116425 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergabung der Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 26 Meidinger Hauptstraße, XII. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 22. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der ausliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 600 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. Jänner 1901.

3-3

Prot.-Nr. 22988 ex 1900.

Ref.-Nr. 1498. VIII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Materiallieferungen zur Umwandlung von 22 Aborten in den beiden Administrationsgebäuden des Wiener Central-Friedhofes in Waterclosets wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 29. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Jaitner im Neuen Rathhause (3. Stiege, Hochparterre) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenschlag, die allgemeine Vorschrift und die speciellen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben die mit einer mit der ersten Textzeile zu überschreibenden 1 K = Stempelmarke gestempelten Offerte, in welchen die ausdrückliche Erklärung, daß sie mit der eingesehenen allgemeinen Vorschrift und den eingesehenen speciellen Bedingungen einverstanden sind, enthalten sein muß, und welche im übrigen den Bestimmungen der allgemeinen Vorschrift entsprechen müssen, am obigen Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben beziehungsweise vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Jänner 1901.

1—3

Prot.-Nr. 129186 ex 1900.

Ref.-Nr. 3615. IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der nachbenannten Arbeiten zur Herstellung eines Einfriedungsgitters für den im Frühjahr 1901 zu errichtenden Kaiser-Franz-Josef-Jubiläums-Kinderspielplatz zwischen der März- und Johnstraße und Sueßgasse im XIV. Bezirke, und zwar:

- a) der Erd- und Baumeisterarbeiten mit einem Kostenschlage von 8711 K 40 h;
 - b) der Steinmearbeiten mit einem Kostenschlage von 6876 K 60 h;
 - c) der Schlosserarbeiten mit einem Kostenschlage von 2560 K —
- wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 24. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr

mittags, im Magistrats-Departement IV im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenschläge und die dem Projecte beigezeichnete allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingungen im Stadtbauamte (Bureau des Herrn Baurathes Keko) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 1 K = Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der amtlichen Kostenschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Jänner 1901.

2—3

Ad G. 3. 2475.

VII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von 20.000 m geschwefelter Bleirohre zur Herstellung der Abzweigsleitungen für die Hochquellen- und Wienthalwasserleitung, ferner zur Erzielung eines Anbotes wegen Rückübernahme der alten Bleirohre und Abfälle wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 24. Jänner 1901, präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Keitler im Alten Rathhause, I, Wipplingerstraße 8 (2. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Ausmaße und die Bedingungen im Stadtbauamte (Abtheilung VII a, Altes Rathhaus, I, Wipplingerstraße 8, 3. Stock) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Anbote sind von dem Offerenten unter Beisehung seiner Beschäftigung und des Wohnortes eigenhändig zu fertigen und mit einer 1 K = Stempelmarke versehen, versiegelt der Offertverhandlungs-Commission zu überreichen.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium von 2000 K anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im selbständigen Wirkungskreise,

am 5. Jänner 1901.

2—3

Prot.-Nr. 103609 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 21 Dürergasse, Einl.-Z. 137 VI. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Montag den 21. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerten haben ein derartiges Exemplar mit der aufliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 500 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 2. Jänner 1901.

3—3

Ad Prot.-Nr. 108118 ex 1900.

Ref. VIII. 5232.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Buchdruckerarbeiten für den Bericht des Wiener Stadtphysikates über seine Amtsthätigkeit und die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien in den Jahren 1897 bis 1899 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 22. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Jaitner im Neuen Rathhause (3. Stiege, Hochparterre) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Bedingungen und das Musterwerk im obbezeichneten Bureau während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und die Bedingungen beheben.

Die Unternehmer haben ihre in Gemäßheit der Bedingungen eingerichteten Offerte am obigen Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben, beziehungsweise vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 4. Jänner 1901.

3—3

Ad Prot.-Nr. 110170 ex 1900.

2781. IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Übertragung des Rechtes zur Aufstellung von Leihesseln in städtischen Gartenanlagen, auf der Ringstraße und auf dem Plage vor dem Neuen Rathhause für die Zeit bis Ende December 1905 wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Mittwoch den 23. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Bureau des Herrn Magistrats-Secretärs Späth im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können das Verzeichnis der städtischen Gartenanlagen und die für diese Vergebung geltende Vorschrift im Stadtbauamte (Bureau des Herrn Baurathes Helmerich) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums von 200 K beizuschließen oder der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Jänner 1901.

3—3

W.-D.-Z. 36.

Currende

(für die Herren Kanzlei-Officiale, Kanzlei-Accessisten und Kanzlei-Praktikanten).

Infolge der Pensionierung der Kanzlei-Officiale Anton Menschik und Friedrich Fuchsthaller, ferner infolge des Ablebens der Kanzlei-Officiale Leopold Wagner und Franz Plazer und des Kanzlei-Accessisten Hermann Langner, endlich infolge der Entlassung des Kanzlei-Officials Josef Prosig und der Ernennung des Kanzlei-Accessisten Anton Panesich zum Steueramts-Accessisten gelangen im Status der Kanzlei und Registratur:

2 Kanzlei-Oberofficialstellen in der IV. Rangklasse,

5 Kanzlei-Officialstellen in der VII. Rangklasse, und

7 Kanzlei-Accessistenstellen in der VIII. Rangklasse,

und zwar sämtliche Stellen mit den systemisirten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen der obbezeichneten Herren Kanzlei- und Registratur-Beamten und Kanzlei-Praktikanten, welche sich um eine dieser Stellen bewerben wollen, haben ihre Competenzgesuche im Dienstwege, d. i. mit der Äußerung des unmittelbaren Amtsvorstandes versehen, längstens bis einschließlich Donnerstag den 17. Jänner 1901, 12 Uhr mittags, im Einreichungs-Protokolle der Magistrats-Direction zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Wien, am 5. Jänner 1901.

Der Magistrats-Director:

Preyer.

1—1

M. Z. 90561 ex 1900.

XVI.

Currende.

(Kanzlei-Praktikantenstellen.)

Zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 4. Jänner 1901, Z. 470, sind im Status der städtischen Kanzlei-Praktikanten 18 Stellen neu systemisiert worden und die insolge dessen nach Maßgabe des Bedarfes neu aufzunehmenden Praktikanten dem Conscriptionsamte zuzuweisen.

Jene Herren Kanzlei-Praktikanten und städtischen Diurnisten, welche die Versetzung in das städtische Conscriptionsamt anstreben, werden hiemit aufgefordert, ihre diesbezüglichen Gesuche bis längstens 20. Jänner 1901 bei der Magistrats-Direction zu überreichen.

Gesuche von Diurnisten können nur dann Berücksichtigung finden, wenn die Bewerber die zum Eintritte in den städtischen Kanzleidienst erforderliche Qualification, insbesondere Vorbildung besitzen.

Dieselben müssen sich überdies der für die Aufnahme in den Kanzleidienst vorgeschriebenen Prüfung unterziehen, insofern sie diese Prüfung nicht bereits mit Erfolg abgelegt haben.

Endlich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß zur Erlangung einer feinerzeitigen definitiven Anstellung im Status des städtischen Conscriptionsamtes die mit Erfolg abgelegte Fachprüfung erforderlich ist.

Wien, am 7. Jänner 1901.

Der Magistrats-Director:

Preyer.

1—1

Kundmachung.

(Licitation.)

Zufolge Bewilligung des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 3. Jänner 1901, Z. 44051, wird die öffentliche Versteigerung der bei der Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk, im Monate April 1900 verpfändeten und nicht ausgelösten Pretiosen von Pfand Nr. 16343 bis Pfand Nr. 21353 inclusive und Effecten von Pfand Nr. 28941 bis Pfand Nr. 38667 inclusive am 25. und 26. Jänner 1901, jedesmal von 8 Uhr vormittags angefangen, im Pfandleihanstalts-Gebäude XIV., Körnberggasse 5, gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation an den oben angegebenen Tagen nicht beendet werden könnte, wird sie an dem dem zweiten Licitationstage nächstfolgenden Werktag fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Wien, XIV. Bezirk,
am 8. Jänner 1901.

3—3

Ad M. Z. 1985 ex 1901.

V.

Kundmachung.

(Commissionelle Verhandlung.)

Laut Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 8. Jänner 1901, Z. 616, findet über das Project der k. k. Staatsbahn-Direction Wien, betreffend die Herstellung eines neuen, 35 m hohen Schornsteines für die Ölgasanstalt auf dem Bahnhofe Hütteldorf-Pöcking die commissionelle Verhandlung im Sinne des § 22 der Ministerial-Berordnung vom 25. Jänner 1879, R.-G.-Bl. Nr. 19, am Donnerstag den 24. Jänner 1901 unter der Leitung des Herrn k. k. Statthalterei-Concipisten Dr. E. Kralowsky statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich an dem obbezeichneten Tage um 1/2 10 Uhr vormittags in den Bureauräumlichkeiten der obgenannten Gasanstalt.

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichlichen Projectsbefehle vom 11. Jänner 1901 bis zum Commissionstage im Stadtbauamte (Rathhaus, Mezzanin, Bureau des Baurathes Winkler) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme ausliegen.

Einwendungen gegen dieses Project oder etwaige Bemerkungen können während der vorbezeichneten Zeit im Bureau des Magistrats-rathes Einsbauer (Rathhaus, Mezzanin, Stiege 4) oder bei der Localverhandlung schriftlich oder mündlich eingebracht werden.

Vom Wiener Magistrate,

als politischer Behörde I. Instanz,

am 10. Jänner 1901.

1—1

Kundmachung

(Der k. k. n.-ö. Finanz-Landes-Direction vom 31. December 1900, Z. 87788, betreffend die Termine zur Einzahlung der directen Steuern im Jahre 1901.)

Auf Grund des Gesetzes vom 9. März 1870, R.-G.-Bl. Nr. 23, wird hiemit kundgemacht, daß die Fälligkeitstermine der directen Steuern für das Jahr 1901 in Niederösterreich durch die bestehenden Gesetze in nachstehender Weise festgesetzt sind:

- a) hinsichtlich der allgemeinen Erwerbsteuer für je ein Vierteljahr im voraus der 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. October;
- b) hinsichtlich der Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen für je ein Vierteljahr im voraus der 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. October;
- c) hinsichtlich der Rentensteuer, sofern dieselbe nicht durch den Schuldner, beziehungsweise durch seine auszahlende Casse für Rechnung des Staatschazes in Abzug zu bringen ist, der 1. Juni und der 1. December für je eine Hälfte der Jahres-schuldigkeit.

Die durch den Schuldner, beziehungsweise durch seine auszahlenden Cassen oder Zahlstellen im Laufe eines Kalender- vierteljahres abgezogenen Rentensteuerbeträge sind binnen 14 Tagen nach Schluß desselben an die zur Empfangnahme der Steuern zuständige Cassa abzuführen;

- d) hinsichtlich der Personaleinkommensteuer, soweit dieselbe nicht von Dienst- und Lohnbezügen, sowie Ruhegenüssen durch den diese Bezüge Auszahlenden für Rechnung des Staatschazes in Abzug zu bringen ist, der 1. Juni und 1. December für je eine Hälfte der Jahresschuldigkeit.

Die Beträge an Personaleinkommensteuer und Besoldungs- steuer, welche durch den zur Auszahlung der Bezüge Ver- pflichteten für Rechnung des Staates im Laufe eines Monats abgezogen werden, sind binnen 14 Tagen nach Schluß des- selben an die zur Empfangnahme der Steuern zuständige Cassa abzuführen;

- e) hinsichtlich der Grund-, dann der Hauszins- und Hausclassen- steuer, sowie der fünfprocentigen Steuer von den aus dem Titel der Bauführung ganz oder theilweise zinssteuerfreien Gebäuden der 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. No- vember für je ein Viertel der Jahresschuldigkeit.

Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 27. December 1900, R.-G.-Bl. Nr. 226, sind daher im ersten Halbjahre 1901 einzuzahlen:

- a) die erste und zweite Rate der allgemeinen Erwerbsteuer und der Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen am 1. Jänner und 1. April 1901;
- b) die erste und zweite Rate der Grund-, dann der Hauszins- und der Hausclassensteuer, sowie der 5procentigen Steuer von den aus dem Titel der Bauführung ganz oder theilweise zins- steuerfreien Gebäuden am 1. Februar und 1. Mai 1901;
- c) die erste Rate der Rentensteuer, sofern dieselbe nicht durch den Schuldner, beziehungsweise durch seine auszahlende Cassa für Rechnung des Staatschazes in Abzug zu bringen ist; desgleichen die erste Rate der Personaleinkommensteuer, soweit dieselbe nicht von Dienst- und Lohnbezügen, sowie von Ruhe- genüssen durch den diese Bezüge Auszahlenden für Rechnung des Staatschazes in Abzug zu bringen ist, am 1. Juni 1901.

Werden die erwähnten Steuern nicht spätestens vierzehn Tage nach Ablauf der angegebenen Zahlungsstermine, beziehungsweise der oben erwähnten Abfuhrtermine eingezahlt, so tritt, insofern die Steuergebür für das ganze Jahr 100 K übersteigt, die Ver- pflichtung zur Entrichtung von Verzugszinsen ein, welche dann für je 100 K und für jeden Tag mit 1-3 h von dem auf die oben festgesetzten Fälligkeitstermine nächstfolgenden Tage an ein- zuheben sind.

Wird die Steuerschuldigkeit nicht binnen vier Wochen nach dem Einzahlungstermine abgestattet, so ist dieselbe sammt den bis zum Zahlungstage entfallenden Verzugszinsen sofort mittels des vorgeschriebenen Zwangsverfahrens einzubringen.

Wenn mit Beginn des neuen Steuerjahres 1901 die Steuer- schuldigkeit für dieses Jahr dem Steuerpflichtigen noch nicht definitiv vorgeschrieben werden konnte, so sind die Steuern für das Jahr 1901 nach der Gebür des unmittelbar vorausgegangenen Jahres 1900 im Sinne des Gesetzes vom 9. März 1870, R.-G.-Bl. Nr. 23, insolange zu entrichten, bis die Steuern für das Jahr 1901 vor-

geschrieben sind, in welche dann die geleisteten Einzahlungen ein- gerechnet werden.

Alle Zahlungen — ausgenommen Zollzahlungen — an die k. k. Steuerämter (Hauptsteuerämter) an die k. k. Finanzcassen in Wien, an das Central-Steueramt der Stadt Wien und an die Steueramts-Abtheilungen der magistratischen Bezirksämter in Wien, sowie an die Wiener Taxamtscaffa können im Wege des k. k. Postpar- cassenamtes geleistet werden oder von Conto-Inhabern im Check- verkehre des Postsparcassenamtes durch Überweisung des entfallenden Betrages von ihrem Conto auf jenes der Steuereinhebungsstelle. Zur Bewerkstelligung dieser Einzahlungen wird vom 1. Jänner 1901 ein neuer, durch Einfügung eines für Zwecke des Postsparcassen- amtes bestimmten Buchungsscheines ergänzter Einzahlungsschein mit dem ermäßigten Verschleißpreise von 7 h per Stück eingeführt, welcher bei den Postämtern, Marken-Verschleißern und beim Post- sparcassenamte erhältlich ist.

Vom Präsidium der k. k. Finanz-Landes-Direction für Nieder- österreich. 1-1

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger und hervorragender schaffender Talente auf dem Ge- biete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen.

Vorschriftsmäßig belegte, eventuell mit Kunstproben versehene Gesuche sind zu überreichen bis 31. März 1901 im Präsidial- bureau des Wiener Gemeinderathes, I., Nichtenfelsgasse 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, am 2. Jänner 1901.

2-3

Z. 5916 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung.)

Am 11. Juni 1901 gelangen die Interessen der Josef Edler v. Schroll'schen Stiftung im Betrage von 600 K an zwei verarmte Wiener Bürger zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben ohne ihr Verschulden ver- armte Wiener Bürger ohne Unterschied der Confession.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, ferner das Bürgerrechts-Decret und ein legales Armutzeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind bis längstens 30. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs- Departement zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 5. Jänner 1901.

2-3

3. 5199 ex 1900.

XIII. Kundmachung.

(Mag Springer'sche Stiftung.)

Am 13. April 1901 gelangen die Interessen der Mag Springer'schen Stiftung aus dem Jahre 1900 im Betrage von 7050 K zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Angehörige der arbeitenden und dienenden Classe ohne Unterschied der Confession, welche in Wien oder dessen Vororten geboren oder dorthin zuständig sind und welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle arbeitsunfähig geworden sind.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen außer dem Nachweise, daß sie der dienenden oder arbeitenden Classe angehören oder angehört haben, den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein und die Tauf- respective Geburtscheine der Kinder, ferner ein legales Armutzeugnis und ein armenärztliches Parere über ihre Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit, dann ihren Heimatschein beizubringen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 20. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. November 1900.

3. 6357.

XIII.

Kundmachung.

(Johann Anton Eckhart'sche Stiftung.)

Der am 3. Juni 1856 verstorbene Herr Johann Anton Eckhart hat in seinem Testamente eine Stiftung für erwerbsunfähige Gewerksleute gegründet, nach welcher so viele Stiftplätze gebildet werden sollen, als das jeweilige Erträgnis des Stiftungscapitales 30 fl. C.-M. oder 63 K liefern wird, und hat zugleich bestimmt, daß die Vertheilung dieser Stiftplätze durch eine alljährlich im Monate März stattfindende Verlosung zu geschehen habe.

Zu diesem Stiftungsgenusse sind berufen: alle in Wien anfassigen, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen Gewerksleute, die ein handwerksmäßiges Gewerbe betreiben oder betrieben haben, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, ohne Unterschied der Religion, die mit keiner oder keiner höheren als 6 fr. C.-M. täglich betragenden Armenpründe theilhaft sind.

Für das Jahr 1901 entfallen 26 Stiftplätze, jeder zu 63 K.

Diejenigen, welche sich um einen solchen Stiftplatz bewerben wollen, können sich, ohne Beibringung eines Gesuches und nur mit den nachfolgenden Ausweisen versehen, im Rathhause, im Armenstiftungs-Departement, vom 1. bis inclusive 16. Februar 1901, mit Ausnahme des Sonntages, von 10 bis 12 Uhr vor-

mittags melden, wo diese Ausweise angenommen werden und jedem, der die Erfordernisse für diese Stiftung nachgewiesen hat, ein Los ausgefolgt wird.

Die beizubringenden Ausweise sind:

1. Der Ausweis über die Zuständigkeit nach Wien, der Tauf- oder Geburtschein, der polizeilich vidirierte Meldezettel.

2. Meister haben das Gewerbedecret oder den Gewerbschein, oder falls sie das Geschäft bereits zurückgelegt hätten, die Bestätigung über die erfolgte Gewerbezurücklegung, Gesellen das Arbeitsbuch (Wanderbuch) oder den Lehrbrief, oder in Ermanglung dessen ein von der Genossenschaft ausgestelltes Zeugnis über die erfolgte Freisprechung beizubringen.

3. Ein legales, von der Armeninstituts-Vorsiehung des Wohnortes bestätigtes Armutzeugnis und ein armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Die Ziehung der Lose erfolgt am 8. März 1901 um 10 Uhr vormittags öffentlich im Rathhause, 1. Stock, im Berathungszimmer des Gemeinderathes (Aufgang über Stiege 7), und es werden die gezogenen Nummern durch die „Wiener Zeitung“ und durch Anschlag am Rathhause und an den Gemeindehäusern veröffentlicht werden, wonach vom 15. bis inclusive 30. März 1901 der Stiftungsbetrag gegen Beibringung des Originalloses an jeden Inhaber eines gezogenen Loses von der städtischen Hauptcassa ausbezahlt wird.

Die bis inclusive 30. März 1901 nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 21. December 1900. 3—3



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen, Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coakshheizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegetthoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.

K. k. landespriv. Teppich- und Möbelstoff-Fabriken

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten
Centrale: **Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.**

P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser **Wiener Warenhaus I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6** auch äußerlich vollständig neu ausgestaltet haben, und erlauben uns zu dessen Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:
Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Zur coulanten Besorgung
aller im
Coursblatte
notierten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen!

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 6.

Freitag, den 18. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelne Exemplare à 20 Heller im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 25. Jänner 1901, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 23. Jänner 1901.

Donnerstag, den 24. Jänner 1901.

Freitag, den 25. Jänner 1901.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Jänner 1901.

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Josef Strobach.

Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Oppenberger,
Brauneiß, Rauer,
Büsch, Kissaweg,
Fiedler, Schreiner,
Gräf Ferdinand, Schuh,
Hipp, Tomola,
Hörmann, Dr. Wähner,
Fraba, Wessely,
Dr. Krenn, Bayla.
Dr. Mayreder,
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Deutschmann, Sebastian Grünbeck.

Krank: St.-R. Weitmann.

Antragsteller Gem.-Rath Eigner.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Commissär Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(14807 bis 14812 ex 1900.) **St.-R. Ferdinand Gräf** referiert über Gesuche von sechs Parteien um Erneuerung je eines eigenen Grabes im Ottakringer Friedhofe und beantragt, sämtlichen Gesuchstellern die Fortdauer des Benützungrechtes an dem betreffenden Grabe unter der Bedingung, daß die Renovationsgebühr von 40 K nebst 5 Percent Verzugszinsen, vom Verfalls- bis zum Erlagstage gerechnet, und 2 K Kanzleitage bis längstens 31. December 1900 erlegt werden, auf weitere 20 Jahre zu bewilligen. (Angenommen.)

(14598 ex 1900.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen des Dr. Rudolf Profsch als Abhandlungspfleger nach Ernst Wittke um Übernahme einer Graberhaltungswidmung und beantragt:

Die testamentarische Graberhaltungswidmung des am 11. Juli 1900 verstorbenen Ernst Wittke wird nur unter Anwendung der für die Aufnahme solcher Widmungen bestehenden principiellen Bestimmungen, insbesondere der Bestimmung, daß das Widmungscapital nach Auflassung des Baumgartener Friedhofes oder des betreffenden Theiles desselben als Entlohnung für die bis dahin hinsichtlich des Grabes übernommene und geleistete Obsorge in das freie, unbeschränkte Eigenthum der Gemeinde Wien überzugehen habe, angenommen. (Angenommen.)

(14438 ex 1900.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen der Ludovika Bauer um Bewilligung zur Zahlung der Canal-einmündungsgebühr für die Realität XIII., Lainzerstraße 54, per restlichen 271 K 80 h in Raten und beantragt, zu genehmigen, daß der erwähnte Betrag in mit Februar 1900 beginnenden vierteljährigen Raten per 50 K eingehoben werde. (Angenommen.)

(14492 ex 1900.) St.-R. **Kauer** referiert über das Ansuchen der Besitzer des Hauses Nr. 15 Bujattigasse in Hütteldorf, Hermann, Theodor und Franz Bujatti und Johanna Angerer, um Überlassung des aus der Spülvorrichtung am Ende der Wolfersberggasse im XIII. Bezirke zeitweilig während der Monate April bis October abzulassenden Wassers zur Ableitung auf den Gartengrund ihres bezeichneten Hauses und beantragt, diesem Ansuchen unter der Bedingung auf Widerruf Folge zu geben, daß die Gemeinde keinerlei fixes Quantum garantiert, ein kontinuierliches Abfließen nicht stattfindet, die Gesuchsteller die Kosten der Umlegung des Bleirohres und im Falle des Widerrufs die Kosten der Herstellung des bisherigen Zustandes tragen und im April jedes Jahres an die Gemeinde den Betrag von 50 K bezahlen. (Angenommen.)

(14866 ex 1900.) St.-R. **Kauer** referiert über die Feststellung der Eigenthumsgrenze zwischen Cat.-Parc. 148/26 und 148/16 Weidlingau und beantragt, es sei das Anbot der Eigentümer der Realität Einl.-Z. 65 Weidlingau (Julie, Hugo, Ludwig und Anton Semann), wonach sich dieselben behufs Austragung der zwischen ihnen und der Commission für Verkehrsanlagen anhängigen Grenzstreitigkeit bereit erklären, einen Theil der der letzteren gehörigen Cat.-Parc. 148/16 im Ausmaße von 98.42 m² um den Preis von 160 K anzukaufen, anzunehmen. (Angenommen.)

(14865 ex 1900.) St.-R. **Kauer** referiert über die Feststellung der Eigenthumsgrenze bei der Realität Nr. 29 Hauptstraße in Hadersdorf-Weidlingau und beantragt, es sei das Anbot des Dr. Hermann Ziegler, wonach sich derselbe behufs Austragung der zwischen ihm und der Commission für Verkehrsanlagen anhängigen Grenzstreitigkeit bereit erklärt, einen Theil der dem letzteren gehörigen Cat.-Parc. 148/16 im Ausmaße von 127.02 m² zum Preise von 240 K anzukaufen, anzunehmen. (Angenommen.)

(14992 ex 1900.) St.-R. **Kauer** referiert über den Recurs des Anton Schwarz wegen verweigerten Nachlasses eines Pachtzinses von 38 K 66 h anlässlich der vorzeitigen Räumung eines städtischen Pachtgrundes in der Hadfingerstraße, XIII. Bezirk, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(15053 ex 1900.) St.-R. **Kauer** referiert über das Ansuchen der Leitung der Privat-Volksschule im St. Josef-Kinderasyle, XIII., Breitenfeerstraße 104, um unentgeltliche Überlassung von Lernmitteln und beantragt, die in dem vom Magistrate vorgelegten Lernmittel-Verzeichnisse enthaltenen Bedarfsmengen an Druckorten, Büchern und Heften nach Maßgabe des verfügbaren Vorrathes unentgeltlich zu überlassen. (Angenommen.)

(19.) St.-R. **Schuh** referiert über das Gesuch der Marie Neugebauer um Fortsetzung des Pachtverhältnisses bezüglich des Gartengrundes, XIX., Heiligenstädterstraße 114, und beantragt, der Gesuchstellerin den betreffenden (bereits gekündigten) Pachtgrund unter der Bedingung weiter zu belassen, daß der Pachtzinsrückstand in vom Bezirksamte zu bestimmenden entsprechenden Raten einbezahlt wird. (Angenommen.)

(15093 ex 1900.) St.-R. **Wessely** referiert über die Übernahme der vom Schmiedmeister Ludwig Pelzer gelieferten zehn Handkarren Type III für die Schneeabfuhr und beantragt:

Obwohl die von dem Genannten auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 26. October 1900, Z. 11940, bestellten und von ihm auch bereits gelieferten zehn zweirädrigen Handkarren Type III hinsichtlich des Kastengerippes und der Handlängsarne (Ansen) geringer als vorgeschrieben dimensioniert sind, wären dieselben gegen Nachlass eines Betrages von 15 K 90 h per Stück von dem vereinbarten Preise

per 115 K 90 h per Stück in das Eigenthum der Gemeinde zu übernehmen. (Angenommen.)

(15083 ex 1900.) St.-R. **Wessely** referiert über die Offerte des Simon Böhm und des Karl und Ludwig Bauer auf Theile der Cat.-Parc. 194/1, Einl.-Z. 876 VI. Bezirk, verlängerte Theobaldgasse, und beantragt, dem Simon Böhm behufs Arrondierung der Realität Dr.-Nr. 4 Königsklostergasse, VI. Bezirk, einen Theil der Cat.-Parc. 194/1, Figur a b c d a, per 7.64 m² um den Preis von 320 K per Quadratmeter unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen zu überlassen, dagegen das Offert Bauer abzulehnen und dem Offerenten bekanntzugeben, daß der Verkauf befürwortet würde, wenn ein Preis von 310 K per Quadratmeter geboten würde.

St.-R. **Zatzka** beantragt, beide Offerte abzulehnen, da die in Rede stehende Parcellen per 28.13 m² nicht unter 40.000 K veräußert werden könne.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(15013 ex 1900.) St.-R. **Wessely** referiert über die Versorgung des Fischmarktes, II, Obere Donaustraße, mit Wasser zu den Weihnachtsfeiertagsmärkten und beantragt, die Anträge des Magistrates:

1. daß am 22., 23. und 24. December jeder der fünf Brunnen auf dem Fischmarke, welche zusammen mit 400 hl Wasser dotiert sind, mit 200 hl Wasser pro Tag dotiert werde;

2. daß täglich für Marktzwecke, insbesondere zur Füllung der leer beigebrachten Fässer für die Fische, aus dem Hydranten bei dem Bahnhofe der Dampftramway nächst der Stephaniebrücke täglich circa 1000 hl Wasser abgegeben werden, nachträglich zu genehmigen.

(Angenommen.)

(15172 ex 1900.) St.-R. **Wessely** referiert über die Bewilligung von Remunerationen für das mit der Durchführung der Schneefäuberung im I. Bezirke im Winter 1899/1900 betraut gewesene Personale (exklusive Aufseher) und beantragt, die vom Magistrate beantragten Remunerationen per zusammen 930 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(15064 ex 1900.) St.-R. **Wessely** referiert über den Wassergebührenrückstand nach Thomas Palat per 108 K 54 h für das Haus VI., Mollardgasse 71, und beantragt die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(15095 ex 1900.) St.-R. **Wessely** referiert über das Project für den Umbau des linksseitigen Wienflus-Sammelcanales in der Mollardgasse im VI. Bezirke zwischen der Schwarz- und Brückengasse und beantragt, es sei von der aus Anlaß der Durchführung der Wienflusregulierung projectierten Vertiefung der Sohle des linksseitigen Wienflus-Sammelcanales in der Mollardgasse zwischen der Brücken- und Schwarzgasse abzusehen und nunmehr nach Einlösung und Demolierung des Hauses Dr.-Nr. 38 Mollardgasse der gänzliche Umbau des Canales in dieser Strecke im Jahre 1901 durchzuführen.

Das bezügliche Project wäre mit dem veranschlagten Kosten-erfordernisse von 18.039 K 8 h zu genehmigen und wären diese Kosten zu Lasten des Pauschales für unvorhergesehene Canalbauten zu bestreiten. (Angenommen.)

(15273 ex 1900.) St.-R. **Wessely** referiert über den Wassergebührenrückstand des Ignaz Schweitzer per 112 K 88 h für das Haus VI., Mariahilferstraße 109, und beantragt die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(1496 ex 1899.) St.-R. **Wessely** referiert über das Ansuchen des Karl Rickerl und Consorten um Verschiebung der Demolierung des Hauses VI., Mariahilferstraße 15, und beantragt,

zur Kenntnis zu nehmen, dass dieses Ansuchen infolge der bereits durchgeführten Demolierung gegenstandslos erscheint.

(Angenommen.)

(15215 ex 1900.) St.-R. Wessely referiert über die Vergütung der Rauchfangkehrerarbeiten für das Versorgungshaus in St. Andrä an der Traisen und beantragt, diese Arbeiten für die Jahre 1901 bis inclusive 1903 dem Josef Hruby in Herzogenburg zu den im Verhandlungs-Protokolle vom 8. December 1900 näher bezeichneten Bedingungen zu übertragen. (Angenommen.)

(7.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Anton Lukas, Maschinistengehilfen im Wasserwerke Breitensee, um unentgeltliche Überlassung der leeren Wohnung VI im Wohnhause daselbst und von Heizmaterialien und beantragt, dem Gesuchsteller ausnahmsweise die unentgeltliche Benützung der bezeichneten Wohnung und den Bezug des Heizmaterials wie den übrigen Parteien auf Widerruf und mit Ausschluss jeder Kündigungsfrist unter der Bedingung zu bewilligen, dass sich derselbe verpflichtet, ohne jeden weiteren Anspruch auf Entschädigung im Bedarfsfalle einen Heizer oder Maschinisten zu substituieren. (Angenommen.)

(15171 ex 1900.) St.-R. Wessely referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Lieferung von 15 Hauskehrwägen, und beantragt, es sei folgenden fünf Offerten die Lieferung von je drei Stück Kehrichtwägen zum angebotenen Preise zu übertragen:

1. Karl Sachers per Stück 850 K;
2. Ferdinand Zettel per Stück 860 K;
3. Josef Barzaba und Josef Stöger per Stück 880 K;
4. Josef Cerny per Stück 890 K;
5. Johann Fiedler per Stück 890 K.

Dieselben müssten sich jedoch verpflichten, zwei Wägen binnen 8 Wochen und die restlichen Wägen binnen 14 Wochen nach erfolgter Verständigung von der Annahme des Offertes zu liefern.

Ferner hätten sich dieselben den Originalbedingungen vollinhaltlich zu unterwerfen und das erlegte Badium bei Erhalt der Verständigung über die Annahme des Offertes auf die vorgeschriebene Höhe zu ergänzen.

Der Magistrat sei zu beauftragen, die Kundmachung einer Offertverhandlung den Genossenschaftsvorstellungen früher zukommen zu lassen. (Angenommen.)

(7627 ex 1898.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Einführung der unterirdischen Stromzuleitung System Pachmann bei den elektrisch betriebenen Linien der (bestehenden) Wiener Tramway-Gesellschaft und beantragt, den Act als gegenstandslos dem Magistrat zurückzustellen. (Angenommen.)

(11.) St.-R. Fraba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von rund 2460 K zur Rubrik XLVIII „Recrutierung“ und eines solchen von 98 K zur Rubrik L 2 „Wagenauslagen anlässlich der Vorspanns-Inspicierungen“ pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(14945 ex 1900.) St.-R. Fraba referiert über die Anerkennung der Thätigkeit des Magistratsrathes Silberbauer bei Verfassung des Hauptrechnungsabschlusses der Stadt Wien pro 1899 und des Hauptvoranschlages pro 1901 und beantragt, dem Magistratsrathe Silberbauer für seine bezüglichen Arbeiten die vollste Anerkennung auszusprechen und einen Betrag von 800 K zuzuerkennen. (Angenommen.)

(15248 ex 1900.) St.-R. Fraba referiert über die Gewährung von Remunerationen an das mit der Bearbeitung der

Steueranschläge zur Bemessung der Hauszinssteuer pro 1901 und 1902 betraute Personale und beantragt, den hiefür nach dem Antrage des Ober-Stadtbuchhalters erforderlichen Betrag von rund 1200 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(15220 ex 1900.) St.-R. Fraba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von rund 11.000 K zur Ausgabe-Rubrik XXII 9 „Verschiedene Auslagen“ (für das Straßenwesen) pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(15134 ex 1900.) St.-R. Fraba referiert über den vom Magistrate vorgelegten Entwurf einer Geschäftsordnung für die gemeinderäthliche Lagerhaus-Commission und beantragt, denselben der Lagerhaus-Commission zur Äußerung zu übermitteln. (Angenommen.)

(15200 ex 1900.) St.-R. Fraba referiert über die Bewilligung von Remunerationen für die mit der Anfertigung der Pläne und der Berechnungen zu dem zwischen dem k. k. Hof-Ärzt und der Gemeinde Wien abgeschlossenen Übereinkommen vom 8. December 1900 betraut gewesenen technischen Beamten und beantragt, die vom Magistrate vorgeschlagenen Remunerationen im Gesamtbetrage von 250 K zu bewilligen. (Angenommen.)

(15189 ex 1900.) St.-R. Fraba referiert über das Ansuchen des Maximilian Siegl, Kanzlei-Praktikant, um Bewilligung eines einjährigen Krankheitsurlaubes gegen Carenz der Bezüge und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(14041 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Johann Eyringer um Bestimmung der Schadloshaltung für den von der Realität Dr.-Nr. 43 Magleinsdorferstraße, V. Bezirk, abzutretenden Grund per circa 164,90 m² und beantragt, im Sinne des Verhandlungs-Ergebnisses die Schadloshaltung mit 70 K per Quadratmeter zu bestimmen und die Gültigkeit dieses Beschlusses auf zwei Jahre einzuschränken. (Angenommen.)

(15195 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Marie Hatlak um Übertragung der ihrem verstorbenen Gatten Anton Hatlak übertragen gewesenen Rauchfangkehrerarbeiten in den Bezirken II und XX und beantragt, der Gesuchstellerin die in den genannten Bezirken während der dormaligen Vertragsperiode, d. i. bis inclusive 31. Juli 1901 in den städtischen Gebäuden auszuführenden Rauchfangkehrerarbeiten unter den bisherigen Bedingungen, d. i. gegen einen Nachlass von 65 Percent von den Einheitspreisen des Preistarifes zu übertragen. (Angenommen.)

(15065 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über den Recurs des Elias Thät gegen feuerpolizeiliche Aufträge bezüglich seiner Tischlerwerkstätte, II., Blumauergasse 24, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(6.) St.-R. Oppenberger referiert über die Abgabe von Nutzwasser an Barnum & Bailey (Janus Bailey) und beantragt, mit Rücksicht auf den sinkenden Zufluss der Hochquellenleitung die Abgabe von Wasser aus der Prater-Nutzwasserleitung für die Dauer der Schauausstellung von Barnum & Bailey in der Rotunde, und zwar:

1. täglich 160 hl für die Firma B. & E. Körting zum Betriebe der Heizanlage vom 20. November 1900 an;
2. täglich 280 hl für Barnum & Bailey zu Nutzzwecken vom 27. December 1900 an zum Preise von 9 K per Hektoliter und Jahr für das angemeldete Wasserquantum und von 4 K per Hektoliter des Mehrverbrauches zu genehmigen.

Das angemeldete Wasserquantum ist monatlich im vorhinein zu bezahlen, der Wassermesser am Ende jedes Monats abzulesen und

sofort die Einhebung der Beträge für den Mehrverbrauch zu veranlassen.

Die Ausläufe des Nutzwassers sind entsprechend mit der Aufschrift „Kein Trinkwasser“ in deutscher und englischer Sprache zu bezeichnen.

Der Bedarf an Hochquellenwasser wird aus dem mit Stadtraths-Beschluss vom 4. Februar 1898, Z. 106, dem Handelsministerium bewilligten Maximalquantum von 283 hl (für die Weltausstellungsgebäude) bedeckt.

Endlich wird bestimmt, daß alle die Wasserabgabe in der Rotunde betreffenden Agenden in dem Wasserleitungs-Departement des Magistrates zu behandeln sind, um eine gleichmäßige, das Interesse der Gemeinde sichernde Behandlung dieser Agenden zu bewirken.

(Angenommen.)

(15125 ex 1900.) St.-R. Dypenberger referiert über das Ansuchen des Leopoldstädter Kinderhospitalvereines um unentgeltliche Überlassung eines Quantums Coaks aus den städtischen Gaswerken und beantragt, 100 q Coaks an den genannten Verein unentgeltlich zu überlassen.

(Angenommen.)

(4608 ex 1896.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Eingabe des Comités zur Gründung eines österreichischen Völkervereines um Förderung dieses Projectes und beantragt, diese Eingabe als gegenstandslos ad acta zu legen.

(Angenommen.)

(5019 ex 1896.) St.-R. Dr. Wähler beantragt, den Act, betreffend die Umtaufe der Magistratsstraße in „Felderstraße“ dem Magistrate als gegenstandslos zurückzustellen.

(Angenommen.)

(486, 2165 ex 1897, 613 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähler beantragt, die Anträge der Gem.-Räthe Costenoble, Dr. Mayereder und Zifferer, betreffend die alljährliche Verwendung größerer Geldbeträge zum Ankaufe von Kunstwerken für das Historische Museum, dem Magistrate zur neuerlichen Berichterstattung zuzuweisen.

(Angenommen.)

(3077, 4718 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner auf Errichtung einer Druckerei, Lithographie und Buchbinderei in eigener Regie der Gemeinde und beantragt die Ablehnung.

Gem.-Rath Eigner, welcher der Berathung beigezogen wird, unterstützt seinen Antrag.

Referenten-Antrag auf Ablehnung angenommen.

(3990 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Stehlik, betreffend die Anlage einer Statistik der gewerblichen Genossenschaften für die Jahre 1883 bis 1887, und beantragt, im Sinne des Magistrats-Antrages von der angeregten Ergänzung der Genossenschaftsstatistik Umgang zu nehmen.

St.-R. Fraba beantragt, den Magistrat mit der Anlage der angeregten Statistik zu beauftragen.

Antrag Fraba angenommen.

(15168 ex 1900.) St.-R. Schreiner referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Eigner auf Herstellung der Trennungswände zwischen den Herren- und Damenclosets in den Beeß'schen Bedürfnisanstalten aus Eisenblech.

Antragsteller Gem.-Rath Eigner wird der Berathung beigezogen.

Referent beantragt, die von W. Beeß abgegebene Erklärung zur Kenntnis zu nehmen und vorerst das Ergebnis des von demselben bei der Anstalt in der Landesgerichtsstraße in Aussicht genommenen Versuches abzuwarten.

Gem.-Rath Eigner unterstützt seinen Antrag.

Referenten-Antrag angenommen.

(5457 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den neuerlichen Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Porzer wegen Abgabe des Mittagzeichens durch einen Kanonenschuß, und beantragt, es sei die Anfrage an die Verwaltung des k. k. Staatstelephonnetzes zu richten, ob und unter welchen Bedingungen das Staatstelephon zur richtigen Mittagseinstellung öffentlicher Uhren herangezogen werden könnte. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Strobach übernimmt den Vorsitz.)

(6006 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des St.-R. Tomola, betreffend die Errichtung von Hochschulcursen für Volks- und Bürgerschullehrer an der k. k. Universität, und beantragt, es sei an die Unterrichtsverwaltung mit der Bitte heranzutreten, für die Lehrer der allgemeinen Volks- und Bürgerschulen Wiens Fachschulcurse an der k. k. Wiener Universität zu errichten.

(Angenommen.)

(6795 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über das Ansuchen des Moriz Markl um Rückstellung eines Porträts seiner Mutter, welches der verstorbene Ökonomebesitzer Anton Markl nebst mehreren anderen Miniaturen dem Historischen Museum testamentarisch vermacht hat, und beantragt, das Ansuchen abzulehnen.

St.-R. Fiedler beantragt die Besuchsgewährung.

Antrag Fiedler angenommen.

(10676 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dypenberger, betreffend den Ankauf zweier im Nachlasse des Malers Professor Huber befindlichen historischen Gemälde, darstellend den Herzog von Lothringen und den Polenkönig Sobieski, und beantragt die Ablehnung.

St.-R. Dypenberger beantragt die Vertagung.

Referenten-Antrag auf Ablehnung angenommen.

(7623 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Zuschrift der bestandenen Ausstellungs-Commission der Gemeinde Wien (1898), betreffend die Anfertigung der Porträts der Bürgermeister Dr. Gröbl, Strobach und Dr. Lueger.

Über Anregung seitens des St.-R. Hipp stellt der Referent den Antrag, es sei wegen Anfertigung des Porträts des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Gröbl das Geeignete einzuleiten.

(9775 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Costenoble auf Stiftung einer Medaille der Stadt Wien für Kunst und Wissenschaft und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(11698 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Weißwasser wegen Sympathie-Kundgebung für die durch Pöbelzerresse in Prag geschädigten Deutschen und Unterstützung armer Geschädigter seitens der Gemeinde Wien und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß dieser Antrag gegenstandslos erscheint.

(Angenommen.)

(4770 ex 1895, 12125 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über das Ansuchen des Wiener Thierschutzvereines um Bewilligung zur Aufstellung von Straßentafeln mit der Aufschrift: „Schüzet die Thiere“ und beantragt, die widerrufsweise Bewilligung zur Aufstellung solcher Tafeln unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen zu erteilen.

(Angenommen.)

(271 ex 1898.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Weißwasser, betreffend die Hintanhaltung des Zuzuges tschechischer Arbeitsuchender nach Wien durch Bevorzugung deutscher Bewerber aus Wien und aus den deutschen österreichischen Kronländern und beantragt, diesen Antrag dem städtischen Arbeitsvermittlungsamte zuzuweisen.

(Angenommen.)

(12527 ex 1897.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des gewesenen Gem.-Rathes Dr. Gruber, betreffend die Feststellung der Wohnungsverhältnisse, insbesondere der ärmeren Classen durch bezirksweise zu bildende Commissionen, und beantragt die Ablehnung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(9203 ex 1898.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Interpellation des gewesenen Gem.-Rathes Dr. Förster wegen Aufhebung der Sprachenverordnungen und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Interpellation gegenstandslos erscheint. (Angenommen.)

(151 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Note der k. k. Polizei-Direction Wien wegen Abgabe einer Äußerung über die projectierte Gründung einer Sparcassa im XII. Bezirke und beantragt, den Act an den Magistrat zur neuerlichen Antragstellung anlässlich des Berichtes über die Schaffung einer städtischen Central-Sparcassa zurückzuleiten und gleichzeitig diesen Bericht neuerlich zu betreiben. (Angenommen.)

(1142 ex 1898.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Interpellation des Gem.-Rathes Schrabauer, betreffend den mit Statthaltereikundmachung vom 6. Mai 1898, Z. 40258 (L. G. Bl. Nr. 20), erlassenen Tactarif für Fahrten mit Taxameterwägen, und beantragt, es sei eine im Sinne des magistratischen Gutachtens motivierte Rechtsverwahrung gegen das seitens der k. k. Statthaltereieingeflagene Vorgehen zu richten. (Angenommen.)

(4254 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähler referiert über das Ansuchen des Kaiserjubiläums-Stadttheaters um Zustimmung zu der geänderten Anlage des Orchesterraumes und beantragt die Zustimmung und Bestätigung der Baubewilligung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(7057 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die vom Magistrate gemäß dem Stadtraths-Beschlusse vom 16. Juni 1899, Z. 5398, vorgelegte Zusammenstellung derjenigen Beträge, welche die Gemeinde Wien für Denkmäler bisher verausgabt hat, und beantragt, den Act dem Magistrate zur Berichterstattung über den Stand der Anzengruber-Denkmalfrage zu übermitteln. (Angenommen.)

(7860 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Mittler wegen Stellungnahme seitens des Gemeinderathes gegen das Vorgehen der Sicherheitsorgane aus Anlaß der Abhaltung von politischen Versammlungen und sonstigen derlei Veranstaltungen im Sommer 1899 und beantragt, zur Kenntnis zu nehmen, daß dieser Antrag bereits gegenstandslos wurde. (Angenommen.)

(9262, 10223 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Erlasse der k. k. n.-ö. Statthaltereie vom 9. August 1899, Z. 64157, und vom 19. September 1899, Z. 74910, betreffend die Erlassung von Bestimmungen über den Verkehr mit Automobilwägen und Moto-cyckles, und beantragt, der k. k. n.-ö. Statthaltereie mitzutheilen, daß gegen die Erlassung einer Kundmachung nach dem mit ersterem Erlasse übermittelten Entwurfe ein Anstand nicht erhoben wird, daß jedoch seitens der Gemeinde die bei den bezüglichen Paragraphen der Kundmachung ersichtlich gemachten Einschaltungen als notwendig erachtet werden, endlich daß sich dieselbe vorbehält, in dem Maße, als die Erfahrungen im Automobilverkehre dies erfordern sollten, die Ergänzung beziehungsweise Abänderung dieser Fahrordnung zu beanfordern. (Angenommen.)

(10126 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Benennung der Gassen in der Umgebung der Karlskirche im IV. und eines Platzes im VIII. Bezirke und beantragt:

a) für die Gassen und Straßen in der Umgebung der Karlskirche im IV. Bezirke seien nachstehende Bezeichnungen zu geben: für die Gasse A die Benennung „Kreuzherrngasse“, für die Straße B die Benennung „Matiellgasse“, für die Straße C die Benennung „Maderstraße“, für die Straße D die Benennung „Brudnerstraße“;

b) im VIII. Bezirke für den Platz zwischen den Häusern Dr.-Nr. 48 und 50 Florianigasse „Hebbelplatz“;

c) im X. Bezirke an Stelle der bisherigen Bezeichnung „Hebbelgasse“ die neue Benennung „Verlagasse“. (Angenommen.)

(10233 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des Directors der städtischen Sammlungen auf Ankauf einer im Besitze von Marie Giesrau befindlichen Gipsbüste des Volksdichters und Komikers Nestroy und beantragt, den Ankauf dieser Büste um den angebotenen Preis von 140 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(10439 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über den Antrag des gewesenen Gem.-Rathes Dr. Kraft wegen Befestigung aller stark befahrenen, breiteren Straßenkreuzungen mit berittenen Sicherheitswachposten und beantragt, es sei diese Anregung der k. k. Polizei-Direction zur Kenntnis zu bringen. (Angenommen.)

(10450 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über das Ansuchen des Dr. Hans Arzberger um Benennung einer Straße in Wien nach seinem Großvater Johann Arzberger, ehemals Director der mechanischen Werkstätte und Professor der Maschinenlehre am polytechnischen Institute, und beantragt, eine der demnächst zu eröffnenden neuen Straßen im Gemeindegebiete nach dem genannten Verstorbenen zu benennen. (Angenommen.)

(10531 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über die Zuschrift des Professors A. L. Hickmann, womit die Verfassung von Graphikons, die Entwicklung der Gemeinde Wien im 19. Jahrhundert darstellend, für die Pariser Weltausstellung 1900 angeregt wird, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(85.) St.-R. Tomola referiert über die Bestimmung der Mitglieder für die Wahl-Commissionen bei den Reichsrathswahlen für die Wählerklasse der Städte 1901 und beantragt:

1. Die vom Referenten namhaft gemachten Vertrauensmänner werden genehmigt.

2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Falle sich die Nothwendigkeit ergeben sollte, nachträglich Vertrauensmänner der Gemeindevertretung in die Commissionen zu delegieren, wegen dieser Delegation, und zwar sowohl im Falle eines Abganges von Mitgliedern vor der Wahl, als auch im Falle des Abganges solcher Mitglieder beim Beginne der Constituierung der Wahl-Commissionen Vorsorge zu treffen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10739 ex 1899.) St.-R. Dr. Wähler referiert über das Ansuchen des Pögleinsdorfer Verschönerungsvereines um sofortige Ausführung der städtischen Straßenbahnlinie Genzgasse von der Stadtbahn-Station „Gersthof“ durch die Gersthoferstraße und Pögleinsdorferstraße bis zur Schafberggasse und beantragt, es sei dem Vereine die bezügliche Bestimmung des Bau- und Betriebsvertrages, wonach die fragliche Linie im heurigen Jahre auszuführen ist, bekanntzugeben. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **9. Jänner 1901.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Brauneiß, Mauer,
 Büsch, Rissaweg,
 Fiedler, Schreiner,
 Graf Ferdinand, Schuh,
 Grünbeck Sebastian, Tomola,
 Hörmann, Dr. Wähner,
 Praba, Weitmann,
 Dr. Krenn, Wessely,
 Oppenberger, Zalka.
 Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Braun, Dr. Deutschmann, Hipp.
 Schriftführer: Magistrats-Concipist Rünzler.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und macht folgende Mittheilung:

Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen die St.-R. Braun, Dr. Deutschmann und Hipp.

(Zur Kenntnis.)

(Ad 14912 ex 1900.) „Bewilligung von Neujahrs-Gratificationen für das Stationspersonal, sowie für die Post- und Telegraphen-Bediensteten in der Aquaductstrecke der Hochquellenleitung.“

Referent St.-R. Dr. Krenn beantragt, in Ergänzung des Stadtraths-Beschlusses vom 21. December 1900 auch den Holznechten Josef Bockler, Peter Ganster, Waltherr Reisenauer und Ludwig Lichtenegger Neujahrs-Gratificationen zu bewilligen.

(Angenommen.)

(178.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Dienstesresignation des provisorischen städtischen Arztes Dr. Adolf Nied und beantragt, die bedingungslose Dienstesresignation des Genannten anzunehmen.

(Angenommen.)

(43.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 6. December 1900, Z. 85299, betreffend die Wiedererrichtung der chirurgischen Abtheilung im k. k. Wilhelminen-Spitale, und beantragt, dem Projecte zuzustimmen. (Angenommen.)

(70.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Franz Pressler um politische Bewilligung zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 1211 Grundbuch Unter-Meidling, an der Breitenfurterstraße, XII. Bezirk, und beantragt, die Abschreibung der in dem Plane mit a b c d a umschriebenen Fläche im Ausmaße von 105.23 m² von der Realität Einl.-Z. 1211 behufs Zuschreibung derselben zur Einl.-Z. 1218 zu bewilligen. (Angenommen.)

(54.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des V. Bezirkes um Wasserabgabe für den auf den Hühnerhofgründen, V. Bezirk, in Aussicht genommenen Eislaufplatz und beantragt, die unentgeltliche Abgabe von Wasser für den Eislaufplatz auf den Hühnerhofgründen im V. Bezirke für die laufende Saison gemäß dem Magistrats-Antrage zu bewilligen. (Angenommen.)

(145.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Albert de Gregorio, Hutfabrikanten, um Bewilligung zur Herstellung eines Geschäftsportales am Hause XII., Vierstergasse 1, und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(149.) **St.-R. Fiedler** referiert über das Offert des August Sollinger auf mietweise Überlassung eines Geschäftslocales im

Bürgerlabfondshause I., Wollzeile 28, Kiernergasse 1/3, und beantragt, dem Gesuchsteller in dem bezeichneten Hause die Parterrelocalitäten top. Nr. 47 a, 48 bis 51, 53 und 54, sowie die Souterrainlocalitäten top. Nr. 29 bis inclusive 34 um den Gesamtjahreszins von 8400 K vom Mai-Termine 1901 an unter den üblichen Bedingungen und der besonderen Bedingung zu vermieten, daß bei Auflösung des Mietvertrages die von August Sollinger veranlaßten Herstellungen je nach Wunsch der Gemeinde Wien entweder unentgeltlich in das Hauseigenthum übergehen oder auf seine Kosten beseitigt werden und der bauplanmäßige Zustand hergestellt wird. (Angenommen.)

(15028 ex 1900.) **St.-R. Fiedler** referiert über das Ansuchen des Karl Schneid um Bestimmung der Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues des Hauses Dr.-Nr. 144/146 Perchenfelderstraße, VIII. Bezirk, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund und beantragt, das vorliegende Ansuchen mit Rücksicht darauf, daß die Frage, betreffend die Durchführung der Pfeilgasse, noch nicht definitiv entschieden ist, abzulehnen. (Angenommen.)

(56.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen des Dr. Siegmund Barz um gemeinsame Verrechnung des Wasserbezuges für die Häuser Dr.-Nr. 37 Sechshäuserstraße, Dr.-Nr. 38 Ullmannstraße, XIV. Bezirk, und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(203.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen des Julius Gasser um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause XIV., Stättermayergasse 31, im II. Quartal 1899 vorgeschriebenen Gebühr per 17 K 46 h und beantragt die Abschreibung der Gebühr gemäß dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(204.) **St.-R. Brauneiß** referiert über das Ansuchen des Heinrich Schedl, Fleischhauers und Hausbesizers, um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause XIV., Sechshäuserstraße 59, im III. Quartal 1899 vorgeschriebenen Gebühr per 67 K 62 h und beantragt die Abschreibung der Gebühr gemäß dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(110.) **St.-R. Hörmann** referiert über die Festsetzung der Gebühren für die Benützung der Kühlzellen im Schlachthause St. Marx und beantragt:

1. Es werden für die Vergebung der Kühlzellen im Schlachthause St. Marx folgende Gebühren festgesetzt:

- a) bei Vergebung auf ein Jahr für das Quadratmeter 70 K pro Jahr;
- b) bei Vergebung auf ein Monat 18 K pro Monat und Quadratmeter;
- c) bei Vergebung für einen Tag 80 h per Quadratmeter und pro Tag.

2. Im übrigen haben für die Vergebung und Benützung dieser Kühlzellen die in der Beilage C enthaltenen Bestimmungen zu gelten.

3. Es ist gemäß § 35 der Gewerbeordnung für obigen Gebürentarif die Genehmigung der k. k. n.-ö. Statthalterei einzuholen.

4. Es sei zu erklären, daß die gemeinsame Vergebung einer Kühlzelle an mehrere Parteien zulässig sei, doch müssen die Namen derselben der Schlachthaus-Verwaltung bekanntgegeben werden.

(Angenommen.)

(15160 ex 1900, 105 ex 1901.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Vergebung der Zimmerputzarbeiten in den städtischen Amtlocalitäten vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903, und beantragt:

Die Zimmerputzarbeiten in den städtischen Amtlocalitäten werden auf Grund des Resultates der am 17. December 1900 abgehaltenen Offertverhandlung für die Zeit vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903, in folgender Weise vergeben:

- a) I. Bezirk an Johann Ertl zu 54 h für die mit harten Fußböden versehenen Amtlocalitäten und 2 K für die mit weichen Fußböden versehenen Amtlocalitäten;
- b) II. und XI. Bezirk an Otto Bauer zu 80 h;
- c) III., IV. und V. Bezirk an August Ronge zu 80 h;
- d) VI. und X. Bezirk an Ludwig Scholz zu 80 h;
- e) VII. und VIII. Bezirk an Jakob Weigluny zu 86 h;
- f) IX. Bezirk an Karl Weißmann zu 90 h;
- g) XII. und XIII. Bezirk an Johann Urbanek zu 80 h;
- h) XIV. und XV. Bezirk an Franz Lang zu 90 h;
- i) XVI. Bezirk an Alois Lazar zu 80 h;
- k) XVII., XVIII. und XIX. Bezirk an Karl Pachmeier zu 80 h.

Alle obigen Preise verstehen sich für das einmalige Bürsten von 100 m² Fußbodenfläche sammt Einlassen nach Vorschrift.

(Angenommen.)

(15155 ex 1900.) St.-R. Hörmann referiert über das Verkaufsoffert der Eheleute Moriz und Julie Kupfy, betreffend die Realität Cat.-Parc. 2789, Einl.-Z. 1976 (an der Erdbergstraße) III. Bezirk, und beantragt, das Offert gemäß dem Magistrats-Antrage abzulehnen und den Stadtraths-Beschluß vom 25. October 1900, Z. 11681, aufrechtzuhalten, mit welchem der Magistrat ermächtigt wurde, wegen Erwirkung der Enteignung des zur Straßenverbreiterung entfallenden Theiles der Cat.-Parc. 2789 per 175.66 m² das Erforderliche zu veranlassen.

(Angenommen.)

(268.) Antrag des St.-R. Dr. Arenn und Genossen:

Es sei für die sterblichen Überreste des Componisten und Dirigenten Antonio Salieri am katholischen Friedhofe in Maxleinsdorf ein Ehrenggrab am Central-Friedhofe zu widmen.

(An den Magistrat zur Berichterstattung.)

(196.) St.-R. Hörmann referiert über Gesuche um Herabsetzung vorgeschriebener Wassermehrverbrauchsgebühren von Parteien des III. Bezirkes und beantragt, die im vorliegenden Verzeichnisse angeführten, bei neun Häusern des III. Bezirkes vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebühren im Gesamtbetrage von 474 K 83 h aus Billigkeitsgründen durch Berechnung zum Preise von 9 K per Hektoliter und Jahr auf den Betrag von 303 K 5 h herabzusetzen.

(Angenommen.)

(15129 ex 1900.) St.-R. Rauer referiert über das Ansuchen des Josefa Kopf und Consorten um politische Bewilligung zur Abtheilung der Realitäten Cat.-Parc. 265/1, Einl.-Z. 161, Cat.-Parc. 314/1, Einl.-Z. 204 Grundbuch Unter-St. Veit, an der Laroche- und St. Veitgasse, XIII. Bezirk, auf drei Baustellen und beantragt die Gesuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(158.) St.-R. Rauer referiert über das Ansuchen des Josef Schlagsenbauer um politische Bewilligung zur Abtrennung eines Theiles der Realität Einl.-Z. 113 Grundbuch Ober-Baumgarten, an der Linzerstraße, XIII. Bezirk, und beantragt, die politische Bewilligung zur geplanten Abtrennung der im Plane mit a b g i (a) umschriebenen Fläche von der Realität Einl.-Z. 113 behufs Schaffung einer neuen Grundbuchs-Einlagezahl für diese Fläche zu erteilen.

(Angenommen.)

(217.) St.-R. Rauer referiert über das Ansuchen des St. Josef-Kinderasyls, XIII., Breitenfeerstraße 104, um unentgeltliche

Überlassung eines Quantums Coaks aus dem Vorrathe der städtischen Gaswerke und beantragt die unentgeltliche Überlassung von 50 q Coaks gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(209.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Bericht des Directors der städtischen Sammlungen, betreffend die von dem Kunsthändler E. J. Wawra am 14. d. M. zu veranstaltende Versteigerung moderner Ölgemälde und Aquarelle, und beantragt, dem Director der städtischen Sammlungen behufs eventuellen Ankaufes von vier Aquarellen den angesuchten Credit von 600 K zu bewilligen.

Es wird der Referenten-Antrag abgelehnt.

(3495 ex 1898, 2031, 15074 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Antrag des (ehemaligen) Gem.-Rathes Dr. Fochler wegen Widmung eines Ehrengrabes für den im Jahre 1881 verstorbenen Feldcaplan der Akademischen Legion im Jahre 1848 Dr. Anton Fäster und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, über alle schwebenden Ehrengräberfragen einen gemeinsamen Bericht vorzulegen. (Angenommen.)

(15038 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 18. December 1900, Z. 112944, betreffend die Errichtung eines Sparcassenvereines im XII. Bezirke, und beantragt, den Gegenstand an den Magistrat zurückzuleiten zur Berichterstattung anlässlich des Referates über die Errichtung einer städtischen Central-Sparcassa. (Angenommen.)

(11218 ex 1899, 5591 ex 1900, 146 ex 1901.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Gruber, sowie der Bezirksvertretung des XV. Bezirkes wegen Einführung der mitteleuropäischen Zeitrechnung für den allgemeinen Verkehr, und beantragt:

1. Es habe gemäß dem Magistratsgremial-Antrage bei der Ortszeit zu verbleiben und sei von der Einführung der mitteleuropäischen Zeitrechnung abzusehen.

2. Die beiden Gutachten des Directors der Wiener Sternwarte sind im Amtsblatte zu veröffentlichen. (Angenommen.)

(11393 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen des Vereines der Automobilfahrer Österreichs um Überlassung des Zeichensaales der Bürgerschule für Knaben V., Herthergasse 28, zu Unterrichtszwecken für Mittwoch und Freitag von 7 bis 9 Uhr abends und beantragt, das Ansuchen als gegenstandslos ad acta zu legen. (Angenommen.)

(11208 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Bewilligung einer Subvention an den Wiener Verein für Stadtinteressen und Fremdenverkehr und beantragt, es sei dem genannten Vereine pro 1901 eine Subvention im Betrage von 300 K zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10821 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Note der k. k. Polizei-Direction vom 17. October 1899, Z. 125201, betreffend den Ausweis über die im dritten Vierteljahre 1899 wegen Übertretung des Überfüllungsverbotens bezüglich des Straßenbahn- und Omnibus-Verkehres eingeleiteten beziehungsweise durchgeführten Strafamtshandlungen und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(186.) St.-R. Graba referiert über den Magistratsbericht, betreffend den am 30. December 1900 stattgehabten Brand im Forste des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau und beantragt, der freiwilligen Feuerwehr in Kaiser-Ebersdorf, ferner dem Hofsäger Ferdinand Walter und dem Karl Maisl für die bei der Löschung des Waldbrandes im Forste des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau am

Fuchsboden geleistete thatkräftige Hilfe den Dank des Stadtrathes auszusprechen. (Angenommen.)

St.-R. Graba referiert über Besuche um Gehaltsvorschlüsse. Die Referenten-Anträge werden angenommen.

(102.) St.-R. Graba referiert über die Bewilligung von Neujahts-Gratificationen für die in der Expositur für Schubwesen und Localarrestanten, Theobaldgasse, VI. Bezirk, in Verwendung stehenden Amtsdienere und beantragt, den in der Expositur für Schubwesen and Localarrestanten in Verwendung stehenden Amtsdienere Franz Hensler, Leopold Mirsch und Franz Schaub für ihre im Jahre 1900 verrichteten, nicht zu ihren eigentlichen Obliegenheiten gehörigen Dienstleistungen die übliche Gratification von je 10 K, im ganzen 30 K anlässlich des Jahreswechsels 1900/01 wie bisher zu bewilligen.

(Angenommen.)

(87.) St.-R. Graba referiert über den Ausweis der Buchhaltung, betreffend die in den Monaten Mai, Juni und Juli 1900 aufgelaufenen Entfernungsgebühren und Reiseauslagen, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(194.) St.-R. Graba referiert über die Note der k. k. Steuer-Administration für den I. Bezirk vom 11. November 1900, Z. 31148, betreffend die Auftheilung der der Firma Moriz Hansel & Söhne, Actiengesellschaft für Textil-Industrie, für die Jahre 1899/1900 vorgeschriebenen Erwerbsteuer, und beantragt, von der Ergreifung des Recurses gegen die mit vorliegender Note mitgetheilte Erwerbsteuer-Auftheilung Umgang zu nehmen.

(Angenommen.)

(44.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Volksschullehrerin Fanni Wellim um Anweisung der Pensionsbezüge und beantragt, der Gesuchstellerin anlässlich ihrer auf Grund des Erlasses des k. k. n.-ö. Landes Schulrathes vom 2. December 1900, Z. 14022, erfolgten Versetzung in den bleibenden Ruhestand die normalmäßige Pension im Jahresbetrage per 1100 K vom 1. Jänner 1901 angefangen, nach Einstellung des Gehaltes und der Quinquennien mit 31. December 1900 und des Quartiergeldes mit Ende Jänner 1901, aus der Wiener Lehrerpensionscassa gegen feinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa zuzuerkennen.

(Angenommen.)

(219.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Therese Dorschke, Witwe des Vice-Bürgermeisters Dr. Franz Dorschke, um Fortbezug des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Laura und beantragt, es sei der Genannten der Fortbezug der Gnadengabe für ihre Tochter Laura von jährlich 600 K vom 1. Jänner 1901 bis Ende des Jahres 1903, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung der Beiden beziehungsweise der Tochter zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(179.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 14. December 1900, Z. 8390, betreffend Verfügungen bezüglich der Knaben-Volksschule XVII., Kastnergasse 29, und beantragt, den vom Bezirksschulrath vorge schlagenen schulbehördlichen Verfügungen zuzustimmen.

(Angenommen.)

(182.) St.-R. Tomola referiert über die Ergänzung der Bestimmungen für die Benützung der an Körperschaften oder Privatpersonen überlassenen Schullocalitäten und beantragt die Ergänzung der Bestimmungen durch Aufnahme eines neuen (vierten) Punktes im Sinne des Magistrats-Antrages.

(Angenommen.)

(220.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Wenzel, sowie der Wilhelmine Mezel um politische Bewilligung zur Abtheilung der Realitäten Einl.-Z. 557, 565, 590 Grundbuch

Ober-Döbling (an der Weinberggasse), XIX. Bezirk, auf vier Baustellen und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage.

(Angenommen.)

(181.) St.-R. Tomola referiert über die Eingabe der Leiterin der Privat-Volks- und Bürgerschule III., Apostelgasse 5, betreffend den Dank derselben für die Zuweisung von Armen-Lernmitteln, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(184.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 29. December 1900, Z. 10547, betreffend die aus Dienstesrückichten erfolgte Versetzung des definitiven Volksschullehrers Paul Kleemann von der Knaben-Volksschule XVII., Jörgerstraße 42, an die Knaben-Volksschule VII., Lerchenfelderstraße 61, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(187.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien, betreffend die Flüssigmachung der dem Oberlehrer an der Mädchen-Volksschule XVII., Leopold Ernstgasse 37, Franz Koch für seine außerordentliche Dienstleistung in den Schuljahren 1891/92 bis 1898/99 bewilligten Remuneration von 816 K, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(152.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Leopoldine Petrasch, Steueramts-Controllorswaise, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt die Bewilligung des Fortbezuges der Gnadengabe von jährlich 400 K vom 11. December 1900 bis Ende des Jahres 1903, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(166.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 28. December 1900, Z. 8284, betreffend die Zustimmung zur Einreihung der für die Knaben- und Mädchen-Volksschule IX., Währingerstraße 43, ernannten Lehrkräfte, und beantragt die Zustimmung.

(Angenommen.)

Der Vorsitzende constatirt die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträthen.

(151.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Karoline Stiller, städtischen Executionsamts-Officialswitwe, um Anweisung der Witwenpension und beantragt, der Gesuchstellerin die normalmäßige Witwenpension im Jahresbetrage von 1000 K vom 1. Jänner 1901 an gemäß dem Magistrats-Antrage zuzuerkennen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträthen angenommen.

(167.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 29. December 1900, Z. 5544, betreffend die aus Dienstesrückichten vorläufig provisorisch verfügte Versetzung der Volksschullehrerin Therese Klein von der Allgemeinen Volksschule für Mädchen XX., Pöchlarnstraße 12, an die Allgemeine Volksschule für Mädchen II., Holzhausergasse 7, und beantragt, die Zustimmung zur Versetzung zu verweigern.

(Angenommen.)

(1.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 31. December 1900, Z. 10973, betreffend die Inanspruchnahme von Schullocalitäten zur Vornahme der Reichsrathswahlen, sowie die Bestimmung der Tage zur Vornahme der Wahlen der allgemeinen Wählerklasse als Ferialtage, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(98.) St.-R. Schuß referiert über das Ansuchen des Katholischen Jünglingsvereines in Wien, IX. Bezirk, Waisenhausgasse 5, um unentgeltliche Überlassung des Turnsaales der Volksschule IX., Canisiusgasse 2, an Freitagen (abends von ½8 bis 9 Uhr) zu Turn-

übungen und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(97.) St.-R. Schuh referiert über das Ansuchen des Vereines „Verk des heil. Philipp Neri“ (Patronage der Arbeiterinnen) um unentgeltliche Überlassung einer Localität der Schule IX., Canisiusgasse 2, für die Nachmittage der Sonntage von ½3 Uhr bis 6 Uhr zur Abhaltung von geselligen Zusammenkünften (Belehrung erwachsener taubstummer Mädchen) und beantragt die Überlassung des Lehrzimmers V b der Volksschule IX., Canisiusgasse 2, gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(214.) St.-R. Schuh referiert über das Ansuchen des Rudolf Sommer um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause XIX., Heiligenstädterstraße 15, im II. Quartal 1900 vorgeschriebenen Gebür per 68 K 30 h und beantragt, die Gebür per 68 K 30 h aus Billigkeitsrücksichten durch Berechnung zum Preise von 9 K per Hektoliter und Jahr auf 42 K 69 h gemäß dem Bezirksamts-Antrage zu ermäßigen. (Angenommen.)

(188.) St.-R. Schuh referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Zustimmung zur Mitbenützung des Zeichensaales 126 im Schulgebäude XIX., Grinzingerstraße 59, und beantragt, die Besuchsgewährung gemäß dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(101.) St.-R. Schuh referiert über das Ansuchen des Andreas Berger um Baubewilligung zur Herstellung zweier Hoftracte, sowie zu Adaptierungen in dem Hause XIX., Hutweidengasse 6, behufs Unterbringung einer Secherei mit Handbetrieb und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung. (Angenommen.)

(213.) St.-R. Schuh referiert über das Ansuchen des H. Heinrich um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch im Hause XIX., Heiligenstädterstraße 48, im II. Quartale 1900 vorgeschriebenen Gebür per 179 K 60 h und beantragt, die vorgeschriebene Wassermehrverbrauchsgebür im Hinblick auf das constatirte Rohrgebrechen aus Billigkeitsrücksichten durch Berechnung zum Preise von 9 K per Hektoliter und Jahr auf 112 K 25 h zu ermäßigen. (Angenommen.)

(41.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über den Bericht des k. k. Forstmeisters Karl Hiller, betreffend die Holzfällung pro 1901 in den Gemeindewäldern von Neuwaldegg, und beantragt, den Fällungsantrag des k. k. Forstmeisters Karl Hiller pro 1901, wonach in den städtischen Forsten Jägerwaldl, Dittkringer und Pögleindorfer Wald eine Gesamtholzmenge von 230 Festmetern erzeugt werden soll, zu genehmigen; die Haderlöhne sind in der in Beilage B angegebenen Höhe zu bestimmen und die Bewilligung zu ertheilen, daß die Zieherlöhne fallweise in der Höhe von 10 bis 40 h vereinbart werden können.

Der k. k. Forstmeister Hiller ist anzuweisen, wegen Verwertung des in der Schlägerung 1901 erzeugten Holzes ehestens entsprechende Anträge zu stellen, damit diesfalls rechtzeitig eine Verfügung getroffen werden kann. (Angenommen.)

(100.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ansuchen des Pfarrers Johann Pax namens des Katholischen Jünglingsvereines zur Erhöhung des heiligen Kreuzes in Dittkring um unentgeltliche Überlassung des Turnsaales und des Lehrzimmers Nr. 81 der Knaben-Volksschule, XVI., Mildeplatz 3, an Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends und an einem Wochentage von 6 bis 8 Uhr abends zu Vereinsversammlungen und beantragt die Besuchsgewährung gemäß dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(99.) St.-R. Ferdinand Gräf referiert über das Ansuchen des Vincenz Vogt um Bestimmung der Schadloshaltung für den beim

Umbau des Hauses Dr.-Nr. 36 Bachgasse, XVI. Bezirk, abzutretenden Grund im Ausmaße von 15.974 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 28 K per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(15179 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Adolf Kraus namens der Firma A. Hermann Frankl & Söhne um Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebüren für das Haus II., Neuppgasse 9, pro IV. Quartal 1899 per 178 K 24 h und beantragt, das Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(14887 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Karl Frank um Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebür für das Haus XX., Wallensteinplatz 3, pro I., II. und III. Quartal 1899 per 265 K 32 h und beantragt, das Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(14888 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Franz Bernert um Abschreibung der für den Wassermehrverbrauch in dem Hause Dr.-Nr. 6 Klosterneuburgerstraße, XX. Bezirk, im I. Quartal 1900 vorgeschriebenen Gebür per 110 K 70 h und beantragt, das Ansuchen abzulehnen. (Angenommen.)

(15206 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Eheleute Franz und Rosalia Berner um politische Bewilligung zur Abtheilung der Realität Einl.-Z. 2159 des II. Bezirkes, Dr.-Nr. 6/8 Treusträße, XX. Bezirk, und beantragt, die Untertheilung der Realität Einl.-Z. 2159 des II. Bezirkes, Dr.-Nr. 6/8 Treusträße, XX. Bezirk, in die bis zum Jahre 1890 bestandenen selbständigen zwei Baustellen V, enthaltend die Cat.-Parc. 3249/1 und 3249/5, und VI, enthaltend die Cat.-Parc. 3249/2, gemäß dem Magistrats-Antrage zu bewilligen. (Angenommen.)

(15218 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Gemeinde Ragnan um Fortsetzung der öffentlichen Beleuchtung der Ragnaner Reichsstraße bis zur Gemeindegrenze und beantragt, der Gemeinde Ragnan zu eröffnen, daß die öffentliche Beleuchtung der Ragnaner Reichsstraße innerhalb des Gemeindegebietes Wien bis zur Gemeindegrenze seitens der Gemeinde Wien erst dann veranlaßt werden wird, bis seitens der Gemeinde Ragnan die Beleuchtung des in ihrem Gebiete liegenden Theiles der Ragnaner Reichsstraße von der Ortschaft Ragnan bis zur Grenze des Wiener Gemeindegebietes durchgeführt sein wird. (Angenommen.)

(14743 ex 1900.) St.-R. Oppenberger referiert über die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung auf der von der Kaiser Franz Josefbrücke gegen Floridsdorf führenden Straße und beantragt, die in der Fortsetzung der Kaiser Franz Josefbrücke gegen Floridsdorf bestehenden halbnächtigen Flammen Nr. 60/61 in ganznächtlige umzuwandeln. (Angenommen.)

(131.) St.-R. Oppenberger referiert über den Magistratsbericht, betreffend weitere Vorkehrungen anlässlich der Verlegung der Fischergeschirre nach dem neuen Gastplatze am Donaukanal oberhalb der Augartenbrücke, II. Bezirk, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(59.) St.-R. Büsch referiert über die Graberhaltungswidmung der Frau Therese Ferschner und beantragt, die testamentarische Graberhaltungswidmung der Frau Therese Ferschner bezüglich ihres Grabes am Altmannsdorfer Friedhofe gemäß dem Magistrats-Antrage anzunehmen. (Angenommen.)

(153.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des XII. Bezirkes um Genehmigung der Überschreitung

des Gartenpräliminares pro 1898 und beantragt, den Mehrbetrag der Überschreitung (519 K 76 h) nachträglich zu genehmigen.

(Angenommen.)

(15110 ex 1900.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen des Vereines für Kindergärten und Kinderbewahranstalten in Österreich um Überlassung eines Lehrzimmers der Mädchen-Bürgerschule VII., Stiftgasse 35, zur Abhaltung eines Stenographieurses für Vereinsmitglieder und beantragt, dem Vereine für Kindergärten und Kinderbewahranstalten ein Schulzimmer in der Mädchen-Bürgerschule VII., Stiftgasse 35, für die Abendstunden von 6 bis 8 Uhr an einem Tage in der Woche gemäß dem Bezirksamts-Antrage zu überlassen.

(Angenommen.)

(15109 ex 1900.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Ansuchen der Anna Mid, Stenographielehrerin, um Überlassung eines Schulzimmers in der Mädchen-Bürgerschule VII., Stiftgasse 35, zur Abhaltung eines Unterrichtsurses in der vereinfachten Stenographie (System Stolze-Schrey) und beantragt, das Ansuchen abzulehnen.

(Angenommen.)

(130.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Note des Bezirksschulrathes der Stadt Wien vom 12. Juni 1900, Z. 4029, betreffend die erfolgte Theilung der IV. und V. Classe der Sammelstation für den israelitischen Religionsunterricht VII., Zieglergasse 21, in je zwei Abtheilungen, und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(146.) **St.-R. Wessely** referiert über die Gewährung von Neujahrs-Gratificationen für das provisorische Dienstpersonal des Marktamtes und beantragt, den in der vorliegenden Consignation aufgezählten Dienern und anderweitigen in den Marktanstalten beschäftigten Personen Neujahrs-Gratificationen in der vom Marktamte vorgeschlagenen Höhe (in Summe 442 K) zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14587 ex 1900.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Offert des Alois und Franz Anger auf einen Theil der Cat.-Parc. 600 (an der Comenius- und Pezlgasse) Hernals und beantragt die Wahl eines Verhandlungs-Comités.

(Angenommen.)

(12649 ex 1900.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über den Recurs des Anton Briski wider die mit Bezirksamts-Bescheid vom 5. October 1900, Z. 31388, erfolgte Ablehnung seines Ansuchens um Bewilligung zur Aufstellung eines Kastanienbratofens an der Hernalser Hauptstraße, Ecke der Wattgasse, und beantragt die Ablehnung.

(Angenommen.)

(12898 ex 1900.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Ansuchen des Anton Blöckinger, Wirtschaftsbefiziger, um Abstandnahme von dem feuerpolizeilichen Bezirksamtsauftrage zur Entfernung der Heu- und Strohvorräthe aus dem Dachboden des Hauses Dr.-Nr. 91 Dornbacherstraße, XVII. Bezirk, und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(13542 ex 1900.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Abschreibung von während der Badefaison 1900 im Hernalser Boll- und Schwimmbad in Verlust gerathenen 58 Stück neuen Trockentüchern im Werte von 29 K aus dem Inventar und beantragt, die Abschreibung zu genehmigen.

Der Badewärter ist aufzufordern, auf das Gemeindeeigenthum besser achtzugeben.

(Angenommen.)

Der **Vorsitzende** constatiert die Anwesenheit von mehr als 17 Stadträthen.

(14581 ex 1900.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des Steueramts-Directors Adalbert Wedel um Versetzung in den

bleibenden Ruhestand, sowie um Anweisung der Pensionsbezüge und beantragt:

1. Den Gesuchsteller in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und demselben unter Zugrundelegung der anrechenbaren Dienstzeit von 40 Jahren, 3 Monaten, 28 Tagen den Ruhegehalt mit dem vollen letzten Activitätsgehalte, d. i. 6400 K, sowie mit der Hälfte des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, d. i. 700 K, gemäß dem Magistrats-Antrage anzuweisen.

2. Es sei dem Gesuchsteller anlässlich seiner Pensionierung in Anerkennung seiner vieljährigen, pflichteifrigen und ersprießlichen Dienstleistung eine Personalzulage in der Höhe des halben Quartiergeldes, d. i. im Betrage von 700 K, jährlich zu verleihen.

Bei Anwesenheit von mehr als 17 Stadträthen angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.

(14798 ex 1900.) **St.-R. Tomola** referiert über die Bewilligung eines Nachtragscredits zur Ausgabe-Rubrik XLIII 14 „Anschaffung von Fernmitteln für arme Kinder“ pro 1900 und beantragt die Bewilligung eines Nachtragscredits von 140.000 K.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(14367 ex 1900.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Abänderung der Baulinie für die Pointengasse (in der Strecke von der Graserhütte abwärts bis zum Hause Dr.-Nr. 36), sowie über die Bestimmung der Baulinie für einen Theil der Wallishaufergasse und beantragt:

1. Die vom Ministerium des Innern seinerzeit genehmigten Baulinien für die Pointengasse im XVII. Bezirke seien in der Strecke von der Graserhütte abwärts bis zum Hause Dr.-Nr. 36 unter Abänderung der Straßenbreite von 11.38 m auf 12 m nach den in den beiliegenden Plänen roth schraffierten Linien A B C D E F G, H' H I K L, L' M und N O P Q R S T U V W W', X Y Z abzuändern.

2. Für die Wallishaufergasse sei unter Annahme einer Breite von 12 m und Berücksichtigung der bestehenden Allee die Baulinie nach den Linien X B₁ und W' A neu zu genehmigen.

3. Längs sämtlicher Baulinien sind mindestens 5 m tiefe Vorgärten anzuordnen. In der Strecke N O P Q R sind diese Vorgärten mit Rücksicht auf die Höhenlage des Terrains bis auf 10 m zu verbreitern.

4. Als neue Straßenhöhen haben die im Lageplane und im Längenprofil roth eingeschriebenen Coten zu gelten.

5. Die Verbauung hat im Sinne des Gemeinderaths-Beschlusses vom 24. März 1893, M.-Z. 333027 ex 1891, mit einzeln stehenden oder zu Zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen, welche außer einem Parterre oder Tiefparterre höchstens noch zwei Obergeschosse enthalten. Höher ragende Thürme, Giebel etc. sind gestattet. Die Seitenabstände dieser Wohnhäuser von den Nachbargrenzen sind durch den Gemeinderaths-Beschluss vom 3. März 1899, M.-Z. 178991 ex 1898, festgesetzt. Gekuppelte Wohnhäuser sind im allgemeinen mit einheitlicher Flucht herzustellen, damit von der Straße aus keine Feuermauern sichtbar werden.

Der Abschluss der Vorgärten gegen die Straße zu hat mit eisernen Gittern auf gemauerten Sockeln, welche im Maximum eine Höhe von 1.5 m erhalten dürfen, zu erfolgen. Größere Niveauunterschiede zwischen dem Straßen- und Bauniveau als 1.5 m sind durch Böschchen des Vorgartens zulässig.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(12029 ex 1900.) **St.-R. Hörmann** referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Benennung der sogenannten „Marx-Meidlingerstraße“, und beantragt:

1. Von der Benennung des im X. Bezirke gelegenen Theiles der sogenannten Marx-Meidlingerstraße Cat.-Parc. 2404, 2403, 2407, 2408 wird gemäß dem Magistrats-Antrage abgesehen.

2. Der im dritten Gemeindebezirke gelegene Theil der sogenannten Marx-Meidlingerstraße Cat.-Parc. 3157/2, 3174/11, 3172 wird zur Erinnerung an den am 11. December 1898 in Wien verstorbenen Schriftsteller Hans Grasberger „Grasbergergasse“ benannt.

(Angenommen.)

(141.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Ansuchen des Wiener Thierschutzvereines um Überlassung von Hundemarken zur ermäßigten Gebühr von 4 K und beantragt, dem Wiener Thierschutzverein für das Jahr 1901 Hundesteuermarken zum ermäßigten Betrage von 4 K nach Bedarf bis zur Höchstzahl von 250 Stück gemäß dem Magistrats-Antrage zu bewilligen. (Angenommen.)

(47.) **St.-R. Schreiner** referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Beistellung des für Zwecke der städtischen Garten-Administration im Jahre 1901 nöthigen Fuhrwerkes, und beantragt:

Die Beistellung des für die städtische Garten-Administration im Jahre 1901 nöthigen Fuhrwerkes wird dem Fuhrmanne Josef Birg, XIII., Moerbacherstraße 8, gegen nachstehende Entlohnung übertragen:

a) für einen zweispännigen Truhen-, Leiter- oder Streifwagen:

α) für den ganzen Tag 12 K,

β) für den halben Tag 7 K;

b) für einen zweispännigen Wasserwagen:

α) für den ganzen Tag 14 K,

β) für den halben Tag 8 K;

c) für einen zweispännigen Möbelwagen:

α) für den ganzen Tag 16 K,

β) für den halben Tag 9 K;

d) für ein einspänniges Fuhrwerk:

α) für den ganzen Tag 8 K,

β) für den halben Tag 5 K.

(Angenommen.)

Der **Vorsitzende** bringt zur Kenntnis das Ergebnis der Wahl eines Comités zur Verhandlung mit Alois und Franz Anger über deren Offert auf einen Theil der Cat.-Parc. 600 (an der Comenius- und Pezzlgasse) Hernals, XVII. Bezirk.

Es wurden gewählt die **St.-R. Ferdinand Gräf, Sebastian Grünbeck und Hörmann.** (Zur Kenntnis.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 6. bis 12. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 295.201 kg Davon aus:

Wien 197.871 kg

dem sonst. Niederösterreich . . . 25.505 "

Oberösterreich 1.114 "

Steiermark	381 kg
Mähren	8.812 "
Galizien	51.927 "
Bukowina	371 "
Ungarn	9220 "
Kalbfleisch	19.318 kg
Davon aus:	
Wien	3.527 kg
dem sonst. Niederösterreich . . .	441 "
Oberösterreich	28 "
Mähren	311 "
Galizien	14.963 "
Ungarn	48 "
Schafffleisch	3.875 "
Davon aus:	
Wien	19 kg
Niederösterreich	20 "
Mähren	8 "
Galizien	3.828 "
Schweinefleisch	144.622 "
Davon aus:	
Wien	54.410 kg
dem sonst. Niederösterreich . . .	3.409 "
Steiermark	53 "
Böhmen	590 "
Mähren	6.509 "
Galizien	59.212 "
Ungarn	19.739 "
Croatien	700 "
Kälber	1.576 Stück
Davon aus:	
Wien	331 St.
dem sonst. Niederösterreich . . .	11 "
Oberösterreich	8 "
Mähren	182 "
Galizien	1.028 "
Ungarn	16 "
Schafe	143 "
Davon aus:	
Wien	126 St.
dem sonst. Niederösterreich . . .	14 "
Galizien	2 "
Ungarn	1 "
Schweine	881 "
Davon aus:	
Wien	157 St.
dem sonst. Niederösterreich . . .	17 "
Mähren	88 "
Galizien	571 "
Ungarn	48 "
Lämmer	93 "
Davon aus:	
Wien	27 St.
Ungarn	66 "

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch von K —50 bis	1.48	per Kg.
		Rostbraten u. Nieden " " 1.12 " 2.— " "	
Kalbfleisch	" " —60 " 1.48 " "		
Schafffleisch	" " —44 " 1.12 " "		
Schweinefleisch	" " —86 " 1.32 " "		
Kälber	" " —74 " 1.20 " "		
Schafe	" " —68 " —92 " "		
Schweine	" " —72 " 1.16 " "		
Lämmer	" " 16.— " 24.— per Paar.		

Die Zufuhr an Fleischwaren war schwächer als in der Vorwoche, die Tendenz ziemlich flau. Kälber wurden um 2 h, Schweine um 4 h per Kilogramm billiger, Schweinefleisch um 6 h und Schafe um 8 h per Kilogramm theurer verkauft; die übrigen Fleischwaren behaupteten vorwöchentliche Preise.

* * *

Der tägliche Fleischmarkt: Markthalle Währingergürtel.

In der Markthalle Währingergürtel eingelangte Fleischwaren vom 6. bis 12. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	3.551 kg	Davon aus:	
		Wien	3.551 kg
Kalbfleisch . . .	107 "	Davon aus:	
		Wien	107 "
Schafffleisch . . .	37 "	Davon aus:	
		Wien	37 "
Schweinefleisch . .	2.912 "	Davon aus:	
		Wien	2.912 "
Kälber	16 Stück	Davon aus:	
		Wien	16 St.
Schweine	32 "	Davon aus:	
		Wien	32 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	Siedfleisch von K —80 bis 1·28 per Kg. Roßbraten u. Nieren " " 1·24 " 1·32 " "
Kalbfleisch	
Schafffleisch	" " —96 " 1·36 " "
Schweinefleisch	" " —60 " —80 " "
	" " 1— " 1·70 " "

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche in Rindfleisch um 587 kg geringer. Trotzdem wurde bei lebhafter Nachfrage Rindfleisch (Roßbraten) um 8 h und Kalbfleisch um 4 h billiger verkauft. Alle übrigen Fleischwaren behaupteten die vorwöchentlichen Preise.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 14. Jänner 1901

(einschließlich des Contumazmarktes vom 12. Jänner 1901).

1. Gesamtantrieb: 4980 Stück, und zwar:

Maßvieh	3994 Stück
Beinlvieh	986 "
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarke	30 "

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	3658 Stück	Rühe	628 Stück
Stiere	650 "	Büffel	44 "

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3084 Stück
" Galizien	1146 "
" dem sonstigen Österreich	747 "
" dem Auslande	3 "

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht:

Aus und über Ungarn:

Ochsen I Qualität	von 72 bis 85 K (extrem bis 86 K)
" II. "	62 " 71 "
" III. "	54 " 61 "

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 70 bis 76 K extrem bis 82 K)
" II. "	64 " 69 "
" III. "	58 " 63 "

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 78 bis 85 K (extrem bis — K)
" II. "	68 " 77 "
" III. "	58 " 67 "
Stiere	von 54 bis 66 K (extrem bis 69 K)
Rühe	54 " 66 " (" " —)
Büffel	36 " 46 " (" " 48 ")
Beinlvieh	36 " 54 "

b) Preis per Stück:

Beinlvieh von 71 bis 210 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	4270 Stück
" " " auswärts	668 "
Unverkauft blieben	42 "

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 6. bis 12. Jänner

1901 für Wien angekauft 484 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 383 Stück mehr aufgetrieben. Die Kauflust war nicht besonders rege und blieb der Marktverkehr bis zum Marktschlusse schwerfällig. Prima und gute Mittelforten notierten im allgemeinen unverändert. Untergeordnete Qualitäten waren um 1 bis 2 K per Metercentner billiger.

* * *

Pferdemarkt vom 11. Jänner 1901.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 423 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	150—800 K per Stück
" Schlachtpferde	40—130 " " "

Der Markt war flau.

* * *

Pferdemarkt vom 15. Jänner 1901.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 479 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	180—830 K per Stück
" Schlachtpferde	30—130 " " "

Der Markt war flau.

* * *

Vorstenviehmärkte vom 15. und 17. Jänner 1901.

1. Auftrieb auf dem freien Markte.

Jungschweine (Fleischschweine)	6254 Stück
Fettschweine	5758 "

Summe . 12012 Stück.

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 2706 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien	10857 Stück
für das Land	— "
unverkauft blieben	1155 "

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht).

Jungschweine (Fleischschweine):

I. Qualität	von 70 bis 76 h (extrem bis 88 h)
II. "	62 " 68 "
III. "	54 " 60 "

Fettischweine:

I. Qualität	von 81 bis 87 h (extrem bis 90 h)
II. "	72 " 80 "
III. "	64 " 71 "

Auf den dieswöchentlichen Borstenviehmärkten wurden im Vergleiche zur Vorwoche um 2263 Stück weniger aufgetrieben. Prima Schweine erzielten um 1 bis 2 h höhere Preise. Die Tendenz war jedoch matt, so dass im allgemeinen nur vorwöchentliche Preise erzielt wurden.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 17. Jänner 1901.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend	49	Schafe lebend	2356
Kälber ausgeweidet	4089	Schafe ausgeweidet	459
Lämmer ausgeweidet	976	Schweine ausgeweidet	3078

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):

II. Qualität	von 68 bis 90 h (extrem bis — h)
------------------------	----------------------------------

Kälber ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 84 bis 116 h (extrem bis 124 h)
II. "	72 " 82 "
III. "	60 " 70 "

Lämmer ausgeweidet (per Paar):

I. Qualität	von 18 bis 24 K (extrem bis 30 K)
II. "	14 " 16 "
III. "	10 " 12 "

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 76 bis 80 h (extrem bis — h)
II. "	68 " 74 "
III. "	60 " 66 "

Schweine ausgeweidet (per 1 kg):

I. Qualität	von 84 bis 96 h (extrem bis 116 h)
II. "	74 " 82 "
III. "	68 " 72 "

Schweine lebend (per Paar):

III. Qualität	von — bis 24 K (extrem bis — K)
-------------------------	---------------------------------

Schafe lebend (per 1 kg):

I. Qualität	von 43 bis 48 h (extrem bis 56 h)
II. "	40 " 42 "

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 313 Stück Kälber mehr zugeführt. Der Marktverkehr war sehr schwerfällig, die Tendenz durchaus flau. Prima Kälber waren bis 2 h, leichtere Qualitäten 4 bis 6 h per Kilogramm billiger. Weidnerchafe notierten unverändert, Weidnerschweine um 2 h per Kilogramm niedriger.

Auf dem Schafmarkte wurden um 296 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Bei leblosem Verkehr konnten die vorwöchentlichen Preise nur schwer behauptet werden.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 17. Jänner 1901 143 Stück Mast- und 70 Stück Beinvieh aufgetrieben.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 12. Jänner 1901.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 74—81 kg) non	7 K 55 h bis 8 K 50 h
Roggen (" " 1 " 71—75 ")	7 " 60 " " 8 " — "
Gerste	5 " 75 " " 9 " 75 "
Mais	5 " 30 " " 6 " 60 "
Hafer	5 " 95 " " 7 " — "

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlproducte.

Grieß	von 12 K 80 h bis 14 K 10 h
Weizenmehl, Wiener Type	7 " 70 " " 13 " 70 "
Futtermehl	5 " 60 " " 6 " 10 "
Roggenmehl	8 " 70 " " 13 " 20 "
Weizenkleie	4 " 70 " " 4 " 85 "
Roggenkleie	5 " 10 " " 5 " 20 "

(per 50 Kilogramm).

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 14. bis 17. Jänner 1901.

Für Neubauten:

- VI. Bezirk: Haus, Gumpendorferstraße 8, von Moriz Wahlberg, Fuhrmannsgasse 14, Bauführer J. Herzberg (180).
- VII. Bezirk: Haus, Neubaugasse 63, von Martin Hübmanner, Bauführer A. Kabas (291).
- IX. Bezirk: Haus, Afferstraße 63, von Karl und Marie Buchinger, Bauführer E. Mayer (238).
- " " Haus, Adergasse 9, von Siegmund J. Stern und E. Berger, Bauführer Ottomar Stern (252).
- X. Bezirk: Waldgasse 4, von Josef und Franz Leimer, Bauführer Anton Schwertmann (2852).
- XIX. Bezirk: Familienhaus, Unter-Sievering, Medlergasse, Parc. 630/26, von Karl Wicker, IX., Clufusgasse 11 (906).

Für Zubauten:

- XIX. Bezirk: Wagenremise, Ober-Döbling, Karl Ludwigstraße 62, von Robert Hidle, ebenda, Bauführer Johann Dörrreicher (787).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Liebenberggasse 7, von Lorenz und Mathilde Maurer, Bauführer A. Altmann (271).
- VI. Bezirk: Liniengasse 49, von Lorenz und Mathilde Maurer, Bauführer A. Altmann (225).
- VII. Bezirk: Hermannsgasse 29, von der Wiener Baugesellschaft (276).
- " " Verchenfelderstraße 53, von Franz Klein, Baumeister (259).
- " " Dreilaufergasse 16, von Siegmund Lendvay, Bauführer K. Schäffer (262).
- " " Hermannsgasse 28, von Johann und Therese Hidel, Bauführer Th. Mann (289).
- IX. Bezirk: Ruszdorferstraße 40, von Max Sieß, Bauführer A. Pilecky (220).
- XVII. Bezirk: Hernals, Schadmagasse 6, von Vincenz Simmerl, ebenda, Bauführer Julius Schneider (2038).

Für diverse (geringere) Bauten:

- III. Bezirk: Wächterhaus, Arsenalweg, Einl.-Z. 55, von Anton Haller, Bauführer E. Michna (258).
- IV. Bezirk: Rohrcanal, Gufshausstraße 20, von Karl Kammerer, Bauführer Frauenfeld & Berghof (239).
- XVII. Bezirk: Schupfen, Hernals, Leopold Ernstgasse 18, von Franz Sedlaček, ebenda, Bauführer Josef Wögler (1684).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- XI. Bezirk: Einl.-Z. 1011, Simmering, Enzinggasse, von Leopold Putschandl (1160).
- XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 84, von Jakob Kohn, ebenda, (1746).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Fleischmarkt 20/22, Schönlaterngasse 15, von J. Schürff, Mödling.

Städtische Arbeiten und Lieferungen. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Buchbinderarbeiten für die Stadt-Bibliothek pro 1901 bis 1903.

Rautters Gg. Witwe & Söhne
— Zu den Einheitspreisen des Preistarifes B.

* * *

Beistellung des für Zwecke der städtischen Garten-Administration im Jahre 1901 nöthigen Fuhrwerkes.

Birg Josef — 12 K für zweispännigen Truhen-, Leiter- oder Streifwagen ganztägig.
7 K für zweispännigen Truhen-, Leiter- oder Streifwagen halbtägig.
14 K für zweispännigen Wasserwagen ganztägig.
8 K für zweispännigen Wasserwagen halbtägig.
16 K für zweispännigen Möbelwagen ganztägig.
9 K für zweispännigen Möbelwagen halbtägig.
8 K für einspänniges Fuhrwerk ganztägig.
5 K für einspänniges Fuhrwerk halbtägig.

* * *

Currente Professionistenarbeiten und Lieferungen für das städtische Versorgungshaus in Liefing für die Jahre 1901, 1902 und 1903.

Baumeisterarbeiten.
Wastl Paul in Mauer — Aufzahlung 6%.
Stuccaturerarbeiten.
Wastl Paul in Mauer — Aufzahlung 12%.
Steinmearbeiten.
Aufhauser Franz sen. — Aufzahlung 10%.
Zimmermannsarbeiten.
Höbinger Johann in Aygersdorf — Aufzahlung 10%.
Spenglerarbeiten.
Wolf Nikolaus in Perchtoldsdorf — Aufzahlung 5%.
Ziegeldeckerarbeiten.
Afenbauer Franz in Mauer — Zu den Tarispreisen.
Kupferschmiedarbeiten.
Meckl Robert — Zu den Tarispreisen.
Bautischlerarbeiten.
Höbinger Johann in Aygersdorf — Aufzahlung 10%.
Schlosserarbeiten.
Haselbrunner Josef in Kalksburg — Nachlaß 2%.
Anstreicherarbeiten.
Bernert Karl in Aygersdorf — Nachlaß 11%.
Glaserarbeiten.
Bernert Karl in Aygersdorf — Nachlaß 3%.
Hafnerarbeiten und Geschirrlieferung.
Filipowky Johann in Aygersdorf — Zu den Tarispreisen.
Tapeziererarbeiten.
Hobja Johann in Liefing — Nachlaß 5%.
Brunnenmeisterarbeiten.
Lentz Johann in Mauer — Nachlaß 5%.
Binderarbeiten.
Gärdtner Rudolf in Aygersdorf — Aufzahlung 20%.

Bürstenbinderarbeiten.

Moltmeister Heinrich — Zu den Tarispreisen.

Rauchfangkehrerarbeiten.

Niegler Amalia in Perchtoldsdorf — 500 K pro Jahr; 12 K Neujahrsgehalt für die Gehilfen.

Senkgrubenräumung.

Hauer Johann in Liefing — 2 K per Cubikmeter.
— 1 K 40 h per Cubikmeter für die Verführung von Mist, Asche zc.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 8. Jänner 1901.

(Fortsetzung.)

Gottlieb Eilli — Damenkleidmachersgewerbe — II., Laborstraße 59.
Hat Josef — Friseur und Rasier — XIV., Sechshausstraße 64.
Harfner Anna — Modistin — VI., Bindmühlgasse 24.
Hartner Marie — Verschleiß von gereinigten Flechtlederwaren — II., Im Werb, Markt.
Haskla Georg — Stadträger-Licenz Nr. 648 — II., Praterstraße beim Café Stierböck.
Heger Hermine — Zuckerwaren- und Canditen-Verschleiß — V., Schönbrunnerstraße 99.
Houbel Emanuel — Pfadlergewerbe — XVI., Abergasse 16.
Hruscha Franz — Chemische Puzerei mit Ausschluß der Verwendung von Benzin zum Puzen — VI., Mollardgasse 71.
Jarabel Eva — Obst-, Gemüse- und Süßfrüchtenhandel im Umherziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Jarabel Katharina — Obst-, Gemüse- und Süßfrüchtenhandel im Umherziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Jarabel Martin — Obst-, Gemüse- und Süßfrüchtenhandel im Umherziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Jellinet Moriz (Firma: Moriz Jellinet) — Handel mit Journiernutzholz — VI., Garbergasse 10.
Jirtlu Petronella — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Ullmannstr. 10.
Katal Franz — Fleischhewergewerbe — XII., Schönbrunnerstraße 134.
Kares Wenzel — Herrenkleidmachersgewerbe — XIV., Rauchfangkehrergasse 31.
Karrer Michael — Spirituosen-Verschleiß — V., Siebergasse 6.
Koforian Leopoldia — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Canditen — VI., Marchettigasse 1 a.
Kopecky Heinrich — Gold- und Silberplattierergewerbe — II., Obere Augartenstraße 50.
Krybus Barbara — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — VI., Mariahilferstraße 79.
Leberer Gustav — Verschleiß von Webwaren — VI., Ägidigasse 14.
Lion Rudolf — Gemischtwarenhandel — VI., Bürgerplatzgasse 8.
Löwy Katharina — Damenkleidmachersgewerbe — II., Darwingasse 37.
Michael Anna — Obst-, Gemüse- und Süßfrüchtenhandel im Umherziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Moßdorfer Barbara — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Johnstraße 39.
Müllner Matthias — Wäschergewerbe — VI., Stumpergasse 57.
Naprawil Friedrich — Handelsagentie — I., Reungasse 2.
Naweceral Johann — Schuhmachersgewerbe — V., Schönbrunnerstraße 47.
Niederle Emilie Anna — Gast- und Schankgewerbe — I., Kärnthnerstraße 14.
Plaschke Antonia — Victualien-Verschleiß — VI., Sandwirtgasse 2.
Piccini Riccardo — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Himmelfortgasse 4.
Pucher Johann — Schlossergewerbe — V., Leitberggasse 7.
Schafschel Johann — Goldarbeitergewerbe — VI., Gumpendorferstraße 131.
Schönmann Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Brunnen-gasse 68.
Silberbauer Franz — Drechslergewerbe — XIV., Kellinggasse 11.
Schmidt Gottfried — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — XII., Niederhofsstraße 13.
Spitz Julius — Handel mit neuen Kleidern — II., Obere Donaustraße 47.
Steidl Franz — Zweigniederlassung, beziehungsweise Verschleißstelle der Fabrik von Steingut, Majolika und Ebonwaren in Znamim — VI., Eßterhahngasse 23.
Stiasny Ernst (Firma: de Fries & Comp.) — Gemischtwarenhandel — I., Eschenbachgasse 9.
Tala Anton — Herrenkleidmachersgewerbe — II., Darwingasse 18.
Tasta Anna — Maskenleihanstalt — VI., Barnabiten-gasse 3.
Tentfert Friederike — Kleidermachersgewerbe — VI., Kafernengasse 7.
Tripolt Marie, geb. Schneider — Wäschewaren-Erzeugung — XVI., Wattgasse 49.
Vodvarta Josef — Schuhmacher — XVII., Schumann-gasse 57.
Vogelmüller Karl — Gast- und Schankgewerbe — I., Fährichgasse 1.

Weber Johann — Aufstellung von automatischen Personenwagen — II., S. I. Augarten, Obere Donaustraße „Dianabad“.
 Weinel Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Neltengasse 3.
 Weiß Alfred — Herausgabe der Druckschrift „Wiener Mercur-Verlage Assurances- und Handels-Journal“ — I., Schulhof 4.
 Zabransky Friedrich, Fuchs Leopold (Firma: Zabransky & Fuchs) — VI., Mariaböserstraße 67.
 Zlat Anna — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Umherziehen im Gemeindegebiete von Wien — XVIII., Währingerstraße 16.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 9. Jänner 1901.

Antreiber Israel — Abhalten von Versammlungen — II., Krumm-
 baumgasse 1.
 Faumrud Anna — Milch- und Gebäck-Verschleiß — III., Klimschg. 6.
 Bayer Thomas — Kleidermacher — XVI., Haberlgasse 4.
 Beier Amalia — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VII., Sandlgasse 22.
 Benisch Julie — Gemischtwaren-Verschleiß (Lebensmittel) — II., Herminen-
 gasse 3.
 Besta Johann — Herrenkleidermacher — II., Volkertplatz 6.
 Brück Julius — Fleisch-Commissionshandel (Filiale) — III., Groß-
 marktshalle.
 Caloun Marie — Damenkleidermacherin — III., Klimschgasse 3.
 Tech Beata — Wäschepuderei — III., Untere Weißgärberstraße 1.
 Doblreiter Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Arnetz-
 gasse 37.
 Dolleisch Karl — Tischler — XIV., Reichsapfelgasse 26.
 Edlinger Johann — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III.,
 Dietrichgasse 26.
 Fischer Karl — Wagenschmied — III., Fasangasse 25.
 Fraas Karl — Zuckerbäcker — XIV., Sechshauserkraße 76.
 Frechinger Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Ulrichs-
 platz 6.
 Fuchs Josef — Maurer — XVI., Speckbacherstraße 2.
 Gellny Eduard — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks —
 V., Grohngasse 5.
 Goldhammer Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Wassergasse 36.
 Gramann Theresia — Marktviactualienhandel — XIV., Markt in der
 Schwendberggasse.
 Groyer geb. Ofen Marie — Verschleiß von Victualien und Canditen —
 XVI., Hyrtlgasse 19.
 Grünfeld Emma — Übernahme von Wäsche zum Putzen — II.,
 Komödiengasse 3.
 Haan Eduard — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Varichgasse 3.
 Haluga Marie — Schuhmachergewerbe — III., Fasangasse 3.
 Hangel Helene — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Blumberggasse 26.
 Hiller Max — Kunstbildhauer — III., Salmgasse 1 a.
 Hofmann Eise — Pfaidlergewerbe — III., Hehgasse 12.
 Holl Margarete — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Yppengasse 4.
 Holubek Gottlieb — Friseur und Kafeur — VII., Hermannsgasse 1.
 Jalesch Theresie — Verschleiß von Leinen- und Baumwollwaren —
 III., Marzergasse 13 a.
 Juhn Leopold — Verabreichung von Speisen — II., Herminengasse 14.
 Kifilka Karl — Kleinhandel mit Brennmaterial — XVI., Brunnerg. 58.
 Klossy Mathilde — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III.,
 Schunnngasse 21.
 Kochmann Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Huglgasse 13.
 Komarek Leopoldine — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß —
 XIX., Krottenbachstraße 114.
 Kudernatsch Magdalena — Verschleiß von Bürstenbinderwaren — III.,
 Hauptstraße 25.
 Kvas Barbara — Victualien-Verschleiß — III., Keimergasse 31.
 Lenhard Jakob — Friseur und Kafeur — XIV., Märzstraße 66.
 Letz Leopold — Handelsagentur — VII., Guttenberggasse 23.
 Loth Johanna — Wiederbetrieb der Trödlerei — XIX., Döblinger
 Hauptstraße 88.
 Lueger Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks —
 III., Obere Weißgärberstraße 22.
 Macal Eduard — Tischler — XIV., Märzstraße 54.
 Moritz Karl — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III.,
 Hainburgerstraße 66.
 Nechwatal Leopoldine — Damenkleidermacherin — III., Vorberggasse 2.
 Otruch Thomas — Obst-, Grünwaren-, Orangen- und Zitronen-Verschleiß
 im Umherziehen mit Marke Nr. 6354 — XVI., Neulerchenfelderstraße 89.
 Patsch Hugo — Baumeister (Nichtbetrieb) — IV., Frankenberggasse 13.
 Peichel Theresie — Victualien-Verschleiß — III., Dianagasse 5.
 Pissa Marie — Wäschepuderei — III., Haidberggasse 24.
 Raschke Karl — Wirtwaren-Erzeuger — V., Pilgramgasse 10.
 Risti Milan — Canditen- und Bäckerei-Verschleiß — III., Schlacht-
 hausgasse 9.
 Ritschel Franz — Lederabschnitt — III., Baumgasse 3.
 Rößler Leopoldine — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Wällischgasse 15.

Rosanitsch (richtig Rosenitsch) Pauline — Fortbetrieb der Wirts-Con-
 cession des Anton Rosanitsch — II., Schiffmühlengasse 53.
 Schauer Anton v., Brandis Eberhard v. (Firma Wiener Emailfarben-
 werke Schauer & Comp.) — Erzeugung von keramischen (Email-)Farben und
 Brennen von gemalten Porzellan- und Majolikagegenständen — III., Rechte
 Bahngasse 8.
 Schiroky Bertha Henriette — Damenkleidermachergewerbe — II., Große
 Schiffgasse 28.
 Sälsefinger Rudolf — Handel mit Maschinen und Maschinenbestandtheilen
 — III., Boerhavegasse 7.
 Schulhof Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß (Geschirre und Glas) —
 II., Stumauergasse 11.
 Spindler Josef — Bäcker — III., Koloniyplatz 3.
 Spurny Franz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVI., Römer-
 gasse 25.
 Stern Adolf — Holzagentur — II., Nordbahnstraße 28.
 Stöckl Johann — Uhrmacher — III., Beatriggasse 21.
 Strempel Lotbar — Maskenleihanstalt — XIX., Fybergasse 18.
 Suchmann Malvine — Modistin — II., Große Stadtgutgasse 15.
 Suttay Aloisia — Damenkleidermacherin — III., Erdbergstraße 17.
 Syriße Bohumila — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß —
 XIV., Huglgasse 8.
 Trierer Chaim — Agentur in Manufactur- und Galanteriewaren —
 II., Leopoldsgasse 28.
 Wang Hermine recte Blume Henne — Gemischtwaren-Verschleiß —
 III., Löwengasse 42.
 Wagner Katharina — Victualien-Verschleiß — III., Schimmelgasse 21.
 Walker Rudolf Georg, Walker Friedrich, Walker Richard (Firma
 G. Walker & Comp.) — Ledergalanteriewaren-Erzeugung — VII., Schotten-
 felsgasse 11.
 Wedral Marie — Victualien-Verschleiß — III., Hehgasse 25.
 Weinovic Juliana — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichen-
 requisiten — III., Löwengasse 33.
 Zechner Sebastian — Victualien-Verschleiß — III., Adamsgasse 18.
 Zelinka Josef — Tischler — XIV., Geibelgasse 21.
 Zumpf Samuel — Gastwirt — III., Seidlgasse 20.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 10. Jänner 1901.

Bednar Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Mariengasse 17.
 Benesch Josef — Fleisch-Verschleiß — XVI., Koppstraße 90.
 Beznouz Rudolf — Fleischhändler — XVII., Hornmargasse 9.
 Beznouz Rudolf — Fleisch-Verschleiß — XVII., Hornmargasse 9.
 Bozser Emerich — Friseur (Filiale) — IX., Mosergasse 8.
 Bret Anna — Pfaidlergewerbe — IX., Babagasse 25.
 Bund Martin — Feilbieten von Obst, Grünwaren, Orangen und
 Zitronen im Umherziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Cappel Johann — Zeitungs-Verschleiß — V., Zentagasse 3.
 Ebbard Lucie — Naturblumen-Verschleiß — IX., Alferstraße 48.
 Ebersberger Karl — Pferdefleisch-Verschleiß — II., Nordwestbahnstr. 35.
 Erdmann Edmund — Pachtbetrieb einer radicierten Weinschantgerechtig-
 keit — IX., Berggasse 39.
 Frohs Franz — Gast- und Schankgewerbe — I., Himmelfortgasse 10.
 Fuchs Julius — Schinken-Verschleiß — II., Czerninplatz 7.
 Füllerer Anna, geb. Böckl — Victualien-Verschleiß — VIII., Widen-
 burggasse 18.
 Ganglberger Johann — Gewerbmäßige Veranstaltung von Musikpro-
 ductionen im Gemeindegebiete von Wien — IX., Sobiesktgasse 2a.
 Geib Rosa — Pachtbetrieb eines radicierten Brantweinschantes — IX.,
 Marktstraße 3.
 Glattau Wilhelm — Juwelenagent — I., Walfischgasse 8.
 Gogl Friedrich — Schlosser — III., Hohlweggasse 13.
 Goldenberg Hermann, Goldenberg Richard (Firma Fratelli Goldenberg)
 — Kleidermacher — II., Untere Augartenstraße 34.
 Goldsand Sarah — Trödlergewerbe — VIII., Strozsigasse 29.
 Grisch Marie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III,
 Hauptstraße 107.
 Hager Alois — Marktviactualienhandel — II., Markt im W. rd.
 Hanka Julie — Flaschenbier-Verschleiß — V., Erdberastraße 30.
 Heuzel Pauline — Pfaidlergewerbe — VIII., Schlüsselgasse 8.
 Herbst Anton — Handel mit Fahrrädern, sowie Übernahme, Aufbewahren
 und Reinigen von Fahrrädern — I., Stadiongasse 9.
 Hirsch Pinkas, Pider Fridor (Firma Hirsch & Pider) — Handel mit
 zusammenlegbaren Betten — II., Praterstraße 40.
 Holub Theodor — Juwelen-, Gold- und Silberwaren-Verschleiß —
 VIII., Alferstraße 57.
 Holub Theodor — Uhrmacher — VIII., Alferstraße 57.
 Hronus Judith — Obst-, Gemüse- und Süßfrüchtenhandel im Umher-
 ziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Huber Karl — Kleinhandel mit Brennmaterialien — VIII., Lerchen-
 gasse 32.
 Huber Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Klopstock-
 gasse 35.

Hummel Georg — Pfaidler — III., Hauptstraße 11.
 Sutter Gisela — Eisen- und Metallwaren-Erzeugung — XIV., Hugelgasse 24.
 Janauschel Pauline — Damenkleidmachersgewerbe — VIII., Laudongasse 18.
 Janitschek Helene — Pfaidlergewerbe — XVI., Weyrechtgasse 10.
 Karpel Hermine — Damenkleidmachersgewerbe — IX., Schulz-Straschnitzgasse 3.
 Kinast Marie — Gast- und Schankgewerbe — I., Kramergasse 4.
 Firma Franz Korwill & Comp. — Handel mit dem Wasserspar-Apparat „Eigator“ — VIII., Eigergasse 14.
 Krach Aloisia — Federnschmiedergewerbe — VIII., Perchenfelderstraße 50.
 Krouzil Francisca — Ein- und Verkauf von altem Eisen und Metallabfällen — III., Matthäusgasse 13.
 Kubisa Martin — Tischnergewerbe — XVI., Kirchstettergasse 9.
 Kus Michael, Kuska Moriz — Viehhandel — III., Central-Viehmarkt.
 Lehmann Josef — Gast- und Schankgewerbe — I., Stock-im-Eisen 3.
 Luckner Ludwig Karl — Wirtskoncession (§ 16 lit. b, c und g) mit Ausnahme des Billardspieles — II., Herminengasse 18.
 Merling Samuel Nathan — Schildmaler — I., Wipplingerstraße 26.
 Morgenstern Josef — Flaschenbier-Verschleiß — II., Erzherzog Karlsplatz 14.
 Nigris Madeleine — Tabak-Trafit — III., Rennweg 49.
 Oehler Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Ladnergasse 58.
 Pachernegg Julius — Erzeugung und Verschleiß von Glühkörpern — IX., Riedtensteinstraße 25.
 Peter Philomene — Kaffeeschank — VIII., Piraristengasse 46.
 Rauch Abraham Aaron — Friseur und Rasenr (Fisiale) — II., Schreigasse 18.
 Reder Marie — Damenkleidmachersgewerbe — VIII., Josefsbäderstraße 31.
 Reim Johann — Schuhmacher — VI., Hüggelgasse 5.
 Riedl Anna — Kaffeesiederin — VIII., Josefsbäderstraße 65.
 Riebmayr Magdalena — Flaschenbier-Verschleiß — V., Anzengruber-gasse 11.
 Rosenfeld Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 61.
 Rubesch Marie — Damenkleidmachersgewerbe — XVII., Jörgenstr. 25.
 Runtzel Karl — Fensterputzergewerbe — III., Keiner-gasse 20.
 Samson Karl (Firma Zumbobel & Ender) — Verschleiß von Stickerei-Artikeln — I., Birzengasse 6.
 Sauer Vincenz — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Sechschimmelpgasse 18.
 Schenter & Comp. — Spediteur — I., Reuthorgasse 17.
 Schieler Marie — Fleisch-Verschleiß — I., Detailmarkthalle in der Zedlitzgasse.
 Schmickl Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Kochgasse 16.
 Schwabl Johann — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVI., Gaultschergasse 30.
 Schweighofer Antonia — Verschleiß von Milch und Gebäck — II., Untere Angartenstraße 29.
 Seig Eduard — Mechaniker und Maschinenbauer — XVI., Gauklager-gasse 57.
 Sereda Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hegergasse 24.
 Sina Elisabeth — Milch-Verschleiß — III., Eslerngasse 26.
 Siromy Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Weißgasse 33.
 Stroman Marie — Marktviertel-Verschleiß — I., Schottenbastei 16.
 Slaviczel Victor — Gas- und Wasserleitungs-Installateur — VIII., Josefsbäderstraße 83.
 Sonnenschein Moriz — Tapezierergewerbe — II., Große Pfarrgasse 22.
 Steiner Josef Hirsch — Herrenkleidmachersgewerbe — XVII., Palfy-gasse 10.
 Stedow Constantin — Herrenkleidmachersgewerbe — I., Schönlatern-gasse 9.
 Stibranyi Philipp — Victualien-Verschleiß — VIII., Langgasse 14.
 Stögerer Alexander — Handelsagent — VIII., Auerspergstraße 19.
 Sztora Anna — Freilieten von Obst im Umherziehen im Wiener Gemeindegebiete — II., Prager Reichstraße 8.
 Szapal Anna — Verschleiß von Obst, Grünwaren, Drangen und Zitronen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Szolovicz Georg — Verschleiß von Obst, Grünwaren, Zitronen und Drangen im Umherziehen — XVI., Friedmann-gasse 20.
 Tobias Wilhelm (Firma Wilhelm Tobias) — XIV., Selzergasse 9/11.
 Uher Johann — Verschleiß von Obst, Grünwaren, Drangen und Zitronen im Umherziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Urie Josefa — Betrieb einer Theater-Maschinenanstalt — IX., Seegasse 16.
 Vesely Josef — Tischlergewerbe — VIII., Benuoplatz 4.
 Vlach Johann — Maschinenstickerei — VIII., Albertplatz 8.
 Wagner Marie — Sesselschletere — VIII., Josefsbäderstraße 12.
 Wapnik Antonia — Tischlergewerbe (Witwenbetrieb) — XVI., Arnetz-gasse 43/45.
 Waza Rudolf — Geflügelhändler — II., Im Verb.
 Weingartner Adalbert — Photozinograph (ohne Vervielfältigung der photozinographischen Erzeugnisse) — VIII., Akerstraße 4.
 Weinklinger Anna — Maschinenstickergewerbe — XVII., Hernauer Hauptstraße 95.

Wendl Karl — Fleischschlagersgewerbe — V., Margarethenstraße 76.
 Wittmann Alexander — Victualien- und Canditen-Verschleiß — Spitalgasse 29.
 Wyner Michael — Commissionwaren-Verschleiß — I., Opernring.
 Zawadil Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Köstlgasse 34.
 Zierer Pankas — Spenglergewerbe — II., Darwin-gasse 13.
 Zwanziger Josefine, durch den mit Ermächtigung des k. k. Handelgerichtes Wien vom 4. December 1900, Z. 17, legitimierten Curator Alexand. Zwanziger unter der Firma Reichard & Comp. — Eisenmöbelfabrik — III. Marxergasse 17.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 11. Jänner 1901.

Androsch Josef — Schuhmacher — XIV., Märzstraße 79.
 Antreich Johanna — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Ullmannstraße 49.
 Babirad Johann — Silberschmied — VII., Myrhengasse 16.
 Ballner Fanni — Canditen-Verschleiß — XX., Karojangasse 16.
 Biseder Rudolf — Pfaidlergewerbe — XIII., Speisingerstraße 46.
 Böhm Anna — Pfaidlergewerbe — I., Freisingergasse 2.
 Bratmann Emanuel — Fabrikmäßige Metallwaren-Erzeugung — VII., Neubaugasse 59.
 Braun Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß (Schnittwaren) — XX., Klosterneuburgerstraße 32.
 Chvojka Benzel — Kleidmachersgewerbe — XX., Greisenedergasse 6.
 Cohen Salomon — Zuckerwaren-Verschleiß (Fisiale) — VII., Neubaugasse 10.
 Colpi Marie — Kleinfuhrwerks-gewerbe — XIII., Gulsbengasse 12.
 Dolejsi Franz — Damenkleidmachersgewerbe — VII., Bandgasse 11.
 Dolezalek Josefa — Wäscheputzergewerbe — XIII., Trauttmansdorff-gasse 21.
 Dostal Anna — Schuhmachers-gewerbe — V., Krongasse 11.
 Ebner Francisca — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VII., Siegmundsgasse 3.
 Feher Salomon — Schmuckfedern-Erzeugung — VII., Mondscheingasse 2.
 Fintenzeller August — Malergewerbe — XIV., Ullmannstraße 38.
 Fritz Paul — Essig- und Liqueur-Erzeugung — XIII., Penzingerstraße 24.
 Fuas Minna — Geflügel-, Wildbret- und Krebsenhandel — I., Zedlitz-gasse (Marktthalle).
 Galsner Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß (Schnittwaren) — XX., Brigittaplatz 15.
 Graumann Anna — Wäschewaren-Erzeugung — V., Siebenbrunnen-gasse 50.
 Grünwald Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Operngasse 10.
 Häpfler Marie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — V., Mayleinsdorferstraße 2/4.
 Halbig Rudolf — Gast- und Schankgewerbe mit der Berechtigung zur Verabreichung von Kaffee, Thee, Chocolate, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, Liqueuren aller Art und Haltung erlaubter Spiele — VII., Kaiserstraße 85.
 Hammer Albert — Erzeugung von Waren aus fertigem Cement und Herstellung von Fußböden aus Cement — XX., Gerhards-gasse 40.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzung des Gemeinderathes	117
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	117
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Jänner 1901	117
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 9. Jänner 1901	122
Allgemeine Nachrichten:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 6. bis 12. Jänner 1901	127
Täglicher Fleischmarkt (Marktthalle Währingergürtel) vom 6. bis 12. Jänner 1901	128
Schlachtwiehmärkte vom 14. Jänner 1901	128
Pferdemarkt vom 11. Jänner 1901	128
Pferdemarkt vom 15. Jänner 1901	128
Vorkenwiewmärkte vom 15. und 17. Jänner 1901	128
Zug- und Stechviehmarkt vom 17. Jänner 1901	129
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 12. Jänner 1901	129
Baubewegung:	
Gefuche um Baubewilligungen vom 14. bis 17. Jänner 1901	129
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
Bergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	130
Eintragungen in das Gewerbe-Register	130
Rundmachungen.	

Offert-Ausschreibungen.

1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
23. Jänner 10 Uhr	Departement XIX a (Mag.-Rath Bilimel)	M.-Z. 104545 ex 1900. Vergabung der Erd- und Pflasterungs- arbeiten für die Neupflasterung der Geiselbergstraße im XI. Bezirke mit der Ausrufsumme von 3396 K 60 h und 250 K Pauschale. 2-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Kostenschätzungen etc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingungen mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenschätzsumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
28. Jänner 10 Uhr	Departement XIX b (Mag.-Secr. Dr. Nüchtern, V. Stiege, Mezzanin)	M.-Z. 127732 ex 1900. Vergabung der Arbeiten und Lieferungen für den Umbau des linksseitigen Wien- flussjammelscanales in der Mollard- gasse zwischen Brücken- und Schwarz- gasse im VI. Bezirke, und zwar: 1. der Erd- und Baumeister- arbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im ver- anschlagten Kostenbetrage von 11.624 K 70 h; 2. der Lieferung der Thon- waren im Kostenbetrage von 1850 K 74 h. 3-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenschätzungen und die dem Projecte beigezeichneten Bedingungen können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingungen können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Anbote sind unter Verwendung der ebenfalls bei der städtischen Hauptcassa zu dem Betrage von 10 h erhältlichen Drucksorte zu stellen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift des § 4 der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Prot.-Nr. 111286 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergabung der theilweisen Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 20, Kaiserstraße, VII. Bezirk, wird vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am Samstag den 26. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 500 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 16. Jänner 1901.

1-3

Prot.-Nr. 22988 ex 1900.

Ref.-Nr. 1498. VIII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Materiallieferungen zur Umwandlung von 22 Aborten in den beiden Administrationsgebäuden des Wiener Central-Friedhofes in Waterclosets wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 29. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Jaitner im Neuen Rathhause (3. Stiege, Hochparterre) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag, die allgemeine Vorschrift und die speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Differenzen haben die mit einer mit der ersten Textzeile zu überschreibenden 1 K-Stempelmarke gestempelten Offerte, in welchen die ausdrückliche Erklärung, daß sie mit der eingesehenen allgemeinen Vorschrift und den eingesehenen speciellen Bedingnissen einverstanden sind, enthalten sein muß, und welche im übrigen den Bestimmungen der allgemeinen Vorschrift entsprechen müssen, am obigen Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben beziehungsweise vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Differenzen behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 11. Jänner 1901.

2-3

Prot.-Nr. 129186 ex 1900.

Ref.-Nr. 3615. IV.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der nachbenannten Arbeiten zur Herstellung eines Einfriedungsgitters für den im Frühjahr 1901 zu errichtenden Kaiser-Franz-Josef-Jubiläums-Kinderspielplatz zwischen der März- und Johnstraße und Suezgasse im XIV. Bezirke, und zwar:

- der Erd- und Baumeisterarbeiten mit einem Kostenanschlage von 8711 K 40 h;
- der Steinmearbeiten mit einem Kostenanschlage von 6876 K 60 h;
- der Schlosserarbeiten mit einem Kostenanschlage von 2560 K — wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 24. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr

mittags, im Magistrats-Departement IV im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichnete allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingnissen im Stadtbauamte (Bureau des Herrn Baurathes Reto) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der ämtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Differenzen vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 9. Jänner 1901.

3-3

Ad G.-Z. 2475.

VII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung von 20.000 m geschwefelter Bleirohre zur Herstellung der Abzweigsleitungen für die Hochquellen- und Wienthalwasserleitung, ferner zur Erzielung eines Angebotes wegen Rückübernahme der alten Bleirohre und Abfälle wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 24. Jänner 1901, präcise 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Keitler im Alten Rathhause, I., Wipplingerstraße 8 (2. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Ausmaße und die Bedingnisse im Stadtbauamte (Abtheilung VII a, Altes Rathhaus, I., Wipplingerstraße 8, 3. Stock) während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Angebote sind von dem Differenzen unter Beisehung seiner Beschäftigung und des Wohnortes eigenhändig zu fertigen und mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, versiegelt der Offertverhandlungs-Commission zu überreichen.

Dem Angebote ist das vorgeschriebene Badium von 2000 K anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote gewahrt.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im selbständigen Wirkungskreise,

am 5. Jänner 1901.

3-3

3. 38225.

Kundmachung.

(Local-Commission.)

Über die von Herrn Nikolaus Annau, Lederzurichter, XII., Arndtstraße 62, gestellte Bitte um Genehmigung der gewerblichen Betriebsanlage zur Ausübung einer Nischerei (Chromgerberei) auf der Realität XII., Arndtstraße 62, findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Betriebsanlage auf Grund des Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 6. December 1900, Z. 75538, in Gemäßheit der §§ 27 und 29 der Gewerbeordnung Montag den 4. Februar 1901, vormittags 10 Uhr eine Local-Commission statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich an Ort und Stelle.

Dies wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Einwendungen gegen die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage hieramts zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im hiesigen Bezirksamte zur Einsicht auf.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XII. Bezirk,
als politischer Behörde I. Instanz,
Wien, am 10. Jänner 1901.

1—1

M. 3. 1350 ex 1900.

VI.

Kundmachung.

(Vermietung von Wohnungen und Geschäftslocalitäten im Bürgerladfondshause I., Wollzeile 28, Nierergasse 1 und 3.)

Der Neubau des Bürgerladfondshauses I. Bezirk, Wollzeile 28, Nierergasse 1 und 3, welcher ein Souterrain, Parterre, Mezzanin und vier Stockwerke enthält, wird mit Mai-Termin 1901 fertiggestellt und können von da an die darin befindlichen Localitäten benützt werden.

Jene Parteien, welche Geschäftslocalitäten oder Wohnungen in diesem Hause zu mieten wünschen, erhalten nähere Auskünfte im Magistrats-Departement VI im Neuen Rathhause, 5. Stiege, 2. Stock, bei Herrn Magistratsrath Hülka während der Amtsstunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags und können daselbst auch die bezüglichen Pläne eingesehen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 9. Jänner 1901.

1—6

3. 5916 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung.)

Am 11. Juni 1901 gelangen die Interessen der Josef Edlen v. Schroll'schen Stiftung im Betrage von 600 K an zwei verarmte Wiener Bürger zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Bürger ohne Unterschied der Confession.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, ferner das Bürgerrechts-Decret und ein legales Armutszengnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind bis längstens 30. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departement zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. Jänner 1901.

3—3

Kundmachung.

(Schwestern Fröhlich-Stiftung.)

Aus der Schwestern Fröhlich-Stiftung zur Unterstützung bedürftiger und hervorragender schaffender Talente auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Wissenschaft werden Stipendien und Pensionen verliehen.

Vorschriftsmäßig belegte, eventuell mit Kunstproben versehene Gesuche sind zu überreichen bis 31. März 1901 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderathes, I., Lichtenfelsgasse 2, wo auch die Stiftungsstatuten erhältlich sind.

Vom Curatorium der Schwestern Fröhlich-Stiftung.

Wien, am 2. Jänner 1901.

3—3

3. 6211 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Mantner v. Markhof'sche Stiftung.)

Am 27. Juni 1901 gelangen die Zinsen der Mantner v. Markhof'schen Stiftung des Jahres 1900 im Betrage von 630 K an einen schuldlos verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Gewerbetreibende, welche schuldlos verarmt sind, insbesondere solche, die infolge länger andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Cur bedürftig sind, ihre Gewerbe in Wien ausüben, in Wien wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen. Die Verleihung steht dem Wiener Stadtrathe zu und ist eine wiederholte Verleihung an dieselbe Person zulässig.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, den Gewerbechein und den Steuerbogen, den Heimatschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, endlich ein legales Armutszengnis, in welchem der Umstand, daß der Bittsteller schuldlos verarmt ist, bestätigt erscheint, beizulegen.

**

Jene Bittsteller, die sich auf ihre Krankheit berufen, haben auch ein armenärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem die Dauer der Krankheit angegeben und die Nothwendigkeit eines Curgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit rüchlichlich Arbeitskraft ausgesprochen ist.

Leutner & Riedl

Wien, IV., Hauptstrasse 30.

Telephon 541.

Specialgeschäft in Gegründet 1802.



Baurequisiten,
Werkzeugen und Maschinen.



Wiener Eiswerke

II., Alte Donau und I., Schulhof Nr. 6.

Gegründet 1872.

Telegramm-Adresse: Eiswerke Wien. — Telephon Nr. 253.

Grosses Diplom und Medaille der Jubiläums-Ausstellung Wien 1898. — Ehrendiplom und silberner Pokal Kochkunst-Ausstellung Wien 1884.

Donau-Block-Eis

von höchster Kühlkraft, Haltbarkeit und Reinheit.

Regelmässige Lieferung während des ganzen Jahres. — Ganze Wagenladungen nur plombiert unter Garantie richtigen Gewichtes.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. December 1900.

MÖBEL-Fabrik

August Knobloch's Nachfolger

k. k. handelsger. beid. Schätzungs-Commissär

Wien, VII², Breitengasse 7, 10 und 12

ladet zur Besichtigung der eingerichteten Musterzimmer höflichst ein.

Asphalt-Unternehmung Carl Günther

Wien, I., Bauernmarkt Nr. 3. — Telephon Nr. 12776.

Strassen- u. Trottoir-Asphaltirungen

mit Naturasphalt nach Communalvorschrift.

Alle anderen Arten von Naturasphalt-Arbeiten.

Kein
Kaufzwang.

K. k. landespriv. Teppich- und Möbel-stoff - Fabriken

Kein
Kaufzwang.

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten
Centrale: Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.

P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser **Wiener Warenhaus I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6** auch äusserlich vollständig neu ausgestattet haben, und erlauben uns zu dessen Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:
Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Kein
Kaufzwang.

Kein
Kaufzwang.

Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen,
Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coaks-
heizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegetthoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.



Heim's
MEIDINGER-ÖFEN
vom Erfinder
PROF. DR. MEIDINGER
AUSSCHL. AUTOR. FABRIK.

K. u. K. HOF-LIEFERANT.

H. HEIM

"Hestia"-Öfen.
Heim's Dauerbrand-Regulir-Ventilations-Öfen.
ÜBER 60.000 IN VERWENDUNG.

Dauerbrand - Kamine und
CENTRALHEIZUNGEN

ALLER SYSTEME.

FÜR JEDEN BRENNSTOFF MIT RAUCHFREIER FEUERUNG.
EIN KAMIN KANN MEHRERE RÄUME UNABHÄNGIG BEHEIZEN.

Ventilations-Anlagen:

TROCKEN-ANLAGEN JEDER ART.

Beste Referenzen. Prospekte u. Kostenanschläge gratis u. franco.

WIEN-DOBLING

ECHT ZU BEZIEHEN
NUR AUS DER FABRIK
ODER DEN FILIALEN:



WIEN, I., KOHLMARKT 7.
BUDAPEST, THONETHOF.
PRAG, HYBERNERG. 7.

Zur constanten Besorgung
aller im
Coursblatte
notierten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und

Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 7.

Dienstag, den 22. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelne Exemplare à 20 Heller im Redaktionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 18. Jänner 1901 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Das Ausbleiben von der heutigen Gemeinderaths-Sitzung entschuldigt Herr Gem.-Rath Schuh, und zwar wegen Krankheit. Weiters entschuldigen die Herren Gem.-Räthe Schöpfleutner und Wolny ihr Ausbleiben.

2. Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer wurde ein Urlaub vom 21. Jänner bis 7. Februar 1901 bewilligt.

3. Das Armeninstitut des X. Wiener Gemeindebezirkes Favoriten theilt Folgendes mit (liest):

„Die unterzeichnete Armeninstituts-Vorsteherung gibt hiemit das Ergebnis des am 25. Jänner 1900, stattgehabten Bürgerballes des Bezirkes, beziehungsweise die Verwendung des Erträgnisses bekannt und ersucht, dasselbe zur Kenntnis des Gemeinderaths-Präsidiums zu bringen.

Brutto-Erträgnis 4138 K 7 h (wovon auf Spenden von Ihren k. u. k. Hoheiten 240 K entfallen). Davon Ausgaben 1304 K 14 h, bleibt Reinerträgnis 2833 K 93 h.

Vorstehendes Reinerträgnis kam in nachfolgender Weise in Verwendung:

Laut Sitzungs-Beschluss des Armenrathes vom 30. November 1900 der Kinderbewahranstalt des X. Bezirkes . 300 K — h
Den beiden bereits bestehenden Kindergärten je

100 K 200 „ — „

Dem Knabenhort 100 K — h
Dem neu zu errichtenden Kindergarten als Gründungsbeitrag 100 „ — „
Zur Vertheilung an Arme zu Weihnachten 1900 2133 „ 93 „

Summe . 2833 K 93 h“

Die Versammlung nimmt dies dankend zur Kenntnis.

4. Das Armeninstitut des XIX. Bezirkes Döbling richtet an das Armen-Departement folgende Mittheilung (liest):

„Die Armeninstituts-Vorsteherung des XIX. Bezirkes Döbling beehrt sich zu berichten, dass der XIX., Hardtgasse 20 wohnhafte Brauereibesitzer Wilhelm Kuffner, 8 rm hartes Holz zur Vertheilung an Arme von Ober-Döbling gespendet hat.

Nach erfolgter Vertheilung wird der Ausweis hierüber zur Vorlage gebracht werden.“

Die Versammlung spricht ihren Dank aus.

5. An das Armen-Departement kommt folgende Mittheilung (liest):

„Die gefertigte Armeninstituts-Vorsteherung des VIII. Wiener Gemeindebezirkes Josefstadt berichtet, dass aus dem Erträgnisse der Wohlthätigkeits-Vorstellungen an den Weihnachtstagen 1900 durch die Direction des k. k. priv. Theaters in der Josefstadt 250 K sage zweihundertfünfzig Kronen österr. Währung zur Vertheilung der Armen des VIII. Bezirkes gespendet wurden.

Um weitere Verfügung wird ersucht.“

Die Versammlung nimmt dies dankend zur Kenntnis.

6. Der Bezirksvorsteher des XIII. Gemeindebezirkes richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

„Der Herr k. k. Notar Dr. Anton Meister hat mir am heutigen Tage als Testaments-Executor nach der am 24. Mai 1900 in Piesing verstorbenen Frau Leopoldine Gasselseder, verehelichte Altman, den Betrag von 600 K übergeben, welche

Summe dieselbe in ihrem Testamente vom 22. Mai 1900, Absatz 4, den Armen der ehemaligen Gemeinde Hieging legiert hat.

Ich beehre mich Euer Hochwohlgeboren hievon mit dem ergebeneu Beifügen in Kenntnis zu setzen, daß ich mich wegen der Verfügung über dieses Legat ohne Verzug mit dem Magistrate ins Einvernehmen setzen werde."

Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

7. Der Obmann des Armeninstitutes des XIII. Gemeindebezirktes Herr Karl Bayer richtet an mich folgende Zuschrift (liest):

"Zusolge letztwilliger Anordnung des verstorbenen Herrn Ferdinand Enzinger hat der k. k. Notar Anton Meister in Hieging zu Händen des gefertigten Obmannes den Betrag von 400 K für Arme des Bezirksheiles Hieging erlegt.

Hievon erstattet der ergebenst Gefertigte die Anzeige, mit dem Beifügen, daß obiger Betrag im Sinne des Sponsors vertheilt werden wird."

Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

8. Frau Gabriele Dragovina-Wünsch, sowie Marianne und Emil Wünsch haben anlässlich des Ablebens des Fräulein Alix v. Stalik-Balrifano zur Vertheilung an Arme des IV. Bezirktes 50 K spendet.

Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

9. Herr Gem.-Rath Poyer hat am 21. December 1900 an mich eine Interpellation wegen des Schnellfahrens, speciell der Motorwägen, und zwar in der Strecke Seidengasse—Mariahilferstraße gerichtet.

In Ergänzung der von mir bereits erteilten Antwort gebe ich noch Folgendes bekannt.

Die Bau- und Betriebs-Gesellschaft richtet an den Magistrat folgende Zuschrift (liest):

"Bezugnehmend auf die wohldortamtliche Note vom 12. December 1900, M.-Z. 130638/V ex 1900, betreffend das schnelle Fahren der Motorzüge in der Kaiserstraße nach der Einmündung dieser Straße in die Mariahilferstraße, berichten wir, daß wir mittels beiliegenden Dienstauftrages Nr. 38 vom 28. October 1900 neuerdings den Wagenführern der Bahnhöfe Borgartenstraße und Favoriten die größte Vorsicht beim Befahren der Strecke Seidengasse—Mariahilferstraße zur Pflicht gemacht haben, und daß wir diese Strecke ausgiebig überwachen lassen und jeden Wagenführer, welcher diese Vorschrift übertritt, unumgänglich strengstens bestrafen."

Es hat der Stadtrath dies, wenn ich nicht irre, in der heutigen Sitzung zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Verlesung der eingelaufenen Interpellationen.

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

10. Anfrage des Gem.-Rathes Franz Schneeweiß:

Die Bau- und Betriebs-Gesellschaft hat im Herbst des vergangenen Jahres die Rundlinie „Kochgasse—Margarethenplatz“ eröffnet, für ein Bartelocal aber nicht geforgt. Auf dem einen Endpunkt dieser Linie, das ist in der Griesgasse, wird ein alter Tramwaywaggon als Warthalle von den Conduc-teuren benützt, wo dieselben der furchtbaren Kälte schutzlos preisgegeben sind. Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Wird der Herr Bürgermeister die erwähnte Gesellschaft an ihre diesbezüglichen Pflichten erinnern?

Bürgermeister: Der Magistrat berichtet mir hierüber Folgendes (liest):

"Wegen Aufstellung einer sogenannten Expeditions-Hütte in der Griesgasse liegt ein Ansuchen der Bau- und Betriebs-Gesellschaft vor, in welchem die Bitte um Überlassung des hiefür erforderlichen Grundes gestellt wird.

Diese Eingabe der Gesellschaft wurde nach mit dem Herrn Vorsteher des V. Bezirktes gepflogenen Einvernehmen am 17. Jänner 1901 zur M.-Z. 131318 ex 1900 dem Stadtrathe zur Entscheidung vorgelegt.

Bezüglich des Endpunktes Kochgasse ist dem Gefertigten augenblicklich nicht bekannt, ob diesfällige Verhandlungen bereits eingeleitet sind; hierüber wird bis zur nächsten Gemeinderaths-Sitzung berichtet werden."

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

11. Interpellation des Gem.-Rathes Obrist:

Sowohl bei den alten Tramwaywägen, als auch bei den Motorwägen der elektrischen Straßenbahn herrscht der Übelstand, daß beiderseitig die Thüren geöffnet werden können.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß hiedurch die Gesundheit der Passagiere in hohem Grade durch den Zugwind, namentlich in der rauheren Jahreszeit, zum Beispiel bei der jetzigen grimmigen Kälte, arg gefährdet wird.

Anderwärts, beispielsweise in Deutschland, fand der Gefertigte das Wohl der Passagiere dadurch gewahrt, daß die der Fahrtrichtung zugekehrte Thüre geschlossen gehalten wurde und während der Fahrt nicht geöffnet werden durfte.

Die Vorrichtung hiezu findet sich auch bei uns schon in manchem Waggon, nur wird dieselbe nicht benützt.

Der Gefertigte erlaubt sich die Anfrage:

Ist der hochgeehrte Herr Bürgermeister geneigt, bei der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen auf kürzestem Wege dahin zu wirken, daß obgerügtem Übelstande in der hier angegebenen Weise sofort abgeholfen werde?

Bürgermeister: Der Herr Schriftführer, welcher diese Interpellation gestellt hat, verzeihe schon, wenn ich die Bemerkung mache, daß es wohl nicht gar besonders gefährlich sein kann, wenn zufälligerweise an der Haltestelle jemand bei der vorderen Thüre hereingeht. (Gem.-Rath Obrist: Ja, aber das geht fortwährend!) Man muß doch nicht so heikel sein, ich bitte doch, meine Herren, mir nicht mit diesen übertriebenen Heftlichkeiten zu kommen! Über alles mögliche soll ich mit der Bau- und Betriebs-Gesellschaft unterhandeln; ich bin froh, wenn die Bau- und Betriebs-Gesellschaft thut, was ihre Pflicht ist, damit werde ich zufrieden sein. Dem einen zieht es, wenn die Thüre aufgeht, und wenn sie nicht aufgeht, so interpelliert ein anderer, daß sie nicht aufgeht. Lassen Sie mich doch mit solchen Kleinigkeiten in Ruhe! (Zwischenrufe.)

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

12. Interpellation des Gem.-Rathes Schuhmeier:

Die Osterreichische Omnibus-Gesellschaft hat die Verfügung getroffen, daß die bisnun auf der Strecke Praterstern—Josefsstädterstraße—Dittakring—Thaliastraße—Huttengasse und retour verkehrenden Wägen seit 14. Jänner 1901 nur mehr bis zur Stadtbahnstation „Josefsstädterstraße“ verkehren. Die genannte Gesellschaft hat dies zwar mittels Anschlag auf ihren Wägen kundgemacht. Nichtsdestoweniger gibt es aber Passagiere, die davon nichts wissen und die daher an irgendeiner Stelle der alten Route auf einen Wagen warten. Es mag sein, daß der Verkehr sich auf der bezeichneten Strecke von Dittakring bis Huttengasse nicht ausgiebig rentiert, aber eine Nothwendigkeit ist diese Route zweifelsohne, insbesondere für viele Geschäftsleute in der Thaliastraße und den in diese ausmündenden Gassen wohnenden Gewerbetreibenden. Bevor die Gesellschaft ihre Strecke bis zur Huttengasse verlängerte, verkehrten deren Wägen wenigstens bis zum Richard Wagnerplatz.

Viele Geschäftsleute beklagen sich über die eingangs erwähnte Verfügung der Osterreichischen Omnibus-Gesellschaft, welcher Thatfache hiemit Ausdruck verliehen werden soll.

Der Gefertigte erlaubt sich an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister in der Lage, bei der Osterreichischen Omnibus-Gesellschaft dahin wirken zu können, daß diese den Bedürfnissen des Publicums Rechnung trägt?

2. Wenn ja, ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin wirken zu wollen, daß die Gesellschaft die in Rede stehende Verfügung aufhebt?

Bürgermeister: Diese Interpellation ist mir leider erst in so später Stunde zugekommen, daß es mir nicht möglich gewesen ist, mir einen genauen Bericht vom Magistrat zu verschaffen. Ich werde daher dieselbe in der nächsten Sitzung des Gemeinderathes beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

13. Interpellation des Gem.-Rathes Neumann:

Der Verband der Bauarbeiter Österreichs mit dem Sitze in Wien hat im Monate September an den Herrn Bürgermeister eine Eingabe gerichtet, in der die Anstellung städtischer Baucontroloren zur Überwachung der bestehenden Unfallverhütungs-Vorschriften für Bauten gefordert wird. Die Eingabe war durch eine Anzahl schwerer Unfälle auf Bauten veranlaßt, die sich in der Bauzeit 1900 ereigneten, und verdiente daher die vollste Beachtung.

Einige Tage nach deren Überreichung erhielt der Verband der Bauarbeiter eine Visitenkarte des Herrn Bürgermeisters, welche die Mittheilung enthielt, die Eingabe sei zur geschäftsmäßigen Behandlung dem Magistrat übergeben worden. Seit dieser Zeit haben die Bauarbeiter kein Sterbenswörtchen über das Schicksal ihrer Eingabe erfahren. Nachdem diese Eingabe eine wichtige Forderung zum Schutze des Lebens und der Gesundheit tausender Bauarbeiter enthält, richte ich an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ist derselbe geneigt, den Magistrat als Exekutivorgan der Gemeinde zu beauftragen, die Eingabe der Bauarbeiter sofort zu prüfen, damit er dem Gemeinderathe entsprechende Vorschläge zur Ernennung von Bauinspectoren mache, so daß eine strenge Überwachung der bestehenden Unfallverhütungs-Vorschriften für Bauten im Sinne der Forderungen der Bauarbeiter schon in der Bauzeit 1901 möglich wird?

Bürgermeister: Ich erlaube mir hierüber Folgendes bekanntzugeben (liest):

„Die in Rede stehende Eingabe des Verbandes der Bauarbeitervereine Österreichs vom 28. September 1900 stellt folgende Forderungen auf:

I. Es ist eine aus 10 Mann bestehende Baucontrolore bis längstens 1. Jänner 1901 einzusetzen, davon sind 6 Mann aus dem Stande der Arbeiter, der praktischen Erfahrungen wegen, die übrigen dem Stande der Techniker zu entnehmen. Zur Erstattung von Vorschlägen für diese 6 Mann ist der Verband jederzeit bereit.“

Das glaube ich! (liest):

„II. Diese Baucontroloren sind derart mit Vollzugsgewalt auszustatten, daß sie die Einstellung der Arbeit veranlassen können, wenn ihren Aufträgen nicht entsprochen wird.

III. Die Baucontroloren sind so zu bezahlen, daß sie von materiellen Sorgen befreit sind.

IV. Für Hochbauten sind auf den Arbeitsplätzen die bestehenden Schutzvorkehrungen an einer leicht sichtbaren Stelle, in gut leserlichem Drucke, in deutscher und tschechischer Sprache anzuschlagen. (Rufe: Merkwürdig! — Oho!) Den tschechischen Anschlag verlangen wir deshalb, weil zwei Drittel der Bauarbeiter Tschechen sind und es bekannt ist, daß derartige Vorschriften nur dann auf allgemeine Beachtung rechnen können, wenn sie jeder Arbeiter kennt.

V. Ergänzung und zeitgemäße Ausgestaltung der vorhandenen Schutzvorkehrungen, wozu der Verband stets gerne mit Vorschlägen dienen wird.“

Ich habe diese Eingabe sofort dem Magistrat zur Amtshandlung zugewiesen, welcher über dieselbe am 6. December 1900 einen eingehenden Bericht vorgelegt hat.

Der Stadtrath hat in seiner Sitzung vom gestrigen Tage die vom Magistrat gestellten Anträge genehmigt. Diese lauten:

„Es wäre der Verband auf die im Zuge befindliche Vermehrung der Bauaufseher zu verweisen.

Was die vom Verbands gewünschte Affizierung der auf den Bauten vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen in deutscher und tschechischer Sprache betrifft, so hat die Gemeinde Wien bei den heutigen politischen Verhältnissen keinen Grund, zu verlangen, daß in Wien Private gezwungen werden sollen, sich einer anderen als der deutschen Sprache zu bedienen. (So ist es! — Richtig!)

In dieser Beziehung wäre daher das Ansuchen des Verbandes abzuweisen.

Die Frage wegen Vermehrung und Verbesserung der Schutzvorkehrungen, sowie wegen Verlautbarung derselben überhaupt, ist eine Angelegenheit, welche in den Rahmen der von der Regierung geplanten allgemeinen Vorschrift über die Sicherheitsvorkehrungen der Bauten fallen, und wäre dem Gesuchsteller anheimzustellen, sich diesbezüglich an die Regierung zu wenden.“ (Beifall.)

Ich persönlich füge hier die Mittheilung einer Erfahrung bei, die ich auf vielfachen Reisen in verschiedenen europäischen Städten gewonnen habe. Ich erkläre Ihnen, daß ich nirgends auf der ganzen Welt so — ich könnte sagen — sichere Gerüste gefunden habe, wie in Wien. (Zustimmung.) Wenn Sie zum Beispiel sehen würden, wie in Italien gearbeitet wird, oder wenn Sie sehen möchten, wie auch in Frankreich gearbeitet wird, speciell in Paris, wo doch jetzt, wie Sie wissen, eine socialdemokratische Regierung besteht (Widerspruch) — gewiß (Zustimmung) — wenn Sie das sehen würden, so würden Ihnen die „Grausbirn“ aufsteigen. (Zustimmung.)

Es ist unbegreiflich, mit welcher Leichtigkeit die verschiedenen Gerüste gezimmert sind, und wie wenig, wie absolut wenig Vorsichtsmaßregeln getroffen sind, um die Abstürze zc. zu verhindern. Ich muß sagen, in der Beziehung steht Wien hoch über allen anderen Städten (Zustimmung), welche ich zu besuchen und kennen zu lernen Gelegenheit hatte. (Zwischenrufe.) Nichtsdestoweniger erkläre ich Ihnen, daß ich es für die Pflicht des Staates und auch der Stadt halte, alles dafür vorzunehmen, daß überhaupt ein Unglück sich nicht ereignen kann. Nur wollte ich übertriebene Meinungen richtigstellen, als ob es in Wien gar so arg bestellt wäre. (Gem.-Rath Schumeyer: Wir verlangen nichts anderes, als daß die Unfallverhütungs-Vorschriften eingehalten werden!) Meine Herren! Ich kann nur sagen, in Wien ist es geradezu glänzend gegenüber den anderen Städten. (Beifall.)

Ich habe nicht gelesen, daß man diesbezüglich in Paris Interpellationen gestellt hat, mir ist es unbekannt; aber in Wien muß man einen jeden schon förmlich einwickeln. (Beifall.)

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Obrist (liest):

14. Antrag des Gem.-Rathes Geyer und Genossen:

Zu der Erwägung, daß der löbliche Gemeinderath in seiner Sitzung vom 14. December 1900 anlässlich der Budgetberathung die Auflassung der Markthalle „Michelbeuern“ beschlossen hat, wodurch im dortigen Frachtenbahnhofe die geräumige Halle sammt Nebenräumen verfügbar wird;

in der Erwägung, daß hiedurch die Gelegenheit geboten wäre, dem dringenden Wunsche eines großen Theiles der Bevölkerung des XVIII. Bezirkes zu entsprechen, daß in der Station „Michelbeuern“ auch eine Personen-Haltestelle der Stadtbahn errichtet werde;

in der Erwägung, daß die Bewohner des ganzen westlichen Theiles von Währing mit den dahinter liegenden Theilen von Weinhaus und Gersthof heute thatsächlich gezwungen sind, wenn sie die Stadtbahn benützen wollen, entweder bis zur Haltestelle „Währingerstraße“ oder „Alserstraße“ zu gehen, während doch das Stationsgebäude „Michelbeuern“, wo durch die Kreuzgasse und ihre Nebengassen der stärkste Verkehr ausmündet, zur Personen-Haltestelle wie geschaffen ist;

in der weiteren Erwägung, daß schon ursprünglich die Absicht bestand, hier eine Personen-Haltestelle zu errichten;

in der ferneren Erwägung, daß die Stadtbahn durch eine solche Haltestelle nur gewinnen könnte, weil an ihr mehr als 70.000 Menschen interessiert

sind, von welchen jetzt viele lieber den Tramwaywagen benötigen, bevor sie den lästigen Umweg machen;

in der Erwägung endlich, daß ich diesbezüglich schon vor mehr als zwei Jahren einen Antrag im löblichen Gemeinderathe eingebracht habe, stelle ich den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschliesse, sich mit der Commission für Verkehrsanlagen wegen ehester Etablierung einer Personen-Haltestelle in der Station „Michelbeuern“ der Gürtellinie der Stadtbahn ins Einvernehmen zu setzen.

Bürgermeister: Geht an den Stadtrath.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung.

Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Dr. Wähner zum Referate.

15. Referent Gem.-Rath Dr. Wähner: Zahl 416 ex 1901.

Es handelt sich hier um die Festsetzung eines Creditcs. Es ist nämlich vom Gemeinderathe beschlossen worden, die sogenannte *Ninböck'sche* Parcellc, welche in unsere Gründe, auf denen das *Elektricitätswerk* gebaut wird, in die sogenannten ehemaligen *Paminger'schen* Gründe hineinreicht, anzulaufen. Nun ist für den bestimmten Betrag von 29.870 K deshalb keine Deckung vorhanden, weil der Betrag, welchen die Ersterher des Baues der *Elektricitätswerke*, die Firmen *Schuckertwerke* und *Länderbank*, für die Erwerbung der Grundfläche zu zahlen vertragsmäßig verpflichtet sind, nämlich 75.470 K bereits an die *Imperial-Continental-Gas-Association* ausbezahlt worden sind.

Es liegt nämlich die Sache so, daß nur ein kleiner Theil der *Paminger'schen* Gründe zur Erbauung der *Elektricitätswerke* nothwendig ist und der größere Theil im freien Besitze der Gemeinde bleiben wird, so daß der schon als à Contozahlung ausbezahlte Betrag von 75.470 K (Zwischenruf: Man hört ja nichts! — Unruhe) — ich kann nicht lauter sprechen — nicht vollständig auf das Conto der *Elektricitätswerke*, beziehungsweise des 30-Millionen-Kronen-Creditcs zu verrechnen ist, sondern zum Theile aus den eigenen Geldern der Gemeinde refundiert werden muß.

Es wird daher beantragt, den Betrag von 29.870 K, der eigentlich umgekehrt wieder auf Conto der *Elektricitätswerke* gehört, gegenwärtig aus den eigenen Geldern der Gemeinde zu bezahlen und seinerzeit die Abrechnung in Ordnung zu bringen. Es wird beantragt, wie Ihnen der Antrag schriftlich vorliegt, einen Nachtragscredit von 29.870 K zur Ausgabe-Nubrik XII 11 pro 1900 anlässlich der Erwerbung der Realität Cat.-Parc. 1494, Einl.-Z. 938 Simmering, zu bewilligen.

Bürgermeister: Wünscht jemand hiezu das Wort?

Gem.-Rath Eitbogen: Ich möchte fragen, zu welchem Zwecke? Ich habe nichts gehört.

Referent: Da bitte ich eben zuzuhören, ich müßte das Ganze wiederholen. (Rufe: Man hat ja gar nichts gehört in dem Parm!)

Bürgermeister: Ich wiederhole Ihnen die Sache kurz. Es ist das Ganze bewilligt worden und es ist eigentlich die Verrechnung, welche jetzt stattfindet, daher muß hier der Nachtrag bewilligt werden. Es ist für Zwecke der *Elektricitätswerke*.

Gem.-Rath Eitbogen: Jetzt weiß ich es.

Bürgermeister: Es wünscht niemand mehr das Wort? Jene Herren, welche den Antrag annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluss: Bewilligung eines Nachtragscreditcs von 29.870 K zur Ausgabe-Nubrik XII 11 pro 1900 anlässlich der Erwerbung der Realität Cat.-Parc. 1494, Einl.-Z. 938 Simmering.

16. Referent Gem.-Rath Dr. Wähner: Zur Zahl 368 ex 1901 handelt es sich um die Abhaltung des Städtetages. Es hat bekanntlich der Gemeinderath beschlossen, den Städtetag auf den Monat Jänner d. J. zu verschieben, und zwar ist von uns ursprünglich in Aussicht genommen worden, sämtliche Stadtgemeinden einzuladen, deren Einwohnerzahl zehntausend übersteigt. Auf vorläufige Anfrage haben mehrere Statutargemeinden sich dahin ausgesprochen, daß es nicht wünschenswert wäre, über den Rahmen der Statutargemeinden die Einladung auszudehnen. Diesem Wunsche Rechnung tragend, wird Ihnen vom Stadtrathe vorgeschlagen, die Einladungen auf die Statutargemeinden zu beschränken und die Einberufung des Städtetages auf den 23. Februar 1901 festzusetzen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. *Nechansky* contra!

Gem.-Rath Dr. *Nechansky*: Es ist von dem Beschlusse, die Städte mit einer Einwohnerzahl von über zehntausend einzuladen, abgegangen worden. Mir scheint also, daß die Majorität im Stadtrathe jetzt etwas bescheidener geworden ist und anscheinend nicht mehr die Lust hat, so viel Städte und deren Delegierte einzuladen, damit sie sehen, wie Herr Dr. *Pueger* aussieht. Es hat damals . . . (Unruhe und Widerspruch.)

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gem.-Rath Dr. *Nechansky*, Sie entschuldigen, wenn ich Sie bitte, meinen Namen gefälligst aus dem Spiele zu lassen. Sie kennen ja gar nicht meine Stellung zu der Frage; wenn Sie diese kennen würden, würden Sie sicher wissen, daß es mir gar nicht darum zu thun ist, ob mich der Bürgermeister von Prag anschaut oder nicht. (Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rath Dr. *Nechansky* (fortfahrend): Aber dann muß der Herr Bürgermeister sagen: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ Denn es ist sein Freund, der „fesch: Kerl“ gewesen, der Herr Gem.-Rath *Bielohlawek*, welcher damals gesagt hat, die Liberalen seien aus diesem Grunde gegen die Einberufung des Städtetages.

Gem.-Rath *Bielohlawek*: Das war auch Ihre Ansicht!

Gem.-Rath Dr. *Nechansky*: Das war gar nicht unsere Ansicht. Wir haben in der Beziehung Recht behalten. Es hat sich herausgestellt, daß der Termin ein überhuldetter war, daß sich bis zu dem Tage nichts Ordentliches hat machen lassen, und es hat sich herausgestellt, daß ein großer Theil der Städte sich gegen die Form, in welcher die Einberufung seitens der Stadt Wien erfolgt ist, gewehrt hat, und diese Blamage, meine Herren, hätten Sie sich ersparen können, wenn Sie nicht in jeder Angelegenheit eine Parteisache erblicken würden, sondern wenn Sie auch auf unsere Worte und Gedanken zur rechten Zeit ein wenig hören würden.

Ich wollte mir nur erlauben, darauf aufmerksam zu machen, daß in dieser Frage wir mit unseren Anschauungen Recht behalten haben, und daß es ein großer Fehler gewesen ist, daß unter der Führung des Gem.-Rathes *Bielohlawek* die Majorität sich hat verleiten lassen, einen Beschluss zu fassen, der eigentlich die Gemeinderäthe von Wien blamiert hat. (Beifall. — Widerspruch. — Gem.-Rath *Bielohlawek*: Sehr gut, ausgezeichnet! Sie kriegen die „große Lederne“ vom Salzgries!)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath *Alimeder*! (Nach einer Pause:) Ist nicht im Saale anwesend und verliert daher das Wort.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort. Wir schreiten zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Der Städtetag ist für den 23. Februar 1901 einzuberufen und sind zu denselben die Städte mit eigenem Statut einzuladen.

Bürgermeister: Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Wessely zum Referate.

17. Referent Gem.-Rath Wessely: Zahl 273. Ein Comité für ein Hospiz „Mariahilf“ in Welchau in Böhmen ist bei der Gemeinde Wien um eine Subvention eingeschritten.

Es wird beantragt, dieses Ansuchen sei unter Hinweis auf die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. März 1899 abzulehnen.

Ich ersuche um die Annahme des Stadtraths-Antrages.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluß: Das Ansuchen des Comité's zur Gründung des Hospizes „Mariahilf“ in Welchau, Böhmen, um Subvention wird unter Hinweis auf die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. März 1899, Z. 1570, abgelehnt.

Bürgermeister: Die Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 109 Mitgliedern des Gemeinderathes.

Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Zazka, sein Referat zu erstatten.

18. Referent Gem.-Rath Zazka: Zur Zahl 15088, Beilage 10, handelt es sich um ein Übereinkommen zwischen der k. k. Dicasterialgebäude-Direction und der Gemeinde Wien, bezüglich der ehemaligen Linienamts-Realität „Schönbrunn“.

Die Verhandlungen mit der Dicasterialgebäude-Direction ziehen sich schon seit dem Jahre 1893 hin. Nun ist es der Gemeinde beziehungsweise dem Magistrate gelungen, ein Übereinkommen zu treffen, dessen Annahme empfohlen werden kann.

Nach der getroffenen Vereinbarung wird beantragt (liest): „Zur Durchführung der Punctionationen vom 24. Februar 1893 in Ansehung der Linienamts-Realität „Schönbrunn“, Einl.-Z. 535 V. Bezirk, wird zwischen dem k. k. Ärar und der Gemeinde Wien folgendes Übereinkommen getroffen:

A. Das k. k. Ärar überläßt der Gemeinde Wien:

- a) die Cat.-Parc. 501/1, 502/1 und 502/2, Einl.-Z. 535 V. Bezirk, Figur a b c d e f a, per circa 540 m²;
- b) einen Theil der Cat.-Parc. 514/1 und 515, Einl.-Z. 535 V. Bezirk, Figur b I II u b, per circa 86 m²;
- c) einen Theil der Cat.-Parc. 1641/3, Einl.-Z. 535 V. Bezirk, Figur k i' m' n' o' p' q' r' s' t' u' r k, per circa 197 m².

B. Die Gemeinde Wien überläßt dem k. k. Ärar:

- a) einen Theil der Straßen-Parcelle 514/3 V. Bezirk, Figur II III IV t II, per circa 75 m²;
- b) einen Theil der Straßen-Parcelle 1641/1 V. Bezirk, Figur r s t r, per circa 25 m²;
- c) einen Theil der Straßen-Parcellen 510 und 1641/3 V. Bezirk, Figur g h m i V VI VII k g, per circa 146 m²;

d) die mit den Buchstaben g h g' p'' p g umschriebene, im Verzeichnisse für das öffentliche Gut ohne Parcellenbezeichnung inliegende Fläche per circa 75 m².

C. Als Entschädigung für die Änderung der Baulinie des Margarethengürtels, die Durchführung der Morizgasse über die Realität Einl.-Z. 535 V. Bezirk und die Auflassung der Luftgasse überträgt die Gemeinde Wien an das k. k. Ärar noch einen Theil der Straßen-Parcellen 1640, 510 und der Cat.-Parc. 618/1, Einl.-Z. 50 V. Bezirk, Figur B n H A F A² B² B'' per circa 183 m².

Dieses Übereinkommen wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Das k. k. Ärar erklärt, aus Anlaß der Baulinienänderung für den in seinem Besitze verbleibenden Theil der Realität Einl.-Z. 535 V. Bezirk keinen wie immer gearteten Anspruch mehr an die Gemeinde zu stellen, und verpflichtet sich, die Ausgänge der genannten Realität gegen die Luftgasse über Verlangen der Gemeinde Wien zu schließen und künftighin die Bewilligung von Ausgängen gegen diese aufzulassende Gasse nicht zu begehren.

Diese Verpflichtung ist auf dem dem k. k. Ärar verbleibenden Theile der Realität Einl.-Z. 535 V. Bezirk als Reallast zu Gunsten der Gemeinde grundbüchlerlich sicherzustellen.

2. Die Gemeinde tritt in die Bestandverhältnisse bezüglich des auf der Cat.-Parc. 502/1 V. Bezirk stehenden G.-bäudes ein.

3. Die mit den Buchstaben b I II u b umschriebene Grundfläche wird das k. k. Ärar nach erfolgter Demolierung des Hauses Dr.-Nr. 139 Schönbrunnerstraße, V. Bezirk, an die Gemeinde übergeben.

4. Das auf den an das k. k. Ärar übergehenden Flächen befindliche Pflastermateriale bleibt Eigenthum der Gemeinde.

5. Letztere wird von den in ihr Eigenthum übergehenden Flächen die Figur b I II u b (Theil der Cat.-Parc. 514/1 und 515 V. Bezirk), sowie die Figur k i' m' n' o' p' q' r' s' t' u' r k (Theil der Cat.-Parc. 1641/3 V. Bezirk) ins Verzeichniß für das öffentliche Gut übertragen.

6. Die sub A und B angeführten Transactionen sind im Sinne der Punctionationen vom 24. Februar 1893 stempel- und gebührenfrei.

Die Übertragungsgebühren für die sub C erwähnte Grundfläche trägt das k. k. Ärar und wird der Wert der letzteren mit 20.000 K festgesetzt."

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, die dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gelangte Referenten-Antrag.

19. Referent Gem.-Rath Zazka: Zahl 234. Der Antrag befindet sich auf der gedruckten Tagesordnung.

Bürgermeister: Ich bitte die Herren um ihre geneigte Aufmerksamkeit; ich habe diesen Gegenstand eigens auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stellen lassen.

Referent (fortfahrend): Die Gemeinde Wien hat am Kohlenhof der Nordbahn sechs Kohlenrutschen. Im Laufe des December hat der Stationschef des Nordbahnhofes sich an die Gemeinde Wien gewendet, sie möchte auf die Benützung der beiden letzten Kohlenrutschen bis zum Mai verzichten und dieselben der

Nordbahn einräumen. Die Gemeinde Wien hat ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen. Nichtsdestoweniger hat der betreffende Stationschef in einer Eingabe an die Gemeinde einen Ton angeschlagen, welchen die Gemeinde Wien sich nicht gefallen lassen kann. In der Zuschrift des Magistrates an die Nordbahn wurde dieses Umstandes Erwähnung gethan. Dennoch hat die Nordbahn mittlerweile diese beiden Kohlenrutschen gekündigt, sie hat nämlich an die Gemeinde einen Brief geschrieben, in welchem sie bat, ihr die zwei Kohlenrutschen zu überlassen, übrigens solle die Gemeinde sie als gekündigt betrachten. Nun ist die Gemeinde bereit, auf die Kohlenrutsche 245, weil sie thatsächlich weniger benützt wird, vollständig zu verzichten; jedoch wird der Antrag gestellt, die Nordbahn dringend zu ersuchen, von der Kündigung bezüglich der städtischen Kohlenrutschen 240 und 241 Umgang zu nehmen.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Drel.

Gem.-Rath Drel: Aus dem Referate ist nicht ersichtlich, in welchem Rechtsverhältnisse die Gemeinde Wien zur Nordbahn bezüglich der Kohlenrutschen gestanden ist. Wenn diese gegen eine bestimmte Kündigungsfrist von der Nordbahn gepachtet waren, und die Nordbahn sie gekündigt hat, so ist allerdings dagegen, so unangenehm es auch ist, nichts zu machen. Aber es ist das ganz merkwürdig, ich erkläre es offen, daß bei den Verhandlungen, welche stattgefunden haben, die Nordbahn, trotzdem die Gemeinde Wien den Wunsch geäußert hat, die zwei Kohlenrutschen zu behalten, der Gemeinde dieselben gekündigt hat. Ich möchte mir daher die Anfrage erlauben, ob seitens der Nordbahn irgend ein Grund für die Kündigung der Kohlenrutschen angegeben worden ist oder ob sie der Gemeinde einfach entzogen worden sind.

Referent: Die Nordbahn gibt als besonderen Grund nur den an, daß die Rutschen nicht in der Weise ausgenützt werden, wie sie ausgenützt werden sollten. (Gem.-Rath Mayer: Das geht ja die Nordbahn nichts an!) Gewiß geht sie das nichts an, das ist eben das Wunderliche an der ganzen Geschichte. Die Gemeinde hat die Rutschen vorsichtsweise gepachtet, um, wenn wir größere Vorräthe benötigen, sie irgendwo einlagern zu können.

Bürgermeister: Es ist das sehr merkwürdig. Ich mußte darüber in öffentlicher Sitzung referieren lassen, damit der Gemeinderath erfahre, wie die Gemeinde Wien da behandelt wird. Rechtlich können wir dagegen nichts thun, das ist zweifellos, aber wir könnten vielleicht die eine Rutsche wenigstens retten.

Herr Gem.-Rath Neumann!

Gem.-Rath Neumann: Ich bin dafür, daß auch die eine Rutsche nicht aufgegeben werde, sondern daß die Gemeinde erklärt, daß das Verhältnis aufrecht erhalten werde, daß aber in der breitesten Öffentlichkeit mitgetheilt wird, wie gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Nordbahn-Gesellschaft vorgeht. Die riesige Vertheuerung der Kohlenpreise hat es ja mit sich gebracht, daß die Gemeinde Wien sich mit der Frage beschäftigt hat, was eigentlich von Seite der Gemeinde geschehen könnte, damit eine Verbilligung der Kohlenpreise eintrete. Diese Action, die von Seite der Gemeinde im Zuge ist, wird auch von Seite der Nordbahn-Direction vollständig gekannt, und wenn gerade in einer solchen Zeit, wo die Gemeinde Wien sich mit der Frage beschäftigt, wie es möglich ist, der Bevölkerung billige Kohlen zu verschaffen, die Nordbahn-Direction sich dazu hergibt, der Gemeinde Wien die Möglichkeit zu benehmen, die Versorgung Wiens mit billigen Kohlen zu veranlassen, so ist das gewiß sehr be-

merkenswert und es soll Anlaß dazu bieten, dieses Vorgehen der Direction hier in öffentlicher Sitzung anzunageln. (Beifall.)

Es zeigt sich, daß die Direction der Nordbahn-Gesellschaft innig zusammenhängt mit den Kohlenwucherern, mit den Großhändlern (Allseitige Zustimmung), und das soll in der öffentlichen Sitzung ausgesprochen werden. Ich glaube also, daß die Gemeindevertretung an die Nordbahn-Direction herantreten und sie aufmerksam machen soll, daß die Gemeinde Wien eine Action zur Verbilligung der Kohle vor hat und hofft, daß die Direction die Kündigung der Kohlenrutschen zurückziehen und die Gemeinde die Rutschen behalten wird, aus dem einfachen Grunde, weil man wahrscheinlich heute oder morgen diese Rutschen brauchen wird.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky contra!

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Der Herr Bürgermeister ist etwas voreilig, wenn er sagt, daß ich contra bin; er weiß es ja nicht.

Bürgermeister: Ich urtheile nach Ihrem Oppositionspunkt, daß Sie gegen alles sind. Ich bitte um Entschuldigung, wenn dies nicht der Fall ist.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Es ist ganz unrichtig, anzunehmen, daß ich a tout prix opponiere. Die Ausführung des unmittelbaren Herrn Vorredners hat in mir den Gedanken wachgerufen, daß, wenn wirklich die Kündigung der Kohlenrutschen im Zusammenhange wäre mit dem Kohlenhandel, die Gemeinde dann allerdings genöthigt wäre, sich selbst in diesem Falle zu helfen und den Gedanken ins Auge zu fassen, es seien irgendwo anders Kohlenrutschen zu machen. Ich sehe nicht ein, warum man sich von der Nordbahn in dieser Frage vollständig abhängig machen muß. Die Kohlenrutschen müssen doch nicht auf dem Nordbahnhofe bestehen, sie können auch anderswo sein. Ich glaube, daß sich zum Beispiel beim Gaswerke ein passender Platz finden lassen wird. Dort ist ein Eisenbahngeleise eingeleitet; es wird sich wohl dort ein Platz finden, um Kohlenrutschen zu errichten und die Gemeinde von der Nordbahn in dieser Frage ganz unabhängig zu machen.

Ich möchte daher den Antrag stellen, daß dem Magistrate, respective dem Bauamte der Auftrag erteilt wird, darüber ein Referat zu erstatten, inwieweit die Gemeinde sich bei der Errichtung von Kohlenrutschen von der Nordbahn unabhängig machen kann.

Bürgermeister: Ich bemerke, Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky, daß diesbezüglich bereits in der gewählten Kohlen-Commission beschlossen wurde, den Magistrat zur Erstattung von Vorschlägen aufzufordern.

Herr Gem.-Rath Elbogen contra!

Gem.-Rath Elbogen: Ich bitte, nicht contra. Ich beantrage nur namentliche Abstimmung über den Antrag Neumann.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Gem.-Rath Pierhammer meldet sich.) Herr Gem.-Rath Pierhammer!

Gem.-Rath Pierhammer: Ich werde mich kurz fassen, meine Herren. Die Erklärung, welche Herr Gem.-Rath Neumann abgegeben hat, nehme ich namens meiner Partei umso dankbarer zur Kenntnis, als von Seite der socialdemokratischen Partei es bekannt wurde, und in allen Flugchriften die christlichsocialen Partei und der Bürgermeister von Wien für die Vertheuerung der Kohlen und den Kohlenwucher verantwortlich gemacht worden sind. (Ruf: So ist es!) Diese Erklärung ist sehr wertvoll, denn jetzt hat

Herr Gem.-Rath Neumann erklärt, daß die Gemeinde Wien im Begriffe ist, gegen den Kohlenwucher aufzutreten, und die Nordbahn uns, sagen wir, ein Hölzchen in den Weg legt; es wurde constatirt, daß die Gemeinde Wien und namentlich ihr Bürgermeister nicht an dem Kohlenwucher schuld ist, und Herr Neumann möge die Güte haben, das auch in seiner Zeitung zu erklären.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Rudolf Müller!

Gem.-Rath Rudolf Müller: Meine Herren! Wenn wir den Antrag, es sei an die Nordbahn das Ersuchen zu richten, sie möge uns die Benützung der zwei Kohlenrutschen weiter belassen, annehmen, so demüthigen wir uns. Es soll vielmehr der Antrag abgelehnt und der Magistrat beauftragt werden, er möge an die Nordbahn in geschäftsmäßiger Form herantreten und verhandeln. Der Gemeinderath möge keine Bitte an die Nordbahn richten, daß sie die Rutschen überlasse, welche sie uns seinerzeit im Vertragswege zur Benützung übergeben hat.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Mayer contra!

Gem.-Rath Mayer: Ich glaube, in diesem Saale sind alle über die Frage selbst einig, daß die Gemeinde unter gar keinen Umständen es zulassen soll, oder — ich will mich kräftiger ausdrücken — es dulden dürfe, daß ihr von Seite einer Gesellschaft — in diesem Falle von der Nordbahn — so quasi der Strohsack vor die Thüre geworfen wird. Die Ausführungen des letzten Herrn Redners sind zwar sehr gut gewesen, ich weiß aber nicht, ob sie praktisch durchführbar sind, und möchte vor allem Aufklärung haben, wann wir diese Kohlenrutschen nach der Kündigung verlassen müssen, ob also noch Zeit ist, ein derartiges Referat des Magistrates, das immer längere Zeit dauert, abzuwarten.

Ich bitte den Herrn Referenten, darüber Aufklärung zu geben.

Referent: Herr Colleague, wir sind pro Ende Jänner schon gekündigt; die Rutschen müssen bis Ende Jänner geräumt werden.

Gem.-Rath Dr. Klokberg: Was ist für eine Kündigungsfrist?

Referent: Eine vierwöchentliche.

Gem.-Rath Mayer: Ist es möglich, bis dahin etwas Definitives zu haben, um der Nordbahn zu zeigen, daß wir von ihr unabhängig sind? (Ruf: Auch dem Rothschild!) Ich stehe mit dem einen und anderen nicht in Verbindung; ich bitte nur die Sache praktisch zu machen. Es sind nur mehr 14 Tage.

Bürgermeister: Ich glaube, daß ich vielleicht einen Ausweg vorschlagen kann. Wenn ich finden sollte, daß die Herren einverstanden sind, würde ich ihn betreten. Ich würde glauben, daß die Meinung, welche im Gemeinderathe herrscht, deutlich genug zum Ausdruck gekommen ist. Es geht die Anschauung aller Redner dahin, daß wir uns keine Gefälligkeit erweisen lassen sollen, in dem Sinne, als ob wir, ich könnte sagen, durch ein Angebot, das wir machen, wieder ein Gegenanbot erzielen wollten.

Ich werde die Sache in der Weise behandeln, daß ich in der nächsten Sitzung neuerlich referieren lasse, mittlerweile aber mit der Direction der Nordbahn wegen Belassung sämtlicher sechs Rutschen für die Gemeinde unterhandle. Das wird das Gescheiteste sein (Zwischenrufe), das heißt, ich werde höflich sein, Herr Gem.-Rath Karl Moriz Mayer, weil es gescheitert ist, man ist höflich und kriegt etwas, als man ist grob und kriegt nichts. (Beifall.) Die Herren sind also mit diesem Vorgange einverstanden?

Herr Gem.-Rath Gregorig hat das Wort.

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Die Nordbahn ist ein öffentliches Unternehmen, das allen Leuten zugänglich

sein muß. Wenn nun die Nordbahn einen Contrahenten, wie es die Gemeinde Wien ist, hinauswirft, wo ist dann die Regierung, die das duldet? (Beifall.) Über die Nordbahn gibt es einen Herrn. Da müssen einmal die Juden beim Kopfe gepackt werden. Demonstrieren wir öffentlich, daß wir uns das von der Judenbande nicht gefallen lassen. Die Juden sind es, die uns demüthigen wollen, und da wird es zurückgezogen! Das gibts einfach nicht. Es ist die ganze Banda, die gegen uns losgeht. Die Nordbahn fängt an, gegen uns Stellung zu nehmen, und will uns demüthigen.

Bürgermeister: Meine Herren! Es ist vielleicht besser, wir reden weiter nichts darüber. (Zustimmung.)

Gem.-Rath Gregorig: Ich bin als Antisemit hereingewählt, um hier darüber zu reden.

Bürgermeister: Ich bitte, ich habe den Herrn Gem.-Rath Gregorig gar nicht gehindert, zu reden. Ich habe geglaubt, der Herr Gem.-Rath Gregorig ist fertig. Ich hindere Sie nicht, wenn Sie weiter zu reden haben.

Herr Gem.-Rath Dr. Klokberg!

Gem.-Rath Dr. Klokberg: Ich möchte nur den Wunsch aussprechen, wenn der Herr Bürgermeister mit der Direction der Nordbahn verhandelt, auch den Wunsch auszudrücken, daß die Kündigungsstermine etwas längere sein mögen, nicht solche von vier Wochen.

Bürgermeister: Ich werde das auch anregen, aber ich glaube kaum, daß das Erfolg haben wird, weil das Bestimmungen sind, die für alle gelten, welche dort Rutschen pachten. (Zustimmung.) Die Herren sind also damit einverstanden, daß ich in der von mir vorgeschlagenen Weise vorgehe? (Zustimmung.) Nützt es etwas ist es gut, nützt es aber nichts, so können wir ja nächsten Freitag noch darüber sprechen.

Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Fiedler zum Referate.

20. Referent Gem.-Rath Fiedler: Zur Zahl 293 liegt ein Antrag des Collegen Bündsdorf wegen Wahlen in die Control-Commission für das Gemeindevermögen vor. Es wird hier der Antrag gestellt, daß die Zahl der Commissionsmitglieder für die Innere Stadt mit Rücksicht darauf, daß dort sehr viele Objecte zu administrieren sind, um zwei Personen vermehrt werde. Es wird beantragt, die Zahl der Mitglieder von vier auf sechs zu erhöhen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren zu diesem Antrage das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: In theilweiser Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. April 1897, Z. 6097, wird die Zahl der Mitglieder der aus dem Gemeinderathe zu wählenden Mitglieder der Commission zur Controlo des gesammten unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien und der von ihr verwalteten Fonds im I. Bezirke um zwei vermehrt, so daß die Zahl der aus dem Gemeinderathe zu wählenden Mitglieder aus dem I. Bezirke von vier auf sechs erhöht wird.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rath Dr. Mayer!

21. Referent Gem.-Rath Dr. Mayer: Zur Zahl 352 liegt die Frage vor, ob gegen die Entscheidung des Eisenbahnministeriums betreffs des Bauconsenes für die Reconstruction

der Wien-Guntramtsdorfer Localbahn die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen werden soll.

Es wurde da in drei Punkten gegen die Absichten der Gemeinde entschieden, bezüglich zweier Punkte, was die Auspflasterung einer Geleisezone innerhalb des Südbahngrundes, und was die Forderung, betreffend die Befahrung von Straßenkreuzungen in langsamem Tempo anbelangt, rath der Magistrat ab, die Beschwerde zu ergreifen, weil der erstere Punkt sich überhaupt nicht aufrecht erhalten lässt, während der letztere der seinerzeitigen technisch-polizeilichen Prüfung vorbehalten bleiben soll. Was aber den dritten Punkt anbelangt, betreffend die Herstellung von Gehwegen entlang des Magleinsdorfer Bahnhofes, so rath der Magistrat ein, die Beschwerde zu ergreifen. Wir haben eine ähnliche Beschwerde auch gegen die Stadtbahn schon gehabt und dieselbe nur deshalb zurückgezogen, weil inzwischen ein Vergleich mit der Stadtbahn zustande gekommen ist. Es dürfte sich da empfehlen, die principiell für die Gemeinde wichtige Frage, ob die Bahnen als Hochbauten oder nur als Bauten im Sinne der Bauordnung zu betrachten sind, bei diesem Anlasse zur definitiven Entscheidung zu bringen. Der Stadtrath und der Magistrat sind der Meinung, dass in dieser Angelegenheit die Gemeinde obsiegen müsste und deshalb die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen soll.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **Angenommen.**

Beschluss: Gegen den Theil der Entscheidung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 4. October 1900, Z. 44712/19, womit die Forderung der Gemeinde Wien an die Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen, betreffend die Herstellung von Gehwegen an jenen Seiten des Magleinsdorfer Bahnhofes, welche an öffentliche Straßen grenzen, als gesetzlich unbegründet abgewiesen wurde, ist die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

22. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 551. Hier handelt es sich wieder um dieselbe Frage, wie heute vor acht Tagen, nämlich betreffend die Sicherheitsvorrichtungen bei den elektrischen Oberleitungen der elektrischen Straßenbahnen. Die Bau- und Betriebs-Gesellschaft nimmt in dieser Sache eine ziemlich zweideutige Haltung ein und hat es abgelehnt, die Bedingungen der Gemeinde Wien anzunehmen, unter welchen sich letztere bereit erklärt hat, die Beschwerde zu ergreifen. Inzwischen hat jedoch der Magistrat dennoch Bedenken gegen die rechtliche Basis des Ministerial-Erlasses selbst bekommen, und zwar von dem Gesichtspunkte aus, weil ein derartiger Auftrag an ein Bahnunternehmen nur im Einverständnis mit demselben getroffen werden kann. Das Eisenbahnministerium beruft sich nun in seinem Erlasse auf ein solch getroffenes Einverständnis. Thatsächlich haben aber lediglich einzelne Personen des Magistrates interveniert, welche ausdrücklich erklärt haben, dass sie keine Vollmacht der Gemeinde Wien haben. Dennoch beruft sich das Eisenbahnministerium darauf, dass die Gemeinde Wien ihre Zustimmung gegeben habe, und die Bau- und Betriebs-Gesellschaft will daraus ableiten, dass wir ihre Interessen nicht so, wie es im Vertrage vorgeschrieben ist, in der richtigen Weise vertreten hätten.

Nachdem also dem Erlasse die rechtliche Basis des Einverständnisses, beziehungsweise der Einnahme der Gemeinde

Wien fehlt, soll die Beschwerde ergriffen werden. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, dass gegen den Erlass auch meritorische Bedenken obwalten, nachdem heute Versuche elektrotechnischer Natur stattgefunden haben, welche die im Ministerial-Erlasse aufgestellten Forderungen auf ihre Stichhaltigkeit prüfen sollten. Es wurden Versuche mit geerdeten Schutzdrähten gemacht, welche befriedigende Resultate nicht ergeben haben. Auch von diesem Gesichtspunkte aus wird sich Gelegenheit bieten, gegen den Erlass Stellung zu nehmen.

Ich bitte um Annahme der im Einverständnis mit dem Magistrat gestellten Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Zifferer contra!

Gem.-Rath Zifferer: Ich habe schon in der vertraulichen Sitzung meine Bedenken dagegen ausgesprochen, dass die Gemeinde Wien gegen eine Maßregel, welche die Regierung zum Schutze des Publicums ergriffen sehen will, den Recurs an den Verwaltungsgerichtshof einbringen soll. Es wurde damals die Sache so dargestellt, als ob wir, wenn wir diesen Recurs nicht ergreifen, pecuniären Schaden erleiden, respective zu Ersatzleistungen von Seite der Bau- und Betriebs-Gesellschaft herangezogen werden könnten. Ich habe damals darauf geantwortet, dass es eben eine schwierige Situation ist, in welche wir mit dem Vertrage gekommen sind, der in diesem Punkte nicht glücklich stilisiert sein kann. Was soll aber heute geschehen? Damals haben wir die Bedingung gestellt, dass wir überhaupt keine Haftung für die ganze Action in der Beziehung übernehmen, dass es der Bau- und Betriebs-Gesellschaft freigestellt ist, von ihrem Advocaten den Recurs machen zu lassen, und dass wir quasi die freiwillige Vertretungsleistung übernehmen. Auch gegen diese freiwillige Vertretungsleistung habe ich mich gewehrt. Heute aber sollen wir den Recurs ausarbeiten und Bedenken tragen, welche wir bisher nicht hatten. Wenn der Herr Referent heute mittheilt, dass nach den Versuchen, die am heutigen Tage gemacht wurden, die Vorkehrungen, welche die Regierung verlangt, sich nicht bewährt haben, so scheint es um so merkwürdiger, dass der Beschluss des Stadtrathes, diesen Recurs zu ergreifen, schon zu einer Zeit gefasst wurde, wo man noch gar nicht wusste, ob diese Schutzvorkehrungen erfolgreich sind oder nicht. Die Situation ist schief, das ist außer Frage; aber trotzdem und, wenn es selbst mit pecuniären Lasten verbunden wäre, müssen wir es, wie damals, ablehnen, für einen Antrag zu stimmen, welcher gegen den Schutz des Publicums gerichtet wäre. Es hat eine sehr hohe Persönlichkeit gesagt, der Mensch sei das größte Besitztum des Staates. So ist es heute auch noch der Fall und wir können selbst auf die Gefahr hin, die Kosten zu tragen, uns nicht dagegen wehren, dass Schutzvorkehrungen, welche für das Publicum bestimmt sind, durch unsere Proceßführung verloren gehen und dass man uns vielleicht einmal den Vorwurf macht: Durch eueren Recurs ist diese Schutzvorrichtung nicht gemacht worden, welche das Publicum zu schützen geeignet gewesen wäre — und wir die Verantwortung für alle diese Unglücksfälle tragen. Ich werde gegen den Antrag, wie er hier vorgeschlagen wird, stimmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Die Beschwerde richtet sich gar nicht gegen die Materie des Erlasses; was uns im Interesse des Schutzes des Publicums erscheint, wollen wir immer machen. Ein Theil der Anregungen, die damals gegeben worden sind, sind ja durchgeführt

worden. Und was die Schutzdrähte und die sonstigen Vorrichtungen anbelangt, so sind die Arbeiten in dieser Hinsicht im Zuge.

Es sind heute umfassende Versuche durchgeführt worden, auf Grund umständlicher Installierungen, und man wird einen Ausweg finden, schon aus dem Grunde, weil die Bau- und Betriebs-Gesellschaft sich in die Zwangslage — sie hat 300 Waggon, die sie nicht benützen kann, weil sie die Betriebsbewilligung hiesfür nicht erhielt — versetzt sehen wird, einen Ausweg zu finden.

Der Antrag, welcher hier gestellt wird, soll die Gemeinde in rechtlicher Beziehung schützen; ich empfehle Ihnen denselben zur Annahme.

Bürgermeister: Ein Gegen-Antrag ist nicht gestellt worden, diejenigen Herren, welche den Stadtraths-Antrag annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n.**

Beschluss: Die Gemeinde Wien als Concessionärin des städtischen Kleinbahnetzes mit elektrischem Betriebe erhebt gegen den Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 17. November 1900, Z. 51713/22, die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof.

23. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zur Zahl 13699 liegt ein Project des Architekten Arnold Lok für einen Kaiser Franz Josef-Jubiläumspatz vor. Herr Arnold Lok hat sich bereits seit Jahren mit verschiedenen Fragen der Stadtregulierung abgegeben und hat in kleineren Fragen auf eigene Rechnung schon einige Regulierungen mit günstigem Erfolge durchgeführt.

Er hat sich nun seit längerem auch mit der Frage beschäftigt, ob nicht der Stadttheil hinter der Stephanskirche zwischen der Schulerstraße und Singerstraße einer gründlichen Regulierung unterzogen werden soll, und ist schließlich auf Grund zahlreicher, vielfacher Versuche dahin gekommen, das heute Ihnen vorgelegte Project zu befürworten. Er hat sich der Mühe unterzogen, mit nahezu sämtlichen Eigentümern, deren Realitäten betroffen werden, Vorverträge in Bezug auf die Einlösung abzuschließen, und hat sich auf diese Art ein getreues Bild der voraussichtlichen Kosten dieser Unternehmung beschafft. Er hat sich dann das Durchführungsprogramm zurechtgelegt, auf Grund dessen er hofft, diese weitgreifende Regulierung durchzuführen, und rechnet dabei unter anderem auch auf die werththätige Unterstützung seitens der Gemeinde Wien.

Der Stadtrath hat sich in eingehender Weise mit dieser Frage befaßt und ist zu dem Entschlusse gekommen, das Project zu befürworten, und zwar aus verschiedenen Gesichtspunkten. Einestheils wird durch diese Regulierung zweifelsohne ein schönes Stadtbild geschaffen, und andererseits wird dadurch ein Stadttheil, welcher heute zu den unschönsten, winkeligsten und sanitär schlechtesten gehört, in ausgiebiger Weise reguliert. Die Kosten, welche dieses Project hervorruft, belaufen sich auf Grund der vom Stadtbauamte vorgenommenen Berechnungen auf circa 5½ Millionen Kronen. Die Gemeinde will auf Grund des Stadtraths-Antrages das Werk durch eine einmalige Subvention von 2 Millionen Kronen fördern, in der Weise, daß diese 2 Millionen Kronen in zehn gleichen Jahresraten, die nicht verzinst werden sollen, zur Auszahlung kommen sollen.

Wenn man den Nuzeffect des Ganzen vergleicht mit der auf diese Weise zugesprochenen Summe, so muß man sagen, daß für die Gemeinde Wien ein großer, nennenswerter Vortheil entsteht.

Wenn uns von der gegnerischen Presse beispielsweise vorgeworfen wurde, daß diese von uns angebotene Unterstützung relativ gering ist, weil wesentlich mehr geleistet wird und die Gemeinde Wien bei einer sonstigen Regulierung eine nahezu ähnliche Summe leisten müßte, so liegt der Grund darin, daß die Gemeinde sich vielleicht nicht entschließen würde, die ganze Summe für diese Regulierung aufzubringen. Wenn jedoch ein anderer sich bereit findet, die Arbeit durchzuführen, kann die Gemeinde Wien so etwas gewiß mit Freude begrüßen.

Es ist im Gegensatz zu ähnlichen Projecten, welche bisher vorgelegt worden sind, bereits ein vollständiges finanzielles Programm vorhanden und liegt auch eine gewisse Gewähr für die Durchführbarkeit innerhalb des Rahmens dieses Geldprogrammes vor.

Die Anträge, die Ihnen gestellt sind, sind mit jener Vorsicht abgefaßt, welche erforderlich ist.

Es dreht sich nur um die principielle Zustimmung, welche gegeben werden soll und um den principiellen Beschluß, dieses Unternehmen durch eine materielle Zubuße zu fördern. Alle Details sollen erst dann erbracht werden, wenn es dem Herrn Architekten Lok gelungen sein wird, die materielle Sicherstellung des ganzen Projectes der Gemeinde Wien nachgewiesen zu haben.

Ich bitte Sie daher um die Annahme dieser drei verhältnismäßig kurz gefaßten Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Costenoble contra!

Gem.-Rath Costenoble: Meine Herren! Ich erlaube mir contra zu sprechen. Nicht, daß mir das Project nicht gefallen würde, aber ich will Sie an vergangene Zeiten erinnern, wo das wunderbare Project der Niehl-Avenue vorgelegen war. Damals hieß es, die Stephanskirche sei von hinten häßlich anzusehen. Heute bekommen wir ein Project für eine Straße, welche an dieser Stelle direct anlauft. Ich erlaube mir, den Herrn Referenten an seine damals gebrauchten Worte zu erinnern. Ich freue mich, daß er jetzt anderer Ansicht ist, daß er die Stephanskirche von hinten auch schön findet und uns eine Art Jubiläumspatz vorschlägt. Was da steht, ist aber kein Platz, sondern eine Straße. (Ruf: So ist es!) Und wohin führt sie? Zur Riemergasse. (Heiterkeit.)

Ist das eine Straßenverbreiterung? Wenn wir 1 Million Gulden, respective 2 Millionen Kronen schenken sollen, so gebrauchen wir diese lieber nach einer anderen Richtung. Führen wir lieber eine Avenue zum Schottenthor. Das wäre eine Stadterweiterung.

Ich finde es sehr unbegreiflich, daß, obwohl wir ein Stadterweiterungs-Bureau haben, jedesmal, so oft ein großartiges Project auftaucht, immer ein auswärtiger Architekt es ist, der es uns bringt.

Gegen das vorliegende Project habe ich nichts. Es wird mir niemand sagen können, daß ich nicht loyal bin und gegen den Kaiser Franz Josefplatz stimme — darüber bin ich erhaben — aber das wird wie gesagt, hier kein Platz, sondern eine Straße, und ich wünsche daher, daß wir diese 2 Millionen Kronen auf eine zweckmäßigere Weise verwenden.

Die Herren Speculanten, die das unternehmen, sollen das Geld selber aufbringen. (Ruf: So ist es!)

Ich bin der Vertreter der Wähler im 3. Wahlkörper der Inneren Stadt und fühle mich verpflichtet, auch für meine Wähler zu sprechen. Wenn Sie die alten Stadtviertel niederreißen und Zinspaläste hinbauen, dann wird kein kleiner Geschäftsmann ein Gewölbe nehmen können, nur große Unter-

nehmungen oder Schwindeljuden werden diese Gewölbe mieten können (Bravo-Rufe) und Sie werden auf diesen Platz nicht bürgerliche Häuser hinbauen, und niemand wird dort wohnen können, der nicht reich ist oder auf schwindelhafte Weise Geld verdient. (Lebhafte Beifall.)

Genehmigen Sie diese Baulinie, aber verweigern Sie diese 2 Millionen. Wir können dieses Geld zu anderem brauchen. Ich bin gegen den Antrag. (Beifall.)

Bürgermeister: Das Wort pro hat Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Wir haben soeben einen alten Streit — ich muß sagen unerwarteterweise — aufklammern sehen. Das ist der Streit um die Reich'sche Avenue. Ich hätte herzlich gewünscht, daß dieses Project, welches in der That sehr schön und gut gedacht und begründet war, auch durchgeführt worden wäre; es ist leider damals an den finanziellen Unmöglichkeiten gescheitert.

Mir sind die Details der damaligen Verhältnisse sehr genau bekannt. Soweit es in meinen schwachen Kräften gestanden ist, habe ich auch die Reich'sche Avenue gefördert. Es haben auch die künstlerischen Kräfte und hervorragende bedeutende Männer, welche sich um dieselbe angenommen haben, erkannt, daß sie mit jenen Mitteln, welche beschafft werden konnten, nicht durchgeführt werden könne. Solche Projecte lassen sich leider ohne ein Expropriationsgesetz nicht durchführen, daher müssen wir immer wieder von neuem nach einem solchen rufen. Ich leugne nicht, daß in dieser Beziehung die frühere Verwaltung sich auch ein Versehen hat zuschulden kommen lassen. (Aha-Rufe.) Es hätte längst schon ein solches Gesetz für Wien geschaffen werden sollen. Wenn dies nicht geschehen ist, so ist daran die Trägheit der Individuen schuld, und das ist nicht zu verwundern, bei dem Umstande, daß der größte Theil der Mitglieder des Gemeinderathes — heutzutage und damals — Hausherren waren, und die Hausherren wehren sich mit einem gewissen natürlichen Instinct gegen ein Expropriationsgesetz; denn es ist vielen Hausherren ein entsetzlicher Gedanke, daß einmal die öffentliche Gewalt herkomme und ihnen einfach ihr Haus wegnehmen kann, auch wenn sie ihnen dafür Geld auf den Tisch legt, denn so ein Hausherr will seine Ziegel und sein Dach haben, er will nicht das Geld dafür. Dieses Hasten an dem Besitz hat es wahrscheinlich auch unter der früheren Verwaltung hauptsächlich bewirkt, daß ein solches Expropriationsgesetz nicht zustande gekommen ist. Ich würde nur wünschen, daß seitens des Herrn Bürgermeisters beim Ministerium in dieser Richtung Schritte gemacht werden, es möge in Gottesnamen das Project oder der Entwurf, welche der Gemeinderath vorgelegt hat, über den Haufen geworfen werden, damit man endlich doch ein Expropriationsgesetz bekomme, mit welchem die Städteverregulierung, die so dringend nothwendig ist, vorgenommen werden kann.

Ich bin da durchaus nicht der Anschauung des Herrn Vorgesprechers, des Collegen Costenoble. Er will auch diese alten Stadttheile, ich möchte sagen, das Gerümpel der Inneren Stadt erhalten, damit Geschäftsleute kleine Gewölbe mieten können und damit sich dort keine Schwindelgeschäfte etablieren. Es ist gar nicht nothwendig, daß sich dort Schwindelgeschäfte etablieren. (Zwischenrufe.) Sorgen Sie nur dafür, daß sich der reelle Geschäftsgeist hebt, dann werden dort auch reelle Geschäfte entstehen.

Wozu braucht man, wenn man aus einer alten Stadt eine neue machen will, gleich von Schwindelgeschäften sprechen?

Wenn diese Ideen dazumal geherrscht hätten, so würden heute noch die Bastien bestehen. Wie Collegen Costenoble haben viele Bürger Wiens damals auch gesprochen. Sie haben gesagt: „Läßt die Bastien, wir wollen dort spazieren gehen. Wo sollen die Leute herkommen, die die Häuser bewohnen? Läßt Wien, wie es ist.“ Es hat sich aber gezeigt, daß die Ringstraße eine schöne Straße geworden ist, daß nicht allein Schwindelgeschäfte, sondern auch ehrliche Geschäfte bestehen, kurz, daß Wien eine Stadt geworden ist, welche die Fremden sich anzusehen Lust haben, sie kommen her und schauen sich Wien mit den Prachtbauten an. Also man kann eine große Stadt in der Entwicklung nicht aufhalten. Wer „Halt!“ commandiert, commandiert eigentlich „Zurück!“ Eine Stadt, die in der Entwicklung nicht vorwärts schreitet, schreitet zurück. Es ist dringend nothwendig, daß mit dem alten Gerümpel in der Inneren Stadt ausgeräumt werde. Man gehe doch nur in diese Häuser hinein, bewohnt werden sie größtentheils von verdächtigen Leuten weiblichen Geschlechts, und wenn man hineingeht, so graust einem vor diesen alten Häusern gerade in dieser Gegend. Also diese alten Häuser möchte ich der Vernichtung weihen. Das sind keine Häuser, die in eine moderne Stadt mit modernen Bedürfnissen hineingehören. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachte ich das Project, das vorgelegt wird, als eines, dem man nur ein herzliches Willkommen zurufen muß. Es ist wieder eine empfehlenswerte Anregung.

Ob dort ein größerer oder kleinerer Platz geschaffen wird, scheint mir von geringerer Bedeutung; von mehr Bedeutung scheint mir zu sein, daß man dieses Project ganz durchführt, denn wenn man nur den Jubiläumspfad machen kann, dann ist allerdings zu bedenken, ob man nicht, solange kein Expropriationsgesetz besteht, alles stehen lassen soll. Denn wenn Sie nicht die Verbindung zur Ringstraße herstellen, wenn Sie nicht auch den Durchschlag zur Bedlik- und Liebenberggasse machen können, wird das ein todter Platz sein, wie auch jetzt der Platz hinter der Stephanskirche ein todter Platz ist. Wenn Sie aus dieser Gegend der Inneren Stadt etwas machen wollen, so müssen Sie eine Durchzugslinie machen und wollen Sie eine Durchzugslinie haben, so muß der Platz nach rückwärts hin eine Verbindung mit der Ring- und Landstraße bekommen, sonst, wie gesagt, ist das ein todtgeborenes Kind. Das wäre mein erster Wunsch. In dieser Beziehung ist uns weder ein Antrag, noch im Referate des Referenten eine genügende Aufklärung gegeben.

Da muß ich fragen: Wer ist denn eigentlich der, mit dem wir den Vertrag schließen? Auf einen bloß rechnungsmäßigen Ausweis hin soll die erste Rate fällig werden; sagen wir, der betreffende X — ich kenne ihn ja nicht, vielleicht ist es der Herr Pötz oder eine Gesellschaft oder ein Consortium — hat sich geirrt und die Geschichte kostet mehr, wer soll dann die Mehrkosten tragen? Die Gemeinde hoffentlich nicht! Immerhin ist die Möglichkeit vorhanden, daß man wieder an denjenigen herantritt, der den größten Beitrag gegeben hat, und daß man sagen wird: Du, Gemeinde, du hast angefangen, leiste nun zum Rest auch noch einen entsprechenden Beitrag. In dieser Beziehung fehlt meines Erachtens leider die nöthige Klarheit. Ich habe vor Herrn Pötz großen Respect, ich halte ihn für keinen Vauspculanten, ich halte ihn für einen unternehmenden, tüchtigen, erfahrenen Künstler und

begrüße es an sich mit Genugthuung, daß dieser Mann die Sache in die Hand genommen hat, von dem ich nur Gutes gehört habe.

Ich habe aber noch einen Schmerz. Ein Blick auf die Bilder hat mich gelehrt, daß der Projectant schon wieder in Aussicht nimmt, daß in allen möglichen Stilen gebaut werden soll. Auch darauf müssen wir uns einen Einfluß sichern, und ist das meines Erachtens eine ernste Sache; wir müssen die Bedingung stellen, daß nicht nur die Baulinie, sondern auch der Stil im Einverständnis mit der Gemeinde festgestellt werden soll. Sonst baut der Eine griechisch, der Andere römisch, der Dritte deutsche Renaissance und der Vierte macht so eine gewisse Kuppel; denn die Kuppel-Epidemie herrscht in Wien, das wissen alle. Ich sehe immer mit Bedauern eine Kuppel auf einem Hause stehen. Ich weiß nicht, ist das vom architektonischen Standpunkte so absolut nothwendig — aber überall, wo Häuser gebaut werden, wird eine Kuppel einmal in dieser Form, einmal in jener Form gebaut. Das möchte ich bei diesem Plage von vornherein vermieden wissen.

Es ist wohl am Quai dem Stadterweiterungsfonde gelungen, eine einheitliche Häuserfront herzustellen. Die Herren werden nicht ableugnen können, daß das ein imposanter Anblick ist, dieses Stück zwischen dem Morzinplatz und der Rothenthurmstraße, respective der Ferdinandsbrücke. Das ist das schönste Stück des Quai; leider bricht aber dort an dem Punkte das Princip ab und wir haben schon wieder in der nächsten Flucht Häuser in allen möglichen Höhen, die Stockwerke sind ganz verschieden und die Häuser selbst in allen möglichen Stilarten gebaut. Das muß, wie gesagt, hier vermieden werden. Der Herr Projectant selbst scheint nicht daran zu denken, denn nach den Abbildungen findet man schon wieder verschiedene Stile, Kuppeln, Mansarden und weiß Gott was alles.

Ich kann sagen, daß mir zum Beispiel als Fremder in Paris gerade das einen sehr wohlthuenden Eindruck gemacht hat, daß die Haupttheile der Stadt in einem gewissen einheitlichen Stile gebaut sind. Es ist nicht wahr, daß dieses Einerlei zuwider ist, sondern gerade dieses Einerlei gibt einen ruhigen Anblick des ganzen Stadttheiles. (Auf: Langweilig!) Es ist nicht langweilig, das ist nicht wahr, darüber haben andere Menschen auch zu urtheilen. Ich glaube schon, daß die Phantasie des Architekten immer zu anderen Stilen drängt. Der französische Architekt hat aber die Selbstüberwindung, daß er sich einem gewissen Stile anpaßt, und ich würde zum Beispiel wünschen, daß man in Wien mehr zum Stile des Fischer v. Erlach halten würde und wieder mehr Häuser in diesem Stile erbaut würden. Das wäre nicht langweilig, sondern macht, wenn es in langen, breiten Straßen entwickelt wird, eher einen ruhigen Eindruck, als wenn man auf einem Plage alle möglichen Stile aneinanderreicht. Meines Erachtens muß also die Gemeinde Wien in diesem sehr ernsten Punkte sich einen Einfluß auf die Ausgestaltung dieses Platzes sichern.

Ich stelle daher den Zusatz-Antrag, daß die Bedingung gestellt werde, daß bezüglich des Stiles, in welchem der Platz ausgebaut werden soll, mit der Gemeinde im Einvernehmen vorzugehen ist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wurm contra!

Gem.-Rath Wurm: Meine Herren! Sie wissen, daß ich auf dem Standpunkte stehe, daß die Enquête ein ausgezeichnetes Elaborat ansgearbeitet hat, und daß speciell jener Theil zwischen dem Stephansplatz und dem Parkring zu den gelungensten

Theilen gehört, welche die Enquête für die Innere Stadt ausgearbeitet hat. Da ist nun kein Platz geplant, welcher auf die Rückseite der Kirche führt. Es sind hier zwei ziemlich gleichwertige Straßen angenommen, die Ausbildung der Schulerstraße und die Verlängerung der Liebenberggasse, welche auf den hohen Thurm von St. Stephan gerichtet werden soll. Das sind zwei Straßen, welche dem Verkehre dienen und welche auch in ästhetischer Beziehung vollkommen befriedigend sind. Es ist der Anblick des Thurmes durch die Liebenberggasse vom Ring aus gesehen gewiß ein entzückend schönes Bild, ein ähnliches Bild hat auch Prof. Mayreder seinerzeit entworfen, indem er von der Singerstraße aus, ungefähr in der Gegend, wo die Kreuzung der Grünangergasse stattfindet, einen ähnlichen Ausblick schaffen wollte, wo auch der Thurm in der Hauptachse der Straße gelegen ist. Diese Straßen sind wirklich ästhetisch gelungen, und auch verkehrstechnisch sind sie vollkommen befriedigend, indem sie einerseits den Verkehr gegen die Uugargasse und die Landstraße Hauptstraße vermitteln, nämlich durch die verlängerte Schulerstraße, und andererseits durch die Liebenberggasse den Verkehr zum Ring herstellen, welche überdies für die Fußgänger durch den Stadtpark auf die Landstraße führt.

In ästhetischer und verkehrstechnischer Beziehung ist also das, was von der Enquête vorgeschlagen wurde, ausgezeichnet und unübertrefflich gut. Das einzige Hindernis ist die Rückseite des Gebäudes der Staatsschuldencassa, welche umgebaut werden muß. Nur wenn man mit Energie vorgeht und den Straßenzug überhaupt beschließt, wird seinerzeit auch mit der Dicasterialgebäude-Direction ein Übereinkommen getroffen werden können, um die Straße, wenn auch nicht in der nächsten Zeit, doch endlich durchzuführen.

Was aber diesen Vorschlag anbelangt, so ist er weder ästhetisch, noch verkehrstechnisch, noch finanziell befriedigend. Ästhetisch ist er sogar geradezu barbarisch zu nennen. Wenn man eine Straße auf das Hauptprofil eines Bauwerkes führt, wenn man sie auf einen Thurm führt, so ist das gerechtfertigt. Solches finden Sie in anderen Hauptstädten vielfach und viel mehr als in Wien. Es ist nur bedauerlich, daß solche Avenuen hier so wenig existieren. Wie man aber die stille Abgeschlossenheit eines Platzes, wie sie den rückwärtigen Theil des Stephansplatzes heute auszeichnet, auf eine so gräßliche Weise stören will, wie es hier beantragt ist, das muß ich geradezu barbarisch nennen. Der Vorschlag der Enquête, rechts und links eine Straße zu führen, bewahrt den stillen Platz unmittelbar vor der Kirche. Ästhetisch ist der Anblick gewiß nicht befriedigend. Wie das Chor aussieht, wissen die Herren. Das Chor ist der nüchternste und einfachste Theil der ganzen Stephanskirche. Unmittelbar in der Hauptachse der projectierten Straße ist gegenwärtig ein Frescobild; es stellt dar, wie am jüngsten Tage die Menschen aus den Gräbern heraussteigen. Oben rechts ist ein Madonnenbild, unmittelbar in der Mitte ein Christusbild. Die stille Abgeschlossenheit des Platzes ist eine so ausgezeichnete, daß man kaum vor diesem Bilde vorübergeht, ohne das eine oder anderemal irgend einen Andächtigen zu finden, welcher dort Trost und Stärkung sucht. Diese Andächtigen werden von dort verschreckt werden; wenn dieser stille Winkel vom Straßenlärm durchtobt wird, ist die ganze Poesie dieses Platzes geradezu vernichtet. Die Rückseite der Stephanskirche mit diesem Arrangement, wie ich es eben geschildert habe, als die Hauptachse eines großen Platzes und Straßenzuges auszugestalten, ist nach meiner Über-

zeugung geradezu barbarisch. Außerdem wird der Platz dadurch verunstaltet, daß die beantragte Symmetrie, wie sie die Enquête vorgeschlagen hat, daß nämlich einerseits die Schulerstraße, andererseits die Liebenberggasse einmündet, gründlich dadurch gestört wird, daß die Schulerstraße jetzt in einer scharfen Ecke einmünden soll. Nach diesem Project ist überdies die bogenförmige Rückfront des Platzes vorgezogen, wodurch ein nahezu unverbaubarer Block restiert, in welchen die Schulerstraße eingeführt werden soll.

Auf der anderen Seite ist die Symmetrie dadurch gestört, daß kein Straßenzug in der Verlängerung der Liebenberggasse projectiert ist. Das in ästhetischer Beziehung. In verkehrstechnischer Richtung ist es gewiß vortheilhafter, die Liebenberggasse anstatt dieses Platzes durchzuführen. Wenn man die Liebenberggasse durchführt, hat man einen geraden Straßenzug auf den hohen Thurm, welche in nächster Nähe der Fahrbahn des Grabens gelegen ist, so daß der Verkehr nahezu in gerader Linie stattfinden kann. Hier aber muß man von der Liebenberggasse nach rechts abshwenken, dann fährt man in der Richtung der Kirche, dann muß man nach links abshwenken. Diese gebrochene Linie ist für den Verkehr jedenfalls ungeweckmäßiger als ein gerader Straßenzug.

In finanzieller Beziehung wird es gewiß schwieriger sein, diesen Platz mit den nothwendigen Abzweigungen gegen die Ringstraße, das heißt gegen die Zedliggasse und Liebenberggasse durchzuführen, als eine einfache gerade Verlängerung der Liebenberggasse. Was hier geplant ist, ist ein Klump, das Stück eines Ganzen, nur ein Platz ohne Ausmündung gegen den Ring. Alles, was hier berechnet ist, betrifft eben nur den Platz zwischen der Ringstraße und der Stephanskirche. Aber Sie müssen auch die beiden Abzweigungen, diese Gabel, welche einerseits gegen die Zedliggasse, andererseits gegen die Liebenberggasse gebildet wird, in Rechnung stellen. Das wird noch enorme Kosten verursachen, die noch gar nicht in Rechnung gestellt sind.

Also, es ist etwas ganz Unfertiges, was uns heute vorgelegt wird und keiner von uns weiß, was eigentlich die Gemeinde bekommt. Wir wissen nur so viel, daß wenn wir nur den Platz bekommen, wir noch sehr große Auslagen haben werden, um den Platz in verkehrstechnischer Richtung derart auszugestalten, daß man die Straße gegen den Ring durch theilweise neu erbaute Gruppen von Häusern durchschlagen müßte. Das sind so bedeutende Kosten, daß jedenfalls jedes andere Project, welches uns vorgeschlagen wurde, zweckmäßiger wäre.

Ich kann aus diesen Gründen nicht für die Vorlage stimmen. Ich werde mich aber auch enthalten, dagegen zu stimmen. Es soll nicht das Bessere der Feind des Guten sein, und jede Regulierung, wenn sie auch nicht dem Ideale entspricht, ist immer wünschenswert, und ich hoffe im weiteren Verlaufe — es ist noch sehr weit, bis diese Sache spruchreif sein wird — werden sich auch verschiedene Modificationen finden, wo vielleicht doch, wenn man ernstlich an eine Regulierung denkt, etwas resultieren wird, was eine Umgestaltung dieses wichtigen Stadttheiles herbeiführen wird.

Schließlich komme ich auch darauf, was bereits Herr College Dr. Rechansky erwähnt hat, und was ich bei jeder Gelegenheit berühre, nämlich daß wir zur Durchführung größerer Regulierungen unbedingt ein Expropriationsgesetz benöthigen. Wir haben seinerzeit ein solches vorbereitet; der Herr Bürgermeister weiß recht gut, daß wenn der Gemeinderath nicht aufgelöst worden wäre, wir heute schon im Besitze eines Expropriationsgesetzes wären. Aber ich will nicht von dem sprechen, was wäre und was

sein könnte; sondern ich will nur von dem reden, was dringend noth thut. Ich kann heute nur damit schließen, daß ich wieder meine Bitte wiederhole, der Herr Bürgermeister möge alles thun, damit wir sobald als möglich ein Expropriationsgesetz bekommen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Porzer pro!

Gem.-Rath Dr. Porzer: Das Project, welches heute vorliegt, ist eigentlich kein neues. Wir wissen, daß schon in den Vorschlägen, welche uns das General-Regulierungsbureau gemacht hat, stets der Gedanke aufgetaucht ist, hinter der Stephanskirche, bei der Apfis derselben irgend einen Platz zu begründen, welcher zur Entlastung des Stephansplatzes dienen sollte. Ganz gewiß wird an der Stelle ein Platz geschaffen werden, und es handelt sich nur darum, ob wir dem vorliegenden Projecte, welches eine der Modalitäten bietet, unter welchen dieser Platz geschaffen werden soll, principiell zustimmen sollen oder nicht. Ich muß sagen, daß ich mich der Anschauung des Collegen Costenoble, welcher principiell und von vornherein gegen die Neugründung eines Platzes an dieser Stelle sich ausgesprochen hat, nicht anschließen kann.

Ich sage nur, wenn etwas Neues, Gutes geschaffen werden kann, warum soll ich dann nicht zustimmen, namentlich dann, wenn ich die Sicherheit habe, daß es gut durchgeführt wird, und wenn ich weiß, daß dadurch die Bauhätigkeit, die jetzt in Wien sehr im Argen liegt, gehoben wird? Ich kann mich darum seiner principiellen Ablehnung des ganzen Projectes nicht anschließen. Er hat gemeint, die Niehl-Avenue wäre schöner gewesen, sie hätte einen besseren Ausblick auf die Stephanskirche geboten. Auch dieser Anschauung kann ich nicht beipflichten, denn die Niehl-Avenue hätte auf die seitliche Front der Stephanskirche geführt und einen unbefriedigenden Abschluß geboten, während der Ausblick auf die Apfis der Kirche doch befriedigender und schöner ist.

Es ist gesagt worden, daß es eigentlich wünschenswert wäre, daß eine Avenue auf die Vorderfront der Stephanskirche geführt würde. Eine solche Avenue haben wir ja in der Jasomirgottstraße. Sie ist allerdings verhältnismäßig kurz, führt aber immerhin direct auf das Riesenthor der Stephanskirche.

Wenn gesagt wurde, es sei das wieder eine neue Speculation bei der jemand verdienen will, so weiß ich das nicht, mir ist nicht bekannt, daß jemand bei dieser Sache speculiert; am wenigsten kann man das, glaube ich, vom Architekten Pöy sagen, der mir, nebenbei bemerkt, ganz ferne steht, den ich nie gesehen habe und nicht kenne. Ich lese nur in den verschiedenen Berichten, daß er selbst bereit ist, 40.000 K für das Project beizusteuern, und ich muß mir sagen, daß jemand, der so etwas thut, kein eigennütziger Mensch sein kann.

Wenn ich mich principiell auch für die Annahme ausspreche, so muß ich doch auf mehrere Bedenken aufmerksam machen, welche bei der Durchführung in Betracht gezogen werden müssen. Zunächst die Rücksicht auf die finanzielle Seite. Es wird gesagt, die Durchführung des Projectes wird 4.600.000 K kosten. Ich muß sagen, daß das ein verhältnismäßig geringer Betrag für ein so großes Werk ist, und ich zweifle daran, ob mit einem solchen Betrage das Auslangen gefunden werden kann. Ich muß mir sagen, daß irgend eine Garantie geboten werden müßte, daß man mit dieser Summe das Auslangen findet.

Ich will noch weiter beifügen, wenn mit dieser Summe das Auslangen nicht gefunden wird, so ist gewiß die Gemeinde Wien die erste, an die man dann herantritt und die dann factisch nicht anders kann, als in den eigenen Säckel zu greifen, weil sie ein

solches Niesenwert, wenn es einmal in Angriff genommen ist, nicht halb fertig stehen lassen kann.

Dann heißt es in dem finanziellen Programm, der Stadterweiterungsfond leihet der Gemeinde Wien die 2.000.000 K, welche sie beisteuert. Auf welcher Basis wird das behauptet? Liegt eine Zusicherung des Stadterweiterungsfondes vor oder haben wir ein Versprechen . . .

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Porzer, der Antrag geht nicht dahin!

Gem.-Rath Dr. Porzer (fortfahrend): Dann ist gesagt worden, daß der Stadterweiterungsfond 500.000 K beitragen soll. Das, glaube ich, ist noch nicht entschieden. Es liegt auch keine Erklärung vor, daß dieser Betrag wirklich gezahlt wird. In der Beziehung müßte man sich sicherstellen.

Ein weiterer Punkt betrifft die künstlerische Seite der Sache.

Wenn der Platz so ausgebaut wird, wie er sich hier auf diesem Bilde darstellt, so kann ich mich mit demselben nicht einverstanden erklären, denn wenn irgendwo, so ist auf diesem Plage notwendig, daß die Bauten stilgerecht durchgeführt werden, und daß der Stil wenigstens halbwegs im Einklange steht mit dem Stile der Stephanskirche. Wenn man aber solche Zinspaläste hinbaut, wie sie hier projectiert werden, wird das künstlerisch und in Bezug auf deren Schönheit einen sehr unbefriedigenden Eindruck machen.

Endlich möchte ich Sie noch auf Folgendes aufmerksam machen. Nach den Vorlagen, die wir haben, soll auf diesem Plage die Linie einer elektrischen Bahn durchgeführt werden. Das halte ich überhaupt für ausgeschlossen, weil in der Inneren Stadt elektrische Bahnen überhaupt oberirdisch nicht geführt werden sollen, sondern weil sie als Untergrundbahnen geführt werden müssen. Thatsächlich besteht von früher her das Project, eine Untergrundbahn zu führen, und zwar in der Richtung von der Kärnthnerstraße zur Rothenthurmstraße. Das ist auch die richtige Linie, weil in dieser Richtung sich der Verkehr bewegt. Hier würde eine elektrische Bahn überhaupt gar keinen Zweck und gar keine Begründung haben. Es würde auch der Zweck, den man damit befolgt, nämlich den ganzen Platz zu entlasten, nicht erreicht werden, wenn man dort eine elektrische Bahn führen würde.

Man wird mir vielleicht sagen, daß dies aus dem Gründe Schwierigkeiten biete, weil dort die Katakomben sich unterirdisch hinziehen. Ich glaube aber, daß es den Technikern gelingen wird, die Katakomben sogar im Interesse der Führung der Untergrundbahn zu verwerten, und daß sie dieselben benützen werden, um so leichter bauen zu können.

Noch einen Punkt möchte ich nur andeuten und leise berühren, und das ist die Ausbaue des zweiten Thurmes der Stephanskirche. Meine Herren! Wer überhaupt zur Verschönerung des Stephansplatzes etwas beitragen will und wer etwas Herz und Sinn für die Stephanskirche hat, muß sich sagen, daß der Ausbau des zweiten Thurmes notwendig ist; und so gewiß ich hier stehe, so gewiß bin ich überzeugt, daß, wenn nicht wir, so unsere Nachkommen dieses große Werk einmal ausführen werden.

Es wird viel Geld kosten, allein ich glaube daß der Effect, den dieser Ausbau hervorbringen wird, die Schönheit des Baues, gewiß ein solcher sein wird, der das Werk reichlich lohnen wird.

Ich will diese Frage nur angeregt und meine anderen Bemerkungen nur zu dem Zwecke vorgebracht haben, damit sie bei der

Durchführung der ganzen Sache in Erwägung gezogen werden. Principiell bin ich für die Durchführung der Sache. (Beifall.)

Bürgermeister: Das Wort contra hat Herr Gem.-Rath Bielowlawek.

Gem.-Rath Bielowlawek: Meine Herren! Ich bin nur froh, daß der erste Herr Redner und noch mehrere Capacitäten auf dem Gebiete der Architektur sich gegen das vorliegende Project vor mir erklärt haben, denn sonst würde es heißen, es spricht der ungebildete Mensch, der reactionäre Finsterling, und so bin ich dieses Vorwurfes von vornherein enthoben. Ich kann mich ja auf Leute berufen, die derselben Meinung sind wie ich, und die gewiß maßgebend erscheinen. Was mich aber veranlaßt, ohne Rücksicht auf meine Vorredner zu sprechen, ist der Umstand, daß ich Vertreter der V. Curie in der Inneren Stadt bin und daß ich diese Gegend speciell gut kenne, weil ich einmal in einem der betreffenden Stadttheile gewohnt habe.

Ich habe mir die Bilder auch angeschaut und finde, daß der Abschluß dort ein ganz elender ist, nämlich in der Niemergasse, der mit dem, was angestrebt wird, in gar keinem Verhältnisse stehen würde. Es würde sich geradezu gräßlich anschauen. Warum übrigens das ein Platz genannt wird, weiß ich gar nicht, es hat ja nur die Breite einer gewöhnlichen Straße; das ist allein schon ein Grund, aus dem ich dagegen stimmen muß. Ferner würde durch dieses Project gerade die unschönste Seite der Kirche freigelegt werden und dabei kein Verkehr geschaffen werden, da dort der verkehrsloseste Theil der ganzen Stadt ist. Ein Verbrechen ist an dem Stephansplatz überhaupt schon geschehen. Wenn es gelingen würde, den Stephansplatz im Quadrat freizulegen wie den Mailänder Domplatz, dann ließe sich noch darüber reden, aber es wurde dorthin die jüdische Hofenburg von Rothberger hingebaut. Da läßt sich jetzt nichts mehr machen. Wir müssen uns schon mit dem Übel vertraut machen, von der Kirche aus die alten Hofen anzuschauen. (Heiterkeit.) Also da läßt sich nichts mehr machen. Herr Dr. Nechansky hat aber erklärt, man sollte nicht so dagegen sein, man sollte immer trachten, daß der Geschäftsgeist gehoben werde, und man möge nicht immer behaupten, daß dort nur Schwindelgeschäfte errichtet werden. Ich behaupte hier ganz offen und spreche es frei aus, daß die Zinse, die da gezahlt werden müssen, meistens nur von den Schwindlern erschwungen werden können. So steht die Sache. Es werden dort an die Geschäftsleute — ich spreche nicht von den kleinsten, das geht auch an die mittleren und größeren — ganz unerhörte Zinsforderungen gestellt. Es kann ein solcher Zins beim besten Willen nicht mehr aufgebracht werden. Das ist auch ein Grund, warum ich mich zum Worte gemeldet habe.

Es geht nicht an, daß die kleinen und mittleren Geschäftsleute ganz aus der Stadt verdrängt werden, und zwar nicht nur mit ihrem Geschäfte, sondern auch mit ihrer Wohnung. In diesem Theile der Stadt, auf welchen sich das vorliegende Project bezieht, wohnen eine Unzahl kleiner Leute und mittlerer Leute, Beamte aller Kategorien, Tischlermeister etc., die müssen dann hinaus, für immerwährende Zeiten. Es geht nicht an, daß man alle Gewerbetreibenden aus der Stadt entfernt, ohne Rücksicht darauf, ob sie Wähler sind oder nicht, denn wir haben nicht allein auf die Großcapitalisten Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die kleinen und mittleren Leute. (Beifall.) Ja, wenn vielleicht einmal von einem Architekten ein Project vorgelegt würde, daß die Judengasse reguliert werden soll (Heiterkeit) — das wäre an der Zeit,

dein das ist eine Pesthöhle, wo man nicht durchgehen kann, ohne ein paar Raubrittern in die Hände zu fallen. (Lebhafter Beifall.) Das wäre ein Project, meine sehr geehrten Herren! Aber mit einem solchen Project kommt keiner. Wahrscheinlich traut sich keiner von den Architekten, an jener heiligen Stätte zu rühren, da sich sonst vielleicht ganz Israel erheben würde, damit diese würdige Stätte, Judengasse genannt, nicht verletzt werde. (Heiterkeit.)

Ich bin daher dafür, das Project auch im Principe abzulehnen. Es gibt noch weitere Projecte: Bognergasse, Naglergasse, da muß man Regulierungen machen; aber einzelne speculative Köpfe kommen, die um jeden Preis originell sein wollen, es ist aber nichts wie eine gewöhnliche Geschichte, wo einzelne Geschäfte machen — ich will niemandem nahetreten — aber wir sind nicht da, um mit gefährlichen Projecten zu arbeiten, sondern um praktische Dinge durchzuführen, und wir haben das Interesse der steuerzahlenden Bevölkerung zu wahren. Ich bitte Sie daher, das Project abzulehnen. (Beifall.)

Bürgermeister: Herr Gem. = Rath Ritter v. Goldschmidt pro!

Gem.-Rath Ritter v. Goldschmidt: Es ist mir nicht gegeben, hier über Judengasse oder über Hofenpalast zu sprechen, sondern wir sprechen hier von einer Straße, von einem Plage, von einer neuen, eminent künstlerisch anzulegenden Straße. Es sei mir zunächst gestattet — Sie legen es mir nicht als unbescheiden aus, denn sondern ich erwähne es nur deshalb, weil ich daraus vielleicht das Recht deducieren darf, in dieser Sache mitzusprechen — Folgendes festzustellen: Es war im December 1888, aus Anlaß des ersten Jubiläum^s Seiner Majestät, als ich hier im Gemeinderathe meinen Antrag eingebracht habe — sogar den Namen des Straßenzuges war der geehrte Herr College Architekt, um den es sich heute handelt, so freundlich, meinem Antrage zu entlehnen — eine Kaiserjubiläumstraße durchzuführen, ausgehend von der Achse des Stephansthurmes und einmündend in die Liebenberggasse.

Meine Herren! Ich habe aber auch schon im Jahre 1879, als ich kaum ein halbes Jahr dem Gemeinderathe angehörte, einen Antrag eingebracht, ein städtisches Expropriationsgesetz für Wien zu schaffen. (Gem.-Rath Bielohlawek: Warum ist nichts geschehen?) Ich bitte nachzulesen, Herr College, da werden Sie es finden. (Gem.-Rath Bielohlawek: Ich streite es ja nicht ab!) Da werden Sie auch den Grund dargelegt finden, er liegt auf der Hand, weil man nur mit einem vernünftigen städtischen Expropriationsgesetze große Bau-Transactionen durchführen kann. Denken wir an jene Zeit zurück: das alte Statut, der alte Gemeinderath, kein Regulierungsplan, Verhandlung mit den Vororten wegen Durchführung ordentlicher Straßen, und trotzdem hatte ich den Muth, einen solchen Antrag zu stellen, der dem Gemeinderath zugemuthet hat, einen bedeutenden Straßendurchbruch durchzuführen. Ich habe mich als Proredner gemeldet, in einer Richtung muß ich aber auch als Gegeuredner sprechen, nicht weil ich dem Projecte nicht zustimmen würde, sondern weil ich die Durchführung auf Grund der Anträge für eine Utopie halte. Was würden Sie davon halten, wenn jemand bei der Staatsregierung einkommt um eine Eisenbahn-Concession, welche Bahn vielleicht 15 Millionen kostet, und man würde sagen, er möge noch, bevor er die Concession habe, die Sicherstellung für die finanziellen Mittel schaffen? Sagen Sie nicht, meine Herren, daß der Vergleich nicht paßt! Der Vergleich paßt vollkommen, so wie ein Haar dem anderen ähnlich ist. Nehmen wir an, daß 30 Hausherren hier zu gewinnen seien; der Herr Lok kommt zu einem

und sagt: „Möchten Sie nicht die Güte haben, mir ein Offert für Ihr Haus zu stellen?“ Wir haben ja geehrte Collegen hier, welche Hausherren sind, und die werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß der Betreffende zu dem Agenten sagen würde: „Zu welchem Zwecke soll ich Ihnen den Preis nennen? Das habe ich nicht nothwendig, und wie lange soll ich Ihnen im Worte stehen?“ Daraus entnehmen Sie, daß die Sache eigentlich nicht durchzuführen ist. (Rufe: So ist es!) Wenn die Stadt Wien die Sache machen will, so gibt es nur zwei Mittel:

Entweder Sie bestimmen die Baulinien von vornherein, und das ist im Sinne der Bauordnung möglich, und Sie sagen: „Das ist die Straße, die gemacht wird.“ Allerdings müßten Sie zugleich das Expropriationsgesetz in der Tasche haben.

Oder Sie machen es, wie es in Paris geschieht. Dort wird die Baulinie nicht von der Gemeinde gegeben, sondern vom Statthalter respective vom Präfecten, eventuell vom Ministerium. Diese Baulinien sind nicht öffentlich bekannt, sondern sie sind ganz schön im Archiv der Präfectur hinterlegt. (Rufe: Aber ausgenützt werden sie doch!) Ich kenne das sehr gut und bin bereit, jedem der Herren darüber Auskunft zu geben. In einem solchen Falle kauft man dort in aller Stille 10, 12, 15 Häuser zusammen, und wenn man sie erworben hat, rückt man mit der Feststellung der Baulinie heraus.

Glauben Sie, meine Herren, daß nach Abwicklung der heutigen Discussion die sehr geehrten 30 Hausherren geneigt sein werden, einem Herrn X oder Y ihre Häuser zu überlassen auf 1 Monat, auf 2 Monate oder auf 3 Jahre? (Rufe: Gewiß nicht!)

Das ist der Grund, warum man sich gegen die Sache aussprechen muß, nicht aus dem Grunde, den der geehrte Herr College, der hochverdiente Künstler Costenoble, bezeichnet hat, die Sache sei nicht genügend künstlerisch ausgebildet. Wenn wir die Sicherheit hätten, einen Theil der ganzen Avenue durchzuführen, so könnte man später die Fortsetzung herstellen.

Jetzt sehen Sie aber einmal die Ihnen beantragten Beschlüsse an. Der Herr Referent wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß sie nicht würdig sind, dem Gemeinderathe als Antrag gestellt zu werden. (liest):

Erstens „Die Gemeinde Wien spricht sich im Principe für die Durchführung des vom Architekten Arnold Lok vorgelegten Projectes aus.“

Ich weiß nicht, was das ist eine „principielle Baulinie“; entweder es ist eine Baulinie, die mathematisch gegeben ist, oder es ist überhaupt keine Baulinie.

Punkt 2 sagt: „Dieselbe“ — nämlich die Gemeinde — „ist bereit, nach Sicherstellung der erforderlichen Geldmittel“ — durch wen weiß ich nicht — „die Baulinien vorbehaltlich der Einzelheiten“ — also das ist der zweite Stoß, die zweite Attaque gegen dieses Project — „im Sinne des Projectes hinauszugeben“. Also die Einzelheiten werden vorbehalten — im Sinne des Projectes. Das kann doch nicht angenommen werden!

Punkt 3. Jetzt kommt das allerschönste im architektonischen Aufbau der Beschlüsse — das Beste kommt zuletzt. Bis 1. März 1901 soll der Projectant die finanzielle Durchführbarkeit dieses Projectes sicherstellen. Ja, meine Herren, da habe ich doch Recht zu sagen, daß wir in dieser Richtung gegen das Project stimmen müssen, wenn ich auch vom Herzen wünsche, daß das Project — ich habe

nicht den geringsten Neid gegen Kollegen Lok — zur Durchführung komme.

Was werden Sie aber thun, wenn Folgendes eintritt: Nehmen wir an, wir wären einverstanden, daß das Project durchgeführt werde. Plötzlich kommt der Hausherr X in der Straße Y, welche innerhalb dieses Rayons gelegen ist, und bittet um die Baulinie. Die Situation stellt sich dann wie folgt: Wir haben das Project noch nicht genehmigt, sondern uns nur halb und halb demselben gegenüber ein bißchen geneigt ausgesprochen. Die Baulinie, um welche der Hausherr X einschreitet, durchschneidet aber schnurstracks die Baulinien der Avenue. Werden Sie die Größe haben, um zu beschließen: Einmal wird das Avenue-Project durchgeführt, ich weise daher den Baulinienwerber X zurück, oder werden Sie Paragraph so und so viel der Bauordnung in der Weise handhaben, um zu sagen: Ich kann den Mann doch in seinem Vermögen nicht einschränken und gebe ihm die Baulinie hinaus? In diesem Falle ist aber Ihr ganzes Avenue-Project bereits todt. Für mich gibt es daher nur ein Mittel. Sie bestimmen, wenn Ihnen das Project genehm ist, die Baulinie vom Stephansplatz nach der Liebenberggasse so oder so und decretieren sie; in dem Momente haben Sie auch das Recht, andere das Project hindernde Baulinien zu verweigern, und dann steht es den einzelnen Hausherrn frei, um einzelne Baulinien im Zuge der Avenue bei Ihnen einzukommen.

In dieser Weise werden diejenigen Häuser, welche in die Projectfläche hineinfallen, nach und nach umgebaut werden. Dadurch werden Sie allerdings den schönen Gedanken des Herrn Lok — erlauben Sie, daß ich auch sage, meinen schönen Gedanken — nicht zur Ausführung bringen, denn Sie werden einheitlich, harmonisch erdachte Gebäude nicht zustande bringen; aber Sie werden zum mindesten die Richtung und Breite der Straße durchführen, nach der Methode wie wir sie heute in Wien practicieren. Allerdings die Methode, nach welcher die gesammten Complexe erst abgetragen und dann wieder zum Aufbau kommen, geht hierbei verloren. Ich müßte also, wenn ich die Sache rücksichtslos beurtheilen wollte, sagen: Durchführbar ist das Project ohnedies nicht; ich stimme daher dagegen.

Ich will aber trotzdem sagen: versuchen wir es, vielleicht gelingt es dem Herrn Lok, binnen sechs Wochen die Sicherstellung zu erlangen. Wofür? Daß ihm ungefähr 30 Häuser während eines Zeitraumes von so und solange zur Verfügung stehen, und daß ihm die finanzielle Sicherstellung zur Durchführung dieses Projectes gelinge. Ob das gelingen wird, überlasse ich Ihrer Beurtheilung. Mir ist auch bekannt, daß der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein in der letzten Zeit sich sehr emsig mit der Sache befaßt hat. Ich glaube nicht, daß die Gutachten dieser Körperschaft imstande wären, das Project der Durchführung näher zu rücken.

Meine Herren! Für die Kiehl-Avenue habe ich mich enthusiastisiert, wenn auch weniger als für diese Straße. Der Straßenzug Tegetthoffgasse bis zum Stephansplatz ist gewiß ein sehr schöner, aber die Art der Überbrückung des Donaucanals schien mir ein etwas zu weit greifendes Project. Das war nicht nothwendig. Man braucht nicht gerade Straßen von einem Ende der Stadt bis an das andere zu machen.

Aber auch die fragliche Avenue Stephansplatz—Liebenberggasse ist eine brillante, aus dem Centrum nach dem Ring hinaus; das ist ausgezeichnet. Je weiter Sie die Straße machen, umso besser. Sie ist verhältnismäßig sehr billig herzustellen, um ein

paar Millionen. (Ruf: Todte Winkel!) Wenn die Winkel auch todt sind, so werden sie nach dem Umbau lebendig. Aber, meine Herren, der Weg, dem Privaten es zu überlassen, Transactionen zu machen, welche nur eine Behörde, sei es die Stadt, sei es eine andere Behörde, sei es der Staat, durchführen kann, das ist, glaube ich, ein falscher Weg, der uns niemals zum Ziel führen wird. Ich wünsche aber, daß die Anträge des Herrn Referenten uns zum Ziele führen, und daß ich einmal später ausrufen möge: Ich habe mich geirrt; ich freue mich über diesen Irrthum! (Beifall.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Swoboda zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rath Swoboda: Ich beauftrage Schluss der Debatte. (Beifall.)

Bürgermeister: Es wird Schluss der Debatte beantragt.

Ich ersuche jene Herren, welche mit Schluss der Debatte einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Drel contra und Zifferer pro.

Herr Gem.-Rath Drel contra!

Gem.-Rath Drel: Vor allem anderen muß ich mich dagegen aussprechen, in welcher Art die Referenten-Anträge gestellt sind. Herr College Ritter v. Goldschmidt hat das schon in der Hauptsache berührt. Ich will mich darauf gar nicht einlassen, ob das Project architektonisch schön und zweckmäßig ist oder nicht, weil ich davon sehr wenig verstehe, zum mindesten will ich es nicht behaupten.

Worüber ich aber sprechen muß, das ist die finanzielle Seite der Frage. Es wird hier der Gemeinde Wien zugemuthet, sie solle principiell aussprechen, daß sie 2 Millionen Kronen unter gewissen Umständen für dieses Project zur Verfügung stellt. Ich muß mich nun als Kaufmann fragen, was bekommen wir? Von diesem Hinweis auf die Vortheile, welche die Gemeinde für ihre Mitwirkung im Betrage von 2 Millionen Kronen einheimst, ist im Referat nicht im entferntesten die Rede. Ich begreife, daß in diesen Anträgen nicht auf Kronen und Heller ausgerechnet werden kann, daß wir, wenn wir 2 Millionen Kronen hergeben, etwa 2,300.000 K einnehmen. Das verbietet ja die geschäftsmännische Vorsicht. Aber zum mindesten hätte ich erwartet, daß ein solches Referat, welches mit dem Antrage schließt, für die Erweiterung der Stadt 2 Millionen Kronen herzugeben, jene Vortheile aufzählt, welche der Stadtgemeinde daraus erwachsen. Das ist dasjenige, was ich zu wissen gewünscht hätte, bevor ich in die Lage komme, ein Botum in der Frage abzugeben.

Ich kann nicht unterlassen, auch noch auf einige Auslassungen der Herren Vorredner einzugehen, werde mich aber kurz fassen. Es wurde hier seitens des Herrn Collegen Costenoble darauf hingewiesen oder sagen wir behauptet, oder die Ansicht ausgesprochen, daß durch die Regulierung dieses Stadttheiles nur Speculanten und vielleicht Schwindlern Vorschub geleistet wird.

Meine Herren! Ich möchte Sie bitten, bei derartigen, wichtigen, für die Stadt von weittragenden Folgen begleiteten Fragen, diese Art der Bekämpfung beiseite zu lassen. Wenn die Gemeinde nicht selbst einige Millionen in die Hand nimmt, so werden Sie die nothwendige Regulierung, an welche wir im Interesse aller Bewohner der Stadtgemeinde schreiten sollen, nicht anders erreichen, als so, daß Sie irgend welche Leute finden,

welche diese Regulierung in Angriff nehmen. Dafs diese es nicht irgend welchen Augen zu Liebe thun werden, ihr Capital und ihren Credit einzusetzen, darüber müssen Sie sich klar sein. Es sind unter Ihnen so viele Geschäftsleute, welche das begreiflich finden werden. (Zustimmung.)

Wenn Sie also die Bauspeculation, wenn Sie die Unternehmungen, welche sich dazu erbieten, nicht unterstützen und selbst die Mittel dazu nicht haben, so müssen Sie ewig auf dem alten Flecke stehen bleiben. Ich glaube also, dafs gerade die Gemeinde Wien in Folge der Bedeutung, welche sie nach ihrer Vereinigung mit den Vororten gewonnen hat, geradezu verpflichtet ist, wenn solche Anträge an die Stadtgemeinde gestellt werden, sie zu prüfen, und wenn sie zu dem gewünschten Erfolge zu führen geeignet sind, sie auch wirklich nicht nur moralisch, sondern auch materiell, wie es auch heute beantragt wird, zu unterstützen und zu fördern.

Herr Colleague Bielohlawek hat sich einen billigen Wig geleistet. Er kann nichts für sein Temperament; ich möchte aber derartige Fragen wirklich nicht mit Wigen behandeln. Es wurde hier gesagt, man soll die Judengasse regulieren. (Zwischenrufe: Das war kein Wig!) Ich weiß ja, meine Herren, es war ein Scherz; ich weiß, er war darauf berechnet, wie man sagt, eine heitere Stimmung zu erzeugen. Ich verzeihe ihm das auch deshalb. Aber wenn man von der Regulierung einer Hauptverkehrsader, wie es der Vorschlag Stephansplatz—Ringstraße ist, spricht, so kann man doch unmöglich als Gegensatz dazu sagen: „Regulieren wir die Judengasse!“ (Sehr richtig!) Dafs die Judengasse regulierungsbedürftig ist, meine Herren, das wird doch niemand leugnen. (Zwischenrufe und Heiterkeit.) Aber in diesem Falle werden Sie, um auch wieder wigig zu sein, christliche Unternehmer finden müssen, welche die Judengasse gründlich regulieren. Vielleicht wird es dem Herrn Colleague Bielohlawek gelingen, ein solches Consortium zusammenzustellen und die Judengasse nach seiner Art vollständig zu regulieren, und, wie er sagt, auch die Pestwinkel daraus zu entfernen.

Es wurde auch darauf hingewiesen, dafs die Regulierung speciell dieses Theiles der Stadt viele Nachteile für die kleinen Geschäftsleute mit sich bringt, welche ihre Geschäfte dort haben, später aber nicht dort haben könnten, und es wurde darauf hingewiesen, dafs denselben Schwierigkeiten bezüglich der Wohnungsfrage entstehen. Ich begreife das vollständig und verschließe mich solchen Anschauungen nicht. Diese Anschauungen können ja mit berücksichtigt werden, sie können aber für die Beurtheilung, für die Durchführbarkeit und für die Zweckmäßigkeit eines Projectes zumindest nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. Es wurde darauf hingewiesen, dafs es den kleinen Geschäftsleuten fürderhin nicht möglich sein wird, die Zinse, welche in dem Stadttheile entstehen werden, zu erschwingen. Da stehe ich allerdings auf einem anderen Standpunkte. Entweder es werden sich Leute finden, welche die Zinse zu bezahlen in der Lage sind, welche mit Rücksicht auf die Gesehungskosten gefordert werden müssen, oder es werden sich diese Leute nicht finden. Und in diesem Falle werden diese Geschäftslocalitäten gewifs nicht leer stehen, sondern sie werden dann zu einem billigeren Zinse abgegeben werden.

Herr Colleague Bielohlawek wird sich noch zu erinnern wissen aus seinen jüngeren Jahren, ich sage nicht, in seinen jungen Jahren, denn er ist noch immer jung, wie verschiedene Stadttheile

in der Inneren Stadt zuerst bewohnt waren. Damals mußten auch kleine Geschäftsleute heraus.

Für kleine Leute ist es ja so: Sie können nur Geschäfte machen innerhalb eines Rahmens, welcher ihnen durch ihre Mittel und ihre Geschäfte gezogen ist. Wenn beispielsweise in dem neu regulierten Stadttheile lauter Palais aufgebaut werden und lauter Millionäre wohnen, so meine ich, werden die Bedürfnisse anders als sie heute sind, und zur Befriedigung dieser Bedürfnisse müssen andere Factoren herangezogen werden, weil die jetzigen Factoren diese Bedürfnisse, wenn sie entstehen, zu befriedigen nicht in der Lage sind.

Ich sage das objectiv, rein geschäftlich, mir liegt jeder andere Gedanke vollständig fern, ich will das nur vom geschäftlichen Standpunkte aus besprechen.

Ich muß aber dem Ausspruche des Herrn Colleague Bielohlawek entgegenreten, der gesagt hat, dort werden überhaupt nur lauter Schwindler wohnen.

Gem.-Rath Bielohlawek: Das habe ich nicht gesagt! Ich bitte sehr!

Gem.-Rath Orel: Wie war der Ausdruck denn?

Gem.-Rath Bielohlawek: Ich habe nur darauf hingewiesen, dafs davon gesprochen wurde!

Gem.-Rath Orel: Das ist ganz einerlei. Das, glaube ich, haben wir nicht zu befürchten. Wenn dieses Project materiell sichergestellt ist, und wenn gegen dieses Project aus architektonischen, Verkehrs- und anderen Rücksichten keine Einwendung erhoben wird, dann dürfen die anderen Einwendungen rücksichtlich der zuletzt von mir behandelten Frage nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein und Sie könnten ganz ruhig dieses Project genehmigen. Es scheint aber, und auf mich macht es den Eindruck, dafs finanziell dieses Project vollständig in der Luft hängt. Denn es ist ja unmöglich, dafs in der Art, wie dieses Project hier der Annahme des Gemeinderathes empfohlen wird, überhaupt beschlossen werden kann. Ich kann mir das nicht vorstellen, dafs der Gemeinderath in seiner großen Majorität die Vorschläge des Stadtrathes in der Gestalt, wie sie hier projectiert werden, überhaupt annehmen kann.

Es hat Herr Dr. Nechansky ja schon darauf hingewiesen, dafs niemand da ist, mit dem man das macht; man weiß gar nichts, man kennt die finanziellen Verhältnisse nicht, man weiß nicht, welche finanziellen Factoren dahinter stecken, und man weiß überhaupt nicht und das ist das Gefährlichste daran, was geschieht dann, wenn mitten in der Arbeit, wenn die Gemeinde Wien mit 2.000.000 K dem Projecte beizutreten sich verpflichtet hat, eine finanzielle Katastrophe eintritt. Wie soll das enden?

Sollen die Baracken in der halben Demolierung stehen bleiben? Wer wird sie zu Ende führen? Die Gemeinde! Deshalb möchte ich also empfehlen, die Anträge des Stadtrathes nicht anzunehmen, weil dieses Project, abgesehen von allen anderen Gründen, nach meiner Auffassung finanziell nicht realisierbar ist, zum mindesten nicht in der vorliegenden Form.

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rath Zifferer pro.

Gem.-Rath Zifferer: Wenn ich mich als Proredner habe eintragen lassen, so ist dies deshalb geschehen, weil ich mich von demselben Gesichtspunkte leiten lasse, den Herr Gem.-Rath Bielohlawek als letzten Punkt besonders betont hat, nämlich das finanzielle Interesse der Wählerschaft zu vertreten. (Gem.-Rath Bielohlawek: Der Wähler! Nicht der Wählerschaft, denn von den Juden bin ich ja nicht gewählt worden!)

Bürgermeister: Das ist ja alles eins, ob Wähler oder Wählerchaft.

Gem.-Rath Bifferer (fortfahrend): Und ich werde aus denselben Gründen für die Sache sprechen, aber auch einen Zusatz-Antrag stellen, welcher diesen Interessen der Wähler entspricht.

Das eine muß sonnenklar sein, daß das heutige Verfahren der Straßenerweiterung das denkbar kostspieligste ist, und daß es daher entschieden angezeigt wäre, in großem Stile vorzugehen, anstatt immer nur ein Stück Schadloshaltung zu bezahlen, dann wieder eine Schadloshaltung zu bezahlen und doch dabei nicht zu einem Ganzen zu gelangen, wodurch es schließlich immer mehr Geld kostet, als wenn die Sache nach einem großen System durchgeführt worden wäre. Schon um dieses Principes willen und weil ich der Überzeugung bin, daß es so besser wäre, würde sich der Versuch, wie er heute vorliegt, lohnen, auch wenn er kostspieliger sein sollte. Ich meinte, daß man dann wenigstens für die Zukunft wüßte, wie man daran ist.

Ich muß mich aber auch dagegen aussprechen, daß man mit besonderem Respect oder, ich möchte sagen, mit einer Pietät, an diesem Stadttheil hängen soll, so wie er heute besteht.

Sie gehen von der Anschauung aus, daß der Stadttheil von der ärmeren Bevölkerung bewohnt wird, und daß man diese gewissermaßen auf die Straße setzt oder aus dem Bezirke hinausdrängt.

Umgekehrt ist die Sache.

Die Zustände in den Häusern dieses Stadttheiles sind derart sanitätswidrig, daß ein vermöglicher Mann dort überhaupt nicht wohnen will. Deshalb wohnen kleine Leute in diesen Häusern. Ich gehe aber von der Ansicht aus, daß auch der Ärmste heute in einer in sanitärer Hinsicht guten Wohnung wohnen muß, und daß man ihm nicht zumuthen kann, aus lauter Rücksicht auf alte Chaluppen, daß er in elenden Quartieren untergebracht werde, wo von Luft und Licht keine Rede ist, und wo die Aborte in einem so scheußlichen Zustande sind, daß man ihn nicht weiter dulden kann, wo man den Gestank fortwährend riechen muß. (Zustimmung.) Wir müssen dulden, daß die armen Leute darinnen wohnen. In Prag hat man eigens ein Expropriationsgesetz gegeben, nur um solche Stadttheile zu beseitigen, und wenn wir Gelegenheit haben, daß hier dasselbe geschehe, so muß man mit Freuden zugreifen. Es ist eine ganz falsche Rücksicht, die Sie da nehmen. In diesem Viertel, sagen Sie, ist noch die Möglichkeit gegeben, billig zu wohnen; ja, aber auch die Möglichkeit, bei jeder Gelegenheit so rasch als möglich krank zu werden und an seiner Gesundheit Schaden zu nehmen (Zustimmung), so daß die Betreffenden in ihrem Erwerbe wesentlich geschädigt werden.

Ich bin dessen gewiß, daß dadurch die Frage nicht endgiltig gelöst wird, aber sie führt noch einen Schritt weiter. Es müssen jedoch Bedingungen gestellt werden, und das sind die Zusätze, die ich verlangte, nämlich daß Sicherheit geschaffen werde, daß der Platz vollkommen ausgebaut wird.

Ich habe zum Beispiel gehört, daß gerade der Domherrenhof und das Deutsche Haus noch lange nicht in der Sache mit darin stecken und daß wir so vielleicht einen Platz bekommen, der wohl von der Niernergasse bis an diese Häuser heranhört, aber einen Ausblick auf den Stephansplatz nicht besitzen soll.

Dann ist eine Nothwendigkeit, wie Herr Gem.-Rath **Wielocka** ganz richtig gesagt hat, daß der Platz, wenn er bis zur

Niernergasse geführt wird, auch eine Gabelung an die Ringstraße erhalte.

Aber, meine Herren, eine Hauptsache! Ich sehe hier den Umfang dessen, was die Gemeinde zu thun hat, aber nicht mit einem Wort den Umfang dessen, was uns die Unternehmung zu bieten hat, denn mit diesen allgemeinen Worten: „für Zwecke der Einlösungen nach dem vom Stadtbauamte erweiterten Projecte leistet die Gemeinde einen Betrag von 2 Millionen Kronen und ist geneigt, danach die Baulinie zu bestimmen“, ist nichts gesagt. Das ist nicht die Art und Weise, wie man im finanziellen Interesse der Gemeinde Geschäfte macht. Wenn wir etwas kaufen und dafür einen Preis zahlen müssen, so muß auch der Umfang dessen, was wir bekommen, genau umschrieben sein. Es muß heißen, es sind 2 Millionen Kronen zu zahlen, wenn ein Platz in dieser und dieser Ausdehnung und mit den und den Gassen, wie sie in dem Projecte angegeben sind, dort hergestellt wird, es geht aber nicht, bloß zu sagen, wenn das finanziell sichergestellt ist, zahlen wir 2 Millionen Kronen, respective sind wir verpflichtet, diesen Betrag zu bezahlen, was wir aber dafür bekommen, hängt in der Luft.

Ich muß deshalb folgenden Zusatz-Antrag stellen (liest):

„Es ist der Umfang der von der Unternehmung respective vom Architekten **Loy** an die Gemeinde unentgeltlich abzugebenden Straßengründe vom Stadtbauamte vorher bekanntzugeben respective festzustellen.“

Ich muß also nothwendigerweise für die Vertagung sein, weil sich das nicht so leicht wird ausdrücken lassen. Es muß uns ein genauer Plan gegeben werden, welche Straßengründe wir bekommen, wenn wir uns verpflichten, überhaupt einen Betrag und insbesondere einen Betrag von 2 Millionen Kronen zu bezahlen. Ich bin überhaupt begierig zu wissen, ob nicht die competenten Behörden selbst gegen diese Fassung etwas einzuwenden hätten, denn um mich nur auf eines zu berufen, geht es doch nicht an, ein erweitertes Project, das wir gar nicht kennen, anzunehmen. Wir haben eine Reihe von Bildern zu sehen bekommen, wir sehen aber, daß man sich darum streitet, ob das einen Platz oder eine Straße bilden soll, weil niemand die Länge und die Breite dieses Platzes oder der Gasse zu sehen bekommen hat. Wir sehen nur perspectivische Bilder, aber nach solchen macht man keine Geschäfte.

Wenn der Herr Referent nicht deutlich Auskünfte geben kann über den Umfang der Leistungen, welche Herr **Loy** an die Gemeinde zu machen hat, wenn das nicht ganz genau umschrieben wird, so wie unsere Leistung von 2 Millionen Kronen und die vorherige Bestimmung der Baulinie, so möchte ich bitten, die Angelegenheit zu vertagen.

Bürgermeister: Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Herr **Collegé Costenoble** hat sich zunächst dagegen ausgesprochen, daß ich jetzt daran gehe, ein Project zu befürworten, das eine gewisse Verwandtschaft oder Ähnlichkeit mit dem Projecte des Ingenieurs **Niehl** hat. Ich hätte geglaubt, eher dafür Lob zu ernten, daß ich nun dafür eintrat, ein Project durchzuführen, welches im großen und ganzen nach dem Geiste gehalten ist, der ihn selbst befeuert, und nun trifft mich ein Tadel. Wie ich mich auch bemühe, die Sache nach den Wünschen des Herrn **Collegé Costenoble** einzurichten, es gelingt mir nicht!

Was die Frage betrifft, daß es wichtiger sei, die **Vogner-** und **Naglergasse** zu regulieren, so leugne ich nicht, daß ich auch

dieser Meinung bin, aber ein Privater hat sich bis jetzt nicht gefunden, der sich erboten hat, die Regulierung um den verhältnismäßig geringen Preis von 1 Million Gulden auszuführen. Die amtlichen und stadträtlichen Bemühungen haben nicht zum Ziele geführt. Ich habe die Überzeugung, wenn die Herren Costenoble, Bielohlawek und einige andere auf die Durchführung der Regulierung der Vogner- und Naglergasse so viele Monate und jahrelange Mühe aufgewendet hätten, welche ich der Sache zugewendet habe, wir die Regulierung längst durchgeführt hätten. Ich bin überzeugt, dass die übertriebenen Beträge, welche seitens der Anrainer verlangt worden sind, seitens der Gemeinde wirklich gezahlt worden wären.

Herr Dr. Nechansky ist wieder auf das Expropriationsgesetz zu sprechen gekommen und ich könnte ihm daher wieder alles antworten, was ich schon über diese Frage gesagt habe, aber ich will vom Gegenstande nicht abschweifen, wie es einzelne Redner gethan haben. Er fragte und nach ihm fragten noch andere Gegen- und Proredner, mit wem wir eigentlich den Vertrag abschließen und wo die Garantie dafür zu suchen sei.

Die Anträge sind in dieser Hinsicht vorsichtig genug abgefasst; heute sollen nur principielle Beschlüsse gefasst werden, welche erst zur Ausführung kommen sollen, wenn es Herrn Lok gelungen ist, den Fehlbetrag zur Gesamtsumme zu beschaffen und er den untrüglichen Nachweis erbracht hat, dass er über den Fehlbetrag verfügt. Wer dann den Vertrag abschließt, ob ein Geldinstitut für Herrn Lok, oder ob er es selbst ist, das bleibt sich gleich, wenn nur die entsprechende Summe deponiert, wenn nur die entsprechende Garantie vorhanden ist, dass der Restbetrag aufgebracht wird, dann ist für die Gemeinde keine Gefahr, dass sie das angefangene Project allein durchführen und auch die weitere Summe daraufzahlen muß.

Was die Frage der Stilgattungen anbelangt, die Herr Dr. Nechansky berührt hat, so gehört dies zu Detailbestimmungen. Behalten wir uns die Details der Baulinienbestimmung vor, so werden wir uns selbstverständlich auch die Details in dieser Frage vorbehalten; nur möchte ich in dieser Beziehung liberaler sein und nicht mit dem Laienverständnisse des Herrn Dr. Nechansky Vorschriften machen, sondern die Architekten vielmehr nach eigenem Verständnis und Können schalten und walten lassen.

Herrn Collegen Dr. Porzer danke ich für seine lebenswürdigen und freundlichen Worte, die er dem Projecte gewidmet hat, und für die Vertheidigung, die er dem Projectanten zutheil werden ließ, der schon durch die Art und Weise, wie er an den Gemeinderath herantrat, gezeigt hat, dass er nicht eigennützig gefinnt sei.

Insbefondere hätte Herr College Costenoble ihm nicht den Vorwurf machen sollen, da ja er seinerzeit Herrn Ingenieur Niehl wahrscheinlich mit demselben Rechte vertheidigt hat, wie heute College Dr. Porzer Herrn Architekten Lok vertheidigte; so wenig wir Herrn Ingenieur Niehl jemals eigennützig oder unreele Absichten unterschieben, ebensowenig möchte ich, dass jetzt Herrn Architekten Lok etwas derartiges untershoben wird.

Was die Frage der Kosten betrifft, mag es richtig sein, dass ich in der Eile des Referates, das ich nur in der Absicht, die Versammlung möglichst wenig aufzuhalten, möglichst kurz gehalten habe, ziffermäßig zu sparsam gewesen bin. Aus dem Ihnen zugewandten Actenmateriale geht aber hervor, dass Herr Architekt Lok sein Project selbst mit 4,600.000 K bewertet, während das

Stadtbauamt einige Häusereinlösungen mit einbezieht und gefunden hat, dass eine Summe von 5,500.000 K, also um rund 900.000 K mehr erforderlich sind, als Herr Architekt Lok berechnet hat. Darauf bezieht sich nun der Passus des vom Stadtbauamte erweiterten Projectes, was sich nicht auf technische und künstlerische Fragen bezieht, welche Fragen es vielmehr der späteren detaillierten Beschlussfassung vorbehalten wissen will; wenn also die Gemeinde bei einem Gesamtkostenbetrage von rund 5½ Millionen Kronen einen Zuschuss von 2 Millionen Kronen gibt, so trifft allerdings in gewisser Beziehung der Vorwurf, den ihr die „Neue Freie Presse“ a priori macht, dass der Gemeinderath sich mit dieser Bagatelle eine große Regulierung herauschinden will, materiell zu, nicht aber mit allen jenen niederen Insinuationen, mit denen dieses Blatt immer gegen den Gemeinderath vorzugehen für nothwendig erachtet.

Was den Vorwurf des Herrn Collegen Bielohlawek betrifft, so glaube ich ihn theilweise damit entkräften zu können, dass doch ein neues Gebiet mit Geschäftsläden zc. erschlossen wird und die Einzelpreise für Geschäftsläden, Wohnungen zc. doch heruntersinken müssen, wenn deren mehrere in der Stadt geschaffen werden, und es würde doch die Möglichkeit geboten sein, dass auch kleinere Leute mittlere Geschäftsläden erwerben können.

Die von den Collegen Drel und Zifferer erwähnten Punkte sind vielfach schon gestreift worden und insbesondere haben sie sich auch in einem circulus vitiosus begeben, dass man zuerst für Herrn Lok die Bedingung der Concessions-Erwerbung setzen und erst nachher mit ihm in Verhandlung treten solle. Herr Lok wird ins solange nicht die nöthigen restlichen Geldmittel zustande bringen können, als ihm nicht seitens des Gemeinderathes wenigstens die principielle Zusicherung gemacht ist, welche aus den heutigen Anträgen hervorgeht.

Wenn Herr College Zifferer uns vorwirft, dass hier nur perspectivische Bilder vorhanden sind, so ist das nicht wahr; es sind zahlreiche, umfangreiche Projectstudien da, die noch durch die Aemter mit weiterem Material ergänzt wurden und den Acten beiliegen, und die hier zur Einsicht aufgelegt worden sind. Das ganze Project erfreut sich gewiss einer weitgehenden künstlerischen Sorgfalt und Ausgestaltung und würde dem in dem nächsten Jahre ohnedies wahrscheinlich daniederliegenden Baugewerbe einen wesentlichen Impuls geben. Von diesem Gesichtspunkte allein schon glaube ich Ihnen die Annahme der Stadtraths-Anträge neuerlich befürworten zu können.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Bielohlawek zur thatjächlichen Berichtigung!

Gem.-Rath Bielohlawek: Herr Gem.-Rath Drel hat erklärt, ich hätte nur vom einseitigen Standpunkte aus für die Geschäftsleute und kleinen Leute dieses Project bekämpft. Ich berichtige thatjächlich, dass ich eingangs meiner Rede auch vom ästhetischen Standpunkte aus gesprochen habe, indem ich den Abschluss als nicht passend bezeichnet habe. Ich habe also nicht lediglich vom kleinlichen Standpunkte aus gesprochen. Ich erkläre weiters, dass mein Project, welches ich nur so angedeutet habe mit der Judengasse, kein Scherz war. Ich berichtige thatjächlich, dass es mein voller Ernst ist, dass die Judengasse reguliert werde, weil auch dort eine Kirche steht, eine sehr berühmte Kirche, nämlich die Rupprechtskirche, und es würde sich gewiss schöner ausnehmen, wenn von ihr diese Umgebung wegkommen würde. (Heiterkeit.) Herr Gem.-Rath Zifferer hat erklärt, dass dort

nur alte Chaluppen und Gerümpelwerk stehen, mit scandalös niedrigen Zimmern, schlechten Aborten etc. etc. (Gem.-Rath Zifferer: Meistentheils!)

Ich berichtige thatsächlich, daß nicht lauter alte Chaluppen dort stehen, daß dort bereits thatsächlich fünf neue Gebäude stehen, die auch eingelöst werden müssen. Das habe ich mich nur zu berichtigen veranlaßt gesehen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Costenoble zur thatsächlichen Berichtigung!

Gem.-Rath Costenoble: Der Herr Referent hat gesagt, er wundere sich, daß ich dieses Project mit der *Niehl-Avenue* vergleiche. Meine Herren! Die *Niehl-Avenue* wäre eine Reichsstraße geworden, sie wäre ins Reich hinausgegangen, ins Oesterreich, nicht ins Deutsche Reich (Heiterkeit), während das hier doch nur ein Theil der Stadt ist. Es ist doch ein Unterschied zwischen einer breiten Straße, die bis ins Marchfeld geht, und zwischen einer Straße, die in der Niemergasse aufhört, also ist ein Vergleich eigentlich nicht möglich. Ich habe gegen die Regulierung nichts, aber die Million will ich nicht hergeben. (Heiterkeit.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen die ersten zwei Anträge ist ein Gegen-Antrag nicht gestellt worden. Bezüglich des Antrages 3 hat Herr Gem.-Rath Zifferer den Antrag gestellt, daß in dem abzuschließenden Vertrage der Umfang der abzutretenden Straßengründe genau angegeben werden muß. Herr Gem.-Rath Dr. *Nečanský* hat als sub 4 den Zusatz-Antrag gestellt, daß der Stil, in dem die Häuser zu erbauen sind, im Vereine mit der Gemeinde zu bestimmen ist.

Ich werde zuerst über die Anträge sub 1 und 2 abstimmen lassen. Werden sie abgelehnt, so entfallen alle anderen Abstimmungen, werden sie angenommen, so wird dann über Punkt 3, dann über den Antrag des Herrn-Collegen Zifferer zu Punkt 3 und endlich über den Antrag des Herrn Dr. *Nečanský* abgestimmt werden. Ich glaube, dieser Vorgang ist der richtige. (Zustimmung.)

Ich ersuche diejenigen Herren, welche mit den Anträgen sub 1 und 2 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Die Anträge sind mit überwiegender Majorität abgelehnt. Der Gegenstand ist erledigt.

Beschluß: Die Anträge des Stadtrathes, betreffend das Project des Architekten *Arnold Pösz* für eine Regulierung des zwischen Singer- und Schulerstraße befindlichen Theiles des I. Bezirkes durch Schaffung eines Kaiser-Franz-Josef-Jubiläumspalzes werden abgelehnt.

24. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 342. K. und k. technisches Militär-Comité um Ableitung der Elektrizität durch Verbindung der Blitzableiter mit den Wasserleitungsröhren.

Es liegt der Antrag vor, diese Verbindung im Princip zu genehmigen, jedoch wird der Magistrat beauftragt, diesbezüglich Vorschriften auszuarbeiten, welche unter anderem zu enthalten haben:

- a) das Minimalausmaß der Röhre, an welche angebunden werden darf;
- b) die Art des Anschlusses;
- c) die jederzeitige Widerruflichkeit der Erlaubnis und die ausdrückliche Bestimmung, daß durch diese Duldung eine Servitut nicht entstehe.

Zu den Antrag hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es dreht sich nämlich das Ansuchen lediglich um die Anbindung an die Wasserleitungsröhre, und nicht um die Anbindung an die Gasröhre. Nachdem mir Colleague *Moerjen* mitgetheilt hat, daß bezüglich der Anbindung an die Gasröhre gewisse technische Bedenken, gegen die Anbindung an die Wasserleitungsröhre nicht nur keine Bedenken obwalten, sondern daß das auch zum eigenen Schutz der Wasserleitungsröhre dienen kann, so bitte ich, aus dem Antrage die Worte „Gas und“ zu streichen und lediglich den Antrag derart anzunehmen, daß es heißt (liest):

„Die Einbindung der Blitzableiter in die Hauptwasserleitungsröhre wird im Principe gestattet, doch sind diesbezüglich Vorschriften auszuarbeiten.“

Und so weiter.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Stadtrath's-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Die Einbindung der Blitzableiter in die Hauptwasserleitungsröhre wird im Principe gestattet, doch sind diesbezüglich Vorschriften auszuarbeiten, welche unter anderem zu enthalten haben:

- a) das Minimalausmaß der Röhre, an welche angebunden werden darf;
- b) die Art des Anschlusses;
- c) die jederzeitige Widerruflichkeit der Erlaubnis und die ausdrückliche Bestimmung, daß durch diese Duldung eine Servitut nicht entstehe.

Bürgermeister: Ich ersuche nunmehr Herrn Gem.-Rath *Graba* zum Referate.

25. Referent Gem.-Rath Graba: Ich habe die Ehre, zu Zahlen 5751 und 6869 ex 1900, Beilage 465, zu referieren. Es hat Herr Gem.-Rath Dr. *Kloßberg* den Antrag gestellt, daß anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres Seiner Majestät des Kaisers dieses Festjahr sämtlichen bei der Stadt Wien definitiv angestellten Personen, das ist den Beamten, Dienern und Diurnisten in Ansehung ihrer Pensionsberechtigung beziehungsweise Provisionsberechtigung bei der Pensionierung und graduellen Vorrückung u. s. w. in die Dienstzeit doppelt eingerechnet wird. Dieser Antrag ist zwar ein sehr wohlgemeinter, aber die Kosten sind ganz bedeutende, und zwar wird der Mehraufwand seitens der Buchhaltung mit 468.700 K pro Jahr berechnet, und es entfallen durchschnittlich jährlich 47.600 K auf den Pensionsetat, 400.000 K auf die Zulagen — Triennien, Quadriennien, Quinquennien — und 21.000 K auf die Diurnisten.

Meine Herren! Mir als Referenten erschien diese Mehrauslage von 468.700 K unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Gemeinderath im Jahre 1898 1.000.000 K pro Jahr für die Regulierung der Beamtengehalte genehmigt hat, zu hoch. Ich getraute mich nicht, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen, und glaube auch nicht, daß der Gemeinderath sich in die Lage versetzt fühlen würde, einem solchen Antrage seine Zustimmung zu geben. (Auf: Es war ja nur ein Wahlmanöver!) So!

Ich bitte also um Annahme der vorgelegten Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath *Pacher* pro!

Gem.-Rath Pacher: Meine sehr geehrten Herren! Bei Beratung der Angelegenheit, betreffend den zweiten Punkt, nämlich die Einbeziehung des halben Quartiergeldes in die normalmäßige

Pension der städtischen Beamten und Diener, glaube ich, ist es wohl notwendig, die Verhältnisse im Beamtenleben des Näheren ins Auge zu fassen.

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, Herr College, nur über das Quartiergeld zu reden, wir müssen ja fertig werden.

Gem.-Rath Pacher (fortfahrend): Ich werde nur über das Quartiergeld sprechen. Ich habe selbst eine langjährige Beamtenproxis zurückgelegt und habe Gelegenheit gehabt, die Lebensverhältnisse der Beamten in den verschiedenen Rangstufen kennen zu lernen. Die Erfahrungen, die ich dabei gemacht habe, überzeugten mich von der Richtigkeit der Thatsache, daß ein Beamter, der auf seine fixen Bezüge allein angewiesen bleibt, nie in die Lage kommt, von diesen seinen fixen Bezügen ein Übriges für seine späteren Lebensstage zurückzulegen. Nun erreicht der Beamte, sagen wir, nach 35 bis 40jähriger Dienstzeit jene Altersgrenze, die es ihm selbst fühlbar macht, daß er nicht mehr den an ihn gestellten Anforderungen des Dienstes in jenem Maße nachkommen könne, wie er es früher gewohnt war, und er ersucht um seine Pensionierung. Nun frage ich die geehrten Herren, ist es nicht unbillig, daß dieser Mann bei Erledigung seines Pensionsgesuches in ein geringeres Einkommen versetzt wird, als er es bei activer Dienstleistung gehabt hat? Entspricht es der Gerechtigkeit und Billigkeit, von einem altersgrauen Manne zu verlangen, daß er in diesem vorgerückten Alter in seinen gewohnten, gewiß nicht übermäßigen Lebensverhältnissen sich einschränke, in jenen Lebensjahren, in welchen er gerade infolge des vorgerückten Alters mehr für das Leben braucht?

Ich betrachte daher die Anträge des Stadtrathes nur als ein Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit und bitte um Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Martin Schneeweiß zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rath Martin Schneeweiß: Ich beantrage Schluss der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ihre Herren, welche dafür sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschickt.) **Angenommen.**

Zum Worte gelangt noch Herr Gem.-Rath Schlechter.

Gem.-Rath Schlechter: Es läßt sich nicht leugnen, daß die Vorlage, die uns vorgetragen wurde, eine wesentliche Verbesserung der Gehalte der Beamtschaft an sich faßt, und ich glaube, es wird in der Richtung niemand im Gemeinderathe sein, der principiell dagegen wäre, sondern wir werden, wie ich denke, alle einstimmig dafür uns aussprechen. Ich habe nur in einer Richtung auf etwas aufmerksam zu machen, weil mir scheint, daß der Gemeinderath noch ein wenig mehr des Guten thun könnte, und zwar handelt es sich um folgenden Fall.

Nach den jetzt geltenden Bestimmungen wird unter allen Umständen, dann, wenn einer pensioniert wird, das halbe Quartiergeld eingerechnet. Es wird daher nach den jetzt geltenden Bestimmungen nicht zu prüfen sein, ob die Zeit so weit abgelaufen ist, daß wirklich das halbe Quartiergeld zu zahlen ist oder nicht.

Denjenigen Beamten, die gegenwärtig angestellt sind, wird dieses auch noch belassen. Wenn dagegen ein Beamter, welcher von jetzt an neu angestellt wird, zur Pensionierung gelangt, kann es unter Umständen geschehen, daß er nicht die Hälfte des Quartiergeldes, sondern nur 40 Percent bekommt.

Ich glaube, das ist im Laufe der Jahre so unbedeutend, daß ich denke, der Gemeinderath sollte noch etwas mehr thun und in

der Beziehung bei dem bisherigen System bleiben, daß unter allen Umständen mindestens die Hälfte des Quartiergeldes sichergestellt wird. Ich mache zur Motivierung darauf aufmerksam, daß sich niemand aus Vergnügen pensionieren läßt; es hängt nicht einmal von ihm ab, ob er pensioniert wird oder nicht, sondern es kann doch nur jemand pensioniert werden, der dienstuntauglich ist. Und wodurch kann er dienstuntauglich werden? Entweder durch ein körperliches Gebrechen oder durch ein Gebrechen, welches er sich direct im Dienste zuzieht? (Gem.-Rath Eigner ruft dazwischen.) Die Manipulation, die mir soeben Herr Gem.-Rath Eigner vordemonstriert hat, habe ich nicht im Auge. Ich sage daher Folgendes.

Es kommt mancher unschuldigerweise dazu, daß er plötzlich pensioniert werden muß, und ich möchte nur ein paar Fälle anführen, wo es eigentlich nicht zum verwundern wäre, wenn einer in Pension gehen müßte.

Wer unsere Steuerverhältnisse kennt, muß sagen, es ist ein Wunder, daß nicht mehr von jenen Beamten, welche damit zu thun haben, irrsinnig werden. Ich bewundere manchmal die Beamten des Steueramtes, denn, wenn man bedenkt, was diese in letzter Zeit in Bezug auf Steuer-Angelegenheiten, Einkommenbekenntnisse und Tabellen mitgemacht haben, so wird einem vollständig schwindelig zu Muth.

Es ist aber auch auf anderen Gebieten sehr leicht denkbar, daß einer pensionierungsbedürftig wird. Wenn so ein Beamter im Wahlcataster ist und eine Reichsraths- oder Gemeinderathswahl mitmachen muß und mit 140.000 Wählern zu thun hat, so wäre es kein Wunder, wenn ein solcher Mensch krank wird.

Bürgermeister (unterbrechend): Aber Herr College, wir sind ja doch beim Quartiergeld. Daß die Beamten verrückt werden, ist kein Wunder, daß aber die Steuerzahler nicht verrückt werden, das ist ein Wunder! (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Schlechter (fortfahrend): Ich bin ja bei der Sache, ich bitte, mich daher nicht zu unterbrechen. Die Steuerzahler kriegen ja kein Quartiergeld von der Gemeinde, darum kann ich sie nicht anziehen. Ich kann nur von den Beamten sprechen; es ist nicht anders möglich. Was ich aber spreche, kommt ja vom guten Herzen, und man sollte darauf Rücksicht nehmen. Die Differenz zwischen meiner Anschauung und den vorliegenden Anträgen ist so unbedeutend, daß ich nicht haben will, daß der Gemeinderath eine solche Verbesserung eintreten lasse, daß er mit einer Hand allerdings ziemlich viel gibt und gleichzeitig mit der andern etwas nimmt.

Wenn Sie schon eine Verbesserung herbeiführen, so zwicken Sie nicht auf der anderen Seite etwas ab. Das zu vermeiden, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen.

Es soll vom Punkte 2 nach dem Satze „als bei der Ermittlung der Pension vom Gehalte in Anrechnung zu bringen sind“, der nächste Absatz ganz entfallen und sollte es heißen: „Es darf aber in keinem Falle weniger als die Hälfte des entsprechenden Classen-Quartiergeldes, beziehungsweise des Naturalwohnungsäquivalentes ausmachen.“

Das ist, meine Herren, ein so bescheidener Wunsch, so billig und gerecht, der sich auch den jetzt bestehenden Verfügungen anschließt, daß er von Ihnen gewiß angenommen werden muß, da es die Beamtschaft verdient, daß man in der Weise auf sie Rücksicht nimmt.

Ich mache nur noch darauf aufmerksam, daß in der Beamten-schaft selbst das Bestreben sich geltend macht, durch eine eigene Versicherung das ganze Quartiergeld sich zu sichern. Nun kommt ihnen die Gemeinde entgegen; allerdings ist nicht das ganze gesichert, aber doch der größte Theil, darum nehmen Sie die kleine von mir beantragte Änderung an.

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand mehr gemeldet.

Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Was Herr Colleague Schlechter will, ist mir nicht recht begreiflich. Sollen wir den Beamten nach zehn Dienst-jahren das ganze Quartiergeld oder nach dem ersten Dienstjahr den ganzen Gehalt und das Quartiergeld voll geben? Das ver-langen ja die Beamten gar nicht, sondern die verlangen nur, daß ihr volles Einkommen nach Maßgabe ihrer Dienstzeit pro rata temporis in die Pension einbezogen werde. Das verlangen sie und dem ist hier vollauf entsprochen.

Die Kosten, die dieser Antrag hervorruft, werden von unseren Versicherungstechnikern der städtischen Lebens- und Renten-Ver-sicherungsanstalt in steigender Weise bis zu 150.000 K jährlich berechnet.

Bürgermeister: Jährlich!

Referent (fortfahrend): Sie erweisen den Beamten dadurch die Erfüllung eines langjährigen Wunsches und Sie sichern ihre Altersversorgung in der glänzendsten und richtigsten Weise.

Ich habe nur noch zu bemerken, was im Antrage nicht an-geführt ist, nämlich, daß das geringe Mehrerforderniß pro 1901 auf die Intercalarien gewiesen ist.

Ich bitte um die Annahme des Stadtraths-Antrages, so, wie er Ihnen vorliegt. (Beifall.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Herr Gem.-Rath Schlechter hat einen Gegen-Antrag ge-stellt, daß die Quartiergeldquote, welche in die Pension ein-zubeziehen ist, unter jeder Bedingung mindestens 50 Percent des Quartiergeldes ausmachen müsse.

Dieser Antrag ist ein weiter gehender.

Diesjenigen Herren, welche dem Antrage des Gem.-Rathes Sch-lechter zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Ge-schieht.) Das ist die Minorität. Abgelehnt.

Diesjenigen Herren, welche mit den Stadtraths-Anträgen ein-verstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich constatire, daß dieselben mit Stimmen-Einhelligkeit angenom-men sind.

Auch Herr Gem.-Rath Schlechter ist doch dafür.

Beschluß: 1. Der Antrag Dr. Klobberg, betreffend die doppelte Anrechnung des Jahres 1900 bei der Pensions-bemessung und der graduellen Vorrückung in den Gehaltsstufen der definitiven städtischen Beamten und Diener wird abgelehnt.

2. An Stelle des zweiten Absatzes des § 7 der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten ist Folgendes festzusetzen:

Bei der Pensionierung eines Beamten oder sonstigen Angestellten der Gemeinde erhält derselbe ohne Rücksicht darauf, ob er ein Quartiergeld bezog oder im Genusse einer Naturalwohnung stand, außer der normalmäßigen Pension auch einen Mietzinsbeitrag. Der Ermittlung desselben ist bei den in die Rang- oder Bezugsclassen eingereichten Angestellten das ent-

sprechende Classen-Quartiergeld, bei den übrigen An-gestellten das mit 30 Percent des Gehaltes zu be-rechnende Naturalwohnungs-Äquivalent zugrunde zu legen; der Mietzinsbeitrag hat in beiden Fällen eben-soviele Percente zu betragen, als bei der Ermittlung der Pension vom Gehalte in Anrechnung zu bringen sind.

Für die am Tage dieses Gemeinderaths-Beschlusses bereits definitiv angestellten Beamten, beeideten Prakti-kanten und definitiv angestellten Diener aber darf der Mietzinsbeitrag in keinem Falle weniger als die Hälfte des entsprechenden Classenquartiergeldes, beziehungs-weise des Naturalwohnungs-Äquivalentes ausmachen.

Der Mietzinsbeitrag ist in gleicher Weise, wie die Quartiergelder der activen Angestellten auszube-zahlen.

Der Bezug desselben beginnt, wenn der in den Ruhestand tretende Angestellte ein Quartiergeld bezog, mit dem Tage, welcher dem Zinsquartale folgt, für welches er das Quartiergeld bereits bezogen hat, und wenn derselbe im Genusse einer Amts- oder Natural-wohnung stand, vom Tage der Räumung derselben."

Bürgermeister: Jetzt kommt Herr Dr. Deutschmann zum Referate, welcher an Stelle des St.-Rathes Braun, der heute wegen einer schweren Krankheit seiner Frau zu erscheinen ver-hindert ist, das Referat zur Zahl 15192 erstatten wird.

26. Referent Gem.-Rath Dr. Deutschmann: Zahl 15192. Es handelt sich hier um das sogenannte Hausgeld, welches der Pfarrer in Simmering anspricht, auf Grund einer alten vertragmäßigen Verpflichtung, welche seinerzeit die Gemeinde Simmering eingegangen hat und in welche die Gemeinde Wien eingetreten ist. Mit Rücksicht darauf wird beantragt, dieses Haus-geld wieder flüssig zu machen.

Bürgermeister: Es wünscht niemand das Wort? Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluß: Dem Ansuchen des Leonhard Karpf, Pfarrer in Simmering, um Wiederflüssigmachung des anlässlich der Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. März 1899, Z. 1570, eingestellten sogenannten Hausguldens per 1100 K jährlich wird mit dem aus-drücklichen Bemerkten Folge gegeben, daß die Gemeinde Wien alle von der ehemaligen Gemeinde Simmering in dieser Angelegenheit gemachten Vorbehalte des Rück-trittes und die sonstigen in den betreffenden Beschlüssen gestellten Bedingungen aufrecht halte.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Hipp zum Referate.

27. Referent Gem.-Rath Hipp: Ich habe die Ehre, zur Zahl 15202, Beilage Nr. 11, zu referieren. Es handelt sich hier um die Abgabe von Nutzwasser an die Staatsbahnen. Die Herren haben die Vorlage in Händen. Ich bitte, die vorgelegten Anträge anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Helbig pro!

Gem.-Rath Helbig: Ich freue mich außerordentlich, daß man endlich dazu gekommen ist, das, was wir seinerzeit, vor-geschlagen haben, hier anzunehmen, wenn auch leider vor der Hand nur den Staatsbahnen gegenüber. Sie geben den Staats-bahnen das Wasser weitaus billiger und Sie verlangen von ihnen

nicht, daß sie das angemeldete Quantum, wenn es nicht bezogen worden ist, bezahlen, sondern sie bezahlen nur das Quantum, welches sie wirklich verwenden. Das ist dasjenige, was wir seinerzeit verlangt haben, nur bedauere ich, daß dies nur bei den Staatsbahnen geschieht. Merkwürdigerweise hat am 28. September der damalige Referent erklärt: „Es ist gar nicht richtig, die Staatsbahn-Verwaltung muß unter allen Umständen das angemeldete Quantum von 2500 m³ pro Tag bezahlen.“ Darüber hat Herr Gem.-Rath Zifferer angefragt und das ist ihm von dem damaligen Referenten geantwortet worden. Nach dem vorliegenden Projecte scheint das heute nicht mehr der Fall zu sein, denn die Staatsbahn-Verwaltung behält sich sogar vor, daß die Ableitung nicht im Beisein eines unserer, sondern eines ihrer Beamten geschieht, so daß sie gewiß nur zu zahlen hat, was wirklich verwendet worden ist. Dieses Princip ist speciell bei Nutzwasser ein vollkommen richtiges. Wie unrichtig es war, daß Sie dasselbe damals nicht angenommen haben, beweisen die Ziffern.

Wir haben zu beziehen von der Wienthalwasserleitung ein Quantum von 25.000 m³ pro Tag und hener werden für Private 470 m³ sage vierhundertundsiebzig Cubikmeter bezogen, weil man das angemeldete Quantum, auch wenn man es nicht braucht, bezahlen muß und weil 24 h verlangt werden, während Hochquellenwasser um 2 1/2 h theurer zu bezahlen ist, also jeder lieber 2 1/2 h mehr bezahlt und Hochquellenwasser bezieht, weil er dasselbe zu allem verwenden kann, während Nutzwasser nur für bestimmte Zwecke verwendet werden darf. Ich glaube, man soll den Antrag annehmen und gestatte mir den Zusatz-Antrag auch für Private speciell bei Industriewasser den Preis von 24 auf 20 h zu reducieren und auszusprechen, daß jeder nur dasjenige Quantum zu bezahlen hat, welches er wirklich braucht.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Josef Grünbeck pro! Ich mache aufmerksam, daß ich nur über den Antrag und sonst über nichts anderes sprechen lassen werde.

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Ich habe gegen den Antrag nichts einzuwenden und benütze die Gelegenheit, um den Magistrat zu erinnern, daß die Bedingungen des Vertrages eingehalten werden, der seinerzeit zwischen der Gemeinde Wien und der Wienthalwasserleitung abgeschlossen wurde. Ohne die Sache aus technischen Gründen weiter zu motivieren, stelle ich den Antrag, bei dieser Gelegenheit den Magistrat zu beauftragen, das Nöthige zu veranlassen, daß die schadhafte Filter ausgewechselt werden und dem Gemeinderathe überhaupt zu berichten, in welchem Zustande sich die Filter befinden. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schlechter!

Ich bitte aber nur zu dem Stadtraths-Antrage zu sprechen; über das, was Herr Gem.-Rath Helbig beantragt hat, werde ich nicht reden lassen.

Gem.-Rath Schlechter: Ich werde mich nach der Mahnung des Herrn Bürgermeisters verhalten und nur zu dem Gegenstande sprechen. Zuerst aber bitte ich den Herrn Referenten, so freundlich zu sein und zu sagen, was der letzte Punkt bedeutet.

Es heißt da (liest):

„Endlich wäre für den Fall des Stillstandes eines Wassermessers dem in der Note der k. k. Staatsbahn-Direction Wien vom 22. December 1900, Z. 99897, vorgeschlagenen Berechnungsmodus zuzustimmen.“

Wenn ich schon für etwas stimmen soll, möchte ich wissen, was das für ein Modus ist.

Referent: Das ist Punkt 3?

Bürgermeister: Nein, das ist Punkt 7. Der letzte Punkt, wo es heißt (liest):

„Endlich wäre für den Fall des Stillstandes eines Wassermessers dem in der Note der k. k. Staatsbahn-Direction Wien vom 22. December 1900, Z. 99897, vorgeschlagenen Berechnungsmodus zuzustimmen.“

Referent: Das geht dahin, daß die Berechnungen von den vorhergehenden zwei Monaten als Grundlage zur Berechnung des Bedarfes während des Stillstandes zu dienen haben.

Gem.-Rath Schlechter (fortfahrend): Das heißt also, es soll nach dem factischen Ergebnis der vorhergehenden zwei Monate gerechnet werden.

Ich mache nun noch darauf aufmerksam, daß bei diesen großen Wassermessern und bei dem sehr ungleichen Bedarfe und den großen Quantitäten es möglich ist, daß die Wassermesser wirklich leicht zum Stillstande kommen und daß die Gemeinde daher auf Vorbehalt außer der monatlichen Ableitung des Wassermessers Zwischenableitungen vornehmen soll; ich glaube, das ist eine Verbesserung des Punktes 3, wonach es zu heißen hätte (liest):

„3. Das bezogene Wasserquantum wird allmonatlich von den im Punkte 2 bezeichneten Wassermessern unter Mitwirkung von Vertretern beider Theile abgelesen.“

Die Gemeinde behält sich eventuell auch vor, im Laufe der Monate noch andere Ableitungen vorzunehmen.“

Das liegt im Interesse der Gemeinde Wien, und wir würden dann mindestens dasjenige bekommen, was uns zukommt.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, der Herr Referent hat nichts mehr zu bemerken, wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Die Anträge der Herren Gem.-Räthe Josef Grünbeck und Helbig gehören nicht zum Gegenstande der heutigen Verhandlungen. Ich stelle jedoch die Unterstützungsfrage.

Diejenigen Herren, welche diese Anträge unterstützen, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Die Anträge sind genügend unterstützt und gehen an den Stadtrath.

Gegen die Stadtraths-Anträge ist keine Einwendung erhoben; diejenigen Herren, welche einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Schlechter hat den Antrag gestellt, daß die Gemeinde Wien berechtigt sein soll, außer den monatlichen Ableitungen auch noch private Ableitungen in der Zwischenzeit vorzunehmen. Das können wir ja thun; wir können ja auch einen hinstellen, der in einer Tour abliest. (Heiterkeit.)

Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Die Gemeinde Wien gibt an die k. k. Staatsbahn-Direction in Wien Wasser aus der Wienthalwasserleitung mittels der bestehenden Leitungsanlagen für die Station Wien-Westbahnhof im Höchstausmaße von 1000 m³ täglich und für die Station Penzing-Rangierbahnhof im Höchstausmaße von 100 m³ täglich ab, und zwar auf unbestimmte Zeit, vom 1. Jänner 1901 gerechnet unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 19 h per Cubikmeter, sowie gegen eine beiden Theilen zustehende einjährige Kündigungsfrist,

welche stets vom 1. October jedes Jahres zu berechnen ist.

2. Die Abgabe des Wassers erfolgt im Sinne des § 5 des Normales über die Wasserabgabe aus der Wienthalwasserleitung mittels Wassermesser.

Hiebei werden für größere als die im § 5 des Normales aufgezählten Wassermesser folgende Vergütungen (Wassermesserrenten) berechnet: für einen Wassermesser von 80 mm Kaliber jährlich 60 K und für einen von 100 mm jährlich 80 K.

3. Das bezogene Wasserquantum wird allmonatlich von den im Punkte 2 bezeichneten Wassermessern unter Mitwirkung von Vertretern beider Theile abgelesen.

Die Gemeinde behält sich vor, im Laufe der Monate noch andere Ableesungen vorzunehmen.

Die unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 18 h für jeden bezogenen Cubikmeter Wasser berechnete Gebühr wird der k. k. Staatsbahn-Direction in Wien in Anrechnung und von dieser abzüglich des im Punkte 4 bestimmten Rabattes innerhalb 14 Tagen zur Auszahlung gebracht.

4. Von dem festgesetzten Einheitspreise von 19 h per Cubikmeter gewährt die Gemeinde Wien für den einen monatlichen Durchschnittsverbrauch von 400 m³ täglich in der Station Wien-Westbahnhof, sowie für den einen monatlichen Durchschnittsverbrauch von 50 m³ täglich in der Station Penzing-Rangierbahnhof übersteigenden Consum einen Rabatt von 1 h per Cubikmeter, wobei die während der Berechnungsperiode factisch aufgelaufene Zahl der Tage als Grundlage der Berechnung zu dienen hat.

5. Im Falle einer nicht der k. k. Staatsbahn-Direction oder deren Organen zur Last fallenden Unterbrechung der Wasserabgabe aus der Wienthalwasserleitung verpflichtet sich die Gemeinde Wien, Hochquellenwasser nach Maßgabe der vorhandenen Betriebseinrichtungen der Hochquellenleitung zum gleichen Preise wie das Wienthalwasserleitungswasser abzugeben, jedoch nur insoweit, als die Gemeinde Wien Hochquellenwasser zu diesem Zwecke abzugeben in der Lage ist, worüber die Beurtheilung dem Magistrate zusteht.

6. Beide Theile anerkennen die Competenz der Civilgerichte für eventuelle Streitigkeiten über diese Wasserabgabe und verzichten gleicherweise auf das Rechtsmittel wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes.

7. Im übrigen findet auf diese Wasserabgabe, insoweit nicht im Vorstehenden abweichende Bestimmungen getroffen werden, das Normale über die Wassergabe aus der Wienthalwasserleitung Anwendung.

Sollte sich die Nothwendigkeit der Ausfertigung einer Vertragsurkunde ergeben, so wären die bezüglichen Kosten und Gebühren von der k. k. Staatsbahn-Direction Wien zu tragen (§ 21 des Normales).

Endlich wäre für den Fall des Stillstandes eines Wassermessers dem in der Note der k. k. Staatsbahn-

Direction Wien vom 22. December 1900, Z. 99897, vorge schlagenen Berechnungsmodus zuzustimmen.

Bürgermeister: Es wird da wohl kein Hindernis sein, meine Herren. Bei der Berathung über den Gegenstand Zahl 1444 wünscht Herr Gem.-Rath Schuch anwesend zu sein. Nachdem derselbe an Influenza erkrankt ist und der heutigen Sitzung nicht beiwohnen kann, verschiebe ich die Berathung dieses Gegenstandes auf die nächste Sitzung.

Ich erkläre die öffentliche Sitzung für geschlossen. Es findet noch eine kurze vertrauliche Sitzung statt.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 3/8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 18. Jänner 1901.

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Lueger.**

1. (394.) **Gem.-Rath Dr. Deulschmann** referiert über die Kündigung der Waldabstoßungsverträge vom Jahre 1805 gegen den steiermärkischen Religionsfond und gegen das k. k. Arar und beantragt, es sei Gem.-Rath Dr. Porzer zur Vertretung der Gemeinde Wien im bevorstehenden Kündigungsprocesse zu bestellen.

(Angenommen.)

2. (479.) **Gem.-Rath Ferdinand Graf** referiert über ein Ansuchen der Julie Edinger um Fristverlängerung zur Zahlung des Kaufschillings für die Realität Einl.-Z. 883 XVIII. Bezirk und für einen Theil der Linienvall-Parcelle Einl.-Z. 52 Alfergrund, XVIII. und IX. Bezirk, und beantragt, die Frist zur Einzahlung der ersten Kaufschillingsrate per 25.000 K sei bis 1. Februar 1901 zu verlängern. (Die 4-procentigen Zinsen bis zu diesem Zeitpunkte wurden bereits erlegt.)

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

* * *

(**Druckfehler-Richtigstellung.**) Im Amtsblatte Nr. 5 ex 1901 hat es auf Seite 95, Zeile 8 von unten, im Antrage des Gem.-Rathes Gottbauer anstatt: „Nach einem sachmännischen Berichte, welchen Herr Prof. König in Brünn an den dortigen Gemeinderath erstattet hat, haben Versuche ergeben, dass mit geringem Kostenaufwande die Stickstoffe aus den Canälen zur Gas-Erzeugung geeignet sind“ richtig zu heißen: „Nach einem sachmännischen Berichte, welchen Herr Prof. König in Brünn an den dortigen Gemeinderath erstattet hat, haben Versuche ergeben, dass mit geringem Kostenaufwande die Stickstoffe aus den Canälen zur Gas-Erzeugung geeignet sind.“

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 13. bis 19. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . . 326.438 kg Davon aus:

Wien	197.357 kg
dem sonst. Niederösterreich . . .	30.194 "
Oberösterreich	1.132 "
Mähren	15.034 "
Galizien	70.801 "
Ungarn	11.920 "

Kalbfleisch 22.576 kg	Davon aus:	
	Wien	4.159 kg
	dem sonst. Niederösterreich	179 "
	Oberösterreich	73 "
	Mähren	750 "
	Galizien	17.319 "
	Ungarn	96 "
Schafffleisch 3.900 "	Davon aus:	
	Wien	61 kg
	Niederösterreich	40 "
	Galizien	3.799 "
Schweinfleisch 161.133 "	Davon aus:	
	Wien	62.374 kg
	dem sonst. Niederösterreich	1.548 "
	Oberösterreich	107 "
	Böhmen	839 "
	Mähren	6.860 "
	Galizien	71.787 "
	Ungarn	16.259 "
	Kroatien	1.359 "
Kälber 2.271 Stück	Davon aus:	
	Wien	344 St.
	dem sonst. Niederösterreich	28 "
	Oberösterreich	19 "
	Mähren	124 "
	Galizien	1.735 "
	Ungarn	21 "
Schafe 122 "	Davon aus:	
	Wien	96 St.
	dem sonst. Niederösterreich	16 "
	Oberösterreich	3 "
	Mähren	4 "
	Galizien	3 "
Schweine 864 "	Davon aus:	
	Wien	105 St.
	dem sonst. Niederösterreich	6 "
	Mähren	56 "
	Galizien	629 "
	Ungarn	68 "
Lämmer 36 "	Davon aus:	
	Wien	11 St.
	Ungarn	25 "

2. Preisbewegung:

Rindfleisch { Siedfleisch von K — 56 bis 1.50 per Kg.
{ Roßbraten u. Nieden " " 1.00 " 2— " "
Kalbfleisch " " — 60 " 1.48 " "
Schafffleisch " " — 64 " 1.00 " "
Schweinfleisch " " — 72 " 1.36 " "
Kälber " " — 70 " 1.12 " "
Schafe " " — 70 " — 94 " "
Schweine " " — 76 " 1.08 " "
Lämmer " " 16— " — per Paar.

Die Zufuhr an Fleischwaren war stärker als in der Vorwoche. Die anfangs etwas lebhaftere Nachfrage wurde gegen Wochenende vollständig flau. Schweinfleisch gieng daher um weitere 14 h per Kilogramm im Preise zurück. Die übrigen Fleischwaren bewahrten vorwöchentliche Preise.

Der tägliche Fleischmarkt: Markthalle Währingergürtel.

In der Markthalle Währingergürtel eingelangte Fleischwaren vom 13. bis 19. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch 3.817 kg	Davon aus:	
	Wien	3.817 kg
Kalbfleisch 411 "	Davon aus:	
	Wien	411 "
Schafffleisch 46 "	Davon aus:	
	Wien	46 "
Schweinfleisch 2.716 "	Davon aus:	
	Wien	2.716 "
Kälber 50 Stück	Davon aus:	
	Wien	50 St.
Schweine 46 "	Davon aus:	
	Wien	46 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch { Siedfleisch von K — 88 bis 1.28 per Kg.
{ Roßbraten u. Nieden " " 1.28 " 1.36 " "
Kalbfleisch " " — 76 " 1.28 " "
Schafffleisch " " — 96 " 1.20 " "
Schweinfleisch " " 1— " 1.70 " "

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche in Rindfleisch um 266 kg, in Kalbfleisch um 304 kg, in Kälbern um 34 Stück und in Schweinen um 14 Stück stärker. Rindfleisch war um 4 bis 8 h, Kalbfleisch um 8 bis 20 h billiger, während Schafffleisch um 36 bis 40 h theurer verkauft wurde. Alle übrigen Fleischwaren behaupteten, bei lebhafter Nachfrage, die vorwöchentlichen Preise.

* * *

Pferdemarkt vom 18. Jänner 1901.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 499 Pferde.
 Preis: für Gebrauchspferde 220—870 K per Stück
 " Schlachtpferde 50—180 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 21. Jänner 1901

(einschließlich des Contumazmarktes vom 19. Jänner 1901).

1. Gesamtaustrieb: 4983 Stück, und zwar:

Maftvieh 3863 Stück
Beinlvieh 1120 "
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte 65 "

Dieser Gesamtaustrieb zerfällt in:

Ochsen 3679 Stück	Rühe 596 Stück
Stiere 675 "	Büffel 33 "

Provenienz des Gesamtaustriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone 3079 Stück
" Galizien 1119 "
" dem sonstigen Österreich 785 "
" dem Auslande — "

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht:

Aus und über Ungarn:	
Ochsen I Qualität . . .	von 70 bis 84 K (extrem bis 88 K)
" II. " . . .	60 " 69 "
" III. " . . .	52 " 59 "
Aus und über Galizien:	
Ochsen I Qualität . . .	von 70 bis 76 K (extrem bis 80 K)
" II. " . . .	63 " 69 "
" III. " . . .	54 " 62 "
Aus anderen Ländern:	
Ochsen I Qualität . . .	von 78 bis 84 K (extrem bis — K)
" II. " . . .	68 " 77 "
" III. " . . .	56 " 67 "
Stiere	von 52 bis 66 K (extrem bis 70 K)
Rühe	52 " 66 " (" " — ")
Wüffel	34 " 46 " (" " 48 ")
Weinvieh	34 " 52 "

b) Preis per Stück:

Weinvieh von 71 bis 300 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	4113 Stück
" " " auswärts	656 "
Unverkauft blieben	214 "

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung desselben, wurden in der Woche vom 13. bis 19. Jänner 1901 für Wien angekauft 550 "

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 3 Stück mehr aufgetrieben.

Bei ruhigem Geschäftsverkehre notierten die Preise für Prima-Quantitäten um 1 K, gegen Marktschluss auch bis 2 K, für die übrigen Sorten um 2 bis 3 K per Metercentner niedriger als in der Vorwoche. Für Stiere wurden im allgemeinen vorwöchentliche Preise bezahlt.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 19. Jänner 1901.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 74—81 kg) non	7 K 50 h bis 8 K 50 h
Roggen (" " 1 " 71—75 ")	7 " 70 " " 8 " 05 "
Gerste	5 " 75 " " 9 " 75 "
Mais	5 " 40 " " 6 " 70 "
Safer	5 " 95 " " 7 " — "

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlproducte.

Griß	von 12 K 80 h bis 14 K 10 h
Weizenmehl, Wiener Type	7 " 70 " " 13 " 70 "
Futtermehl	5 " 60 " " 6 " 10 "
Roggenmehl	8 " 70 " " 13 " 20 "
Weizenkleie	4 " 80 " " 4 " 90 "
Roggenkleie	5 " 10 " " 5 " 20 "

(per 50 Kilogramm).

* * *

Bierpreise im Monate December 1900.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10 bis 11.5 ¹	fl. 9.— bis fl. 9.70
" mährisches II.	9 " 10 ^o	" 8.70 " " 9.—
Lager, Wiener	12 " 13 ^o	" 13.— " " 14.—
Märzen, Wiener (Export)	13 " 14 ^o	" 14.— " " 15.—
Böhmisches nach Pilsner Art	11 " 12 ^o	" 14.— " " 15.40
Pilsner	11 " 12 ^o	" 15.50 " " 16.60
Bayrisches (importiert)	12 " 14 ^o	" 21.— " " 24.—

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, per Cassa, ohne Sconto.)

En détail.

Abzug	12 bis 14 fr. per Liter	über die Cassa,
" " " " " " " " " " "	12 " 16 " " " "	im Locale,
Lager und Märzen	18 " 24 " " " "	über die Cassa
" " " " " " " " " "	20 " 30 " " " "	im Locale,
Böhmisches (Pilsner)	28 " 36 " " " "	"
Bayrisches (importiert)	30 " 34 " " " "	"

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu 1/2 Liter	per Liter 11 bis 14 fr.
Lager " " " " "	" " 17 " 24 "
Pilsner " " " " "	" " 24 " 30 "

Städtisches Lagerhaus.

Vom 10. bis 17. Jänner 1901.

Waren eingelagert	14.567 Meter-Centner
" ausgelagert	32.304 " "

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 7812 Meter-Centner.

Lagerstand vom 10. Jänner 1901: 396.245 Meter-Centner, und zwar:

134.801 Meter-Centner Weizen,	72.558 Meter-Centner Roggen,
54.950 " Gerste,	76.195 " Hafer,
6.598 " Mais,	596 " Ossaaten,
12.562 " Mehl u. Kleie,	2.532 " Wein,
2.632 " Zucker,	3.280 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assurancezwert dieser Waren stellte sich auf 6,972.200 K.

Städtisches Arbeitsvermittlungsamt Wien

XV., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Bermittlungsthätigkeit vom 12. bis 18. Jänner 1901.

Vorgemerkt wurden Arbeitsuchende .	1197 und 53 als Lehrlinge.
Angemeldet wurden freie Plätze . .	611 " 58 für " "
Vermittelt wurden freie Stellen . .	583 " 22 Lehrlinge.

Ausnahme von Arbeitskräften.

Männliche: Aupapper, Kappenschirmmacher nach Ungarn, Kammacher nach Ungarn, Buchbinder auswärts, Bambusmöbelarbeiter, Billardqueuetischer, Billardmonteur.

Weibliche: Näherinnen aller Art.

Lehrlinge werden mit Ausnahme von Mechanikern und Maschinenchlossern in allen Branchen gesucht.

Angebot von Arbeitskräften.

Männliche: Eisen- und Metallgießer und Former, Bau-schlosser, Spengler, Eisen- und Metalldreher, Maschinenchlosser verschiedene Tischler, Tapezierer und Decorateurs, Schneider, Friseure, Anstreicher, Geschäftsdienner, Kutscher aller Art, Tagelöhner und sonstige Hilfsarbeiter aller Art.

Weibliche: Metall-Hilfsarbeiterinnen aller Art, Kleidermacherinnen, Wäscherinnen, Buchbinderei-Arbeiterinnen, Cartonagearbeiterinnen, Bedienerinnen und Aufräumerinnen, weibliches Dienstpersonal für das Schankgewerbe, Fabrikarbeiterinnen aller Art.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 17. bis 21. Jänner 1901.

Für Neubauten:

- I. Bezirk: Haus, Fleischmarkt 16, von Moriz Brill, Taborstraße 71, Bauführer E. Miserowsky (319).
 VII. Bezirk: Haus, Burggasse 15, Guttentberggasse 27, von Josef und Anna Knab, Bauführer E. Czada (317).
 X. Bezirk: Landgutgasse 51, von Leopold Goldschmid, Bauführer Joh. Kloiber (3635).
 XIII. Bezirk: Hochpartterhaus, Ober-Baumgarten, Einl.-B. 314, von Wilhelm Kreuth, Bauführer Johann Neuwirth (1934).

Für Zubauten:

- II. Bezirk: Praterhütte Nr. 11, von Ed. Weber, Bauführer A. Fodor (320).
 X. Bezirk: Laaerstraße 170, von A. Herzog & Söhne, Bauführer J. Zeitlinger (3291).
 XI. Bezirk: Drei Rufföfen, Simmering, Simmeringerlande 8, von Schali & Abelmann, Firma E. Bilhals Nachfolger, Bauführer Anton Leidenfrost (1277).
 XVI. Bezirk: Haus, Dittakring, Haymerlegasse 29, von Karl und Anna Frdy, Bauführer Josef Schwarz (2841).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Singerstraße 20, von Aug. Kohl, Bauführer Kupla & Orglmeister (332).
 II. Bezirk: Weintraubengasse 14, von Franz Pohl (342).
 IV. Bezirk: Wehingergasse 40, von Guido Malbohan, Bauführer J. Zieser (316).
 " " Kleine Neugasse 5, von Albert Paar, Baumeister, noe. Dr. Moriz Heif (358).
 " " Schleifmühlgasse 16, von Caspar Bartenstein, Bauführer A. Niederdorfer (365).
 V. Bezirk: Margarethenstraße 5, von Anton Kals, Bauführer A. John (354).
 VI. Bezirk: Brückengasse 1, von Wilh. Neuber, Bauführer A. Zwerina (302).
 " " Getreidemarkt 8, von der Armaturen- und Maschinenfabrik, Bauführer M. Hartmann (303).
 VII. Bezirk: Halbgasse 32, von Franz Kröttlinger, Bauführer J. Drbal (327).
 " " Bernardgasse 27, vom St. Maria-Knabenasyl (367).
 X. Bezirk: Erlachgasse 94, von Bertha Widder, Bauführer Peregrin Zimmermann (3861).
 XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Grundsteingasse 15, von Karl Rinkes (2582).
 " " Dittakring, Thaliastraße 168, von Franz Ringberger, Bauführer Karl Schmidt (2581).

Für diverse (geringere) Bauten:

- XIII. Bezirk: Steingroßkanal, Baumgarten, Pierrongasse 12, von Leopold Reinwald, Bauführer Ignaz Schausfler (1592).
 " " Steingroßkanal und Abort, Baumgarten, Linzerstraße 250, von Josef Stefan, Bauführer Ignaz Schausfler (2157).
 XIX. Bezirk: Stall, Ober-Döbling, Villrothstraße 83, von Magdalena Reisinger, Siederingerstraße 46, Bauführer E. Spieß (1059).

Für Stockwerks-Auffassungen:

- VI. Bezirk: Mariabühlstraße 71 a, von Michael Kummer, Bauführer J. Chalusch (318).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- X. Bezirk: Waldgasse 4, von Josef und Franz Veimer (2851).
 " " Landgutgasse 51, von Leopold Goldschmid (3633).
 " " Einl.-B. 903 Inzersdorf, Stadt, von Johann und Agnes Harrer (3062).
 XIII. Bezirk: Fiebing, Trauttmansdorffgasse 29, von Bertha Henter (2160).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- II. Bezirk: Prater, altes Polizei-Commissariatsgebäude, von Karl Wicker, Zimmermeister (348).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Dptm. IV, B. 108689 ex 1900.

18. Jänner 1901.

Lieferung von Amtsmöbeln für das Planarchiv des Stadtbaunamtes.

- Genossenschaftliche Warenhalle der Wiener Tischlermeister
 — Nachlaß 8% per Stück, bei Post 8; Aufzahlung 20% per Stück.
 Kölbl Matthias — Nachlaß 20%, eventuell Nachlaß 5% bei vollen Holzböden bei den Bögen der Planschuber.
 Scheiber Johann — Nachlaß 16.6%.
 Richter Josef — Nachlaß 2%.
 Fadrus Julius — Nachlaß 8%.
 Oltmanns Andreas — Nachlaß 19%.
 Miesicz Gustav — Nachlaß 20%.

* * *

Mag.-Dptm. XIX b, B. 128655 ex 1900.

18. Jänner 1901.

Neubau eines Hauptkanals in der Haasgasse im II. Bezirke.

Erdb- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 4716 K 23 h.

- Nzechaczek E. — Aufzahlung 6.5% gegen Verwendung von Romanacement der Marke M. Egger in Kuffstein mit dem spezifischen Gewichte von 75 kg per Hektoliter und von Portlandcement der Marke M. Egger in Kuffstein mit dem spezifischen Gewichte von 110 kg per Hektoliter, eventuell von Königschofer Schlackencement mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
 Nella S. & Comp. — Nachlaß 5.7% gegen Verwendung von Romanacement der Marke Lilienfeld mit dem spezifischen Gewichte von 76 kg per Hektoliter und von Schlackencement der Marke Königschofer mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
 Sitora Heinrich — Aufzahlung 12.5% gegen Verwendung von Romanacement der Marke Steinischall mit dem spezifischen Gewichte von 78 kg per Hektoliter und von Portlandcement der Marke Kurowitz mit dem spezifischen Gewichte von 120 kg per Hektoliter, eventuell von Schlackencement der Marke Königschofer mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
 Nella N. & Nefse — Aufzahlung 7% gegen Verwendung von Romanacement der Marke Lilienfeld mit dem spezifischen Gewichte von 78 kg per Hektoliter und von Portlandcement der Marke Gollerschau mit dem spezifischen Gewichte von 105 kg per Hektoliter.

* * *

Mag.-Dptm. XIX b, B. 131517 ex 1900.

18. Jänner 1901.

Reconstruction der Sohle des Alsbachkanals in der Strecke von der Adlerbis zur Weichergasse im IX. Bezirke.

Erdb- und Baumeisterarbeiten im veranschlagten Kostenbetrage von 12.944 K 16 h.

- Nzechaczek E. — Aufzahlung 5.6% gegen Verwendung von Romanacement der Marke M. Egger in Kuffstein mit dem spezifischen Gewichte von 75 kg per Hektoliter, sowie von Portlandcement der Marke M. Egger in Kuffstein mit dem spezifischen Gewichte von 110 kg per Hektoliter, eventuell von Schlackencement der Marke Königschofer mit dem spezifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter.
 Haupt Max — Aufzahlung 11.5% nur für die Baumeisterarbeiten.

Lieferung des Portlandcementes im veranschlagten Kostenbetrage von 8755 K 20 h.

- Strohmayr Georg — Aufzahlung 10% mit Beigabe des Portlandcementes zum Kostenanschlagspreise. Romanacement der Marke Steinischall mit dem spezifischen Gewichte von 80 kg per Hektoliter und von Portlandcement der Marke Mannersdorf oder Kurowitz mit dem spezifischen Gewichte von 128 kg per Hektoliter.

- Sifora Heinrich — Aufzahlung 24 5/2 gegen Verwendung von Roman-
 cement der Marke Steinschall mit dem speci-
 fischen Gewichte von 78 kg per Hektoliter;
 Portlandcement der Marke Kurowitz mit dem
 specifischen Gewichte von 120 kg per Hektoliter.
- Königshofer-Cementfabriks-Aktiengesellschaft
 Königshofer Schlackencement mit dem specifischen
 Gewichte von 90 kg per Hektoliter:
 3 K 95 h inclusive Fals,
 3 K 75 h in Säcken exclusive Säcke.
- Österreichische Portlandcementfabriks-Aktiengesellschaft
 Portlandcement der Marke Szejakowa mit dem
 specifischen Gewichte von 117 kg per Hektoliter:
 3 K 82 h per 100 kg in Fässern.
- Scheidt, Konrad & Comp. — Portlandcement der Marke Waldmühle mit dem
 specifischen Gewichte von 120 kg per Hektoliter:
 4 K 40 h in Fässern per 100 kg,
 4 K 20 h in Säcken per 100 kg.
- Kaltenleutgebener Kalk- und Cementfabriks-Aktiengesellschaft
 — Portlandcement der Marke Achau mit dem speci-
 fischen Gewichte von 120 kg per Hektoliter:
 4 K 50 h in Fässern per 100 kg,
 4 K 30 h in Säcken per 100 kg.
- Klinkerziegel-Lieferung im veranschlagten Kostenbetrage von
 14.774 K 40 h.
- Wienerberger Ziegelfabriks und Baugesellschaft
 — 17 K per 100 Stück Klinkerziegel.
- Fürst Liechtenstein'sche Thonwaren- und Ziegelfabriks-Niederlage
 — 16 K 70 h per 100 Stück.

* * *

II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Lieferung von Humuserde für den Central-Friedhof.

- Kläring Karl — 100 m³ Humuserde 6 K 40 h per Cubikmeter
 loco Central-Friedhof.
- Bacher Anton sen. — 100 m³ Humuserde 6 K 40 h per Cubikmeter
 loco Central-Friedhof.
- Riguer Martin — 100 m³ Humuserde 6 K 40 h per Cubikmeter
 loco Central-Friedhof.
- Fischer Martin — 100 m³ Humuserde 6 m 40 h per Cubikmeter
 loco Central-Friedhof.
- Safer Ferdinand — 50 m³ Humuserde 6 K 40 h per Cubikmeter loco
 Central-Friedhof.
- Neuschil Wilhelm — 50 m³ Humuserde 6 K 40 h per Cubikmeter loco
 Central-Friedhof.
- Baumgartner Franz — 60 m³ Humuserde 6 K 40 h per Cubikmeter loco
 Central-Friedhof.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 11. Jänner 1901.

(Fortsetzung.)

- Handl Barb ra — Victualien- und Sanditen-Verschleiß — VII., Neus-
 listgasse 25.
- Hartwiegler & Comp., Commandit-Gesellschaft „Automat“ — Chocolate-
 Automaten — XIII. Bezirk.
- Hoslinger Josef — Handschuhmacher (Filiale) — II., Stephaniestraße 10.
- Heid Emilie — Pfaidlergewerbe — XII., Meidlinger Hauptstraße 6.
- Hilficher Amalia — Marktviactualienhandel — XIII., Hütteldorferstraße 163.
- Hintereder Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Audergasse 28.
- Himmel Johann — Victualien-Verschleiß — VIII., Langegasse 51.
- Hofmann Josef — Kleinuhrwerktgewerbe Licenz Nr. 1839 — V.,
 Ziegelofengasse 18.
- Jalauel Rudolf — Goldarbeiter — VIII., Lerchenselderstraße 158.
- Jehlen Marie — Zeitungs-Verschleiß — XX., Wintergasse 34.
- Jell Emil — Gemischtwaren-Verschleiß (Farbenhandel) — XX., Wallen-
 steinstraße 51.
- Jenidel Anton — Papier- und Schreibwaren-Verschleiß zc. — XX.,
 Wallensteinstraße 60.
- Klettenhofer Thomas — Gastwirt — V., Ramperstorffergasse 38.
- Kopf Constantin — Milchhandel — XX., Nordwestbahnstraße 71.
- Korpißsch Johann — Herausgabe des „Reise-Courier“ — I., Rärnthner-
 ring 5 (Hotel Bristol).
- Koztowski Anton — Zeitungs-Verschleiß — XX., Stromstraße 63.
- Kubella Rudolf — Buchbinder — XX., Dthmargasse 11.
- Kubicel Anton — Fleischfischer — XIII., Nisselgasse 4.
- Kunath Johann — Baunternehmung mit Ausschluß jener Arbeiten,
 welche in den Umfang eines concessionierten oder handwerksmäßigen Ge-
 werbes gehören — XIII., Bahnhofsstraße 10.
- Kyjela Josef — Schuhmacher — V., Matzleinsdorferstraße 47.

- Lebisch Anton — Victualien-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 93.
- Machalik Marie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VII.,
 Kirchengasse 24.
- Märzroth Pauline — Zeitungs-Verschleiß — XX., Mathildenplatz 11.
- Mandelbaum Emanuel — Gemischtwaren-Verschleiß (Lebensmittel) —
 XX., Webergasse 15.
- Mang Karl — Commissionswaren-Verschleiß — I., Nibelungengasse 1.
- Marker Anna — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier,
 Wein und Obstwein, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billard-
 spiels — XX., Rauscherstraße 12.
- Mayr Franz — Claviermacher — V., Schönbrunnerstraße 24.
- Mosée Leopold — Waffenhandel — I., Rothenthurmstraße 18.
- Mühlberger Friedrich — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß —
 V., Griesgasse 45.
- Nemeec Franz — Erzeuger von Parafin-Spielwaren — XX., Hannover-
 gasse 16.
- Nigl Gisela — Pfaidlergewerbe — XIV., Braunkirchengasse 19.
- Nowak Heinrich — Schubobtheit-Erzeugung — XIII., Linzerstraße 100.
- Porzes Emanuel, Bunzl Fidor (Firma: S. Fischer & F. Müller) —
 Weißbleicherei, Schön- und Schwarzfärberei — XX., Treustraße 84.
- Papanel Leopold — Einkauf von Fellen und altem Eisen — XX.,
 Wallensteinstraße 37.
- Partl Lambert — Fiaker — XX., Jägerstraße 61.
- Pöfner Agathe, rechte Gittel — Gemischtwaren-Verschleiß — VII.,
 Mariabilferstraße 86.
- Prunkl Olga — Friseurgewerbe (Filiale) — V., Ramperstorffergasse 33.
- Reif Emma — Friseur- und Rasiergewerbe — XIV., Storchengasse.
- Ritter Michael — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Auhofstraße 122.
- Schabwanner Marie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß (Lebens-
 mittel) — XX., Pasettistraße 23.
- Scherb Karl, Scherb August — Maschinenfabrik — XX., Dresdener-
 straße 107.
- Schmidt Albin — Closetpapier-Verschleiß mittels Automaten im
 XII. Bezirke — XVIII., Ditesgasse 5.
- Firma Friedrich Otto Schmidt — Tischlergewerbe — V., Bacherplatz 5.
- Schorr Beite — Trödlergewerbe — XX., Jägerstraße 26.
- Schurgast Ludwig — Sammeln von Pränumeranten auf das Druck-
 wert „Kaiserbuch Viribus unitis“ — XX., Rauscherstraße 10.
- Schwarz Antoinette — Wäscheputzerei-Übernahme — XX., Brigitta-
 gasse 8.
- Schwarz Josef — Drechslergewerbe — V., Reinprechtsdorferstraße 49 a.
- Setzer Ludwig (Firma Franz Setzer & Söhne) — Rothgerberei — XII.,
 Gaudenzdorfergürtel 21.
- Stoda Johann — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Gemeinde-
 gebiete von Wien von Haus zu Haus und auf den Straßen — VII., Lerchen-
 felderstraße 9.
- Sobotka Wenzel — Herrenschneidergewerbe — XX., Karajungasse 16.
- Sors Josef — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XIII.,
 Nissindorferstraße 21.
- Spieß Leopold — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c, f und g
 G. D. exclusive Billard) — XII., Murlingengasse 9.
- Spiter Jakob — Einkauf von Rohproducten und altem Eisen — XX.,
 Rauscherstraße 7.
- Stadler Johann — Marktviactualienhandel — XIV., Schwendengasse,
 Markt, Stand 91.
- Stary Franz — Tischler — XII., Meidlinger Hauptstraße 47.
- Ströbel Ferdinand, Ströbel Francisca (Verantwortlicher Inhaber:
 Ferdinand Ströbel, Firma F. K. Ströbel & Comp.) — Kattendrucker-
 (fabriksmäßiger Betrieb) — XIII., Linzerstraße 421.
- Stroubal Josef — Sattler — XX., Klosterneuburgerstraße 55.
- Firma Traurig & Wolf — Meerschaumwaren-Erzeuger — V., Untere
 Bräuhausgasse 37.
- Turnowsky Anna — Maschinenschreib-Bureau im I. Bezirke — Wohn-
 ort: IX., Mariannengasse 15.
- Uhri Karl — Feilbieten von heißen Würsteln und Kren und von
 Gebäck im Umherziehen von Haus zu Haus und auf den Straßen im Gemeinde-
 gebiet von Wien mit Ausnahme des k. k. Praters — VII., Kaiserstraße 106.
- Viktorin Augustin — Masseur — VIII., Stoßenthalerstraße 23.
- Wallach Lazar — Agentur mit Musikinstrumenten — XX., Wallenstein-
 straße 70.
- Wanek Franz — Schlosser — XX., Klosterneuburgerstraße 41.
- Wittmann Karl — Tischler — XX., Marchfeldstraße 21.
- Zelenka Johann — Gastwirts-gewerbe (§ 16, lit. b, c, und g G. D.)
 exclusive Billard — XII., Hoffmeistergasse 7.
- Zimmermann Wenzel — Schuhmacher (Filiale) — XIII., Windelmann-
 straße 16.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 12. Jänner 1901.

- Altenburger Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks
 — II., Vereinsgasse 35.
- Amon Karl — Milchmeier — XVIII., Abt Karlsgasse 15.
- Barlowitz Jakob — Kleidermacher — V., Grüngasse 29.

Bauer Josef — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Leitmayergasse 33.
 Baumgartner Alois — Forstviehhändler — III., Central-Viehmarkt.
 Biermann Antonia — Selbwaren-Verschleiß — IX., Rothentlowegasse 9.
 Blaschke Alexander — Kleidermacher — VI., Gumpendorferstraße 36.
 Bousaing Eugen Franz Josef jun., Firma Eugen Bousaing jun. — Zuckerbäcker — IX., Porzellangasse 47.
 Forger Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 103.
 Brandl Marie — Victualien- und Canditen-Verschleiß — IX., Hörlegasse 4.
 Braumann Lazar — Pachtbetrieb eines radicierten Brantweinschankgewerbes — II., Untere Augartenstraße 10.
 Brauer Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Gausgasse 22.
 Brenner Flora — Wäschwaren-Erzeugung — XVIII., Schumanngasse 16.
 Brunner Samuel — Commissionshandel mit Schuhmacher-Articlen — III., Hauptstraße 135.
 Bürgermeister Eduard — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Nussdorferstraße 32.
 Cohen Salomon — Zuckerwaren-Verschleiß — IX., Währingstraße 60.
 Czifcs Julius — Selbwarenhandel — IX., Eisengasse 23.
 Derbed Josef — Victualien-Verschleiß — XVII., Mariengasse 31.
 Deutsch Julie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß (Fisiale) — IX., Strohdackergasse 8.
 Dlouhy Anna — Wäschwaren-Erzeugung — VI., Strohmeiergasse 11.
 Dostal Adele — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Pechsteinstraße 18.
 Engel Sophie — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — III., Boerhavegasse 35.
 Fiso Stephan — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — XVIII., Gentsgasse 78.
 Fiede Therese — Cospionage — III., Hauptstraße 86.
 Foidl Leopold — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — XVIII., Schulgasse 67.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 18. Jänner 1901.
 Inhalt:
 Mittheilungen des Vorsitzenden:
 1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schuh, Schöpflechner und Wolny wegen Fernbleibens 133
 2. Beurkundung des Vice-Bürgermeisters Dr. Neumayer 133
 3. Erträgnis des Bürgerballes des Bezirkes Favoriten pro 1900 133
 4. Spende des Herrn Wilhelm Kuffner 133
 5. Spende der Direction des Josefstädter Theaters (Erträgnis der Wohltätigkeits-Vorstellungen) 133
 6. Legat nach Frau Leopoldine Gassefeder, verehelichten Altmann 133
 7. Legat nach Herrn Ferdinand Enzinger 134
 8. Spende der Frau Dragovina Wünsch und der Marianne und des Emil Wünsch 134
 9. Zuschrift der Bau- und Betriebs-Gesellschaft, betreffend das durch die Interpellation des Gem.-Rathes Poyer beanstandete schnelle Fahren der Motorzüge in der Kaiserstraße bei deren Einmündung in die Mariabilsferstraße 134
Interpellationen:
 10. Gem.-Rath Franz Schneeweiß, betreffend den Mangel von Wartehallen in den Endstationen der elektrischen Rundlinie Kochgasse-Margarethenplatz 134
 11. Gem.-Rath Obrist, betreffend die Hintanhaltung des Zugwindes in den Wagen der städtischen Straßenbahnen 134
 12. Gem.-Rath Schuhmeier, betreffend die Abstellung von Mängeln im Verkehr der Österreichischen Omnibus-Gesellschaft in der Strecke Praterstern-Ottakring 134
 13. Gem.-Rath Neumann, betreffend die Erledigung der Eingabe des Verbandes der Bauarbeiter Österreichs um Anstellung städtischer Bau-Controlloren zur Überwachung der Unfallverhütungsvorschriften 135
Antrag:
 14. Gem.-Rath Geher, betreffend die Errichtung einer Personenhaltestelle in der Stadtbahnstation „Mischelbeuern“ 135
Referate:
 15. Gem.-Rath Dr. Wähler, betreffend die Bewilligung eines Nachtragscredits anlässlich der Erwerbung der Realität Cat.-Parc. 1494, Einl.-Z. 938 in Simmering, für die städtischen Electricitätswerke 136

16. Derselbe, betreffend die Einberufung des österreichischen Städtetages für den 23. Februar 1901 136
 17. Gem.-Rath Wessely, betreffend die Ablehnung des Ansuchens des Comités zur Gründung des Hospizes „Mariabils“ in Welschau (Böhmen) um Subvention 137
 18. Gem.-Rath Jayka, betreffend das Übereinkommen zwischen der k. k. Diasterialgebäude-Direction und der Gem.-inde Wien bezüglich der ehemaligen Linienamts-Realität „Schönbrunn“ 137
 19. Derselbe, betreffend die Zuschrift der Direction der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn, betreffend die Kündigung der städtischen Kohlenrutschen Nr. 240 und 241 137
 20. Gem.-Rath Fiedler, betreffend die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der aus dem Gemeinderath zu wählenden Mitglieder der Commission zur Controle des gesammten unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien und der von ihr verwalteten Fonds im I. Bezirke auf sechs 139
 21. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen die Entscheidung des Eisenbahnministeriums, betreffend die Baubewilligung für den Umbau der Strecke Wien-Guntramtsdorf der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen 139
 22. Derselbe, betreffend die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof gegen den Erlaß des Eisenbahnministeriums, betreffend den Schutz des Straßenverkehrs gegen die Ableitung des elektrischen Starstromes der städtischen Straßenbahnen durch elektrische Schwachstromleitungen 140
 23. Derselbe, betreffend das Project des Architekten Lotz für die Regulierung des zwischen Singer- und Schulerstraße gelegenen Theiles des I. Bezirkes durch Schaffung eines Kaiser Franz Josef-Jubiläumspalaces (Ablehnung) 141
 24. Derselbe, betreffend das Ansuchen des k. k. technischen Militär-Comités um Gestattung der Anbindung der Vitzableitung des sogenannten Neugebäudes im XI. Bezirke an das Röhrensystem der städtischen Gas- und Wasserleitung; principielle Beschlußfassung in dieser Sache 151
 25. Gem.-Rath Praba, betreffend die Ablehnung des Antrages Dr. Koyberg auf Anrechnung des Jubeljahres 1900 bei der Pensionsbemessung und der graduellen Vorrückung der definitiven städtischen Beamten und Diener; Einrechnung des Quartiergeldbezuges pro rata temporis in die Pension 151
 26. Gem.-Rath Dr. Deutschmann, betreffend die Wiederklüftungmachung des anlässlich der Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. März 1899, B. 1570, eingestellten sogenannten Hausguldens an den Pfarrer Leonhard Karpf in Simmering 153
 27. Gem.-Rath Hipp, betreffend die Abgabe von Nutzwasser aus der Wienthalwasserleitung an die k. k. Staatsbahn-Direction Wien für die Stationen Wien (Westbahnhof) und Penzing (Rangierbahnhof) 153
Beschlufs-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 18. Jänner 1901.
 Inhalt:
 1. Gem.-Rath Dr. Deutschmann, betreffend Process gegen den feiermärkischen Religionsfond puncto Kündigung der Waldabstodungsverträge 155
 2. Gem.-Rath Ferdinand Gräf, betreffend Kaufschillings-Fristverlängerung für Realitäten im XVIII. und IX. Bezirke (Julie Edinger) 155
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionnement:
 Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 13. bis 19. Jänner 1901 155
 Täglicher Fleischmarkt (Markthalle Währingergürtel) vom 13. bis 19. Jänner 1901 156
 Pferdemarkt vom 18. Jänner 1901 156
 Schlachtviehmarkt vom 21. Jänner 1901 156
 Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 19. Jänner 1901 157
 Bierpreise im Monate December 1900 157
 Städtisches Lagerhaus 157
 Städtisches Arbeitsvermittlungsammt in Wien:
 Vermittlungsthätigkeit vom 12. bis 18. Jänner 1901 157
Baubewegung:
 Gesuche um Baubewilligungen vom 17. bis 21. Jänner 1901 158
Städtische Arbeiten und Lieferungen:
 I. Offerverhandlungs-Ergebnisse 158
 II. Vergebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen 159
 Eintragungen in das Gewerbe-Register 159
Rundmachungen.

Offert-Ausschreibungen. 1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
23. Jänner 10 Uhr	Departement XIX a (Mag.-Rath Bilimel)	M.-Z. 104545 ex 1900. Vergebung der Erd- und Pflasterungs- arbeiten für die Neupflasterung der Geiselbergstraße im XI. Bezirke mit der Ausrufsumme von 3396 K 60 h und 250 K Pauschale. 3-3
31. Jänner 10 Uhr	detto	M.-Z. 107072 ex 1900. Vergebung der Asphaltierarbeiten für die Regulierung und Asphaltierung am Lugek im I. Bezirke mit der Aus- rufsumme von 11.711 K 91 h und 500 K Pauschale. 1-3
1. Februar 10 Uhr	detto	Vergebung der Demolierung des Schöpfwerkes in der Pilsnergasse im XIV. Bezirke und Übernahme des gesamten hiebei sich ergebenden Alt- materialies inclusive eines 6 HP com- pleten, vollständig gebrauchsfähigen Gasmotors, einer vollständigen Pump- anlage, zweier eiserner Reservoirs, eines großen Holzbottichs u. s. w. 1-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Kostenanschläge ic. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingungen mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 111286 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der theilweisen Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 20 Kaiserstraße, VII. Bezirk, wird vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am Samstag den 26. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 500 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. Jänner 1901. 2-3

Prot. Nr. 22988 ex 1900.

Ref.-Nr. 1498. VIII.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Materiallieferungen zur Umwandlung von 22 Aborten in den beiden Administrationsgebäuden des Wiener Central-Friedhofes in Waterclosets wird vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 29. Jänner 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Jaitner im Neuen Rathhause (3. Stiege, Hochparterre) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag, die allgemeine Vorschrift und die speciellen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Offerenten haben die mit einer mit der ersten Textzeile zu überschreibenden 1 K-Stempelmarke gestempelten Offerte, in welchen die ausdrückliche Erklärung, daß sie mit der eingesehenen allgemeinen Vorschrift und den eingesehenen speciellen Bedingungen einverstanden sind, enthalten sein muß, und welche im übrigen den Bestimmungen der allgemeinen Vorschrift entsprechen müssen, am obigen Tage vor 10 Uhr vormittags der Offertverhandlungs-Commission versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben beziehungsweise vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 11. Jänner 1901. 3-3

Prot.-Nr. 1901 ex 1901.

XVI. 135.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen zur Ausführung von Installationsarbeiten für die Wasserleitungs-Einrichtungen aus der Hochquellenleitung, der Closetlieferung und der Wasserspülungen bei den Closets in der Landwehrkaserne im XIII. Bezirke, und zwar im Stabsgebäude, im Officiers- und Unterofficiersgebäude, sowie im Mannschaftsgebäude, welche mit dem Kostenbetrage von 14.831 K 30 h und dem Pauschalbetrage von 1536 K veranschlagt sind, wird vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 7. Februar 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Pohl im Neuen Rathhause (8. Stiege, 1. Stock) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichnete allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der aufliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigezeichnete Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der ämtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. Jänner 1901. 1-3

M. Z. 2236 ex 1901.

XV.

Currende

(für die Herren Beamten des Marktamtes [Markt-Commissäre, Marktamts-Officiale und Marktamts-Accessisten und die dem Marktamte zugewiesenen Kanzlei-Praktikanten]).

Infolge der Veretzung des Markt-Commissärs Emanuel Fiedler in den zeitlichen Ruhestand gelangen im Status des städtischen Marktamtes:

- 1 Markt-Commissärstelle in der VI. Rangklasse,
- 1 Marktamts-Officialstelle " " VII. " und
- 1 Marktamts-Accessistenstelle " " VIII. "

mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen Herren, welche sich um eine solche Stelle bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche bis inclusive 4. Februar 1901 im vorgeschriebenen Dienstwege einzubringen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Für diejenigen Herren Beamten, welche bereits aus Anlaß der hierämtlichen Currende vom 19. November 1900, Z. 118650/XV, sich in Competenz gesetzt haben, entfällt die Einbringung eines neuerlichen Competenzgesuches.

Wien, am 19. Jänner 1901.

Der Magistrats-Director:

Preyer.

1-1

M. Z. 118346 ex 1900.

XVII.

Currende.

(Mahnbotenstellen.)

Infolge Quiescierung des Mahnboten I. Bezugsclasse Anton Pokorny und der Pensionierung des Mahnboten I. Bezugsclasse Georg Faksch gelangen im Status der städtischen Mahnboten:

- 1 Stelle in der I. Bezugsclasse und
- 2 Stellen in der zweiten Bezugsclasse

mit den systemisierten Bezügen zur Besetzung.

Diejenigen städtischen Mahnboten, beziehungsweise Bediensteten der Feuerwehr, sowie Haus- und Aushilfsdiener, welche sich um diese Stellen bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Competenzgesuche bis längstens 25. Jänner 1901 im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Jänner 1901.

Der Magistrats-Director:

Preyer.

1-1

Ad M. Z. 118861 ex 1900.

V.

Concursauschreibung.

(Provisorische Beamtenstelle.)

Zum Zwecke der Überwachung der Einhaltung der vertragsmäßigen Verpflichtungen der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien, insbesondere rücksichtlich des Fahrplanes gelangt eine provisorische Beamtenstelle des Stadt-

bauamtes mit einem Jahresgehälte von 1800 K und einem in anticipativen Monatsraten von 50 K auszuzahlenden Quartiergehälde von 600 K zur Besetzung.

Zur Anstellung ist im allgemeinen erforderlich:

1. ein Lebensalter von wenigstens 18 und nicht mehr als 40 Jahren;

2. die österreichische Staatsbürgerschaft;

3. ein ehrenhafter Lebenswandel.

Außerdem haben Bewerber um diese Stelle den Nachweis über die Absolvierung einer Unter-Realschule oder einer gleichartigen Anstalt zu erbringen.

Nach Wien zuständige Bewerber erhalten bei gleicher Befähigung den Vorzug vor den übrigen.

Der Angestellte hat sogleich bei Antritt des Dienstes den Dienstseid zu leisten.

Insolange die Anstellung eine provisorische ist, steht sowohl der Gemeinde als dem Angestellten eine einmonatliche Kündigung zu.

Im übrigen hat die Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien auch für diesen Beamten Anwendung zu finden.

Die Dienstinstruction für diesen Beamten ist vom Stadtbauamte auszuarbeiten und durch den Magistrat dem Herrn Bürgermeister zur Genehmigung vorzulegen.

Die normale Amtsdauer ist auf acht Stunden des Tages festgesetzt, welche jedoch nach Erfordernis auf die Dauer des täglichen Betriebes der städtischen Straßenbahnen vertheilt werden.

Der Beamte erhält eine Jahreskarte zur unentgeltlichen Benützung der städtischen Straßenbahnen, auf den Bezug der normalmäßigen Entfernungsgebühren hat er nur in jenen Fällen Anspruch, wenn er über besonderen Dienstauftrag nach 10 Uhr nachts Dienste verrichtet, für welche normalmäßig der Bezug solcher Gebühren vorgesehen ist.

Die entsprechend belegten und ordnungsmäßig gestempelten Gesuche sind bis längstens 31. Jänner 1901 beim Wiener Magistrat einzubringen.

Auf verspätet einlangende Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Die Entscheidung über die eingelangten Gesuche ist dem Stadtrathe vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 15. Jänner 1901. 1—1

G. Z. 3057.

Kundmachung.

(Local-Commission.)

Über die von Wenzel Kubat gestellte Bitte um Genehmigung der gewerblichen Betriebsanlage für eine Bettfedernreinigungsanstalt im Hause Nr. 4 Schadinagasse, XVII. Bezirk, findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Betriebsanlage in Gemäßheit der §§ 27 und 29 der Gewerbeordnung Donnerstag den 31. Jänner 1901, nachmittags 2 Uhr, eine Local-Commission statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich im obbezeichneten Hause.

Dies wird mit dem Beisage zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Einwendungen gegen die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage hieramts zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Die Betriebsbeschreibung liegt bis zum Commissionstage im hiesigen Bezirksamte zur Einsicht auf.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XVII. Bezirk,
als politischer Behörde I. Instanz,

Wien, am 15. Jänner 1901. 1—1

M. Z. 1350 ex 1900.

VI.

Kundmachung.

(Vermietung von Wohnungen und Geschäftslocalitäten im Bürgerladfondshause I., Wollzeile 28, Riemergasse 1 und 3.)

Der Neubau des Bürgerladfondshauses I. Bezirk, Wollzeile 28, Riemergasse 1 und 3, welcher ein Souterrain, Parterre, Mezzanin und vier Stockwerke enthält, wird mit Mai-Termin 1901 fertiggestellt und können von da an die darin befindlichen Localitäten benützt werden.

Jene Parteien, welche Geschäftslocalitäten oder Wohnungen in diesem Hause zu mieten wünschen, erhalten nähere Auskünfte im Magistrats-Departement VI im Neuen Rathhause, 5. Stiege 2. Stock, bei Herrn Magistratsrath Hülka während der Amtsstunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags und können daselbst auch die bezüglichen Pläne eingesehen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 9. Jänner 1901. 2—6

Kundmachung.

(Ignaz Singer'sche Schulstiftung.)

Aus der Ignaz Singer'schen Schulstiftung in Wien gelangen im Sommer 1901 20 Stipendien à 200 K an würdige und unbemittelte Unterlehrer und Unterlehrerinnen in Wien zur Verleihung.

Die mit dem Mittellosigkeitszeugnisse und dem Anstellungsdecrete zu belegenden Gesuche sind bis längstens 10. März 1901 bei dem Curatorium der Ignaz Singer'schen Schulstiftung in Wien, I., Bräunerstraße 9, zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche keine Rücksicht genommen werden könnte. 1—1

M. Z. 1115 ex 1901.

III.

Kundmachung.

(Josefine v. Königswarter'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß aus der von Herrn Jonas Freiherrn v. Königswarter, um das Andenken seiner am 14. Mai 1861 verstorbenen Gemahlin für fortwährende Zeiten zu ehren, errichteten Josefine v. Königswarter'schen Heirats-

**

ausstattungs-Stiftung die Zinsen zur Ausstattung eines unbescholtenen Mädchens, dessen Eltern dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, wobei unter sonst gleichen Bedingungen eine Waise, namentlich eine mutterlose, den Vorzug hat, zur Verleihung kommen

Diese Zinsen betragen pro 1901 560 K. Die Ausstattung soll, wenn möglich, am 14. Mai ausbezahlt werden, wenn der urkundliche Beweis über die gesetzmäßig geschlossene Ehe geliefert wird.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche längstens bis 15. April 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche kein Bedacht genommen werden wird.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. Jänner 1901.

1-3

3. 5916 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Josef Edler v. Schroll'sche Stiftung.)

Am 11. Juni 1901 gelangen die Interessen der Josef Edlen v. Schroll'schen Stiftung im Betrage von 600 K an zwei verarmte Wiener Bürger zur Vertheilung.

Anspruch auf diese Stiftung haben ohne ihr Verschulden verarmte Wiener Bürger ohne Unterschied der Confession.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, ferner das Bürgerrechts-Decret und ein legales Armutzeugnis beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind bis längstens 30. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departement zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 5. Jänner 1901.

3. 6211 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Mantner v. Markhof'sche Stiftung.)

Am 27. Juni 1901 gelangen die Zinsen der Mantner v. Markhof'schen Stiftung des Jahres 1900 im Betrage von 630 K an einen schuldlos verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Gewerbetreibende, welche schuldlos verarmt sind, insbesondere solche, die infolge länger andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Cur bedürftig sind, ihre Gewerbe in Wien ausüben, in Wien wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen. Die Verleihung steht dem Wiener Stadtrathe zu und ist eine wiederholte Verleihung an dieselbe Person zulässig.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, den Gewerbechein und den Steuerbogen, den Heimatschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, endlich ein legales Armutzeugnis, in welchem der Umstand, daß der Bittsteller schuldlos verarmt ist, bestätigt erscheint, beizulegen.

Jene Bittsteller, die sich auf ihre Krankheit berufen, haben auch ein armenärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem die Dauer der Krankheit angegeben und die Nothwendigkeit eines Curgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit rücksichtlich Arbeitskraft ausgesprochen ist.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 18. December 1900.



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen, Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coakshheizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegethoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.

Kein Kaufzwang.

K. k. landespriv. Teppich- und Möbelstoff-Fabriken

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten
Centrale: **Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.**

P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser **Wiener Warenhaus I, Stock-im-Eisenplatz Nr. 6** auch äusserlich vollständig neu ausgestattet haben, und erlauben uns zu dessen Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:
Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Zur couranten Besorgung
aller im
Coursblatte
notierten
Effecten und Valuten
bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses
Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN
I. Bezirk,
Stephansplatz
Nr. 11
Parterre.

Amtsblatt

der k. k.



Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 8.

Freitag, den 25. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K, halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K, halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K, halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelnexemplare à 20 Heller im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 1. Februar 1901, 5 Uhr nachmittags.

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Mittwoch, den 30. Jänner 1901.

Donnerstag, den 31. Jänner 1901.

Freitag, den 1. Februar 1901.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **11. Jänner 1901.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Anwesende: Braun, Dr. Mayreder,
Brauneiß, Dppenberger,
Büsch, Rauer,
Dr. Deutschmann, Rissaweg,
Gräff Ferdinand, Schuh,
Grünbeck Sebastian, Tomola,
Hipp, Dr. Wähner,
Hörmann, Weitmann,
Praba, Wejsek,
Dr. Krenn, Zagla.
Vice-Bürgermeister Josef Strobach.
Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Entschuldigt: St. N. Fiedler.

Experte: Baudirector Berger, Magistratsrath Dr. Keitler
und Baurath Jahn.

Schriftführer: Magistrats-Commissär Hans Böttger.

Bürgermeister Dr. Lueger eröffnet die Sitzung.

(294.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Sicherstellung der Ziegellieferung für Zwecke des Wiener Central-Friedhofes pro 1901 und beantragt:

Die Beistellung von ungefähr 200.000 Stück Mauerziegeln von den vom Gaswerksbaue disponiblen Ziegeln, lieferbar durch die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft in kleineren Partien vom März bis October 1901 auf den Wiener Central-Friedhof zum Preise von 48 K per 1000 Stück Ziegel, loco Central-Friedhof wird genehmigt.

Die Bestellung des jeweils erforderlichen Ziegelquantums hat seitens der Central-Friedhof-Verwaltung zu erfolgen, und ist bezüglich der Berechnung der im Erlasse des Bürgermeisters vom 23. August 1898, Z. 1661, vorgeschriebene Vorgang einzuhalten.

(Angenommen.)

(241.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Fällungs-Antrag des Forstamtes Spitz an der Donau pro 1900/01 und beantragt:

1. Es seien in den Forsten des Fondsgutes Spitz an der Donau im heurigen Jahre rund 1400 fm Holz in den vom Forstamte Spitz im vorgelegten Holzfallungs-Präliminare bezeichneten Districten zu fällen.

2. Die Fällungs- und Bringungskosten seien im Wege einer öffentlichen Mindestbot-Vocitation zu bestimmen, während die Lager- und Schichtungslöhne nach Maßgabe der ortsüblichen Löhne durch die Forstverwaltung festzusetzen, beziehungsweise zu vereinbaren sind.

3. Das gesammte erzeugte Brennholz ist durch den Schiffmeister Mangg auf Grund der mit ihm getroffenen Vereinbarung auf den städtischen Holzlagerplatz in Wien zu überführen, und ist dasselbe theils für städtische Heizwecke, theils für die Armenbetheilung zu verwenden.

4. Das Holz ist nach seiner Lagerung auf dem städtischen Holzlagerplatz im II. Bezirke von zwei durch den Bürgermeister zu bestimmenden Gemeinderäthen einzuschätzen und ist sohin der sich nach dieser Schätzung ergebende Betrag von der Gemeinde Wien an den Wiener Bürgerspitalfond zu bezahlen.

(Angenommen.)

(237.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Einleitung des Hochquellenwassers auf den städtischen Depotplatz XVIII., Staudgasse 48, und beantragt, die Einleitung des Hochquellenwassers und Errichtung eines Hofauslaufes daselbst mit dem Kostenbetrage von 960 K, ferner die Aufstellung eines Hydranten an der Ecke der Staud- und Leitermayergasse mit dem Betrage von 400 K zu genehmigen und für den übrigen Depotplatz einen normalen Wasserbedarf von 5 hl täglich, sowie einen außergewöhnlichen von 3 hl täglich zu bewilligen. (Angenommen.)

(14716 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Kostenanschlag für die Herstellung der Rinnale und Übergänge am Währingergürtel zwischen Genz- und Marsanogasse im XVIII. Bezirke und beantragt, den vorliegenden Kostenanschlag mit dem bedeckten Kostenfordernisse per 4589 K 38 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(14717 ex 1900.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Nachtragskostenanschlag für die anlässlich der Regulierung am inneren Währingergürtel erforderliche Herstellung von Wasserläufen und beantragt, den vorliegenden Nachtragskostenanschlag mit dem bedeckten Erfordernisse per 1200 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(315.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Vorkehrungen behufs Einschränkung des Wasserconsums aus Anlaß des verminderten Zuflusses aus den Hochquellen und beantragt:

1. Der Bürgermeister sei zu ersuchen, eine Rundmachung im Sinne des vorliegenden Entwurfes zu erlassen.

2. Der Bürgermeister sei zu ermächtigen, bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen mit dem Ansuchen einzuschreiten, der Gemeinde Wien für die Dauer des dringendsten Bedarfes die provisorische Bewilligung zu erteilen, jenes Überschußquantum aus den Quellen oberhalb des Kaiserbrunnens, welches gegenüber dem concedierten Quantum täglicher 36.400 m³ verbleibt, bis zur Maximalhöhe von 8000 bis 10.000 m³ in Anwendung der §§ 33 und 34 W. G. und vorbehaltlich der späteren Verhandlung mit den beteiligten Wasserinteressenten nach Wien einleiten zu dürfen.

Diese zu erwirkende Bewilligung hätte bis 15. April 1901 wirksam zu sein.

3. Weiters sei der Bürgermeister zu ermächtigen, falls bis inclusive 14. d. M. keine Änderung in der Bitterung eintreten sollte, die vom Magistrate vorgeschlagenen Maßnahmen und Verfügungen zu treffen, bei eintretender Besserung der Wasserzuflußverhältnisse aber die etwa getroffenen Wasserersparungsmaßregeln außer Wirksamkeit zu setzen.

(Angenommen; Punkte 1 und 2 an den Gemeinderath.)

(Bei der Berathung über diesen Gegenstand haben Bau-Director Berger, Magistratsrath Dr. Keitler und Baurath Jahn als Experten fungiert.)

(15202 ex 1900.) St.-R. Hipp referiert über die Abgabe von Nutzwasser aus der Wienthalwasserleitung an die k. k. Staatsbahn-Direction Wien für die Stationen Wien-Westbahnhof und Penzing-Rangier-Bahnhof und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien gibt an die k. k. Staatsbahn-Direction in Wien Wasser aus der Wienthalwasserleitung mittels der bestehenden Leitungsanlagen für die Station Wien-Westbahnhof im Höchstausmaße von 1000 m³ täglich und für die Station Penzing-Rangier-Bahnhof im Höchstausmaße von 100 m³ täglich ab, und zwar auf unbestimmte Zeit, vom 1. Jänner 1901 gerechnet, unter Zugrundelegung eines

Einheitspreises von 19 h per Cubikmeter, sowie gegen eine beiden Theilen zustehende einjährige Kündigungsfrist, welche stets vom 1. October jedes Jahres zu berechnen ist.

2. Die Abgabe des Wassers erfolgt im Sinne des § 5 des Normales über die Wasserabgabe aus der Wienthalwasserleitung mittels Wassermesser.

Hiebei werden für größere als die im § 5 des Normales aufgezählten Wassermesser folgende Vergütungen (Wassermesserrenten) berechnet: für einen Wassermesser von 80 mm Kaliber jährlich 60 K und für einen von 100 mm jährlich 80 K.

3. Das bezogene Wasserquantum wird allmonatlich von den im Punkte 2 bezeichneten Wassermessern unter Mitwirkung von Vertretern beider Theile abgelesen.

Die unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 19 h für jeden bezogenen Cubikmeter Wasser berechnete Gebühr wird der k. k. Staatsbahn-Direction in Wien in Anrechnung und von dieser abzüglich des im Punkte 4 bestimmten Rabattes innerhalb vierzehn Tagen zur Auszahlung gebracht.

4. Von dem festgesetzten Einheitspreise von 19 h per Cubikmeter gewährt die Gemeinde Wien für den einen monatlichen Durchschnittsverbrauch von 400 m³ täglich in der Station Wien-Westbahnhof, sowie für den einen monatlichen Durchschnittsverbrauch von 50 m³ täglich in der Station Penzing-Rangier-Bahnhof übersteigenden Consum einen Rabatt von 1 h per Cubikmeter, wobei die während der Berechnungsperiode factisch aufgelaufene Zahl der Tage als Grundlage der Berechnung zu dienen hat.

5. Im Falle einer nicht der k. k. Staatsbahn-Direction oder deren Organen zur Last fallenden Unterbrechung der Wasserabgabe aus der Wienthalwasserleitung verpflichtet sich die Gemeinde Wien, Hochquellenwasser nach Maßgabe der vorhandenen Betriebseinrichtungen der Hochquellenleitung zum gleichen Preise wie das Wienthalwasserleitungswasser abzugeben, jedoch nur insoweit, als die Gemeinde Wien Hochquellenwasser zu diesem Zwecke abzugeben in der Lage ist, worüber die Beurtheilung dem Magistrate zusteht.

6. Beide Theile anerkennen die Competenz der Civilgerichte für eventuelle Streitigkeiten über diese Wasserabgabe und verzichten gleichweise auf das Rechtsmittel wegen Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes.

7. Im übrigen findet auf diese Wasserabgabe, insoweit nicht im Vorstehenden abweichende Bestimmungen getroffen werden, das Normale über die Wasserabgabe aus der Wienthalwasserleitung Anwendung.

Sollte sich die Nothwendigkeit der Ausfertigung einer Vertragsurkunde ergeben, so wären die bezüglichlichen Kosten und Gebühren von der k. k. Staatsbahn-Direction Wien zu tragen. (§ 21 des Normales.)

Endlich wäre für den Fall des Stillstandes eines Wassermessers dem in der Note der k. k. Staatsbahn-Direction Wien, vom 22. December 1900, Z. 99897, vorgeschlagenen Berechnungsmodus zuzustimmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(48.) St.-R. Hipp referiert über das Ansuchen des Rauchfangkehrermeisters Josef Pöcker um Nachsicht der ihm auferlegten Conventionalstrafe per 40 K und beantragt die gnadenweise Herabsetzung dieser Conventionalstrafe von 40 K auf 20 K.

(Angenommen.)

(312.) St.-R. Schub referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Vergabung der currenten Arbeiten und Lieferungen für die Wiener städtische Versorgungsanstalt zu Piesing für die Jahre 1901, 1902 und 1903 und beantragt:

I. die nachstehenden currenten Arbeiten und Lieferungen an die bezeichneten Unternehmer zu übertragen:

1. die Baumeister- und Stuccaturerarbeiten an Paul Wastl (6 beziehungsweise 12 Percent Aufzahlung);
2. die Steinmearbeiten an Franz Aufhäuser sen. (10 Percent Aufzahlung);
3. die Zimmermannsarbeiten an Johann Hübinger (10 Percent Aufzahlung);
4. die Spenglerarbeiten an Nikolaus Wolf (5 Percent Aufzahlung);
5. die Ziegelbedekerarbeiten an Franz Ajenbauer (Tarifpreise);
6. die Kupferschmiedarbeiten an Robert Weckl (Tarifpreise);
7. die Bautischlerarbeiten an Johann Hübinger (Tarifpreise);
8. die Schlosserarbeiten an Josef Haselbrunner (2 Percent Nachlaß);
9. die Anstreicherarbeiten an Karl Bernerth (11 Percent Nachlaß);
10. die Glaserarbeiten an Karl Bernerth (3 Percent Nachlaß);
11. die Hafnerarbeiten und Geschirrlieferungen an Johann Filipowsky (Tarifpreise);
12. die Tapeziererarbeiten an Johann Hobsa (5 Percent Nachlaß);
13. die Brunnenmeisterarbeiten an Johann Lenz (5 Percent Nachlaß);
14. die Binderarbeiten an Rudolf Gärdtner (20 Percent Aufzahlung);
15. die Bürstenbinderarbeiten an Heinrich Kottmeister (Tarifpreise);
16. die Rauchfangkehrerarbeiten an Amalia Biegler (500 K Pauschale pro Jahr, 12 K Neujahrgeld für die Gehilfen);
17. die Senkgrubenräumung an Johann Hauer (2 K per Cubikmeter);
18. die Verführung von Mist und Asche an Johann Hauer (1 K 40 h per Cubikmeter);

II. von der Vergebung der Lieferung von Eisenwaren, hölzernen Werkzeugen und Seilerwaren wird mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit Umgang genommen und die Versorgungshaus-Verwaltung angewiesen, diese Artikel bei vertrauenswürdigen Geschäftsleuten zu beziehen.

St.-R. Bäsch beantragt, die Schlosserarbeiten an Emil Baars (10 Percent Aufzahlung) zu übertragen.

Antrag Bäsch abgelehnt.

Referenten-Antrag angenommen.

(14030, 14480 ex 1900.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Ansuchen des Ingenieurs Josef Tauber um Abänderung einiger Bedingungen, betreffend das Project für die Erbauung einer elektrischen Bahn Wien—Preßburg, und beantragt:

1. Auf das Ansuchen um Ermäßigung der an die Gemeinde zu leistenden Abgaben ist nicht einzugehen und diesbezüglich auf den bereits gefassten Gemeinderaths-Beschlüssen zu beharren.

2. Was die Concessionserwerbung anbelangt, so erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, von der Erwerbung derselben für die innerhalb des Gemeindegebietes gelegene Theilstrecke abzustehen, wenn Sicherheiten dafür geboten werden, daß die Concession für diese Theilstrecke längstens bis zum Jahre 1925 oder für den Fall der

Zahlungsunfähigkeit der beteiligten Unternehmer auch früher an die Gemeinde Wien übergehe.

Der Magistrat wird aufgefordert, diesbezüglich mit dem Gesuchsteller in Verhandlung zu treten und vorerst über das Ergebnis der Verhandlung zu berichten. (Angenommen.)

(42.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Vergebung der Installationsarbeiten zur Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Bürgerladfondshause I., Wollzeile 28, Riemergasse 1/3, und beantragt, diese Installationsarbeiten der Firma Salzer & Thie zu dem offerierten Betrage von rund 11.600 K (43 Percent Nachlaß von den bauamtlichen Einheitspreisen) und gegen die zugestandene dreijährige Haftung und Einhaltung der allgemeinen und besonderen Bedingungen als Bestbieterin zu übertragen und dem mit der Überwachung derselben betrauten Bauamtsbeamten einen täglichen Zehrungsbeitrag von 3 K für die Zeit der Überwachung zu gewähren. (Angenommen.)

(262.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Eingabe der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen, betreffend den Schutz des Straßenverkehrs gegen die Ableitung des Betriebsstromes der städtischen Straßenbahnen durch gerissene Schwachstromleitungen und wegen eventueller Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof, und beantragt, gegen den Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums vom 17. November 1900, Z. 51713/22, die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof unter der Bedingung zu ergreifen, daß alle hieraus erwachsenden Kosten und entstehenden Rechtsfolgen von Seite der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen getragen werden und daß die genannte Gesellschaft jenen Advocaten namhaft macht, welcher mit der Verfassung und Überreichung der Beschwerdeschrift, sowie mit der weiteren Vertretung betraut werden soll.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(274.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Anbringung der elektrischen Oberleitung der städtischen Straßenbahnlinie „Kenuweg—Central-Friedhof“ an dem Brückenobjecte der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft im Zuge der Simmeringer Hauptstraße, und beantragt, zu genehmigen, daß die Gemeinde Wien als Concessionärin des städtischen Kleinbahnnetzes der k. k. priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft anlässlich der Befestigung der elektrischen Oberleitung der städtischen Straßenbahnlinie in der Simmeringer Hauptstraße an dem diese Straße übersehbenden Brückenobjecte der genannten Bahngesellschaft eine Erklärung in der vom Magistrate vorgeschlagenen Fassung ausstellt.

(Angenommen.)

(326.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Offert des Samuel und Wilhelm Schallinger, sowie des Alois Schweinburg und Hermann Lederer auf die Baustelle IV, Ecke der Kohlmeßer- und Seitenstettengasse im I. Bezirke, und beantragt die Wahl eines stadträthlichen Comités behufs Unterhandlung mit den Offerenten. (Angenommen.)

Es werden in das Comité gewählt die St.-R.: Dr. Mayreder, Schuh und Fiedler.

(15082 ex 1900.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Offert der Eheleute Bartholomäus und Anna Longin auf käufliche Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 530, Einl.-Z. 103 V. Bezirk, und beantragt:

Die Gemeinde Wien überläßt den Eigentümern der Realität Einl.-Z. 104 V. Bezirk, Bartholomäus und Anna Longin, einen Theil der Cat.-Parc. 530, Einl.-Z. 103 V. Bezirk, Figura c d p a,

per circa 216·17 m² um den Pauschalbetrag von 20.600 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Dieser Betrag ist bis 31. Jänner 1901 fällig.

2. Sämmtliche mit der Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, sowie die Übertragungsgebühren tragen die Käufer.

3. Letztere übernehmen die grundbücherlich sicherzustellende Verpflichtung, das Haus Dr.-Nr. 82 Untere Bräuhausgasse, V. Bezirk, bis längstens 1. April 1903 zu demolieren und den von der Realität Einl.-Z. 103 zu Straßenzwecken entfallenden Grund, insoweit er dormalen noch verbaut ist, im richtigen Niveau bis zu dem obgenannten Zeitpunkte der Gemeinde zu übergeben.

Der Preis für das in das Eigenthum der Käufer übergehende alte Materiale ist in dem oberwähnten Pauschalbetrage inbegriffen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15201 ex 1900.) St.-R. Dr. Mahreder referiert über die Zuschrift der k. k. Bauleitung der Wiener Stadtbahn, Section C. W., vom 30. August 1900, Z. 1082, betreffend die Herstellung eines eisernen Geländers längs des Promenadeweges am linken Wienflusufer bei der Station „Hütteldorf-Hacking“, sowie die Erhaltung des Böschungspflasters daselbst, und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, unter Zugrundelegung der im Magistratsberichte gemachten Ausführungen und Berechnungen mit der k. k. Bau-Direction für die Wiener Stadtbahn wegen Enthebung von der Verpflichtung zur Herstellung eines eisernen Geländers längs des Promenadeweges am linken Wienflusufer bei der Station „Hütteldorf-Hacking“ und wegen Übernahme der daselbst von der Stadtbahn hergestellten Böschungspflasterungen in die Erhaltung der Gemeinde in Verhandlung zu treten.

(Angenommen.)

(3.) St.-R. Braun referiert über die Hereinbringung von rückständigen Lizenzgebühren per zusammen 221 K 34 h nach Johann Lang (Lizenz Nr. 647), XI. Bezirk, und beantragt die Abschreibung der Gebühren aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(321.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Elisabeth Berger um pachtweise Überlassung der Bürgerhospitalfonds-Parcelle 1587 im III. Bezirke nach Josefa Menzl und beantragt, die bezeichnete Parcelle an die Gesuchstellerin um den jährlichen Pachtzins von 120 K und unter den sonst üblichen Bedingungen vom 1. Februar 1901 auf die restliche Pachtbauer, d. i. bis 31. October 1905 gegen Erlag einer Caution in der Höhe eines Halbjahrzinses zu verpachten und die bisherige Pächterin Josefa Menzl aus dem Pachtverhältnisse zu entlassen.

(Angenommen.)

(290.) St.-R. Braun referiert über die Schlussrechnung für die Herstellung des städtischen Material-Depots für den XI. Bezirk, Kopalgasse, und beantragt, die Überschreitung per 217 K 83 h der vom Stadtrathe mit dem Beschlusse vom 11. August 1897, Z. 6977, für die Herstellung des städtischen Material-Depots XI., Kopalgasse, bewilligten Kosten von 5206 K 68 h zu genehmigen und den restlichen Verdienstbetrag per 1400 K 29 h, welcher auf die außerordentliche Rubrik XII 22 zu verrechnen ist, auf den Reservefond zu überweisen.

(Angenommen.)

(202.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Josef und der Theresie Hahofer um Baubewilligung für die Erbauung eines Wohnhauses auf der Realität Garten-Parcelle 1014/3, Einl.-Z. 1777 Simmering, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung gemäß dem Bezirksamts-Antrage.

(Angenommen.)

(58.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Johanna Sammet durch Dr. Josef Mattis um Annahme einer Graberhaltungswidmung und beantragt, die testamentarische Widmung der am 14. August 1900 in Wien verstorbenen Rosina Eva Stephinger zur Erhaltung des im Wiener Central-Friedhofe befindlichen eigenen Grabes Gruppe 15 E, Reihe 7, Nr. 6, sowie die Bestimmung, daß das Widmungscapital nach Auflassung des Friedhofes den Armen Wiens zufallen soll, anzunehmen.

(Angenommen.)

(15204 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Johann Czelothe um Umgangnahme von der Beibringung der Originalquittung über die Grabstellgebühr für das eigene Grab Gruppe 42 C, Reihe 15, Nr. 31, im Wiener Central-Friedhofe anlässlich der theilweisen Rückvergütung dieser Gebühr und beantragt, dem Ansuchen gegen Ausstellung eines Reverses im Sinne des Magistrats-Antrages Folge zu geben.

(Angenommen.)

(Ad 14613 ex 1900.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Bericht des Gem.-Rathes Dr. Wesselsky, betreffend die von ihm unternommenen gerichtlichen Schritte gegen Julius Pastre anlässlich der von demselben in der General-Versammlung der Maschinen-Industriellen am 28. November 1900 erhobenen Anwürfe gegen die Gemeindebehörden, und beantragt, den vorliegenden Bericht mit dem Beifügen zur Kenntnis zu nehmen, daß sich der Stadtrath der vom Staatsanwalte gegen Julius Pastre erhobenen Anklage anschließen und den Gem.-Rath Dr. Wesselsky ersuche, die Weiterführung dieser Angelegenheit zu übernehmen.

Weiters wird dem Gem.-Rathe Dr. Wesselsky für seine bisherige Thätigkeit in dieser Angelegenheit der Dank ausgesprochen.

(Angenommen.)

(14933 ex 1900.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Bericht des Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Robert Swoboda in der Rechtsache des Johann Schieder wegen Feststellung der Ziffer des Entgeltes für den anlässlich des eventuellen Umbaues der Realität Einl.-Z. 661 VI. Bezirk, Mariahilferstraße 17, abzutretenden und einzubeziehenden Baugrund und beantragt die Wahl eines fünfgliedrigen stadträthlichen Comité's zur Prüfung der vorliegenden Frage und Stellung von entsprechenden Anträgen.

(Angenommen.)

Es werden in das Comité gewählt: Vice-Bürgermeister Strobach, sowie die St.-R. Dr. Deutschmann, Jaska, Wessely und Weitmann.

(32.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Bericht des Dr. Robert Swoboda über die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes über die Beschwerde des Siegmund Pick gegen die Entscheidungen des magistratischen Bezirksamtes für den XVIII. Bezirk, beziehungsweise des Stadtrathes, betreffend die anlässlich der Erbauung des Hauses Conscr.-Nr. 1317, Einl.-Z. 922 Währing, vorgeschriebene Canaleinmündungsgebühr per 811 K 56 h, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(15192 ex 1900.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des Leonhard Karpf, Pfarrers in Simmering, um Wiederflüssigmachung des anlässlich der Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. März 1899, Z. 1570, eingestellten sogenannten Hausguldens per 1100 K jährlich und beantragt die Ablehnung dieses Ansuchens.

St.-R. Braun beantragt, diesem Ansuchen mit dem ausdrücklichen Bemerkten Folge zu geben, daß die Gemeinde Wien alle von der ehemaligen Gemeinde Simmering in dieser Angelegenheit gemachten

Vorbehalte des Rücktrittes und die sonstigen in den betreffenden Beschlüssen gestellten Bedingungen aufrecht halte.

Antrag Braun angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(299.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Magistratsbericht, betreffend die mündliche Verhandlung vor dem k. k. Verwaltungsgerichtshofe über die Beschwerde der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Auftheilung der Erwerbsteuer der Sophienbad-Actiengesellschaft zwischen der Gemeinde Wien und der Gemeinde Ragnan, und beantragt, den Gem.-Rath Dr. Wesselsky zu ersuchen, die Vertretung der Gemeinde Wien bei der Hauptverhandlung unentgeltlich zu übernehmen.

(Angenommen.)

(14867 ex 1900.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Erlaß des k. k. Ackerbauministeriums vom 18. November 1900, Z. 24795, betreffend die Belassung der Stege des Franz Wojtech, Johann Mayer und der Rosa Holzer in Furkersdorf, und beantragt, von der Ergreifung der Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof Umgang zu nehmen.

Vice-Bürgermeister Strobach beantragt, gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(156.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 26. November 1900, Z. 32472, betreffend die Leistung der Hand- und Zugarbeitskosten bei Herstellungen an der Pfarrkirche zu St. Johann in Wien, II. Bezirk, und beantragt:

1. gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen;

2. mit der Einbringung der Beschwerde den Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Robert Pattai zu betrauen.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(215.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 6. December 1900, Z. 33341, betreffend die Entlohnung der Kirchenbediensteten und die Bestreitung der Kirchenfordernisse bei der Pfarrkirche in Rudolfsheim, und beantragt:

1. gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen;

2. mit der Einbringung der Beschwerde den Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Robert Pattai zu betrauen.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(157.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Erlaß des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 20. November 1900, Z. 30548, betreffend die Bestreitung einiger Kirchenfordernisse und des Messnergehaltes bei der Pfarrkirche in Kaiser-Ebersdorf, und beantragt:

1. gegen diesen Erlaß die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

2. mit der Vertretung der Gemeinde Wien wird der Hof- und Gerichtsadvocat Dr. Robert Pattai betraut.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(218.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Magistrats-Erkenntnis vom 30. December 1900, Z. 110801 ex 1900, betreffend die Sicherstellung der Kosten für die Entlohnung des Kirchenpersonales und für die Kirchenfordernisse der Pfarrkirche Zum heil. Antonius im X. Bezirke, und beantragt, gegen diese Entscheidung den Recurs an die k. k. n.-ö. Statthalterei zu ergreifen.

(Angenommen.)

(15081 ex 1900.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Vergebung der Buchbinderarbeiten für die Stadtbibliothek für die Zeit vom 1. Jänner 1901 bis 31. December 1903 und beantragt, diese Arbeiten der Firma Georg Kautters Witwe & Söhne zu den Einheitspreisen des städtischen Preistarifes B zu übertragen.

(Angenommen.)

(5.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Erlaß der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 16. December 1900, Z. 105220, betreffend die Bedingungen für die Benützung der k. k. Reichsstraßen zum Bau und Betrieb der städtischen Straßenbahnen, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(275.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Zuschrift der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vom 28. December 1900, Z. 12397, betreffend die Interpellation des Gem.-Rathes Poyer wegen des schnellen Fahrens der Motorzüge in der Kaiserstraße nach der Einmündung dieser Straße in die Mariahilferstraße, und beantragt, die von der genannten Gesellschaft diesbezüglich getroffenen Maßnahmen zur Kenntnis zu nehmen.

(Angenommen.)

(296.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Bericht der Verwaltungs-Direction der städtischen Gaswerke, betreffend die Aufmontierung von Auerbrennern auf die monumentalen Candelaber vor der Technischen Hochschule, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(96.) St.-R. Weitmann referiert über Gesuche von Parteien aus dem VII. Bezirke um Abschreibung beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt:

a) die Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebühren für:

Karl Quidenus pro I. Quartal 1899;

Marie Fuhrmann pro IV. Quartal 1899;

Julius Gessmann pro I. Quartal 1900;

Therese Karls Erben pro II. Quartal 1900;

Leopoldine Kutzig pro II. Quartal 1900;

R. Paget pro II. Quartal 1900;

Paul Schedifka pro II. Quartal 1900;

Anton Kraus pro II. Quartal 1900;

Michael Lorenz pro IV. Quartal 1900;

Anna Stolz pro II. Quartal 1900;

b) die Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebühren für:

Therese Karls Erben pro I. Quartal 1900 von 70 K

24 h auf 43 K 90 h und pro IV. Quartal 1900 von 32 K

94 h auf 20 K 59 h.

(Angenommen.)

(303.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Inbetriebsetzung des am linken Schwarzaufer neu hergestellten Tiefbrunnens im Pottschacher Schöpfwerke, und beantragt, die am 8. Jänner 1901 erfolgte Inbetriebsetzung dieses Tiefbrunnens nachträglich zu genehmigen.

(Angenommen.)

(313.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Besetzung von 20 beziehungsweise 10 Zahlplätzen im Seehospiz zu San Pelagio und im Kinderhospiz zu Sulzbach und beantragt, im Jahre 1901 ebenfalls im Seehospiz zu San Pelagio 20, im Kinderhospiz zu Sulzbach 10 Zahlplätze mit dem erhöhten Aufwande von zusammen 438 K zu besetzen und für letzteren Betrag den entsprechenden Zuschusscredit zur Ausgabe-Rubrik XXXVII 10 c pro 1901 zu bewilligen.

(Angenommen.)

(324.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Anbot des Anton Daubek, Zuckerbäckers in Pilsen, auf Ankauf des dem Wiener allgemeinen Versorgungsfonde gehörigen $\frac{1}{70}$ Antheiles des von ihm

verwalteten brauberechtigten Hauses Nr. 55 in Pilsen und beantragt, das vorliegende Anbot abzulehnen und den Magistrat anzuweisen, dem Differenzen mitzutheilen, daß ein Verkauf des Antheiles nur dann befürwortet werden könnte, wenn sich aus dem Verkaufe für die Gemeinde Wien rein 4000 K ergeben würden. (Angenommen.)

(314.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Persolvierung der Ignaz Mauthner Ritter v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenknaben und der Julie Marcelline Mauthner v. Markhof'schen Stiftung für Wiener Waisenmädchen im Jahre 1901 und beantragt, zu genehmigen, daß die vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Waisenknaben beziehungsweise Waisenmädchen in die Verlosung einbezogen werden. (Angenommen.)

(Über Anregung des Bürgermeisters wird zu der am 6. Februar 1901 stattfindenden Verlosung St.-R. Dr. Krenn delegiert.)

(Ad 173.) St.-R. Schuß referiert über das Ansuchen des Professors A. Wanek in Mährisch-Ostau um leihweise Überlassung von Demonstrationsobjecten anlässlich eines Vortrages und beantragt, die Entlehnung von Gegenständen aus dem Grillparzer-Zimmer abzulehnen, demselben aber aus der allgemeinen Sammlung des Museums die vom Director der städtischen Sammlungen bezeichneten Objecte unter den vorgeschlagenen Modalitäten zu überlassen.

Referenten-Antrag abgelehnt.

(286.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über den Recurs des städtischen Contrahenten Anton Rothbauer gegen das Magistrats-Erkenntnis vom 17. November 1900, Z. 119896, womit über den Genannten wegen mangelhafter Abfuhr des Straßenkehrichts im III. Bezirke eine Conventionalstrafe von 50 K verhängt wurde, und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen.)

(15055 ex 1900.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen des k. k. Notars Theodor Topf als Nachhaber der Anna Dorfleithner um Ertheilung einer Freilassungserklärung zur lastenfren Abtrennung der Parcellen 1772 aus der Grundbuch-Einlage 1607 in Inzersdorf, auf welcher zu Gunsten des Wiener allgemeinen Versorgungsfondes das Ackerpfandrecht zur Sicherstellung der für Johann Dorfleithner auflaufenden Verpflegskosten bis zum Höchstbetrage von 5600 K einverleibt ist, und beantragt, die angesuchte Freilassungserklärung auf Kosten der Gesuchstellerin zu bewilligen. (Angenommen.)

(77.) St.-R. Büsch referiert über Gesuche von Parteien aus dem V. Bezirke um Abschreibung beziehungsweise Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren und beantragt:

a) die Abschreibung für:

- Karl Polzer pro II. Quartal 1899;
- Karl Stöhr pro I. Quartal 1900;
- Wilhelm Dörsem pro II. Quartal 1900;
- Josef Gschwandtner pro II. Quartal 1900;

b) die Reducierung für:

- Karl Bamberger pro III. Quartal 1891 und IV. Quartal 1899;
- Franz Döfer pro IV. Quartal 1897;
- Moriz Paris pro III. Quartal 1900;
- Agnes Kastner pro III. Quartal 1899;
- Oskar Weiß pro II. Quartal 1900;

c) dagegen die Abweisung des Ansuchens des Rudolf Bode um Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebühr pro III. Quartal 1900.

(Angenommen.)

(14436 ex 1900.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen der Marie Leusch um Abschreibung der Wassermehrverbrauchsgebühr

für das Haus XII., Bischoffgasse 5, pro II. Quartal 1900 per 25 K 90 h und beantragt:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, darüber zu berichten:

1. ob auch im III. und IV. Quartale 1900 ein Wassermehrverbrauch stattgefunden hat;

2. ob das am 5. October 1900 angemeldete Rohrgebrechen amtlich constatirt wurde. (Angenommen.)

(190.) St.-R. Büsch referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Bemessung der Canalräumungsgebühren für das k. k. Karl Ludwig-Gymnasium im XII. Bezirke, und beantragt, der für die Räummung der Unrathsubjecte des k. k. Karl Ludwig-Gymnasiums im XII. Bezirke, Rosasgasse 1, für die Zeit vom 1. October 1892 bis 31. December 1897 von der Gemeinde Wien angeforderte Vergütungsbetrag von 391 K 86 h wird auf 120 K ermäßigt und der k. k. n.-ö. Landes Schulrath ersucht, die Flüssigmachung desselben beim k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht baldigst zu erwirken. (Angenommen.)

(234.) St.-R. Baska referiert über die Zuschrift der Direction der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn, betreffend die Kündigung der städtischen Kohlenrutschen Nr. 240 und 241, und beantragt, der Direction der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn bekanntzugeben, daß die Gemeinde Wien, um dem Wunsche der Nordbahn, soweit es ohne Schädigung der Gemeinde-Interessen geschehen kann, entgegenzukommen, bereit ist, auf die bereits leihweise überlassene Kohlenrutsche Nr. 245 gänzlich zu verzichten; ferner ist das dringende Ersuchen zu stellen, die städtischen Kohlenrutschen Nr. 240 und 241 nicht zu kündigen. (Angenommen; an den Gemeinderath)

(15088 ex 1900.) St.-R. Baska referiert über das Einkommen zwischen der k. k. Dicastrialgebäude-Direction und der Gemeinde Wien bezüglich der ehemaligen Linienamts-Realität „Schönbrunn“ und beantragt:

Zur Durchführung der Punctionationen vom 24. Februar 1893 in Ansehung der Linienamts-Realität „Schönbrunn“ Einl.-Z. 535 V. Bezirk, wird zwischen dem k. k. Ärar und der Gemeinde Wien folgendes Übereinkommen getroffen:

A. Das k. k. Ärar überläßt der Gemeinde Wien:

- a) die Cat.-Parc. 501/1, 502/1 und 502/2, Einl.-Z. 535 V. Bezirk, Figur a b c d e f a, per circa 540 m²;
- b) einen Theil der Cat.-Parc. 514/1 und 515, Einl.-Z. 535 V. Bezirk, Figur b I, II u b, per circa 8·6 m²;
- c) einen Theil der Cat.-Parc. 1641/3, Einl.-Z. 535 V. Bezirk, Figur k i' m' n' o' p' q' r' s' t' u' r k, per circa 197 m².

B. Die Gemeinde Wien überläßt dem k. k. Ärar:

- a) einen Theil der Straßen-Parc. 514/3, V. Bezirk, Figur II, III, IV, t II, per circa 7·5 m²;
- b) einen Theil der Straßen-Parc. 1641/1, V. Bezirk, Figur r s t r, per circa 25 m²;
- c) einen Theil der Straßen-Parc. 510 und 1641/3, V. Bezirk, Figur g h m i v, VI, VII k g, per circa 146 m²;
- d) die mit den Buchstaben g h g p' p'' g umschriebene, im Verzeichnisse für das öffentliche Gut ohne Parzellenbezeichnung inne liegende Fläche per circa 7·5 m².

C. Als Entschädigung für die Änderung der Baulinie des Margarethengürtels, die Durchführung der Morizgasse über die Realität Einl.-Z. 535 V. Bezirk, und die Auflassung der Luftgasse überträgt die Gemeinde Wien an das k. k. Ärar noch einen Theil der Straßen-Parc. 1640, 510 und der Cat.-Parc. 618/1, Einl.-Z. 50 V. Bezirk, Figur B n H A F A² B² B, per circa 183 m².

Dieses Übereinkommen wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

1. Das k. k. Ärar erklärt, aus Anlaß der Baulinienänderung für den in seinem Besitze verbleibenden Theil der Realität Einl.-Z. 535 V. Bezirk, keinen wie immer gearteten Anspruch mehr an die Gemeinde zu stellen, und verpflichtet sich, die Ausgänge der genannten Realität gegen die Luftgasse über Verlangen der Gemeinde Wien zu schließen und künftighin die Bewilligung von Ausgängen gegen diese aufzulassende Gasse nicht zu begehren.

Diese Verpflichtung ist auf dem dem k. k. Ärar verbleibenden Theile der Realität Einl.-Z. 535 V. Bezirk, als Reallast zu Gunsten der Gemeinde grundbücherlich sicherzustellen.

2. Die Gemeinde tritt in die Bestandverhältnisse bezüglich des auf der Cat.-Parc. 502/1, V. Bezirk, stehenden Gebäudes ein.

3. Die mit den Buchstaben b I II u b umschriebene Grundfläche wird das k. k. Ärar nach erfolgter Demolierung des Hauses Dr.-Nr. 139 Schönbrunnerstraße, V. Bezirk, an die Gemeinde übergeben.

4. Das auf den an das k. k. Ärar übergehenden Flächen befindliche Pflastermaterial bleibt Eigentum der Gemeinde.

5. Letztere wird von den in ihr Eigentum übergehenden Flächen die Figur b I II u b (Theil der Cat.-Parc. 514/1 und 515 V. Bezirk), sowie die Figur k i' m' n' o' p' q' r' s' t' u' r k (Theil der Cat.-Parc. 1641/3, V. Bezirk) ins Verzeichnis für das öffentliche Gut übertragen.

6. Die sub A und B angeführten Transactionen sind im Sinne der Punctionen vom 24. Februar 1893 stempel- und gebührenfrei.

Die Übertragungsgebühren für die sub C erwähnte Grundfläche trägt das k. k. Ärar und wird der Wert der letzteren mit 20.000 K festgesetzt. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(233.) **St.-R. Weitmann** referiert über die anlässlich der theilweisen Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 20 Kaiserstraße, VII. Bezirk, erforderlichen Adaptierungsarbeiten und beantragt, für den gedachten Zweck den budgetmäßig bedeckten Betrag von 1800 K zu genehmigen und unter der Voraussetzung des anstandslosen Ergebnisses der Bau-Commission die Baubewilligung für die fraglichen Arbeiten zu erteilen. (Angenommen.)

(282.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Wiener Bezirkschulrathes vom 28. December 1900, Z. 5768, betreffend die Zuerkennung der zweiten Dienstalterszulage jährlicher 200 K vom Fälligkeitstage, d. i. vom 1. September 1899 an den definitiven Volksschullehrer Josef Hellmann, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 16. Jänner 1901.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Hörmann,
Brauneiß, Fraba,
Dr. Deutschmann, Dr. Krenn,
Fiedler, Dr. Mayreder,
Gräff Ferdinand, Oppenberger,
Grünbeck Sebastian, Rauer,
Hipp, Rissaweg,

Schreiner, Weitmann,
Tomola, Wejfeld,
Dr. Wähner, Jazka.
Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vice-Bürgermeister Josef Strobach.

Entschuldigt: St.-R. Büsch, Schuh.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Commissär H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(250.) **St.-R. Weitmann** referiert über die Eröffnung der Bernardgasse zwischen der Kaiserstraße und Peyerlgasse für den Fuhrwerksbetrieb und beantragt, die von der Vorstehung des XVI. Bezirkes gewünschte Eröffnung des obigen Straßentheiles für den Fuhrwerksverkehr abzulehnen. (Angenommen.)

(242.) **St.-R. Weitmann** referiert über das Mehrerfordernis bei den Zimmermannsarbeiten in der Hütte im städtischen Freibade und beantragt, die Überschreitung der Kosten per 280 K 57 h nachträglich zu genehmigen (bedeckt). (Angenommen.)

(292.) **St.-R. Rauer** referiert über die Kostenüberschreitung bei den Canaliserungsarbeiten in Unter-St. Veit und beantragt, die bei Ausführung der Canaliserungsarbeiten in der Fleischgasse, Hiesinger Hauptstraße, Auhofstraße etc. in Unter-St. Veit im XIII. Bezirke eingetretene Überschreitung der genehmigten Kosten um den Betrag von 8000 K nachträglich zu genehmigen (bedeckt). (Angenommen.)

(14313 ex 1900.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen der Marie v. Gutkowsky um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebühr für die Realität XIII., Lainzerstraße 153, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebühr im normalen Betrage von 1364 K 40 h vorläufig mit 955 K 8 h zu bemessen. (Angenommen.)

(379.) **St.-R. Rauer** referiert über das Ansuchen des Franz Natic um Bestimmung der Schadloshaltung XIII., Hadigasse 104, und beantragt, die Schadloshaltung mit 8 K per Quadratmeter, d. i. für eine Fläche von 36.04 m² mit 288 K 32 h zu bestimmen. (Angenommen.)

(281.) **St.-R. Rauer** referiert über die Einleitung des Hochquellenwassers in das Requisitionen-Depot der Freiwilligen Feuerwehr Breitensee, Mazingergasse 7, und beantragt, die Einleitung des Hochquellenwassers in obiges Haus mit dem Kostenbetrage von 270 K zu genehmigen (bedeckt).

Die Arbeiten sind durch die städtischen Contrahenten auszuführen, Rohre und Maschinenbestandtheile dem Vorrathe zu entnehmen.

Der Auslauf wird unentgeltlich mit 5 hl Wasser pro Tag dotiert. (Angenommen.)

(248.) **St.-R. Rauer** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung in der Feldkellergasse, XIII. Bezirk, und beantragt, die Flamme Nr. 37 in der Feldkellergasse in eine ganznützige umzuwandeln. (Angenommen.)

(287.) **St.-R. Rauer** referiert über die Cassierung des Schöpfbrunnens in der Pachmanngasse im XIII. Bezirke und beantragt die gänzliche Cassierung des ein Passagehindernis bildenden Schöpfbrunnens in der Pachmanngasse im XIII. Bezirke. Die diesbezüglichen Arbeiten sind im currenten Wege zu bewerkstelligen, das gewonnene Altmateriale ist in das städtische Materialdepot des XVI. Bezirkes zu schaffen und gelegentlich vom magistratischen Bezirksamte zu veräußern. (Angenommen.)

(14264 ex 1900.) St.-R. Nauer referiert über die Entschädigung für die Abhaltung des Schulgottesdienstes im Gotteshause der Congregation der frommen Arbeiter vom heil. Josef Calasantius und beantragt, derselben für die Benützung der Kirchenutenfilien, der Orgel, sowie für die Reinigung des Gotteshauses eine Entschädigung von 140 K, jedoch ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung zu gewähren. (Angenommen.)

(452.) St.-R. Zatzka referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Anschaffung von Steinkohle zur Vermeidung des Kohlenmangels für die Dauer des strengen Frostwetters, und beantragt:

1. Die vom Magistrate erfolgte Bestellung von 1000 q Russkohle (Marke Mislovitz) bei der Firma Königer & Sohn wird zur Kenntnis genommen.

2. Das vorliegende Offert der Firma Karl Königer & Sohn, auf weitere Lieferung von 2000 q prima preußisch-schlesische Steinkohle zum Preise von 277 K 10 h per 100 Metercentner loco Nordbahnhof Wien wird unter den sonstigen Bedingungen des mit dieser Firma abgeschlossenen Kohlenlieferungs-Vertrages angenommen. (Angenommen.)

(372.) St.-R. Zatzka referiert über den Kostenanschlag für die Einleitung des Hochquellenwassers in die Landwehrkaserne im XIII. Bezirke und beantragt, den Kostenanschlag für die Einleitung des Hochquellenwassers, beziehungsweise für die Herstellung der Abzweigsleitungen und Installationsarbeiten der Hochquellenwasserleitung in der neuen Landwehrkaserne im XIII. Bezirke mit Ausschluß der zwei Magazinsgebäude derselben wird mit dem bedeckten Betrage von 20.416 K 21 h genehmigt; die Herstellung der Abzweigsleitungen ist dem ständigen Unternehmer im currenten Wege zu übertragen. Die Installationsarbeiten sind auf Grund der vorgelegten Bedingungen und Preistarife im Wege einer allgemeinen öffentlichen Offertverhandlung zu vergeben und der Bedarf an 23/37 mm Bleirohren dem städtischen Vorrathe zu entnehmen. (Angenommen.)

(271.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Pfarramtes zum heil. Laurentius in Breitensee um Überlassung von Bestandtheilen aus der aufgelassenen St. Laurentius-Kapelle und beantragt, die im Eigenthume der Gemeinde Wien befindlichen Inventarstücke, als: einen Altar, eine Orgel, zwei Thurmglöcker und die Sitzbänke dem Pfarramte St. Laurentius schenkungsweise zu überlassen. (Angenommen.)

(15277 ex 1900.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Barmherzigen Schwestern der schmerzhaften Mutter um Überlassung von Coaks aus dem städtischen Gaswerke und beantragt, denselben 50 q Coaks aus dem Vorrathe des städtischen Gaswerkes für die Beheizung der Klosterlocalitäten unentgeltlich zu überlassen. (Angenommen.)

(375.) St.-R. Zatzka referiert über die Verlängerung des Vertrages bezüglich der Reinigung der k. k. Linzer Reichstraße und beantragt, den zwischen der k. k. n.-ö. Statthalterei durch den k. k. Baubezirk Wien für Straßen-Angelegenheiten einerseits, dann der Gemeinde Wien auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 21. Juni 1898, St.-R.-Z. 4227, andererseits abgeschlossenen Vertrag, betreffend die Reinigung der k. k. Linzer Reichstraße von der bestanden Mariahilferlinie km 0 bis zum Ende der gepflasterten Strecke in Penzing km 3-215 unter den bisher geltenden Bedingungen auf weitere drei Jahre, d. i. bis Ende 1903 zu verlängern. (Angenommen.)

(380.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Alois Freiherrn v. Gillern um Baubewilligung XIII., Guldengasse 39,

und beantragt, die Ertheilung der Baubewilligung unter Genehmigung des projectierten Erkers unter der Bedingung zu bestätigen, daß die Ausladungsfläche des Erkers per 1-67 m² im dreifachen Ausmaße von der zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grundfläche bei Berechnung der Schadloshaltung in Abzug gebracht werde. (Angenommen.)

(249.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen der Firma H. Kella & Comp. um Genehmigung der Terminüberschreitung bei der Verlegung des rechten Wienflusssammelcanales, der Herstellung der Nothauskläufe Wiedener Hauptstraße, Heugasse, Tegetthoffbrücke etc. und beantragt, derselben die eingetretene Terminüberschreitung von 15 Arbeitstagen nachzusehen. (Angenommen.)

(10052 ex 1900.) St.-R. Zatzka referiert über die Niveau- und Baulinienänderung für die Habitzgasse zwischen Ameis- und Nisselgasse, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. Die genehmigten Baulinien für die Realitäten Dr.-Nr. 98, 66, 64 und 62 Habitzgasse im XIII. Bezirke werden nach den im vorgelegten Plane roth gezogenen Linien a b beziehungsweise c d e f und die Verbauungslinie in dem Theile der Habitzgasse zwischen der Einwanggasse und Nisselgasse nach den im Plane roth gestrichelten Linien g h f abgeändert.

2. Für die Habitzgasse zwischen der Ameisgasse und der Nisselgasse werden mit Rücksicht auf die im Zuge der Ameisgasse projectierte Überbrückung des Wienflusses die im Plane roth unterstrichenen Coten als zukünftige Straßencoten genehmigt.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(13540 ex 1900.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Maschinenmeisters Wilhelm Adam im Wasserwerke Breitensee um Überlassung eines Zimmers von der anstoßenden Wohnung und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(406.) St.-R. Branneiß referiert über bauliche Herstellungen im Vorstandszimmer der städtischen Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke und beantragt:

Die für die Auswechslung von Dippelbäumen und für die Einziehung von Traversen unter der Deckenconstruction im Vorstandszimmer der städtischen Pfandleihanstalt im XIV. Bezirke und für die Herstellung eines harten Fußbodens daselbst erforderlichen Auslagen von 900 K werden genehmigt; jedoch ist dieser Betrag der Gemeinde aus den Erträgnissen der Anstalt rückzuvergüten. (Angenommen.)

(15007 ex 1900.) St.-R. Zatzka referiert über das Ansuchen des Eduard Zelniczek um Ausfolgung der anlässlich der Demolierungsarbeiten XIII., Breitenseerstraße 33/35, erlegten Caution und beantragt, die Ausfolgung der Caution ohne Rückstellung des Erlagscheines unter der Bedingung zu bewilligen, daß der Gesuchsteller sich verpflichtet, die Gemeinde für den aus diesem Anlasse ihr erwachsenden Nachtheil vollkommen schad- und klaglos zu halten. (Angenommen.)

(57.) St.-R. Hörmann referiert über die Vergebung der Zimmermannsarbeiten zur Reconstruction des städtischen Donaubades per 7700 K und beantragt, diese Arbeit, sowie die Anschaffung der Nägel und Schrauben im Handeinkaufe durch das Bauamt mit dem Betrage von 500 K zu genehmigen.

Diese Zimmermannsarbeiten sind im Wege einer allgemeinen öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung auf Grund der vorgelegten Bedingungen zu vergeben (bedekt). (Angenommen.)

(8.) St.-R. Hörmann referiert über die Erbauung eines Pegelhäuschens der Donauregulierungs-Commission neben dem städtischen Donaubade und beantragt die Ablagerung von Bestandtheilen des

Begelhäuschens neben dem städtischen Donaubade auf dem nördlich des Administrationsgebäudes gelegenen Grunde im städtischen Donaubade unter der Bedingung zu genehmigen, daß der Platz bis anfangs Mai 1901 wieder geräumt wird und etwaige Beschädigungen an der Einfriedung oder an dem Administrationsgebäude durch die Ablagerung auf Kosten der Donauregulierungs-Commission hergestellt werden.

(Angenommen.)

(112.) St.-R. Hörmann referiert über den Recurs des städtischen Contrahenten für Canalräumung Heinrich Fröhlich gegen die auferlegte Conventionalstrafe und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(509.) St.-R. Hipp referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung wegen Sicherstellung der Lieferung der Traversen für Zwecke der städtischen Bauten für die Jahre 1901 bis 1903 und beantragt:

Die Lieferung der für die städtischen Bauten und für Bauten auf Rechnung der unter städtischer Verwaltung stehenden Fonds benötigten Traversen im Bedarfs von rund 45.000 Metercentnern wird für die Jahre 1901 bis einschließlich 1903 der Direction der österreichischen Werke und Fabriken der Priv. österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft zu den nachstehenden Preisen übertragen, und zwar: Träger bis 320 mm Höhe zum Preise von 20 K 25 h, Träger von 350 und 400 mm Höhe zum Preise von 20 K 75 h per 100 kg.

(Angenommen.)

(55.) St.-R. Hipp referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung der Maschinenbestandtheile zur Herstellung der Abzweigungsleitungen der Hochquellen- und Wienthalwasserleitung und beantragt die Vergebung dieser Lieferung an H. Heinrich (Nachlaß 23,6 Percent).

(Angenommen.)

(180.) St.-R. Hipp referiert über die Sitzungs-Protokolle der Bezirksvertretungen des I. Bezirkes vom 13. December 1900, des II. Bezirkes vom 5. und 19. December 1900, des III. Bezirkes vom 23. November und 19. December 1900, des V. Bezirkes vom 10. December 1900, des VI. Bezirkes vom 11. December 1900, des VII. Bezirkes vom 11. October, 22. November und 12. December 1900, des VIII. Bezirkes vom 11. October und 22. November 1900, des IX. Bezirkes vom 26. September und 28. November 1900, des X. Bezirkes vom 28. November 1900, des XIII. Bezirkes vom 16. November 1900, des XIV. Bezirkes vom 18. November, 27. November und 18. December 1900, des XVII. Bezirkes vom 22. November 1900, des XVIII. Bezirkes vom 14. December 1900 und des XX. Bezirkes vom 5. December 1900 und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(144.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Josef Edlen v. Herdt und Johann Heuberger um Baubewilligung XI., Felsgasse 9, und beantragt, die Ertheilung des Bauconsenses zu bestätigen.

(Angenommen.)

(355.) St.-R. Braun referiert über den Bericht über die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. December 1900 am Wiener Central-Friedhofe stattgefundenen Beerdigungen etc. und beantragt die Kenntnisaufnahme.

(Angenommen.)

(356.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Hermine Binder um Erneuerung des eigenen Grabes der Josefa Kreul am Central-Friedhofe und beantragt, der Bittstellerin den nachträglichen Erlag der Renovationsgebühr per 40 K für das am 7. September 1897 heimgefallene Grab Gruppe 5 a, Reihe 2, Nr. 28, ihrer Mutter Josefa Kreul am Central-Friedhofe behufs Erwerbung des Benützungrechtes auf weitere 20 Jahre, vom Verfallstage an

gerechnet, gegen Entrichtung der fünf Percent Verzugszinsen vom Verfallstage an bis zum Erlagstage unter der vom Magistrate beantragten Bedingung zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14930 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über den Magistratsbericht hinsichtlich der Beilegung von Leichen in Gräber und Gräfte, welche bereits mit der nach der betreffenden Friedhofs-Ordnung zulässigen Anzahl von Leichen belegt sind, und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, auf allen städtischen Friedhöfen die Beilegung weiterer Leichen in Gräber oder Gräfte, welche bereits mit der nach den Bestimmungen der betreffenden Begräbnis- und Gräberordnung zulässigen Zahl von Leichen belegt sind, falls es die räumlichen Verhältnisse gestatten und das Stadtphysikat aus sanitären Gründen keine Bedenken erhebt, gegen Einhebung einer Beilegegebühr von 50 K bei eigenen Gräbern und von 100 K bei Gräften zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(15128 ex 1900.) St.-R. Braun referiert über die Festsetzung der Grabstellgebühren für eigene Gräber im Kapellenhofe des Wiener Central-Friedhofes und beantragt:

Die Gebühr für Überlassung des Benützungrechtes an den noch freien eigenen Gräbern im Kapellenhofe des Wiener Central-Friedhofes, und zwar Nr. 22 bis inclusive 28, Gruppe 46 H, Reihe 1, und Nr. 9 bis einschließlich 42, Gruppe 46 E, Reihe 1, sowie an den durch Erhumierung und Rückstellung an die Gemeinde, weiters durch Heimfall frei werdender eigener Gräber im Kapellenhofe wird mit 500 K festgesetzt und werden diese Gräber in Zukunft nur auf die Dauer des Friedhofsbestandes abgegeben.

(111.) St.-R. Wessely referiert über die Vergebung der Lieferung des zur Erhaltung der Straßen und Gehwege erforderlichen Schotter und Sandes pro 1901 und beantragt:

1. Es sei die Lieferung von Gebirgsschlägel- und Rieselschotter für den Central-Friedhof an Helene Mühlleder zum Preise von je 9 K 50 h, weiters die Lieferung von Gebirgsschlägelschotter für den VII. Bezirk zum Preise von 8 K 60 h per Cubikmeter an Matthias Bara und die Lieferung von Gebirgsschlägelschotter für den XI. Bezirk zum Preise von 9 K 50 h per Cubikmeter an Helene Mühlleder unter Abgabung vom Bestote zu übertragen.

2. Wegen Lieferung von ordinärem Donauschotter, von grobem Rundriesel- und feinem Rundrieselschotter für den II., XVIII. und XX. Bezirk wäre unter Ablehnung der Offerte des H. Neutner und Johann Mayr eine neue Offertverhandlung auszuschreiben.

3. Das Offert des Josef und der Katharina Faschky auf Lieferung von ordinärem Rundsotter und grobem Rundrieselschotter für den X. Bezirk wäre unter der Bedingung zu genehmigen, daß sich dieselben zur Einhaltung der neuen Bedingungen verpflichten und die Lieferung des für diesen Bezirk ausgeschriebenen Quantums von 200 m³ feinem Rundrieselschotter zum Preise von 5 K 20 h übernehmen; im gegentheiligen Falle wäre für die sämtlichen drei Gattungen von Rundsotter für den X. Bezirk eine neue Offertverhandlung auszuschreiben.

4. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Anträge wäre die Lieferung des zur Erhaltung der Gehwege und Straßen in den Bezirken I bis XX erforderlichen Schotter und Sandes, sowie des Conservierungsmaterials für die Communicationen am Wiener Central-Friedhofe für das Jahr 1901 an die sonstigen Bestbieter beziehungsweise Alleinbieter, zu den in der nachstehenden Zusammenstellung angegebenen Preisen zu übertragen:

Josef Meißgayer, Karl Hödl, Franz Pölleriger, Apollonia Meißgayer, für den I. Bezirk: Gebirgsschlägelschotter

8 K 98 h, Gebirgsriefelschotter 8 K 98 h, Gebirgsand 8 K 98 h per Cubikmeter.

Johann Mayr, für den I. Bezirk: feiner Donaurundriefelschotter 4 K 54 h per Cubikmeter.

Hermann Neuther, für den II. Bezirk: Donausand 4 K 40 h per Cubikmeter.

Josef Meißgeyer, Karl Hödl, Franz Pöllner, Apollonia Meißgeyer, für den II. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 9 K 82 h, Gebirgsriefelschotter 9 K 82 h, ordinärer Donaurundschotter, grober und feiner Donaurundriefelschotter: neue Offertverhandlung, Gebirgsand 9 K 82 h per Cubikmeter.

Franz Sonnleitner, für den III. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 8 K 70 h per Cubikmeter.

Johann Endlweber, für den III. Bezirk: Gebirgsriefelschotter 8 K 70 h per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den III. Bezirk: ordinärer Donaurundschotter 3 K 20 h, grober Donaurundriefel 3 K 60 h, feiner Donaurundriefel 5 K 20 h, Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Wilhelm Schediwy, für den IV. Bezirk: Wienthalschotter 6 K 50 h per Cubikmeter.

Johann Endlweber, für den IV. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 8 K 10 h, Gebirgsriefelschotter 8 K 10 h per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den IV. Bezirk: Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Wilhelm Schediwy, für den V. Bezirk: Wienthalschotter 6 K 30 h, Wienthalriefel 6 K 50 h per Cubikmeter.

Johann Endlweber, für den V. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 7 K 60 h, Gebirgsriefelschotter 7 K 60 h per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den V. Bezirk: Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Wilhelm Schediwy, für den VI. Bezirk: Wienthalschotter 6 K 50 h per Cubikmeter.

Johann Endlweber, für den VI. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 8 K 10 h, Gebirgsriefelschotter 8 K 10 h per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den VI. Bezirk: Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Wilhelm Schediwy, für den VII. Bezirk: Wienthalschotter 6 K 50 h per Cubikmeter.

Matthias Baxa, für den VII. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 8 K 60 h, Gebirgsriefelschotter 7 K 90 h per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den VII. Bezirk: Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Matthias Baxa, für den VIII. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 8 K 70 h, Gebirgsriefelschotter 8 K 70 h per Cubikmeter.

Johann Mayr, für den VIII. Bezirk: feiner Rundriefelschotter 5 K, Donausand 5 K per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den VIII. Bezirk: Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Johann Endlweber, für den IX. Bezirk (Reserve): Gebirgschlägelschotter 8 K 80 h, Gebirgsriefelschotter 8 K 80 h per Cubikmeter.

Johann und Katharina Zafschy, für den X. Bezirk: ordinärer Donaurundschotter 5 K 20 h, grober Donaurundschotter 5 K 20 h per Cubikmeter.

Josef Meißgeyer, Karl Hödl, Franz Pöllner, Apollonia Meißgeyer, für den X. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 8 K 12 h, Gebirgsriefelschotter 8 K 12 h per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den X. Bezirk: Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Karl Lechner, für den XI. Bezirk: Schlackenschotter 6 K 20 h und 6 K 50 h per Cubikmeter.

Helene Mühleder, für den X. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 9 K 50 h per Cubikmeter.

Alois Wanko, für den XI. Bezirk: ordinärer Donaurundschotter 3 K, grober Donaurundriefelschotter 3 K 20 h, feiner Donaurundriefelschotter 5 K 60 h, Quarzsand 7 K per Cubikmeter.

Karl Lechner, für den Central-Friedhof: Basaltschlackenschotter 5 K, Basaltriefelschotter 6 K per Cubikmeter.

Helene Mühleder, für den XI. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 9 K 50 h, Gebirgsriefelschotter 9 K 50 h per Cubikmeter.

Karl Endlweber, für den XII. Bezirk: ordinärer Donaurundschotter 3 K 20 h, grober Donaurundriefelschotter 4 K 20 h, feiner Donaurundriefelschotter 6 K per Cubikmeter.

Josef Meißgeyer, Karl Hödl, Franz Pöllner, Apollonia Meißgeyer, für den XII. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 7 K 16 h, Gebirgsriefelschotter 7 K 16 h per Cubikmeter.

Georg Mosbacher und Johann Kümmerle, für den XIII. Bezirk: Wienthalschotter 5 K 60 h, Wienthalriefelschotter 5 K 60 h, Wienthalsand 7 K per Cubikmeter.

Leopold Fellner & Sohn, für den XIII. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 7 K 60 h, Gebirgsriefelschotter 7 K 60 h per Cubikmeter.

Wilhelm Schediwy, für den XIV. Bezirk: Wienthalschotter 5 K 60 h, Wienthalriefelschotter 6 K 50 h per Cubikmeter.

Franz Fuschik, für den XIV. Bezirk: Donausand 6 K 20 h per Cubikmeter.

Johann Endlweber, für den XIV. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 7 K 60, Gebirgsriefelschotter 7 K 60 h per Cubikmeter.

Wilhelm Schediwy, für den XV. Bezirk: Wienthalschotter 6 K 20 h, Wienthalriefelschotter 6 K 50 h per Cubikmeter.

Franz Fuschik, für den XV. Bezirk: Donausand 6 K 20 h per Cubikmeter.

Matthias Baxa, für den XV. Bezirk: Gebirgschlägelschotter 8 K 10 h, Gebirgsriefelschotter 8 K 10 h per Cubikmeter.

Karl Endlweber, für den XVI. Bezirk: Wienthalschotter 6 K 40 h, Wienthalriefelschotter 6 K 40 h per Cubikmeter; für die Savoyenstrasse: Wienthalschotter 7 K, Wienthalriefelschotter 7 K per Cubikmeter.

Karl Endlweber, Franz Fuschik, für den XVI. Bezirk: ordinärer Donaurundschotter 4 K 20 h, grober Donaurundriefelschotter 5 K 20 h, feiner Donaurundriefelschotter 7 K per Cubikmeter; für die Savoyenstrasse: ordinärer Donaurundschotter 5 K 20 h per Cubikmeter.

Johann Endlweber, für den XVI. Bezirk (Reserve): Gebirgschlägelschotter 8 K 60 h und 8 K 20, Gebirgsriefelschotter 8 K 60 h und 8 K 20 h per Cubikmeter; für die Savoyenstrasse: Gebirgschlägelschotter 9 K 60 h, Gebirgsriefelschotter 9 K 60 h per Cubikmeter.

Karl Weinzinger, für den XVII. Bezirk: ordinärer Donaurundschotter 6 K per Cubikmeter.

Johann Mayr, für den XVII. Bezirk: feiner Donaurundriefelschotter 6 K 55 h per Cubikmeter.

Matthias Baxa, für den XVIII. Bezirk (Reserve): Gebirgschlägelschotter 9 K 42 h und 8 K 56 h, Gebirgsriefelschotter 9 K

42 h und 8 K 56 h per Cubikmeter; ordinärer Donaurundsotter, grober und feiner Donaurundrieselsotter: neue Offertverhandlung.

Anton Freunschlag, für den XIX. Bezirk: Gebirgsschlägelsotter 10 K 30 h, Gebirgsrieselsotter 10 K per Cubikmeter.

Karl Weinzinger, für den XIX. Bezirk: ordinärer Donaurundsotter 3 K 76 h, grober Donaurundrieselsotter 5 K 60 h, feiner 7 K 20 h, Donausand 6 K 15 h per Cubikmeter.

Franz Emburger, für den XIX. Bezirk: Plattelsotter 6 K 40 h und 7 K per Cubikmeter.

Hermann Neuther, für den XX. Bezirk: Quarzsand 4 K 20 h per Cubikmeter; ordinärer Donaurundsotter, grober und feiner Donaurundrieselsotter: neue Offertverhandlung.

Josef Weißgeyer, Karl Hödl, Franz Pöllinger, Apollonia Weißgeyer, für den XX. Bezirk: Gebirgsschlägelsotter 9 K 82 h, Gebirgsrieselsotter 9 K 82 h, Gebirgsand 9 K 82 h per Cubikmeter.

St.-R. Braun beantragt, die Vergebung des Gebirgs- und Rieselsotters für den Central-Friedhof an Matthias Baxa zum Preise von je 9 K 30 h per Cubikmeter, sowie die Vergebung des Gebirgs- und Rieselsotters für den XI. Bezirk an Matthias Baxa zum Preise von je 8 K 70 h per Cubikmeter.

Der Antrag des St.-R. Braun und im übrigen der Referenten-Antrag angenommen.

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 17. Jänner 1901.

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Josef Strobach.

Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun,	Oppenberger,
Brauneiß,	Kauer,
Dr. Deutschmann,	Rissaweg,
Fiedler,	Schreiner,
Grünbeck Sebastian,	Tomola,
Hipp,	Dr. Wähner,
Hörmann,	Weitmann,
Praba,	Wejfelh,
Dr. Krenn,	Zafka.
Dr. Mayreder,	

Entschuldigt: St.-R. Büsch, Ferdinand Gräf, Schuh.

Schriftführer: Magistrats-Ober-Commissär Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(427.) St.-R. Weitmann referiert über die Rückübertragung eines irrthümlich abgetretenen Grundtheiles zur Grundb.-Einkl.-Z. 1752 VII., Neubaugasse 20, und beantragt, die Zustimmung zu erteilen, daß die irrthümlicherweise abgetretene Theilfläche im Ausmaße von 3.53 m² der Straßenparcelle 460/3 unentgeltlich zur Grundb.-Einkl.-Z. 1352 VII., Neubaugasse 20 zugeschrieben werde.

(Angenommen.)

(465.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Pächters der städtischen Cat.-Parc. 1696/2, ehemaliger Linienwallgrund, im VII. Bezirke, im Ausmaße von 929.72 m², Hermann Pöpperl, um Übertragung des Pachtverhältnisses an Vincenz Sinnl und beantragt, es sei der erwähnte Pachtgrund um den bisherigen Jahrespachtzins von 240 K gegen jederzeit mögliche 30tägige

Kündigung und Erlegung einer Caution von 120 K, sowie unter den sonst üblichen Bedingungen vom 1. Februar 1901 an dem Vincenz Sinnl in Bestand zu geben und Hermann Pöpperl aus dem Pachtverhältnisse zu entlassen. (Angenommen.)

(358.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen des Karl Stephan um Bestimmung der Schadloshaltung II., Große Sperlgasse 15 und Leopoldgasse 47, und beantragt, die Einleitung der Verhandlung wegen Bestimmung der Schadloshaltung für den im Falle des Umbaues des Hauses II., Große Sperlgasse 14 und Leopoldgasse 47 zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund noch vor der Bauausführung auf Kosten des Gesuchstellers zu genehmigen und die Gültigkeitsdauer dieser Preisbestimmung mit zwei Jahren festzusetzen. (Angenommen.)

(357.) St.-R. Oppenberger referiert über die Anbringung eines Wetterschutzdaches bei dem Karl Meißel'schen Stiftungshause II., Castellezgasse 2, und beantragt, die Ertheilung der Baubewilligung für dieses Wetterschutzdach unter Umgangnahme von der Forderung einer Entschädigung zu bestätigen. (Angenommen.)

(354.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Theresia Schamberg, Leichenwächterin, um Gewährung eines Heizpauschales und beantragt, der Gesuchstellerin für die Wintermonate jedes Jahres, das ist October bis inclusive März, als Beitrag für die Beheizung ihrer Wohnung ein Pauschale von 6 K pro Monat vom October 1900 an zu bewilligen. (Angenommen.)

(377.) St.-R. Oppenberger referiert über die Sicherstellung der Praterbespritzung mit Faszwagen vom 1. März 1901 an und beantragt, zur Bestellung eines Contrahenten für diese Leistung eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung auszuschreiben und die dieser zugrunde zu legenden Bedingungen, sowie das neu zusammengestellte Bespritzungsverzeichnis zu genehmigen. (Angenommen.)

(467.) St.-R. Oppenberger referiert über das negative Ergebnis der zweiten Offertverhandlung über die Sandgewinnung im oberen städtischen Badebassin und beantragt, von der Ausschreibung einer dritten Offertausschreibung Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(142.) St.-R. Oppenberger referiert über das Ansuchen der Ida Mittler um Reducierung von Wassermehrverbrauchsgebühren per 110 K 98 h für das Haus II., Schmelzgasse 5, und beantragt, das Ansuchen abzulehnen, da ein Rohrbrechen constatirt wurde. (Angenommen.)

(458.) St.-R. Fiedler referiert über den Recurs des Ignaz Richter gegen sanitätspolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses I., Zudengasse 6, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(293.) St.-R. Fiedler referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Bändsdorf, betreffend die Neuwahl der gemeinderäthlichen Control-Commission, und beantragt:

1. Es sei von der Vornahme allgemeiner Neuwahlen in die Commission zur Controle des gesammten unbeweglichen Vermögens der Gemeinde Wien und der von ihr verwalteten Fonds Umgang zu nehmen.

2. Es sei in theilweiser Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 9. April 1897, Z. 6097, die Zahl der Mitglieder dieser Commission um zwei zu vermehren, so daß die Zahl der aus dem Gemeinderathe zu wählenden Mitglieder aus dem I. Bezirke von vier auf sechs erhöht wird.

3. Die anlässlich des Ausscheidens des Vice-Bürgermeisters Dr. Neumayer aus der Commission erforderliche Ersatzwahl sei den bezüglichlichen Bestimmungen gemäß vom Stadtrathe vorzunehmen.

(Angenommen; Punkt 2 an den Gemeinderath.)

(195.) St.-R. Fiedler referiert über Platzinsrückstände nach 22 Parteien aus dem I. Bezirke und beantragt, behufs Hereinbringung dieser Rückstände das Klageverfahren durch einen rechtskundigen Beamten des Bezirksamtes durchzuführen zu lassen. (Angenommen.)

(260.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Karl Straka um Abschreibung der für das Haus VIII., Josefs-gasse 8, im III. Quartale 1900 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür per 13 K 65 h und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(300.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Johann Schreckenbach um Abschreibung der für das Haus VIII., Florianigasse 31, im III. Quartal 1900 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür per 84 K 88 h und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(309.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Josef Pedross um Abschreibung der für das Haus VIII., Tigergasse 8, im II. Quartal 1900 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür im Betrage von 51 K 98 h und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(259.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Hugo Raible um Abschreibung der für das Haus VIII., Schlüsselgasse 28, im II. Quartale 1900 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür per 300 K 20 h und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen.)

(414.) St.-R. Fiedler referiert über die Anregung der Bezirksvertretung für den VIII. Bezirk wegen Aufstellung einer Fahrkartencassa auf dem Perron des Bahnhofes „Hauptzollamt“ und beantragt, es sei die k. k. Staatsbahn-Direction Wien zu ersuchen, sie möge die Aufstellung einer Fahrkartencassa auf dem Perron des Hauptzollamts-Bahnhofes der Wiener Stadtbahn veranlassen.

Gleichzeitig sei dieser k. k. Behörde nahezu legen, daß eine Erleichterung des Umseigverkehrs von den Hauptbahnen auf die direct angeschlossenen Züge der Stadtbahn schon dadurch zu erreichen wäre, daß auf sämtlichen Stationen der bezüglichen Bahnen auch Fahrkarten der Stadtbahn verkauft und unter einem markiert werden.

Schließlich sei die k. k. Staatsbahn-Direction noch zu ersuchen, dahin zu wirken, daß zwischen den Stationen der Aspangbahn und der Stadtbahn directe Fahrkarten ausgegeben werden.

(Angenommen.)

(246.) St.-R. Fiedler referiert über die Zuschrift des Ministeriums für Cultus und Unterricht, betreffend die provisorische Abpflanzung des Grundstückes hinter dem Osterreichischen Museum und der Kunstgewerbeschule, und beantragt die Kenntnissnahme.

(Angenommen.)

(429.) St.-R. Fiedler referiert über die Herstellung einer gepflasterten Fahrbahn auf der Dominicanerbastei im I. Bezirke zwischen dem Franz Josefsquai und der Wollzeile und beantragt:

1. das vorgelegte Project mit dem Gesamterfordernisse von 22.883 K 40 h zu genehmigen;
2. zur Vergebung der Pflasterungsarbeiten des cumulierten Objectes „Dominicanerbastei von Wollzeile bis zum Franz Josefsquai“ eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung anzuordnen;
3. dem mit der Bauüberwachung zu betrauenden Inspicienten den normalmäßigen Zehrungsbeitrag von täglich 3 K zu bewilligen.

(Angenommen.)

(14528.) St.-R. Fiedler referiert über den Recurs des Albert Wilde & Comp. noe. der Administration des Hotel „Imperial“ gegen die abweisliche Erledigung in Betreff eines Wetter-

schutzdaches bei dem erwähnten Hotel und beantragt, dem Gesuch gegen Zahlung eines jährlichen Zinses von 100 K Folge zu geben.

(Angenommen.)

(279.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Eduard Menhard, Nürnbergerwarenhändler, um mietweise Überlassung der Parterre-Localitäten top. Nr. 46 und 52 im Bürgerladfondshause I., Wollzeile 28, Niemergasse 1/3, und beantragt, es seien dem Ed. Menhart die genannten Localitäten vom Mai-Termine 1901 an um den Jahreszins von 2600 K einschließlich der Nebengebühren und ausschließlich der Gewölbewachgebür unter den sonst üblichen Bedingungen zu vermieten.

(Angenommen.)

(322.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Herausgebers der „Deutschen Zeitung“ Dr. Theodor Wähner um mietweise Überlassung eines Theiles des Parterrelocales Nr. VII und des ganzen Souterrainlocales Nr. 28 im Bürgerladfondshause I., Wollzeile 28, Niemergasse 1/3, und beantragt, dem Mietwerber das im Plane A mit 47 a bezeichnete Parterrelocale um den Jahresmietzins von 1600 K und das Souterrainlocale Nr. 28 um den Jahreszins von 200 K vom Mai-Termine 1901 an zu vermieten.

(Angenommen.)

(Bei vorstehendem Referate war St.-R. Dr. Wähner nicht anwesend.)

(421.) St.-R. Wessely referiert über Herstellungen im Lagerhause aus Anlaß der Hebung der Ausstellungsstraße und beantragt, es sei zu genehmigen, daß die Kosten per 1549 K 90 h für die aus Anlaß der Hebung der Ausstellungsstraße und der Grundeinbeziehung von der Lagerhausverwaltung vorgenommenen Arbeiten auf das Straßen- und Bahnerhaltungsconto des städtischen Lagerhauses überwiesen werden.

(Angenommen.)

(374.) St.-R. Wessely referiert über das Project für die Macadamisierung der Ufergasse zwischen Dr.-Nr. 1 und Pilgrambrücke, VI. Bezirk, und beantragt, das vorgelegte Project mit dem adjustierten Erfordernisse von 5777 K 64 h zu genehmigen. (Angenommen.)

(351.) St.-R. Wessely referiert über die Remuneration der beiden die Reinigung der Häftlinge des städtischen Polizeigefangenhauses besorgenden Sicherheitswachmänner pro 1900 und beantragt die Bewilligung einer Remuneration von zusammen 30 K.

(Angenommen.)

(273.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Comités zur Gründung des Hospizes „Mariahilf“ in Welchau, Böhmen, um Subvention und beantragt, dieses Ansuchen sei unter Hinweis auf die Entscheidung des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 8. März 1899, Z. 1570, abzulehnen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(328.) St.-R. Wessely referiert über das Offert des Josef und der Anna Knapp auf einen Theil der Straßenparcelle 1583, VI. Bezirk, Mollardgasse, und beantragt die Ablehnung wegen zu geringen Preisangebotes. (Angenommen.)

(464.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Thekla Eckhardt und der Julie Kraus um pachtweise Überlassung des Platzes im Eßterhazypark im VI. Bezirke für die Aufstellung eines Erfrischungspavillons und beantragt:

1. Der an Johanna Eckhardt im Eßterhazypark behufs Aufstellung eines Pavillons zur Verabreichung von Erfrischungen verpachtete Platz wird derselben mit 1. Februar 1901 14tägig gekündigt.
2. Dieser Platz wird mit 15. Februar 1901 an die Gesuchstellerin Thekla Eckhardt auf unbestimmte Zeit gegen Entrichtung

eines jährlichen Pachtzinses von 400 K unter denselben Bedingungen wie an die frühere Pächterin Johanna Eckhardt verpachtet.

3. Das Ansuchen der Johanna Eckhardt und der Julie Kraus auf pachtweise Überlassung des bezeichneten Platzes an Julie Kraus wird abgelehnt. (Angenommen)

(460.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Genossenschaft der Wäschewaren-Erzeuger um Überlassung des Turnsaales der Mädchen-Bürgerschule VI., Stumpergasse 56, an den Montag- und Dienstag-Abenden und Sonntag-Vormittagen zur Unterrichts-Ertheilung in der Handrahmen-Stickerei.

Dem Ansuchen wird Folge gegeben.

(469.) St.-R. Wessely referiert über die Anschaffung von Schläuchen für die Straßenbespritzung mit dem Schlachtrommelwagen und beantragt, die Anschaffung von Schläuchen für die Straßenbespritzung mit den Schlauchtrommelwägen mit dem bedeckten Kostentrag von 7920 K im Wege einer beschränkten Offerterverhandlung zu genehmigen. Zu dieser Verhandlung sind die im Bauamtsberichte erwähnten Firmen einzuladen, deren Schläuche einer Probe für die Straßenbespritzung mit entsprechendem Erfolge unterzogen worden sind. (Angenommen.)

(480.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Vereines der Beamten der Stadt Wien um unentgeltliche Ausschmückung des Curfalons mit Pflanzen aus dem städtischen Vorrathe und um Gestattung der Führung warmer Küche gelegentlich eines Vergnügungs-Abendes am 1. Februar 1901 und beantragt die ausnahmsweise Genehmigung. (Angenommen.)

(405.) St.-R. Wessely referiert über die Gewährung von Remunerationen an den Rathhausausseher Grimmling und das Hausdienerpersonale für ihre Arbeitsleistungen anlässlich der Verlegung der Bureau für Wasserleitungs-Angelegenheiten in das Alte Rathhaus und beantragt die Gewährung von Remunerationen per zusammen 250 K. (Angenommen.)

(409.) St.-R. Wessely referiert über den Verkauf von alten im Steindepot XVI., Dboakergasse, deponierten Thüren und Fensterflügel und beantragt, die auf dem bezeichneten Lagerplatze deponierten 37 Doppelthür- und 4 Stück Kreuzthürflügel, ferner 64 Stück Fensterflügel als Altmaterialie an den Schlossermeister Karl Heger um den von ihm offerierten Pauschalpreis von 195 K käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(412.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Offert des Lorenz Twaroch, betreffend den Ankauf eines Theiles der städtischen Cat.-Parc. 351/4, Einl.-Z. 686 Hernals, und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

(14587 ex 1900.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Offert des Alois und Franz Anger beziehungsweise der Firma Josef Anger & Söhne auf käufliche Überlassung eines Theiles der Cat.-Parc. 600 Hernals und beantragt:

Die Gemeinde Wien überlässt von der im Verzeichnisse für das öffentliche Gut inliegenden Cat.-Parc. 600 Hernals:

a) behufs Einbeziehung in die Cat.-Parc. 403/2, Einl.-Z. 144 Hernals, dem Alois und Franz Anger die in der Figur c d e f g h i m n c dargestellte Fläche per 299·25 m²;

b) behufs Einbeziehung in die Cat.-Parc. 504/3, Einl.-Z. 145 a Hernals, der Firma Josef Anger & Söhne die mit den Buchstaben i k l m i umschriebene Fläche per 200·05 m² —

um den Pauschalbetrag von 20.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Übergabe dieser Grundtheile in den physischen Besitz der Käufer findet bis 31. März 1901 statt, bei der Grundübergabe ist der Kaufschilling fällig.

2. Alois und Franz Anger verpflichten sich, den von der Cat.-Parc. 403/2, Einl.-Z. 144 Hernals, zu Straßenzwecken entfallenden Grund Figur a b c a per circa 0·23 m² bei Umbau des Hauses Dr.-Nr. 85 Pezzlgasse, XVII. Bezirk, unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten, und willigen ein, dass diese Verpflichtung auf der Realität Einl.-Z. 144 Hernals als Reallast zu Gunsten der Gemeinde grundbücherlich sichergestellt werde.

3. Die Genannten werden auf der sub a erwähnten Fläche vorläufig einen Vorgarten anlegen und denselben in der Linie c d e f g h i mit einem auf gemauertem Sockel ruhenden Drahtgitter abfrieden.

4. Die Kosten der Ausfertigung des Vertrages, der Anfertigung der Vertragspläne, der grundbücherlichen Durchführung und die Übertragungsgebühren tragen die Käufer.

5. Die Gemeinde leistet keine Gewähr für die Beschaffenheit des Kaufobjectes.

6. Vom Verkaufe ausgeschlossen bleiben das Pflaster- und Schottermaterialie, sowie sonstige auf und unter dem Straßenkörper befindliche Objecte.

7. Die Käufer verpflichten sich, zur Umlegung der Pezzlgasse einen Beitrag von 1400 K zu leisten, welcher gleichzeitig mit dem Kaufschilling fällig ist.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(4.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen der Marie Bezchleba um Bewilligung zur Anlage eines Sägewerkes auf den Realitäten Einl.-Z. 479 und 595 Dornbach, XVII. Bezirk, Preischgogasse, und beantragt, den Act an das magistratische Bezirksamt für den XVII. Bezirk mit dem Auftrage zurückzuleiten, mit der Partei wegen Eröffnung der Lastgasse auf Verlangen der Gemeinde zu verhandeln. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Strobach übernimmt den Vorsitz.)

(382.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen des Anton Konrath um Gewährung einer Frist zur Einzahlung der restlichen Canaleinmündungsgebühr per 332 K 89 h und beantragt die Gewährung einer Frist bis 1. September 1901.

(Angenommen.)

(383.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die nach Anna Fuchs zur Fialer-Licenz Nr. 865 ausstehenden Licenzgebühren per 299 K 46 h und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(381.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die nach Anna Fuchs zur Fialer-Licenz Nr. 50 ausstehenden Licenzgebühren per 156 K 24 h und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(430.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die nach Josef Pubestinger zur Fialer-Licenz Nr. 240 ausstehenden Licenzgebühren per 507 K 78 h und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(252.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen der Lorenz Bauers Erben um Abschreibung von Wassermehrerbrauchsgebühren für das Haus XVII., Hernalser Hauptstraße 23, per 72 K 39 h und beantragt die Abschreibung wegen Rohrgebrechens. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt wieder den Vorsitz.)

(439.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen des Josef Stipkowiz um Reducierung der pro III. Quartal 1900 im Hause XVII., Sandleithengasse, Conscr.-Nr. 376, aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebühren per 29 K 33 h und beantragt, die erwähnte Gebür unter Zugrundelegung des Preises von 9 K per Hektoliter und Jahr auf den Betrag von 18 K 33 h herabzusetzen. (Angenommen.)

(438.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über das Ansuchen des Wilhelm Stumpe um Abschreibung der im Hause XVII., Hernalser Hauptstraße 38, im III. Quartal 1900 aufgelaufenen Wassermehrverbrauchsgebühren per 26 K 77 h und beantragt die Genehmigung der Abschreibung. (Angenommen.)

(7191 ex 1900.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Recurs des Tischlermeisters Wenzel Kortsch gegen feuerpolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses XVII., Kömorgasse 79, und beantragt die Recursabweisung. (Angenommen.)

(11861 ex 1900.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Recurs der Katharina Ludwig gegen sanitätpolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses XVII., Antonigasse 85, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(10933 ex 1900.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über den Recurs des Georg Gschwandner, Etablissementbesitzer, XVII., Hernalser Hauptstraße 41, gegen die Bemessung des ihm für die Jahre 1897, 1898 und 1899 mit je 250 K bemessenen Rusfimpfpauschales und beantragt, dem Recurse Folge zu geben.

Referenten-Antrag angenommen.

(68.) St.-R. Bahka referiert über das Ansuchen des Karl Edelmüller um Genehmigung der Unterabtheilung der Realitäten XVII., Hernalser Hauptstraße 102 und Rosensteingasse 67, und beantragt die nachträgliche Genehmigung zu der fraglichen Unterabtheilung unter den vom Magistrat beantragten Bedingungen, sowie unter der weiteren Bedingung zu ertheilen, daß sämtliche zur Straßen- und Gassenverbreiterung erforderlichen Grundflächen unentgeltlich an die Gemeinde abzutreten sind. (Angenommen.)

(513.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Project für die Verstärkung der Ferdinandsbrücke und beantragt:

1. Es wäre das vom Stadtbauamte vorgelegte Project für die Verstärkung der Ferdinandsbrücke mit einem vorausichtlichen Kostenfordernisse von 15.000 K zu genehmigen und hiefür ein Zuschusscredit in derselben Höhe zur Rubrik XXIII 3 zu bewilligen.

2. Für dieses Project wäre um die wasserrechtliche Genehmigung einzuschreiten. (Angenommen.)

(352.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Entscheidung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 4. October 1900, Z. 44712/19, womit die Forderung der Gemeinde Wien an die Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen, betreffend die Herstellung von Gehwegen an jenen Seiten des Maßleinsdorfer Bahnhofes, welche an öffentliche Straßen grenzen, als gesetzlich unbegründet abgewiesen wurde, und beantragt, es sei gegen diesen Theil der Entscheidung die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(295.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Electricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Herstellung von Anschlüssen von den gesellschaftlichen Kabeln in das Haus Dr.-Nr. 23 Franz Josefsquai, I. Bezirk, ferner in das Haus Dr.-Nr. 35 Förgerstraße und in den Stadtbahnviaduct Nr. 76,

Hernalsergürtel im XVII. Bezirke, und beantragt, die erwähnten Hausanschlüsse ausnahmsweise und unter der Bedingung zu gestatten, daß die bezüglichlichen Arbeiten nur bei frostoffreiem Wetter in Ausführung gebracht werden und bezüglich des ad 1 und 3 auszuführenden Anschlusses im Plane in doppelter Ausfertigung vorgelegt wird.

(Angenommen.)

(551.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Antwortschreiben der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien auf den Gemeinderaths-Beschluß vom 11. Jänner 1901, Z. 262, betreffend die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof, und beantragt:

1. Die Gemeinde Wien als Concessionärin des städtischen Kleinbahnnetzes mit elektrischem Betriebe erhebt gegen den Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums vom 17. November 1900, Z. 51713/22, die Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof.

2. Der Magistrat wird beauftragt, zu berichten, ob gegen die Bau- und Betriebs-Gesellschaft wegen des von ihr angesprochenen Erlasses der Kosten für die Sicherheitsvorkehrungen die Präjudicialklage einzubringen sei.

(Angenommen; Punkt 1 an den Gemeinderath.)

(243.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Ansuchen des k. u. k. technischen Militär-Comités um Ableitung der Electricität durch Verbindung der Blitzableiter mit den Gas- und Wasserleitungsrohren und beantragt:

Die Einbindung der Blitzableiter in die Hauptgas- und Wasserleitungsnetze wird im Principe gestattet, doch sind diesbezüglich Vorschriften auszuarbeiten, welche unter anderem zu enthalten haben:

- a) das Minimalausmaß der Rohre, an welche angebunden werden darf;
- b) die Art des Anschlusses;
- c) die jederzeitige Widerruflichkeit der Erlaubnis und die ausdrückliche Bestimmung, daß durch diese Duldung eine Servitut nicht entstehe.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(51.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Offert der Kleinbahn-Gesellschaft Krone in Berlin, betreffend den Ankauf von Schienen aus der Installation der Wientlussregulierung, und beantragt die Ablehnung wegen des unverhältnismäßig niedrigen Preises.

(Angenommen.)

(14228 ex 1900.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Eingabe des Verbandes der Bauarbeitervereine Österreichs, in welcher folgende Forderungen aufgestellt werden:

I. Es ist eine aus 10 Mann bestehende Bau-Controle bis längstens 1. Jänner 1901 einzusetzen; davon sind 6 Mann aus dem Stande der Arbeiter, der praktischen Erfahrungen wegen, die übrigen dem Stande der Techniker zu entnehmen.

II. Diese Bau-Controlore sind derart mit Vollzugsgewalt auszustatten, daß sie die Einstellung der Arbeit veranlassen können, wenn ihren Aufträgen nicht entsprochen wird.

III. Die Bau-Controlore sind so zu bezahlen, daß sie von materiellen Sorgen befreit sind.

IV. Für Hochbauten sind auf den Arbeitsplätzen die bestehenden Schutzvorkehrungen an einer leicht sichtbaren Stelle, in gut leserlichem Drucke, in deutscher und tschechischer Sprache anzuschlagen.

V. Ergänzung und zeitgemäße Ausgestaltung der vorhandenen Schutzvorkehrungen, wozu der Verband stets gerne mit Vorschlägen dienen wird.

Referent beantragt:

Ad I bis III: Es wäre der Verband auf die im Zuge befindliche Vermehrung der Banauffseher zu verweisen.

Ad IV: Das Ansuchen des Verbandes wäre abzuweisen.

Ad V: Da die Frage wegen Vermehrung und Verbesserung der Schutzvorkehrungen, sowie wegen Verlautbarung derselben überhaupt eine Angelegenheit ist, welche in den Rahmen der von der Regierung geplanten allgemeinen Vorschrift über die Sicherheitsvorkehrungen der Bauten fällt, wäre dem Gesuchsteller anheimzustellen, sich diesbezüglich an die Regierung zu wenden. (Angenommen.)

(552.) **St.-R. Rissaweg** referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des X. Bezirkes um Überlassung des Festsaales und des kleinen Sitzungssaales im Gemeindehause im X. Bezirke zu einem Kränzchen zu Gunsten der Armen des X. Bezirkes am 2. Februar 1901 und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(486.) **St.-R. Braun** referiert über Anbote auf Lieferung von Humuserde für den Central-Friedhof und beantragt:

Es sei die Verwaltung des Central-Friedhofes zu ermächtigen, die angebotenen Mengen von Humuserde, und zwar zu 100 m³ von Karl Kläring, Anton Bacher sen., Martin Ligner und Martin Fischer, je 50 m³ von Ferdinand Saffer und Wilhelm Neuschill, und 60 m³ von Franz Baumgartner zum Preise von 6 K 40 h per Cubikmeter loco Central-Friedhof in der bedingenen Qualität, d. i. vollkommen verrotteten Pferdemist enthaltend und vollkommen rein, d. h. frei von unverrottetem Stroh und von fremden Bestandtheilen, und in meßbaren Figuren auf den von der Verwaltung zu bestimmenden Plätzen aufgerichtet, zu beschaffen und das restliche Erfordernis wie bisher im Handeinkaufe, allenfalls auch mittels Selbstzufuhr zu besorgen. (Angenommen.)

(466.) **St.-R. Braun** referiert über die Übertragung der Oberaufsicht über die Bürgerspitalsfondsförste Wurzbacher-, Nothwasser- und St. Marxerwald inclusive Hochraham und beantragt, die Oberaufsicht über diese Forste dem k. k. Forstmeister Ferdinand Söllner gegen ein Jahreshonorar von 326 K 80 h zu übertragen. (Angenommen.)

(500.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Emerich Großinger um Rückvergütung eines Theiles der Grabstellgebür für eine durch Exhumierung leer gewordene Doppelgruft im Grinzinger Friedhofe und beantragt, dem Gesuchsteller für die von demselben der Gemeinde zur Verfügung gestellte, durch Exhumierung leer gewordene Doppelgruft Nr. II an der östlichen Mauer des Grinzinger Friedhofes von der seinerzeit einbezahlten Grabstellgebür per 1540 K nach Abzug eines Betrages von 306 K für die bisherige Benützung und völlige Instandsetzung der Gruft einen Theilbetrag von 1234 K gegen ordnungsmäßig gestempelte Quittung und Zurückstellung der Original-Amtsquittung über die seinerzeit einbezahlte Grabstellgebür rückzuvergüten. (Angenommen.)

(433.) **St.-R. Braun** referiert über das Ansuchen des Karl Wilke um Bewilligung zum nachträglichen Erlage der Renovationsgebür per 40 K für das am 28. November 1897 heimgefallene eigene Grab seines Bruders Victor Wilke im Wiener Central-Friedhofe und beantragt, dem Bittsteller den nachträglichen Erlag der Renovationsgebür im Betrage von 40 K für das heimgefallene Grab behufs Erwerbung des Benützungrechtes auf weitere 20 Jahre, vom Verfallstage an gerechnet, gegen Entrichtung der 5percentigen Verzugszinsen vom Verfallstage bis zum Tage des Erlages der Gebür unter der Bedingung zu bewilligen, daß der entfallende Betrag binnen

vier Wochen nach Intimation des Stadtraths-Beschlusses bei sonstigem Erlöschen dieser Zusage einbezahlt wird. (Angenommen.)

(408.) **St.-R. Graba** referiert über die Anträge des St.-Rathes Graba, betreffend die Geldgebarung im Rathhauskeller-Amte, und beantragt:

1. Die Geldgebarung des Kellermeisteramtes mit der städtischen Hauptcassa, sowie die Berechnung sind ebenso einzurichten wie beim städtischen Lagerhause.

2. Die von der Gemeinde Wien durch die städtische Hauptcassa für Rechnung des Rathhauskellers gemachten Auslagen und die ertheilten Vorschüsse an den Rathhauskeller einerseits, sowie die vom letzteren an die städtische Hauptcassa erstatteten Geldebefehle andererseits sind in halbjährigem Contocorrent vorläufig mit 4½ Percent pro anno vom 1. Jänner 1900 ab zu verzinsen.

3. Die Adaptierungs- und Einrichtungskosten des Rathhauskellers und des Volkskellers sind, und zwar für den ersteren vom 11. Jänner 1899, für letzteren vom 15. November 1900 an mit 10 Percent jährlich zu amortisieren und der Rest mit 4 Percent jährlich zu verzinsen.

4. Vom 1. Jänner 1901 sind sämtliche den Rathhauskeller betreffende Zahlungen durch das Kellermeisteramt zu leisten. Die Geldgebarung hat, wie bisher, der bei demselben angestellte Buchhalter und Correspondent zu besorgen. Derselbe darf nur solche Rechnungen auszahlen, welche vorher von dem Kellermeister oder dessen Stellvertreter, beziehungsweise vom Stadtbauamte geprüft und zur Zahlung geeignet befunden wurden. Rechnungen über 200 K müssen überdies vom Magistrats-Referenten oder vom Obmann oder Obmann-Stellvertreter der Rathhauskeller-Commission oder vom Gemeinderaths-Präsidium vidiert sein, außerdem müssen die Rechnungen der städtischen Contrahenten, die Consignationen über Entfernungsgebühren und Reise-
particularien zuerst von der Stadtbuchhaltung adjustiert sein.

Wenn der Cassabestand nach Abrechnung der in der nächsten Zeit falligen Zahlungen den Betrag von 4000 K übersteigt, ist der Überschuss an die städtische Hauptcassa abzuführen, welche diese Beträge, sowie die behobenen Vorschüsse im Contocorrent zu verrechnen hat.

Die bisherige Weisung, daß Zahlungen nach Möglichkeit durch die Postsparcasse zu leisten sind, bleibt aufrecht.

St.-R. Dr. Wähner beantragt, von diesen Beschlüssen des Stadtrathes der Rathhauskeller-Commission Mittheilung zu machen. Referenten-Antrag und Antrag Dr. Wähner angenommen.

(210.) **St.-R. Graba** referiert über die Remuneration der Diener im Präsidial-Bureau für die Mitwirkung bei der Reinigung der Amtsräume des Gemeinderathes, bei Ausfertigung der Sitzungseinladungen etc. und beantragt, den gegenwärtig im Präsidial-Bureau verwendeten neun Dienern auch für das Jahr 1901 eine Remuneration von je 120 K zu bewilligen, die in Raten von je 10 K flüssig zu machen ist. (Angenommen.)

(446.) **St.-R. Graba** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von 64.000 K zur Ausgabe-Nubrif XXII 5 b „Bezüge des Straßen säuberungspersonales“ pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(407.) **St.-R. Graba** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredits von 670 K zur Ausgabe-Nubrif LI 1 „Erhaltung öffentlicher Uhren“ pro 1900 und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(481.) **St.-R. Graba** referiert über die erfolgte Verlosung von sechs Stück den eigenen Geldern gehörigen 1854er Staatslofen und

beantragt, die Freischreibung der betreffenden, am 2. Juli 1900 verlosteten sechs Stück 1854er Staatslose zu genehmigen.

(Angenommen.)

(463.) St.-R. Praba referiert über den Erlass der k. k. n.-ö. Statthalterei Z. 118303, betreffend die Gewährung von Frachtbegünstigungen auf den österreichischen Staats- und Privatbahnen anlässlich der Internationalen Ausstellung für Feuerschutz- und Feuerrettungswesen in Berlin 1901, und beantragt die Kenntnisnahme

(Angenommen.)

(491.) St.-R. Brauneis referiert über das Ansuchen des Max Springer um Abschreibung von Wassermehrerbrauchsgebühren per 557 K 46 h für das Haus XIV., Grimmigasse 22/24, und beantragt, die Abschreibung wegen Rohrbruches zu genehmigen.

(Angenommen.)

(323.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes, betreffend die Beurteilung des Volksschullehrers Victor Keldorfer, und beantragt die Zustimmung.

(Angenommen.)

(253.) St.-R. Tomola referiert über den Recurs des Ignaz Arnberger gegen die ihm aufgetragene Herstellung einer Fangvorrichtung bei dem Aufzuge XVIII., Schumanugasse 31, und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(284.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Obmannes der Knaben-Beschäftigungsanstalt für Breitenfeld, VIII., Uhländplatz 3, um unentgeltliche Überlassung von außer Gebrauch stehenden Schuleinrichtungsgegenständen und beantragt, die unentgeltliche Überlassung der im Magistratsberichte erwähnten Gegenstände zu genehmigen.

(Angenommen.)

(288.) St.-R. Tomola referiert über die Verbreiterung der Genggasse vor Dr.-Nr. 92 und 94, XVIII. Bezirk, und beantragt, den vorgelegten Kostenanschlag mit dem bedeckten Erfordernisse von 4264 K 58 h zu genehmigen.

(Angenommen.)

(360.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes, betreffend den eventuellen Ankauf zweier von dem Mechaniker Johann Dobry gefertigter Modelle (Locomotiv, Fabriksanlage) für die Lehrmittelsammlung einer Bürgerschule, und beantragt, diese zwei Modelle nicht anzukaufen.

(Angenommen.)

(426.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Josef Waldhäusel, Schuldiener an der Mädchen-Volksschule II., Vorgartenstraße 191, und beantragt, dem Genannten ausnahmsweise die unentgeltliche Entnahme von Brennstoff aus dem communalen Vorrathe zur Beheizung seiner Amtswohnung im Schulhause für die restliche Dauer der Heizperiode 1900/01, d. i. bis 15. April 1901, zu gestatten.

(Angenommen.)

(363.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes, betreffend die Verlegung der I. Classe E der Knaben-Bürgerschule XVIII., Cottagegasse 17, an die Knaben-Bürgerschule XVIII., Schopenhauerstraße 79, und beantragt, den vom Bezirksschulrath beantragten Verfügungen die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(361, 362, 364, 365, 474.) St.-R. Tomola referiert über die Eröffnung beziehungsweise Auflassung von Parallelclassen an Schulen im X., XIII., XIV., XVI., XIX. und XX. Bezirke und beantragt, zu den vom Bezirksschulrath beantragten Verfügungen die Zustimmung zu erteilen.

(Angenommen.)

(366.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen der Amalia Kummenecker, leitende Kindergärtnerin am städtischen Kindergarten XIX., Hammerschmidgasse 26 (Nussdorf), um Erhöhung

des Jahrespauschales für die Reinigung und Beheizung und beantragt, der Gesuchstellerin das Jahrespauschale für den Reinigungs- und Beheizungsdienst auf den Betrag von 272 K (d. i. um 72 K jährlich mehr) vom 1. Jänner 1901 an zu erhöhen.

(Angenommen.)

(445.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Rectorates der thierärztlichen Hochschule um Weisung an das Veterinäramt der thierärztlichen Hochschule, im Bedarfsfalle Confiscate zur Verfügung zu stellen, und um Gestattung, dass die Studierenden des IV. Jahrganges auf veterinäre Dienstposten der Stadt exponiert werden und beantragt:

1. Die Abgabe von Confiscaten an die thierärztliche Hochschule zu Studienzwecken nach Ermessen des städtischen Veterinäramtes sei unter Vorbehalt des Widerrufs unter der Bedingung zu gestatten, dass dadurch der Gemeinde Wien keinerlei Kosten erwachsen.

2. Es sei gleichfalls unter Vorbehalt des Widerrufs zu bewilligen, dass nach gepflogenen Einvernehmen zwischen dem Rectorate der thierärztlichen Hochschule und dem Veterinär-Director je zwei frequentanten der thierärztlichen Hochschule bei der Ausübung des Beschaudienstes in den im Referate genannten Anstalten unter der Voraussetzung anwesend sein können, dass hiedurch die Ausübung des Dienstes des städtischen Thierarztes nicht behindert oder beeinträchtigt wird.

(Angenommen.)

(431.) St.-R. Tomola referiert über die Note des Wiener Bezirksschulrathes, betreffend den Dienstaustausch der Volksschullehrer Isidor Faltschek, II., Pazmanitengasse 17, und Samuel Sborowicz, XX., Wintergasse 14, und beantragt die Zustimmung.

(Angenommen.)

(447.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Pfarramtes Währing um Beistellung von Wägen, eventuell Bewilligung von Wegentschädigungen anlässlich der Einsegnung der Leichen von an infectiösen Krankheiten Verstorbenen in den Leichenkammern von Hernals oder Döbling, ferner um Verfügung, dass die sogenannten Gratisleichen von den städtischen Sanitätsdienern in die Kirche zur Einsegnung gebracht werden, und beantragt, beide Ansuchen nach dem Magistrats-Antrage abzuschließen.

(Angenommen.)

(473.) St.-R. Tomola referiert über die Bestimmung des Ladenpreises der dem Hof- und Universitäts-Buchhändler Wilhelm Braumüller in Commissionsverlag übergebenen 100 Exemplare des II. Bandes der Franz Landsteiner'schen Schulgesetzsammlung und beantragt, den Ladenpreis dieser Bücher mit 4 K 80 h festzusetzen.

(Angenommen.)

(461.) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Ersten Mariahilfer Kindergartens um unentgeltliche Überlassung von Gas zur Beleuchtung der Kindergartenräume VI., Graßgasse 5, und beantragt, die unentgeltliche Abgabe von Gas aus den städtischen Gaswerken unter der Bedingung zu bewilligen, dass durchaus Auerbeleuchtung eingeführt und die durch die Installation der Beleuchtung erwachsenden Kosten vom Vereine aus eigenem getragen werden.

(Angenommen.)

(336.) St.-R. Tomola referiert über das Offert des Eduard Berger auf den Baugrund Einl.-Z. 1894 Währing und beantragt die Ablehnung wegen zu geringen Preisangebotes.

(Angenommen.)

(487.) St.-R. Tomola referiert über das neuerliche Offert der Johanna Mayer und Consorten, betreffend den Ankauf eines Theiles der Cat.-Parc. 702/1, 702/3, 960/2 Ober-Döbling, und beantragt die Einsetzung eines Verhandlungs-Comités.

Es wird beschlossen, das Offert wegen zu geringen Preisangebotes abzulehnen.

Bezirksvertretungen.

(X. Gemeindebezirk, Favoriten.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 28. December 1900.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Matthias Karl**.

Mittheilungen.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles der letzten Sitzung theilt der **Vorsitzende** mit, dass zu seinen Händen folgende Spenden zum Zwecke der Bekleidung armer Schulkinder eingelaufen seien:

1. Von Herrn Johann Gregor, Tabak-Trafikant (Gubrunstraße), 20 K für freie Betheilung an Arme des X. Bezirkes.
 2. Von Frau Fanni Heller, Private (IV., Starhemberg-gasse 33), 5 K.
 3. Vom Club der Favoritener Bühnenfreunde 20 K.
- Den Spendern wird der Dank votiert.

Einläufe.

(3654.) Dem Beschlusse der Bezirksvertretung Hiezing, betreffend die Berücksichtigung der im Bezirke wohnhaften Geschäftsleute bei Vergebung der currenten Arbeiten, wird zugestimmt.

(3886.) Antrag der Bezirksvertretung Hernals, es möge mit Ausnahme des Kutschers den Abträgern das Sitzen auf den Kohlenwägen nicht gestattet werden.

Zur Kenntniss.

(3961.) Anregung der Bezirksvertretung Landstraße auf ehe-möglichste Errichtung einer städtischen Sparcassa.

Zustimmung.

(4157.) Ein Ansuchen der Bewohner des Theiles der Laxenburgerstraße zwischen der Trostgasse und Windtenstraße um ganznächti-ge Beleuchtung durch die bereits bestehenden Gaslaternen wird befür-wortend an den Magistrat geleitet.

(4159.) Zufolge Mittheilung des Armeninstitutes Favoriten betrug das Reinerträgnis des vorjährigen Bürgerballes 2833 K 93 h.

Hievon erhielten: die Kinderbewahranstalt des X. Bezirkes 300 K, die beiden bereits bestehenden Kindergärten (je 100 K) 200 K, der Knabenhof 100 K, als Gründungsbeitrag des neu zu errichtenden Kindergartens 100 K; der verbleibende Rest von 2133 K 93 h wurde zur Weihnachtszeit an Arme vertheilt.

Zur Kenntniss.

(4169.) Anregung der Bezirksvertretung Alsergrund auf Ein-führung von 2 h-Postkarten im Gemeindegebiete von Wien.

Zustimmung.

(4435.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, betreffend Hintanhaltung einer Änderung der jetzt bestehenden Zinszahlungs-terme.

Zustimmung.

Anträge.

(4501.) **W.-H. Wabra** beantragt, die Bezirksvertretung richte an den Magistrat das Gesuchen, bei der Abfuhr des Hauskehrichts aus dem X. Bezirke nur die Verwendung gut geschlossener Wägen, und zwar entweder solcher mit Aufsätzen oder solcher, welche ausschließlich von rückwärts zu füllen und durch Vorhänge abgeschlossen sind, zu gestatten.

Zustimmung.

(517.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Wiener Bezirkschulrathes, betreffend die Zuerkennung einer Überstunden-Remuneration für den Bürgerschullehrer Heinrich Friedrich Lang, und beantragt, gegen diese Entscheidung den Recurs an den k. k. n.-ö. Landes-schulrath zu ergreifen. (Angenommen.)

(442.) **St.-R. Tomola** referiert über das Ansuchen des Centralvereines für Faulmann'sche Stenographie um Überlassung eines Lehrzimmers an der Knaben-Volks- und Bürgerschule XVIII., Klettenhofergasse 3, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(471.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Wiener Bezirkschulrathes, betreffend die Zuerkennung einer Wegentschädigung an den Religionslehrer der Allgemeinen Volksschule für Knaben und Mädchen im X. Bezirke, am Laaerberge, und beantragt die grundsätzliche Zustimmung zur Zuerkennung einer Wegentschädigung per 3 K 60 h pro Unterrichtstag nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(436.) **St.-R. Tomola** referiert über die Note des Wiener Bezirkschulrathes, betreffend die Versetzung der Volksschullehrerinnen Emma Donner von XIV., Kröllgasse 20, nach XIV., Märzstraße 72, und Friederike Groll von letzterer Schule an die Schule X., Laaerstraße 1, und beantragt die Zustimmung. (Angenommen.)

(Ad 208.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über den Bericht des Vorstandes des Präsidial-Bureaus über die bezüglich der Anfertigung eines Porträts Seiner Majestät des Kaisers für das neue Stadtmuseum vorliegenden Beschlüsse und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(305.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über den Bericht des Directors der städtischen Sammlungen, betreffend die Art und Weise der Bücheranschaffung für die Stadtbibliothek, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(344.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über die Eingabe des Oberlehrers Otto Rippel, womit derselbe für die Verleihung eines communalen Conservatoriums-Stiftplatzes an seinen Sohn den Dank ausspricht, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(410.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über das Ansuchen des städtischen Wasserleitungs-Aufsichtspersonales um Freikarten für die städtischen Straßenbahnen und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(416.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über die Bewilligung eines Nachtragscredits von 29.870 K zur Ausgabe-Kubrik XII 11 pro 1900 anlässlich der Erwerbung der Realität Cat.-Parc. 1494, Einl.-Z. 938 Simmering, und beantragt die Bewilligung. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(444.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über die Anlage der Capitalien der Wiener Dienstboten-Krankencassa und beantragt, im Sinne des Magistrats-Antrages einen Betrag von 55.000 K in städtischen Obligationen und einen Betrag von 65.000 K bei einer Communalparcassa anzulegen. (Angenommen.)

(451.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über den Antrag des Directors der städtischen Sammlungen, betreffend den Ankauf mehrerer seitens des Münzen- und Antiquitätenhändlers E. Neustadter in München offerierten Münzen und Medaillen und beantragt, den Ankauf der betreffenden Münzen um den Preis von zusammen 317 K zu genehmigen. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

(XVI. Gemeindebezirk, Ottakring.)

Protokoll

der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung des XVI. Wiener Gemeindebezirkes Ottakring vom
28. December 1900.

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Johann Hofinger.**

Der **Vorsitzende** wirft einen kurzen Rückblick über die wichtigsten Ereignisse des Jahres im Bezirke, über die in den zahlreichen Anträgen und Anregungen zum Ausdruck kommenden volkfreundlichen Bestrebungen und berichtet, daß die Bezirksvertretung circa 10.000 Acten im Laufe des Jahres erledigt hat und keine Rückstände besitzt.

Im Einlaufe wird seitens des Magistrates bekanntgegeben, daß der Stadtrath für den XVI. Bezirk zwei Schneepflüge bewilligt hat, daher im ganzen acht zur Verfügung stehen; ferner daß die Sanitätsstation fortan nicht mehr in der Kirchstetterngasse hinter der Neulerchenfelder Kirche, sondern sammt dem Telephon im städtischen Hause Thaliastraße 113 sich befindet.

Zugestimmt wurde den Anträgen:

- a) der Bezirksvertretung Hiezing, bei Vergebung von currenten Arbeiten jene Geschäftsleute zu berücksichtigen, die im Bezirke wohnen;
- b) der Bezirksvertretung Hernals, betreffend die Kohlenmisère bei der Kohlenzustellung ins Haus;
- c) der Bezirksvertretung Landstraße auf Creierung städtischer Sparcassa-Filialen in den Bezirken und auf Verlegung der Zahlungstermine bezüglich der Mietzinse;
- d) der Bezirksvertretung Alsergrund auf Einführung billiger Localpostkarten für das Wiener Gemeindegebiet nach dem Muster Deutschlands.

Schließlich würde auch der Anregung des magistratischen Bezirksamtes Ottakring auf Errichtung kommunaler Aufschlagssäulen für Kläudmachungen u. dgl., sowie dem Antrage des B.-B.-St. Friedl auf Regulierung des Koflerparkes zugestimmt.

B.-B. Hofinger verspricht, diesbezüglich die nöthigen Schritte einzuleiten.

Die neuen Regulierungspläne bezüglich der Cottageanlagen im Liebhartssthal auf Grund des Referates des B.-B. Hofinger und des B.-R. Heimberger werden besprochen, jedoch eine Verbreiterung der mit 10 m Breite projectierten Querstraßen gewünscht.

Die Bezirksräthe Kamharter, Heimberger und Plant beantragen eine sanitäre und baupolizeiliche Revision der Betriebsstätte des Kohlenproductenhändlers Adolf Kohn in der Brestelgasse 16, wo die Feuchtigkeit bei dem Mangel von Scheidmauern in die Nachbarhäuser dringt, und wo die Nachbarschaft durch den üblen Geruch der Häute sehr geplagt wird. B.-B. Hofinger verwies hierbei auf den Umstand, daß diese gerügten Übelstände aus langer Zeit datieren und Gegenstand zahlreicher Beschwerden der Bezirksvertretung waren.

B.-B. Schmidt wünscht die Änderung einer der nahezu gleichlautenden Straßen Payergasse und Peyerlgasse, während der **Vorsitzende** darauf verweist, daß durch die bevorstehenden Grenzregulierungen (Stadtbahn) diese beiden Gassen bald nicht mehr dem XVI. Bezirke angehören werden, sondern die Peyerlgasse zum VII. Bezirke geschlagen wird und keine Verwechslung dann so leicht wird eintreten können.

B.-B. Schmidt rügt ferner, daß gerichtliche Pfändungen auch an Sonntagen früh vorgenommen werden, wie dies am letzten Sonntag früh zu einem so großen Auflaufe in der Brunnengasse Anlaß gab, weil ein jüdischer Geflügelhändler eine christliche Geflügelhändlerin wegen des geringen Betrages von 90 K an einem solchen Festtage gepfändet hat.

Schließlich dankt der **Vorsitzende** sämmtlichen Functionären, Beamten und dem übrigen Personale für die thatkräftige Unterstützung und für ihr aufopferndes und pflichtgetreues bisheriges Wirken, worauf **B.-B. Plant** auch die Bemühungen Hofingers und des Kanzleileiters Dr. Korschann für den XVI. Bezirk lobend hervorhebt.

Der **Vorsitzende** ersucht endlich die Functionäre, auch im neuen Jahrhundert treu wie bisher zusammenzuwirken.

Allgemeine Nachrichten.

Gutachten des Directors der Wiener Sternwarte Herrn I. Hofrathes Prof. Edmund Weiß in der Frage der Einführung der mitteleuropäischen Zeitrechnung in Wien.

Der Wiener Stadtrath hat in seiner Sitzung vom 7. Jänner 1901 unter den Zz. 11218 ex 1899, 5591 ex 1900 und 146 ex 1901 beschlossen, daß es in Wien bei der Ortszeit zu verbleiben hat und von der Einführung der mitteleuropäischen Zeitrechnung abgesehen wird, und zugleich angeordnet, daß die beiden nachstehenden Gutachten des Directors der Wiener Sternwarte im Amtsblatte der Stadt Wien zu veröffentlichen sind.

Dieselben lauten:

I.

I. **Öblicher Stadtrath**

der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Nachrichten in den Tagesblättern zufolge wurde in der Sitzung des öblichen Gemeinderathes vom 4. December 1900 der Antrag auf Regulierung der Uhren Wiens nach mitteleuropäischer Zeit gestellt und dieser Antrag dem öblichen Stadtrathe zur Vorberathung überwiesen. Da die ganze Angelegenheit weit höhere als bloß locale Interessen berührt und tief einschneidend ins gesammte bürgerliche Leben unserer Monarchie eingreift, glaubt der Unterzeichnete keinen Fehlgriff zu thun, wenn er sich erlaubt, den öblichen Stadtrath ganz in Kürze auf ein paar Punkte aufmerksam zu machen, welche seiner Ansicht nach neben den übrigen bei den Berathungen einer eingehenden Würdigung unterzogen werden sollten.

Zu die Frage, ob es zweckmäßig sei, im bürgerlichen Leben statt der jetzt üblichen Localzeiten Zonenzeiten einzuführen, will der Unterzeichnete hier nicht näher eingehen; er selbst hält dies, nebenbei bemerkt, für unzuweckmäßig, und will zur Begründung dessen nur ein, gerade für die Wiener Verhältnisse sehr instructives Beispiel anführen.

In Wien giengen die Bahnhren früher rund acht, jetzt rund sechs Minuten später als die Staduhren. Dies hat, wenn wir offen und ehrlich sein wollen, gewiß keinem Bewohner Wiens je Unannehmlichkeiten bereitet: es ist mit uns gleichsam von Kindheit an aufgewachsen und in Fleisch und Blut übergegangen. Es hat im Gegentheile, wiewohl auch jeder von uns aus eigener Erfahrung gerne zugeben wird, seine unleugbaren Vortheile für das reisende Publicum, wenn die Bahnhren den Stadt-

ihren etwas nachgehen. Dafs dies auch allgemein gefühlt wird, beweist wohl besser, als lange Auseinandersetzungen es vermöchten, folgende Thatsache. In Frankreich ist bekanntlich der gesammte Eisenbahnverkehr schon lange nach mittlerer Pariser Zeit geregelt: in Paris selbst gehen aber die Züge nicht nach Pariser Zeit ab — sondern 5 Minuten später! Man hat also in Paris nach jahrelang gesammelten Erfahrungen im wohlverstandenen allgemeinen Interesse eine eigene Eisenbahnzeit geschaffen, die der Ortszeit nachgeht; sollte es nun in Wien, wo dieses für das allgemeine wünschenswerte Verhältnis von Natur aus durch ein glückliches Zusammentreffen von Umständen besteht, wirklich einen Fortschritt unserer Zeiteinrichtungen bedeuten, dasselbe künstlich niederzureißen?

Doch davon genug. Viel wichtiger erscheint dem Unterzeichneten das Folgende: Unsere jetzigen Zeiteinrichtungen sind aufs innigste mit unseren Lebensverhältnissen verquickt; es kann daher nur zu bedauerlichen Verwicklungen führen, wenn im Gemeinwesen ohne Rücksicht auf die ihm benachbarten die Zeiteintheilung ändert und insolgedessen im bunten Chaos Orte miteinander wechseln, die nach Ortszeit und Zonenzeit rechnen. Man ruft dadurch unnöthigerweise im Zeitdienste Zustände hervor, ähnlich jenen glücklicherweise längst vergangenen, wo jeder Markt sein eigenes Maß, Geld und Gewicht hatte. Wenn einzelne Provinzstädte, von Agitatoren zur Idee verleitet, sie marschieren dadurch an der Spitze der Civilisation einher, ziel- und planlos Beschlüsse faßten, die zu so bedauerlichen Zuständen führen müssen, mag dies allenfalls zu entschuldigen sein: um etwas Gutes, Bleibendes zu schaffen, ist dies gewiß aber nicht der richtige Weg. Wenn die Herren Vertreter von Wien von der Überzeugung durchdrungen sind, daß der Übergang von der Local- zur Zonenzeit für das bürgerliche Leben wirklich einen Fortschritt unserer Zeiteinrichtungen bedeutet, so strebe man vor allem danach, ein Reichsgesetz zu provocieren, welches von einem bestimmten Tage an die Einführung von Zonenzeiten statt Localzeiten anordnet. Dann könne sich die Stadt Wien rühmen, zielbewußt eine große, segensreiche That vollbracht zu haben, während sie bei einseitigem Vorgehen sich nur dem gerechten Vorwurfe aussetzt, Verwirrung und Unheil angestiftet zu haben. Der hier vorgeschlagene Weg ist übrigens nicht neu: er wurde sehr zum Vortheile der Sache bei allen großen Reformen unserer Zeit, wie den Münz-, Maß- und Gewichtregulierungen eingehalten, und auch in jüngster Zeit haben die Bahnverwaltungen sehr zweckmäßig dasselbe gethan. Der Einführung der Zonenzeit giengen monatelange Conferenzen voraus, und erst nachdem alle nöthigen Vorarbeiten vollendet waren, schritt man zu derselben. Dafür gieng aber auch alles ohne die geringste Störung vonstatten, während man nur an die Verwirrung denke, die entstanden wäre, wenn ohne Rücksicht auf die übrigen, die eine Bahn heute, die andere morgen und so fort Zonenzeit eingeführt hätte.

Eine Bemerkung hat der Unterzeichnete noch an jenen Theil des Antrages zu knüpfen, nach welchem die k. k. Sternwarte vom 1. Jänner 1892 an das Mittagzeichen nach mitteleuropäischer Zeit geben soll.

Das Verlangen, daß die Hauptsternwarte eines Landes Zeitsignale nach der Zeit eines anderen Meridianes als des ihrigen geben soll, steht in der gesammten Welt als ein solches Unicum da, daß der Unterzeichnete diesem Wunsche, solange die mittel-

europäische Zeit nicht als Staatszeit eingeführt ist, nur dann entsprechen könnte, wenn ihm von seiner vorgelegten Behörde, dem Ministerium für Cultus und Unterricht der Auftrag hiezu erteilt würde.

Schließlich beehrt sich der Gefertigte noch zu bemerken, daß er selbstverständlich mit größtem Vergnügen bereit ist, alle auf die Zeitfrage bezüglichen Auskünfte oder Nachweise, welche etwa gewünscht werden sollten, eventuell auch während einer Sitzung zu geben.

Wien, den 7. December 1891.

Prof. Dr. E. Weiß.

* * *

II.

Öblicher Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Ich halte auch heute noch an dem Standpunkte fest, daß ein Übergang von der Local- auf die mitteleuropäische Zeit nicht in Wien allein vorgenommen werden sollte, sondern daß dies, etwa durch einen Landtags-Beschluß gleichzeitig wenigstens für ganz Niederösterreich erfolgen sollte, wenn es nicht auf einmal für ganz Cisleithanien durch einen Reichsraths-Beschluß erreichbar ist.

Ferner würde ich es für sehr zweckmäßig halten, wenn einem eventuellen Übergange auf mitteleuropäische Zeit eine systematische Regulierung des öffentlichen Zeitdienstes in Wien vorausgehen würde. Wenn nämlich alles bleibt, wie es jetzt ist, erreicht man durch Verschieben der Zeitscala um 5 bis 6 Minuten weiter nichts, als daß die verschiedenen öffentlichen Uhren dann ebenso oft und ebenso stark von den mitteleuropäischen Zeiten abweichen, wie jetzt von der Ortszeit. Die Unbequemlichkeiten, die dadurch für das Publicum, und die Nachtheile, die dadurch für die Geschäftswelt entstehen, bleiben ungeändert.

Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir zur Hauptfrage übergehen.

Ob es im allgemeinen zweckmäßig sei, im bürgerlichen Leben statt der Localzeit die Zonenzeit einzuführen, ist eine jener Fragen, wo Theorie und Praxis in einem gewissen Gegensatz sich befinden und die daher, je nachdem man den Gründen der einen oder anderen Partei ein größeres Gewicht beilegt, auch verschieden beantwortet werden.

Um jedoch hier nicht allzu weitläufig werden zu müssen, beehre ich mich, zur Orientierung eine Broschüre beizulegen, in der die einschlägigen Fragen möglichst objectiv dargestellt sind. Die Broschüre wurde zwar zu einer Zeit geschrieben, wo man die Einführung einer sogenannten Universal- oder Weltzeit, die seither längst als eine Illusion erkannt ist, befürwortete; allein alles, was für und gegen die Weltzeit ins Feld geführt werden kann, gilt, wenn auch in sehr gemildertem Maße vor der Zonenzeit.

Theoretisch betrachtet ist nämlich das Zählen nach Zonenzeit zweifellos als ein Rückschritt der Zeiteinrichtungen zu betrachten. Dies wird im bürgerlichen Leben allerdings nicht fühlbar, sobald es sich, wie etwa in Wien, bloß um eine Verschiebung der Zeitscala um wenige Minuten handelt; es tritt aber umso empfindlicher hervor, je näher man an die Grenzen der Zone kommt, d. h. je größer der Unterschied zwischen Local- und Zonenzeit wird. So findet beispielsweise der höchste Sonnenstand, welcher der Zeit entspricht, wo sie gerade die Hälfte ihrer sichtbaren Bahn am Himmel zurückgelegt hat und insolgedessen sehr zweckmäßig „Mittag“ genannt wird, nach Localzeit überall sehr nahe um 12 Uhr statt.

Nach mitteleuropäischer Zeit tritt aber dieser Mittag an der Ostgrenze unserer Monarchie (Ostgalizien und Bukowina) in runden Zahlen erst um 12 Uhr 30 Minuten ein, an den Westgrenzen (Borarlberg) aber bereits um 11 Uhr 30 Minuten. Dort ist also der Vormittag eine Stunde länger als der Nachmittag. Hier hingegen umgekehrt der Vormittag eine Stunde kürzer als der Nachmittag; dass dies bei unseren jetzigen Einrichtungen namentlich in den kurzen Wintertagen und noch mehr bei Domicilwechsel vielfach Unzukömmlichkeiten nach sich zieht, lässt sich wohl schwerlich leugnen, und es wäre in früheren Zeiten schon aus diesem Grunde allein im Rechnen nach Zonenzeit in ausgedehnten Ländergebieten ganz undurchführbar gewesen. Die großartigen Erfindungen der Neuzeit haben indes in den letzten Decennien die Menschheit von der sie umgebenden Natur viel unabhängiger gemacht, und es haben sich infolgedessen, besonders im Leben der Großstädte, Verhältnisse herausgebildet, die vielfach, sogar in einem gewissen Gegensatz zu den natürlichen stehen. Es kommt daher, wenigstens in den Großstädten, einem Ablösen der Zeitrechnung von der Sonne, dem natürlichen Zeitmaße, heute bei weitem nicht mehr jene Bedeutung zu wie ehemals; und dies erklärt es auch, dass der Übergang auf Zonenzeit selbst in Gebieten, die sich so weit von Ost nach West erstrecken wie das Deutsche Reich, ohne sonderliche Schwierigkeiten octroyiert werden konnte. Ob aber dieser Zustand trotzdem als ein auf die Dauer haltbarer sich erweisen wird, ist eine Frage, in der das letzte Wort wohl kaum noch gesprochen ist. Zur Erhärtung dieses Ausspruches möge Folgendes angeführt werden:

In der Zone der westeuropäischen Zeit liegt Großbritannien und Irland. Man hätte nun meinen sollen, dass England, welches bei der Einführung der Zonenzeit so sehr bevorzugt wurde, sich beeilen würde, die Greenwicher, d. h. westeuropäische Zeit sofort allgemein einzuführen. Dies ist jedoch mit Nichtem geschehen; in Irland ist es noch niemanden eingefallen, die Dubliner Zeit, nach welcher dort schon seit langem gerechnet wird, gegen Greenwich zu vertauschen. Die Unbequemlichkeiten durchzukosten, welche durch eine weite Entfernung vom Centralmeridian entstehen, haben die praktischen Engländer Belgien und Deutschland überlassen. Ferner mehrt sich in Amerika, wenn ich wohl unterrichtet bin, in manchen Grenzbezirken der Widerstand gegen den Gebrauch der Zonenzeit im bürgerlichen Leben immer mehr und mehr.

Nach dem hier Gesagten würde ich das Einschlagen folgenden Weges befürworten, um eine allgemeine, befriedigende Lösung der Zeitfrage in Österreich zu erzielen.

Was zunächst Wien allein betrifft, sollte thunlichst bald eine Reorganisation des öffentlichen Zeitdienstes in die Hand genommen werden.

Gleichzeitig könnten von den östlichen und westlichen Grenzen Deutschlands, die ähnliche Verhältnisse wie die gleichen österreichischen Grenzbezirke aufweisen, Erkundigungen eingezogen, respective Berichte erbeten werden, über die Erscheinungen, die sich dort bei der Einführung der mitteleuropäischen Zeit im bürgerlichen Leben gezeigt, und die Übelstände, die sich eventuell seither herausgestellt haben. Von den diesbezüglichen Antworten wäre davon das weitere Vorgehen abhängig zu machen, und, sollte man sich für den Übergang auf mitteleuropäische Zeit entscheiden, womöglich dahin wirken, dass der Übergang nicht in Wien allein vorgenommen, sondern durch ein Landesgesetz mindestens auf ganz Niederösterreich ausgedehnt werde.

Schließlich bemerkt der Unterzeichnete noch, dass er nach seiner Rückkehr aus Ost-Indien, die Mitte Jänner erfolgen dürfte, gerne bereit ist, über alle Fragen, die sich auf den Zeitdienst beziehen, in jeder Richtung Auskunft zu geben, und fügt die Versicherung bei, dass er den löblichen Magistrat nie mehr so lange hinhalten wird, wie dies durch eine Reihe von ungünstigen Verhältnissen, von denen er nur zum Theile die Schuld trägt, jetzt leider der Fall war.

An Bord des „Imperator“; 6. October 1899.

Prof. Dr. E. Weiß.

(Kellerwirtschafts-Curs in der k. k. önologischen und pomologischen Lehranstalt zu Klosterneuburg bei Wien.) An der k. k. önologischen und pomologischen Lehranstalt in Klosterneuburg wird in jedem Winter ein vierzehntägiger Lehrcurs über Kellerwirtschaft für Weingartenbesitzer, Weinhändler, Kellermeister, Wirte und andere abgehalten.

Der nächste derartige Curs, zu welchem von der Direction der Lehranstalt Anmeldungen bis 7. Februar angenommen werden, findet vom 11. bis 23. Februar 1901 statt. Unangemeldete oder solche Herren, welche sich erst nach dem 7. Februar 1901 anmelden, können zu dem Course unter gar keiner Bedingung zugelassen werden. Überhaupt finden nicht mehr als 60 Theilnehmer Platz.

Jeder Theilnehmer an dem Course hat eine Taxe von 24 K im vorhinein zu entrichten und erfolgt hievon in keinem Falle eine Befreiung.

Approvisionnement.

Vorstenviehmärkte vom 22. und 24. Jänner 1901.

1. Antrieb auf dem freien Markte.

Jungschweine (Fleischschweine)	5702 Stück
Fettschweine	5678 „
Summe . 11380 Stück.	

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche 1154 Stück.

Angelaufen wurden:

für Wien	10644 Stück
für das Land	13 „
unverkauft geblieben	723 „

2. Preisbewegung.

(Preis per 1 kg Lebendgewicht.)

Jungschweine (Fleischschweine):	
I. Qualität	von 72 bis 78 h (extrem bis 88 h)
II. „	64 „ 70 „
III. „	54 „ 63 „
Fettschweine:	
I. Qualität	von 83 bis 88 h (extrem bis 90 h)
II. „	76 „ 82 „
III. „	66 „ 75 „

Auf den dieswöchentlichen Vorstenviehmärkten wurden im Vergleiche zur Vorwoche um 632 Stück Schweine weniger aufgetrieben. Bei etwas leichterem Abfalle blieben die Preise der Fettschweine im allgemeinen die vorwöchentlichen.

Jungschweine notierten um 2 h per Kilogramm höher als in der Vorwoche.

* * *

Pferdemarkt vom 22. Jänner 1901.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 502 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 220—850 K per Stück
 „ Schlachtpferde 40—120 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Jung- und Stechviehmarkt vom 24. Jänner 1901.

1. Auftrieb bzw. Zufuhr.

Kälber lebend 16 | Schafe lebend 2031
 Kälber ausgeweidet . . 3650 | Schafe ausgeweidet . . 505
 Lämmer ausgeweidet . . 719 | Schweine ausgeweidet . . 2555

2. Preisbewegung.

Kälber lebend (per 1 kg):
 II. Qualität von 68 bis 90 h (extrem bis — h)
 Kälber ausgeweidet (per 1 kg):
 I. Qualität von 88 bis 116 h (extrem bis 124 h)
 II. „ „ 78 „ 86 „
 III. „ „ 68 „ 76 „
 Lämmer ausgeweidet (per Paar):
 I. Qualität von 20 bis 24 K (extrem bis 29 K)
 II. „ „ 16 „ 18 „
 III. „ „ 12 „ 14 „

Schafe ausgeweidet (per 1 kg):
 I. Qualität von 74 bis 78 h (extrem bis — h)
 II. „ „ 66 „ 72 „
 III. „ „ 56 „ 64 „
 Schweine ausgeweidet (per 1 kg):
 I. Qualität von 88 bis 100 h (extrem bis 116 h)
 II. „ „ 78 „ 86 „
 III. „ „ 68 „ 76 „
 Schweine lebend (per Paar):
 I. Qualität von — bis 45 K (extrem bis — K)
 Schafe lebend (per 1 kg):
 I. Qualität von 43 bis 47 h (extrem bis — h)
 II. „ „ 40 „ 42 „
 III. „ „ — „ 38 „

Auf dem Jungviehmarke wurden um 472 Stück Kälber weniger zugeführt. Bei schwerfälligem Verkehre sind die Preise der Kälber im allgemeinen unverändert geblieben. Weidner Schafe waren um 2 bis 4 h per Kilogramm billiger. Weidner-Schweine notierten um 4 h per Kilogramm höher.

Auf dem Schafmarke wurden um 325 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Bei flauer Tendenz konnte der Markt trotz der um 1 bis 2 h per Kilogramm reducierten Preise nicht geräumt werden.

Auf dem Schlachtviehmarke wurden am 24. Jänner 1901 308 Stück Mast- und 165 Stück Beinsvieh aufgetrieben.

Armen-Angelegenheiten.

1. Ausweis über die vom 1. Jänner bis 31. December 1900 von der k. k. Polizeibehörde dem Armen-Departement des Magistrates überstellten unterstandslosen Personen.

Monat	Personen	D i e v o n w u r d e n							Zur Vertheilung kamen				Anmerkung		
		mit Geld be- theilt	in die Wiener Versorgungs-An- stalten	in aus- wärtige Verfor- gungs- An- stalten	in das städtische Werk- haus	an andere Ämter	heim- be- fördert	abge- wiesen	mit Kleidern	aus dem Ver- sorgungs- fond		zusammen			
			g e w i e s e n	betheilt	K	h	K	h		K	h				
Jänner	74	9	31	10	—	1	9	14	—	40	—	20	—	60	Unterstandslose Familien wurden als eine Person gezählt. Bergl. Amtsblatt Nr. 8 vom 26. Jänner 1900.
Februar	50	4	26	6	1	—	1	12	—	1	—	12	—	13	
März	69	6	26	12	—	1	11	13	—	28	—	12	—	40	
April	67	8	16	19	—	—	6	18	—	44	—	6	—	50	
Mai	91	3	23	15	—	1	21	28	—	14	—	6	—	20	
Juni	72	8	23	11	—	2	10	18	—	22	—	32	20	54	
Juli	69	5	18	8	—	—	17	21	—	18	—	8	40	26	
August	57	7	14	10	—	1	12	13	—	24	—	25	20	49	
September . . .	58	8	19	11	—	1	9	10	—	32	—	21	40	53	
October	74	8	29	8	—	—	10	19	—	7	—	30	60	37	
November . . .	81	12	22	26	—	1	9	11	—	56	—	21	—	77	
December . . .	84	15	25	15	—	2	11	16	—	71	—	10	40	81	
Zusammen . . .	846	93	272	151	1	10	126	193	—	357	—	205	20	562	

2. Ausweis über die vom 1. Jänner bis 31. December 1900 von der k. k. Polizeibehörde den Bezirks-Armeninstituten überstellten unterstandlosen Personen.

(Zusammengestellt aus den Monatsberichten der 20 Armeninstitute.)

M o n a t	P e r s o n e n	I n d e n B e z i r k e n	H i e v o n w u r d e n				Z u r V e r t h e i l u n g k a m e n								A n m e r k u n g
			m i t G e l d b e t h e i l t	a n a n d e r e Ä m t e r g e w i e s e n	a b g e w i e s e n	i n d a s W e r t h a u s g e w i e s e n	a u s d e m B e r - f o r g u n g s f o n d		a u s S p e n d e n - g e l d e r n		a u f K o s t e n d e r H e i m a t s - g e m e i n d e		z u s a m m e n		
							K	h	K	h	K	h	K	h	
Jänner .	79	5, 8—10, 12, 13, 16—20	72	5	2	—	165	50	64	—	484	—	713	50	Unterstandlose Familien wurden als eine Person gezählt.
Februar .	21	3, 5, 9, 10, 12, 13, 16, 17, 19, 20	16	2	2	1	152	—	26	—	—	—	178	—	
März . .	36	5, 6, 9—13, 16, 17, 19, 20	27	4	5	—	308	—	64	—	10	—	382	—	
April . .	19	5, 9, 1, 16, 17	15	—	4	—	126	—	56	—	—	—	182	—	
Mai . .	25	5, 10, 12, 16, 17, 19, 20	15	1	9	—	88	—	22	—	40	—	150	—	
Juni . .	18	3, 5, 6, 9, 10, 16, 17, 19, 20	13	2	3	—	46	—	26	—	84	—	156	—	
Juli . .	23	2, 5, 6, 9—14, 16, 17, 19	16	1	6	—	164	—	14	—	30	—	208	—	
August .	33	2, 5, 6, 9, 12—14, 16, 17, 20	29	—	4	—	308	—	111	—	30	—	449	—	
September	21	5, 7, 9, 11—13, 16, 17, 20	17	1	3	—	164	—	48	—	25	—	237	—	
October .	36	2, 5, 6, 9, 11, 13, 16—20	32	3	1	—	210	—	60	—	130	—	400	—	
November	25	5, 6, 9, 11—14, 16, 17, 19, 20	22	1	2	—	206	—	26	—	40	—	272	—	
December	25	2, 3, 5, 6, 10, 11, 14, 16, 20	25	—	—	—	117	—	48	—	80	—	245	—	
Zusammen	361	.	299	20	41	1	2054	50	565	—	953	—	3572	50	

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 21. bis 24. Jänner 1901.

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Brigittenauerkände 30, von Bernhard Günzig, IX., Schwarzspanierstraße 7, Bauführer E. Klima (385).
 " " Haus, Brigittenauerkände 28, von Bernhard Günzig, IX., Schwarzspanierstraße 7, Bauführer E. Klima (386).
 VIII. Bezirk: Haus, Lerchenfeldberggürtel, Einl.-Z. 915, von Josef Tillingner, VIII., Blindengasse 97, Bauführer J. Protesch (413).
 XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Döblinger Hauptstraße 57, von Karl Michael Niklas, ebenda, Bauführer Franz Quidenus (1485).

Für Zubauten:

- III. Bezirk: Hofstroch, Schlachthausgasse 25, von H. Blatny, Bauführer C. Reichstätter (439).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Tuchlauben 8, von der Knussschule für Frauen und Mädchen (420).
 II. Bezirk: Bäuerlegasse 23, von Anton Fröh, Maurermeister (388).
 III. Bezirk: Köbelgasse 17, von Franz Nowotny, Maurermeister (392).
 " " Adamsgasse 15, von Johann Krotenthaler, Maurermeister (433).
 " " Landstraße Hauptstraße 104, von Dr. Fröh Haberlorn (442).
 XVI. Bezirk: Dttakring, Dttakringstraße 93, von Franz Ritter v. Neumann, Bauführer Moriz, Wilhelm und Karl Kuffner (4361).

Für diverse (geringere) Bauten:

- III. Bezirk: Atelier, Erbergstraße 22, von Nikolaus Stockma, Bauführer J. Pavra (387).
 XVII. Bezirk: Sacristei der Pfarrkirche (Rauchschlot), Dornbach, Rupertusplatz, von dem Stifte St. Peter in Salzburg, Bauführer J. und F. Glafer (3009).
 " " Requisitenkuppeln, Fernald, Wichtelgasse 63, von Lorenz Reimer, ebenda, Bauführer Johann Stich (3043).

Für Stockwerks-Aufsetzungen:

- II. Bezirk: Kaiser Josefstraße 40, von Johann Fockl, Bauführer H. Santoll (435).
 VII. Bezirk: Schottensfeldgasse 11, von Aloisia Walker, Bauführer M. & F. Sturany (403).

Gesuche um Parzellierung wurden überreicht:

XIII. Bezirk: Breitensee, Cml.-B. 301 und 302, von Julius Frankl, I., Opernring 3 (400).

Gesuche um Bekannntgabe der Paulinie wurden überreicht:

III. Bezirk: Landstraße Hauptstraße 130, von Leopold Kleindienst und Theresie und Rudolf Bitschofski (437).

V. Bezirk: Schönbrunnerstraße 114, von Karl Stöger, Baumeister (434).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Dptm. IV, B. 103609 ex 1900.

21. Jänner 1901.

Demolierung des städtischen Hauses Dr.-Nr. 21 Dürergasse, Cml.-B. 137 VI. Bezirk.

Wanko Michael — 905 K Aufzahlung an die Gemeinde.

* * *

Mag.-Dptm. IV, B. 116425 ex 1900.

22. Jänner 1901.

Demolierung des städtischen Hauses XII., Hauptstraße 26.

Kellner Ferdinand — 600 K Aufzahlung an die Gemeinde.

Aufhauser Franz sen. & Rudolf Ströfl

— 520 K Aufzahlung an die Gemeinde.

Pejchl Franz — 1000 K Aufzahlung an die Gemeinde.

* * *

Mag.-Dptm. IV, B. 108118 ex 1900.

22. Jänner 1901.

Buchdruckerarbeiten für den Bericht des Wiener Stadtpfysikates über seine Amtshätigkeit und die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien in den Jahren 1897 bis 1899.

Moser Georg — Für Satz und Druck eines Bogens Groß-Octav,

16 Seiten:

72 K Garmond oder Vorgis.

25% höher in Petitschrift.

75% höher für Tabellenatz.

18 K 40 h Muster a) per 1000 Bogen.

26 K Muster b) per 1000 Bogen.

Gerin Paul — 64 K per Bogen = 16 Seiten Vorgis.

90 K per Bogen in Petit.

120 K per Bogen für Tabellenatz.

36 K 500 Umschläge, Satz, Druck und Papier.

2 K 40 h broschüren per Bogen.

18 K per Neurilex garantiert holzfreies Papier.

* * *

Mag.-Dptm. IV, B. 110170 ex 1900.

23. Jänner 1901.

Übertragung des Rechtes zur Aufstellung von Leihesseln in städtischen Gartenanlagen zc. bis Ende des Jahres 1905.

Nohrwasser Moriz — 2120 K Pacht (an die Gemeinde) pro Jahr.

* * *

Mag.-Dptm. IV, B. 129186 ex 1900.

24. Jänner 1901.

Arbeiten für die Herstellung eines Einfriedungsgitters für den Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Kinderspielplatz im XIV. Bezirke.

Erdb- und Baumeisterarbeiten.

Basgeßian' Franz — Aufzahlung 5%.

Löwitsch Georg — Aufzahlung 9%.

Dargelmüller Franz — Aufzahlung 26%.

Kamarich Em. — Aufzahlung 137%.

Steinmetzarbeiten.

Konheiser Johann — Nachlaß 2% Post 13 bis 18 bei hartem Re-

winterstein.

Aufzahlung 10% Post 13 bis 18 bei härtestem

Kaiserstein.

Aufzahlung 2% Post 13 bei hartem Margarethner-

stein.

Aufzahlung 2% Post 14 bis 18 bei hartem Kaiser-

stein.

Aufhauser Franz sen. — Aufzahlung 8% bei Gmünder Granit.

Nachlaß 28% bei Poppenwalnerstein.

- Schäftner Leopold — Nachlaß 4% bei feinkörnigem Granit.
 - Aufzahlung 9% bei hartem Kaiserstein.
 - Hanser Eduard — Aufzahlung 4.8% bei Materiale wie im Kosten-
 - anschlage.
 - Nachlaß 3.7% bei Tullnerbacherstein I laut Muster.
 - Nachlaß 8.2% bei Tullnerbacherstein II laut Muster.
 - Aufzahlung 1.3% bei Gmünder Granit.
 - Lichtenecker Johann — Aufzahlung 10% Mannersdorferstein.
 - Aufhauser Franz jun. — Post 13 per Quadratmeter 18 K 40 h bei ganz
 - hartem Stein; 17 K bei feinkörnigem Gmünder
 - Granit.
 - Post 14 und 16 per Cubitmeter 118 K bei ganz
 - hartem Stein; 98 K bei feinkörnigem Gmünder
 - Granit.
 - Post 15 per Meter 7 K 30 h bei ganz hartem
 - Stein; 7 K 50 h bei feinkörnigem Gmünder
 - Granit.
 - Post 17 per Meter 13 K bei ganz hartem Stein;
 - 12 K 40 h bei feinkörnigem Gmünder Granit.
 - Union-Baugesellschaft — Aufzahlung 24% bei hartem Kaiserstein.
 - Aufzahlung 10% bei Gmünder Granit.
 - Nachlaß 2% bei feinkörnigem böhmischen Granit.
- Schlosserarbeiten.
- Zimmermann Karl — Nachlaß 24%.
 - Meerkay Johann — Nachlaß 9%.
 - Gutter & Schranz — Endsumme 1861 K 60 h.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 12. Jänner 1901.

(Fortsetzung.)

- Frank Agnes — Victualien- und Canditen-Verschleiß — IX., Sechshimmelfgasse 21.
- Frank Alfred — Victualien-Verschleiß — IX., Rusdorferstraße 81.
- Friedl Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Kirchstrergasse 3.
- Fürnberg Josef, Fürnberg Samuel, Firma Brüder Fürnberg — Handel
- mit Schuhmacher- und Schneiderzugesühr-Artisten — VI., Mariahilferstr. 115.
- Gafcha (Garfa) Aloiz — Kleidermachergewerbe — XVIII., Schwanngasse 26.
- Gebert Martin — Fleisch-Verschleiß — XVIII., Markt in der Rutschberg.
- Gießmann Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Gerst-
- hoferstraße 39.
- Gnapp Franz — Christbaum-Verschleiß — XVII., Ottakringerstraße,
- Ecke der Zimmermannsgasse.
- Göb Jakob — Friseur- und Rasen-Filiale — III., Marokkanergasse 1.
- Grüner false Reich Sarah — Psaidlergewerbe — IX., Bahngasse 8.
- Haack Paul — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Garnisongasse 7.
- Habel Josef — Drechsler — XVII., Beheingasse 20.
- Hadamovsky Anton — Gemischtwaren-, Petroleum- und Flaschenbier-
- Verschleiß — XVII., Ottakringerstraße 44.
- Härtl Franz Josef — Bäcker-Filiale — III., Wällischgasse 110.
- Hanel Franz — Etuimacher — XVII., Gschwandnergasse 22.
- Hann Katharina — Übernahme von Wäsche zum chemischen Putzen und
- Färben — VI., Gumpendorferstraße 88 a.
- Hartmann Leopold — Handelsagentie — XVIII., Gertrudplatz 7.
- Hausner Marie — Verschleiß von Papier, Schreib-, Zeichenrequisiten
- und Kurzwaren — XVIII., Klosterergasse 19.
- Heindl Josef — Glaser-Filiale — III., Schimmelgasse 20.
- Hodany Juliana, geb. Petras — Obst- und Grünwarenhandel —
- XIX., Gymnasiumstraße 19.
- Hornak Johann — Spengler — XVIII., Standgasse 70.
- Horvath Marie, geb. Binder — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVIII., Sternwartstraße 6.
- Jamöl Theresia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — III., Untere
- Diaductgasse 3.
- Jandorka Stephan — Verschleiß von Pferdefleisch und Pferdefleisch-
- Sechswaren — XVII., Rosensteingasse 14.
- Jany Sophie — Wäschewaren-Erzeugung — VI., Ufergasse 8.
- Jiran Katharina — Gravattennäherin — XVII., Pörmayrgasse 57.
- Jordan Norbert — Kurzwaren-Verschleiß — XVI., Gablenzgasse 12.
- Karech Theresie — Victualien-Verschleiß — XVI., Eßingergasse 8.
- Kerschbaum Johann — Fleischhauer — VI., Markthalle.
- Kescher Johann — Milchmeier — XVII., Gschwandnergasse 23.
- Knaner Juliana — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Klopstockgasse 12.
- Kögler Anton — Friseur und Rasen — IX., Bahngasse 14.
- Kohn Moriz — Herausgabe der periodischen Druckchrift „Interessante
- Blätter“ — III., Matthäusgasse 14.
- Konstant Rosalia — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Castellgasse 16.
- Krutisch Franz — Kleidermacher — IX., Stroheckgasse 2.
- Kummer Marie — Brenn- und Werkholz-Großhandel — XII., Haupt-
- straße, Confer.-Nr. 800.
- Penner Francisca — Taschnergewerbe — VI., Engelgasse 2.
- Pinsbauer Franz — Gastwirt — III., Steingasse 28.

Loh Arnold — Architekt — III., Weibgasse 34.
 Ludra Wenzel — Wäschepuderei — IX., Bleichergasse 10.
 Lußig Rosa — Spirituosen- und Brantweinhandel — VI., Gumpendorferstraße 139.
 Maschel Victoria — Victualien- und Canditen-Verschleiß — IX., Garnisonsgasse 6.
 Meier Eduard — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österreichische Landes Correspondenz“ — II., Kaiser Josefstraße 9.
 Mäyer Elisabeth — Zuckerwaren- und Canditen-Verschleiß — V., Wimmergasse 21.
 Meißel Marie — Verschleiß von Schulbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — III., Ungargasse 33.
 Meißel Johann — Fleischhauer (Filiale) — III., Hohlweggasse 25.
 Mittermayer Anna — Leinwand- und Bettzeughandel — XVII., Lacknergasse 28.
 Mitteis Eugen (Firma Anton Hofmanns Nachfolger E. Mitteis) — Handel mit techn. Bedarfsartikeln für Mühlen und Fabriken — XVIII., Genggasse 42.
 Neßger Marie — Schweinefleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Dornbacherstraße 6.
 Reibhart Agnes — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbierhandel — XVIII., Gürtel 59.
 Remédel Andreas — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Kieglergasse 12.
 Reusfeld Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Kleine Schiffgasse 25.
 Reumann Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Ausstellungsstraße 19.
 Oblesáal Vincenz — Chemische Puderei (Filiale) — XIX., Rusfordorferstraße 7.
 Opfater Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 6.
 O'Duvenau Geza — Silhouetten-Ausschneider — II., Jubiläum-Ansstellung.
 Petrovics Johann — Feilbieten von Obst, Grünwaren von Haus zu Haus oder auf der Straße im Gemeindegebiete von Wien mit Ausnahme des f. l. Praters — XVII., Frauengasse 2.
 Pfeiffer Martin, Schmidt Anton — Ausübung eines Patentes — XVIII., Beheimgasse 38.
 Pfeifer Karl — Fleischhauergewerbe — XVII., Hernals Hauptstr. 22.
 Picha Emma — Damenkleidmachersgewerbe — XVIII., Jägerstraße 2.
 Pich Amalia — Milch- und Victualien-Verschleiß — II., Stumauer-gasse 23.
 Plachy Vincenz — Bäckergewerbe — XVII., Bettgasse 82.
 Pluta Emil — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbierhandel — VI., Piniengasse 2.
 Pollak Adolf — Webergewerbe — VI., Webgasse 35.
 Radil Thomas — Herrenkleidmacher — XVII., Schumanngasse 79.
 Reimisch Emma — Massage mit Ausschluß jeglicher Verwendung zu Heilzwecken — IX., Porzellangasse 53.
 Riepl Leopold — Victualien-Verschleiß — II., Volkertstraße 13.
 Rojto Anna — Straßenhandel mit Obst, Gemüse und Süßfrüchten im Gemeindegebiete von Wien — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Rojto Johann — Obst-, Gemüse- und Süßfrüchtenhandel im Umherziehen — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Rumpel Georg (Firma G. Rumpel) — Bauunternehmergewerbe — XVIII., Colloredogasse 38.
 Rupp Katharina — Wäschwaren-Erzenger — VI., Hofmühlgasse 17.
 Salzmann Moriz — Pretiosenagent — II., Mayergasse 5.
 Samstag Julius — Metallwaren-Erzengung — XIII., Cumberlandstraße 4.
 Carla Thomas — Kleidermacher — XVI., Koppstraße 55.
 Sauer Karl — Fleischhauer — XVII., Währingerstraße 110.
 Schick Johann Julius, Zehden Martin (Firma: Waldapfel & Schick) — Erzeugung von Maschin- und Handstickerei — VI., Mariahilferstraße 39.
 Schindler Ludwig — Bildhauer — XVII., Hernals Hauptstraße 80.
 Schlager Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVII., Haslingerergasse 3.
 Schmid Magdalene — Victualien-Verschleiß — XVII., Hornmehrgasse 37.
 Schmidt Amalia — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — VI., Laingrubengasse 10.
 Schmidt Josef — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Stumwerstraße 8.
 Schöffel Leopold — Fleischhauer — IX., Salzergasse 9.
 Schöll Franz — Pachtbetrieb der Einspänner-Licenz Nr. 1091 — XVIII., Hildebrandtgasse 12.
 Schönfeld Charlotte — Kleidermachersgewerbe — VI., Mariahilferstr. 3.
 Seblaczek Franz — Metall-, Stahl- und Knirschleiserei — XVIII., Gürtel 4.
 Spielmann Moriz — Herrenkleidmacher — II., Große Pfarrgasse 8.
 Sprung Josef — Mustersgewerbe — V., Nädigerergasse 5.
 Staub Eugen — Verschleiß von chemischen Apparaten, Utensilien und Chemikalien — IX., Währingerstraße 3.

Stepanovicz Katharina — Straßenhandel mit Obst, Gemüse und Süßfrüchten — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
 Stoppauer Karl — Zimmermachersgewerbe — VI., Sandwirtgasse 13.
 Straßer Leopold — Goldarbeitergewerbe — VI., Webgasse 1.
 Strebulinsky Josef — Kleidermacher — XVIII., Standgasse 65.
 Tauer Franz — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Vor Dr.-Nr. 62 Martinsstraße.
 Tagron Theresie — Pfadlerei — II., Große Stadtgasse 15.
 Taubner Eleonore — Reisende gegen Provision — II., Tempelgasse 6.
 Teichner Samuel, Adler Wilhelm (Firma: Teichner & Adler) — Pfadler-gewerbe — II., Ladorstraße 11 b.
 Themayer Emilie, geb. Fiala — Wäschepuderei-Übernahme — XVI., Brunnengasse 57.
 Trenker Josefina, geb. Pfadenhauer — Victualien-Verschleiß — XVI., Brunnengasse 42.
 Turecek Anna — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XVIII., Schulgasse 32.
 Veselka Gregor — Victualien-Verschleiß — IX., Ferstelgasse 6.
 Wasservogel August — Mustersgewerbe — III., Hauptstraße 57.
 Wasil Helene — Damenkleidmacherserin — XVIII., Genggasse 6.
 Wawra Martin — Victualien-Verschleiß — XVIII., Sternwartestraße 17.
 Weiguni Franz — Gemischtwaren-Verschleiß und Flaschenbierhandel — VI., Gumpendorferstraße 88 b.
 Weinwurm Sophie — Anskant von Brantwein und Verabreichung von Thee — III., Jacqingasse 1.
 Feldmann Marie, geb. Weiß — Brantweinschant — XII., Reschg. 2.
 Wellisch Robert — Weinhandel — II., Nordbahnhof.
 Wiehart Josef — Pachtweiser Betrieb eines radicierten Bierschantgewerbes — II., Krumbaumgasse 18.
 Wilhelm Samuel — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Kinderhospitalgasse 3.
 Wischer Johann — Cantineur — III., Rennweg 43, Infanteriekaserne.
 Wolf Johann — Fiaker-Licenz Nr. 471 — I., Freyung; Wohnort: XVIII., Neustift am Walde 92.
 Wollner Maria Theresia — Stadtlöhnlustfahrgewerbe (Licenz-Nr. 797) — XVII., Beheimgasse 41.
 Wutz Wilhelm — Damenkleidmacher — VI., Gumpendorferstraße 63.
 Zappl Amalie — Kleidermachersgewerbe — VI., Conneliusgasse 1.
 Zettel Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Leitmeraherg. 31.
 Zibuliska Leopold — Holzbrechersergewerbe — XII., Zelebergasse 11.
 Zimmel Alois — Chemische Puderei — II., Schiffamtsgasse 17.

Inhalt.

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzung des Gemeinderathes	161
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	161
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 11. Jänner 1901	161
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. Jänner 1901	167
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 17. Jänner 1901	171
Bezirksvertretungen:	
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten vom 28. December 1900	177
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung für den XVI. Bezirk, Dittaring, vom 28. December 1900	178
Allgemeine Nachrichten:	
Gutachten des Directors der Wiener Sternwarte Herrn f. l. Hof-rathes Prof. Edmund Weiß in der Frage der Einführung der mitteleuropäischen Zeitrechnung in Wien	178
Kellerwirtschafts-Curs in der f. l. önologischen und pomologischen Lehr-anstalt zu Klosterneuburg bei Wien	180
Approvisionnement:	
Vorfliehviehmarkt vom 22. und 24. Jänner 1901	180
Pferdemarkt vom 22. Jänner 1901	181
Jung- und Stechviehmarkt vom 24. Jänner 1901	181
Armen-Angelegenheiten:	
1. Ausweis über die vom 1. Jänner bis 31. December 1900 von der f. l. Polizeibehörde dem Armen-Departement überstellten unter-standslosen Personen	181
2. Ausweis über die vom 1. Jänner bis 31. December 1900 von der f. l. Polizeibehörde den Bezirks-Armeninstituten überstellten unter-standslosen Personen	182
Bankbewegung:	
Gefuche um Bankbewilligungen vom 21. bis 24. Jänner 1901	182
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
Offertverhandlungs-Ergebnisse	183
Eintragungen in das Gewerbe-Register	183
Kunmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Magistratsrath Dr. Friedrich Edler v. Radler.
 Papier aus der f. l. priv. Bittener Papierfabrik. — Buchdruckerei E. Raimz & R. Liebhart, vormals J. B. Wallishausser.
 Zuseraten-Annahme bei Haasestein & Vogler (Otto Maack), Wien, I., Walfischgasse 10.

Offert-Ausschreibungen.

1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
31. Jänner 10 Uhr	Departement XIX a (Mag.-Rath Bilimek)	M.-Z. 107072 ex 1900. Bergebung der Asphaltierarbeiten für die Regulierung und Asphaltierung am Lugeck im I. Bezirke mit der Aus- rufssumme von 11.711 K 91 h und 500 K Pauschale. 2-3
1. Februar 10 Uhr	detto	Bergebung der Demolierung des Schöpfwerkes in der Pillergasse im XIV. Bezirke und Übernahme des gesamten hiebei sich ergebenden Alt- materiales inclusive eines 6 HP com- pletten, vollständig gebrauchsfähigen Gasmotors, einer vollständigen Pump- anlage, zweier eiserner Reservoire, eines großen Holzbottichs u. s. w. 2-3
4. Februar 10 Uhr	detto	Bergebung der mittels Fajswagen zu besorgenden Straßenbespizung im k. k. Prater vom 1. März 1901 bis 28. Fe- bruar 1902. 1-3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Kostenschläge zc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingungen mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Prot.-Nr. 1901 ex 1901.

XVI. 135.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen zur Ausführung von Installationsarbeiten für die Wasserleitungs-Einrichtungen aus der Hochquellenleitung, der Closetlieferung und der Wasserspülungen bei den Clojets in der Landwehrkaserne im XIII. Bezirke, und zwar im Stabsgebäude, im Officiers- und Unterofficiersgebäude, sowie im Mannschaftsgebäude, welche mit dem Kostenbetrage von 14.831 K 30 h und dem Pauschalbetrage von 1536 K veranschlagt sind, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 7. Februar 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Pohl im Neuen Rathhause (8. Stiege, 1. Stock) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenschläge und die dem Projecte beigeschlossene allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der ausliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der amtlichen Kostenschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. Jänner 1901. 2-3

Prot.-Nr. 111286 ex 1900.

IV.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der theilweisen Demolierung des städtischen Hauses Nr. 20 Kaiserstraße, VII. Bezirk, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am Samstag den 26. Jänner 1901, präcise um 12 Uhr mittags, im Magistrats-Departement IV im Neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan und die Bedingungen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Differenzen haben ein derartiges Exemplar mit der Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums per 500 K beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 16. Jänner 1901. 3—3

Ad Z. 2834.
VII.

Kundmachung.

(Offertanschreibung.)

Wegen Vergebung der Zimmermeisterarbeiten für die nöthigen Herstellungen im städtischen Donanbade im veranschlagten Betrage von 7700 K wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 12. Februar 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Reitler im Alten Rathhause, I., Wipplingerstraße 8 (2. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenschlag und die Bedingungen im Stadtbauamte, Abtheilung II, im Neuen Rathhause, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte sind, mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium in der Höhe von 5 Percent der Ansrufsumme anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 19. Jänner 1901. 1—3

Bez.-N.-Z. 19631 ex 1900.

Kundmachung.

(Grundverpachtung.)

Vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk wird hiemit bekanntgegeben, daß die der Gemeinde Wien gehörigen, in der Catastralgemeinde Simmering gelegenen Grundstücke, und zwar; 1. die Cat.-Parc. 1650 im Ausmaße von 684 m² und 2. die Cat.-Parc. 1645 im Ausmaße von 427.39 m² vom 1. Februar 1901 an auf sechs Jahre, d. i. bis inclusive 21. Jänner 1907 verpachtet werden.

Hierauf Reflectierende wollen sich im magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk, XI., Entplatz 2, 2. Stock, Amtszimmer Nr. III, woselbst auch die Pachtbedingungen an Wochentagen, während der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags eingesehen werden können, bis inclusive 31. Jänner 1901, in dem bezeichneten Amtszimmer und zur angegebenen Zeit unter Mitbringung eines Offert-Stempels per 1 K einfinden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk,
Wien, im Jänner 1901. 1—2

M.-Z. 18200 ex 1900.

VIII.

Currende

(an die Herren definitiven städtischen Ärzte).

Im Status des Stadtphysikates gelangen 7 Ober-Arztensstellen in der VI. Rangklasse mit den systemisierten Bezügen dieser Rangklasse zur Besetzung.

Diejenigen Herren definitiven städtischen Ärzte, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Gesuche im Dienstwege bis längstens Donnerstag den 28. Februar 1901 im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Der Magistrats-Director:
Breyer. 1—1

M.-Z. 18200 ex 1900.

VIII.

Currende

(an die Herren städtischen Bezirks-Ärzte II. Classe).

Im Status des Stadtphysikates gelangt eine Stelle eines städtischen Bezirksarztes I. Classe in der V. Rangklasse mit den systemisierten Bezügen dieser Rangklasse zur Verfügung.

Diejenigen Herren städtischen Bezirksärzte II. Classe, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, haben ihre diesbezüglichen Gesuche im Dienstwege bis längstens Donnerstag den 28. Februar 1901 im Einreichungs-Protokolle des Magistrates zu überreichen.

Auf später einlangende Gesuche kann keine Rücksicht genommen werden.

Wien, am 17. Jänner 1901.
Der Magistrats-Director:
Breyer. 1—1

Ad M.-Z. 4761 ex 1900.

V.

Kundmachung.

(Commissionelle Verhandlung.)

Laut Erlasses der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 17. Jänner 1901, Z. 3914, findet über das Project der Centralverwaltung der k. k. priv. österr. Nordwestbahn und Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn, betreffend die geänderte Grundrißeintheilung bei der Ausführung der mit dem Erlasse des k. k. Eisenbahnministeriums vom 30. August 1900, Z. 32753, genehmigten Fettgasanstalt auf dem Bahnhofe in Wien, die commissionelle Verhandlung im Sinne des § 22 der Handelsministerial-Verordnung vom 25. Jänner 1879, N.-G.-Bl. Nr. 19, unter der Leitung des Herrn k. k. Statthalterei-Concipisten Dr. Emil Krakowsky am **Donnerstag den 7. Februar 1901** statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich an diesem Tage um **1/2 10 Uhr vormittags** im Vestibule des Nordwestbahnhofes (Abfahrtsseite.)

Dies wird mit dem Beifügen zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die bezüglichlichen Projectsbefehle vom 21. bis 28. Jänner 1901 im Stadtbauamte (Rathhaus, Mezzanin, Bureau des Bau-rathes **Muttenthaler**) während der gewöhnlichen Amtsstunden zur Einsichtnahme aufliegen.

Einwendungen gegen dieses Project oder etwaige Bemerkungen können während der vorbezeichneten Zeit im Bureau des Magistrats-rathes **Linsbauer** (Rathhaus, Mezzanin, Stiege 4) oder bei der Localverhandlung schriftlich oder mündlich eingebracht werden.

Vom Wiener Magistrate,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 21. Jänner 1901.

1—1

M.-Z. 1350 ex 1900.

VI.

Kundmachung.

(Vermietung von Wohnungen und Geschäftslocalitäten im Bürger-ladfondshause I., Wollzeile 28, Riemergasse 1 und 3.)

Der Neubau des Bürgerladfondshauses I. Bezirk, Wollzeile 28, Riemergasse 1 und 3, welcher ein Souterrain, Parterre, Mezzanin und vier Stockwerke enthält, wird mit Mai-Termin 1901 fertiggestellt und können von da an die darin befindlichen Localitäten benützt werden.

Jene Parteien, welche Geschäftslocalitäten oder Wohnungen in diesem Hause zu mieten wünschen, erhalten nähere Auskünfte im Magistrats-Departement VI im Neuen Rathhause, 5. Stiege, 2. Stock, bei Herrn Magistratsrath **Hulka** während der Amtsstunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags und können da-selbst auch die bezüglichlichen Pläne eingesehen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 9. Jänner 1901.

3—6

Kundmachung.

(Ergänzungswahlen in das Gewerbegericht Wien, II., IV. und VI. Gruppe. — Keramische Industrie und Baugewerbe. — Leder-, Textil-, Bekleidungs- und chemische Industrie. — Handel.)

Behufs Durchführung der mit der Kundmachung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 28. November 1900 im Sinne des Gesetzes vom 27. November 1896, N.-G.-Bl. Nr. 218, und der Ministerial-Verordnung vom 23. April 1898, N.-G.-Bl. Nr. 56, aus-geschriebenen Ergänzungswahlen für das Gewerbegericht Wien wird unter Bezugnahme auf die hieramtliche Kundmachung vom 4. December 1900, mit welcher die Namen der ausgeschiedenen Beisitzer und Ersatzmänner des k. k. Gewerbegerichtes Wien und der Beisitzer des Berufungsgerichtes verlautbart wurden, Folgendes bekanntgemacht:

In den Gruppen II und VI hat jeder der beiden Wahlkörper, und zwar jener der Unternehmer, sowie jener der Arbeiter, aus seiner Mitte je 15 Beisitzer und je 8 Ersatzmänner für das Ge-werbegericht und gleichzeitig je 3 Beisitzer für das Berufungs-gericht zu wählen. In der Gruppe IV hat jeder der beiden ob-bezeichneten Wahlkörper je 20 Beisitzer und je 10 Ersatzmänner für das Gewerbegericht und gleichzeitig je 3 Beisitzer für das Berufungsgericht zu wählen.

Für diese Wahlen werden amtliche Stimmzettel nicht aus-gegeben, und ist auch die Verwendung von Stimmzetteln, auf welchen die Namen der zu Wählenden gedruckt erscheinen, zulässig.

Das passive Wahlrecht besitzt jeder männliche activ Wahl-berechtigte, der österreichischer Staatsbürger, 30 Jahre alt und eigenberechtigt ist. Bei staatlichen Betrieben, sowie bei Transport- und Fabriksunternehmungen sind die im betreffenden Betriebe angestellten Beamten passiv wahlberechtigt.

Vom passiven Wahlrechte sind jene Personen ausgeschlossen, welche nach den bestehenden Gesetzen wegen einer strafgerichtlichen Verurtheilung zu einer Anstellung bei Gericht nicht zugelassen werden dürfen.

Die Wahlen finden durch persönliche Abgabe eines Stimm-zettels seitens der in die Wählerlisten eingetragenen Wahl-berechtigten statt.

Die Stimmzettel müssen so eingerichtet sein, daß klar ersichtlich ist, welche der darin namentlich angeführten Personen nach der Absicht des Wählers als Beisitzer oder Ersatzmänner des Gewerbe-gerichtes oder als gewerbliche Beisitzer des Berufungsgerichtes gewählt sein sollen. Jede in dem Stimmzettel eingetragene Person muß durch Angabe ihres Vor- und Zunamens, sowie des Standes und Wohnortes bezeichnet werden.

Im Wahlkörper der Unternehmer können Frauen ihr Wahl-recht auch durch einen Vertreter, und zwar entweder durch ihren Ehegatten oder durch einen besonders bevollmächtigten Dritten ausüben (§ 8, Absatz 2 des Gewerbegerichtsgesetzes).

Personen, welche in die Wählerliste nicht eingetragen erscheinen, sind von der Stimmenabgabe ausgeschlossen.

Bei Zweifeln über die Identität eines Wählers hat sich dieser, wenn er dem Stande der Unternehmer angehört, durch Vorweisung des Erwerbsteuerscheines oder der sein Gewerbe-recht begründenden Urkunde, wenn er aber das Wahlrecht im Wahl-körper der Arbeiter beansprucht, durch Vorweisung seines Arbeits-

buches oder des Mitgliedscheines einer der in § 11, Punkt 1 bis 4 und 6 des Gesetzes vom 30. März 1888, N.-G.-Bl. Nr. 33, bezeichneten Krankencassen zu legitimieren. Der Wahl-Commissär kann nach Maßgabe des concreten Falles auch andere Identitätsbeweise fordern oder für zulässig erklären.

Die Abstimmung hat in der Weise zu geschehen, daß die Wähler nach Anordnung des Wahl-Commissärs entweder in der Reihenfolge, in der sie sich melden, oder in der Reihenfolge, in der sie nach ihrer Eintragung in der Wählerliste aufgerufen werden, ihre Stimme abgeben.

Wahlberechtigte, welche in letzterem Falle nach Aufruf ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen, ihre Stimmzettel abzugeben und sich deshalb beim Wahl-Commissär zu melden.

Jeder Wähler hat vor Abgabe seiner Stimme seine amtliche Wahllegitimation dem Wahl-Commissär zu übergeben, welcher deren Abstempelung veranlaßt und sie sodann dem Wähler zurückgibt. Personen, welche keine oder nur eine bereits abgestempelte Legitimation besitzen, dürfen zur Stimmenabgabe nicht zugelassen werden.

Der Wahl-Commissär übernimmt die abgegebenen Stimmzettel und legt sie in die Wahlurne. Er veranlaßt die Anmerkung der erfolgten Stimmenabgabe in der neben dem Namen der Wahlberechtigten in der Wählerliste hiezu bestimmten Colonne und wacht darüber, daß nicht namens desselben Wahlberechtigten mehrere Stimmen abgegeben werden.

Die Wahlhandlung ist vom Wahl-Commissär zur festgesetzten Stunde zu schließen. Wähler, welche noch vor Ablauf dieser Stunde im Wahllocale erschienen sind, müssen jedoch zur Stimmenabgabe zugelassen werden.

Sind Umstände eingetreten, welche die Fortsetzung oder den Schluß der Wahlhandlung verhindern, so kann deren Fortsetzung vom Wahl-Commissär auf den nächstfolgenden Tag anberaumt werden. Eine solche Verfügung ist unter Festsetzung des Beginnes und des Schlusses der betreffenden Wahlhandlung sofort in ortsüblicher Weise zu verkündigen.

Bei Unterbrechung der Wahlhandlung hat der Wahl-Commissär die abgegebenen Stimmzettel und die Wahllacten unter amtlichem Siegel aufzubewahren.

Nach Schluß der Wahlhandlung sind die Stimmzettel vom Wahl-Commissär aus der Wahlurne zu nehmen und zu zählen, worauf sofort das Scrutinium vorzunehmen ist.

Enthält ein Stimmzettel mehr Namen, als Beisitzer (Beisitzer des Berufungsgerichtes) oder Ersatzmänner zu wählen sind, so sind die in den einzelnen Rubriken über diese Zahlen hinaus zuletzt angefügten Namen unberücksichtigt zu lassen.

Ist der Name einer und derselben Person auf einem Stimmzettel in der Rubrik für Beisitzer, Ersatzmänner oder Beisitzer des Berufungsgerichtes mehrmals bezeichnet, so wird die abgegebene Stimme für die betreffende Rubrik nur einmal gezählt.

Stimmen, welche auf eine nach § 9 des Gewerbegerichtsgesetzes nicht wählbare Person gefallen, welche an Bedingungen geknüpft oder welchen Aufträge an den zu Wählenden beigelegt sind, sowie Stimmen, welche die damit bezeichnete Person nicht zweifellos erkennen lassen, sind ungültig.

Leere Stimmzettel werden bei Zählung der Stimmen als nicht abgegeben betrachtet.

Das Ergebnis der Wahl ist nach Beendigung des Scrutiniums in Gemäßheit der Bestimmungen des § 10, Absatz 2 und 3

des Gewerbegerichtsgesetzes vom Wahl-Commissär festzustellen und zu verkünden.

Wenn die Wahlhandlung in Sectionen vorgenommen wurde, haben die Wahl-Commissäre der übrigen Sectionen das Ergebnis des Scrutiniums unter Anschluß der Wahllacten der I. Section mitzutheilen. Die Verkündigung des Wahlergebnisses hat in diesem Falle durch den bei der letztgenannten Section bestellten Wahl-Commissär zu erfolgen.

Ist eine engere Wahl nothwendig geworden, so hat der Wahl-Commissär die nach Maßgabe der Verhältnisse hiezu erforderlichen Verfügungen sofort zu treffen.

Die engere Wahl ist in Gemäßheit des § 10, Absatz 3 des Gewerbegerichtsgesetzes vorzunehmen. Bei dieser sind nur diejenigen Personen zur Stimmenabgabe zuzulassen, welche ihr Wahlrecht bei der Hauptwahl ausgeübt haben und sich hierüber durch Vorweisung einer abgestempelten Legitimation ausweisen können.

Die Wahlen finden an folgenden Tagen und zu folgenden Stunden statt:

Bezüglich der Gruppe II:

Für den Wahlkörper der Unternehmer: am 1. Februar 1901, die eventuelle engere Wahl am 11. Februar 1901, jedesmal von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in der Volkshalle des Neuen Rathhauses.

Für den Wahlkörper der Arbeiter: am 2. Februar 1901, von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, die eventuelle engere Wahl am 6. Februar 1901, von 6 Uhr abends bis 9 Uhr abends im Sitzungssaal des Alten Rathhauses, I., Wipplingerstraße 8.

Bezüglich der Gruppe IV:

Für den Wahlkörper der Unternehmer: am 4. Februar 1901, die eventuelle engere Wahl am 12. Februar 1901, jedesmal von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in der Volkshalle des Neuen Rathhauses.

Für den Wahlkörper der Arbeiter: am 3. Februar 1901 von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, die eventuelle engere Wahl am 7. Februar 1901 von 6 Uhr abends bis 9 Uhr abends.

Wahllocale für den Wahlkörper der Arbeiter:

I. Section, I. Gemeindebezirk: Volkshalle des Neuen Rathhauses, von Nr. 1 bis 1000.

II. Section, I. Gemeindebezirk: Volkshalle des Neuen Rathhauses, von 1001 bis 2000.

III. Section, I. Gemeindebezirk: Volkshalle des Neuen Rathhauses, von Nr. 2001 bis Schluß.

IV. Section, II., VIII., IX. und XX. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, II., Kleine Sperlgasse 20, Sitzungssaal im 1. Stock.

V. Section, III., IV., V. und X. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, IV., Schöffergasse 3, Sitzungssaal im 1. Stock.

VI. Section, VI. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, VI., Amerlingstraße 6, Sitzungssaal im 1. Stock.

VII. Section, VII. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, VII., Neubaugasse 25.

VIII. Section, XI. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, XI., Entplatz 2, Sitzungssaal der Bezirksvertretung im 1. Stock, von Nr. 1 bis 1100.

IX. Section, XI. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, XI., Entplatz 2, Armenrathskanzlei ebenerdig, von Nr. 1101 bis Schluß.

X. Section, XII., XIII., XIV. und XV. Gemeindebezirk: Fasholdgasse 8, Locale des Ortsschulrathes.

XI. Section, XVI., XVII., XVIII. und XIX. Gemeindebezirk: XVI., Richard Wagnerplatz 19, Sitzungssaal der Bezirksvertretung.

Bezüglich der Gruppe IV:

Für den Wahlkörper der Unternehmer: am 5. Februar 1901, die eventuelle engere Wahl am 13. Februar 1901, jedesmal von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in der Volkshalle des Neuen Rathhauses.

Für den Wahlkörper der Arbeiter: am 10. Februar 1901, von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, die eventuelle engere Wahl am 14. Februar 1901 von 6 bis 9 Uhr abends.

Wahllocale für den Wahlkörper der Arbeiter:

I. Section, I. Gemeindebezirk: Altes Rathhaus, I., Wippingerstraße 8, Sitzungssaal im 1. Stock, von Nr. 1 bis 1100.

II. Section, I. Gemeindebezirk: Altes Rathhaus, I., Wippingerstraße 8, Sitzungssaal im 1. Stock, von Nr. 1101 bis 2200.

III. Section, I. Gemeindebezirk: Altes Rathhaus, I., Wippingerstraße 8, Sitzungssaal im 1. Stock, von Nr. 2201 bis Schluss.

IV. Section, II. und XX. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, II., Kleine Sperlgasse 10, Sitzungssaal im 1. Stock.

V. Section, III., IV., V., VI. und X. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, VI., Amerlingstraße 6, Sitzungssaal im 1. Stock.

VI. Section, VII., VIII. und IX. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, VII., Neubaugasse 25, Sitzungssaal im 1. Stock.

VII. Section, XI. bis XIX. Gemeindebezirk: Gemeindehaus, XVII., Elterleinplatz 14, Sitzungssaal im 1. Stock.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, als Gewerbebehörde,
am 22. Jänner 1901. 1—1

M.-Z. 131568 ex 1900.

XVII.

Kundmachung.

(Gewerbeschul-Umlagen.)

Zu Gemäßheit des Gesetzes vom 25. Jänner 1887, L.-G.-Bl. Nr. 8, über die Errichtung und Erhaltung der gewerblichen Fortbildungsschulen sind die Gewerbetreibenden in Wien nach Maßgabe ihrer Erwerbsteuer mit 45 Percent zum Gesamterfordernis beizutragen verpflichtet.

Die Commission zur Leitung der Gewerbeschulen in Wien hat auf Grund des Voranschlages des Gewerbeschulfonds für das Jahr 1901 an den Magistrat das Ersuchen gestellt, zur Deckung der Beitragschuldigkeit der Gewerbetreibenden zu den gewerblichen Schulen Wiens für das Jahr 1901 die nachstehend angeführten Umlagen auszuschreiben und einzuhoben, und zwar:

- a) $2\frac{1}{2}$ h (zweieinhalb Heller) von jeder Krone der allgemeinen Erwerbsteuer;
- b) $\frac{1}{4}$ h (einviertel Heller) von jeder Krone der Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen.

Umlagepflichtig sind nur jene Erwerbsteuerepflichtigen, welche nach den bestehenden Vorschriften einen Beitrag zur Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer zu leisten haben.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im übertragenen Wirkungskreise,
am 20. Jänner 1901. 1—1

Z. 157.

XIII.

Kundmachung.

(Dr. Emanuel Bunzel'sche Stiftung)

Am 10. April 1901 gelangen die Interessen der Dr. Emanuel Bunzel'schen Stiftung im Betrage von 150 K an fünf erwachsene, mittellose Blinde christlicher Confession zur Vertheilung.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen ihren Taufschein, ihren Trauschein, ihren Heimatschein, die Taufzettel der Kinder, ein legales Armutszeugnis und eine armenärztliche Bestätigung über ihre vollkommene und unheilbare Erblindung, Witwen aber außerdem noch den Todtenschein des Gatten beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 25. Februar 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Wiener Magistrate,
am 16. Jänner 1901. 1—3

M.-Z. 1115 ex 1901.

III.

Kundmachung.

(Josefine v. Königswarter'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß aus der von Herrn Jonas Freiherrn v. Königswarter, um das Andenken seiner am 14. Mai 1861 verstorbenen Gemahlin für fortwährende Zeiten zu ehren, errichteten Josefine v. Königswarter'schen Heiratsausstattungs-Stiftung die Zinsen zur Ausstattung eines unbefohlenen Mädchens, dessen Eltern dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, wobei unter sonst gleichen Bedingungen eine Waise, namentlich eine mütterlose, den Vorzug hat, zur Verleihung kommen.

Diese Zinsen betragen pro 1901 560 K. Die Ausstattung soll, wenn möglich, am 14. Mai ausbezahlt werden, wenn der urkundliche Beweis über die gesetzmäßig geschlossene Ehe geliefert wird.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche längstens bis 15. April 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche kein Bedacht genommen werden wird.

Vom Wiener Magistrate,
im selbständigen Wirkungskreise,
am 14. Jänner 1901. 2—3

3. 6357.
XIII.

Kundmachung.

(Johann Anton Eckhart'sche Stiftung.)

Der am 3. Juni 1856 verstorbene Herr Johann Anton Eckhart hat in seinem Testamente eine Stiftung für erwerbsunfähige Gewerbsleute gegründet, nach welcher so viele Stiftplätze gebildet werden sollen, als das jeweilige Erträgnis des Stiftungscapitales 30 fl. C. M. oder 63 K liefern wird, und hat zugleich bestimmt, daß die Vertheilung dieser Stiftplätze durch eine alljährlich im Monate März stattfindende Verlosung zu geschehen habe.

Zu diesem Stiftungsgenusse sind berufen: alle in Wien anfähigen, durch Unglücksfälle verarmten, wegen Alters oder Körpergebrechen arbeitsunfähigen Gewerbsleute, die ein handwerksmäßiges Gewerbe betreiben oder betrieben haben, gleichviel ob Meister oder Gesellen, ob Männer oder Weiber, ohne Unterschied der Religion, die mit keiner oder keiner höheren als 6 fr. C. M. täglich betragenden Armenpfünde theilhaft sind.

Für das Jahr 1901 entfallen 26 Stiftplätze, jeder zu 63 K.

Diejenigen, welche sich um einen solchen Stiftplatz bewerben wollen, können sich, ohne Beibringung eines Gesuches und nur mit den nachfolgenden Ausweisen versehen, im Rathhause, im Armenstiftungs-Departement, vom 1. bis inclusive 16. Februar 1901, mit Ausnahme des Sonntages, von 10 bis 12 Uhr vormittags melden, wo diese Ausweise angenommen werden und

jedem, der die Erfordernisse für diese Stiftung nachgewiesen hat, ein Los angefolgt wird.

Die beizubringenden Ausweise sind:

1. Der Ausweis über die Zuständigkeit nach Wien, der Tauf- oder Geburtschein, der polizeilich vidirte Meldezettel.

2. Meister haben das Gewerbedecret oder den Gewerbeschein, oder falls sie das Geschäft bereits zurückgelegt hätten, die Bestätigung über die erfolgte Gewerbezurücklegung, Gesellen das Arbeitsbuch (Wanderbuch) oder den Lehrbrief, oder in Ermanglung dessen ein von der Genossenschaft ausgestelltes Zeugnis über die erfolgte Freisprechung beizubringen.

3. Ein legales, von der Armeninstituts-Vorstellung des Wohnortes bestätigtes Armutzeugnis und ein armenärztliches Zeugnis über die Erwerbsunfähigkeit.

Die Ziehung der Lose erfolgt am 8. März 1901 um 10 Uhr vormittags öffentlich im Rathhause, 1. Stock, im Beratungszimmer des Gemeinderathes (Aufgang über Stiege 7), und es werden die gezogenen Nummern durch die „Wiener Zeitung“ und durch Anschlag am Rathhause und an den Gemeindegäußern veröffentlicht werden, wonach vom 15. bis inclusive 30. März 1901 der Stiftungsbetrag gegen Beibringung des Originallofes an jeden Inhaber eines gezogenen Loses von der städtischen Hauptcassa ausbezahlt wird.

Die bis inclusive 30. März 1901 nicht behobenen Beträge fallen an die Stiftung zurück.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 21. December 1900.

PATENTE

in allen Ländern besorgt Ingenieur

W. Theodorovič, beeid. Patentanwalt

Stephansplatz Nr. 8, Wien, I., Jasomirgottstrasse Nr. 2.

Seit 1877: 18.000 Patente besorgt. — Ausführliche Preis-Courante gratis und franco.

Wiener Eiswerke

II., Alte Donau und I., Schulhof Nr. 6.

Gegründet 1872.

Telegraph-Adresse: Eiswerke Wien. — Telephon Nr. 253.

Grosses Diplom und Medaille der Jubiläums-Ausstellung Wien 1898. — Ehrendiplom und silberner Pokal Kochkunst-Ausstellung Wien 1884.

Donau-Block-Eis

von höchster Kühlkraft, Haltbarkeit und Reinheit.

Regelmässige Lieferung während des ganzen Jahres. — Ganze Wagenladungen nur plombiert unter Garantie richtigen Gewichtes.



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen, Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coakheizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegethoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.

PHILIPP HAAS & SÖHNE

k. u. k. Hof-Lieferanten, kgl. ital. Hof-Lieferanten, kgl. rumän. Hof-Lieferanten

Centrale: Wien, I., Stock-im-Eisenplatz Nr. 6.

P. T.

Wir beehren uns die ergebene Mittheilung zu erstatten, dass wir Hand in Hand mit der Reorganisation unserer sämtlichen Geschäftsbetriebe unser

Wiener Warenhaus I, Stock-im-Eisenplatz Nr. 6 auch äusserlich vollständig neu ausgestattet haben, und erlauben uns zu dessen Besichtigung höflichst einzuladen. Wir machen darauf aufmerksam, dass kein wie immer gearteter Kaufzwang besteht.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Philipp Haas & Söhne.

Abtheilung für zurückgesetzte Waren:

Altes Rathhaus, I., Wipplingerstrasse 8.

Zur constanten Besorgung

aller im

Coursblatte

notierten

Effecten und Valuten

bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,

Stephansplatz

Nr. 11

Parterre.

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 9.

Dienstag, den 29. Jänner 1901.

Jahrgang X.

Pränumerationspreise: Für Wien: mit Zustellung ganzjährig 14 K., halbjährig 7 K. | Für die Provinz: ganzjährig 16 K., halbjährig 8 K.
" " ohne Zustellung ganzjährig 12 K., halbjährig 6 K.
Das ganzjährige Abonnement beginnt mit 1. Jänner, das halbjährige mit 1. Jänner, beziehungsweise 1. Juli jeden Jahres.
Einzelnexemplare à 20 Heller im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 25. Jänner 1901 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Dr. Lueger: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen die Herren Gem.-Räthe Rogan, dann Gräf, Wessely, Weitmann, Schuh, Ritter v. Goldschmidt, Schweigl und Rain wegen Krankheit, überdies die Herren Dr. Deutschmann, Dr. Mayreder und Stingl.

2. Meine sehr geehrten Herren! (Die Versammlung erhebt sich.) Dienstag den 22. Jänner d. J. ist Ihre Majestät die Königin von England verschieden. Ich habe aus diesem Anlasse an den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter des Königreiches Großbritannien folgende Zuschrift gerichtet (liest):
„Euere Excellenz!

Der unerbittliche Tod hat dem englischen Weltreiche seine Königin entzogen und das englische Volk durch diesen schweren Verlust in tiefe Trauer versetzt.

In der ganzen Welt sind die seltenen Gaben des edlen Herzens der hohen Verblichenen bekannt, und die Trauernachricht wird überall Theilnahme und Mitgefühl hervorrufen.

Ich beehre mich als Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien meinem innigsten Beileid namens der Stadt Ausdruck zu verleihen und an Euere Excellenz die Bitte zu richten, diese Beileidskundgebung in geeigneter Weise dem

schwergetroffenen erlauchten Königshause zur Kenntnis bringen zu wollen.

Genehmigen Euere Excellenz den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung, womit ich zeichne Euere Excellenz ergebenster Wien, am 23. Jänner 1901.

Dr. Lueger,
Bürgermeister.“

Ich habe als Antwort darauf folgende Zuschrift von der großbritannischen Botschaft erhalten (liest):

„Gehrter Herr!

Ich hatte die Ehre, das bereidete Schreiben zu erhalten, in welchem Sie die Güte hatten, im Namen der Stadt Wien dem tiefen Mitgefühl und Schmerze Ausdruck zu verleihen, welche die traurige Nachricht von dem Hinscheiden der Königin Victoria erweckt hat.

Ich beeile mich, Sie zu benachrichtigen, dass ich Ihre Mittheilung sofort an den Marquis v. Lansdowne behufs Vorlage an den König, meinem gnädigen Herrscher, weiterbefördern werde, dessen Sohnesherz — wie ich sicher bin — von diesem neuerlichen Beweise der hohen Wertschätzung, welche seine geliebte Mutter auf der ganzen Welt genoß, ungemein erfreut sein wird.

Ich erlaube mir meinen persönlichen Dank an Sie für die freundlichen Gefühle auszusprechen, welche Ihr Schreiben dictierten, und habe die Ehre zu verbleiben

Ihr ergebener

Plunkett m. p.“

Meine Herren! Sie haben durch Erheben von den Sitzen Ihre Zustimmung zu dem von mir unternommenen Schritte ausgesprochen, und ich danke Ihnen hiefür.

3. Meine sehr geehrten Herren! (Die Versammlung erhebt sich.) Der Gemeinderath hat einen schweren Verlust erlitten.

Das langjährige Mitglied dieser Versammlung Herr Gem.-Rath Karl Johann Müller ist in der letzten Nacht verschieden.

Gem.-Rath Müller wurde vom 2. Wahlkörper des II. Bezirkes in den Gemeinderath entsendet und gehörte demselben ohne Unterbrechung seit dem Jahre 1881 an.

Unser verstorbener Colleague hat seine Kenntnisse und Erfahrungen stets mit freudiger Arbeitslust in der gewissenhaftesten Weise in den Dienst der Gemeinde gestellt, gehörte während der Wirksamkeit des Gemeindestatutes vom Jahre 1886 der Section für Bauwesen, der Section für Finanz-Angelegenheiten, der Section für innere Gemeinde-Angelegenheiten, sowie der Section für das Communicationswesen an und war außerdem in einer Reihe von Commissionen thätig.

Derzeit war Gem.-Rath Müller Mitglied des Ausschusses der Städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt, sowie des Gemeinderaths-Ausschusses zur Durchführung des Baues städtischer Electricitätswerke.

Nicht allein die schätzenswerten Fachkenntnisse des Verstorbenen und dessen langjährige Erfahrungen in der Verwaltung der Gemeinde, sondern auch sein gegen jedermann liebenswürdiges und freundliches Benehmen haben demselben ausnahmslos die Sympathien aller Mitglieder des Gemeinderathes zugewendet. (Beifall.)

Wir werden dem Verstorbenen ein treues Angedenken bewahren.

Ich habe veranlaßt, daß am Sarge des Verbliebenen namens der Gemeinde ein Kranz niedergelegt werde und habe der Witwe des Verstorbenen im Namen des Gemeinderathes das innigste Beileid ausgedrückt. (Beifall.)

4. Ich habe folgende Zuschrift erhalten (liest):

„Der am 10. Mai 1900 in Markt Auser verstorbene Dr. Robert Bernhart, ehemals praktischer Arzt in Wien, II, Novaragasse 15, hat in seinem Testamente (§ 13) vom 25. Februar 1900 den Armen des II. Wiener Gemeindebezirkes ein Bar-Legat von 3000 K, auszahlbar zu Händen des Bezirksvorstehers, zugeordnet.“

Hievon beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen.

Genehmigen Euer Hochwohlgeboren den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung, mit welcher ich zeichne

Georg Niebauer,
Bezirksvorsteher.“

Die Versammlung spricht hiefür den Dank aus.

5. Am 18. d. M. hat der Gemeinderath über die Anregung wegen Sicherung der zweiten Quartiergeldhälfte nachstehenden Beschluß gefaßt (liest):

„Bei der Pensionierung eines Beamten oder sonstigen Angestellten der Gemeinde erhält derselbe, ohne Rücksicht darauf, ob er ein Quartiergeld bezog oder im Genusse einer Naturalwohnung stand, außer der normalmäßigen Pension auch einen Mietzinsbeitrag. Der Ermittlung desselben ist bei den in die Rang- oder Bezugsclassen eingereichten Angestellten das entsprechende Classen-Quartiergeld, bei den übrigen Angestellten das mit 30 Percent des Gehaltes zu berechnende Naturalwohnungs-Äquivalent zugrunde zu legen; der Mietzinsbeitrag hat in beiden Fällen eben so viele Percente zu betragen, als bei der Ermittlung der Pension vom Gehalte in Anrechnung zu bringen sind.“

Für die am Tage dieses Gemeinderaths-Beschlusses bereits definitiv angestellten Beamten, beideten Praktikanten und definitiv angestellten Diener aber darf der Mietzinsbeitrag in keinem Falle

weniger als die Hälfte des entsprechenden Classen-Quartiergeldes, beziehungsweise des Naturalwohnungs-Äquivalentes ausmachen.

Der Mietzinsbeitrag ist in gleicher Weise wie die Quartiergelder der activen Angestellten auszubehalten.

Der Bezug desselben beginnt, wenn der in den Ruhestand tretende Angestellte ein Quartiergeld bezog, mit dem Tage, welcher dem Zinsquartale folgt, für welches er das Quartiergeld bereits bezogen hat, und, wenn derselbe im Genusse einer Amts- oder Naturalwohnung stand, vom Tage der Räumung derselben.“

Auf Grund dieses Beschlusses ist am 19. Jänner vormittags bei mir eine vom Magistrats-Director Freyer geführte Deputation erschienen, welche für die hiedurch zum Ausdruck gelangte neuerliche Fürsorge der Gemeinde für die städtischen Beamten namens der letzteren den ergebensten Dank aussprach. Ebenso wurde auch von dem Vorstande des Vereines der Beamten der Stadt Wien der ergebenste Dank zum Ausdruck gebracht.

Ich gebe hievon dem Gemeinderathe Kenntnis.

6. Herr Hof- und Gerichtsadvocat Dr. Wesselsky hat an mich folgende Zuschrift gerichtet (liest):

„Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Über die Beschwerde der Commune Wien wegen der Vertheilung der Erwerbsteuer der Sophienbad-Actiengesellschaft zwischen Wien und Ragran, beziehungsweise betreffend die Gejezmäßigkeit eines Passus der Vollzugs-Verordnung vom 18. Mai 1897, R.-G.-Bl. Nr. 124, fand heute vor einem verstärkten Senate des Verwaltungsgerichtshofes unter Vorsitz Seiner Excellenz des Marquis Bacquhem die Verhandlung statt, bei der ich unentgeltlich für die Commune Wien intervenierte. (Beifall.) Für das Finanzministerium war Sectionsrath Dr. Reich erschienen.

Nach längerer Verhandlung und Berathung wurde die angefochtene Entscheidung wegen mangelhaften Verfahrens aufgehoben und in den Gründen der der Ministerial-Entscheidung zugrunde liegende Passus der Verordnung als dem Gejeze nicht entsprechend erklärt.

Ich erlaube mir diesen Immediatsbericht vorzulegen und werde dem Magistrate den regelmäßigen Bericht zukommen lassen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung und Verehrung ergebenst
Dr. Anton Wesselsky.“

(Lebhafter Beifall.)

Ich glaube im Sinne aller Herren zu sprechen, wenn ich dem Herrn Gem.-Rath Dr. Wesselsky für seine uneigennütigen Vertretung der Stadt Wien, welche in seiner Eigenschaft als Gemeinderath erfolgte, den wärmsten Dank sämtlicher Mitglieder des Gemeinderathes zum Ausdruck bringe und ihm bekanntgebe. (Lebhafter Beifall.)

7. Es ist mir folgende Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zugekommen (liest):

„Nr. 5537 ex 1900.“

B.-G.-H.

Wien, am 10. December 1900.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nach genommener Einsicht in die von dem Gemeinderathe der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien unterm 3. August 1900, Z. 5537, vorgelegten Administrativacten, sowie in die vom demselben erstattete Gegenschrift beschloffen, die Beschwerde des Lucian Brunner, Fabrik- und Hausbesitzer in Wien, de praes. 26. Mai 1900, Z. 3810, gegen den Beschluß des Gemeinderathes Wien ddo. 28. März 1900, betreffend die Aufnahme einer schwebenden Schuld im Be-

trage von 12 Millionen Kronen nach den §§ 2 und 21 des Gesetzes vom 22. October 1875, N.-G.-Bl. Nr. 36 ex 1876, ohne Fortsetzung des Verfahrens als unstatthaft zurückzuweisen (Lebhafte Beifall), weil der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die Ermächtigung zu der mit dem angefochtenen Beschlusse des Gemeinderathes in Aussicht genommenen Aufnahme einer schwebenden Schuld im Betrage von 12 Millionen Kronen mit dem Landesgesetze vom 20. Juni 1900, L.-G.-Bl. Nr. 29, erteilt wurde; das Recht zur Aufnahme dieser Schuld jedoch keineswegs auf der angefochtenen Maßregel, beziehungsweise dem Beschlusse des Gemeinderathes vom 28. März 1900, sondern vielmehr auf diesem Landesgesetze basiert, und weil diesbezüglich eine Beschwerdeführung an den Verwaltungsgerichtshof ausgeschlossen erscheint.

Hievon wird der Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien unter Rückschluss der Administrativacten in Kenntnis gesetzt."

(Gem.-Rath Bielohlawek: Gibt es denn keine Muthwillensstrafe für den Juden?)

8. Ich erlaube mir ferner folgende Zuschrift der k. k. Statthalterei zur Kenntnis zu bringen (liest):

„Z. 6076.

Wien, am 24. Jänner 1901.

Mit der Entscheidung vom 6. November 1900, Z. 99028, hat die k. k. Statthalterei die bei derselben am 30. Juni 1900 von Georg Niebauer und Genossen in Angelegenheit der Unterlassung der Ausschreibung der Ersatzwahlen in den Wiener Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper des II. Wiener Gemeindebezirktes überreichte Eingabe dahin erledigt, daß eine in den Geschäften des übertragenen Wirkungsbereiches ergangene Verfügung des Magistrates oder überhaupt ein Fall, wo das Gesetz den Instanzenzug an die Statthalterei ausdrücklich vorschreibt, nicht vorliege und die Statthalterei daher mangels einer recurrierbaren Verfügung zu einer instanzmäßigen Entscheidung nicht berufen sei, daß übrigens insofern diese Eingabe als Berufung gegen die Kundmachung des Bürgermeisters in Wien vom 8. (recte 7.) Mai 1900, betreffend die Ausschreibung der im Jahre 1900 fälligen Wahlen für den Gemeinderath, aufgefaßt werden sollte, dieselbe schon deshalb zurückgewiesen werden müsse, weil sie nicht binnen der vom Tage der Kundmachung laufenden vierzehntägigen Frist beim Magistrate eingebracht worden sei; endlich daß, insofern die in Rede stehende Eingabe auch als Aufsichtsbeschwerde gedacht sei, die Statthalterei sich nicht veranlaßt gesehen hat, vom Standpunkte der Staatsaufsicht in dem gewünschten Sinne etwas zu verfügen.

Über den gegen diese Entscheidung von Georg Niebauer und Genossen eingebrachten Recurs hat das k. k. Ministerium des Innern laut Erlasses vom 18. Jänner 1901, Z. 43884 ex 1900, zu entscheiden gefunden, wie folgt:

Für das Ministerium des Innern ist kein Anlaß gegeben, in die Prüfung der Frage einzugehen, ob die in der Kundmachung des Bürgermeisters in Wien vom 7. Mai 1900 enthaltene Verfügung auf Grund des Wiener Gemeindestatutes, und zwar insbesondere nach § 104 desselben einer Anfechtung im politischen Instanzenzuge unterliege oder nicht, weil — selbst eine derartige Anfechtbarkeit angenommen — die von den Recurrenten gegen die obcitirte Kundmachung eingebrachte Beschwerde verspätet überreicht wurde.

Insofern im Ministerialrecurs wegen der seitens der Statthalterei erfolgten Ablehnung der Handhabung der Staatsaufsicht Beschwerde geführt wird, liegt für das Ministerium des Innern im Hinblick auf die in Betracht kommenden Bestimmungen des Wiener Gemeindestatutes kein gesetzlicher Anlaß vor, über den Recurs eine den bezüglichen Theil der Statthalterei-Entscheidung abändernde Verfügung zu treffen.

Die Beilagen des Berichtes vom 27. November 1900, Z. 120971, folgen zur schleunigen weiteren Veranlassung zurück."

9. Herr Gem.-Rath Franz Schneeweiß hat, wie den Herren bekannt ist, an mich eine Anfrage, betreffend Wartelocale an den Endpunkten der Straßenbahnlinie „Margarethenplatz—Alserstraße" gerichtet. Ich habe diese Anfrage theilweise beantwortet und habe versprochen, weitere Erhebungen pflegen zu lassen. Diese Erhebungen liegen nun vor und ich erlaube mir dieselben bekanntzugeben. Der Magistrat berichtet diesbezüglich an das Gemeinderaths-Präsidium (liest):

„Unter Bezugnahme auf die theilweise Beantwortung dieser Anfrage in der Gemeinderaths-Sitzung vom 18. d. M. wird Folgendes berichtet:

Die Bau- und Betriebs-Gesellschaft ist nach § 9 des Vertrages verpflichtet, über Verlangen der Gemeinde an den End- und Umsteigpunkten der einzelnen Linien Warteräume für die Fahrgäste zur Verfügung zu stellen, und zwar eiserne Warthallen, wo die Straßenbenützung gestattet wird, anderenfalls geeignete Räumlichkeiten in einem anliegenden Hause.

Dieses Verlangen wird manchmal bereits bei den commissio-nellen Amtshandlungen für den Bau und die Zubetriebsetzung der Linie, gewöhnlich jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkte gestellt, wenn sich während des Betriebes das Bedürfnis für ein solches Wartelocal ergibt.

An der einen Endstation der Straßenbahnlinie „Alserstraße—Margarethenplatz" in der Griesgasse, woselbst ein geeigneter Straßengrund für eine Warthalle nicht zur Verfügung steht und derzeit auch kein Parterrelocal in einem der nächstliegenden Häuser frei ist, macht sich nach Anschauung des Magistrates das Bedürfnis nach einem solchen Warteraum weniger geltend, weil von 7 Uhr früh bis 1/2 11 Uhr nachts die Wagen in Intervallen von höchstens 5 Minuten verkehren und der nächste abgehende Wagen immer an der Endstation zur Aufnahme der Fahrgäste bereit steht.

Am anderen Ende der Linie bei der Einmündung der Skodagasse und Kochgasse in die Alserstraße können sich jedoch die Wagen nicht aufhalten, weil die Haltestelle daselbst sowohl für die erwähnte Straßenbahnlinie, als auch für die sehr frequente sogenannte Trans-versallinie bestimmt ist.

An diesem Punkte findet übrigens nicht nur der Umsteig-verkehr zwischen diesen beiden Linien, sondern auch noch mit der Linie in der Alserstraße statt, so daß hier nicht selten zahlreiche Fahrgäste warten müssen.

Der Magistrat hat daher die vorliegende Anfrage zum Anlaß genommen, die Errichtung eines Wartelocales an diesem wichtigen Umsteigpunkte und die eventuelle Ausmittlung eines Platzes zur Errichtung einer Warthalle daselbst zum Gegenstande einer Local-erhebung zu machen, welche bereits anberaunt und zu welcher auch der Herr Interpellant eingeladen wurde."

10. Über eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Sebastian Grübbeck, betreffend den Omnibusverkehr nach Dornbach, habe

ich versprochen, weitere Erhebungen pflegen zu lassen, und erlaube ich mir dieselben bekanntzugeben.

Am 14. d. M. wurde die Österreichische Omnibus-Gesellschaft neuerlich aufgefordert, wegen Aufrechterhaltung eines besseren Stellwagenverkehrs auf der bezeichneten Strecke sich zu äußern, worauf dieselbe beifolgende Eingabe erstattete.

Ich erlaube mir diese Eingabe der Österreichischen Omnibus-Gesellschaft zur Verlesung zu bringen.

Sie lautet (liest):

„Löblicher Magistrat!

Über die Aufforderung des löblichen Magistrates, uns über die Einstellung des directen Verkehrs von Neuwaldegg in die Innere Stadt zu äußern, beehren wir uns mitzutheilen, daß wir dies aus dem Grunde gethan haben, weil eine genügende Frequenz, um nur annähernd die Auslagen zu decken, bei dieser Route ausgeschlossen ist.

Wenn wir erwähnen, daß im Jänner 1899 die Durchschnitts-Brutto-Einnahme per Kilometer auf dieser Strecke 10.2 Kreuzer und im Februar noch weniger betragen hat, und daß ein Paar Pferde höchstens 30 km leisten können, wird der löbliche Magistrat selbst constatieren können, inwiefern unsere Angabe, daß wir bedeutende Verluste bei dieser Route haben, richtig ist.

Wenn die gefertigte Gesellschaft eine größere Anzahl Routen hätte, welche mehr wie die Auslagen realisieren würden, so hätte sie gar nichts dagegen gehabt, auch solche verlustbringende Routen weiter zu betreiben; nachdem aber die Gesellschaft in Folge der großen Betriebsverluste sogar gezwungen ist, in der nächsten General-Versammlung die Frage der Liquidation zu erwägen, so ist es ganz ausgeschlossen, daß sie noch weiterhin solche verlustbringende Routen wie Neuwaldegg—Am Hof betreibt.

Um dem Publicum entgegenzukommen, hat die gefertigte Gesellschaft den Correspondenzverkehr von Neuwaldegg in die Innere Stadt auch weiterhin durch einen Pendelverkehr bis in die Kulmgasse aufrecht erhalten, ohne daß das Publicum dadurch materiell geschädigt wird, denn es werden auf dieser Strecke auch Umsteigarten für zwei und drei Zonen ausgegeben, so daß eine Erhöhung des Fahrpreises nicht eingetreten ist.

Die Angabe, daß zwischen Nordwestbahn und Kulmgasse nur jede Stunde ein Wagen verkehrt, beruht augenscheinlich auf einem Irrthume, da auf der Strecke Hernals—Nordwestbahn ein 10 Minuten-Verkehr besteht und auf der Strecke Kulmgasse—Neuwaldegg ein 30 Minuten-Verkehr organisiert wurde.

Die Bewohner von Neuwaldegg haben im Vergleich zu früheren Jahren nur mit der Änderung zu rechnen, daß sie, um in die Innere Stadt zu gelangen, umsteigen müssen, was übrigens ja auch bei der Tramway in vielen Fällen geschehen muß.

Daß die gefertigte Gesellschaft nur aus Entgegenkommen dem Publicum gegenüber diese Änderung, trotzdem diese Route auch noch weiter verlustbringend ist, durchgeführt hat, geht schon daraus hervor, daß sie sich ja bereit erklärt hat, die Lizenzen überhaupt zurückzulegen, falls der löbliche Magistrat es vorziehen würde, einen andern Unternehmer für diese Route zu finden.

Wir stellen daher das ergebene Ansuchen:

Der löbliche Magistrat geruhe, unsere vorstehenden Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.“

Ich werde diesen Bericht neuerdings dem Magistrate zur Verfügung des weiteren zurückgeben. (Gem.-Rath Sebastian Gr ün b e c k macht Zwischenrufe.) Meine Herren! Reden wir

nichts öffentlich über die Omnibus-Gesellschaft, es geht ihr nicht gut, das ist meine Überzeugung. Ich kann niemanden verhalten, die Lizenzen zu behalten; wenn sie dieselben zurücklegt, was dann? Ich fahre nicht, das fällt mir nicht im Schlafe ein, das kann ich Sie versichern. (Auf: Tramway hinausführen!)

11. Herr Gem.-Rath Sch u h m e i e r hat in der letzten Sitzung an mich eine Anfrage wegen des Omnibusverkehrs in Ottakring gestellt. Ich habe diesbezüglich die genauen Erhebungen pflegen lassen und hierüber folgenden Bericht erhalten (liest):

„Die Österreichische Omnibus-Gesellschaft hat beim Magistrate als politischer Behörde I. Instanz mit Eingabe vom 5. December 1900 um die Bewilligung angefragt, den Standplatz Huttengasse (Stadtbahn-Station „Ottakring“) der Stellwagenstrecke „Ottakring—Praterstern“ zur bestandenen Lerchenfelderlinie verlegen zu dürfen, gleichzeitig aber für den Fall der Nichtgewährung dieses Ansuchens gemäß § 53 des Gewerbegesetzes die Anzeige von der gänzlichen Einstellung des Betriebes auf der bezüglichen Stellwagenstrecke erstattet. Über dieses Ansuchen äußerte sich die k. k. Polizeidirection dahin, daß gegen die geplante Standplatzverlegung, beziehungsweise die daraus sich ergebende Verkürzung der Stellwagenstrecke „Ottakring(Stadtbahnhof)—Praterstern“ auf die Teilstrecke ehemalige „Lerchenfelderlinie—Praterstern“ ein Anstand nicht obwaltet.

Zur Ermittlung eines geeigneten Standplatzes bei der ehemaligen Lerchenfelderlinie fand sohin eine commissionelle Verhandlung am 11. Jänner 1901 statt, bei welcher ein neuer Standplatz nächst dem Stationsgebäude „Josefstädterstraße“ der Stadtbahn ermittelt wurde.

Hierauf gab der Magistrat als Gewerbebehörde mit Erledigung vom 14. Jänner 1901, M.-Z. 125937 ex 1901, dem obigen Ansuchen der Gesellschaft in dem Sinne Folge, daß provisorisch auf die Dauer bis längstens 15. April 1901 die Benützung des neuen Standplatzes bei der Haltestelle „Josefstädterstraße“ der Stadtbahn, beziehungsweise die Abkürzung der Stellwagenstrecke „Ottakring—Praterstern“ gestattet wurde. Anderenfalls hätte die nach § 53 G.-D. rechtzeitig erstattete Betriebseinstellungs-Anzeige zur Kenntnis genommen werden müssen, was jedenfalls noch weniger dem Interesse des Publicums entsprochen hätte.

Neuerlich mit der Betriebsleitung der Österreichischen Omnibus-Gesellschaft eingeleitete Verhandlungen führten zu dem Resultate, daß sich die Gesellschaft bereit erklärte, den Standplatz von der Josefstädterstraße wieder in den XVI. Bezirk, und zwar entweder auf den Hoffer- oder den Joh. Nep. Bergerplatz zurückzuverlegen.

Aus dieser Darstellung ist zu entnehmen, daß seitens des Magistrates wohl alles verfügt wurde, um den Omnibusverkehr thunlichst aufrecht zu erhalten.“

12. Es liegt mir eine Petition von Hauseigentümern, Wohnparteien und Geschäftsleuten der Orte Dornbach und Neuwaldegg um unverzügerte Einführung des elektrischen Betriebes auf der gegenwärtigen Strecke „Alserstraße—Hernals“ bis zur Dornbacher Tramwaystation vor.

Diese Petition wird an den Magistrat zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung geleitet.

13. Herr St.-R. R i s s a w e g überreicht eine Petition des Vereines der Hausbesitzer im X. und IV. Bezirke, die Verbreiterung der Südbahn-Durchlässe an der Himbergerstraße im X. Bezirke betreffend.

Ich werde auch diese Petition dem Magistrate, und zwar zur schleunigen geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen.

Ich ersuche nunmehr um Verlesung der eingelangten Interpellationen.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

14. Interpellation des Gem.-Rathes Schmid:

Der Gemeinderath hat sich schon zweimal, nämlich in den Sitzungen am 26. October 1900 und 4. Jänner 1901 mit dem Fahrplane der elektrischen Straßenbahnlinie „Burggasse—Makleinsdorferstraße“ befaßt, und diesen Fahrplan genehmigt. Die Strecke ist längst mit der elektrischen Oberleitung versehen und es haben auch schon die Probefahrten stattgefunden.

Die Bevölkerung erwartet nun von Tag zu Tag vergebens die Eröffnung des elektrischen Betriebes; es verkehren immer noch die Pferdebahnen, und noch dazu in so großen Zwischenräumen, daß die Benützung der Tramway für jeden, der es eilig hat, fast ausgeschlossen erscheint.

In Anbetracht dieser Umstände erlaubt sich der Gefertigte die ergebene Anfrage zu stellen:

Ob der hochgeehrte Herr Bürgermeister in der Lage und willens ist, auf die endliche Einführung des elektrischen Betriebes auf obgenannter Strecke der Straßenbahn hinzuwirken?

Bürgermeister: Der Magistrat erstattet mir über diese Interpellation folgenden Bericht. Meine Herren! Derselbe ist deswegen wichtig, weil er nicht bloß auf diese Linie sich bezieht, sondern auf viele andere Linien, bezüglich deren ganz gleiche Verhältnisse obwalten (liest):

„Zur Beantwortung der vorliegenden Anfrage wird berichtet, daß über das Ansuchen um den Consens zur Eröffnung des elektrischen Betriebes auf der Straßenbahnlinie „Makleinsdorferstraße“ die technisch polizeiliche Prüfung zwar am 4. und 16. d. M. stattgefunden hat, daß aber die Ertheilung des Betriebsconsenses infolge der Einwendungen der k. k. Post- und Telegraphen-Direction dem Eisenbahnministerium vorbehalten werden mußte, dessen Entscheidung noch aussteht.“

Es hängt dies mit den Unglücksfällen zusammen, welche sich durch das Reißen von Telephondrähten in der vergangenen Zeit ereignet haben. Es ist das ein sehr trauriger Gegenstand. Ich glaube nämlich, ganz aufrichtig gesprochen, daß man bei uns aus solchen sehr bedauernswerten Zufällen viel zu weitgehende Consequenzen zieht. (Ruf: So ist es! — Beifall.) Wenn solche Kräfte in Verwendung kommen, dann ist es naturgemäß, ich möchte sagen, beinahe unvermeidlich, daß hie und da ein kleines Malheur geschieht, und wie ich bereits gesagt habe, ist es die Aufgabe der Behörden, dahin zu wirken, daß die Möglichkeit, daß solche Unfälle eintreten, so weit als nur überhaupt denkbar hintangehalten wird.

Ich mache darauf aufmerksam, wenn jemand im Fiaker fährt, kann es ihm ja auch passieren, daß die Pferde durchgehen; mir sind sie auch schon ein paarmal durchgegangen; solche Unglücksfälle können eben passieren. Daraus folgt aber noch nicht, daß die Fiaker abgeschafft werden müssen. Auf der Eisenbahn geschehen auch Unglücksfälle; daraus folgt aber noch nicht, daß die Eisenbahnen abgeschafft werden müssen.

Es ist ein Zug, der nicht bloß durch die Bevölkerung, sondern insbesondere durch die Zeitungen geht; ich möchte sagen, aus Sensationsbedürfnis wird alles hinaufgeschraubt und unglaublich hoch aufgebauscht. Die Folge davon ist, daß wirklich gemeinnützige Anstalten keineswegs durchgeführt werden. In der Beziehung dürfen auch die Mitglieder des Gemeinderathes nicht immer gleich zu zittern anfangen, wenn etwas geschieht. Es geschieht ohnehin alles Mögliche, um Unglücksfälle zu verhüten. Wenn etwas passiert, so muß der Betreffende, der der Schuld-

tragende ist, zur Verantwortung gezogen werden. Das scheint mir auch das Wichtigste zu sein. (Ruf: Die jüdischen Preßbestien! — Gegen-Rufe: Es sind die anderen auch!)

Also ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

15. Anfrage des Gem.-Rathes Breuer . . .

Bürgermeister: Das ist auch eine solche Anfrage; ich bitte um Aufmerksamkeit, dem fährt die Tramway zu schnell. (Heiterkeit.)

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

Es vergeht fast kein Tag, an welchem in den Zeitungen nicht Berichte über Unfälle, hervorgerufen durch unvorsichtiges Hantieren seitens der Wagenführer der Bau- und Betriebs-Gesellschaft, zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen. So ist erst vergangenen Sonntag abends auf der elektrisch befahrenen Strecke der Favoritenstraße durch geradezu unverzeihlich schnelles Fahren ein Einspännerfuhrwerk vollständig zertrümmert, und tags darauf eine verwitwete Frau, Mutter von fünf unmündigen Kindern, durch Überfahren schwer verletzt worden.

Da durch derartige Vorkommnisse die Sicherheit des Publicums arg gefährdet erscheint, erlaubt sich der Gefertigte an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage zu stellen:

Ist derselbe geneigt, bei der Bau- und Betriebs-Gesellschaft, eventuell bei der k. k. Polizei-Direction die nöthigen Vorstellungen zu machen, damit eine derartige, Leben und Gesundheit der Passanten und Fuhrwerker arg bedrohende Fahrgewindigkeit vermieden und die Fahrt in einer den Regeln der gebotenen Vorsicht entsprechenden Weise durchgeführt werde? (Ironische Zwischenrufe, Unruhe und Gelächter.)

Bürgermeister: Also, meine Herren, die Frage muß ich wiederholen. Sie geht dahin (wiederholt die Frage).

Auch über diese Frage liegt ein Bericht des Magistrates vor (liest):

„Die Fahrgewindigkeit der elektrischen Straßenbahnen ist nicht dem Belieben der Bau- und Betriebs-Gesellschaft anheimgestellt, sondern für jede Linie, ja nahezu für jeden Punkt jeder einzelnen Linie von der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen genau vorgeschrieben, und geht diese Behörde hiebei mit peinlichster Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und ihre eigene Verantwortung zuwerke.“

Thatsächlich ist die durchschnittliche Fahrgewindigkeit der Wiener elektrischen Straßenbahnen nicht nur geringer als die der Straßenbahnen in anderen Städten, insbesondere in solchen des Auslandes (Rufe: Hört!), sondern auch weit geringer als die des übrigen leichten Straßenfuhrwerkes, dem doch die Fußgeher weniger leicht ausweichen können als der in fixen Geleisen laufenden Straßenbahn.

Ob und inwieweit bei einem Betriebsunfälle der Straßenbahnen dem Motorführer ein Verschulden zur Last fällt, wird durch die in jedem einzelnen Falle eingeleitete sicherheitspolizeiliche und eventuelle strafgerichtliche Amtshandlung festgestellt.

Wer jedoch auf der vorderen Plattform eines Motorwagens fährt, wird sich überzeugen können, daß die Fußgeher oft sehr geringe Vorsicht gegenüber dem Straßenbahnverkehre anwenden und daß seitens der Lenker des übrigen Straßenfuhrwerkes auf den Verkehr der Straßenbahnwagen nicht immer die in einer großen Stadt gebotene Rücksicht genommen wird. (Rufe: Sehr richtig!)

Die Ursache der gewiss bedauerlichen Betriebsunfälle ist daher nicht immer in einem Verschulden der Motorführer, noch weniger aber in den bestehenden Vorschriften über die zulässige Fahrgewindigkeit der Straßenbahnen zu finden, und kann nach dem

Gesagten der Magistrat auf eine Action zur Verminderung dieser Fahrgewindigkeit nicht einrathen.“ (Beifall.)

Meine Herren! Ich schließe mich dieser Beantwortung, wie sie von Seite des Magistrates uns zutheil wird, vollständig an. (Zustimmung.)

Ich halte mich für verpflichtet, hier öffentlich auf einen Übelstand aufmerksam zu machen, der, ich könnte sagen, eine Eigenthümlichkeit von Wien ist. Es ist das jener Übelstand, den Sie ja alle schon bemerkt haben werden, dass die Fußgänger mit besonderer Vorliebe die Straßenbahn benützen (Zustimmung), und dadurch Unglücksfälle . . .

Gem.-Rath Dr. Archansky: Das ist die Erfahrung der Radfahrer. Die Radfahrer werden eingesperrt, wenn sie auf dem Fußwege fahren.

Bürgermeister: Um die Radfahrer dreht es sich heute nicht. Da warte ich eine neuerliche Interpellation ab. (Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, es muß dahin gewirkt werden, dass sich die Bevölkerung möglichst auf dem Fußwege hält, damit die Fahrbahn für die Befehle, für die sie bestimmt ist, möglichst frei bleibe.

Das eine kann ich aus eigener Wahrnehmung sagen, dass in anderen Städten in viel schmäleren Straßen viel schneller gefahren wird als in Wien auf den breitesten Straßen. (Zustimmung.)

Was in anderen Städten möglich ist, muß auch in Wien möglich sein und werden.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

16. Interpellation des Gem.-Rathes Urban und Genossen:

In den Geseftigten sind in letzterer Zeit zahlreiche Conducteuze der Ban- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen gekommen, um Beschwerde zu führen gegen die Art und Weise, wie von Seite der k. k. Polizeibehörden in Fällen von angeblichen Ubertretungen des Überfüllungsverbot es gegen sie vorgegangen wird.

Der Grund der Beschwerde der genannten Conducteuze ist folgender:

In der Zeit des stärksten Verkehrs auf den Straßenbahnen — früh, mittags und abends — ist es nach den jetzt bestehenden Vorschriften den Conducteuzen beim besten Willen nicht möglich, allfällige Ubertretungen des Überfüllungsverbot es hintanzuhalten. Sie sind im Innern der Coupes mit dem Verabreichen von Fahrkarten beschäftigt und können daher nicht verhindern, dass während der Fahrt einzelne Personen auf den Wagen aufspringen und auf der rückwärtigen Plattform Platznehmen. Selbstverständlich werden dieselben vom Conducteuze, sofort, wenn er auf die Plattform hinauskommt, verhalten, bei der nächsten Haltestelle wieder auszuspringen. Bemerkt aber ein Sicherheitswachmann eine auf diese Weise erfolgte Überfüllung, so erwartet er seiner Instruction gemäß bei seinem zuständigen Commissariat die Anzeige, und die betreffenden Conducteuze werden ausnahmslos polizeilich mit 2 bis 4 K bestraft, ohne dass ihnen Gelegenheit geboten würde, eine Aufklärung zu geben oder sich verteidigen zu können. Dieses von den k. k. Polizeibehörden geübte Verfahren ist natürlich geeignet, bei den Conducteuzen der Ban- und Betriebs-Gesellschaft die größte Beunruhigung hervorzurufen, da sie trotz größtmöglicher Befolgung ihrer Instructionen und Dienstvorschriften nie sicher sind, angezeigt und bestraft zu werden.

Da aus dieser Darstellung hervorgeht, dass die Vorschriften bezüglich des Überfüllungsverbot es dringend einer entsprechenden Abänderung bedürfen, so stellen die Geseftigten an den Herrn Bürgermeister folgende A u f r a g e n:

1. Sind dem Herrn Bürgermeister die oben geschilderten Thatfachen bekannt?

2. Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu thun, um die k. k. Polizeibehörden zu veranlassen, die oben geschilderte Spruchpraxis des Anzeigens gegen Conducteuze einzustellen und dadurch die eben gestiftete Beunruhigung und Bestrafung derselben zu verhindern?

Bürgermeister: Meine Herren! Mir ist selbstverständlich von dieser Spruchpraxis nichts bekannt. Ich habe ja darauf nicht den geringsten Einfluss zu nehmen, ich kann nur das eine thun, dass ich diese Interpellation dem k. k. Polizei-Präsidium übermachen werde. Sind die Verhältnisse so, wie der Herr Interpellant

sie darstellt, so wird sich ja vielleicht eine Remedur finden, aber das eine muß ich bei der Gelegenheit hervorheben. Ich muß dahinwirken — und da bitte ich vielleicht auch den Herrn Interpellanten, auf die Herren Conducteuze Einfluss zu nehmen — dass die Überfüllung der Tramway, wie sie in früheren Jahren in Wien stattgefunden hat, nicht mehr platzgreife. (Zustimmung.) Es ist jetzt bei Einführung des elektrischen Betriebes gar nicht nothwendig, dass eine solche Überfüllung besteht. Es genügt, wenn dem Motorwagen ein Beiwagen zugegeben wird, um jede Überfüllung, sogar zu den verkehrsreichsten Zeiten, hintanzuhalten.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

17. Interpellation der Gem.-Räthe Mayer und Selbig:

Am Tabor inmitten neuer Häuser und knapp an einem Kinderspielplatz befindet sich die Todtentammer . . .

Bürgermeister: Ich bitte um genaue Aufmerksamkeit!

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (fortfahrend):

. . . wo auch die Desinfection der Utensilien der an Infectionskrankheiten Verstorbenen vorgenommen wird.

Die Manipulation ist nicht nur höchst primitiv, sondern auch höchst gemeingefährlich, indem die Bündel, welche die zu desinficirende Wäsche, Kleider zc. enthalten, einfach auf den Platz geworfen werden, eine Weile dort liegen bleiben, und so die Kinder vom Spielplatz anziehen, ihre Neugierde an diesen Bündeln und Paketen zu befriedigen. Dadurch entsteht aber die eminente Gefahr der Übertragung böser Krankheiten auf gesunde, der Erholung pflegende Kinder.

Die Geseftigten erlauben sich daher an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu veranlassen, um diesen gerügten Übelständen zu begegnen?

Bürgermeister: Ich habe diese Interpellation ebenfalls dem Magistrat zur eingehenden Beantwortung zugestellt und ich erhalte hierüber folgenden Bericht, auf welchen ich die geehrten Herren Interpellanten insbesondere aufmerksam mache (liest):

„Am Tabor Nr. 3 befindet sich seit Jahrzehnten eine Leichentammer, in welcher jedoch infectiöse Leichen nicht beigesezt werden.“ — Also seit Jahrzehnten!

„Diese Leichentammer hat zu Anständen niemals Anlass gegeben und ist als einzige Leichentammer des II. Bezirkes mit Rücksicht auf dessen große Ausdehnung und das häufige Vorkommen von Selbstmorden im Prater unentbehrlich.“

In demselben Objecte ist allerdings ein alter Desinfections-Apparat noch vorhanden, dessen Benützung jedoch schon vor Errichtung der städtischen Sanitätsstation in der Gerhardusgasse, XX. Bezirk (1. December 1899), eingestellt worden ist. (Hört! Hört! — Heiterkeit.)

Seither werden alle zu desinficirenden Gegenstände in der genannten Sanitätsstation, welche für den I., II., VIII., IX., XIX. und XX. Bezirk errichtet worden ist, mittels Dampfdesinfections-Apparates desinficirt und daher Am Tabor nicht mehr.

In dem Objecte Am Tabor Nr. 3 befindet sich“ — und das hat offenbar den Irrthum hervorgerufen — „außer der Leichentammer nur mehr ein Sicherstellungsdepot des magistratischen Bezirksamtes für den II. Bezirk für Effecten Delogierter.“

Es kann daher nur möglich sein, dass bei Einbringung oder Entfernung dieser Effecten in das oder aus dem Sicherstellungsdepot derlei Bündel mit Wäsche oder Kleidern, welche jedoch keineswegs inficirte Gegenstände enthalten, zu sehen sind.

Eine Gefahr für die Umgebung erscheint demnach völlig ausgeschlossen.“

Und damit die Herren wissen, dass das wirklich ein ganz unparteiischer Bericht ist, sage ich nur, dass er vom Herrn

Magistratsrath Dr. Jaitner herstammt. (Heiterkeit.) Es liegt also da offenbar eine Irrführung vor. Ich würde aber sehr bitten — es kann ja auch der Magistrat sich im Irrthume befinden — daß die geehrten Herren, wenn sie vielleicht wieder Gelegenheit haben, so etwas zu beobachten oder in Kenntnis davon zu kommen, mich sofort davon zu verständigen, damit ich dann sofort die nöthigen Erhebungen pflegen kann, eventuell, wenn ich die Zeit habe, mich persönlich überzeugen kann, ob in der gehörigen Weise vorgegangen wird oder nicht. (Gem.-Rath Mayer: Mein Bericht ist von sehr verlässlicher Seite! — Gem.-Rath Hawranek: Das waren andere Binkeln! — Heiterkeit.)

Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

18. Interpellation der Gem.-Räthe Mayer und Selbig:

Im II. Wiener Gemeindebezirke (Leopoldstadt) mit seinen 140.000 Einwohnern befindet sich nur eine Realschule.

Da aber infolge der Einmündung zweier großer Bahnen und dem Besitze bedeutender, industrieller und gewerblicher Niederlassungen hier viele Beamte und Fabrikbesitzer ihren Wohnsitz haben, denen die Fortbildung ihrer Kinder sehr am Herzen liegt, und zum Besuche der Technik die Realschule die unerlässliche Vorstufe bildet, so genügt diese eine Realschule den Bedürfnissen keineswegs, so daß beispielsweise im heurigen Herbst von 140 Bewerbern nur circa 60 in dieser Anstalt Aufnahme finden konnten.

Die übrigen waren gezwungen — da in den angrenzenden Bezirken die Staatsrealschulen gleichfalls überfüllt waren — Privatschulen aufzusuchen, in welchen aber nur zu bald bedeutende Übelstände zutage traten.

Ein steter Wechsel der Vortragenden, denen überdies in vielen Fällen die pädagogische Routine fehlt; Mangel an zur Demonstration von Physik, Chemie und Naturgeschichte nöthigen Lehrhilfsmitteln etc. lassen nur zu bald den Unterschied zwischen staatlichen und privaten Anstalten erkennen, und wecken die Unzufriedenheit der Eltern, den Unmuth der Schüler.

Da man aber der Commune kaum ernsthaft zumuthen wird, neuerlich an die Schaffung von Gemeinde-Mittelschulen zu schreiten, es andererseits aber doch Aufgabe der Gemeindevertretung bleibt, für die geistigen Bedürfnisse ihrer Angehörigen zu sorgen, so erlaubt sich der Gefertigte an den verehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage und Bitte zu richten:

Ob er nicht geneigt wäre, bei der Unterrichtsverwaltung eindringlich auf diese wahrheitsgetreu geschilderten Verhältnisse hinzuweisen und auf ehestmögliche Abhilfe zu dringen.

Bürgermeister: Meine sehr geehrten Herren! Auch hier habe ich vom Magistrat einen Bericht abverlangt, aus welchem ich nur die thatsächlichen Bemerkungen vorbringe. Der Magistrat meint zunächst bemerken zu müssen, daß allerdings dormalen im II. Gemeindebezirke nur eine Realschule besteht, daß jedoch auch der eng angrenzende XX. Bezirk eine Realschule in der Unterberggasse besitzt, welche, wenn ich nicht irre, auch schon früher im II. Bezirke bestanden hat und nur in ein neu erbautes Gebäude übersiedelt ist. (Gem.-Rath Hawranek: Nur von Juden besucht! Die sollen nach Krakau übersiedeln! — Gem.-Rath Elbogen: Das ist zu dumm! — Gelächter. — Unruhe.) Ich habe nichts gehört, ich weiß nicht, um was es sich handelt. (Unruhe.) Sind die Herren endlich einmal fertig? Gott sei Dank!

Ich leugne nicht, es wäre lächerlich, es in Abrede zu stellen, daß das Mittelschulwesen in Wien außerordentlich schlecht bestellt ist. Es ist traurig, daß auch in früherer Zeit die Gemeinde Wien aus eigenen Mitteln Mittelschulen errichten mußte. Es ist Ihnen bekannt, daß wir mit sehr schweren Opfern die Mittelschulen in die Verwaltung des Staates übergeben haben, und es heben die Herren Interpellanten mit Recht hervor, daß der Gemeinde Wien insbesondere bei ihren jetzigen finanziellen Verhältnissen nicht zugemuthet werden kann, eine Aufgabe zu lösen, deren Lösung ausschließlich dem Staate zusteht. (Beifall.)

In Erkenntnis dieses Umstandes hat ja aber auch der Gemeinderath, und zwar am 19. Juli v. J. beschlossen, eine wohl-

motivirte Petition an die Regierung und die beiden Häuser des Reichsrathes zu richten, dahingehend, daß längstens innerhalb der nächsten drei Jahre so viele Staatsmittelschulen in Wien errichtet werden, daß nach Ablauf dieser Zeit in jedem der 20 Bezirke drei Mittelschulen bestehen.

Wenn die Verhältnisse, welche in kleinen niederösterreichischen Städten, aber insbesondere in den böhmischen und mährischen Städten bestehen, ins Auge gefaßt werden, so muß man zur Überzeugung kommen, daß Wien geradezu stiefmütterlich behandelt wird. (Zustimmung.)

Es ist ja geradezu betäubend, daß im Vereinswege, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine Realschule in Ottakring und eine weitere Mittelschule in Währing ins Leben gerufen werden mußte.

Ich kann nur das eine sagen, daß der Finanzminister sich auch an mich gewendet hat, um die Verstaatlichung fringier Schule zu ermöglichen. Ich will nicht sagen, was er begehrt, er begehrt eben die Übergabe einer sehr wertvollen Realität, zu der ich mich — ich sage es aufrichtig — nicht so mir nichts dir nichts entschließen kann. Ich glaube, daß der Gemeinderath Opfer bringen wird und vielleicht auch bringen muß, aber nur dann, wenn von Seite des Staates mit vollem Ernste an die Heilung überhaupt gegangen wird (Beifall), das heißt in allen Bezirken eine entsprechende Anzahl von Mittelschulen errichtet wird. (Zustimmung.)

Ich weiß sehr gut, daß von Seite eines gewissen Ministers der Ausspruch gethan wurde, daß eigentlich zu viel Mittelschulen existieren, und daß dadurch ein sogenanntes gebildetes Proletariat hervorgerufen wird. Demgegenüber glaube ich hervorheben zu müssen, daß es uns gelingen wird, die Bevölkerung dahin zu erziehen, daß nicht jeder, der eine Mittelschule besucht, auch eine Hochschule besuchen muß (Beifall), sondern die Überzeugung in der gesammten Bevölkerung wachzurufen, daß die allgemeine Bildung nicht bloß für denjenigen nützlich und zweckmäßig ist, welcher dem sogenannten gebildeten Stande angehört wird, sondern auch nützlich und zweckmäßig für denjenigen, welcher sich dem Gewerbe oder irgendeinem anderen Berufe zuwendet. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

19. Anfrage der Gem.-Räthe Mayer und Selbig:

Laut Stadtraths-Beschlusses vom 21. November 1900 wurde die Kehrichtabfuhr im II. Bezirke ab 1. Jänner 1901 einem neuen Contrahenten zugeschlagen.

Während sich dieses Geschäft früher kluglos vollzog, laufen jetzt von Seite der k. k. Polizei, vieler Hausbesitzer, Administratoren und Hausbesorger zahlreiche Beschwerden bei der Bezirksverwaltung ein, dahingehend, daß die Abfuhr des Kehrichts nun eine äußerst mangelhafte ist, zuweilen mit einer 14tägigen Unterbrechung, ja daß sie häufig wegen Mangel an Wägen nur theilweise und überdies in offenen Wägen bewerkstelligt wird, was mit Rücksicht auf Keimlichkeit und Hygiene unzulässig und tadelnswert ist, so daß diese Vorkommnisse in der Bevölkerung viel Aergerniß hervorrufen, wobei und vielleicht mit Recht, auf die ungenügende Leistungsfähigkeit des neuen Erfahers geschlossen wird, so daß denselben von Seite der Bezirksverwaltung gestattet werden mußte, zur Abfuhr auch den Sonntag zu Hilfe zu nehmen.

In Berücksichtigung dieser auf die Dauer unhaltbaren Zustände, erlauben sich die Gefertigten an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

1. Was gedenkt der Herr Bürgermeister anzuordnen, damit diese Übelstände behoben werden?

2. Welche Mittel können angewendet werden, um den Ersteller dieser communalen Arbeiten zur Erfüllung seiner contractlich übernommenen Verpflichtungen zu verhalten?

3. Was geschieht, wenn der Contrahent beharrlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann oder will?

Bürgermeister: Auch über diese Interpellation habe ich den Magistrat zu einem eingehenden Berichte aufgefordert.

Derfelbe lautet (liest):

„Seit 1. Jänner 1901 ist der Großfuhrmann Karl Bräuer, XX. Bezirk, Salzachstraße 24, auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 7. Jänner 1900, Z. 14093, die Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrichts im II. Bezirke übertragen. Bisher langte vom Herrn Vorsteher des II. Bezirkes, dem nach § 5, Punkt 20 des provisorischen Statutes für die Geschäftsführung der Bezirksvorstehungen und Bezirksvertretungen die Überwachung der Einsammlung und Abfuhr des Hauskehrichts in diesem Bezirke obliegt, eine Beschwerde wegen mangelhafter Leistungen des genannten Unternehmers nicht ein, und der Magistrat hatte daher bis jetzt keinen Anlaß, gegen diesen Unternehmer wegen einer von kompetenter Seite erhobenen Beschwerde einzuschreiten. Wohl erschien in den jüngsten Tagen im „Neuen Wiener Tagblatt“ eine Notiz über mangelhafte Kehrichtabfuhr am Volkertplatz Nr. 13, und es wurde am 14. Jänner 1901 eine polizeiliche Anzeige über unterlassene Kehrichteinsammlung in der Großen Mohrengasse seit 14 Tagen an den Magistrat erstattet, über welche Beschwerde sogleich die erforderliche Amtshandlung eingeleitet wurde, welche jedoch noch nicht abgeschlossen erscheint.“

Übrigens widerspricht der Contrahent Bräuer in einer heute im „Neuen Wiener Tagblatt“ erschienenen Berichtigung die Richtigkeit der behaupteten mangelhaften Kehrichtabfuhr am Volkertplatz 13. Schließlich wird noch in Ergänzung des Thatsächlichen bemerkt, daß der frühere Unternehmer für die Hauskehrichtabfuhr im II. Bezirke, S. Köstler & Sohn, die übertragene Leistung nicht in so kläglicher Weise besorgt hatte, wie in der Anfrage angegeben ist, da diese Firma wiederholt wegen Umständen bei der Hauskehrichtabfuhr empfindliche Conventionalstrafen erlitt. (Hört!)

Hinsichtlich der gestellten Anfrage wird Folgendes berichtet:

Ad 1. Einer Anordnung des Herrn Bürgermeisters bedarf es im vorliegenden Falle mit Rücksicht auf obige Thatsachen eigentlich nicht, doch soll an den Herrn Vorsteher des II. Bezirkes das dringende Ersuchen um strenge Überwachung des Unternehmers gerichtet werden.

Ad 2 und 3. Um den betreffenden Contrahenten zur Erfüllung seiner Vertragspflichten zu verhalten, stehen der Gemeinde folgende Mittel zur Verfügung:

1. Conventionalstrafe bis 1000 K für jeden einzelnen Fall einer Übertretung der Vertragspflichten.

2. Übertragung der abgängigen Leistungen an andere Unternehmer auf Gefahr und Kosten des Säumigen.“

Ich füge bei, daß ich die Interpellation respective den Inhalt derselben dem Herrn Bezirksvorsteher bekanntgeben und ihn ersuchen werde, er möge sich, wenn sich solche Übelstände herausstellen, direct an den Magistrat wenden, wie es ja seine Pflicht ist. Ich kann doch nicht wissen, ob ein solcher Contrahent in jedem einzelnen Bezirke seinen Verpflichtungen nachkommt oder nicht. Das kann auch der Magistrat nicht wissen. Das ist nur möglich zu erfahren, wenn der Bezirksvorsteher — aber nicht einen Artikel im „Neuen Wiener Tagblatt“ schreibt (Heiterkeit) — sondern wenn er beim Magistrate die Anzeige macht, damit sofort geamtshandelt werde. Ich werde aber auch an den Magistrat die

Weisung ergehen lassen, mit der größten Strenge vorzugehen und jede Außerachtlassung der übernommenen Verpflichtungen nach dem Vertrage strengstens zu ahnden.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

20. Anfrage des Gem.-Rathes Bifferer:

Entgegen der allgemeinen Gepflogenheit wurden am 17. December des Vorjahres mehrere Eisenwerke zur Abgabe ihrer Offerte über in den Jahren 1901 bis 1903 zu liefernde 45.000 q gewalzte Träger in beschränkter Offertverhandlung aufgefordert und diese Offerte unter Ertrag des Badiums per 40.000 K bis 22. December 1900, 12 Uhr mittags, abverlangt.

Wie verlautet, langten hierauf drei Offerte der österreichischen Werke und ein Offert des ungarischen Eisenwerkes Reschiza ein. Noch am 14. Jänner wurden einzelne der österreichischen Werke aufgefordert, die Giltigkeit ihrer Offerte zu verlängern, welcher Aufforderung entsprochen wurde; desgleichen wurden die Erzherzog Friedrich'schen Werke in Teschen, welche nicht die billigsten Offerte der österreichischen Werke erstellten, angefragt, ob sie einen Offertnachlaß gewähren, während die Verlautbarung der Offertergebnisse mit Hinweis auf die beschränkte Offertverhandlung verweigert wurde.

Es soll nun dieses ungarische Werk das billigste Offert der österreichischen Werke um 25 h per Metercentner unterboten haben und schon am 15. Jänner erfolgte die Vergebung an die ungarischen Werke durch den Stadtrath, welche einen weiteren Nachlaß von noch 25 h per Metercentner eingeräumt haben.

Diese Vergebung hat in den Kreisen der heimischen Industrie eine vollberechtigte Bewegung und Beunruhigung wachgerufen, weil in diesem Falle unserer heimischen Industrie ein Arbeitsentgang von über 900 000 K zugefügt wurde, während in Ungarn die österreichische Industrie bei allen Arbeiten des Landes oder der Gemeinde zu Gunsten der ungarischen Industrie perhorrescirt und verdrängt wird und es auffällig erscheinen muß, daß die heimische Industrie, wenn schon in Unkenntnis von den Umständen, daß auch ungarische Werke zur Offerte zugelassen wurden, nicht einmal befragt wurde, ob sie diese Concurrenz durch Ermäßigung ihrer Preise nicht zu beseitigen sich veranlaßt sehe.

Gerade der Umstand, daß die Werke des Erzherzog Friedrich und nicht auch jene der billiger offerierenden Prager Eisenindustrie wegen eines Nachlasses befragt wurden, erscheint zur scheinbar absichtlichen Irreführung der österreichischen Concurrenz gewesen zu sein.

Nun ist aber in letzter Zeit und bei der letzten Submission für eiserne Träger ein Preis von 18 K 46 h für österreichisches Fabrikat erzielt worden und der Preis von 20 K 25 h für den dreijährigen Abschluß ein gewiß kaum im Interesse der Wiener Steuerträger gelegener zu sein; aber auch abgesehen davon, verstoßt die Zuweisung einer Lieferung von über 900.000 K an ausländische Unternehmungen heute mehr denn je, und ist es beklagenswert, wenn der Schutz der heimischen Industrie nicht zum leeren Schlagwort herabsinken soll.

Mit Rücksicht darauf, daß also die Vergebung der eisernen Träger auf drei Jahre, sowohl was den Preis als die Provenienz der Erzeugung betrifft, gegen das Interesse der Stadt Wien ist, erlaube ich mir die Anfrage zu stellen:

1. Sind die hier angeführten Umstände richtig?

2. Fühlt sich der Herr Bürgermeister nicht veranlaßt, den diesfälligen Beschluß des Stadtrathes vom 15. Jänner 1901 zu sistieren und das Ergebnis der Offertverhandlung zu annullieren?

Bürgermeister: Meine Herren! Diese Interpellation ist wohl einer eingehenden Beantwortung würdig, es war mir aber nicht mehr möglich, rechtzeitig den Act zu beschaffen. Ich kann nur eines sagen: Es ist die betreffende Lieferung seitens des Stadtrathes der Österr.-ungar. Staatseisenbahn-Gesellschaft zugesprochen worden. Die näheren Verhältnisse bezüglich der anderen Offerenten werde ich in der nächsten Sitzung bekanntgeben und die Herren werden dann erkennen, daß die österreichischen Eisenwerke uns gegenüber nicht in einer solchen Weise vorgegangen sind, daß sie auch nur die geringste Berücksichtigung verdienen. Jetzt kann ich nur andeuten, daß mir mitgeteilt worden ist, daß ein bekannter Händler namens Wahlberg die betreffenden Traversen uns um 2 K oder, wenn ich nicht irre, um 3 K billiger hätte liefern können, als zum Beispiel die Wittowitzer offeriert haben.

Es ist recht schön, immer vom Schutz der heimischen Industrie zu reden. Aber ob es gar so nothwendig ist, daß die Herren Wittowitz, Montan-Gesellschaft und andere gewiß nicht ungünstig situierte juristische und physische Personen gar so viel begehren

müssen, überlasse ich ruhig der Entscheidung jedes einzelnen. Ich bin nicht willens, das sage ich ganz offen, mich von solchen Kartellen (Beifall), die nur zum Schaden der Gesamtbevölkerung existieren, in irgend einer Weise ausbeuten zu lassen. (Beifall und Händeklatschen. — Rufe: Das geschieht ja absichtlich!)

Schriftführer Gem.-Rath Bärkl (liest):

21. Anfrage des Gem.-Rathes Ahorner:

Am 23. Jänner d. J. fand vor dem Bezirksgerichte Josefstadt die Verhandlung gegen Julius Pastrée statt, welcher sowohl von amtswegen, als auch vom Stadtrathe als Privatkläger deswegen verfolgt wurde, weil er in einer Versammlung des Industriellen-Club den Stadtrath der Protectionswirtschaft beschuldigte.

Obwohl nun Julius Pastrée schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 400 K verurtheilt wurde, sind die oppositionellen Zeitungen ohne Unterschied ihrer sonstigen Parteifarbung darin einig, das Urtheil abfällig zu kritisieren und die Angelegenheit so darzustellen, als hätte der Stadtrath einen Wahrheitsbeweis in Hinsicht des Vorwurfes der Protectionswirtschaft zu fürchten.

Dem Leser verschiedener Zeitungen mußte es freilich auffallen, daß sämtliche Judenblätter von der „Arbeiter-Zeitung“ bis zur „Ostdeutschen Rundschau“ herab (Gelächter links) in ihren Berichten über die Gerichtsverhandlung den Umstand sorgfältig verschwiegen haben, daß der Vertreter des Stadtrathes Dr. Wesselsky sich ausdrücklich für die Durchführung des Wahrheitsbeweises erklärte. Dieses sorgfältige Verschweigen eines bedeutungsvollen processualen Vorkommnisses ermöglichte es den genannten Blättern sodann allerdings, ihren Lesern die merkwürdigsten Artikel vorzusetzen, welche alle in die von der „Ostdeutschen Rundschau“ ausdrücklich gebrachte Frage ausklangen: „Ob nun auch die Öffentlichkeit von der Schuld Pastrées überzeugt sein werde, erscheine sehr zweifelhaft.“

In Anbetracht dieser gehässigen Berichte und um die Wahrheit der Öffentlichkeit gegenüber zweifellos festzustellen, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Ist derselbe geneigt, dem Gemeinderathe den wahren Sachverhalt in der Angelegenheit Julius Pastrées bekanntzugeben? (Rufe: Bravo Ahorner!)

Bürgermeister: Ich erlaube mir diese Interpellation mit Folgendem zu beantworten:

In der Sitzung vom 2. August 1900 wurde im Stadtrathe über das Ergebnis der Offertverhandlung für die Lieferung von Säulen und Drahtgittern zu den Gartenanlagen längs der Gürtel- und Wienthallinie der Stadtbahn und am Favoritenpärke Bericht erstattet.

Hierüber enthält das Stadtraths-Protokoll Folgendes (liest):

„(9072.) St.-R. Schreiner referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung von Säulen und Drahtgittern zu den Gartenanlagen längs der Gürtel- und Wienthallinie der Stadtbahn und am Favoritenpärke und beantragt:

- a) die Lieferung von 1300 Stück gußeisernen Säulen der Firma Julius Pastrée zum Preise von 21 K für 100 kg Eisen;
- b) die Lieferung von 2963 m Drahtgitter nach der Skizze des Stadtbauamtes der Firma Johann Weerkas nach dem Alternativ-Offerte I zum Preise von 1 K 90 h.

Ad a beantragt St.-R. Büsch R. Ph. Wagener mit 22 K.

Antrag Büsch sowie Referenten-Antrag abgelehnt.

Nach Wiederaufnahme der Berathung beantragen der Referent Maschinenbau-Aktiengesellschaft Blansko mit 21 K 90 h, St.-R. Zakska Johann Bboril mit 21 K 20 h.

Antrag Zakska abgelehnt.

Neuerlicher Referenten-Antrag (Blansko) angenommen.

Referenten-Antrag b angenommen.“

Ich möchte hier gleich bemerken, daß ich bei dieser Sitzung — wie aus dem Protokolle ersichtlich — nicht anwesend war.

Gegen diesen Beschluß brachte der Verband der Wiener Maschinen- und Metallwarenfabriken und Eisengießereien eine

Beschwerde ein, über welche der Stadtrath am 24. October 1900 zur Zahl 11881 nachfolgenden Beschluß gefaßt hat:

„Es sei das Schreiben in dem Sinne zu beantworten, daß der Stadtrath im allgemeinen von dem Grundsatze ausgeht, bei Vergabung städtischer Lieferungen in erster Linie Wiener Firmen zu berücksichtigen, und daß in dem vorliegenden Falle besondere sachliche Gründe für die Beschlußfassung maßgebend waren.“

In den am 29. November 1900 erschienenen Abendausgaben mehrerer Journale fanden sich Berichte über eine kurz vorher stattgehabte General-Versammlung des Verbandes der Maschinenfabrikanten, Eisengießereien etc., nach welchen die Wiener Gemeindevertretung auf das Heftigste angegriffen und insbesondere ihr der Vorwurf der Protectionswirtschaft entgegengeschleudert wurde.

Wenn derartige Schmähungen und Verleumdungen in anonymen Artikeln gegnerischer Blätter erscheinen, so kann man sie ignorieren, weiß doch jedermann, was er davon zu halten hat. Ganz anders steht die Sache, wenn ein Mann in geachteter Stellung öffentlich eine derartige Anklage erhebt. Das kann und darf nicht stillschweigend hingenommen werden.

Ich habe es für meine Pflicht erachtet, den Stadtrath hierauf aufmerksam zu machen, und so hat denn auch der Stadtrath am 29. November 1900, Z. 13954, beschlossen, Herrn Gem.-Rath Wesselsky zu ersuchen, ungesäumt die nöthigen Erhebungen zu pflegen, um das Ergebnis derselben der Staatsanwaltschaft zu dem Zwecke vorzulegen, damit von amtswegen die Ehrenbeleidigungsklage erhoben würde.

Ich bemerke hier, daß auch in diesem Falle Herr Dr. Wesselsky nicht als gezahlter Vertreter interveniert hat, sondern in uneigennützigster Weise seine Dienste zur Verfügung gestellt hat. (Lebhafter Beifall.)

Am 23. d. M. fand vor dem Bezirksgerichte Josefstadt die Verhandlung statt und wurde Herr Julius Pastrée zu einer Geldstrafe von 400 K, eventuell Arrest verurtheilt.

Da in mehreren Blättern die Verhandlung unwichtig wiedergegeben und insbesondere fälschlich so dargestellt wurde, als ob der Stadtrath dem angebotenen Wahrheitsbeweise ausweichen wollte oder auch nur der leiseste Grund vorhanden gewesen wäre, denselben zu fürchten, erlaube ich mir den vom selben Tage datierten Brief des Herrn Gem.-Rathes Dr. Wesselsky über diese Verhandlung zu verlesen (liest):

„Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Als Vertreter des Stadtrathes in der Amtsehrenbeleidigungssache gegen Herrn Julius Pastrée beehre ich mich nachstehenden Immediatbericht zu erstatten.

Herr Pastrée wurde bei der heutigen Verhandlung zu 400 K Geldstrafe, eventuell Arrest verurtheilt, nachdem die Zeugen, soweit sie sich erinnern konnten, den incriminierten Thatbestand bestätigt hatten und der verjuchte Wahrheitsbeweis, der nur aus Schlüssen infolge der Ablehnung der Offerte bestand, als einer Behörde gegenüber unzulässig, aber auch als die „Protectionswirtschaft“ gar nicht erweisend erkannt worden war.

Ich habe — das ist das Wichtigste — „und das wird auch im Protokolle erscheinen, als Vertreter des Stadtrathes erklärt, gegen einen Wahrheitsbeweis nichts einzuwenden (Hört! Hört!) und bekanntgegeben, daß bei der Ablehnung Pastrées sachliche Gründe maßgebend waren (Rufe: Welche?), daß diese Gründe nur aus Rücksicht für Pastrée (Hört! Hört!) seinerzeit nicht näher bekanntgegeben wurden, und daß über mein Ersuchen die

Herrn Vice-Bürgermeister Strobach und St.-R. Dr. Deutschmann anwesend seien, um als Zeugen hierüber einvernommen zu werden.

Der Richter hat auch im Urtheile anerkannt, daß außer der Billigkeit eines Offertes noch andere Gründe in Frage kommen können, und daß der angebotene Wahrheitsbeweis eine Protection gar nicht beinhaltet, sondern nur versuche, auf die Spur einer solchen zu kommen.

Ich werde an den Stadtrath einen Bericht machen und, da sowohl Pastrée als auch der staatsanwaltliche Functionär Dr. Kochowansky, Sohn des Bürgermeisters von Troppau, letzterer wegen geringen Strafausmaßes, die Berufung ergriffen, seinerzeit weiteren Bericht erstatten.

Mit dem Ausdrucke ausgezeichnete Hochachtung und Verehrung

ergebenst

Dr. Anton Weisselsky m. p."

Aus dieser vollständigen und wahrheitsgetreuen Darstellung können die Herren entnehmen, daß der Stadtrath auch die eingehendste Prüfung seines Vorgehens nicht zu scheuen hat.

Meine Herren! Der Umstand, daß Herr Dr. Weisselsky als Vertreter des Stadtrathes bei der Verhandlung ausdrücklich erklärt hat, daß er einen Wahrheitsbeweis nicht zu scheuen hat, gerade dieser wichtige und ausschlaggebende Umstand ist eben zu meist verschwiegen worden (Lebhafte Psui-Rufe und Rufe: Wie gewöhnlich!), absichtlich, um einen falschen Schein gegen den Stadtrath zu erwecken. (Lebhafte Rufe: So ist es! Psui! Jüdische Preisbestien!)

Ich selbst habe die Acten geprüft und gefunden, daß auch nicht die Spur einer Protection vorhanden ist.

Ich stelle die Acten jedem Mitgliede des Gemeinderathes zur Verfügung und bin überzeugt, daß selbst der verbissenste Gegner unserer Partei das Vorgehen des Stadtrathes in diesem Falle als vollständig correct anerkennen wird. (Beifall.)

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

22. Anfrage des Gem.-Rathes Zifferer und Genossen:

Die Vorkommnisse bei der am 14. Jänner 1901 stattgehabten Reichsrathswahl im IX. Bezirke geben uns Veranlassung, an den Herrn Bürgermeister die nachfolgende Anfrage zu stellen.

Abgesehen von jenen Vorfällen, welche Gegenstand eines Wahlprotestes bilden, erschien kurz vor 10 Uhr vormittags des Wahltages im Gemeindehause, welches das an jedem Wahltag übliche Gepräge trug, der Candidat der christlichsocialen Partei, Herr Magistrats-Secretär Dr. Weiskirchner, bei dem Bezirksvorsteher Schwanzar, um unter Hinweis auf angebliche Unordnungen im Gemeindehause, welche jedoch absolut nicht nachweisbar waren und deren Vorkommen bestritten wird, um an denselben unberechtigt die Anfrage zu richten: „Herr Vorsteher, wissen Sie die Hausordnung nicht?“ Als hierauf der Vorsteher erwiderte: „O ja!“ entfernte sich derselbe mit der Bemerkung: „Herr Vorsteher, wenn Sie nicht Ordnung machen, muß ich zum Bürgermeister hinein!“

Herr Dr. Weiskirchner führte diese Drohung auch aus, was daran erkennbar war, daß Herr Magistratsrath Posselt ungefähr gegen Mittag erschien, worauf dann unmittelbar Wache in das Gemeindehaus kam, welche jedoch vom Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herrn Anton Orley mit dem Bemerkten, daß der Platz der Wache außerhalb des Gemeindehauses sei, während innerhalb desselben die Bezirksvorsteher die Ordnung aufrecht zu erhalten habe, aus demselben gewiesen wurde.

Dem im Auftrage des Herrn Bürgermeisters erschienenen Magistratsrath Posselt hatte der Bezirksvorsteher schon zuvor ganz kategorisch erklärt, daß im Gemeindehause vollständige Ruhe, kein Gedränge und jede Möglichkeit für die Wähler herrsche, zu den Wahllocalen ungehindert zu gelangen, worauf sich Herr Magistratsrath Posselt entfernte.

Einige Zeit darauf erschien der Herr Präsidial-Secretär Magistrats-Secretär Appel in Begleitung von 8 bis 10 Amtsdienern und eröffnete dem Herrn Bezirksvorsteher Folgendes: „Ich habe vom Herrn Bürgermeister einen schriftlichen Auftrag, den ich Ihnen hiemit vorweise, erhalten, wonach ich beauftragt bin, mich mit einer entsprechenden Anzahl von Amtsdienern in den IX. Bezirk zu begeben und dort für die Aufrechthaltung der Ordnung im

Innern des Gemeindehauses Sorge zu tragen. Ich bin ferner beauftragt, dem Herrn Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter mitzutheilen, daß sie für den heutigen Tag ihrer Functionen zur Aufrechthaltung der Ordnung im Gemeindehause enthoben sind.“ (Beifall.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dem Herrn Bürgermeister zu einer solchen Verfügung kein Recht zustand, daß er nicht befugt war, die freigebliebenen Functionäre des Bezirkes (Gem.-Rath Dr. Kochowansky macht einen Zwischenruf. — Lebhaftige Unruhe.), den Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter irgendwie in der Ausübung der ihnen gesetzlich obliegenden Pflichten und zustehenden Rechte zu behindern und an deren Stelle einen von ihm commandirten Beamten zu setzen.

Die Voraussetzungen, unter welchen nach dem Gesetze der Herr Bürgermeister, respective der Stadtrath gegen Mitglieder der Bezirksvertretung einschreiten kann, sind genau bestimmt und steht dem Herrn Bürgermeister über den Bezirksvorsteher sonst keine wie immer geartete Enthebungs- oder Suspensionsbefugnis zu.

Wir erlauben uns daher die Anfrage zu stellen:

1. Welche Gründe haben den Herrn Bürgermeister zu dem ungewöhnlichen Schritte der theilweisen Suspendierung des Bezirksvorstehers und dessen Stellvertreters am Wahltag veranlaßt?

2. Wie kann der Herr Bürgermeister sein oben geschildertes Vorgehen rechtfertigen? (Lebhafte Unruhe.)

Bürgermeister: Aber hört doch auf! (Unruhe und Zwischenrufe.) Der eine kann Bravo rufen, der andere etwas anderes rufen; das ist ja kein Unglück. (Neuerliche Zwischenrufe und Gegenrufe.) Jetzt komme ich zum Worte.

Meine sehr geehrten Herren! Es ist ein alter Witz, daß es versucht wird, die Wahllocale zu blockieren. Die Geschichte ist nicht schwer: Einige — sagen wir — Herren, welche nichts zu thun haben, stehen dort, ganz ruhig... (Ruf: Der Herr Bürgermeister selbst!)... und verhindern... (Gem.-Rath Keumann: Das haben Sie in Ihrer Partei gemacht. — Gem.-Rath Sturm: Die giften sich jetzt! — Gem.-Rath Keumann macht Zwischenrufe.) Aber Herr Gem.-Rath Keumann! (Lebhafte Unruhe.) Ich bitte um Ruhe! Herr Gem.-Rath Keumann! Warum melden Sie sich denn, ich habe Sie ja gar nicht genannt. (Lebhafte Heiterkeit.)

Also ich beginne nochmals. Es ist ein alter Witz, die Wahllocale zu blockieren. Die Sache ist sehr einfach. Einige — sagen wir — Herren, welche nichts zu thun haben und um einige Gulden zur Verfügung stehen (Rufe: So ist es!), versammeln sich auf den Stiegen, in der Einfahrt, bleiben dort ruhig stehen (Vice-Bürgermeister Strobach: Nein, sie mogeln!) und warten nur, bis die Wähler kommen. Natürlich müssen die Wähler die Unordnung machen, denn sie müssen die dort so ruhig Stehenden, beiseite schieben, um ihrer Wahlpflicht Genüge leisten zu können. Dieser alte Witz wurde auch im IX. Bezirke am 14. d. M. versucht und sehr stark sogar in Scene gesetzt. Es kamen Beschwerden über Beschwerden, und ich war dadurch veranlaßt, den Herrn Magistratsrath Posselt abzuwickeln, damit er dem Herrn Bezirksvorsteher Schwanzar meine schönsten Empfehlungen mit der Bitte ausrichte, im Gemeindehause Ordnung zu machen. Der Herr Magistratsrath Posselt ist zurückgekommen und hat erklärt, es wird geschehen, aber es ist nicht geschehen. Nach meiner Überzeugung ist eigentlich der Herr Bezirksvorsteher Schwanzar an der Sache unschuldig, der eigentliche spiritus rector scheint mir dort der Bezirksvorsteher-Stellvertreter Orley zu sein, der eigentlich gar nichts zu reden hat, solange der Bezirksvorsteher da ist, und vielleicht war es auch nicht der Bezirksvorsteher-Stellvertreter, sondern wieder ein anderer, der hinter ihm ist. (Rufe: Zifferer!) Kurz, es sind fort und fort Beschwerden gekommen, daß dort nicht Ordnung ist. In solchen Dingen bin ich immer ein rasch entschlossener Mann. (Beifall.)

Ich habe meinen Herrn Präsidial-Secretär eingeladen, zu mir zu kommen, und habe ihm folgendes Decret eingehändigt:

„Herr Magistrats-Secretär Karl Appel!

Ich übertrage Ihnen hiemit die Aufrechthaltung der Ordnung im Gemeindehause des IX. Bezirkes für den heutigen Wahltag und enthebe gleichzeitig den Bezirksvorsteher Schwanzar, sowie den Vorsteher-Stellvertreter Orley von ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Handhabung der Hausordnung.

Wien, 14. Jänner 1901.

Dr. Karl Püeger,
Bürgermeister.“

(Lebhafter Beifall.)

Herr Magistrats-Secretär Appel ist mit diesem Decrete und überdies begleitet von — glaube ich — zehn Amtsdienern hinausgegangen und hat Ordnung gemacht. Das ist die Sache (Beifall) und, meine Herren, ich verlese Ihnen den Bericht. Wenn es wieder geschieht, werde ich ganz das Gleiche machen . . . (Gem.-Rath Dr. Nechansky: Sie haben die Vorsitzenden zu entheben gehabt!) Warten Sie, Herr Dr. Nechansky! . . . weil ich willens bin, die Freiheit der Wahl mit aller Entschiedenheit zu verteidigen. (Ironisches Gelächter. — Beifall und Händeklatschen.) Ja, sagen Sie mir, meine Herren, warum sind Sie gar so böse? (Gem.-Rath Schuhmeier: Weil das der höchste Pflanz ist! — Unruhe. — Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.)

Der Herr Magistrats-Secretär Appel erstattete mir folgenden Bericht (liest):

„An den Herrn Bürgermeister!

Mit dem Decrete vom 14. Jänner 1901 haben mir Herr Bürgermeister die Aufrechterhaltung der Ordnung im Gemeindehause des IX. Bezirkes für diesen Wahltag übertragen und gleichzeitig den Bezirksvorsteher Schwanzar, sowie den Vorsteher-Stellvertreter Orley von ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Handhabung der Hausordnung enthoben.“ (Gem.-Rath Eltbogen: Das war ungeschicklich!) — Auf das werde ich später zu sprechen kommen, und Sie werden finden, daß das vollständig geschicklich ist; selbst Sie, Herr Gem.-Rath Eltbogen! — „In Befolgung dieses Auftrages begab ich mich sofort, es war $\frac{1}{4}$ Uhr nachmittags“ — also schon höchste Zeit, denn um 5 Uhr wird die Stimmenabgabe geschlossen — „in das Gemeindehaus des IX. Bezirkes zum Vorsteher Schwanzar in dessen Bureau, machte ihm Mittheilung von dem mir gewordenen Auftrage und gab ihm das Decret überdies zum Lesen.

Hievon nahm auch der inzwischen im Bureau des Vorstehers erschienene Vorsteher-Stellvertreter Orley Kenntnis und ich entfernte mich. (Rufe: Der Orley ist halt immer dabei!)

Das von mir nach Empfang des vorerwähnten Decretes des Herrn Bürgermeisters zum Gemeindehause des IX. Bezirkes bestellte Rathhauspersonale (der Hausaufseher und zehn Hausdiener) hatten sich inzwischen beim Gemeindehause eingefunden, nahmen meine Weisungen entgegen und wurden beim Eingange ins Gemeindehaus, im Hausflur und bei den Wahllocalen aufgestellt.

Ich erteilte denselben den gemessenen Auftrag, weder in der Einfahrt noch auf den Stiegen und den Gängen das Stehenbleiben oder Ansammeln von Personen zu dulden. (Rufe: Sehr richtig!)

Nachdem ich mein Personale vertheilt hatte, gieng ich vom Hauptsectionslocale im 2. Stocke des Gemeindehauses herunterkommend sofort an die Räumung der Hauseinfahrt.

Unter denjenigen Personen, welche in Folge dieser Anordnung das Haus verlassen mußten — die meisten Personen standen“ — die Herren, die sich dort auskennen, werden wissen, was das bedeutet — „in der dem Stiegenaufgange gegenüber gelegenen Nische beim Eingange in die Feuerwehrlocale zur Beobachtung“ (Ruf: Wie viele haben dort Platz?) Das weiß ich nicht — „befand sich auch Herr Ströbl, die übrigen Herren kannte ich nicht.

Herr Ströbl leistete meinem Ersuchen ohne weiteres Folge, die übrigen Herren thaten, wenn auch zögernd und murrend dasselbe.

Ich hielt mich sodann beim Eingange und im Hausflur auf, inspicierte ab und zu die Stiegenaufgänge und die Sectionslocale.

In jenen Fällen, in welchen den Weisungen meiner Organe nicht entsprochen wurde, schritt ich ein und es gelang mir vollständig, Ruhe und Ordnung herzustellen und aufrecht zu erhalten. (Bravo-Rufe.)

Unter jenen, welche der Aufforderung meines Personales, auf der Stiege nicht stehen zu bleiben, nicht Folge leisteten, befand sich auch der ehemalige Gem.-Rath Kaiser. (Rufe: Aha!)

Durch den Lärm aufmerksam gemacht, begab ich mich an Ort und Stelle, erklärte dem Herrn Kaiser über seine erregt vorgebrachte Beschwerde, daß ich das unparteiische Vorgehen der Organe nach meinen Weisungen nur anerkennen könne, ersuchte Herrn Kaiser in der einen oder der anderen Richtung weiterzugehen.

Als Herr Kaiser bald darauf das Gemeindehaus verließ, stand ich wieder beim Eingange; Herr Kaiser entschuldigte sich bei mir mit den Worten: „Herr Präsidial-Secretär, ich habe Sie nicht gleich erkannt“.

Um $\frac{1}{2}$ Uhr zog ich meine Posten beim Eingange ins Gemeindehaus und in der Hausflur ein, beorderte dieselben in die Sectionslocale.

Ich selbst begab mich mit dem Aufseher und mehreren Dienern in das Haupt-Wahllocale und verblieb dort bis $\frac{3}{6}$ Uhr.

Dort hatte ich noch einige Augenblicke Gelegenheit, mit dem Bezirksvorsteher Schwanzar zu sprechen, der sich von mir etwa um $\frac{1}{6}$ Uhr freundlich verabschiedete. (Rufe: Na also!)

Ich bitte, Herr Bürgermeister, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und lege unter einem mein Decret vom 14. d. M. wieder vor.“

Und nun, meine sehr geehrten Herren, zur Begründung meiner gesetzlichen Berechtigung in der von mir geschilderten Weise vorzugehen (liest):

„Nach § 20 G.-St. besteht in jedem Bezirke zur Unterstützung des Gemeinderathes und des Bürgermeisters in den Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Gemeinde eine Bezirksvertretung an deren Spitze der von ihr gewählte Bezirksvorsteher steht.“

Also zur Unterstützung des Gemeinderathes und des Bürgermeisters. Wenn ich die Geschichte selbst machen will, kann ich es auch thun. (Widerpruch.)

Nach § 91 des Gemeindestatuts sind die Bezirksvorsteher die Excutivorgane der Gemeinde (Hört! Hört!) und dienen zur Unterstützung des Bürgermeisters. Wenn also ein Bezirksvorsteher sich

gegen den Bürgermeister (Auf: Das hat er nicht gethan!) — lassen Sie mich doch reden — nicht in jener Weise benimmt, nicht das vollführt, wozu er verpflichtet ist, dann bin ich verpflichtet, das zu thun, was er nicht thut. Merken Sie sich das, meine Herren! (Lebhafte Zwischenrufe und Lärm.) Nach § 95 des Gemeindestatutes steht dem Bürgermeister das Recht zu, einzelne Mitglieder der Bezirksvertretung, insbesondere den Bezirksvorsteher, ihres Amtes zu entheben, wenn dieselben die Erfüllung ihrer Amtspflichten beharrlich vernachlässigen. (Beifall. — Zwischenrufe und Lärm. — Zur Linken gewendet.) Ich bitte vielmals um Ruhe! Schonen Sie doch meine Person!

Meine Herren! Der Wahllact dauerte von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Ich habe daher zu folgendem Mittel gegriffen: Ich habe zuerst durch den Herrn Magistratsrath Posselt den Herrn Bezirksvorsteher Schwanzar ersuchen lassen: „Machen Sie Ordnung!“ Nachdem er das nicht gethan hat aus einem Grunde, der mich nichts angeht (Zwischenruf des Gem.-Rathes Zifferer) — Herr Zifferer wird es vielleicht besser wissen (Heiterkeit) — so kann ich nicht warten bis nach 5 Uhr, da ist die Kuh aus dem Stall. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall. — Lärm.) Da muß ich gleich die Geschichte machen. (Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Sie haben den Bürgermeister Dr. Lueger nicht zu dem Zwecke gewählt, daß er wie ein Opferlamm alles über sich ergehen lasse; Sie haben den Dr. Lueger gewählt wegen seiner Energie und Rücksichtslosigkeit, und ich habe mir auch die Sache allein gerichtet. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Große Unruhe und Unterbrechungen.)

Ich bitte um die Verlesung der Anträge.

23. Antrag des Gem.-Rathes Schwer und Genossen:

Eine der segensreichsten Institutionen der Privatwohlthätigkeit Wiens sind die Wärmestuben. In ihnen finden die Armen unserer Stadt, denen es ver sagt ist, ein warmes Heim zu besitzen, während der rauhen Winterszeit Schutz vor der Kälte, in den Wärmestuben erhalten sie täglich unentgeltlich Nahrung, für viele die einzige innerhalb 24 Stunden.

Während des 20jährigen Bestandes der Wärmestuben hatten diese eine Besucherzahl von rund 14 Millionen Nothleidenden aufzuweisen, von denen die überwiegende Mehrzahl durch die ihnen in den Wärmestuben zuteil gewordene Wohlthat von einem verzweifeltsten Schritt abgehalten worden ist.

Das eminent humane Wirken des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines fand auch an Allerhöchster Stelle seine Würdigung. Seine Majestät der Kaiser hat es nämlich gefattet, daß die Frau Erzherzogin Marie Valerie das Protectorat über den Verein übernahm.

Der Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt hat die edlen Bestrebungen des Vereines ebenfalls viele Jahre hindurch gefördert, daß er dem Vereine alljährlich eine Subvention zukommen ließ, und diese Subvention wurde eingestellt, als der Gemeinderath vor drei Jahren dem Antrage des Stadtrathes zustimmte, daß die Ertheilung einer Subvention an den Verein nur dann zu erfolgen habe, wenn der Stadtvertretung in der Leitung des Vereines „eine angemessene Vertretung“ statutarisch gesichert werde. Auf diese Bedingung vermochte die Leitung des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines nicht einzugehen, weil sie keine Bürgschaft dafür übernehmen konnte, daß die Mitglieder des Vereines die durch das Verlangen des Gemeinderathes bedingte Statutenänderung auch vornehmen werden. Die Leitung des Vereines, welcher früher schon Functionäre der Gemeinde Wien (Stadtbaudirector Berger, Magistratsrath Dr. Seltjam und Ober-Ingenieur Ritter v. Schlag) als Mitglieder angehörten, hat nun, um dem Wunsche des Gemeinderathes entgegenzukommen, zwei Mitglieder desselben, und zwar ein Mitglied der Majorität und ein Mitglied der Minorität cooptiert, die an der Verwaltung des Vereines theilnehmen sollten.

Der heutige, besonders strenge Winter stellte an den Verein bereits ganz enorme Anforderungen, da jetzt täglich durchschnittlich 10.000 Nothleidende, zumeist Kinder und auch ganze Familien die Wohlthat der Wärmestuben in Anspruch nehmen. Haben schon im Vorjahre die Auslagen die Einnahmen des Vereines so sehr überschritten, daß der Verein zur Deckung der Auslagen sein Vermögen heranziehen mußte, so ist dies heuer in erhöhtem Maße der Fall.

Pflicht der Gemeindevertretung ist es nun, einen solchen Verein, der auch einen Theil der der Gemeinde Wien zufallenden Armenversorgung freiwillig durchführt, kräftig zu unterstützen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hebe seinen seinerzeit gefassten Beschluß auf und bewillige dem Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereine bedingungslos eine jährliche Subvention von 5000 K. Der Stadtrath sei zu beauftragen, diesen Antrag sofort in Berathung zu ziehen und über diesen ehestens zu berichten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Bärkl (liest):

24. Antrag des Gem.-Rathes Schwer und Genossen:

Der Berliner Magistrat erzielt aus der Verpachtung von Anschlagssäulen eine jährliche Einnahme von 400.000 Mark. Zur Zeit befindet sich der Berliner Magistrat mit einer dortigen Firma bezüglich der Verlängerung des Vertragsverhältnisses in Unterhandlungen und wurden vom Magistrat eine Reihe von Bedingungen gestellt, die sowohl für das Publicum als auch für die Stadtverwaltung von weittragender Bedeutung sind. So sind unter anderem die Pächter verpflichtet, jederzeit während der Dauer des Vertrages binnen sechs Wochen nach ergangener Aufforderung des Magistrates die ihr bezeichneten Stadtbezirke mit Anschlagssäulen zu versehen. Hinsichtlich der Benützung des Innenraumes der Säulen für städtische oder öffentliche Zwecke sind folgende Bestimmungen in Vorschlag gebracht und angenommen worden:

Der Innenraum wird der Stadt unentgeltlich überlassen, und zwar:

- zur Unterbringung der Straßenreinigungsgeräte, sowie des zur Befreiung der Straßen erforderlichen Sandes;
- zur Aufstellung von Messapparaten für die elektrische Beleuchtung und von Wattzählern für die elektrischen Straßenbahnen, Feuermeldestationen u. s. w.

Es wäre zu wünschen, daß ähnliche Einrichtungen, wie sie in Berlin zur Erhöhung der Einnahmen der Stadt bestehen, auch in Wien geschaffen würden. Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Es sei der Magistrat zu beauftragen, über die Errichtung und Verpachtung von Anschlagssäulen Erhebungen einzuleiten und dem Stadtrath ehestens Vorschläge zu erstatten, in welcher Weise sich auch in Wien die Errichtung und Verpachtung von Anschlagssäulen empfehlen würde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Bärkl (liest):

25. Antrag des Gem.-Rathes Signer:

Auf der elektrischen Straßenbahn im V. Bezirke, Reiprechtsdorferstraße, Ecke der Fendiggasse und Stolberggasse, besteht gegenwärtig eine Haltestelle nach Bedarf, welche nur den zunächst wohnenden Passagieren, die dort aussteigen haben, bekannt ist, daher Passagiere, denen dieser Umstand unbekannt ist, sowohl bei der Berg- als auch bei der Thalfahrt um eine Haltestelle weiterfahren und dann erst wieder zurückgehen müssen. Besonders fühlbar ist diese Unannehmlichkeit an jedem Dienstag und Freitag für diejenigen Personen, die den Heu-, Stroh- und Pferdemarkt besuchen und bis zur ehemaligen Maßleinsdorferlinie gefahren werden. Dieser Uebelstand kann nur durch Verlegung der genannten Haltestelle und Umwandlung derselben in eine definitive beseitigt werden.

Ich stelle demnach den Antrag:

Es werde die oben bezeichnete Haltestelle nach der Ecke Siebenbrunnensfeld verlegt, wo sich der Heu-, Stroh- und Pferdemarkt befindet. Ferner ist dieselbe als eine „Haltestelle nach Bedarf“ aufzulassen und in eine definitive umzuwandeln.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Bärkl (liest):

26. Antrag des Gem.-Rathes Fiedler und Genossen:

Mit den Verkehrsmitteln nach den ehemaligen Vorortgemeinden Dornbach-Neuwaldeg war es bisher schlecht bestellt und ist der Verkehr mit den inneren Bezirken ungemein erschwert. Die Wiener Tramway verkehrt nur bis nach Dornbach und wird dieser Verkehr durch Umsteigen bei der Herrntaler Nemise bewerkstelligt. Letzterer Umstand führt zu allerlei Klagen, da es oft nicht möglich ist, Platz zu finden und das Warten daselbst im Freien, insbesondere bei schlechter Witterung mit Nachtheilen für die Gesundheit verbunden ist. Die Österreichische Omnibus-Gesellschaft, welche bisher allein den Verkehr über Dornbach und Neuwaldeg vermittelt hat, tritt in kurzer Zeit in Liquidation und hat schon jetzt die den Verkehr hemmende Maßregel getroffen, daß die Stellwagenfronte nicht mehr von dem Standorte „Am Hof“ ausgeht, sondern, daß für die Fahrt nach Neuwaldeg, die von der Nordwestbahn verkehrenden Stellwagen auf der Straße angehalten werden müssen, und durch Umsteigen in der Kufmayerstraße die Beförderung nach Neuwaldeg stattfinden kann.

Da aber auch dieser verschlechterte Verkehr neuentens nur alle Stunden stattfindet, so ist es den Bewohnern von Dornbach und Neuwaldegg auf das ärgste erschwert, in die inneren Bezirke zu gelangen.

Was diese schlechten, unzureichenden und die Bewohner und Geschäftskente schädigenden Communicationen für diese Bezirksteile bedeuten, liegt auf der Hand.

Die Gefertigten beantragen daher:

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, mit der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Verhandlungen zu treten, daß die Eröffnung des Verkehrs auf der Dornbacher Strecke mit elektrischem Betriebe ungesäumt aufgenommen werde, und zu veranlassen, daß die weitere Verbindung der Bezirksteile Dornbach und Neuwaldegg durch die bei der Endstation aufgestellten Omnibuswagen ermöglicht werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

27. Antrag des Gem.-Rathes Dobek und Genossen:

Mit Stadtraths-Beschluß vom 11. d. M. wurde in Folge geringen Zuflusses aus dem Quellengebiete der Bürgermeister ermächtigt, je nach dem Erfordernis Einschränkungen in Bezug des Wasserconsums zu erlassen. Thatsächlich wurden auch bereits die industriellen und außergewöhnlichen Wasserbezüge mit einem Quantum von über 20 hl täglich, welche gegen Widerruf zur Abgabe gelangen, abgesperrt. Diese Verfügungen treffen aber (außer dem Wasserbezug für das Bauwasser und für die Ventilatoren) nur die Bezirke XI bis XIX, da nur in diesen Bezirken sämtliche industriellen und außergewöhnlichen Wasserbezüge auf Widerruf bestehen, hingegen sämtliche Consumen von industriellen und außergewöhnlichem Bedarfe in den Bezirken I bis X diese Wasserbezüge mit vierteljährlicher Kündigungsfrist beziehen.

Die mangelhaften und ungerechten Bestimmungen über die Wasserabgabe aus der Hochquellenleitung erfordern daher eine dringende Abänderung; ja es ist unbegreiflich, wie solche Bestimmungen sich so lange halten konnten, denn sämtliche Bezirke gehören doch ein und derselben Gemeinde, und es kann daher keine Vorzugsrechte geben.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen, daß von nun ab die Wasserabgabe aus der Hochquellenleitung in allen Bezirken Wiens ein und dieselbe ist und daher die Bestimmungen für die Bezirke XI bis XIX außer Kraft gesetzt werden.

Ferner werde der Magistrat beauftragt, in den Bezirken I bis X sämtliche industriellen und außergewöhnlichen, mit vierteljährlicher Kündigungsfrist bestehenden Wasserbezüge sofort zu kündigen und nach Ablauf dieser Frist Neuanmeldungen (außer dem normalen Bedarfe) in sämtlichen Bezirken nur auf Widerruf entgegenzunehmen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

28. Antrag des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck und Genossen:

Der Verkehr nach Dornbach und Neuwaldegg mittels Stellwagen ist der denkbar schlechteste, und die Bewohner dieses Bezirksteiles erleiden einen bedeutenden Schaden.

Ich beantrage daher:

Daß genau nach dem Bauprogramm die Fortsetzung der Tramwaylinie von der Badgasse bis Klampfelberggasse in diesem Jahre, nicht aber, wie die Absicht besteht, erst im Jahre 1902 ausgeführt werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

29. Antrag des Gem.-Rathes Rosam:

Der Wiener Central-Viehmarkt ist theilweise schon mit Bäumen bepflanzt, und nimmt sich der Schmuck desselben prächtig aus; nur ein Theil des freien Platzes wäre noch zu bepflanzen, das ist der Theil von der Durchzugsstraße links hinab von der Schafhalle bis zum Ende des Schweinemarktes, so auch vis-à-vis vom Schlachthause bis zu den Einzellhallen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Mit Rücksicht darauf, daß in der Baumschule der Gemeinde Wien genügend solche Bäume vorhanden sind und die Anpflanzung derselben minimale Kosten verursachen dürfte, sei der oben er-

wähnte Platz rechts und links im kommenden Frühjahr mit Bäumen zu bepflanzen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

30. Antrag des Gem.-Rathes Dobek:

Es wurde von der Bezirksvertretung des VIII. Bezirkes in mehreren Anträgen schon, welchen sich die Vertretungen anderer Bezirke zusammentun angeschlossen haben, auf den herrschenden Uebelstand in der I. I. Staatsgewerbeschule hingewiesen. Diesem zufolge findet wegen Raum mangels kaum ein Drittel der angemeldeten Studirenden Unterkunft, und muß alljährlich die sich beschämende, einer Metropole gewiß nicht zur Ehre gereichende Wahrnehmung gemacht werden, daß einer großen Zahl aufstrebender jugendlicher Elemente die Möglichkeit benommen wird, sich dem gewerblichen Studium widmen zu können. Wir stehen in diesem Punkte thatsächlich den kleinen Provinzstädten nach.

Die Gefertigten stellen sonach an den Herrn Bürgermeister die Bitte:

Derselbe wolle dem Herrn Unterrichtsminister die Unhaltbarkeit dieser die gewerbliche Bevölkerung Wiens tief schädigenden Zustände, von welchen sich übrigens der Herr Unterrichtsminister in letzterer Zeit überzeugt hat, klarlegen und die Zusage der sofortigen Erbauung einer zweiten Staatsgewerbeschule erwirken. Die Gefertigten sind der Ansicht, daß eine solche Staatsgewerbeschule am zweckentsprechendsten auf der dem Arrar gehörigen Bauparcelle im IX. Bezirke, welche direct an der Bahnhof-Station „Alserstraße“ liegt und somit der Bevölkerung der einverleibten Bezirke es ermöglicht wäre, ihre Söhne in dem Gebiete der Industrie ausbilden zu lassen, was gewiß im Interesse des Staates und der österreichischen Industrie gelegen ist, zu errichten wäre.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Wir kommen jetzt zur Erledigung der Tagesordnung.

Die Schriftführer constatieren, daß mehr als 100 Gemeinderäthe anwesend sind. (Unruhe.)

Ich ersuche die Herren um geneigte Ruhe! Ich bitte sehr, mir die Erfüllung meiner Aufgabe nicht zu erschweren. Bedenken Sie, daß ich nun zwei Stunden beinahe in continuo sprechen mußte.

Herr Gem.-Rath Hipp zum Referate.

31. Referent Gem.-Rath Hipp: Ich habe die Ehre, zur Zahl 337, Beilage 18, zu referieren. Es betrifft dies den Verkauf eines Grundtheiles und zwar an einen gewissen Josef Tillinger. Der Stadtraths-Antrag ist ohnehin in Ihren Händen und ich bitte um Annahme desselben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Josef Grünbeck contra!

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Meine Herren! Es wird ein Kopfgrund von 24.08 m² beansprucht; es ist ganz richtig, daß er dafür 10 m² wieder abtritt. Wenn Sie aber bedenken, daß er verhalten werden kann, bei einem Kopfgrunde bis zu 23 m in der Straßenbreite unentgeltlich abzutreten, so müßte er auch hier den Grund erwerben, der theils der Gemeinde, theils der Verkehrsanlagen-Commission gehört. Wenn Sie durchschnittlich rechnen, daß der Grund um 11.000 K angekauft wird, so kommt das Quadratmeter auf 32 K. Ich berechne die Sache ganz anders. Ich sage ganz einfach, der Grund ist dort, am Gürtel bei der ehemaligen Perchenfelderlinie, doch 360 fl. per Quadratklaster wert. Um 360 fl. bekommen Sie dort gewiß keinen Baugrund. Wenn Sie die 24 m² Kopfgrund hier mit 63 rechnen, so kommen Sie mit 360 fl. oder 720 K per Quadratklaster auf 4816 K. Wenn Sie dann annehmen, daß der Straßengrund nach den thatsächlichen Verhältnissen wie gesagt 720 K wert ist, und wenn Sie nur den vierten Theil des Grundwertes für den abzutretenden Straßengrund rechnen, während vom Stadtbauamt gewöhnlich bei einem Baugrunde ein Drittel

gerechnet wird, so bekommen Sie schon 7345 K. Das gibt zusammen 12.000 K. Ich glaube, wenn der betreffende Käufer 12.000 K zahlt, so bekommt er den Grund noch immer sehr billig von der Gemeinde.

Ich beantrage daher, mit Rücksicht darauf, dass das Offert dem tatsächlichen Grundwerte nicht entspricht, die Zurückweisung an den Stadtrath wegen neuerlicher Verhandlungen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr vorgemerkt, der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Ich mache den Herrn Vorredner aufmerksam, dass zufälligerweise dem Manne das Quadratmeter Grund auf 95 fl. zu stehen kommt, nachdem er den schraffierten Streifen Grund bereits von der Commune Wien erworben hat und nun, nachdem wir noch nicht im Besitze waren, weil wir erst den Grundtausch mit dem Staate hatten, möchte er jetzt noch dieses kleine Eckchen mit dazukaufen, das er als Straßengrund abtreten muß. Es kommt ihm also das Quadratmeter auf 95 fl. oder die Quadratlast auf über 300 fl. Wir haben den Eckbauplatz unten in der Verchenfelderstraße und Josefstädterstraße ebenfalls um 95 fl. nach schweren Mühen angebracht und ich glaube daher, dass diese Mittelbaustelle mit 95 fl. gewiß nicht zu billig ist.

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Josef Grünbeck hat den Antrag gestellt, dass der Act an den Stadtrath wegen Einleitung neuerlicher Verhandlungen zurückgeleitet werden soll.

Ich erjuche diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen Herren, welche für die Stadtraths-Anträge sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Die Anträge sind mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überlässt dem Josef Tillinger jun. behufs Arrondierung der Realität Einl.-Z. 915 VIII. Bezirk, die Cat.-Parc. 5/3, Einl.-Z. 582 Neulerchenfeld, Figur d f g h d, per circa 24-08 m² um den Pauschalbetrag von 11.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Von dem Kaufschilling ist ein Betrag von 2400 K bis längstens 15. Februar 1901, der Rest bis längstens 30. Juni 1901 zu berichten und letzterer mit 4-5 Percent im vorhinein zu verzinsen.

2. Zur Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebühren ist auf der Realität Einl.-Z. 915 VIII. Bezirk, welchem die Cat.-Parc. 5/3 Neulerchenfeld grundbücherlich zuzuschreiben ist, das Pfandrecht zu Gunsten der Gemeinde secundo loco zu intabulieren.

3. Sämmtliche mit der Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufgeschäftes verbundenen Kosten, sowie die Übertragungsgebühren trägt der Käufer.

4. Die Gemeinde wird die mit den Buchstaben a b i h d a umschriebene Grundfläche per 315-98 m², bestehend aus den Cat.-Parc. 3/3 und 5/2, Einl.-Z. 582 und einem Theile der Cat.-Parc. 3/1 und 5/4, Einl.-Z. 185 Neulerchenfeld, bezüglich welcher die Entschädigung in dem obgenannten Pauschalbetrage inbegriffen ist, ins Verzeichnis für das öffentliche Gut

übertragen, wobei bemerkt wird, dass der in Frage stehende Theil der Cat.-Parc. 3/1 und 5/4 Figur a b c d a, dermalen noch der Commission für Verkehrsanlagen in Wien grundbücherlich zugeschrieben ist. Letztere ist jedoch verpflichtet, der Gemeinde die Aufjäderungserklärung auszustellen.

5. Josef Tillinger jun. verpflichtet sich, die sub 4 erwähnte Grundfläche, sowie den mit den Buchstaben a d e a umschriebenen Grund per 10-17 m² bis 31. Mai 1901 auf seine Kosten in das richtige Niveau zu bringen.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung hat das erlegte Badium als Caution zu haften.

6. Die Gemeinde willigt ein, dass gleichzeitig mit der grundbücherlichen Durchführung dieses Kaufgeschäftes die zu Gunsten der Gemeinde auf der Realität Einl.-Z. 915 VIII. Bezirk einverleibte Realklast, betreffend die Abtretung der Figur a b i h d a, sowie die Niveausherstellung auf letzterer und der Figur a d e a grundbücherlich gelöst werde.

Bürgermeister: Ich erjuche nunmehr Herrn Gem.-Rath Büsch zum Referate.

32. Referent Gem.-Rath Büsch: Zahl 14266. Offert des August Mathis auf künstliche Überlassung der Baustelle Einl.-Z. 984 Unter-Meidling. Wie die geehrten Herren der Vorlage entnehmen, befindet sich diese Baustelle Ecke der Nymphen- und Ruckergasse gegenüber dem Theresienbade.

Für diese Baustelle sind im Laufe der Jahre schon mehrere Offerte an den Magistrat respective den Stadtrath eingelangt, und zwar im Jahre 1895 ein Offert auf 14 fl. = 28 K, im Jahre 1897 20 fl. = 40 K, im Jahre 1899 23 fl. = 46 K per Quadratmeter, und diese Offerte sind vom Stadtrathe abgelehnt worden, weil sie den dortigen Preisen nicht entsprechen. Nun hat Herr Mathis ein Offert an den Magistrat, respective den Stadtrath gesandt, welches auch niedriger war als den Preisen entspricht. Durch die Verhandlungen eines stadträthlichen Comités ist es dann gelungen, diesen Preis von 56 K per Quadratmeter zu erzielen, welcher den dortigen Verhältnissen entspricht und auch im Einklage mit der Schätzung des Bauamtes steht.

Ich erlaube mir daher, namens des Stadtrathes den Antrag zu stellen (liest):

„Die Gemeinde Wien überlässt dem August Mathis die Baustelle Einl.-Z. 984 Unter-Meidling per 605 m² um den Einheitspreis von 56 K per Quadratmeter und unter folgenden Bedingungen:

a) Vom Kaufschillinge ist ein Drittel binnen acht Tagen nach Intimation der Genehmigung der Transaction, der Rest binnen eines weiteren Jahres zu berichtigen.

Der Kaufschillingsrest ist mit 4-5 Percent halbjährig im vorhinein zu verintressieren.

b) Zur Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebühren wird auf dem Kaufobjecte das Pfandrecht zu Gunsten der Gemeinde primo loco intabuliert.

c) Die Vertragskosten und Übertragungsgebühren, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibung des Eigenthumsrechtes und der feinerzeitigen Löschung des Pfandrechtes trägt der Käufer.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich erjuche daher diejenigen Herren, welche für den Stadtraths-Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich constatire, daß der Antrag mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben ist.

Beschluß: Der vorstehende vollinhaltlich zur Verlesung gelangte Referenten-Antrag.

Bürgermeister: Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rath Hörmann.

33. Referent Gem.-Rath Hörmann: Zahl 15087, Beilage 20, betrifft das Offert des Arnold Heymann auf käufliche Überlassung der Cat.-Parc. 1741/1, Einl.-Z. 425, und eines Theiles der Cat.-Parc. 1741/2 (öffentliches Gut), III. Bezirk.

Es ist das ein Arrondierungsgrund im Ausmaße von 65 m². Der Eigenthümer, welcher drei Häuser anzukaufen hat, hat uns ein Offert gestellt, nach welchem er in der Erdbergstraße circa 113 m² und in der Gasettengasse 177 m² abzutreten hat. Er ist an den Gemeinderath herantreten, um ein Tauschgeschäft mit ihm zu machen. Dieses Offert wurde abgelehnt. Nun hat er ein zweites Offert gestellt, wonach er uns auf diesen Grund 4500 K aufzahlt. Auch dieses zweite Offert wurde abgelehnt. Über ein drittes Offert, welches er eingereicht hat, wurde mit ihm verhandelt, und es wurde erzielt, daß er auf den Grund in der Gasettengasse und Erdbergstraße von zusammen circa 290 m² noch 10.000 K aufzahlt. Es wurde dann neuerdings mit ihm verhandelt. Endlich hat er sich herbeigelassen, das Geschäft in der Weise zu machen, wie es jetzt zur Beschlusfassung dem Gemeinderathe vorliegt. Der Preis von circa 220 K per Quadratmeter ist für den abzutretenden Grund, glaube ich, ein annehmbarer, weil dort das Quadratmeter zu 40 K und 60 K im Werte steht.

Ich bitte um Annahme des Stadtraths-Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich erjuche jene Herren, welche für den Stadtraths-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist mit mehr als 80 Stimmen angenommen.

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt an Arnold Heymann unter der Voraussetzung, daß er binnen vier Wochen den Erwerb der Realitäten 104, 106 und 108 Erdbergstraße, III. Bezirk, nachweist, behufs Arrondierung derselben:

- a) die Cat.-Parc. 1741/1, Einl.-Z. 425 III. Bezirk, Figur h t u v h, per 40·63 m²;
- b) einen Theil der Straßenparc. 1741/2, Figur u v w x u, per 25·29 m² —

um den Pauschalbetrag von 10.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Der Kaufschilling ist längstens binnen vier Wochen nach Verständigung von der Genehmigung dieser Transaction bar zu erlegen.

2. Sämmtliche mit der Vertragsausfertigung und grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, sowie die Übertragungsgebühren trägt der Käufer.

3. Letzterer verpflichtet sich, die von den Realitäten Dr.-Nr. 104, 106 und 108 Erdbergstraße, III. Bezirk, zu Straßenzwecken entfallenden Flächen, Figur k i t s r q p o l per circa 113 m² und Figur a b c f g h a per circa 177 m² unentgeltlich und lastenfrei an

die Gemeinde abzutreten und im November-Termin 1901 im richtigen Niveau zu übergeben.

Bei Herstellung des richtigen Niveaus sind auch die zum Schutze dieser Realitäten stehen gebliebenen Böschungen der Gasettengasse auf Kosten des Käufers bis zum richtigen Niveau abzugraben.

Diese Verpflichtung ist als Reallast zu Gunsten der Gemeinde auf der durch Zusammenlegung obiger drei Realitäten und des von der Gemeinde zu erwerbenden Grundstückes entstehenden neuen Grundbucheinlage zu intabulieren.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Gem.-Rath Rissaweg.

34. Referent Gem.-Rath Rissaweg: Zahl 483, Post 14. Es handelt sich um die Erwerbung eines Grundstückes im X. Bezirke für den Bau einer Doppel-Volkschule daselbst. Dieser Grund ist Eigenthum des Bürgerspitalfondes und hat ein Ausmaß von 2077 m², welcher nach den Schätzungen des Bauamtes mit 14 K per Quadratmeter bewertet ist. Die Gesamtsumme beträgt 29.078 K. Es soll auf diesem Grunde, welcher von der Laimäckergasse, Schrankenberggasse und Feuchterslebengasse begrenzt ist, ein dreistöckiges Gebäude für eine Doppel-Volkschule, nämlich eine Knaben- und Mädchen-Volkschule aufgeführt werden. Dasselbe soll 26 Lehrzimmer, 2 Turnsäle, 2 Garderoben, 2 Aufnahms- und Konferenzzimmer, 2 Kanzleien, 3 Lehrmittelzimmer und 2 Schuldienerwohnungen enthalten. Es ist vorläufig in Aussicht genommen, nur ungefähr die Hälfte dieser Baulichkeiten herzustellen, und zwar die Knaben-Volkschule von der Laimäckergasse herüber bis zur Feuchterslebengasse, und die beiden Turnsäle. Der vollständige Ausbau dieser Schule, welche einen Gesamtbetrag von 404.000 K kosten wird, ist einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Ich bitte um Zustimmung zu den Anträgen, wie sie auf Beilage 21 verzeichnet sind.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Gem.-Rath Zifferer meldet sich.)

Herr Gem.-Rath Zifferer!

Gem.-Rath Zifferer: Es liegt zwar bereits die Projectskizze für diesen Schulbau vor, aber nicht die eigentlichen Pläne, nur der Termin für die Fertigstellung scheint wieder so unglücklich gewählt zu sein, wie ich ihn schon früher bei einer ähnlichen Gelegenheit beanstandet habe. Heute liegen die Pläne noch nicht vor und trotzdem soll beschlossen werden, daß die Schule mit Beginn des Schuljahres 1901, spätestens mit Ende October 1901 eröffnet, respective benützungsfähig gemacht werde. Es scheint mir unmöglich, diesen Bau bis zu dem genannten Termine fertigzustellen, wo heute die Pläne noch nicht vorliegen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen und ich ertheile dem Herrn Referenten das Schlusswort.

Referent: Ich habe nur zu bemerken, daß die Skizzen des Bauamtes hier vorliegen und selbstverständlich der Act noch einmal vor den Gemeinderath kommen wird. Es handelt sich in Wirklichkeit nur um die Erwerbung des Schulbauplatzes. Der Act kommt jedenfalls noch einmal hieher, und werden dann die Herren sich darüber entscheiden können.

Bürgermeister: Ich werde die weitere Verhandlung dieser Sache außerordentlich beschleunigen, damit wir rechtzeitig fertig werden können.

Diejenigen Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Dieselben sind mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluß: 1. Der im Originalplane II roth umränderte, zwischen der Laimäckergasse, Feuchtersleben- und Schrankenberggasse gelegene Theil der dem Bürgerspitalfonds gehörigen Cat.-Parc. 1453 (Urselbrunnen-Acker) im X. Bezirke ist zum Zwecke der Erbauung einer Knaben- und Mädchen-Volkschule um den Preis von 14 K per Quadratmeter reiner Baugrund, welcher im Sinne des stadtbauamtlichen Antrages als Grundlage der Wertbemessung angenommen wird, sohin bei einem Ausmaße von circa 2077 m² um den Gesamtpreis von 29.000 K anzukaufen. Die Straßenfläche hat der Bürgerspitalfond unentgeltlich in das öffentliche Gut abzutreten. Die Vertrags- und Übertragungsgebühren trägt die Gemeinde.

2. Die Projectskizze III des Stadtbauamtes für diesen Schulbau wird mit dem Kostenbetrage von 404.000 K für Bau und Einrichtung principiell mit der Abänderung genehmigt, daß das in der Feuchterslebengasse projectierte Lehrzimmer der Mädchenschule für die Schuldienerwohnung bestimmt und anstatt der in der Schrankenberggasse projectierten Schuldienerwohnung ein Lehrzimmer hergestellt wird.

3. Von diesem Projecte ist zunächst nur der Tract der Knabenschule in der Laimäckergasse nebst den beiden Turnsälen, von denen jedoch vorläufig nur der im Parterre befindliche, für die Knaben-Volkschule bestimmt, einzurichten ist, auszuführen und bis zu der einem späteren Zeitpunkte vorbehaltenen Erbauung des Mädchentractes in der Schrankenberggasse als Knaben- und Mädchen-Volkschule in Verwendung zu nehmen.

4. Das Stadtbauamt wird demnach beauftragt, das Detailproject für die Knaben-Volkschule in der Laimäckergasse und die sub III genannten zwei Turnsäle sofort auszuarbeiten und vorzulegen, damit der Bau sofort begonnen und die neue Schule, wenn thunlich, zu Beginn des Schuljahres 1901/02, spätestens aber mit Ende October 1901 in Benützung genommen werden kann.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck zum Referate.

35. Referent Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Zahl 14587, Beilage 15. Hier handelt es sich um den Verkauf von Grundparcellen, und zwar an die Firma Anger & Söhne. Diese Grundparcellen sind 449,3 m² groß und per Quadratmeter mit 40 K, respective mit dem Pauschalbetrag von rund 20.000 K bewertet. Die Schätzung dieses Grundes beträgt 19.987 K. Im Wege der Verhandlung haben wir für die Verlegung der Straße noch 1400 K erzielt.

Nun meine Herren! Ich muß hier, weil es vielleicht scheint, als ob dieser Grund von Seite des Stadtrathes zu billig veranschlagt wird, auf Folgendes aufmerksam machen: Es ist hier das alte Alsbett, weiter ist vis-à-vis die Ziegelei und auf der linken Seite die ehemalige Wilde'sche Fabrik.

Meine Herren! Ich empfehle Ihnen diese Anträge, da ich glaube, daß der Verkauf günstig ist und ersuche um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Urban contra!

Gem.-Rath Urban: Sehr geehrte Herren! Ich habe mich als Contraredner zum Worte gemeldet, nicht um vielleicht im Princip gegen diese Transaction zu stimmen, sondern deswegen, weil mir der Preis nicht ganz conveniert. Ich halte den Preis von 40 K per Quadratmeter in dieser Gegend für viel zu niedrig. Dieser Platz liegt an der Stadtbahn, an der Tramway, die Stellwagen verkehren dort, alles Mögliche ist dort; ein Schlachthaus ist dort in der Nähe, es wird sich im Laufe der Zeit dort ein riesiger Verkehr entwickeln und ich glaube, man hätte bei einigem Drücken oder Handeln schon einen annehmbareren Preis erzielen können. Wertwürdig, wenn wir etwas verkaufen, kriegen wir dafür wenig, wenn wir etwas kaufen müssen, können wir die großen Summen kaum aufbringen. Ich möchte daher den Antrag stellen, daß dieses heutige Referat von der Tagesordnung abgesetzt werde und daß neue Unterhandlungen mit der Firma Anger behufs Erzielung eines höheren Preises eingeleitet werden.

Nach meiner Meinung ist ein Preis von 40 K per Quadratmeter viel zu niedrig.

Ich bitte um Annahme meines Antrages.

Bürgermeister: Es ist ein Vertagungs-Antrag gestellt worden. Ich ertheile dem Herrn Referenten hiezu das Wort.

Referent: Dieser Baugrund ist erst entstanden durch die Verschiebung der Straßen, welche jetzt so verlegt werden sollen, daß eine bessere Verbindung mit der Roggendorfgasse und der Altszeile hergestellt wird. Durch diese Verschiebung der Straße bekommt eigentlich die Firma Anger, welche ohnedies einen Eckplatz hat, keinen Eckplatz; es steht dort schon ein zwei Stock hohes Eckhaus. Thatsächlich kann die Firma den Platz dort nicht verbauen, sondern nur die beiden Mittelparcellen und sie kann infolgedessen nur einen kleinen Bau herstellen. Der Grund ist nach meinem Gutdünken, da er über dem ehemaligen Alsbachbette liegt, und dort kein Stellwagen- und Tramwayverkehr ist, und da er sich hinter der Ziegelei befindet, wo sich die Fische „gute Nacht“ sagen, theuer genug bezahlt. Er liegt nicht an der Hauptstraße; ich bitte, das nicht zu vergessen. Ich kann nur für den Antrag sein, nachdem auch Bauamt und Magistrat dafür waren.

Bürgermeister: Ich bringe nun den Vertagungs-Antrag zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche für die Vertagung sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Minorität, der Antrag erscheint abgelehnt.

Die Debatte wird fortgesetzt, das Wort hat Herr College Rykl pro.

Gem.-Rath Rykl: Nachdem der Vertagungs-Antrag abgelehnt wurde, ist es eigentlich nicht nothwendig, noch viel zu sprechen.

Ich kann den Herren nur eines bemerken: Wenn nicht Anger diesen Platz kauft, wird ihn ein anderer Privatmann gar nicht kaufen. Es würde mancher Baumeister oder Architekt in Verlegenheit kommen, wie er den Grund ausnützen soll. Bei 1 k ist eine Fläche von 480 m; rechnet man 50 cm Hauptmauer und 30 cm Feuermauer, so bleiben 4 m Grundfläche übrig. Dann haben Sie auch einen so verschobenen Zwickel, daß kein Privater das kaufen kann. Wir müssen froh sein, daß Anger das An-

gebot überhaupt gemacht hat. Es ist sicher, daß Anger den Grund nur zur Arrondierung seines Grundcomplexes kaufen will. Zur Beurtheilung der Sachlage wäre es besser gewesen, wenn man eine Übersicht der gegenüber befindlichen Straße hätte; man wird nämlich ein bißchen irreführt.

Ich kann nur bitten, stimmen Sie für den Stadtraths-Antrag; die Sache ist gewiß von Seite des Stadtrathes gut beurtheilt worden.

Ich empfehle Ihnen die Annahme des Stadtraths-Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Josef Grünbeck!

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Ich muß annehmen, daß Herr College Urban die Lage des Platzes nicht kennt, sonst würde er sich wundern, daß überhaupt ein solcher Preis erzielt wird. Denn vis-à-vis ist, wie schon vom Herrn Referenten erwähnt wurde, das Ziegelwerk; dasselbe ist nicht wegzubringen, auf Jahrhunderte ist demselben dort der Platz zur Gewinnung von Material gesichert. Circa 1000 m weiter weg an der Hauptstraße, wo Verkehr existiert, wo wirklich die Tramway- und Omnibuswagen derzeit noch verkehren, ist vor einem Jahre ein Platz um 100 fl. per Klafter verkauft worden, und dort hinten, wo es niemandem einfallen wird, einen Bau aufzuführen, werden uns hier 72 fl. per Klafter angeboten. Dagegen würde mich nicht zur Ablehnung bestimmen der Umstand, den Herr Gem.-Rath Nykl hervorgehoben hat, daß den Platz kein anderer kaufen kann. Gerade darum, weil Anger bemüßigt ist, diesen Grund zu verbauen, muß er ihn kaufen.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, den Antrag so anzunehmen, wie er vom Referenten namens des Stadtrathes gestellt wird, nämlich dem Anbote von 20.000 K zuzustimmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Eigner!

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! In Punkt 1 heißt es: „Die Übergabe dieser Grundflächen in den physischen Besitz der Käufer findet bis 31. März 1901 statt.“

Sie werden alle wissen, daß im Februar und März neue Straßenherstellungen, insbesondere wenn sehr feuchtes oder schlechtes Wetter eintritt, schwer durchzuführen sind. Dadurch könnte die Gemeinde in die sehr unangenehme Lage kommen, daß sie die neue Straße nicht herstellen kann, und der Käufer darauf dringt, daß sein angekaufter Grund, welcher jetzt als Straße dient, eingepflankt werde, wodurch der Verkehr verhindert würde.

Wir haben ohnedies nur diese einzige Straße für das Fuhrwerk zum Schlachthause und nach Dornbach hinaus. Daher stelle ich den Antrag, daß die physische Übergabe des Grundes erst am 30. April stattfinde, also einen Monat später.

Ich glaube, meine Herren, Sie werden alle einsehen, daß man diesen Antrag annehmen kann.

Bei Punkt 3 heißt es: „Die Genannten werden auf der sub a erwähnten Fläche vorläufig einen Vorgarten anlegen.“

Da ist nicht ausgesprochen, ob die Betreffenden nicht auch diesen Platz zu etwas anderem benützen können. Sie könnten eventuell auch ein Materialdepot dort errichten. Daher möchte ich, daß der dritte Absatz abgeändert werde. Es soll also heißen: „Die Genannten dürfen auf der sub A erwähnten Fläche vorläufig, und zwar nur bis zur Verbauung einen Vorgarten anlegen“, sonst aber nichts. Dadurch sind wir gegen alle anderen Unannehmlichkeiten gefeit. Ich ersuche, meinem Antrage zuzustimmen.

Wenn man etwas macht, muß man es klar und deutlich machen, sonst entstehen immer Streitigkeiten daraus.

Nun ersuche ich auch, daß die Herren den Plan ein bißchen zur Hand nehmen und mich anhören. Vor allem gilt meine Bitte den Herren Architekten, Baumeistern, Ingenieuren, überhaupt jenen, welche vom Baufache etwas verstehen. Wie Sie sehen, meine Herren, ist hier eine große Abkappung von der Comeniusgasse und von der Straße, die einen neuen Namen bekommt, und Sie werden weiters sehen, daß auf dieser Abkappung im Mittel ein Vorbau errichtet werden soll, der eine Länge von 6.5 m und eine Tiefe von 2.5 m erhalten soll.

Meine Herren! Unsere Straßen in dieser Gegend sind ohnehin nicht sehr breit und trotzdem soll da noch über die Baulinie hinaus ein Vorbau errichtet werden! Sie haben allerdings unlängst einen derartigen Vorbau im I. Bezirke am Mehlmarkt bewilligt. Ich war damals nicht anwesend, hätte aber wahrscheinlich dagegen gestimmt. Noch ist es Zeit, daß Sie diesen Vorbau hier verhindern, dort findet ja kein Umzug statt, auch sind dort keine Sehenswürdigkeiten, die einen Aussichtspunkt erfordern, daß dort etwas Besonderes hingestellt werde.

Ich beantrage, daß von diesem Vorbau abgesehen werde, daß der Gemeinderath die Ausführung dieses Vorbaues nicht bewilligt.

Bezüglich des Preises muß ich Folgendes erwähnen. Wenn Sie die Grundfläche, die die Firma kauft, ansehen, so werden Sie finden, daß sie nur verbaubaren Baugrund mit durchwegs Gassenfronten kauft (Auf: Die hat sie ohnehin schon!) Ich bitte sehr, sie kauft keinen Grund, der eventuell Hofraum oder Gartengrund ist, sondern der Grund wird nur gekauft, um darauf zu bauen, sei es ein Wohnhaus, ein Zinshaus oder eine Fabrik. Die Leute, die in der nächsten Nähe Gründe kaufen, und zwar zu Preisen von 70, 80 bis 120 fl. per Klafter, müssen auch den Hof- und Gartengrund dazu kaufen. Ich finde also, daß dieser Grund durchaus nicht zu theuer ist. Es wird gesagt, daß dort einmal der Alsbach geflossen ist. Das ist ja richtig. Es gibt aber auch Stellen, wo der Bach geflossen ist, die aber Naturgrund sind, und keine Nachtheile für die Verbauung sind. Dort waren auch keine Sandgestätten. Ich will also keinen Antrag stellen, daß bezüglich des Preises das Referat vertagt wird, daß der Preis erhöht werden soll — ich kann sagen, daß der Preis nicht zu hoch ist — ich ersuche Sie aber, den drei Anregungen, die ich gegeben habe, zuzustimmen.

Bürgermeister: Ich ertheile dem Herrn Referenten das Schlusswort.

Referent: Gegen den Antrag, daß gesagt werde, „bis längstens 30. April 1901“ habe ich nichts. Was den Vorbau respective den Risalit betrifft, welchen Herr College Eigner beanständet, so befindet sich derselbe in einem Straßenzuge, welcher auf der einen Seite 20 m, auf der anderen Seite gegen die Ziegeleien 35 m breit ist. Weiters ist es nicht richtig, wenn Herr College Eigner immer vom Baugrund spricht. Baugrund ist es wohl, aber der Besitzer hat auch jetzt schon dort die Front und bekommt nur durch Verschiebung der Straße etwas dazu. Dieser Grund geht von der Hernalser Hauptstraße bis zu den Ziegeleien. Er braucht den Grund eigentlich nicht und nimmt nur infolge der Straßenverschiebung den Grund dazu. Wenn er den Grund eventuell nicht nehmen würde. . . (Gem.-Rath Eigner: So kann er nicht bauen!), so können wir auch nichts machen, er baut zurück in der bestehenden Linie. Lehnen Sie also diesen Antrag

ab. Wenn Sie die Situation betrachten, so sehen Sie, daß der Vorbau die Sache nur verschönert und nicht verunziert.

Ich ersuche Sie um Annahme der Stadtraths-Anträge. Gegen den Antrag auf Verlängerung des Termines habe ich nichts. (Gem.-Rath Eigner: Ich habe auch einen dritten Antrag gestellt!) Er betrifft die Gartenanlage, ich bin gegen diesen Antrag. Es ist selbstverständlich, daß wenn der Besitzer sich verpflichtet, beim Vorgarten vor seinem Hause ein Gitter zu machen, er nicht altes Gerümpel vor sein Familienhaus hinstellen wird, das ist lächerlich. (Gem.-Rath Eigner: Aber es schadet ja nichts, das zu jagen!)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Herr Gem.-Rath Eigner hat folgende Gegen-Anträge gestellt: Es sei im Punkt 1 statt „31. März 1901“ zu setzen: „30. April 1901“. Ferner: In Punkt 3 sei nach „vorläufig“ einzuschalten: „und zwar bis zur Verbauung“, endlich sei der auf dem Plane ersichtliche Vorsprung d e f g nicht zu bewilligen. Ich werde den letzteren Antrag, weil er sich auf den Gesamt-Antrag des Stadtrathes bezieht, zuerst zur Abstimmung bringen, die Gegen-Anträge zu den Punkten 1 und 3 werde ich bei den betreffenden Punkten zur Abstimmung bringen.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, daß die Fläche d e f g aus dem Verkaufe ausgeschaltet und nicht zur Verbauung zugelassen werde, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Es ist die Minorität; der Antrag ist abgelehnt.

Nun bringe ich den Antrag des Stadtrathes bis ausschließlich Punkt 1 zur Abstimmung.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Nun bringe ich bezüglich des Übergabstermins den Antrag Eigner zur Abstimmung, wonach derselbe anstatt mit dem 31. März 1901 mit dem 30. April 1901 festgesetzt wird.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Gegen Punkt 2 ist keine Einwendung erhoben worden.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Bei Punkt 3 hat Herr Gem.-Rath Eigner die Einschlebung der Worte beantragt: „und zwar bis zur Verbauung“.

Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Jetzt bitte ich jene Herren, welche mit sämtlichen Anträgen des Stadtrathes, selbstverständlich unter Berücksichtigung der jetzt angenommenen Änderungen, einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich constatire, daß die Anträge des Stadtrathes mit den beiden Änderungen mit mehr als 80 Stimmen zum Beschlusse erhoben sind.

Beschluß: Die Gemeinde Wien überläßt von der im Verzeichnisse für das öffentliche Gut inliegenden Cat.-Parc. 600 Hernals:

a) behufs Einbeziehung in die Cat.-Parc. 403/2, Einl.-Z. 144 Hernals, dem Moïse und Franz Anger die in der Figur c d e f g h i m n c dargestellte Fläche per 299.25 m²;

b) behufs Einbeziehung in die Cat.-Parc. 504/3, Einl.-Z. 145 a Hernals der Firma Josef Anger & Söhne die mit den Buchstaben i k l m i umschriebene Fläche per 20005 m²,

um den Pauschalbetrag von 20.000 K und unter folgenden Bedingungen:

1. Die Übergabe dieser Grundtheile in den physischen Besitz der Käufer findet bis 30. April 1901 statt; bei der Grundübergabe ist der Kaufschilling fällig.

2. Moïse und Franz Anger verpflichten sich, den von der Cat.-Parc. 403/2, Einl.-Z. 144 Hernals, zu Straßenzwecken entfallenden Grund, Figur a b c a, per circa 0.23 m² bei Umbau des Hauses Nr. 85 Pezlgasse, XVII. Bezirk, unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten, und willigen ein, daß diese Verpflichtung auf der Realität Einl.-Z. 144 Hernals als Realkauf zu Gunsten der Gemeinde grundbücherlich sichergestellt werde.

3. Die Genannten werden auf der sub a erwähnten Fläche vorläufig, und zwar bis zur Verbauung einen Vorgarten anlegen und dieselbe in der Linie c d e f g h i mit einem auf gemauertem Sockel ruhenden Drahtgitter abfrieden.

4. Die Kosten der Ausfertigung des Vertrages, der Anfertigung der Vertragspläne, der grundbücherlichen Durchführung und die Übertragungsgebühren tragen die Käufer.

5. Die Gemeinde leistet keine Gewähr für die Beschaffenheit des Kaufobjectes.

6. Vom Verkaufe ausgeschlossen bleiben das Pflaster- und Schottermaterial, sowie sonstige auf und unter dem Straßenkörper befindliche Objecte.

7. Die Käufer verpflichten sich, zur Umlegung der Pezlgasse einen Beitrag von 1400 K zu leisten, welcher gleichzeitig mit dem Kaufschilling fällig ist.

Bürgermeister: Herr College Tomola zum Referate.

36. Referent Gem.-Rath Tomola: Zur Zahl 858 liegt das Detailproject für die Erweiterung des Gersthofer Friedhofes vor. Die Gemeinde Wien hat vor drei Jahren zur Erweiterung dieses Friedhofes Grundflächen im Ausmaße von rund 20.000 m² erworben.

Es soll vorläufig ein Theil von 8262 m² einbezogen werden. Der Stadtrath hat das bezügliche Project genehmigt. In der Vorlage, welche den Herren unterbreitet wurde, sollte nach meiner Überzeugung eigentlich nur Punkt 3 zur Beschlusfassung kommen, denn Punkt 1 und 2 fallen in die Competenz des Stadtrathes.

Hier handelt es sich nur um die Bewilligung des Zuschusses credits von 23.672 K 43 h zur Rubrik XXXIII 18.

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht jemand zu diesem Antrage das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: 1. Das vom Stadtbauamte vorgelegte Detailproject für die Erweiterung des Gersthofer Friedhofes mit den veranschlagten Kosten per 23.672 K 43 h durch Einbeziehung einer Grundfläche von 8265 m² wird genehmigt.

2. In Ansehung der baulichen Herstellungen wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der Bauverhandlung der Bauconsens erteilt.

3. Behufs Bedeckung der Kosten per 23.672 K 43 h wird ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses auf der neu zu eröffnenden Rubrik XXXIII 14 des Voranschlages pro 1901 bewilligt und die Überweisung dieser Ausgabe auf den Reservefond genehmigt.

37. Referent Gem.-Rath Tomola: Zahl 14798. Hier handelt es sich um die Bewilligung eines Nachtragscredits zu Rubrik XXXIII 14 „Anschaffung von Lernmitteln für arme Schulkinder“ für das Solarjahr 1900.

Es ist die Erwirkung eines Nachtragscredits in der Höhe von 140.000 K nothwendig geworden. Diese außerordentliche Höhe findet theilweise dadurch ihre Begründung, dass ein ziemlich bedeutender Theil von Kosten bedeckt werden mußte, die eigentlich schon in das Budget des Jahres 1899 hätten fallen sollen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schuhmeier pro!

Gem.-Rath Schuhmeier: Von den für Lernmittel für arme Schulkinder ausgeworfenen 150.000 fl. pro Jahr haben Sie vor Lingerer Zeit 50.000 fl. gestrichen. Sie haben bestimmt, daß für Lernmittel nur 200.000 K ausgegeben werden sollen.

Meine Herren! Als Sie diesen Beschluss gefasst hatten, hat sich in den Kreisen der armen Bevölkerung sofort Entsetzen bemerkbar gemacht (Widerpruch und Rufe: Na! Na!), Entsetzen zunächst über Ihr Christenthum, das in dem Sinne direct gegen die Armen gegangen ist, und Enttäuschung über Ihre socialen Ansichten, weil Sie in dieser Sache direct antisocial gehandelt haben.

Meine Herren! Sie haben damals diesen Beschluss damit motiviert, daß Sie sagten, es sei bisher immer eine Menge Lernmittel zugrunde gegangen. (Rufe: So ist es!)

Sie haben den Beschluss damit motiviert, daß Sie erklärt haben, es werde Mißwirtschaft mit den Lernmitteln getrieben, und Sie haben insgedessen die Summe reducirt. Wir haben von allem Anfang an sofort dagegen Stellung genommen, aber es hat Ihnen gefallen, uns deswegen der Vergewandung des Gemeindevermögens zu bezichtigen. Sie sind es gewesen, die in Ihren Versammlungen insbesondere gegen die Socialdemokraten die ärgsten Vorwürfe erhoben haben, als ob wir wirklich darauf ausgingen, die Gemeinde zu unnützen Auslagen zu pressen. (Rufe: Sehr richtig!) Mit dem, was gegen Sie hier immer wegen dieses Beschlusses vorgebracht wurde, ist Ihnen absolut nicht Unrecht geschehen, und es ist ja die Discussion darüber auch hier abgeführt worden. Ich erinnere mich, daß vor noch gar nicht allzulanger Zeit, wo wir neuerlich für die Erhöhung dieser Summe plaidirt haben, einer Ihrer berühmtesten Männer — hier im Centrum des Gemeinderathes sitzt er — erklärt hat, er glaubt, daß jeder von uns ein Herz für die arme Bevölkerung hat, aber er meint, es genüge 200.000 K zu bewilligen, und er hat darauf hingewiesen, daß der Gemeinderath nicht die Stätte ist für socialdemokratische Phrasen, sondern für Wahrheit und Recht. (Rufe: Sehr gut!) Sie rufen „Sehr gut!“ Aber hören Sie, was nun gekommen ist.

Der Herr Bürgermeister hatte in derselben Sitzung, wo wir für die Erhöhung der Summe gesprochen haben, die Liebeshwürdigkeit — von seinem Standpunkt aus, von unserem Standpunkt aus ist er es absolut nicht — zu erklären... (Ruf: Er ist immer liebenswürdig!) — bei mir nicht — daß er auch der

Meinung sei, es sei nicht nothwendig, diese Summe zu erhöhen, und er hat sich damals darüber beschwert, daß in der Beziehung angeblich kein Ehrgefühl mehr vorhanden sei. Der Herr Bürgermeister hat ausdrücklich erklärt, es habe Ehrgefühl im Volk gegeben, und es hat das so geklungen, als ob der Herr Bürgermeister der Meinung wäre, wir verlangen nur deswegen mehr Geld zum Ankauf von Schulmitteln für arme Kinder, damit das Ehrgefühl in der Beziehung sinke. Der Herr Bürgermeister hat damals auch darauf hingewiesen, daß seine selige Mutter oder sein Vater es nie geduldet hätten, wenn ihr Bub jemals hätte mit Büchern theilt werden müssen.

Es war seitdem hier im Gemeinderathe keine Gelegenheit, darüber zu sprechen, aber der Herr Bürgermeister sowohl, als Sie, meine Herren, haben auch darüber die Stimmung der Bevölkerung gehört, und es gieng nur ein Schrei der Entrüstung durch die Bevölkerung (Gelächter) darüber, daß der Herr Bürgermeister von Wien sich unterfangen hat, der Meinung Ausdruck zu geben, als ob heute in der Bevölkerung kein Ehrgefühl mehr existiere.

Meine Herren! Das sind Phrasen von Ihrer Seite gewesen, echt christlichsocial Phrasen, deshalb, weil die Btheiligung mit Schulmitteln mit dem Ehrgefühl gar nichts zu thun hat. Es herrscht in der Bevölkerung ungeheure Noth, und nachdem wir in Osterreich den Schulzwang haben, ist es Pflicht der Gemeinde, auch dafür zu sorgen, daß die Kinder auch die nöthigen Schulmittel bekommen, in jedem Falle. (Rufe: Sie bekommen sie!) Sie erzählen, daß Sie sie bekommen, und ich ziehe Sie jetzt darob zur Verantwortung, meine Herren (Gelächter), weil Sie effectiv bewußte Unwahrheiten in Ihren Versammlungen und hier im Gemeinderathe ausgesprochen haben. (Unterbrechungen und Lärm.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schuhmeier, der Vorwurf, daß jemand bewußte Unwahrheiten vorbringt, ist ein solcher, welcher parlamentarisch nicht in der Ordnung ist. Ich erjuche, den Vorwurf zurückzunehmen.

Gem.-Rath Schuhmeier: Nein, er richtet sich gegen bestimmte Personen, die bewußt gelogen haben, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister: Dann bitte ich, die Personen zu nennen! (Gem.-Rath Bielowek: Das kann er nicht!) Herr Dr. Nechansky, geben Sie keine juristischen Rathschläge!

Gem.-Rath Schuhmeier: Sie sind nicht mein Untersuchungsrichter!

Bürgermeister: Nachdem ich nicht Ihr Untersuchungsrichter bin, rufe ich Sie zur Ordnung! (Unruhe.) Lassen Sie mich doch ausreden! Wenn Sie nochmals eine solche Verdächtigung gegenüber uns aussprechen, werde ich rücksichtslos gegen Sie auf Grund der Geschäftsordnung vorgehen! (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rath Schuhmeier (fortfahrend): Sie haben uns beinzichtigt, daß wir das Vermögen der Gemeinde unnützerweise ausgeben wollen, und jetzt stellt sich heraus, daß wir in diesem Saale Recht und Wahrheit vertreten haben, daß 200.000 K zu wenig sind (Ruf: Zu dumm!), da Sie jetzt selber einen Zuschusscredit von 140.000 K verlangen müssen. (Gem.-Rath Bielowek macht einen Zwischenruf.) Herr Gem.-Rath Bielowek! Seien Sie ganz ruhig! Verstehen Sie mich?

Bürgermeister (unterbrechend): Herr Gemeinderath! Ich bitte Sie nochmals, jede persönliche Provocation beiseite zu lassen, sonst entziehe ich Ihnen das Wort.

Gem.-Rath Schuhmeier: Gewiß, ich habe nichts gemacht!

Bürgermeister: Ich dulde es nicht. Ich weiß die Herren hier (links) in Ordnung zu halten, aber Sie müssen auch den parlamentarischen Anstand wahren.

Gem.-Rath Schuhmeier (fortfahrend): Das thue ich gewiß. Ich begnüge mich mit der Constatierung der Thatfache, daß wir wieder einmal Recht gehabt haben, und daß es wirklich dahin gekommen ist, was wir gesagt haben, nämlich: die Summe von 200.000 K ist zu wenig. Diese Meinung und diese Wahrheit muß in öffentlicher Sitzung constatirt werden. Daß es Ihnen unangenehm ist, gestehe ich zu. Ich begreife es. Vor den Wahlen haben Sie als Sparmeister der Commune erscheinen wollen und jetzt nach den Wahlen stellt sich das Gegentheil heraus. Das, was wir verlangt haben und was unbedingt nothwendig ist, hätten Sie schon damals bewilligen müssen.

Nun, meine Herren, erlaube ich mir, weil ich beim Wort bin, zugleich in dieser Frage weiter zu gehen. Mir beweist Ihr Antrag, daß es nichts anderes geben wird, als daß die Commune sich endlich mit der Frage beschäftigt, überhaupt die Lernmittel an die Schulkinder unentgeltlich abzugeben. (Rufe: Nein, nie!)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich kann das nicht zulassen. Es dreht sich hier gar nicht um das Jahr 1901, wie Sie glauben, sondern um 1900, und es handelt sich nur darum, ob Sie den Nachtragscredit bewilligen oder nicht. Wenn Sie eine Debatte über diesen anderen Gegenstand hervorrufen wollen, ersuche ich, einen Antrag einzubringen. Sie werden dann Gelegenheit haben, darüber zu sprechen. Heute lasse ich diese Debatte nicht zu.

Gem.-Rath Schuhmeier (fortfahrend): Wie eine Frage angeschnitten wird, welche den Herren nicht angenehm ist . . . (Unruhe.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schuhmeier, da dreht es sich für mich gar nicht darum, ob es angenehm ist oder unangenehm; ich habe hier die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Gem.-Rath Schuhmeier: Heute halten Sie die Ordnung aufrecht; ich werde also bei der nächsten Gelegenheit auf diese Sache des näheren eingehen. Aber es war unbedingt nothwendig, das, was ich gesagt habe, hier festzunageln, damit die Bevölkerung davon wisse. (Lebhafte Zwischenrufe und Unruhe.)

Ich stimme selbstverständlich für den Antrag, aber Recht haben wir gehabt.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Helbig contra!

Gem.-Rath Helbig: Meine verehrten Herren! Im Jahre 1899 ist de facto für diese Post ein Betrag von 251.840 K ausgegeben worden. Als das Budget pro 1900 vorlag, habe ich selbstverständlich gesagt: Ja, die Armut hat in Wien nicht abgenommen, sie hat eher zugenommen, insfolgedessen muß man mehr einstellen. Ich muß diesbezüglich anerkennen, daß zwar der Referent sich dagegen ausgesprochen hat, daß aber der Herr Bürgermeister vollkommen richtig gesagt hat: „Diese Post ist eigentlich eine Mußpost, und es ist ganz gleichgiltig, was Sie bewilligen; wenn mehr gebraucht wird, muß mehr ausgegeben werden.“

Aber, meine Herren, das ist nicht richtig budgetiert. Wenn man positiv weiß — und das haben Sie gewußt — daß man mit den 200.000 K sein Auslangen nicht finden werde, so muß man das Herz haben, eine Summe zu bewilligen, mit der man wenigstens voraussichtlich, nachdem im Vorjahre 250.000 K eingestellt waren, sein Auskommen findet. Sie haben den Antrag damals abgelehnt, und Sie sehen, Sie haben damit einen groben

Fehler gemacht. (Widerspruch.) Allerdings wollen Sie heute einen Nachtragscredit von 140.000 K nehmen; aber wenn man sich bei einer Budgetpost von 200.000 K um 140.000 K irrt, so hat man unrichtig budgetiert; das müssen Sie doch selbst zugeben, weil das um 70 Percent zu wenig ist. Um 70 Percent darf man sich bei einer Post nicht irren. Aber, meine Herren, man hat damals darauf hingewiesen, daß durch Errichtung der Lehrmittel-Centrale eine Ersparung eintreten dürfte.

Ich muß sagen, auch ich habe gedacht, daß, wenn diese Lernmittel-Centrale richtig gehandhabt wird, eine Ersparung eintreten könnte; aber, soweit ich die Verhältnisse kenne — und ich habe als Obmann-Stellvertreter des Ortschulrathes in unserem Bezirke Gelegenheit dazu — amtiert diese Lernmittel-Centrale nicht so, wie sie amtieren sollte, denn da die Schulen zu Beginn der Schulzeit drei bis fünf Monate warten müssen, bis ihnen die unbedingt nothwendigen Lernmittel zugewiesen werden, müssen die Oberlehrer und Schulleiter in Voraussicht dieser Dinge sich früher größere Vorräthe ansammeln, und Sie erreichen das nicht, was Sie erreichen wollten; denn Sie können nicht verhindern, daß die Oberlehrer größere Ansammlungen machen, und daß dadurch die Budgetpost eine größere wird, weil die Schulen sonst nicht rechtzeitig in den Besitz der Lernmittel kommen und den Kindern nicht ordentlich Unterricht erteilt werden kann. Sie dürfen diese Lernmittel-Centrale und auch vielleicht die Betheilung der Kinder, welche die Armen-Lernmittel brauchen, nicht in der heutigen Verfassung lassen und die Sache nicht dem Armenrath zuweisen, welcher die Verhältnisse zu wenig kennt, sondern Sie müssen sie dahin abändern, daß Sie die Beurtheilung den Lehrer-Conferenzen überlassen, welche wissen, welche Kinder und welche Lernmittel dieselben brauchen; dann dürften Sie zu Ersparungen kommen, denn dann würden nur solche Kinder etwas bekommen, welche es brauchen. (Widerspruch und Unruhe.) Ich sage ja nicht, Sie sollen es dem einzelnen Lehrer überlassen, sondern den Lehrer-Conferenzen, und Sie werden diesen doch nicht ein solches Mißtrauen entgegenbringen, zu sagen, daß das, was sie erklären, nicht begründet ist. Die Lehrer-Conferenz in toto würde gewiß richtig vorgehen.

Wenn die Kinder das erste Jahr in die Schule gehen, weiß ja niemand etwas, und da bekommen sie auch nichts. Wenn die Kinder aber ein Jahr in der Schule waren, kennt der Lehrer und die Schule die privaten Verhältnisse der Familie viel besser als der Armenrath, und die Lehrer-Conferenz kann es gewiß beurtheilen, ob ein Kind würdig und bedürftig ist. Wir müssen ja den armen Kindern die Mittel geben, sich zu bilden; diese Absicht, davon bin ich überzeugt, haben auch Sie, Sie müssen also auch die Mittel bewilligen, die dem entsprechen, und nicht 200.000 K in das Budget einstellen und 340.000 K brauchen. Man muß für die Summe stimmen. Trotz des falschen Systems bin ich für die Bewilligung, aber ich bitte, im nächsten Jahre diese Lehre zu beherzigen und eine Summe einzustellen, mit der Sie auskommen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Fickens zur geschäftsmäßigen Behandlung.

Gem.-Rath Fickens: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Bürgermeister: Es ist Schluß der Debatte beantragt worden. Jene Herren, welche dafür stimmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **A g e n o m m e n.**

Zum Worte sind noch gemeldet pro die Redner Bielohlawek, Rissaweg, Oppenberger, Dr. Gessmann, Josef Grünbeck, Urban und Sonntag.

Ich erteile dem Herrn Gem.-Rath Bielohlawek das Wort.

Gem.-Rath Bielohlawek: Als ich die Post gelesen habe: „Bewilligung eines Nachtragscredits von 140.000 K zur Anschaffung von Lernmitteln für arme Kinder“, habe ich wohl gedacht, daß darüber von Seite der Gegnerschaft gesprochen werden wird; aber ich habe es nicht für möglich gehalten, daß es in dieser Weise geschehen könnte. Was geschieht denn? Es werden 140.000 K nachträglich bewilligt, das heißt, wir haben das Bedürfnis anerkannt und jetzt werden 140.000 K bewilligt. Dadurch ist niemand auch nur im mindesten verkürzt worden. Das weiß der Herr Gem.-Rath Schuhmeier und seine Genossen ganz genau, aber sie haben nicht die Absicht das anzuerkennen; es müssen eben agitatorische Reden gehalten werden. (Beifall.) Morgen steht wieder in der jüdischen „Arbeiter-Zeitung“: der Genosse Schuhmeier hat es ihnen einmal gezeigt da drinnen, der hat ihnen die Geschichte wieder gesagt! (Sehr gut!) Der Genosse Schuhmeier hat den Finsterlingen und Rückschrittlern wieder die Maske vom Gesichte heruntergerissen! Es werden sich die Juden schon den Bleistift darauf richten. Aber der Genosse Schuhmeier möge beruhigt sein, wir regen uns darüber nicht auf; ob es morgen in den Judenzeitungen so oder so steht (Sehr richtig!), ist uns ganz wurst, es imponiert uns das schon gar nicht, und wenn die Herren vielleicht sagen: „Hättet ihr acht gegeben, bei den letzten Wahlen habt ihr es auch gesehen . . . (Ruf: Ihr habt es auch gesehen!) . . . meine Herren! Ohne Judengeld und ohne schuflige Schönerraner hätten Sie nicht die Mandate! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)“

Meine Herren! Wenn wir solche Compromisse eingehen wollten, wäre es auch anders; aber das gehört nicht hierher; ich habe davon nicht zu sprechen, ich werde gleich wieder zur Sache übergehen.

Meine sehr verehrten Herren! Wer sind diejenigen, die hauptsächlich dafür sorgen, daß soviel „Armen-Lernmittel“ gebraucht werden? Wie kommt denn das? Wir wissen, wo das geschieht; das geschieht in den Versammlungen, dort wird agitiert: „Gehts nur hin, verlangt was ihr braucht, damit nur recht viel gebraucht wird!“ (Beifall.) Hier geberdet sich Herr Schuhmeier als Vertreter der Schulkinder, als Vertreter der Allgemeinheit, und draußen wird von den Socialdemokraten agitiert, die Commune, weil sie antisemitisch ist, zu ruinieren. (Beifall.) Das wird auch von der Judenpresse unterstützt. (Unruhe.) Ich werde es Ihnen ja beweisen. (Zwischenrufe und Unruhe.)

Bürgermeister: Ich bitte, nicht zu den Herren dort zu reden. Herr Gem.-Rath Schuhmeier hat über die Partei dieser Seite so viel gesprochen, ohne daß ich ihn unterbrochen habe, daß er sich nicht beklagen kann, daß jetzt zurückgeschossen wird.

Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Bielohlawek (fortfahrend): Ich glaube vor allem anderen keinen Gemeinderath hier angegriffen zu haben. Auch habe ich nicht erwähnt, daß der Herr Genosse Schuhmeier das thut. Er ist schon so geschick, daß er das nicht selber thut, das machen die Unterläufer, wenn es noch Unterläufer gibt. (Heiterkeit.) Ich kenne die Agitation sehr genau. Gegen die dormalige antisemitische Gemeindevertretung wird mit den niederträchtigsten, erbärmlichsten und schufligsten Mitteln seitens der Socialdemokraten, der Juden und Schönerraner gekämpft (Beifall und Zwischenrufe), und wenn Sie gesagt haben, Sie haben recht, und wenn Sie es so gerügt haben, daß wir damals nicht gleich

den Betrag bewilligt haben, so erkläre ich Ihnen, daß das nicht so ist. Damals haben wir gesagt, es genügen 200.000 K, weil wir der Meinung waren, daß es genüge. Nun genügt es nicht, und wir zögern keinen Moment, den Rest darauf zu geben, und wenn noch mehr nothwendig wird, wird der Gemeinderath es sofort bewilligen. Das ist doch kein Anlaß zu solchen Phrasen. (Gem.-Rath Schuhmeier: Eine Million für das Kinderhospital!) Sehr gut, für das Kinderhospital! Wie er sich meine Sachen gut aufhebt, der Herr Genosse, das ist sehr interessant! (Heiterkeit.) Ich habe noch vergessen, ihm meinen besonderen Dank dafür auszudrücken, daß er mir taxfrei den Titel eines „berühmtesten Mannes“ verliehen hat. Ich thue es hiemit. (Heiterkeit.) Ich erkläre Ihnen aber hiemit Folgendes: Wenn Herr Gem.-Rath Schuhmeier behauptet hat, daß ich geschlossen habe, daß das nur Phrasen der Socialdemokraten sind, so wiederhole ich es heute am Schlusse: Gar nichts ist bewiesen, kein Geschrei der Bevölkerung ist es, nur ein Gejeres der Judenpresse und ich erkläre Ihnen noch einmal, was Sie hier vorbringen, sind nichts anderes als socialdemokratische Phrasen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung hat das Wort Herr Gem.-Rath Lassmann!

Gem.-Rath Lassmann: Ich beantrage die Wahl eines Generalredners.

Bürgermeister: Es ist die Wahl eines Generalredners beantragt. Jene Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Ich erlaube die Herren Gem.-Räthe Rissaweg, Oppenberger, Dr. Geismann, Josef Grünbeck, Urban und Sonntag, einen Generalredner zu wählen. (Nach einer Pause:) Es erscheint Herr Gem.-Rath Dr. Geismann gewählt; ich erteile ihm das Wort.

Gem.-Rath Dr. Geismann: Ich werde mich nicht in ein parteipolitisches Gezänke in einer Frage, die nie hätte parteimäßig behandelt werden sollen, sondern die eine durchaus sachliche Erwägung verdient, einlassen. Meine Herren! Ich erlaube mir gegenüber den Angriffen von jener Seite des Hauses nur eines zu constatieren, daß es nämlich in Deutschland keine Stadt gibt, wo die öffentlichen Mittel der Gemeinde für diese Zwecke in so großem Umfange in Anspruch genommen werden, wie bei uns in Wien. Ich habe hier schon wiederholt die Anregung gegeben, daß diesbezüglich genaue Ziffern zusammengestellt werden. Ich habe mir von mehreren Städten diese Ziffern selbst verschafft. Die Differenz ist geradezu erschreckend. Gehen Sie nach Berlin und sehen Sie, welcher Betrag dort eingesetzt wird. Sie werden ja zugeben, daß auch in Berlin viel Armut besteht und daß auch in Berlin in der letzten Zeit sich eine gewisse wirtschaftliche Krise geltend gemacht hat, und vergleichen Sie dann die Ziffern mit den Ziffern in anderen deutschen Städten, so werden Sie sehen, daß die Dinge in dieser Hinsicht bei uns gewiß mindestens sehr auffällig genannt werden müssen. (Ruf: Welche Partei ist dort am Ruder?) Dort sind es die Freisinnigen und die socialdemokratische Partei, welche nahezu ausschließlich die Verwaltung führen. Aber abgesehen davon, es muß constatiert werden, daß bei uns in der freigebigsten Weise (Ruf: So ist es!) bei der Ausgabe dieser Armen-Lernmittel vorgegangen wird, daß gegen die Vorschrift, bei der Vertheilung der Armen-Lernmittel die Erhebungin, welche vorgeschrieben sind, factisch nicht gepflogen werden, daß es eine Menge von Bögen gibt, in denen gar nichts als der Name des betreffenden Kindes

und die Unterschrift des Armenrathes steht, ohne daß irgend eine Erhebung über die Vermögensverhältnisse der Betroffenen, wie es eigentlich pflichtgemäß gewesen wäre, erfolgt war. Sie sehen also, meine Herren, daß von irgend einer Engherzigkeit keine Rede ist.

Wenn der Herr Vertreter des XVI. Bezirkes hier sagt: „Ja seht, wie recht wir haben, das ist ein Erfolg, wir haben wiederum die Wahrheit vertreten“, so heißt das nichts in diesem Falle. Der Gemeinderath ist von dem Standpunkte ausgegangen, daß bei diesem Titel Ersparnisse zu machen seien, und daß in früherer Zeit eine ganz notorische Verschleuderung dieser Armen-Vermittel plaggegriffen hat. Das ist protokollarisch festgelegt, denn es haben sich Fälle ereignet, daß ganze große Kästen von solchen verschimmelten Armen-Vermitteln in den Schulen ausgehoben wurden, die absolut zu keiner Verwendung gebracht, für welche die Auslagen einfach beim Fenster hinausgeworfen worden sind. Ist es nicht auch Pflicht der Gemeindeverwaltung, solche Mißbräuche hintanzuhalten im Interesse der armen Steuerträger (Beifall), die Herr Schuhmeier hier zu vertreten vorgibt, sei es bei Armen-Vermitteln, sei es bei etwas anderem? Genauigkeit, ehrliche Verwaltung, pflichtmäßige Obforge für das anvertraute Vermögen muß überall plaggreifen, und darin liegt das unerlaubt Agitatorische, daß die pflichtmäßige Controle, die auf diesem Gebiete eingeführt wurde und längst hätte eingeführt werden sollen, zum Gegenstande einer politischen Agitation gemacht wurde. Der Betrag von 200.000 K — das ist protokollarisch niedergelegt und im Gemeinderathe publiciert worden und wurde widerspruchslos auch von jener (rechten) Seite anerkannt, wenn die Herren auch noch nicht im Gemeinderathe waren — ist festgesetzt worden, weil man die Erfahrung gemacht hat, daß eine Masse auf dem Gebiete verschwendet wurde; jetzt macht man einfach die Erfahrung, daß trotzdem mehr in Anspruch genommen wird. Das ist darauf zurückzuführen, daß eben früher schleuderhaft gearbeitet worden ist, und darum muß eine Nachtragsforderung kommen, aber deswegen zu sagen, daraus resultiert, daß der Gemeinderath seine Pflicht auf diesem Gebiete nicht gethan hat, ist vollständig ungerecht. Es ist Pflicht jedes ehrlichen Vertreters, hier darauf zu sehen, daß mit den Mitteln der Gemeinde gewissenhaft gewirtschaftet wird, und das ist geschehen, das muß auch in Zukunft geschehen, und das zum Gegenstande einer politischen Agitation zu machen, ist entschieden verwerflich. (Lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Sie gestatten, daß ich die Angelegenheit kurz oder vielleicht nicht kurz sachlich auseinandersetze. Als wir im Jahre 1896 das Budget der Stadt Wien zum erstenmale feststellten, haben wir die Post vom Vorjahre 1895 mit 150.000 fl. eingesetzt gefunden. Das ist vollständig richtig. Dagegen war die entsprechende Post in sämtlichen früheren Jahren von 1894 angefangen zurück mit 100.000 fl. eingesetzt. (Hört!)

Die Post mit 150.000 fl. ist erst unter der Verwaltung Friebels eingesetzt worden. Nun war die Meinung verbreitet, und sie hat sich auch als richtig erwiesen, daß ein richtiger Überblick sowohl über die vorhandenen Vermittel als auch über die Art und Weise ihrer Vertheilung an die Schulkinder bisher noch nicht gewonnen worden ist, und wir haben uns deshalb es zur Aufgabe gemacht, in dieser Frage reformatorisch vorzugehen.

Es wurde ein Betrag von 100.000 fl. eingesetzt. Es ist schon damals bei der Berathung dieses Gegenstandes seitens des

Herrn Bürgermeisters betont worden, daß diese Post unter allen Umständen als eine Mußpost, als Zwangspost aufzufassen ist, welche je nach Bedarf durch Zuschusscredite jederzeit vervollständigt werden kann und muß. Die Verhältnisse in Wien auf dem Gebiete des Schulwesens entwickeln sich ja in außerordentlich starker Weise. So haben die Bezirke I, IV, VI, VII und VIII seit dem Jahre 1890 um 5000 Schulkinder abgenommen und die Zahl der armen Schulkinder verhältnismäßig noch weit mehr, was leicht erklärlich ist, weil in diesen Bezirken durch Demolierung alter Häuser und Ausführung neuer Prachtbauten die Armut immer weiter in die Bezirke hinausgedrängt wurde, weshalb auch der Bedarf an Armen-Vermitteln in diesen Bezirken von Jahr zu Jahr schwindet.

Es ist nun selbstverständlich Aufgabe einer geordneten Central-Verwaltung, die in solchen Bezirken überflüssig gewordenen Vermittel solchen Bezirken zuzuweisen, in welchen sie mittlerweile durch Zuwachs armer Kinder nothwendig geworden sind. Ein solcher Überblick hat bis vor kurzer Zeit gefehlt, und wir hoffen ihn dadurch zu erreichen, daß wir die Centralstelle für die Verwaltung der Armen-Vermittel geschaffen haben.

Es ist nun insbesondere seitens des ersten Herrn Redners die Sache so dargestellt worden, als ob die armen Schulkinder unter unserer Verwaltung nicht in entsprechender Weise mit Armen-Vermitteln theilhaft worden wären. Demgegenüber erlaube ich mir Folgendes festzustellen: Das Schuljahr 1894/95 war das letzte, welches unter der sogenannten liberalen Verwaltung stand. Zu Beginn des Jahres 1894/95 wurden — die Ziffern können die Herren in den statistischen Jahrbüchern nachsehen — in sämtlichen 19 Bezirken Wiens etwas über 60.000 Kinder theilhaft. (Hört! Hört!) Im Jahre 1898, das ist das letzte, über welches im statistischen Jahrbuch Daten vorliegen, wurden 68.000 Kinder theilhaft. (Hört! Hört!) Das gibt eine Zunahme von über 7000 Kindern.

Gem.-Rath Schuhmeier: Wiens Einwohnerzahl ist aber auch um 30.000 gewachsen!

Bürgermeister: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Referent: Ich werde auch das aufklären. Im Jahre 1894 sind auf je 100 Schulkinder 36 Theilhaber gekommen. (Hört! Hört!) Im Jahre 1898 sind auf je 100 Schulkinder 38 Theilhaber gekommen. Die Zahl der theilhaften Schulkinder hat also unter unserer Verwaltung sehr stark zugenommen, denn ein procentueller Zuwachs binnen vier Jahren von 2 per 100 ist kein geringer, sondern ein ziemlich beträchtlicher. Ich kann Ihnen auch noch sagen, daß wir jetzt in Wien Bezirke haben, wo thatächlich nicht nur die Hälfte, sondern mehr als die Hälfte der Schulkinder mit Armen-Vermitteln theilhaft wird. Es sind dies die Bezirke V, X, XII, XIII, XIV, XVI und XVII. (Rufe: XX. Bezirk!)

Über den Bezirk XX habe ich deswegen keinen Ausweis, weil die Theilung erst vor kurzem vorgenommen worden ist. Sekundum ist also von uns mit den Armen-Vermitteln gewiß nicht worden. Im Gegentheil; wir waren freigebiger, als es früher jemals der Fall gewesen ist. Wir haben allerdings die Erfahrung gemacht, daß wir mit der eingesetzten Budgetpost nicht auskommen sind. Wir hoffen durch die Errichtung der Central-Vermittlungsstelle einen Überblick zu gewinnen und werden, wenn wir diesen Überblick gewonnen haben, gewiß nicht ermangeln, die Budgetpost so einzusetzen, daß wir voraussichtlich mit derselben auskommen können. Das ist die Wahrheit über die Angelegenheit.

Und nun bitte ich Sie, dem erbetenen Zuschusscredite Ihre Zustimmung ertheilen zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schuhmeier zur persönlichen Bemerkung.

Gem.-Rath Schuhmeier: Ich habe persönlich zu bemerken, daß Herr Gem.-Rath Bielowlawek sich nur als den Schuldigen selbst genannt hat, insofern als ich vorher direct auf ihn den Angriff gerichtet habe; er hat gesagt, daß in unseren Versammlungen erklärt wurde: Geht nur hin, ihr bekommt alles umsonst von der Commune, und daß das nur gesagt wird zu dem Zwecke, um die antisemitische Gemeinde-Verwaltung zu ruinieren. Herr Gem.-Rath Bielowlawek hat es unterlassen, auch nur eine einzige solche Versammlung zu nennen, und ich bin in der Lage zu erklären, daß er hier in diesem Falle bewußt gelogen hat. (Lärm.)

Bürgermeister: Ich bitte, ich lasse eine solche Beleidigung eines einzelnen Mitgliedes unter gar keinen Bedingungen zu. Ich rufe Sie zur Ordnung, Herr Gem.-Rath Schuhmeier, und entziehe Ihnen das Wort. (Beifall.)

Herr Gem.-Rath Sonntag zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Sonntag: Ich muß nur eine Bemerkung des Herrn Referenten richtigstellen. Er hat gesagt, daß die Höhe der Budgetpost die jetzt mit 100.000 fl. eingestellt ist, einen Grund darin findet, daß man die Erfahrung der vorigen Jahre zu Hilfe genommen hat, daß die Summe auch in den früheren Jahren nicht höher gewesen ist.

Ich constatiere demgegenüber Folgendes. Ich habe mir zufällig die Daten zusammengesucht. Im Jahre 1893 hat die Commune Wien für diese Post 178.000 fl. ausgegeben (Rufe: Ausgegeben!), im Jahre 1894 182.000 fl., im Jahre 1895 170.000 fl. (Rufe: Ausgegeben!), da sind die Erfahrungen gemacht worden, man hätte also doch die Erfahrungen haben sollen, daß man, nachdem man schon im Jahre 1893 über 170.000 fl., im Jahre 1894 180.000 fl. gebraucht hat, im Jahre 1899 . . .

Bürgermeister (unterbrechend): Das ist keine thatsächliche Berichtigung, Herr Gem.-Rath Sonntag, es wurde ja nichts vorgebracht, was dem entgegen ist.

Gem.-Rath Sonntag: Oh ja, es wurde gesagt . . .

Bürgermeister: Nein, ich bedauere sehr. Ich bitte, sich auf eine thatsächliche Berichtigung zu beschränken. Wenn der Herr Referent etwas Unwahres gesagt hat, so bitte ich, es zu sagen.

Gem.-Rath Sonntag: Der Herr Referent hat gesagt, daß früher nicht mehr als 100.000 fl. eingestellt wurden. Das ist nicht richtig. Es mußten schon früher höhere Summen eingestellt werden . . .

Bürgermeister: Das ist zufällig nicht richtig, was Sie sagen. Es war immer der Unterschied zwischen dem Budget und den wirklichen Ausgaben ein gewaltiger. (Zustimmung.)

Herr Gem.-Rath Bielowlawek zur thatsächlichen Berichtigung.

Bitte aber auf die Beschimpfung nicht zu reagieren.

Gem.-Rath Bielowlawek: Ich lasse mich auf Beschimpfungen nicht ein. Ich will nur constatieren, daß mich derlei Ringelspielausdrücke nicht beleidigen können. (Heiterkeit. — Zurufe.)

Bürgermeister: Ich bitte, auch diesen Ausdruck nicht zu gebrauchen. Ich habe Sie gebeten, nicht darauf zu reagieren.

Gem.-Rath Schuhmeier: Was ist 's jetzt mit dem Ordnungsrufe, Herr Bürgermeister?

Bürgermeister: Den werde ich jetzt nicht ertheilen. Ich hätte den Ordnungsruf ertheilt, weil ich gebeten habe, nicht darauf zu reagieren, und er es dennoch gethan hat.

Wirklich, in die unangenehmsten Situationen bringen einen immer die eigenen Parteigenossen.

Herr Referent, haben Sie noch eine Bemerkung vorzubringen?

Referent: Herr Gem.-Rath Sonntag hat sich im Irrthum befunden. Ich habe nur behauptet, daß im Budget 100.000 fl. eingestellt waren. Über die Ausgaben habe ich nichts behauptet. Ich weiß ja, daß man früher auch schon Zuschusscredite gebraucht hat.

Bürgermeister: Meine Herren! Wir muß auch gestattet sein, eine Bemerkung richtigzustellen. (Unruhe. — Gem.-Rath Swoboda macht einen Zwischenruf.) Es ist heute unglaublich. Lassen Sie doch den Herrn in Ruhe. Ich habe Sie schon hundertmal gebeten: Lassen Sie sich in keine Discussion mit Herrn Reumann ein.

Gem.-Rath Swoboda: Aber eine Beleidigung!

Bürgermeister: Das ist gleich; ich werde schon Ordnung machen. (Unruhe.) Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rath Swoboda: Wir werden uns schon iprechen!

Bürgermeister: Meine Herren! Es hat dem Herrn Gem.-Rath Schuhmeier beliebt, die Behauptung aufzustellen, daß ich der Bevölkerung Ehrgefühl abgesprochen hätte. Meine Herren! Diese Behauptung ist zu wiederholtenmalen auch in öffentlichen Versammlungen, in Flugchriften seitens der socialdemokratischen Partei vorgebracht worden. Ich erkläre hiemit, daß diese Behauptung eine vollständig unrichtige ist. Ich habe nicht der Bevölkerung Ehrgefühl abgesprochen, wohl aber habe ich es als ehrlos erklärt, daß diejenigen, welche in der Lage wären, für ihre Kinder zu sorgen, die öffentliche Mildthätigkeit in Anspruch nehmen (Ruf: So ist es!), und jetzt füge ich bei: Noch ehrloser ist es, wenn die Bevölkerung dazu verleitet wird, die öffentliche Mildthätigkeit in Anspruch zu nehmen. (Beifall und Händeklatschen. — Ruf: Aufheben!)

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Nachtragscredites von 140.000 K zur Ausgabsrubrik XLIII 14 „Anschaffung von Lernmitteln für arme Kinder“ pro 1900.

38. Referent Gem.-Rath Tomola: Jetzt habe ich noch ein Stück für Dr. Deutjchmann zu referieren. Zahl 976. (Unruhe.)

Gem.-Rath Schuhmeier: Aber Festessen arrangieren Sie! Da sparen Sie nicht! (Ruf: Arbeiterkreuzer! — Lebhafter Unruhe.)

Bürgermeister: Jetzt ist's genug! Ich bitte um Ruhe! Der Herr Gem.-Rath Tomola wird für Herrn Dr. Deutjchmann, der heute nicht anwesend ist, das Referat Nr. 976 auf der dritten geschriebenen Tagesordnung erstatten.

Referent: Es handelt sich hier um die Ergreifung einer Revisionsbeschwerde gegen das Urtheil zweiter Instanz in Angelegenheit der Canaleinmündungsgebür für das Haus Oppenplatz 5 in Ottakring. Um die Angelegenheit mit wenigen Worten

auseinanderzusetzen, so bemerke ich: die Gemeinde Wien hat dem Erbauer des fraglichen Hauses eine Canaleinmündungsgebühr vorgeschrieben. Der Wiener Bauverein, beziehungsweise Emanuel Kalberg als Cessionär des Wiener Bauvereines, glaubt Anrechte aus diesem Titel zu haben, weil in früherer Zeit der Wiener Bauverein die Canalisation vorgenommen hat. Diese Ansicht, welche in zwei Instanzen gutgeheißen wurde, widerspricht der juristischen Überzeugung unserer sämtlichen Ämter, und wenn sie nicht beseitigt wird, wäre sie für die Gemeinde von außerordentlich weittragenden Folgen, weil zunächst des Dypenplatzes allein circa 200 Baustellen sich befinden, welche in ähnlicher Lage sind. Es ist daher dringend nothwendig, um ein endgiltiges Urtheil herbeizuführen, die Revisionsbeschwerde zu ergreifen.

Ich bitte um die Zustimmung.

Bürgermeister: Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe ist angenommen.

Beschluß: Gegen das Berufungsurtheil in der Rechtsache des Emanuel Kalberg contra Gemeinde Wien wegen Herausgabe der bezüglich der Realität Einl. Z. 718 Ottakring eingehobenen Canaleinmündungsgebühr per 546 K sammt Nebengebühren, ist gemäß § 513, Z. 4 der Civilproceßordnung die Revisionsbeschwerde zu ergreifen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Zajka zum Referate.

39. Referent Gem.-Rath Zajka: Zur Zahl 7730 ex 1900 handelt es sich um die Abänderung der Baulinie für die Königsflostergasse längs des Hauses Dr.-Nr. 15 Mariahilferstraße, VI. Bezirk. Es wird von Seite des Stadtrathes der Antrag gestellt (liest):

„Die Baulinie der Königsflostergasse längs des Hauses Dr.-Nr. 15 Mariahilferstraße sei unter Abänderung der Straßenbreite von 13.28 m auf 7 m nach der Linie b c abzuändern und die Baulinie der Mariahilferstraße, beziehungsweise der Pfauengasse nach den Linien a b und c d zu ergänzen.

Der durch diese Baulinienbestimmung verbleibende Theil der Realität Dr.-Nr. 15 Mariahilferstraße, Eigenthum des Wiener Bürgerhospitalfondes, sei als selbständige Baustelle zu verwerten.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Schlechter contra!

Gem.-Rath Schlechter: Ich muß sagen, man kommt aus dem Erstaunen nicht heraus. Mit solchen Anträgen an den Gemeinderath zu kommen, eine Straße, welche in die Mariahilferstraße hineingeht, mit einer Breite von 7 m zu bestimmen und nicht ein Wort der Motivierung zu sagen, das ist ein starkes Stück, das ist starker Tabak, den man nur dem Wiener Gemeinderathe bieten kann. Nun ist aber etwas anderes dabei. Ich glaube, der Stadtrath will die Erörterung der ganzen Angelegenheit vermeiden, und ich würde daher mit Rücksicht darauf den Herrn Bürgermeister bitten, diese Angelegenheit in die vertrauliche Sitzung zu verweisen; denn wenn das nicht geschehen würde, so müßte ich öffentlich darüber reden. Ich will aber im Interesse der Gemeinde nicht öffentlich über den Gegenstand sprechen und bitte daher, die Verweisung in die vertrauliche Sitzung zu bestimmen.

Bürgermeister: Ich bitte, öffentlich darüber zu reden, wir haben gar keine Ursache, in der Beziehung zurückzuhalten.

Beantragen Sie, Herr College Schlechter, eine vertrauliche Sitzung, so werde ich darüber abstimmen lassen, ich glaube aber, wir, die Gemeinde, haben gar nicht Ursache, das vertraulich zu be-

handeln; im Gegentheil, wir werden über diesen Punkt ganz unverhohlen sprechen. Der Herr, der da in Frage kommt, soll öffentlich behandelt werden. Ich werde aber, wenn es gewünscht wird, darüber abstimmen lassen.

Die Herren, welche für eine vertrauliche Sitzung sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist abgelehnt. (Ruf: Das ist der Stephansplatz-Schieber!)

Ich glaube, das — wenn das in öffentlicher Sitzung behandelt wird — das der vernünftigste Ausweg ist, um den berühmten Aurrainer, der der Gemeinde Wien schon einmal nicht unbeträchtlichen Schaden zugefügt hat, zu zwingen, endlich einmal, ich könnte sagen, dasjenige zu thun, was eigentlich in seinem Interesse, aber auch im Interesse der Gemeinde gelegen ist. Ich bitte, zu reden, die Gemeinde hat gar keinen Grund, zurückzuhalten.

Gem.-Rath Schlechter: Ich bin zu lange im Gemeinderathe geseßen, um besonders betonen zu müssen, daß ich kein Privatinteresse vertrete. Ich habe vor allem nicht im geringsten das Vergnügen oder die Ehre, den Herrn, um den es sich hier handelt, zu kennen. Es handelt sich hier nicht um den Eigenthümer dieser Parcellen, sondern eigentlich um den Eigenthümer des Nebenhauses. Das ist eigentlich die ganze Geschichte. Ich sage es noch einmal, ich kenne den Herrn persönlich nicht, er geht mich gar nichts an, ich kenne auch die Vorgeschichte nicht bezüglich anderer Verhältnisse am Stephansplatz oder weiß Gott wo. Ich bin Vertreter von Mariahilf und habe als solcher die Interessen des Bezirkes zu vertreten.

Ich glaube, die Herren werden sich erinnern, das alte Schmiedhaus, wie es im Volksmunde geheißen hat, war eines der ältesten, historisch denkwürdigsten Häuser, vielleicht das älteste Haus, welches seinerzeit in Mariahilf gestanden ist, und es wurde seinerzeit von der Gemeinde zu dem Zwecke angekauft, um die Königsflostergasse zu verbreitern und in jener Breite durchzuführen, welche sie schon unten besitzt, wo zwei Neubauten bestehen, am Ende der Gumpendorferstraße. Es ist geradezu widersinnig, das muß zugegeben werden, unten in der Gumpendorferstraße die Königsflostergasse in einer Breite von 18 m zu machen und in der Mariahilferstraße bei ihrer Ausmündung in einer Breite von 7 m. Was ist die Ursache? Das muß jetzt herausgesagt werden. Sie wollen es haben, daß es öffentlich gesagt wird, das Haus ist seinerzeit zur Verbreiterung der Straße nicht mit Gemeindegeldern, sondern auf Kosten des Bürgerhospitalfondes gekauft worden, und dieser ist eigentlich, sagen wir es offen, vorgeschoben worden.

Bürgermeister: Dagegen protestiere ich auf das entschiedenste. Der Bürgerhospitalfond hat das Haus gekauft, damit der Charakter des Privateigenthums gar nicht bestritten werden kann. Zu dem Zwecke hat der Bürgerhospitalfond das Haus gekauft. Da gibt es kein Vorschieben, ich würde sehr bitten, Herr Gem.-Rath Schlechter.

Gem.-Rath Schlechter: Darum ist es unangenehm, wenn solche Verhältnisse in öffentlicher Sitzung . . . (Zwischenrufe.) Die Herren, die immer dreinreden, wissen ja gar nichts, die waren gar nicht im Gemeinderathe, wie das beschlossen worden ist. Man muß nicht immer dreinreden.

Bürgermeister: Ich bitte, nicht zu discutieren.

Gem.-Rath Schlechter: Dann bitte ich, mir Ruhe zu verschaffen. Sicher ist, daß unter allen Umständen die seinerzeitige Realität angekauft wurde, damit die nöthige Straßenbreite, die nicht so hoch angenommen wurde, hergestellt werde. Nun hat es

sich darum gehandelt, daß, wenn der Nachbar bauen wollte, wo er — nach der eigentlich projectierten Baulinie wäre nur ein schmaler Streifen in das Nachbarhaus einzubeziehen gewesen — so ein schönes Eckhaus bekommen würde, er den Grund verhältnismäßig gut bezahlen soll. Aber hier muß ich öffentlich sagen, daß die Gemeinde ein volles Recht hat, zu verlangen, daß vom Bauherrn ordentlich gezahlt werde, weil er aus dem jetzt bestehenden Mittelhaus ein wunderbares Eckhaus bekommt, und wenn der Betreffende die Gemeinde vielleicht durch irgendwelche Manipulationen oder Machinationen zu etwas zwingen will, was gegen unser Interesse ist, so müssen wir wie ein Mann einstehen, weil die Gemeinde nicht dazu da ist, die Privatinteressen eines einzelnen zu fördern, sondern das allgemeine Interesse zu vertreten.

Ich glaube, daß die Stellung, welche ich in dieser Sache annehme, zeigt, daß ich nicht der Protector des betreffenden Hausbesitzers bin, nicht im geringsten, mir ist es darum zu thun, daß wir nicht eine so schmale Straße bekommen, wodurch wir zum Gelächter der ganzen Welt werden. Jetzt wird bestimmt, daß die Straße schmaler gemacht wird. Nun denken Sie sich folgendes. Die Straße wird schmaler, das Haus wird neu aufgebaut, der Bürgerspitalfond ist Eigenthümer der Realität, welche einen verhältnismäßig entsprechenden Zins tragen wird, und er ist natürlich dann angewiesen, das Haus als Mittelhaus zu bauen.

Wenn er vernünftig ist, wird er nun an die Gemeinde herantreten und jenes Anbot machen, welches den Verhältnissen entspricht.

Ich muß sagen, wenn Hoffnung vorhanden ist, daß wir durch das Mittel, das wir jetzt anwenden, ihn zwingen, daß er jenen Betrag zahlt, dann würde ich für den Antrag stimmen. Aber es ist Aufgabe des Stadtrathes gewesen, zu sagen, wir beantragen darum jetzt im Interesse der Gemeinde eine Verschmälerung der projectierten Straße, weil wir nicht das Ausbeutungsobject für einen Dritten sein wollen.

Hätte der Herr Referent auch nur mit einigen Andeutungen es dem Gemeinderathe bekanntgegeben, so wäre ich aufgestanden und hätte auch als Mariahilfer gebeten, in dieser Beziehung den Stadtrath zu unterstützen.

Nun wird aber lediglich gesagt, die Straße wird 7 m breit.

Da muß ich sagen, daß das Referat lediglich darin bestand, daß das Geschriebene uns vorgelesen wird. Das bringe ich auch zusammen, und brauche nicht Mitglied des Stadtrathes zu sein. Also darum handelt es sich, daß uns eine Motivierung gegeben werde. Nachdem nun mein Antrag auf Berathung dieser Angelegenheit in vertraulicher Sitzung abgelehnt wurde, so wäre ich doch folgender Meinung. Wenn schon der betreffende Hausherr, wie der Wiener sagt, ein bißel bockbeinig ist, so hätte man doch wenigstens Folgendes versuchen können. Der Bürgerspitalfond hat auch an anderen Stellen mehrere Häuser zusammengekauft. Ich glaube, es wäre vielleicht die beste Speculation, wenn wir dem betreffenden Nachbar die betreffende Realität abkaufen, dann könnten wir etwas herstellen. (Widerpruch links.)

Schlagen Sie nur nicht gleich mit den Händen zusammen. Wenn er zu viel begehrt, dann werden wir ihm die Freude verderben, so daß er dann kein Eckhaus bekommt, sondern mit einem Mittelhaus sich zufrieden geben muß. Er sollte überhaupt zufrieden sein, daß ihm die 18jährige Steuerfreiheit für seine Realität in den Schoß fällt. Er hat der Gemeinde nichts dafür gegeben. Die Gemeinde hat aber allen jenen mit der 18jährigen Steuerfreiheit

ein Geschenk gemacht und sie sollten als Wiener Bürger im Hausbesitzer sich erinnern, daß das Ansehen und die Ehre dieses Standes es gewissermaßen fordert, auch die Bestrebungen der Commune zu unterstützen und nicht bloß Capital zu ihren Gunsten daraus zu schlagen. Ich glaube, es ist nothwendig gewesen, mit einigen Worten über die Sache zu sprechen. (Rufe: Nein!)

Na, meine Herren, vielleicht ist das nothwendig gewesen, was früher bei der Schul-Debatte vom Herrn Gem.-Rathe Bielowek gesprochen wurde. Möglich, daß das epochemachender ist, als wenn es sich um ein so bedeutendes Object handelt. Es zeigt dies übrigens, was für ein Geschmac hier herrscht, und da verliere ich die Lust, weiter zu reden. (Heiterkeit. — Gem.-Rath Bielowek: Sie wissen nichts mehr!) Etwas mehr schon als Sie!

Bürgermeister: Es ist gar keine Veranlassung zu einer solchen Bemerkung. Herr Gem.-Rath Schlechter wird doch zugeben, daß ich mit vollster Energie die Ruhe aufrecht erhalten habe.

Herr Gem.-Rath Zifferer contra!

Gem.-Rath Zifferer: Meine Herren, es ist gewiß eine mißliche Sache und am allermißlichsten, daß die Nachbarschaft, die wir besitzen, augenscheinlich die Situation sich zunutze machen will. Es scheint mir hier nur eine Möglichkeit gegeben. Gewiß ist es eine mißliche Sache, heute eine 7 m breite Straße zu bewilligen, namentlich dann, wenn dafür die Bauvorschriften gelten sollen, wie sie im allgemeinen üblich sind. Der Platz gehört dem Bürgerspitalfond, ist also Privateigenthum. Ich würde mich für diese Baulinie aussprechen — wir sind ja in der Mariahilferstraße — unter der Bedingung, daß auf dem zu gewinnenden Grunde ein aus Parterre und einem Stockwerke bestehendes Warenhaus gebaut werde. Damit haben wir unseren Zweck vollauf erreicht. Es ist aber nicht die Möglichkeit gegeben, aus einem Mittelhaus ein Eckhaus zu machen, weil wir vollständig verbauen. Ich bin überzeugt, daß dieses Haus sich ganz gut rentieren wird, in der Weise, wie ich vorschlage, weil wir ein ähnliches Haus in der Stiftgasse haben. Die Lage für Geschäftslocalitäten ist ganz ausgezeichnet und wir haben damit auch erreicht, daß wir dem heute bestehenden Hause vis-à-vis nicht Luft und Licht nehmen, wie dies der Fall wäre, wenn wir da die Wiener Bauordnung gelten ließen. Ich würde also nur den Zusatz-Antrag stellen, „unter der Bedingung, daß auf dem neu gewonnenen Grunde nur ein ein Stock hohes Warenhaus zu erbauen bewilligt werde“.

Bürgermeister: Herr Vice-Bürgermeister Strobach pro!

Vice-Bürgermeister Strobach: Herr Colleague Schlechter meinte, es wäre Sache des Stadtrathes gewesen, mit Schieder zu verhandeln. Der Stadtrath hat verhandelt, es wurde ein Comité gewählt, aber Schieder war zu nichts zu bewegen. Ich mache Sie aufmerksam, das ist derselbe Schieder, der die Schätzung des Rothberger-Hauses vorgenommen und das Quadratmeter für uns mit 4 fl. 63 kr. geschätzt hat. (Hört! Hört!) Wir haben ihm angeboten, daß 1.28 m übrig bleibt, er sagt: Ich lasse mich in nichts ein. Der will processieren und Herr Gem.-Rath Zifferer hat mir selbst gesagt, der Stadterweiterungsfond weiß ein Lied davon zu erzählen, wie der Schieder diesen Fond jektiert hat. Der Mensch ist processsüchtig, wir sind aber friedliebende Menschen und wollen nicht processieren. Wie es jetzt ist, läßt sich der Grund nicht verbauen, aber Sie alle wissen: Die sogenannte Bettlerstiege, die Königslostergasse, wird nie eine

Fahrstraße werden. Jetzt ist sie circa 3 m breit und sie wird dann 7 m breit, das ist ohnedies eine sehr wesentliche Verbreiterung. Wenn wir das machen, kommen 5 m zum Baugrund, wir haben 7 m zu verbauen, so daß wir ganz einfach ein Eckhaus hinstellen können und der Herr Schieder soll machen was er will. Ich bitte zu bedenken, daß wir, respective der Bürgerhospitalfond 75.000 fl. ausgegeben haben, und Schieder, der den Stephansplatz so geschätzt hat, denkt die Sache von uns hier auch so zu erhalten. Das muß doch jeder Mensch einsehen, daß das nicht geht und wenn man die Macht und die Mittel in der Hand hat, wäre es geradezu thöricht von der Gemeinde, wenn sie die 75.000 fl. zum Fenster hinauswerfen und Herrn Schieder zu einem Eckhaus verhelfen würde. So vernünftig kann jeder Mensch sein, um zu wissen, daß wir das nicht thun werden. Schieder gibt keine Antwort, er kümmert sich um nichts in der Geschichte und Sie können nicht verlangen, daß wir Proceß führen.

Wir wollen von allen Menschen unabhängig sein, auch von den Richtern. Der Gemeinderath hat es in der Hand, die Sache so zu gestalten, wie er will. Wenn wir die Baulinie nicht ändern, hängen wir von dem Gerichte ab; der Gemeinderath hat dann nicht mehr selbständig zu entscheiden. Sollen wir uns in diese Situation begeben? (Auf: Nein!) Das wäre nicht praktisch. Deshalb wurde der vorliegende Antrag gestellt, und ich muß sagen, wenn der Herr College Zayka von dem Herrn Kollegen Schlechter angegriffen wurde, so ist das ganz unverdient, denn Herr College Zayka war es, der das Project entworfen hat; nicht das Bauamt, sondern der Herr College Zayka ist auf die Idee gekommen, daß selbständig verbaut werden könnte, daß wir ein sehr gutes Erträgnis erzielen können und daß wir den Grund nicht hergeben sollen, um einem anderen ein Geschenk zu machen. (Beifall.) Aus diesem Grunde bitte ich, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen. (Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Fiedler pro!

Gem.-Rath Fiedler: Ich wollte in dieser Angelegenheit dasselbe sagen wie der Herr Vice-Bürgermeister Strobach. Ich war im Unterhandlungs-Comité. Die Sache ist so gekommen. Herr Gem.-Rath Schlechter hat behauptet, wir hätten das Haus gekauft, damit wir die Straße verbreitern können. Das ist nicht richtig. Der Hausbesitzer Schieder war berechtigt, die Baulinie zu verlangen; nachdem wir sie ihm nicht geben konnten, war die Gemeinde verpflichtet, das Object zu übernehmen.

Wir haben es nicht gekauft, um die Straße so breit zu machen, wie sie geplant war, sondern weil die Gemeinde gewissermaßen kaufen mußte. Nachdem wir aber nicht sofort das Kaufanbot des Eigenthümers annehmen wollten, haben wir Herrn Schieder gebeten, mit uns zu unterhandeln; und ich wollte ihm damals auseinandersetzen, wie wir und Herr Schieder die Kosten auftheilen könnten. Aber Herr Schieder hat erklärt, er sei ein alter Mann und er wisse nicht, wie er dazu komme, hieher eingeladen zu werden; er wolle überhaupt nicht bauen. Er hat uns ganz brüsk behandelt und infolgedessen konnten wir mit ihm weiter nichts unternehmen. Die Gemeinde Wien hat also das Haus kaufen müssen. Das wollte ich richtigstellen, das übrige hat Herr Vice-Bürgermeister Strobach erläutert.

Bürgermeister: Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent: Meine Herren! Ich wollte die ganze Frage nicht in dieser Weise aufgerollt wissen. Nachdem Herr College Schlechter es für nothwendig befunden hat, so ausführlich darüber zu sprechen,

bin ich gezwungen, ebenso ausführlich zu erwidern. Ich wußte nicht, daß Herr College Schlechter einen Plan nicht genau lesen kann, denn ich glaube, jeder College hier im Saale wird auf den ersten Blick im Plane gesehen haben, daß es sich um etwas Besonderes handelt. Daß wir eine Straßenbreite nicht mit 7 m bestimmen werden, ist selbstverständlich. Übrigens weise ich darauf hin, daß die Königsflostergasse nahezu keine Frequenz hat. Wenn Sie den Plan einsehen, finden Sie unten an der Straßeneckung in der Theobaldgasse eine Höhengröße von 25 m und an der Ecke der Mariahilferstraße bei dem fraglichen Hause 32 m; also in der Länge einer Hausflucht eine Steigung von 7 m parallel zu dieser Gasse steigt auch die Mariahilferstraße, und es ist nicht möglich, daß Wagen von der Mariahilferstraße über die künftige Königsflostergasse hinunterfahren können.

Wenn Sie durch die Körnthnerstraße gehen, werden Sie eine Passage sehen, welche in der jüngsten Zeit vollendet wurde und sich sehr hübsch ausnimmt und auch nicht breiter ist.

Mit Rücksicht darauf, daß dieses Object der Gemeinde 75.000 fl. kostet ohne Interallarzinsen, daß es an einem wertvollen Posten steht, und in der weiteren Rücksicht, daß die Verhandlungen mit Herrn Schieder vollständig aussichtslos gewesen sind, haben wir uns entschlossen, Ihnen diese Änderung der Baulinie vorzuschlagen. Ich habe die Geschichte calculiert, und ich glaube, daß wir bei dem Neubau dieses Hauses für den Bürgerhospitalfond eine mindestens 8procentige Verzinsung herauschlagen werden. Es ist also jedenfalls besser, wenn sie in den Säckel des Bürgerhospitalfondes fließt als in den Säckel eines anderen. (Beifall.)

Es wurde uns vom Kollegen Schlechter auch der Vorwurf gemacht, wir hätten nicht unterhandelt. Ich bitte Sie, dieses Convolut (ein Convolut Acten vorzeigend) bedeutet nichts als derartige Unterhandlungen mit Herrn Schieder.

Ein Herr hat noch in der letzten Minute den Vorschlag gemacht, wir sollen die Straßenbreite von 28 m auf 12 m herabsetzen, so daß er zu seinem Hause noch einen Grundstreifen dazu erhält. Auch dies wurde von ihm abgelehnt. Wir hätten ihm dann die ganze Realität um 75.000 fl. überlassen, denn wir wollten nichts weiter, als daß die Gemeinde keinen Schaden erleidet.

Er erklärt ausdrücklich im Protokoll vom 18. Jänner (liest): „Ich bin auch nicht in der Lage, für den Fall einer Straßenverengung einen anderweitigen Antrag über die Grundeinklösung zu stellen.“ Mehr kann man nicht verlangen. Nehmen Sie diesen Vorschlag ruhig an! Wir haben die 18jährige Steuerfreiheit für dieses Object. Was die Art der Verbauung betrifft, so wird es jedenfalls später Sache des Gemeinderathes sein, darüber zu beschließen, bis das diesbezügliche Detailproject vorliegen wird. Ich bitte um die unveränderte Annahme des Stadtraths-Antrages.

Bürgermeister: Ich bringe den Antrag des Stadtrathes als den einzigen positiven zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Ich erkläre, daß der Antrag einstimmig zum Beschlusse erhoben worden ist. (Beifall.)

Was den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Zifferer betrifft, so wird ja später noch über die Verbauung referiert werden und es wird ja dann auch über diesen Gegenstand gesprochen werden können.

Gem.-Rath Zifferer: Es könnte von der anderen Seite dagegen recurriert werden.

Bürgermeister: Die können gar nichts machen. Ich glaube, es ist am besten, wir lassen das jetzt ruhen, bis die Verbauungsfrage an uns herantritt. Ich würde sogar bitten, den Magistrat zu beauftragen, daß das schleunigst verbaut wird, damit Herrn Schieder alle seine Hoffnungen geraubt werden. (Zustimmung.)

Beschluß: Die Baulinie der Königsklostergasse längs des Hauses Dr.-Nr. 15 Mariahilferstraße wird unter Abänderung der Straßenbreite von 13,28 m auf 7 m nach der Linie b c abgeändert und die Baulinie der Mariahilferstraße, beziehungsweise der Pfauengasse nach den Linien a b und c d ergänzt.

Der durch diese Baulinienbestimmung verbleibende Theil der Realität Dr.-Nr. 15 Mariahilferstraße, Eigenthum des Wiener Bürgerhospitalfondes, ist als selbständige Baustelle zu verwerten.

40. Referent Gem.-Rath Zahka: Zahl 234 der gedruckten Tagesordnung und Zahl 963 der Tagesordnung III.

Von Seite der Nordbahn ist im Laufe dieser Woche folgende Zuschrift an die Gemeinde eingelangt (liest):

„An den löblichen

Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Wien!

Aus der geschätzten Note vom 28. December 1900, Z. 131461/IV, haben wir entnommen, daß der wohlwollende Magistrat mit vier Kohlenrutschen das Auslangen nicht finden zu können glaubt, im Gegentheile darauf rechnet, daß die mit Note vom 17. December 1900, M.-Z. 127579, für die Zeit bis Ende Mai uns gefälligst zur Verfügung gestellte Rutsche Nr. 245 ab 1. Juni 1901 wieder zurückgestellt werde.

Wie uns ein löblicher Magistrat stets bereit gefunden hat, den dortseitigen Wünschen thunlichst entgegenzukommen, so werden wir auch diesmal dem geäußerten Bedürfnisse Rechnung tragen und dementsprechend wegen Rückübergabe der Rutsche Nr. 245 mit 1. Juni 1901 das Erforderliche veranlassen, wonach sodann sämtliche sechs Rutschen, und zwar Nr. 240 bis 245 dem löblichen Magistrate unter den seinerzeit vereinbarten Bedingungen zur Benützung verbleiben.

Der General-Director.“

Im Nachhange zu dieser Zuschrift ist eine zweite eingelangt, worin die Nordbahn kurz erklärt, daß sie einen längeren Kündigungsstermin als einen einmonatlichen mit Rücksicht auf ihre Manipulationen nicht zugestehen kann. Wir können auf die eine Rutsche allerdings bis 1. Juni nicht rechnen, sind aber nach Ablauf des Termines am 1. Juni wieder im Besitze aller unserer Rutschen.

Ich bitte um die Kenntnisnahme.

Bürgermeister: Ich bitte jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich gebe der Freude Ausdruck, daß diese Frage in der Weise geordnet werden konnte.

Beschluß: Die Zuschrift der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn, wonach wegen Rückübergabe der Rutsche Nr. 245 mit 1. Juni 1901 das Erforderliche veranlaßt wird, so daß sodann sämtliche sechs Rutschen, und zwar Nr. 240 bis 245 dem Magistrate unter den seinerzeit vereinbarten Bedingungen zur Benützung verbleiben, wird dankend zur Kenntnis genommen; weiters wird zur Kenntnis genommen, daß die k. k.

priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn aus verkehrstechnischen Gründen nicht in der Lage ist, eine längere als einmonatliche Kündigungsfrist bezüglich der Kohlenrutschen zu gewähren.

Bürgermeister: Zum Referate Herr Colleague H r a b a.

41. Referent Gem.-Rath Graba: Zahl 752. Es wird beantragt, dem Herrn Bürgermeister die Ermächtigung zu ertheilen, daß er bis 31. Mai 1901 aus dem Electricitäts-Anlehen nach Maßgabe des Bedarfes Geldmittel entnehmen kann, die dann nach Eingang und nach Möglichkeit wieder zurückerstattet werden.

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Beschluß: Auf Grund des finanziellen Abkommens bezüglich der Begebung des 30-Millionen-Kronen-Anlehens, wonach sich die Länderbank (im Punkte 2) verpflichtet, der Gemeinde Wien einen Vorschuss bis zur Höhe von 30 Percent der der Länderbank zur freien Verfügung überlassenen Obligationen des Electricitäts-Anlehens, das ist einen Betrag von 8,820.000 K zum Course von 98 Percent netto berechnet auf die Dauer von längstens einem Jahre (das ist bis Ende Juni 1901) gegen 4 Percent Zinsen zu gewähren, wird der Herr Bürgermeister, wie dies bereits zu wiederholtenmalen geschehen ist, ermächtigt, in der Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai 1901 beim Eintritte des Bedarfes und nur nach Maßgabe desselben Gelder aus dem vorbezeichneten Vorschusse unter der Bedingung zu entnehmen, daß diese entlehnten Gelder, sobald und insoweit es die Cassabestände bei den eigenen Geldern ermöglichen, wieder an die Länderbank zurückgezahlt werden.

In Ansehung der Auskündigungsfristen der zu entlehnten Gelder haben dieselben Modalitäten zu gelten, welche bezüglich der schwebenden Schuld der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ per 40 Millionen Kronen seinerzeit zwischen der Gemeinde und der Länderbank festgesetzt wurden.

42. Referent Gem.-Rath Graba: Zur Zahl 446 liegt der Antrag vor, einen Zuschusscredit in der Höhe von 64.000 K zu bewilligen. Das ist für die Bezüge des Straßensäuberungspersonales. Hauptsächlich hervorgerufen ist die Überschreitung infolge der stärkeren Schneefälle im vorigen Jahre, und zwar im I. Quartal.

Ich bitte um die Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Beschluß: Bewilligung eines Nachtragscredits von 64.000 K zur Ausgabe-Nubrik XXII 5 b „Bezüge des Straßensäuberungspersonales“ pro 1900.

Bürgermeister: Herr Colleague S c h r e i n e r!

43. Referent Gem.-Rath Schreiner: Zur Zahl 14401 ist der Landwirtschaftliche Bezirksverein Zistersdorf um Bewilligung

gung einer Subvention eingekommen. Sie haben eine Ausstellung gehabt, und zwar eine Weinbau-Ausstellung. Der Termin ist schon verstrichen.

Nachdem es sich um keinen gemeinnützigen Zweck handelt, sind wir nach der bekannten Verwaltungsgerichtshof-Entscheidung nicht in der Lage, eine Subvention zu geben, und wird deshalb die Ablehnung beantragt.

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Derselbe ist angenommen.

Beschluß: Das Ansuchen des Landwirtschaftlichen Bezirksvereines Zistersdorf um Bewilligung einer Subvention wird abgelehnt.

44. Referent Gem.-Rath Schreiner: Zahl 967. Zuschrift der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen vom 16. Jänner 1901, Nr. 312/473, betreffend den Winter-Fahrplan für einige neue Straßenbahnlinien.

Wir haben am 19. December hier im Gemeinderathe den Fahrplan für einige neue Linien genehmigt und die Gesellschaft hat dagegen Einsprache erhoben. Es liegt ein Magistrats-Antrag vor, welcher lautet . . . (Rufe: Nicht verlejen!) Ich will also nur zu Punkt 4 sprechen. Er heißt (liest):

„4. Dieser Fahrplan hat nur bis 30. April 1901 Gültigkeit, und darf die Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen nach dieser Zeit die Linien weiter befahren, wenn ein auf Grund des § 13 des Vertrages genehmigter Sommer-Fahrplan hiezu die Bewilligung ausweist.“

Dieser Antrag ist aus dem Grunde gestellt worden, weil die Bau- und Betriebs-Gesellschaft sonst solche Fahrpläne immer vorlegt, die wir nicht genehmigen können, und wenn wir andere vorschreiben, so führt sie dieselben einfach nicht aus und fährt nach dem alten Fahrplan weiter. Wenn der Antrag angenommen wird, ist sie nicht in der Lage, so weiter zu fahren.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Zifferer contra!

Gem.-Rath Zifferer: Nein, nur zur Einflüchtung, damit die Worte „nur dann“ vor „weiter fahren“ eingeschaltet werden, so daß es heißt (liest):

„ . . . und darf die Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen nach dieser Zeit die Linien nur dann weiter befahren, wenn ein auf Grund des § 13 des Vertrages genehmigter Sommer-Fahrplan hiezu die Bewilligung ausweist.“

Referent: Einverstanden!

Bürgermeister: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag des Stadtrathes mit dem Abänderungs-Antrage des Collegen Zifferer annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Der Gemeinderath nimmt die Zuschrift der Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien vom 16. Jänner 1901, Nr. 312/473, mit folgenden Bemerkungen zur Kenntnis:

1. Die im Gemeinderaths-Beschlusse vom 4. Jänner 1901, Z. 14891 ex 1900, gestellte Forderung bezüglich des früheren Betriebsbeginnes der städtischen Straßenbahnlinie Taborstraße—Engerthstraße ist im

§ 13 des Bau- und Betriebsvertrages begründet, weil diese Linie zum Nordwestbahnhofe führt.

2. Die Verpflichtung der Bau- und Betriebs-Gesellschaft, sämtliche Motorzüge der Straßenbahnlinie Rajumoffskygasse—Sechskrügelgasse—Kochusgasse von der Verbindungsbahnüberziehung am Rennweg während der laufenden Winterfahrplanperiode bis zur Station „Prater-Hauptallee“ zu führen, ist durch den von der Gesellschaft mit Zuschrift vom 19. December 1900, Nr. 11081/12172, vorgelegten und vom Gemeinderathe genehmigten Fahrplane begründet.

3. Die Einwendung der Gesellschaft, daß die vorgelegten und mit dem bezogenen Gemeinderaths-Beschlusse genehmigten Winterfahrpläne bis 30. April 1901 anstatt bis 15. April 1901, zu gelten haben, wird als im Bau- und Betriebsvertrage vom 28. October 1899 begründet anerkannt.

4. Dieser Fahrplan hat nur bis 30. April 1901 Gültigkeit, und darf die Bau- und Betriebs-Gesellschaft für städtische Straßenbahnen nach dieser Zeit die Linien nur dann weiter befahren, wenn ein auf Grund des § 13 des Vertrages genehmigter Sommer-Fahrplan hiezu die Bewilligung ausweist.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Moessen!

45. Referent Gem.-Rath Moessen: Ich habe die Ehre, zur Zahl 722 zu referieren. Es handelt sich um die Genehmigung für die Art der Verlegung für die commissionierte Trace der Kabelleitung für die städtischen Electricitätswerke. Von Seite der Bezirksvertretung Landstraße wird dagegen Einwand erhoben, daß die Kabel nämlich auf derjenigen Seite der Verbindungsbahn-Überbrückung geführt werden, die vom Rennweg zur Fasangasse führt, respective gegen die dadurch bedingte Erhöhung des Gehweges um 15 cm. Die Banleitung bemerkt hiezu, daß diese Erhöhung gerade zur Sicherheit der Passanten beiträgt, und zwar gegen den Fuhrwerksverkehr. Es wird daher der Antrag gestellt, die Vorschläge unverändert anzunehmen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Nagler contra!

Gem.-Rath Nagler: Meine Herren! Ich muß mich ganz entschieden dagegen aussprechen, daß gegen den wohlmotivierten und begründeten Abänderungs-Antrag der Bezirksvertretung Landstraße heute ein Gegen-Antrag in der Sitzung des Gemeinderathes gestellt wird. Die geehrten Herren wissen, daß es sich um eine der gefährlichsten Kreuzungen handelt, welche im III. Bezirke vorhanden sind und der Gemeinderath deshalb über meinen Antrag den Beschluß gefaßt hat, einen Credit von 42.000 fl. zu bewilligen zur Verbreiterung eben dieser Kreuzung der Fasangasse, Ungargasse und des Rennweg.

Die Bezirksvertretung Landstraße hat durchaus nicht leichtfertig an dem Antrage festhalten zu sollen geglaubt, daß die Kabelleitung von der linken auf die rechte Seite — in der Richtung gegen den Schwarzenbergplatz zu — verlegt werden soll, und zwar deswegen, weil an dieser Kreuzungsstelle sämtliche Schulkinder, welche von der Schule in der Fasangasse infolge Überfüllung ausgehult und in die Strohgasse geleitet werden müssen, diese gefährliche Kreuzung zu passieren haben.

Es hat daher der Bezirksvorsteher-Stellvertreter Künaß, um seinem Antrage, der heute amoviert werden soll, mehr Nachdruck zu verleihen, geglaubt, einen eigenen Antrag der Bezirks-

vertretung provocieren zu sollen, und die Bezirksvertretung Landstraße, welche über die Verhältnisse informiert ist, die an dieser gefährlichen Stelle herrschen, hat sich dahin ausgesprochen, daß die leicht mögliche Verlegung dieser Kabel von der linken auf die rechte Seite durchzuführen sei, und daß insbesondere die Breite des Trottoirs von 1 m, bei dem also stets, wenn sich zwei Passanten begegnen, der eine auf die Fahrbahn hinuntersteigen muß, die Begründung für die Verlegung bilde.

Nachdem hier, wo es sich um die körperliche Sicherheit der Passanten und insbesondere so vieler Schulkinder handelt, die materielle Frage, die übrigens nicht sehr wesentlich ist, nicht in Betracht kommen soll, so bitte ich Sie, dem Antrage der Bezirksvertretung als derjenigen Instanz, welche die Verhältnisse des Bezirkes zur Genüge versteht, Rechnung tragen zu wollen und dem Antrage auf Abänderung des Beschlusses der Bezirksvertretung Landstraße vom 29. November 1900 nicht stattzugeben.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Müller contra!

Gem.-Rath Rudolf Müller: Ich unterstütze auf das lebhafteste den Antrag des Herrn Kollegen Nagler, und zwar aus dem Grunde, weil thatächlich die Erhöhung des Trottoirs mehr zur Sicherheit der Passage beitragen würde.

Ich wiederhole, daß die Bezirksvertretung die Sache reiflich überlegt hat, bevor sie diesen Antrag gestellt hat, und daß sie sich bewußt war, daß die Verlegung, beziehungsweise Einbettung des Kabels auf der anderen Seite der Straße kostspielig ist. Nichtsdestoweniger hat sie es für nothwendig gefunden im Interesse der Passage. Hauptächlich wegen der Schulkinder bitte ich, diesen Antrag der Bezirksvertretung nicht abändern zu wollen und den Antrag, wie er hier gestellt ist, abzulehnen.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist dies nicht der Fall.

Der Herr Referent zum Schlussworte.

Referent (zum Schlussworte): Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß das Trottoir nicht um 15 cm erhöht wird und dabei schon hoch liegt, sondern es liegt in der Ebene der Fahrbahn.

Ich bitte, noch zu bemerken, daß die Kosten für das Umlegen in dieser Strecke 5000 K betragen. Es handelt sich hier nur darum, daß das Trottoir dort so hergestellt wird, wie es bei anderen Trottoiren der Fall ist, ferner würde auch die Sache gewiß einen Aufschub erleiden, und es ist doch eine dringliche Angelegenheit, weil wir im Jänner 1902 in Betrieb kommen sollen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Antrag des elektrischen Comité's ist nur bezüglich einer kleinen Strecke ein Gegen-Antrag gestellt worden, nämlich dahingehend, daß bezüglich der Kreuzung der Fasangasse, Ungargasse und Rennweg die Anträge der Bezirksvorstehung Landstraße acceptiert werden sollen.

Ich bringe diesen Gegen-Antrag zuerst zur Abstimmung.

Ich bitte jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Mit den übrigen Anträgen des Stadtrathes sind ja die Herren einverstanden.

Diejenigen Herren, welche dafür stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Der Gemeinderath genehmigt die in den vorgelegten Kabelplänen projectierten Tracen I und II der Hochspannungskabel der städtischen Electricitätswerke, welche die Centrale einerseits mit den Unterstationen Leopold-

stadt und Währing, und andererseits mit den Unterstationen Landstraße, Mariahilf und Rudolfsheim verbinden, im Sinne der commissionellen Bestimmungen vom 8., 10. und 12. October 1900, M.-Z. 107999/V, und vom 19., 21. und 24. November 1900, M.-Z. 119054/V, unter Annahme des Abänderungs-Antrages der Bezirksvorstehung Landstraße vom 29. November 1900, Z. 9154, bezüglich der Kreuzung der Fasangasse, Ungargasse und Rennweg.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Sebastian Grünbeck zum Referate.

46. Referent Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Zahl 14367, Beilage Nr. 16, betrifft die Baulinienbestimmung für einen Theil der Pointengasse und Wallishaußergasse im XVII. Bezirke.

Die Herren haben die Vorlage in Händen. Sie ersehen daraus, daß die Straßenbreite auf 12 m umgeändert werden soll; eine weitere Abänderung betrifft mehrere Vorgärten und sollen diejenigen, bei welchen der Grund mehr abschüssig ist, eine Tiefe von 10 m erhalten, damit die Gebäude einen besseren Fuß haben, jene hingegen, wo mehr Fläche vorhanden ist, nur 5 m Tiefe.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Ich ersuche diejenigen Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) der Antrag ist angenommen.

Beschluß: 1. Die vom Ministerium des Innern seinerzeit genehmigten Baulinien für die Pointengasse im XVII. Bezirke werden in der Strecke von der Grazerhütte abwärts bis zum Hause Dr.-Nr. 36 unter Abänderung der Straßenbreite von 11.38 m auf 12 m nach den in den Originalplänen roth schraffierten Linien A B C D E F G — H' H I K L — L' M und N O P Q R S T U V W W' — X Y Z abgeändert.

2. Für die Wallishaußergasse wird unter Annahme einer Breite von 12 m und unter Berücksichtigung der bestehenden Allee die Baulinie nach den Linien X B₁ und W' A₁ neu genehmigt.

3. Längs sämtlicher Baulinien werden mindestens 5 m tiefe Vorgärten angeordnet.

In der Strecke N O P Q R sind diese Vorgärten mit Rücksicht auf die Höhenlage des Terrains bis auf Maximum 10 m zu verbreitern.

4. Als neue Straßenhöhen haben die im Originalplan: roth eingeschriebenen Coten zu gelten.

5. Die Verbauung hat im Sinne des Gemeinderaths-Beschlusses vom 24. März 1893, M.-Z. 333027 ex 1891, mit einzeln stehenden oder zu Zweien gekuppelten Wohnhäusern zu erfolgen, welche außer einem Parterre oder Tiefparterre höchstens noch zwei Obergeschosse enthalten. Höher ragende Thürme, Giebel etc. sind gestattet. Die Seitenabstände dieser Wohnhäuser von den Nachbargrenzen sind durch den Gemeinderaths-Beschluß vom 3. März 1899, M.-Z. 178091 ex 1898, festgelegt. Gekuppelte Wohnhäuser sind im allgemeinen mit einheitlicher Flucht herzustellen, damit von der Straße aus keine Feuermauern sichtbar werden. Der Abschluß der Vorgärten gegen die Straße zu hat mit eisernen Gittern auf gemauerten Sockeln, welche im Maximum eine Höhe von 1.5 m erhalten dürfen,

zu erfolgen. Größere Niveauunterschiede zwischen dem Straßen- und Bauniveau als 1.5 m sind durch Böschchen des Vorgartens zu überwinden.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Riffaweg wird das Referat für Herrn Gem.-Rath Braun erstatten zur Zahl 1439.

47. Referent Gem.-Rath Riffaweg: Zur Zahl 14390 handelt es sich um die Fassung eines Gemeinderaths-Beschlusses bezüglich Beilegung von Leichen in Gräber und Grüfte, welche bereits mit der nach der betreffenden Friedhofsordnung zulässigen Anzahl von Leichen belegt sind.

Es hat sich der Fall ereignet, und zwar im Friedhofe des XI. Bezirkes, daß von Seite des magistratischen Bezirksamtes über derartige Ansuchen Leichen beigelegt wurden, und daß die Kosten hiefür nach der alten bestehenden Friedhofsordnung berechnet wurden.

In der Regel kommt ein derartiges Ansuchen, wenn schon das Grab oder die Gruft vollzählig belegt ist und noch bezüglich eines einzelnen Familienmitgliedes gewünscht wird, daß es dort noch beigelegt wird, erst kurz nach eingetretenem Tode und soll von heute auf morgen erledigt werden.

In solchen Fällen kommt der Stadtrath schwer in die Lage, zu entscheiden, und daher ist es nothwendig, den Magistrat zu beauftragen, daß er derartige Erledigungen im eigenen Wirkungsbereiche veranlasse.

Bürgermeister: Die Herren haben ohnehin den Antrag in Händen. Jene Herren, welche dafür stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Der Magistrat wird ermächtigt, auf allen städtischen Friedhöfen die Beilegung weiterer Leichen in Gräber und Grüfte, welche bereits mit der nach den Bestimmungen der betreffenden Begräbnis- und Gräberordnung zulässigen Zahl von Leichen belegt sind, falls es die räumlichen Verhältnisse gestatten und das Stadtphysikat aus sanitären Gründen keine Bedenken erhebt, gegen Einhebung einer Beilegegebühr von 50 K bei eigenen Gräbern und von 100 K bei Grüften zu gestatten.

Bürgermeister: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen; es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um $\frac{3}{4}$ 9 Uhr abendz.)

Beschluß-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der
I. I. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien
vom 25. Jänner 1901.

Vorsitz: **Bürgermeister Dr. Lueger.**

1. (333.) Gem.-Rath Tomola beantragt, es sei der Marie Nessel, Diurnistenswitwe, eine Gnadengabe von jährlich 240 K auf die Dauer vom 1. November 1900 bis Ende des Jahres 1902, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung zu verleihen. (Angenommen.)

2. (616.) Derselbe beantragt, es sei der Marie Kämmerer, Witwe nach dem technischen Beamten Rudolf Kämmerer, unter gnadenweiser Anwendung der Pensionsvorschrift für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien eine jährliche Witwenpension von 1200 K vom 1. December 1900 an zu verleihen.

(Angenommen.)

3. (331.) Derselbe beantragt für Wilhelmine Baader, Gattin des gewesenen Executionsamts-Accessisten Ludwig Baader den Fortbezug der Gnadengabe im bisherigen Ausmaße auf die Dauer eines Jahres, eventuell bis zur früheren Erlangung eines Dienstpostens seitens des Gatten. (Angenommen.)

4. (330.) Derselbe beantragt, es sei dem Franz Gossmann, städtischen Straßenarbeiter, eine jährliche Pension von 528 K als Gnadengabe für die Zeit vom 1. December 1900 bis Ende des Jahres 1903, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden Versorgung zu verleihen. (Angenommen.)

5. (618.) Derselbe beantragt, es sei der Anna Lehninger Diurnistenswitwe, eine jährliche Gnadengabe von 360 K vom 1. November 1900 bis Ende des Jahres 1902, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu verleihen. (Angenommen.)

6. (617.) Derselbe beantragt, es sei der Sophie Nowak, städtische Amtsdienerswaise, eine jährliche Gnadengabe von 240 K bis Ende des Jahres 1903, eventuell bis zu einer früher eintretenden Versorgung zu verleihen. (Angenommen.)

7. (668.) Derselbe beantragt, es sei den mit Stadtraths-Beschluß vom 22. Jänner 1901 ernannten fünf städtischen Bauadjuncten die im § 9, Absatz 3 der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten vorgeschriebene Wartezeit von sechs Monaten nachzusehen. (Angenommen.)

8. (614.) Gem.-Rath Graba referiert über eine Personal-Angelegenheit (Gehaltsvorschuß). (Angenommen.)

9. (15191 ex 1900.) Gem.-Rath Oppenberger beantragt für Leopold Kenda, Sohn des verstorbenen Diurnisten Kenda, die Bewilligung einer Gnadengabe von jährlich 240 K vom 16. November 1900, dem Einstellungstage des Diurnums, an bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, d. i. bis 5. October 1902. (Angenommen.)

10. (627.) Gem.-Rath Fiedler referiert über eine Eingabe des Karl August und Dominik Artaria um Festsetzung der Schadloshaltung für die Grundabtretung beim Umbau des Hauses Dr.-Nr. 9 Kohlmarkt, I. Bezirk, Einl.-Z. 627, und beantragt, es sei die Schadloshaltung für den beim Umbau des Hauses Dr.-Nr. 9 Kohlmarkt, I. Bezirk, Einl.-Z. 627, zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von circa 40 m² mit dem Betrage von 520 K per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bezirksvertretungen.

(XVIII. Gemeindebezirk, Währing.)

Protokoll

der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung des
XVIII. Bezirkes, Währing, vom 28. December 1900.

Vorsitzender: **Bezirksvorsteher Anton Baumann.**

Berlesung des Einlaufes.

Referate.

St.-R. Schiner beantragt, dem Antrage der Vertretung des IX. Bezirkes wegen Einführung von Zweiheller-Postkarten für den Wiener Localverkehr beizutreten.

Einmütig angenommen.

Derselbe referiert über den Antrag der Vertretung des III. Bezirkes wegen Aufrechthaltung der bisher geltenden Zinstermine und beantragt die Zustimmung.

Einmütig angenommen.

(VI. Gemeindebezirk, Mariahilf.)

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung
Mariahilf vom **8. Jänner 1901.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **F. J. Schadek.**

Die Sitzung wird um 5 Uhr eröffnet.

Das Protokoll der XI. öffentlichen Sitzung vom 11. December 1900 wird verlesen und verificiert.

Einläufe.

(4959.) Zuschrift der Bezirksvorstehung Hernals puncto Unbelstände bei der Beförderung der Kohlen in plombierten Säcken.

Zustimmung.

(5492.) Zuschrift der Bezirksvorstehung Landstraße vom 18. December 1900, B. 12369, puncto Verhinderung der Änderung der bestehenden Zahlungstermine.

Zustimmung.

(144.) Zuschrift der Bezirksvorstehung Alsergrund puncto Einführung von Localpostkarten zu 2 h in Wien.

Zustimmung.

(5569.) Schreiben der Bezirksvorstehung Fünfhaus puncto Einführung der mitteleuropäischen Zeit in Wien.

Hierüber wird zur Tagesordnung übergegangen.

(5527.) Schreiben elischer Hausbesitzer der Grabnergasse puncto Fortsetzung der Grabnergasse in der Richtung zur Revillebrücke.

Wird zur Kenntnis genommen und die Entscheidung bis auf weiteres vertagt.

Der **Vorsitzende** theilt mit, dass Anna Pressl für die Armen des Bezirkes 1000 Loib Brot gespendet hat.

Hierüber wird beschlossen, den wärmsten Dank auszusprechen.

Anträge.

B.-H. Fraunberger stellt folgenden Antrag:

Mit Rücksicht darauf, dass die Ausbreitung der Großindustrie durch Gründung von Filialen in den einzelnen Bezirken den Kleingewerbetreibenden eine geradezu erdrückende Concurrenz schafft, welche den Ruin manchen kleinen Geschäftsmannes herbeiführte, beantragt derselbe, der Gemeinderath wolle im Petitionswege dahin wirken, dass durch Änderung der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen der allzu großen Ausbreitung der großindustriellen Betriebe durch Gründung von Filialen Einhalt gethan werde; im Falle der Annahme dieses Antrages ist der Beschluss sämmtlichen Bezirksvertretungen zur Stellungnahme zu übermitteln.

Angenommen.

B.-H. Reimer beklagt, dass nach den bestehenden Normen der bei Ablefung der Wassermesser sich ergebende Mehrverbrauch über das zugemessene Wasserquantum bezahlt werden müsse, während im Falle eines Wasserminderverbrauches keine Rückvergütung stattfindet, und beantragt, das Regulativ für die Abgabe von Wasser aus der Hochquellenleitung sei dahin abzuändern, dass die Hauseigentümer nur jenes Wasserquantum zu bezahlen haben, welches sie tatsächlich verbraucht haben.

B.-H. Weiß schließt sich diesem Antrage an und präcisirt denselben dahin, es hätte wie bisher die Ablefung der Wassermesser

vierteljährig zu geschehen, um eventuelle Wasserleitungsgebrechen constatieren zu können; die Abrechnung mit den Consumenten habe aber jährlich stattzufinden.

Beide Anträge angenommen.

(XV. Gemeindebezirk, Fünfhaus.)

Protokoll

der ordentlichen öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus vom **15. Jänner 1901.**

Vorsitzender: Bezirksvorsteher **Dr. Josef Mattis.**

Der **Vorsitzende** gibt bekannt, dass er in Angelegenheit des Aufsehen erregenden Zwischenfalles bei der Wahl am 14. Jänner 1901 in der II. Section des XV. Bezirkes das Erforderliche veranlasst habe.

Einläufe.

(3364.) Mittheilung des Magistrates, dass dem Obmann-Stellvertreter, sowie dem Cassier des Armeninstitutes für den XV. Bezirk, Heinrich Perna und Leopold Eschböck, vom Gemeinderathe die goldene Salvator-Medaille verliehen wurde.

Wird mit Beifall zur Kenntnis genommen.

(3307.) Dank des neuernannten Pfarrers von Fünfhaus, Hochwürden Stephan Rosenberger, für den ihm von der Bezirksvertretung Fünfhaus bei seiner feierlichen Installation bereiteten ehrenvollen Empfang.

Zur Kenntnis.

(3306.) Antrag der Bezirksvertretung Landstraße, es sei der Wiener Gemeinderath zu ersuchen, mit allen ihm zugebote stehenden Mitteln die Änderung der jetzt bestehenden Zinszahlungstermine zu verhindern.

Beschluss: Die Bezirksvertretung Fünfhaus schließt sich diesem Antrage vollinhaltlich an.

(79.) Zuschrift des Wiener Magistrates, betreffend die Vermehrung des Stellwagenverkehrs in der Strecke Goldschlagstraße—Burggasse—Innere Stadt.

Wird mit Beifall zur Kenntnis genommen.

(81.) Wiener Magistrat, betreffend das Sinken der Ergiebigkeit der Quellen im Gebiete der Hochquellenleitung.

Der **Vorsitzende** richtet an die Mitglieder der Bezirksvertretung das Ersuchen, in ihrem Bekanntenkreise darauf hinzuwirken, dass beim Verbrache des Wassers aus dieser Leitung die größte Sparsamkeit entwickelt werde.

(82.) Wiener Magistrat, betreffend Bekanntgabe der vom Wiener Gemeinderathe zu ernennenden Personen, welche der Militärarzt-Bemessungs-Commission für den XV. Bezirk anzugehören haben.

Es werden in Vorschlag gebracht als Mitglieder die B.-H. Hermann Holzwarth und Anton Morigl; als Ersatzmann B.-H. Franz Neuner.

(62.) Der Wiener Magistrat gibt bekannt, dass der Stadtrath den im Jahre 1898 von der Bezirksvertretung Fünfhaus gestellten Antrag, dass die Bezirksräthe Abzeichen erhalten, welche sie als Functionäre der Gemeinde kennzeichnen, abgelehnt habe.

Zur Kenntnis.

(78.) Wiener Magistrat, betreffend Vornahme der Wahl des zweiten Ersatzmannes für den Ortschaftsrath des XV. Bezirkes.

Es wird B.-H. Franz Neuner zum zweiten Ersatzmann für den Ortschaftsrath des XIV. Bezirkes gewählt.

Allgemeine Nachrichten.

Nachweis

der Steuereingänge im IV. Quartale 1900

bei den städtischen Steueramts-Abtheilungen für die Bezirke I bis XIX.

Landesfürstliche Steuern	24,032.583	K 40 h
Landesumlagen	5,368.121	" 44 "
Städtische Umlagen	10,886.393	" 50 "
Gewölbwache-Beiträge	32.608	" 34 "
Handelskammer-Beiträge	119.940	" 53 "
Gewerbeschul-Beiträge	73.123	" 90 "
Contocorrent- und Interims-Empfang	2,250.907	" 28 "

Summe der Brutto-Empfänge . 42,763.678 K 39 h

Davon nach Gattungen:

Grundsteuer sammt Zuschlägen	123.910	K 74 h
Hauszinssteuer sammt Zuschlägen	19,275.483	" 05 "
Erwerbsteuer sammt Zuschlägen	42.712	" 60 "
Einkommensteuer sammt Zuschlägen	209.401	" 35 "
Allgemeine Erwerbsteuer sammt Zuschlägen	3,686.276	" 40 "
Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterliegenden Unternehmungen sammt Zuschlägen	8,702.024	" 28 "
Rentensteuer sammt Zuschlägen	830.868	" 91 "
Personal-Einkommensteuer	6,837.066	" 58 "
Besoldungssteuer sammt Zuschlägen	627.521	" 45 "
Strafen für das Ärar	10.062	" 92 "
Strafen für die Commune	2.111	" — "
Zinsen für das Ärar	83.653	" 79 "
Zinsen für die Commune	20.578	" 59 "
Executionengebühren für die Commune	61.099	" 45 "
Contocorrent- und Interims-Empfang	2,250.907	" 28 "

Summe . 42,763.678 K 39 h

Hievon ab den Betrag von 4,465.335 K 03 h

(Dieser Betrag besteht aus Übertragungen von Zahlungen eines Steuerjahres auf ein anderes, aus baren, an Steuerträger geleisteten Erträgen von zu viel bezahlten Steuerbeträgen und aus den Contocorrent- und Interims-Ausgaben.)

Somit verbleibt ein reiner Empfang an directen Staatssteuern sammt Umlagen und Nebengebühren per . . . 38,298.343 " 36 "

Diese Summe der reinen Empfänge im VI. Quartale 1900 per . . . 38,298.343 K 36 h

ergibt gegenüber der Summe der reinen Empfänge in der gleichen Periode des Vorjahres per . . . 37,507.481 " 74 "

eine Zunahme von 790.861 K 62 h

Nachweis

der Steuereingänge im Jahre 1900

bei den städtischen Steueramts-Abtheilungen für die Bezirke I bis XIX.

Landesfürstliche Steuern	81,514.547	K 82 h
Landesumlagen	19,986.588	" 14 "
Städtische Umlagen	41,342.135	" 38 "
Gewölbwache-Beiträge	120.296	" 86 "
Handelskammer-Beiträge	433.073	" 86 "
Gewerbeschul-Beiträge	265.323	" 96 "
Contocorrent- und Interims-Empfang	8,148.352	" 30 "
Summe der Brutto-Empfänge	151,810.318	K 32 h

Davon nach Gattungen:

Grundsteuer sammt Zuschlägen	311.819	K 51 h
Hauszinssteuer sammt Zuschlägen	75,823.491	" 82 "
Erwerbsteuer sammt Zuschlägen	177.658	" 32 "
Einkommensteuer sammt Zuschlägen	344.678	" 56 "
Allgemeine Erwerbsteuer sammt Zuschlägen	13,382.115	" 92 "
Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen sammt Zuschlägen	31,496.142	" 14 "
Rentensteuer sammt Zuschlägen	2,458.526	" 39 "
Personal-Einkommensteuer	17,817.873	" 44 "
Besoldungssteuer sammt Zuschlägen	1,230.209	" 64 "
Strafen für das Ärar	22.638	" 43 "
Strafen für die Commune	6.951	" 20 "
Zinsen für das Ärar	285.707	" 32 "
Zinsen für die Commune	70.055	" 45 "
Executionengebühren für die Commune	234.097	" 88 "
Contocorrent- und Interims-Berrechnung	8,148.352	" 30 "

Summe . 151,810.318 K 32 h

Hievon ab den Betrag von 12,329.025 K 47 h

(Dieser Betrag besteht aus Übertragungen von Zahlungen eines Steuerjahres auf ein anderes, aus baren, an Steuerträger geleisteten Erträgen von zu viel bezahlten Steuerbeträgen und aus den Contocorrent- und Interims-Ausgaben.)

Somit verbleibt ein reiner Empfang an directen Staatssteuern sammt Umlagen und Nebengebühren per . . . 139,481.292 " 85 "

Diese Summe der reinen Empfänge im Jahre 1900 per 139,481.292 K 85 h

ergibt gegenüber der Summe der reinen Empfänge im Jahre 1899 per . . . 133,802.562 " 89 "

eine Zunahme von 5,678.729 K 96 h

(Ein Verordnungsblatt des k. k. Ministeriums des Innern mit einem Beiblatt für die Angelegenheiten der staatlichen Veterinärverwaltung.) Zu der nächsten Zeit wird ein Verordnungsblatt für den Dienstbereich des Ministeriums des Innern sammt einem Beiblatt für die Angelegenheiten der staatlichen Veterinärverwaltung zur Ausgabe gelangen.

Durch die Begründung dieses Blattes sollen die Zwecke der politischen Verwaltung, mittelbar aber auch die Interessen der Bevölkerung, sofern dieselben an der Organisation und Einrichtung der staatlichen Administrativbehörden beteiligt sind, nach mehrfachen Richtungen eine Förderung erfahren.

Das Verordnungsblatt, das zunächst den Zweck verfolgt, den dem Ministerium des Innern unterstehenden Behörden die verlässliche Grundlage zu einer raschen und sicheren Rechtsprechung, zu einer von klaren Zielen geleiteten Verwaltung zu bieten, und welchem demgemäß die Aufgabe zufällt, ein Organ für die gesammte politische Verwaltung zu werden, wird in seinen Spalten alle dieses Ressort betreffenden, im Reichsgesetzblatte zur Verkantbarung gelangenden Gesetze und Verordnungen vollinhaltlich, dagegen solche, welche die politische Verwaltung nur theilweise oder mittelbar berühren, in den hiernach in Betracht kommenden Stellen auszugsweise wiedergegeben.

Gleichzeitig wird in demselben auch das Erscheinen neuer, die politische Verwaltung betreffender Landesgesetze für die einzelnen im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder angezeigt werden.

Es wird ferner beabsichtigt, das Blatt gleichzeitig zu einer vollständigen Sammlung der vom Ministerium des Innern herausgegebenen Normalien auszugestalten.

Die Absicht, im Interesse der Parteien sowohl die Sicherheit als die Schnelligkeit der Rechtsdurchsetzung zu erhöhen, bestimmte das Ministerium des Innern in den Organisationsplan des Verordnungsblattes auch eine Sammlung von Judicaten des Reichsgerichtes, des Verwaltungsgerichtshofes, des Obersten Gerichts- und Cassationshofes, sowie des Ministeriums des Innern aufzunehmen.

Unter der Rubrik „Verschiedene Mittheilungen“ wird das Verordnungsblatt das politische Ressort berührende Verfügungen anderer Ministerien, Auszüge aus Sitzungs-Protokollen, Nachrichten über intern-organisatorische Einrichtungen, über die Einbringung wichtiger Gesetzesvorlagen in den parlamentarischen Körperschaften, sowie über die weiteren Stadien ihrer verfassungsmäßigen Behandlung, über bemerkenswerte Gesetze und Einrichtungen des Auslandes, namentlich auf wirtschafts- und socialpolitischen Gebiete ferner statistische Daten, Literaturanzeigen u. s. w. enthalten.

Endlich werden die im Verordnungsblatte erscheinenden Personalnachrichten (Auszeichnungen, Ernennungen, Diensteszuweisungen zc.), sowie Concursausreibungen über erledigte Beamtenstellen den Lesern aus amtlichen Berufskreisen eine gewiß willkommene Informationsquelle bieten.

Ein besonderes Beiblatt des Verordnungsblattes des k. k. Ministeriums des Innern wird speciell den Angelegenheiten der staatlichen Veterinärverwaltung gewidmet sein.

Dasselbe gelangt getrennt vom Hauptblatte zur Ausgabe und wird auf dasselbe auch eine selbständige Pränumeration eröffnet werden.

Die Pränumerationsbedingungen sind folgende:

A. Auf das Verordnungsblatt des k. k. Ministeriums des Innern sammt Beiblatt:

Für Behörden, öffentliche Ämter und deren Beamte jährlich 4 K
Für sonstige Pränumeranten jährlich 5 "

B. Auf das Beiblatt allein:

Für Behörden, öffentliche Ämter und deren Beamte jährlich 3 K
Für sonstige Pränumeranten jährlich 4 "

Pränumerationsanmeldungen werden beim k. k. Postzeitungsamte in Wien, bei sämmtlichen k. k. Postämtern, sowie bei den k. k. Bezirkshauptmannschaften entgegengenommen.

Einzelne Nummern des Verordnungsblattes sammt Beiblatt sind zum Preise von 40 h, des Beiblattes allein zum Preise von 30 h bei der k. k. Staatsdruckerei erhältlich.

Approvisionnement-Angelegenheiten.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 20. bis 26. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	302.359 kg	Davon aus:	
		Wien	171.880 kg
		dem sonst. Niederösterreich	27.152 "
		Oberösterreich	1.423 "
		Böhmen	177 "
		Mähren	14.698 "
		Galizien	71.158 "
		Ungarn	14.753 "
		Bukowina	1.123 "
Kalbfleisch	21.366 "	Davon aus:	
		Wien	4.168 kg
		dem sonst. Niederösterreich	185 "
		Oberösterreich	61 "
		Mähren	509 "
		Galizien	16.217 "
		Ungarn	226 "
Schafffleisch	5.676 "	Davon aus:	
		Wien	1.787 kg
		Niederösterreich	91 "
		Mähren	50 "
		Galizien	3.543 "
		Ungarn	205 "
Schweinefleisch	148.623 "	Davon aus:	
		Wien	51.076 kg
		dem sonst. Niederösterreich	2.662 "
		Mähren	3.731 "
		Galizien	72.622 "
		Ungarn	17.676 "
		Croatien	856 "
Kälber	1.711 Stück	Davon aus:	
		Wien	284 "
		dem sonst. Niederösterreich	23 "
		Oberösterreich	2 "
		Mähren	182 "
		Galizien	1.250 "
		Ungarn	20 "

Schafe	139 Stück	Davon aus:	
		Wien	119 St.
		dem sonst. Niederösterreich	11 "
		Mähren	2 "
		Galizien	2 "
		Ungarn	5 "
Schweine	940 "	Davon aus:	
		Wien	130 St.
		dem sonst. Niederösterreich	35 "
		Mähren	35 "
		Galizien	736 "
		Ungarn	4 "
Lämmer	31 "	Davon aus:	
		Wien	5 St.
		Mähren	1 "
		Ungarn	25 "

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	{	Siedfleisch	von K —48 bis	1.48	per Kg.
		Rostbraten u. Nieden " " "	1.10 "	1.80 "	" "
Kalbfleisch		" " "	—50 "	1.40 "	" "
Schafffleisch		" " "	—56 "	1.04 "	" "
Schweinfleisch		" " "	—80 "	1.36 "	" "
Kälber		" " "	—68 "	1.16 "	" "
Schafe		" " "	—64 "	—94 "	" "
Schweine		" " "	—74 "	1.08 "	" "
Lämmer		" " "	16— "	20— "	per Paar.

Die Zufuhr an Fleischwaren war schwächer als in der Vorwoche, die Tendenz infolge der ungünstigen Witterung äußerst flau; Kälber und Schafe wurden um 6 h, Schafffleisch um 8 h, Kalbfleisch um 10 h per Kilogramm billiger, hingegen Schweinfleisch um 8 h per Kilogramm theurer verkauft als in der Vorwoche.

* * *

Der tägliche Fleischmarkt: Markthalle Währingergürtel.

In der Markthalle Währingergürtel eingelangte Fleischwaren vom 20. bis 26. Jänner 1901.

1. Fleischsendungen.

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	5.927 kg	Davon aus:	
		Wien	5.711 kg
		Galizien	216 "
Kalbfleisch	126 "	Davon aus:	
		Wien	92 "
		Galizien	34 "
Schafffleisch	59 "	Davon aus:	
		Wien	59 "
Schweinfleisch	2.878 "	Davon aus:	
		Wien	2.878 "
Kälber	45 Stück	Davon aus:	
		Wien	43 St.
		Galizien	2 "
Schweine	35 "	Davon aus:	
		Wien	35 "

2. Preisbewegung.

Rindfleisch	{	Siedfleisch	von K —80 bis	1.28	per Kg.
		Rostbraten u. Nieden " " "	1.28 "	1.32 "	" "
Kalbfleisch		" " "	—70 "	1.28 "	" "
Schafffleisch		" " "	—80 "	1.08 "	" "
Schweinfleisch		" " "	—96 "	1.60 "	" "
Schweine		" " "	— " "	1— "	" "

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche in Rindfleisch um 2110 kg stärker. Infolge der bedeutend stärkeren Zufuhr wurde Rindfleisch (Borderes) um 8 h billiger verkauft. Alle übrigen Fleischwaren behaupteten bei sehr lebhafter Tendenz die vorwöchentlichen Preise.

* * *

Pferdemarkt vom 25. Jänner 1901.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 456 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 200—850 K per Stück
 " Schlachtpferde 36—180 " " "

Der Markt war lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 28. Jänner 1901

(einschließlich des Contumazmarktes vom 26. Jänner 1901).

1. Gesamtauftrieb: 5197 Stück, und zwar:

Mastvieh	3953 Stück
Beinvieh	1244 "
Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen	
Donnerstagmarke	306 "

Dieser Gesamtauftrieb zerfällt in:

Ochsen	3622 Stück	Rühe	804 Stück
Stiere	694 "	Büffel	77 "

Provenienz des Gesamtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone	3440 Stück
" Galizien	1004 "
" dem sonstigen Österreich	748 "
" dem Auslande	5 "

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht:

Aus und über Ungarn:

Ochsen I. Qualität	von 70 bis 84 K (extrem bis 85 K)
" II. "	60 " 69 "
" III. "	52 " 59 "

Aus und über Galizien:

Ochsen I. Qualität	von 70 bis 76 K (extrem bis 80 K)
" II. "	62 " 69 "
" III. "	52 " 61 "

Aus anderen Ländern:

Ochsen I. Qualität	von 76 bis 84 K (extrem bis — K)
" II. "	66 " 75 "
" III. "	58 " 65 "
Stiere	von 52 bis 64 K (extrem bis 68 K)
Rühe	50 " 62 " (" " 70 ")
Büffel	32 " 45 " (" " 50 ")
Beinvieh	34 " 52 "

b) Preis per Stück:

Beinvieh von 71 bis 190 K.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3970 Stück
„ „ „ „ auswärts	709 „
Unverkauft blieben	518 „

Außer dem Markte, jedoch mit Berührung des-
selben, wurden in der Woche vom 20. bis 26. Jänner
1901 für Wien angekauft 465 „

Gegen den letzten Montagmarkt wurden um 214 Stück mehr
aufgetrieben. Bei sehr schleppendem Verkehre sind die Preise für
Hochprimaorten behauptet geblieben; alle übrigen Qualitäten
waren um 1 bis 2 K, im späteren Marktverlaufe auch bis 3 K
billiger. Auch Stiere waren um gut 2 K per Metercentner billiger.

* * *

**Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche
Producte in Wien vom 26. Jänner 1901.**

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 74—81 kg) von	7 K 55 h bis 8 K 50 h
Roggen („ „ 1 „ 71—75 „) „	7 „ 70 „ „ 8 „ 05 „
Gerste	5 „ 75 „ „ 9 „ 75 „
Mais	5 „ 55 „ „ 6 „ 70 „
Hafer	6 „ — „ „ 7 „ — „

(per 50 Kilogramm).

b) Mahlproducte.

Grieff	von 12 K 80 h bis 14 K 10 h
Weizenmehl, Wiener Type	7 „ 90 „ „ 13 „ 70 „
Futtermehl	5 „ 60 „ „ 6 „ 10 „
Roggenmehl	8 „ 70 „ „ 13 „ 50 „
Weizenkleie	4 „ 65 „ „ 4 „ 80 „
Roggenkleie	5 „ 10 „ „ 5 „ 20 „

(per 50 Kilogramm).

* * *

Kundmachungen, betreffend den Viehverkehr.

— Kundmachung der k. k. n.ö. Statthalterei vom 20. De-
zember 1900, Z. 115005, betreffend den Verkehr mit Klauen-
thieren aus dem Occupationgebiete nach Niederösterreich.
(M. Z. 130882/XV.) Enthaltten im Amtsblatte der „Wiener
Zeitung“ vom 21. December 1900, Nr. 291.

— Kundmachung der k. k. Statthalterei für Niederösterreich
vom 29. December 1900, Z. 117491, betreffend das Verbot der
Einfuhr von Rindern aus den von der Lungenseuche betroffenen
Gebieten des Deutschen Reiches. (M. Z. 386/XV.) Enthaltten im
Amtsblatte der „Wiener Zeitung“ vom 30. December 1900, Nr. 297.

— Kundmachung der k. k. Statthalterei für Niederösterreich
vom 4. Jänner 1901, Z. 80, betreffend den für das I. Quartal
1901 festgestellten Werttarif für lebende Rutschweine und den
für den Monat Jänner 1901 geltenden Entschädigungspreis für
Schlachtweine. (M. Z. 1207/XV.) Enthaltten im Amtsblatte
der „Wiener Zeitung“ vom 5. Jänner 1901, Nr. 4.

— Kundmachung der k. k. Statthalterei für Niederösterreich
vom 8. Jänner 1901, Z. 1986, betreffend die Einfuhr von
Vieh und Fleisch aus den Ländern der ungarischen Krone nach
Niederösterreich. (M. Z. 2114/XV.) Enthaltten im Amtsblatte der
„Wiener Zeitung“ vom 9. Jänner 1901, Nr. 7.

— Kundmachung der k. k. Statthalterei für Niederösterreich
vom 14. Jänner 1901, Z. 3848, betreffend veterinärpolizeiliche
Verfügungen in Betreff der Einfuhr von Vieh aus Ungarn und
Croatien-Slavonien nach den im Reichsrathe vertretenen König-
reichen und Ländern. (M. Z. 3834/XV.) Enthaltten im Amtsblatte
der „Wiener Zeitung“ vom 15. Jänner 1901, Nr. 12.

— Kundmachung der k. k. Statthalterei für Niederösterreich
vom 15. Jänner 1901, Z. 3894, betreffend das Verbot der
Einfuhr von Rindern aus den von der Lungenseuche betroffenen
Gebieten des Deutschen Reiches. (M. Z. 4181/XV.) Enthaltten
im Amtsblatte der „Wiener Zeitung“ vom 16. Jänner 1901,
Nr. 13.

Städtisches Lagerhaus.

Vom 17. bis 24. Jänner 1901.

Waren eingelagert	24.010 Meter-Centner
„ „ „ „ ausgelagert	49.537 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf
12.258 Meter-Centner.

Lagerstand vom 24. Jänner 1901: 370.717 Meter-Centner, und zwar:

125.206 Meter-Centner Weizen,	61.732 Meter-Centner Roggen,
56.623 „ „ Gerste,	62.518 „ „ Hafer,
8.303 „ „ Mais,	530 „ „ Dlsaaten,
13.130 „ „ Mehl u. Kleie,	2.887 „ „ Wein,
4.700 „ „ Zucker,	4.735 Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Affecuranzwert dieser Waren stellte sich auf 6.550.660 K.

Städtisches Arbeitsvermittlungsamt Wien

XV., Neubaugürtel 38 (Hotel Wimberger).

Bermittlungsthätigkeit vom 19. bis 25. Jänner 1901.

Borgemerkt wurden Arbeitsuchende .	1250 und 73 als Lehrlinge.
Angemeldet wurden freie Plätze . .	686 „ 76 für „
Bermittelt wurden freie Stellen . .	661 „ 43 Lehrlinge.

Aufnahme von Arbeitskräften.

Männliche: Aufpapper, Sattler, der Wagenlactieren und
Beschneiden kann, auswärts, Kappenschirmmacher nach Ungarn,
Kammacher nach Ungarn, Buchbinder auswärts, Korbflechter,
Billardqueuearbeiter, Billardmonteur nach Ungarn, Messerschmiede,
Roßhaarspinner.

Weibliche: Näherinnen aller Art.

Lehrlinge werden mit Ausnahme von Mechanikern und
Maschinenschlossern in allen Branchen gesucht.

Angebot von Arbeitskräften.

Männliche: Eisen- und Metallgießer und Former, Schlosser,
Spengler, Eisen- und Metalldreher, Maschinenschlosser und Monteure,
verschiedene Tischler, Tapezierer und Decorateure, Schneider,
Seldher, Maschinisten, Heizer, Geschäfts- und Bureaudiener, Kutscher
aller Arten, Tagelöhner und Hilfsarbeiter aller Arten.

Weibliche: Metall-Hilfsarbeiterinnen aller Art, Binderinnen,
Spulerinnen, Blumenmacherinnen, Wäscherinnen, Buchbinderei-
Arbeiterinnen, Cartonagearbeiterinnen, Bedienerinnen, Personal für
das Schaufgewerbe, Fabrikarbeiterinnen aller Arten.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der
Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. —
Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäfts-
nummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

**Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:
vom 24. bis 28. Jänner 1901.**

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Unterberg- und Karajangasse, Einf.-Z. 4129 und 4130,
von Heinrich Weiner, Wintergasse 29, Bauführer F.
Bernert (480).

- IV. Bezirk: Haus, Allee-gasse 48, von Victor, Alfred und Johann Schmidt, Goldegggasse 29, Bauführer E. Frauenfeld (531).
- IX. Bezirk: Haus, Alserstraße 63, von Karl und Marie Buchinger, Bauführer E. Mayer (494).
- " " Haus, Mariannengasse 2, von A. Schwarz & B. Schwarz, Bauführer F. Grünbeck (510).
- XII. Bezirk: Einhöckiges Wohnhaus, Unter-St. Veit, Einl.-Z. 38, von Hermann Zapf und Eleonore Fuld, Bauführer Anton Trilljam (2279).
- XIX. Bezirk: Wohnhaus, Ober-Döbling, Gymnasiumstraße, Einl.-Z. 1212, von Johann Freitag, IX., Lößlichgasse 1, Bauführer derselbe (2003).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Tieser Graben 2, Am Hof 6, von der k. l. priv. österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe (471).
- " " Wipplingerstraße 13, Judenplatz 9, von der Österreichischen Central-Bodencreditbank, Bauführer E. Michna (511).
- " " Schottengasse 1, von der Allgemeinen Depositenbank, Bauführer E. Frauenfeld (515).
- II. Bezirk: Schüttelstraße 77, von Salomon Kaufmann, Bauführer L. Popp (456).
- " " Obere Donaustraße 37, von Johann Krottenthaller, Maurermeister (487).
- III. Bezirk: Eslerngasse 10, von Paul und Wilhelm Schedifka (463).
- " " Klimeschgasse 14, von Rudolf Döbler, Bauführer F. Wischmann (482).
- " " Landstraße Hauptstraße 128, von Aug. Friedl, Bauführer F. Protop (486).
- " " Landstraße Hauptstraße 69, von Ludwig Anger, Bauführer F. Schweiger (526).
- IV. Bezirk: Karolinengasse 29, von Georg Hana, Bauführer E. Stöger (493).
- V. Bezirk: Magleinsdorferstraße 44, von Alois Karlik, Bauführer A. Niederdorfer (474).
- " " Schönbrunnerstraße 131, von David Falticzek, Bauführer M. Draxelmayer (479).
- VII. Bezirk: Kirchengasse 43, von Franz Dworschak, Bauführer Karl Kraus (512).
- " " Kaiserstraße 62, von Rudolf Hermann, Baumeister (523).
- IX. Bezirk: Währingerstraße 58, von Emma Heyrovsky, Bauführer Ed. Frauenfeld (483).
- XVI. Bezirk: Neulerchensfeld, Koppstraße 67, von Wenzel und Anna Martin (4541).
- XIII. Bezirk: Ober-St. Veit, Anhofstraße 167, von Josef Hoffstätter (2481).
- " " Ober-St. Veit, Hietzinger Hauptstraße 125, von Fritz Sallmann, Bauführer Peter Geiger (2629).

Für diverse (geringere) Bauten:

- II. Bezirk: Schuppe, Treustraße 69, von Johann Adametz, Bauführer E. Melcher (525).
- XIII. Bezirk: Steingroßhrcanal, Penzing, Einl.-Z. 30, von Rudolf Haldenwang, Bauführer Karl Ziegelwanger (2450).

Gesuche um Parzellierung wurden überreicht:

- XIII. Bezirk: Breitensee, Einl.-Z. 556 und 557, von Anna und Franz Hagen, Ladorstraße 87 (514).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- XIII. Bezirk: Speifung, Einl.-Z. 56, von Johanna Dypelt (2581).
- " " Ober-Baumgarten, Einl.-Z. 241, von Karl Weishan (2860).

Städtische Arbeiten und Lieferungen.

I. Offertverhandlungs-Ergebnisse.

Mag.-Dptm. IV, Z. 131093 ex 1900.

19. Jänner 1901.

Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer Doppel-Volksschule XVI., Grubergasse 4.

Erdb- und Baumeisterarbeiten.

- Matafels Joh. Witwe — Aufzahlung 10%.
- Allgemeine österr. Baugesellschaft — Aufzahlung 9%.
- Gißhammer & Comp. — Aufzahlung 10%.
- " " — Aufzahlung 22% für Regiearbeiten.
- König W. — Aufzahlung 45%.
- Langer Adolf — Aufzahlung 58%.
- Löwitsch Georg — Aufzahlung 4%.
- Schindler Ferd. — Aufzahlung 8%.
- " " — Aufzahlung 15% für Regiearbeiten und Arbeiten in Pauschalsummen.
- Haupt Max — Aufzahlung 98%.

Lieferung der hydraulischen Bindemittel.

- Egger Michael — 2 K 52 h für Romancement.
5 K für Portlandcement.
- Kaltenleutgebener Kalt- und Cementfabrik — Kaltenleutgebener Romancement:
2 K 50 h in Fässern,
2 K 30 h in Säcken.
- Achauer Portlandcement:
4 K 80 h in Fässern,
4 K 50 h in Fässern.
- Perlmooser Actiengesellschaft — Lilienfelder Romancement:
Nachlaß 17% in Fässern,
Nachlaß 20% in Säcken.
- Perlmooser Portlandcement:
Nachlaß 22% in Fässern,
Nachlaß 28% in Säcken.
- Scheidt, Konrad & Comp. — Waldmühle Romancement:
1 K 32 h in Fässern,
2 K 52 h in Säcken.
- Portlandcement:
4 K 40 h in Fässern,
4 K 60 h in Säcken.
- Sochor Alois — Steinschaller Romancement:
2 K 52 h in Fässern.
- Kurowitzer Portlandcement 5 K 10 h.
- Stuccaturerarbeiten.
- Nezabel Anton — Nachlaß 17%.
- Schwatal Franz — Nachlaß 12%.
- Wappenitz Franz — Nachlaß 28%.
- Gißhammer & Comp. — Aufzahlung 10%.
- Werden nur gemeinsam mit den Baumeisterarbeiten übernommen.
- Probst Jakob Witwe — Nachlaß 16%.
- Steinmearbeiten.
- Hausner Eduard — Aufzahlung 46%, Tarifpost 4 b, 5 b, 6, 9 bis 16, 18, 20, 22 bis 25, aus Tullnerbacher Stein.
Nachlaß 51% für die I. Qualität.
Nachlaß 12% für die II. Qualität.
- Pittel Adolf, Baron — Nachlaß 25%. Ausführung in Beton Ruffstein
- Allgemeine österr. Baugesellschaft — Aufzahlung 2%.
- Fog Wendelin — Zu den Einheitspreisen.
- Schäftner Leopold — Nachlaß 3-5%, Post 4 bis 19, 24 bis 28.
Post 2, 20 bis 23 zu den Einheitspreisen.
- Union Baugesellschaft — Aufzahlung 18-8%, bezw. Aufzahlung 16%.
- Aufhäuser Franz sen. — Aufzahlung 10%, beziehungsweise Nachlaß 8%, Retawintler Stein.
- Konheiser Joh. — Nachlaß 1-5%, beziehungsweise Aufzahlung 13-9%, mit Ausnahme Post 2, Kaiserstein.
- Zimmermannsarbeiten.
- Trester Wenzel — Nachlaß 4%.
- " " — Aufzahlung 6% für unvorhergesehene Arbeiten.
- Ludwig Johann — Nachlaß 6-5%.
- Neubauer Martin — Nachlaß 2-1%.
- Grimm Rud. — Nachlaß 7%.
- Tröster Simon — Nachlaß 6%.
- " " — Aufzahlung 8-5% für Post 35 und für unvorhergesehene Arbeiten.
- Stangl Stephan — Nachlaß 7 1/3%.
- " " — Aufzahlung 5% für Post 35.
- Spenglerarbeiten.
- Schumann Karl — Zu den Einheitspreisen.
- Polansky Josef — Zu den Einheitspreisen.
- Lersch Karl — Aufzahlung 2%.
- Strobl Michael — Nachlaß 10%.
- Weintopf F. K. — Aufzahlung 1%.
- Holtfchel Karl — Nachlaß 2%.
- Rechenmacher Johann — Aufzahlung 13%.
- Bautischlerarbeiten.
- Bila Josef — Nachlaß 11%.
- Ditmanns Andreas — Nachlaß 17%.
- " " — Nachlaß 15% bei Verwendung des patentierten Fensterverschlusses.
- Allgemeine österr. Baugesellschaft — Nachlaß 15%.
- Bauschlosserarbeiten.
- Bibla Franz — Nachlaß 17-5%.
- Krejci Franz — Nachlaß 2%.
- Heger Karl — Nachlaß 17%.

Feischl Anton — Nachlaß 20 5%.
 Heber Anton — Nachlaß 10%.
 Janisch Johann — Nachlaß 21%.
 Krizt Ernst — Nachlaß 14 6%.

Ausreicherarbeiten.

Nadba Josef — Nachlaß 15%.
 Schöpflin Aug. — Nachlaß 29%.
 Weidl Karl — Nachlaß 21%.
 Storch Johann — Nachlaß 26%.
 Bauer Johann — Nachlaß 24%.
 Lang Franz Witwe — Nachlaß 22%.

Glaserarbeiten.

Ellendt Bernh. — Nachlaß 3%.
 Kirchenhofer Franz — Nachlaß 5%.
 Pichierer Franz — Nachlaß 9 5%.

Asphaltierung.

Felsinger M. — Nachlaß 21%.
 Haumanns C. Witwe & Söhne — Nachlaß 17 5%.
 Diepold J. & Comp. — Zu den Voranschlagspreisen.
 Cooper & Comp. — Nachlaß 26%.
 Osterreichische Asphalt-Actiengesellschaft — 4 K 80 h per Quadratmeter.
 Krinninger Julius — Nachlaß 12%.
 Günther Karl — Nachlaß 18%.

Isolierplatten.

Felsinger M. — Nachlaß 26%.
 Haumanns C. Witwe & Söhne — Nachlaß 19 5%.
 Cooper & Comp. — Nachlaß 30%.
 Osterreichische Asphalt-Actiengesellschaft — 1 K 10 h per Quadratmeter.
 Diepold & Comp. — Nachlaß 25%.
 Krinninger Julius — Nachlaß 23%.

Holzementbedachung.

Felsinger M. — Nachlaß 10%.
 Haumanns C. Witwe & Söhne — Nachlaß 3%.
 Cooper & Comp. — Nachlaß 25%.
 Diepold & Comp. — Nachlaß 16%.
 Krinninger Julius — Nachlaß 26%.
 Krinninger Julius — Nachlaß 8%.

Terrazzobodenherstellung.

Kella H. & Comp. — Zu den Voranschlagspreisen.
 Hammer Albert — Nachlaß 3%.

Lieferung von Steinzeugwaren.

Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft — Nachlaß 5%.
 Schattauer Thonwarenfabriks-Actiengesellschaft — Nachlaß 5%, bei Post 9 vierkuppige 5 cm starke 20 X 20 Trottoirplatten.
 Lederer & Neffenhi — Zu den Voranschlagspreisen.
 Gebrüder Andrae — Nachlaß 10 1%.
 Fürstlich Liechtenstein'sche Thonwaren- und Ziegelfabriks-Niederlage — Nachlaß 10 6%.

Möbeltischlerarbeiten.

Oltmanns Andreas — Nachlaß 18 5%.
 Scheiber Johann — Nachlaß 21 2%.
 Niesicz Gustav — Nachlaß 17%.

Schulbanklieferung.

Oltmanns Andreas — Nachlaß 18 5%.
 Scheiber Johann — Nachlaß 18 6%.

Bildhauerarbeiten.

Ludwig Viehofanbel — Nachlaß 20%.
 Böll August — Nachlaß 8%.
 Brix Franz — Nachlaß 15%.
 Panigl Josef — Nachlaß 25%.
 Wenzel Josef — Nachlaß 8%.

Herstellung des Einfriedungsgitters.

Meerlat Johann — Nachlaß 35%.
 Zimmermann C. — 570 K.
 Hutter & Schrantz — Nachlaß 27%.

Niederdruck-Dampfheizung.

Kurz, Ritschel & Henneberg — 21.835 K 3 h.
 Kelling & Comp. — 19.558 K 30 h bei Braunkohlenfeuerung, bei Coalsfeuerung mit 3 Kesseln um 800 K mehr.

Hannoversche Centralheizungs-Apparate-Bauanstalt — 21.351 K 28 h, beziehungsweise um 19.869 K 28 h mit je 3% Nachlaß.

Regulieröfen.

Bode Max — 715 K 50 h.
 Leschetich Josef — 718 K 65 h.

Gasleitung.

Krocker Friedrich — Nachlaß 12 5%.
 Fröhlich Stephan — Nachlaß 18%.
 Maluschel & Comp. — Nachlaß 18%.

Installation der Wasserleitung und Lieferung der Closets.

Krocker Friedrich — Nachlaß 14%.
 Fröhlich Stephan — Nachlaß 18%.
 Maluschel & Comp. — Nachlaß 16 5%.

* * *

Mag.-Dptm. IV, Z. 111286 ex 1900.

26. Jänner 1901.

Theilweise Demolierung des städtischen Hauses VII., Kaiserstraße 20.

Jelniczel Josef — Aufzahlung 400 K von der Gemeinde.

* * *

Mag.-Dptm. VIII, Z. 22988 ex 1900.

29. Jänner 1901.

Berebung der Arbeiten und Materiallieferungen zur Umwandlung von 22 Aborten in den beiden Administrationsgebäuden des Wiener Central-Friedhofes in Waterclosets.

Horicky Josef — Nachlaß 16% von der Kostenanschlagssumme.
 Fröhlich J. Stephan — Nachlaß 20% von der Kostenanschlagssumme.
 Krocker Friedrich — Nachlaß 5% von den Einheitspreisen des Kostenanschlages.
 Als Alternative: gußeiserne Waterclosets zum Preise von 86 K per Stück; im übrigen wie oben mit 5% Nachlaß.

Urban Eduard — Zu den Einheitspreisen des Kostenanschlages.
 Abamel Peter — Nachlaß 10% von der Kostenanschlagssumme.
 Maluschel & Comp. — Nachlaß 5 5% von der Kostenanschlagssumme.

* * *

II. Berebung von städtischen Arbeiten und Lieferungen.

Neubau eines Hauptmuthscauales in der Haasgasse im II. Bezirke.

Erdb- und Baumeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel im veranschlagten Kostenbetrage von 4716 K 23 h.

Kella H. & Comp. — Nachlaß 5 7% gegen Verwendung von Roman-cement der Marke Lilienfeld mit dem specifischen Gewichte von 76 kg per Hektoliter und von Schlackencement der Marke Königshof mit dem specifischen Gewichte von 90 kg per Hektoliter, unter der Bedingung, daß die Arbeiten unter der verantwortlichen Leitung des im Offerte namhaft gemachten Stadtbaumeisters Adolf Micheroli ausgeführt werden.

* * *

Lieferung von Amtsmöbeln für das Planarchiv des Stadtbanamtes.

Niesicz Gustav — Nachlaß 20%.

* * *

Lieferung von 20.000 m geschwefelten Bleirohren zur Herstellung von Abzweigsleitungen, ferner zur Erzielung eines Andotes für alte Bleirohre und Abfälle. Königsgarten Zg., Brunn

— 100 kg 62 K 5 h.
 Vergütung für alte Bleirohre und Abfälle 100 kg 48 K 25 h.
 Winiwarter J. — 100 kg 60 K 80 h.
 Abfälle von alten und neuen Rohren 100 kg 49 K 40 h.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 14. Jänner 1901.

Firma Leopold Abeles & Söhne — Appretieren von Militärwäsche aus Leinen und Baumwollstoffen — II., Obere Donaustraße 37.
Andrta Josef — Herrenkleidermacher — XX., Greisenergasse 3.
Bahmer Alois — Herrenkleidermacher — II., Rneppgasse 15.
Basztirjal Anna — Pachtweiser Betrieb des Hallenröbdergewerbes — IX., Trödlerhalle, Zelle 44.
Berger Anton — Fleischhanergerber — XIV., Robilgasse 44.
Blum Theresia — Verabreichung von Speisen, Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles — XX., Wintergasse 37.
Brunn Marcus — Bilderagent — II., Blumnergasse 5.
Brustmann Hermann — Steindruckerei — XVII., Stadtbahnviaduct 76.
Dornbusch Magdalena — Maschinistikerin — XIX., Siltberggasse 42.
Dudel Andreas — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Bierthalergasse 16.
Engel Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alferstraße 46.
Göbel Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alferstraße 30.
Haltin Anton — Kleinhandel mit Brennmaterialien — IX., Adergasse 2a.
Heitler Hermann — Commissionshandel mit Schnittwaren — IX., Alferbachstraße 26.
Hellmer Edmund — Malb. Bildhauer — II., Prater, Amateur-Pavillon.
Hirschenbaur Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß (Manufacturwaren- und Kleiderhändler) — II., Laborstraße 64.
Jablonsky Anna — Victualien-Verschleiß — XVII., Gebelergasse 86.
Juhn Pankas — Victualien-Verschleiß — II., Lessinggasse 17.
Klein Jakob, recte Gutenberg — Spengler — IX., Röggergasse 29.
Kohn Friederike — Damen- und Kinderkleider-Verschleiß — Hauptgeschäft: XIV., Reindorfstraße 3; Filiale: XIV., Reindorfstraße 2.
Kolarz Francisca — Pfadlergerber — XIV., Schwendergasse 24.
Kubovics Johann — Schuhmachergewerbe — XIX., Boshstraße 7.
Küstenberg Adalbert — Fischhandel — XX., Brigittamarkt.
Mayer Marie — Kleinfuhrwerk — III., Schlachthausgasse 25.
Mittelmayer Josef — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — IX., Alferbachstraße, Hütte bei der Brigittabrücke.
Pável Josef — Chemische Fabrik — XII., Aichholzgasse 30.
Reb Marie — Wursthandel — XIX., Sandgasse 22.
Reich Emil — Handel mit neuen Herrenkleidern — II., Obere Donaustraße 47.
Richter Max August — Handel mit techn. Artikeln — II., Laborstraße 11.
Roboch Francisca — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XIV., Kellinggasse 9.
Rottner Johanna — Pfadlergerber — IX., Sechschimmelgasse 18.
Ruzicka Leopoldine — Damenkleidermacherin — XIV., Pouthongasse 17.
Sachs Bianca — Commissionshandel mit Emailgeschirr und Marmeladen — IX., Porzellangasse 52.
Schlesinger Ludwig — Pfadler — XX., Wallensteinstraße 27.
Sommerlusch — Damenkleidermacherin — IX., Pramergasse 21.
Steiner Leo — Pfadler — XX., Wallensteinstraße 60.
Trisko Anna — Milchmeierei — IX., Michelbeuerngasse 5.
Turk Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Wiesgasse 26.
Ulrichshofer Paul — Verschleiß von Gasglühlichtartikeln — XX., Heingelmannngasse 4.
Weidel Marie — Damenkleidermacherin — III., Steingasse 31.
Weippert Marie — Verschleiß von Wirkwaren — IX., Alferbachstr. 31.
Weiß Eugenie — Verschleiß von Kurzwaren, Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — IX., Alferbachstraße 17.
Westermayer Laurenz — Kleinfuhrwerksgewerbe Lizenz Nr. 1844 und 1846 — II., Czerningasse 27.

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 15. Jänner 1901.

H. W. Adler & Comp. — Verkaufsorte des fabrikmässigen Betriebes des Mechanikergewerbes — XV., Mariahilferstraße 140.
Aimer Katharina — Milch- und Victualien-Verschleiß — XIII., Hollergasse 1.
Arlt Anton — Zuckerbäcker (Filiale) — III., Landstraße Hauptstraße 14.
Bajil Matthias — Hutmacher (Filiale) — XVI., Hasnerstraße 64.
Benedikt Josefa (Geschäftsführer Anton Rosmayr) — Fortbetrieb des Tischlergewerbes — XVI., Pienfeldergasse 24.
Biontski Andreas Karl — Fleischhahergewerbe — XIII., Fenzlgasse 54.
Bittermann Florian — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XIII., Anschlaggasse 14.
Bornhofer Karl — Christbaumhandel — XV., Neubaugürtel.
Borzykowski Benno — Weber — XV., Mariahilfergürtel 23/27.
Botjan Ambrosius — Zeitungs-Verschleiß, Tabak-Transit, Stempel- und Briefmarken und Ansichtskarten-Verschleiß — XVI., Thalstraße 141.
Bouzel Josef — Gast- und Schankgewerbe — I., Reichsrathstraße 3.
Breite Adolf — Tischlergewerbe — XV., Dingelstedtgasse 24.
Brossard Eugène — Privatschule für französische Sprache für Erwachsene — VII., Breteggasse 4.

Burggraf Anna — Christbaumhandel — XV., Neubaugürtel.
Czeruy Apollonia — Damenkleidermacherin — XV., Herklotzgasse 19.
Firma Dittler & Comp. — Filiale des Productenhandels — XV., Löhrergasse 22.
Düll Pauline — Sonn- und Regenschirm-Erzeugung — XVI., Hasnerstraße 29.
Dungl Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Märzstraße 5.
Eisler Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Sperrgasse 1.
Epslein Egon Ignaz — Bant- und Wechslergewerbe — I., Stock-im-Eisenplatz 3.
Erler Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Robert Hamerlinggasse 11.
Esterle Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Kranzgasse 23.
Fed Franz — Kleidermacher — I., Brandstätte 9.
Fidelsberger Francisca — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — I., Volksgartenstraße 5.
Gorge Edmund — Provisionsagentie — V., Anzengrubergasse 21.
Granez Theresia — Victualien-Verschleiß — V., Kohlstraße 29.
Gregora Josef — Fierantie — V., Jahngasse 25.
Groiß Michael — Concessionierter Dienstmann — III., Dampfschiff-Landungsplatz.
Groll Johann — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, f, d [beschränkt] und g G.-D.) Kaffeesiedergewerbe — XV., Mariahilferstraße 160.
Hajel Ferdinand — Pränumerantensammler — V., Griesgasse 19.
Halbgebauer Wilibald — Schuhmacher — XVI., Gansterergasse 3.
Hany Wenzel — Naturblumenhandel — XV., Jbagasse 3.
Hennelmayer Johann — Gast- und Schankgewerbe mit der Berechtigung des § 16 lit. b (beschränkt auf Pferdefleisch) Pferdefleisch-Auslohergewerbe — XV., Herklotzgasse 4.
Hildebrand Hermine (Firma Karl Hildebrand) — VII., Neubaugasse 30.
Hrevus Marie — Obst-, Gemüse- und Süßfrüchtenhandel im Umherziehen — XVI., Kutmngasse 3.
Jatl Adele — Damenkleidermacherin — I., Spiegelgasse 23.
Jakob Adelheid — Goldarbeitergewerbe — VII., Suckgasse 4.
Jensche Adolf — Friseur — XVI., Klopstockgasse 7.
Juriga Wendelin — Christbaum-Verschleiß — XV., Neubaugürtel.
Kettele Emilie — Verschleiß von frischen und getrockneten Blumen — XV., Neubaugürtel 48.
Kissl Anna — Maschinistikergerber — XV., Goldschlagstraße 9.
Kirböck Karl — Christbaum-Verschleiß — XV., Schönbrunnerstraße 10.
Klose Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Gasgasse 1.
Kohout Apollonia — Marktactualienhandel — XVI., Yppenplatz, Markt.
Kopczyn Anton — Schuhmacher — XIII., Knechtgasse 1.
Kopfschlager Anna — Strohhut-Erzeugung — VII., Schottenfeldgasse 51.
Koranda Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Pelzgasse 22.
Kratoschka Josef — Drechslergewerbe — XV., Mariahilferstraße 158.
Krebs Francisca — Gast- und Schankgewerbe, § 16, lit. f, d (beschränkt auf Liqueur) und g G.-D. (Kaffeesiedergewerbe) — XV., Mariahilferstraße 25.
Kreisl Ludwig — Vermietung von Lastpferden — XV., Hadengasse 16.
Krieger Salomon (Firma: Singer & Krieger) — Commercialgüter-Beförderung — VII., Rindlgasse 5 a.
Kriegl Michael — Marktactualienhandel — XVI., Brunnengasse, Markt.
Kubisch Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Märzstraße 15.
Lang Franz — Fleischhahergewerbe — XV., Clementinengasse 24.
Langer Adalbert — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Mariahilferstraße 170.
Lanzl Josef — Kleinhandel mit Brennmaterialien — XVI., Badgasse 13.
Ledermayer Anton — Gast- und Schankgewerbe, § 16, lit. b (beschränkt auf kalte Speisen) und lit. c G.-D. (beschränkt auf Wein) — XV., Thalstraße 11.
Lefner Heinrich — Metalldrucker — XV., Zindgasse 1.
Leutner Josef — Christbaum-Verschleiß — XV., Mariahilfergürtel.
Löff Rosa — Nähen von Hosenträgern und Strumpfbändern — XV., Rindlgasse 45.
Löv Anna — Verschleiß von Zuckerbäckerwaren und Canditen — III., Barichgasse 17.
Löwit Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Mariahilferstraße 124.
Luz Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Mariahilfergürtel 17.
Luza Vincenz — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XV., Grenzgasse 18.
Meyer Josef — Christbaum-Verschleiß — XV., Neubaugürtel.
Michael Adam — Straßenhandel mit Obst, Gemüse und Süßfrüchten im Gemeindegebiet von Wien — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Nebenzahl David — Kunstblumen-Erzeugung — VII., Mariahilferstraße 76.
Neumann Leopold — Fleischhauer — XVI., Herbsstraße 54.
Neumann Wilhelm — Metallgießer — XV., Clementinengasse 11.
Nowak Anton — Drechslergewerbe — XVI., Hasnerstraße 76.
Ondrasik Johann — Obst- und Grünwaren-, Orangen- und Zitronen-Verschleiß im Umherziehen (Marke Nr. 4365) — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.
Ondrasik Martin — Obst-, Grünwaren-, Orangen- und Zitronen-Verschleiß im Umherziehen (Marke Nr. 4367) — XVI., Neulerchenfelderstraße 39.

Parus Ferdinand Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß (Filiale) — XVI., Brunnengasse 39.
 Panzer Rudolf — Commissionswaren-Verschleiß — I., Salzgras 15.
 Pelzer Friedrich — Eisen- und Metallgießerei — III., Hohlweggasse 1 a.
 Pelzer Anton — Herrenkleidmacher — XV., Hanglänggasse 4.
 Pesel Katharina — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 49.
 Pehold Emilie — Pfadlergewerbe — VII., Kaiserstraße 57.
 Polansky Karl — Galvaniseur — XV., Pelzgasse 12.
 Popp Paul (Firma Popp & Kreisler) — Verschleiß von Taschnerwaren und Reiseequifiten — I., Kärnthnerstraße 51.
 Prechelmacher Marie — Damenkleidmachergewerbe — XV., Dingelstedtgasse 8.
 Preis Emerich — Naturblumenhandel — XV., Zdagasse 3.
 Quastler Max — Holz- und Kohlenhandel — XV., Pelzgasse 19.
 Rabenseifner Karl — Siebmacher und Gitterstricker — XVI., Friedrich Kaiserstraße 99.
 Radl Marie — Kunstblumen-Erzeugung — V., Johanngasse 6.
 Ramer Ignaz — Naturblumenhandel — XV., Zdagasse 3.
 Rasche Heinrich — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Griesgasse 36.
 Rasch Ignaz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Naglergasse 27.
 Raush Karoline — Papier-, Zeichen- und Schreibwaren-Verschleiß — XVI., Veronikagasse 17.
 Rauner Andreas — Milch-Verschleiß — XIII., Bojchgasse 1.
 Rieß Karl — Commissionswaren-Verschleiß — I., Zelinfagasse 6.
 Röhrich Elisabeth, geb. Frommel — Fremdenbeherbergung und Kostgebung — I., Reichsrathstraße 20.
 Rohlik Josef — Schneider — XVI., Wendgasse 1.
 Rohm Johann — Schuhmacher — XV., Sechshauerstraße 10.
 Sailer Leopoldine — Christbaum-Verschleiß — XV., Neubaugürtel, gegenüber dem Hotel Wimberger.
 Sailer Rudolf (Firma Brüder Sailer) — Fabrikmäßige Erzeugung von Celluloidwaren — XV., Moeringgasse 20.
 Scheiber Andreas — Flaschenbier-Verschleiß — XV., Clementineng. 20.
 Schlemann Marie — Christbaum-Verschleiß — XV., Mariahilfergürtel bei der Kreuzung mit der Mariahilferstraße.
 Schmidt Josef — Drechslergewerbe — XV., Goldschlagstraße 19.
 Schneck Leopold — Trödler — VII., Neubaugasse 5.
 Schoderböck Augustin — Ziegel- und Schieferdecker — XV., Mariahilferstraße 26.
 Scholz Franz — Schuhmacher — XV., Würffelgasse 2.
 Schramel Thabella — Wäsche-Erzeugung — V., Wienstraße 41.
 Schubert Stephan — Schneider — XV., Sechshauerstraße 34.
 Schwarz Michael — Brantweinschant gemäß § 16, lit. d G.-D. — XIII., Schanzstraße 59.
 Seltenhammer Wilhelm — Cauditen- und Zuckerwaren-Verschleiß — XVI., Appenplatz 7.
 Stefan Marie — Victualien-Verschleiß — XV., Mariahilfergürtel 1.
 Starck Clara — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Schottenfeldgasse 53.
 Stegbauer Alfred — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c und g G.-D.) — XV., Clementinengasse 11.
 Steiner Johanna, geb. Bayer — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b, c G.-D.) — XVI., Hasnerstraße 50.
 Stindl Adelheid, geb. Swoboda — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 142.
 Stippel Hermann — Feilbieten von Feigentasse im Umherziehen (Marke Nr. 4363) — XVI., Gablengasse 42.
 Stoces Rudolf — Christbaum-Verschleiß — XV., Neubaugürtel, gegenüber dem Hotel Wimberger.
 Strohmayer Leopold — Christbaumhandel — V., Pilgrambrücke.
 Toucek Marie — Grünwarenhandel — XVI., Kirchsteterngasse 35.
 Träger Adolf — Metall- und Zinngießergewerbe — XV., Clementinengasse 11.
 Tucska Georg — Verschleiß von Obst, Grünwaren, Drangen und Zitronen im Umherziehen (Marke Nr. 4366) — XVI., Neulerchenfelderstr. 39.
 Vkl Theresia, geb. Vaton — Victualien-Verschleiß — XVI., Koppstr. 73.
 Waschitzka Franz — Tapezierer — XV., Mariahilfergürtel 15.
 Wawra Johann — Schuhmachergewerbe — XVI., Herbststraße 48.
 Weiß Franz — Einspänner-Licenz Nr. 514 — III., Hintere Zollamtsstraße; Wohnort: XV., Grenzgasse 6.
 Weiß Simon — Agenturgewerbe — XIII., Ameisgasse 17.
 Wertheimer Theresie — Brantwein- und Theeschant (gemäß § 16, lit. d, f G.-D.) — XIII., Ansfügasse 40.
 Wohlrab Alexander — Mechanikergewerbe — VII., Kaiserstraße 101.
 Wylidal Franz — Schuhmacher — XIII., Hüllergasse 31.
 Zach Wilhelm — Handel mit Gold- und Silberwaren — III., Löwengasse 13 a.
 Zankel Karl — Christbaum-Verschleiß — XV., Neubaugürtel, gegenüber dem Hotel Wimberger.
 Zankel Moriz — Christbaum-Verschleiß — XV., Neubaugürtel, gegenüber dem Hotel Wimberger.
 Zebethofer Franz — Christbaum-Verschleiß — XV., Neubaugürtel, gegenüber dem Hotel Wimberger.

* * *

Eintragungen in das Gewerbe-Register vom 16. Jänner 1901.

Benesch Josef — Fleischhauer — XVII., Rosensteingasse 14.
 Boyer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß (Eiswaren, Zucker, Flaschenbier, Petroleum) — II., Laborstraße 98.
 Büchelhofer Franz — Kleinfuhrwerksgewerbe — XI., Geystraße 7.
 Cohen Salomon — Zuckerwaren-Verschleiß (Filiale) — II., Praterstraße 52.
 Cramer Hans (Firma: H. & E. Cramer) — Commissionswarenhandel — VIII., Widenburggasse 17.
 Eblebitz Gustav — Fleischhauer — VII., Lindengasse 25.
 Fischer Johanna — Spirituosen-Verschleiß — V., Herthberggasse 15.
 Frank Katharina — Fortbetrieb des Schuhmachergewerbes — VII., Burggasse 18.
 Frühbauer Franz — Zimmermalergewerbe — V., Johanngasse 21.
 Fuchs Johann — Verschleiß von neuen Herren- und Damenkleidern — VIII., Lerchenfelderstraße 92.
 Fuhrmann Anna — Gemischtwaren- und Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Schwandnergasse 1.
 Geringer Karoline — Kleinfuhrwerksgewerbe-Licenz Nr. 1848 — V., Zentagasse 8.
 Glessauer Gisela — Pfadlerei — II., Wolfgang Schmäzlgasse 7.
 Gruebler Jakob (Firma: Hans Schwarz & Comp.) — Metallwarenhandel — VIII., Lerchenfelderstraße 66/68.
 Grün Leopold — Verschleiß von Gasglühlichtkörpern — V., Feudiggasse 24.
 Hajek Heinrich — Buchbindergewerbe — VIII., Pirastengasse 32.
 Hawlicek Franz — Tischler — III., Hohlweggasse 36.
 Heyer Josefine — Handelsagentie — VII., Lerchenfelderstraße 19.
 Hoch Samson — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Grimmgasse 15.
 Klingner Friedrich August (Firma: Emma Klingner & Comp.) — Agentie für technische Bedarfsartikel — VIII., Florianigasse 48.
 König Siegfried — Commissionsweiser Verschleiß von Schuhmacherzugehör — II., Glodengasse 25.
 Kozel Adalbert — Stiefelpugergewerbe — II., Nordbahnstraße, neben dem Hause Nr. 56, bei dem Gasandelafer Nr. 785.
 Kubiczka Stephan — Feilbieten von Obst und Grünwaren im Umherziehen im Gemeindegebiete von Wien mit Ausnahme des t. t. Praters — XVII., Pezlgasse 52.
 Lembacher Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Griesgasse 23 a.
 Maff Hedwig — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Laubongasse 7.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 25. Jänner 1901.
 Inhalt:
 Mittheilungen des Vorsitzenden:
 1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Rogan, Ferdinand Graf, Wessely, Weitmann, Schuß, Ritter v. Goldschmidt, Schweißl, Rain, Dr. Deutschmann, Dr. Mayreder und Stingl 185
 2. Beileidskundgebung der Stadt Wien anlässlich des Ablebens Ihrer Majestät der Königin Victoria von England 185
 3. Dankschreiben des großbritannischen Botschafters hiesig 185
 4. Nachruf nach dem verstorbenen Gem.-Rathe Karl Johann Müller 186
 5. Dank der städtischen Beamtenschaft für die mit Beschluß des Gemeinderathes vom 18. Jänner 1901 gewährte Einrechnung des Quartiergeldes in die Pension 186
 6. Immediatbericht des Gem.-Rathes Dr. Wessely als Vertreter der Gemeinde Wien in der vor dem t. t. Verwaltungsgerichtshof zur Verhandlung gekommenen Vertheilung der Erwerbsteuer der Sophienbad-Actiengesellschaft zwischen Wien und Ragran 186
 7. Entscheidung des t. t. Verwaltungsgerichtshofes über die Beschwerde des Gem.-Rathes Brunner gegen den Gemeinderaths-Beschluß vom 28. März 1900, betreffend die Aufnahme einer schwebenden Schuld per 12 Millionen Kronen 186
 8. Ministerial-Entscheidung über den Recurs des Georg Riebauer und Genossen in Angelegenheit der Unterlassung der Ausschreibung der Ertragswahlen in den Wiener Gemeinderath aus dem 1. Wahlkörper des II. Wiener Gemeindebezirktes im Jahre 1900 187
 9. Magistratsbericht in Angelegenheit der Interpellation des Gem.-Rathes Franz Schneeweiß, betreffend den Mangel an Wartehallen in den Endstationen der elektrischen Rundlinie „Kochgasse—Margarethenplatz“ 187
 10. Eingabe der Oesterreichischen Omnibus-Gesellschaft in Angelegenheit der Interpellation des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck rücksichtlich des Stellwagenverlethes nach Dornbach-Neuwaldegg 187
 11. Magistratsbericht in Angelegenheit der Interpellation des Gem.-Rathes Schuhmeier, betreffend den Verkehr der Oesterreichischen Omnibus-Gesellschaft auf der Strecke Praterstern—Dttakring 188

	Seite
12. Petition von Einwohnern von Dornbach und Neuwaldegg um unverzügerte Einführung des elektrischen Betriebes auf der Straßenbahnstrecke „Alserstraße—Dornbach“	188
13. Petition von Hausbesitzern im X. und IV. Bezirke um Verbreiterung der Südbahn-Durchlässe (Überreicht durch Gem.-Rath Rissaweg)	188
Interpellationen:	
14. Gem.-Rath Schmid, betreffend die endliche Einführung des elektrischen Betriebes auf der Straßenbahnstrecke „Burggasse—Matzleinsdorferstraße“	189
15. Gem.-Rath Brenner, betreffend die Verminderung der Fahrgeschwindigkeit der Straßenbahn	189
16. Gem.-Rath Urban, betreffend die Spruchpraxis der k. k. Polizeibehörden in den Fällen von angeblichen Übertretungen des Überfüllungsverbotes im Straßenbahnverkehr	190
17. Gem.-Rathe Mayer und Helbig, betreffend die Leichenkammer II., Am Tabor 3	190
18. Dieselben, betreffend die mangelhafte Dotierung des II. Bezirkes mit Realschulen	191
19. Dieselben, betreffend Uebelstände in der Rehrichtabfuhr im II. Bezirke	191
20. Gem.-Rath Zifferer, betreffend die Vergebung der Lieferung eiserner Träger (Traversen) für den städtischen Bedarf pro 1901 bis 1903	192
21. Gem.-Rath Ahorner, betreffend den Sachverhalt in der Angelegenheit Julius Pastres	193
22. Gem.-Rath Zifferer, betreffend die erfolgte theilweise Suspensionierung des Bezirksvorsitzers Schwanzar und dessen Stellvertreter während der am 14. Jänner 1901 stattgehabten Reichsrathswahlen im IX. Bezirke	194
Anträge:	
23. Gem.-Rath Schwer, betreffend die Subventionierung des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines	196
24. Derselbe, betreffend die Errichtung und Verpachtung von Anschlagssäulen	196
25. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Errichtung einer Straßenbahnen-Haltstelle zunächst des Hen- und Pferdemarktes im V. Bezirke	196
26. Gem.-Rath Fiedler, betreffend die Eröffnung des elektrischen Betriebes auf der Straßenbahnstrecke Alserstraße—Dornbach und die Ermöglichung eines Omnibusverkehrs von der Endstation dieser Linie nach Neuwaldegg	196
27. Gem.-Rath Dobel, betreffend die Einführung gleicher Bestimmungen für sämtliche Bezirke Wiens in Ansehung der Wasserabgabe	197
28. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Verlängerung der Straßenbahnlinie von der Bollbadgasse bis zur Klampfelberggasse in Dornbach	197
29. Gem.-Rath Kosam, betreffend die Bepflanzung des Wiener Central-Viehmarktes mit Bäumen	197
30. Gem.-Rath Dobel, betreffend die Errichtung einer zweiten k. k. Staatsgewerbeschule in Wien	197
Referate:	
31. Gem.-Rath Hipp, betreffend den Verkauf der Cat.-Parc. 5/3, Einl.-Z. 582 Neulerchenfeld, Neulerchenfeldergürtel, an Josef Tillinger jun.	197
32. Gem.-Rath Büsch, betreffend den Verkauf der Baustelle Einl.-Z. 984 Unter-Weidling, Ruckergasse, Ecke der Nymphen-gasse, an August Mathis	198
33. Gem.-Rath Hörmann, betreffend den Verkauf der Cat.-Parc. 1741/1, Einl.-Z. 425, und eines Theiles der Cat.-Parc. 1741/2 (öffentliches Gut), III. Bezirk, Thomasplatz, an Arnold Heymann	199
34. Gem.-Rath Rissaweg, betreffend die Projectilize für den Bau einer Doppel-Volkschule im X. Bezirke, verlängerte Feuchterslebengasse	199
35. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend den Verkauf eines Theiles der Cat.-Parc. 600, Fernalz, Comeniusgasse, an Alois und Franz Anger	200
36. Gem.-Rath Tomota, betreffend das Detailproject für die Erweiterung des Gersthofser Friedhofes	202
37. Derselbe, betreffend die Bewilligung eines Nachtragscredits zur Rubrik „Anschaffung von Lernmitteln für arme Kinder“ pro 1900	203
38. Derselbe, betreffend die Ergreifung der Revision in der Rechtsache des Emanuel Kalberg contra Gemeinde Wien wegen Herausgabe der bezüglich der Realität Einl.-Z. 718 Quatring eingekobenen Canaleinmündungsgebühr	207

39. Gem.-Rath Zayta, betreffend die Abänderung der Baulinie für die Königsklostergasse längs der Bürgerhospitalfonds-Realität VI., Mariahilferstraße 15; principielle Beschlussfassung, betreffend die selbständige Verbaueung dieser Realität	208
40. Derselbe, betreffend das Übereinkommen mit der k. k. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn bezüglich der Mietung von Kohlenrutschen	211
41. Gem.-Rath Fraba, betreffend die Beschaffung von Bargeld für die Zeit vom 1. Februar bis 31. Mai 1901	211
42. Derselbe, betreffend die Bewilligung eines Nachtragscredits zur Rubrik „Bezüge des Straßenfäuberungs-Perfsonales“ pro 1900	211
43. Gem.-Rath Schreiner, betreffend die Ablehnung des Ansuchens des Landwirtschaftlichen Bezirksvereines Zisterndorf um Subvention	211
44. Derselbe, betreffend Stellungnahme zum Winter-Fahrplane für einige neue Straßenbahnlinien	212
45. Gem.-Rath Moessen, betreffend die Genehmigung der Kabelpläne für die Tracen I und II der Hochspannungsleitungen der städtischen Electricitätswerke	212
46. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Baulinienbestimmung für einen Theil der Pointen- und Wallischhausergasse im XVII. Bezirke	213
47. Gem.-Rath Rissaweg, betreffend die Gestattung der Beilegung von Leichen in Gräber und Grüfte, welche bereits mit der nach der betreffenden Friedhofsordnung zulässigen Anzahl von Leichen belegt sind	214
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 25. Jänner 1901.	
Zuhalt:	
1., 2., 3., 4., 5., 6. Gem.-Rath Tomota, betreffend Gnadengaben für Marie Kessel, Diurnistenwitwe, Marie Kämmerer, Witwe eines technischen Beamten, Wilhelmine Baader, Executionsamts-Accessitensgattin, Franz Gofsmann, Straßenarbeiter, Anna Lehming, Diurnistenwitwe, Sophie Nowak, Amtsdienerswaife	214
7. Derselbe, betreffend Nachsicht der Wartezeit für fünf städtische Banadjuncten	214
8. Gem.-Rath Fraba, betreffend Personal-Angelegenheit (Gehaltsvorschuß)	214
9. Gem.-Rath Dypenberger, betreffend Gnadengabe für Leopold Kenda, Diurnistenwaife	214
10. Gem.-Rath Fiedler, betreffend Schadloshaltung für Grundabtretung I., Kohlmarkt 9 (Karl August und Dominik Artaria)	214
Bezirksvertretungen:	
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung für den XVIII. Bezirk Währing vom 28. December 1900	214
Protokoll der öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung für den VI. Wiener Gemeindebezirk Mariahilf vom 8. Jänner 1901	215
Protokoll über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Pfaffhaus vom 15. Jänner 1901	215
Allgemeine Nachrichten:	
Nachweis der Steuereingänge im IV. Quartale 1900	216
Nachweis der Steuereingänge im Jahre 1900	216
Ein Verordnungsblatt des k. k. Ministeriums des Innern mit einem Beiblatte für die Angelegenheiten der staatlichen Veterinärverwaltung	217
Approvisionnement-Angelegenheiten:	
Täglicher Fleischmarkt (Großmarkthalle) vom 20. bis 26. Jänner 1901	217
Täglicher Fleischmarkt (Markthalle Währingergürtel) vom 20. bis 26. Jänner 1901	218
Pferdemarkt vom 25. Jänner 1901	218
Schlachtviehmarkt vom 28. Jänner 1901	218
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 26. Jänner 1901	219
Rundmachungen, betreffend den Viehverkehr	219
Städtisches Lagerhaus	219
Städtisches Arbeitsvermittlungsammt in Wien:	
Bermittlungsthätigkeit vom 19. bis 25. Jänner 1901	219
Baubewegung:	
Gefuche um Baubewilligungen vom 24. bis 28. Jänner 1901	219
Städtische Arbeiten und Lieferungen:	
I. Offerterhandlungs-Ergebnisse	220
II. Vergabung von städtischen Arbeiten und Lieferungen	221
Eintragungen in das Gewerbe-Register	222
Rundmachungen.	
Beilage:	
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadtrathes und des Magistrates. (I.)	

Offert-Ausschreibungen.

1901.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
31. Jänner 10 Uhr	Departement XIX a (Mag.-Rath Bilimet)	M.-Z. 107072 ex 1900. Vergebung der Asphaltierarbeiten für die Regulierung und Asphaltierung am Lugeck im I. Bezirke mit der Ausrufsumme von 11.711 K 91 h und 500 K Bauohale. 3—3
1. Februar 10 Uhr	detto	Vergebung der Demolierung des Schöpfwerkes in der Pillergasse im XIV. Bezirke und Übernahme des gesammten hiebei sich ergebenden Altmaterialies inclusive eines 6 HP complete, vollständig gebrauchsfähigen Gasmotors, einer vollständigen Pumpanlage, zweier eiserner Reservoirs, eines großen Holzbottichs u. s. w. 3—3
4. Februar 10 Uhr	detto	Vergebung der mittels Faßwagen zu besorgenden Straßenbespritzung im k. k. Prater vom 1. März 1901 bis 28. Februar 1902. 2—3
9. Februar 10 Uhr	detto	M.-Z. 118061 ex 1900. Entfernung des Metallpflasters und Herstellung einer Asphaltpflasterdecke in den Fahrbahnen der Reisknerstraße von der Neulinggasse bis zur Strohgasse, sowie in letzterer Gasse von der Reisknerstraße bis zum Hause Nr. 25 im III. Bezirke. Ausrufsumme 32.352 K. 1—3
14. Februar 10 Uhr	detto	Ad M.-Z. 118440 ex 1900. Vergebung der Erd- und Pflasterungsarbeiten für die Regulierung der Wiedener Hauptstraße im IV. Bezirke von der Friedrichstraße bis zur evangelischen Schule mit der Ausrufsumme von 10.631 K 52 h. 1—3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Kostenanschläge zc. können im Stadtbauamte während der Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der Bedingungen sind bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h erhältlich.

Offerenten haben ein Exemplar der bezüglichen Bedingungen mit den dem Projecte beiliegenden Original-Bedingnissen genau in Übereinstimmung zu bringen, eventuell zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu übergeben.

Dem Offerte ist ein Badium von 5 Percent der Kostenaufschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf später einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlungen, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich die Gemeinde vor.

Tag und Stunde	Ort (Bureau)	Gegenstand
der Offertverhandlung		
8. Februar 10 Uhr	Departement XIX b (Mag.-Secr. Dr. Nüchtern, V. Stiege, Mezzanin)	M.-Z. 3751. Vergebung der Erd- und Banmeisterarbeiten einschließlich der Lieferung der hydraulischen Bindemittel für den Neubau eines Hauptunrathscanales in der Marx-Meidlinger- und Leberstraße im III. Bezirke im veranschlagten Kostenbetrage von 15.965 K 35 h. 1—3

Anmerkungen zu vorstehenden Offert-Ausschreibungen.

Pläne, Profile, Ausmaße, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichneten Bedingungen können im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Exemplare der bezüglichen Bedingungen können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h bezogen werden.

Anbote sind unter Verwendung der ebenfalls bei der städtischen Hauptcassa zu dem Betrage von 10 h erhältlichen Drucksorte zu stellen; bezüglich der Einrichtung und des Inhaltes derselben ist genau die Vorschrift des § 4 der allgemeinen Bedingungen einzuhalten.

Dem Anbote ist das vorgeschriebene Badium anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die freie Auswahl unter den Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Anbote gewahrt.

Prot.-Nr. 1901 ex 1901.

XVI. 135.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Arbeiten und Lieferungen zur Ausführung von Installationsarbeiten für die Wasserleitungs-Einrichtungen aus der Hochquellenleitung, der Closetlieferung und der Wasserspülungen bei den Closets in der Landwehrkaserne im XIII. Bezirke, und zwar im Stabsgebäude, im Officiers- und Unterofficiersgebäude, sowie im Mannschaftsgebäude, welche mit dem Kostenbetrage von 14.831 K 30 h und dem Pauschalbetrage von 1536 K veranschlagt sind, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Donnerstag den 7. Februar 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Pohl im Neuen Rathhause (8. Stiege, 1. Stock) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, Kostenanschläge und die dem Projecte beigezeichnete allgemeine Vorschrift nebst speciellen Bedingnissen im Stadtbauamte während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und Exemplare der Vorschrift bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 20 h beziehen.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der aufliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag des vorgeschriebenen Badiums, welches mit 5 Percent der ämtlichen Kostenanschlagssumme zu berechnen ist, beizuschließen und der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 18. Jänner 1901. 3-3

Ad 3. 2834.

VII.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Zimmermeisterarbeiten für die nöthigen Herstellungen im städtischen Donaubade im veranschlagten Betrage von 7700 K wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Dienstag den 12. Februar 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Dr. Keitler im Alten Rathhause, I., Wipplingerstraße 8 (2. Stiege, 2. Stock), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die Bedingungen im Stadtbauamte, Abteilung II, im Neuen Rathhause, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Die Offerte sind mit einer 1 K-Stempelmarke versehen, versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Badium in der Höhe von 5 Percent der Anrufsumme anzuschließen oder es ist die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete, sowie auf Offerte mit Specialpreisen für einzelne Arbeitsgattungen oder Lieferungen wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im selbständigen Wirkungsbereiche,

am 19. Jänner 1901. 2-3

Ad Prot.-Nr. 4429 ex 1901.

Ref. VIII. 288.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der Lieferung der für den Wiener Central-Friedhof erforderlichen circa 8000 Stück Ephenpflanzen wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Samstag den 9. März 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, in der Verwaltungskanzlei des Wiener Central-Friedhofes im XI. Bezirke eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Lieferungsbedingungen im Sanitäts-Departement des Wiener Magistrates, I. Bezirk, im Neuen Rathhause, Eingang von der Lichtensfelsgasse, 3. Stiege, Hochparterre, oder in der Verwaltungskanzlei des Central-Friedhofes während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen und beziehen.

Die Lieferung wird auch in Partien vergeben.

Offerte auf Lieferung von weniger als 100 Stück werden nicht berücksichtigt.

Die im Sinne der Lieferungsbedingungen bezeichneten Musterpflanzen sind am obigen Tage vor 10 Uhr vormittags in der Verwaltungskanzlei des Central-Friedhofes, beziehungsweise auf dem von der Verwaltung hiezu bestimmten Plage der Offertverhandlungs-Commission abzugeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 24. Jänner 1901. 1-3

Ad Prot.-Nr. 3157 ex 1901.

Ref.-Nr. 75. VI.

Kundmachung.

(Offertauschreibung.)

Wegen Vergebung der für den Neubau des Bürgerladfondshauses I. Bezirk, Wollzeile 28, Riemergasse 1/3, erforderlichen Tapezierarbeiten mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2500 K und der Lieferung von Holzjalousien mit der veranschlagten Kostensumme von 2400 K wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am Samstag den 16. Februar 1901, präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Suka im Neuen Rathhause (5. Stiege, 2. Stock, Departement VI) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, die Kostenanschläge, die allgemeinen und die besonderen Bedingungen im Stadtbauamte im Neuen Rathhause, Mezzanin, Abtheilung III, während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 1 K-Stempelmarke zu versehenen Offerte ist das vorgeschriebene Badium in der Höhe von 5 Percent der Kostenanschlagssumme anzuschließen oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission vorzuweisen.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Der Gemeinde bleibt die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämtlichen Offerenten vorbehalten.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 26. Jänner 1901.

1—3

Bez.-A.-Z. 19631 ex 1900.

Kundmachung.

(Grundverpachtung.)

Vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk wird hiemit bekanntgegeben, daß die der Gemeinde Wien gehörigen, in der Catastralgemeinde Simmering gelegenen Grundstücke, und zwar: 1. die Cat.-Parc. 1650 im Ausmaße von 684 m² und 2. die Cat.-Parc. 1645 im Ausmaße von 427.39 m² vom 1. Februar 1901 an auf sechs Jahre, d. i. bis inclusive 21. Jänner 1907 verpachtet werden.

Hierauf Reflectierende wollen sich im magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk, XI., Entplatz 2, 2. Stock, Amtszimmer Nr. III, woselbst auch die Pachtbedingungen an Wochentagen, während der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags eingesehen werden können, bis inclusive 31. Jänner 1901, in dem bezeichneten Amtszimmer und zur angegebenen Zeit unter Mitbringung eines Offert-Stempels per 1 K einfinden.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk,

Wien, im Jänner 1901.

2—2

G.-Z. 480.

Kundmachung.

(Concurs zur Besetzung erledigter Bezirks-Aushilfsunterlehrerstellen im Wiener Schulbezirke.)

Im Wiener Schulbezirke kommen nachstehend angeführte Lehrstellen zur Besetzung:

Je 1 Stelle eines definitiven Bezirks-Aushilfsunterlehrers für den Wiener Schulbezirk mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Knaben:

II., Weintraubengasse 13 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

III., Kleistgasse 12 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

IV., Schaumburgergasse 7 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

V., Embelgasse 46 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

VII., Neubaugasse 42 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

X., Eugengasse 30/32 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

XI., Entplatz 4 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

XII., Singrienergasse 19 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der III. Fachgruppe),

XIII., Reintlgasse 19 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

XIII., Auhofstraße 49 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

XVI., Grundsteingasse 65 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

XVII., Calvarienberggasse 33 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe),

XVII., Geblergasse 31 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der III. Fachgruppe),

XIX., Panzergasse 25 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der III. Fachgruppe),

XX., Staudingergasse 6 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

XX., Jägerstraße 54 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe).

* * *

Je 1 Stelle eines definitiven Bezirks-Aushilfsunterlehrers für den Wiener Schulbezirk mit dem Standorte an den nachbenannten Bürgerschulen für Mädchen:

II., Wittelsbachstraße 6 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der III. Fachgruppe),

VI., Stumpergasse 56 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der III. Fachgruppe),

VIII., Zeltgasse 7 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

IX., Glasergasse 8 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der III. Fachgruppe),

X., Herzgasse 27 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

XIV., Heirickegasse 5 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

XV., Friedrichsplatz 5 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der I. Fachgruppe),

XVI., Wurligergasse 59 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der III. Fachgruppe),

XVIII., Schopenhauerstraße 79 (mit dem Erfordernisse der Befähigung für den Unterricht in den Lehrgegenständen der II. Fachgruppe).

* * *

Hierzu wird bemerkt, daß definitive Bezirks-Aushilfsunterlehrer verpflichtet sind, im ganzen Wiener Schulbezirke zu supplieren und jeder Weisung des Bezirksschulrathes oder der zuständigen Bezirkssection ohne Rücksicht auf die Entfernung der Schule, für welche sie erforderlich sind, von ihrem Standorte oder ihrer Wohnung nachzukommen.

Mit jeder der ausgeschriebenen Stellen ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsklasse von 1200 K und das Quartiergeld von jährlich 240 K verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten.

Die Gesuche der auswärtigen Bewerber müssen längstens bis **inclusive 23. Februar 1901** im vorgeschriebenen Dienstwege bei jenen Ortschulrathen eingelangt sein, in deren Sprengel die oben angeführten Standorte der anzustellenden Lehrpersonen gelegen sind.

Die im Sprengel eines Ortschulrathes angestrebten Lehrstellen sind im Gesuche einzeln anzuführen.

Die Bewerbungsgesuche im Wiener Schulbezirke bereits angestellter Lehrpersonen sind bis zu dem genannten Tage bei der unmittelbar vorgesetzten Bezirkssection des Bezirksschulrathes zu überreichen.

Solchen Lehrpersonen ist es gestattet, für sämtliche in dieser Concursverlautbarung enthaltenen Stellen nur ein mit allen Beilagen belegtes Gesuch durch die Schulleitung der betreffenden Bezirkssection zu überreichen.

Diesem Gesuche, in welchem sämtliche angestrebten Lehrstellen, nach Bezirken geordnet, anzuführen sind, müssen so viele Diensttabellen mit dem erforderlichen amtlichen Auszuge aus dem Gesuche angegeschlossen werden, daß jedem der betreffenden Ortschulrathen eine Diensttabelle zugestellt werden und noch eine Diensttabelle beim Gesuche verbleiben kann.

In jeder Diensttabelle, erforderlichenfalls auf deren Rückseite, sind sämtliche im Wiener Schulbezirke angestrebten Lehrstellen nach Bezirken geordnet, anzuführen. Die Diensttabellen müssen mit dem Vermerk: „Über amtlichen Auftrag dem Bewerbungsgesuche anzuschließen“ versehen sein.

Jedes Gesuch ist weiters zu belegen mit: dem Tauf- beziehungsweise Geburtscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine unter derselben Voraussetzung, dem Nachweise über die Erfüllung der Stellungspflicht, dem Reisezeugnisse (beziehungsweise

dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder dem Dispense von der Ablegung der Reiseprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volksschulen, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Bürgerschulen, dem gesetzlichen Nachweise der Befähigung für den Unterricht im Turnen und Gesang, endlich den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungsdecreten u. dgl.).

Die geforderten Gesuchsbelege sind im Originale oder in gezeichnet beglaubigten Abschriften beizubringen.

Die Dienstzeit ist bis zum Ablaufe des Concurstermines zu berechnen.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche werden nicht berücksichtigt.

Vom Bezirksschulrath der Stadt Wien,
am 21. Jänner 1901.

Der Vorliegende-Stellvertreter:
Gugler. 1-1

B 1277

Kundmachung.

(Local-Commission.)

Über die von der Firma **E. Bilhals** Nachfolger **Schalit & AbeImann**, III., Kolonitzgasse 6, gestellte Bitte um Bewilligung zur Erbauung dreier Rußöfen sammt dazugehörigen Kammer-Systemen und um Genehmigung der Erweiterung der gewerblichen Betriebsanlage zur Ausübung der Theerproducten-Erzeugung und Rußbrennerei auf der Realität im XI. Bezirke, Simmeringerlande 88, findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Bauführung, sowie der Erweiterung der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 25 der Bauordnung und der §§ 27 und 29 der Gewerbeordnung **Dienstag den 12. Februar 1901, vormittags 10 Uhr**, eine Local-Commission statt.

Die Commissions-Mitglieder versammeln sich im Fabrikgebäude XI., Simmeringerlande 88.

Dies wird mit dem Besage zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage hieramts zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, sofern sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Auch wird aufmerksam gemacht, daß sich die Vertreter der beteiligten Factoren und Interessenten mit den erforderlichen Instructionen und Ermächtigungen zur Abgabe definitiver Erklärungen bei der commissionellen Verhandlung zu versehen haben, weil sonst durch einen etwaigen Vorbehalt nachträglicher Erklärungen, beziehungsweise Genehmigungen die weitere Amtshandlung über den weiteren Verhandlungsgegenstand in keinem Falle aufgehalten werden würde.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im hiesigen Bezirksamte auf.

Vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk,
Wien, am 26. Jänner 1901. 1-1

M.-Z. 1350 ex 1900.

VI.

Kundmachung.

(Vermietung von Wohnungen und Geschäftslocalitäten im Bürgerladfondshause I., Wollzeile 28, Riemergasse 1 und 3.)

Der Neubau des Bürgerladfondshauses I. Bezirk, Wollzeile 28, Riemergasse 1 und 3, welcher ein Souterrain, Parterre, Mezzanin und vier Stockwerke enthält, wird mit Mai-Termin 1901 fertiggestellt und können von da an die darin befindlichen Localitäten benützt werden.

Jene Parteien, welche Geschäftslocalitäten oder Wohnungen in diesem Hause zu mieten wünschen, erhalten nähere Auskünfte im Magistrats-Departement VI im Neuen Rathhause, 5. Stiege, 2. Stock, bei Herrn Magistratsrath H u l k a während der Amtsstunden von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags und können daselbst auch die bezüglichen Pläne eingesehen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, im selbständigen Wirkungskreise, am 9. Jänner 1901. 4-6

3. 157.

XIII.

Kundmachung.

(Dr. Emanuel Bunzel'sche Stiftung.)

Am 10. April 1901 gelangen die Interessen der Dr. Emanuel Bunzel'schen Stiftung im Betrage von 150 K an fünf erwachsene, mittellose Blinde christlicher Confession zur Vertheilung.

Bewerber um obige Stiftung haben ihren Gesuchen ihren Taufschein, ihren Trauschein, ihren Heimatschein, die Taufzettel der Kinder, ein legales Armutzeugnis und eine armenärztliche Bestätigung über ihre vollkommene und unheilbare Erblindung, Witwen aber außerdem noch den Todtenschein des Gatten beizuschließen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 25. Februar 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements des Wiener Magistrates zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Wiener Magistrate, am 16. Jänner 1901. 2-3

M.-Z. 1115 ex 1901.

III.

Kundmachung.

(Josefine v. Königswarter'sche Heiratsausstattungs-Stiftung.)

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, daß aus der von Herrn Jonas Freiherrn v. Königswarter, um das Andenken seiner am 14. Mai 1861 verstorbenen Gemahlin für fortwährende Zeiten zu ehren, errichteten Josefine v. Königswarter'schen Heiratsausstattungs-Stiftung die Zinsen zur Ausstattung eines unbescholtenen Mädchens, dessen Eltern dem Gemeindeverbande der Stadt Wien angehören, wobei unter sonst gleichen Bedingungen eine Waise, namentlich eine mutterlose, den Vorzug hat, zur Verleihung kommen.

Diese Zinsen betragen pro 1901 560 K. Die Ausstattung soll, wenn möglich, am 14. Mai ausbezahlt werden, wenn der urkundliche Beweis über die regelmäßig geschlossene Ehe geliefert wird.

Diejenigen, welche auf diese Stiftung Anspruch erheben wollen, haben ihre mit den nöthigen Behelfen versehenen Gesuche längstens bis 15. April 1901 im Einreichungs-Protokolle des Wiener Magistrates zu überreichen, da auf später einlangende Gesuche kein Bedacht genommen werden wird.

Vom Wiener Magistrate, im selbständigen Wirkungskreise, am 14. Jänner 1901. 3-2

M.-Z. 105280 ex 1900.

X.

Kundmachung.

(Universitäts-Jubelfeier-Stipendium.)

Von den zum Andenken an die Jubelfeier des 500jährigen Bestandes der Wiener Universität durch den Gemeinderath der Stadt Wien gestifteten drei Stipendien zu je 600 K jährlich ist mit Beginn des Studienjahres 1900/01 das für einen Hörer der medicinischen Facultät an der Wiener Universität bestimmte Stipendium in Erledigung gekommen.

Außerdem kommt auf Grund des § 6 des Stiftbriefes aus derselben Stiftung ein einmaliges Stipendium à 600 K an einen Hörer der medicinischen Facultät zur Verleihung.

Behufs Verleihung derselben wird hiemit der Concurrs ausgeschrieben.

Zur Erlangung eines solchen Stipendiums sind arme Studierende ohne Unterschied der Confession, welche sich durch tadelloses sittliches Benehmen und durch tüchtige wissenschaftliche Verwendung auszeichnen, für das einmalige Stipendium, insbesondere Studierende des letzten Jahres berufen.

Der Genuß des erstgenannten Stipendiums dauert bis zur Vollendung des Studiums und kann noch auf ein weiteres Jahr verlängert werden, wenn der Stiffling die Doctorswürde zu erwerben gedenkt, seinen diesfälligen Entschluß noch vor Ablauf des letzten Studienjahres dem Magistrate bekanntgibt und innerhalb des Erstreckungsjahres den Nachweis liefert, daß er zwei Rigorosen mit gutem Erfolge abgelegt habe.

Die Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre Gesuche bis längstens 11. März 1901 bei dem Magistrate der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu überreichen und demselben den Tauf- oder Geburtschein, das Impfungszeugnis, sowie die Ausweise über ihre Immatrikulierung als ordentliche Hörer der medicinischen Facultät an der k. k. Universität in Wien, über wahre Dürftigkeit, tadellos sittliches Betragen und ausgezeichnete wissenschaftliche Verwendung beizulegen.

Nur die mit einem legalen Armutzeugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Auf verspätet überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, am 18. Jänner 1901. 1-3

M. Z. 102897 ex 1900.

X.

Kundmachung.

(Theobald Uffenheimer'sche Studenten-Stiftung.)

Vom Beginne des Studienjahres 1900/01 an gelangen vier Theobald Uffenheimer'sche Stiftpflege, und zwar je einer an einen Hörer der medicinischen, der juridischen und der philosophischen Facultät an der k. k. Universität in Wien und an einen Hörer der k. k. technischen Hochschule in Wien mit dem Jahresbetrage von je 250 K für die Dauer eines Jahres zur Verleihung.

Auf Grund der stifterischen Anordnung hat die Verleihung dieser Stiftpflege in diesem Studienjahre derart zu erfolgen, daß die Stipendien nur Studierenden der israelitischen Religion verliehen werden.

Bewerber, welche mit dem Stifter verwandt, in Wien zuständig, oder im Bezirke Leopoldstadt in Wien oder in Wien überhaupt geboren sind, haben ein Vorrecht.

Die Gesuche um diese Stipendien sind längstens bis 12. März 1901 beim Wiener Magistrate zu überreichen und denselben seitens der Bewerber das Geburtszeugnis, das Impfszeugnis, ferner die Ausweise über die Zuständigkeit und die Immatrikulierung, als ordentlicher Hörer der k. k. Universität beziehungsweise der k. k. technischen Hochschule in Wien, dann über wahre Dürftigkeit und eventuell über die Verwandtschaft mit dem Stifter beizuschließen.

Auf nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen.

Nur die mit einem legalen Armutszugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
Wien, am 19. Jänner 1901. 1—3

M. Z. 113182 ex 1900.

X.

Kundmachung.

(Anton Scharf'sche Stipendien-Stiftung.)

Vom 1. November 1900 angefangen gelangen zwei Anton Scharf'sche Stipendien im Betrage von je 588 K jährlich an arme, fleißige Studenten ohne Unterschied der Confession zur Vergebung, und zwar wird eines an einen Hörer der juridischen und eines an einen Hörer der medicinischen Facultät an der k. k. Universität in Wien verliehen werden.

Der Genuß eines Stipendiums erstreckt sich in der Regel auf die ganze Studiendauer an der betreffenden Facultät und erlischt außer mit dem Ablaufe der normalen Studiendauer nur mit dem etwa früher eintretenden Abgange von der betreffenden Hochschule. Für den Fall, als der Stifter den Doctorgrad anstrebt, kann der Stipendiengenuß über Ansuchen noch um ein Jahr verlängert werden.

Bewerber um eines dieser Stipendien haben ihre Gesuche mit einem Mittellofigkeits- oder Armutszugnisse, einem Sitten-

zeugnisse, einem Tauf- oder Geburtschein und dem Nachweise ihrer Studienerfolge, insbesondere aus dem zuletzt absolvierten Studienjahre zu belegen und bis längstens 11. März 1901 bei dem betreffenden Professoren-Collegium einzubringen.

Nur die mit einem legalen Armutszugnisse versehenen Gesuche sind stempelfrei.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt und Residenzstadt

Wien, am 18. Jänner 1901

1—3

Z. 6211 ex 1900.

XIII.

Kundmachung.

(Mantner v. Markhof'sche Stiftung.)

Am 27. Juni 1901 gelangen die Zinsen der Mantner v. Markhof'schen Stiftung des Jahres 1900 im Betrage von 630 K an einen schullos verarmten Gewerbetreibenden zur Verleihung.

Anspruch auf diese Stiftung haben Gewerbetreibende, welche schullos verarmt sind, insbesondere solche, die infolge länger andauernder Krankheit zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft einer entsprechenden Cur bedürftig sind, ihre Gewerbe in Wien ausüben, in Wien wohnen und eine zahlreiche Familie besitzen. Die Verleihung steht dem Wiener Stadtrathe zu und ist eine wiederholte Verleihung an dieselbe Person zulässig.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf- respective Geburtschein, den Trauungschein, den Gewerbeschein und den Steuerbogen, den Heimatschein, die Tauf- respective Geburtszettel der Kinder, endlich ein legales Armutszugnis, in welchem der Umstand, daß der Bittsteller schullos verarmt ist, bestätigt erscheint, beizulegen.

Jene Bittsteller, die sich auf ihre Krankheit berufen, haben auch ein armenärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem die Dauer der Krankheit angegeben und die Nothwendigkeit eines Curgebrauches zur Wiederherstellung der Gesundheit rücksichtlich Arbeitskraft ausgesprochen ist.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind längstens bis 1. März 1901 im Einreichungs-Protokolle des Armenstiftungs-Departements zu überreichen.

Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 18. December 1900.



Wilh. Ritter

Ingenieur.

Fabrik und Central-Niederlage

für Gas-Koch- und Heiz-Apparate, Bade-Einrichtungen, Laternen, Luster etc. Wellblechmantel-Ofen für Coakshheizung. — Preisverzeichnisse gratis und franco.

Wien, I., Tegethoffstrasse I, Ecke Neuer Markt.

Zur constanten Besorgung
aller im

Coursblatte
notierten

Effecten und Valuten
bestens empfohlen.

Wechselstube des Bankhauses

Schelhammer & Schattera

Gegründet 1832.

WIEN

I. Bezirk,

Stephansplatz

Nr. 11

Parterra.